Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 33
Chronik vom 28. September bis zum 27. Oktober 2024



Chronik vom 28.09. - 27.10.2024

Inhaltsverzeichnis	**Seite**
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 28. September bis zum 27. Oktober 2024	5-444
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	445-446

Danksagung und Widmung

> Ich halte denjenigen für einen wahren reichen Mann, der von dem lebt, was er hat, niemandem etwas schuldet und zufrieden ist.
> *Edgar W. Howe (1853-1937, amerikanischer Schriftsteller)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Konrad Adam, Tobias Albert, Henry Albrecht, Latife Arab, Jonas Aston, Bruno Bandulet, Gil Barkei, Gero Bernhardt, Carletta Bianchi, James Bradley, Michael Brück, Tucker Carlson, Boris Cherny, Jonny Chill, Michael Dienstbier, Sven Druchner, Willi Eilers, Jürgen Elsässer, Stephanie Elsässer, Rolf Engelsing, Jörg Fischer, Marc Friedrich, Jonas Glaser, Alexander Goloss, Felix Hagen, Frank Hauke, Antje Hermenau, Martin Hess, Gregor Hierholzer, Thorsten Hinz, Ralf Höcker, S. Hofer, Henning Hoffgaard, Manfred Kleine-Hartlage, Stefan Korinth, Aloys Krause, Michael Kumpmann, Johann Leonhard, Paul Leonhard, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Erik Lommatzsch, Herbert Ludwig, Christopher Martens, Marty McCarthy, Karel Meissner, Dirk Meyer, Manuel Mittas, Peter Möller, Hans-Jörg Müllenmeister, Meinrad Müller, Sophie Müller, Wolfgang Müller, Martin Müller-Mertens, Elon Musk, Elliot Neaman, Chaim Noll, Werner Olles, Mathias Pellack, Daniell Pföhringer, Thorsten Polleit, Marie Rahenbrock, Carl Reinhold, Uwe-Kai Reiter, Martin Renner, Thomas Röper, Hinrich Rohbohm, Paul Rosen, Albrecht Rothacher, Rainer Rupp, Ivo Sasek, Lois Sasek, Jörg Schierholz, Marc Schmidt, Christian Schreiber, Paul Schreyer, Martin Sellner, Sandro Serafin, Werner Sohn, Marlies Spuhler, Dieter Stein, Ulrich van Suntum, Claus Vogt, Christian Vollradt, Alice Weidel, Willi Weißfuß, Jerome Wnuk, Claus-Martin Wolfschlag, Kurt Zach, und Marc Zoellner.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Geheimer Krieg gegen die Deutschen

> Du hast bei der besten Sache schon halb verloren, wenn du nicht kaltblütig bleibst.
> *Adolph Freiherr von Knigge (1752-1796, deutscher Jurist und Schriftsteller)*

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der fremdbestimmten Parteien und ihren willigen Erfüllungsgehilfen sowie der globalen Nichtregierungsorganisationen seit Jahrzehnten regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat, um sie letzten Endes im Rahmen einer totalitären Enteignung und Entrechtung zu versklaven.
In dem Staatsfragment BRD gab es nie eine mittelbare, repräsentative Demokratie, sondern seit Gründung dieses Vasallengebildes existiert eine Scheindemokratie. In dieser Scheindemokratie (Plutokratie: Herrschaft des Geldes bzw. des Reichtums) verwirklichten die fremdbestimmten Parteien und Abgeordneten nicht den Wählerwillen des Volkes, sondern sie handelten zweifelsfrei im Auftrag sowie nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte und vertraten in erster Linie die Interessen der gemeingefährlichen internationalen Finanzeliten.
Die systematische Umerziehung, NS-Schuldkult, Gleichschaltung der Meinungsfreiheit, die Zerstörung der Familie, Abschaffung der eigenen Identität, der angeblich menschengemachte Klimawandel und die sogenannte Energiewende, der Genderismus, die Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung, die Corona-Plandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren zweifelsfrei lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung.
In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen ging und geht es vor allem tatsächlich darum, alle kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands zu zerstören, um die Deutschen vollständig auszuplündern und letzten Endes auszulöschen.

Pflicht zum Widerstand

> Eine freie Presse gibt es nicht. Sie, liebe Freunde, wissen das und ich weiß es auch. Nicht ein einziger unter Ihnen würde es wagen, seine Meinung offen und ehrlich zu sagen. Wir sind Werkzeuge und Hörige der Finanzgewaltigen hinter den Kulissen. Wir sind Hampelmänner, die hüpfen und tanzen, wenn sie am Draht ziehen. Unser Können und selbst unser Leben gehört diesen Männern. Wir sind nichts weiter als intellektuelle Prostituierte.
> *John Swinton (1829-1901, nordamerikanischen Journalist und Zeitungspublizist)*

Trotz der drohenden Katastrophe befindet sich der deutsche Michel noch immer in einem komaähnlichen Todesschlaf.
Infolge der jahrzehntelangen Gehirnwäsche blenden die selbsternannten Gutmenschen und Mitläufer starrsinnig die Realität aus und zeichnen sich weiterhin durch unglaubliche Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit, Langsamkeit und fatalistisches Obrigkeitsdenken aus.
Wir müssen endlich erkennen, was die Stunde geschlagen hat, denn ohne die sofortige Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne unverzügliche radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.
Wenn wir unsere Heimat retten wollen, müssen wir unseren komaähnlichen Todesschlaf sofort beenden und uns endlich wehren und erbitterten Widerstand leisten, um die Vernichtungspläne der verbrecherischen Finanzeliten noch rechtzeitig zu entschärfen oder rückgängig zu machen.
Angesichts der bedrohlichen Ereignisse in den Monaten September und Oktober 2024 bleibt nicht mehr viel Zeit, um unsere Heimat zu retten:

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. September 2024 (x1.408/…): >>**Alle Macht dem Volke**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. September 2024 (x1.404/…): >>**Grüne wollen AfD-Verbotsverfahren**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. September 2024 (x1.404/…): >>**Arzneimittel-Lieferengpässe bei jedem zweiten Rezept**
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. September 2024 (x1.399/…): >>**Thüringen: Altparteien booten AfD aus**
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30378" berichtet am 28. September 2024 (x1.400/…): >>**Rückblick Trump-Attentat: Nützt es der Weltherrschaftssekte?**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. September 2024 (x1.404/…): >>**Das Märchen vom Grünen Wasserstoff (II)**
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. September 2024 (x1.408/…): >>**Wer finanziert die Antifa?**
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 30. September 2024 (x1.401/…): >>**Türkei weiß von nichts: Faesers "Abschiebe-Deal" ist Lug und Trug!**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. September 2024 (x1.404/…): >>**Bundesregierung plant neue Steuervorteile für E-Autos**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. September 2024 (x1.404/…): >>**Straftaten gegen das Leben: Jeder sechste Täter schuldunfähig**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. September 2024 (x1.404/…): >>**Neue Debatte über Entscheidung für Atomausstieg**
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**"Vielfalt": Faeser und SPD planen Migranten-Quote für Richter und Behörden!**
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Mehr als 100 Millionen Euro: So viel zahlte Deutschland an nur einem einzigen Tag für wertlosen Strom!**
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Politisch motivierte Straftaten: AfD am stärksten von Gewalt betroffen!**
Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Die Katze ist aus dem Sack: Merz-CDU will "Schwarz-Grün"!**
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**CDU will Wald für Asylheim abholzen: Naturschutz statt Massenmigration!**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Habeck will Klima-Investitionen in Schwellenländern anstoßen**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**SPD will Migrantenquote für Richter und Beamte**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**SPD und Grüne wollen Rauchverbote ausweiten**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Defizit der Kommunen steigt weiter**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**EU: Mit Kriegslist zum Vermögensregister**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Gewalt gegen Obdachlose drastisch gestiegen**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Kinder- und Jugendärzte: Mehr Depressionen bei jungen Patienten**

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 28. September bis zum 27. Oktober 2024

28.09.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. September 2024 (x1.402/…): >>**War doch klar: Altparteien-Verfassungsgericht entscheidet im Streit um Thüringer Landtagspräsidenten gegen AfD**

Im Streit um die Wahl des Thüringer Landtagspräsidenten hat das (noch) von den Altparteien dominierte Landesverfassungsgericht in Weimar, wie kaum anders zu erwarten war, einstimmig gegen die AfD entschieden. Eine am späten Freitagabend (27. September) auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion ergangene einstweilige Anordnung schränkt das in der Geschäftsordnung des Landesparlamentes klipp und klar geregelte erste Vorschlagsrecht der AfD als stärkste Fraktion stark ein. AfD-Fraktionschef Björn Höcke sprach in einer ersten Reaktion von einer ganz offensichtlich politisch motivierten Entscheidung.

Alterspräsident Jürgen Treutler (73/AfD) ist durch den Weimarer Richterspruch gehalten, das Parlament am heutigen Samstag über eine aktualisierte Tagesordnung abstimmen zu lassen. Der Landtag darf zudem noch vor der Wahl der Landtagsspitze seine Geschäftsordnung ändern. Der Beschluß des Gerichts erging einstimmig. An diesem Samstag (09.30 Uhr) wollte das Parlament in Erfurt seine am Donnerstag nach Tumulten mehrfach unterbrochene und dann abgebrochene konstituierende Sitzung fortsetzen.

So argumentieren die Richter

In ihrem Beschluß gaben die Thüringer Verfassungsrichter dem Alterspräsidenten eine Art Regieanweisung zum Ablauf der heutigen Sitzung auf:

Treutler muß demnach die vorläufigen Schriftführer ernennen, die Beschlussfähigkeit des Landtags feststellen und die von der bisherigen Landtagspräsidentin vorgelegte Tagesordnung von Mitte September zur Abstimmung stellen. Anschließend soll die Sitzung in der Reihenfolge der beschlossenen Tagesordnung fortgesetzt werden. Die AfD und Treutler hatten zuvor eine andere Rechtsauffassung vertreten.

Landtag darf Wahlverfahren ändern

Das Gericht stellte laut Mitteilung klar, daß die Landtagsabgeordneten das Recht hätten, auch in der konstituierenden Sitzung über die Tagesordnung selbst zu bestimmen. "Damit ist auch eine Debatte und Beschlußfassung über eine Änderung der Geschäftsordnung bereits vor der Wahl des Landtagspräsidenten zulässig", heißt es in der Eilentscheidung aus Weimar.

Die Verfassungsrichter erklärten: "Die beabsichtigte Regelung, die vorsieht, daß sämtliche Fraktionen - und nicht allein die stärkste Fraktion - bereits für den 1. Wahlgang Wahlvorschläge für die Wahl des Landtagspräsidenten unterbreiten dürfen, verletzt Verfassungsrecht nicht."

Die CDU hatte das höchste Thüringer Gericht nach einer chaotischen Landtagssitzung am Donnerstag mit einer Vielzahl von Unterbrechungen angerufen. Dem Antrag schlossen sich die Kartellparteien BSW, Linke und SPD an.

Hintergrund ist ein Tauziehen um das Vorschlagsrecht für die Besetzung des Präsidentenamtes. Die AfD strebt die Besetzung des zweithöchsten Staatsamts in Thüringen an und pochte deshalb bis zuletzt auf ihr Vorschlagsrecht gemäß den althergebrachten Parlamentsregeln in Deutschland, wonach der Landtagspräsident oder die Landtagspräsidentin durch die stärkste Fraktion gestellt wird. Für seine bzw. ihre Wahl hätte dann nach den Regeln des Erfurter Landtags im dritten Wahlgang die einfache Mehrheit gereicht.<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. September 2024 (x1.408/…): >>**Alle Macht dem Volke**

Die direkte Demokratie als Alternative. Demokratie heißt Herrschaft des Volkes - nicht der Parteien. Diese sind wichtig zur politischen Willensbildung. Aber wenn sie alles dominieren, ist etwas faul im Staate Dänemark. …

_ von *Jürgen Elsässer*

Das wußten auch die Väter des Grundgesetzes. Im Artikel 20 Absatz 2 heißt es deshalb: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt." Fällt Ihnen etwas auf? Die allermeisten von uns haben schon einmal an Wahlen teilgenommen - aber die allerwenigsten an Volksabstimmungen. Das liegt an einem strukturellen Defizit des bundesdeutschen Staates: Der Auftrag des Grundgesetzes wurde nur zur Hälfte erfüllt. Es gibt zwar ein Bundeswahlgesetz - aber kein Bundesabstimmungsgesetz. Referenden sind nur auf unteren Ebenen möglich, in den Kommunen und Ländern. Diese Leerstelle klafft seit 1949, und kaum einer regt sich darüber auf.

Das Fehlen plebiszitärer Möglichkeiten kastriert das Volk.

Das Fehlen plebiszitärer Möglichkeiten kastriert das Volk, das in einer Demokratie der einzige Souverän ist. Wenn wir nur über weniger Wichtiges mitbestimmen können, aber über die Schicksalsfragen von nationaler Bedeutung die Bundestagsabgeordneten vier Jahre lang ganz allein entscheiden, sitzen wir Bürger am Katzentisch. In Notsituationen, wenn die Altparteien versagen, bleibt dann als einziger Ausweg, eine radikale Kraft ans Ruder zu bringen. Aber auch damit haben wir Deutschen nur die schlechtesten Erfahrungen gemacht, wie die Machtergreifungen von NSDAP oder der SED zeigen: Diese haben den parlamentarischen Absolutismus durch den totalen Staat ersetzt, in dem das Volk gar nichts mehr zu sagen hatte.

Beispiel Minarettverbot

Die Schweiz zeigt eine echte Alternative auf: Die Eidgenossen haben ihre Demokratie - ganz so, wie es auch das Grundgesetz verlangt - nicht nur auf eine parlamentarische, sondern auch auf eine direktdemokratische Säule gebaut. Mit 50.000 Unterschriften kann das Volk erzwingen, daß ihm Beschlüsse der Abgeordneten noch einmal zur Genehmigung vorgelegt werden. Mehr noch: Die Menschen können auch selbst, ganz unabhängig vom Parlament, Gesetze machen. Das war etwa im Jahre 2009 der Fall, als eine Bürgerinitiative ohne Parteiunterstützung - nur ein Teil der konservativen SVP zog mit - das Minarettverbot an die Abstimmungsurnen brachte und dafür eine Mehrheit erhielt.

Seither wurde kein neuer Muezzin-Turm mehr gebaut - ohne daß es zu Unruhen oder gar Anschlägen seitens der Muslime gekommen wäre. Das Volk hat seine Macht demonstriert - und gerade dadurch die Situation befriedet. Bei uns hingegen, wo die Parteien nicht einmal die von ihnen selbst beschlossenen Gesetze durchsetzen, wird der Islam von Tag zu Tag gewalttätiger.

Erfolgreiche Volksentscheide

Wo immer sich in Deutschland in den vergangenen Jahren den Bürgern die Möglichkeit zu direktdemokratischer Beteiligung bot, hatten die Urnengänge eine starke Resonanz. Oft kam es zu überraschenden Ergebnissen: In Freiburg/Breisgau wurde 2006 die Privatisierung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft verhindert, in Hamburg 2010 die Abschaffung der Gymnasien gestoppt, in Berlin 2014 die Bebauung des stillgelegten Flughafengeländes Tempelhof untersagt. Parallel zur Bundestagswahl 2017 werden die Berliner über den Weiterbetrieb des Flughafens Tegel abstimmen, was eine Bürgerinitiative mit Unterstützung der FDP gegen den Widerstand der anderen Altparteien erzwungen hat.

Der Unterschied zu unserem südlichen Nachbarland ist gewaltig: Bei uns gibt es alle vier Jahre teure Wahlkämpfe, Rote und Schwarze kämpfen um das Kanzleramt - doch egal, wer gewinnt, es ändert sich nichts. In der Schweiz hingegen findet nie ein Wechsel der Regierung statt, denn diese wird immer von allen Parteien gemeinsam gebildet. Wenn die Menschen mit

dieser supergroßen Koalition nicht zufrieden sind, verlangen sie einen Volksentscheid - damit können sie an einem Punkt eine Änderung erzwingen, ohne gleich das ganze Kabinett zu stürzen und damit Turbulenzen zu provozieren.
Die AfD streitet sich, ob sie künftig mitregieren soll. Dabei gibt es einen viel besseren Weg: Sie sollte als Preis für die Stützung eines Kanzlers keine eigenen Ministerposten, sondern die sofortige Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene verlangen. Darf man hoffen, daß eine Alternative für Deutschland so uneigennützig handeln wird?
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Spezial 14: "Verrat am Wähler - Geschichte und Gegenwart der Altparteien".<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. September 2024 (x1.399/…): >>**Für Ricarda - zum Abschied**
Von *Daniell Pföhringer*
Der Rücktritt von Ricarda Lang vom Parteivorsitz der Grünen hinterläßt eine große Lücke, die schwer zu füllen sein wird. Zum Abschied veröffentlichen wir nachfolgend unser Kult-Porträt von Lang aus COMPACT 5/2022. …
Anfang Mai 2022 hatte Ricarda Lang die Faxen dicke. In der Bunten beschwerte sie sich über die abfälligen Kommentare im Netz, die sie wegen ihrer Figur über sich ergehen lassen müsse. Die meisten Schmähungen kämen, so zeigte sie sich sicher, "aus dem extrem rechten Spektrum". Dadurch fühle sie sich jedoch eher bestärkt. "Wenn wir Grünen die natürliche Zielscheibe für rechten Haß im Internet sind, haben wir offensichtlich einiges richtig gemacht", so die 28-Jährige.
"Diätpflicht für Entlastung des Gesundheitssystems jetzt!", "Bei dem Foto wäre fast meine Grafikkarte explodiert" oder "Ricarda braucht Doppelsitze in der Doppelspitze" - das sind nur einige der Sprüche, die in den sozialen Netzwerken unter den Fotos der korpulenten Grünen-Chefin zu finden sind. Manche meinen, sie fordere solche Reaktionen geradezu heraus.
Lang machte nämlich kurzerhand aus ihrer Not eine Tugend und erklärte sich zu einer Aktivistin der sogenannten Body-Positivity-Bewegung, die sich gegen vermeintlich diskriminierende Schönheitsideale wendet und sogenanntes Bodyshaming, also Hänseln von Menschen aufgrund ihres Äußeren, öffentlich anprangert. Dicksein ist bei Lang politisches Statement - Widerspruch muß sie also auf dieser Ebene hinnehmen.
Abgebrochene Studentin
Der kann mitunter auch in Form von Spott kommen: Im Februar veröffentlichte die PR-Managerin und Tierschutzaktivistin Alexandra Freifrau von Rehlingen-Prinz auf Instagram ein Bild der Politikerin mit dem Kommentar: "Wenn die grüne Tonne vegan leben würde … wäre dem Klima geholfen."
Zwar entschuldigte sich die Society-Lady später und löschte den Post, dennoch verteidigte sie ihn gegenüber der Berliner Zeitung. Als Veganerin habe sie Lang daran erinnern wollen, daß diese als Fleischesserin eine wesentlich negativere CO2-Bilanz aufweise als ein Dieselfahrer. Lang, so von Rehlingen, sei nur das "Vehikel" gewesen, das sie inspiriert habe. Zur Kritik an ihrer Äußerung sagte sie: "Wir leben in einer humorlosen Welt."
Müßte man eine Ricarda-Lang-Biographie schreiben, wäre diese wohl kaum mehr als 20 Seiten dick. Das liegt nicht nur am Alter der Grünen-Chefin, sondern auch daran, daß ihr Leben bislang ungefähr so spannend verlief wie eine Folge von Bauer sucht Frau: 1994 als Tochter einer alleinerziehenden Sozialarbeiterin in Filderstadt bei Stuttgart geboren, nach dem Abitur Jurastudium, 2019 abgebrochen. Klingt nach einem typisch grünen Lebenslauf.
Nicht abgeschlossene Berufsausbildungen zählen schließlich zu den Kernkompetenzen des Spitzenpersonals der Öko-Partei: Joschka Fischer hatte sowohl Abitur als auch Lehre geschmissen, schlug sich dann als Taxifahrer, Bücherdieb und Steineschmeißer durch, um es schließlich zum Außenminister zu bringen.

Claudia Roth wurde mit einem abgebrochenen Studium der Theaterwissenschaften und etwas Praxiserfahrung als Kurzzeitmanagerin der Anarcho-Band Ton Steine Scherben Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und nun Kulturstaatsministerin. Katrin Göring-Eckardt beendete ihr Theologiestudium ohne Abschluß, um dann zum Ratsmitglied der Evangelischen Kirche in Deutschland und ebenfalls zur Bundestagsvizepräsidentin zu avancieren.
Fette Herzchen bekam die abgebrochene Jurastudentin Lang vom Portal news.de, offenbar in einfacher Sprache: "Ricarda Lang wurde das Gerechtigkeitsdenken in die Wiege gelegt. Ihre Mutter leitete ... ein Frauenhaus. Das Frauenhaus mußte aus finanziellen Gründen geschlossen werden, das Vorbild ihrer Mutter blieb: Ricarda Lang setzt sich sehr für die Rechte von Frauen ein. Im August 2021 forderte sie die Aufnahme afghanischer Frauenrechtlerinnen, die in ihrer Heimat von den Taliban verfolgt werden."

Big Mac statt Bio

Der Grünen Jugend trat Lang im Alter von 18 Jahren bei, 2015 wurde sie in deren Bundesvorstand gewählt, zwei Jahre später zur Vorsitzenden. Schon damals wußte sie zwei Kernthemen ihrer Partei zu verzahnen.
2018 erklärte sie im ZDF: "Die EU sollte den Bewohnern von Inselstaaten, die durch den Klimawandel bedroht sind, die europäische Staatsbürgerschaft anbieten und ihnen eine würdevolle Migration ermöglichen." Schließlich trügen die Länder der Europäischen Union "durch eine verantwortungslose Energie-, Wirtschafts-, und Agrarpolitik" eine Mitschuld an der "menschengemachten Klimakatastrophe", so die naßforsche Jungmatrone.
2021 zog die Wahlberlinerin in den Bundestag ein - als erste offen bisexuelle Abgeordnete, wie sie selbst und die Mainstream-Medien hinausposaunten. In den sozialen Netzwerken habe man sie für ihr Outing gefeiert, erzählte Lang den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. "Queere Menschen" hätten ihr geschrieben: "Zu sehen, daß jemand von uns da sitzt und hoffentlich auch Politik für unsere Rechte macht, gibt Hoffnung." Ihr Einzug ins Parlament sei "ein schönes Signal".
So etwas zieht bei den Grünen natürlich: Anfang des Jahres wurde sie neben dem gebürtigen Iraner Omid Nouripour zur Co-Vorsitzenden der Grünen gewählt. Mit 28 Jahren ist sie die bislang Jüngste auf diesem Posten, doch "Welpenschutz" genieße und fordere sie nicht, sagte sie der Bunten.
Einen Monat nach der Wahl folgte auf Instagram die große Enttäuschung für die Männerwelt: Ricarda ist vergeben. Doch wie gewöhnlich: Sie hat 'nen Kerl. Florian Wilsch heißt er und ist Mathematiker am Institute of Science and Technology Wien. Peinliche Fan-Bekenntnisse unter dem gemeinsamen Foto: "Was für ein schönes Bild von euch beiden", postet ein Follower. "Wie schön ihr seid", heißt es in einem anderen Kommentar. Banalitäten pflastern ihren Weg.
Banalitäten pflastern ihren Weg.
Social Media hat es die lispelnde Wuchtbrumme auch zu verdanken, daß sie zum fleischgewordenen Meme geworden ist. Es war im August 2020, als ein Bild bei Facebook & Co. kursierte, das Lang in ihr Smartphone vertieft bei einer Zugfahrt zeigt. Vor ihr: eine McDonalds-Tüte. Dabei hatte ihre Partei kurz zuvor ein Werbeverbot für Fast Food gefordert, weil immer mehr Menschen übergewichtig seien. Salat predigen, Burger futtern: Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit fiel auch manchem Internetuser auf.

Schweres Geschütz

Es hagelte süffisante Kommentare. Lang ging zum Gegenangriff über. In mehreren Tweets beklagte sie die Verletzung ihrer Privatsphäre. So etwas führe dazu, "daß Menschen aufhören, sich politisch zu engagieren". Vor allem Frauen müßten "immer Angst vor Angriffen haben".
Schlechtes Timing ist bei Lang übrigens Programm: Als sie sich im Bundestag für die Einführung einer Impfpflicht stark machte, weil der Staat, so ihre Begründung, seiner Verantwortung für die Gesundheit der Bürger gerecht werden müsse, war gerade eine brasilianische Studie

über den Zusammenhang zwischen Adipositas und schweren Covid-Verläufen bekannt geworden.
Wenn die Olivgrünen zum Angriff blasen, stehen nicht nur Panzerkommandant Hofreiter, Atom-Barbie Baerbock und Generalfeldmarschall Habeck Gewehr bei Fuß - auch die Dicke Bertha wird in Stellung gebracht, wenn auch nicht an vorderster Front. Im Mai gebar Lang eine parteitypische Chimäre aus Bellizismus und Etatismus, indem sie eine Kriegssteuer für Unternehmen forderte, die wegen des Ukraine-Konflikts Gewinne machen. Auf wen die Forderung zielt, blieb offen. Sind Firmen gemeint, die nun höhere Exportquoten verbuchen? Oder Rüstungskonzerne? Für die legen sich die Grünen doch gerade richtig ins Zeug.
Übrigens auch Lang: Vor wenigen Wochen erst gab sie der Welt ein Interview, indem sie in rabulistischer Manier erläuterte, warum Waffenlieferungen für die Ukraine gerade wegen "grüner Prinzipien" geboten seien. "Wir sind uns mit unseren Koalitionspartnern einig, daß Deutschland nicht Kriegspartei werden darf. Und gleichzeitig sind wir bei diesem Krieg nicht neutral. Die Ukraine kämpft auch für europäische Werte, für Demokratie, und wir stehen an ihrer Seite", so die Obergrüne.
"Die Entscheidungen der Bundesregierung tragen dem Rechnung. Wir liefern gemeinsam mit unseren Partnern Waffen, auch schwere, helfen finanziell und nicht zuletzt humanitär mit der Aufnahme von Geflüchteten." Nun stehe die Frage, "wie wir Grüne uns als Friedenspartei aufstellen, aber natürlich auch, wie wir als gesamte Gesellschaft damit umgehen", für sie im Mittelpunkt.
Einig ist sich Lang mit ihrer Außenministerin auch, was Öl und Gas anbelangt. Baerbock hatte bei ihrem Besuch in Kiew gesagt, daß Deutschland "für immer" auf Energielieferungen aus Rußland verzichten wolle. Lang sekundierte bei Maischberger: "Ich finde, wenn wir jetzt aus russischem Gas aussteigen, dann sollte das ein Komplettausstieg sein und auch auf Dauer." Es gehe allerdings nur um die Abhängigkeit von Rußland, nicht darum, alle wirtschaftlichen Verbindungen für immer einzustellen. Die Grünen als Partei des Great Reset: das bleibt auch mit dem Schwergewicht an der Spitze so.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. September 2024 (x1.404/…): >>**Grüne wollen AfD-Verbotsverfahren**
Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion, Irene Mihalic, plädiert für ein AfD-Verbotsverfahren "Die Vorgänge in Thüringen haben erneut den faschistoiden Charakter der AfD offengelegt", sagte sie den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Sonntagausgaben). "Ein Parteiverbot in Deutschland ist sehr voraussetzungsvoll und wir dürfen keine Fehler machen, die Feinde der Verfassung durch ein unsauberes Vorgehen auch noch zu stärken."
Daher sollten alle relevanten Akteure in Bund und Ländern "die anstehenden Fragen eingehend miteinander besprechen". Mihalic warnte vor einer konkreten Gefahr: "Wenn die AfD die Möglichkeit bekommt, wird sie wesentliche Bestandteile unseres demokratischen Rechtsstaates zerstören und außerdem Deutschland zu einem Satelliten Putins machen", sagte die Grünen-Politikerin.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. September 2024 (x1.404/…): >>**Arzneimittel-Lieferengpässe bei jedem zweiten Rezept**
Vertreter der Gesundheitsbranche warnen vor drohenden Arzneimittel-Engpässen in der bevorstehenden Herbst-Wintersaison. "Jedes zweite Rezept ist von Lieferengpässen betroffen", konstatiert der Apothekerverband Nordrhein in der "Welt am Sonntag". "Wir gehen genauso schlecht vorbereitet in diesen Winter wie bereits in den vergangenen Jahren."
Es fehlten derzeit unter anderem wichtige Asthmamittel, auch bei vielen Antibiotika gebe es Engpässe. "Welche Medikamente konkret und in welchem Ausmaß betroffen sind, ändert sich ständig und ist auch regional sehr unterschiedlich", bestätigt Markus Beier, Bundesvorsitzen-

der des Hausärzteverbandes (HAEV). Das von der Bundesregierung im vergangenen Jahr verabschiedete Lieferengpaß-Gesetz und andere Initiativen haben die Probleme offenbar nicht gelöst.
"Die Gesetze entfalten bislang keinerlei Wirkung", kritisiert der Hessische Apothekerverband. Die Apotheken könnten wegen massiver Lieferengpässe und unzureichender politischer Maßnahmen "nicht mehr in vollem Umfang ihrem hoheitlichen Auftrag nachkommen, die Menschen in Deutschland mit Arzneimitteln zu versorgen." Laut dem Verband ProGenerika, der Hersteller rezeptfreier Medikamente vertritt, wurden weder bei Kinderarzneimitteln noch bei Antibiotika Anreize für den Ausbau der Produktion geschaffen.
Aktuell verzeichnet das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) 498 Lieferengpässe (Stand 27.09.2024), im Vorjahr lag diese Zahl mit 1000 deutlich höher. Die Angaben sind aber nur bedingt vergleichbar, weil die Erkältungssaison erst beginnt. Das Bundesgesundheitsministerium teilte mit, es gebe keine Versorgungsknappheit von Arzneimitteln, sondern "punktuelle Lieferengpässe in einem sehr komplexen Markt."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. September 2024 (x1.404/…): >>**Thyssenkrupp Steel erwägt harte Einschnitte**
Der neue Chef von Thyssenkrupp Steel, Dennis Grimm, bereitet die Beschäftigten von Deutschlands größtem Stahlkonzern auf eine tiefgreifende Sanierung vor. "Es sind harte Einschnitte notwendig", sagte Grimm der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (Samstagausgabe). "Wir müssen profitabler werden." Die aktuelle Marktlage habe sich in den vergangenen Monaten "nochmal verschlechtert, und eine Erholung ist leider nicht in Sicht", erklärte der Chef der Stahlsparte.
Darauf müsse Thyssenkrupp Steel reagieren. Die Einschnitte bei Thyssenkrupp Steel könnten tiefer ausfallen als bisher geplant. Derzeit werde ein neuer "Busineß-Plan" erarbeitet, sagte Grimm. "Ein Teil der Überarbeitung des Busineß-Plans ist auch der künftige Betriebspunkt", fügte er hinzu. "Wir müssen das Unternehmen auf Performance trimmen - im Hier und Jetzt." Wie viele Arbeitsplätze wegfallen sollen, ließ Grimm offen.
"Wir können noch nicht genau beziffern, wie viele Menschen wir nach der Fertigstellung des Busineß-Plans und den Verhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern beschäftigen werden", sagte der Vorstandssprecher von Thyssenkrupp Steel. "Es werden aber weniger sein als heute."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. September 2024 (x1.404/…): >>**Thüringer Landtags kann sich im zweiten Anlauf konstituieren**
Der neue Thüringer Landtag hat sich am Samstag im zweiten Anlauf konstituiert und den CDU-Abgeordneten Thadäus König zu ihrem Präsidenten gewählt. König bekam bei der Abstimmung 54 Stimmen, die AfD-Abgeordnete Wiebke Muhsal 32 Stimmen, ebenso viele, wie die AfD-Fraktion Sitze hat, es gab eine Enthaltung. Möglich geworden war die Wahl im ersten Wahlgang nur, weil der Landtag vorher mit den Stimmen von CDU, BSW, Linken und SPD seine Geschäftsordnung geändert hatte.
Bislang hatte zunächst nur die größte Fraktion - in diesem Fall die AfD-Fraktion - ein Vorschlagsrecht. Der ebenfalls von der AfD gestellte Alterspräsident Jürgen Treutler hatte sich bei der ersten Sitzung am Donnerstag aber geweigert, über eine Änderung der Tagesordnung abstimmen zu lassen. Erst der Thüringer Verfassungsgerichtshof hatte in einem Eilverfahren am Freitag dann den Weg dafür freigemacht.
Während die Sitzung am Donnerstag noch im Chaos versunken war, lief am Samstag alles weitgehend gesittet ab. Der Alterspräsident stellte gleich zu Beginn klar, sich an den Beschluß des Verfassungsgerichtes halten zu wollen und bekam bei Übergabe an den gewählten Landtagspräsidenten sogar einen Blumenstrauß.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. September 2024

(x1.399/…): >>**Thüringen: Altparteien booten AfD aus**
Von *S. Hofer*
Die konstituierende Sitzung des Thüringer Landtags wird heute fortgesetzt. Zuvor hatte der Verfassungsgerichtshof einer Klage der CDU in mehreren Punkten recht gegeben. Wir informieren Sie fortlaufend über die wichtigsten Geschehnisse des Tages.
12.55 Uhr: Der neue Landtagspräsident Thadäus König (CDU) schließt Sitzung.
12:25 Uhr: Das antidemokratische Parteienkartell läßt auch bei der Vizepräsidenten-Wahl die AfD-Kandidatin Wiebke Muhsal durchfallen. Sie erhielt 32 Ja- und 41 Nein-Stimmen bei 14 Enthaltungen. Damit ist die stärkste Fraktion im Thüringer Landtag nicht im Präsidium des Parlaments vertreten. Als Vizepräsidenten gewählt wurden: Steffen Quasebarth (BSW), Lena Saniye Güngör (Linke) und Cornelia Urban (SPD).
10;46 Uhr: Bei der Wahl zum Landtagspräsidenten hat der CDU-Abgeordnete Thadäus König mit 54 zu 32 Stimmen gegen die AfD-Kandidatin Wiebke Muhsal gewonnen. Es gab eine Enthaltung. Auf König als Kandidaten hatten sich CDU, BSW, SPD und Linke im Vorfeld verständigt, um die AfD-Bewerberin für das Amt zu verhindern.
10:05 Uhr: Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Andreas Bühl, begründet die von seiner Fraktion beantragte Änderung der Geschäftsordnung, wonach schon alle Fraktionen schon im ersten Wahlgang einen Kandidaten zur Wahl des Landtagspräsidenten vorschlagen dürften und nicht mehr nur wie bisher die stärkste Kraft (im neuen Landtag die AfD).
Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Torben Braga, kritisiert dies. Das Vorschlagsrecht der stärksten Fraktion für das Amt des Landtagspräsidenten habe eine lange parlamentarische Tradition, die bis zur Paulskirche zurückreiche. Der CDU wirft Braga taktieren vor.
09:50 Uhr: Der Landtag ist beschlußfähig. 87 von 88 Abgeordneten haben ihre Anwesenheit erklärt. Ein SPD-Abgeordneter fehlt krankheitsbedingt. Die Tagesordnung wurde mehrheitlich angenommen,
09:30 Uhr: Hier können Sie die Sitzung des Thüringer Landtags im Livestream verfolgen:
08:45 Uhr: Der Thüringer Landtag muß schon vor der Wahl eines Präsidenten über Änderungen der Geschäftsordnung entscheiden. Das hat das Landesverfassungsgericht am Freitag entschieden. Der Verfassungsgerichtshof ist darüber hinaus zu dem Schluß gekommen, daß es kein exklusives Vorschlagsrecht der stärksten Fraktion für das Amt des Landtagspräsidenten gibt. Damit dürfen auch andere Fraktionen bereits im ersten Wahlgang Kandidaten stellen.
Die Entscheidung der Richter im Wortlaut:
"Der Thüringer Verfassungsgerichtshof hat auf Antrag der Landtagsfraktion der CDU und eines Abgeordneten der CDU-Fraktion den Alterspräsidenten des Thüringer Landtags insbesondere dazu verpflichtet, in der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Thüringer Landtags bereits vor der Wahl des Landtagspräsidenten die Neufassung der Tagesordnung vom 19. September 2024 im Plenum zur Abstimmung zu stellen; einen Teil der anderen Anträge hat der Thüringer Verfassungsgerichtshof abgelehnt.
Der Thüringer Verfassungsgerichtshof hat zur Begründung insbesondere ausgeführt:
Die Thüringer Verfassung trifft keine Regelung zur Reihenfolge der einzelnen Konstituierungshandlungen. Sie gibt insbesondere nicht vor, daß die Wahl des Landtagspräsidenten noch vor dem Beschluß einer Geschäftsordnung zu erfolgen hat. Die Abgeordneten haben aus der verfassungsrechtlich gewährleisteten Parlaments- und Geschäftsautonomie das Recht, auch in der konstituierenden Sitzung über die Tagesordnung zu bestimmen und dabei sowohl die Gegenstände als auch die Reihenfolge der Tagesordnung festzulegen. Damit ist auch eine Debatte und Beschlußfassung über eine Änderung der Geschäftsordnung bereits vor der Wahl des Landtagspräsidenten zulässig.

Die beabsichtigte Regelung, die vorsieht, daß sämtliche Fraktionen - und nicht allein die stärkste Fraktion - bereits für den 1. Wahlgang Wahlvorschläge für die Wahl des Landtagspräsidenten unterbreiten dürfen, verletzt Verfassungsrecht nicht. Sie verstößt weder gegen Bestimmungen der Thüringer Verfassung noch gegen verfassungsrechtliches Gewohnheitsrecht. Eine Nichtbehandlung des auf die Änderung der Wahlmodalitäten des Landtagspräsidenten gerichteten Antrags durch den Alterspräsidenten kommt deshalb unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt in Betracht."
Die konstituierende Sitzung wird am heutigen Samstag um 9:30 Uhr fortgesetzt. Wir halten Sie über die wichtigsten Geschehnisse auf dem Laufenden.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30378" berichtet am 28. September 2024 (x1.400/…): >>**Rückblick Trump-Attentat: Nützt es der Weltherrschaftssekte?**

Kaum ein Politiker versteht es, sich auf der Weltbühne mehr in Szene zu setzen, wie er. Kaum einer polarisiert und scheidet die Geister mehr, wie er: Donald Trump, Präsident der Vereinigten Staaten von 2017 bis 2021 und republikanischer Kandidat für die US-Präsidentschaftswahlen vom 5. November 2024. Laut dem Deutsch-Amerikanischen Institut Tübingen gleichen sie einer Schicksalswahl nicht nur für die USA, sondern für die Weltgemeinschaft.
Donald Trump, von den Einen als "neuen Messias" gefeiert, der "den Sumpf trockenlegt", von andern als "Demokratie-Zerstörer" und "Hass-Verbreiter" gefürchtet. Noch für andere bloß Spielball der Mächtigen, deren globale Agenda er vorantreibt.
Wer ist Donald Trump und was für eine Rolle im Weltgeschehen spielt er? Diese Sendung will Antworten auf diese Fragen geben, angefangen mit einer Analyse des mutmaßlichen Schußwaffenanschlags vom 13. Juli 2024. Der Anschlag soll als Veranschaulichung dienen, da er die politische Polarisierung rund um Trump weiter verschärft. Vor allem die Frage "Wem nützt das Attentat auf Trump?" soll Aufschluß über die Rolle Trumps geben.
Zuerst nun zum Anschlag auf Trump am 13. Juli 2024: Während einer Wahlkampfveranstaltung für die Präsidentschaftswahl 2024 soll ein Attentäter versucht haben, Donald Trump mit einem Selbstladegewehr zu töten. Auf Videos ist zu sehen, wie Trump unmittelbar vor dem Schuß seinen Kopf zur Seite dreht, um vom Teleprompter abzulesen. Laut Trump soll ihm diese Kopfbewegung das Leben gerettet haben. Durch einen von mehreren Schüssen soll Trump am Ohr getroffen worden sein. Ein Zuschauer starb durch einen Schuß und zwei weitere wurden schwer verletzt. Kurze Zeit später wurde der mutmaßliche Attentäter von einem Scharfschützen des Secret Service getötet.
Analysen des Tathergangs zeigten teilweise offenkundige Ungereimtheiten und warfen viele Fragen auf. Dies führte zu Spekulationen und läßt vieles im Unklaren. Selbst die Frage, ob und inwiefern es sich um eine Inszenierung handelte, kann nicht mit letzter Gewißheit beantwortet werden. Laut verschiedenen Expertisen könnte es sich an Trumps Ohr auch um Kunstblut gehandelt haben.
Im Folgenden nur einige der vielen Ungereimtheiten und Merkwürdigkeiten:
- Das FBI identifizierte den Schützen als den 20-jährigen Thomas Matthew Crooks. Selbst in den Boulevard-Medien wurde er als "miserabler Schütze" bezeichnet. Wie wahrscheinlich ist es, daß er mit einem auf seinen Vater registrierten Selbstladegewehr über eine Distanz von etwa 120 Metern Trump getötet hätte, hätte dieser nicht den Kopf gedreht? Zu erwähnen ist auch ein Video das zeigt, wie Crooks als unbezahlter Statist in einem Werbespot des weltgrößten Vermögensverwalter BlackRock mitspielte.
- Schon vor den Schüssen hatten Trump-Anhänger den Attentäter entdeckt und die Sicherheitskräfte informiert. Ein Polizist sei daraufhin auf das Dach gestiegen. Als Crooks die Waffe auf ihn richtete, sei er wieder heruntergeklettert. Wie ist es möglich, daß Trump trotz der akuten Gefahr seine Rede beginnen konnte? Und warum haben die Scharfschützen vom Secret

Service Crooks erst dann ins Visier genommen, als dieser bereits auf Trump geschossen haben soll?
- Videoaufnahmen zeigen, wie Trump an sein Ohr faßt, unmittelbar nachdem ein Scharfschütze des Secret Service so zusammenzuckte, als hätte er gerade geschossen. Nach offizieller Erklärung jedoch, fielen zuerst die Schüsse auf Trump und folgend schoß der Scharfschütze und tötete den Attentäter. Könnte es sein, daß der Scharfschütze irgendwohin geschossen hat, um vorzutäuschen, als sei in dem Moment auf Trump geschossen worden?
- Tonanalysen von Videoaufnahmen ergaben, daß von der Tonqualität her mindestens vier verschiedene Schützen geschossen haben müssen. Also neben Crooks und dem Secret Service noch weitere Schützen. Offiziell war jedoch nur von einem Attentäter die Rede.
- Zehn Augenzeugen hatten bestätigt, daß sich jemand auf dem Wasserturm befand, während Schüsse fielen. Ein Video zeigt eine Gestalt auf dem Wasserturm, die sich während der Schüsse vor und zurück bewegte.
- Eine Analyse der Linie, wo echte Schüsse fielen und ein Mann getötet wurde, kommt zum Schluß, daß die Schüsse nicht vom Standort von Crooks gekommen sein konnten.
- Trump berichtete beim Parteitag - zwei Tage nach dem Anschlag - daß seine Hand "voller Blut" war. Auf Videoaufnahmen jedoch ist an seiner Hand kein Blut zu sehen.
- Eine vom AP-Fotografen und Pulitzer-Preisträger Evan Vucci aufgenommene Fotoserie von Trump mit erhobener Faust - unmittelbar nach dem Attentat - erlangte binnen kürzester Zeit weltweite Verbreitung. Der deutsche Autor und Finanzexperte Ernst Wolff brachte es wie folgt auf den Punkt: "Und daß Trump dann so aufgestanden ist und dann gleich die Faust in die Höhe gestreckt hat und dann da die Bilder entstanden sind mit der amerikanischen Flagge im Hintergrund. Also das muß ich sagen, hätte kein Regisseur besser inszenieren können. Also ich habe da meine Zweifel an sämtlichen Versionen, die da kursieren. Also das Einzige, was ich weiß, daß das Ganze irgendwie auf jeden Fall nach einem staged incident, also einer Inszenierung riecht."
Soweit nur einige der vielen Merkwürdigkeiten, auf die im Weiteren nicht näher eingegangen werden soll. Doch die Frage stellt sich, warum die sogenannten Qualitätsmedien keinen plausiblen Erklärungen nachgehen? Statt dessen wissen sie nichts Besseres zu tun, als jegliche Erklärungsversuche sogleich als Verschwörungstheorien abzutun. Könnten die auffällig vielen Ungereimtheiten Teil eines Planes sein, um Verwirrung zu stiften, Streitfragen zu erzeugen und um mit zeitintensiven Details vom Wesentlichen abzulenken? Dies muß bei der weiteren Analyse in Betracht gezogen werden.
Um weiter auf die Spur zu kommen, wer dahinterstecken könnte, soll im Folgenden der Frage nachgegangen werden "Wem nützt das Attentat auf Trump?"

1. Es dient erstmals vordergründig dem Wahlkampf von Donald Trump

- Die Schüsse fielen zwei Tage vor Beginn des Nominierungsparteitags der Republikaner, auf dem Trump erneut zum Präsidentschaftskandidaten der Republikaner gekürt wurde.
- Ernst Wolff sagte dazu: "Und ich weiß, das Ganze nützt auf jeden Fall erstmals vordergründig dem Wahlkampf von Donald Trump. Also der wird im Moment im Mittleren Westen so als eine Heiligenfigur gesehen. Er hat das überlebt. Also Gott hält die Hand über ihn. Und er hat unglaubliche Stärke gezeigt, weil er sofort aufgestanden ist und sofort die Hand nach oben gereckt hat. Also der gilt jetzt so in den Südstaaten als der absolute Held. Und das wird ihm ganz bestimmt sehr viele Stimmen bringen."
- Für den internationalen Kampagnen- und Strategieberater Julius van de Laar ist die Präsidentenwahl quasi entschieden. Die Bilder von Trump, wie er nach dem Attentat die Faust reckt und sich mit der Aufforderung "fight, fight, fight" ("kämpft, kämpft, kämpft") an sein Publikum richtet, seien ein "ikonischer Moment" - und wahrscheinlich wahlentscheidend, sagt van de Laar. Wenn Trump im November gewählt wird, sei das der Moment gewesen, "wo er

schlußendlich auch Präsident geworden ist", so der Berater.

2. Es dient denjenigen, die Trump als "Retter" inszenieren möchten

US-Evangelikale und andere Trump-Anhänger lassen keine Zweifel offen, daß echte Schüsse auf Trump gefallen sein müssen. "Gottes schützende Hand lag über ihm", wurde beispielsweise der Präsident der einflußreichen Billy Graham Evangelistic Association zitiert. Das fehlgeschlagene Attentat half gewissen religiösen Kreisen, Trump als "Märtyrer und Messias" hochzujubeln.

Rabbi Isser Zalman Weisberg, u.a. als Autor für das Chabad-Lubavitch Media Center tätig, gibt dem Trump-Anschlag eine religiöse Aufschlüsselung. In einer Videobotschaft vom 24. Juli 2024 erläuterte er: "Präsidentschaftskandidat Trumps rechtes Ohr wurde verletzt als symbolische Geste gemäß Exodus 21, Vers 6. Dort heißt es, daß ein Diener, der bei seinem Herrn bleiben will, sein rechtes Ohr durchbohren lassen muß. Trump wurde als Gottes Diener und Gesalbter bestimmt, genau wie Kyros der Große vor fast 2.400 Jahren."

Weisberg führt weiter aus, daß die endgültige Frist für die Erlösung am 2. Oktober 2027 sein wird, also während der Amtszeit von Donald Trump. Er habe guten Grund zu glauben, daß Donald Trump auserwählt wurde, seine Hilfe beim Wiederaufbau des heiligen Tempels in Jerusalem und bei der Einsetzung des jüdischen Königreiches über die ganze Welt anzubieten.

Der britische Publizist David Icke kommentiert die Erläuterungen von Rabbi Weisberg auf dem sozialen Netzwerk X, Zitat: "Manche würden dies als Wahnsinn bezeichnen. Andere würden sagen, daß dies genau der Plan ist. Und Sie?"

3. Es dient denjenigen, die den Sicherheitsapparat (sprich die Überwachung) weiter ausbauen möchten

Ernst Wolff erklärte es wie folgt: "Also alle sind sich plötzlich einig. Also wir müssen auf jeden Fall solche Vorfälle verhindern. Und was bedeutet das denn? Alle sind sich einig. Die Sicherheit muß verstärkt werden. Und was bedeutet das? Wir müssen innerlich aufrüsten, also im Inneren. Also das bedeutet, wir müssen das Militär stärken. Wir müssen die Polizei stärken. Und das alles verwundert mich natürlich nicht, wenn man eine Agenda im Hintergrund hat, die den Leuten überhaupt nicht gefallen wird. ...

Und ich glaube, falls Trump an die Macht kommt, dann wird es ganz schnell ein ganz böses Erwachen bei sehr vielen Amerikanern geben. Und da muß man sich natürlich darauf vorbereiten. Da muß man den ganzen Sicherheitsapparat richtig aufrüsten. Und dazu dienen natürlich auch solche Dinge wie dieses Attentat. Denn der Ruf nach mehr Sicherheit wird auf jeden Fall also in ganz lautem Maße in Amerika jetzt erschallen."

4. Es dient als Ablenkung denjenigen, welche die digital-finanzielle Währung einführen möchten

Auch hierzu Ernst Wolff: "Wichtig ist immer zu wissen, wer im Hintergrund davon profitiert. Und im Hintergrund profitiert im Moment der digital-finanzielle Komplex, weil gerade jetzt, die letzten Tage, sind wieder alle Augen auf dieses Attentat gerichtet. Alle Leute werden damit praktisch konditioniert, zu glauben, daß die Politik so wichtig ist. Keiner guckt mehr aufs Finanzsystem. Keiner guckt mehr darauf, was in der Wirtschaft passiert. Und da kann man natürlich jetzt im Moment manipulieren und vorbereiten und alles Mögliche tun, um die große Agenda im Hintergrund weiter durchzuziehen. Und die große Agenda im Hintergrund ist nichts anderes, als daß die digitale Zentralbankwährung eingeführt werden soll."

5. Es dient denjenigen, die durch Chaos die Gesellschaft spalten möchten, um ihre Agenda voranzutreiben (nach dem Teile-und-herrsche-Prinzip)

Ernst Wolff meinte dazu: "Denn, also die Wirtschaft der USA steht unter Druck, das Finanzsystem steht unter Druck. Man wartet nur darauf, daß BlackRock irgendwann grünes Licht gibt, daß das Finanzsystem zusammenbricht und daß man dann mit der neuen Währung, mit den CBDCs (dem Digitalen Zentralbankgeld) aufwartet. Und um das Ganze über die Bühne

zu bringen, muß man die Leute erstens unglaublich spalten - dazu dient dieses Attentat - und zweitens muß man die richtigen Leute in die richtigen Positionen bringen. Und mit J. D. Vance ist natürlich ein Vertreter des digital-finanziellen Komplexes direkt in eine der Schaltzentralen der politischen Macht gerückt worden."
Daß sich mit diesem "fehlgeschlagenen Attentat" die politische Polarisierung in den USA weiter verschärft hat, ist unumstritten. Mit dem Rückzug des amtierenden Präsidenten Joe Bidens acht Tage nach dem Anschlag auf Trump und der Nominierung von Kamala Harris wurde d er Wahlkampf richtiggehend neu lanciert. Es zeichnet sich ein hart umkämpftes Kopf-an-Kopf-Rennen ab.
Der Trump-Anschlag - ob nun inszeniert oder nicht - gleicht einem Schub Öl, das ins Feuer gegossen wird. Und dies nicht nur zwischen Demokraten und Republikanern in den USA. Auch zwischen Rechts und Links weltweit und sogar in der Aufklärungsszene gehen die Meinungen zum Trump-Anschlag weit auseinander.
Liegt dies einfach nur in der Natur der Sache, ist es Zufall oder steckt gar etwa gezieltes Kalkül dahinter? Daß es sich sehr wohl um "gezieltes Kalkül" handeln könnte, geht aus der jahrhundertelang praktizierten politisch-soziologischen Strategie "Divide et impera" hervor - lateinisch für "teile und herrsche". Der eine Feind spaltet die zu besiegende Gruppe in Untergruppen. Diese Teilgruppen bekämpfen sich gegenseitig, anstatt sich gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind zu stellen. So gelingt es dem einen Feind seine Agenda und Herrschaft aufzurichten.
Und genau dieses Phänomen beobachten renommierte Aufklärer in der gegenwärtigen Weltpolitik. Im Folgenden eine Auswahl dieser Stimmen:
Ernst Wolff im Interview zum Trump-Anschlag: "Das ist genauso wie in den USA. Da gibt es auf der einen Seite Biden, da gibt es auf der anderen Seite Trump. Bei uns gibt es auf der einen Seite Herrn Scholz, Herrn Habeck und Frau Baerbock. Auf der anderen Seite gibt es die AfD. Alle spielen ein großes Spiel, um uns alle von den wirklich wichtigen Dingen im Hintergrund abzulenken."
David Icke in seinem Vortrag an der 20. AZK (Aufdeckung der Welt-Tyrannei und ihrer Kriegsstrategien): Sehen Sie, das ist der große Schwindel. In der Politik gibt es "Links" gegen "Rechts". Und im Hintergrund sind sie alle befreundet. Ich meine, einige von ihnen sind vielleicht wirklich anderer Meinung, aber viele von ihnen, die Schlüsselpersonen, sind befreundet. ...
Was wir also in Bezug auf Politik sehen, "Links" und "Rechts", ist Theater. Es ist Unterhaltungstheater, oder? Aber es soll uns weiter an das politische System glauben lassen und dadurch, daß wir alle vier oder fünf Jahre wählen müssen, irgendwie die Kontrolle darüber haben, wer die Regierung führt. Aber wenn man in diesem Puppenspiel, wo es die Linke und die Rechte gibt, einen Schritt zurück geht in die Schatten, sieht man, daß beide von denselben Händen kontrolliert werden. Deshalb ist es egal, wer an der Macht ist, "Links" oder "Rechts", es zeigt sich die gleiche Agenda für die Menschheit. ...
Diese globale Sekte kennt keine Landesgrenzen. Sie ist nur für die Ausbeutung der Bevölkerung da. Sie will Sie glauben machen, daß es verschiedene Länder mit unterschiedlichen Zielsetzungen gibt. Das ist aber nicht der Fall. Es gibt eine globale Sekte, die durch alle Länder hindurch wirkt!
Nun zurück zu Donald Trump und den US-Präsidentschaftswahlen 2024. Ist es wirklich so, daß das Ganze einem "Puppenspiel" gleichkommt und es schlußendlich keine Rolle spielt, wer zum 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wird?
Die renommierte US-amerikanische Investigativ-Journalistin Whitney Webb warnt eindringlich davor, daß sowohl Republikaner als auch Demokraten von denselben mächtigen Oligarchen beeinflußt werden und plädiert dafür, das politische System kritisch zu hinterfragen. Sie

hebt hervor, daß die wahren Gewinner der kommenden Wahlen nicht die Bürger sind, sondern die mächtigen Milliardäre, die den Überwachungsstaat weiter ausbauen wollen.
Webb deckt auf der US-amerikanischen Plattform "Unlimited Hangout" auf, wer die Trump Wahlkampagnen finanziert. Zentrale Figur ist der Tech-Investor, PayPal- und Palantir-Gründer Peter Thiel, unterstützt von seinen Kollegen. Sie finanzieren die Trump-Kampagne mit mindestens 45 Millionen Dollar. Und weiter, Trumps Vizepräsidentschaftskandidat, J. D. Vance, sei sozusagen ein Ziehsohn von Thiel.
Webb erläutert ebenso, daß die Demokraten statt von Thiel von Ex-Google CEO Eric Schmidt unterstützt werden. Schmidt und Thiel sind beides Co-Vorsitzende des einflußreichen Bilderberg-Clubs. Die Bilderberg-Gruppe kann kurz gesagt als globalistisch-politisch und wirtschaftlicher Arm der Mächtigen erachtet werden.
Beim Aufbau mischten die Rockefeller-Stiftung, die CIA und der Council on Foreign Relations (kurz CFR) mit. Wie Kla.TV in mehreren Sendungen darlegte, steht auf deren Agenda "das unablässige Bemühen um den Aufbau einer allmächtigen Weltregierung". (www.kla.tv/29106) Dies mit Hilfe der Einführung der digitalen Zentralbankenwährung, eines Überwachungs- und Ausgrenzungssystems, einer Durchimpfungspolitik mit mRNA-Impfstoffen, einer Klima-Abzocke-Politik sowie mit Hilfe des militärisch-industriellen Komplexes.
Egal ob Donald Trump, Joe Biden oder Kamala Harris, egal ob Republikaner oder Demokraten, es ist immer diese ein und selbe globale Agenda, die vorangetrieben werden soll.
In einem Artikel vom 29. Juli 2024 legte die unabhängige, auf US-Politik spezialisierte Journalistin, Caitlin Johnstone, dar, wie sich Demokraten und Republikaner ständig gegenseitig für außenpolitische Positionen angreifen, die sie in Wirklichkeit gar nicht vertreten. Damit soll der Anschein erweckt werden, in der Außenpolitik bedeutende Meinungsverschiedenheiten zu haben.
So sagte Trump über Harris "sie mag Israel nicht". In Wirklichkeit sei sie mit einem jüdischen Mann verheiratet, krieche nachweislich vor der Israel-Lobby zu Kreuze und gab eine Erklärung ab, in der sie "Anti-Völkermord-Demonstranten" gegen Netanyahus Rede als Terroristen bezeichnete.
Auf der anderen Seite werfen die Demokraten jahrelang Trump vor, er sei ein Freund Rußlands und Vladimir Putins. In Wirklichkeit jedoch habe Trump seine gesamte Amtszeit damit verbracht, gegen die Interessen Moskaus zu arbeiten. Er leitete die Aufrüstung der Ukraine in die Wege, zerriß Nuklearverträge, führte eine Sanktion nach der anderen gegen Rußland ein, bombardierte und besetzte Syrien und vieles mehr. In Wirklichkeit seien sowohl Demokraten als auch Republikaner mehr oder weniger in allen wichtigen außenpolitischen Fragen einer Meinung, so Caitlin Johnstone.
Trump versteht es wie kein anderer zu polarisieren. Auch seine Aussage, im Falle einer zweiten Amtszeit würde er den Ukraine-Krieg rasch beenden, kann nicht für bare Münze genommen werden. Der auf Geopolitik spezialisierte US-amerikanische Journalist Ben Norton wies in einer 55-minütigen Dokumentation nach, wie Trump als Präsident in Wirklichkeit ein Kriegstreiber war. Das Video gibt einen Überblick über Trumps Unterstützung für Israel und die Ukraine sowie seine aggressive Politik gegenüber China, Rußland, Palästina, Iran, Irak, Syrien, Afghanistan, Jemen, Bolivien, Venezuela, Nicaragua und Kuba.
Genau dasselbe könnte über jeden demokratischen Präsidenten gesagt werden, ob nun Barack Obama, Joe Biden oder Kamala Harris. Caitlin Johnstone vergleicht die vordergründigen Differenzen zwischen Republikanern und Demokraten mit den Juwelieren aus John Steinbecks Novelle "Die Perle". Sie alle arbeiten für denselben Arbeitgeber, um die Illusion eines Wettbewerbs zu erzeugen. Genauso handelt es sich im Kampf zwischen den verschiedenen Parteien um einen Scheinkampf, um die Illusion einer Demokratie zu erzeugen. Dieses Scheinspiel ermöglicht es den wenigen Möchtegern-Mächtigen und Weltherrschaftsbesessenen ihre

Agenda über die Köpfe der zerstrittenen Wähler hinweg voranzutreiben.
Es sind Ereignisse wie das Trump-Attentat, die den Graben zwischen den verschiedenen Lagern beflügeln. Deshalb spielt es letztendlich keine Rolle, ob und inwiefern es sich um eine Inszenierung handelte. Vielmehr sollten mit vereinten Kräften - anstatt sich in Details zu zerstreiten - die Pläne der Welt-Kontrollsüchtigen offengelegt und gestoppt werden.
Sind Sie mit dabei, durch das Weiterverbreiten dieser Sendung diesen Plänen einen Riegel zu schieben?!
Wenn Sie sich tiefer mit dem Thema auseinandersetzen möchten, empfehlen wir Ihnen den Vortrag, den David Icke an der 20. AZK hielt "Aufdeckung der Welt-Tyrannei und ihrer Kriegsstrategien". (www.kla.tv/29979)
In seiner Rede zeigt er das Problem des Teile-und-herrsche-Prinzips auf. Es sei ein winziger Bruchteil der acht Milliarden Menschen auf der Welt, der dieses globale Schreckensszenario schaffe. Acht Milliarden Menschen können nicht kontrolliert werden. Also schaffen diese wenigen Strippenzieher unterschiedliche Parteien und Glaubenssysteme, um die acht Milliarden zu spalten und beherrschen zu können. Im 75-minütigen Vortrag erfahren Sie auch, was für einen Ausweg David Icke vorschlägt.<<

29.09.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. September 2024 (x1.404/…): >>**Apotheker befürchten dauerhafte Medikamenten-Engpässe**
Die deutschen Apotheker haben mit Blick auf derzeit knapp 500 nicht verfügbare Medikamente vor einer längerfristigen Lieferkrise gewarnt. "Das zeigt, daß wir in einer wirklich dauerhaften Lieferkrise stecken und daß wir hier noch keine Entwarnung haben", sagte Gabriele Regina Overwiening, Präsidentin der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Sonntagausgabe).
Zum Ende des Monats September waren nach Daten des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) 498 Medikamente nicht lieferbar. Im Gegensatz zum vergangenen Jahr sollen aber zumindest Medikamente für Kinder derzeit noch ausreichend vorhanden sein. Niedersachsens Gesundheitsminister Andreas Philippi (SPD) nahm angesichts der Engpässe die EU in die Pflicht, nachhaltig die Medikamentenproduktion auf dem europäischen Festland zu sichern. Ererwarte diesbezüglich mehr Engagement, sagte er der NOZ.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. September 2024 (x1.404/…): >>**AfD-Verbotsantrag verlangt Einzug des Parteivermögens**
Abgeordnete von SPD, CDU/CSU, Grünen und Linken haben einen Gruppenantrag ausgearbeitet, um das Bundesverfassungsgericht mit der Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens zu beauftragen. Das berichtet das Nachrichtenportal T-Online unter Berufung auf das Dokument. Die Initiatoren beantragen darin beim Bundesverfassungsgericht einerseits, "gemäß Art. 21 Abs. 2 GG festzustellen, daß die Partei Alternative für Deutschland verfassungswidrig ist".
Zum anderen beantragen sie, "das Vermögen der Alternative für Deutschland nach § 46 Abs. 2, S. 3 BVerfGG zugunsten der Bundesrepublik Deutschland für gemeinnützige Zwecke einzuziehen". Und zudem festzustellen, "daß die Alternative für Deutschland nach Art. 21 Abs. 3 GG von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen ist". Damit ein Verbotsverfahren im Zweifel nicht an V-Leuten in der Partei scheitert, was bei der NPD schon mal zum Problem wurde, gibt es auch einen Auftrag an die Bundesregierung und die Landesregierungen.
Sie werden aufgefordert, "durch ihre Verfassungsschutzbehörden unverzüglich auf die Herstellung der vom Bundesverfassungsgericht für Parteiverbotsverfahren formulierten Anforderung strikter Staatsfreiheit hinzuwirken". Also mögliche V-Leute abzuschalten und verdeckte Ermittler abzuziehen.
Zur Begründung des Antrags heißt es unter anderem: "Die AfD wendet sich gegen zentrale Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung", die "Würde des Men-

schen sowie das Diskriminierungsverbot" würden von der AfD "mittlerweile unverhohlen in Frage gestellt". Es gäbe "immer wieder Bagatellisierungen der monströsen nationalsozialistischen Verbrechen und darüber hinaus auch klare Bekenntnisse zu diesen". Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte der RTL/ntv-Redaktion zuvor noch gesagt, daß es für ein AfD-Verbot Beweise brauche. "Wenn die Beweise vorliegen, dann ja."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. September 2024 (x1.404/…): >>**Das Märchen vom Grünen Wasserstoff (II)**

Wasserstoff ist teuer. "Grüner" Wasserstoff ist noch viel teurer. Importierter "grüner" Wasserstoff ist unerschwinglich. Doch die Regierung will eine Energieversorgung mit "grünem" Wasserstoff durchsetzen. Das ist teures Wunschdenken und beschleunigt Deutschlands Niedergang.

Von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*

Wasserstoff soll die Energiewende zur Weltklimarettung ermöglichen. Denn Wasserstoff verbrennt zu CO2-freien Wasserdampf. Nach ideologischen Ansichten von Politikern ist CO2 aus Kohle, Erdöl und Erdgas hauptverantwortlich für eine kritische Erwärmung der Erde. Es bleibt unbeachtet, daß Wasserdampf viel stärker das Klima beeinflußt als CO2. Solche einseitigen Bewertungen bestimmen aber die vorherrschenden Meinungen.

Der Wasserstoff muß nach diesen Vorgaben ohne den Einsatz von fossilen Brennstoffen erzeugt werden. Nachdem alle Kernkraftwerke abgeschaltet wurden, bleibt nur "grüner" Strom als Energiequelle, also von Wasserkraftwerken, Windgeneratoren und Photovoltaikanlagen. Strom aus Wasserkraft kann, geologisch bedingt, noch nicht einmal 10 % des Bedarfs decken. "Grüner" Wasserstoff muß mit Fakepower (Wind- und Solarstrom) erzeugt werden.

Er soll der Energieträger der Zukunft werden. Wasserstoffkraftwerke sollen das Stromnetz stabil halten und die Vollversorgung übernehmen, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Darüber hinaus soll er auch noch die Energieversorgung der Industrie und der Mobilität übernehmen. Dafür reicht die Wind- und Sonnenenergie über Deutschland bei Weitem nicht. Das hat inzwischen sogar die Ampelregierung erkannt und will im großem Stil Wasserstoff importieren.

Stromverluste

Solar- und Windstrom müssen zu Elektrolyse-Anlagen geleitet werden, die Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff zerlegen. Der Wasserstoff wird durch Rohrleitungen in unterirdische Speicher (Kavernen) mit rund 300 bar gedrückt, bei Bedarf wieder ausgelagert und zu Gaskraftwerken geleitet. Für die Elektrolyse wird aufbereitetes Reinstwasser gebraucht. Jeder einzelne Prozeß in dieser Kette ist mit Energieverlusten verbunden. Von dem Wind- oder Solarstrom sind noch maximal 25 Prozent bei der Wiederverstromung vorhanden. Die Verluste von mehr als 75 Prozent sind als Abwärme verloren gegangen. Dies sind die Verluste aufgrund physikalischer Gesetze, die nicht beeinflußbar sind.

Hinzu kommen die Energieaufwendungen zum Bau und Betrieb der Wind- und Solarstromanlagen, der Elektrolyse, der Gasleitungen, der Gasspeicher und der Wasserstoffkraftwerke. Das Projekt "Energieversorgung mit grünem Wasserstoff" entpuppt sich bei genauem Hinsehen als ein Verfahren zur Energievernichtung. Beim Verbraucher kommt nur wenig von der eingesetzten Energie an.

Noch ungünstiger ist es, wenn Wasserstoff in Wüstengebieten aus entsalztem Meerwasser gewonnen und per Schiff importiert wird. Die Energieverluste werden dann größer als der zur Erzeugung von Wasserstoff eingesetzte Solarstrom. Ein Minusgeschäft.

Kosten

Die geschilderten Verfahren führen zu hohen Kosten für die Endenergie, die der Stromverbraucher zahlen muß. Bereits die bis jetzt durchgesetzten Schritte zur Energiewende haben die Stromkosten in Deutschland vervierfacht. Viele Betriebe sind damit nicht mehr wirtschaftlich.

Sie müssen aufgeben oder in Länder abwandern, die wirtschaftliche und berechenbare Energiekosten haben. Eine Politik, die "grünen" Wasserstoff als Grundstein der Energieversorgung für Strom, Wärme, Verkehr und Industrie sieht, ist zum Scheitern verurteilt. Sie treibt Deutschland schnell weiter abwärts in die industrielle Bedeutungslosigkeit.

Verbohrte Ideologen

Doch die Ampelregierung macht trotz großer Finanzierungsschwierigkeiten für die Erneuerung der maroden Infrastruktur, für die wachsenden sozialen Aufgaben und für die Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft keine Abstriche von der Energiewende. Im Gegenteil. Die Wende soll beschleunigt werden. Nach wiederholten Angaben von Bundeskanzler Scholz sollen jährlich mehr als 100 Milliarden Euro zur Verdreifachung der Fakepoweranlagen (Wind und Solar) und zum Ausbau der Energie fressenden grünen Wasserstoffwirtschaft fließen. Sachkunde sucht man bei dieser Politik vergebens.

Die Wirtschaft macht in großen Teilen mit, denn Subventionen winken, die das wirtschaftliche Überleben für die nächsten Jahre sichern. Besonders deutlich wird dies bei den Milliarden schweren Subventionen für die deutsche Stahlindustrie, die in Zukunft Stahl ausschließlich mit grünem Wasserstoff erzeugen soll. Der Stahl wird mindestens 10-mal teurer gegenüber der Weltkonkurrenz und wird keinen Absatz finden. Die derzeit wegen der hohen Energiekosten bereits an der Grenze zur Insolvenz arbeitende Stahlindustrie kann mit den Subventionen noch einige Jahre überleben. Doch dann muß sie aufgeben.

Verständnislose Politiker

Die Politik muß endlich zu der Einsicht kommen, Energie ist der Schlüssel zu unserem Wohlstand. Auf dem Weg zum Verbraucher müssen die Energieverluste so weit wie möglich verringert werden. Für die Stromversorgung bedeutet dies: Wir brauchen Kraftwerke mit hohem Wirkungsgrad in Verbrauchernähe, um Leitungsverluste gering zu halten. Strom aus Sonne und Wind ist Fakepower. Der Strom ist nicht regelbar und kann nur in ein von Kraftwerken geregeltes Netz eingespeist werden.

Das Einsammeln von Fakepower und der Transport von Nord nach Süd führen zu großen Verlusten. Bei Starkwind und Sonnenschein wird Strom über den Bedarf produziert. Dann werden Anlagen abgeschaltet und der Betreiber erhält eine Ausfallvergütung nach dem EEG, oder der Strom muß kostenpflichtig entsorgt werden. Beides sind große Stromverluste, die den Strompreis in die Höhe treiben.

Nach diesen Kriterien sind optimal Kohlekraftwerke in Verbrauchernähe. Dies hat China längst verstanden und weitet seine Kohlekraftwerkskapazität schnell weiter aus. Chinas Wirtschaftskraft steigt damit ständig, während Deutschland mit dem Schließen von Kohlekraftwerken die Basis seiner Wirtschaft zerstört. Wir brauchen Politiker, die das kapieren. Indien hat sich der Entwicklung in China angeschlossen und erhöht kurzfristig seine Kohlekraftwerkskapazität um über 30 GW, was ungefähr der heute noch in Deutschland verfügbaren entspricht.<<

30.09.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. September 2024 (x1.413/…): >>**Gaspreise für Haushalte im 1. Halbjahr gestiegen**

Die privaten Haushalte in Deutschland haben im 1. Halbjahr 2024 im Durchschnitt 11,87 Cent je Kilowattstunde Erdgas gezahlt. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am Montag mitteilte, stiegen die Gaspreise damit gegenüber dem 2. Halbjahr 2023 um 4,0 Prozent.

Gegenüber dem 1. Halbjahr 2023 fielen sie allerdings um 3,2 Prozent. Im Vergleich zum 2. Halbjahr 2021, dem Vergleichszeitraum vor dem russischen Angriff auf die Ukraine und der sich verstärkenden Energiekrise, lagen die Gaspreise für Haushaltskunden sogar um mehr als zwei Drittel (+ 73,8 Prozent) höher. Strom kostete die Verbraucher im 1. Halbjahr 2024 durchschnittlich 41,02 Cent je Kilowattstunde, das waren 1,7 Prozent weniger als im 2. Halb-

jahr 2023 (- 3,0 Prozent gegenüber dem 1. Halbjahr 2023) und knapp ein Viertel (+ 24,8 Prozent) mehr als im 2. Halbjahr 2021.
Das Auslaufen der Preisbremsen für Erdgas und Strom Ende 2023 hatte auf die von den privaten Haushalten gezahlten Preise fast keinen Einfluß. Von den 2023 und 2024 gesunkenen Großhandelspreisen für Erdgas und Strom konnten die privaten Haushalte bisher wenig profitieren.
Für private Erdgaskunden sorgte hingegen der ab dem 1. Januar 2024 erhöhte Preis für CO2-Zertifikate und die ab April 2024 wieder zu dem normalen Steuersatz zurückgekehrte Umsatzsteuer für einen Anstieg der Preise.
Die Steuerbelastung stieg für alle privaten Erdgaskunden gegenüber dem 2. Halbjahr 2023 um 27,0 Prozent. Die Kosten für Energie und Vertrieb für private Haushalte insgesamt blieben im Vergleich zum Vorhalbjahr unverändert, Kunden mit einem Jahresverbrauch von 200 Gigajoule und mehr zahlten 4,7 Prozent weniger.
Für Energie und Vertrieb zahlten die privaten Stromkunden im 1. Halbjahr 2024 durchschnittlich 13,7 Prozent weniger als im 2. Halbjahr 2023.
Allerdings führten die stark gestiegenen Netzentgelte (+ 19,7 Prozent gegenüber dem 2. Halbjahr 2023) dazu, daß der Gesamtpreis für Strom im Vergleich zum Vorhalbjahr nur leicht gesunken ist (- 1,7 Prozent).
Nicht-Haushaltskunden, zum Beispiel Unternehmen oder Behörden, zahlten im 1. Halbjahr 2024 für Erdgas ohne Mehrwertsteuer und andere abzugsfähige Steuern durchschnittlich 6,04 Cent je Kilowattstunde. Das waren 10,3 Prozent weniger als im 2. Halbjahr 2023. Gegenüber dem 1. Halbjahr 2023 fielen die Preise um 21,5 Prozent, gegenüber dem 2. Halbjahr 2021 lagen die Preise insgesamt 30,5 Prozent höher.
Die Erdgaspreise für Nicht-Haushaltskunden sanken je nach Jahresverbrauch unterschiedlich stark. Kunden mit einem Jahresverbrauch zwischen 1.000 und 10.000 Gigajoule zahlten im 1. Halbjahr 2024 mit 8,16 Cent je Kilowattstunde 7,9 Prozent weniger als im 2. Halbjahr 2023. Die Preise für diese Verbrauchsgruppe lagen damit aber immer noch 83,4 Prozent höher als im 2. Halbjahr 2021. Kunden mit einem Jahresverbrauch von über 4 Millionen Gigajoule zahlten mit 3,93 Cent je Kilowattstunde 19,0 Prozent weniger als im 2. Halbjahr 2023. Die Preise lagen hier 30,8 Prozent niedriger als im 2. Halbjahr 2021.
Für Strom zahlten Nicht-Haushaltskunden im 1. Halbjahr 2024 durchschnittlich 19,73 Cent je Kilowattstunde ohne Mehrwertsteuer und andere abzugsfähige Steuern. Damit war Strom für sie 3,0 Prozent billiger als im 2. Halbjahr 2023, aber 18,5 Prozent teurer als im 2. Halbjahr 2021. Kunden mit einem Jahresverbrauch zwischen 20 und 500 Megawattstunden zahlten im 1. Halbjahr 2024 mit 27,23 Cent je Kilowattstunde 9,8 Prozent mehr als im 2. Halbjahr 2023 und 31,4 Prozent mehr als im 2. Halbjahr 2021.
Kunden mit einem Jahresverbrauch von mehr als 150.000 Megawattstunden zahlten hingegen mit 12,12 Cent je Kilowattstunde 20,6 Prozent weniger als im 2. Halbjahr 2024, gegenüber dem 2. Halbjahr 2021 sanken die Preise für diese Verbrauchsgruppe um 7,6 Prozent, so Destatis.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. September 2024 (x1.408/…): >>**Wer finanziert die Antifa?**
George Soros und die Amadeu- Antonio-Stiftung. Die Millionen der Anetta Kahane: Ihre Amadeu-Antonio-Stiftung finanziert die sogenannten Antifaschisten und macht auch vor antideutscher Inquisition im Kindergarten nicht halt. Hauptgeldgeber ist das Bundesfamilienministerium.
_ von *Martin Müller-Mertens*
Der Ritterschlag erfolgte im Dezember 2015. Mit keck geneigtem Kopf posierte Anetta Kahane für ein Gruppenbild mit Heiko Maas. Der damalige Bundesjustizminister hatte auch die

Chefin der Amadeu-Antonio-Stiftung (AAS) in eine Taskforce gegen angebliche Haßinhalte im Internet geladen. Versehen mit regierungsamtlichen Weihen setzte die illustre Runde den Rahmen für die verschärfte Zensur im Internet. Die Schmutzarbeit erledigten anschließend Löschkommandos im Auftrag von Facebook und Co.

Seit 2010 flossen mehr als 3,6 Millionen Euro staatlicher Gelder.

Für Kahane bedeutete das Stelldichein mit dem SPD-Kabinettsmitglied wohl die Erfüllung eines lang gehegten Traumes - sie war angekommen im Zentrum der Macht. Dunkle Schatten aus der Vergangenheit hatten eine eigene politische Karriere der 1954 geborenen Berlinerin verhindert. Statt dessen baute sie die von ihr geleitete Stiftung zur Inquisitionsbehörde des verordneten Antifaschismus auf. Der Namensgeber konnte sich nicht mehr wehren - 1990 starb der angolanische Vertragsarbeiter Amadeu Antonio Kiowa nach einem Überfall durch Neonazis im brandenburgischen Eberswalde. Während Antonios Familie von der Stadt später mit 300 Mark abgespeist wurde, entwickelte sich der Tote für Kahane zur millionenschweren Marke.

So omnipräsent die AAS in der Öffentlichkeit auftritt - zuletzt mit der umstrittenen Denunziationsbroschüre Ene, mene, muh - und raus bist du gegen Mädchen mit Zöpfen und andere vermeintlich rechte Tendenzen in Kitas -, so undurchsichtig erscheint ihre finanzielle Struktur: Hinter der Fassade einer Stiftung scheint sich vor allem ein florierendes Wirtschaftsunternehmen zu verbergen, dessen Vermögen sich nicht zuletzt aus politisch dubiosen Quellen speisen dürfte.

Coca-Cola zur Taufe

Bereits die Anfänge von Kahanes Firma sind nebulös. "Herbst 1998. Gründung der Amadeu-Antonio-Stiftung", heißt es lapidar auf der Webseite. Der Name des Stifters taucht im eigenen historischen Abriß gar nicht, an anderer Stelle eher nur am Rande auf. Dabei hatte Karl Konrad von der Groeben keineswegs die Anonymität gesucht. Der Sproß eines ostpreußischen Adelsgeschlechts, das diverse Generäle und einen Kriegsminister unter Friedrich dem Großen hervorbrachte, errichtete nach 1945 mit US-Krediten Coca-Cola-Abfüllanlagen.

Am Ende seines Lebens verteilte der recht begeisterungsfähige Groeben sein so erworbenes Vermögen unter anderem an diverse Stiftungen. Die zunächst 250.000 Mark für die Gründung der Amadeu-Antonio-Namenskaperer war dabei keineswegs seine höchste Dotation. Für Anetta Kahane war die AAS zunächst wohl eher ein Nebenschauplatz, sie stand damals als Geschäftsführerin bei den Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen Berlin (RAA) in Lohn und Brot. Als jedoch der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im Oktober 2000 zum sogenannten Aufstand der Anständigen blies, dürfte die Umtriebige die Gunst der Stunde erkannt haben.

Nach Angaben im Stiftungsverzeichnis des Regierungsbezirks Karlsruhe wurde die AAS am 16. Oktober 2002 rechtsfähig - erst jetzt hatte sie einen dauerhaften Anspruch auf die Gelder Groebens. Die Badener waren zuständig, da die Stiftung ihren formalen Sitz im nahen Heidelberg hat. Wenige Tage zuvor hatte Kahane auf den bereits sicher geglaubten Posten der Berliner Integrationsbeauftragten verzichten müssen - ihre bekannt gewordene Spitzeltätigkeit für die DDR-Staatssicherheit beendete die Politkarriere jäh. Statt dessen avancierte sie 2003 zur hauptamtlichen Vorsitzenden der AAS, die nun nach eigener Darstellung "in ausgewählten Handlungsbereichen operativ tätig" wurde.

Die amerikanischen Freunde

Wesentlich auskunftsfreudiger als in ihren deutschen Rechenschaftsberichten ist die Stiftung in ihrem englischsprachigen Netzauftritt. Als Partner nennt sie dort unter anderem die US-amerikanische Ford Foundation, der zumindest für die Vergangenheit Kontakte zur CIA nachgesagt werden. Deren Chef Darren Walker war zuvor Vizepräsident der Rockefeller

Foundation und ist Mitglied des Council on Foreign Relations, der wichtigsten Denkfabrik der US-Außenpolitik. Eine eigene Erwähnung wert ist der AAS auch die Partnerschaft mit dem Netzwerk Open Society Foundations des Spekulanten George Soros.
Bereits für 2009 bilanzierte die AAS mehr als 1,2 Millionen Euro. Das Stiftungskapital hatte sich inzwischen auf 353.000 Euro erhöht, vermutlich dank weiterer Gönner. Wie dieses Geld angelegt ist, bleibt unklar - bis einschließlich 2016 tauchen dessen Erträge in den jährlichen Ergebnisberichten als erkennbarer Posten schlicht nicht auf. Erst im Bericht 2017 sind 34.782,64 Euro angegeben.

Steuergelder für den Kampf gegen rechts

Seit 2010 flossen mehr als 3,6 Millionen Euro staatlicher Gelder in die Strukturen der AAS, Tendenz steigend: Laut Eigenangaben beliefen sich die Gesamteinnahmen allein 2016 auf mehr als 2,5 Millionen Euro, davon waren 1,6 Millionen Euro staatliche Zuschüsse und knapp 860.000 Euro Spenden. Auf ihrer deutschsprachigen Internetseite verzeichnet die Stiftung außerdem neben der Illustrierten Stern und Kahanes früherem Arbeitgeber RAA vor allem die Freudenberg-Stiftung unter der Rubrik "Partnerinnen und Partner".
"Sauerkraut, Kartoffelbrei - Bomber Harris, Feuer frei!" Julia Schramm
2017 stammten nach Informationen des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner 967.000 Euro aus Bundesmitteln (ohne Zuwendungen der Länder). Weit überwiegend kam dieser Geldsegen aus dem Bundesfamilienministerium, das 661.508,57 Euro zuschoß.
Mit Amtsleiterin Franziska Giffey (SPD) verfügt die AAS über eine einflußreiche Fürsprecherin in höchsten Kreisen, die zu der Ene-mene-muh-Skandalbroschüre sogar ein Vorwort beisteuerte.
183.000 Euro und damit lediglich 5,6 Prozent der Erträge beziffert die AAS für das Jahr 2017 als Ausgaben für Projektförderung - obwohl dies der eigentliche Auftrag einer Stiftung ist. Diese Summe ist zudem seit Jahren rückläufig: 2015 betrug sie noch 266.000 und 2016 immerhin noch 235.000 Euro. Zum Vergleich: Die politisch ähnlich ausgerichtete F. C. Flick-Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz gab ihren Gesamtetat für 2017 mit 750.000 Euro an. Davon flossen 662.670 Euro, also 88,4 Prozent, an externe Projekte.
Wen die AAS aus diesen Zuwendungen sponserte, scheint teilweise Verschlußsache zu sein. In der 144 Punkte umfassenden "Übersicht der geförderten Projekte und unterstützten Personen 2018" finden sich schwammige Formulierungen wie "Übernahme von Fahrtkosten für Arztbesuch für Herrn A.", "Unterstützung für Frau N. N." oder "Unterstützung einer Roma-Familie".
Ausgereicht werden die Gelder unter anderem durch das von der AAS betriebene Projekt CURA. 2015 half es zum Beispiel einer "Person" in Cottbus bei der "Anschaffung eines neuen Handys" und unterstützte einen "Selbstverteidigungskurs von Geflüchteten für Geflüchtete in Dresden". Im Jahr 2016 sprang CURA "unbürokratisch" für einen Asylanten im brandenburgischen Forst ein, woraufhin sich der Merkel-Gast "ein neues Smartphone kaufen konnte".

Eine schlagkräftige Truppe

Den Hauptteil der Einnahmen verwendete die AAS für den eigenen Apparat. So schlugen alleine die Personalkosten 2017 mit 1,7 Millionen Euro zu Buche. Weitere 375.000 Euro spendierte sie sich selbst als "Honorare und Projektkosten" anscheinend für die "operativen", also selbständig durchgeführten Vorhaben.
Für diesen Zweck hat man einschlägig bekannte Antifa-Aktivisten zusammengezogen. Eine Aufstellung des Rechercheteams der patriotischen Vernetzungsplattform Einprozent nennt beispielsweise Dr. Matthias Quent, Direktor des von der ASS getragenen Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena.
Der Soziologe und selbst ernannte Rechtsextremismusexperte war zuvor laut Deutschland-

funk-Mitarbeiter der prominenten Antifa-Schirmherrin und Landtagsabgeordneten Katharina König-Preuss (Die Linke). Das IDZ selbst ist im Übrigen für die AAS als Trägerorganisation ein einträgliches Geschäft: Das Thüringer Bildungsministerium förderte die Jenaer Einrichtung im Jahr 2016 mit 207.281,80 Euro.

Zu den Partnern der AAS gehören auch die Ford Foundation und die Soros-Stiftung.

Bis 2017 war außerdem die ehemalige Piraten-Politikerin Julia Schramm Referentin und Redakteurin für die AAS. Schramm hatte 2014 für einen handfesten Skandal gesorgt, als sie den Bombenangriff auf Dresden und den grausamen Tod unzähliger Opfer mit den Worten "Sauerkraut, Kartoffelbrei - Bomber Harris, Feuer frei!" bejubelte. Mittlerweile ist die Dame als Referentin für den Linkspartei-Chef Dietmar Bartsch tätig.

Als aktuelle Leiterin der "Fachstelle Gender, GMF (Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) und Rechtsextremismus" der AAS war Judith Rahner verantwortlich für die erwähnte Kita-Broschüre. Der Hauptgegner der Expertin in Sachen Gender ist das tradierte Familienbild der AfD.

Last, not least könnten auch AAS-Mitarbeiter für die eingangs erwähnte Taskforce gegen Haßinhalte im Internet unter der Ägide von Justizminister Maas abgestellt worden sein. Dabei scheren sich die Volkspädagogen nicht groß um gesetzliche Grundlagen. Auf der AAS-Seite Belltower News (früher Netz gegen Nazis) heißt es zur Arbeitsweise dieser Taskforce: "Es gibt weit mehr zu tun, als sich nur auf die strafrechtlich relevanten Inhalte zu konzentrieren." Facebook-Nutzer wissen, was diese Direktive zur Folge hat: Es wird gelöscht und gesperrt, was das Zeug hält.

Eine Verantwortung für die Facebook-Zensur lehnt Kahane ab. "Das ist ein Mythos", sagt sie auf eine Anfrage des Tagesspiegel. "Wir treffen uns ein- bis zweimal mal jährlich mit Facebook und dem Justizministerium, falls sie zum Gespräch einladen." Eine direkte Kooperation finde nicht statt, man gebe nur Einschätzungen ab.

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 02/2019.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 30. September 2024 (x1.401/…): >>**Türkei weiß von nichts: Faesers "Abschiebe-Deal" ist Lug und Trug!**

Es bleibt dabei: Beim entscheidenden Schicksalsthema Migration werden die Bürger tagein, tagaus an der Nase herumgeführt. "Deal mit Türkei", jubelt das öffentlich-rechtliche ZDF über einen vermeintlichen Durchbruch beim Thema Abschiebungen.

Auch andere Massenmedien stoßen in das gleiche Horn: "Deutschland schiebt Hunderte Menschen in die Türkei ab" (Spiegel online), "Deutschland startet neu vereinbarte Abschiebungen in die Türkei" (Süddeutsche Zeitung), "Einigung mit Ankara: Berlin schiebt Tausende Asylbewerber in die Türkei ab" (N-TV). Doch das Problem an diesen regierungsnahen Jubelmeldungen ist simpel: Die Türkei weiß von nichts - es war alles wieder nur heiße Luft.

Die Medienberichte über die wöchentliche Abschiebung Hunderter türkischer Staatsbürger seien "unwahr", sagt der Sprecher des türkischen Außenministeriums, Öncü Keceli. "Es ist keine Praxis der Massenabschiebung unserer Bürger genehmigt worden." Während des Treffens zwischen Präsident Erdogan und Bundeskanzler Scholz (SPD) habe das "Thema nicht auf der Tagesordnung" gestanden. Innenministerin Faeser (ebenfalls SPD) entpuppt sich somit einmal mehr als Täuscherin und Trickserin.

Eine Bundesregierung, die inzwischen seit einem vollen Jahrzehnt eine unkontrollierte Massenmigration zuläßt und vorantreibt, kann kein Interesse an konsequenten Abschiebungen haben - so notwendig es auch wäre.

Es ist deshalb überfällig, daß das Migrationsthema endlich in die Hände einer Partei gelegt wird, die als einzige Bundestagspartei nicht zu den Mitverantwortlichen des Desasters gehört. Die AfD hat keinen einzigen illegalen Migranten nach Deutschland gelockt und hat keinen

einzigen Abschiebeflug blockiert. Und sobald wir Teil der Bundesregierung sind, wird das umgesetzt, was von den etablierten Parteien nur heuchlerisch vorgegaukelt wird: Wir werden unsere Grenzen schließen, illegale und straffällige ausländische Staatsbürger abschieben und Geldleistungen in Sachleistungen umwandeln!<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. September 2024 (x1.404/…): >>**Bundesregierung plant neue Steuervorteile für E-Autos**

Die Bundesregierung will auf den schleppenden Absatz von Elektroautos mit der Einführung neuer Steuervorteile reagieren. Diese summieren sich im kommenden Jahr auf 585 Millionen Euro und sollen bis zum Jahr 2028 auf 650 Millionen Euro steigen. Das gehe aus einer Kabinettvorlage des Bundesfinanzministeriums hervor, schreibt das "Handelsblatt" in seiner Mittwochausgabe. Sie enthält Formulierungshilfen für Gesetzesänderungen und soll am Mittwoch vom Kabinett beschlossen werden.

Die Maßnahmen sind schon länger geplant. Kanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) hatten sich darauf Anfang Juli geeinigt. Sie sind Teil des Wachstumspakets der Ampel. Zwei Maßnahmen sind in dem Papier vorgesehen: Unternehmen, die E-Autos anschaffen, sollen großzügigere steuerliche Abschreibungsregeln nutzen können. Sie sollen im ersten Jahr 40 Prozent steuerlich geltend machen können.

Der Abschreibungssatz sinkt dann über fünf Jahre auf sechs Prozent. "Zusätzlich zu den bereits bestehenden vielfältigen steuerlichen Fördermaßnahmen im Bereich der Elektromobilität werden mit der Einführung dieser Abschreibungsmöglichkeit als konjunktur-, wirtschafts- oder wachstumspolitische Maßnahme deutliche steuerliche Anreize insbesondere für den Markthochlauf der Elektromobilität im betrieblichen Bereich gesetzt", heißt es in dem Entwurf.

Als zweite Maßnahme ist geplant, den Preisdeckel bei der Dienstwagenbesteuerung anzuheben. Arbeitnehmer, die ein E-Auto als Dienstwagen nutzen, profitieren von einem niedrigeren Steuersatz als bei Benzin- und Dieselfahrzeugen. Bisher gilt das aber nur für E-Autos, deren Brutto-Listenpreis unter 70.000 Euro liegt. Nun soll die Grenze auf 95.000 Euro angehoben werden. Es gehe darum, "die Förderung nachhaltiger Mobilität und die Nachfrage nach emissionsfreien Kraftfahrzeugen weiter zu steigern", heißt es in der Formulierungshilfe.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. September 2024 (x1.404/…): >>**Wagenknecht zu AfD-Verbotsinitiative: dümmster Antrag des Jahres**

BSW-Chefin Sahra Wagenknecht kritisiert den geplanten Antrag im Bundestag zu einem Verbot der AfD scharf. Das sei der "dümmste Antrag des Jahres", sagte sie dem Nachrichtenportal T-Online.

Am Wochenende war bekannt geworden, daß mehrere Abgeordnete verschiedener Fraktionen einen solchen Antrag in den Bundestag einbringen wollen. Wagenknecht kritisiert, daß die Ampelparteien und auch die CDU die Interessen der Wähler nicht ernst nähmen und sie mit dem AfD-Verbotsantrag "den unliebsamen Konkurrenten jetzt mit der Verbotskeule erledigen" wollten. Das sei "ein Wahlkampfgeschenk par excellence an die AfD aus der Mitte des Bundestages", sagte Wagenknecht.

Das BSW lehne dieses Vorgehen ab. Wagenknecht fordert eine "sachliche Auseinandersetzung" mit der AfD. So wirbt es im Bundestag zum Beispiel um "die Zustimmung aller Fraktionen, auch die der AfD", zur Einsetzung eines Corona-Untersuchungsausschusses.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. September 2024 (x1.404/…): >>**Straftaten gegen das Leben: Jeder sechste Täter schuldunfähig**

Deutsche Gerichte stellen immer häufiger fest, daß Angeklagte schuldunfähig sind. Ihr Anteil an allen sogenannten Abgeurteilten ist in den vergangenen zehn Jahren stark gestiegen, wie eine "Spiegel-Datenanalyse" der Strafverfolgungsstatistik ergeben hat. Besonders eindrücklich

ist die Entwicklung bei den "Straftaten gegen das Leben", zu denen Mord und Totschlag gehören. Von 2002 bis 2012 lag der Anteil der schuldunfähigen Angeklagten bei diesen Delikten relativ konstant um die acht Prozent.
Seitdem ist die Zahl fast kontinuierlich angestiegen, auf rund 16 Prozent im Jahr 2022, dem letzten Jahr, für das Daten vorliegen. Bei anderen Gewaltdelikten wie Raub, Erpressung und Angriffen auf Kraftfahrer sowie "Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit" lag der Anteil niedriger; im Jahr 2022 zwischen 0,6 und 1,3 Prozent aller Abgeurteilten. Auch diese Werte haben sich seit 2012 mehr als verdoppelt.
Der Großteil aller schuldunfähigen Täter wird mit dem Urteil im Maßregelvollzug untergebracht. Die Staatsanwaltschaften stellen laut ihrer Statistik ebenfalls immer mehr Verfahren wegen Schuldunfähigkeit ein. Im Jahr 2008 kamen demnach auf 100 Angeklagte rund 1,5 Schuldunfähige, bei denen die Ermittlungen eingestellt wurden, bevor es zum Prozeß kam. 2023 lag diese Quote bei mehr als 3,5.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. September 2024 (x1.404/…): >>**Neue Debatte über Entscheidung für Atomausstieg**
Es gibt offenbar neue Hinweise darauf, daß das Bundeswirtschaftsministerium die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken in der Energiekrise 2022/23 nicht ergebnisoffen geprüft haben soll - obwohl Minister Robert Habeck (Grüne) das öffentlich zugesagt hatte. Vielmehr habe sein Staatssekretär Patrick Graichen (Grüne) dem Stromreferat des Ministeriums Vorgaben zum gewünschten Ergebnis der Untersuchung gemacht, berichtet die "Frankfurter Allgemeine Zeitung".
Das Blatt zitiert aus einer E-Mail von Graichens persönlicher Referentin vom 1. März 2022, in der es zu dem Fachvermerk heißt: "Patrick bittet insbesondere darum, darzustellen, wie wir auch ohne die drei in Rede stehenden Atomkraftwerke die Versorgungssicherheit sichern können." Das Ministerium sieht darin keine Vorfestlegung, sondern teilte der FAZ mit, Graichen habe sich auf erste Einschätzungen der Kraftwerksbetreiber bezogen, wonach der Weiterbetrieb der letzten drei Reaktoren nicht möglich sei. Laut Atomausstieg sollten die Kraftwerke am 31. Dezember 2022 vom Netz gehen.
Doch gab es Überlegungen, sie in der Energiekrise nach dem russischen Überfall auf die Ukraine bis zum 31. März 2023 weiterlaufen zu lassen. Die grün geführten Ministerien für Wirtschaft- und Umwelt sprachen sich am 8. März 2022 gegen die Laufzeitverlängerung aus, obgleich der Vermerk des Stromreferats vom 3. März wohl zu einer anderen Einschätzung gelangt war. Ein im Juli 2024 eingesetzter Atom-Untersuchungsausschuß des Bundestags soll daher klären, ob die Entscheidung der Ministerien transparent und unvoreingenommen zustande kam.
Nach Recherchen der FAZ und einer von der Zeitung veröffentlichten Mail hatte das Ministerbüro von Habeck den Vermerk mitbeauftragt. Es präzisierte auch mehrfach den Auftrag an die Fachebene, die mögliche Laufzeitverlängerung zu prüfen. Dennoch blieb das Ministerium gegenüber der Zeitung bei der Darstellung, Habeck habe das Ergebnis der Prüfung nicht gekannt: "Der in Rede stehende Vermerkentwurf lag in der Leitungsebene nur Staatssekretär Graichen vor."
Im Gegensatz zu den Grünen wollte innerhalb der Ampelkoalition die FDP die Kernkraftwerke länger laufen lassen. Den Streit beendete Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Oktober 2022. Mit seiner Richtlinienkompetenz legte er fest, daß die drei Kraftwerke bis zum 15. April 2023 am Netz bleiben sollten. Seitdem erzeugt Deutschland keine Kernenergie mehr.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30615" berichtet am 30. September 2024 (x1.400/…): >>**Polnische Soldaten stehen auf - Appell an alle Uniformierten!**
Aleksander Siergiej hat den Rang eines Oberfeldwebels. Er verließ nach 26 Dienstjahren im Jahr 2022 die polnische Armee, weil seiner Meinung nach die Rechte und Freiheiten der Sol-

daten eklatant verletzt wurden. Er erschien vor einer parlamentarischen Untersuchungskommission, um über Mißstände in der polnischen Armee zu berichten.
Szymon Fijał ist Leutnant der polnischen Armee und war zuletzt Kommandeur einer leichten Infanteriekompanie. Er wurde 2021, nach 10 Jahren, aus der Armee entlassen. Während seiner fast zehnjährigen Dienstzeit wurde er vierzehn Mal ausgezeichnet. Nachdem er im polnischen Parlament über Gesetzesverstöße und die Verfolgung von Soldaten ausgesagt hatte, wurde er verleumdet und aus der Berufsarmee entlassen. Er wurde an verschiedenen Orten durchsucht und stand acht Mal vor Gericht, um seine Rechte zu verteidigen
Was hat Sie bewegt, Berufssoldat in der polnischen Armee zu werden?
Aleksander Siergiej: Der Wunsch, der Nation zu dienen, Werte zu verteidigen, das Abenteuer des Lebens zu erleben. Mein Abenteuer dauerte fast 26 Jahre.
Szymon Fijał: Ich wollte starke, entschlossene und edle Menschen kennenlernen, mit denen ich gemeinsam für das Gute eintreten würde. Ich wollte selbst ein solcher Mensch werden, also beschloß ich, Offizier in der polnischen Armee zu werden und schaffte es bis zum Rang eines Leutnants in der polnischen Armee.
Heute sind Sie nicht mehr in der Armee. Warum?
Aleksander Siergiej: Es begann mit dem Zwang zum Impfen in der Armee. Ich mußte anfangen, meine Leute danach zu beurteilen, ob sie geimpft waren oder nicht. Es paßte mir nicht, daß ich meine Untergebenen schlecht behandeln sollte, nur, weil sie sich nicht impfen lassen wollten. Das war zu viel für mich. Ich wollte mit Würde in den Spiegel schauen können. Ich wechselte zu einer Einheit, in der es keinen so starken Zwang gab. Aber nach einem Jahr beschloß ich, trotzdem zu gehen. Ich wollte mehr für die Menschen tun, aktiver sein, und so beschloß ich, zu gehen. Einfach so, über Nacht. Jetzt leite ich eine journalistische Redaktion und kümmere mich um die Probleme der Soldaten im Dienst.
Szymon Fijał: Ich nehme den militärischen Eid, den ich geleistet habe, wörtlich. Ich übernehme die volle Verantwortung für das, was ich tue und für die Befehle, die ich gebe. Während des ausgerufenen Seuchenzustands in Polen war ich Kommandeur einer Kompanie der leichten Infanterie und hatte fast 150 Soldaten, die mir unterstellt waren. Ich trat öffentlich vor dem polnischen Parlament (Sejm) auf, um meine Untergebenen gegen die illegale Zwangsimpfung zu verteidigen.
In der Folge sagten meine Vorgesetzten bei meiner jährlichen Dienstbeurteilung die Unwahrheit und stuften mich so niedrig ein, daß der Verteidigungsminister mich entlassen konnte, was er am 31. März 2022 auch tat. Die Klage gegen den Minister wegen unrechtmäßiger Entlassung habe ich 2023 vor Gericht gewonnen, aber das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Außerdem wurde ich 2022 beschuldigt, geheime Dokumente aufbewahrt zu haben, und auch diesen Fall habe ich gewonnen.
Der Militärstaatsanwalt forderte meine Degradierung und die Einschränkung meiner Freiheit, aber das Militärgericht sprach mich frei, da es keine Beweise für ein Verbrechen gab. Am 26. September 2024 wird es eine weitere Anhörung in dieser Sache vor dem Militärbezirksgericht in Warschau geben.
Einige Soldaten, Polizisten, Grenzschützer gründeten im Oktober 2021 in Polen die Vereinigung "Bronimy Munduru - dla Przyszłych Pokoleń" (auf Deutsch: "Wir verteidigen die Uniform für künftige Generationen"). Dieser Vereinigung gehören auch Szymon Fijał und Aleksander Siergiej an.
Szymon Fijał: Seit Anfang 2021 werden in den Streitkräften sogenannte Covid-Impfungen durchgeführt. Es gab weder einen offiziellen Befehl zur Impfung noch ein Gesetz, denn das wäre verfassungswidrig gewesen. Gleichzeitig wurden ich und andere Kommandeure gezwungen, die Covid-19-Impfquote zu erhöhen. Alle diese Maßnahmen waren illegal, aber leider wirksam. Offiziell sind in Polen weniger als 60 % der Bevölkerung mit mindestens einer Do-

sis geimpft. Wir schätzen, daß diese Quote in der polnischen Armee bei über 90 % lag. Vor der Impfung unterzeichnete jeder Soldat - wenn auch oft gegen seinen Willen - eine freiwillige Zustimmung zu dem medizinischen Eingriff.
Das bedeutet, daß niemand die Verantwortung für die negativen Auswirkungen dieser Impfungen trägt. Es kam zu Tragödien, Soldaten erkrankten und wurden in extremen Fällen zu Krüppeln oder starben, und sie und ihre Familien erhielten keine zusätzliche Hilfe von der Armee - denn die Armee war der Ansicht, daß die Tatsache geimpft zu sein, nichts mit dem Militärdienst zu tun hatte, obwohl den Soldaten gesagt wurde, daß sie im Jahr 2022 alle Nicht-Geimpften entlassen würden.
Deshalb haben einige der uniformierten Beamten, die von ihren Vorgesetzten und Politikern keine Hilfe bekamen, beschlossen, die Sache selbst in die Hand zu nehmen und angesichts der illegalen Aktionen, einen rechtlich funktionierenden Verein zu gründen und mit anderen Gemeinschaften in Polen zusammenzuarbeiten: mit Anwälten, wahren Ärzten, Lehrern und anderen. Gemeinsam haben wir den Impfzwang in Polen gestoppt. Nach öffentlichen Protesten und einer öffentlichen Anhörung lehnten die Parlamentarier den Gesetzentwurf zur Einführung des COVID- Impfzwangs ab!
Wie groß ist die Vereinigung bereits und was sind die Ziele?
Aleksander Siergiej: Also in unserer Vereinigung sind vielleicht nicht viele. Wir sind etwa 300 Uniformierte und das sind Soldaten, Grenzschützer, Polizisten, Feuerwehrleute und viele mehr. Aber wir wissen, daß andere Uniformierte auf uns schauen und auf uns zählen, aber die haben Angst, zu uns zu kommen
Szymon Fijał: Unser Ziel ist es, daß Soldaten und Offiziere in Uniform aller Länder ihre Nationen und die zukünftigen Generationen ihrer Landsleute schützen. Daß Soldaten nur Garanten der Souveränität der Nationen sind und nicht von den Behörden unrechtmäßig, entgegen ihrem Treueeid gegenüber der Nation und gegen ihre eigenen Bürger eingesetzt werden. Wir rufen dazu auf und werden dies auch weiterhin tun - zum Handeln im Einklang mit dem Gesetz und zur Verteidigung der Menschenrechte. Wir geben nicht der Massenhysterie nach, die die Medien und Politiker zu erzeugen versuchen. Wir setzen uns für die öffentliche Ordnung ein.
Ein neues Gesetz erlaubt den polnischen Soldaten seit kurzem den Gebrauch von Schußwaffen. Gleichzeitig besagt dieses Gesetz auch, daß das Militär sogar in Friedenszeiten bei Operationen im Innern eingesetzt werden kann. Was sagen Sie dazu?
Szymon Fijał: Zunächst einmal ist das Recht, von Waffen Gebrauch zu machen, seit jeher ein gutes Recht und muß nicht verbessert werden. Jeder, der berechtigt ist, Waffen zu tragen, kann sie zur notwendigen Verteidigung einsetzen, und die uniformierten Dienste haben das Recht, sie zur Verteidigung der Unverletzlichkeit der Grenzen einzusetzen. Eine Schußwaffe zu benutzen bedeutet, mit durchschlagender Munition auf eine andere Person zu schießen. Leider wurde dieses Recht von den Vorgesetzten der Soldaten verletzt, die ihnen nicht einmal erlaubten, ihre Waffen zu benutzen, um Warnschüsse abzugeben.
Dies ist ein Verstoß gegen das in der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierte Grundrecht auf Leben. Jeder, dessen Leben bedroht ist, hat das Recht, sich zu verteidigen. In Polen ist das Gesetz so strukturiert, daß es sogar eine Pflicht zur notwendigen Verteidigung impliziert - aus Sorge um das Gemeinwohl. Einer der Soldaten, die an der Grenze Dienst getan hat, wurde von sogenannten Flüchtlingen mit einem behelfsmäßigen Speer getötet.
Ich glaube, daß diese Tragödie absichtlich herbeigeführt wurde, um einen Vorwand zu finden, das Gesetz zu ändern und die Möglichkeit des Einsatzes von Soldaten für militärische Operationen in Friedenszeiten auf polnischem Gebiet in das Gesetz einzuschmuggeln. Die Möglichkeiten für den Einsatz der polnischen Armee durch die Behörden wurden erweitert, und nun kann der Präsident der Republik Polen diese neuen Befugnisse auf die in Polen stationierten

NATO-Truppen übertragen.
So gibt es ein neues Gesetz, das es den NATO-Truppen in Friedenszeiten erlauben kann, an Operationen teilzunehmen, wenn die Sicherheit des polnischen Staates bedroht ist, z.B. um Unruhen auf polnischem Gebiet zu unterdrücken. Im Jahr 2023 wurde Soldaten aus den USA, Kanada, Nordirland und dem Vereinigten Königreich vom polnischen Präsidenten das Recht auf den Gebrauch von Schußwaffen gewährt.
Aleksander Siergiej: Ich könnte noch zwei Beispiele dafür anführen, was derzeit an der Grenze geschieht. Vielen Soldaten wurde gesagt, daß sie nachdenken müssen, bevor sie ihre Waffen einsetzen. Es wurde die Wiedereinführung einer 200-Meter-Pufferzone angekündigt. Die Soldaten werden nur reagieren, wenn illegale Leute in dieser Zone auftauchen. Im Notfall wird es möglich sein, Mittel zur Abwehr eines Angriffs einzusetzen. Das Prinzip der "Verhältnismäßigkeit" ist erfunden worden.
Das heißt, wenn ein Soldat eine Person sieht, die die Grenze illegal überquert und feststellt, daß sie zum Beispiel ein Messer bei sich hat, kann er seine Waffe nicht einsetzen. Er kann dann sein Bajonett benutzen, denn dafür hat er ja ein Bajonett. Das ist doch Blödsinn! Zum Glück befehlen viele Soldaten ihren Untergebenen nicht, diesen Blödsinn zu folgen. Ein anderer Fall: Das Gericht in Bialystok gab der Klage eines Afghanen statt, der beim Klettern über einen Zaun gestürzt war und sich den Fuß gebrochen hatte.
In einem polnischen Krankenhaus wurde ihm ein Gips auf den Fuß gelegt, und er wurde später nach Belarus zurückgebracht. Als er nach Minsk abreiste, wiesen ihn polnische Aktivisten darauf hin, daß er beim Verwaltungsgericht eine Klage gegen die Rückführung an die Grenze einreichen könne. Der erste Fall dieser Art stammt aus dem Jahr 2023, in dem drei Afghanen 240.000 PLN fordern. Die Prüfung der Klage zieht sich hin, weil zwei der "Illegalen" Polen verlassen haben und von den Behörden eines anderen Landes, in dem sie sich bereits niedergelassen haben, befragt werden sollen. Wir verteidigen das Land und bekommen oft Ärger. Sie kämpfen statt dessen für eine Entschädigung.
Soldaten werden also bestraft, wenn sie die Landesgrenzen und sogar ihr eigenes Leben verteidigen und wer illegal die Grenze übertritt, wird sogar noch dafür belohnt. Könnte durch solche Ereignisse und Gesetzesverdrehungen nicht sogar ein Krieg ausgelöst werden?
Szymon Fijał: Wir glauben, daß die Bedrohung für die Menschen nicht nur der Krieg ist, vor dem wir ständig Angst haben sollen, sondern auch die eklatanten Menschenrechtsverletzungen, für die die Behörden die uniformierten Dienste in Friedenszeiten einsetzen. In der gesamten so genannten westlichen Welt haben wir es mit einer ähnlichen Situation zu tun, wie sie durch die Massenimpfkampagne COVID-19 ausgelöst wurde. Die einzelnen Staaten werden ihrer Souveränität beraubt und den Menschen sogar das Recht auf Leben, das durch das Recht auf notwendige Verteidigung gegen eine Bedrohung garantiert wird. Wir haben geschworen, die Nation zu verteidigen, und nicht, einer überstaatlichen Agenda zu folgen.
Ist es ihnen wegen dieser überstaatlichen Agenda so wichtig, sich auch international zu vernetzen?
Aleksander Siergiej: Was geschehen ist, ist uns Menschen in Uniform mehr oder weniger überall widerfahren, unabhängig davon, welche Uniform wir tragen oder in welchem Land wir dienen. Ich weiß, daß in Deutschland zum Beispiel folgende Soldaten zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, weil sie sich nicht haben impfen lassen: Das waren Jan Reiners, Alexander Bittner, der zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde und jetzt in den Hungerstreik getreten ist, der Soldat Woitalla, der nach 20 Jahren aus der Armee ausgeschlossen wurde, und Daniel Futschik, der suspendiert wurde.
Es ist wichtig, daß wir Uniformierten wissen, daß es egal ist, in welchem Land ... es ist im Grunde überall das Gleiche! Die Regierungen brauchen uns Uniformierte zur Einschüchterung der Öffentlichkeit. Ohne uns können sie nichts tun. Sie brauchen uns, um Angst zu verbreiten.

Wir sind ihr - kann man so sagen ¬¬- bewaffneter Arm. Ohne uns werden sie NICHTS tun! Ohne die Dienste sind sie nichts. Wenn wir uns an das Gesetz halten, ist die Gesellschaft sicher. Deshalb ist es wichtig, daß ein Funke in einem Land die Menschen in einem anderen Land dazu bringt, keine Angst mehr zu haben. Hören Sie auf, Angst zu haben! und fordern Sie nur eines: Lassen Sie uns nach dem Gesetz arbeiten.
Die beiden polnischen Soldaten richten zum Abschluß folgenden Appell an alle Uniformierten:
Szymon Fijał: Soldaten und andere Uniformierte halten die Verfassung aufrecht und dienen ihrer Nation, nicht den Interessen der Machthaber. Wir werden nicht zulassen, daß die Souveränität unseres Landes und das Recht unserer Landsleute auf Leben angetastet werden. Dies ist unsere Verpflichtung gegenüber unseren vergangenen und künftigen Generationen.
Aleksander Siergiej: Unser Appell an alle Beamten in Uniform: Die Nation braucht Euch, um das Gesetz zu schützen. Die Politiker brauchen Euch, um es zu brechen. Erinnert Euch daran, wem ihr geschworen habt zu dienen! Wir fordern Euch nicht auf, Befehle NICHT zu befolgen: Ihr müßt sie befolgen, aber nur solche, die mit dem Gesetz übereinstimmen.
Szymon Fijał lädt jeden Zuschauer ein, aktiv an seinen Gerichtsverhandlungen teilzunehmen, sei es als sozialer Faktor (Partei), Zuschauer oder Media …<<

01.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**"Vielfalt": Faeser und SPD planen Migranten-Quote für Richter und Behörden!**
Die Pläne von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) für mehr "Vielfalt" im öffentlichen Dienst nehmen Gestalt an: Um die sogenannte Diversität zu erhöhen, sollen mehr Migranten zu Beamten gemacht und befördert werden. Das ist in einem ersten Schritt das Ziel des von Faeser und Genossen geplanten "Bundespartizipationsgesetzes". Es soll die "gesellschaftliche Vielfalt" auch in der Bundesverwaltung widerspiegeln und die Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund stärken.
Die SPD-Bundestagsfraktion will laut Medienberichten einen diesbezüglichen Entwurf auf Basis der Vorarbeit durch das Faeser-Ministerium bis zur Weihnachtspause vorlegen. Dabei solle es eine Quote für Personen mit Migrationshintergrund bei Bundesgerichten und Behörden geben.
Über die genaue Höhe der Quote gibt es einer Fraktionssprecherin zufolge noch keine "näheren Konkretisierungen". Aber sie solle die "Einwanderungsgesellschaft stärken". Zusätzlich soll ein "Partizipationsrat" eingeführt werden.
"Werbekampagne für die AfD"
Der Staatsrechtler Christian Hillgruber (Uni Bonn) hält das Vorhaben "schon im Ansatz für verfehlt". "Wir brauchen eine leistungsfähige Bundesverwaltung und keine, in die nach dem Geschlechterproporz nun auch noch der Migrationsproporz einzieht", kritisierte Hillgruber der "Bild-Zeitung" zufolge. Er befürchtet eine "umgekehrte Diskriminierung zulasten von Deutschen ohne Migrationshintergrund."
So sieht es auch Stefan Luft, Migrationsforscher aus Bremen. Eine solche Politik erwecke den Eindruck einer Bevorzugung von Migranten und spalte damit die Gesellschaft. Luft prophezeit: "Das Bundespartizipationsgesetz wird sich wie eine große staatliche Werbekampagne für die AfD auswirken!"<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Mehr als 100 Millionen Euro: So viel zahlte Deutschland an nur einem einzigen Tag für wertlosen Strom!**
Weil Deutschland trotz fehlender Speicher-Technologie auf Teufel komm raus Solar- und Wind-Energie ausbaut, muß an sonnenreichen und windstarken Tagen immer mehr Strom ans Ausland abgegeben werden - zu absurd hohen Kosten!

Es ist eine Zahl, die den ganzen Energiewende-Irrsinn am Beispiel eines einzigen Tages deutlich macht: Am vergangenen Freitag (27. September) zahlten die deutschen Steuerzahler und Stromverbraucher für den "grünen" Traum von Erneuerbarer Energie die unglaubliche Summe von insgesamt 146 Millionen Euro! Diese Zahl hat Energie-Blogger Stefan Spiegelsberger von "Outdoor-Chiemgau" errechnet. https://www.outdoor-chiemgau.info/

Wie kommt diese irre Summe zustande?

Zum einen, weil 140.437 Megawattstunden an zu viel produziertem Strom mangels Speicherkapazitäten ins Ausland verkauft werden mußten, was Spiegelsbergers Berechnungen zufolge mit 16,5 Millionen Euro zu Buche schlägt. Zum anderen, weil für die Erzeugung von Wind- und Solarstrom die Steuerzahler insgesamt 108 Millionen Euro dazulegen mußten.

Darüber hinaus mußten unzählige sogenannte Redispatch-Maßnahmen durchgeführt werden. Dabei geht es um Eingriffe in das Netz, um Engpässe bzw. Überlastungen zu vermeiden. Diese Notfall-Interventionen zur Vermeidung eines Blackouts kosteten an jenem Freitag insgesamt rund 38 Millionen Euro, weil 137.000 Megawattstunden abgeregelt oder zugeschaltet werden mußten, erklärt Spiegelsberger. So habe allein das Windrad-Land Schleswig-Holstein an diesem einem Tag 444 Anlagen abregeln müssen.

Das Groteske: Einerseits muß Deutschland für die Entsorgung des nicht gebrauchten Stroms zahlen. Zusätzlich aber kassieren Solar-Produzenten eine Einspeisevergütung, und zwar völlig unabhängig davon, ob ihr Strom überhaupt benötigt oder genutzt wird. Eine doppelte Steuergeld-Verschwendung, die die Finanzierungslücke für angeblich "erneuerbare" Energieerzeugung immer größer werden läßt!

Milliarden werden buchstäblich in den Wind geblasen

Spiegelsberger recherchierte weiter und nahm das sogenannte EEG-Konto von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") einmal genauer unter die Lupe. Dort fand der Energie-Journalist unglaubliche Zahlen: Allein im August verbuchte der Wirtschaftsminister demnach mehr als zwei Milliarden Euro an Minus.

Um den ganzen Wertlos-Strom auszugleichen, hatte die Bundesregierung im vergangenen Jahr 10,6 Milliarden Euro an Einspeisungsvergütung für die Netzbetreiber eingeplant. Anfang 2024 wurde ein Mehrbedarf von zusätzlich 8,8 Milliarden Euro eingeplant, um das EEG-Konto auszugleichen. Offen ist, ob die insgesamt knapp 20 Milliarden Euro am Ende tatsächlich reichen werden - oder ob die Steuerzahler für noch mehr Wertlos-Strom aufkommen müssen!

Wind und Sonne schicken zwar keine Rechnung - aber das Ausland schon!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Politisch motivierte Straftaten: AfD am stärksten von Gewalt betroffen!**

Politisch motivierte Gewaltdelikte richten sich am häufigsten gegen die AfD, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervorgeht.

Die Bundesregierung bezieht sich darin auf Zahlenmaterial des kriminalpolizeilichen Meldediensts. Zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni 2024 wurden demnach insgesamt 1.965 Straftaten mit dem Angriffsziel "Parteirepräsentant/Parteimitglied" gemeldet (z.B. Beleidigung, Nötigung). 494 davon betreffen die AfD. Von allen Straftaten waren 84 Vorfälle Gewaltdelikte. Davon richteten sich allein 48, also mehr als die Hälfte, gegen AfD-Repräsentanten!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Neue Faeser-Klatsche: Verfassungsgericht schiebt der Schnüffelwut des BKA einen Riegel vor!**

In ihrem Überwachungswahn will Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) dem Bundeskriminalamt (BKA) sogar heimliche Wohnungsdurchsuchungen erlauben, u.a. zur vereinfach-

ten Installation von Staatstrojanern. Eine neue Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts dürfte das Aus für Faesers Schnüffelpläne bedeuten. Karlsruhe hat die BKA-Befugnisse drastisch eingeschränkt.
Der (politische) Zweite Senate des Bundesverfassungsgerichts hat entschieden, daß das 2017 reformierte BKA-Gesetz, das eine Vernetzung der Polizeidatenbanken ermöglicht, teils verfassungswidrig ist. In der Verfassungsklage gegen das BKA-Gesetz ging es um Befugnisse der Polizei im Kampf gegen Organisierte Kriminalität (OK) und Terrorismus.
Im Fokus stand dabei eine gesetzliche Regelung, die es dem Bundeskriminalamt erlaubt, umfassende Datenbanken anzulegen. Karlsruhe sieht hier Änderungsbedarf. Einzelne gesetzliche Befugnisse des Bundeskriminalamts (BKA) zur Datenerhebung und -speicherung seien in Teilen verfassungswidrig, entschied das höchste deutsche Gericht. Sie seien mit dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung nicht vereinbar.
Vor allem bemängelte das Gericht die heimliche Überwachung von Kontaktpersonen von Verdächtigen. Damit dürften sich auch Faesers neue Pläne für verdeckte Wohnungsdurchsuchungen weitgehend erledigt haben.
Karlsruhe zeigt dem Schnüffelstaat die Grenzen auf
Gegen das 2017 reformierte BKA-Gesetz hatten fünf Einzelpersonen geklagt, darunter Stephanie Dilba. Sie ist aktiv in der Fanszene des TSV 1860 München, unter anderem in Gewaltpräventionsprojekten. Durch ihren Kontakt zu gewaltbereiten Fans fürchtet sie selbst ins Visier der Sicherheitsbehörden zu geraten und möglicherweise Ziel polizeilicher Maßnahmen zu werden, sobald ihr Name in einer Datenbank auftaucht.
Die Klägerin argumentierte: "Mich stört insbesondere die Intransparenz. Welche Daten werden wie lange gespeichert?" Hintergrund: Gespeichert und verarbeitet werden konnten bislang nicht nur Daten über verurteilte Straftäter oder Personenfahndungen, sondern es durften auch Informationen von Personen vorgehalten werden, die Beschuldigte in einem Strafverfahren oder die "sonstige Anlaßpersonen" sind.
Insbesondere der Begriff "Zielperson" ist dabei aus Sicht der Kläger so vage gehalten, daß eine unüberschaubare Anzahl von Menschen auf Grundlage des Gesetzes überwacht werden können. Die Kläger sahen im BKA-Gesetz einen Freibrief für den Überwachungsstaat und erhielten jetzt in Karlsruhe Recht.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Die Katze ist aus dem Sack: Merz-CDU will "Schwarz-Grün"!**
VON *ALOYS KRAUSE*
Auch wenn sich Friedrich Merz (CDU) aus taktischen Gründen noch bedeckt hält, so scheint doch ziemlich klar zu sein, wohin die Deutschland-Reise mit dem Unions-Kanzlerkandidaten gehen soll: vom Ampel-Regen in die "schwarz-grüne" Traufe! Daran läßt CDU-Bundesvorstandsmitglied Daniel Günther nicht den geringsten Zweifel.
Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther, der in Kiel mit den "Grünen" regiert, ist der Wortführer der innerparteilich noch immer tonangebenden linksgrünen Merkelianer. Ganz im Sinne der Patriarchin schwärmt Günther von den Ökosozialisten als einen "verläßlichen Partner", der vieles mit der CDU gemeinsam habe.
Dem "Deutschlandfunk" (dlf) gab das CDU-Nordlicht in dieser Woche ein aufschlußreiches Interview. Es ist in der politischen Debatte weitgehend untergegangen, weil in den Redaktionsstuben der Mainstream-Medien aktuell andere (Schein-) Themen heiß diskutiert werden: Platzt die Chaos-Ampel am eskalierenden Rentenstreit? Endet das "Brombeer-Koalitionsgewürge" in Sachsen mit Neuwahlen? Mutieren die "Grünen" zu einem Bündnis Robert Habeck? Darüber kommen für Deutschland weit wichtigere, weil strategische Fragen viel zu kurz:
Wohin steuert die CDU unter Friedrich Merz?
Wer regiert spätestens nach der Bundestagswahl in einem Jahr?

Wer führt das Land zurück auf den Pfad von Augenmaß und Vernunft?
Machen wir uns nichts vor: Nicht nur die Konjunkturaussichten sind düster, die politischen Aussichten sind es auch - solange die CDU an ihrer idiotischen Brandmauer zur AfD festhält.
Friedrich Merz, sollte er die Wahl gewinnen, scheint fest entschlossen zu sein, sofern es rechnerisch möglich wäre, Deutschland noch tiefer ins Chaos zu führen. Denn darauf würde es mit "Schwarz-Grün" hinauslaufen. Deutschland wäre die eine Chaos-Regierung los und würde die nächste bekommen - das Land käme "vom Regen in die Traufe", wie der Volksmund sagt.

Alles Grüne macht der Merz

"Der Merz ist ein vernünftiger Mann, ein Konservativer. Der würde niemals mit den Grünen regieren". So oder so ähnlich hört man es am Stammtisch, im Sportverein, beim Skat oder in weinseliger Runde mit Freunden und Bekannten. Allein der Wunsch ist hier der Vater des Gedankens!
Das hat Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther im Deutschlandfunk überaus deutlich gemacht. Stellvertretend für den Bundesvorsitzenden Friedrich Merz, wie man wohl unterstellen darf. Der CDU-Chef selbst hält sich nach außen noch bedeckt, um den Scheinfrieden mit CSU-Chef Markus Söder nicht frühzeitig zu gefährden.
Günther läßt aber bereits jetzt keinen Zweifel daran, wohin mit Merz als Kanzler die Reise nach Möglichkeit gehen soll: in eine "schwarz-grüne" Chaos-Koalition! Das ist ganz offensichtlich auch der Preis, den Merz den Merkelianern in der CDU für seine Kanzlerkandidatur zahlen mußte.
Aus Unionskreisen ist zu hören, NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst, hinter dem der mitgliederstärkste CDU-Landesverband steht und der in Düsseldorf (wie Günther in Kiel) mit den "Grünen" regiert, habe Merz diese Zusage als Bedingung dafür abgenommen, daß er den Sauerländer überfallartig im Alleingang zum Kanzlerkandidaten ausrief und die übertölpelte CSU vor vollendete Tatsachen stellte.

Affront gegen Söder aus dem Norden

Die "schwarz-grünen" Claims jedenfalls werden in der CDU schon jetzt abgesteckt. Offen kritisierte CDU-Nordlicht Günther CSU-Chef Markus Söder für dessen (bislang) ablehnende Haltung zu einer Koalition mit den "Grünen".
Der CDU-Politiker sagte im Deutschlandfunk, es sei ein "Zeichen von Schwäche", wenn man nur sage, mit wem man nicht regieren wolle.
Der Kieler Regierungschef, übrigens ein vehementer Befürworter eines AfD-Verbots, betonte mit Blick auf die von ihm geführte "schwarz-grüne" Koalition in Schleswig-Holstein, er nehme die Grünen als verläßlichen Partner wahr, mit dem man vertrauensvoll zusammenarbeite.
Der "Genosse Günther", wie ihn manche in der CDU nennen, sagte über die Ökosozialisten wörtlich: "Sie sind verläßlich in der Koalition, man kann mit ihnen vertrauensvoll zusammenarbeiten."
Bei aller Häme, so Günther weiter, dürfe die Union nicht vergessen, daß die "Grünen" für wichtige Themen stehen. Und mit Blick auf den Klimaschwindel unterstrich er: "Und dafür muß auch eine Union stehen, als eine Partei, die ja immer die natürlichen Lebensgrundlagen im Mittelpunkt gehabt hat."
Es liege kein Segen darin, in die reine Auseinandersetzung nur mit den "Grünen" zu gehen, sagte Günther weiter und zeigte der Söder-CSU die Grenzen auf: "Da sollten wir uns jetzt nicht auch von den Tönen aus dem Süden ablenken lassen."
Der bayerische Ministerpräsident, CSU-Chef Markus Söder, hatte Koalitionen der Union mit den "Grünen" zuletzt mehrfach eine klare Absage erteilt. Die Ökosozialisten seien der Hauptgrund für den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands. Einschränkend muß man allerdings an dieser Stelle fürs Protokoll festhalten: Es ist noch nicht allzu lange her (Stichwort Baum-Umarmer), da biederte sich auch Söder den "Grünen" an!

Grünes Jackett im Schrank
Der CDU-Vorsitzende und Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz sieht die "Grünen" zwar "derzeit" nicht als Traumpartner der Union, hält sich aber eine Tür offen, falls die Ökosozialisten ihren Kurs unter ihrer neuen (von Robert Habeck dominierten) Führung ändern und in den Umfragen wieder zulegen sollten.
Tip an Friedrich Merz: Vielleicht sollte der Sauerländer vorsorglich wieder sein grünes Samtjackett aufbürsten und die grüne Krawatte bereithalten, mit denen er vor vier Jahren auf einem "Spiegel-Cover" demonstrativ für "Schwarz-Grün" warb.
Liebesgrüße von der Habeck-Vertrauten
Die designierte neue "Grünen-Vorsitzende" Franziska Brantner sandte derweil schon mal Liebesgrüße an Merz & Co.: Wenn "verantwortungsvolle" CDU-Politiker mit den Ökosozialisten regieren würden, bekämen sie "unglaublich viel" zustande, säuselte die aus dem "grün-schwarzen" Baden-Württemberg stammende Habeck-Vertraute.
Ins "schwarz-grüne" Harmoniebild paßt: Die CDU gab dieser Tage einen Empfang für Angela Merkel anläßlich ihres 70. Geburtstages. Die frühere Masseneinwanderungskanzlerin wünschte ihrem Erzrivalen Friedrich Merz "alles Gute" für die Kanzlerkandidatur.
Es ist erst ein paar Monate her, da hatte Merkel bei der offiziellen Verabschiedung des "Alt-Grünen" Jürgen Trittin bedauert, daß in ihrer Amtszeit "Schwarz-Grün" nicht zustande gekommen sei. Was nicht ist, kann ja noch werden: Deutschlandfunk-Hörer jedenfalls können das "schwarz-grüne" Gras schon wachsen hören!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**CDU will Wald für Asylheim abholzen: Naturschutz statt Massenmigration!**
Nicht nur unsere Sicherheit und unser Wohlstand, sondern auch unsere Landschaften werden der unkontrollierten Massenmigration geopfert. Ein schlimmes Beispiel dafür ist die Stadt Reinbek (bei Hamburg), die wegen eines geplanten Asylheims eine riesige Waldfläche abholzen will. 12.000 Quadratmeter umfaßt das Areal.
"Wir brauchen Plätze für die Geflüchteten", behauptet die CDU-Bürgervorsteherin Brigitte Bortz, die das Projekt verteidigt. Dieser Satz ist ein Hohn in den Ohren der Bürger, die sich jahrelang von der herrschenden Propaganda das Gegenteil anhören mußten: "Wir haben Platz", lauteten die Durchhalteparolen von der CDU bis zu den Grünen.
In diesem Zusammenhang sollten wir uns auch an die Aussage des früheren CDU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder im Jahr 2016 erinnern: "Niemandem wird etwas weggenommen, weil Flüchtlingen geholfen wird." Nun ja, jedenfalls fast nichts. Außer vielleicht der Wald in der Heimatstadt, die sicheren Freibäder und Diskotheken, der Wohlstand und am Ende die eigene Wohnung - dafür sorgt die CDU-Politik, gestern und heute.
Vergessen wir nicht: Die allermeisten sogenannten "Flüchtlinge" sind keine. Wir dürfen unsere begrenzten Wohnraum-, Geld- und Platz-Ressourcen nicht an Menschen verschenken, die in Wirklichkeit nur als Sozialmigranten zu uns kommen. Wer sich illegal hier aufhält und keinen Asylgrund hat, der muß konsequent abgeschoben werden. Insofern verdeutlicht der Vorgang in Reinbek: Abschiebungen sind auch Baumschutz!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**SPD will Migrantenquote für Gerichte und Behörden: Schluß mit der Migranten-Bevorzugung!**
Die SPD macht weiter mit ihrer Diskriminierungspolitik gegen diejenigen, "die schon länger hier leben": Noch vor Weihnachten will die SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf für eine Migrantenquote in Gerichten und Behörden vorlegen. "Partizipationsgesetz" soll der beschönigende und irreführende Name des Machwerks lauten - als ob es hier um die Stärkung demokratischer Teilhabe ginge. Was hier gefordert wird, ist einfach nur blanke Diskriminie-

rung: Man wünscht sich "eine Quote von Personen mit Migrationsgeschichte oder Diskriminierungserfahrung".
Doch ab wann liegt rechtssicher eine "Migrationsgeschichte" oder eine "Diskriminierungserfahrung" vor? Die schwammigen Begriffe zeugen von einem gruseligen Rechtsstaatsverständnis der Quotenbefürworter. Daß von dem Gesetz auch Menschen profitieren, die vom Rassismus gegen Weiße oder gegen Deutsche betroffen sind, dürfte ausgeschlossen sein.
Wenn aber der vermeintliche Kampf gegen Diskriminierung als Einbahnstraße verstanden wird, dann wird dieser Kampf selbst zur Diskriminierung - und genau das tun die Ampel-Regierung und Innenministerin Faeser (SPD), deren Haus bereits im Juni einen entsprechenden Gesetzesentwurf in der Schublade hatte.
Die AfD-Position zu dieser Thematik versteht sich von selbst: Wir lehnen jegliche Quoten-Diskriminierung ab! Wir werden das unsägliche Gesetz im Falle einer Umsetzung genauso einkassieren wie alle anderen sinnlosen Quotenregelungen. Wir werden uns auf unsere wirklichen Aufgaben konzentrieren und illegale sowie straffällige Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft abschieben. Das ist der beste Beitrag im Kampf gegen Diskriminierung.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.415/…): >>**Die mysteriöse Konto-Kündigung der Sparkasse**
Herbert Ludwig
Banken kündigen immer häufiger ohne Angabe von Gründen regierungskritischen Medien, Journalisten und Bloggern das Girokonto - nach einem Artikel von Multipolar vom 24. Juni 2024 etwa 40 Mal seit 2020, wobei sicher mancher kleinere Blog nicht erfaßt ist. Für das Phänomen gebe es bereits einen Begriff: De-Banking.
Jetzt hat es auch den regierungskritischen FASSADENKRATZER erwischt. Die Sparkasse Pforzheim Calw kündigte mir, dem Herausgeber, mein Girokonto ohne Begründung zum 31. Oktober 2024. (hl)
Natürlich kann ich einen Zusammenhang zwischen meinen regierungs- und parteienkritischen Artikeln und der Kündigung nicht behaupten und nachweisen. Die Sparkasse verweigerte auf die Frage nach den Gründen jede Auskunft und lehnte ein Gespräch darüber ab - ein schon eigentümliches Verhalten, sind doch meine Frau und ich seit genau 50 Jahren Kunden der Sparkasse, die immer wieder mal, zuletzt erst im Frühjahr, die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit betonte.
Sachliche, mit der Kontoführung zusammenhängende Gründe gibt es offensichtlich nicht, sonst wäre man ja auch vorher mit mir in Verbindung getreten, hätte auf Beseitigung gedrungen und schließlich unter Nennung dieser sachlichen Gründe gekündigt. Es muß also ein ganz anderer Grund sein, der hinter einer ordentlichen Kündigung von zwei Monaten ohne Begründung verborgen wird.
So schrieb ich gleich am 2.9.2024 an die Sparkasse: "Nach einer so langen vertrauensvollen Geschäftsbeziehung hätte man eigentlich erwarten können, daß Sie anständigerweise über das Problem, das Sie haben, offen mit mir gesprochen hätten. Da ist man über eine solch kaltschnäuzige Kündigung, hinter der sie den Grund verbergen, sehr erstaunt und menschlich tief enttäuscht.
Ich bitte Sie, mir diesen Grund ehrlich mitzuteilen."
Bei der Recherche darüber, wie sich die Rechtslage für Konto-Kündigungen der Sparkassen darstellt, wurde ich schnell fündig.
Nach mehreren Urteilen des Bundesgerichtshofs (BGH) unterliegen - anders als die privatrechtlichen Banken, die ohne Angabe von Gründen kündigen können - Sparkasse als Anstalten des öffentlichen Rechts anderen rechtlichen Maßstäben.
Wie der Bundesgerichtshof in einem Urteil vom 11. März 2003 festgestellt hat, sind die "Sparkassen als Anstalten des öffentlichen Rechts im Bereich staatlicher Daseinsvorsorge

unmittelbar an die Grundrechte (Art. 1-19 GG) gebunden". Danach verstößt die ohne sachgerechten Grund erklärte Kündigung eines Girovertrages durch eine Sparkasse gegen das in Art. 3 Abs. 1 GG (Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz) zum Ausdruck kommende Willkürverbot und ist gemäß § 134 BGB nichtig. Sparkassen dürfen also ohne Angabe eines sachlichen Grundes nicht kündigen. (Az.: XI ZR 403/01)
Der BGH hat dies im Urteil vom 5.5.2015 erneut bestätigt: Die Sparkasse "als Anstalt des öffentlichen Rechts ist, worauf die Revision zu Recht hinweist, nach Art. 3 Abs. 1 GG gehindert, den Zugang zu ihren Einrichtungen ohne sachgerechten Grund willkürlich zu beschneiden, so daß eine ordentliche Kündigung der Beklagten, die eines sachgerechten Grundes entbehrt, wegen eines Verstoßes gegen Art. 3 Abs. 1 GG nach § 134 BGB nichtig ist." XI ZR 214/14
Siehe auch: https://www.test.de/Bundesgerichtshof-Sparkassen-duerfen-nicht-ohne-Grund-kuendigen-4620333-0/
In meinem Schreiben vom 2.9.2024 habe ich der Sparkasse diese höchstrichterlich maßgebende Rechtslage gleichzeitig mitgeteilt und sie aufgefordert, die Kündigung zurückzunehmen, andernfalls ich gerichtlich dagegen vorgehen werde. Die Sparkasse antwortete jedoch mit Schreiben vom 4.9.2024, das mir allerdings erst am 10.9.2024 zugegangen ist:
"Wir bitten um Verständnis, daß wir aus gesetzlichen Gründen keine weitergehenden Informationen erteilen können. Dies wurde Ihnen auch bereits im Schreiben vom August 2024 mitgeteilt. Ihrem Wunsch nach Rücknahme der Kündigung werden wir nicht nachkommen. Wir bedauern Ihnen in diesem Fall keine anderslautende Antwort geben zu können. …"
Mein Anwalt wird nun bei Gericht Klage gegen die Sparkasse Pforzheim Calw erheben. Ich werde weiter berichten.
Da vor Gericht, wie auf hoher See, ungewiß ist, wie die Sache ausgeht, habe ich für die freundlichen Spender wieder ein PayPal-Konto eingerichtet. ...<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Habeck will Klima-Investitionen in Schwellenländern anstoßen**
Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) wollen mehr Investitionen in Klimaprojekte in Schwellen- und Entwicklungsländern anstoßen. "Um die Investitionssummern aufzubringen, die für den grünen Übergang weltweit benötigt werden, müssen wir uns auf allen Ebenen zusammenschließen - auf nationaler und internationaler Ebene, aber auch im öffentlichen und privaten Sektor", sagte Habeck am Dienstag.
"Blended Finance, die Kombination öffentlicher und privater Mittel, liefert diesen Zusammenschluß." Insbesondere grüne Garantien hält der für Klimaschutz zuständige Bundesminister für ein "wichtiges Instrument, um privates Kapital in den grünen Wandel zu lenken, während öffentliche Haushalte kaum belastet werden". Mithilfe der von der Bundesregierung gegründeten Green Guarantee Group (GGG), die sich erstmals am Dienstag in Berlin trifft, sollen bis zur Klimakonferenz COP30 in Brasilien konkrete Empfehlungen entwickelt werden, wie der Einsatz von "Green Guarantees" bei der Förderung grüner Investitionen vorangetrieben werden kann.
Aktuell fließen nach Angaben der Bundesregierung über 90 Prozent der grünen Investitionen in Industrieländer, während Klimaprojekte in Schwellen- und Entwicklungsländern unterfinanziert bleiben. "Die Green Guarantee Group bringt eine Vielzahl von Ländern und Institutionen zusammen", erklärte Habeck. "Gemeinsam können wir damit die Nutzung grüner Garantien stärken und so private Investitionen in dringend notwendige, nachhaltige und klimafreundliche Technologien in Schwellen- und Entwicklungsländern mobilisieren." Außenministerin Baerbock sagte, man stelle sich nun den wichtigen Fragen der Klimafinanzierung.
"Wie drehen wir die Stellschrauben des internationalen Finanzsystems so richtig, daß Mittel

dahin fließen, wo sie am wirksamsten sind? Wie setzen wir intelligente Anreize so, daß private Investorinnen und Investoren ihr Geld dort einsetzen, wo Klimaschutzmaßnahmen den größten Mehrwert bringen?", fragte sie. "So daß sich in Zukunft zum Beispiel auf dem afrikanischen Kontinent - wo zwar 60 Prozent der geeigneten Flächen sind - viel mehr als nur ein Prozent der Solaranlagen finden." Die Zeiten, in denen extreme Klimaereignisse "nur alle paar Monate in die Tagesschau kamen", seien vorbei, mahnte Baerbock.
"Hurrikane, Überschwemmungen, Dürren - jeden Tag zeigen die Nachrichten, wie krass der Klimawandel das Leben vieler Menschen bei uns und weltweit für immer verändert. Das Gute ist: Wir haben das Wissen und die Instrumente, um die Eindämmung der Klimaschäden wirksam anzugehen." Schon heute seien auf den Finanzmärkten enorme Summen verfügbar. "Nur fließen die allermeisten grünen Investitionen in Industrieländer. Das ist nicht nur ungerecht, es ist auch nicht wirtschaftlich", so die Außenministerin.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**SPD will Migrantenquote für Richter und Beamte**

Die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion fordern eine "Migrantenquote" für Beamte und Richter und wollen noch vor Weihnachten einen Entwurf für ein sogenanntes Partizipationsgesetz vorlegen.
Das berichtet die "Bild" in ihrer Dienstagausgabe unter Berufung auf eine "Arbeitsplanung der SPD-Bundestagsfraktion für das 2. Halbjahr 2024".
Darin heißt es: "Mit diesem Gesetz soll die Partizipation der Einwanderungsgesellschaft gestärkt werden durch eine Quote von Personen mit Migrationsgeschichte oder Diskriminierungserfahrung bei Bundesgerichten und Behörden." Wie hoch die Quote konkret sein soll, wollte eine Fraktionssprecherin auf Anfrage nicht beantworten. Es gebe noch keine "näheren Konkretisierungen", schreibt die Zeitung.
Die SPD-Fraktion wolle mit Einführung einer Migrantenquote die "Einwanderungsgesellschaft stärken", sagte eine Sprecherin zu "Bild". Dazu wolle man auch einen "Partizipationsrat" einführen. Geplant sei, "in der Bundesverwaltung und in den Unternehmen mit Bundesbeteiligung eine ganzheitliche Diversity-Strategie mit konkreten Fördermaßnahmen, Zielvorgaben und Maßnahmen für einen Kulturwandel" einzuführen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**SPD und Grüne wollen Rauchverbote ausweiten**

Nach dem Vorstoß der EU-Kommission für einen besseren Schutz vor dem Passivrauchen in Europa haben SPD und Grüne eine deutliche Ausweitung der Beschränkungen gefordert.
"Niemand sollte unfreiwillig dem gesundheitsschädlichen Rauch von Zigaretten, E-Zigaretten und anderen Dampfprodukten ausgesetzt sein", sagte etwa SPD-Gesundheitspolitiker Dirk Heidenblut dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland".
Heidenblut plädierte dafür, in Deutschland die jüngsten Empfehlungen der EU-Kommission in nationales Recht umzusetzen. Dazu gehören vor allem Maßnahmen zum Schutz von Kindern und jungen Menschen. So rät die EU-Kommission auf Spielplätzen, in Freizeitparks und Freibäder, an Bahnhöfen und Bushaltestellen sowie in den Außenbereichen von Krankenhäusern, Schulen und Universitäten zu einem generellen Rauchverbot.
Auch von den Grünen kommt Zuspruch. Der Schutz vor Passivrauch sei ein wichtiger Baustein wirksamer Verhältnisprävention für gesundheitsfördernde Lebenswelten, sagte deren Verbraucherschutz-Expertin Linda Heitmann dem RND. "Dafür mache ich mich gemeinsam mit meiner Fraktion stark. Ich kämpfe auch dafür, Aromen für E-Zigaretten, die süß riechen und schmecken und dadurch ein erhebliches Einstiegspotential besitzen, vom Markt zu verbannen", erklärte sie. Man sollte es Kindern und Jugendlichen weniger attraktiv zu machen, zu E-Produkten, wie E-Zigaretten oder Vapes zu greifen, betonte Heitmann weiter.
"Auch ein Verbannen des Rauchens und Dampfens aus Autos wäre sofort wirksam und ein-

fach und unbürokratisch umzusetzen." Die Verbraucher müßten verstehen, so die Grüne, daß "auch beim Dampfen werden Feinstaub und Giftstoffe freigesetzt, die gesundheitsschädigende Wirkung haben". In der EU-Initiative sehe sie einen deutlichen Appell, den expandierenden Markt für E-Produkte zu stoppen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Defizit der Kommunen steigt weiter**

Das Defizit der Kommunen steigt weiter. Wie das Statistische Bundesamt am Dienstag mitteilte, wiesen die Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände in Deutschland im 1. Halbjahr 2024 eine Finanzierungslücke von 17,3 Milliarden Euro auf. Ein Jahr zuvor waren es 7,3 Milliarden Euro. Das Defizit in den Kernhaushalten sei gewachsen, weil der Einnahmenzuwachs nicht mit dem starken Ausgabenwachstum Schritt hielt.

Treiber der Ausgaben waren dabei vor allem die Sozialleistungen, die im 1. Halbjahr 2024 um 12,5 Prozent oder 4,6 Milliarden Euro höher waren als ein Jahr zuvor und sich auf insgesamt 41,5 Milliarden Euro beliefen. Hauptgrund waren Anpassungen der Regelsätze im Bereich der Sozialhilfe und im Bürgergeld zum 1. Januar 2024. Daneben wuchsen auch die Personalausgaben um 9,1 Prozent auf 40,5 Milliarden Euro kräftig. Die laufenden Sachaufwendungen stiegen um 7,1 Prozent und die Sachinvestitionen um 5,9 Prozent und damit langsamer als die gesamten Ausgaben der Kernhaushalte.

Die bereinigten Einnahmen der kommunalen Kernhaushalte waren dagegen im 1. Halbjahr 2024 mit 152,0 Milliarden Euro lediglich um 3,3 Prozent oder 4,8 Milliarden Euro höher als im 1. Halbjahr 2023. Die Einnahmen aus Steuern blieben mit netto 55,0 Milliarden Euro im 1. Halbjahr 2024 um 25 Millionen Euro niedriger als im 1. Halbjahr 2023. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (netto) stiegen dabei um 3,1 Prozent. Ausschlaggebend für die stagnierenden Steuereinnahmen seien die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern.

Während der Anteil an der Umsatzsteuer um 3,5 Prozent auf 2,4 Milliarden Euro stieg, sind die Anteile an der Einkommensteuer um 9,3 Prozent auf 13,1 Milliarden Euro gesunken. Grund seien veränderte Verrechnungen zum Gemeindeanteil des Vorjahrs zwischen Ländern und Gemeinden, so das Statistische Bundesamt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Innenministerium: Keine Migrations-Quote im öffentlichen Dienst**

Das Bundesinnenministerium von Nancy Faeser (SPD) will zur Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund im Rahmen des geplanten "Bundespartizipationsgesetzes" auf feste Vorgaben zur Einstellung dieser Bevölkerungsgruppe im öffentlichen Dienst verzichten. "Der Entwurf des Bundesinnenministeriums wird keine gesetzliche Quote enthalten", sagte ein Ministeriumssprecher der "Welt" (Mittwochausgabe).

Zur besseren Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sollen diese unter anderem verstärkt in der Bundesverwaltung oder Unternehmen mit Beteiligung des Bundes eingestellt werden. Das Innenministerium arbeitet derzeit an einem Entwurf für das besagte Gesetz. "Bei allen Überlegungen zu einem `Partizipationsgesetz` ist es selbstverständlich, daß das Bundesinnenministerium bei Regelungen zur Personalgewinnung und zur Personalentwicklung auf allen Ebenen den Vorrang von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung gemäß Artikel 33 Absatz 2 des Grundgesetzes beachten wird", sagte der Sprecher.

Zuvor hatte es Meldungen gegeben, wonach das geplante Gesetz feste Quoten beinhalten solle.<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Oktober 2024 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Publizisten: >>**Betreff: Endloser Terror der Antichristen: Der dreißigjährige Glaubenskrieg von 1618-1648**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Vorgeschichte des Dreißigjährigen Krieges

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtete in der Vorgeschichte des Dreißigjährigen Krieges von 1618 bis 1648 über den Augsburger Religionsfrieden (x825/504-505): >>(Dreißigjähriger Krieg) ... Die Zeit seiner Vorbereitung (des Dreißigjährigen Krieges) liegt in dem mit dem Augsburger Religionsfrieden (1555) beginnenden Zeitalter der Gegenreformation.

Der Religionsfrieden hatte dem Glaubenskampf keinen Abschluß gegeben; er war nur dem dringenden Friedensbedürfnis beider Parteien entsprungen und stellte die Lösung wichtiger Fragen ganz der Zukunft anheim, nur um für den Augenblick Ruhe gewähren zu können. Einzelne Bestimmungen wurden von jeder Partei anders ausgelegt, oder überhaupt nur von einer Partei anerkannt, so besonders der Ausschluß geistlicher Lande von der sonst den Reichsständen gewährten Glaubensfreiheit und die Frage der Gewissensfreiheit der Untertanen in diesen geistlichen Landen.

Ferner war durch den Religionsfrieden von 1555 nur den Anhängern der Augsburger Konfession, nicht aber den Calvinisten Duldung gewährt worden. Jede Partei aber suchte natürlich den Frieden in ihrem Sinne auszulegen und durchzuführen. Die Protestanten hielten sich für berechtigt, alle in ihren Machtbereich fallenden großen und kleinen geistlichen Stifte zu säkularisieren und ihrem Bekenntnis zu gewinnen.

Die Katholiken erkannten das Recht nicht an, aber auch nicht die Rechte der protestantischen Untertanen in den dauernd dem Katholizismus zugesprochenen geistlichen Landen. Während nun auf protestantischer Seite nach dem Aufschwung der vergangenen Jahre ein schwächliches Erlahmen folgte, zeigte sich auf katholischer Seite ein Zusammenraffen aller Kräfte, um den in Deutschland fast ganz verlorenen Boden zurückzugewinnen.

Die Beschlüsse des Tridentinischen Konzils gaben die Waffen, und zu ihrer Führung trat vor allem der Jesuitenorden hervor. Die jesuitische Politik rücksichtsloser Propaganda fand Eingang an den Höfen leitender katholischer Fürsten in Deutschland, vor allem beim Kaiser und in Bayern; Schritt um Schritt wurden die in Tatenscheu und Kurzsichtigkeit befangenen protestantischen Fürsten zurückgedrängt. Jede protestantische Regung in bisher katholischen Gebieten wurde kräftig unterdrückt.

1607 ging Herzog Maximilian I. von Bayern so weit, daß er auf ein höchst parteiisches Urteil des katholischen kaiserlichen Reichshofrats hin die protestantische Reichsstadt Donauwörth politisch und religiös vergewaltigte. Diese äußerste Gefahr brachte endlich mehrere protestantische Fürsten zum engeren Anschluß aneinander.

1608 wurde in Ahausen die bald sich erweiternde protestantische Union abgeschlossen, welcher dann 2 Jahre darauf unter Führung Maximilians von Bayern die vornehmlich das katholische Süddeutschland umfassende katholische Liga gegenübertrat. Zu dem entscheidenden Ausbruch der Feindseligkeiten führte endlich der Gegensatz in den kaiserlichen Erblanden.

Hier hatten 1609 Matthias in der "Konzession" den Österreichern, vor allem aber Rudolf II. den Böhmen in dem "Majestätsbrief" große religiöse Zugeständnisse machen müssen, und diese letzteren hatte Matthias bei seinem Regierungsantritt bestätigt. Es hatten damit die böhmischen Stände der Herren, Ritter und Städte sowie die Untertanen auf königlichen Gütern (wozu gemeinhin auch die geistlichen Güter gerechnet wurden) nicht nur Gewissensfreiheit, sondern auch das Recht des Kirchenbaues in ihren Gebieten erhalten.

Als aber in Klostergrab und in Braunau die protestantischen Untertanen wider den Willen ihrer Oberherren, des Erzbischofs von Prag und des Abtes von Braunau, Kirchen zu bauen anfingen, ließ die Regierung die in Klostergrab erbaute niederreißen und die zu Braunau schließen (1614) und setzte in die Landesregierung in überwiegender Mehrzahl Katholiken ein.

So entfesselte sie die in Böhmen längst gärende Unruhe zu wilder revolutionärer Erhebung. Die mit ihren Bitten vom Kaiser abgewiesenen böhmischen Stände traten eigenmächtig in

Prag zusammen, Abgeordnete von ihnen begaben sich am 23. Mai 1618 zu den kaiserlichen Statthaltern aufs Schloß, nach hitzigem Wortgefecht wurden die verhaßtesten derselben, Martinitz und Slavata und mit ihnen der ganz unschuldige Sekretär Fabricius ergriffen und zum Fenster hinaus in den Schloßgraben gestürzt. Sie kamen ohne erheblichen Schaden davon. Mit dem Fenstersturz aber war gleichsam die Kriegslosung gegeben. ...<<

Beginn des dreißigjährigen Krieges

Nach der Zerstörung von protestantischen Kirchen brach 1618 in Böhmen ein blutiger Aufstand los. Als beim 2. Prager Fenstersturz 2 kaiserliche Statthalter aus den Fenstern des Prager Hradschin (königliche Burg) gestürzt wurden, begann schließlich der böhmisch-pfälzische Krieg.

Der böhmisch-pfälzische Krieg (1618-23) endete für Böhmen mit einem grausamen Strafgericht. Nach der böhmischen Niederlage ließen die katholischen Habsburger überall in Böhmen willkürliche Hinrichtungen durchführen, die weitere Grundsteine für den unverzeihlichen Haß der Tschechen gegen die Deutschen bildeten. Mehr als die Hälfte des böhmischen Adels wurde von der katholischen Liga enteignet und über 150.000 böhmische Protestanten mußten ihre Heimat verlassen.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges (x063/247-248): >>Die Jahre, die dem Dreißigjährigen Krieg vorangingen, weisen eine erstaunliche Verwandtschaft zu unserer eigenen Zeit auf.

Damals wie heute war das Gefühl einer Zusammengehörigkeit der Völker selbstsüchtigem Machtstreben gewichen. Große und kleine Staaten zielten hin auf die Unabhängigkeit von den Regeln der Sitte und des Völkerrechts. Freilich suchten, seitdem mit der Glaubenseinheit das Bewußtsein der menschlichen Einheit verlorenging, Vernunft und staatsmännisches Planen nach neuen Formen, um die getrennten Glieder des Abendlandes dennoch zusammenzuhalten. ...

Nach der Mitte des 16. Jahrhundert wurde die Vorahnung kommenden Grauens allgemein. Das Furchtbare rückte immer näher, aber Staatsmänner und Völker waren unfähig, es abzuwehren. Katholische und protestantische Mächte gürteten sich gleichermaßen zu einem Kampf, aus dem nichts Gutes entstehen konnte. Nach Karl V. sank das kaiserliche Ansehen auf einen Tiefpunkt. Die dynastische Macht der Habsburger konnte den Abstieg nicht aufhalten, ja sie trug noch dazu bei. Der Verlust Hollands und der Schweiz für das Reich ist neben anderen Gründen auf den Widerstand gegen die dynastischen Formen zurückzuführen, die das kaiserliche Haus und das höchste Amt angenommen hatten.

Der Funke, der den allgemeinen Brand entzündete, wurde mit dem Prager Fenstersturz 1618 geschlagen. ...<<

Ablauf des Dreißigjährigen Krieges

Der Dreißigjährige Krieg von 1618-48 wurde eine Auseinandersetzung auf vielen verschiedenen Kriegsschauplätzen, die sich spätestens im Jahre 1625 durch das Eingreifen von Dänemark, England, Schweden und Frankreich zum Machtkampf um die europäische Vorherrschaft ausweitete.

Die wichtigsten militärischen Oberbefehlshaber dieses Krieges waren die römisch-katholisch-kaiserlichen Liga-Generäle Tilly und Wallenstein sowie der protestantische König Gustav II. Adolf von Schweden.

Verlauf des Dreißigjährigen Krieges (x089/122):

1618-23 Böhmisch-Pfälzischer Krieg,
1625-29 Dänisch-Niedersächsischer Krieg,
1630-35 Schwedischer Krieg,
1635-48 Schwedisch-Französischer Krieg.

Der römisch-katholisch-lutherische Glaubenskampf riß Deutschland in einen entsetzlichen

Krieg, der sich für das deutsche Volk zu einer ungeheuren Katastrophe entwickelte.
Während des Dreißigjährigen Krieges wurden meistens nur relativ kleine Heere eingesetzt, denn die Feldzüge verursachten hohe Kosten und ein Heer von 10.000 Mann kostete monatlich rd. 1,0 Millionen Taler. Die Söldner waren zunächst meistens Abenteurer und sonstige Glücksritter, die auf große Kriegsbeute hofften. In den Söldnerheeren kämpften neben den Deutschen z.B. Schweden, Franzosen, Italiener, Kroaten, Polen, Schotten, Spanier, Ungarn und Wallonen.
In den ersten Kriegsjahren herrschte bei allen Kriegsparteien noch Zucht und Ordnung, weil die Offiziere hart durchgriffen und schwere Verbrechen sofort mit dem Galgen bestraften. Mit zunehmender Dauer des Krieges entartete die Kriegsführung jedoch völlig.
Da die Feldherren wegen der vielfach leeren Kriegskassen keinen Sold mehr zahlen konnten, erlaubten sie ihren Söldnern zum Ausgleich unbegrenzte Plünderungen. Nach dem damals üblichen Grundsatz, "der Krieg ernährt den Krieg", mußte das besetzte Land sämtliche Kriegskosten tragen. Später wechselten die zügellosen Söldnerbanden ständig ihre "Arbeitgeber" oder zogen fast nur noch mordend und plündernd überall durch das Land. Infolge der jahrelangen Kämpfe und Plünderungen wurden große Gebiete Deutschlands total verwüstet und restlos ausgeplündert.
Die deutsche Bevölkerung wurde vielerorts bestialisch gefoltert und danach ermordet, verhungerte oder fiel den zahlreichen Seuchen zum Opfer. Die schwedischen Söldner entwickelten sich damals besonders zum Schrecken des Krieges.
Das katholische Frankreich hielt sich in den ersten Jahren der deutschen Religionskriege bewußt zurück, denn die Deutschen sollten sich zunächst gegenseitig schwächen. Erst als sich die Überlegenheit der Habsburger (katholische Liga) abzeichnete, leistete Frankreich hohe Geldzahlungen an Dänemark (seit 1625) und an Schweden (seit 1631). Die französischen Truppen beteiligten sich erst ab 1635 direkt an der kriegerischen Auseinandersetzung und drangen ausschließlich in die linksrheinischen Gebiete ein.
Der protestantische Heerführer Ernst Graf von Mansfeld (1580-1626) berichtete im Jahre 1620 über seine Söldner (x122/310-311): >>Weder sie noch die Pferde können von der Luft leben. Alles, was sie haben, Waffen und Kleidung, ist verbraucht, verschlissen und zerbrochen. Um sich Neues zu kaufen, brauchen sie Geld, und wenn niemand da ist, nehmen sie es, wo sie es finden, nicht als den vereinbarten Beuteanteil, sondern ohne es zu wägen und zu zählen. Steht ihnen das Tor einmal offen, dann drängen sie ungezügelt ins Weite. Sie schonen keinen Menschen von welchem Stande er auch sein mag. ...<<
Der Herzog von Wolfenbüttel beschwerte sich im Jahre 1625 beim Kaiser über die brutale Kriegsführung der kaiserlich-katholischen Truppen des Heerführers Tilly (x122/314-315): >>... Die armen, wehrlosen Leute wurden überrascht, in ihren Häusern, auf den Wegen, im Holz und auf dem Felde mit Weib und Kindern erbärmlich mißhandelt und niedergehauen. ... Den Priestern, die sich verstecken konnten, wurde in unsäglicher Weise Schimpf und Marter angetan, zum Teil wurden sie auch totgeschlagen. Auch die armen, alten, lahmen Krüppel in den Spitälern wurden nicht verschont, sondern in greulicher Weise gemartert und getötet.
Einem Weibsbilde wurde auch (was alles mit wirklichen Zeugnissen belegt werden kann) die Zunge aus dem Halse gerissen. Anderen ... (wurden) Stricke um den Kopf gewunden, die man überstark anzog, um durch solche Marter sie zu befragen, wo sie ihr Geld vergraben hätten. ... Ehrbare Frauen und Jungfrauen wurden genotzüchtigt (geschändet), was auch auf offener Straße geschah, ohne daß man sich dessen scheute noch schämte. Ja, sie haben auch mit einigen auf den toten Körpern ihre Schande getrieben.
Ganze Flecken und Dörfer wurden niedergebrannt und in Asche gelegt. Die Leute auf dem Felde wurden bei ihrer Arbeit niedergehauen, so daß sie kein Korn einbringen konnten, sondern alles auf dem Felde stehen lassen mußten (woraus eine unmenschliche Hungersnot ent-

stehen wird). Die armen Leute, die mit ihren Frauen und Kindern in die Wälder geflohen waren, um nur ihr nacktes Leben zu retten, wurden wie die wilden Tiere verfolgt und niedergemacht. ...<<

Der deutsche Naturforscher Otto von Guericke (1602-1686, ab 1646 Bürgermeister von Magdeburg) berichtete als Zeitzeuge über die Plünderung und Niederbrennung Magdeburgs im Jahre 1631 (x122/316): >>... Da ist es geschehen, daß die Stadt mit allen ihren Einwohnern in die Hände und Gewaltsamkeit ihrer Feinde geraten ... Da gab es nichts anderes mehr als Mord und Brand, Plünderung, Folter und Tod. Jedermann aus dem Feindeslager war besonders darauf erpicht, sich viel Beute zu sichern. ...

Unter welcher währenden Wüterei, dann und da diese so herrliche Stadt, die gleichsam eine Fürstin im ganzen Lande war, in voller brennender Glut und in solchem Jammer und unaussprechlicher Not und Herzeleid gestanden, sind mit gräulichem, ängstlichem Mord- und Zetergeschrei viel tausend unschuldige Menschen, Weiber und Kinder kläglich ermordet und auf vielerhand Weise erbärmlich hingerichtet worden, also daß es mit Worten nicht genugsam kann beschrieben und mit Tränen beweint werden. ...<<

Der deutsche Historiker Prof. Rolf Engelsing schrieb später über die Zerstörung und Plünderung Magdeburgs im Jahre 1631 (x113/49-50): >>Beim Fall Magdeburgs kamen etwa 20.000 Einwohner, sogar 30.000 ... bis 35.000 ums Leben. 1638 hatte Magdeburg nicht einmal 3.000 Einwohner. An Gebäuden blieben nur der Dom, ein Kloster und 50 Häuser verschont, ferner etwa 14 "kleine Hüttlein", hauptsächlich am Fischerufer.

Die Zerstörung war vollständig, weil nach der Erstürmung der Stadt am 20. Mai 1631 in der Apokalypse von Mord, Plünderung und Verheerung ein Brand ausbrach, dem niemand zu wehren wußte. Die Brandkatastrophe trat wahrscheinlich ungewollt ein. Beide Seiten legten sie sich sofort gegenseitig zur Last, als sie Magdeburg am 21. Mai vollkommen verwüstet sahen. ...<<

Pommersche Gesandte berichteten über die katastrophalen Lebensverhältnisse der norddeutschen Land- und Stadtbevölkerung im Jahre 1634 (x242/218): >>Wenn Offiziere und Soldaten über Land reisten, mußten die Einwohner des Landes, da noch ein Bissen Brot vorhanden, nicht allein solches ohne Bezahlung, sondern auch ihre Pferde oft auf 15 oder mehr Meilen hergeben, welche sie entweder überhaupt nicht oder auf den Grund verderbt wiederbekämen. ...

Sonst wäre gar gemein, daß die Reiter und Soldaten die Dörfer fast alle Nacht plünderten, den Bauern ihre Wagen, Pflüge und andere zum Ackerbau gehörigen Instrumente entweder wegführten oder mutwillig verbrannten, die Leute prügelten, also daß dieselbigen bisweilen gar ums Leben kämen. ...

Bei dem Rauben und Plündern würden allerhand neue Torturen vorgenommen, um zu erfahren, ob einer ... etwas vergraben, indem etliche Stricke um die Hände gebunden und zusammengedreht, andere unter den Fußsohlen gemartert, anderen brennende Lunten auf die Hände gesetzt wurden. ...

So waren die Leute der Mittel zu leben beraubt, daß sie sich eine geraume Zeit mit Trebern, Knospen von den Bäumen und anderen unnatürlichen Speisen aufgehalten und auch der Toten, auch ihrer eigenen Eltern Fleisch gefressen. ...<<

Ein protestantischer Pastor berichtet damals aus Mecklenburg (x145/17): >>In diesem Krieg, wo das Soldatengesindel jede Furcht Gottes abgeworfen hat, richtet sich der räuberische Angriff zuerst auf die Kirchen. Gewaltsam werden dieselben erbrochen, ausgeplündert und in Pferdeställe verwandelt. Die Kanzeln werden umgestürzt, die Kirchenstühle zerschlagen, die kirchlichen Gewänder und heiligen Gefäße geraubt, die heiligen Bücher zerrissen und besudelt. Die Geistlichen, die sich in den Wäldern versteckt halten, werden mit Hunden aufgespürt und mit dem Schwedentrunke gepeinigt.<<

Der protestantische Pastor Johann Daniel Minck (1611-1664) berichtete im Jahre 1634 über die Greuel des Dreißigjährigen Krieges in Hessen (x092/357): >>Dieses Jahr ist ein recht gefährliches und für alle Evangelischen ein betrübtes und höchstschändliches Jahr gewesen.
Die Kaiserlichen kamen in unser Land und raubten und verwüsteten alles so weit, daß weder Rind noch Pferde, Schweine, Federvieh oder dergleichen Städten und Dörfern übrigblieben.
Kein Mensch durfte sich auf dem Land blicken lassen, ihm wurde nachgejagt wie einem Wild, er wurde ergriffen, unbarmherzig geschlagen, nackt an den heißen Ofen gebunden, aufgehängt, mit Rauch erstickt, mit Wasser und Jauche getränkt, was die Soldaten den Leuten aus Zubern in den Mund schütteten und mit Füßen auf ihren dicken Bäuchen herumsprangen.
Dieser barbarische Trunk wurde der "schwedische Trunk" genannt.
Wegen dieser Tyrannei und weil es auf dem Land keine Lebensmittel mehr gab, waren sämtliche Dörfer von allen Bewohnern verlassen. ...<<
Eine zeitgenössische Chronik berichtete über die unfaßbaren Zustände in der Pfalz im Jahre 1637 (x122/321): >>... Doch im Jahre 1637 stieg das Elend aufs höchste, nachdem kaum 200 Bauern in der unteren Pfalz mehr übrigen waren, da die übrigen teils an Hunger und Pest bereits gestorben, teils von den Kaiserlichen erwürgt oder als Soldaten weggeschleppt worden waren. ...
Der Hunger aber zwang die Leute zu den unnatürlichsten Nahrungsmitteln: Gras, Kräuter, dürren und grünen Baumblättern, Fellen von Tieren, Hunde, Katzen, Ratten, Mäuse, Frösche und faulendes Aas waren gesuchte Bissen. Die Hungernden erschlugen einander selbst, verzehrten sie, durchwühlten Gottesäcker, erstiegen Galgen und Rad und nahmen die Toten zur Speise weg.
Haufen von Bettlern lauerten den Vorübergehenden auf und töteten sie, wie denn bei Worms eine solche Bande von ihrem Feuer verjagt und in den Töpfen die schaurigen Überbleibsel von Händen und Füßen gefunden wurden. Zu Alzey wurden viele Menschen getötet und gefressen. ...<<

Der Westfälische Frieden

Nach mehrjährigen Verhandlungen schlossen Kaiser Ferdinand III., Frankreich, Schweden und die deutschen Reichsstände am 24. Oktober 1648 in Münster (Frieden mit Frankreich) und in Osnabrück (Frieden mit Schweden) den "Westfälischen Frieden". 111 deutsche Landesherren und 38 ausländische Gesandte nahmen insgesamt an den Verhandlungen teil (x194/60).
Nach 30 Jahren Krieg diktierten die siegreichen Franzosen und Schweden einen "Frieden", der die wahren Interessen und Kriegsgründe der europäischen Nachbarn eindrucksvoll bewies. Frankreich strebte vor allem danach, jede weitere nationale Macht in Europa zu verhindern. Wie in den zurückliegenden Jahrhunderten sollten die deutschen Gebiete weiterhin ein "offenes Feld" des europäischen Machtausgleichs bleiben.
Der sog. "Friedensvertrag" war nicht nur ungerecht, sondern außerdem überaus maßlos. Die skrupellosen Sieger nutzten die Friedensverhandlungen schamlos aus, um ihre Landesgrenzen unrechtmäßig auszuweiten. Die besiegten Deutschen unterschrieben den Friedensvertrag nicht freiwillig, denn die Siegermächte Frankreich und Schweden setzten ihnen damals praktisch die Klinge an die Kehle.
Das Reich mußte Breisach, den Sundgau und über 10 deutsche Reichsstädte im Elsaß sowie das Besatzungsrecht im rechtsrheinischen Philippsburg an Frankreich abtreten. Ferner wurden die französischen Besitzrechte der schon 1552 von Frankreich besetzten Bistümer Metz, Toul und Verdun endgültig "bestätigt".
Schweden erhielt Vorpommern mit Stettin, Rügen und Wismar, die Bistümer Bremen (ohne die Stadt) und das Bistum Verden an der Aller, so daß die Flußmündungen von Oder, Elbe und Weser kontrolliert werden konnten sowie 5,0 Millionen Taler Kriegsentschädigung (der

damalige Wert des Talers betrug etwa 3 Mark, aus dem Taler entwickelte sich später der US-Dollar).
Frankreich und Schweden beanspruchten außerdem zusätzlich ein Mitspracherecht über alle Angelegenheiten Deutschlands. Die Niederlande (ohne die südlichen Niederlande, das heutige Belgien) und die Schweiz verließen endgültig das Heilige Römische Reich Deutscher Nation und wurden selbständige Staaten.
Der Westfälische Frieden stellte lediglich den Augsburger Religionsfrieden (1555) wieder her, dehnte ihn auf die Reformierten aus und duldete den Konfessionswechsel (außer in der Oberpfalz und in den kaiserlichen Erblanden).
Der Westfälische Frieden beendete zwar noch nicht das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, aber er besiegelte die militärische und politische Ohnmacht des Reiches. Die Habsburger verloren durch den Dreißigjährigen Krieg ihre europäische Vormachtstellung an Frankreich und an die neuen Großmächte Schweden und die Niederlande. Deutschland zerfiel nach dem Westfälischen Frieden in unbedeutende Fürstentümer sowie Kleinstaaten (Ausnahmen bildeten lediglich Bayern, Brandenburg-Preußen und Österreich) und besaß kein Reichsheer, kein Geld, keinen Mut und vor allem keine Hoffnung mehr.
Die fast 2.000 deutschen Reichsstände erhielten mit französischer Unterstützung die Landeshoheit und waren damit fast unabhängig von der kaiserlichen Gewalt (x255/188). Während die einzelnen Reichsstände sogar Bündnisse mit ausländischen Staaten schließen durften, benötigte der Kaiser die Zustimmung aller Reichsstände, um wichtige Entscheidungen zu treffen. Dem innenpolitisch handlungsunfähigen Kaiser blieb eigentlich nur noch der Titel, denn außenpolitisch war das Heilige Römische Reich Deutscher Nation fast bedeutungslos.
In dieser aussichtslosen Lage trennte sich das "Schongebiet" Österreich sofort vorübergehend von dem größtenteils vollständig verwüsteten Restreich. Diese Art von "Habsburger Nibelungentreue" sollte sich in den folgenden Jahrhunderten noch mehrmals wiederholen.
Die europäischen Nachbarländer begrüßten naturgemäß diese egoistische Innenpolitik der österreichische Habsburger, denn aufgrund der hoffnungslosen Zersplitterung des Reiches, stellten die vielen schwachen deutschen Kleinstaaten keine gefährliche Macht dar, die man fürchten mußte.
Der "Augsburger Religionsfrieden" von 1555 (unter Einschluß der Calvinisten) wurde durch den Westfälischen Frieden bestätigt (x247/108): >>Der im Jahre 1555 erfolgte Religionsfriede soll in allen seinen Artikeln für gültig gehalten und gewissenhaft und unverletzlich beobachtet werden ...
In allen übrigen Dingen aber soll zwischen allen Kurfürsten und Ständen beider Religionen genaue und gegenseitige Gleichheit herrschen, ... wobei alle Gewalt und Tätlichkeit auf alle Zeit verboten ist.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den Westfälischen Frieden (x063/263-264): >>Fünf Jahre schleppten sich die Friedensverhandlungen von Münster und Osnabrück hin. Während die Fragen des Vorrangs und die Beuteverteilung besprochen wurden, rasten Mord und der schwarze Tode weiter durch das Land. Bis auf England, Polen, Moskau und die Türkei waren alle Mächte vertreten.
Frankreich bestand darauf, daß die Verhandlungen auch mit den einzelnen deutschen Staaten geführt wurden. Mazarin erwies sich als ebenso eifriger Schirmherr deutscher "Libertät" wie vor ihm Richelieu. Im Jahre 1919 sollte sich diese traditionelle französische Politik wiederholen, als Clemenceau in Versailles darauf bestehen wollte, daß die Beglaubigungsschreiben der Abordnung der Deutschen Republik nicht anerkannt, sondern nur Vertreter der deutschen Einzelstaaten zugelassen würden.
Friede kam erst, als die völlige Erschöpfung erreicht war. Am Sonntag dem 24. Oktober 1648, wurde unter dem feierlichen Läuten aller Kirchenglocken der Westfälische Friede unterzeich-

net. Es war die letzte diplomatische Urkunde, die in lateinischer Sprache abgefaßt war. Von nun an sollte Französisch die Muttersprache des Abendlandes ersetzen. ...
Die deutschen Gebietsverluste betrugen 40.000 Quadratmeilen. Frankreich gewann im Elsaß und in Lothringen eine beherrschende Stellung, die es Ludwig XIV. bald ermöglichen sollte, sich diese Provinz ganz einzuverleiben. Die deutschen Westgrenzen wurden militärisch geschwächt und ständigen Angriffen Frankreichs ausgesetzt.
Die Verwüstung der Pfalz, 41 Jahre nach dem Westfälischen Frieden, sollte dies nur allzubald beweisen. Schweden erhielt den größten Teil von Pommern und wurde ein Reichsland. Einst hatte der Ruhm des Reiches Gesetz und Recht über viele Völker und Fürsten verbreitet. Nun wurde es zur Herberge fremder Machthaber, die von innen zerstören konnten, was der äußere Ansturm übrigließ.
Aber fast noch schlimmer als die eigentlichen Verluste war die Zerschlagung des Landes in 350 fast unabhängige Gebiete. ...<<

Die Folgen des Dreißigjährigen Krieges

Für die Bestätigung des Augsburger Religionsfriedens von 1555 mußten im Verlauf des Dreißigjährigen Krieges (1618-48) von den 18 Millionen Deutschen etwa 4,5-7,5 Millionen Deutsche sterben (x018/674, x194/59).
Die Bevölkerungsverluste betrugen auf dem Land durchschnittlich etwa 50 % und in den Städten etwa 30 %. Pommern, Mecklenburg, das nördliche Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Niederschlesien, die Kurpfalz und Württemberg wurden am schwersten in Mitleidenschaft gezogen. Hier überlebten oftmals weniger als 30 % der deutschen Landbevölkerung. Österreich zählte zu den "Schongebieten" des 30jährigen Krieges. Hier gab es fast keine Bevölkerungsverluste.
Nach dem Kriegsende verfügte Frankreich erstmalig über mehr Einwohner als Deutschland und erst nach über 100 Jahren konnte in Deutschland der Bevölkerungsstand von 1620 wieder erreicht werden.
Während des Dreißigjährigen Krieges wurden in Deutschland 1.629 Städte, 18.310 Dörfer und 1.976 Schlösser zerstört (x122/324).
30 Jahre Krieg, die folgende Hungersnot, die Beulenpest (der "schwarze Tod") und andere Seuchen verwandelten viele einst blühende deutsche Provinzen in menschenleere Wüsten und Einöden. Damals konnte man stundenlang durch Deutschland wandern, ohne nur einen lebenden Menschen anzutreffen. In manchen Gebieten waren mehr als 80 % aller Dörfer und Städte total ausgeplündert und verwüstet.
Nach dem Kriegsende zogen noch jahrelang ausländische Söldnerhorden, Räuberbanden, Plünderer und übriges Gesindel durch die verwüsteten Gebiete und bedrohten den Wiederaufbau des Landes. In den verwüsteten Landesteilen herrschten barbarische Zustände, so daß jahrelang keine Fortschritte erzielt werden konnten.
Die Überlebenden der Kriegsgreuel fielen meistens einer allgemeinen Verwilderung zum Opfer. Die ausgehungerten Menschen ernährten sich damals hauptsächlich von Gras, Blättern, Baumrinde, Schnecken und sonstigen kleinen Tieren. In jenen Tagen war es keine Seltenheit, wenn hungernde Menschen mit gierigen Wolfsrudeln um den Kadaver eines Pferdes kämpften. Nur wer über genügend Brutalität und Härte verfügte, konnte in diesem erbarmungslosen Daseinskampf überleben.
Da die meisten Bauern keine Zugtiere mehr besaßen, spannte sich die Landbevölkerung selbst vor den Pflug, um den Boden zu pflügen. 40 Jahre nach dem Kriegsende wurden erst 66 % des vorhandenen Ackerbodens bearbeitet, der Rest war noch immer verwildert und mit hohem Unkraut, Heide und Sträuchern bedeckt. Erst nach etwa 200 Jahren konnten die deutschen Bauern wieder den Viehbestand von 1618 erreichen.
Die Lage des Handwerks und des Handels war ebenfalls trostlos. Hunderte von deutschen

Kleinstaaten sperrten ihre Grenzen und errichteten Zollschranken, um ihre Kleinstaaten zu finanzieren.
Da die Schweden die Flußmündungen von Oder, Elbe und Weser kontrollierten und zeitweise blockierten, brach der Seehandel restlos zusammen. Nach 1648 übernahmen vor allem Frankreich und die Niederlande den Ost- und Nordsee- sowie den Überseehandel. Die letzten deutschen Hanse-Mitglieder wurden schnell systematisch zugrunde gerichtet. Der europäische Handel grenzte Deutschland vorübergehend fast vollkommen aus.
Die robusten Deutschen gaben trotz alledem nicht auf. In erster Linie war es dem unermüdlichen Einsatz der tüchtigen deutschen Landesfürsten zu verdanken, daß vielerorts ein verhältnismäßig rascher Wiederaufbau des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens erfolgte.
In jener Zeit unterstützen viele reiche "deutsche Hofjuden" die Fürsten mit finanziellen Mitteln, um die katastrophalen Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges zu beseitigen. Diese "ordentlichen Schutzjuden" forderten später verstärkt, endlich gleichberechtigte Bürger zu werden, wollten aber meistens weiterhin Juden bleiben.
Aufgrund der hohen Bevölkerungsverluste fehlten überall Arbeitskräfte, um die verwüsteten Gebiete wieder instandzusetzen. Es zählte damals zur wichtigsten Aufgabe der Landesherren, die entvölkerten Gebiete neu zu besiedeln.
In den folgenden Jahrzehnten setzte allmählich eine regelrechte Binnenwanderung bzw. eine neue deutsche Ostsiedlung in die entvölkerten deutschen Ostprovinzen und zum Teil auch in das Baltikum (Litauen, Lettland und Estland) ein. Tausende wanderten aus den Schongebieten (Österreich, Schweiz, Tirol und den Niederlanden) ab, so daß es wieder zu beträchtlichen Stammesverschiebungen kam, die zwangsläufig zur Vermischung mit den einheimischen Stämmen führte.
Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtete über die Folgen des Dreißigjährigen Krieges (x825/508): >>(Dreißigjähriger Krieg) ... Die Friedensverhandlungen, die schon 1641 zu Hamburg eröffnet, dann seit 1644 in Münster und Osnabrück geführt worden waren, hatten nach endlosen Verschleppungen in dem Westfälischen Frieden vom 24. Oktober 1648 ihren Abschluß gefunden.
Aber dieser Friede legte Deutschland nur neue schwere Opfer an die Fremden auf und machte es zu einem widerstandsunfähigen Konglomerat kleiner und kleinster selbständiger Territorien neben einer ganz schattenhaften Zentralgewalt.
Entsetzlicher jedoch als all dieses waren für Deutschland die Folgen des Krieges selbst. Die Leiden, welche die zügellosen Kriegsbanden über das Land gebracht hatten, sind geradezu sprichwörtlich geworden. Kaum ein Winkel Deutschlands ist verschont geblieben, über manche Gegenden ist das Elend wieder und wieder von neuem gekommen. Dazu gesellten sich die endlosen Kontributionen, die wirtschaftlichen Schäden durch den bald herrschenden Geldmangel und die ihm nachfolgende Geldverschlechterung. Handel und Industrie waren bis auf die Wurzel zerstört. Der Wohlstand Deutschlands war völlig vernichtet.
Böhmen hatte zwei Drittel seiner Bewohner verloren, andere Teile Mitteldeutschlands noch mehr, in der Grafschaft Henneberg schätzte man den Rückgang der Bevölkerungszahl auf 75, den der Wohnungen auf 66, der Haustiere auf 80 Prozent, das glänzende Augsburg zählte von mehr als 40.000 Bewohnern noch etwa 20.000. Man kann annehmen, daß Deutschland insgesamt die Hälfte seiner Bevölkerung und zwei Drittel des beweglichen Vermögens verloren hatte.
Es waren vor allem die wirtschaftlichen Grundlagen zerstört, auf welchen ein Neubau hätte stattfinden können, nicht nur das Kapital fehlte völlig, sogar der Boden war auf lange Strecken durch den jahrzehntelangen Mangel an Anbau und Pflege zur Wüste geworden. Die Urbarmachung versumpfter Landstriche der Norddeutschen Tiefebene im 18. und 19. Jahrhundert be-

stand zum guten Teil in Wiedergewinnung alten, seit dem großen Krieg verwilderten Landes. Hand in Hand mit dem wirtschaftlichen Verfall ging der Verfall in Sitte und Geistesleben, Deutschland mußte sein nationales Leben noch einmal von vorn beginnen. ...<<

Ein Zeitzeuge berichtete damals aus Württemberg (x145/17): >>... Die Pfalz glich der arabischen Wüste. Vom Hunger gequält, genossen die Menschen Gras, Blätter, Tierfelle und Baumrinde; Schnecken galten ohne Salz und Schmalz als Leckerbissen.<<

Ein protestantischer Geistlicher berichtete nach dem Ende des Krieges (x176/57): >>Wie jämmerlich stehen nun die großen Städte! Wo zuvor tausend Gassen waren, sind nun nicht mehr hundert. Wie elend stehen die kleinen Städte ... Da liegen sie verbrannt, zerfallen, zerstört, daß weder Dach, Gebälk, Türen oder Fenster zu sehen sind. Wie sind sie mit den Kirchen umgegangen? Sie haben sie verbrannt, zu Pferdeställen und Marketenderhäusern gemacht, die Altäre entweiht, die Glocken hinweggeführt. ...

Wie jämmerlich steht es auf den Dörfern! Man wandert bis zu 10 Meilen und sieht nicht einen Menschen, nicht ein Vieh, nicht einen Sperling, höchstens sind an etlichen Orten ein alter Mann oder ein paar alte Frauen zu finden. In allen Dörfern sind die Häuser voller Leichname. ... Mann, Weib, Kinder und Gesinde, Pferde, Schweine, Kühe und Ochsen neben- und untereinander, vom Hunger und von der Pest erwürgt. ...<<

Ein Zeitzeuge berichtete über die Pest in Norddeutschland (x145/17): >>... Die Frau eines Ochsentreibers kam abends um elf ... Ehe ich noch geöffnet, schrie sie mir entgegen: Ich möge hinüberkommen um Gottes Willen, denn ihr Mann sei von schwerer Krankheit befallen worden, und es gehe mit ihm zum Sterben. Ich ging mit dem jammernden Weibe. Auf der Ofenbank lag der Mann ... Ich nahm den Kienspan und beleuchtete sein Gesicht. Der Span fiel mir aus den Händen vor Schreck. Sein Gesicht war schwarz angelaufen, und seine Arme waren mit Beulen bedeckt. Ich wußte, daß der schwarze Tod ins Dorf gekommen sei. Noch in der derselben Nacht starb der Mann.<<

Ein Zeitzeuge berichtete nach dem Ende des Krieges über die Folgen in Deutschland (x213/-82): >>Wer sich einem Dorf nähert, findet den Weg mit Sträuchern verwachsen, und man sieht keine Spur von Rädern oder von einer arbeitsamen Menschenhand. Auf der Feldmark ringsum ist kein Acker bestellt. Die Tiere scheinen Herr des Landes geworden zu sein. Man hört das Geheul der Wölfe und das Gekrächze unzähliger Krähen, Reiher und Habichte.

Ganze Dörfer sind vom Erdboden verschwunden. Die stehengebliebenen Höfe sind auszubessern. Die ausgehungerten Menschen spannen sich selbst vor den Pflug, um die ersten schnellen Furchen zu ziehen.

In Thüringen ist die Hälfte aller Häuser zerstört. In Mecklenburg ist die Zahl der Bevölkerung von 445.000 auf 97.000 gesunken. In Sachsen wurden 3.500 Wölfe erlegt.

Ebenso wie das flache Land haben die Städte gelitten. Magdeburg ist völlig zerstört. In Frankfurt/Oder sind von 1.029 Häusern nur 581 und in Mittenwald von 245 nur 34 übriggeblieben. Es fehlt an Handwerkern und gelernten Arbeitskräften. Das Geldwesen ist in Unordnung. Allenthalben wird schlechte Münze aus minderwertigem Metall geprägt. Man nennt sie Hekkenmünzen oder Kipper und Wipper.

Hunderte von kleinen Landesherren sperren ihre Grenzen und richten Zollschranken auf, um Geld in die Staatskasse zu bekommen. Der europäische Handel meidet Deutschland und sucht andere Wege. Sie führen über Holland und zunehmend über Frankreich, das bald eine führende Rolle in Europa spielen wird.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Folgen des Dreißigjährigen Krieges von 1618-1648 (x057/77-78): >>Mit dem Westfälischen Frieden endete der Zeitabschnitt, der 1519 mit der Verbindung Deutschlands und Spaniens begonnen hatte und mit Kämpfen um Glauben und Verfassung ausgefüllt war. Das Reich war aufgelöst, seine Grenzen zerschlagen, die Unabhängigkeit vernichtet. Im Innern begann das Zeitalter des landesherrli-

chen Absolutismus. Deutschland war ein Staatenbund von einer Unzahl kleiner Herrschaften und der ständigen Einmischung des Auslandes ausgesetzt.
Auch wirtschaftlich sank Deutschland von seiner Höhe herab. Allgemein war die Verarmung der Bevölkerung, die stark zusammengeschmolzen war. Nord- und Ostsee samt den deutschen Flußmündungen wurden von Niederländern, Schweden, Dänen und Russen beherrscht.
Die deutschen Seestädte hatten ihre Selbständigkeit verloren, die stolze Hanse war erloschen (letzter Hansetag 1669). Deutschland blieb infolge der Entdeckungen vom Welthandel fast ganz ausgeschaltet; denn der Verkehr mit den ... entdeckten Ländern ging an Deutschland vorüber.
Im Geldwesen herrschte große Verwirrung, da jeder Landesherr sein eigenes Münzrecht ausübte, was vielfach zu minderwertigen Geldprägungen geführt hatte ("Kipper und Wipper" – jene "beschnitten" die Münze, diese prägten mit geringerem Gewicht aus).
Die Deutschen betrieben keinen Eigenhandel mehr, sondern traten als Kommissionäre, Agenten, Faktoren von Engländern und Holländern auf. Die Hochblüte in Gewerbe und Handel der oberdeutschen Städte war in Verfall geraten. Die großen Handelshäuser waren längst zusammengebrochen. Deutschland wurde wieder reines Agrarland.
Aber auch die Landwirtschaft wurde durch den langen Krieg schwer betroffen. Schon seit Beginn der Neuzeit hatten sich die Agrarverhältnisse erheblich verschoben. In Ostdeutschland war der Gutsherr sozusagen Landesherr in seinen Dorfgemeinden und wußte seinen Besitz durch Enteignungen bedeutend zu erweitern (Bauernlegen). In Mittel- und Süddeutschland hatten sich die Bauern im großen Bauernkrieg (1525) aus sozialen und religiösen Gründen erhoben wurden aber blutig niedergeworfen und erreichten keine Befreiung, sondern gerieten eher in eine verstärkte Abhängigkeit vom Grundherrn.
Nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch geistig war Deutschland vom Ausland abhängig geworden. ein großer Hang zum Fremdländischen in Sprache und Kleidung machte sich breit. Zahlreiche Deutsche verließen ihre Heimat, schlossen sich den englischen, holländischen, schwedischen Auswanderern an und gingen dem Deutschtum verloren. Aberglauben und Verrohung waren allgemein, jegliches Nationalgefühl fehlte. ...<<

Schlußbemerkungen

Der Niederländer Hugo Grotius (1583-1645, Jurist und Politiker, Mitbegründer des modernen Völkerrechts) berichtete während des 30jährigen Krieges im Jahre 1642 (x255/176): >>... Ich sah, daß überall viel Christenblut vergossen war, die Sitten aber, größeren Teils und besonders, wo man siegte, um nichts sich gebessert hatten, vielmehr die Völker durch lange Kriege verwilderten. Indem mich dies, je älter ich wurde, um so mehr schmerzte, so fing ich an, über die Ursachen so vieler Leiden nachzudenken und darüber mich mit andern zu besprechen.<<
Herbert Ludwig berichtete später (am 24. Oktober 2017) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Rolle der römisch-katholischen Kirche während des Dreißigjährigen Krieges (x977/…): >>**Der Heilige Stuhl …**
Als 1648 der Dreißigjährige Krieg - für die katholische Kirche praktisch erfolglos - mit dem Westfälischen Frieden beendet wurde, der den Herrschafts- und Einflußbereich der Protestanten festschrieb, wandte sich Innozenz (Papst von 1644-1655) mit aller Schärfe dagegen und verweigerte als einziger die Unterschrift unter den Friedensvertrag. Europa sollte katholisch bleiben und nicht teilweise unter protestantische Herrschaft geraten.
Der Papst erklärte in einem Schreiben ("Zelo domus Dei") *"kraft Apostolischer Machtvollkommenheit den Artikel des Westfälischen Friedens für nichtig, ungültig, unbillig, ungerecht, verdammt, verworfen, vergeblich, der Kräfte und Erfolge entbehrend für alle Zukunft, niemand sei zu ihrer Einhaltung verpflichtet."* (Wikipedia)
… Papst Urbans VIII. (Papst von 1623-1644) unerbittlicher Vernichtungswille der deutschen Protestanten kam anläßlich der Verwüstung Magdeburgs am 20. Mai 1631 durch die Truppen

der katholischen Liga zum Ausdruck. Es war zu tagelangen Raubzügen, Vergewaltigungen und Gewalttaten gekommen, bei denen mehr als 20.000 Bürger getötet wurden.
"*In ganz Europa war man über dieses Massaker entsetzt, und es gilt als das größte und schlimmste während des Dreißigjährigen Krieges. Es hieß, die Taten und der Schrecken seien in ihrer Entsetzlichkeit 'nicht in Worte zu fassen und nicht mit Tränen zu beweinen'.*
Papst Urban VIII. hingegen verfaßte am 24. Juni 1631 ein Schreiben, in dem er seine Freude über die "Vernichtung des Ketzernestes" zum Ausdruck brachte." (Wikipedia) …<<
Die jahrhundertelangen Verbrechen der römisch-katholischen Kirche, die das Leben der Menschen bis zum heutigen Tag entscheidend prägten, wurden bisher nie angemessen historisch aufgearbeitet, so daß die globalen Menschheitsverbrechen der organisierten Kriminalität immer dreister wurden und schließlich im 20. und 21 Jahrhundert ungeheure Ausmaße annahmen.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30626" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**Internationaler Vogelgrippe-Gipfel (2.-3. Oktober 2024) Stop dem Krisen-Profit!**
"Herzlich willkommen zum internationalen Vogelgrippe-Gipfel", lauten die Begrüßungsworte auf dem Einladungsflyer des "International Bird Flu Summit", das vom 2.-3. Oktober in Washington D.C. stattfinden wird. Ein kurzer Themenabriß macht deutlich, worum es in diesem Gipfel vor allem geht:
- Die Dynamik der Vogelgrippe-Übertragung auf den Menschen verstehen
- Überwachung und Datenverarbeitung
- Integration von Detektionssystemen ((Früh-)Erkennungssysteme) in die öffentliche Gesundheits-Infrastruktur
- Lieferung von Impfstoffen und antiviralen Medikamenten
- Reisesicherheitsprotokolle
- Zusammenarbeit zwischen asiatischen Regionen, Europa, Afrika und den USA: Stärkung der gemeinsamen Anstrengungen
- Risikokommunikation
- Fehlinformationen und Desinformation effektiv entgegenwirken
Vielleicht kommen diese auf den ersten Blick wohlwollend klingenden Inhalte dem einen oder anderen bekannt vor. 2019 fand das "Event 201" in New York statt. Dort hat das WEF zusammen mit der Bill & Melinda Gates-Stiftung und der Johns-Hopkins-Universität zu einer Veranstaltung eingeladen, bei der die Corona-Pandemie einmal vorher durchexerziert wurde. Dabei ging es um ganz ähnliche Themen wie die oben genannten.
Zeitgleich wird aktuell weltweit die Panik vor einer erneuten sogenannten Pandemie geschürt. Diesmal mit dem Vogelgrippevirus, auch H5N1-Virus genannt. Mit 176 Millionen Dollar finanziert die US-Regierung mit Steuergeldern der Bürger den Biotechkonzern Moderna bei der Entwicklung seiner mRNA-basierten Vogelgrippe-Injektionen. …
Im März verabschiedete die US-Regierung ein Budget von 708.272.000 Dollar für "neu auftretende und zoonotische (von Tier zu Mensch übertragbare) Infektionskrankheiten". Dies deutet wieder auf ein ähnliches Szenario hin, welches schon bei der Corona-Plandemie inszeniert wurde. Eine Plandemie ist das größte Geschäft für die Pharmaindustrie, und um Impfkampagnen erfolgreich gestalten zu können, braucht man ein Virus, das man als gefährlich bewerben kann.
Aber es gibt auch noch andere Profiteure dieser arrangierten Krise. Sehr aufschlußreich sind die Erklärungen der Internistin und Biowaffenexpertin Dr. Meryl Nass. Sie legte dar, daß der internationale Vogelgrippegipfel "im Grunde eine Handelsmesse" sei, die die "Bioabwehrindustrie" ankurbeln solle. Mit der "Bioabwehrindustrie" sind (Groß-)Firmen gemeint, die an den "Abwehrmethoden" gegen biologische Gefahren verdienen. Biologische Gefahren können

z.B. vorsätzliche oder fahrlässig freigesetzte oder auch natürliche Krankheitserreger sein.
SyllabusX, das Unternehmen, das diese Konferenz plant, verlange eine Menge Geld für den Eintritt, so Nass. "Sie geben den Teilnehmern die Möglichkeit herauszufinden, welche Verträge für sie in Frage kommen, damit sie staatliche oder andere Aufträge erhalten können. ... weil es jetzt eine ziemlich große Bioabwehrindustrie gibt und man sie füttern muß. Im Moment füttert man sie mit Vogelgrippe-Verträgen - und das kann alles sein, vom Verkauf von Netzen für Hühner bis hin zu Impfstoffen." (Dr. Nass)
Die aktuelle Vogelgrippe-Risikobewertung für die Allgemeinbevölkerung wird von der CDC (Centers for Disease Control and Prevention), einer Behörde des US-amerikanischen Gesundheitsministeriums, unverändert als gering eingeschätzt. Auch die WHO sieht bisher kein Risiko für die Weltbevölkerung durch das neue Vogelgrippevirus. Das kann sich jedoch jederzeit ändern, denn es wird überall mehr getestet.
Zudem verlangen die International Health Regulations (IHR) von den Mitgliedsstaaten, daß jeder einzelne testpositive Fall von Vogelgrippe beim Menschen sofort an die WHO gemeldet wird. Die USA und nun auch die EU decken sich bereits millionenfach mit den - bereits vorhandenen - neuen Vogelgrippe-Impfstoffen ein. Wie auch zuvor bei Covid-19 geht es um Milliardengewinne, insbesondere für Pharmafirmen, von denen auch die WHO und bestimmte NGOs finanziert werden.
Ob nun in Kürze ein neuer Notstand mit Lockdowns, Impfempfehlungen und den uns aus der Corona-Krise bekannten Maßnahmen ausgerufen wird, bleibt abzuwarten. Fest steht jedoch, daß schon jetzt erneut Millionen Steuergelder in die Taschen von Pharmaunternehmen und anderer Profiteure fließen. Die Corona-Zeit hat gezeigt, daß insbesondere Superreiche von der Plandemie profitieren.
Interessant ist in diesem Zusammenhang, was auf dem Programmheft des Vogelgrippe-Gipfels als Titelbild abgebildet ist: Ein riesiger Obelisk. Was hat dieser mit der Vogelgrippe zu tun? In der Vergangenheit (Korruption XXL ungelöst! - Mit Infogigant: "Das Geheimnis der Obelisken" (von Ivo Sasek) www.kla.tv/14340) haben sich mächtige Freimaurer durch Obelisken an ihren Gebäuden kenntlich gemacht, um sich gegenseitig im Handel zu bevorzugen.
Daß solch ein Obelisk nicht nur in Washington D.C., dem Ort des Gipfeltreffens, steht, sondern zudem auch als Titelseite für das Bird Flu Summit ausgewählt wurde, spricht für sich.
Klagemauer.TV setzt sich für ein Krisen-Profit-Verbot ein. (Sendung von Ivo Sasek: www.kla.tv/Krisenprofit/21653)
♫ "Krisenprofitverbot" ♫ von Ruth E. Sasek (www.kla.tv/25577)
Gemeinsam fordern wir: Krisenprofitverbot!
In Zeiten der Völkernot
fordern wir Profitverbot!
Wann immer Geld regiert,
herrscht Korruption,
setzen wir die Endstation
der Krise durch Profitverbot!

Krisenprofitverbot, Krisenprofitverbot,
Krisenprofitverbot, Profitverbot - hey!
Niemand soll sich bereichern,
an der Krise bereichern,
niemand soll sich bereichern! …<<
Belgien: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**EU: Mit Kriegslist zum Vermögensregister**

Das EU-Vermögensregister ist offenbar nur noch eine Frage der Zeit. Eine entsprechende Machbarkeitsstudie ist nun abgeschlossen. Spannend dürfte sein, wie Brüssel die totale Überwachung den Bürgern verkauft und wann die Obergrenzen runtergesetzt werden.
Die Idee eines zentralen Vermögensregisters für EU-Bürger tauchte erstmals im Zusammenhang mit der Corona-Krise auf, fand jedoch damals kaum Beachtung. Im Juli 2021 wurde eine Machbarkeitsstudie zu diesem Register gestartet, die nun laut einem Bericht von Focus Online abgeschlossen ist. Ein solches Register würde die Vermögenswerte von EU-Bürgern erfassen, darunter Immobilien, Unternehmensanteile, Luxusgüter, Edelmetalle, Kunstwerke und Kryptowährungen, die einen Wert von mehr als 200.000 Euro übersteigen.
Offiziell wird das Register als Maßnahme zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und zur Durchsetzung von Sanktionen wie den gegen Rußland dargestellt. Die neue EU-Anti-Geldwäsche-Behörde AMLA, mit Sitz in Frankfurt am Main, könnte die Aufsicht übernehmen.
Kritiker warnen jedoch vor erheblichen Datenschutzproblemen. Trotz der DSGVO könnte der Schutz der persönlichen Vermögensdaten durch ein solches Register stark eingeschränkt werden. Diese Bedenken wurden von EU-Kommissionssprecher Eric Mamer relativiert, der betonte, daß es bisher nur eine Machbarkeitsstudie gebe und die EU-Kommission keine Pläne habe, eine zentrale Datenbank über das Vermögen der Bürger zu erstellen. Dennoch wirft die Tatsache, daß die Studie 400.000 Euro gekostet hat, Zweifel an der Absicht auf, das Projekt nicht weiterzuverfolgen.
Die Skepsis wächst angesichts der Strategie, die von Kritikern als "Kriegslist" beschrieben wird: Es wird vermutet, daß die EU zunächst scheinbar auf das Register verzichtet, um später hinter verschlossenen Türen weiter daran zu arbeiten. Diese Taktik, mehrfach angedeutet und dann zurückgezogen, könnte dazu führen, daß das Register am Ende ohne große Gegenwehr umgesetzt wird.
Ein weiteres Problem liegt in der Freigrenze von 200.000 Euro, die viele Bürger in Sicherheit wiegen könnte, daß sie selbst nicht betroffen wären. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß diese Grenze nachträglich jederzeit gesenkt werden könnte, was den Kreis der betroffenen Personen drastisch vergrößern würde.
Insgesamt steht das Vermögensregister in der Kritik, eine Bedrohung für den Datenschutz und die finanzielle Freiheit der EU-Bürger zu sein. Es besteht die Sorge, dass, unter dem Deckmantel der Transparenz und Sicherheit, der Weg zu umfassender staatlicher Kontrolle geebnet werden könnte.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**"Wir ziehen die Schlinge um China"**
Kann die absteigende Supermacht USA den Aufstieg des fernöstlichen Rivalen noch verhindern? Unser Interviewpartner - Asienexperte und Bestsellerautor unter anderem für die "New York Times" - geht nicht davon aus. Trotz allen Geschimpfes werde Donald Trump mit Peking kooperieren, wenn der Tiefe Staat nicht dazwischenfunke. …
_ *James Bradley* im Gespräch mit Tino Perlick
1972 gingen die USA nach 25 Jahren wieder auf China zu. Welche Konsequenzen hatte diese Entscheidung?
China ist zu Amerikas Fabrik geworden - eine Kooperation wie sie jedoch bereits in den 1940ern vorgeschlagen wurde. Mao Tse-tung sagte hochrangigen US-Diplomaten 1945 während des Partisanenkampfes in einer Höhle: "Ich möchte Amerikas Freund sein." Er glaubte, Amerika und China müßten kooperieren, weil China die Arbeiter hat, aber weder Kapital noch Produktionsanlagen. Nun stellen Sie sich vor: Die Chinesen sind nicht wie die Amerikaner. Sie sparen rund 60 Prozent ihrer Einnahmen. Ihre Regierung gibt nicht Jahr für Jahr mehr aus, als sie einnimmt. Also haben sich die Dinge geändert. Drüben in Asien scheint jetzt die Son-

ne.

"Rußland und China könnten die gesamte US-Navy versenken."

Hat China seinen Aufstieg auf Kosten der amerikanischen Arbeiterklasse geschafft?

Das habe ich schon öfter gehört. Gibt es etwa keine Wal Marts? Ich habe noch nie einen Chinesen gesehen, der irgendjemanden bei uns dazu zwingt, chinesische Waren zu kaufen, oder ihre iPhones. Unsere Anführer sind Heuchler. Früher wollten sie China amerikanisieren. Noch heute sprechen sie davon, es brauche mehr Demokratie. China ist aber nicht das von oben nach unten kontrollierte Land, als das es dargestellt wird. Es ist nicht Saudi-Arabien.

China ist eine Meritokratie. Wer in Peking mitbestimmen darf, hat vorher riesige Provinzen mit Millionen von Menschen regiert. Chinas Anführer sind oftmals Ingenieure, keine Anwälte wie in Washington. Sie täten auch gut daran, daß es ihrem Volk gut geht, denn sonst gibt es sie nicht mehr allzu lang. Das Volk würde sie abwerfen wie ein Pferd seinen Reiter. Das ist in Chinas Geschichte ganz normal, das Mandat des Himmels.

Pjöngjang will Frieden

Wie ist Amerika mit dem Aufstieg der Volksrepublik umgegangen?

Gehen wir zehn Jahre zurück und schauen uns an, was die Strategen sich gedacht haben. China steigt auf und kooperiert plötzlich mit allen möglichen Ländern? Wir werden sie einhegen! Sie haben diese tolle Idee der Neuen Seidenstraße? Wir entwerfen die transpazifische Partnerschaft - und China, die größte regionale Macht, schließen wir aus! Wir werden einen militärischen Galgen errichten und die Schlinge um sie ziehen. Wir haben schon Japan und Taiwan und die Philippinen besetzt, letztere zumindest meistens.

Jetzt schließen wir Abkommen mit Thailand und simulieren Invasionen nach China. In Südkorea werden wir gewaltige Kriegsspiele aufführen, um Nordkoreas Führung zu enthaupten. In den USA sehen Sie davon nichts im Fernsehen. Aber wenn Kim Jong-un mit seiner Faust droht, dann zeigen sie das und sagen: "Mann, der Kerl ist irre."

Ist er das?

Die Nordkoreaner werden niemals Tokio oder Los Angeles angreifen. Sie würden alle sterben, wenn sie's versuchten. Die haben eine Heidenangst, weil Amerika Saddam Hussein aufknüpfte und Hillary Clinton die Typen, die Gaddafi ein Bajonett in den Hintern schoben, mit Lob überschüttet hat. Nordkorea ist ein armes, kleines Land. Alles, was es möchte, ist ein Friedensvertrag. Jemand sagte mir, daß seit Eisenhower jeder US-Präsident Frieden mit Nordkorea gefordert hätte. Finden die keinen Kugelschreiber?

Die China-Illusion

Bradleys 2015 erschienenes Buch The China Mirage erzählt die Geschichte der Beziehungen der USA und China vom frühen 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg. Die titelgebende "Illusion" geht auf ein Zitat aus einem amerikanischen Propagandapamphlet der 1930er Jahre zurück, in dem es heißt, China sei "eine großartige Nation, deren Bürger Amerikaner traditionsgemäß als ihre besten Freunde betrachten". Diese anmaßende Fehleinschätzung, so Bradley, führte zu einer Vielzahl von verheerenden außenpolitischen Entscheidungen, darunter die Provokation Japans durch ein Stahl- und Ölembargo 1941, die zu Tokios Angriff auf Pearl Harbor und somit zu Amerikas Eintritt in den Zweiten Weltkrieg führte.

Trump wirkt, als wäre er bereit, Pjöngjang jederzeit anzugreifen.

Natürlich muß er Nordkorea verbal vermöbeln, weil das eben so beliebt ist. Wir haben ein Billionen-Dollar-Militärbudget, das verteidigt werden muß. Also packen wir auf die Titelseite des Wall Street Journal ein Schaubild, das zeigt, wie eine Rakete von Nordkorea bis nach Los Angeles fliegt. Dann haben die Amerikaner etwas zum Nachdenken. Wir brauchen Furcht, entweder vor den Russen oder vor den Chinesen. Nordkorea ist nur ein Stellvertreter für China. Aber einen Krieg wird es nicht geben. Rußland und China haben Trump gesagt: Du willst Nordkorea angreifen? Dann versenken wir die gesamte US-Navy! Das ist sogar absolut mach-

bar. Sehen Sie sich die ganzen Navy-Schiffe an, die ständig zusammenstoßen und sich nicht kontrollieren lassen.

Ein geheimes Friedensabkommen?

Was hält Chinas Führung von Trump?

Erinnern Sie sich, wie Obama bei seinem letzten Besuch in Peking aus dem Flugzeug gestiegen ist? Die Chinesen haben ihn hinten aussteigen lassen, nicht vorne mit rotem Teppich. Chinesen sind die besten Gastgeber der Welt, und Symbole bedeuten ihnen alles. China hielt Obama für einen daherstolpernden Nichtskönner. Nun kommt Trump - und davon lesen Sie in der amerikanischen Presse nichts: Xi und er hatten ein Bankett in der Verbotenen Stadt! Xi persönlich war sein Reiseleiter. Das ist ein unglaubliches Zeichen von Respekt! Xi zeigte ihm, wie sehr er kooperieren möchte, falls Trump den Tiefen Staat abschütteln kann.

Will Trump denn kooperieren?

Was ich Ihnen nun sage, könnte ein Gerücht sein, aber ich habe aus drei glaubwürdigen Quellen gehört, daß sich Xi, Putin, Trump und der Präsident Indonesiens - dem Land mit der weltweit größten muslimischen Bevölkerung - am Rande des Asien-Pazifik-Gipfels in Vietnam in die Augen geschaut haben und sinngemäß sagten: "Machen wir es wie Chruschtschow und Kennedy!"

Die beiden hatten vereinbart, keinen Krieg zu führen, obwohl sie beide auf einem gewaltigen Militärisch-Industriellen Komplex saßen. Der Tiefe Staat könnte versuchen, ein Schiff in die Luft zu jagen oder ein Flugzeug, aber - hey, Trump ist ein Bauherr! Er kommt nach China und Xi sagt: Wissen Sie was? Ich habe das größte Bauprojekt der Welt. Trump begreift das. Ich hoffe auf eine friedlichere Welt mit ihm, aber er hat mächtige Kräfte im Staat gegen sich.

Angeblich ist Trumps früherer Chefberater Steve Bannon weder Interventionist noch ein Fan des Tiefen Staates. Doch selbst er sagte im September: "Wir müssen uns als die wirkliche asiatische Macht behaupten: wirtschaftlich, militärisch, kulturell, politisch."

"Trump ist ein Bauherr und Xi hat das größte Bauprojekt der Welt."

Das ist auch so einer, der noch nie wirklich in Asien gewesen ist. Wir wissen nichts über Asien! In meinem Buch The China Mirage beschreibe ich den Vorlauf zum Zweiten Weltkrieg. Die Amerikaner hatten damals viele Meinungen zur Situation in Europa. Aber wenn Sie nach Asien fragen, sagten 80 Prozent nur: "Diese Japsen!" Bannon hat das gesagt? Mein Gott! In Afrika haben sie keine Schuhe. China will dort Hochgeschwindigkeitszüge bauen. Das passiert wirklich, wird hier aber nicht berichtet.

Xi möchte, daß China Amerikas Wirtschaft im Jahr 2035 einholt. Wann wird China Nummer 1?

China ist bereits die Nummer 1! Es gibt keinen Grund, sich Gedanken darüber zu machen, wann sie Amerika in welcher Kategorie übertreffen werden. Sie haben 1,3 Milliarden Menschen. Wir haben nicht einmal 300 Millionen. Sie haben Auftrieb. Amerika nicht. Die Neue Seidenstraße und andere Bauprojekte werden die Welt verändern. Wir reden von einem Tunnel durch das Mittelmeer, der Spanien und Marokko verbinden wird. Wir reden davon, einer Milliarde Menschen Zugang zum Internet zu ermöglichen. Das ist fundamentaler Wandel, ein Tsunami. 2035? Wir reden über China! Das ist wie heute Nachmittag. Deren Vision ist auf mehrere hundert Jahre ausgerichtet.

_ James Bradley (1954) ist ein US-amerikanischer Autor von Sachbüchern, der auf Asien und den Pazifik spezialisiert ist. Sein Buch "Flags of our Fathers" behandelt den pazifischen Schauplatz im Zweiten Weltkrieg und wurde 2006 von Clint Eastwood verfilmt.*

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Spezial 16 "USA gegen China - Endkampf um die Neue Weltordnung".<<

02.10.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kom-

pakt" berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Nach unserem Wahlerfolg: AfD beantragt Untersuchungsausschuß zum Corona-Unrecht!**
Versprochen gehalten! Nach unserem starken Abschneiden bei der sächsischen Landtagswahl hat die AfD-Fraktion ihre Ankündigung wahrgemacht und einen Untersuchungsausschuß für die Aufarbeitung des Corona-Unrechts beantragt.
Die für das Unrecht verantwortlichen Parteien - von der CDU bis zu den Grünen - können die Einsetzung des Ausschusses im sächsischen Landtag auch nicht mehr mit einem Einheitsbündnis oder sonstigen Schikanen und Tricks verhindern. Denn dank des starken Wahlergebnisses verfügt die AfD mit 40 sächsischen Landtagsabgeordneten über die nötige Stimmenzahl, um den Ausschuß im Alleingang durchzusetzen.
"Wir wollen die gesamte Legislaturperiode bis 2029 nutzen, um die schwerwiegenden Grundrechtsverletzungen der Regierung zu untersuchen", sagt dazu Jörg Urban, Fraktionsvorsitzender der AfD im sächsischen Landtag. CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer werde im Untersuchungsausschuß "zum Beispiel erklären müssen, warum in Sachsen Versammlungen an der frischen Luft nur mit zehn Personen erlaubt waren." Die AfD-Fraktion habe von Anfang an den Eindruck gehabt, daß hier Bürgerproteste unterdrückt werden sollten.
Für Millionen von Menschen in Sachsen und in Deutschland ist es eine sehr ungewohnte Erfahrung: Es gibt tatsächlich eine Partei in Deutschland, die ihre Wahlversprechen auch hält! Niemand sollte sich also einreden lassen, daß Wählen nichts ändern würden.
Das Kartell der etablierten Parteien reagiert gerade deshalb so nervös und hysterisch auf die AfD, weil die Verantwortlichen sehr wohl wissen, daß wir es ernst meinen mit politischen Veränderungen für unser Land. Schließen Sie sich uns an, falls Sie es noch nicht getan haben - denn wir stehen an der Seite der Bürger und der demokratischen Grundrechte!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.412/…): >>**Neue Statistik zeigt wieder: AfD-Politiker werden am häufigsten Opfer von Gewalt**
Die Zahl der körperlichen Angriffe auf Politiker ist in der ersten Hälfte des Jahres 2024 stark gestiegen - es sind mehr als dreimal so viele wie im Vorjahr. Die mit Abstand meisten Attacken richten sich erneut gegen Vertreter der AfD.
Von *Redaktion*
... In der ersten Jahreshälfte 2024 ist die Zahl der körperlichen Angriffe auf Politiker und Parteivertreter in Deutschland stark angestiegen. Laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Hess wurden von Januar bis Juni insgesamt 84 gewalttätige Übergriffe registriert. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es lediglich 28.
Die Daten zeigen, daß insbesondere Politiker der AfD betroffen sind. Mit 48 von 84 Fällen sind sie die am häufigsten angegriffene Gruppe. Die Grünen folgen mit 13 Übergriffen. Auf Vertreter der CDU und der Linken wurden jeweils fünf Fälle dokumentiert. Danach folgen jene der SPD (3) und der CSU (1).
Die meisten Täter stammen aus dem linksradikalen Spektrum, was in 42 Fällen dokumentiert wurde. Neun Verdächtige werden dem rechtsradikalen Milieu zugeordnet. In 24 Fällen war keine klare ideologische Zuordnung möglich.
Zusätzlich zu den körperlichen Übergriffen ist auch die Zahl nicht-gewalttätiger Straftaten gegen Politiker gestiegen. In der Kategorie "Straftaten mit dem Unterangriffsziel Parteirepräsentant / Parteimitglied" wurden zwischen Januar und Juni 2024 insgesamt 1.965 Delikte registriert. Hierbei sind die Grünen mit 740 Fällen am häufigsten betroffen, gefolgt von der SPD mit 516 und der AfD mit 494.
Angestiegen ist auch der Vandalismus gegen Wahlplakate: Von insgesamt 7.763 gemeldeten Fällen traf es die Grünen am häufigsten mit 2.463 Delikten, gefolgt von der AfD (1.900) und der SPD (1.882). Die Täter kommen überwiegend aus dem linksradikalen (1.233) und rechts-

radikalen (1.057) Milieu.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Liste: Die 500 reichsten Deutschen**

Lidl-Gründer Dieter Schwarz ist der reichste Deutsche. Mit einem geschätzten Vermögen von fast 44 Milliarden Euro führt der Handelspatriarch die aktuelle Rangliste des Manager Magazins mit den 500 reichsten Deutschen an.

Mit einem geschätzten Vermögen von 43,7 Milliarden Euro ist Lidl-Gründer Dieter Schwarz (85) der reichste Deutsche. Der Unternehmer aus Heilbronn verdrängt damit Susanne Klatten(62) und Stefan Quandt (58) auf Rang 2 in der aktuellen Reichstenliste des Manager Magazins. Die Geschwister sind Großaktionäre des Autokonzerns BMW, dessen Wert an der Börse in den vergangenen zwölf Monaten um etwa ein Fünftel zurückgegangen ist. Auf Platz 3 rangiert mit einem geschätzten Vermögen von 33,8 Milliarden Euro wie im Vorjahr die Familie Merck, der die Mehrheit am gleichnamigen Pharma- und Chemiekonzern aus Darmstadt gehört.

Das ergibt die neueste Schätzung des Manager Magazins, das jedes Jahr eine Liste mit den 500 reichsten Deutschen veröffentlicht. Den Daten zufolge sind zahlreiche Großvermögen in den vergangenen zwölf Monaten gewachsen. Seit 2023 haben die Buchvermögen der Top 500 um insgesamt 53 Milliarden Euro auf gut 1,1 Billionen Euro zugelegt. In absoluten Zahlen ist das ein neuer Rekord. Allerdings blieb der Zuwachs von 4,9 Prozent deutlich hinter der heimischen Börsenentwicklung zurück: Der Dax 40 legte im selben Zeitraum um knapp 28 Prozent zu.

Insgesamt gibt es aktuell 249 Milliardäre in Deutschland - 23 mehr als im vergangenen Jahr. Auch das ist ein neuer Rekord. Seit das Manager Magazin im Jahr 2001 die Liste der reichsten Deutschen erstmals veröffentlicht hat, gab es noch nie mehr Milliardäre im Land. Die Zahl umfaßt Individuen ebenso wie Großfamilien, die ein entsprechendes Vermögen gemeinsam kontrollieren.

Bewertungsgrundlage für die Rangliste sind Recherchen in Archiven und Registern, bei Vermögensverwaltern, Anwälten, Bankern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Rangliste selbst. Die Vermögen werden konservativ bewertet, Aktienkapital nach den Schlußkursen vom 13. September 2024, nicht börsennotierte Unternehmen nach Umsatz, Profitabilität und Marktstellung. Alle Vermögensangaben sind Schätzungen.

Die Liste weist auch aus, welche Hochvermögenden ihre Unternehmensanteile in Stiftungen eingebracht haben. Unter den Top Ten trifft dies beispielsweise auf die Familien Albrecht und Heister, die hinter Aldi Süd und Aldi Nord stehen, sowie auf Lidl-Gründer Dieter Schwarz zu.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Corona-Ausschuß in Thüringen durch BSW- und CDU-Stimmen**

Der Thüringer Landtag wird wohl einen Corona-Untersuchungsausschuß einsetzen: Die BSW-Fraktion und ein Teil der CDU-Fraktion haben eine gemeinsame Mehrheit, um den Ausschuß einzusetzen. Einen entsprechenden Antrag reichten 19 Landtagsabgeordnete am Mittwoch im Thüringer Landtag ein, berichtet die "Welt" (Donnerstagausgabe) unter Berufung auf die BSW- sowie die CDU-Landtagsfraktion.

Darunter sind demnach alle 15 Abgeordneten des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) um Fraktions- und Landeschefin Katja Wolf sowie vier Abgeordnete der CDU, darunter CDU-Landeschef und -Fraktionschef Mario Voigt. CDU und BSW sondieren derzeit mit der SPD eine mögliche Regierungskoalition in Thüringen. In Untersuchungsausschüssen können Parlamentarier das Handeln der Regierung aufklären.

Ein Fünftel der 88 Abgeordneten in Thüringen muß die Einsetzung unterstützen, das entspricht 18 Abgeordneten. CDU und BSW verhandeln derzeit mit der SPD über eine Regie-

rungskoalition. Das BSW erklärte jene Corona-Untersuchung zuletzt zu einem Kernthema ihrer Parlamentsarbeit. Auch in Sachsen sowie im Bundestag beantragt das BSW einen solchen Untersuchungsausschuß. "Die Aufarbeitung der gravierenden politischen Fehlentscheidungen der Corona-Zeit ist ein zentrales Anliegen des BSW", sagte BSW-Parteichefin Sahra Wagenknecht der "Welt" dazu.
"Viele Menschen, die damals unter Lockdowns, Schulschließungen und anderen willkürlichen Maßnahmen gelitten haben oder als Ungeimpfte ausgegrenzt und diffamiert wurden, erwarten, daß hier endlich etwas geschieht." Im Bundestag werde eine Aufarbeitung der Pandemie-Maßnahmen "von den Ampel-Parteien und der CDU blockiert", kritisierte Wagenknecht. Auch deshalb sei die durch das BSW beantragte Einsetzung jener Ausschüsse in Sachsen und Thüringen wichtig. "Es ist erfreulich, daß in Thüringen auch dank einiger Unterstützer aus den Reihen der CDU das notwendige Quorum erreicht werden konnte und der Untersuchungsausschuß jetzt kommt."
Es gehe um Aufklärung des Handelns der Landesregierung, sagte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU im Landtag, Andreas Bühl. "Dabei geht es um einen konstruktiven, nach vorn gerichteten Ansatz, um Lehren für künftige Pandemien und andere Krisen ziehen zu können. Ziel ist es, Fehler zu identifizieren und für die Zukunft daraus zu lernen." Der Untersuchungsausschuß soll Handlungen und etwaige Fehler der Landesregierung in der Pandemie-Bekämpfung aufklären, heißt es im Thüringer Antragstext. Daraus sollen Empfehlungen für mögliche neue Ausbrüche von Infektionskrankheiten erarbeitet werden.
Im Wahlprogramm forderte das BSW, auch den Charité-Virologen Christian Drosten und Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) vorzuladen. Mit der AfD habe man nicht zusammenarbeiten wollen, hob das Thüringer BSW hervor. "Die konstituierende Sitzung des Landtags hat gezeigt, daß die AfD-Fraktion nicht auf kollegiale Zusammenarbeit setzt", sagte Stefan Wogawa, BSW-Landtagsabgeordneter und für den Antrag zuständig. "Da ist einiges an Porzellan zerschlagen worden. Die AfD muß erst beweisen, daß sie konstruktiv zusammenarbeiten will."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Gewalt gegen Obdachlose drastisch gestiegen**
Die Gewalt gegen Obdachlose ist in den vergangenen fünf Jahren drastisch gestiegen. Verzeichnete die Polizei 2018 noch 1.560 Fälle von Straftaten gegen Opfer mit dem "Opfermerkmal Obdachlosigkeit" in Deutschland, so waren es 2023 2.122 Fälle, wie aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsabgeordneten Susanne Hennig-Wellsow hervorgeht, über die der "Stern" berichtet.
Leicht gestiegen ist außerdem die Zahl der Straftaten gegen Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung. 2018 waren es 5.120 Fälle, 2023 lag die Zahl bei 5.402. Einer der aufsehenerregendsten Fälle ereignete sich im April 2021 in einem Wohnheim für Menschen mit geistiger Behinderung in Potsdam.
Eine Pflegerin tötete damals vier Bewohner, eine weitere Bewohnerin überlebte nur dank einer Notoperation. Die Pflegerin wurde später wegen vierfachen Mordes verurteilt. Insgesamt wurden in den vergangenen fünf Jahren über 40.000 Straftaten an Obdachlosen und Behinderten verübt. "Wenn die Verwundbarsten Opfer von Gewalt werden, ist Wegschauen keine Option", sagte Hennig-Wellsow dem "Stern". Sie gehe davon aus, daß die offiziellen Statistiken "nur einen Bruchteil der Realität" erfassen und forderte die Regierung zum Handeln auf: "Wir brauchen endlich eine nationale Gewaltschutz-Strategie für diejenigen, die unseren Schutz brauchen und ein Recht auf Respekt haben."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Destatis: 5,5 Millionen abgeschlossene Ermittlungsverfahren in 2023**
Im Jahr 2023 haben die Staatsanwaltschaften in Deutschland knapp 5.503.000 Ermittlungsver-

fahren in Strafsachen erledigt. Das waren rund 402.000 Verfahren beziehungsweise acht Prozent mehr als im Vorjahr, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am Mittwoch mitteilte. Dieser Zuwachs an Erledigungen entspricht in etwa dem Anstieg der Neuzugänge mit gut 5.570.000 Ermittlungsverfahren und damit sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Die 2023 erledigten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren wurden laut Destatis - wie in den Jahren zuvor - überwiegend von Polizeidienststellen eingeleitet (83 Prozent).
Die übrigen Verfahren wurden von Staatsanwaltschaften selbst, von Steuer- beziehungsweise Zollfahndungsstellen oder von Verwaltungsbehörden eingeleitet. Die Staatsanwaltschaften sind für die Verfolgung von Straftaten und die Leitung der entsprechenden Ermittlungen zuständig. Wenn die Ermittlungen gegen namentlich bekannte Tatverdächtige zu hinreichendem Tatverdacht führen, erheben sie Anklage beim zuständigen Gericht und vertreten im Fall einer gerichtlichen Hauptverhandlung die Anklage. Wie in den Vorjahren wurden die meisten Ermittlungsverfahren im Jahr 2023 jedoch eingestellt und es kam nicht zur Anklage.
Insgesamt endeten nach den Zahlen des Statistischen Bundesamts 59 Prozent aller Ermittlungsverfahren durch Verfahrenseinstellung. Eine Einstellung gegen Auflagen gab es in drei Prozent aller erledigten Ermittlungsverfahren. Darunter entfiel der größte Teil auf die Zahlung eines Geldbetrages an gemeinnützige Einrichtungen oder an die Staatskasse, so das Bundesamt. Bei weiteren 26 Prozent aller Verfahren erfolgte eine Verfahrenseinstellung ohne Auflagen, darunter am häufigsten wegen Geringfügigkeit.
Insgesamt 31 Prozent der Ermittlungsverfahren wurden von den Staatsanwaltschaften mangels hinreichenden Tatverdachts oder in seltenen Fällen wegen Schuldunfähigkeit der Beschuldigten eingestellt. 2023 führten Destatis zufolge sechs Prozent aller Ermittlungsverfahren zu einer Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft oder zu einem Antrag auf ein besonderes Verfahren. In weiteren 10 Prozent der Ermittlungsverfahren stellte die Staatsanwaltschaft beim zuständigen Gericht einen Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls, bei dem das Gericht eine Geldstrafe oder - seltener - eine Freiheitsstrafe zur Bewährung auch ohne Hauptverhandlung aussprechen kann.
Die übrigen 24 Prozent der Ermittlungsverfahren wurden auf andere Art erledigt, so das Statistische Bundesamt. Dazu zählten unter anderem die Verbindung mit einer anderen Strafsache, die Abgabe der Strafsache an eine andere zuständige Staatsanwaltschaft oder die Abgabe als Ordnungswidrigkeit an zuständige Verwaltungsbehörden. Im Jahr 2023 entfiel knapp ein Drittel aller erledigten Ermittlungsverfahren - ähnlich wie im Vorjahr - auf Eigentums- und Vermögensdelikte. Das waren rund 1.599.000 und damit sieben Prozent mehr als im Vorjahr.
Weitere 16 Prozent aller erledigten Ermittlungsverfahren betrafen Straßenverkehrsdelikte (906.000 und damit 4 Prozent mehr als im Vorjahr). Gut 505.000 Verfahren (neun Prozent aller 2023 erledigten Verfahren) hatten Straftaten gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit als Verfahrensschwerpunkt. Das waren neun Prozent mehr als im Vorjahr.
Starke Anstiege zeigten sich bei aufenthaltsrechtlichen Delikten und bei Wirtschaftsstraftaten. So gab es 2023 knapp 328.000 Verfahren mit Schwerpunkt Straftaten nach dem Aufenthaltsgesetz, dem Asylgesetz und dem Freizügigkeitsgesetz/EU. Das waren 32 Prozent mehr als im Vorjahr. Knapp 222.000 erledigte Verfahren betrafen Wirtschafts- und Steuerstrafsachen und Geldwäschedelikte (+28 Prozent zum Vorjahr).<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**5G-Netz-Ausbau in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg stockt**
Weite Teile von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg werden noch immer schlecht mit dem Mobilfunkstandard 5G versorgt. Nicht einmal 40 Prozent der Postleitzahlgebiete der beiden Bundesländer sind flächendeckend mit dem 5G-Netz versorgt, berichtet das "Handelsblatt" unter Berufung auf Daten der Bundesnetzagentur.
Die beiden Bundesländer sind damit sogar schlechter versorgt als beispielsweise Brandenburg

oder Mecklenburg-Vorpommern, die klassischerweise als strukturschwache Länder gelten. 5G ist der Netzausbau-Standard, der essentiell ist für das Steuern von Robotern aus der Ferne oder auch ruckelfreies Gaming und Streaming.
Weil aber wirtschaftsschwache und ländliche Gebiete nicht lukrativ für den Netzausbau sind, bleiben diese von den drei großen Providern oftmals schlecht versorgt.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Kinder- und Jugendärzte: Mehr Depressionen bei jungen Patienten**
Michael Hubmann, Präsident des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte, hat darauf hingewiesen, daß infolge der Corona-Pandemie mehr junge Menschen in Deutschland unter psychischen Problemen leiden: "Wir sehen vermehrt Angststörungen, Depressionen und psychosomatische Beschwerden", sagte er der "Rheinischen Post" (Mittwochausgabe). Hubmann hob hervor, sein Verband habe wiederholt vor den psychischen Folgen der Corona-Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen gewarnt.
"Dennoch wurden diese Maßnahmen umgesetzt, ohne die Auswirkungen auf die junge Generation ausreichend zu berücksichtigen." Künftig müßten bei Pandemien oder Krisensituationen die Bedürfnisse und das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen stärker in den Blick genommen werden, forderte Hubmann. "Konkret müssen in jedem Entscheidungsgremium Personen vertreten sein, die ihre Interessen vertreten", sagte er. Bei medizinischen Fragestellungen sei das allen voran die primärversorgende ambulante Kinder- und Jugendmedizin.
"Für eine Aufarbeitung der Folgen von Corona brauchen wir dringend mehr Psychotherapieplätze für Kinder und Jugendliche, ebenso wie höhere Investitionen in Bildung und eine bessere Verankerung der Sozialarbeit an Schulen", sagte Hubmann.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Ostbeauftragter sieht mehr Licht als Schatten für Deutsche Einheit**
Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, zieht eine insgesamt positive Bilanz 34 Jahre nach der Wiedervereinigung. "Da ist schon viel, viel mehr Licht und Sonne als Schatten", sagte Schneider am Mittwoch der Sendung "Frühstart" von RTL und ntv. Die DDR sei im Wortsinne grau gewesen, jetzt sei alles saniert und viel schöner. "Aber nehmen Sie einen Punkt, die schönen Häuser in Erfurt. Das Eigentum ist eher weniger bei den Erfurtern, sondern es ist eher bei den Münchnern", so der SPD-Politiker.
"Es gibt da einen Vermögenstransfer. Das ist ein Problem, wo wir daran arbeiten müssen." Mittlerweile gebe es in Erfurt mehr Arbeitsplätze als zu DDR-Zeiten. "Und welche, die wettbewerbsfähig sogar im weltweiten Maßstab sind", so Schneider. Unterm Strich habe der Osten Einwohner verloren. Fünf Millionen Menschen seien von Ost nach West gezogen und drei Millionen in die umgekehrte Richtung. Diese Entwicklung sei aber mehr ein Stadt-Land-Thema, nicht eine Ost-West-Besonderheit, erklärte der Ostbeauftragte.
"Im Osten haben wir mehr ländlichen Raum, mehr Dörfer und Kleinstädte und weniger diese großen. Und generell brauchen wir deswegen in ganz Deutschland eine einheitliche Förderpolitik, die den ländlichen Raum stärkt, also Dörfer, und nicht abschreibt, sondern lebendig macht und auch die Kleinstädte", forderte Schneider. "Und dann sieht man nämlich auch, daß diese boomenden Regionen, die es gibt, ausstrahlen auch in den ländlichen Raum hinein."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**DAK befürchtet Anstieg des Pflegebeitrags 2025**
Der Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung könnte zum Jahreswechsel nach Einschätzung der DAK um weitere 0,3 Prozentpunkte steigen. Schuld daran sei das Finanzloch in der Pflegeversicherung, sagte der DAK-Vorstandsvorsitzende Andreas Storm der "Bild" (Mittwochausgabe).
"Eine Beitragssteigerung der Pflegeversicherung um bis zu 0,3 Prozentpunkte ließe sich ab-

wenden, wenn die Bundesregierung Ihrer Verpflichtung nachkommt", sagte Storm der "Bild". "Es wäre jetzt notwendig, einen Nachtragshaushalt von sechs Milliarden Euro aufzustellen, um das Finanzloch in der Pflegeversicherung zu schließen. Geschieht das nicht, werden die Beitragszahler weiter belastet."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Esken fordert Innenminister zu Beweissammlung gegen AfD auf**

Im Zuge der Diskussion um ein AfD-Verbotsverfahren fordert SPD-Chefin Saskia Esken die Innenminister der Länder dazu auf, Beweise zu sammeln und gegebenenfalls Verfahren einzuleiten. "Ich erwarte, daß die Innenminister von Bund und Ländern die Erkenntnisse der Verfassungsschutzämter zu den extremistischen Bestrebungen der AfD weiterhin zusammentragen sowie gegebenenfalls Verfahren - beispielsweise bei der Unterbindung von Finanzströmen rechtsextremer Netzwerke - einleiten", sagte sie dem "Stern".

"Weiter will ich davon ausgehen und erwarte es auch, daß die antragsberechtigten Verfassungsorgane für ein Parteiverbot, also Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat sich fortlaufend über die Erkenntnisse informieren lassen", so Esken. "Im Umgang mit der AfD und zum Schutz unserer Demokratie und unserer freiheitlichen Gesellschaft, müssen alle Akteure, also die Parteien, die Parlamente und der Rechtsstaat ihre Aufgaben erfüllen." Die SPD-Co-Vorsitzende hob hervor, die rechtspopulistische Partei auch inhaltlich stellen zu wollen.

Dazu gehöre, die "Scheinlösungen" der AfD aufzudecken und ihre "menschenverachtende Politik" zu entlarven. Auch müßten sich die Parlamente und demokratischen Institutionen schützen, mahnte Esken. Das hätten die Vorfälle im Thüringer Landtag gezeigt. "Die Vorfälle machen deutlich, daß die Parlamente in Bund und Ländern Anstrengungen unternehmen müssen, um sich selbst, aber auch unsere Gerichte, die Medien und andere Institutionen vor den Angriffen der Antidemokraten zu schützen." Die Demokratie müsse "stark und wehrhaft gegen Angriffe von Rechtsradikalen" sein, sagte Esken.<<

Österreich: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Geheimdienst-Kooperation mit Österreich bei FPÖ-Regierung bedroht**

Deutsche Sicherheitspolitiker sehen die Geheimdienstzusammenarbeit mit Österreich gefährdet, sollte die von Experten als rechtsextrem eingestufte FPÖ von Parteichef Herbert Kickl an einer künftigen Regierung beteiligt sein. "Ein Regierungseintritt der FPÖ würde bedeuten, daß auch Deutschland seine nachrichtendienstliche Kooperation mit Österreich auf den Prüfstand stellen muß", sagte Konstantin Kuhle, FDP-Fraktionsvize und Mitglied im Geheimdienst-Kontrollgremium des Bundestages, dem "Handelsblatt".

Zur Begründung erklärte Kuhle, daß die FPÖ Teil eines europaweiten Netzwerks rußlandfreundlicher Parteien sei, die dem Kreml näherstünden als den Interessen der EU und ihrer Mitgliedstaaten. "Wir können es uns angesichts der massiven Gefahr aus Rußland für Frieden und Stabilität in Europa nicht erlauben, daß relevante Informationen direkt nach Rußland weitergegeben werden", sagte der FDP-Politiker. Der Vorsitzende des Geheimdienstgremiums, Konstantin von Notz (Grüne), pflichtet dem bei.

"In Zeiten eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges in Europa und massiver Einflußnahme- und Desinformationskampagnen auch und vor allem aus Rußland wäre die FPÖ in Regierungsverantwortung durchaus ein erhebliches Sicherheitsproblem für österreichische Behörden, aber auch ihrer Partner", sagte von Notz der Zeitung. Die Nähe der FPÖ zu Moskau habe schon in der Vergangenheit für "starke Irritationen" gesorgt.

Auch der Sicherheitspolitiker Roderich Kiesewetter (CDU) sieht eine mögliche FPÖ-Regierungsbeteiligung als "eine absolute Belastung für die nachrichtliche Kooperation mit Österreich". Westlichen Diensten sei sehr wohl bewußt, daß die FPÖ die Interessen Moskaus vertrete und Rußland auf solche "trojanischen Pferde" setzen könne. Im Falle einer Regierungsbeteiligung der FPÖ würde Kiesewetter deshalb "aus Sicherheitsgründen von einer tieferen

Geheimdienst-Zusammenarbeit abraten, denn das würde unsere eigene Sicherheit letztlich schwächen".<<

USA: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.414/…): >>**Assange: Haft war politische Gefangennahme**

Wikileaks-Gründer vor Ausschuß: Schutzmechanismen haben versagt / USA bedrohen investigativen Journalismus weltweit / Abgeordnete: Assange und Wikileaks haben Kriegsverbrechen der USA aufgedeckt

Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*

Wikileaks-Gründer Julian Assange hat seine Inhaftierung in Großbritannien als politische Gefangennahme bezeichnet. In der Einigung mit der US-Regierungen, die zu seiner Freilassung führte, habe er sich schuldig bekannt, Informationen aus einer Quelle erhalten und die Öffentlichkeit über diese Informationen unterrichtet zu haben. Er sei nicht freigekommen, weil das System bestehender Schutzmechanismen funktioniert habe, sondern weil er sich "des Journalismus schuldig bekannt" habe, erklärte Assange am Dienstag (1. Oktober) während einer Anhörung vor dem Ausschuß für Rechtliche Angelegenheiten und Menschenrechte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Der 53-Jährige wies darauf hin, daß die US-Regierung in der Einigung darauf bestanden habe, daß er keine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einreichen oder einen Antrag auf Informationsfreiheit stellen darf, um die Folgen seiner Haft zu klären. Er hoffe, daß seine Aussage dazu diene, die "Schwächen der bestehenden Schutzmaßnahmen" aufzuzeigen und denjenigen zu helfen, deren Fälle weniger sichtbar sind, sagte Assange.

Er beschuldigte den früheren CIA-Direktor Mike Pompeo, ab 2017 Anweisungen an den US-Auslandsgeheimdienst für Pläne gegeben zu haben, um den Wikileaks-Gründer aus der ecuadorianischen Botschaft zu entführen und zu ermorden. Transnationale Repressionen würden aber auch durch den "Mißbrauch von Rechtssystemen" betrieben, erklärte Assange. Er machte darauf aufmerksam, daß "ohne starke Schutzmaßnahmen und einen Staat, der bereit sei, diese durchzusetzen", die Menschen keine Chance hätten, "sich gegen die enormen Ressourcen zu verteidigen, die ein staatlicher Aggressor einsetzen kann".

Die US-Regierung habe zudem "eine gefährliche neue globale Rechtsposition" geltend gemacht, in der nur US-Bürger das Recht auf freie Meinungsäußerung hätten, kritisierte Assange. Europäer in Europa müßten sich an das US-Geheimhaltungsgesetz halten und hätten gegenüber der US-Regierung keinerlei Schutz. Die "Kriminalisierung der Nachrichtenbeschaffung" sei eine "Bedrohung für den investigativen Journalismus überall auf der Welt".

Der Wikileaks-Gründer dankte der Parlamentarischen Versammlung des Europarats für ihre 2020 gefaßte Resolution gegen "Bedrohungen der Medienfreiheit und der Sicherheit von Journalisten in Europa", welche seine unverzügliche Freilassung gefordert hatte. Des Weiteren dankte er der Versammlung für eine Erklärung von deren Generalberichterstatter, in der dieser 2021 ernste Besorgnis über Diskussionen zur Ermordung von Julian Assange durch die USA geäußert hatte. Der Freigelassene forderte die Parlamentarische Versammlung auf zu handeln, damit "transnationale Unterdrückung" nicht "zur Norm" werde.

Hintergrund der Anhörung von Julian Assange ist eine geplante Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zur "Verhaftung und Verurteilung von Julian Assange und ihre abschreckende Wirkung auf die Menschenrechte". In dem zugehörigen Entwurf stellt die Bericht erstattende isländische Abgeordnete Thorhildur Sunna Aevarsdottir von der Fraktion der Sozialisten, Demokraten und Grünen fest, daß Wikileaks und sein Gründer glaubwürdige Beweise für "Kriegsverbrechen, Menschenrechtsverletzungen und staatliches Fehlverhalten" der USA geliefert hätten.

Zudem hätten sie "die Existenz geheimer Haftanstalten, Entführungen und illegaler Gefangenentransporte durch die Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb Europas" bestätigt. Insbe-

sondere in den Vereinigten Staaten werde der Begriff des Staatsgeheimnisses jedoch dazu verwendet, "Vertreter der Exekutive vor der Strafverfolgung für Verbrechen wie Entführung und Folter zu schützen oder Opfer davon abzuhalten, auf Entschädigung zu klagen".
Die unverhältnismäßig harte Behandlung von Julian Assange, insbesondere seine beispiellose Verurteilung nach dem Spionagegesetz, habe einen "gefährlichen Abschreckungseffekt und ein Klima der Selbstzensur" erzeugt. Dies wirke sich auf alle Journalisten, Verleger und andere aus, die über Dinge berichten, die für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind, heißt es im Entwurf weiter.
Das Versäumnis der zuständigen US-Behörden, die mutmaßlichen Täter strafrechtlich zu verfolgen, erwecke den Eindruck, daß die US-Regierung mit der Strafverfolgung von Julian Assange die "Vertuschung von Fehlverhalten von Agenten des Staates und nicht den Schutz der nationalen Sicherheit" bezweckte. Die Behandlung von Assange erfülle eindeutig mehrere Kriterien eines "politischen Gefangenen".
Der Resolutionsentwurf fordert die Vereinigten Staaten unter anderem dazu auf, das Spionagegesetz von 1917 zu reformieren, die Anwendung des Gesetzes auf Verleger, Journalisten und Whistleblower auszuschließen sowie die von Wikileaks aufgedeckten mutmaßlichen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen "gründlich, unparteiisch und transparent zu untersuchen" und die "Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen". Großbritannien wird aufgefordert, seine Auslieferungsgesetze zu überprüfen sowie eine unabhängige Überprüfung der Behandlung von Julian Assange durch die zuständigen Behörden durchzuführen, um festzustellen, ob er Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung ausgesetzt war.
Die Parlamentarische Versammlung des Europarats berät am Mittwoch über den Resolutionsentwurf und stimmt darüber ab. Der britische Abgeordnete Richard Keen, Vorsitzender des Ausschusses für Rechtliche Angelegenheiten und Menschenrechte, Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei und Leiter der Anhörung von Julian Assange hat laut Anhang des Entwurfs eine Reihe von Änderungsanträgen eingereicht, um Ungenauigkeiten und "Übertreibungen" des Resolutionsentwurfs zu korrigieren.
Unter anderem kritisiert er, daß die Bezeichnung von Assange als "politischer Gefangener" das Schicksal "echter" politischer Gefangener in Rußland verharmlosen würde. Assange sei zu Recht inhaftiert worden, da er Kautionsauflagen verletzt habe. Zudem seien er und sein Anwaltsteam selbst für die Länge der Haft verantwortlich gewesen. Assanges "bedauerlicher psychischer Zustand" sei in erster Linie die Folge von seiner "selbst auferlegten langen Isolation" in der ecuadorianischen Botschaft in London und könne nicht den britischen Behörden angelastet werden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Stanley Kubrick und die Trips der 68er**
"2001" als Kultfilm einer Generation. Die Studenten revoltierten zu einer Zeit, als der Westen von Entgrenzung träumte: Mit bemannten Mondflügen, Drogen und Yogi-Meditationen wollte man unbekannte Räume und nicht geförderte Potentiale erschließen - und der Kultfilm 2001 lieferte die Bilder zum erhofften Evolutionssprung.
_ von *Jonas Glaser*
Sucht jemand eine Erklärung der 68er-Revolte, bemüht er meist politische Kausalzusammenhänge, nennt als Auslöser den Vietnamkrieg, importierten Maoismus, und - in Deutschland - den Aufstand gegen die NS-Väter. Aber reicht das zum Verständnis einer Bewegung, die große Teile der westlichen Welt zeitgleich erfaßte? Welche Matrix bündelte all diese Impulse und brachte sie zur Eskalation? Zumal die 68er-Revolte nicht aus ökonomischer Not heraus entstand, sondern sich vielmehr als kultureller, sogar anthropologischer Umsturz begriff: Ziel war die Befreiung des Menschen von allen Zwängen, die Hebung ungenutzter Potentiale.

Also sprach Zarathustra

Für die Lokalisierung dieser Potentiale ist es womöglich hilfreich, Werke der Populärkultur aus der 1968er Zeit zu befragen. Solche, die sowohl ästhetisches Neuland erschlossen, aber gleichzeitig auch vom breiten Publikum akzeptiert wurden, weil sie Haltungen, Phantasien, Ängste und Hoffnungen jener Generation spiegelten. Tatsächlich kam am 2. April 1968, dem Tag der Frankfurter Kaufhausbrandstiftung, ein Film zur Uraufführung, der die Kinokassen zum Überlaufen brachte und längst den Status eines Klassikers genießt, der in nie gezeigte Dimensionen vordrang, in gigantischen Bildern gleich zwei Evolutionssprünge des Menschen zeigte.

"Auswanderung ins All ist notwendig." Timothy Leary

Die Rede ist von Stanley Kubricks 2001 - Odyssee im Weltraum. Jeder, der ihn schon einmal sah, erinnert sich an die Eröffnungs-Sequenz: Ein prachtvoller Sonnenaufgang. Dazu als Soundtrack: Richard Strauss' Tondichtung Also sprach Zarathustra, inspiriert durch Friedrich Nietzsches gleichnamige Schrift, die eine Überwindung des Gegenwartsmenschen, das Kommen des Übermenschen verkündete … Der Film beginnt in prähistorischer Zeit, mit einem Rudel Vormenschen in der Savanne. Hilflos scheinen sie gegenüber den Gefahren der Wildnis, gegen hungrige Raubtiere oder gegen eine rivalisierende Horde, die das Trinkwasser okkupiert. Eines Morgens ragt ein stelenförmiger Monolith neben den Schlafenden empor, gibt seltsame Brummtöne von sich.

Bei der Horde löst er Panik, Neugier und Ratlosigkeit aus. Bald aber entdeckt ein Vormensch, daß er den Knochen eines verspeisten Tieres als Werkzeug, als Waffe nutzen kann. Ein Evolutionssprung hat stattgefunden. Der erste Schritt hin zur Technik, zur Beherrschung von Welt und Existenz ist vollbracht. Was aber hat dieser Monolith damit zu tun? Ist er radioaktiv, hat seine Strahlung eine zufällige Mutation hervorgerufen? –

Nicht für Kubrick. Der verwies im Interview auf eine Theorie, wonach der Kontakt mit "den göttlichen Wesenheiten, die ohne Zweifel das Universum bevölkern", einen solchen evolutionären Schritt hätte provozieren können. Die Stele läßt sich aber auch monotheistisch deuten: In der Antike wurde nämlich der hebräische Gott Jahwe, wenn überhaupt, dann als Stele dargestellt! Kubrick, aus einer jüdischen Familie stammend, dürfte davon gewußt haben.

Exodus ins All

Aber egal, ob durch Gott, Götter oder Zufall generiert: Jedenfalls vollzog der Vormensch den Schritt zum Homo faber. Begeistert wirbelt er sein Werkzeug durch die Luft. Dort wandelt sich der Knochen via Match-Cut in ein Raumschiff. Soll heißen: Mit der Umdeutung des Knochens erfand er jene Technik, die ihn hunderttausende Jahre später ins Weltall bringen sollte.

Wie nah 2001 damit an der Gegenwart der 1960er Jahre lag, zeigt die Tatsache, daß ein Jahr nach dessen Kinostart die erste bemannte Rakete zum Mond flog. Aber auch die US-Jugend- und Subkulturen der Sixties befanden sich auf dem Space-Trip - in zweifacher Hinsicht: Der Philosoph Timothy Leary, Propagandist der bewußtseinserweiternden Droge LSD, war der Überzeugung, daß der Mensch, mit seinem Willen zur Entgrenzung, sich im Weltall ausbreiten müsse: "Auswanderung ins All ist notwendig.

Denn die Erde ist ein "Schoß" und wir stehen im Begriff, daraus geboren zu werden. Leben währt ewig - Planeten nicht." Diese Ausweitung irdischen Lebens ins All lief in jener Zeit parallel zur Entdeckung des - ebenfalls unbegrenzten - inneren Kosmos, für dessen Erforschung Leary die Bezeichnung "Neuronautik" und Ernst Jünger den Begriff "Psychonautik" einführten. Eine Ladung LSD gleicht einem Space-Ship. Kurzum, Ende der Sechziger halluzinierte die Populärkultur von endloser Ausdehnung, von Space-Trips in den inneren und äußeren Kosmos.

Zurück zur Filmstory: Im Jahr 1999 fliegt eine Gruppe Wissenschaftler zum Mondkrater Ty-

cho, um eine Ausgrabung zu begutachten. Was sie dort vorfinden, ist der Monolith vom Beginn des Films, nach Einschätzung von Fachleuten vier Millionen Jahre alt. Beim Aufgang der Sonne reflektiert die Stele das Licht in Richtung Jupiter: Klärt sich auf diesem Planeten das Geheimnis des Steines? Anderthalb Jahre später, im Jahr 2001, startet ein Raumschiff dorthin. Alle Bordfunktionen werden von einer künstlichen Intelligenz, dem Supercomputer HAL 9000, gesteuert.
Bald stellt sich heraus, daß HAL mehr am Gelingen der Mission als am Leben der Astronauten liegt… Schon zuvor, auf der großen Raumstation, hatte Kubrick die fatale Seite der Technik gezeigt: Das gesamte Leben wird von ihr organisiert, alle Arbeit durch sie verrichtet. Gepflegte Langeweile durchzieht den Luxusalltag an Bord. Aber erst jetzt, als die Technik (in Gestalt von HAL) gegen den Menschen rebelliert, wird klar: Der Homo faber ist zum Gefangenen jener Fähigkeit geworden, die mit dem Knochenwurf begann. Einen Ausweg könnte nur ein weiterer Evolutionssprung eröffnen.
Selbst Martin Heidegger witterte 1968 die Chance auf einen "anderen Anfang".
Und so kommt es: Dave Bowman, einziger Überlebender von HALs Attacken, schaltet den mörderischen Computer ab. Als er sich dem Jupiter nähert, verengt sich der Raum zu einem Lichttunnel: Grelle Farbgebilde schießen an ihm vorbei, verlangsamen sich, bilden organische Formen, Wüstenlandschaften leuchten in Neonfarben: Ein psychedelischer Space-Trip. Psychischer und physikalischer Kosmos verschmelzen zur Einheit. Bowman ist Astro-, Neuro- und Psychonaut in einer Person.
Schließlich gelangt er in den Palast von Ludwig XVI., dem letzten König des untergehenden Ancien Régime, dem Herrscher einer vormodernen Endzeit. In dessen Bett erkennt Bowman sich selbst als sterbenden Greis, als Bestandteil einer überholten Epoche. Elemente von Zukunft und Vergangenheit verschmelzen ineinander. Plötzlich steht der Monolith vor seinem Bett. Die Transformation setzt ein: Bowmans Wiedergeburt als riesiger Fötus. So schwebt er über der Erde. Der Mensch hat eine neue Evolutionsstufe erreicht.

Revolte als LSD-Ersatz

Was dieser Film an Zeitgeist spiegelt: Der Mensch steht kurz davor, seine bisherigen psychophysischen Grenzen zu verlassen, sie zu überspringen. Das Jahr 1968 war aufgeladen mit evolutionären Entgrenzungsphantasien. Der alte Adam in seiner Beschränktheit schien überwindbar. Selbst der als konservativ geltende Philosoph Martin Heidegger witterte die Chance auf einen "anderen Anfang" und versicherte revoltierenden 68er-Studenten im Privatgespräch seiner Unterstützung.
Vor diesem zeitgeistigen Horizont läßt sich auch die Euphorie der Studentenrevolte erfassen. Ausgerechnet nach den großen Massenmorden des 20. Jahrhunderts spekulierte man über das utopische Potential des Homo sapiens. Um es zu heben, setzten damalige Studenten auf neomarxistische Theorien, die den Menschen aus ökonomischen, religiösen und sozialen Zwangsstrukturen befreien sollten. Drogen spielten dabei weniger in deren Theorie als im Alltag eine Rolle. Manchem wurde die Revolte sogar selbst zur Droge. Der Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar erinnerte sich kürzlich: "Es gab mindestens drei Demonstrationen pro Woche, auf denen man gewesen sein mußte.
Das war wie im Rausch, dafür brauchte man kein LSD." Entgrenzung wurde nicht bloß postuliert, sondern bereits erlebt! Neben den Drogen sorgten neu entdeckte Yogi-Meditationen für eine Schnittmenge zwischen den 68ern mit der damaligen Hippie-Bewegung, die ein Jahr zuvor emporschoß. Die Blumenkinder orientierten sich an indischen Denkern wie Sri Aurobindo, laut dem der rationale Mensch eines weiteren Evolutionsschrittes bedürfe und diesen durch Meditation erreichen könne. (1968 besuchten die Beatles erstmals Poona, das Mekka der Bhagwan-Bewegung.)

Kubrick - das volle Programm

In der Ausstellung "Kubricks 2001. 50 Jahre A Space Odyssey" zeigt das Deutsche Filmmuseum (Frankfurt/M.) bis 23. September originale Designs, Modelle, Kostüme, Requisiten, Drehpläne, Produktionsunterlagen und Fotos aus Kubricks Archiv. Außerdem wird in ihr entschlüsselt, wie Kubricks Vision von der Zukunft entstand. Parallel zur Ausstellung finden regelmäßig Vorträge und Symposien statt. Unter anderem spricht der Zukunftsforscher Matthias Horx am 5. Juni 2018 über das Thema: "Der kleine Monolith. Kubricks 2001 als moderner Mythos und technische Transzendenz. Eine Analyse aus Sicht der systemischen Zukunftsforschung."
Aber auch auf diesen Rausch folgte Ernüchterung: Dauerhafte Realisation fand der Geist der Entgrenzung nur auf technischer Ebene - bei besagtem Mondflug. Und das doch nur limitiert: Nicht einmal bis zum Nachbarplaneten Mars ist heute, fünfzig Jahre später, ein Mensch vorgedrungen. Und jene 68er-Generation, die die individuelle Beschränkung (Egoismus) im Kollektivismus aufheben wollte, schuf in den 1990ern eine neoliberale Revolution, die Individuen zu ängstlichen, bindungsunfähigen Atomen im entgrenzten Marktkosmos schrumpfte.
Und Stanley Kubrick? Bis Eyes Wide Shut (1998) blieb 2001 sein einziger Film, an dessen Ende ein Hoffnungsschimmer leuchtet. Zwei Jahre später erschien Uhrwerk Orange (1970): Wieder ein Scifi-Film, über ein zukünftiges London, in dem Jugendliche sich gegenseitig die Schädel einschlagen und sich in Vergewaltigungen austoben. Keine Evolution; eher ein Zurück zur Horde der Vormenschen.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 05/2018.<<
Israel: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Israel verbietet UN-Generalsekretär Guterres die Einreise**
Israel hat UN-Generalsekretär Guterres die Einreise verboten. "Heute habe ich UN-Generalsekretär António Guterres zur Persona non grata in Israel erklärt und ihm die Einreise in das Land untersagt", schrieb der Außenminister des Landes, Israel Katz, am Mittwoch auf der Plattform X. Israel werde seine Bürger weiterhin verteidigen und seine nationale Würde bewahren, "mit oder ohne António Guterres".
Der UN-Generalsekretär hatte am Vortag nach dem Angriff des Irans auf Israel nur eine kurze Stellungnahme abgegeben. "Ich verurteile die Ausweitung des Nahostkonflikts mit einer Eskalation nach der anderen", hieß es in der Erklärung.
"Das muß aufhören. Wir brauchen unbedingt einen Waffenstillstand." Zuvor hatte er sich anläßlich der israelischen Bodenoffensive im Libanon "äußerst besorgt über die Eskalation des Konflikts im Libanon" gezeigt und gefordert, daß die Souveränität und territoriale Integrität des Libanon respektiert werden müßten.
Katz sieht darin offenbar einen Doppelstandard. "Wer den abscheulichen Angriff des Irans auf Israel nicht unmißverständlich verurteilt, wie es fast alle Länder der Welt getan haben, hat es nicht verdient, israelischen Boden zu betreten", schrieb er weiter auf X. "Dieser Generalsekretär hat das Massaker und die sexuellen Greueltaten, die von den Hamas-Mördern am 7. Oktober begangen wurden, noch nicht verurteilt, und er hat sich auch nicht darum bemüht, sie zu einer terroristischen Organisation zu erklären." Guterres hat mehrmals den Terror der Hamas verurteilt, zuletzt bei der UN-Generalversammlung.<<

03.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Wegen "Trans-Feindlichkeit": Ganserer kandidiert nicht wieder für Bundestag - Steckt Habeck dahinter?**
Tessa Ganserer ("Grüne"), die bis vor kurzem amtlich noch Markus Ganserer hieß, wird nicht wieder für den Bundestag kandidieren. Die Entscheidung sei unabhängig von partei-internen Entwicklungen gefallen, teilte die "transgeschlechtliche Politikerin" (FAZ) mit und wird mit den Worten zitiert: "Es hat mich einerseits erfüllt, andererseits aber auch stark vereinnahmt

und der menschenverachtende Haß, der mir nicht wegen meiner politischen Inhalte, sondern aufgrund meines Seins entgegengebracht wurde, ist mir gewaltig an die Nieren gegangen."
Es sei aber "kein Weglaufen vor denen, die mich seit Jahren verspotten, beleidigen und bedrohen", betonte Ganserer. Die Jahre im Deutschen Bundestag hätten sie "menschlich enorm bereichert". Wir erlauben uns anzumerken: sicher nicht nur menschlich!

Fiel Ganserer Habeck-Säuberung zum Opfer?

In Parteikreisen der "Grünen" wird Ganserers Abgang indes mit einer innerparteilichen Säuberungsaktion in Verbindung gebracht. Ganserers würdelose Auftritte im Parlament (laszive Posen, Reizwäsche) seien zu einer Belastung geworden und würden einem "Neuanfang" unter der Habeck-Vertrauten Franziska Brantner als designierter "Grünen-Chefin" im Wege stehen, hieß es. Diese habe angeblich eine erneute Kandidatur Ganserers über die sogenannte Frauenquote bereits im Vorwege mit aller Macht verhindert.

Beatrix von Storch (AfD): "Beleidigung für alle Frauen"

Die stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende Beatrix von Storch, eine der heftigsten Kritikerinnen Ganserers, gab Ganserer auf dem Kurznachrichtendienst X folgende Abschiedsworte mit auf den Weg:
"Lieber Herr Ganserer, es ist kein Haß, wenn man bei seinem Vornamen angesprochen wird und einen biologischen Mann als Mann bezeichnet. Es gibt ein Recht darauf, privat zu leben wie man will. Es gibt aber keinen Anspruch als Volksvertreter darauf, nicht kritisiert zu werden. Kritik ist kein Haß. Meinungen sind kein Haß. Und das Aussprechen der unveränderlichen Realität ist kein Haß. Ihren Fetisch als Frausein zu zelebrieren, ist eine Beleidigung für Frauen. Sie verletzen mit Ihrem Auftreten fortdauernd die Würde des Hauses.
Wer andere dazu zwingt, bei Androhung von 10.000 Euro Strafe zu lügen, ist offen totalitär. Nicht Sie sind das Opfer. Das Opfer sind die Frauen, die ihre Schutzräume verlieren und die Jugendlichen, die mit Pubertätslockern verstümmelt werden. Bei denen sollten Sie sich für Ihre Politik entschuldigen. Markus".<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**"Bürgergeld-Irrsinn": 17.000 Euro für polizeibekannte Familie aus Bulgarien - monatlich!**

Immer wieder tauchen in den sozialen Netzwerken Zahlungsbescheide von Jobcentern auf, die wegen der absurd hohen "Bürgergeld-Beträge" für Empörung sorgen. Aktuell berichtet die "Bild-Zeitung" über einen weiteren spektakulären Fall aus Berlin. Eine angeblich polizeibekannte Familie aus Bulgarien habe über mehrere Monate die deutschen Steuerzahler zwischen 17.000 Euro und fast 18.000 Euro gekostet!
Demnach soll die Bundesagentur für Arbeit der Familie für die Zeit vom 1. April 2023 bis zum 30. September 2023 folgende Leistungen inklusive Unterbringung bewilligt haben:
- April 2023: 17.216,00 Euro;
- Mai 2023: 17.642,00 Euro;
- Juni 2023: 17.216,00 Euro;
- Juli 2023 in Höhe von: 17.296,99 Euro;
- August 2023: 17.311,40 Euro;
- September 2023: 16.943,01 Euro.

Für Januar 2024 weise der Bescheid des Jobcenters sogar eine Summe von 17.897,02 Euro aus! Die Bundesagentur für Arbeit wolle sich zu dem Fall nicht äußern, schreibt "Bild".<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Clan-Hinrichtung in Göppingen? Syrer beim Pfirsichtee in Shisha-Bar erschossen**

Ein Toter und zwei Schwerverletzte in einer Shisha-Bar im baden-württembergischen Göppingen: Es sieht nach einer blutigen Clan-Fehde zwischen rivalisierenden kurdischen und arabischen Clans aus. Die Polizei ermittelt in diese Richtung.

Mittwochabend, kurz vor 22 Uhr. Ein kleiner, schwarz gekleideter Mann, betritt die Shisha-Bar in der Gartenstraße. Er zieht eine Waffe, richtet sie auf drei Männer, die dort an einem Tisch sitzen und Pfirsichtee trinken. Der Killer schießt sofort.
Moslem A., ein 29 Jahre alter Syrer, stirbt noch in der Bar. Die anderen beiden Männer, mutmaßlich Verwandte des Toten, werden durch die Kugeln verletzt.
Nur Stunden nach dem Mord posteten Freunde ein Foto des erschossenen Moslem A. (29). Dazu der arabische Text: "Bei Gott, Du bist früh gegangen, mein Lieber. Ich gehöre zu Gott, und zu ihm kehren wir zurück."
Zeugen berichten, daß die Tat an eine Clan-Hinrichtung erinnert habe. Der Syrer, der auf Fotos gern vor luxuriösen Geländewagen posierte, wäre nach vielen Schwerverletzten der erste Tote in diesem Clan-Krieg. Der Polizei sind mindestens sieben Schießereien bekannt, die mutmaßlich im Zusammenhang mit rivalisierenden Großfamilien in der Region Stuttgart stehen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Pressestimmen zur Debatte um AfD-Verbot: Erst Brandmauer, jetzt Brandbeschleuniger**
Etwa 40 Bundestagsabgeordnete von CDU, SPD, "Grünen" und Linkspartei wollen mit einem sogenannten Gruppenantrag ein AfD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht in Gang bringen. Bis auf wenige Ausnahmen hält das selbst die Mainstream-Presse für keine gute Idee.
"Die Verbotsdiskussion ist ein Brandbeschleuniger", schreibt die katholische "TAGESPOST" aus Würzburg und schüttelt nur den Kopf über so viel Naivität: "Kleine Kinder machen manchmal die Augen zu, wenn sie aus der Welt um sich herum verschwinden wollen. Aus den Augen, aus dem Sinn. Unsere Republik ist mittlerweile längst diesem Alter entwachsen und eine würdige Dame von 75 Jahren. Sie hat eigentlich genug Lebenserfahrung, um zu wissen, daß man mit dieser Methode nicht weiterkommt ... Wie naiv kann man eigentlich sein?
Mal abgesehen davon, daß so ein Verfahren mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit juristisch nicht zum Ziel führen wird, ist allein schon die Debatte jetzt politisch unklug. Will man die AfD-Anhänger eigentlich mit aller Gewalt in den Untergrund treiben? Durch ein Verbot würden ja nicht die Menschen verschwinden, die jetzt die AfD unterstützen. Vor allem verschwinden nicht die Gründe, die die Menschen dazu gebracht haben, bei Wahlen entsprechend ihr Kreuz zu machen."
Auch die AUGSBURGER ALLGEMEINE gibt einem Antrag auf ein bundesweites Verbot der AfD keine Chance auf Erfolg: "Er wäre Ausweis der Hilflosigkeit. Der Nährboden der Unzufriedenheit, aus dem die AfD ihre Kraft saugt, rührt zum erheblichen Teil aus Mißerfolgen der aktuellen wie früheren Regierungspolitik."
Die linksgrüne FRANKFURTER RUNDSCHAU kommt ebenfalls zu dem Schluß, daß "dieser Schuß nach hinten losgehen" wird. Selbst die FR warnt davor, "das schärfste Schwert zu erheben gegen eine Partei, die in Ostdeutschland zwischen 20 und 30 Prozent Zustimmungswerte erreicht und im Westen auch zweistellig liegt."
"Besser, man macht es" überschreibt hingegen die linksgrün-woke SÜDDEUTSCHE ZEITUNG ihren Kommentar und mahnt "Wehrhaftigkeit" an.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**"Einbürgerungskampagne": 390.000 Euro in drei Monaten für Flyer und Videos**
Pünktlich mit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechtes am 27. Juni startete die Bundesregierung eine sogenannte Einbürgerungskampagne. Mit Flyern, Videos und einer eigenen Homepage werden Migranten ermuntert, den deutschen Paß zu beantragen, sofern sie sich fünf bzw. auch nur drei Jahre legal und ohne größere Straftaten in Deutschland aufgehalten haben.
Federführend bei der Kampagne ist die Beauftragte der Bundesregierung für Migration,

Flüchtlinge und Integration, Reem Alabali-Radovan (SPD). Durch eine schriftliche Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Münzenmaier sind jetzt erste Kosten der Werbeaktion bekannt geworden: Rund 390.000 Euro in nur drei Monaten!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Oktober 2024 (x1.411/…):

>>**"Klagen Sie": Regierung löscht Skandal-Link mit Bleibe-Tips für Migranten!**

Erst berichtete der Deutschland-Kurier, dann hakte der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, Bernd Baumann, mit einer Anfrage an die Regierung nach.

Und siehe da: Jetzt wurde der Skandal-Link zu einem vom Steuerzahler finanzierten Beratungsportal des Bundeskanzleramtes mit Bleibetips für Asylbewerber (https://deutschland-kurier.de/2024/09/amtlich-kanzleramt-finanzierte-website-mit-bleibe-tipps-fuer-migranten/) gelöscht. Das Kanzleramt und das Bundesinnenministerium investierten insgesamt 18 Millionen Euro in das noch unter Angela Merkel (CDU) eingeführte Projekt "Help.Germany".

Erst kürzlich hatte die Bundesregierung bestätigt, diesen Online-Ratgeber für Migranten mit Tips finanziert zu haben, sich der Abschiebung zu entziehen. Die Steuergelder dafür stammen aus dem Etat der Integrationsbeauftragten im Bundeskanzleramt, Reem Alabali-Radovan (SPD).

Auf der an Migranten gerichteten Internetseite wurde in mehreren Sprachen detailliert erläutert, wie abgelehnte Asylbewerber trickreich einer Abschiebung entkommen bzw. zuvorkommen können. So wurde empfohlen, gegen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu klagen ("Sie können nicht abgeschoben werden, während Ihre Klage läuft") oder sich an Pro-Asyl-Vereine zu wenden.

War der Attentäter von Solingen auch auf der Seite?

Zudem wurde ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß bei Asylanträgen, die nach der sogenannten Dublin-Regelung als unzulässig eingestuft wurden, die sechsmonatige Überstellungsfrist erneut beginnt, sobald der Asylbewerber einen Eilantrag einreicht. Mit diesem juristischen Trick hatte sich auch der islamistische Terrorist von Solingen (drei Tote, acht Schwerverletzte) seiner Abschiebung nach Bulgarien entzogen.

Besonders perfide: Asylbewerber durften sich, wenn auch verklausuliert, ermuntert fühlen, Kleinkinder zu verstecken. Der Ratgeber wies daraufhin, daß ein vermißtes Familienmitglied ein Abschiebehindernis darstellen könne.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 3. Oktober 2024 (x1.412/…):

>>**Gerichtsurteil: Strack-Zimmermann darf als "Flintenweib" bezeichnet werden**

Eine 78-jährige Frau aus Solingen bezeichnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann auf Twitter als "Flintenweib". Dafür wurde sie zu einer Geldstrafe verurteilt. In der Berufungsverhandlung wurde sie nun jedoch freigesprochen.

Jonas Aston

... Unter einem Tweet von Marie-Agnes Strack-Zimmermann bezeichnete eine Frau aus Solingen die FDP-Politikerin am 21. Januar 2023 als "Flintenweib". Außerdem fügte sie ihrem Beitrag drei sich übergebende Smileys hinzu. Für Strack-Zimmermann war das offenbar ein Affront. Sie erstattete Anzeige gegen die 78-jährige Ruth O.

Dies zog die Aufmerksamkeit der Zentralen Ansprechstelle Cybercrime (ZAC NRW) in Köln auf sich. Zunächst wurde ein Strafbefehl erlassen und das Solinger Amtsgericht verhängte eine Geldstrafe von 750 Euro. In der anschließenden Berufungsverhandlung am Wuppertaler Landgericht wurde die 78-jährige Angeklagte aus Solingen jedoch freigesprochen.

Die Frage, ob man Agnes Strack-Zimmermann per se ungestraft als "Flintenweib" bezeichnen dürfe, sei jedoch nicht eindeutig zu beantworten, so der Berufungsrichter Dr. Markus Quantius. Der Begriff "Flintenweib" habe historische Wurzeln und sei beispielsweise während des Rußlandfeldzugs von deutschen Soldaten für Frauen in der Roten Armee verwendet worden. Der Richter wies darauf hin, daß die Bewertung solcher Äußerungen stark vom Kontext ab-

hänge.
Im Duden werde unter "Flintenweib" eine Frau verstanden, "deren kompromißloses Auftreten und deren (übersteigertes) Selbstbewußtsein als unangenehm empfunden werden". Dem Richter zufolge werde mit "Flintenweib" eine herrische und rücksichtslose Frau beschrieben. Die Emojis hätten zudem "ohne Zweifel einen diffamierenden Charakter".
Ruth O. erklärte ihre Reaktion folgendermaßen: Sie war schockiert über Strack-Zimmermanns Forderung, ukrainische Soldaten umgehend an deutschen Leopard-Panzern auszubilden.
Da die FDP-Politikerin selbst für ihre scharfe Rhetorik bekannt ist, meinte Ruth O., Strack-Zimmermann habe kein Recht, sich über vergleichsweise mildere Äußerungen zu beschweren.
Das Gericht betonte die Bedeutung des Kontexts für die rechtliche Bewertung der Aussage "Flintenweib".
Der Richter erläuterte, daß der Zusammenhang entscheidend sei, um zu beurteilen, ob es sich um Schmähkritik handle oder ob die Äußerung durch die Meinungsfreiheit geschützt sei. Diese Unterscheidung sei für die juristische Einordnung des Falls von zentraler Bedeutung.
Der Richter erläuterte, daß eine Schmähkritik einen eindeutigen persönlichen Bezug aufweisen muß, was in diesem Fall nicht gegeben war. Bei der Bewertung der verwendeten Emojis mit Brechreiz-Darstellung war ebenfalls nicht eindeutig, ob sie sich direkt auf Strack-Zimmermann als Person oder auf ihre Äußerungen zum Einsatz der Leopard-Panzer im Ukraine-Krieg bezogen. Somit folgte letztendlich der Argumentation von Ruth O. und sprach sie frei.
Seit Februar 2023 hat Strack-Zimmermann insgesamt 1.900 Fälle angezeigt, die von Beleidigungen bis zu Gewaltandrohungen reichten. Sie selbst gibt an, daß sie monatlich bis zu 250 Anzeigen erstattet.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 3. Oktober 2024 (x1.412/…):
>>**Flüchtlinge arbeiten in Deutschland viel seltener als im EU-Schnitt - wegen Bürokratie und Bürgergeld**
Deutschland schneidet im EU-Vergleich bei der Zahl der erwerbstätigen Flüchtlinge schlecht ab. Laut einer neuen Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung liegt das an der Bürokratie und dem Bürgergeld - die Sozialleistungen seien zu hoch.
Von *Redaktion*
... **Überbordende Bürokratie und zu hohe Sozialleistungen schränken den deutschen Arbeitsmarkt ein**
Eine neue, noch unveröffentlichte Studie der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) möchte aufzeigen, warum Deutschland im europäischen Vergleich bei der Anzahl erwerbstätiger Flüchtlinge deutlich schlechter abschneidet. Sie kommt zu dem Schluß: Die deutlich geringere Beschäftigungsquote von Flüchtlingen in Deutschland liegt an der überbordenden Bürokratie und dem einfachen Zugang zu hohen Sozialleistungen - dem Bürgergeld.
Die Studie, über die zuerst die Wirtschaftswoche berichtete, demonstriert die Problematik am Beispiel der ukrainischen Kriegsflüchtlinge. Etwa zwei Drittel der Kriegsflüchtlinge, die seit 2022 in Deutschland angekommen und geblieben sind, seien demnach erwerbsfähig. Das sind 862.000 Menschen. Doch nur 28 Prozent dieser Menschen, also rund 241.000 Menschen, sind auch beschäftigt. Unterdessen erhielten 720.000 der insgesamt 1,2 Millionen ukrainischen Kriegsflüchtlinge Grundsicherung. In anderen europäischen Ländern liegt die Quote der Erwerbstätigen deutlich höher.
Als Erklärung führt die Studie an, daß die Höhe der Sozialleistungen in Deutschland deutlich über dem europäischen Niveau liegt. Dementsprechend sehen deutlich weniger Flüchtlinge die Notwendigkeit zu arbeiten, selbst wenn sie könnten. Als Gegenbeispiel liefert die Studie Polen, wo die Höhe der Sozialleistungen deutlich geringer ist - und die Zahl der Erwerbstätigen höher.

Ein weiteres Problem in Deutschland ist die Bürokratie: Obwohl drei Viertel der ukrainischen Kriegsflüchtlinge einen akademischen Abschluß besitzen, werden diese oftmals nicht anerkannt. Denn dafür sind die bürokratischen Hürden deutlich höher als in anderen europäischen Ländern. Durchschnittlich benötigen 44 Prozent der Ukrainer mit Abschluß "viel Unterstützung", um ihren Abschluß anerkennen zu lassen; in medizinischen Berufen liegt die Quote mit 69 Prozent noch höher.
Dadurch arbeiten viele der Flüchtlinge deutlich unterhalb ihres Qualifikationsniveaus. Zu diesem Ergebnis kam auch eine Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2023. Auch in anderen Bereichen behindert die Bürokratie massiv, so die Autoren der Studie.
Zusätzlich sei die Integration mangelhaft. Sprachkurse seien unflexibel und erfordern lange Wartezeiten, obwohl viele Plätze am Ende sowieso leer bleiben. Andere Länder, wie Tschechien oder Irland, setzen unterdessen auf ein System des berufsbegleitenden Sprachenlernens und sind damit erfolgreicher.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Rezession unvermeidlich**
Eine historische Rezession droht Deutschland in eine existentielle Krise zu stürzen. An erster Stelle ist die Regierung dafür verantwortlich, u.a. wegen der Energiepolitik. - Aber auch globale Faktoren, wie zum Beispiel China, spielen eine Rolle.
Von *Sven Druchner*
Die einstige Wirtschaftslokomotive, der Stolz des Kontinents, droht stillzustehen, während sich ein beispielloses Desaster entfaltet. Ein perfekter Sturm aus explodierenden Preisen, industriellem Zusammenbruch und globaler Unsicherheit erfaßt das Land - und es gibt kaum ein Entkommen.
Die Kosten für Energie schießen durch die Decke, Lebensmittel werden zum Luxusgut. Familien stehen vor einer unerbittlichen Realität: Die Heizkosten explodieren (Strom, Gas schon wieder teurer), der Kühlschrank bleibt leer. Der Mittelstand, einst das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, wird ausgelöscht. Immer mehr Menschen können sich den Alltag nicht mehr leisten - Armut droht in die Mitte der Gesellschaft zu schwappen.
Die deutsche Industrie, das unbesiegbare Kraftwerk Europas, zerfällt vor unseren Augen.
Fabrikhallen stehen still, Aufträge brechen weg, die Maschinen bleiben kalt. Die Automobilindustrie, Symbol deutschen Ingenieurwesens, steht kurz vor dem Kollaps. Die Transformation zur Elektromobilität droht zu scheitern, während China mit einer aggressiven Offensive den Weltmarkt übernimmt. Hunderttausende Arbeitsplätze hängen am seidenen Faden - die Zukunft ganzer Regionen steht auf dem Spiel.
Die Energiekrise eskaliert weiter und wirft Deutschland nach hinten.
Unternehmen, die Jahrzehnte lang weltweit führend waren, werden durch die explodierenden Energiekosten in den Ruin getrieben. Stahlwerke, Chemiefabriken und Maschinenbauer kämpfen um ihr Überleben. Wenn die Lichter in diesen Industrien ausgehen, könnte die Deindustrialisierung Deutschlands, ein düsteres Schreckgespenst, zur Realität werden. Abwanderungen ins Ausland sind keine Drohungen mehr - sie geschehen bereits.
Die Exporte, einst der Stolz der Nation, sind dramatisch eingebrochen.
Die Nachfrage aus China versiegt, die USA rücken ihre eigenen Interessen in den Vordergrund, und der globale Handel stagniert. Die deutsche Wirtschaft, die auf Exportüberschüsse angewiesen ist, steht vor einem dramatischen Verlust an globaler Bedeutung. Jahrzehntelanger Wohlstand scheint in einem Strudel aus geopolitischen Spannungen und Handelskonflikten zu verschwinden.
Deutschland steuert unaufhaltsam auf eine wirtschaftliche Katastrophe zu, die das Land auf Jahrzehnte prägen könnte.

Die Gefahr, daß dieses wirtschaftliche Desaster nicht nur die nächsten Jahre, sondern ganze Generationen beeinflußt, ist real. Die Uhr tickt - und die Zeit, um den Abgrund zu vermeiden, läuft erbarmungslos ab. Wenn jetzt keine radikalen Maßnahmen ergriffen werden, könnte Deutschland in eine Spirale geraten, die weder Wirtschaft noch Gesellschaft so schnell überstehen werden.
Doch die links-grüne Ampel-Regierung in Berlin hört die Alarmsignale nicht. Aus den Fehlern wurde nicht gelernt. Die verhängnisvolle Energiewende wird sogar noch forciert. Eine sinnlose Konzentration auf vorgebliche Minderheits-Themen verschwendet politische Energie. Mehr Gender-Gaga statt Industriepolitik. Mehr Windmühlen statt sicheren Strom: Das ist das Rezept für den Untergang Deutschlands.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Klarna-Gründer plädiert für digitalen Personalausweis**
Der Mitgründer und Chef des Bezahldienstleisters Klarna, Sebastian Siemiatkowski, hat die Einführung eines digitalen Personalausweises vorgeschlagen, um Deepfakes zu bekämpfen. "Wenn jeder einen solchen Paß hätte, mit dem er sich im Internet ausweisen kann, könnten Nutzer diese Identifizierung bei Bedarf einfordern", sagte Siemiatkowski dem "Spiegel". In Estland habe man damit sehr gute Erfahrungen gemacht.
"Es ist frustrierend, daß wir das in der EU im Jahr 2024 noch immer nicht haben", sagte der Klarna-Chef. Hinsichtlich der Entwicklung und Anwendung künstlicher Intelligenz warnte Siemiatkowski davor, zu scharf zu regulieren.
"Es ist gut, bei einer neuen Technologie früh an Verbraucherschutz zu denken", erklärte er. "Aber es besteht zugleich die Gefahr, daß Europa bei der KI-Entwicklung abgehängt wird, was fatal wäre." Es sei wichtig, daß Demokratien in aller Welt an der Spitze der KI-Entwicklung stehen, ebenso wichtig sei es, "eine gesellschaftliche Diskussion über die Chancen und Risiken von KI" zu führen, so der Klarna-Chef. Die Politik müsse sich Gedanken darüber machen, was man Menschen anbiete, die ihre Arbeit durch KI verlieren. "KI wird die Arbeitswelt massiv verändern", sagte Siemiatkowski.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Deutsche blicken überwiegend kritisch auf Zustand der Einheit**
34 Jahre nach der Wiedervereinigung blicken die Deutschen mehrheitlich kritisch auf den Zustand der Einheit. Das berichtet die "Bild" (Donnerstagausgabe) unter Berufung auf eine Umfrage des Instituts Insa. Demnach halten 56 Prozent Deutschland nur für eher (46 Prozent) oder sehr schwach beziehungsweise gar nicht (zehn Prozent) wiedervereinigt. Dagegen betrachten mit 38 Prozent nur etwas mehr als ein Drittel der Deutschen ihr Land als stark wiedervereinigt. Hingegen bleibt der Feiertag am 3. Oktober und die Einheit selbst für die Hälfte der Deutschen (50 Prozent) ein Grund zur Freude.
Nur ein Drittel (33 Prozent) kann oder will sich darüber nicht freuen. Mehr als 25 Jahre nach Inkrafttreten des Hauptstadtbeschlusses spricht sich eine relative Mehrheit (40 Prozent) für eine Ansiedelung sämtlicher Bundesministerien in Berlin aus. 28 Prozent ist dies egal und 22 Prozent verneinen diese Frage. Weitere zehn Prozent können oder wollen dazu keine Meinung äußern. Der Vorschlag, alle Bundesministerien in Berlin anzusiedeln, stößt bei allen Wählergruppen auf eine mehrheitliche Zustimmung: Diese rangiert zwischen 36 (FDP-Wähler) und 55 Prozent (BSW-Wähler).<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30584" berichtet am 3. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**Schweizer Medien stehen unter Einfluß internationaler NGOs**
Der Verlegerverband Schweizer Medien feiert dieses Jahr sein 125-jähriges Bestehen. Er vereinigt über 100 private Medienunternehmen. Auch führende Medienkonzerne gehören zu seinen Mitgliedern. Die Funktion der Schweizer Medien umschreibt der Verband wie folgt: "Unabhängige Medien sind unverzichtbar für eine direkte Demokratie wie die Schweiz. Die priva-

ten Schweizer Medien berichten kritisch und unabhängig über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft." Die Grundsätze des Verbandes hören sich vielversprechend an. Wie erfolgreich werden diese jedoch umgesetzt? Wie steht es um die Medienvielfalt und die Unabhängigkeit von Schweizer Medienunternehmen tatsächlich?

Trugschluß: Medienvielfalt in der Schweiz

Analysiert man den Pressemarkt, wird erkennbar, daß es in der Schweiz eine große Auswahl an verschiedenen Zeitungstiteln gibt. Diese gehören jedoch fast immer zu einem der vier dominierenden Marktplayer. Einer davon ist die TX Group, früher bekannt als Tamedia. Ihm gehören die Zeitungen Tagesanzeiger, 20 Minuten, Der Landbote, Basler Zeitung sowie Berner Zeitung und SonntagsZeitung, um nur einige davon zu nennen. Im Jahr 2020 hatte der Konzern einen Marktanteil von 46 % an der gesamten Leserschaft in der Deutschschweiz und gar von 69 % in der französischen Schweiz.

Die Marktkonzentration der Zeitungseigentümer in der Schweiz ist eine der stärksten in Europa, wie bereits 2016 eine Oxford-Studie aufzeigte. Die Schweiz wurde in etwa gleichrangig mit Ländern wie Südafrika, Türkei und Rußland gesetzt. Nicht nur im Pressemarkt, sondern in der gesamten Medienlandschaft zeigt sich ein ähnliches Bild. Lediglich fünf große Player dominieren den Markt. Sie haben einen erheblichen Einfluß auf die Verbreitung von Informationen und die Meinungsbildung im Land. Diese fünf Medienkonzerne gemeinsam kontrollieren schätzungsweise über 70 % des gesamten Medienmarktes, was eine erhebliche Konzentration der gesamten Medienmacht bedeutet.

Trugschluß: Unabhängigkeit der Schweizer Medien

Daß eine Vielzahl Schweizer Medien im transatlantischen Netzwerk verbunden sind, davor warnen kritische Stimmen seit Jahren. Wie eine Infografik von Swiss Policy Research zeigt, bestehen Verflechtungen mit der deutschen Atlantik-Brücke, der Bilderberg-Konferenz und der NATO, um nur einige Verbindungen zu nennen. Weiter ist bekannt, daß Verantwortungsträger der Schweizer Medien als junge Nachwuchsführungskräfte von internationalen NGOs ausgebildet werden.

Beispielsweise sind Felix R. Graf, CEO der NZZ-Mediengruppe sowie der frühere SRG-Generaldirektor Roger de Weck beide "Young Global Leader" des Davoser Weltwirtschaftsforums kurz WEF genannt. Der bekannte SRF-Moderator Arthur Honegger sowie die NZZ-Korrespondenten Niklaus Nuspliger und Marie-Astrid Langer sind "Young Leader" der American Swiss Foundation. Nebenbei sei erwähnt, daß die Schweizer Nachrichtenagentur Keystone-SDA ihren deutschsprachigen Auslandsdienst Anfang 2020 komplett an die deutsche Agentur DPA abgegeben hat, die ihrerseits mit der US-amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press kooperiert.

Zusammengefaßt läßt sich feststellen, daß ein Großteil der Schweizer Medien in internationale Netzwerke eingebunden sind. Daß diese Verflechtungen negative Auswirkungen auf eine unabhängige Berichterstattung haben, darüber hat Kla.TV bereits in zahlreichen Sendungen berichtet. Unter anderem wurde der globale Einfluß der US-amerikanischen Denkfabrik Council on Foreign Relations auf sämtlichen weltweit führenden Nachrichtenagenturen aufgezeigt.

In einem kürzlich erschienenen Artikel warnt die Aufklärungsplattform "uncut-news" davor, daß die Verflechtungen Schweizer Medien mit internationalen Netzwerken zu einer einseitigen Berichterstattung führen können. Dies könne zur Folge haben, daß kritische und abweichende Meinungen im Land unterdrückt werden. Beispielhaft dafür war die Berichterstattung während der COVID-Pandemie.

Anstatt ausgewogen und unabhängig zu berichten, haben die erwähnten Schweizer Medienplayer versucht, die vielseitige Berichterstattung von aufrichtigen Aufklärungsbewegungen als unglaubwürdig darzustellen. Dies, obwohl sich jene dafür eingesetzt haben, daß auch kritische

Meinungen gehört werden und ein offener Dialog geführt wird. Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer, wenn die Medien als vierte Gewalt im Staat versagen, dann wird es zur Bürgerpflicht, wenig Gehörtes vom Volk ans Volk weiterzuverbreiten.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30624" berichtet am 3. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**Der wahre Grund, warum so viele sterben**

Interview mit Bestatterin *Marlies Spuhler* - Teil 2

Marlies Spuhler: 14 oder 16 Prozent Übersterblichkeit im Jahresvergleich zu den letzten drei Jahren.

Das ist ja ausnahmsweise mal gut, daß die das machen, weil wir ja letztes Jahr, vorletztes Jahr und das Jahr davor schon eine deutliche Übersterblichkeit hatten. Und jetzt nochmal obendrauf.

Unsere Todesursache Nummer eins ist bei uns im Bestattungsinstitut dieser Turbokrebs nach wie vor. Und dann stand halt in der Todesbescheinigung "mit C verstorben". "An (C verstorben)" hatten wir gar nicht. "An" hatten wir einmal nach Einführung und wie gesagt, der Mann war über 80 und es war 14 Tage nach dem Booster. Das hatten wir aber wirklich nur einmal.

Anfang 2022 hat es bei uns mit den jüngeren Leuten angefangen, die an Turbokrebs erkrankt waren. Und da waren sehr schnelle Verläufe dabei. Das Schnellste, was wir bei uns hatten, waren fünf Wochen ab Diagnose.

Sören Schumann: Nach fünf Wochen verstorben sozusagen?

Marlies Spuhler: Ja, und ein Bestatterkollege hat mir gerade erzählt, zwei Tage nachdem die Verstorbene gesagt bekommen hat, daß sie Krebs hatte, ist sie gestorben.

Ja, die brechen halt einfach zusammen. Die sind einfach tot dann. Egal, die sitzen auf dem Klo oder die liegen im Bett. Das ist ganz merkwürdig. Das ist so einfach auch vermehrt. Ich will ja gar nicht sagen, daß es das früher nicht mal schon gegeben hat, daß einer einen Herzinfarkt beim Laufe oder so bekommen hat oder beim Schwimmen. Aber eigentlich nicht so oft wie jetzt. Das gibt es gar nicht. Die Leute sterben ja schon gar nicht mehr normal.

Also ganz, ganz wenige, die zu mir sagen: "Ich merke gar nichts, ich habe nichts". Aber der Großteil, mit den Menschen, mit denen ich mich unterhalte, die, die gentherapiert sind, die haben alle irgendeinen Schaden, denen geht es nicht mehr gut. Egal, ob das neurologisch ist, manche zittern. Und was mir ganz stark auffällt, es sind viele, die mit dem Magen-Darm Probleme haben. Und was mir da auch schon aufgefallen ist, bei vielen, wo das der Fall ist, haben das die Haustiere auch.

Sören Schumann: Herzlich willkommen zum heutigen Interview. Mein Name ist Sören Schumann und ich interviewe heute Marlies Spuler. Und wir sprechen heute darüber, was Sie als Bestatterin, so die letzten Monate, aber auch Jahre festgestellt hat in ihrer täglichen Arbeit. Wir beide haben schon mal ein Video aufgenommen.

Ich habe das zweimal hochgeladen, weil einmal mußte ich es runternehmen und dann nochmal in einer zensierteren Version nochmal, habe ich es nochmal neu hochgeladen. Und beide Videos zusammen haben knapp eine Million Aufrufe, glaube ich, erzielt. Vielleicht sogar schon knapp über eine Million Aufrufe. Also das Interesse an deiner Information oder deiner Sichtweise scheint sehr, sehr hoch zu sein. Und ich bin gespannt, was sich auch seit unserem letzten Gespräch so getan hat. Da sind jetzt schon einige Monate vergangen. Und genau, du bist Bestatterin. Du hast das seit Anfang an relativ kritisch verfolgt, dieses Geschehen, was so seit 2019, 2020 los ist. Und ja, was sollten die Leute noch über dich wissen, bevor wir gleich in die Thematik einsteigen?

Marlies Spuhler: Über mich? Du hast eigentlich alles gesagt und ich denke, die meisten kennen mich ja tatsächlich jetzt schon. Ich bekomme ja wirklich viel Fanpost per E -Mail. Ich kriege Anrufe, das ist Wahnsinn, das ist toll. Eigentlich gar keine kritischen Stimmen. Also alle durchweg positiv und auch die anderen trauen sich langsam aus den Löchern und reden

mal offen über das Ganze. Oftmals Leute, die halt einen Schaden davon haben.
Sören Schumann: Die sich dann auch an dich wenden sozusagen.
Marlies Spuhler: Ja, genau. Die haben halt schon irgendwie mitbekommen, daß wir Kontakte haben, auch zu Ärzten und so weiter. Und die sprechen mich dann direkt drauf an, je nachdem, was die halt für Leiden haben, was man da machen kann, ob ich jemanden kenne. Und ich vermittle die dann immer an die Heilpraktiker und so, ja.
Sören Schumann: Okay, super. Wir haben jetzt, zum Zeitpunkt der Aufnahme, Ende August 2024. Wie würdest du denn so die letzten Jahre, vielleicht kannst du jahrweise vorgehen oder auch mit speziellen Ereignissen zu diesen Jahren, wie würdest du das kurz und knapp zusammenfassen? Was waren da so für dich die wichtigsten Etappen und auch Veränderungen in deiner Tätigkeit, also beziehungsweise deine Auslastung und auch wie stark du beansprucht wurdest?
Marlies Spuhler: Da kann ich gern was dazu sagen. Ich mache einen ganz kurzen Rückblick, daß man das so nochmal zusammenkriegt. Also 2020 hatten wir gar keine Auffälligkeiten, wirklich gar keine. Wir hatten sogar weniger zu tun, ja. Und bei uns ging es richtig los mit Einführung der "Therapie". Es ist einfach so. Und anfangs waren es ja nur die älteren Menschen, die vermehrt gestorben sind.
Und auffällig wurde es dann richtig, als die Vorerkrankten dran waren, als die dann ihren Termin (zur Covid-Impfung) hatten. Weil dann kamen diese plötzlichen unerwarteten Sterbefälle dazu. Vermehrt! Und es hat sich dann halt immer so durchgeschlängelt. Den Eintrag "mit C verstorben", den hatten wir auch nur bis zur Einführung der Therapie. Danach hat es schlagartig aufgehört. Dann gab es das nicht mehr in den Todesbescheinigungen. Vielleicht noch ein-, zweimal. Dieses Jahr hatten wir es noch gar nicht. Also anscheinend stirbt niemand mehr daran.
Sören Schumann: Okay, kannst du noch ganz kurz.
Marlies Spuhler: Weil es ja sehr erfreulich ist.
Sören Schumann: Kannst du noch ganz kurz was sagen zu "an C und mit C verstorben"? Da gab es ja am Anfang einige Debatten, so gefühlt: Man hat einen Autounfall, stirbt daran, wurde aber C positiv getestet mit einem Test, der nicht wirklich aussagekräftig ist und war dann teilweise "an C" oder "mit C" verstorben. Vielleicht kannst du das noch mal kurz.
Marlies Spuhler: Ja, also es war so, daß wir das wirklich nur in den Krankenhäusern hatten, zu Hause gar nicht. Also es war wirklich nur dort.
Sören Schumann: Ja.
Marlies Spuhler: Und anfangs hatten die, ich weiß nicht warum, hatten die die Berichte mit beigelegt. Und da standen ja die Verläufe drauf, also so vom Patient. Wie alt, männlich, weiblich und so weiter. Und dann stand halt drin, mit was für einem Grund er ins Krankenhaus eingeliefert worden ist, was die da so alles gemacht haben und woran er letztendlich gestorben ist. Und dann stand immer in einem Satz so ganz beiläufig, daß der Verstorbene auf C positiv getestet wurde. Und dann stand halt in der Todesbescheinigung "mit C verstorben". "An (C verstorben)" hatten wir gar nicht. "An" hatten wir einmal nach Einführung. Und wie gesagt, der Mann war über 80 und es war 14 Tage nach dem Booster.
Sören Schumann: Okay.
Marlies Spuhler: Der ist "an" verstorben. Das hatten wir aber wirklich nur einmal. Und es hat aber dann, wie gesagt, nach Einführung der "Therapie" hat es aufgehört. Da gab es den Eintrag irgendwie nicht mehr in den Todesbescheinigungen. Das ist dann einfach weggegangen. Nur noch bei den Untherapierten stammt es dann. Ja, "mit C verstorben". Genau, das ist uns dann auch aufgefallen. Weil wir mußten das ja anfangs noch so ein bißchen mit abfragen, weil in den Trauerhallen, da gab es ja noch 2G-Regeln.
Sören Schumann: Ja.

Marlies Spuhler: Genau. Und dann konnte ich das immer so ein bißchen abfragen, so im Gespräch, wie denn der Status ist von den einzelnen Menschen. Genau. Und dann haben die uns das halt erzählt und dann wußten wir es halt auch. Genau. Und dann kam das, wie gesagt, mit den Vorerkrankten. Ja, Mitte 2021 war das ja, glaube ich, Mai, Juni herum. Und die waren dann vermehrt - das waren dann Leute, die beim Spazierengehen zusammengebrochen sind, beim Radfahren vom Rad gefallen, ja, oder morgens tot im Bett gelegen, ganz friedlich eingeschlafen, ja.
Sören Schumann: Das war quasi ein/wenige Monate nach, wo die Spritzen regelrecht losgingen.
Marlies Spuhler: Zehn Tage danach.
Sören Schumann: Zehn Tage?
Marlies Spuhler: Zehn Tage. Ja, kann ich ziemlich genau sagen. Es war eigentlich immer zehn Tage danach.
Sören Schumann: Okay.
Marlies Spuhler: Das war echt der Hammer. Genau. Wir haben eigentlich immer nur gucken müssen, wann die den nächsten Booster anbieten. Und dann war uns klar, in zwei Wochen haben wir Arbeit.
Sören Schumann: Und das wurde aber nicht, sagen wir mal, in diesem, wie heißt das, Sterbebericht? Wie heißt dieses Dokument?
Marlies Spuhler: Ja, da war halt so ein Patientenauszug dabei. Ich weiß auch nicht.
Sören Schumann: Ja, also da stand aber dann wahrscheinlich meist nichts davon drin, oder? Daß es da einen Zusammenhang geben könnte?
Marlies Spuhler: Nee, nee, nee, nee. So was stand da nicht drin.
Sören Schumann: Okay.
Marlies Spuhler: Nee. Wie gesagt, es gab Ärzte, die gibt es immer noch, die kreuzen in der Todesbescheinigung an "Todesursache ungeklärt" und schreiben als Todesursache die ...
Sören Schumann: Diese Spritze?
Marlies Spuhler: … genau, das Präparat dorthin. Und dann kommt es ja zu einer Beschlagnahmung (der Leiche). Ja, und anfangs, ganz am Anfang, wurde noch obduziert. Aber bei diesen Obduktionen kam leider immer nur raus, Herzstillstand oder Thrombose oder Hirnschlag, was auch immer. Aber der Zusammenhang, der ist nie untersucht worden. Und mittlerweile ist es so, wenn wir einen solchen Fall noch haben - es trauen sich ja nur wenige Ärzte, das so zu dokumentieren - dann wird es meistens durchgewunken direkt von der Staatsanwaltschaft. Da gibt es gar keine Beschlagnahmung. Die Polizei spricht kurz mit der Staatsanwaltschaft, oder wie auch immer, wie das da abläuft, und dann wird es einfach durchgewunken.
Sören Schumann: Also du meinst, seit einiger Zeit, seit ein paar Monaten, gibt es da jetzt keine Aufruhr mehr, wenn das so drinsteht.
Marlies Spuhler: Nein, genau.
Sören Schumann: Und war es aber am Anfang schon so, wenn das.
Marlies Spuhler: Ja, ganz am Anfang, aber nur, wenn das drinstand. Die wenigsten haben eine Obduktion angestrebt. Und wenn das ja die Angehörigen wollten, hat man ja erst mal einen Platz finden müssen. Und wir haben ja auch Bestattungsfristen, an die wir uns halten müssen. Ja, es muß ja eigentlich innerhalb von zehn Tagen erdbestattet oder feuerbestattet sein, also eingeäschert. Ja, und es ist halt schwierig, in dieser Zeit dann auch eine Obduktion zu veranlassen. Und wenn die nicht gerade von Behördenseite (angeordnet) ist, mußt du dich ja als Angehöriger - oder wir als Bestatter für die Angehörigen - dann um eine Verlängerung der Fristen und so weiter einsetzen. Und die kosten ja auch Geld.
Es kostet alles Geld, ja. Und man braucht ja dann einen Platz, wo die Obduktion durchgeführt wird. Und da wiederum möchte man ja aber jemanden haben, der das auch ein bißchen kri-

tisch begutachtet. Und ja, da ist es halt schon schwierig, einen Platz zu finden. Und mit dem Arne Burkhardt ist da natürlich schon auch einiges weggebrochen.
Und die Frau Dr. Ute Krüger, die ihn da unterstützt hatte bei den Obduktionen, die ist in Schweden, die kann nicht jedes Mal rüberfliegen, wenn da eine Obduktion ansteht. Genau. Und dann kostet das ja auch Geld, ne. Man kann ja die Leute nicht immer arbeiten lassen und nicht bezahlen. Das ist ja dann auch schon. … Ja, die haben ja Flugkosten, Reisekosten, Aufenthaltskosten. Ich meine, es müßte ja schon ein bißchen gedeckt sein.
Sören Schumann: Das heißt, hier in Deutschland gibt es sonst wenige Leute, die das gut können, sozusagen, jetzt in diesem speziellen Fall?
Marlies Spuhler: Genau, es ist schwierig. Ich kenne. Da habe ich leider auch nicht so viele Kontakte. Die MWDFG war ja die ganze Zeit so mein Anlaufpunkt, vom Arne Burkhardt. Aber die haben im Moment keine Ärzte, die die Obduktionen durchführen können. Und deswegen ist das einfach ein bißchen blöd.
Sören Schumann: Ja, also Arne Burkhardt war derjenige, der da sehr viel Arbeit geleistet hat. Also in der Obduktion und der dann aber kurze Zeit später verstorben ist, oder?
Marlies Spuhler: Genau, ja. Der ist ja ertrunken beim Badeunfall, ja. Als er seinen Sohn retten wollte, meine ich, war das passiert.
Sören Schumann: Okay.
Marlies Spuhler: So ist mal die Story dazu. Das lassen wir mal so stehen …
Sören Schumann: Okay.
Marlies Spuhler: Ja.
Sören Schumann: Ja, das ist teilweise mysteriös. Also ich habe mich nicht mit dem Todesfall beschäftigt, deswegen kann ich jetzt nichts dazu sagen, aber.
Marlies Spuhler: Das war das Einzige, was ich dazu gelesen habe. Das Internet war zwar voll damit, aber ich habe ja noch andere Arbeit.
Sören Schumann: Ja. Okay. Wir waren jetzt, glaube ich, so Mitte 2021 oder 2021 …
Marlies Spuhler: Genau.
Sören Schumann: … kurz nachdem es mit dem Spritzen losging. Und wie ging es danach weiter? Was waren denn noch so spannende Entwicklungen?
Marlies Spuhler: Dann hat es schon so - ich würde sagen, das war auch schon 21, Ende 21, Anfang 22 - dann hat es bei uns mit den jüngeren Leuten angefangen, die an Turbokrebs erkrankt waren. Und da waren sehr schnelle Verläufe dabei. Das Schnellste, was wir bei uns hatten, waren fünf Wochen ab Diagnose.
Sören Schumann: Nach fünf Wochen verstorben, sozusagen?
Marlies Spuhler: Ja, genau. Und ein Bestatterkollege hat mir gerade auch erzählt, zwei Tage nachdem die Verstorbene gesagt bekommen hat, daß sie Krebs hatte, ist sie gestorben. Also zwei Tage. Man weiß halt nicht, wie lange er das schon in sich hatte. Man muß ja mittlerweile auch ewig warten, bis man so einen Arzttermin bekommt. Ja. Das sehen wir immer noch. Das ist genau das, was uns leider immer noch begleitet. Und was wir jetzt dieses Jahr halt auch schon mehrmals hatten, waren Frühgeburtenabgänge im vierten Monat.
Sören Schumann: Okay, aber die Jahre davor auch schon? Oder nicht so?
Marlies Spuhler: Nicht so häufig. Und meistens waren das tatsächlich Kinder, die schon viel weiter waren, kurz vor der Geburt standen oder bei der Geburt oder kurz nach der Geburt verstorben sind. Das hatte man auch immer einmal so im Jahr oder alle zwei Jahre gehabt, sag ich jetzt mal.
Sören Schumann: Okay.
Marlies Spuhler: Genau, man unterhält sich ja mit den anderen Bestattern. Da muß ich halt auch mal sagen, es gibt noch ein paar, die sehen das so, wie es halt so ist. Und ich bin da auch die Querdenker-Bestatterin und die lästern dann auch hinter meinem Rücken. Ich kriege das ja

zugetragen. Es ist ja nicht so, daß ich das nicht erfahre. Es ist ja schon so, daß die meisten wissen ja nicht, auf welcher Seite die Leute stehen. Und dann erzählen die da halt auch mal offen, wenn die jemanden kennen. Aber man weiß ja nicht, wie gut die mich kennen. Ja, es ist einfach so.
Ich verstehe mich eigentlich mit allen Bestattern bei uns im Umkreis gut. Ja, es ist so. Wir haben gute Verhältnisse und ich kann mich ganz gut einfach mit denen unterhalten. Ja, und es ist ja auch in Ordnung, wenn das jemand anders sieht. Ich will ja niemandem da unsere Meinung aufdrängen. Es ist ja das, was wir hier erleben. Ich kann ja nur von uns sprechen und von den Rückmeldungen, die ich von den anderen Kollegen habe. Um das einfach mal so jetzt auch ein bißchen zu erklären.
Also bei uns im Krematorium sieht man vermehrt auch immer wieder mal einen kleinen Kindersarg dastehen. Ja, und da weiß man ja schon, was los ist. Gibt es in verschiedenen Größen und das sind Fötensärge, die dann meistens dastehen. Und bei uns ist es einfach so, daß kleine Kinder oder Babys/Föten erst ab 500 Gramm bestattungspflichtig sind. Und alles, was vorher ist, ich weiß nicht so genau, was damit passiert. Offiziell kommen die in den "Sternenkindergarten". Ist ja auch ein schöner Gedanke für die Eltern. Aber wie gesagt, und deswegen kriegt man das nicht ganz so oft mit, wenn so kleine Kinder halt schon verloren gehen. Genau.
Meistens sind es wirklich junge Paare, die sich ewig schon auf ihr Kind freuen. Meistens haben die auch öfter mal schon Pech gehabt. Und die wollen dann halt die Asche beisetzen, die wollen ein Grab für das Kind. Ja, und das hatte man auch noch nicht zwei- bis dreimal in einem Jahr. Das gab es nicht. Alle zwei, drei Jahre war das mal. Und Kinder waren meistens größer, nicht so klein.
Sören Schumann: Und jetzt, ab wann ist das jetzt häufiger aufgetreten?
Marlies Spuhler: Dieses Jahr haben wir das das erste Mal. Ich wußte das schon von Bestatterkollegen, die haben das letztes Jahr schon gehabt. Aber uns hat es erst dieses Jahr erwischt damit.
Sören Schumann: Okay. Wie ging es denn die anderen Jahre weiter? 2022, 2023 und jetzt bis Ende August 2024? Kannst du das auch nochmal kurz zusammenfassen und einordnen?
Marlies Spuhler: Ja, also wir haben, würde ich sagen, als häufigste Todesursache tatsächlich diesen Turbokrebs. Und das alles Mögliche dabei: Brustkrebs bei Frauen, weit über 80 Jahre. Ja, wir haben uns mit Ärzten unterhalten, die sagen, also das dürfte es gar nicht geben. Das haben die in ihrer ganzen beruflichen Laufbahn noch nicht gehabt, daß so eine alte Dame Brustkrebs bekommt. Und die versterben auch innerhalb von Wochen. Und wir sehen ja, dass, wenn wir die Verstorbenen dann herrichten, wenn wir sie fertig machen, sehen wir ja, was da passiert ist. Ja, wir sehen ja die Damenbrust. Also das habe ich auch noch nicht gesehen, so was. Das ist also Wahnsinn.
Und ja, viele haben Darmkrebs und was halt ist. Diese Krebsarten, die metastieren unheimlich schnell. Ja, die Leute - das beginnt oft mit dem Karzinom und ja, und die haben dann auf einmal im ganzen Körper überall neue Herde, die irgendwo entstehen. Ja, also das ist Wahnsinn.
Sören Schumann: Also und Turbokrebs heißt ja, daß es quasi viel schneller geht als so normales Krebsgeschehen.
Marlies Spuhler: Genau.
Sören Schumann: Es haben ja auch einige Ärzte oder Heilpraktiker davor gewarnt, beziehungsweise vorher gesagt, daß es so kommen wird und scheinbar ist es auch so eingetreten.
Marlies Spuhler: Ja, absolut. Also wir können es bestätigen und der macht halt auch keinen Halt vor dem Alter. Dem ist das ja egal. Ja. Also das sind jetzt vermehrt so Sachen wie Hodenkrebs, Prostatakrebs. Ja, bei den Frauen halt, wie gesagt, viel Brustkrebs oder Darmkrebs. Darmkrebs haben wir ganz, ganz viel. Ja. Also das ist Wahnsinn. Genau. Und dann haben wir hin und wieder mal noch so einen, der einfach so jetzt und hier verstirbt an Ort und Stelle.

Sören Schumann: Also so normaler Tod meinst du?
Marlies Spuhler: Ja, die brechen halt einfach zusammen. Die sind einfach tot dann. Egal, die sitzen auf dem Klo oder die liegen im Bett oder ja, ich weiß nicht. Das ist ganz merkwürdig. Das ist so einfach auch vermehrt. Ja, ich will ja gar nicht sagen, daß es das früher nicht mal schon gegeben hat, daß einer einen Herzinfarkt beim Laufen oder so bekommen hat oder beim Schwimmen. Aber eigentlich nicht so oft wie jetzt. Ja, das gibt es gar nicht. Die Leute sterben ja schon gar nicht mehr normal.
Ganz ehrlich, die Familien, bei denen nicht "gentherapiert" wurde, das sind die, die ihre alten Menschen, ihre Eltern oder wen auch immer ganz normal begleiten können. Die sterben zu Hause. Da ist nichts mit "palliativ" oder sonst was. Ja, die begleiten die einfach. Die schlafen ein und dann ist alles wie immer, so wie früher.
Die Leute kannst du abholen, die kannst du fertig machen, die kannst du volle zehn Tage aufbahren. Da brauchst du keine Sorgen haben, daß da irgendwas mit der Verwesung nicht in Ordnung ist, also mit dem Verwesungsverlauf.
Was ja bei den "Therapierten" leider etwas anders ist. Da haben wir das verstärkt, daß wir da drauf achten müssen, auf solche Sachen wie dieses - "Skin-Slip" heißt es. Da löst sich die Haut schon und so. Man muß die vorsichtig anfassen. Ich will da gar nicht so tief reingehen, was die Verwesung angeht. Aber die Verfärbung ist da. Die Verstorbenen, die färben sich ja braun, grün, schwarz. Das ist ja nicht schön. Da kannst du ja die Angehörigen nicht mehr hinlassen. Es ist ja so, man hat ja die Aufbahrung oft auch noch am Tag der Beerdigung für die Menschen, die von weit her anreisen.
Aber wenn da mal sieben Tage dazwischen liegen, das geht schnell. Wenn jemand freitags verstirbt und dann kann ich für Montag, Dienstag meistens nur nicht einen Bestattungstermin ausmachen, dann wird es halt Mittwoch, Donnerstag, die Woche drauf. Und da sind bald keine Abschiedsnahmen mehr möglich. Wir haben das ganz oft, daß ich dann den Leuten sagen muß, nein, es tut mir leid. Ich nehme dann ab und zu mal einen mit aus der Familie, der das verkraftet - und der sagt dann auch, nein, es ist okay, wir lassen (den Sarg) zu. Das hatte ich früher nicht so oft. Ganz, ganz selten. Da mußten die Leute schon wirklich stark oder nach der Chemo gestorben sein.
Oder wenn die viel Cortison oder wie das heißt bekommen haben, da war das auch manchmal, daß die Verwesung schnell eingesetzt ist. Aber das jetzt ist echt Wahnsinn. Und wir haben halt Leute, die bluten unheimlich viel. Was das genau ist, weiß ich auch nicht. Und das hatten wir früher so auch nicht. Wir hatten früher mal, daß die Leute aus dem Rachenraum geblutet haben, wenn sie zum Beispiel vorher intubiert worden sind. Dann gab es da halt Verletzungen im Rachenraum durch die Beatmung oder so. Da kam das schon mal vor. Aber so wie jetzt, daß da überall die Flüssigkeiten davonlaufen, ist halt nicht so schön.
Sören Schumann: Also, du siehst auf jeden Fall nach wie vor einen großen Zusammenhang zwischen der "gentherapeutischen Injektion" und diesen Veränderungen, die du wahrnimmst einfach in deiner Tätigkeit.
Marlies Spuhler: Ja, doch, absolut. Also das sehe ich voll.
Das tut mir auch voll leid, weil … es ist ja natürlich auch für uns eine andere Arbeit. Wir müssen ja mit Gerüchen und anderen Dingen dann auch klar kommen. Und die Zustände … es ist ja so, wenn du jemanden abholst, der ist ganz normal und der sieht im Sarg aus, wie wenn er schläft. Es ist ja was anderes auch für uns, für die Verarbeitung hinterher, sage ich jetzt mal. Es ist ja nicht so, daß die ganzen Sterbefälle … - wir sind ja auch noch Menschen, wir sind ja keine Maschinen. Und das ist ja nicht irgendwie wie Müll abholen oder so.
Das läuft ja schon mit Gefühlen ab. Und wir sind immer ganz stolz auf unsere Arbeit, zum Beispiel wenn wir einen Verstorbenen fertig gemacht haben und er liegt dann so friedlich schlafend in dem Sarg. Und wir machen dann auch immer noch mal Fotos für die Familie,

wenn das gewünscht ist. Und wir können die mit gutem Gewissen einfach abgeben oder auch vorzeigen. Wir sind dann immer ganz stolz auf uns, wenn wir mit unserer Arbeit fertig sind.
Sören Schumann: Und das ist heutzutage einfach viel schwieriger?
Marlies Spuhler: Ja, absolut. Also wir müssen viel mehr machen, daß Blutungen nicht durchdringen und so weiter. Also das ist schon, ja … Und halt dieser Verwesungsgrad, wie gesagt, die Verstorbenen verändern sich viel schneller wie früher, ja. Das ist halt einfach nicht so schön. Wenn man dann noch mal hin will als Familie - die sehen ja die Veränderungen dann auch. Ja, die sehen ja nicht nur wir.
Sören Schumann: Ja. Ich habe jetzt gerade keine Statistik, wann, wie häufig oder wann am meisten auch gespritzt wurde. Aber ich würde mal sagen, 21, 22 am stärksten, oder? Und dann ist es eher abgeflacht. Und aktuell eher noch recht wenig, oder?
Marlies Spuhler: Also ich würde sagen, die meisten Leute, die mir ja begegnen, die sagen, also die meisten haben so drei, vier, würde ich sagen. Ja, und dann haben sie aufgehört. Es ist nun mal so. Ich kenne bald niemanden, also ganz, ganz wenige, die zu mir sagen: "Ich merke gar nichts, ich habe nichts". Die sagen, die hätten zwar so kurz danach so eine Immunreaktion gehabt, aber das war es und die würden sich gut fühlen. Das freut mich ja auch unheimlich. Aber der Großteil, mit den Menschen, mit denen ich mich unterhalte, die "gentherapiert" sind, die haben alle irgendeinen Schaden. Denen geht es nicht mehr gut.
Egal, ob das neurologisch ist, manche zittern. Was mir ganz stark auffällt, sind viele, die mit dem Magen-Darm Probleme haben. So Gastritis oder Darmblutungen, was weiß ich, so ganz komisches Zeug. Und was mir da auch schon aufgefallen ist, bei vielen, wo das der Fall ist, haben das die Haustiere auch.
Sören Schumann: Spannend. Durch Shedding vielleicht übertragen?
Marlies Spuhler: Vermutlich. Also ich kann es mir ja nur so erklären. Ich habe von der Frau Dr. Sabine Stebel einen interessanten Vortrag gehört, und sie hat ja über das Shedding (gesprochen). Es haben jetzt schon mehrere bestätigt. Und warum sollten das die Tiere nicht auch kriegen?
Sören Schumann: Ja.
Marlies Spuhler: Und es ist halt schlimm, weil manchmal greift da auch keine Homöopathie oder pflanzliche Heilkunde mehr. Es ist wirklich, die Leute kämpfen, ringen da mit Sachen, kommen ständig ins Krankenhaus, weil die ja auch dehydrieren. Wenn jemand täglich Durchfall hat und seine Nahrungsmittel erbricht - ich meine, du mußt es ja wissen - der nimmt ja keine Nährstoffe mehr auf. Das sind dann die, die hier rumrennen, die so weiß sind wie eine Wolke, wie weißgrau. Das ist ganz schwer zu beschreiben. Genau.
Sören Schumann: Du hast aber gesagt, quasi am Anfang hast du besonders gemerkt, daß sie sehr schnell danach verstorben sind, gerade die Älteren, die auch mehrere bekommen haben und aktuell ist es dann wahrscheinlich so, daß die letzte Spritze schon länger zurückliegt, aber trotzdem sterben immer noch viele daran.
Marlies Spuhler: Ja.
Sören Schumann: Halt mit einigen Monaten Verzögerung oder vielleicht sogar wenige Jahre sozusagen.?
Marlies Spuhler: Wenn man jetzt einfach mal das "Destatis" (Statistisches Bundesamt) nimmt - die haben im Juni dieses Jahr, ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, die KW 25 - man müsste gucken, sie haben es noch offen - man kann reingucken in den Monatsbericht,: 14 oder 16 Prozent Übersterblichkeit im Jahresvergleich zu den letzten drei Jahren. Das ist ja ausnahmsweise mal gut, daß die das machen, weil wir ja letztes Jahr, vorletztes Jahr und das Jahr davor schon eine deutliche Übersterblichkeit hatten.
Und jetzt nochmal obendrauf,! Ja, also der Juni war bei uns auch echt heftig, das kann ich nur sagen und das war bei allen Bestattern so, mit denen ich mich unterhalten habe. Jetzt im Juli

ist es dann halt folglich wieder mal ein bißchen weniger. Ich denke, wenn jetzt das Wetter wieder umkippt, wenn es kälter wird und dann wird es auch wieder anziehen. Dann werden wir wieder in den Turnus mit Frühjahr, Herbst (kommen).
Sören Schumann: Ja.
Marlies Spuhler: Das hat sich wieder angeglichen, also das ist schon da. Nur halt, wie gesagt, unsere Todesursache Nummer eins ist bei uns im Bestattungsinstitut dieser Turbo-Krebs, nach wie vor.
Sören Schumann: Nach Spritze.
Marlies Spuhler: Ja.
Sören Schumann: Also ihr seht wahrscheinlich sehr wenige Fälle mit Turbo-Krebs ohne Spritze.
Marlies Spuhler: Genau, die haben das eigentlich gar nicht.
Sören Schumann: Und du hast gerade den Juni angesprochen.
Marlies Spuhler: Da muß ich gerade nochmal was sagen. Wir haben jetzt gerade so ein paar Fälle mitbekommen von den Leuten, die untherapiert waren. Die sind auch an Krebs erkrankt und die waren bei den richtigen Ärzten oder Heilern, sage ich jetzt mal. Und innerhalb von acht Wochen waren die geheilt.
Sören Schumann: Ja, scheint möglich zu sein.
Marlies Spuhler: Ja, es geht.
Sören Schumann: Auch ohne Chemotherapie.
Marlies Spuhler: Man darf halt nur nicht die klassische…
Ich will sie ja nicht angreifen, aber es ist nun mal irgendwie so, dass, wenn man gesund werden will, muß man anscheinend wirklich auf die Naturheilkunde zurückgreifen.
Sören Schumann: Scheint so zu sein, ja. Du hast den Juni angesprochen und ich glaube, das war letztes Jahr, da hat ja unser Gesundheitsminister Karl Lauterbach immer vor der großen Hitzewelle und Hitzetoten und so weiter gewarnt. Aber ich denke, da hast du jetzt eher weniger Fälle mitbekommen, daß sie nur wegen der Temperatur verstorben sind.
Marlies Spuhler: Nee, also da wüßte ich jetzt eigentlich nicht, das hat mir noch niemand erzählt. Noch nie hat mir das irgend jemand erzählt. Mir hat auch noch nie irgend jemand erzählt, daß irgend jemand erfroren ist. Also das sind so die Sachen, die ja …- wobei ich das sogar eher für möglich halte, wie jetzt (Hitzetote).
Ich hatte auch schon mal einen Sonnenstich. Das ist nicht angenehm, ja, mit den Kopfschmerzen und der Übelkeit und was da so folgt, ja. Dieses Fieber, was man da so verspürt, ne. Ist nicht angenehm. Man kann daran bestimmt sterben. Also wenn da jemand körperlich nicht fit ist, aber ich hatte es in 17 Jahren noch nicht. Definitiv nicht.
Sören Schumann: Dann wäre jetzt die große Frage .wir haben ja jetzt Hochsommer oder Ende des Sommers und gefühlt ist die Stimmung gerade relativ entspannt. So würde ich es zumindest wahrnehmen in Bezug auf diese Gesundheitsthematik. Ich könnte mir aber vorstellen, also beziehungsweise es wird aber trotzdem schon angekündigt, hey, es könnte wieder was kommen. Also entweder gibt es einige Leute, die tief in der Materie drin sind, die sehr viel recherchiert haben, wie zum Beispiel Heiko Schöning, der auch schon bei der C-Geschichte ein paar Monate vorher alles mehr oder weniger vorhergesagt hat, wie es laufen wird. Und der hat jetzt wieder Alarm geschlagen, daß ein Angriff aufs Mikrobiom vorbereitet wird.
Andere sprechen von der Vogelgrippe, das habe ich einmal gehört und dann noch, ich glaub, diese Affenpocken oder ich bin mir gerade nicht ganz sicher, aber auf jeden Fall hat die WHO jetzt einen Notstand sogar ausgerufen. Das heißt, es könnte noch einiges kommen. Ich denke, wenn es Winter wird und wenn die Leute sich auch leichter beeinflussen lassen, weil sie vielleicht nicht mehr ganz so gut drauf sind, weil der Vitamin-D-Spiegel wieder ein bißchen runtergegangen ist, könnte das nächste Szenario schon drohen. Was denkst du oder auch was rätst

du den Leuten, wie sie damit umgehen sollten und wie schätzt du die Lage ein?
Marlies Spuhler: Also wenn man jetzt einfach mal guckt, in der EMA-Datenbank sind ja am 27.8. 2022, also so ziemlich genau vor zwei Jahren, da sind schon 26.218 Todesfälle durch die "Therapie" gemeldet worden. Wenn man es jetzt mal mit der Schweinegrippe vergleicht, die ja damals war, da wurde das Ganze nach 35 Todesfällen gestoppt!
Also ich hoffe ja wirklich, daß die Leute ein anderes Bewußtsein bekommen haben zu dem Ganzen, daß die jetzt da mal ein bißchen vorsichtiger, kritischer sind. Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, daß gerade die, die jetzt einen Schaden haben, durch diese "Therapie", daß die sich jetzt nochmal so einer anderen Therapie unterziehen.
Sören Schumann: Du schlägst vor das Motto, stell dir vor, es ist Plandemie, aber es geht niemand hin.
Marlies Spuhler: Ich meine, ich verdiene mein Geld damit. Wie gesagt, ich habe seitdem wirklich einen guten Umsatz, muß ich ehrlich mal sagen. Meine Sterbefälle haben sich verdoppelt, trotz Querdenker. Ich bin hier im Ort die "Querdenker-Bestatterin".
Sören Schumann: Weswegen waren die Hausdurchsuchungen?
Marlies Spuhler: Die erste Hausdurchsuchung war ja wegen diesem Montagsspaziergangs-Flyer, weil ja kein Impressum draufstand. Ich finde das alles nur noch lächerlich. Unser Anwalt hat auch gesagt, ja, wenn man das ja so entspannt sehen, ist ja alles gut, weil die kommen ja bestimmt immer wieder mal. Er sagt auch, das ist nur Einschüchterung. Ich fliege jetzt halt nicht mehr, daß mein Flieger nicht abstürzen kann. Also ich mache meine Dinge bewußt. Meinem Mann zum Beispiel ist es auch lieber, wenn ich immer jemanden dabei habe, wenn ich draußen bin. Ja, so hat sich das jetzt halt verändert. …
Sören Schumann: Ich habe es gemerkt, wir mußten uns leider sehr vorsichtig ausdrücken. Aufgrund der Thematik, beziehungsweise auch der Begriffe, die man braucht, um diese Thematik zu beschreiben. Deswegen habe ich mich dazu entschieden, das komplette Video in voller Länge und natürlich 100 % unzensiert und gratis woanders zur Verfügung zu stellen. Und wenn du das komplette Video sehen möchtest, dann klick einfach hier unten auf den ersten Link in der Videobeschreibung. Es folgt noch eine knappe Viertelstunde, die man auf jeden Fall nicht verpassen sollte. Und genau, ich würde sagen, wir sehen uns dann wieder im kompletten Video. Bis dahin, euer Sören. Ciao.<<

04.10.2024

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Unfaßbar: Regierung bildet mit unseren Steuergeldern Islamisten zum Imam aus**

Am sogenannten Islamkolleg in Osnabrück werden seit 2021 sogenannte Islamgelehrte auf Kosten der Steuerzahler ausgebildet. Jetzt hat dort auch ein Imam die Ausbildung abgeschlossen, der dem Verfassungsschutz als Islamist bekannt ist. Das berichtet die "Bild-Zeitung" unter Berufung auf Sicherheitskreise. Irre: Der Staat fördert einen Islamisten, den er selbst im Visier hat!
- Der Fall: Ebadullah Maulawy Abdullah ist Imam der afghanischen Tawheed-Moschee in Hamburg. Den Sicherheitsbehörden ist er dem Bericht zufolge als Islamist bekannt. Der Verfassungsschutz beobachtet zudem, daß Islamisten in der Hamburger Moschee verkehren. Es soll sich um Anhänger der in Deutschland verbotenen Hizb ut-Tahrir-Bewegung handeln.
Die Ausbildung der Imame am Islamkolleg in Osnabrück wird vom niedersächsischen Wissenschaftsministerium und vom Bundesinnenministerium unter Nancy Faeser (SPD) finanziert - sprich: von uns Steuerzahlern!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Neues aus dem Clownsland: Franziska "Habeck-Handlangerin" Brantner und Felix "CDU-**

Darling" Banaszak - die nächsten Parteichefs der "Grünen"

Brantner & Banaszak, so heißt das neue Duo infernale an der Spitze der ökosozialistischen "Grünen-Sekte". Aber keine Bange, auch wenn in der medialen "Grünen-Fanszene" jetzt allenthalben von "Neustart" und "Wegfreimachen", von "anderen Gesichtern" und "frischen Ideen" die Rede ist - die "Grünen" bleiben doch die "Grünen": Auch dieses Proporz-Pärchen, das auf einem Parteitag im November als neue Parteivorsitzende installiert werden soll, hat sich aus der "Grünen Jugend" hochgedient und das gesamte, auch schon nicht mehr ganz so kurze Erwachsenenleben in der Polit-Blase verbracht.

Immerhin haben sie, bei "Grünen" ja stets erwähnenswert, beide zu Ende studiert, natürlich jeweils irgendwas mit Politik. Die 45-jährige Franziska Brantner, im südbadischen "Grünen-Biotop aufgewachsen, war schon im Studium international unterwegs - mit der "grünen" Böll-Stiftung" in Tel Aviv und Washington, Studienaufenthalte in New York und Paris, Posten bei EU- und UN-Gremien, Promotion über ein UNO-Thema. Der Sitz im EU-Parlament mußte da schon fast unvermeidlich als nächstes kommen - 2009 war es soweit.

Zwei klassische "Grünen-Karrieren"

Das Boulevard-Publikum im Südwesten kannte Franziska Brantner zu der Zeit vor allem als Lebensgefährtin des Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer, mit dem sie ein gemeinsames Kind hat. 2013 trennte sie sich von Palmer, der sich mittlerweile auch von den "Grünen" getrennt hat. Im selben Jahr wechselte Franziska Brantner als Nachfolgerin des zum Stuttgarter OB gewählten "grünen" Maoisten Fritz Kuhn nach vier Jahren aus dem EU-Parlament in den Bundestag. 2021 holte sie erstmals das Direktmandat in der "grünen" Studentenstadt Heidelberg.

Der Duisburger Felix Banaszak, zehn Jahre jünger, machte hingegen die klassische Kreißsaal-Hörsaal-Plenarsaal-Karriere: Schon während des Studiums Mitarbeiter eines Berliner "Grünen-Abgeordneten", zurück im Ruhrgebiet dann NRW-Büroleiter von EU-Parlaments-Teletubby Terry Reintke, Bundessprecher der "Grünen Jugend", Co-Landesvorsitzender in NRW, ab 2021 dann endlich Bundestagsabgeordneter. Seine Ehefrau Charlotte Obermeier ist praktischerweise stellvertretende Leiterin der Pressestelle der "Grünen-Bundestagsfraktion".

Comedy-Auftritte im Bundestag

Brantner & Banaszak - das hört sich erst mal an wie noch so ein unlustiges und überflüssiges "Comedy-Format" im öffentlich-rechtlichen Zwangsgebührenfunk. Tatsächlich haben die beiden auch schon ihre Clown-Auftritte auf der Bundestagsbühne gehabt.

Felix Banaszak fand es im Dezember 2023 wohl originell, seinen "Redebeitrag" zu einem Antrag der AfD, der die Abschaffung der konfiskatorischen CO2-Abgabe forderte, mit einem in zwanzig Sekunden hingerotzten, holprig gereimten Vierzeiler abtun zu können. Sollte wohl Ironie sein - ein Stilmittel, das in der politischen Kommunikation meist sowieso nicht funktioniert, besonders wenn sich ein humorloser Linker daran versucht.

Die Bürger, sofern sie den skurrilen Auftritt überhaupt mitbekommen haben, fanden es bestimmt "lustig", wie ein Abgeordneter einer Regierungspartei die argumentative Auseinandersetzung mit einer inflationstreibenden Luftsteuer, die für sämtliche Güter und Dienstleistungen die Preise immer weiter in die Höhe treibt, mit schnoddriger Arroganz glatt verweigert.

Kaum weniger denkwürdig die Weisheiten, die Franziska Brantner als Staatssekretärin im Habeck-Ministerium während einer Regierungsbefragung von sich gab:

"Selbst wenn ein deutscher Staatsbürger nicht des Lesens mächtig sein sollte, hat er alle Möglichkeiten, auch in diesem Deutschen Bundestag zu sein, weil wir hier eben nicht darauf setzen, daß jemand irgendeine Art von Bildungsabschluß haben muß" - soso, man muß also unsinnige "grüne" Gesetze gar nicht lesen und verstehen können, um sie zu beschließen. Man könnte das für mißlungene Satire halten, wüßte man nicht, daß "Grüne" derlei "Gleichstellungs- und "Partizipations-Unfug" regelmäßig todernst meinen.

"Schwarz-grüner" Migrationsextremist

Felix Banaszak gilt als "Parteilinker" - wenig überraschend für einen vormaligen Bundessprecher der "Grünen Jugend", wo radikale Realitätsverweigerung im allgemeinen und fanatische "Offene Grenzen" und "Wir haben Platz-Rhetorik" im besonderen zum guten Ton gehören. "Ein neues 2015? Na klar!" steht über einem Gastkommentar des damaligen "grünen" NRW-Landesvorsitzenden Banaszak aus dem Jahr 2020.

Abschiebungen und Grenzkontrollen sind ihm auch heute noch ein Greuel; den windigen "Asylkompromiß" der Koalition stellt Banaszak in einem seiner ersten Interviews als Möchtegern-Parteichef gleich wieder in Frage. Man solle bloß "keine falschen Erwartungen wecken, daß ein abgeschottetes Land dauerhaft ein sicheres und lebenswertes ist", raunt er im besten Merkel-Sound. Für einen "grünen" Migrationsextremisten wie Banaszak kann Merkels Willkommensputsch gar nicht lange und massiv genug weitergehen

Mit der vom Merkelianer Hendrik Wüst angeführten "schwarz-grünen" Landesregierung, die er als "Grünen-Landessprecher" maßgeblich mit aufs Gleis gebracht hat, kann Felix Banaszak auch in dieser Hinsicht ganz zufrieden sein. In der NRW-CDU sind sie regelrecht begeistert von dem "grünen" Strippenzieher, berichtet die Fan-Presse euphorisch. "Der Felix ist ein Guter", soll es in der CDU-Landtagsfraktion heißen.

Schlüsselfiguren für die Habeck-Show

Daß der "grüne" "Möchtegern-Kanzlerkandidat" Robert Habeck bei der Lancierung der beiden Kandidaten für den Parteivorsitz die Finger ganz tief drin hatte, ist ein offenes Geheimnis. Das Spitzenduo ist ein klares Statement für eine "schwarz-grüne" Koalition, von der sich Habeck weitere vier Jahre im Ministeramt verspricht. Sofort nach Bekanntwerden ihrer Kandidatur erging sich Franziska Brantner in Lobeshymnen über "schwarz-grüne" Regierungsbündnisse, die doch "viel zustande bringen" könnten.

Im aufgeblähten Wasserkopf, den Robert Habeck sich mit der inflationären Einrichtung neuer Stellen in seinem Ministerium zusammengebaut hat, nimmt die parlamentarische Staatssekretärin eine prominente Stellung ein. Sie gilt als enge Vertraute und rechte Hand Habecks, als "heimliche Ministerin" oder "inoffizielle Handelsministerin".

Erfahrenere Ministeriale murren, daß die Kompetenzen, die Brantner an sich gezogen hat, das Bürokratiedickicht noch undurchdringlicher gemacht hätten. Ursprünglich hatte Habeck sie als seine Wahlkampfmanagerin für die kommende Bundestagswahl und seine "Kanzlerkandidaten-Kampagne" vorgesehen. Diesen Job soll nun ein anderer Habeck-Mann übernehmen, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Audretsch.

Pragmatische "Grüne"? Gibt's nicht

Als Parteivorsitzende wird Franziska Brantner erst recht eine Schlüsselrolle in der Habeck-Show spielen. Das bei "grünen" Spitzenfunktionären beliebte Spiel, in Interviews solange die gleichen vorgefertigten Worthülsen vorzutragen, bis auch der gutwilligste Moderator entnervt aufgibt, beherrscht sie jetzt schon ähnlich penetrant wie Noch-Chefin Ricarda Lang; vielleicht haben beide die gleiche Phrasendreschmaschine im Büro stehen.

Franziska Brantner hat den Ruf einer hartnäckigen Verhandlerin. Daß im Dezember 2021, kurz nach Habecks und Brantners Amtsantritt und noch vor der russischen Militäroperation in der Ukraine, die Inbetriebnahme der Erdgasleitung Nord Stream 2 trotz eigentlich schon abgeschlossener Genehmigung doch noch gestoppt wurde, soll maßgeblich von der Staatssekretärin eingefädelt worden sein. In den letzten Wochen zog sie die Propagandazügel für Habecks Heizungsdiktat wieder an und ereiferte sich darüber, daß "manche Menschen die dringliche Lage in Sachen Klima noch nicht begriffen" hätten

Mit solchen Einstellungen gilt man bei den "Grünen" übrigens als "Realo". Womit einmal mehr bestätigt wäre: Es gibt keine pragmatischen "Grünen", von denen Gutes oder wenigstens Vernünftiges zu erwarten wäre. Die designierten neuen Parteichefs machen da auch keine

Ausnahme.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**"Kriegstreiber"; "Hau ab!": Friedensdemonstranten buhen SPD-Stegner wegen antirussischer Rede aus**
Der neuerdings "SPD-Außenpolitiker" Ralf Stegner sprach am Donnerstag (3. Oktober) in Berlin auf einer "Nie wieder Krieg-Demo", an der auch Sahra Wagenknecht (BSW) teilnahm. Die Moderatorin der Demo stellte ihn als Kritiker der geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenraketen vor. Die Reaktionen auf seine mit anti-russischen Tönen gespickte Rede dürfte sich Stegner anders vorgestellt haben:
Bereits als der SPD-Linke auf der Bühne am Großen Stern rund um die Siegessäule vom Selbstverteidigungsrecht der Ukraine spricht, werden die Menschen unruhig. Als Stegner dann mit Blick auf die Ukraine von einem "russischen Angriffskrieg" spricht, werden die ersten Buhrufe und Pfiffe laut.
Als der SPD-Politiker schließlich die deutsche Unterstützung der ukrainischen Luftabwehr verteidigt, ist das Maß voll. "Hau ab!", "Kriegstreiber!", "Aufhören", "Blablabla!" schallt es aus der Menge.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Ukraine dreht Europa den Gashahn zu: Energieagentur sieht Risiko im Winter**
Immer klarer wird, welch gigantischen Schaden die Nord Stream-Sabotage und der Sanktions-Irrsinn für die deutsche Volkswirtschaft bedeuten! Denn im Gegensatz zur Bundesregierung hält die Internationale Energieagentur (IEA) die Gasversorgung im bevorstehenden Winter keineswegs für gesichert.
Angetrieben durch eine höhere Nachfrage der Industrie vor allem in Asien werde der Gasverbrauch in diesem Jahr und im kommenden Jahr weltweit auf einen Höchststand steigen, während die Versorgungsrisiken zunehmen. Eine der größten Unsicherheiten vor dem Winter sei der Transit von russischem Gas über die Ukraine, da die bestehenden Verträge Ende 2024 auslaufen würden, warnte die IEA. Dies könnte das Ende aller Gaslieferungen aus Rußland über die Ukraine nach Europa bedeuten.
In der Konsequenz wäre Europa auf noch mehr Flüssiggas-Importe angewiesen, während gleichzeitig das Kriegsrisiko in Nahost und damit auch die Bedrohung für die Schifffahrtswege in der Region wächst.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Walter der Spalter spaltet weiter!**
Unmittelbar vor dem Deutschen Nationalfeiertag am 3. Oktober hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier u.a. der Ex-Vorsitzenden des dubiosen "Ethikrats", Alena Buyx, das Bundesverdienstkreuz verliehen. Sehr zum Entzücken der Systemsender ARD und ZDF. Geehrt wurde mit dem zur System-Medaille verkommenen China-Blech eine Einpeitscherin des Corona-Regimes.
Nicht nur die "Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) sieht im Bundesverdienstkreuz für Buyx ein "falsches Signal" und schreibt über das Wirken der einstigen medialen Hilfskraft von Ex-Kanzlerin Angela Merkel (CDU) während der Corona-Hysterie: "Mit Ethik hatte das alles nicht viel zu tun."
"Impfen, was die Spritze hergibt!"
Das "Ärzteblatt" zitierte die "Medizinethikerin" im November 2021 mit den Worten: "Aber jetzt sind wir in der Situation, in der wir sind. Da muß jetzt geimpft werden, was die Spritze hergibt, und es braucht Kontaktbeschränkungen."
Wer dachte, die Protagonisten des Corona-Regimes hätten in Anbetracht der RKI-Files ihren Irrweg inzwischen eingesehen und würden hinsichtlich anderer "ethischer Fragen" zurückfin-

den zur Vernunft, hat sich getäuscht.
In dieser Woche veröffentlichte der "Ethikrat" eine 129 Seiten lange Stellungnahme zum Pseudothema "Klimagerechtigkeit". Was in diesem Dokument des Totalitarismus enthalten ist, könnten die Klimasektierer der "Letzten Generation" kaum besser formulieren.
Nichts dazu gelernt
Gleich zu Beginn behauptet der "Rat", es bestünden "keine vernünftigen Zweifel mehr", daß die Erde sich durch menschlichen Einfluß und insbesondere die Verbrennung fossiler Energieträger erwärme. Eine ungebremste weitere Erderwärmung hätte "katastrophale Folgen." Es bedürfe daher "gegenseitiger Freiheitseinschränkungen", etwa durch Maßnahmen gegen Personen, die zu viel CO2 ausstoßen.
Immerhin: Drei Mitglieder des "Ethikrates" sind offenbar noch einigermaßen bei Verstand und kritisieren in einem Sondervotum: "Die Hoffnung, Deutschland könnte durch seine nationale Klimapolitik eine globale Vorreiterrolle einnehmen, die insbesondere jene Staaten zur Nachahmung motiviert, die gegenwärtig massiv zum globalen CO2-Ausstoß beitragen, erweist sich als epistemisch (also nach Maßgabe von Wissen und Erkenntnis, die Red.) höchst ungewiß und kann daher ihrerseits nicht hinreichen, um massive Eingriffe in die Freiheit der eigenen Bürger zu rechtfertigen."
So viel ist schon mal sicher: Die drei Abweichler werden bei Steinmeiers nächster Ordensverleihung leer ausgehen! (oys)<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**CDU-Landesverbände wollen Schwarz-Grün: Wer CDU wählt, bekommt Habeck und Baerbock!**
Jetzt ist die Katze endgültig aus dem Sack: Eine überwältigende Mehrheit der CDU-Landesverbände hat kein Problem mit einer erneuten grünen Beteiligung an einer CDU-geführten Bundesregierung. 12 von 15 CDU-Landesverbänden fassen laut einer Medien-Abfrage diese Horrorkonstellation ins Auge, drei wollen sich nicht äußern.
Das heißt im Klartext: Wer CDU wählt, bekommt grüne Deindustrialisierung, Massenmigration, Gender-Verblödung und den völligen Verfall der Inneren Sicherheit. Oder kurz gesagt: Wer Merz wählt, bekommt Habeck und Baerbock.
Die Äußerungen der CDU-Landesverbände zeigen erneut: Die CDU ist und bleibt der mächtigste politische Handlanger des grünen Mainstreams und vertritt die selbe Agenda: Energieverteuerung durch Atomausstieg, faktische Abschaffung der Staatsgrenzen, EU-Zentralismus und vieles mehr. Ohne die CDU hätten die Grünen und ihre Ideologie-Projekte niemals eine solch enorme Macht entfalten können, denn die grüne Partei allein ist bei Weitem nichts mehrheitsfähig.
Die CDU hat sich in keiner Weise von der Merkel-Politik distanziert. Sie paktiert lieber mit den zutiefst ideologischen und unfaßbar inkompetenten Grünen, anstatt vorhandene Mehrheiten mit der AfD zu nutzen. Infolgedessen bekommen CDU-Wähler regelmäßig grüne Regierungen, obwohl die Grünen immer weniger Zustimmung erhalten und obwohl sich diese Partei zu Recht gesellschaftlich immer mehr isoliert.
Schon vor Jahren entblößte CDU-Chef Merz seine innige ideologische Übereinstimmung mit den Grünen. Merz sagte damals einen Satz, der unmißverständlich verdeutlicht hat, daß er in einem Paralleluniversum lebt: Die Grünen seien "sehr bürgerlich, sehr offen, sehr liberal und sicherlich auch partnerfähig". Diese Worte sagte Merz nach Jahren der Massenmigration und nach Jahren der eskalierenden Messergewalt und Gruppenvergewaltigungen. Wer die Grünen und ihre Wasserträger stoppen will, der muß AfD wählen und die CDU bei jeder Wahl in die politische Versenkung schicken!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.412/…): >>**Nach mehreren Gewaltvorfällen: Fußballverband sagt alle Jugendspiele ab**

Weil es zuletzt zu drei Gewaltvorfällen im Jugendfußball kam, werden in Celle zunächst alle Junioren-Spiele abgesagt. In Niedersachsen war es jeweils in einem Spiel der U19, der U17 und sogar der U10 zu Angriffen gekommen.
Jerome Wnuk
... Gewalt wird im Fußball-Amateurbereich zunehmend präsenter.
Die Gewalt auf deutschen Fußballplätzen eskaliert immer weiter. Weil es innerhalb kürzester Zeit zu drei Gewaltexzessen kam, werden im niedersächsischen Celle zunächst keine Jugendfußball-Spiele ausgetragen. Ein Weiterspielen ist zurzeit für den Niedersächsischen Fußballverband (NFV) undenkbar. Jetzt wolle man intern an Lösungen für das Gewaltproblem arbeiten, heißt es vom Jugendausschuß. Allein die U6 bis U9-Mannschaften werden ihre Spiele austragen dürfen.
Der Spielbetrieb für die Altersklassen U10 bis U19 wird im gesamten Landkreis bis einschließlich 20. Oktober pausiert. Weder Freundschafts- noch Testspiele sind bis dahin gestattet, Pokal- und Meisterschaftsspiele werden zunächst verschoben. Diese Entscheidung teilte der Jugendausschuß des NFV im Kreis Celle am Montagabend den Vereinen mit.
Der Vorsitzende des Jugendausschusses, Philipp Ziemen, erklärte gegenüber der Celleschen Zeitung, daß man derzeit keine andere Möglichkeit sehe, als zunächst alle Spiele abzusagen, um dem Gewaltproblem auf den Plätzen Herr zu werden. Am Samstagnachmittag war es in Eschede bei dem A-Jugendfußballspiel der Kreisliga zwischen der JSG Lachtetal und der JSG Westkreis medienwirksam zu regelrechten Jagdszenen und Prügeleien auf dem Rasen gekommen.
Die Situation eskalierte so weit, daß Polizei- und Rettungskräfte alarmiert werden mußten, um die Situation aufzulösen. Fünf Menschen wurden bei den Kämpfen verletzt, eine Person mußte in einem Krankenhaus behandelt werden. Neben den Spielern sollen auch Zuschauer bei der Prügelei beteiligt gewesen sein. Laut Ziemen ereigneten sich zudem "Ausschreitungen in einem B-Jugendspiel, sowie ein Spielabbruch im Jahrgang U10". Über beide wurde in der Öffentlichkeit nicht berichtet.
Diesem gefährlichen Trend wolle man mit der Absage entgegenwirken: "Mit dieser Maßnahme wollen wir uns Zeit nehmen, um über einen gewaltfreien Spielbetrieb nachzudenken", erklärte Ziemen. Den Vereinen bieten wir die Chance, die spielfreie Zeit zu nutzen, um interne Gespräche zu führen und Lösungen zu erarbeiten. Die Spiele sollen dann nach der Spielpause und den in Niedersachsen startenden Schulferien nachgeholt werden.
Im März hatte schon der Bremer Fußballverband auf einen ähnlichen Umgang gesetzt. Nach mehreren gewalttätigen Vorfällen im Bremer Amateur-Fußball hatte der Bremer Fußball-Verband alle Spiele ab der D-Jugend für ein Wochenende gestrichen. "Am vergangenen Wochenende wurde ein neuer, trauriger Höhepunkt bei der Qualität der Vorfälle auf unseren Sportplätzen erreicht. Wir sind nicht bereit, diesen Zustand weiter hinzunehmen", hieß es damals auf der Website des Verbandes.
Der BFV wollte mit der Absetzung ein klares Zeichen gegen Gewalt, Haß und Diskriminierung in seinen Spielklassen setzen. In Bremen hatte es damals ebenfalls schwere Gewaltszenen und Hetzjagden auf dem Platz gegeben, sogar ein Messer soll damals gezogen worden sein.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.415/…): >>**Die tägliche Ausbeutung der Massen - Und das große Schweigen**
Herbert Ludwig
In der Antike mußten Sklaven, ca. 30 - 40 % der Bevölkerung, für andere Menschen kostenlos arbeiten und konnten sich wegen des geltenden Unrechtes nicht dagegen wehren. Wer denkt, das sei ja gottlob Vergangenheit, irrt sich gewaltig. Es ist heute noch viel schlimmer, aber raffiniert verdeckt.

Ca. 90 % der Bevölkerung sind im etablierten Zinssystem gezwungen, etwa die Hälfte des eigenen Einkommens für den Zinskostenanteil zu zahlen, der in allen Produkten und Dienstleistungen steckt und der letztlich den Kreditgebern zufließt. Die Menschen sind zwar rechtlich keine Sklaven mehr, müssen aber zur Hälfte für Andere im Hintergrund arbeiten, die keine Gegenleistung erbringen, sondern wie die Maden in ihrem Geld sitzen, das sich ständig wundersam vermehrt.
Die meisten Menschen sind sich dieses ausbeuterischen Zinssystems kaum bewußt, denn es wird von einem großen Tuch des Schweigens zugedeckt, und die Gewohnheit läßt es als unabänderliche Selbstverständlichkeit erscheinen. Auch an den Hochschulen gehört es merkwürdigerweise zu den Themen, die offenbar im Interesse der Kapitaleigner als Problem überhaupt nicht thematisiert werden, so als sei es ein Naturgesetz und nicht von Menschen erzeugt.
Der Waldorflehrer Dr. Valentin Wember hebt dieses gewaltige Ausbeutungsinstrument, das Rudolf Steiner als soziales Krebsgeschwür bezeichnet hat, in einer seiner neueren Veröffentlichungen eindrücklich ins Bewußtsein.
Die besondere Brisanz des Zinssystems bildet der Zinseszins. Es wird in der Regel bei Anlagen nicht ein einfacher Zins vom jeweiligen Kapital berechnet, sondern der fällige Zins wird dem Kapital zugeschlagen und mit dem sich so erhöhenden Kapital stets mitverzinst. Dadurch wachsen Zinseszins und Kapital, zunächst langsam, aber bei längerer Laufzeit immer schneller exponentiell zu ungeahnten Höhen an. Bei Krediten wird zunächst ein Zins berechnet, und erst wenn dieser nicht regelmäßig bezahlt wird und mit den Tilgungsraten im Rückstand bleibt, wird er dem Kapital zugeschlagen und so zum Zinseszins.

Das Geldleihen

Dr. Wember rückt zunächst an einem Beispiel den elementaren Vorgang des Geldleihens ins Bewußtsein. Herr M. habe für einen Hausbau schon einiges gespart, benötige aber noch 400.000 €.
Er habe einen sehr wohlhabenden Freund, der bereit sei, ihm das Geld zu leihen, das er innerhalb von 20 Jahren zurückzahlen solle. Das bedeutet 20.000 € im Jahr, in monatlichen Raten von 1.666 €. Auf die Frage nach einer Gegenleistung antworte der Freund: "Nein, ich leiste ja nichts, indem ich dir etwas leihe, so wenig ich etwas leiste, wenn ich Dir eine Heckenschere ausleihen würde."
Nun stelle man sich im Kontrast "zu dieser befremdlich schönen Annahme" eine andere Antwort des Freundes vor. Herr M. solle ihm nach 20 Jahren die 400.000 € zurückgezahlt haben und als Gegenleistung weitere 300.000 €. Auf das erschrockene Gesicht von Herrn M. sagt der Freund, er könne sich ja bei irgendeiner Bank erkundigen, wieviel er da an Zinsen zahlen müsse.
Ein Kreditrechner im Internet liefert ganz einfach das Ergebnis:
Bei einem festen Zinssatz von 6.5 % im Jahr kosten 400.000 € in 20 Jahren:
- Monatliche Rate (Zins und Tilgung): 3.222,37 €
- Summe aller Zinsen (und Gebühren) nach 20 Jahren: 315.750,21 €.

Bei einem festen Zinssatz von 4,5 % würden die Zinsen am Ende ca. 200.000 € betragen, das Haus also um 50 % teurer sein als ohne Zinsen; bei einem Zinssatz von 7,5 % ca. 370.000 €, also fast doppelt so teuer. Bei längerer Laufzeit summieren sich die Zinskosten noch sehr viel stärker.
Wenn Herr M. das Haus nach 20 Jahren ohne Verlust verkaufen wolle, müsse er es zum doppelten Preis der Baukosten verkaufen.
Wenn er es gar nicht selbst bewohnen, sondern vermieten wolle, müsse er die Zinskosten auf die Miete aufschlagen.

Die Folgen für die Gesellschaft

Das bedeute, fährt Dr. Wember fort, daß in allen Wohnungskosten, ganz gleich, ob es sich um Eigentum oder Mietkosten handle, in aller Regel Zinskosten steckten.
"Die Mieten sind aufgrund der eingepreisten Bankkredit-Zinsen durchschnittlich 50 % höher als sie sein müßten im Vergleich mit einer Gesellschaft, die ohne das Prinzip der Zinsen leben würde. Ein gewaltiger Unterschied. Angenommen, man muß für eine Wohnung z.B. 1.200 € Miete zahlen. Wenn es das herrschende Zinsprinzip nicht mehr gibt, wären es nur noch 600 €."
Doch die Sache ist noch viel umfassender, als die meisten ahnen.
"Die meisten Menschen denken, daß sie nur dann Zinsen zahlen, wenn sie einen Kredit aufnehmen. Falsch. Wir zahlen ständig Zinsen. In jedem Produkt, das wir kaufen oder mieten, in jedem Brötchen, in jedem Fahrrad, in jedem Liter Wasser aus dem Wasserhahn in der Küche, in jedem Bus- oder Bahnticket und in jedem Haarschnitt."
Bei einer Wohnung seien es durchschnittlich 50 %. Der Mieter aber denke, daß er keine Zinsen zahle, weil er für die Mitzahlungen keinen Kredit aufnehmen müsse. Er zahle sie mit jeder monatlichen Überweisung der Miete. Die Kosten für ein Haus enthielten eben nicht nur die Zinsen für den Bankkredit, den der Bauherr aufnehmen mußte. Auch in den Baukosten selbst seien Zinsen für die Kredite versteckt, die das Bauunternehmen für die Anschaffung der Baukräne, Bagger, Betonmischer usw. habe aufnehmen müssen.
In den Brötchenpreisen steckten die Zinskosten für den Bäckerladen und die Teig- und Backmaschinen; im Auto die Zinsen für den Kredit, der zur Errichtung der Produktionsstraße habe aufgenommen werden müssen; im Bahnticket die Zinskosten für sämtliche Bahnanlagen, Brücken und Tunnel, etc., etc.
Zum Genaueren verweist V. Wember auf den Wirtschaftsanalytiker Helmut Creutz. Nach seinen fundierten Berechnungen stecke der größte Zinsanteil in den Preisen in den Wohnungsmieten mit 60 bis 80 %. Bei den Preisen für die anderen Produkte seien es unterschiedlich weniger. Der gesamte durchschnittliche Zinsanteil in den Preisen liege nach Creutz bei 40 - 45 %.
In Wahrheit sei es eine uferlose Geschichte.
"Zinskosten stecken in allem. Und über allem liegt ein gewaltiger Schleier des Schweigens.
Es sei in der Literatur noch eine umstrittene Frage, wie hoch der durchschnittliche Anteil an Zinskosten in allen Produkten und Dienstleistungen sei. Bei Dienstleistungen mit einem geringen Kapitalaufwand, wie beim Friseur, sei der Anteil niedriger als beim Leitungswasser z.B., weil in den Wasserwerken und Leitungen Unsummen an Kapital und damit an Zinskosten stecken.
"Aber im Durchschnitt liegt der Zinskostenanteil bei jedem Produkt inzwischen bei mindestens 50 Prozent. ... Man mache sich klar, was das heißt: Wer monatlich 2.000 € ausgibt, hat dabei - ohne daß ihm das bewußt wäre - mindestens 1.000 € an versteckten Zinsen gezahlt. Wer im Jahr 50.000 € ausgegeben hat, kann davon ausgehen, daß davon mindestens 25.000 € versteckte Zinsen waren.
Jetzt vergleiche man das mit den Einnahmen, die der eine oder andere vielleicht durch ein Sparbuch oder andere verzinsliche Papiere hat. Solange man - bei Jahres-Ausgaben von 50.000 € - nicht jährliche Zinseinkünfte von mindestens 25.000 € hat, zahlt man deutlich mehr Zinsen, als man einnimmt. Man gehört zu den Verlierern des Zinssystems. Für ca. 90 Prozent der Bevölkerung ist das der Fall."
90 Prozent der Bevölkerung gehörten also zu den Verlierern des Systems. Doch sie wehren sich nicht, weil sie es in aller Regel nicht wissen. Wenn sie aber darauf aufmerksam gemacht werden, folgten ungläubige Reaktionen und sogar heftiges Bestreiten. Oder man reagiere resignierend, daran könne man doch nichts ändern, und solche mit genügend Vermögen winkten oft desinteressiert ab, das sei ihnen egal, ihnen reiche, was sie haben.

"So unterschiedlich jede dieser Reaktionen auch sein mag, sie tragen alle zum Fortbestand des Systems bei."

"Geld arbeitet"

Banken und Sparkassen werben immer wieder damit, sein Geld sinnvoll "anzulegen", so daß es sich in der bestmöglichen Weise vermehrt, ohne daß man selber dafür etwas tun muß: "Lassen Sie Ihr Geld für Sie arbeiten", "Mehr Einkommen ohne Aufwand" oder "Passives Einkommen generieren".

Gemeint ist neben Aktiengewinn, der ein eigenes Thema ist, vor allem der Zinseszinseffekt, durch den sich das "angelegte" Geld ganz von selbst wundersam vermehrt. -

Doch es sind immer andere Menschen, die für den Zinseszins arbeiten müssen.

Dr. Wember schreibt dazu:

"Die Vorstellung, daß Geld für einen arbeiten kann, ist indes weit verbreitet und gilt als ganz selbstverständlich. Ein Dummkopf, der das nicht weiß und nicht Geld für sich arbeiten läßt."

Er schmeißt, wie es in einer Bankwerbung heißt, "Geld zum Fenster raus."

V. Wember macht noch einmal das Prinzip mit nur einfachem Zins deutlich:

"Wer 100.000 € auf dem Festgeldkonto hat, die mit 1 % jährlich verzinst werden, erhält am Ende des Jahres 1.000 € an Zinsen ausgezahlt. Er hat Zinseinkünfte, für die er nicht arbeiten mußte. Also, so denkt man, hat das Geld für einen gearbeitet."

Und wenn man 10 Millionen für ein Jahr (zu 1 % Zinsen) auf der Bank habe, erziele man im Jahr 100.000 €, ohne dafür arbeiten zu müssen. Da könne man allein von den Zinseinkünften bequem leben.

Der Kabarettist Volker Pispers habe einmal ironisch gesagt: "Die meisten Menschen scheinen zu glauben, daß das Geld irgendwo in den Tresoren der Bank liegt, dort rammelt und dann Junge kriegt".

Doch die Frage, wo das Geld in Wahrheit herkomme, werde in aller Regel von den meisten Menschen völlig ausgeblendet. "Wo kommt die wundersame Geldvermehrung her?"

Wenn ein Unternehmen für einen hohen Kredit in einem Jahr z.B. 500.000 € Zinsen an die Bank zu zahlen habe, müsse es diese Kosten auf die Preise seiner Produkte aufschlagen. Das heiße, letztlich müßten seine Kunden die 500.000 € Zinsen zahlen, die er still in die Produktpreise eingerechnet habe.

Die Zinsen würden also von den Menschen bezahlt, die die Produkte des Unternehmens kaufen, und/oder von den Arbeitern und Angestellten erarbeitet, die einen geringeren Lohn erhielten, als sie ohne die Zinsverpflichtung erhalten könnten. Die Kunden aber müßten selbst erst den zusätzlichen Zins verdienen und dafür arbeiten.

Andere Menschen würden also generell indirekt gezwungen, die Zinsen für die Geldverleiher zu erarbeiten. Das aber werde ausgeblendet.

Berechtigte Zinsen?

Es werden natürlich verschiedene Argumentationen für die Berechtigung des Zinses geltend gemacht.

1. Zunächst: Für den Zins auf Zinsen, die dem Kapital ständig zugeschlagen werden, den Zinseszins, gibt es keinerlei Rechtfertigung. Er ist ein absolutes räuberisches Unding in sich. Wenn ein bei einer Bank zu einem Nominalzins von 7 % angelegtes Kapital von 10.000 € z.B. sich durch die Exponentialfunktion nach exakt elf Jahren auf 20.000 € verdoppelt hat und nach 70 Jahren für die Erben auf das 106,5-Fache, gleich 1.065.000 €, angewachsen sein wird, ist das teuflischer Wahnsinn, der in seiner zerstörerischen Absurdität bei noch längerer Laufzeit noch deutlicher wird.

Das demonstriert die bekannte fiktive Geschichte vom Josephspfennig. Angenommen, im Jahre 1 unserer Zeitrechnung hätten Josef und Maria vor ihrer Flucht nach Ägypten 1 Cent zu einem Zinssatz von 5 % bei einer Bank in Bethlehem angelegt und nach 2.000 Jahren wäre ein

Erbe mit dem Sparbuch zur Bank gekommen, um sich das Geld auszahlen zu lassen. Es wären, wie jemand ausgerechnet hat:
23.900.000.000.000.000.000.000.000.000.000.000.000,- €.
Die Bank wird nicht liefern können. Verlangt der Erbe für das Geld 1 kg. Silberbarren, wären das:
23 Billionen Silberkugeln vom Gewicht unserer Erde.
Mit 5 % Zins, aber ohne Zinseszins, wäre aus einem Cent in 2000 Jahren 1.-€ geworden.
Diese Geschichte ist natürlich über die lange Zeit völlig unrealistisch. Aber sie demonstriert eindrucksvoll die ganze zerstörerische Absurdität des Zinseszinses.
2. Aber auch für den einfachen Zins läßt Dr. Wember keine Berechtigung gelten. Er setzt sich mit vier immer wieder angeführten Argumenten auseinander.
a) Die klassische Argumentation laute: Mit Zinszahlungen lasse man sich "Opportunitätskosten" bezahlen. Ein gut geführtes Unternehmen lege immer genügend Geld auf die hohe Kante, um für den Fall einer günstigen Gelegenheit (Opportunität) einen schnellen Einkauf tätigen zu können. Verzichte man darauf und verleihe das Geld, seien die Zinsen ein Ausgleich dafür.
Wenn es für ein Unternehmen klug und im Grunde auch unternehmerische Pflicht wäre, Geld für günstige Gelegenheiten zurückzulegen, wäre es eine Pflichtverletzung, das Geld aus der Hand zu geben. Und diese fahrlässige Pflichtverletzung wolle man sich bezahlen lassen?
Wenn da eingewendet werde, man könne ja mal den Eindruck haben, daß es in absehbarer Zeit keine gute Gelegenheit zum Einkaufen geben werde, so heiße das aber nichts anderes, als daß das Unternehmen auch nicht auf irgendwelche Gelder für eine gute Gelegenheit verzichte. Also dieses Argument überzeuge nicht.
b) Eine berühmte Variante derselben Argumentation sei, daß man beim Verleihen von Geld auf eigenen Konsum verzichte. Diesen Verzicht lasse man sich durch die Zinsen bezahlen. -
Das sei vergleichbar damit, daß der Verleiher einer Heckenschere sage, während dieser Zeit könne er die Heckenschere nicht selber nutzen (und in diesem Sinne konsumieren), und lasse sich diesen Verzicht bezahlen.
Überdies sei es grundsätzlich ein skurriler Gedanke, sich einen Verzicht bezahlen zu lassen. Denn in dem Moment, in dem man Gegenstände oder Geld gegen Zinsen verleihe, sei der Verzicht schon kein Verzicht mehr. Man treffe vielmehr die Entscheidung, das Geld anders einzusetzen, nämlich so, daß es Zinsen bringe.
c) Eine dritte Argumentation laute, Zinsen seien der Ausgleich für die entgangenen Einnahmen, die man mit dem Geld auf dem Kapitalmarkt erzielen könne. Also: Man dürfe Zins-Einkünfte verlangen, ohne arbeiten zu müssen, weil man an anderer Stelle Einkünfte erzielen könne, für die man nicht arbeiten müsse. -
Also man könnte das verliehene Geld auch an der Börse einsetzen, um dort Gewinne zu machen, oder in Aktien investieren, um Dividende zu erhalten. Weil man auf diese Optionen verzichte, lasse man sich den entgangenen Gewinn durch Zinszahlungen ausgleichen. Bei dieser Argumentation setze man das Prinzip als bereits existierend voraus (Einkünfte durch Gewinne auf dem Kapitalmarkt, also ohne Arbeit), das man erst begründen wolle. "Mit zwei Worten: zirkulärer Unfug."
d) Ein viertes Argument laute, daß man mit dem Verleihen ein Risiko eingegangen sei. Das Projekt, dem man Geld leihe, könne ja auch scheitern. Deshalb dürfe man im Erfolgsfall auch Zinsen als Lohn für das eingegangene Risiko erhalten.
Wenn man ein Fahrrad leiht, könne es sein, daß es durch einen Sturz beschädigt wird. Aber dann werde man selbstverständlich den Schaden ersetzen. Falls der Verleiher aber eine Sicherheit brauche, könnte man wie beim Mieten eines Autos eine Versicherung abschließen, oder Bürgen beibringen. Hinter der Risiko-Belohnung durch Zins stecke in Wahrheit nur der Wunsch, auf jedem Fall Gewinne zu machen.

Die genannten Begründungen für das Verleihen von Geld gegen Geld seien aber nicht nur wenig überzeugend, sie vernebelten vor allem den entscheidenden Punkt und lenkten von ihm ab:

"Das Verleihen von Geld ist keine Arbeit."

Wenn man es sich bezahlen lasse, erhalte man Geld, ohne dafür arbeiten zu müssen. Darauf laufe es immer hinaus. Der eine müsse arbeiten, der andere nicht. Das sei immer als ein Verstoß gegen das Gerechtigkeitsprinzip der Gegenseitigkeit empfunden worden.

Leistung und Gegenleistung müssen sich die Waage halten. Anderenfalls wird der eine Vertragspartner benachteiligt, geschädigt, ja ausgebeutet. Und damit haben wir es beim Zinssystem zu tun.

Fazit

Ca. 50 Prozent der Preise fließen ständig unmerklich in Form von Zinskosten an die Geldverleiher. Das sind 10 Prozent der Bevölkerung, für die 90 Prozent die Hälfte ihres Einkommens an diese Reichen indirekt zahlen müssen. Zur Hälfte müssen sie also wie Sklaven für die Reichen arbeiten, die u.a. deshalb so reich sind und sie immer ärmer.

Wie sagte doch der Bankier Maier A. Rothschild: "Ich kenne nicht alle sieben Weltwunder. Aber ich kenne das achte: den Zinseszins-Effekt."

Diese systematische Ausbeutung ist ein riesiges soziales Krebsgeschwür, das den sozialen Organismus von innen zersetzt. Auch wenn es den meisten Menschen nicht bewußt ist, wird es in den Tiefen der Seele als permanentes Unrecht und menschlich entwürdigend empfunden. Wird es den meisten bewußt, muß dieses Zinssystem zusammenfallen.

Es ist höchste Zeit.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Kliniken fürchten OP-Verschiebungen wegen Medizin-Lieferengpässen**

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) fürchtet, daß es wegen Lieferengpässen bei Medikamenten zur Absage von Operationen kommen könnte. Das berichtet das "Handelsblatt". Derzeit werden wichtige Mittel für Operationen, allen voran Spül- und Injektionslösungen, Narkose- aber auch Schmerzmittel knapp.

Schon Mitte Juni habe in einigen Krankenhäusern die Absage von OPs gedroht, weil Spüllösungen fehlten, heißt es von der DKG. "Wir befürchten, daß es auch in den kommenden Monaten wegen der Situation zur Absage von Operationen kommen kann." Die Hersteller von Infusions- und Spüllösungen, B. Braun und Fresenius Kabi, sagten der Zeitung, die Nachfrage sei deutlich gestiegen.

Trotz erhöhter Mengen und Vollauslastung haben sie Schwierigkeiten, diese zu bedienen. Krankenhäuser kaufen deswegen zu höheren Preisen Produkte im Ausland zu. Der Mangel könnte nach Einschätzung von Thomas Preis, Vorsitzender des Apothekerverbands Nordrhein, bald auch in den öffentlichen Apotheken spürbar sein, die ambulant operierende Ärzte und Pflegeheime versorgen, bei denen der Bedarf für Kochsalzlösungen sehr hoch sei.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Kühnert beklagt homophobe Anfeindungen durch muslimische Männer**

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert erlebt in seinem Berliner Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg Homophobie durch Männer mit Migrationshintergrund. Es komme nach seiner Erfahrung "aus muslimisch gelesenen Männergruppen häufiger zu einem homophoben Spruch, als man es sonst auf der Straße erlebt", sagte Kühnert dem "Spiegel".

Mit offiziellen Zahlen des Bundesinnenministeriums und des Bundeskriminalamts läßt sich Kühnerts Eindruck bislang nicht eindeutig statistisch überprüfen. 2023 registrierten die Behörden im Bereich "Sexuelle Orientierung" 1.499 politisch motivierte Straftaten in Deutschland, davon 50 aufgrund einer ausländischen Ideologie und 41 aufgrund einer religiösen Ideologie.

Im Bereich "Geschlechtsbezogene Diversität" wurden 22 Delikte einer ausländischen und 18 Delikte einer religiösen Ideologie zugeordnet. Auch wenn beide Phänomenbereiche die größten Zuwachsraten verzeichnen, werden die Taten weiterhin am häufigsten von rechts begangen. Ähnliche Verhältnisse zeigt die Statistik für das Themenfeld Frauenfeindlichkeit. "Natürlich ist der Großteil der Muslime in meinem Wahlkreis nicht homophob", sagte Kühnert. "Aber die, die es sind, schränken meine Freiheit ein und haben kein Recht darauf.
Und darüber werde ich nicht aus taktischen Gründen schweigen." Kühnert äußerte Verständnis für die Äußerungen des Grünenpolitikers Cem Özdemir. Dieser hatte in einem Gastbeitrag für die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" geschrieben, daß seine Tochter von jungen Männern mit Migrationshintergrund begafft und sexualisiert werde. "Ich bin keine Frau, aber als schwuler Mann kann ich erahnen, was er meint", sagte der SPD-Generalsekretär. Özdemir habe "von muslimisch geprägtem Sexismus und Chauvinismus gesprochen, aber nicht jedem Muslim unterstellt, frauenfeindlich zu sein".<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**"2015 hat mein Leben verändert"**
Über Christoph Berndt, AfD-Fraktionschef. Vom hoch dotierten Job in den Straßenwiderstand und dann ins Parlament: der erstaunliche Weg des brandenburgischen Fraktionschefs Christoph Berndt. …
_ von *Sophie Müller*
Ob Kevin Kühnert oder Ricarda Lang: Politiker sehen sich immer häufiger dem Verdacht ausgesetzt, erst das Fehlen einer Ausbildung habe bei ihnen den Wunsch geweckt, Berufspolitiker zu werden. Viel spannender ist möglicherweise die Frage, welche Motive hoch qualifizierte Menschen veranlassen, in die Politik zu gehen. Im Fall von Christoph Berndt, des Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg, läßt sich der Entschluß sehr genau nachvollziehen. Er ist zweifach promoviert, arbeitete seit 1984 in der Charité und war dort zehn Jahre lang Vorsitzender des Personalrats der Medizinischen Fakultät.
Vorbild: Zukunft Heimat
Berndt, der schon vor längerer Zeit den Trubel des Berliner Szeneviertels Prenzlauer Berg gegen ein Landleben in Südbrandenburg eingetauscht hatte, wurde im Jahr 2015 mit einer drastischen Veränderung in seinem unmittelbaren Wohnumfeld konfrontiert: Zützen, das idyllische Dorf seiner Wahl, sollte plötzlich zum Standort einer Massenunterkunft für Asylbewerber werden. Damit nicht genug: Auch die Dimensionen des Projekts waren aus Sicht vieler Bewohner der kleinen Gemeinde im Landkreis Dahme-Spreewald alarmierend. Das Dorf mit rund 450 Einwohnern sollte Dutzende Asylbewerber aufnehmen. "Mein Leben hat sich im Jahr 2015 grundlegend geändert", so Berndt im Gespräch mit COMPACT.
"Die haben das durchgezogen. Das war eine Frage der Macht."
Als Reaktion auf diese Pläne gründete er mit anderen zusammen zunächst die Bürgerinitiative Pro Zützen, im August 2015 dann den Verein Zukunft Heimat. Der Verein brachte hunderte Bürger zu Demonstrationen vor Ort und in der Kreisstadt Lübben auf die Straße. Verhindern konnte man die Asylunterkunft im ländlichen Raum nicht: "Uns wurde nur zugesichert, daß keine jungen Männer, sondern Familien kommen. Das war das einzige Zugeständnis. Die haben keinen einzigen Moment daran gedacht, ihre Pläne zu ändern, die haben das durchgezogen. Das war eine Frage der Macht."
Nachdem sich Berndt nach jahrzehntelangem Leben im Hauptstadtmoloch bewußt für das Landleben entschieden hatte, mußte er ein ernüchterndes Fazit ziehen: Der Rückzug in eine Idylle ist nicht möglich. Bereut hat er die Stadtflucht dennoch nicht: "In Berlin würde ich mittlerweile keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr nutzen. Die Unbefangenheit, sich ohne Angst vor Gewalt im öffentlichen Raum bewegen zu können, ist dahin."
Trotz allem war der Kampf nicht sinnlos. Der Verein Zukunft Heimat wurde zum Modell für

ähnliche Initiativen in anderen Teilen des Landes. In der Region selbst, jahrzehntelang eine Hochburg der SPD, ändern sich die Mehrheitsverhältnisse fundamental. Im Jahr 2019 zog die AfD in die Stadtverordnetenversammlung der Gemeinde Golßen, deren Ortsteil Zützen ist, bereits mit vier Vertretern ein, auch die Freien Wähler errangen mehrere Mandate. Seitdem haben die beiden Parteien im Gemeinderat die Mehrheit. Zur veränderten Stimmung trägt auch die Tradition des durch Zukunft Heimat wiederbelebten "Mühlentages" in einem der Nachbardörfer Zützens bei. Der Verein brachte dazu ein Backhaus wieder in Schuß, die Einnahmen des Dorffestes gehen als Spende an ein Tierheim.

Der Umstand, daß trotz der Bürgerproteste die Asylunterkunft nicht verhindert werden konnte, führte bei Berndt zu einem wichtigen Entschluß: "Wir hatten alles versucht. Wir hatten Gespräche mit Abgeordneten, Politikern, einem Amtsdirektor und dem Landrat. Wir haben dann gemerkt: Die reden zwar mit uns, an ihren Plänen wollen sie aber nichts ändern. Die einzige Kraft, die tatsächlich versucht hat, uns zu helfen, das war die AfD."

Dennoch war er zunächst zurückhaltend, selbst in einer Partei aktiv zu werden: "Ich hatte immer in Erinnerung, was Rudolf Bahro gesagt hat, der zeitweise Mitglied bei den Grünen gewesen ist: "Nichts sieht einer Partei so ähnlich wie eine andere Partei."" Folge dieser Skepsis war es, daß er nach Pro Zützen zunächst den Verein Zukunft Heimat gründete und sich erfolgreich mit gleichgesinnten Initiativen in Südbrandenburg vernetzte. Regelmäßig fanden zwischen 2015 und 2018 Demonstrationen in Cottbus mit bis zu 10.000 Teilnehmern statt. Doch es zeigte sich: Die Einflußmöglichkeiten eines außerparlamentarischen Vorgehens sind begrenzt, sie beschränken sich zumeist auf die jeweilige Region.

Der Weg ins Parlament

Erst im Sommer 2017 war Christoph Berndt so weit, einen Aufnahmeantrag in die AfD zu stellen: "Ich habe lange mit mir gerungen. Letztendlich mußte ich einsehen, daß es die Parteien sind, die im politischen System der Bundesrepublik einen großen Einfluß haben. Wenn wir etwas im Land verändern wollen, dann müssen wir auch das Parlament nutzen. Dabei aber mit dem Willen, tatsächlich etwas zum Besseren zu verändern." Berndt räumt ein, daß die Entwicklung von Parteien nach eigenen Regeln verläuft. Dies müsse allerdings nicht heißen, "die Ziele aus den Augen zu verlieren und zu vergessen, was wir wollen", so der 68-Jährige.

"Wenn wir etwas verändern wollen, dann müssen wir auch das Parlament nutzen."

Bei der Landtagswahl 2019 haben die Brandenburger die AfD zur zweitstärksten politischen Kraft gemacht. Seit Oktober 2020 ist Christoph Berndt Fraktionsvorsitzender im Landtag. Dort hat der zweifach promovierte Mediziner unter anderem in den beiden Untersuchungsausschüssen mitgearbeitet, die auf AfD-Antrag zur Aufklärung der Corona-Politik eingerichtet wurden.

Als Oppositionsführer macht Berndt immer wieder die Massenzuwanderung zum Thema. Daneben kommen von der AfD regelmäßig Anträge zum Stop von Ideologieprojekten wie der sogenannten grünen Energiewende, zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks oder zur Einführung von mehr direkter Demokratie. Die Fraktion kann als Erfolg verbuchen, daß sie mit dem Überwechseln des Abgeordneten Dr. Philip Zeschmann von den Freien Wählern prominente Verstärkung bekam.

Brandenburgische Erfolge

Kommunalwahl
2014 | 3,9 Prozent,
2019 | 15,9 Prozent.
Landtagswahl
2014 | 12,2 Prozent,
2019 | 23,5 Prozent.
Europawahl

2014 | 8,5 Prozent,
2019 | 19,9 Prozent.
Bundestagswahl
2013 | 6,0 Prozent,
2017 | 20,2 Prozent,
2021 | 18,1 Prozent.
Mitte Juni 2020 stufte der Verfassungsschutz Brandenburg den AfD-Landesverband als Verdachtsfall ein. Innenminister Michael Stübgen kommentierte, die Brandenburger AfD sei "geprägt vom Gedankengut des völkisch-nationalen Flügels".
Umfragen zur bevorstehenden Landtagswahl im Herbst 2024 sehen die AfD deutlich vor der jahrzehntelang regierenden SPD inzwischen auf Platz 1. Die Unzufriedenheit ist riesig. "Die Menschen spüren, daß die wirtschaftliche Lage im Land immer schlechter wird, gleichzeitig werden ihnen ständig Vorschriften gemacht, wie sie ihr Leben zu führen haben", so Berndt.
*_ Sophie Müller (*1999) studiert Slawistik und Geschichte in Berlin. In COMPACT 3/2024 schrieb sie über die Ermordung des US-amerikanischen Blogger Gonzalos Lira durch das Kiewer Regime.*
Dieser Artikel erschien im neuen COMPACT-Spezial 41: "AfD".<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Keiner hat uns mehr lieb**
Grünen-Dämmerung: Die einstigen selbsterklärten Alleskönner der deutschen Politik verlieren an allen Fronten
Kurt Zach
Gibt es sie doch noch, die guten Nachrichten? Erstmals seit sieben Jahren sind die Grünen in den Umfragen wieder einstellig. Die Jungwähler kehren ihnen den Rücken. Im Osten fliegen sie aus zwei Landtagen und überleben im dritten auch nur mit knapper Not. Das Führungsduo muß seine Sessel an der Parteispitze räumen, und die Grüne Jugend desertiert gleich kohortenweise, weil ihr die Partei nicht mehr linksradikal genug erscheint.
Für die Grünen ist das eine ungewohnte Erfahrung. Ihre getreuen Bewunderer im etablierten Medienbetrieb halten zwar noch fest zu ihnen, und ebenso die Echokammern der sogenannten "Zivilgesellschaft", die sie sich in langen Jahren geschaffen und mit reichlich Steuergeld gefüttert haben. Doch außerhalb dieser Komfortzone bläst ihnen der Wind der Ablehnung scharf ins Gesicht. Und was ihnen als "legitimer Protest" galt, wenn es gegen Andersdenkende ging - Buhrufe, Verbalattacken, rabiate Gegenproteste -, macht sie fassungslos, müssen sie es selbst erfahren.
Ihr zentrales Thema "Klimaschutz" ist trotz aller Propaganda auf der Wahrnehmungsskala der Wähler weit nach unten durchgerutscht. Eine wachsende Zahl von Normalbürgern hat inzwischen ganz andere, existentielle Sorgen, die ihr Leben und Überleben im Hier und Jetzt betreffen und nicht eine von grünen Apokalyptikern imaginierte Zukunftskatastrophe, vor der allein grüne Politik den Planeten und die Menschheit retten könne.
Schlimmer noch für das realitätsresistente grüne Sendungsbewußtsein: Den Leuten dämmert, daß ein Großteil der Probleme des Landes (Deindustrialisierung und Arbeitsplatz-Exodus, hohe Energie-, Lebensmittel- und Konsumgüterpreise, Massenmigration und erodierende innere Sicherheit, zerfallende Infrastruktur trotz Rekordlasten an Steuern und Abgaben) durch den grünen Einfluß auf die Politik des Landes maßgeblich verursacht worden sind, und das nicht etwa erst seit die Grünen selbst mit in der Regierung sitzen.
Das ist auch der Hauptgrund des steilen Zustimmungsverlusts unter Jungwählern, der eine tragende Säule des grünen Machtkalküls ins Wanken bringt. Es schien der perfekte Plan zu sein: Vom Kindergarten bis zur Universität von grünen Pädagogen nach durchideologisierten Lehrplänen und dogmatischen Vorgaben indoktriniert, würden sich die nachrückenden Gene-

rationen gar nichts anderes mehr vorstellen können, als grüne Politik zu wählen und einzufordern. Dazu noch allenthalben das Wahlalter abgesenkt, und die grünen Mehrheiten wären schon bald institutionalisiert.
Jetzt müssen die Grünen erleben, daß ihre Strategie sich gegen sie wendet. Dahin sind die nahezu absoluten grün-linken Mehrheiten bei Schüler- und Jugendwahlen. Jung- und Erstwähler, die unter den Folgen von Massenmigration und ökonomischem Niedergang viel unmittelbarer leiden als die grüne Nomenklatura und Stammklientel in ihren privilegierten und meist öffentlich finanzierten Refugien, wenden sich nach rechts. Die Grünen, gestartet als Generationenpartei von Achtundsechzigern und aufsässigen Bourgeoisiekindern der wohlstandsverwöhnten alten Bundesrepublik, drohen auch als solche zu enden.
Das läßt in den grünen Führungsetagen die Panik ansteigen, aber noch lange nicht die Einsicht in die Realitäten. Dafür sind die Grünen viel zu sehr Ideologiepartei, in welcher die allen politischen Akteuren geläufige rechthaberische Neigung, für Rückschläge und Niederlagen stets nur bei anderen die Verantwortung zu suchen, zur Glaubensgewißheit angeschwollen ist.
Die inzwischen kaltgestellte Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang mochte deshalb auch gar nicht glauben, daß die Migrationspolitik die Leute bewege und daß die Wahlniederlage ihrer Partei etwas damit zu tun haben könnte. Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt ist nicht die einzige Grüne, die genau zu wissen glaubt, daß der Russe dahintersteckt. Andreas Audretsch, Habecks designierter Wahlkampfmanager, gibt dem Erzbösewicht Putin sogar die Schuld am Absturz der Grünen im Nachbarland und am Wahlerfolg der FPÖ.
Auf Wehleidigkeit - "Grünen-Bashing" ist gemein, die Wähler waren einfach nur zu dumm und zu verführt, um die Grünen und ihre doch so großartige Politik zu begreifen - und Sündenbocksuche - Putin, "Haß und Hetze", die "Nazis" - folgt der Ruf nach noch mehr autoritären Maßnahmen, Zensur und Verboten. Der ewig zu kurz gekommene Anton Hofreiter würde am liebsten die Plattform "X" verbieten, und wenn's schnell geht, gerne auch gleich noch die AfD.
Die glücklosen Parteichefs Ricarda Lang, vor wenigen Monaten noch als "Aufsteigerin des Jahres" gefeiert, und Omid Nouripour mußten sich daher auch nicht zurückziehen, weil sie eine beispiellose Serie von Wahlniederlagen auf dem Konto haben. Das Prinzip Verantwortungsübernahme ist in der deutschen Politik ja schon seit den Merkeljahren faktisch außer Kraft gesetzt. Sie wurden zurückgetreten, weil sie der Hybris von Vizekanzler Robert Habeck im Wege standen, der sich als "Kanzlerkandidat" seiner nunmehr einstelligen Partei sieht und dafür Leute seines Vertrauens an den Schalthebeln sehen will.
Habeck, dauerbeleidigt, sobald man ihn "Kinderbuchautor" nennt, steht mit handwerklich peinlichen Lobby-Gesetzen und von Subventionsorgien begleiteter "Transformations-Planwirtschaft" für den wirtschaftlichen Niedergang, Annalena Baerbock mit Visa-Affäre sowie linguistischen und diplomatischen Fehlleistungen in Serie für den Ruin des deutschen Rufs in der Welt. Rücktritt kommt selbstredend für keinen von beiden in Frage, schon weil dann der Russe durchmarschieren würde.
"Kanzlerkandidat" oder nicht, die medialen Blütenträume von einer grünen "Volkspartei" sind vorerst an der Wirklichkeit zerschellt. Kursänderungen sind von den Grünen dennoch nicht ernsthaft zu erwarten. Ihre Kernanhängerschaft, die materiell oder gesinnungshörig von ihnen abhängig ist, folgt ihnen, egal was sie anstellen; ihre Stammwähler gleichen Sektenmitgliedern, die sich weder durch Fakten noch durch Argumente von ihrem Glauben abbringen lassen.
Und dann haben sie ja noch die "Brandmauer", mit der sich die Unionsparteien verpflichtet haben, von den Wählern gewünschte nicht-linke Mehrheiten niemals in politische Gestaltungsmacht umzusetzen. Solange dieses Dogma steht, bleibt auch die unheilvolle Dominanz der grünen Ideologie in Politik und Gesellschaft bestehen - weitgehend unabhängig von

Wahlniederlagen, Formkrisen oder Schwächeerscheinungen der Partei.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Konflikt aus dem zu nahen Osten**

Kriminalität: Ein Jahr nach der Terrorattacke der Hamas gehen die antiisraelischen Übergriffe hierzulande weiter

Peter Möller

Die Zahlen sind eindeutig: Seit den Terroranschlägen der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und den darauffolgenden militärischen Gegenschlägen im Gazastreifen und im Libanon hat sich die Zahl der antisemitischen Straftaten in Deutschland nahezu verdoppelt: Die Behörden registrierten im vergangenen Jahr 5.164 antisemitische Straftaten und damit 95,5 Prozent mehr als noch 2022. Unter den erfaßten Straftaten waren der Statistik zufolge 148 antisemitische Gewaltdelikte, davon 91 Körperverletzungen.

Knapp 53 Prozent aller antisemitischen Straftaten, die im vergangenen Jahr in Deutschland gemeldet wurden, entfielen auf den Zeitraum nach dem 7. Oktober. In den ersten beiden Quartalen dieses Jahres wurden bislang 1.508 antisemitische Straftaten registriert, darunter 33 Gewalttaten. Das geht aus den Antworten der Bundesregierung auf entsprechende Kleine Anfragen der Linkspartei im Bundestag hervor.

Israels Botschafter in Deutschland, Ron Prosor, hatte bereits nach dem starken Anstieg der Übergriffe im vergangenen Jahr alarmiert reagiert und ein "Aufwachen" gefordert. "Die Tatsache, daß Juden Angst haben, mit einer Kippa auf die Straße zu gehen oder auf hebräisch in ihre Handys zu sprechen, das kann einfach nicht sein", sagte er der Nachrichtenagentur dpa. "Leute, die Angst haben, ihre Kinder in die Schule zu bringen, wenn die Schule nicht geschützt wird: Das sind Verhältnisse, die nicht normal sind."

Die massive Zunahme der antisemitischen Straftaten sowie die Bilder von aufgeheizten propalästinensischen Demonstrationen in zahlreichen deutschen Städten, aber auch antisemitische Blockade- und Protestaktionen an Universitäten haben Politik und Öffentlichkeit aufgeschreckt.

Daß sich die Situation auch fast ein Jahr nach dem 7. Oktober nicht beruhigt hat, sondern sich angesichts des anhaltenden Konfliktes im Nahen Osten weiter verschärft, zeigte sich am Freitag vergangener Woche in Berlin. Aus einer Ansammlung von mehreren Dutzend junger Menschen in Berlin-Kreuzberg, die unter anderem propalästinensische Parolen riefen, kam es nach Angaben der Polizei zu einem Angriff auf einen Streifenwagen, in dem zwei Polizisten saßen.

Die Täter bewarfen demnach den Polizeiwagen mit Gegenständen. Dabei ging eine Scheibe zu Bruch und eine weitere Scheibe splitterte. Die beiden Beamten konnten sich aus dem Auto retten und blieben unverletzt. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) verurteilte den Angriff scharf: "Wir sehen eine wachsende Bereitschaft aus der propalästinensischen Community und ein anhaltendes Personenpotential, Berlin in Schutt und Asche zu legen sowie Polizisten mit körperlicher Gewalt, Steinen und Pyro massiv zu verletzen."

Die Tatsache, daß die Teilnehmer der häufig äußerst aggressiven Demonstrationen zumeist aus dem migrantischen Milieu stammen, führte schnell zum Ruf nach politischen Konsequenzen, bis hin zur Forderung aus der SPD, eingebürgerten Antisemiten den deutschen Paß bis zu zehn Jahre rückwirkend wieder zu entziehen.

Konkret schlug sich der wachsende Antisemitismus in der Neufassung des Staatsangehörigkeitsrechts durch die Ampel nieder, das im Juni in Kraft getreten ist. Ausländer, die sich einbürgern lassen wollen, müssen sich demnach künftig auch zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, bekennen.

"Ein unrichtiges Bekenntnis schließt jede Einbürgerung strikt aus", machte das Bundes-

innenministerium deutlich. Zudem wurde der obligatorische Einbürgerungstest erweitert und der entsprechende Fragenkatalog um neue Prüfungsfragen zu den Themen Antisemitismus, Existenzrecht Israels und jüdisches Leben in Deutschland ergänzt.
Bereits kurz nach den ersten Demonstrationen, die mit Blick auf den Überfall auf Israel am 7. Oktober zunächst teilweise den Charakter von Jubelveranstaltungen hatten, hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) Anfang November 2023 die Betätigung der Hamas und des Vereins "Samidoun - Palestinian Solidarity Network", der als ein maßgeblicher Treiber bei der Organisation antiisraelischer Demonstrationen galt, in Deutschland verboten.
"Antisemitismus hat in Deutschland keinen Platz - egal von wem er ausgeht. Wir werden ihn in all seinen Formen mit der ganzen Härte des Rechtstaats auch weiterhin bekämpfen", sagte Faeser zur Begründung. Kritiker hielten ihr vor, daß das Verbot dieser beiden Organisationen, die eine wichtige Rolle bei der Vernetzung innerhalb der antiisraelischen und propalästinensischen Szene gespielt haben, auch vor dem Terrorangriff der Hamas bereits überfällig gewesen sei.

Rechtliche Lage nicht immer eindeutig

Nicht immer in diesem auch auf deutschen Straßen ausgetragenen Konflikt ist die rechtliche Lage eindeutig. Das gilt insbesondere für die in propalästinensischen Kreisen weit verbreitete Parole: "From the river to the sea, Palestine will be free". Die deutschen Sicherheitsbehörden werten diesen Slogan vielfach als gegen das Existenzrecht Israels gerichtet beziehungsweise schreiben ihn der verbotenen Terrororganisation Hamas zu und ziehen seine Verwendung als Grund für das Auflösen von Versammlungen heran.
Dieser Auslegung hat indes das Landgericht Mannheim Mitte Juni in einem Urteil widersprochen. Aus Sicht des Gerichts bleibe der Ausspruch "allgemein gehalten" und habe eine komplexe Geschichte. Es lasse sich aus ihm nicht entnehmen, auf welche Weise das historische Palästina befreit werden solle. Mit anderen Worten: Es muß nicht die Vernichtung Israels gemeint sein, sondern der Slogan kann auch als Forderung nach einem Ende der israelischen Besatzung verstanden werden.
In Berlin entwickelten sich die Universitäten nach dem 7. Oktober schnell zu einem Schwerpunkt der Auseinandersetzungen. Negativer Höhepunkt war im Februar der Angriff auf einen jüdischen Studenten, bei dem dieser schwer verletzt wurde. Hintergrund der Tat war offenbar der Nahostkonflikt. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) sprach auf X von einem "niederträchtigen Angriff" und fügte hinzu: "Jüdische Menschen müssen sich in Berlin überall sicher fühlen - auch an unseren Universitäten!"
Mehrfach war es an der Berliner Humboldt-Universität und an der Freien Universität zudem zu Blockadeaktionen und Besetzungen gekommen, bei denen die Universitätsleitungen teilweise äußerst unglücklich agiert hatten. So hatte sich HU-Präsidentin Julia von Blumenthal im Mai zunächst geweigert, das von propalästinensischen Demonstranten besetzte Institut für Sozialwissenschaften räumen zu lassen. Erst auf Druck des Berliner Senates wurde die Einrichtung schließlich geräumt.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**"Bürger würden uns die Freundschaft kündigen"**

Brandbrief: Baden-Württembergs Kommunen schlagen Alarm, weil sie immer mehr Aufgaben bewältigen müssen - und das Geld dafür fehlt

Paul Leonhard

Die Kommunen proben den Aufstand. Der Städtetag Baden-Württemberg hat den Alltagsfrust der 600 Bürgermeister aus rund 200 Städten und Gemeinden in einer nach dem Tagungsort benannten "Freiburger Erklärung" zusammengefaßt. Das Besondere daran: Es werden nicht nur die Probleme benannt und die Regierenden in Berlin und Stuttgart kritisiert, sondern auch konkrete Lösungen formuliert.

Es geht um die explodierenden Kosten für Nahverkehr, Krankenhäuser, Schulen, Schwimmbäder und Migranten, um die Verödung der Innenstädte und immer neue Belastungen der Kommunen durch von Bund und Land verabschiedete Gesetze. Die Bürgermeister sehen finanziell kein Land mehr. "Über 60 Prozent der Kommunen, über 80 Prozent der Landkreise kriegen keinen ausgeglichenen Haushalt hin - mit steigender Tendenz", konstatiert Frank Mentrup (SPD), Präsident des Städtetags und Oberbürgermeister von Karlsruhe: "So etwas gab es in Baden-Württemberg noch nie."

"Den Menschen sagen, was noch möglich ist"

Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung fehlen in Baden-Württemberg rund 60.000 Kitaplätze. Um die Nachfrage decken zu können, würden bis 2025 rund 14.800 zusätzliche Erzieher benötigt. Eine der Forderungen der Bürgermeister ist es, den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz zu überdenken. Eine zeitliche Einschränkung schlägt Sozialdezernent Benjamin Lachat vor: Statt zahlreicher Kinder ohne Betreuung sei es besser, allen Kindern einen Kita-Platz mit einer begrenzten Stundenzahl anzubieten.

Andere Forderungen des Städtetags sind altbekannt: "Wir müssen die Bürokratie abbauen, wir müssen die Standards abbauen, wir brauchen mehr Flexibilität", hieß es vom Städtetag Baden-Württembergs bereits im Januar 2023: "Für die gesetzlichen Aufgaben der Kommunen fehlt derzeit ein Betrag von rund 1,9 Milliarden Euro jährlich", konstatierte seinerzeit Städtetags-Geschäftsführer Ralf Broß. So stellte die Landesregierung den Kommunen 2023 lediglich 530 Millionen für die Unterbringung und Integration der ihnen zwangszugewiesenen Migranten zur Verfügung. Auch die 100 Millionen Euro für den Einstieg in die Finanzierung des Ganztagsanspruchs in der Grundschule werden bei weitem nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken.

Würden die Kommunen den selben Politikstil wie in Berlin und Stuttgart pflegen, "würden die Bürger uns die Freundschaft kündigen", sagte Städtetagspräsident Mentrup und forderte von Bund und Land "mehr Mut zu Entscheidungen" und einen "neuen Pakt der Verantwortlichkeit". Und man müsse den Menschen sagen, "was noch möglich ist". Innenminister Thomas Strobl (CDU) reagierte auf die "Freiburger Erklärung" im gewohnten Stil: Das Land wolle den Städten und Gemeinden "den Rücken bestmöglich stärken und ihnen Rückenwind geben".<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Ländersache: Nordrhein-Westfalen**

Eskalation im Milieu

Christian Schreiber

In den Niederlanden sind Bombenattentate, Auftragsmorde und Sprengstoffattentate längst Teil des kriminellen Alltags. Nun scheint der Spuk auch nach Deutschland herüberzuschwappen. Eine Explosionsserie in Köln könnte mit solchen Bandenkriegen im Zusammenhang stehen. "Es gibt offensichtlich im Milieu offene Rechnungen, die noch beglichen werden", sagte der Chef der Kölner Kriminalpolizei, Michael Esser. Sicherheitsexperten machen die "Mocro-Mafia" dafür verantwortlich. Er ist zum Sammelbegriff für organisierte Verbrechergruppen geworden, deren Mitglieder ursprünglich aus der marokkanischstämmigen Bevölkerung kommen.

Weil einige Medien bei der Bezeichnung einen rassistischen Einschlag festgestellt haben, gilt sie als verpönt. Und so ganz zutreffend ist der Begriff wohl auch nicht mehr. "Die sogenannte Mocro-Mafia begann in den neunziger Jahren mit dem Import von Cannabis in die Niederlande und erweiterte später ihr Geschäft auf den Import von Kokain", sagte Dirk Peglow, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, gegenüber der Deutschen Welle: "Wir haben

es daher mit einer Gruppe zu tun, deren Strukturen seit Jahrzehnten etabliert sind. Wobei schon längst nicht mehr nur marokkanische Staatsangehörige dieser kriminellen Organisation angehören."
Brutalität und Sprengstoffattentate gelten in Ermittlerkreisen als Handschrift der "Mocro-Mafia". Öffentliche Aufmerksamkeit erregte sie vor mehr als zehn Jahren mit einem Bandenkrieg und damit verbundenen Dutzenden kaltblütigen Auftragsmorden, darunter an dem holländischen Investigativjournalisten Peter de Vries.
In Nordrhein-Westfalen wächst die Unruhe. Im Sommer gab es bereits fast zehn Anschläge. Die Entwicklung könnte auch mit der Legalisierung von Cannabis zusammenhängen. Der Markt wird einfach größer. Und: Der Erwerb der Droge ist zwar mittlerweile auch in Deutschland gestattet, die kommerzielle Produktion aber nicht. Als die Niederlande Cannabis in kleinen Mengen legalisierten, hatte man versäumt, legale Versorgungswege zu schaffen. Marokkanische Banden witterten das Geschäft. Der Maastrichter Kriminologe Robin Hofmann nennt das den "Ursprung der Mocro-Mafia". Sie dürften nun vom größer gewordenen Markt in Deutschland profitieren, wo die nach dem Lauterbach-Gesetz legal agierenden Anbau-Clubs die Nachfrage der Konsumenten längst nicht decken können.
Im Grenzgebiet, so berichtet es die Polizei, sollen 300 Kilogramm Hasch verschwunden sein. Ein Millionen-Verlust. Die Gruppierung, die um diese Drogen geprellt worden sei, versuche nun, das Cannabis zurückzubekommen oder Schadenersatz zu erhalten, heißt es aus Sicherheitskreisen. In den Niederlanden ist die Lage längst eskaliert. Im Jahr 2024 hat es über 300 Anschläge auf Häuser gegeben. Es sei ein Wunder, daß es noch keine Toten gab, sagen Fachleute. Das Nachbarland gilt als Drehscheibe für den Handel mit Drogen; der Rotterdamer Hafen ist der größte Europas. Und von dort ist es nicht mehr weit bis nach Nordrhein-Westfalen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Einstieg in den Ausstieg**
Koalition: Nach den verheerenden Landtagswahlergebnissen kursieren diverse Szenarien für ein vorzeitiges Aus der Ampel
Paul Rosen
Noch nie war eine Koalition in Deutschland so unbeliebt wie die Ampel. Nach vernichtenden Wahlniederlagen sollen jetzt mehr Grenzkontrollen und Abschiebungen her; Subventionen für die Industrie wird es geben. Ansonsten wird auf das grüne Wirtschaftswunder gewartet und auf ein Schweigen der Waffen in der Ukraine gehofft: So meint die Regierung der größten Volkswirtschaft in Europa, durch die nächsten zwölf Monate bis zur Bundestagswahl zu kommen. Mehr noch: Kanzler Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), vermutlich auch Finanzminister Christian Lindner (FDP), träumen vom Wahlsieg. Das wird nicht passieren.
Mehrere Varianten werden derzeit in Berlin durchgespielt. Eine lautet, daß die SPD mit Scholz an der Spitze in den Bundestagswahlkampf ziehen wird. Bei unveränderten Rahmenbedingungen würde die SPD vielleicht bei 15 Prozent landen, die Grünen bei zwölf, und die FDP würde aus dem Bundestag fliegen. Die Union würde über 30 Prozent erzielen. Eine Neuauflage der Großen Koalition mit der SPD wäre die Folge; die Unions-Brandmauer verhindert jede Einbeziehung der auf 17 bis 19 Prozent taxierten AfD.
Ein Bündnis mit den Grünen hat CDU-Chef Friedrich Merz "aus heutiger Sicht" ausgeschlossen. Dieses Szenario mit Scholz ist schon deshalb sehr unwahrscheinlich, weil sich die SPD-Bundestagsfraktion von 207 auf etwa hundert Abgeordnete mehr als halbieren würde; zumal der nächste Bundestag ohnehin von 736 auf 630 Sitze verkleinert wird.
Oberstes politisches Prinzip eines Abgeordneten ist die Sicherung seiner Wiederwahl. Der Sessel im Reichstag ist bequem, die Diäten sind hoch, es gibt schöne Reisen und eine fette

Pension. Wegen der Sorgen, nicht wiedergewählt zu werden, brennt derzeit in der SPD-Fraktion die Luft. Genauso brennt es bei der FDP. "Entweder, es gelingt uns in den nächsten 14 Tagen, drei Wochen, hier tatsächlich einen vernünftigen gemeinsamen Nenner zu finden oder es macht für die Freien Demokraten keinen Sinn mehr, an dieser Koalition weiter mitzuwirken", erklärte der liberale Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki nach den vernichtenden Niederlagen bei drei Landtagswahlen.
In der FDP-Fraktion wird überlegt, die Ampel vorzeitig zu verlassen. Anlässe gibt es: Die Rentenreform mit hohen Beitragssteigerungen wird von den Liberalen nicht mehr mitgetragen. Und sollte das Verfassungsgericht im November den Solidaritätszuschlag kippen, würden Lindner 13 Milliarden Euro fehlen; eine Schließung dieses Lochs wäre kaum möglich. Schon spottet Merz, wenn die FDP in der Koalition bleibe, begehe sie "organisierten Selbstmord". Ob die FDP überlebt, wenn sie die Regierung verläßt, ist aber ebenso ungewiß, auch wenn Lindner von einem "Herbst der Entscheidungen" spricht.
Falls Lindner den Ampel-Exit jedoch vollziehen sollte, könnte Scholz mit den Grünen als Minderheitsregierung eine Zeitlang weitermachen - ähnlich wie Helmut Schmidt (SPD) 1982 in den letzten Wochen seiner Regierungszeit, nachdem die FDP-Minister zurückgetreten waren. Ein konstruktives Mißtrauensvotum von Merz und der Union wie 1982, als Helmut Kohl damit ins Kanzleramt kam, ist auszuschließen: Merz würde sich nie mit AfD-Stimmen zum Kanzler wählen lassen. Die Jamaika-Variante (Union, Grüne, FDP) ist ebenfalls unwahrscheinlich. Merz hat ein Bündnis mit den Grünen derzeit ausgeschlossen: Es gebe im demokratischen Spektrum im Augenblick keine Partei, die bei CDU-Wählern und -Mitgliedern "eine solche Aversion auslöst wie die Partei der Grünen".
Bei denen wiederum sammelt Wirtschaftsminister Robert Habeck nach dem vergangene Woche angekündigten Rückzug der beiden Parteichefs Ricarda Lang und Omid Nouripour die nach den Niederlagen zersprengten Truppen und will sich als Kanzlerkandidat präsentieren. Doch mehr als ihre Stammklientel, die bürgerlichen wohlhabenden Stadtbewohner, erreichen die Grünen nicht mehr. Zu groß ist die Wut über Heizungs- und Autoverbote in der Bevölkerung, die zu 70 Prozent auf dem Land wohnt, wo keine U-Bahn fährt und der Bus alle zwei Stunden. Verkehrs- und Energiewende gelten hier als Schimpfwörter.

Fraktion könnte Scholz zur Vertrauensfrage zwingen

Es wird vor dem Hintergrund der Umfragen oft übersehen, daß die SPD im derzeitigen Bundestag die größte Gestaltungsmacht hat. Mit Scholz wäre zwar die nächste Wahl verloren. Aber es gibt noch Optionen. Sollte etwa die FDP die Regierung verlassen, könnte die SPD-Fraktion Scholz zur Vertrauensfrage zwingen. Würde er - erwartungsgemäß - das Vertrauen nicht erhalten, könnte es Neuwahlen geben, aber dann nicht mehr mit Scholz, sondern mit Verteidigungsminister Boris Pistorius als Kanzlerkandidat.
Kommt es nicht zu diesem Szenario, weil die FDP nicht springt, könnte die SPD-Fraktion Scholz zum Rücktritt oder zum Verzicht auf eine erneute Kandidatur zwingen. Pistorius würde übernehmen. Den Termin könnte die SPD nach Belieben wählen. Als beliebtester Politiker Deutschlands hätte der Niedersachse das Format, den SPD-Wert wieder auf mindestens 20 Prozent - vermutlich zu Lasten der Union - zu heben.
Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) rief am vergangenen Wochenende beim Parteitag der nordrhein-westfälischen CDU, im Saal seien "alle glücklich". Das kann sich schnell wieder ändern.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Leicht erregbar in Erfurt**

Thüringen: Der Landtag liefert die erwartbar turbulente konstituierende Sitzung / Geänderte Geschäftsordnung zielt gegen die AfD
Christian Vollradt

Das Internet vergißt nicht. Und so findet sich in den Weiten des Worldwideweb auch noch eine Pressemitteilung der thüringischen CDU-Landtagsfraktion aus dem November 2018. Darin beschwert sich der seinerzeitige Fraktionsvorsitzende Mike Mohring über einen "Vorgang, der gegen alle parlamentarischen Gepflogenheiten verstößt". Hintergrund war die Nicht-Wahl des Kandidaten der CDU für das Amt des Landtagspräsidenten; der war an den Nein-Stimmen von Linkspartei, SPD und Grünen gescheitert. "Das Vorschlagsrecht", empörte sich Mohring, liege bei der stärksten Landtagsfraktion, also seiner CDU. "Gemeinhin akzeptierter Brauch in allen Parlamenten ist, daß der vorgeschlagene Kandidat auch gewählt wird."
Mit Blick auf die turbulente Eröffnungssitzung des neuen Thüringer Landtags Ende vergangener Woche sind diese markigen Worte schlecht gealtert. Einschränkend sei erwähnt, daß der längst entmachtete Mohring gar nicht mehr kandidiert hatte und daher auch kein Mitglied des Landtags ist. Doch seine Parteifreunde dürfen sich angesichts ihres aktuellen Abstimmungsverhaltens nun an die eigene Nase fassen.
Permanente Unterbrechungen, wütendes Geschrei, Rufe nach einem neuen Sitzungsleiter - und schließlich eine Vertagung samt Anrufung des Verfassungsgerichtshofs in Weimar. So läßt sich Teil eins der konstituierenden Sitzung des Erfurter Landesparlaments zusammenfassen. Von "Kindergarten" bis "Trauerspiel" reichten die Bewertungen. Erfolgreich hatten sich beide Seiten, die AfD auf der einen, alle übrigen Fraktionen auf der anderen, blockiert. Die AfD mit der (begrenzten) Macht des Alterspräsidenten Jürgen Treutler, die anderen mit ihrer Mehrheit. Treutler beharrte auf der bisher gültigen und noch nicht geänderten Geschäfts- und Tagesordnung, die anderen auf dem Recht des neuen Landtags, diese als erstes ändern zu dürfen.

Alterspräsident kritisiert die "Verachtung des Volkes"

Nach der geltenden Geschäftsordnung müsse erst eine Landtagspräsidentin oder ein -präsident gewählt werden, und dieses Amt stehe von jeher der stärksten Fraktion zu, meinte der Alterspräsident - in Übereinstimmung mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden des Jahres 2018. Das sahen die aktuellen Christdemokraten in Erfurt anders. Und mit ihnen die übrigen Fraktionen von BSW, Linkspartei und SPD. Die Verfassungsrichter stimmten dem in ihrem Urteil zu. Das Recht der Abgeordneten, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, habe ein höheres Gewicht als die Einhaltung der bisherigen Geschäftsordnung. Wenig überraschend, da das Bundesverfassungsgericht in ähnlichen Streitfragen zwischen AfD und Bundestag ebenso entschieden hat.
Schon mit seiner Eröffnungsrede hatte sich Alterspräsident Treutler den Unmut von Abgeordneten anderer Fraktionen zugezogen, die ihm mangelnde Überparteilichkeit vorwarfen. Denn er lobte die hohe Wahlbeteiligung und kritisierte jene Kommentare in den Medien, die in diesem Ergebnis der Wahl nichts Positives sehen wollten. Daraus, so der Alterspräsident, spreche eine "Verachtung des Volkes". Vielmehr sei der Wille der Wähler mit dem Ergebnis vom 1. September zum Ausdruck gekommen. Dieses Ergebnis sei nicht nur ein mathematisches, sondern vor allem ein politisches, betonte Treutler.
Nach zweitägiger Unterbrechung und dem Urteil aus Weimar mußte er dann ermöglichen, was CDU und BSW mit ihrem Geschäftsordnungsantrag bezweckt hatten: daß bereits im ersten Wahlgang nicht nur der stärksten Fraktion das Vorschlagsrecht für den Parlamentspräsidenten zusteht, sondern auch alle anderen Fraktionen einen Kandidaten benennen dürfen. Gewählt wurde schließlich der als Konsenskandidat gegen die AfD ins Rennen geschickte Thadäus König. Der 42jährige CDU-Politiker stammt aus dem sehr katholisch geprägten Eichsfeld, einer traditionell "schwarzen" Hochburg, und hatte landesweit das beste Erststimmenergebnis eingefahren.
Die von der AfD für den Posten nominierte Landtagsabgeordnete Wiebke Muhsal fiel erwartungsgemäß durch - auch als sie für das Amt der Vizepräsidenten antrat. Die 38jährige Juristin

hatte am 1. September in ihrem Wahlkreis das Direktmandat gegen den CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Mario Voigt geholt. Doch Vertreter anderer Fraktionen hatten die Kandidatur Muhsals für den Posten an der Spitze des Landtags als "Provokation" bezeichnet. Die Abgeordnete, die dem Parlament bereits von 2014 bis 2019 angehörte, war damals zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil sie den Arbeitsvertrag mit einer Mitarbeiterin um zwei Monate vordatiert hatte, um zusätzliches Geld von der Landtagsverwaltung zu erhalten.
Unterdessen hat die CDU bekräftigt, der AfD stehe im Thüringer Landtag grundsätzlich ein Vizepräsidentenposten zu. "Das Angebot steht", so CDU-Fraktionschef Mario Voigt.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Zwischen Reichstag und Kanzleramt**
Schwierige Beziehungen
Christian Vollradt
Etwa 150 Botschaften gibt es in Berlin. Nicht alle sind in prominenter Lage in der Nähe des Brandenburger Tors oder Unter den Linden, so wie die der USA, Frankreichs, Großbritanniens oder Rußlands. Traditionell sammeln sich einige Vertretungen auch in den Straßenzügen am Tiergarten. Manche Länder, mit denen die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhält, begnügen sich mit einem schlichten Bürobau oder sogar nur mit einer angemieteten Etage.
Trotz solcher Unterschiede läuft eines immer gleich ab. Bei einem turnusgemäßen Wechsel an der Spitze einer solchen Vertretung fragt das entsendende Land bei der Bundesregierung an, ob ihr der betreffende Vertreter genehm sei. In aller Regel ist das eine reine Formalität, und Berlin erteilt das sogenannte Agrément. Als nächstes überreicht der Entsandte dem Staatsoberhaupt des Empfangsstaates sein Beglaubigungsschreiben. Dazu wird der jeweilige Botschafter von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier - ganz klassisch im Cut - am Amtssitz in Schloß Bellevue empfangen.
Anschließend hissen Soldaten des Wachbataillons die Flagge des Gastlandes, während der nun akkreditierte Diplomat eskortiert von fünf Motorrädern der Berliner Polizei wieder abrückt, um sich seiner Aufgabe zu widmen: der Vermittlung im politischen Verkehr zwischen seiner und der deutschen Regierung. Gibt es gravierende Probleme zwischen den Staaten, kann der Botschafter "einbestellt" werden. Eine weitere Eskalationsstufe wäre es, Diplomaten zur unerwünschten Person zu erklären, sie müßten den Empfangsstaat dann verlassen. Im äußersten Fall können die diplomatischen Beziehungen ganz abgebrochen werden.
Kurioser und durchaus ungewöhnlich verhält es sich im Fall Afghanistan, zu dem Berlin seit 1915 diplomatische Beziehungen unterhält. Das Auswärtige Amt hat die deutsche Botschaft in Kabul nach der Machtübernahme der Taliban, deren Regierung nicht anerkannt wird, geschlossen. Die Beziehungen mit dem Land am Hindukusch wurden aber nicht offiziell abgebrochen. Der afghanische Botschafter in Berlin, der bereits im Februar 2021 also vor dem Machtwechsel in seiner Heimat, akkreditiert wurde, blieb weiterhin im Amt.
In Berlin sei er "jemand, der noch von der Republik Afghanistan aus der Vor-Taliban-Zeit übriggeblieben ist", drückte es ein Sprecher des Auswärtigen Amts einmal aus. "Die afghanische Botschaft in Berlin und die Generalkonsulate in Bonn und München betreuen die afghanische Diaspora in Deutschland konsularisch", und für solche Zwecke unterhalte die Bundesregierung "punktuell Kontakte zur afghanischen Botschaft in Berlin", teilte das AA auf Anfrage der JUNGEN FREIHEIT mit.
Doch auch mit dieser diplomatischen Sparflamme ist Schluß. Die Taliban kündigten jüngst an, in Deutschland nur noch über das Konsulat in München vertreten zu sein. Diesem vertraue man, dort würden die Befehle aus Kabul ausgeführt. Passend dazu funktioniert auch die bisherige Internetseite der afghanischen Botschaft in Berlin nicht mehr.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024

(x1.416/…): >>**"Von der Politik wohlwollend geduldet"**

Antifa-Area: Vor allem in Groß- und Universitätsstädten ist ein linksradikales Milieu etabliert - aber nicht nur dort

Hinrich Rohbohm

Im Verlauf der im Juli gestarteten Serie der JUNGEN FREIHEIT über die Antifa-Areas in Deutschland (JF 28/24) haben Leser ein ums andere Mal auf weitere sogenannte Kulturzentren hingewiesen, hinter denen sich linksradikale oder gar linksextreme Gruppen verbergen. Auf diese Weise erhielt die JF unter anderem Informationen über Antifa-Zentren im Raum Köln sowie Erfahrungsberichte über Aktivitäten in Speyer und Bremen, denen wir für den zwölften und letzten Teil dieser Reportage-Serie nachgegangen sind.

Leserhinweise führten dabei an die Universität Köln. Dort hat der Antifa Arbeitskreis, kurz "Antifa AK", seinen Sitz, der zu den radikalsten Gruppen der Kölner linken Szene zählt. Er ist auch Teil des bundesweit agierenden linksextremen Bündnisses "… Ums Ganze", dort eng vernetzt mit gewaltbereiten Kräften wie der "Basisgruppe Antifaschismus" in Bremen, "Redical M" in Göttingen, der "Antifa NT" in München oder der Marburger Antifa-Gruppe "CAT", die sich selbst als "undogmatische Kommunisten" bezeichnen. Die JUNGE FREIHEIT hört sich auch hier inkognito um. "Die sitzen beim AStA", berichten einige Studenten auf Nachfrage. Gemeint ist der Allgemeine Studentenausschuß, die offizielle Vertretung der Studentenschaft, finanziert von deren Pflichtgebühren. "AStA und Antifa ist in Köln praktisch ein und derselbe Laden", ergänzen die Kommilitonen.

In der Tat gibt der Antifa AK auf seinen Internetseiten als ladungsfähige Anschrift im Impressum die Universitätsstraße 16 an. Eine Adresse, die mit der studentischen Hochschulvertretung identisch ist. "Die hingen sonst auch immer im AZ ab", erzählt ein weiterer Student. AZ steht für Autonomes Zentrum, ein mit Graffiti übersätes Gebäude in der Luxemburger Straße 93, keine 600 Meter vom AStA-Büro entfernt.

"Scharnierfunktion zwischen Linksextremen und Etablierten"

Lange danach suchen muß man nicht. Die Graffiti-Spuren weisen schnell den Weg. Ein schwarzes Banner an der Hausfassade mit der Aufschrift "Autonomes Zentrum" läßt keine Zweifel. "Für unkommerzielle, selbstorganisierte Kunst, Kultur und Politik" steht darunter. Den Umstand verharmlosend, daß es sich hier um einen zentralen Anlaufpunkt der gewaltbereiten linken Szene handelt. Zumindest noch.

"Der Laden wird dichtgemacht", erzählen sie beim AStA. Die Stadt möchte auf dem Gelände Büros, Wohnungen und Gewerbe ansiedeln, die sogenannten Autonomen will sie in den Stadtteil Kalk umquartieren. Ein Unterfangen, das angesichts der dortigen Klientel eigentlich auf massiven Widerstand stoßen müßte. Doch weit gefehlt. Die Verhandlungen zwischen der Stadt und Vertretern des AZ verlaufen erstaunlich reibungslos.

Kein Protest, keine Krawalle, keine Besetzungen durch die sich doch eigentlich unkommerziell gebenden Kapitalismus- und Gentrifizierungsgegner. Was wohl damit zusammenhängt, daß die Stadt den AZ-Betreibern ein fürstliches Angebot unterbreitet hat. Als Ersatz für die schmuddelige Immobilie an der verkehrsträchtigen Straße erhalten die Betreiber nun im Stadtteil Kalk gleich ein ganzes Grundstück per Erbbaurechtsvertrag zugesprochen. Kostenlos versteht sich. Und die fachgerechte Instandsetzung der neuen Immobilie übernimmt selbstverständlich die Stadt.

Mit anderen Worten: Das ursprünglich illegal besetzte Haus an der Luxemburger Straße wird nun eingetauscht für ein ganzes Grundstück mitsamt Gebäude darauf, das zudem noch auf Steuerzahlerkosten für die Bedürfnisse der linksradikalen Nutzer des neuen Domizils hergerichtet wird. Wer diese sein werden, läßt sich bereits an der Hauswand des alten Gebäudes ablesen. Unter der Regenrinne neben einem Fenster hängt ein Transparent mit der Aufschrift "Refugees Welcome." Darunter der gesprayte Slogan "No Borders" sowie "No Justice" und

"No Peace-Parolen", dazu Aufschriften von Black Lives Matter.
Doch "nicht nur in den Groß- und Universitätsstädten", sondern "auch in der Provinz" habe "die Antifa und ihr nahestehende Organisationen Niederlassungen", berichtet ein anderer JF-Leser über ein Antifa-Zentrum in der pfälzischen Stadt Speyer, das "von Politik und Medien wohlwollend geduldet" werde. Wie in den meisten anderen Antifa-Areas sei die Immobilie "als Kulturverein getarnt und nennt sich Eckpunkt e.V."
Der Verein betreibe eine Kneipe in der Altstadt. Eine, "deren Wände voller Revoluzzer-Parolen und Antifa-Fahnen" hängen würden. 2016 habe der Politikwissenschaftler und als Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung tätige Ingar Solty einen Vortrag gehalten. Und dabei "unmißverständlich zur Revolution aufgerufen", berichtet der Leser.
Neben den üblichen Antifa-Gruppen würden sich in der Eckkneipe auch Parteien wie Die Linke oder Die Partei tummeln, zudem ein "Bündnis für Demokratie und Zivilcourage", welches "eine Scharnierfunktion zwischen dem linksextremen Milieu und den etablierten Parteien" bilde.
Sprecherin des Bündnisses ist Sabrina Albers. Die 44jährige gehört der Linkspartei an, arbeitete zudem als Verwaltungsangestellte am Historischen Museum in Speyer, ehe sie von der Stadt vor zwei Jahren zur Koordinatorin für städtische Bürgerbeteiligung berufen wurde. Im Februar dieses Jahres trat im Rahmen einer Kampf-gegen-Rechts-Kundgebung des Bündnisses neben anderen auch eine Sprecherin von Eckpunkt e.V. als Rednerin auf. Anonym. Benannt nur mit dem Vornamen Teodora. Nach Recherchen der Jungen Freiheit dürfte es sich dabei um die in Heidelberg studierende "Fridays for Future-Aktivistin" Teodora Talpeanu gehandelt haben.
Doch nicht nur bei "Fridays for Future" gibt es Verbindungen zu zahlreichen Antifa-Zentren. So seien bei Eckpunkt e.V. auch Organisationen wie "Omas gegen Rechts" oder Attac mit von der Partie. Attac hatte erst vorige Woche in Köln zu einer Buchvorstellung in das Allerweltshaus geladen, ein sogenanntes Interkulturelles Begegnungszentrum unweit der Großen Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld. Das Thema des im linksradikalen Unrast-Verlag erschienenen Buches: "Klimakommunismus - Gleichheit in Zeiten der Erderwärmung." Referent und Autor: Miltiades Oulios, ein WDR-Journalist, der bei dem Sender für den Deutschen Journalisten-Verband (DJV) im Personalrat sitzt und als Radio-Reporter für WDR Cosmo und WDR 5 zugleich über Klima- und Migrationsthemen berichtet.
Das Allerweltshaus wiederum bietet sich auch gern mal als Werbeplattform für linksradikale Gruppen an. Wie etwa bei einem Aufruf zum Aktionstag "Unteilbar solidarisch" zum 1. Mai 2020, zu dem neben "Fridays for Future" und der Interventionistischen Linken (IL) auch das Aufonome Zentrum (AZ) sowie Antifa AK als Veranstalter aufgerufen hatten.
Und auch in Bremen weiß ein Junge Freiheit-Leser von engen Verquickungen zwischen Klima-Ideologen und der Antifa zu berichten. "In der Zeit der Klima-Hysterie gab es auch ein Klima-Camp, das monatelang vor dem Rathaus, dem Dienstsitz des Bremer Bürgermeisters aufgebaut war. Auf dem höchsten Zelt wehte die Fahne der Antifa. So geht 'Distanz' vom Linksextremismus im linksgrünen Bremen", veranschaulicht er die mehr als offensichtliche Nähe. Eine Nähe zwischen Antifa und Klima-Ideologen, die längst schon mehr Regel als Ausnahme ist.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Verstecke dich im hellen Licht**
Massenmanipulation: Politik und Unternehmen nutzen immer häufiger undurchsichtige Möglichkeiten, ihre Weltsicht unter die Bevölkerung zu streuen. Digitale Medien eignen sich besonders für die selten bemerkten Eingriffe
Alexander Goloss

Staatliches Handeln entstehe immer aus einem guten Grundgedanken, so läßt es sich aus der Rede des Vizekanzlers Robert Habeck ableiten. Der grüne Minister stellt im März vor deutschen Mittelstandsunternehmern klar: "Der Staat macht keine Fehler". Die Redewendung "Gut gemeint ist nicht gleich gut gemacht" hat der Doktor der Philosophie wohl nie gehört. Die Grundannahme, die sich aus seiner Argumentation herauslesen läßt, ist: Der Staat weiß besser, was gut für den Bürger ist, als dieser selbst. Und Habeck ist der Staat - zumindest ein sehr hoher Repräsentant. Doch er ist bei weitem nicht der einzige Politiker, der diese Sicht teilt.

Nicht nur auf nationaler Ebene scheint diese Einstellung verbreitet, sondern auch innerhalb der Europäischen Union. Der vermeintliche Altruismus gleitet immer stärker in autoritäre Züge ab - vor allem im Digitalen. Meinungskontrolle und Manipulation gehören zunehmend zum Standardrepertoire der Politik und ihrer Vertreter.

Erinnern Sie sich etwa noch an die Corona-Pandemie? "Günther Jauch läßt sich impfen. Denn nur die Corona-Schutzimpfung bringt unseren Alltag zurück", hieß es damals auf einem Plakat zur staatlichen Kampagne #Ärmelhoch. Der Kultmoderator lächelte einem darauf freundlich entgegen, auf seinem Arm das Pflaster.

Es soll ein Symbol für den winzigen Einstich sein. Jauch prangte nicht nur an Litfaßsäulen, sondern flimmerte auch durch sämtliche soziale Medien. Die Botschaft war klar: Wer sich impfen läßt, kann ein Stück Normalität zurückbringen. Nicht nur für sich persönlich, infolge von fallenden Freiheitsbeschränkungen wie der 3G-Regel, sondern auch gesamtgesellschaftlich - so zumindest die Annahme. Der Umkehrschluß ist aber auch: Wer dies verwehrt, arbeitet dagegen, ist ein Außenseiter, der dem Wohlwollen des Staates, perfider noch der Gemeinschaft widerspricht.

Merkel transformierte die CDU zur konturlosen Mitte-Partei

Nudging heißt die Methode, mit der Menschen durch kleine Anreize oder Eingriffe in das Entscheidungsumfeld dazu gebracht werden sollen, bestimmte Beschlüsse zu fassen, ohne dabei auf Verbote zu setzen oder andere Optionen auszuschließen. Ursprünglich stammt der Begriff aus der Verhaltensökonomik und wurde durch den Wirtschaftswissenschaftler Richard Thaler und den Rechtswissenschaftler Cass Sunstein geprägt. Nach ihrer Theorie brauche der Mensch ein klein wenig Nachhilfe, die "Nudges", weil er sich entgegen der Theorie der rationalen Nutzenmaximierung verhalte.

Mittlerweile bezieht sich der Begriff allerdings nicht mehr allein auf ökonomisches Verhalten: Das, was in China letztlich seine besorgniserregenden Auswüchse in einem Sozialkreditsystem findet, fängt auch schon dabei an, das Obst in der Kantine offensiver zu positionieren, um Anreize zu gesunder Ernährung zu setzen. Zu beobachten war es jüngst auch wieder in der ARD-Sendung "Die 100 - Was Deutschland bewegt. Ist die AfD eigentlich ein Problem für die Demokratie". 100 vorausgewählte Personen, die einen Querschnitt unserer Gesellschaft darstellen sollen, wurden dort mit Fragen konfrontiert, die genau diese Eingangsfrage bejahen sollten. Eben um zu zeigen, daß die AfD ein Problem ist (JF 40/24).

Nudging ist dabei eng verbunden mit einem, auch in Deutschland, immer zentristischer gewordenen Staatswesen, das abseits der etablierten Parteien keinen Debattenspielraum mehr übriglassen will. Zwar bedeutet das hierzulande und auch europäisch betrachtet im Ernstfall nur selten geringere berufliche Chancen oder verweigerte Bankkonten, aber sehr wohl starken öffentlichen Druck, öffentliche Bloßstellung oder Ächtung im Fall einer Positionierung außerhalb des Korridors gewünschter Meinungen. Bestehen bleibt dabei lediglich eine alternativlose Mitte, die Randmeinungen brandmarkt und für diskursungültig erklärt.

Neuer AI-Act der EU verbietet Sozialkreditsystem

In Deutschland steht wohl niemand wie Bundeskanzlerin Angela Merkel für die Perfektionierung dieser Transformation hin zu einer kernlosen Partei, die schließlich auch öffentlich mit

"Die Mitte" warb. Im Gegenzug entfernten Teile der politischen Linken sich zunehmend von ihrem Kernthema "Klassenkampf" und begannen ebenso, es sich im Einheitsbrei gemütlich zu machen.
Die systematische Beschneidung des Meinungskorridors startete schon vor Jahrzehnten, doch noch gefährlicher wird sie durch den Einsatz digitaler Medien. Daß schließlich auch ein Großteil der medialen Blase das Vorgegebene nicht nur stützt, sondern auch noch aktiv fördert, beschleunigt das Phänomen. Klima, Corona, Kriege und Krisen - der Anlaß ist beliebig, eine Leitlinie ist schnell formuliert.
Dort, wo der Staat jedoch mit bloßer Meinungsmanipulation nicht mehr in die Gedankenwelt des Bürgers durchdringt, bedient er sich anderer Methoden: der Überwachung und Nachverfolgung der Bürger. Auch die wird in der Kommunikation, derer die sie ausbauen wollen, als gut gemeinter Akt zur Sicherheit aller getarnt, im Kern bedroht sie jedoch konkret die digitalen Freiheitsrechte. Das gilt nicht nur auf nationaler Ebene.
Immer wieder versucht die EU mit neuen Regulierungen maßgebend für die Ausgestaltung neuer Technologien zu sein, die unseren Alltag begleiten, und uns so unmerklich zu beeinflussen. So ist beispielsweise am 1. August der sogenannte AI-Act teilweise in Kraft getreten. In einem ersten Schritt soll er die Möglichkeiten zur subtilen Einflußnahme beschränken. So verbietet er etwa den Unternehmen, die KI-Anwendungen wie Chat-GTP oder ähnliches nutzen oder anbieten, Sozialkreditsysteme aufzulegen.
Grundsätzlich verboten ist damit auch die generelle Erfassung biometrischer Daten im öffentlichen Raum, wenn auch mit erheblichen Ausnahmen für die nationalen Strafverfolgungsbehörden. Das chinesische Sozialkreditsystem beispielsweise tut beides. Es erfaßt permanent auch kleinere Vergehen, wie bei rot über die Ampel zu gehen oder in sozialen Medien schlecht über die Regierung zu reden. Die Folgen davon können beispielsweise eine Zurückstellung bei der Beförderung im Job oder der Ausschluß der Kinder von einer Schule sein.
Je nachdem in welche Risikoklasse ein bestimmtes mit KI arbeitendes System fällt, muß es dann Auflagen erfüllen oder nicht. Wird einer KI ein hohes Risiko zugeschrieben, das heißt, es könnte sich auf die Sicherheit oder die Grundrechte der Menschen auswirken, dann muß es einer Konformitätsbewertung unterzogen werden. Dort muß garantiert werden, daß das System robust und nicht fehleranfällig ist. Auch die Genauigkeit der Daten soll dann überprüft werden. Gleichzeitig ist im AI-Act aber festgeschrieben, daß die Systeme Personen und Gruppen, die als besonders schutzbedürftig gelten, bevorzugen soll. Welche Gruppen konkret dazu zählen, bleibt dann den Unternehmen überlassen.
Ein anderes Beispiel kommt ebenfalls aus der EU. Erst im Juni vergangenen Jahres gründete die Kommission eine eigene Arbeitsgruppe mit dem Titel "Hochrangige Gruppe (HLG) für den Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung", die vor allem aus europäischen Sicherheitsbehörden besteht. Sie soll Empfehlungen abgeben, wie die Ermittler trotz digitaler Verschlüsselung an die Daten von (möglichen) Straftätern gelangen: "Ziel ist es, die Verfügbarkeit wirksamer Strafverfolgungsinstrumente zu gewährleisten, um die Kriminalität zu bekämpfen und die öffentliche Sicherheit im digitalen Zeitalter unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte zu erhöhen", heißt es beschönigend auf der Seite der EU-Kommission.
Die Gruppe drängt auf Datenzugriff von digitalen Geräten wie Smartphones, Tablets und Unterhaltungselektronik. Von den Mitgliedsstaaten fordert das Gremium außerdem eine "Harmonisierung" der Verkehrs- und Geodaten, was nichts anderes bedeutet als die Überwachung des privaten Verkehrssektors. Zudem möchte sie das "Security by Design-Konzept" in der EU etablieren. Das bedeutet, daß Hersteller die Überwachungstechnik bereits von vornherein in die Geräte einbauen und vermeintlich bedrohliche Inhalte schon gemeldet werden können - und müssen, wenn sie auf dem Gerät erstellt oder empfangen werden.
Bereits 2022 wurde von europäischer Seite eine Ausarbeitung zu diesem Thema veröffent-

licht, in der es heißt: "Security by Design zielt darauf ab, öffentliche Räume nicht nur sicherer, sondern auch multifunktional, nachhaltig, schön und für alle Menschen zugänglich zu machen." Daran gibt es Kritik: Der EU-Parlaments-abgeordnete Patrick Breyer von den Piraten etwa meint, die Polizei und Regierungen ignorierten damit die Zivilgesellschaft und wollten "ungestört die Vorratsdatenspeicherung wieder einführen und Verschlüsselung aushebeln", schreibt der Politiker auf seiner Webseite.

Brüssel sucht neue Möglichkeiten zum Datenabgreifen

Wie passend, daß der Europäische Gerichtshof erst Ende April entschied, man könne die bisher eher strengen rechtlichen Vorgaben zur Vorratsdatenspeicherung durchaus lockern. Die Richter legitimierten damit die Speicherung von IP-Adressen, auch wenn kein Fall von schwerer Kriminalität vorliegt. Einen Anlaß braucht es also in Zukunft nicht mehr. Gewährleistet werden muß lediglich, daß die IP-Adressen von den übrigen Personendaten getrennt werden, so daß keine Rückschlüsse auf das Privatleben der Internetnutzer gezogen werden können.

Auch hierzulande dürfte es Politiker geben, die diesen Ansatz unterstützen: "Aus Sicht des Bundes-innenministeriums und der Sicherheitsbehörden bleibt die Speicherung von IP-Adressen wichtig, um Täter, insbesondere im Bereich der sexualisierten Gewalt gegen Kinder, aber auch im Bereich der Haßkriminalität und in Bereichen bis hin zur Terrorismusbekämpfung, zu ermitteln", sagte ein Sprecher von Bundesinnenministerin Nancy Faeser im April. Vorerst bleibt die Ampel aber eher bei einem moderaten Datensammelkurs und unterstützt das sogenannte Quick-Freeze-Verfahren, nach dem die Ermittler relevante Daten sofort bei den Providern einfrieren lassen können, wenn der konkrete Verdacht einer Straftat besteht.

Stellt sich heraus, daß die Daten für die spätere Aufklärung der Fälle wichtig sein könnten, ist der Zugriff möglich. Allerdings muß beides, Speicherung und spätere Abrufung, erst einmal richterlich angeordnet werden.

Ein anderer Vorstoß ist jüngst auf europäischer Ebene gescheitert. Der Vorschlag Belgiens, daß Internetnutzer künftig einer Chatkontrolle zustimmen sollen, ohne die sie keine Bilder oder Videos hochladen können, hatte keine ausreichende Mehrheit und wurde deshalb nicht einmal zur Abstimmung gestellt.

Trotz dessen gibt es keinen Grund zum Aufatmen. Besser, und damit freier von Manipulation und Überwachung, kann es nämlich nur werden, wenn sich die politischen Parteien darauf besinnen, von einem alles vermischenden Mitte-Kurs abzuweichen und auch den Rändern wieder Platz im Debattenspektrum zu überlassen. Das ist wenig wahrscheinlich angesichts des Machterhaltungsmotors des politischen Systems.

Nur dann jedoch würde der Platz frei für einen Staat, der sich nicht selbst als unfehlbar sieht und keine wohlwollenden, aber letztlich alternativlosen Ratschläge verteilt. Auf den ersten Blick erscheinen die manipulativen Maßnahmen nämlich gut gemeint, auf den zweiten sind sie es vor allem aus demokratietheoretischer Sicht aber nur sehr selten. Denn: Auch wenn ein lächelnder Günther Jauch wohl zu jeder Sekunde nur das Beste für jeden Bürger wollen dürfte - die Vorstellung, daß auch der Staat jederzeit diesen Ansatz verfolgt, ist naiv.

Aufteilung der täglichen Medienzeit: Vor 40 Jahren lag die durchschnittliche tägliche Mediennutzung noch bei vier Stunden und 25 Minuten. Die Zeit, in der die Menschen durch Programme und Nachrichten geprägt werden, steigt unaufhörlich.

Filme und Hörprogramme nehmen weiter zu: Durchschnittliche tägliche Mediennutzung bei Angeboten zum Hören oder Schauen (in Minuten)<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Mit der Anonymität ist es dann vorbei**

Digitaler Euro: Warum man davon besser die Finger läßt / Neuer Angriff aufs Bargeld und Krypto-Konkurrenz

Thorsten Polleit

In John R. R. Tolkiens Roman "Herr der Ringe" erschuf der tiefböse Sauron heimlich seinen eigenen Meisterring, der die Ringe, die die Elbenschmiede angefertigt hatten, beherrschte, und mit dem er die Welt zu versklaven trachtete: "Ein Ring, sie zu knechten, sie alle zu finden. Ins Dunkel zu treiben und ewig zu binden." Der Erzählstoff dieses Klassikers der Fantasy-Literatur drängt sich geradezu auf, blickt man auf das Treiben der Zentralbanken. Der Meisterring, den die Notenbanken, darunter auch die EZB, derzeit schmieden, heißt "Central Bank Digital Currency".

Von diesen und Mainstream-Ökonomen als fortschrittlich bejubelt, ist die neue Geldkreatur um keinen Deut besser als das bestehende Fiatgeldsystem. Durch das Adjektiv "digital" soll der digitale Euro aufgehübscht werden: Schließlich sind Euro-Guthaben, die bei Geschäftsbanken unterhalten werden, auch heute schon "digital".

Digitales Euro-Zentralbankgeld kann wie der bisherige Fiat-Euro auch bei Bedarf ebenfalls jederzeit aus dem Nichts herbeigeschwindelt werden. Ihm haften alle ökonomischen und ethischen Defekte an, die Fiatgeld eben nun einmal hat: Es ist inflationär, es sorgt für eine nicht marktkonforme Verteilung von Einkommen und Vermögen, es sorgt für Finanz- und Wirtschaftskrisen und anderes mehr.

Warum will man digitales Eurogeld schaffen? Die Parlamente haben den "D€", wie er inzwischen von manchen genannt wird, nicht in Auftrag gegeben. Es ist eine Initiative der EZB-Räte. Und sie verbreiten, der Euroraum bräuchte ein einheitliches digitales Zahlungsmittel, und man wolle hier eine Lösung, die die "Souveränität Europas" stärke. Doch der eigentliche Beweggrund ist vermutlich ein anderer: Regierungen und ihre Zentralbanken wollen ihr Währungsmonopol gegen unliebsame Konkurrenz aus dem Bereich der Kryptoeinheiten verteidigen.

Allerdings ist fraglich, ob die Geldverwender, die Kryptos nachfragen, auf ein Angebot von der EZB zurückgreifen: Der Markt der Kryptos lebt ja gerade davon, daß die Geldnachfrager ein Geld verwenden wollen, das nicht dem Zugriff der Zentralbanken unterliegt. Ist vielleicht ein digitaler Euro unverzichtbar für Zahlungsabwicklungen im Bereich "Machine-to-Machine-Payments", Pay-Per-Use" oder des "Internet-of-Things"? Die Antwort ist nein. Derartige automatisierte Zahlungsdienste können auch mit dem heutigen Euro-Geschäftsbankengeld (in Token-Form) abgewickelt werden. Ein digitaler Euro ist dazu nicht erforderlich.

"Ein Mehrwert als Zahlungsmittel läßt sich bisher nicht erkennen"

Der Zahlungsdienstberater PaySys hat für den Bundesverband der Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) kürzlich die Studie "Der digitale Euro aus Sicht des Verbrauchers, des Handels und der Industrie" erstellt. Ergebnis: Der digitale Euro - so wie er von der EZB geplant wird - hält keinen überzeugenden Nutzen für die Konsumenten bereit. Vielmehr sehen die Autoren eine Reihe von Problemen wie zum Beispiel den geplanten Annahmezwang für den digitalen Euro, die Betragsobergrenzen, das Kompensationsmodell, mit dem die Kosten des digitalen Euro getragen werden sollen, die Orientierung auf das Smartphone als Zahlungsmittel und anderes mehr.

Die Studienautoren kommen zum Schluß: "Für die Konsumenten gibt es bereits zahlreiche Zahlungsmöglichkeiten insbesondere im eCommerce. Daher muß ein neues Produkt wie der D€ einen deutlichen Mehrwert bringen, um sich am Markt durchzusetzen. Ein erheblicher Mehrwert des D€ als Zahlungsmittel läßt sich jedoch bisher nicht erkennen." Vor allem aber entpuppt sich der D€ als höchst gefahrvoll für Freiheit und Wohlstand der Menschen. Digitales Zentralbankgeld konkurriert vor allem mit Bargeld.

Seine Ausgabe spielt denjenigen Interessengruppen in die Hände, die das Bargeld aus dem Verkehr ziehen wollen. Schon heute wird die Bargeldverwendung entmutigt: durch Wegnah-

me großer Banknoten (die EZB gibt seit 2019 keine neuen 500-Euro-Noten mehr heraus), durch Verteuerung bei der Bargeldabhebung und -rückgabe, indem man die Bargeldverwendung schlechtredet und mit Schwarzmarkt-, Drogen- und Terrorgeschäften in Verbindung bringt.
Ist das Bargeld erst einmal verdrängt, ist die finanzielle Privatsphäre der Menschen endgültig perdu. Wenn digitales Zentralbankgeld verwendet wird, dann können die EZB-Räte nachvollziehen, wer was wann und wo kauft und verkauft. Beteuerungen, man werde für die Anonymität der Zahlungen mit digitalem Geld sorgen, können nicht überzeugen. Chinas Zentralbank spricht es klar aus: Mit digitalem Zentralbankgeld sollen die Menschen wirksam kontrolliert und gesteuert werden.
Mit dem D€ läßt sich ein Lenkungs- und Kontrollsystem errichten: Wer regierungskritische Literatur kauft, dem wird sein Konto gesperrt. Oder: Digitales Zentralbankgeld erhalten nur Firmen, die ihre Produktion auf CO2-mindernde Technologien umstellen oder bei ihrer Personalpolitik politische Kriterien erfüllen. Oder: Digitales Zentralbankgeld wird mit digitalem Personalausweis und digitalem Impfpaß verknüpft: Nur wer sich impfen läßt, hat noch Kontozugang. Das Mißbrauchspotential eines digitalen Euro ist gewaltig, furchterregend.
In Tolkiens Roman gibt es in fast aussichtloser Lage noch ein tragisch-gutes Ende: In Mordor beißt Gollum Frodo, den die finstere Macht erfaßt hat, den ringtragenden Finger ab und stürzt siegestaumelnd mit dem Ring in die Feuer des Schicksalsberges. Der Ring ist zerstört, die Macht der Finsternis endgültig besiegt. Es ist zu wünschen, daß das gleiche auch dem Vorhaben zuteil wird, digitales Euro-Zentralbankgeld auszugeben.
Prof. Dr. Thorsten Polleit ist Volkswirt und Herausgeber des Börsenbriefs "Boom & Bust Report". www.boombustreport.com, www.bvr.de/Presse/Pressemitteilungen<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Trauerverbot und Gefühlsstau**
Antisemitismus: Seit dem Massaker der Hamas in Israel vor einem Jahr nehmen judenfeindliche Übergriffe auch in Deutschland zu
Thorsten Hinz
Für Juden in Deutschland sind die Zeiten hart geworden. Der "offene und aggressiv auftretende Antisemitismus in all seinen Ausprägungen" sei "so stark wie noch nie seit 1945", räumt der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung ein. Nach dem Massaker vom 7. Oktober 2023 ist die Situation eskaliert. Laut der "Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus" Berlin (RIAS-Berlin) gibt es seitdem in der Hauptstadt durchschnittlich bis zu zehn judenfeindliche Vorfälle pro Tag: körperliche Angriffe, gezielte Sachbeschädigungen, Brandanschläge, Schmierereien. Jüdische Studenten erleben an den Universitäten offene Feindseligkeit. Im Februar 2024 wurde ein jüdischer Student von einem palästinensischen Kommilitonen zusammengeschlagen und erlitt Knochenbrüche im Gesicht sowie eine Hirnblutung.
Als bedrohlich empfunden werden pro-palästinensische Demonstrationen, auf denen neben israelkritischen auch klar judenfeindliche Parolen gerufen werden. Juden vermeiden es, ihre Herkunft oder Religion durch Kleidung und Accessoires kenntlich zu machen. Jüdische Restaurants werden bedroht und müssen schließen, weil Gäste ausbleiben.
Jüdisches Leben in Berlin wird unsichtbar. In der Jüdischen Allgemeinen hieß es kürzlich: "Während der Bewegungsradius schrumpft, wächst ein Ghetto, von dem die Juden dachten, daß es nie wiederkommt." Es sei riskant, zu Hause Post aus Israel zu erhalten, Freunde zögen sich zurück, und selbst Demonstrationen gegen Rechts seien unerfreulich, "weil manche Demonstranten Juden noch mehr hassen als Neonazis".
Für die agilen Mahner, Warner, Zeichensetzer, Gesichts- und Haltungszeiger, die den "Aufstand der Anständigen" als moralischen Leistungssport betreiben, eröffnet sich ein weites Betätigungsfeld, doch die Zivilgesellschaft übt sich in Zurückhaltung.

Grundsätzlich unterscheidet die Lage in Berlin und in Deutschland sich kaum von der in anderen westlichen Ländern, wo der Postkolonialismus-Diskurs den Diskurs über den Holocaust ablöst und sich mit der Empörung über die Kriegsführung Israels vermischt. Das deutsch-jüdische Sonderverhältnis und die "besondere deutsche Verantwortung", die sich im Holocaust-Mahnmal, in den KZ-Besuchen von Schulklassen, in Stolpersteinen, Bußprozessionen und der Beschwörung des "Nie wieder!" manifestiert haben, erweisen sich als eine wenig belastbare Angelegenheit.
In den 1990er Jahren wurde in der Berliner Kultur- und Alternativszene eine regelrechte deutsch-jüdische Renaissance zelebriert. Sie füllte die identitäre Leerstelle, die sich nach dem Mauerfall in beiden Stadthälften aufgetan hatte. Im Ostteil war die "Hauptstadt der DDR" passé; der Westteil hatte seine Funktion als subventioniertes Szenebiotop und Loch im Herzen der DDR verloren. Im ehemaligen jüdischen Viertel in der alt-neuen Mitte Berlins, in der Oranienburger Straße, die von der mächtigen, goldglänzenden Kuppel der Synagoge dominiert wird, entstand die Vision eines neuen geistig-kulturellen Egos.
Jüdische Artefakte wurden wiederentdeckt, die jungen Israelis und die Juden aus Rußland, die hier eintrafen, wurden als Kronzeugen des geläuterten deutschen Selbst willkommen geheißen. Das wirkte oft penetrant, beflissen, nostalgisch und war von politisch-korrekter Sentimentalität durchtränkt, doch war es auch Ausdruck einer metaphysischen Sehnsucht. Das direkt neben der Synagoge gelegene Café Oren (Pinie), das einen "jewish Style" pflegte, ohne koscher zu sein, war stets überlaufen.
Der Geist des legendären Romanischen Cafés schien hier wieder aufzuleben. Jenes Café an der Gedächtniskirche im Berliner Westen war in den zwanziger Jahren ein Treffpunkt von Künstlern, Journalisten, Intellektuellen, darunter viele Juden, gewesen. Nach 1933 "sahen (wir) die Terrasse und das Kaffeehaus wegwehen, verschwinden mit seiner Geistesfracht, sich in nichts auflösen", schrieb Wolfgang Koeppen in einem berühmten Nachruf.
Die Beschwörung einer neuen deutsch-jüdischen Symbiose im Geiste dauerte nur kurz. Der schwärmerische Philosemitismus ist einer emotionalen Identifizierung mit den Palästinensern gewichen. Berlins Kultursenator Joe Chialo spricht davon, "daß bei Menschen jüdischen Glaubens viel Unsicherheit und Sorge herrscht, diffamiert oder gecancelt zu werden. Diese Angst wird mit Brutalität und Rücksichtslosigkeit in die Kulturlandschaft hineingetragen" und betrifft unmittelbar "proisraelische Künstler und viele jüdische Künstler in Berlin".
Mit Solidarität aus der Zivilgesellschaft können sie nicht rechnen. Die würde angesichts der demographischen Veränderungen in der Stadt und im Land und des importierten Gewaltpotentials großen Mut erfordern. Mut aber läßt sich nicht erheucheln.
Geht man der Frage nach, wie es so weit kommen konnte, stößt man auf den Urgrund der Vergangenheitsbewältigung, die in den frühen 1960er Jahren einsetzte. Es ging nicht nur um die - zweifellos nötige - juristische Ahndung von NS-Verbrechen, sie war auch als Kollektivtherapie und transzendentes Hochamt angelegt. Das therapeutische Leitmotiv wurde in Margarete und Alexander Mitscherlichs Buch "Die Unfähigkeit zu trauern" vorgegeben. Gegen die im Titel enthaltene These wurde eingewandt, daß es kaum eine deutsche Familie gab, die nicht um menschliche und andere Kriegsverluste trauerte.
Den Mitscherlichs war es jedoch nicht um die erlittenen, sondern um die von Deutschen verursachten Toten gegangen, für deren Eingedenken allerdings eher Begriffe wie Grauen, Entsetzen, Scham angemessen waren. Das aber sind keine expressiven, sondern reflexive Affekte. "Scham ist nicht schrill", schrieb der ungarische Schriftsteller und Holocaust-Überlebende György Konrád.
Den pompösen Trauer-Bekundungen aus Staat und Gesellschaft haftete daher immer etwas Erheucheltes und Pharisäerhaftes an. Die Nebenwirkung war ein immer restriktiveres Trauerverbot über die eigenen Verluste, das zu einem neurotischen Gefühlsstau führte.

Die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Kriegsendes 1985 setzte der neurotischen Verfaßtheit die sakrale Krone auf. Er erklärte die Erinnerung an den Holocaust zu einer niemals endenden Aufgabe, denn sie sei "die Erfahrung vom Wirken Gottes in der Geschichte." Das Vergessen wäre "nicht nur unmenschlich. Sondern wir würden damit dem Glauben der überlebenden Juden zu nahe treten ..."
Faktisch hatte der Bundespräsident den Deutschen die "postkonventionelle Identität" (Jürgen Habermas) einer Erbschuld-Gemeinschaft und den dauerhaften geistig-moralischen Ausnahmezustand verordnet. Ein Jahr später kam es zum sogenannten Historikerstreit, der eine metahistorische "Singularität" des Judenmordes festschrieb. Von dort führte ein schnurgerader Weg zur sogenannten Goldhagen-Debatte, die sich 1996 am Buch "Hitlers willige Vollstrekker" des US-Historikers Daniel J. Goldhagen entzündete. Er erklärte den Holocaust zum nationalen Projekt, das seit Urzeiten im deutschen Wesen gewest und dem der Führer endlich zum Durchbruch verholfen hatte.
Die These wurde von der Historikerzunft im In- und Ausland durchweg verworfen, was ihrem Triumph in Deutschland keinen Abbruch tat. Eine studentische Zuhörerschaft - die künftigen Lehrer, Dozenten, Journalisten, Politiker usw. - hing dem jungen, blendend aussehenden Autor auf seiner Lesetournee durch Deutschland wie einem Popstar an den Lippen.
"Je härter Goldhagen von den deutschen Historikern attackiert wird, desto stärker ergreift das Publikum für ihn Partei", stellte der Zeit-Redakteur Volker Ullrich, der die Kampagne angestoßen hatte, befriedigt fest. Es verfestigte sich der Begriff "Tätervolk" für die Kriegs- und Vorkriegsgenerationen, von der sich die Kinder- und Enkelgenerationen desto nachdrücklicher absetzten.
Die Entfremdung vollzog sich nicht nur zwischen den Generationen. Auch Ost und West waren sich nicht bewußt, wieviel Gemeinsamkeit ihr Nachkriegsschicksal aufwies. Das Trauerverbot war in der DDR restriktiver gewesen als im Westen. Die furchtbaren Begleitumstände der Eroberung durch die Sowjets waren mit einem absoluten Tabu belegt. Öffentliches Gedenken an die Kriegstoten galt ausschließlich den "Helden" der Roten Armee, die die "Faschisten" besiegt und die DDR-Deutschen "befreit" hatten, während die eigenen Väter, Söhne, Brüder als faschistische Mordbrenner figurierten.
Den westdeutschen Meinungsführern fiel nichts Besseres ein, als den Beitrittsdeutschen als Ergänzung zum realsozialistischen Trauertabu ihren zivilreligiösen Holocaustbezug zu verordnen. Was unter dem Strich bedeutete, aus dem Schuldverdikt über das nationale Selbst und der permanenten Vergegenwärtigung des Unwerts der eigenen Vorfahren eine künftige gesamtdeutsche Identität zu erschaffen.
Jüdische Vertreter und Funktionäre fanden sich in einer privilegierten Sprecherposition wieder; manche wurden sogar als moralische Instanzen angerufen. Das gab ihnen die Chance, die neurotischen Verspannungen zu lösen und den Anstoß für die Formung eines ganzheitlichen Geschichtsbildes zu geben, das die exzeptionelle Dimension des Judenmordes genauso berücksichtigte wie die Leiden und Verluste der Deutschen.
Die Chance wurde vertan. Auf zaghafte Versuche, sich über die jüngere deutsche Geschichte neu zu verständigen - über den Bombenkrieg, die Versenkung der "Wilhelm Gustloff", die Massenvergewaltigungen durch die Rote Arme, das Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 usw. - reagierte das politisch-mediale Establishment reflexhaft mit Warnungen vor einer NS-Verharmlosung. Der Vertriebenenpräsidentin Erika Steinbach und dem von ihr vorangetriebenen "Zentrum gegen Vertreibungen" wurde die Absicht unterstellt, das Holocaust-Gedenken zu imitieren und zu relativieren.
Als der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann 2003 in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit mit einer hypothetischen Analogie die Unsinnigkeit des "Tätervolk-Begriffs" aufzuzeigen versuchte, brach über ihn ein öffentlicher Tsunami herein. Berüchtigt

waren die inquisitorischen Fernsehinterviews des Moderators Michel Friedman, der sich als Kämpfer gegen Rechts aufführte. Der Rezensent der Berliner Zeitung fühlte sich an einen "erbarmungslos immer wieder nachstoßenden Folterer" erinnert. Das alles wirkte einschüchternd, schuf aber keine Sympathien.
Die historische und geschichtspolitische Engführung trübte den Realitätssinn und die Urteilskraft. Insbesondere blockierte sie alle Versuche einer rationalen Diskussion über die Asyl-, Ausländer- und Migrationspolitik. Der Verweis auf das Dritte Reich und die Kaltherzigkeit des Auslands, das sich damals geweigert hatte, seine Grenzen für die vom Tod bedrohten Juden zu öffnen, blieb ein unüberwindliches staatsideologisches Axiom, obwohl die Sturmzeichen sich mehrten.
So mußte in Berlin das jüdische Restaurant Oren 2004 Insolvenz anmelden. Die Sicherheitsmaßnahmen, die nach dem 11. September 2001 aus Sorge vor islamistischem Terror rund um die benachbarte Neue Synagoge ergriffen wurden - mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten, ein stationierter Panzerwagen, sperrige Betonblöcke, die Verlegung der Straßenbahn - hatten das Publikum abgeschreckt.
Trotzdem verteidigte Zentralratspräsident Josef Schuster noch 2015 die von Angela Merkel veranlaßte Grenzöffnung mit dem Argument, Deutschland sei "das letzte Land, das es sich leisten kann, Flüchtlinge und Verfolgte abzulehnen", denn es habe so viel Unheil über die Welt gebracht und stehe bei so vielen Ländern tief in der Schuld. Steigende Flüchtlingszahlen und islamistischer Terrorismus seien "kein Grund, ein christlich-jüdisches Abendland ohne Muslime zu proklamieren".
Der Historiker Michael Wolffsohn verglich die Kanzlerin mit Willy Brandt, der im Dezember 1970 am Mahnmal des Warschauer Ghettos in die Knie gegangen war. Wie der damalige Innenminister Horst Seehofer jetzt enthüllte, stand Merkel tatsächlich unter dem Eindruck der Schuld-und-Sühne-Logik. "Merkel hat 2015 mir gegenüber immer argumentiert, daß Deutschland eine belastete Geschichte habe, und daß wir jetzt in einem ganz anderen Licht erscheinen würden - eben als humane Gesellschaft, die Menschen in der Not hilft. Und daß sich das in den nächsten Jahren für unser Land auszahlen würde."
Zumindest hat es das Land drastisch verändert. Goldhagens Lesetournee würde heute wegen Sicherheitsbedenken abgesagt. Für die Juden in Deutschland ist es schockierend erkennen zu müssen, daß es bei den Bußritualen der Vergangenheit gar nicht um sie gegangen war. Sie bildeten bloß den Vorwand, den Fetisch, der von Verwirrten umtanzt wurde. Jetzt kippen die Verhältnisse, und der Fetisch wird ausgetauscht. Für die Deutschen, Juden wie Nichtjuden, werden die Zeiten hart.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Männer im Frauensport**
Werner Olles
In ihrem Schwerpunktthema beschäftigt sich die aktuelle Ausgabe der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift Impact mit der brisanten Thematik "Schauplatz Frauensport". So wird die ehemalige professionelle britische Schwimmerin Sharron Davies mit der Aussage zitiert: "Was Athletinnen aktuell widerfährt, ist eine grobe Verletzung der Menschenrechte mit ungeheuerlichen Auswirkungen!" Chefredakteur Paul Coleman berichtet in seinem Vorwort, welch großen Schaden "Gender" im internationalen Sport anrichtet.
Mädchen und Frauen werden die Chancen auf sportliche Erfolge genommen, weil sie gegen körperliche Männer antreten müssen. Ob im Schul- oder Universitätssport oder bei den Olympischen Spielen: Die Leugnung der biologischen Realität von Mann und Frau raubt faire Chancen und ist das "Sportverbrechen des 21. Jahrhunderts."
Daher hat die christliche Organisation ADF International als Herausgeber von Impact die Petition "Frauensport soll Frauensache bleiben!" an das IOC gestartet, die unter anderem die An-

erkennung fordert, daß körperliche Unterschiede Männern im Sport Vorteile verschaffen; ein für allemal zu erklären, daß Frauensportarten und -räume den Frauen und Mädchen gehören, und die gleichen Rechte von Sportlerinnen auf Fairneß, Sicherheit und Privatsphäre sowohl auf dem Spielfeld als auch außerhalb zu schützen sind.
Denn tatsächlich sind es Mädchen und Frauen, die den höchsten Preis zahlen müssen, wenn die Gesellschaft die biologischen Realitäten ignoriert. Die laufende Petition kann unter adfinternational.org/campaign/fair-sports-for-women unterstützt werden.
Zwischen 1974 und dem Fall der Berliner Mauer wurden ca. 15.000 DDR-Sportler ohne ihr Wissen mit verschiedenen Substanzen gedopt, zumeist mit Testosteron. Mädchen und junge Frauen waren die Hauptzielgruppe dieses kriminellen Doping-Experiments. Sie bekamen bereits im Kindesalter von zwölf Jahren geringe Dosen von Testosteron, was ihnen einen gehörigen Vorteil gegenüber ihren weiblichen Konkurrentinnen verschaffte.
Für viele betroffene Athletinnen ist es auch heute noch schwer, einen Schlußstrich unter das Doping-Verbrechen zu ziehen. Heute scheint sich die Geschichte zu wiederholen, jedoch dieses Mal jedoch nicht in Form von verstecktem Doping, sondern einer links-grün-woken Ideologie. Doch bis jetzt scheint es das Internationale Olympische Komitee (IOC) nicht zu stören, daß einer weiteren Generation von Frauen diese Ungerechtigkeit widerfährt. Giorgio Mazzoli, Leiter der Uno-Rechtsabteilung bei ADF International fordert daher: "Die Behörden müssen der Wissenschaft folgen und die Integrität und Fairneß des Frauensports unbeirrt aufrechterhalten!"<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Wie die Islamkritik in Deutschland immer weiter eingeengt wird**
Im Kalifat gibt es keinen Diskurs
Werner Sohn
Die Islamkritik steht mit dem Rücken zur Wand. Seit dem Anschlag in Mannheim im Mai 2024 auf den Journalisten Michael Stürzenberger fragen sich auch andere Kritiker, die in der Öffentlichkeit auftreten: Wann bin ich dran? (Ahmad Mansour in der NZZ). Dabei ist die internationale Kette der Betroffenen seit mehr als 30 Jahren so lang geworden, daß einige Glieder bereits in Vergessenheit geraten sind.
Islamkritik ist heute mehr denn je Kritik unter Polizeischutz. Man sollte annehmen, daß die kritische oder auch abschätzige Beurteilung der Religion als tradiertes Kernelement der Meinungsfreiheit eine besondere Obhut genießt. Das Gegenteil ist der Fall. Ein moralischer Zeigefinger delegitimiert Kritik und zieht sie in den Narrensaum von Haß und Hetze. Die frühere Drohfigur des Haßpredigers verschwindet hinter der des Islamhassers.
Die sich in den Medien nach dem verheerenden Terroranschlag vom 11. September 2001 artikulierende Islamkritik wurde zunehmend als Störenfried der herrschenden Migrationspolitik angesehen. Man fürchtete die Aushöhlung des Credos, daß Gewalt, Repression und Terror nichts mit dem Islam zu tun hätten. Kritiker, insbesondere Betroffene mit Migrationshintergrund wie Necla Kelek, gerieten von zwei Seiten unter Druck: sowohl durch die Drohgebärden islamischer Fundamentalisten als auch durch die Verunglimpfungen einer personell wachsenden islamophoben Intelligenzija.
Vor diesem Hintergrund erschien 2011 aus einer unerwarteten Richtung, der immer noch als konservativ wahrgenommenen FAZ und ihrem Feuilletonchef, eine 300 Seiten starke "Streitschrift" (Patrick Bahners: Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam), die die "sogenannte" Islamkritik in Bausch und Bogen verurteilte. Die vielfach mit Applaus aufgenommene Polemik eines "publizistischen Schwergewichts" (Deutschlandfunk) unterstellte den Protagonisten, Gewalt zu säen.
Als sich kaum ein Jahr später eine zweite Auflage des Bestsellers anbot, ergänzte der Autor in einem Nachwort seine Kritik mit dem Hammer: Seit dem 22. Juli 2011, dem Tag als Anders

Behring Breivik in Norwegen ein Massaker anrichtete, "kennt die Menschheit den islamkritischen Terrorismus". Wer es nach der Erstauflage noch nicht begriffen hat, dem soll nun klargeworden sein: "Die Islamkritik ist wie der militante Islamismus eine transnationale apokalyptische Bewegung."
Schon einige Jahre vor den "Panikmachern", zu Beginn der Deutschen Islamkonferenz, hatten 60 Migrationsforscher und linke Intellektuelle in einer Art Manifest (veröffentlicht in der Zeit 2006) die erfahrungsbezogene Islamkritik von Necla Kelek und anderen diffamiert. Die Resonanz in den Medien war jedoch eher negativ. Ganz anders nach den Hammerschlägen durch Bahners: "Ein Buch zur rechten Zeit", hieß es in einigen Rezensionen auch aus der linken Geisteswelt.
Thilo Sarrazin, der mit Necla Kelek, Seyran Ateş, Hamed Abdel-Samad, Alice Schwarzer, Ralph Giordano und dem hessischen CDU-Politiker Hans-Jürgen Irmer dieser sogenannten apokalyptischen Bewegung zugeordnet wurde, zeigte sich erstaunt, durch Bahners in die erste Reihe katapultiert zu werden. Erst 2019 legte er dann mit "Feindliche Übernahme" themengerecht nach.
In der öffentlichen Debatte firmierte diese neue Publikation des früheren Bundesbankers und Erfolgsautors dann allerdings längst nicht mehr nur als Islamkritik. Man versah sie mit anderen Etiketten aus dem Begriffsfeld der Feindschaft (Islamfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit, Feindbild Islam, Islamophobie, antimuslimischer Rassismus). Denn die Zeiten hatten sich geändert. Die Islamkritik war in Verruf geraten. Eine wachsende Zahl von Experten und Studierten, die sich die Analyse und Bekämpfung der vermeintlichen Islamfeindlichkeit in allen ihren Modifikationen auf das Panier schrieben, flutete im Aufwind der "Panikmacher" den wissenschaftlichen Buch- und Zeitschriftenmarkt mit Beiträgen.
Iman Attia, seit 2009 Professorin für Diversity Studies, Rassismus und Migration, verortete, wegweisend und diffus zugleich, "Islamkritik zwischen Orientalismus, Postkolonialismus und Postnationalsozialismus" (Titel eines Aufsatzes von 2010, Dissertation 2008; von der Promotion zur Professur war nur ein kleiner Schritt); aber nicht als Religionskritik, die man versuchsweise neben Werke von Ludwig Feuerbach oder Karl Marx stellen könnte.
Da Islamfeindlichkeit seit 2019 bei einigen VS-Ämtern als Beobachtungsobjekt gilt, wurde aus diesem Umfeld durch Armin Pfahl-Traughber und für ein breites Publikum über die Bundeszentrale für politische Bildung klargestellt, daß Islamkritik - "unter gewissen Bedingungen" - legitim bleiben müsse. Kritik soll legitim bleiben, eine eigentümlich berührende Versicherung! Nicht selten traf Islamvertreter und -experten durch mißtrauische Zeit-genossen sowie die angegriffenen Islamkritiker der Vorwurf, Kritik als bloßes Ressentiment zu denunzieren und dadurch zu verhindern.
Natürlich wolle man echte Kritik nicht verhindern, Gott bewahre! Ein eigenständiges, frei verfügbares Thema ist sie aber auch dank der Flurbereinigung durch Bahners, der wuchtigen Gleichsetzung von Ressentiment und Kritik, nicht mehr. "Jede Islamkritik oder Kritik an Muslimen", so Levent Tezkan, seit 2019 Professor für die sozialwissenschaftliche Erforschung des Islam an der Universität Münster, "kann nunmehr potentiell mit dem Vorwurf des antimuslimischen Rassismus rechnen." (Die Subjekte der Islampolitik, Wiesbaden 2021, S. 8)
Beispielhaft sichtbar wird diese Verschiebung an den Ergebnissen des "Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit" (Eigenschreibweise: "Expert*innenkreis"), den Innenminister Horst Seehofer (CSU) 2020 als Beratungsgremium berief. Der Abschlußbericht (Muslimfeindlichkeit - Eine deutsche Bilanz, 2023) präsentiert unter anderem den Publizisten Henryk M. Broder als Exponenten eines salonfähig gewordenen und weit verbreiteten anti-muslimischen Rassismus.
In einem Spiegel-Artikel vom 2. Januar 2010 ("Im Mauseloch der Angst") hatte er geschrieben, daß durch den islamistischen Terrorismus eine Drohkulisse aufgebaut worden sei, die

ihre Wirkung auf die Meinungsfreiheit nicht verfehlt habe. Broder wehrte sich juristisch gegen die Invektive des UEM, und das Innenministerium ließ den vom CDU-Bundestagsabgeordneten Christoph de Vries als "toxisch" bezeichneten Bericht kurzerhand einstampfen.
Als wichtige Ergänzung zur Bestandsaufnahme der allgemeinen Muslimfeindlichkeit beauftragte der UEM zuletzt den Islamsoziologen Imad Mustafa mit einer besonders heiklen Dokumentenanalyse. Mit den Deutschen war ja ersichtlich kein Staat zu machen, aber wie stand es aktuell um jene, die die Verstockten in den Bundestag wählten, also mit den politischen Akteuren, aus deren Mündern in verschiedenen Tonarten die zu Bahners' Zeiten noch irgendwie provozierende Äußerung erklang, daß der Islam zu Deutschland gehöre?
Eine solche Dokumentation war zwar nicht mehr ganz im Sinne des Auftraggebers, aber auch nicht ganz daneben, eigentlich sogar folgerichtig, zumal mittlerweile Nancy Faeser (SPD) das Parkett des BMI betreten hatte. Die Studie sollte im Sinne des Expertenkreises aufzeigen, wie tief die im Bundestag vertretenen Parteien (noch) im Sumpf des antimuslimischen Rassismus steckten und wo sie mithin in Fragen des Islam an sich zu arbeiten hätten.
In einer Fußnote deutet der Autor an, daß auch der Begriff Islamkritik, zumindest im niederen öffentlichen Diskurs, nicht gänzlich obsolet geworden sei. Im Rahmen seiner Untersuchung, die analytische Tiefe beanspruche, spiele er aber keine Rolle. Uninteressant sind also in den Parteiprogrammen und Bundestagsdebatten möglicherweise zum Ausdruck kommende islamkritische Aussagen, sofern es solche überhaupt geben kann.
Der Leser der als PDF weiterhin kostenfrei zugänglichen UEM-Zuarbeit ("Der Islam gehört (nicht) zu Deutschland."
Islam und antimuslimischer Rassismus in Parteiensystem und Bundestag, Bielefeld 2023) muß sich bei der Lektüre mit einigen Begriffen vertraut machen, die heute ganz selbstverständlich die sozialwissenschaftliche Debatte an den Universitäten prägen. Dazu gehört das Wort "Narrativ", das man mit ideologisch gefärbte Erzählung oder (verfehlte) fixe Idee übersetzen könnte. Die Art der Einfärbung wird durch das Adjektiv bestimmt.
Der schlimmste Schlimmfinger ist natürlich die AfD: "Antimuslimische Narrative ziehen sich wie ein roter Faden durch die Programme der AfD", grollt der Soziologe. Daher sei es nur zu verständlich, wenn dem Verfassungsschutz diese permanente "islamfeindliche Hetze" als "zentraler Argumentationsanker bei der Einordnung ... als Beobachtungsfall" diene. Aber auch die FDP hantiere mit einem "islamfeindlichen Narrativ, wonach sich der Islam reformieren müsse, um mit den europäischen Rechtsordnungen kompatibel zu werden."
Man bemerkt spätestens bei solchen Erläuterungen, daß Narrative nicht nur falsche Elemente einer Debatte sind, sondern mit Argumenten überhaupt inkongruent. Zugespitzt wird dies bei der Analyse der CDU, die sich (wie die AfD und ganz nah bei ihr) eines "Bedrohungsnarrativs" bediene. Sie "unterwirft die Muslime einem verändernden Blick". Das muß folglich ein sehr aggressiver "böser Blick" sein, der eine solche Unterwerfung bewerkstelligt. Jedenfalls sind die anderen (die Muslime) nach Imad Mustafa keineswegs die anderen, sondern sie werden, eben durch ein Bedrohungsnarrativ, "verändert"; wir hoffen einmal für die Betroffenen: nicht auch durch den bösen Blick verändert.
Die SPD verzichte zwar weitgehend auf Bedrohungsszenarien und diskursive Ausgrenzungen, sei aber "nicht frei von antimuslimischen Rassismen oder auch wertegeleiteten Vorstellungen von Integration (Hervorhebung W. S.). Integration soll also (besser) nicht wertegeleitet sein? So ist es. Das meint er. Einen weiteren Begriff muß der Leser, der vielleicht noch altbackenen Ideen von Integration anhängt, erlernen. Diese sind nämlich Ausdruck "hegemonialer Entwürfe". Ein Beispiel bietet wiederum die SPD, wenn sie unterstellt, daß durch Prävention einer möglichen Radikalisierung entgegengetreten werden müsse.
Wider Erwarten werden auch die Grünen gerügt. Wider Erwarten, denn nach der sozialwissenschaftlichen Demoskopie haben sie immerhin den größten Anteil an islamfreundlichen

Wählern. Wie die meisten SPD-Strategen bleiben ihre Programmatiker ebenfalls "in den Grenzen des hegemonialen Diskurses". Doch die Grünen bestätigen allemal ihre Diversität. So verdient sich der Berliner Landesverband durch seinen "postkolonialen Ansatz" ein besonderes Lob.

Zugleich stößt Mustafa aber in dieser Partei bei näherer Inspektion üblicherweise verdächtiger Winkel auf zutiefst rassistisches Gedankengut. Im Programm der Bayern-Grünen entdeckt er einen "islamfeindlichen Ausfall", da unterstellt werde, daß Muslime Integrationskurse zur Aufklärung über Antisemitismus und Sexismus benötigten. Und "muslimisch markierte Frauen pauschal häufiger als Opfer von Gewalt in der Partnerschaft" gleichsam zu viktimisieren, das sei einfach eine "antimuslimische Entgleisung".

Gibt es denn nichts, so fragt man sich bedrückt, was den kritischen Islamsoziologen angesichts der Programme und Debattenbeiträge der Bundestagsparteien zufriedenstellen könnte? Doch! Es ist Die Linke. Sie stelle sich überall schützend vor den Islam, thematisiere und verurteile kompromißlos den antimuslimischen Rassismus in jedweder Form. Die Linke komme "praktisch ohne islamfeindliche Narrative" aus und sei "praktisch frei von islamfeindlichen Stereotypen", lobt Mustafa.

Zweimal praktisch. Aber daher wohl nicht theoretisch? So erhält auch diese islamfreundliche Partei noch eine kleine Ermahnung mit auf den Weg: "Ihre Positionen sind durchgehend konsistent und stehen denjenigen der AfD diametral gegenüber. Kulturalistische Argumentationen sind der Partei ebenso fremd wie Zugehörigkeitserklärungen", denn solche Deklarationen wie "Der Islam gehört zu Deutschland" sind für Imad Mustafa und Kollegen nur leeres Geschwätz. Die Linke beharre statt dessen auf ihren traditionellen Grundsätzen der Solidarität und sozialen Teilhabe für alle Menschen.

Hier sei allerdings die Frage an die Partei zu richten, so der Soziologe mit erhobenem Zeigefinger, "ob eine Positionierung im Zugehörigkeitsdiskurs abseits ihrer ideologischen Haltung im Sinne des Konzepts der Allyship politisch nicht zielführender für Muslim*innen in Deutschland ist." Damit wird, beinahe mit der allerletzten Zeile, ein neuer Begriff des aktuellen queerdeutschen Soziologenjargons aus dem Hut gezogen. Seit 2022 ist "allyship" im Oxford Dictionary nachgewiesen, überdies von einer Jury zum globalen "Word of the Year" erhoben. Zyniker dürfen ihn (nicht) mit Komplizenschaft übersetzen.

Das vorerst gescheiterte Bemühen des Abgeordneten de Vries und der CDU, die "toxischen" Ausarbeitungen des "Unabhängigen Expert*innenkreises Muslimfeindlichkeit" gänzlich aus der Welt zu schaffen, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Denn der frühere CSU-Chef Seehofer (O-Ton: "Der Islam gehört nicht zu Deutschland") hat ihnen das Kuckucksei ins ministeriale Nest gelegt.

Werner Sohn, Jahrgang 1950, studierte Sozialwissenschaften, Philosophie und Germanistik in Gießen. Zwischen 1986 und 2017 war er Angestellter der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden und zeitweise für das Bundeskriminalamt tätig.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Auf Parteidiktatur angelegt**

Vor 75 Jahren wurde mit Segen der Sowjets die Deutsche Demokratische Republik gegründet

Erik Lommatzsch

Als "Tag der Republik" wurde die Gründung der DDR dort regelmäßig am 7. Oktober gefeiert, letztmalig 1989 zum 40. Jahrestag. Der Realität entrückt, zelebrierte sich die greise Führung des SED-Staates noch einmal, samt "Ehrenparade" der NVA.

Gegen oppositionelle Protestdemonstrationen, die den Machthabern als "konterrevolutionäre Ansammlungen" galten, deutliche Zeichen des immer weiter um sich greifenden Unmuts in der Bevölkerung, wurde entschieden vorgegangen. Der führende sowjetische Staatsmann Mi-

chail Gorbatschow, der als Gast zu den Feierlichkeiten geladen war, bewies ein besseres Gespür für die Zeichen der Zeit.
Vielfach kolportiert wurde seine Mahnung gegenüber DDR-Staatschef Erich Honecker: "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben". Mag es sich bei diesem prägnanten Satz um eine Formulierung anderer handeln, inhaltlich behielt Gorbatschow recht. Keine zwei Wochen später erfolgte der Sturz Honeckers, am 9. November 1989 der Fall der Mauer. Damit war der "erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden" Geschichte. Nach einem kurzen Intermezzo mit unter demokratischen Verhältnissen gewählten Regierung erfolgte am 3. Oktober 1990 der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik (Seite 20).
Die noch immer Rätsel aufgebende Festlegung dieses historisch beziehungslosen Datums für den "Tag der Deutschen Einheit" soll auch davon beeinflußt gewesen sein, einem 41. Jahrestag der DDR zuvorzukommen, um den beharrenden Kräften eines sozialistischen Teilstaates keine agitatorische Bühne zu bieten. Wenn derartige Überlegungen tatsächlich eine Rolle spielten, wäre dem Tag im nachhinein eine Bedeutung beigemessen worden, die er für die DDR-Bevölkerung niemals hatte. Und zwar von Beginn an nicht. Die Anteilnahme war abseits der SED-geführten Inszenierungen bereits am 7. Oktober 1949 und den Folgetagen äußerst gering. Damals war zudem davon auszugehen, daß es sich bei dem begründeten "Staat" um ein vergängliches Provisorium handeln würde.
In der Tat war die Entscheidung für einen Teilstaat erst kurz zuvor gefallen. Gelenkt von Moskau aus, hatte die SED, flankiert von den von ihr willfährig gemachten anderen Parteien und Organisationen, lange eine Linie verfolgt, die Ansprüche auf Deutschland als Ganzes erhob. Durch ihr wirtschafts- und gesellschaftspolitisches sowie ideologisches Agieren waren in der Sowjetischen Besatzungszone allerdings frühzeitig Weichen gestellt worden, die die Möglichkeit einer Annäherung an den westdeutschen Teil immer unwahrscheinlicher werden ließen.
Auch widersprüchliche Tendenzen - Drängen der SED auf eigene Regierung, Bremsen der Sowjets - waren auszumachen. Namentlich Stalin, für den die DDR abseits von strategischen Überlegungen auch ökonomisch alles andere als ein Gewinn war, war zögerlich. Folgt man dem Historiker Rolf Steininger, so blieb für Stalin selbst nach der Gründung offen, ob es vorteilhafter wäre "die DDR zu stabilisieren und sie in den Ostblock zu integrieren oder aber als Trumpfkarte im gesamtdeutschen Poker an einem bestimmten Punkt zur Disposition zu stellen, um so doch noch Einfluß auf ganz Deutschland zu gewinnen".

Spaltung konnte propagandistisch dem Westen angelastet werden

Nachdem in der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs eine Vielzahl von Ideen und Vorschlägen bezüglich einer Aufteilung Deutschlands eingebracht worden war, hatten sich die Alliierten auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 auf vier Besatzungszonen geeinigt. Das hehre Vorhaben der ungleichen Verbündeten, Deutschland als Ganzes zu verwalten und zentrale Instanzen zu schaffen, galt spätestens mit dem Abbruch der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 als gescheitert.
Nachdem der Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Wassili Sokolowski, am 20. März 1948 den Alliierten Kontrollrat aus Protest gegen die Politik der Westmächte verlassen hatte, war die oberste Besatzungsbehörde obsolet geworden.
Parallel zur Londoner Konferenz, deren Scheitern sich abzeichnete, hatte die in der Sowjetzone dominierende SED zu einem "Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden" geladen, der sich für eine gesamtdeutsche Regierung stark machte. Delegierte aus "antifaschistisch-demokratischen" Parteien und Organisationen waren geladen, die Beteiligung aus den Westzonen war gering. Politiker wie der Vorsitzende der Ost-CDU Jakob Kaiser, die sich gegen die sowjetgesteuerte Veranstaltung stellten, wurden kurzerhand abgesetzt.
Zwei weitere "Volkskongresse" sollten folgen. Lediglich der letzte war gewählt. Per Einheits-

liste, zur Enttäuschung der SED-Machthaber trotz Manipulation allerdings nur mit einem wenig überzeugenden Ergebnis. Aus dem "Volkskongreß" ging ein "Volksrat" hervor, ein pseudoparlamentarisches Gremium. Um Pluralismus nach außen zu demonstrieren, übernahm hier nicht nur der SED-Vorsitzende Wilhelm Pieck eine Führungsfunktion, sondern neben anderen auch der neue, willfährige Ost-CDU-Vorsitzende Otto Nuschke.
Erstmalige Zweifel der Sowjets an einer Erhaltung der deutschen Einheit waren im Mai 1948 zu erkennen. Man glaubte nun, zwei Landesteile ausmachen zu müssen, "welche sich nach verschiedenen Gesetzen entwickeln". Aus der SED wurde eine "Partei neuen Typs", eine Kaderpartei, formiert. Allerdings verblieb die Entwicklung in der Sowjetzone weitgehend reaktiv. Während in den westlichen Besatzungszonen mit den Frankfurter Dokumenten und dem Parlamentarischen Rat der Weg in Richtung Bundesrepublik eingeschlagen wurde, sah man von der Schaffung staatlicher Strukturen im eigenen Bereich vorerst noch ab.
Im März 1949 nahm der "Volksrat" den Verfassungsentwurf für die "Deutsche Demokratische Republik" an, der unter anderem das "Blocksystem" festlegte, die Justiz der "Volksvertretung" unterordnete und mit dem Straftatbestand der "Boykotthetze" ein flexibles Vorgehen gegen unliebsame Kritiker ermöglichte. Trotz der sichtlich gegenteiligen Entwicklung setzten die Sowjets bis weit nach der Konferenz der Pariser Außenminister, die vom 23. Mai 1949 an für einen knappen Monat tagte, auf die Herstellung einer deutschen Einheit in ihren Sinne, wobei wohl auch an eine Lösung gedacht war, wie sie sich zu dieser Zeit für das ebenfalls von den Siegermächten besetzte Österreich abzuzeichnen begann.
Beschlossen wurde die Konstituierung der DDR mit der Wahl Konrad Adenauers zum Bundeskanzler am 15. September 1949. Die SED-Spitze wurde nach Moskau befohlen, erwartungsgemäß legte sie am 19. September "Fragen zur Überprüfung" vor, womit das Vorgehen bezüglich einer Regierungsbildung abgestimmt und -gesegnet wurde. Die Initiative zur Spaltung konnte propagandistisch dem Westen angelastet werden.
Am 7. Oktober konstituierte sich der "Volksrat" als provisorische "Volkskammer". Die - gelenkten - Wahlen sollten erst ein Jahr später stattfinden. Formell übertrugen die Sowjets sämtliche Verwaltungsbefugnisse auf die provisorische DDR-Regierung. Pieck wurde Präsident, sein SED-Co-Vorsitzender Otto Grotewohl, ehemals SPD, Ministerpräsident, wobei Walter Ulbricht der wirkmächtigste Mann der Partei blieb.
Am 4. Oktober 1949 hatte ein führender Funktionär das Selbstverständnis der SED zum Ausdruck gebracht, indem er erklärte, "wenn wir eine Regierung gründen, geben wir sie niemals wieder auf. Weder durch Wahlen, noch andere Methoden". Ulbricht hatte hinzugefügt: "Das haben einige noch nicht verstanden!" Den Fackelzug zur DDR-Gründung hätten die Sowjets am liebsten untersagt. Den Teilstaat und die Verfestigung der Teilung betrachtete man nur bedingt als Erfolg.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Keine Erfolgsgeschichte: Die MINT-Bildung an deutschen Gymnasien**
Schlechter Unterricht ist schuld
Mit Blick auf die mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenzen ergibt sich für deutsche Gymnasien ein düsteres Bild", welches sich für Olaf Köller (Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und der Mathematik, Kiel) seit dem Beginn der PISA-Tests 2000 abgezeichnet hat. 15jährige deutsche Gymnasiasten wiesen 2022 im Vergleich zu 2009 in Mathematik einen Leistungsrückstand von 1,5, in den naturwissenschaftlichen Fächern um ein Schuljahr auf. Mit dem "Corona-Effekt" habe dieser Mißstand am Rande zu tun, verstetige sich der Abwärtstrend doch schon seit 2009.
Aber auch andere Erklärungen griffen zu kurz: Da bis zu einem Drittel des Unterrichts auf MINT-Fächer entfalle, könne es nicht an deren Vernachlässigung liegen. Falsifiziert habe die Forschung zudem Deutungen, die den Leistungsabfall darauf zurückführen, daß zu viele Schü-

ler aufs Gymnasium drängen, von denen immer mehr Migrationshintergrund haben. De facto ist die Gymnasiastenquote seit 2010 konstant, auch der Migrantenanteil stieg nicht herausragend (Forschung & Lehre, 7/2024). Schlüssigste Erklärung des Desasters liefere daher die bisher nur in Mathematik empirisch belegte schlechte Qualität des Unterrichts, der primär Routinewissen vermittle und kognitiv nicht herausfordernd sei. (dg)<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Schatten der Deindustrialisierung**

Umweltverschmutzung in der DDR: Wurden aus Giftküchen blühende Landschaften?

Antje Hermenau

Die markanteste Farbe meiner Kindheit war grau. Die Fassaden waren grau. Die Blätter waren grau. Staub und Dreck waren überall. Die Erzgebirgskämme waren rostbraun, weil die Schwefeldioxidemissionen den sauren Regen brachten und Sachsen, Böhmen und dem Erzgebirge schwer zusetzten. Wie fast überall in Europa. Die Planwirtschaft der am 7. Oktober 1949 gegründeten DDR hatte nicht die finanzielle Kraft, um in Filteranlagen zu investieren. Es blieb so bis zum Mauerfall.

Als ich erstmals Bonn besuchte, war ich überrascht von der Reinheit der Blätter an den Büschen. Ich fragte mich, ob die nachts gereinigt würden. Sie waren so blank und glänzend. Ich denke an meine Zeit in Leipzig. Die Pleiße war ein toter Fluß, Schaumkronen flogen bei Wind über die Brücke, weil die Textilindustrie flußaufwärts ihre Chemikalien ungefiltert eintrug. Die Dämpfe des Flusses genügten, um einem Kopfschmerzen zu machen. Die DDR-Industrie lief zu Lasten der Umwelt, weil die Maschinenparks Jahrzehnte alt waren und keine Investitionen stattfanden.

Der Himmel über Sachsen und Thüringen wurde wieder blau

Leipzig grenzt ans mitteldeutsche Chemiedreieck Leuna-Buna-Bitterfeld. Kam der Wind aus Westen mußte man wegen der Emissionen die Fensterbretter täglich auswischen. Im Südosten lagen seit 1937 die riesigen Werke zur Braunkohleveredlung in Espenhain, deren versuchte Umstellung auf Erdöl nur eine Episode der siebziger Jahre war. Natürlich atmeten wir das alles auch ein. Ein Viertel der Kinder in meiner Klasse waren an chronischer Bronchitis oder Neurodermitis erkrankt.

Ein solcher Bericht könnte vielleicht auch aus Westdeutschland stammen, forderte doch SPD-Kanzlerkandidat Willy Brandt schon im Bundestagswahlkampf 1961: "Der Himmel über dem Ruhrgebiet muß wieder blau werden." In den siebziger Jahren gab es dort spürbare Verbesserungen - in der DDR nicht. Anschaulich zeigt das der vor zehn Jahren veröffentliche Dokumentarfilm "Mitgift" von Roland Blum, der die verheerenden Zustände von 1990 und die Entwicklung bis 2013 zeigt. Die Wiedervereinigung war schon aus Umweltsicht ein Segen für unser aller Gesundheit.

Die Schattenseite war die Deindustrialisierung. Vor allem sie führte dazu, daß sich die Qualität von Luft, Wasser und die Böden binnen weniger Jahre enorm verbesserte. Nun gab es ganz andere existentielle Probleme: zweistellige Arbeitslosenquoten, geschickt getarnt hinter "arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen", die die Statistiken, aber nicht die Wirklichkeit änderten. Junge Menschen wanderten in Scharen ab, andere pendelten in den Westen. Es wurde oft auf Kinder verzichtet - eine Entwicklung, die bis heute eine tiefe Schneise in die Bevölkerungspyramide geschlagen hat. Umweltschutz war schnell kein Thema mehr. Dementsprechend flogen die Grünen bald wieder aus den östlichen Landtagen.

Von der Deindustrialisierung im Osten profitierte aber die Bundesrepublik als Ganzes: Die Verpflichtungen zur CO2-Emissionssenkung aus dem Kyoto-Protokoll von 1997 beziehen sich auf das Referenzjahr 1990, als die DDR-Industrie noch lief. Der westdeutschen Wirtschaft kam das zugute, weil die Umstellungsprozesse verlangsamt werden konnten. Neu gebaute Industrieanlagen entsprachen natürlich den neuen Umweltstandards. Alle wesentlichen

Treibhausgase haben sich 20 Jahre nach dem Mauerfall auf etwa 50 Prozent weniger oder gar darunter befunden.
Auch der Uranbergbau der 1947 gegründeten Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut endete mit der DDR. Die war hinter der Sowjet-union, den USA und Kanada der viertgrößte Uran-Produzent der Welt - und das hatte nichts mit dem 1966 angefahrenen AKW Rheinsberg und dem AKW Greifswald zu tun, das acht Jahre später ans Netz ging.
Das "Wismut-Uran" diente der nuklearen Aufrüstung. Die MDR-Dokumentation "Hölle, Heimat, Kumpeltod" zeigt die Folgen in Westsachsen und Ostthüringen: Radioaktive Halden, Schlammteiche, Tagebau und umweltbelastende Uranverarbeitung. Die Radon-Ausgasung machte nicht nur Bergarbeiter krank. All das wurde saniert und zu "blühenden Landschaften" gemacht. Bad Schlema ist seit 2023 staatlich anerkannter Kurort.
Auch die anderen Industriebrachen und die verlassenen Kasernen und Übungsplätze der Sowjetarmee bargen dreckige Geheimnisse und brachten viel Aufwand für die Sanierung mit sich. Braunkohlentagebaue wurden geflutet, und es entstanden neue Seenlandschaften, allerdings mit sehr unterschiedlicher Wasserqualität. Viele haben einen hohen Grad an Versäuerung. Das 1992 geschlossene Verwaltungsabkommen zwischen den Ostländern und der Bundesregierung hatte die Finanzierung dieser Mammutaufgabe geregelt, trotzdem bleibt Sachsen ab 2027 bei einem höheren Eigenanteil zurück. Nachverhandlungen hat der Bund abgelehnt: Klima, Rüstung oder Sozialleistungen für die Massenmigration sind wichtiger als Umweltschutz.

Auch in der Wirtschaft gibt es Kippunkte, die uns alle bedrohen

Die wirtschaftlichen und sozialen Begleitumstände der Deindustrialisierung wirken bis heute nach. Die Aufnahme in die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik, die Bundeskanzler Helmut Kohl durchsetzte, hat die Betroffenen vor dem Absturz bewahrt, aber die Sinnsuche im Leben wurde brutal unterbrochen - mitunter für viele Jahre. Die ersten zehn Jahre nach dem Ende der DDR waren alle zwischen 20 und 60 Jahren damit beschäftigt, sich anzupassen. Die Kinder waren oft mehr sich selbst überlassen, als uns heute recht sein kann. Sie haben die Härten des neuen Lebens nach dem Mauerfall in den Familien hautnah mitbekommen. Das hat sie geprägt: Es wird nicht rumgelabert, sondern angepackt.
So dürfte wohl auch die Mentalität im Westen in den fünfziger und sechziger Jahren gewesen sein. Der Osten hat aber nicht einfach nur den historischen Vorsprung materiell und technologisch nachgeholt. Er hat auch verglichen. Und er warnt heute lautstark vor den unabsehbaren Folgen einer ideologisch verursachten Deindustrialisierung, die die Ampel seit 2021 forciert. Man kann solch eine Welle nicht so einfach aufhalten. Auch da gibt es Kippunkte, die uns nun alle in Deutschland bedrohen. Die Verteilungskämpfe können hart werden - die VW-Krise und die Abwanderung der Chemieindustrie sind nur ein kleiner Vorgeschmack.
Wenn kein Vertrauen in das Gemeinwesen mehr besteht, weil viele der neu Zugewanderten sich nicht als Teil des Gemeinwesens begreifen wollen oder weil die Politik die Rahmenbedingungen nicht so gestalten kann, wie es nötig wäre, um für Ordnung und Sicherheit und einen prosperierenden Mittelstand zu sorgen und dem Handwerk Raum zu lassen, dann geht der Zusammenhalt verloren. Wenn ich heute Ältere frage, was für sie nach dem Mauerfall die tragenden Säulen waren, um da durchzukommen, dann sagen fast alle und in dieser Reihenfolge: Familie, Freunde, Bildung.
Antje Hermenau ist Verwaltungswirtin und Unternehmensberaterin in Dresden. Sie gründete die sächsischen Grünen mit und war von 1990 bis 2014 Landtags- bzw. Bundestagsabgeordnete.<<

Österreich: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Kann Kickl Kanzler?**
Albrecht Rothacher

Herbert Kickl, der als bescheidener "Vollstrecker des Volkswillens" antrat, gelang es mit 28,8 Prozent Jörg Haiders bisheriges Höchstergebnis von 1999 noch zu übertreffen und mit der FPÖ erstmals als stärkster Fraktion in den Nationalrat einzuziehen. H. C. Strache und Ibiza sind Geschichte.
Die zerstrittene schwarz-grüne Koalition von Karl Nehammer (ÖVP) wurde mit Verlusten von 17 Prozentpunkten abgestraft. Sie wurde zu Recht für die Corona-Schikanen, Rekordschulden, die höchste Steuer- und Abgabenlast Europas, eine zügellose Einwanderung und ihr Nichtstun gegen die Inflation, die aktuelle Krise in der Auto-Zulieferindustrie, der Bau- und Holzwirtschaft, des Einzelhandels und das Bauernhöfesterben sowie ihre Zustimmung zu den selbstzerstörerischen Green Deals Brüssels verantwortlich gemacht.
Die Regierungsbildung wird kompliziert, zumal die zerrütteten Staatsfinanzen in der Rezession Rekorddefizite aufweisen und Sparpolitiken unvermeidlich sind. Im Prinzip ginge sich Blau-Schwarz, jenseits der persönlichen Animositäten, am leichtesten aus. Beide versprachen Steuern zu senken und die illegale Migration zu stoppen. Die Freiheitlichen gaben sich vor den Wahlen ein wirtschaftsfreundliches Programm. Doch wer stellt den Kanzler, der in Österreich keine Richtlinienkompetenz hat - Kickl oder Nehammer? Und wer macht den Vize und kontrolliert im Gegenzug die wichtigsten Ministerien (Innen, Außen, Justiz, Finanzen und Infrastruktur)? <<

Ukraine: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.414/…): >>**Russische Armee erobert "Festungsstadt" Wuhledar**

Strategisch wichtige Ortschaft fällt nach russischer Einkreisung / Analyst: Gesamte ukrainische Armee im südlichen Donbass in Gefahr

Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*

Die russische Armee hat die von der Ukraine stark befestigte Stadt Wuhledar (russisch: Ugledar) 40 Kilometer südwestlich von Donezk vollständig eingenommen. Der Fernsehsender "Euronews" meldete am Mittwoch (2. Oktober), die ukrainische Heeresgruppe Chortyzja habe offiziell bekannt gegeben, daß sich ihre Soldaten aus der Ortschaft zurückgezogen haben. Das Verteidigungsministerium in Moskau hat die Eroberung der Stadt durch die russische Kampfgruppe Ost bestätigt. Bei ihrem letzten größeren Versuch im Februar 2023, die Stadt einzunehmen, war die russische Armee noch mit herben Verlusten gescheitert.
Der arabische Nachrichtensender "Aljazeera" macht auf die strategische Bedeutung Wuhledars aufmerksam. Die Stadt sei ein "Nachschubzentrum" und liege am "Schnittpunkt der Ost- und Südfronten". Ihre Wichtigkeit für die ukrainische Armee habe in der Nähe zu einer Eisenbahnlinie bestanden, welche die Krim mit dem Donbass verbindet. Während die ukrainischen Streitkräfte die volle Kontrolle über Wuhledar hatten, hätten sie die Stadt als Plattform nutzen können, um "russische militärische Versorgungslinien in der Region zu beschießen".
Denis Puschilin, Oberhaupt der Donezker Volksrepublik (DVR), erklärte, die Ortschaft sei für das ukrainische Militär wichtig gewesen, weil die vielen Hochhäuser der Stadt die Einrichtung von Beobachtungsposten und eines Systems von Funkverstärkern ermöglichten. Bei der russischen Nachrichtenagentur "Tass" heißt es einer staatlichen Quelle zufolge, die Einnahme der befestigten Stadt ermöglicht der russischen Armee nun weitere Zugänge zur weiter südlich gelegenen Großstadt Mariupol und Eisenbahnverbindungen im Süden der DVR zu sichern. Zudem werde der Erfolg den weiteren Vormarsch auf die militärlogistisch wichtige Siedlung Kurachowo ermöglichen.
Der US-amerikanische Fernsehsender CNN stellt fest: Die Tatsache, daß Rußland genügend Reserven aufbieten konnte, um die Stadt einzukesseln, unterstreicht den "personellen Vorteil", den es auch vier Monate nach Inkrafttreten des ukrainischen Mobilmachungsgesetzes weiterhin hat. Der Verlust von Wuhledar bedeute, daß die Ukraine nun kämpfen müsse, um ein weiteres Vordringen Rußlands nach Westen zu verhindern, wodurch die "Aussicht auf eine Rück-

eroberung des Gebiets" noch geringer werde.
Der geopolitische Analyst Alexander Mercouris weist darauf hin, daß Wuhledar innerhalb der ukrainischen Gesellschaft eine "enorme psychologische Bedeutung" erlangt habe. Die Stadt sei als eine "uneinnehmbare, unbesiegbare Festung" wahrgenommen worden. Ihre Einnahme würde den Russen den Weg ebnen, in alle möglichen Richtungen nach Saporischschja am Fluß Dnjepr im Westen sowie nach Kurachowe und Pokrowsk im Norden vorzudringen.
Damit würde die gesamte ukrainische Armee im südlichen Donbass in Gefahr geraten, die nach dem russischen Vormarsch auf Pokrowsk bereits in Gefahr sei. Zudem macht Mercouris darauf aufmerksam, daß dem lokalen ukrainischen Kommandeur zuvor offenbar die Erlaubnis zum Rückzug aus Wuhledar verweigert wurde. Nachdem dieser daraufhin auf eigene Faust versucht habe, den Abzug einiger Truppen zu organisieren, sei er von Präsident Wolodymyr Selenskyj und Oberbefehlshaber Oleksandr Syrskyj "gefeuert" worden.
Bereits am 26. September meldeten die Videoblogger Weeb Union und Military Summary auf Basis ukrainischer und russischer Quellen, daß russische Einheiten die Stadt Wuhledar umzingelt und deren östlichen Teil eingenommen hätten. Beide Blogger berichteten schon zu diesem Zeitpunkt davon, daß ukrainische Soldaten aus der belagerten Stadt geflohen seien.
Die britische Tageszeitung "The Telegraph" bestätigte am Montag, daß sich noch möglicherweise Hunderte ukrainische Soldaten in der Stadt befunden hätten. Die Zeitung gab die Beschreibung eines Soldaten wieder, "wie einzelne Einheiten versuchten, sich nachts in Rückzugsformationen leise aus der russischen Umzingelung zu entfernen". "Wenn zehn Personen in Gruppen die Stadt verlassen, schaffen es im Durchschnitt vier bis sechs", berichtete der Soldat. The Telegraph bezeichnet den Fall Wuhledars als den "bedeutendsten Sieg Wladimir Putins auf dem Schlachtfeld seit der Einnahme von Awdijiwka im Februar".<<

Israel: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Hinter der Armee**

Der 7. Oktober hat Israel geeint, abgerechnet wird erst nach dem Krieg

Chaim Noll

Es gibt glückliche Jahrestage und traurige. Dieser ist zunächst tieftraurig: Israel führt seit einem Jahr, seit der grausamen Attacke der Hamas am 7. Oktober 2023, einen Krieg an mehreren Fronten. Der Krieg hat die egozentrischen, freiheitsliebenden, viel reisenden Israelis auf ungeahnte Weise vereint. Aus allen Himmelsrichtungen flogen sie herbei, um zu kämpfen, in wenigen Stunden waren 300.000 Reservisten unter Waffen, dazu 60.000 Freiwillige und ungezählte Helfer im Hinterland, insgesamt, neben den 170.000 Wehrpflichtigen, gut eine halbe Million junge Frauen und Männer.
So begann der Krieg mit einem spontanen Bekenntnis der Jugend zur Heimatliebe, zum Patriotismus. Die Stimmung der Jugend ist die entscheidende Größe angesichts der Demographie des Landes: 38 Prozent aller Israelis sind unter 18 Jahre alt. Und mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist unter dreißig; diese Altersgruppe kämpft im Krieg und erlebt die von der Hamas fanatisierte Bevölkerung in Gaza und der Westbank - ein Erlebnis, das ihr Wahlverhalten beeinflussen wird. Man kann davon ausgehen, daß die von der EU unterstützten Konzepte der israelischen Linken - "Zweistaatenlösung", "Truppenabzug aus den besetzten Gebieten" - weiter an Popularität verlieren werden.
Daher hat sich die Linke neu formiert, um es wenigstens zusammen ins nächste Parlament zu schaffen. Ihr neuer Vorsitzender ist - wenig überraschend - ein pensionierter General. Militärs genießen dieser Tage in Israel weitaus größeres Vertrauen als Berufspolitiker, die kürzlich ein anderer General, Dan Goldfus, öffentlich aufforderte, sich an den jungen Soldaten ein Beispiel zu nehmen und Anstand, Einigkeit und Verantwortungsgefühl zu zeigen. Er wurde von der Armeeführung getadelt, weil er sich als aktiver Offizier nicht in die Politik des Landes einmischen dürfe, doch wenige Wochen später befördert. Die Regierung Netanjahu vermeidet

wohlweislich offene Spannungen mit der Armee.
Fast niemand in Israel zweifelt an der Notwendigkeit dieses Krieges. Fürs erste wurde die Aufarbeitung der gravierenden Fehler von Politikern, Geheimdienstleuten und hohen Offizieren, die zum Debakel des 7. Oktober beitrugen, bis Kriegsende vertagt, was nicht heißt, daß sie vergessen wäre. Benjamin Netanjahus Regierung ist weitgehend unbeliebt, doch ihr Sturz scheint vorerst nicht der Mühe wert.
Auch weil Minister, Generäle und andere Verantwortliche - so das verbreitete Kalkül - gerade durch ihr Schuldgefühl am Einknicken unter dem internationalen Druck gehindert werden und diesen Krieg, anders als die abgebrochenen Militäraktionen 2009, 2012 und 2014, zu einem von der Mehrheit erhofften Ende führen müssen: Zerschlagung der Hamas, möglichst auch der Hisbollah als kampffähige militärische Formationen. Mit der Tötung Hassan Nasrallahs, der 32 Jahre lang die Terrororganisation angeführt hatte, ist der Armee damit ein wichtiger aber kaum endgültiger Schlag gelungen.
Eine in westlichen Medien überbewertete Bewegung, angeführt von einigen Familien in Hamas-Gefangenschaft befindlicher Geiseln, fordert sofortige Waffenruhe und bringt Zehntausende zu Demos auf die Straße. Andererseits fordern Eltern gefallener Soldaten eine Fortsetzung des Krieges bis zur Zerschlagung der Hamas, damit der Tod ihrer Kinder in Gaza "eine Bedeutung" hätte. Und die Bürgermeister evakuierter Städte und Dörfer im Norden Israels "erklären, daß sie keine voreiligen Vereinbarungen mit der Hisbollah akzeptieren werden", wie Jediot Acharonot meldete. "Statt dessen fordern sie entschlossenes Handeln von Netanjahus Regierung und danken der Armee für ihre jüngsten Erfolge. Sie halten einen Waffenstillstand für ein Geschenk an die Hisbollah."
Aus solchen Meinungsverschiedenheiten nehmen ausländische Medien das Stereotyp einer "Spaltung". Die israelische Gesellschaft ist von jeher heterogen, schon wegen ihrer verschiedenen kulturellen Hintergründe. Heftige Kontroversen, extreme, oft unvereinbare Meinungen gehören zum Demokratieverständnis der Israelis. Die meisten von ihnen verfügen über ein flexibles Ego, das sie über Nacht aus lautstarken Opponenten der Regierung in disziplinierte Soldaten verwandelt - und umgekehrt. Gerade junge Israels motiviert das sehr weitgehende Recht auf freie Meinungsäußerung zum Kampf für ihr bedrohtes Land. Manche fahren von der Demo zu ihrer Kampfeinheit.
Der Krieg bringt spürbare Veränderungen mit sich. Einige Dienstleistungen sind stark beschränkt. Das Gesundheitssystem wirkt teils überlastet. Die Inflation bei Lebensmitteln beunruhigt. Personalmangel und Handelsboykotte führen zu Einbußen. Dafür kommt es zu ungeheuren Gewinnen in der Militärindustrie, vor allem für Hersteller von Raketen- und anderen Abwehrsystemen, die mit Aufträgen überhäuft sind.
Ob uns diese Akzentverschiebung in Richtung Rüstungsindustrie behagt oder nicht - sie scheint unvermeidlich. Ungebrochen ist der Bevölkerungszuwachs, vor allem durch im Land geborene Kinder, auch durch weiterhin starke Einwanderung, etwa aus der Ukraine oder aus Ländern wie Frankreich, Belgien, zunehmend auch Deutschland, deren Juden sich von den islamischen Einwanderern bedroht fühlen.
Glauben wir an einen Sieg? Es wäre großartig, wenn wenigstens die Entwaffnung der Hisbollah gelänge (UN-Resolution 1701). Wir sind hinaus über die naive Hoffnung auf einen "dauerhaften Frieden im Nahen Osten": Derzeit kann es nur zeitweise Frieden geben, nachdem Israel schwere Schläge ausgeteilt hat.
Denn dieser Krieg ist kein neuer Krieg und alles andere als überraschend. Er wurde uns allen zu Beginn des Jahrtausends erklärt, von einem entschlossenen, kampfbereiten Gegner. Wir haben uns lange geweigert, ihn zur Kenntnis zu nehmen. Sein Schauplatz liegt nicht nur an Israels Grenzen, sondern an vielen Orten der Welt, auf den Schulhöfen und Straßen europäischer Großstädte, auf dem Campus amerikanischer Universitäten. Die meisten Israelis wissen,

daß wir für mehr kämpfen als für unser Land.
Chaim Noll wanderte 1995 als Schriftsteller und Journalist nach Israel aus. Zuletzt erschien "Scharia und Smartphone: Texte zum zeitgenössischen Islam" (2023).<<
Libanon: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 41/24" berichtet am 4. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**"Geht weg, flieht so schnell ihr könnt"**
Libanon: Ein israelischer Luftangriff tötete den Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah / Droht eine erneute Ausreisewelle?
Felix Hagen
Mit ihm endet eine Epoche und mit seinem Tod beginnt für viele Libanesen ein neuer Alptraum. Hinter der südlichen Grenze herrscht hingegen Optimismus, sein Tod wird gefeiert, Politiker kündigen weitere Schläge an. Die Rede ist von Hassan Nasrallah, der mit seiner "Partei Gottes" (Hisbollah) den Nahen Osten geprägt und dem übermächtigen Nachbarn mehrmals empfindliche Schläge versetzen konnte.
Dem Schiiten, der zeitweise selbst bei Sunniten und arabischen Christen Respekt erfuhr, dem islamischen Theologen, dessen enge Beziehungen zur Teheraner Regierung die außenpolitische Kraft der Mullahs multiplizierte und der am Ende über diese enge Einbindung in die iranische Strategie den Respekt und die Anerkennung im Libanon wieder verspielte, die er sich zuletzt im syrischen Bürgerkrieg erworben hatte.
Die Rede ist aber auch von dem Mann, den Israel und seine Verbündeten als Terroristen bezeichnen, dessen Kommandos im Norden Israels Furcht und Schrecken verbreiteten und dessen Raketen und Drohnen den Glauben aufkommen ließen, der Judenstaat sei tatsächlich in seiner Existenz bedroht. In einem Luftschlag vernichtete Israels Luftwaffe am 27. September das Hauptquartier der Parteimiliz und tötete dabei neben Nasrallah nahezu die gesamte Hisbollah-Führungsschicht. So stark waren die Einschläge im Süden Beiruts, daß selbst im christlichen Norden der Stadt die Alarmanlagen geparkter Autos ausgelöst wurden.
Wie viele Menschen mittlerweile innerhalb des Libanon auf der Flucht sind, ist unklar, einige befürchten mindestens eine der über fünf Millionen Einwohner. In den ruhigeren Stadteilen Beiruts, die mehrheitlich von Christen bewohnt werden, sammelten sich nach dem Angriff Tausende Schiiten aus dem Süden. Mangels Notunterkünften versuchten viele auf den Straßen oder in Parks etwas Schlaf zu finden. In einigen Fällen kam es dabei zu spontanen Hilfsaktionen christlicher Anwohner.

Wieviel Kraft bleibt der Schiiten-Miliz zu einem Gegenschlag?
Auch im Norden Libanons, etwa in der Stadt Zgharta öffneten Christen ihre Firmen und Gaststätten als Notunterkünfte. In der Stadt Zahlé im Bekaa-Tal vertrieben hingegen Polizisten der christlichen Stadtverwaltung die Geflüchteten und zerstörten eine aufgebaute Ansammlung von Zelten. Wie so oft im Libanon verläuft auch hier der Konflikt nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Religionsgruppen - die Aufnahmebereitschaft christlicher und drusischer Libanesen hängt zu einem Großteil von der politischen und familiären Ausrichtung ab. In einem Land, in dem neben Religion und Konfession unverändert auch die familiäre Zugehörigkeit über die politische Ausrichtung entscheidet, stellt auch die Bereitschaft zur Nothilfe für vertriebene Landsleute eine potentiell lebensgefährliche Gewissensfrage für die gesamte Familie.
Israel kündigt mittlerweile eine Bodenoffensive im Süden an. Bereits vor dem Angriff auf die Hauptstadt hatten Tausende Libanesen mit der Flucht aus dem Süden des Landes begonnen, koordiniert und teilweise logistisch unterstützt von der Hisbollah, die dort seit dem Ende des Krieges 2006 einen Staat im Staate unterhält. Bisher zehrte die Hisbollah von jenem Krieg, der ihren Nimbus als einzige Kraft im Nahen Osten, die Israel gewachsen ist, zementierte. Nun, nach dem Luftangriff auf Nasrallah und der Explosion Tausender Pager und Funkgeräte,

die neben einigen Zivilisten auch fast die gesamte mittlere Hisbollah-Führung außer Gefecht setzte, berichten Flüchtlinge von einer Miliz, die wie ein Schatten ihrer selbst wirkt.
"Geht weg, flieht so schnell ihr könnt" würden von Haus zu Haus gehende Milizionäre den Anwohnern zurufen, bevor sie sich selbst in unterirdische Bunker und gut getarnte Verstecke zurückziehen. Wieviel Kraft der Hisbollah zum Gegenschlag noch bleibt, ist unklar, die langen Jahre eines relativ bequemen Sitzkriegs dürften die Fähigkeiten zur Camouflage erodiert haben. Denn auch davon berichten viele, die mit der Hisbollah zu tun haben, man habe sich "im Konflikt auf niedriger Intensität eingerichtet", wie es ein gut vernetzter Mitarbeiter der Hilfsorganisation "Ärzte ohne Grenzen" gegenüber der JUNGEN FREIHEIT schildert.
Friedlich war die Grenze zwischen dem Libanon und Israel seit dem Angriff der Hamas am 7. Oktober nicht mehr, aber beide Seiten übten sich in Zurückhaltung. Immer wieder schickte die Miliz kleinere Drohnen und Raketen über die Grenze in den Norden Israels, verzichtete aber bis auf wenige Ausnahmen darauf, die großen Städte des Landes mit massenhaften Angriffen zu überziehen. Israel antwortete ebenfalls begrenzt und beschränkte sich darauf, die lokalen Angriffe abzufangen. Ein Zustand der auch auf den mäßigenden Einfluß des Iran zurückgeführt wird, ein "Konflikt vor der Zeit" sei offenbar nicht im Interesse Teherans gewesen.
Viele Libanesen entscheiden sich direkt zur Flucht ins Ausland. Doch die Optionen dafür sind rar: Die Sicherheitslage in Syrien ist weiter angespannt, die Flucht nach Süden verbietet sich ohnehin. Der einzige Ausweg für diejenigen, die es sich leisten können, ist der Flughafen Beiruts. Seit Tagen stauen sich dort bereits die Autos und Minibusse, versuchen Angehörige der Mittel- und Oberschicht verzweifelt ein Ticket zu beschaffen. Eine der wenigen, die es geschafft haben, ist Viktoria S., die aus einer christlichen Oberschichtsfamilie stammt. Bereits vor Monaten hat sie ein Ticket nach Brüssel erworben. Die libanesische Fluggesellschaft MEA stellt üblicherweise als letzte den Betrieb ein und eröffnet ihn auch als erste wieder.
Am Telefon berichtet die junge Frau von verlassenen Autos und verschreckten Flüchtlingen auf den Zufahrtsstraßen zum Flughafen. Das libanesische Mobilfunknetz schwankt, erweist sich aber als erstaunlich robust. Und wenige Stunden nach dem israelischen Luftangriff übermittelt sie dann auch noch die frohe Nachricht an ihren Ehemann in Brüssel, ihr Flugzeug befinde sich bereits im ungarischen Luftraum. Große Erleichterung bei Freunden und Verwandten, doch in die Freude mischt sich die Sorge über die Zurückgebliebenen.<<

05.10.2024
BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**EuGH-Urteil: Mehr als 20 Millionen afghanische Frauen sind ohne Nachweis asylberechtigt!**
Es ist ein Grundsatz-Urteil mit weitreichenden Folgen für die Asylpolitik: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat entschieden, daß afghanische Frauen wegen "systematischer Verfolgung" durch die Taliban grundsätzlich asylberechtigt sind.
Afghanisch und weiblich - diese Merkmale reichen künftig für einen Asylanspruch in Europa aus! Das EuGH-Urteil bedeutet einen grundlegenden Wandel in der Schutzgewährung für afghanische Frauen mit noch unabsehbaren Folgen für die Masseneinwanderung: Die weibliche Bevölkerung Afghanistans wird auf mehr als 20 Millionen geschätzt.
In seinem Urteil stellte der EuGH fest, daß Zwangsverheiratung und fehlender Schutz vor häuslicher Gewalt in Afghanistan als Formen der Verfolgung anzusehen sind. Die Zwangsverheiratung sei sogar mit einer Form der Sklaverei gleichzusetzen. Weitere repressive Maßnahmen wie der Zwang zur Vollverschleierung, der eingeschränkte Zugang zu Bildung, Arbeit und medizinischer Versorgung sowie der Ausschluß vom politischen Leben wurden als systematische Verweigerung grundlegender Menschenrechte eingestuft.

"In ihrer Gesamtheit" stellten diese Maßnahmen eine Verfolgung dar, hieß es in der offiziellen Erklärung des Gerichts.

Herkunft und Geschlecht reichen für Asylanspruch

Laut EuGH muß bei Asylanträgen von Frauen aus Afghanistan nicht individuell geprüft und nachgewiesen werden, ob bzw. daß sie bei einer Rückkehr in ihr Heimatland konkret verfolgt werden. Allein die Tatsache, daß sie Frau und Afghanin sind, reiche aus, um die Flüchtlingseigenschaft zu begründen.

Hintergrund dieser Klarstellung sind zwei Fälle aus Österreich, in denen einer Frau und einem Mädchen lediglich subsidiärer Schutz zuerkannt worden war.

Beide hatten gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt, woraufhin der österreichische Verwaltungsgerichtshof (VwGH) den EuGH um eine Entscheidung ersuchte. Nun müssen die österreichischen Richter über die Asylanträge entscheiden, wobei sie an die Rechtsauffassung des EuGH gebunden sind.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Migrantengewalt: Immer wieder Syrer! Ist diese Asyl-Gruppe besonders brutal?**

Von *Aloys Krause*

In Fällen von Migrantengewalt lesen (seltener hören) wir immer häufiger, der Täter oder der Tatverdächtige sei Syrer. Der Terror-Anschlag von Solingen, bei dem ein syrischer Islamist drei Menschen erstach, war der vorläufige Höhepunkt in diesem Jahr. Sind Syrer brutaler und gefährlicher als andere Zuwanderergruppen?

Es war ein unvorstellbar grausames Verbrechen, für das sich vier Syrer im Alter von 36 bis 42 Jahren jetzt vor dem Saarbrücker Landgericht verantworten müssen. Im saarländischen Primsweiler fesselten sie im März dieses Jahres ihren Chef mit Kabelbinder und Klebeband, prügelten ihn in einer Monteurswohnung zu Tode.

Laut Staatsanwaltschaft legten sie ihr Opfer dann mit Bauch und Gesicht nach unten auf ein Bett. Weitere Schläge und Tritte folgten. Sie zogen ihm die Hose herunter und einer der Angeklagten urinierte auf ihn. Anschließend rasierten sie dem ebenfalls aus Syrien stammenden Mann, für den sie im Glasfaser-Ausbau arbeiteten, den Bart ab. Eine besondere Form der Demütigung.

Immer wieder heißt es im Zusammenhang mit migrantischen Gewalttaten, der Tatverdächtige oder die Tatverdächtigen seien Syrer. Sind Syrer besonders grausam und brutal?

Allein drei schockierende Migranten-Verbrechen fanden 2024 in Nordrhein-Westfalen statt. Jedes Mal war der Täter ein Syrer.

- Am 23. Juni prügelte im Kurpark von Bad Oeynhausen ein polizeibekannter Syrer (18) den 20 Jahre alten Philippos T. zu Tode. Der junge Mann (Vater Grieche) war gerade vom Abiturball seiner Schwester gekommen.
- Zwei Monate später, am 23. August, erstach der Syrer Issa al H.(26) auf dem Stadtfest in Solingen wahllos drei Menschen. Der Syrer, der mit der Terror-Organisation Islamischer Staat (IS) in Verbindung gebracht wird, hätte längstens abgeschoben gehört.
- Am 28. September attackierte in Essen ein Macheten-Syrer (41) aus Rache an seiner Ex-Frau die Familie ihres neuen Partners, zündete zwei Wohnhäuser an, rammte mit einem Transporter mehrere Ladengeschäfte. Bilanz: 17 Schwerverletzte, zwei lebensgefährlich verletzte Kinder.

Allein aufgrund dieser drei spektakulären Fälle kann sich leicht der Eindruck aufdrängen, Syrer seien brutaler und rücksichtsloser als andere migrantische Gewalttäter. Doch das wäre eine unzulässige Relativierung von Gruppenvergewaltigungen, Tötungsdelikten und Fällen von schwerer Körperverletzung, an denen auch Afghanen und Iraker sowie Nord- und Schwarzafrikaner gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil überproportional häufig beteiligt sind.

- Fakt ist jedoch: Syrer führen die Kriminalstatistiken im Zuwanderungskontext an. In absolu-

ten Zahlen sind Syrer am häufigsten noch vor den Afghanen tatverdächtig, wie aus Daten des Bundeskriminalamtes (BKA) hervorgeht.

Gewaltaffiner Kulturkreis

Die Frage, ob Syrer "schlimmer" als andere Migrantengruppen seien, läßt sich aus Sicht von Kriminologen so pauschal nicht bejahen. Zweifelsohne ist Syrien ein Land, das von Krieg und Islamismus sowie durch archaische Traditionen geprägt ist. Syrer legen vor der illegalen Einreise nach Deutschland ihre Herkunft und Sozialisation nicht ab - ebenso wenig allerdings tun das Afghanen und Iraker. Alle drei Zuwanderergruppen kommen aus gewaltaffinen Bürgerkriegsländern, in denen Steinzeit-Islamismus herrscht. Syrer haben insoweit kein Alleinstellungsmerkmal. Trotzdem fallen sie - jedenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung - überdurchschnittlich oft auf. Warum?

Schon jeder 20. Syrer lebt in Deutschland

Die Erklärung dafür, warum Syrer "gefühlt" häufiger als andere Migrantengruppen scheinbar besonders oft grausame Gewaltverbrechen begehen, liegt auf der Hand: Es ist ihre zahlenmäßige Dominanz unter Migranten nahöstlicher bzw. mittelorientalischer Provenienz.

Das wird schnell klar, wenn man sich die Zahlen syrischer Massenmigration nach Deutschland, hier wiederum speziell in das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen, vergegenwärtigt.

- Lebten 2010 rund 30.000 Syrer in Deutschland, so waren es nach der Nichtschließung der Grenzen durch Angela Merkel (CDU) Ende 2015 schon knapp 370.000. Heute sind es rund 970.000. Die Zahl der in Deutschland lebenden Syrer nähert sich also der Millionengrenze. Mehr als jeder Dritte lebt in Nordrhein-Westfalen.

Aus keinem Land hat die Bundesrepublik in den letzten zehn Jahren mehr Migranten aufgenommen als aus Syrien. Inzwischen ist bereits jeder 20. Syrer nach Deutschland "geflüchtet".

Zum Vergleich: Ende 2023 lebten laut dem Portal Statista etwa 419.000 Afghanen in Deutschland - also nicht einmal halb so viele wie Syrer. Iraker (281.000) waren noch einmal deutlich weniger vertreten.

Die Dosis macht das Gift

Laut "Mediendienst Integration" sind syrische Einwanderer tendenziell jünger als die Allgemeinbevölkerung: Ihr Durchschnittsalter liegt bei rund 25 Jahren.

Die überwiegende Mehrheit der Syrer, die seit 2015 Asyl in Deutschland beantragt haben, ist arabisch (mehr als 60 Prozent), eine noch größere Mehrheit (mehr als 90 Prozent) ist muslimischen Glaubens. Das macht sie nicht per se gefährlicher als Afghanen (99 Prozent Muslime) oder Iraker (97 Prozent Muslime).

FAZIT: Syrer sind bezogen auf das Thema Gewaltaffinität im Vergleich zu anderen Migrantengruppen (Afghanen, Iraker, Nordafrikaner) kein ethnischer "Sonderfall" - ihre Dosis (fast eine Million) macht das sprichwörtliche Gift.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. Oktober 2024 (x1.411/…):

>>**Wuppertal: Sport-Schwimmbad schließt wegen Migranten-Randale**

Das Wuppertaler Sportbad "Schwimmoper" schließt neuerdings am Wochenende für eine Stunde in der Mittagszeit, um randalierende Jugendliche mit Migrationshintergrund (viele davon Nichtschwimmer) vom Eintritt möglichst abzuhalten.

"Diese Gruppen junger ausländischer Männer stehen im Nichtschwimmerbecken oder sitzen auf der Tribüne, dann kommt es plötzlich zur Rudelbildung und es hagelt Beleidigungen und gibt Belästigungen", sagt Alexandra Szilagowski, Leiterin des Wuppertaler Sport- und Bäderamtes. Die Situation sei immer unerträglicher geworden. Auch sexuelle Belästigungen im Umkleidebereich habe es gegeben.

Nun soll die Mittagspause am Wochenende, bei der das Bad für eine Stunde geschlossen wird, helfen, Migranten fernzuhalten. "Wir können nicht einfach so zuschauen und es weiter laufen

lassen. Wir sind ja kein Spaßbad, sondern ein reines Schwimmbad", so die Leiterin des Sport- und Bäderamtes.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Corona-Hysterie: 90 Millionen Euro Steuergelder für Beatmungsgeräte, die nie geliefert wurden!**

Während der Corona-Hysterie soll das Bundesgesundheitsministerium unter dem damaligen Minister Jens Spahn (CDU) 90 Millionen Euro für Beatmungsgeräte bezahlt haben, die nie ausgeliefert worden seien. Das berichten die Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) unter Berufung auf eigene Recherchen.

Demnach hatte die Regierung im Frühjahr 2020 bei dem Lübecker Medizintechnik-Hersteller Drägerwerk AG 10.000 Beatmungsgeräte bestellt. Das Auftragsvolumen sei aber bereits wenige Monate später reduziert worden, weil die sogenannte Pandemie milder verlief als befürchtet.

Seinerzeit hatte das Gesundheitsministerium betont, für die Reduzierung "keine finanziellen oder anderweitigen Zusagen oder Vertragsstrafen" geleistet zu haben. Das ist aber offenbar nur die halbe Wahrheit:

Den Recherchen zufolge wandelte die Regierung den Auftrag an Dräger in eine Option um, die ihr das Recht einräumte, ein Jahr lang Beatmungsgeräte im Wert von 200 Millionen Euro beziehen zu können. Dafür soll eine ungewöhnlich hohe Optionsprämie von 90 Millionen Euro überwiesen worden sein, die mit möglichen Bestellungen verrechnet worden wäre.

Diese Bestellungen aber sind laut RND nie erfolgt, die 90 Millionen Euro seien von dem Lübecker Familienunternehmen nahezu vollständig als Gewinn verbucht worden. Weder die Drägerwerk AG noch das Gesundheitsministerium hätten sich unter Hinweis auf die Vertraulichkeit zu Details des Geschäfts äußern wollen.

Der CDU-Politiker Spahn teilte dem Bericht zufolge auf Anfrage mit, daß die ursprüngliche Auftragsmenge "einvernehmlich und mit entsprechenden Kosteneinsparungen" reduziert worden sei. Er könne zu weiteren Details aber keine Angaben machen, da ihm seit Amtsübergabe der Aktenzugang fehle.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Kochsalzlösung für Krankenhäuser und Praxen wird knapp**

Nach den Lieferengpässen bei verschiedenen Medikamenten sind nun auch lebenswichtige Kochsalzlösungen, die für Infusionen, Spülungen und Operationen benötigt werden, betroffen. "Es gibt zurzeit viel zu wenig Kochsalzlösung.

Was in den Klinken schon seit Monaten ein großes Problem ist, erreicht jetzt auch die Versorgung ambulanter Patienten", sagte Thomas Preis, Chef des Apothekerverbands Nordrhein, der "Rheinischen Post" (Samstagsausgaben).

"Zahlreiche Hersteller von Kochsalzlösungen können jetzt auch die öffentlichen Apotheken nicht mehr ausreichend beliefern. Wir brauchen dringend stabile Lieferketten für Allerwelts-Arzneimittel wie Kochsalzlösungen. Sie kosten nur wenige Cent in der Produktion, sind aber unersetzbar in der Versorgung der Patienten. Deshalb dürfen solche Lieferengpässe eigentlich gar nicht auftreten. Da muß von der Politik dringend mehr Verantwortung übernommen werden."

Auch das Land ist alarmiert: "In den letzten Wochen sind Kliniken aus Nordrhein-Westfalen, darunter auch Universitätsklinken, auf das Ministerium zugekommen, weil sie sehr große Probleme haben, sich im ausreichenden Maß mit steriler isotonischer Kochsalzlösung sowohl zu Infusions- als auch zu Spülzwecken zu versorgen.

Demnach werden die Kliniken in Nordrhein-Westfalen und Deutschland bereits seit mehreren Monaten nur noch mit rund 80 Prozent der Bedarfe beliefert, zuletzt sogar nur noch mit rund 50 Prozent", sagte ein Sprecher des NRW-Gesundheitsministeriums der Redaktion. Die Eng-

pässe werden noch Monate bestehen: "Die Lieferengpaßmeldungen des Zulassungsinhabers Fresenius Kabi Deutschland GmbH prognostizieren das Lieferengpassende für die drei gemeldeten Arzneimittel für den 31.12.2024", erklärt das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) auf Anfrage.
Man beobachte die eingehenden Hinweise und stehe mit den betroffenen Zulassungsinhabern in einem kontinuierlichen Austausch. Insgesamt sind laut BfArM-Portal aktuell 496 Arzneimittel von Lieferengpässen betroffen, darunter auch Antibiotika.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Pandemie: 90 Millionen für nicht gelieferte Beatmungsgeräte bezahlt**
In der Corona-Pandemie hat das Bundesgesundheitsministerium unter dem damaligen Minister Jens Spahn (CDU) einem Medizintechnik-Hersteller 90 Millionen Euro für Beatmungsgeräte bezahlt, die nie ausgeliefert worden sind. Die Regierung hatte im Frühjahr 2020 bei dem Unternehmen 10.000 Beatmungsgeräte bestellt, das Auftragsvolumen aber bereits wenige Monate später reduziert, weil die Pandemie milder als befürchtet verlief, berichtet daß "Redaktionsnetzwerks Deutschland" (Samstagausgaben).
Seinerzeit hatte das Gesundheitsministerium behauptet, für die Reduzierung "keine finanziellen oder anderweitigen Zusagen oder Vertragsstrafen" geleistet zu haben. Laut RND wandelte die Regierung den Auftrag in eine Option um, die ihr das Recht einräumte, ein Jahr lang Beatmungsgeräte im Wert von 200 Millionen Euro beziehen zu können.
Dafür wurde eine ungewöhnlich hohe Optionsprämie von 90 Millionen Euro überwiesen, die mit möglichen Bestellungen verrechnet worden wäre. Diese Bestellungen aber sind offenbar nie erfolgt, die 90 Millionen Euro sind laut RND nahezu vollständig in den Gewinn der Firma gewandert.
Weder der Hersteller noch das Gesundheitsministerium wollten sich zu den Details äußeren und verwiesen auf Vertraulichkeitsvereinbarungen. Spahn teilte auf Anfrage mit, daß man die ursprüngliche Auftragsmenge "einvernehmlich und mit entsprechenden Kosteneinsparungen" reduziert habe, er zu weiteren Details aber keine Angaben machen könne, da ihm seit Amtsübergabe der Aktenzugang fehle.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Nouripour für AfD-Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht**
Der Grünen Co-Vorsitzende Omid Nouripour hält den Augenblick für gekommen, erneut über eine Verbotsverfahren gegen die AfD beim Bundesverfassungsgericht zu debattieren. "Zu Beginn der Debatte über ein mögliches Verbotsverfahren war ich höchst skeptisch, gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Verfassungsgerichtsurteil zum NPD-Verbot. Heute stelle ich allerdings fest: Alleine das, was an öffentlicher Beweislast gegen die AfD vorliegt, ist erdrückend groß", sagte er der "Welt am Sonntag". Eine wehrhafte Demokratie könne ihrer eigenen Zersetzung durch Antidemokraten nicht folgenlos zuschauen.
"Ich las kürzlich ein Buch über die Weimarer Republik und den Versuch des damaligen bayerischen Innenministers gegen die NSDAP vorzugehen. Er hat viel gegen die Nazis getan und scheiterte brutal - mit den bekannten verheerenden Folgen für die Welt und für Deutschland", so der Grünen-Chef. Nouripour warnte: "Im Thüringer Landtag konnte man doch letzte Woche sehen: Sobald die AfD auch nur ein bißchen Macht in den Händen hält, ist sie wild entschlossen, diese Macht gegen sämtliche demokratische Gepflogenheiten zu mißbrauchen."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Gauck pocht auf Taurus-Lieferung an Ukraine**
Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck hat sich für die Lieferung von Taurus Marschflugkörpern an die Ukraine ausgesprochen. "Ich habe mich dazu mit militärischen Fachleuten ausgetauscht und spreche mich für die Lieferung der Taurus Marschflugkörper aus", sagte Gauck den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Samstagausgaben).

Man müsse der Ukraine so helfen, daß sie in einer Verhandlungsposition auf Augenhöhe komme. "Kanzler Scholz hat mehrfach gesagt, daß er keinen Putinschen Siegfrieden will. Das bedeutet aus meiner Sicht, daß wir mehr tun müssen", sagte Gauck. Auf die Frage, ob die Ukraine militärische Ziele in der Ukraine angreifen dürfe, sagte der frühere Bundespräsident: "Selbstverständlich darf die Ukraine militärische Ziele in Rußland angreifen."
Das Zerstören russischer Munitionsdepots sei eine effektive Verteidigung.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Wegen Aggro-Migranten: Schwimmbad muß schließen**
Von *S. Hofer*
Nach monatelangen Übergriffen und sexuellen Belästigungen durch Migrantengruppen muß ein Hallenbad in Wuppertal nun zeitweise schließen.
- Die "Schwimmoper" in Wuppertal muß nach monatelangen Pöbeleien und sexuellen Belästigungen durch jugendliche Migranten jetzt am Wochenende mittags schließen. Sogar in den Umkleidekabinen soll es zu sexuellen Übergriffen gekommen sein.
- Allein im Juli gab es zwölf Einsätze von Sicherheitskräften. Zwar wurden Hausverbote gegen die Randalierer verhängt, aber das schreckt die jungen Migranten nicht ab. "Die halten sich einfach nicht daran und kommen trotzdem", so Alexandra Szlagowski, Leiterin des Sport- und Bäderamtes in Wuppertal.
- Szlagowski weiter: "Weil viele nicht schwimmen können, wird denen dann mit der Zeit langweilig. Dann wird provoziert, es bilden sich Gruppen und schon gibt's Ärger. Das Personal und andere Gäste werden beleidigt und belästigt. Da soll diese Unterbrechung helfen. Wir können nicht einfach so zuschauen und es weiter laufen lassen."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Das furchtbare Schicksal der Sudetendeutschen**
Von *Gero Bernhardt*
Zwischen Egerland und Beskiden schrieben die Sudetendeutschen ein Stück Weltgeschichte. Mit ihrer Vertreibung endete eine jahrhundertelange Ära in Böhmen. …
Am 13. Mai 1945 schilderte ein Zeitzeuge aus Prag: "Nun erschießt man in unserer Schule jede Nacht ein Dutzend (deutsche) Menschen. Im Keller. Sie müssen sich mit dem Gesicht auf die Kohlenhaufen legen, dann schlägt man sie, und dann erschießt man sie. Die Partisanen wählen sie nach Gutdünken aus der Masse der Gefangenen heraus."
Dieser Fall dürfte ganz den Vorstellungen von Edvard Benes entsprochen haben, denn der tschechische Staatspräsident segnete diese Säuberungsaktionen bereits sechs Tage später formell ab. Die sogenannten Benes-Dekrete vom 19. Mai 1945 hatten die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der gesamten damaligen Tschechoslowakei zum Ziel.
Im tschechischen Rundfunk selbst waren Benes' haßerfüllten Tiraden kaum zu überhören:
"Nehmt ihnen alles, den Deutschen! Laßt den Frauen nur ein Taschentuch, damit sie hineinweinen können. Jagt und erschlagt die Deutschen, wo Ihr sie trefft!"
Ein trauriger Höhepunkt dieser Verbrechen war unter anderem der Brünner Todesmarsch. Am Morgen des 31. Mai wurden die Sudetendeutschen von Partisanen aus ihren Häusern geholt und beim Augustinerkloster St. Thomas in Alt-Brünn zusammengetrieben. Der Zug, bestehend zumeist aus Frauen, Kindern und alten Männern, wurde in Richtung österreichische Grenze in Gang gesetzt.
Während des Vertreibungsmarsches wuchs er auf zirka 35.000 Personen an. 55 Kilometer hatten die Menschen zurückzulegen. Derjenige, der aus Erschöpfung schwächelte, wurde mit dem Gewehrkolben traktiert oder gar erschossen. Die Leichen stieß man in einen Graben. Etwa 5.200 Menschen verloren durch Erschöpfung, Mißhandlung, Seuchen oder Hunger ihr Leben.
Oft werden diese Vorgänge nur als Reaktion auf die Besetzung der Tschechoslowakei durch

Hitler-Deutschland im Jahre 1939 betrachtet. Doch sind die Greueltaten wirklich allein als Reaktion auf die deutsche Besatzungspolitik zu verstehen oder liegen vielmehr weiterreichende Ursachen diesen Ereignissen zugrunde?

Spannungen schon im Mittelalter

Die Spannungen zwischen der tschechischen und deutschen Bevölkerung im Sudetenland reichen teilweise weiter zurück, als uns das gängige Geschichtsbild zu offenbaren vermag. Bereits mit der Gründung der ersten deutschen Universität in Prag im Jahre 1348 wurden die Probleme zwischen Tschechen und Deutschen ersichtlich. So fühlten sich die Tschechen, trotz der Stimmengleichheit der an der Universität vertretenen vier Nationalitäten, benachteiligt. Denn von den vier Nationen waren drei deutschsprachig. Ging es um Abstimmungen bezüglich Sprache und Kultur, dürften die Tschechen die schlechteren Karten besessen haben.

Allerdings konnte der Universitätsrektor Jan Hus durch Einfluß auf König Wenzel IV. - Sohn und Nachfolger von Karl IV. - durchsetzen, daß den vier Völkerschaften die Stimmengleichheit entzogen wurde, wodurch den Tschechen der größte Stimmenanteil zufiel. Damit wurde der Unterricht fortan nur noch in tschechischer Sprache gegeben, was nicht wenige Professoren und Studenten dazu brachte, die Prager Universität zu verlassen.

Beim ersten Panslawistischen Kongress im Jahr 1848, der von Polen und der Tschechoslowakei in Prag veranstaltet wurde, wurden erste Gebietsansprüche auf das Sudetenland laut. Auch Vertreibungspläne waren Gegenstand des Treffens. Dieser Kongress ging mit einem gewaltsamen Aufruhr in Prag einher.

Gewaltsame Unterdrückung

Weitere Konfrontationen zwischen Sudetendeutschen und Tschechen keimten in der Zwischenkriegszeit auf, als das Sudetenland am 1. November 1918 von tschechischen Legionären gegen den Willen der deutschsprachigen Bevölkerung okkupiert wurde. Dieser Aneignung wurde dann nicht nur durch die Entente-Staaten zugestimmt, sondern fand sogar noch im Versailler Vertrag eine formelle Bestätigung.

Jedoch hatte sich das Sudetenland noch vor der Besetzung zur Provinz von Deutsch-Österreich erklärt und setzte eine Landesregierung ein. Denn die Deutschen verließen sich auf den 14-Punkte-Friedensplan des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, wobei es unter dem 10. Punkt lautete, daß den Völkern Österreich-Ungarns die freieste Möglichkeit zur autonomen Entwicklung zu gewähren ist.

Die Okkupation des Sudetenlandes war auch oft mit gewaltsamen Übergriffen auf die dortige Zivilbevölkerung gepaart. Als Deutsche am 4. März 1919 in etlichen Städten gegen die Anbindung des Sudetenlandes zur Tschechoslowakei ihren Unmut auf die Straße brachten und den Anschluß ihrer Provinz an Österreich forderten, kam es zu einer wilden Schießerei durch tschechische Milizen auf Demonstranten. Dabei verloren insgesamt 54 Menschen ihr Leben.

Gegen Brünner Deutsche selbst ereignete sich bereits Oktober 1918 eine entsetzliche Tat. So wurden deutsche Musiker der Kapelle Josef Parisek, als sie in der russischen Stadt Chabarowsk einen Auftritt hatten, von tschechischen Legionären durch die Stadt getrieben und anschließend erschossen, weil sie die Frage, ob sie Tschechen werden wollten, mit einem "Nein" erwiderten.

Ein anderer Fall, der sich direkt in Brünn gegen Deutsche zugetragen hatte, spielte sich am 29. November desselben Jahres ab. Dort veranstalteten tschechische Soldaten eine wilde Schießerei, wobei fünf Personen, darunter Frauen und Kinder, ums Leben kamen.

Als dann der tschechisch-slowakische Staat Anfang 1920 seine Verfassung erhalten sollte, wurden die Minderheiten wie beispielsweise Deutsche, Ungarn, Slowaken und Polen bei den Vorbereitungen beziehungsweise der Abstimmung zur Verfassung nicht einbezogen. Alles wurde von den Tschechen festgeschrieben, und das, obwohl beispielsweise die deutsche Bevölkerung mit ihren circa 3,3 Millionen immerhin den zweitgrößten Anteil in der Tschecho-

slowakei bildete.
Die Verfassung beinhaltete auch ein Sprachengesetz, wonach alle deutschen Gemeinden und Bezirke Eingaben in tschechischer Sprache anzunehmen und zu bearbeiten hatten. Auch folgten gegenüber den tschechischen Minderheiten erhebliche Meinungseinschränkungen und Zensuredikte. Nicht nur Bücher und Zeitungen von Minderheiten wurden verboten, sondern ab 1925 auch ausländische Publikationen, wovon meistens deutsche Blätter betroffen waren.

Tschechische Säuberungspläne

Bereits 1938 erörterte Edvard Benes mit seinem Minister Hubert Ripka erste Vertreibungspläne gegen Sudetendeutsche. Dies war eine Reaktion auf die im Münchner Abkommen veranlasste Abtretung des Sudetenlandes von der Tschechoslowakei.
Dabei muß man sich vor Augen führen, daß Vertreibungspläne bereits zu einer Zeit aufgestellt wurden, als die Rest-Tschechei noch nicht durch deutsche Truppen besetzt war. Womit noch keine Unterdrückungspolitik ausgeübt werden konnte. Hinzu kommt der Umstand, daß die meisten Sudetendeutschen sich gegen eine Anbindung ans Deutsche Reich aussprachen. Auch schon allein hierdurch läßt sich nicht nachvollziehen, weshalb die späteren Vertreibungen alle Deutschen treffen sollten, wenn es eine Reaktion auf die Unterdrückungspolitik der Nationalsozialisten gewesen sein soll.
Somit kann festgehalten werden, daß die Austreibung der Deutschen keineswegs nur als Reaktion auf die Besetzung durch das NS-Regime betrachtet werden kann, sondern vielmehr als territorialer Konflikt, der teilweise Jahrhunderte zurückreicht.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Mach's nochmal, Uncle Sam**

Neue Erstschlagswaffen in der BRD. ... In Deutschland sollen neue US-Erstschlagsraketen stationiert werden - wie in den 1980er Jahren. Aber es gibt Unterschiede, die das Vorhaben noch gefährlicher machen.
_ von *Kai-Uwe Reiter*
Es ist ein Déjà-vu-Erlebnis, und die Älteren erinnern sich noch: Wegen des sogenannten NATO-Nachrüstungsbeschlusses zerbrach 1982 die sozialliberale Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt (SPD). Es ging um die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen, konkret um Raketen vom Typ Pershing-II sowie Marschflugkörper (Cruise Missiles).
"Europa ist ein Ziel für unsere Raketen." Kreml-Sprecher
Der Öffentlichkeit gegenüber begründete die NATO ihren 1979 beschlossenen Schritt mit der Stationierung sowjetischer SS-20-Raketen, mit denen die UdSSR in den siebziger Jahren ihre älteren Modelle R-12 und R-14 ersetzte. Was die NATO nicht erwähnte: Die sowjetische Nachrüstung war ihrerseits eine Reaktion darauf, daß der damalige amerikanische Präsident Gerald Ford einen zuvor zwischen den beiden Supermächten bereits ausgehandelten Kompromiß zur Rüstungskontrolle im Bereich der Mittelstreckenraketen (das sogenannte SALT-II-Abkommen) abgelehnt hatte; Moskau sah sich unter Zugzwang.
Die Sowjetunion wurde damals im Westen - man befand sich tief im Kalten Krieg - als hochgerüstete militärische Supermacht betrachtet, die mit ihren in der DDR stationierten Panzermassen angriffsbereit auf der Lauer lag. Ihre Militärdoktrin sah massierte, durch taktische Atomschläge unterstützte Panzervorstöße weit auf bundesdeutsches Territorium vor; Experten hielten es für wahrscheinlich, daß die Sowjets binnen zweier Tage am Rhein stehen würden - wenn die NATO nicht in der Lage wäre, den Vormarsch durch gezielte Schläge mit Atomwaffen aufzuhalten.
Dafür waren die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen gedacht. Die Pershing konnte in vier bis zehn Minuten Ziele in einer Entfernung von bis zu 1.800 Kilometern treffen. Die Cruise Missiles hatten eine Reichweite von bis zu 2.400 Kilometern, flogen aber langsamer, weil sie sich bei ihrer Navigation am Gelände orientierten und Abwehrbatterien umfliegen

konnten; ihre Flugzeit war auf bis zu drei Stunden berechnet.

Schreckbild Euroshima

Das westliche Kalkül war, durch den frühzeitigen Einsatz dieser auf Europa beschränkten Systeme den "großen", weltweiten Atomkrieg mit weitreichenden Interkontinentalraketen zu verhindern. Ob diese Rechnung im Ernstfall aufgegangen wäre, mußte zum Glück niemals getestet werden. Fatal war allerdings, daß der begrenzte Atomkrieg in jedem Fall auf deutschem Territorium ausgetragen worden wäre - ein Argument, mit dem die damalige Friedensbewegung vehement vor einem sogenannten Euroshima warnte.

Wie es damals im NATO-Hauptquartier in Brüssel zuging, berichtet Rainer Rupp, den die Hauptverwaltung Aufklärung, die DDR-Auslandsspionage, dort eingeschleust hatte: "Sie propagierten eine Strategie des präventiven Enthauptungsschlages gegen die UdSSR.

Da die neuen Pershings auf den Punkt genau trafen, bräuchte man nur kleine taktische Atomwaffen, um ohne massive zivile Opferzahlen die Kommando-, Kontroll- und Kommunikationszentren der Roten Armee und des sowjetischen Staatsapparats in einem Überraschungsschlag zu zerstören. In meinem NATO-Büro erklärte mir damals ein durchreisender US-Werber für diese neue Strategie, daß nach einem solchen Schlag "die mächtige Rote Armee wie ein Huhn mit abgeschlagenem Kopf über den Bauernhof rennen" würde und nicht mehr fähig wäre, einen Gegenschlag zu führen.

Die neokonservative Mischpoke propagierte diese Strategie nicht nur lauthals in Reden und Think-Tank-Publikationen, sondern ergriff schon frühzeitig militärische und nachrichtendienstliche Maßnahmen zur Umsetzung ihrer Ziele. So ging man zum Beispiel mit allerlei Tricks und provokativen Grenzverletzungen dazu über, systematisch die geographischen Koordinaten der Knotenpunkte in den sowjetischen Befehls- und Kommunikationsstrukturen zu sammeln, die im Ernstfall eingeschaltet würden."

Der Rest ist bekannt und längst Geschichte: Weil in der Kanzlerpartei SPD der Widerstand gegen die Umsetzung des brandgefährlichen Beschlusses immer stärker wurde, zerbrach im Herbst 1982 die sozialliberale Koalition. Bundeskanzler Helmut Schmidt, der sein politisches Schicksal mit dem Nachrüstungsbeschluß verknüpft hatte, trat zurück, nachdem sein Koalitionspartner, die FDP, zur Union übergelaufen war. Schmidts CDU-Nachfolger Helmut Kohl machte gleich in seiner ersten Regierungserklärung deutlich, daß er uneingeschränkt am Doppelbeschluß festhalte.

So kam es dann auch, und die Bundesrepublik, die mit ihren zahllosen US-Stützpunkten ohnehin schon hochgradig gefährdet war, wurde durch die neuen US-Raketen, die von 1983 an stationiert wurden, zum Pulverfaß. Immerhin fast 72 Prozent der Bundesbürger befürworteten eine Volksbefragung. Die Grünen, damals noch Friedenspartei und deswegen erstmals in den Bundestag gewählt, brachten dazu einen Gesetzentwurf ein - der natürlich abgelehnt wurde. Erst durch den neuen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow entspannte sich die Situation ab 1985 glücklicherweise.

49 Prozent der Deutschen sind gegen die neuen US-Raketen, 45 Prozent dafür.

Bemerkenswerterweise hatte Helmut Schmidt in früheren Jahren, nämlich nach der Kubakrise 1962, selbst vor dieser Entwicklung gewarnt: "Die Ausstattung der Bundesrepublik mit nuklearen Raketen, die Leningrad oder Moskau in Schutt und Asche legen können, müsste die Sowjetunion in der gleichen Weise provozieren, wie etwa die Ausstattung Kubas mit derartigen Raketen die USA herausfordern mußte", warnte er.

Mit Tomahawks gegen Moskau

Wer diese Vorgeschichte kennt, muß sich im Sommer 2024 im falschen Film fühlen. 45 Jahre nach Helmut Schmidt macht sich mit Olaf Scholz erneut ein SPD-Kanzler für die Stationierung von US-Erstschlagswaffen auf deutschem Boden stark. Am Rande des NATO-Gipfels in Washington im Juli zeigte er Gehorsam gegenüber dem US-Präsidenten, der die Entscheidung

für weitreichende amerikanische Raketen in Deutschland im Alleingang beschlossen und den Verbündeten lediglich zur Kenntnis gegeben hatte.
Das höchste NATO-Gremium durfte, anders als 1979, nicht entscheiden, sondern war nur Kulisse für Uncle Sams Verkündigung. Auch der Bundestag, der 1983 nach zweitägiger Debatte mit knapper Mehrheit sein Ja zu Pershing-II und Cruise Missiles erklärte, soll dieses Mal nichts zu melden haben. Die Besatzungsmacht versucht nicht einmal mehr die Illusion aufrechtzuerhalten, Deutschland dürfe irgendwie mitbestimmen.

Der Bundestag darf, anders als damals, nicht mitentscheiden.

Die neuen Waffen, präzisierte die US-Regierung, "werden über deutlich größere Reichweite als die derzeitigen landgestützten Systeme in Europa verfügen". Ab 2026 sollen Marschflugkörper vom Typ Tomahawk mit deutlich mehr als 2.000 Kilometern Reichweite, Flugabwehrraketen vom Typ SM-6 und neu entwickelte Hyperschallwaffen - über die die US-Streitkräfte derzeit allerdings noch nicht verfügen - in der Bundesrepublik stationiert werden.
Offiziell soll das alles der Abschreckung dienen. Scholz unterstellte in Washington, "daß es eine unglaubliche Aufrüstung in Rußland gegeben hat, mit Waffen, die europäisches Territorium bedrohen". Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Denn auch die neuen Raketen lassen sich genauso gut für einen Enthauptungsschlag einsetzen. Das Risiko, daß Rußland im Konfliktfall auf einen erkannten Angriff etwa gegen Moskau mit einem massiven nuklearen Gegenschlag reagiert, ist enorm - Deutschland würde damit zur atomaren Wüste.
Linke-Aufruf zur Friedensdemonstration am 3. Oktober 2024. Foto: Die Linke
Die russische Seite warnte denn auch prompt und sehr deutlich vor solchen Risiken. Schon am Tag nach der Ankündigung in Washington machte der Kreml eine "sehr ernste Bedrohung" aus, der russische Vizeaußenminister Sergei Rjabkow sprach von einem "Eskalationskurs". Und: "Wir werden, ohne Nerven oder Emotionen zu zeigen, eine vor allem militärische Antwort darauf ausarbeiten." Wenige Tage später wurde Kreml-Sprecher Dmitri Peskow noch deutlicher: "Europa ist ein Ziel für unsere Raketen, unser Land ist ein Ziel für US-Raketen in Europa." Man habe "die Kapazitäten, diese Raketen in Schach zu halten, aber die potentiellen Opfer sind die Hauptstädte dieser europäischen Länder".

Frieden und Friedhofsruhe

Anders als in den achtziger Jahren findet hierzulande praktisch keine öffentliche Diskussion statt. Kritische Wortmeldungen wie die von SPD-Bundestagsfraktionschef Rolf Mützenich sind die große Ausnahme. Er erlaubte sich immerhin die mehr als berechtigte Frage, "warum allein Deutschland derartige Systeme stationieren soll. Unter Lastenteilung habe ich bisher etwas anderes verstanden". Ansonsten herrscht, abgesehen von vereinzelten Zwischenrufen von AfD und Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), gespenstische Stille. Die Altparteien sind von Grün bis Schwarz, von Hofreiter bis Kiesewetter durchgehend auf Kriegskurs.

Ein erster Anlauf

Für den 3. Oktober (nach unserem Redaktionsschluß) riefen Friedensinitiativen aus dem ganzen Bundesgebiet zu einer Großdemonstration nach Berlin auf. Als Redner waren Sahra Wagenknecht, der SPD-Außenpolitiker Ralf Stegner, der frühere CSU-Politiker Peter Gauweiler und die Linken-Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch vorgesehen.
Im Aufruf hieß es: "Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität - Die Situation in Europa und Nahost entwickelt sich gefährlich in Richtung Großkrieg. Statt sich für Frieden einzusetzen, liefert der Westen - einschließlich der Bundesregierung - immer mehr Waffen und beschleunigt die Eskalation durch die Erlaubnis, diese auch gegen russisches Gebiet einzusetzen. Atomwaffen werden wieder einsatzfähig gemacht.
Die deutsche Regierung rüstet auf wie nie zuvor. Wir alle sollen kriegstüchtig gemacht werden. Eine "neue" Wehrpflicht droht. Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und Kitas, Bahn und Nahverkehr. Globale

Herausforderungen, die weltweit nur gemeinsam gelöst werden können, um den Generationen, die uns folgen, eine lebenswerte Welt zu erhalten, werden nicht in Angriff genommen. Den **Frieden gewinnen - jetzt oder nie!"**
Eine Mehrheit der Deutschen, immerhin, lehnt die geplante Raketenstationierung ab. Einer Forsa-Umfrage vom August zufolge sind 49 Prozent der Deutschen dagegen, 45 Prozent dafür; in Mitteldeutschland sind laut MDR sogar stattliche zwei Drittel dagegen. Aber nur das BSW fordert bislang eine Volksbefragung.
Das Risiko ist groß, daß das Machtkartell der Transatlantiker und Kriegstreiber seine selbstmörderischen Pläne umsetzen kann und Deutschland sehenden Auges der Gefahr des Atomkrieges aussetzt. In den achtziger Jahren protestierten dagegen Hunderttausende in den deutschen Städten. Es wäre höchste, allerhöchste Zeit, wieder auf die Straße zu gehen.
_ *Kai-Uwe Reiter schrieb zuletzt in COMPACT 7/2024 über das Attentat auf den slowakischen Premier Robert Fico.*
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 10/2024.<<
Ukraine: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Der Frontverlauf im Dritten Weltkrieg**
Auch wenn immer wieder Gegenteiliges propagiert wird: US-Kämpfer und NATO-Söldner sind in der Ukraine bereits im Einsatz, wie Geheimpapiere jetzt enthüllt haben. Doch hinter den Kulissen dürften derzeit Verhandlungen über eine Beendigung des Ukraine-Krieges laufen, da der Westen am Ende ist.
Die Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten haben das Potential, zu einer globalen Konfrontation zu verschmelzen. Auch im chinesischen Meer brennt die Zündschnur. …
_ von *Thomas Röper*
Daß ich seit Februar 2022, also seit der Eskalation in der Ukraine und den ersten Sanktionspaketen des Westens, der Meinung bin, dies sei bereits der Dritte Weltkrieg, ist nicht neu. Das Einzige, was noch fehlt, ist die direkte Konfrontation zwischen der NATO und Rußland, weil keine der beiden Seiten einen Atomkrieg will. Aber der US-geführte Westen kämpft jetzt schon mit allen wirtschaftlichen, diplomatischen, propagandistischen und militärischen Mitteln - außer dem offiziell zugegebenen Einsatz eigener Soldaten. Es ist ein Krieg, der mit einem Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine nicht vorbei sein wird.
"Die Ära der westlichen Dominanz ist tatsächlich endgültig zu Ende." Josep Borrell
Formell hängt dieser Konflikt mit jenem in Gaza zwar nicht zusammen, aber die Frontlinien gleichen sich immer mehr an. Sie haben das Potential zu verschmelzen, wie es beispielsweise auch im Zweiten Weltkrieg der Fall war, als ab Ende 1941 - mit der Kriegserklärung der USA an Japan in Folge des Überfalls auf Pearl Harbor - die Konfrontationen in Europa und Asien zu einem einzigen großen Weltkrieg verschmolzen sind.
Westblock: Vereinigtes Königreich, USA, Belgien, Kanada, Dänemark, Frankreich, Island, Luxemburg, Niederlande, Italien, Norwegen, Portugal, Griechenland, Deutschland, Spanien, Polen, Tschechien, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Albanien, Kroatien, Montenegro, Nordmazedonien, Finnland, Schweden, Israel , Südkorea , Japan, Australien, Taiwan, Moldawien, Argentinien, Chile, Ruanda, Nigeria, Kenia, Albanien, Kosovo, Armenien, Ukraine
Rußland wird mehr oder weniger offiziell von China, Nordkorea und dem Iran unterstützt. Der globale Süden würde gerne neutral bleiben, wird aber vom Westen gedrängt, sich für eine Seite zu entscheiden. Weil Moskau und Peking anderen Ländern keine Vorschriften machen, welche sogenannten Werte oder politischen und wirtschaftlichen Systeme sie haben sollen und weil beide Länder im Gegensatz zum Westen keine neokoloniale Politik verfolgen, neigt der globale Süden ihnen zu und nicht der NATO.
Das hat übrigens sogar EU-Chefdiplomat Josep Borrell inzwischen verstanden, wie ein von

ihm verfaßter Artikel nach der Münchner Sicherheitskonferenz Ende Februar gezeigt hat: "Wenn sich die aktuellen globalen geopolitischen Spannungen weiterhin in Richtung "the West against the Rest" entwickeln, besteht die Gefahr, daß die Zukunft Europas düster wird. Die Ära der westlichen Dominanz ist tatsächlich endgültig zu Ende."
Der Gaza-Krieg hat inzwischen etwa die gleichen Frontlinien. Der US-geführte Westen unterstützt Israel, während viele Länder des globalen Südens Israel einen Völkermord an den Palästinensern vorwerfen. Und die zynische Doppelmoral in diesem Konflikt treibt den globalen Süden weiter in die Arme Rußlands und Chinas.

Rußland und Israel

Das Verhältnis zwischen Jerusalem und Moskau schien - trotz der unterschiedlichen Interessen beispielsweise in Syrien - lange gut zu sein. Aber hinter den Kulissen dürfte es schon seit einiger Zeit anders aussehen, denn Israel stört sich an dem guten Verhältnis Rußlands zum Iran, während Rußland keinerlei Verständnis für die illegalen israelischen Bombardierungen seines Verbündeten Syrien hat.
Und nach dem Beginn der russischen Operation in der Ukraine Ende Februar 2022 gab es nur noch wenige Meldungen über Kontakte zwischen Rußland und Israel. Mitte Oktober 2023 wurde gemeldet, daß anscheinend offizielle israelische Soldaten in der Ukraine gekämpft haben. Wenn das stimmen sollte, dürfte das Verhältnis zwischen Putin und Netanjahu schon seit einiger Zeit eiskalt sein, auch wenn beide das nicht öffentlich gezeigt oder kommuniziert haben.

Ostblock:

Rußland, China, Nordkorea, Iran, Brasilien, Südafrika, Ägypten, Äthiopien, Vereinigte Arabische Emirate, Syrien, Libanon, Palästina, Jordanien, Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Jemen, Irak, Serbien, Angola, Mocambique, Kuba, Venezuela, Myanmar, Indonesien, Senegal, Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger, Tschad, Sudan, Tunesien, Marokko, Libyen, Algerien, Donbass

Mit dem Beginn des Gaza-Krieges gab es einen weiteren Temperatursturz. Aus Jerusalem kamen wilde Beschimpfungen und Anfeindungen, weil die Moskauer Regierung das brutale Vorgehen Israels von Anfang an kritisierte und nachdrücklich die Zwei-Staaten-Lösung forderte. Der Kreml teilte am 21. Februar 2024 mit, er akzeptiere "Israels Logik zur Rechtfertigung der Gewalt in Gaza nicht".
Daraufhin setzte das Netanjahu-Regime Rußland mit der - in seinen Augen terroristischen - Hamas gleich, was Moskau mit gleicher Münze heimzahlte: Israel wurde mit der - in seinen Augen nazistischen - Ukraine gleichgesetzt, beide Staaten führten "einen Kampf gegen die Menschheit". Viel schlechter können die Beziehungen zwischen beiden wohl nicht mehr werden.
Die Tatsache, daß Israel nun angekündigt hat, der Ukraine zum ersten Mal militärisches Gerät zu liefern, zeigt jedenfalls, daß der Bruch sehr tief sein muß. Hinzu kommt die gute russische Zusammenarbeit mit Israels Erzfeind, dem Iran. Es halten sich sogar hartnäckig die Gerüchte, von dort würden Drohnen und Raketen für die Front geliefert.
Außerdem haben die Huthis im Jemen Israel den Krieg erklärt und beschießen, trotz der Angriffe von NATO-Staaten, im Roten Meer Handelsschiffe, die mit Israel in Verbindung stehen oder die aus Staaten wie den USA und Großbritannien kommen und den Jemen bombardieren. Sogar teure US-Drohnen haben die Guerillakämpfer schon abgeschossen.
Moskau hat jetzt sogar eine technische Zusammenarbeit mit den Huthis vereinbart.
Da war es nicht überraschend, daß Rußland und Jemen nun gegenseitige Besuche technischer Gruppen vereinbart haben, um die Zusammenarbeit im Bereich der Bodenschätze zu erörtern. Das gaben der jemenitische Ministerpräsident Ahmed Awad bin Mubarak und Sergej Lawrow auf einer Pressekonferenz Ende Februar bekannt. Man sieht daran, wie die in den Konflikten

kämpfenden Länder zusammenrücken. Auch wenn die Schauplätze formell nichts miteinander zu tun haben, könnten sie sich so zu einem großen Konflikt entwickeln.
Die Türkei ist formell zwar in der NATO, aber im Ukraine-Konflikt verhält sie sich neutral. Dafür ist Präsident Erdogan einer der lautesten Kritiker von Israels Vorgehen in Gaza und fordert eine Verurteilung der für die Kriegsverbrechen Verantwortlichen durch den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Damit steht Ankara in einem wichtigen Konflikt nicht auf der Seite des Westens. Wenn sich Erdogan für eine Seite entscheiden müsste, würde er wohl auf die russische kommen.

Kampf um Indien

Wenn die USA Taiwan nach dem ukrainischen Muster zu Provokationen gegen China verleiteten, könnte der Konflikt auch auf Asien übergreifen. Hinzu kommt die immer angespanntere Lage auf der koreanischen Halbinsel.
Da Indien Chinas Rivale ist und gute Beziehungen zu Taiwan unterhält, könnte eine Eskalation im Fernen Osten das mittlerweile bevölkerungsreichste Land der Erde in die Arme des Westens treiben. Bislang versucht Neu-Delhi, seine Neutralität zu wahren. Das Verhältnis zu Moskau ist hervorragend und reicht bis zur Staatsgründung nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Man hat seither fast ausschließlich auf russische Waffen gesetzt, wurde aber von den USA inzwischen überredet, das Arsenal zu diversifizieren. Aber einen Bruch mit Putin will Premier Modi nicht.
Trotzdem könnte es, wenn die Konflikte eskalieren und sogar auf Asien übergreifen sollten, soweit kommen, daß Indien sich für eine Seite entscheiden muß. Die Frage ist, welche das sein wird.

Haupt- und Nebenfragen

"Ähnlich wie in Die Schlafwandler von Christopher Clark (über die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs) scheint uns nicht bewußt zu sein, welche verheerenden Konsequenzen die aktuellen Kriege - insbesondere der in Gaza - haben können. Während in Deutschland Woche für Woche Debatten über Integration, Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus geführt werden, warnen geopolitische Experten seit Tagen vor einem potentiellen Dritten Weltkrieg. Bricht ein Dritter Weltkrieg aus, gibt es keinen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus. Wenn kaum noch Menschen existieren, gibt es auch niemanden mehr zu integrieren. Ein Dritter Weltkrieg würde alles in den Schatten stellen, und deshalb müssen wir über diese zunehmende Gefahr sprechen."
(Scharjil Khalid in Berliner Zeitung, 13.2.2024)
Man könnte dazu noch viel mehr schreiben… Jedenfalls müsste jedem klar geworden sein, daß wir erst ganz am Anfang des Dritten Weltkrieges stehen. Selbst im besten Fall müssen wir mit unruhigen Zeiten und überraschenden Wendungen rechnen.
_ *Thomas Röper lebt seit fast 30 Jahren in St. Petersburg, hat mehrere Bücher zum Thema NATO/Rußland/Ukraine verfaßt und betreibt das Portal "Anti-Spiegel".*<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Selenski im Raketenfieber**
Der sogenannte Siegesplan. ... Die russischen Truppen im Donbass kommen ständig schneller voran. Doch der Machthaber in Kiew setzt immer verbissener darauf, mit weitreichenden NATO-Waffen die Wende zu erzwingen. In Deutschland findet er dafür einflußreiche Unterstützer.
_ von *Rainer Rupp*
In der Ukraine bröckelt entlang der gesamten tausend Kilometer langen Front die Kampfkraft der Truppen von Wolodimir Selenski - ein Präsident, dessen Amtszeit im März abgelaufen ist und den man besser als Ex-Präsidenten bezeichnen sollte. Seit über einem halben Jahr hat er illegal die Macht usurpiert und bereits wiederholt die finanziell sehr lukrativen Ministerposten

seiner illegalen Regierung mit willfährigen kriminellen Kollegen besetzt. Jetzt scheint der zweitklassige Schauspieler jedoch zu merken, daß das Ende seiner Präsidentenrolle immer schneller näher rückt, wenn es ihm nicht gelingt, USA und NATO aktiver und direkter in den Krieg gegen Rußland einzubinden.

Der sogenannte Siegesplan

Julian Röpcke von Bild titelte Mitte September treffend: "Selenskis Schicksalsrede in Kiew: Die Ukraine hat nur noch eine Chance!" Und weiter: "Angespannte Lage in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Während im Osten der Ukraine weiter schwere Abwehrkämpfe toben, appelliert Präsident Wolodimir Selenski (46) einmal mehr an die westlichen Partner, ihre Versprechen an sein Land auch einzuhalten. Ein ukrainischer "Siegesplan" soll jetzt die Wende bringen."

Dabei ist dieser nicht weniger absurd als zuvor sein sogenannter Zehn-Punkte-Friedensplan. Der hatte neben Rußlands Kapitulation auch dessen kompletten Rückzug aus dem Donbass und der Krim und die Zahlung von Reparationen gefordert. Anfang des Jahres, während der Realsatire in Form der sogenannten Internationalen Friedenskonferenz in der Schweiz, war er von USA/NATO und ihren anhängigen Unterstützern in Abwesenheit Rußlands mit viel Medien-Tamtam beworben worden.

"Die Ukraine hat nur noch eine Chance!" Bild

Selenskis neuer Plan besteht aus drei Punkten:

1. Er will US-amerikanische oder britische, französische und deutsche Langstreckenraketen, um tief im Raum des europäischen Teils von Rußland Kommando- und Kommunikations- und Aufklärungszen-tren, Militärstützpunkte, Flugplätze, Munitions- und Treibstoffdepots und andere wichtige Infrastruktur zu zerstören.
2. Er verlangt, daß NATO-Luftabwehrsysteme von polnischem und rumänischem Staatsgebiet aus russische Vergeltungsschläge gegen die Westukraine abwehren, damit die Ukraine ihre eigenen Luftabwehrsysteme näher an die Front im Osten verlegen kann.
3. Er fordert Garantien, daß sich die NATO-Staaten vor Ort in der Ukraine noch stärker militärisch engagieren, indem sie etwa Bodentruppen in bestimmte Teile der Ukraine schicken, um ukrainische Soldaten freizusetzen, die dann in den Donbass geschickt werden könnten.

Selenski hat sich jüngst auf einem großspurig als Yalta European Security Konferenz bezeichneten Treffen in Kiew überzeugt gezeigt, daß mit Erfüllung dieser drei Punkte nicht nur Rußlands Armee, sondern sogar Putin als Präsident zum Rückzug gezwungen wäre. Eine neue, freundliche Führung im Kreml würde dann ein NATO-genehmes Friedensabkommen mit der Ukraine unterzeichnen.

Der drohende Weltkrieg

Die Konsequenzen von Selenskis sogenanntem Friedensplan hat Stephen Bryen, ehemaliger Stabsdirektor des Nahost-Unterausschusses des US-Senats und später stellvertretender US-Verteidigungsminister, in der einflußreichen Asia Times erklärt: "Biden und NATO erklären Rußland tatsächlich den Krieg", lautete der Titel seines Artikels vom 14. September. Auszüge:

"Es gibt keine andere Möglichkeit, das zu interpretieren: Washington und seine NATO-Verbündeten erklären Rußland den Krieg. Das ist die direkte Bedeutung des bevorstehenden Besuchs des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski in Washington, bei dem man sich auf Ziele innerhalb Rußlands einigen wird. ... Zu sagen, dies sei ein wahnsinniger, rücksichtsloser Schritt, wäre eine Untertreibung.

Dies ist der gefährlichste Schritt, den die USA und die NATO unternehmen können - und er wird höchstwahrscheinlich zum Dritten Weltkrieg führen. ... Glauben Sie nicht an irgendeine Rhetorik, die den Einsatz von Langstreckenraketen gegen Rußland "rechtfertigt". Putin hat persönlich darauf hingewiesen (siehe den folgenden Artikel: Scholz im Andromeda-Nebel),

daß die Ukraine lediglich ihr Territorium für die Aufstellung der Raketen bereitstellt, sie aber von NATO-Personal abgefeuert werden, die zuvor die Zielkoordinaten von US-Satelliten, die das russische Territorium überwachen, in die Raketen eingespeist haben."
Mit dieser Analyse befindet sich Bryen auf einer Linie mit vielen anderen westlichen Kritikern, unter anderem dem ehemaligen höchsten Bundeswehrgeneral Harald Kujat. Was hier passiert, ist ein Lotterie-Spiel mit dem Weltuntergang, vorbereitet von kriegsgeilen, aber unerfahrenen oder aber strohdummen Rußlandhassern, die das Staatsschiff USA lenken, angeblich nur im Auftrag des senilen Präsidenten Biden, faktisch aber im Weißen Haus die Macht an sich gerissen haben.
Die meisten Menschen im Westen, vor allem in Deutschland, glauben leider immer noch die Propaganda, welche die Staatsmedien und die Konzernpresse mehr oder weniger gleichlautend im ganzen Westen verbreiten: daß man die Warnungen aus dem Kreml auch diesmal nicht ernst zu nehmen bräuchte. Die russische Aufregung sei nur gespielt, um die westlichen Politiker, die angeblich eine übertriebene Angst vor einem großen Krieg mit Rußland haben, einzuschüchtern. Tatsächlich ginge es Rußland nur darum, mit dieser Angstmache zu verhindern, daß die Ukraine wichtige Ziele in der Tiefe des russischen Raums zerstört. Schließlich habe sie schon bisher mit ihren eigenen Lenkwaffen Ziele Hunderte Kilometer jenseits der Grenze angegriffen, und Rußland habe so gut wie nicht reagiert.
Aber Putin hat in einer sehr ernst zu nehmenden Erklärung auf den Unterschied zwischen den relativ einfachen Drohnenschlägen der Ukraine tief in Rußlands Territorium, die von Kiew eigenständig durchgeführt werden können, und den punktgenauen Langstreckenangriffen mit modernsten Raketenwaffen aufmerksam gemacht. Letztere erfordern die direkte Integration des westlichen Militärs und letztlich auch die westliche Teilnahme an den Angriffen. Viele dieser Systeme, wie zum Beispiel die britische Storm-Shadow-Rakete, benötigen nämlich das direkte Eingreifen des Herstellerlandes, um die Geschosse über große Distanzen ins Ziel zu bringen. Dies hat Olaf Scholz mit seiner Weigerung, Taurus-Raketen zu liefern, indirekt bestätigt. Sein Argument: Deutsche Techniker müßten vor Ort die Zielkoordinaten programmieren, und damit wäre Deutschland direkt am Krieg beteiligt.
Für diejenigen, die es immer noch nicht verstanden haben: Wenn die Ukraine ihre einfachen Drohnen nach Moskau schickt, kann sie die Koordinaten über Google Maps oder andere frei verfügbare Datenbanken erhalten, ohne daß eine westliche Beteiligung notwendig ist. Aber fortgeschrittene Raketen- und Waffensysteme werden in der Regel von speziell entwickelter, streng geheimer Software gesteuert, die spezielle Schlüssel und Programme erfordert, um die Koordinaten einzugeben. Die Ukrainer können dies nicht selbst tun, da die Herausgabe solcher digitalen Schlüssel das gesamte System der NATO-Staaten im Falle zukünftiger Konflikte kompromittieren könnte.
Auf dieses Problem hat auch die britische Times Mitte September hingewiesen: "Die Raketen fliegen nicht direkt auf ihr Ziel zu, sagen Verteidigungsbeamte: Sie werden mit Hilfe von GPS- und Geländekartendaten effektiv "durch ein Nadelöhr geführt". "Man könnte sie durchaus im Alleingang abfeuern, aber sie würden in der umkämpften, elektronisch gestörten Umgebung der Russen wahrscheinlich nicht überleben", sagte eine britische Verteidigungsquelle. "Die russische elektronische Kriegsführung hat GPS nutzlos gemacht. Sie stören es. Also muß man statt dessen einen anderen Datensatz verwenden, der in amerikanischem Besitz ist." Das ist geheim, hängt aber wahrscheinlich mit den Fähigkeiten von Bodenkarten zusammen."

Zaudern am Abgrund

Am 13. September kam der neue britische Premier Keir Starmer zum Antrittsbesuch nach Washington. Im Vorfeld war er offensichtlich fest davon ausgegangen, gemeinsam mit Biden die Freigabe der Langstreckenraketen gegen Rußland verkünden zu können. Aber zur Überraschung der meisten Medien kam es nicht dazu. Berichten zufolge haben die beiden zwar über

das Thema gesprochen, ohne jedoch eine offizielle Ankündigung zu machen.
Starmer ist, seit er aus den USA zurück ist, etwas schmallippiger geworden. Offensichtlich will er mit seinen Storm-Shadow-Raketen nicht als einziger vorpreschen und damit sein Land zur Zielscheibe für russische Vergeltungsschläge machen. Und Biden will im Vorfeld der Wahlen am 5. November wohl keinen Zug machen, der seiner designierten Nachfolgerin Kamala Harris Stimmen kostet.
"Dieser Schritt wird höchstwahrscheinlich zum Dritten Weltkrieg führen." Asia Times
Doch auch nach dem ergebnislosen Washingtoner Treffen trommeln die Hardliner weiter. Starmers Vorgänger Boris Johnson forderte von Deutschland "definitiv" die Lieferung von Taurus-Raketen. In dasselbe Horn stießen Marie-Agnes Zimmermann (FDP) und Anton Hofreiter (Grüne). CDU-Stahlhelmer Roderich Kiesewetter brachte es auf den Punkt: "Die ganzen roten Linien lassen sich inzwischen zu einem roten Teppich für Putin verweben." Er gehe davon aus, daß es seitens der USA bald eine Freigabe zum Einsatz weitreichender Waffen gegen Rußland geben werde. Scholz habe dann die Wahl, "uneingeschränkt an der Seite der Bündnispartner" zu stehen", oder "er folgt dem Narrativ von Sahra Wagenknecht".
*_ Rainer Rupp (*1945) war von 1977 bis 1989 für die Hauptverwaltung Aufklärung, die Auslandsspionage der DDR, tätig und galt als wichtigster Agent des Ostens in der NATO (Deckname "Topas"). 1994 wurde er wegen Landesverrats zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Seit seiner Entlassung arbeitet er als Publizist. In COMPACT 3/2023 schrieb er über das sogenannte Geheimtreffen in Potsdam.*
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 10/2024.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30526" berichtet am 5. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**Der hybride Krieg gegen unsere Kinder**
Schon immer waren Kinder ein begehrtes Instrument von selbsternannten "Möchtegern-Machthabern", um ihre zerstörerischen Pläne und Ideologien durchzusetzen. Und viele Despoten hatten ihren zugänglichen Geist bereits schamlos ausgenutzt. Doch noch nie war es so offensichtlich wie heute, daß insbesondere unsere Kinder und wir mit ihnen inmitten eines Allfrontenkrieges stecken.
Und egal, wohin man auch sieht, unsere Kinder stehen im Zentrum ihres Visiers. Wie schutzlose Lämmer umringt von reißerischen Wölfen. Kla.TV hat nur eine kleine Auswahl der nahezu täglich eingehenden Meldungen zusammengefaßt, um Ihnen, liebe Zuschauer, die Brisanz und Allgegenwärtigkeit der zerstörerischen Mächte zu verdeutlichen, die unseren Kindern ihre Unbeschwertheit und jeden Schutz rauben wollen. Und insbesondere die Einrichtungen, die Kindern als "Schutzraum" dienen sollten, werden hier zunehmend als Werkzeug dieser Wölfe offenbar.
In sechs Hauptthemen unterteilt, durch die Kinder attackiert werden, führen wir Sie, verehrte Zuschauer, durch diese Sendung:
- Angriff auf Kinder durch die gesetzgebende Gewalt
- Angriff auf Kinder durch Bildungseinrichtungen
- Angriff auf Kinder durch die Kirche
- Angriff auf Kinder durch das Gesundheitswesen
- Angriff auf Kinder durch die Finanzwelt
- Angriff auf Kinder durch die Digitalisierungs- und Unterhaltungsindustrie
- Angriff auf Kinder durch die gesetzgebende Gewalt:

Gesetzeslockerung für pädophile Sexualstraftäter
Im Mai 2024 hat die Bundesregierung in einer Gesetzesänderung still und unbemerkt beschlossen, daß der Besitz und die Verbreitung von Kinderpornographie in Deutschland nicht mehr länger ein Verbrechen sind! Ja, Sie haben richtig gehört. Die zu verhängende Mindeststrafe wurde von einem Jahr Gefängnis auf nur mehr drei bis sechs Monate abgesenkt und das

Verbrechen auf ein simples Vergehen herabgestuft! Der Grund: Justizminister Buschmann führte an, daß immer wieder auch gegen Eltern und Lehrer hätte ermittelt werden müssen, die Kinderpornos mit anderen Eltern geteilt hatten, um davor zu warnen.
Einmal abgesehen davon, daß es sich nicht ganz erschließt, warum das Bildmaterial der Warnung unbedingt beigefügt werden muß, hatte der Publizist Julian Reichelt bereits Ende 2023 recherchiert, daß genau nur EIN derartiger Fall tatsächlich zur Anklage gekommen war. Führt man sich vor Augen, daß jedem kinderpornographischen Foto oder Video ein reales, teils schweres Kindesmißbrauchs-Verbrechen zugrunde liegt, ist Buschmanns Begründung ad absurdum geführt.
Doch statt auf Abschreckung, harte Bestrafung und konsequente gesellschaftliche Ächtung setzt die Ampel-Regierung lieber auf Kuschelkurs mit Pädophilen. Und die freuen sich bereits: Die berüchtigte pro-pädophile Aktivistengruppe "Krumme 13" hat die Gesetzesänderung auf ihrem Blog ausgiebig gelobt. Sie setzen sogar noch eins drauf und fordern die Entschuldigung der Abgeordneten bei allen, die "Opfer" des Gesetzes von 2021 geworden sind.

Pädophile Sexualstraftäter dürfen sich in Kinderehen frei austoben

Der investigative Journalist Thomas Röper veröffentlichte auf Anti-Spiegel einen Artikel zum Thema "Legalisierung von Pädophilie". US-Demokraten sind dabei, in den USA schrittweise Pädophilie zu legalisieren. Durch Lobbyarbeit soll in den Medien das Wort "pädophil" vermieden und z. B. durch folgende Formulierung ersetzt werden: "Menschen, die sich zu Minderjährigen hingezogen fühlen". Pädophilie soll nicht mehr wie bisher als Straftat, sondern als "unveränderliche sexuelle Orientierung" definiert werden. Pädophile selbst sollen nicht mehr unter Stigmatisierung leiden.
Nathan Larson, ein Kandidat für den Kongress im Bundesstaat Virginia, bekannte sich 2018 öffentlich dazu, daß Sex zwischen einem Erwachsenen und einem Kind zulässig seien, wenn zwischen ihnen eine Ehe besteht, auch wenn einer der beiden erst zehn Jahre alt sei. Tatsächlich ist die Gesetzgebung für das Mindestalter bei Eheschließungen in US-Bundesstaaten schockierend. Das Mindestalter beginnt bei 14 Jahren, wobei es in den letzten Jahren auch dokumentierte Fälle von zehnjährigen Verheirateten gab.
Ebenso schockierend ist das niedrige Strafmaß für Straftäter wegen Sex mit Kindern. In Kalifornien haben Journalisten offen zugängliche strafrechtliche Datenbanken analysiert und herausgefunden, daß von den 7.000 Tätern, die wegen unzüchtiger oder perverser Handlungen an Personen unter 14 Jahren verurteilt wurden, niemand mehr als ein Jahr im Gefängnis verbracht hatte! Anstatt die alarmierenden Statistiken zum Anlaß zu nehmen, um härter gegen Pädophilie vorzugehen, verabschiedet Kalifornien Gesetze, die den Kindesmißbrauch fördern.
Im Jahr 2020 wurde in Kalifornien auf Initiative des schwulen kalifornischen Senators Scott Wiener ein Gesetz verabschiedet, das einen Pädophilen unter bestimmten Umständen nicht als Sexualstraftäter anerkennt, wenn der Altersunterschied zwischen Täter und Opfer zehn Jahre oder weniger beträgt. Für den Straftatbestand des Mißbrauchs an einem Kind ist doch das Alter des Kindes entscheidend und nicht der Altersunterschied zu einem Erwachsenen!

Angriff auf Kinder durch Bildungseinrichtungen:
Sexfilme in der Grundschule

Eine Lehrplanänderung Österreichs sieht seit Herbst 2023 umfassenden Sexualunterricht vor, in fast allen Schulfächern werden Kinder gezielt sexualisiert. Eine Lehrerin im österreichischen Bezirk Vöcklabruck hat Grundschulkinder mehrmals durch übergriffigen Sexualunterricht verstört. Die Lehrerin zeigte Drittklässlern echte Fotos von diversen Sexualpraktiken. Nach Beschwerden von Eltern gab es statt Ahndung lediglich ein Versprechen der Lehrerin und der Schulleitung, von solchen unangemessenen Inhalten zukünftig abzusehen. Doch nur ein Jahr später wiederholte sich diese üble Einwirkung. Die Lehrerin informierte die Eltern nur über einen unproblematischen Workshop mit einer Hebamme.

Doch statt dessen bekamen die Grundschüler verstörende Sexualpraktiken, wie z.B. das Thema Oralsex, in Wort und Bild detailreich erklärt. Unter anderem sagte sie, daß man auch gemeinsam Sex habe, wenn "man sich nicht so mag"! Weiter zeigte sie der Klasse einen pornographischen Film, bei dem sie die Szene mit dem Geschlechtsakt immer wieder zurückspulte und die Kinder zwang, die Szene anzusehen. Zusätzlich schärfte die Lehrerin den Kindern ein, daß sie weder mit den Eltern noch mit anderen über den Film reden dürften!
Erst nachdem zwei Mädchen nach dem Film von Alpträumen berichteten, in denen sie vergewaltigt wurden, kam die Sache ans Licht. Dr. Felix Böllmann, Anwalt bei ADF International dazu: "Es ist unfaßbar, was hier vorgefallen ist. ... Eltern haben das vorrangige Recht und die Verantwortung, für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder Entscheidungen zu treffen." "Eltern sollten von den Hintergründen ... der "Sexualpädagogik der Vielfalt" wissen und über die Mißbrauchsgefahr informiert sein. Kinder haben ein Recht auf erstklassigen Unterricht und müssen vor Ideologie geschützt werden ..."
Dieser Vorfall aus Österreich ist leider kein Einzelfall und steht stellvertretend für viele andere Verstöße von Schule und Lehrern gegen die Würde unserer Kinder.
Zur Erinnerung: Der heutige Sexualunterricht beruht auf den WHO-Standards für Sexualaufklärung. Sie wurden 2010 von dem bekannten Sexualpädagogen Uwe Sielert erarbeitet. Seinen offiziellen Empfehlungen zufolge sollten 4-Jährige an Masturbation herangeführt werden und Grundschüler die Kriterien für "akzeptablen Sex" erlernen. Ebenfalls noch in der Grundschule soll laut WHO-Standards Orgasmus und Entwicklung von Geschlechtsidentität vermittelt werden. Gelernt hat Uwe Sielert vom kriminellen Helmut Kentler, der in den 70er und 80er Jahren Kinder zwecks eines Experimentes in die Obhut vorbestrafter Pädophiler brachte, was von der Berliner Senatsverwaltung gefördert wurde.
Schulkinder sollen digitale ID erhalten
Die niedersächsische Kultusministerin Julia Willie Hamburg will sämtlichen Schülern ab Schulbeginn eine individuelle Identifikationsnummer verpassen. Sie ließ erklären: "Im Kern geht es bei der Schüler-ID darum, den Bildungsverlauf einer jeden Schülerin und eines jeden Schülers darzustellen." Mit der ID solle verhindert werden, daß Kinder und Jugendliche im System verloren gehen. … "Jeder soll die Chance auf einen Abschluß haben." Das Projekt soll bis 2027 umgesetzt werden. Was genau auf der ID gespeichert und wer Zugriff auf die Daten haben wird, teilte Frau Hamburg nicht mit. Sie argumentierte, daß während Corona "... Schüler aus dem Bildungssystem verschwunden ..." seien.
Aber erinnern wir uns daran, was diesen Zustand herbeigeführt hat: Die mit nichts zu begründenden Schulschließungen, der unwürdige und gefährdende Maskenzwang, die Zwangsisolation, die ständige Panikmache, eine Gefahr für die Angehörigen zu sein u.v.m. waren die Ursache für den Leistungsabfall. Die völlig sinnlosen Schikanen, die Kindern während des Corona-Wahns zugemutet wurden, müssen nun auch noch als Grund für ihre Komplettüberwachung herhalten. Durch die Hintertür und wie immer unter dem Vorwand, Kindern nur helfen zu wollen, soll die Totalüberwachung der Bürger nun schon im Kindesalter beginnen.

Kindertracking mit elektronischen Armbändern

Ein Projekt der Schweizer Primar-, also Grundschule, Birmensdorf wollte im Bereich der Tagesstrukturen eine Tracking-Lösung testen, um jederzeit den Aufenthaltsort von Schülerinnen und Schülern überwachen zu können. Das Personal sollte "aktiv informiert" werden, falls sich ein Kind unerlaubterweise vom Gelände entfernt. Es hieß, wenn Betreuungspersonen "bis zu zehn Minuten" aufwenden müssen, um ein Kind zu suchen, sei die Betreuung der anderen Kinder nicht mehr gewährleistet. Die ganze Idee ging von dem Hortleiter Joel Giger aus, der gleichzeitig auch der Technologielieferant für das Trackingsystem ist!!!
Die Leiterin des Volksschulamtes des Kanton Zürich Myriam Ziegler und die Präsidentin der Schulpflege Birmensdorf Bettina Köhler sahen darin aber keine problematischen Verflechtun-

gen. Gegenüber der NZZ sagte Köhler: "Die Verantwortlichen der Tagesstrukturen der Schule Birmensdorf können durch das Pilotprojekt neue Erkenntnisse gewinnen und bieten der Firma gleichzeitig die Möglichkeit, das Produkt mit Fachpersonen zu testen."
Fragt sich eigentlich jemand, wie es den Kindern mit den elektronischen Handfesseln geht? Schwerverbrecher tragen Fußfesseln, Kinder Handfesseln? Eltern und Datenschutzbeauftragte standen dem Projekt zum Teil kritisch gegenüber. Es wurde erstmal kurzfristig gestoppt. Ob uns als Nächstes "ein Chip unter der Haut" als die "viel bessere" Lösung erwartet? Ein Armband könnte man jederzeit abnehmen …

Demokratie-Nachhilfe für Schüler - weil sie "falsch" gewählt haben

Eine Anne-Frank-Schule in Hessen führte mit ihren Schülern anläßlich der EU-Wahl eine sogenannte Juniorwahl durch. Das Ergebnis war wohl wenig zufriedenstellend, die Schulleitung sprach plötzlich von einem Resultat, "das wir nicht einfach so hinnehmen wollen". Die rund 84 % wahlbeteiligten Schüler wählten wie folgt: Die CDU lag mit 26,7 % hauchdünn vor der AfD mit 25,7 % und der SPD mit 19,9 %. Mit großem Abstand landeten Die Partei mit 4,2 % und die Linke mit 3,7 % auf den hinteren Plätzen. Sonstige Parteien kamen zusammen auf 19,8 %.
Das Kollegium kam in einer eigens angesetzten Dienstversammlung mit dem Elternbeiratsvorsitz zusammen, um über den "ungeheuerlichen" Ausgang der Juniorwahl zu beraten. Das neu erklärte Ziel: "Die politische Bildung an unserer Schule so gestalten, daß die Schüler ein tieferes Verständnis für die Bedeutung und Errungenschaften unserer Demokratie entwikkeln". Anstatt dem auf den Grund zu gehen, was die Schüler zu ihrer Wahl bewegt hat, da sie ja offenbar mit etwas unzufrieden schienen, unterstreicht die Direktorin: "Wir möchten gerade als Anne-Frank-Schule, Europaschule und Courage-Schule Haltung zeigen.
Wir setzen uns dafür ein, daß Respekt, Toleranz und demokratische Werte erkannt, gelebt und geschätzt werden - nicht nur an unserer Schule, sondern in der gesamten Gesellschaft." Im Klartext: Die "demokratischen Werte erkannt" hat nach Ansicht der Schulleitung nur, wer auch in der Lage und willens ist, sein Kreuz an der "richtigen" Stelle zu setzen - und sei es "nur" bei einer Juniorwahl an der eigenen Schule. Die Auswirkungen auf die Schüler: "Demokratie-Nachhilfe" mit Politikern und noch intensivere Zusammenarbeit mit externen politischen Bildungseinrichtungen.

Kriegsvorbereitungen in Schulen:

Bildungsministerin Stark-Watzinger will laut der "Welt" Kinder im Unterricht auf Krisen und den Krieg vorbereiten! Der Deutsche Lehrerverband begrüßt die Forderung. "Der Ukraine-Krieg schafft ein neues Bewußtsein für militärische Bedrohung, das auch an Schulen vermittelt werden muß", sagte der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Stefan Düll, der "Bild am Sonntag". Er erwarte von der Bundesministerin, daß sie jetzt das Gespräch mit den Bildungsministern in den Bundesländern suche. "Eine Absichtserklärung reicht nicht, jetzt muß im Politik-Unterricht zum Ukraine-Krieg und zur gesamteuropäischen, ja globalen Bedrohungslage gelehrt werden", sagte Düll.
In Deutschland wisse man viel zu wenig über die Bundeswehr. "Viel zu lange herrschte eine Friede-Freude-Eierkuchen-Stimmung", kritisierte der Verbandspräsident. Jugendoffiziere könnten eine "sinnvolle Unterstützung" im Unterricht sein, weil sie "vertrauenswürdige Absender sind, um für die Schüler eine Kriegsbedrohung einzuordnen". Sie könnten für "Inhalte für den Politikunterricht und das fächerübergreifende Ziel der Demokratie- und Friedenserziehung" zum Einsatz kommen.
War nicht der Fokus im Schulleben bislang, nebst Rechnen, Schreiben, Lesen lernen, erstens auf die Sozialkompetenz ausgerichtet friedlich miteinander umzugehen und zweitens für den Weltfrieden einzustehen? Wie bitte sollen militärische Übungen an Schulen der Friedensgesinnung dienen?

Angriff auf Kinder durch die Kirche:
Um nur ein Beispiel zu nennen, richtete der Vatikan im Mai 2024 im Olympiastadion in Rom den sogenannten Weltkindertag aus. Eingeladen wurde ein bekannter italienischer Transvestit, der den Kindern eine tolle Drag-Show bieten sollte. Er tanzte in Frauenkleidern und anzüglichen Pappkostümen, hob seinen Rock hoch und streckte den Kindern seinen Hintern entgegen. Die Kinder vor Ort saßen im Kreis um ihn herum, tausende andere Kinder schauten vom Bildschirm aus zu.
Der ehemalige päpstliche Nuntius Carlo Maria Vigano äußerte sich eindeutig zu dieser schamlosen Inszenierung auf X: "… Es ist jetzt klar, daß Bergoglio einer der Hauptaktivisten der höllischen LGBTQ-Agenda ist. Es gibt keine Worte mehr, um den Skandal und die Abscheu über das komplizenhafte und feige Schweigen des Episkopats auszudrücken. Wer auch nur einen von diesen Kleinen, die an mich glauben, erzürnt, für den wäre es besser, wenn ihm ein Mühlstein … um den Hals gehängt und er in die Tiefen des Meeres geworfen würde." Dem Papst scheint es egal zu sein, daß hier eine ganze zukünftige Generation in ihrer Scham und Würde angegriffen wird. Er verteidigt weiterhin die LGBTQ-Agenda, mißbraucht damit seine Autorität und fördert die weltweite Geschlechterverwirrung.
Angriff auf Kinder durch das Gesundheitswesen:
UNESCO und WHO fordern die Länder auf, jede Schule zu einer gesundheitsfördernden Schule zu machen. Eine gesundheitsfördernde Schule ist laut der WHO darauf ausgelegt, kontinuierlich ein gesundes Lebens-, Lern- und Arbeitsumfeld zu schaffen. Klingt für den ersten Moment plausibel und gut. Jedoch würde ein solches Ziel eine umfassende Sammlung und Analyse von Gesundheitsdaten der Schüler und des Personals erfordern. Ein idealer Nährboden für eine umfassende Überwachung.
Auch die Pharmaindustrie wäre Nutznießer, die sich mit besonderen Gesundheitsförderungs-Programmen in den Schulen einnisten könnte. Aber vergessen wir bitte nicht, daß die WHO während der Plandemie maßgeblich für die Schulschließungen verantwortlich war, eine massenhafte Impfquote eines höchst gefährlichen und unerprobten Injektionsstoffes an unseren Kindern forderte und sie mit gesundheitsschädlicher Masken- und Testpflicht drangsalierte. Glauben wir bloß nicht, daß dieselbe WHO nun plötzlich um das Wohl unserer Kinder besorgt sein wird.
Vielmehr könnten uns schulische Zwangsimpfungen ohne Zustimmung der Eltern drohen, wie früher schon so häufig in osteuropäischen oder afrikanischen Ländern geschehen. Und nun soll die Schule, deren Kernkompetenz im Lehren besteht, auch noch die Aufgaben unseres Hausarztes übernehmen und uns erneut Vorschriften zur Behandlung unserer Kinder machen?
Angriff auf Kinder durch die Finanzwelt:
Bereits Kleinstkinder sollen an bargeldloses Bezahlen gewöhnt werden. Viele Banken und Finanzunternehmen bieten zum Nulltarif eine Kinderkreditkarte mit dazugehöriger App an.
Eltern können Geld über eine App auf die Karte laden.
Einige Anbieter legen nicht einmal ein Mindest- oder Höchstalter fest. Auf diese Weise soll so früh wie möglich eine spielerische Einführung in die digitale Finanzwelt programmatisch stattfinden, wo digitale Transaktionen allgegenwärtig sind. Bezahlen mit Bargeld wird so für die nächste Generation "spanischen Dörfern" gleich sein. Damit wird der gerade heranwachsenden Generation auch gleichzeitig aus dem Bewußtsein genommen, welche Freiheit man ihnen geraubt hat. Eltern von heute können jedoch aus Verantwortung für ihre Kinder für die Freiheit und den freien Umgang mit Geld kämpfen. Lieber Bargeld gebunden und frei als digital vernetzt und versklavt.
Angriff auf Kinder durch die Digitalisierungs- und Unterhaltungsindustrie:
Laut Studiendaten der BZgA nutzen rund 96 Prozent der Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren täglich das Internet, vor allem für Kommunikations- und Unterhaltungsangebote. Der

digitale Medienkonsum steigerte sich, sowohl bei Mädchen als auch bei Jungen, wöchentlich von etwa 23 Stunden im Jahr 2019 auf rund 26 Stunden im Jahr 2023. Diese Zeit vor dem Bildschirm, welche die Kinder um ihre Kreativität bringt, wird von den Regierungen gefördert und finanziert!
In den letzten fünf Jahren schüttete der Bund bereits 200 Millionen Euro an Spieleentwickler aus. Jedes Jahr standen 50 Millionen Euro aus Habecks Haus zur Verfügung.
In Deutschland gelten Computerspiele seit 2008 offiziell als Kulturgut! Dies entschied der Kulturrat mit der fadenscheinigen Begründung, daß zahlreiche Spiele sich der Umwelt und dem Klimawandel widmen. Doch die Computerspiele, die Teenager oft spielen, benutzt das Militär zur Abhärtung und Verrohung junger Soldaten, damit sie in ihrem feindlichen Gegenüber keinen Menschen mehr sehen und diesen skrupellos angreifen können.
Auch die sog. "Socials" sind ein brandheißes Eisen für Jugendliche. Laut einem Guardian-Bericht von 2021 begingen in Großbritannien 7 Prozent aller Kinder mit 17 Jahren einen Selbstmordversuch und fast jeder Vierte vollzog einen Akt der Selbstverstümmelung. Davon waren besonders Mädchen betroffen. Als ein Grund dafür wurde genannt, daß "Social Media ein toxisches Umfeld" sein könnte. Laut internen Unterlagen wußten Facebook und Mark Zuckerberg beispielsweise, daß 32 Prozent der Teenagerinnen sich nach Instagram schlechter fühlten, wenn sie sich bereits vorher schlecht gefühlt hatten.
Es ist ratsam, unsere Kinder diesem toxischen Medienumfeld nicht sorglos zu überlassen, zumal die Kinder, wie auf Droge, nie zu ihrem eigenen Besten entscheiden werden, weil das digitale Umfeld einfach zu schillernd auf sie wirkt.
FAZIT:
Dies, liebe Zuschauer, war nur eine kleine Auswahl der erschreckenden Entwicklung. Themen wie ritueller Mißbrauch, Sexual-Delikte unter Kindern, krankmachende Gesundheitspolitik, unrechtmäßige Kindesentnahme, Kinderhandel und viele mehr können aufgrund ihres Umfangs an dieser Stelle nicht aufgeführt werden. Auch hat Kla.TV bereits mehrere vertiefende Sendungen produziert, die wir im Abspann für Sie einblenden werden.
Es tobt ein hybrider Krieg, und wenn wir uns diesem nicht bewußt werden und entgegenstellen, werden zuerst unsere Kinder und dann auch wir mit weggerafft. Im Plan des Great Reset wird ein Kind als Ressource für die Herrschenden und Oligarchen wahrgenommen, die ihre Macht und Kontrolle ausbauen möchten, indem sie die Zukunft von Kindern prägen und ihre Entwicklung beeinflussen. Die Kinder wachsen in einer Welt auf, in der Künstliche Intelligenz (KI) und Technologie immer mehr dominieren und
kontrollieren. Ihre Seele und Unbefangenheit ist stark gefährdet! Und sie werden zu Sklaven von perversen Lüstlingen und technokratischen Wüstlingen, die ihnen jede Chance verwehren, zu wunderbaren Menschen heranwachsen zu können, als die sie von Anbeginn an gedacht waren.
Verbreiten Sie diese Sendung! Es gibt viele Möglichkeiten, sich zur Wehr zu setzen. Es gibt Eltern, die Grundschullehrerinnen wegen seelisch sexueller Nötigung bei der Polizei angezeigt haben, weil sie ihren Kindern Pornofilme zeigten, Eltern, die Impfschäden nicht auf sich sitzen lassen haben und zur Anzeige brachten, Eltern, die ihren Schulleitern deren Verantwortung gegenüber den Kindern beständig vor Augen führen.
Damit sagen wir Ihnen nicht, daß Sie diese Dinge tun sollen. Egal, was Sie unternehmen, bleiben Sie nur nicht passiv. Denn Verharmlosung und passives Zuschauen oder Aussitzen hat die zuvor genannten Auswüchse nicht nur gefördert, sondern hochgedüngt. Es liegt an uns allen, unseren Kindern eine bessere Welt zu bauen! Und gemeinsam werden wir es schaffen!<<
Belgien: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**EU-Klimakommissar drängt auf Atomkraft-Ausbau**

Der EU-Klimakommissar Wopke Hoekstra will sich in der neuen Legislaturperiode für einen Ausbau der Kernenergie einsetzen. "Die Debatte um Atomkraft ist sehr emotional, vor allem in Deutschland", sagte Hoekstra der "Welt am Sonntag". Natürlich müsse man unbedingt mehr Windräder und Solaranlagen bauen. "Aber wir benötigen auch einen Übergangsbrennstoff", so der Christdemokrat.
Kernenergie sei eine mögliche Lösung. "Europa sollte da nicht schüchtern sein." Hoekstra ist in der EU-Kommission seit einem Jahr für das Thema Klima zuständig. Ursula von der Leyen (CDU), die Chefin der Brüsseler Behörde, nominierte ihn kürzlich erneut für den Posten. Dem muß das EU-Parlament aber noch zustimmen. Die Kommission war lange Zeit gegen Atomkraft. Nun, nach dem Angriff Rußlands auf die Ukraine und einem Anstieg der Energiepreise in Europa, scheint sie ihre Position zu ändern, obwohl ein Großteil des weltweiten Uran-Angebots aus der Einflußsphäre Rußlands stammt.
"Wir sollten die ideologischen Debatten hinter uns lassen", sagte Hoekstra. "So wie das zum Beispiel Finnland tut." Egal, ob die Regierung dort grün, sozialdemokratisch oder konservativ sei, sie unterstütze die Kernenergie und wolle die Kraftwerke einfach so sicher wie möglich machen. Die Finnen betrachteten das Thema wissenschaftlich, nicht politisch, findet der EU-Kommissar. "Ich denke, das ist der richtige Weg", sagte Hoekstra. Der Weltklimarat (IPCC) wirbt dafür, möglichst viele Klima-Lösungen einzusetzen.
Obwohl Atomenergie bis zu 110 Gramm CO2-Äquivalente pro Kilowattstunde freisetzt und die planetare Energiebilanz erhöht, listet der IPCC die Technologie als eine Möglichkeit zur Emissionsreduktion auf. Atomkraft kann allerdings nur einen vergleichsweise geringen Beitrag zur Erreichung von CO2-Neutralität erzielen: Bis 2030 könnte laut Weltklimarat mit Nuklearenergie weltweit fast eine Gigatonne an CO2-Äquivalenten pro Jahr eingespart werden - mit teils sehr niedrigen, aber auch teils sehr hohen Kosten.
Zum Vergleich: Mit Solarenergie allein lassen sich bis 2030 über vier Gigatonnen einsparen, wobei die ersten zwei Gigatonnen Kosteneinsparungen gegenüber dem Status quo mit sich bringen. Ähnlich hohe und günstige Einsparungen bietet die Windenergie.<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Sex, Gewalt und Kinderpornos: Die Akte P. Diddy**
Von *Daniell Pföhringer*
In den vergangenen Wochen hat sich um den einst als unantastbar geltende Rap-Musiker, Produzenten und Schauspieler P. Diddy ein ungeheurer Skandal entwickelt. Die Vorwürfe reichen von sexuellem Mißbrauch über Menschenhandel bis hin zu Kinderpornographie. Daß dies kein Einzelfall ist, belegen wir in unserer Spezial-Ausgabe "Satan, Pop und Hollywood". Erschreckende Einblicke in die Abgründe des Showbusiness.
Seit der Verhaftung von Sean Combs alias P. Diddy am 16. September kommen immer mehr Abscheulichkeiten ans Tageslicht. Es geht um hemmungslose Orgien, Gewalt, Drogen, Menschenhandel und sexuellen Mißbrauch von Minderjährigen - auch zwecks Herstellung pornografischen Materials.
Der Fall hat inzwischen so gewaltige Ausmaße angenommen, daß Insidern zufolge viele Stars in Hollywood und in der Musikindustrie Muffensausen bekommen - weil sich zeigen könnte, daß sie involviert sind. Möglicherweise wurden Stars in verfängliche Situationen gebracht und auf Video aufgenommen, um sie erpressen zu können. Eine durchaus nicht unübliche Methode in gewissen Kreisen.
Die New Yorker Staatsanwaltschaft wirft Combs unter anderem vor, über Jahrzehnte hinweg Frauen und möglicherweise auch Männer und Minderjährige sexuell mißbraucht, bedroht und genötigt zu haben. Eine Anwaltskanzlei in Houston vertritt allein 120 Personen - 60 Frauen und 60 Männer - mit Vorwürfen gegen den 54-Jährigen. Unter den Betroffenen befinden sich auch solche, die zum mutmaßlichen Tatzeitpunkt minderjährig gewesen sein sollen.

Seit 1991 soll der Rap-Musiker, Produzent und Schauspieler, der auch unter seinen Künstlernamen Puff Daddy, Puffy oder Brother Love bekannt ist, vornehmlich auf Partys oder Veranstaltungen in New York und Los Angeles seine Triebe ausgelebt haben. "Eines der größten Geheimnisse der Entertainment-Industrie, das eigentlich schon gar kein Geheimnis mehr war, ist jetzt ans Licht gekommen", so Opfer-Anwalt Tony Buzbee. "Ich erwarte, daß wir in den kommenden 30 Tagen damit beginnen werden, die Klagen einzureichen."

Unter Drogen gesetzt und sexuell mißbraucht

Die Akte P. Diddy füllt inzwischen Regale. Die Sache kam im November 2023 ins Rollen, als Combs' frühere Lebensgefährtin Cassie Ventura Klage gegen den Rapper einreichte. Der Vorwurf: Während ihrer elfjährigen Beziehung soll sie der Musikmogul immer wieder geschlagen, sexuell mißbraucht und vergewaltigt haben. Die Zivilklage wurde später gegen Zahlung eines unbekannten Geldbetrags eingestellt.

Es folgte eine weitere Klage, diesmal seitens einer Studentin der New Yorker Syracuse University. Sie gab an, daß Combs sie 1991 betäubt und vergewaltigt habe. Der Beschuldigte trat daraufhin als Chef des Kabelfernsehnetzwerks Revolt zurück, eine geplante Realityserie über sein Familienleben namens "Diddy+7" wurde eingestellt.

Es folgten zwei weitere Zivilklagen, wobei eines der Opfer zum mutmaßlichen Tatzeitpunkt erst 17 Jahre alt gewesen sein soll. Anfang 2024 veröffentlichte der US-Sender CNN Videoaufnahmen, auf denen eindeutig zu erkennen ist, wie P. Diddy im Jahr 2016 Cassie Ventura in einem Hotelflur schlug. Combs gab dies zu und erklärte, daß ihm der Übergriff heute leid tue. Kurze Zeit später verklagte ihn das frühere Model Crystal McKinney. Die junge Frau wirft den Rapper vor, sie mit Hilfe von Drogen betäubt und anschließend sexuell mißbraucht zu haben.

Menschenhandel und Zwangspornographie

Am 25. März wurden Combs' Immobilien in Los Angeles, New York und Miami vom Department of Homeland Security durchsucht. Die Bundesstaatsanwaltschaft eröffnete daraufhin ein Ermittlungsverfahren gegen den Rap-Star wegen Menschenhandels, sexueller Übergriffe, häuslicher Gewalt und organisierter Kriminalität.

Vier Wochen zuvor hatte der Musikproduzent Rodney Jones Jr. alias Lil Rod eine Klage gegen seinen ehemaligen Chef wegen "ernster illegaler Aktivitäten und sexuellen Mißbrauchs" eingereicht. Sein Vorwurf: P. Diddy habe ihn während der Arbeit an dessen Platte "The Love Album: Off the Grid" (2023) zwischen September 2022 und November 2023 mehrfach in sexueller Absicht an Genitalien und Anus berührt.

Bundesagenten verhafteten Combs am 16. September in einer Hotellobby in Manhattan wegen der durch die Bundesstaatsanwaltschaft erhobenen Vorwürfe. Nur eine Woche nach der Festnahme erhob eine weitere Frau wegen mutmaßlicher sexueller Nötigung, Vergewaltigung und Zwangspornographie Zivilklage gegen P. Diddy.

Doch damit nicht genug: Ebenfalls im September reichte die als Mitglied der durch Combs' Reality-Show "Making the Band" entstandenen Gruppe Danity Kane bekannt gewordene R&B-Sängerin und Songwriterin Dawn Richard eine Zivilklage gegen Combs ein, in der sie ihn der sexuellen Nötigung während ihrer Zusammenarbeit beschuldigte.

Die berüchtigten Freak-Offs

In der 14-seitigen Anklageschrift beschreiben die Staatsanwälte P. Diddys Firma Combs Enterprises als kriminelle Vereinigung und deren Chef als Strippenzieher und Mastermind. Wörtlich heißt es dort:

"Mitglieder und Verbündete der Combs Enterprises waren unter anderem an Sexhandel, Zwangsarbeit, zwischenstaatlichem Transport zum Zwecke der Prostitution, Nötigung und Verführung zur Prostitution, Drogendelikten, Entführung, Brandstiftung, Bestechung und Behinderung der Justiz beteiligt oder versuchten dies."

Ein weiteres Zitat aus der Anklageschrift: "Die Mitarbeiter arrangierten die Reisen für Opfer und Sexarbeiterinnen, buchten Hotelzimmer, versahen diese mit Drogen, Babyöl, Gleitmittel und extra Bettwäsche, räumten danach auf und gaben Combs große Summen Bargeld, um die Sexarbeiterinnen zu bezahlen."
Ein besonders schockierender Aspekt des Falls sind die sogenannten Freak-Offs: wilde Sexpartys, die Combs organisiert haben soll. Einem Bericht der BBC zufolge habe der Rapper auf diesen Events Frauen entführt, unter Drogen gesetzt und zu sexuellen Handlungen gezwungen zu haben, mitunter sogar mit Waffengewalt. "Combs organisierte Freak-Offs mit der Unterstützung von Mitgliedern und Partnern des Unternehmens, einschließlich Angestellten seiner Geschäfte, wobei die Hotelzimmer oft erhebliche Schäden erlitten", heißt es in einem Memo der Staatsanwaltschaft, aus dem von NBC News zitiert wurde.
Doch auch andernorts soll es zu Übergriffen gekommen sein. Eine Frau, die anonym bleiben will, sagte laut Spiegel, sie sei "unter einem Vorwand in P. Diddys Studio gelockt worden, "wo sie brutal vergewaltigt wurde, und Combs habe später Videos des Übergriffs als Pornographie verkauft".

Spuren zu Justin Bieber und Jay-Z

Der Fall hat in der Musikindustrie hohe Wellen geschlagen. Andere Popstars wie Justin Bieber, der, wie ein Video belegt. 48 Stunden mit Combs verbrachte, wurden in den Skandal hineingezogen. Bieber wurde als Teenie von Combs unter seine Fittiche genommen. Obwohl keine direkten Beweise vorliegen, gehen manche davon aus, daß der Sänger von P. Diddy mißbraucht und später sein Komplize wurde.
Auf den VIP-Listen von Combs' exklusiven Partys sollen weitere prominente Namen wie Leonardo DiCaprio, Paris Hilton oder die britischen Prinzen Harry und William gestanden haben. Auch zu Jay-Z, einem weiteren Giganten der Branche, führen Spuren. Der langjährige Freund von P. Diddy und Ehemann von Superstar Beyoncé soll laut der Sängerin Jaguar Wright sogar noch "schlimmer als Diddy" sein, da er "gerissener und nicht so nachlässig" agiere wie Combs. Wright geht davon aus, daß die Anschuldigungen gegen Diddy auch Jay-Z zu Fall bringen könnten.

Der Hollywood-Star auf dem Sex-Tape

Ganz besonders nervös machen viele Stars nun Videos, die in Hollywood kursieren und laut verschiedenen Quellen Combs bei seinen gewalttätigen Handlungen zeigen sollen und möglicherweise auch seine Komplizen aus dem Showbusiness. Die Aufnahmen sind inzwischen zu einem zentralen Beweismittel geworden, wobei ihre Authentizität und die Legalität der Verbreitung noch geprüft werden muß.
Besonders brisant: Diddy soll sich heimlich beim Sex mit einem Hollywood-Superstar gefilmt haben. Der Promi (Name und Geschlecht sind noch nicht bekannt) sei sogar noch berühmter als Combs, sagt die Anwältin Ariel Mitchell-Kidd. Sie vertritt eines der mutmaßlichen Opfer des Rap-Moguls und behauptete beim US-Kabelsender News Nation, daß ihr das Porno-Tape zum Kauf angeboten worden sei. Sie wisse, welcher Schauspieler sich auf den Aufnahmen befinde, halte die Identität dieser Person jedoch geheim.
Combs wartet unterdessen in U-Haft im Metropolitan Detention Centre in New York auf seinen Prozeß, bestreitet alle Vorwürfe und wird auf unschuldig plädieren. Im Falle einer Verurteilung droht ihm eine langjährige oder sogar lebenslange Haftstrafe.
P. Diddy ist kein Einzelfall! Das belegen wir in unserer hoch brisanten Spezial-Ausgabe "Satan, Pop und Hollywood". Lesen Sie, wie Kriminelle, Pädophile, Satanisten und Geheimdienste die Musik- und Filmindustrie infiltriert haben. Erschreckende Einblicke in den dunklen Untergrund des Showbusiness!<<

06.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. Oktober 2024 (x1.411/…):

>>**René Springer (AfD): "Bürgergeld-Irrsinn" füttert die Asylindustrie!**
Bald könnte schon jeder zweite Empfänger des sogenannten "Bürgergeldes" Ausländer sein, so der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer. Presseberichten zufolge fließen Hunderttausende Euro Steuergeld monatlich in die Taschen von Vermietern, die von den Jobcentern exorbitante Summen für Gruppenunterkünfte kassieren. Springer sieht darin eine Alimentierung auch der Asylindustrie.
Ein großer Teil des hart erwirtschafteten Geldes der deutschen Steuerzahler fließe "direkt in die Taschen von Ausländern, in eine florierende Asylindustrie und offenbar auch direkt in kriminelle Strukturen", erklärte Springer in Berlin und verwies auf den aktuellen Fall einer polizeibekannten bulgarischen Großfamilie, die 17.000 bis 18.000 Euro "Bürgergeld" im Monat erhalte, ohne daß die erste Auszahlung in dieser Höhe beim Jobcenter Mißtrauen erregt habe. Dies sei ein weiteres Beispiel von vielen für das Versagen deutscher Sozialbehörden.
Der AfD-Politiker bekräftigte: "Das Bürgergeld muß in erster Linie eine Sozialleistung für deutsche Staatsbürger sein. Deutschland ist nicht das Sozialamt der Welt und auch nicht für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union!"<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**"Bürgergeld-Irrsinn": Ampel plant 1.000 Euro Faulenzer-Prämie!**
Der "Bürgergeld-Irrsinn" wird immer grotesker: Künftig sollen Stütze-Empfänger 1.000 Euro vom Staat (Steuerzahler) erhalten, wenn sie eine sozialversicherungspflichtige Arbeit aufnehmen und den Job mindestens ein Jahr lang durchhalten.
Von einer "Anschubfinanzierung" spricht die Ampel-Regierung. Ziel sei es, Menschen, die es sich in der sozialen Hängematte bequem gemacht haben, zur Arbeitsaufnahme zu motivieren. Die absurde Idee, die offenbar auf Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") zurückgeht, wird bereits als "Arsch-hoch-Prämie" kritisiert.
Eine Habeck-Sprecherin verteidigte den Plan: "Wir setzen Arbeitsanreize, damit mehr Menschen arbeiten. Das ist gut für die Wirtschaft, denn die Menschen werden gebraucht."
Wir hätten da einen ganz anderen und mit Sicherheit wirksameren Vorschlag bezüglich der Job-Motivation: Arbeitsverweigerern das "Bürgergeld" komplett streichen!<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Neuer Steuerhammer droht**
Der Staat braucht immer mehr Geld, aber die Wirtschaft schwächelt. Folge: die Politik sinnt nach pfiffigen Ideen, den Bürger noch mehr auspressen. Der Städtebund befürchtet deshalb eine Welle von Steuer- und Abgabenerhöhungen.
Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnt angesichts der schlechten Finanzlage vieler Kommunen vor höheren Steuern und Abgaben im kommenden Jahr und fordert mehr Finanzunterstützung des Bundes. Zu BILD am SONNTAG sagt der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, André Berghegger: "Städte und Gemeinden haben laut Statistischem Bundesamt im ersten Halbjahr 2024 ein Defizit von über minus 17,2 Milliarden Euro in den kommunalen Kassen zu beklagen.
Aufgrund dieser prekären Finanzlage bleibt vielfach als letzter Ausweg nur eine Erhöhung der kommunalen Steuern, auch wenn das der letzte Schritt ist." Vielfach bleibe keine andere Lösung, sagte Berghegger. Der Verbandschef betonte in Bezug auf die Reform der Grundsteuer, Steuererhöhungen wären auch ohne eine Reform notwendig geworden. Die Reform dürfe aber nicht mißbraucht werden.
Berghegger forderte Bundes- und Landesregierungen auf, die Kommunen stärker zu unterstützen: "Bund und Länder sind jetzt dringend gefordert, die Kommunen finanziell besser auszustatten. Dann müßten wir auch nicht über notwendige Steuererhöhungen diskutieren, die nur der Finanznot geschuldet sind."
Haus & Grund kritisiert schleppende Grundsteuer-Umsetzung als "Staatsversagen"

Der Eigentümerverband Haus & Grund kritisiert, daß die übergroße Mehrheit der Haushalte immer noch nicht weiß, wie hoch ihre Grundsteuerlast im nächsten Jahr ausfällt. Zu BILD am SONNTAG sagte Verbandspräsident Kai Warnecke: "Rund 90 Prozent der Haushalte wissen noch nicht, wieviel Grundsteuer sie im nächsten Jahr zahlen müssen. Das ist absurd und echtes Staatsversagen, schließlich hatte der Staat fast sechs Jahre Zeit für die Reform. Das ist den Bürgern gegenüber ein skandalöses Vorgehen."
Warnecke warnte, daß Millionen Haushalte mit deutlich höheren Kosten rechnen müssen. "Angesichts der leeren Kassen in vielen Kommunen wird Wohnen in jedem Fall für Millionen Bundesbürger teurer werden. Nach ersten Berechnungen kann die Zusatzbelastung sogar bei mehr als 1000 Euro im Jahr liegen", so Warnecke.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Faeser will härtere Gangart gegen organisierte Kriminalität**
Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat eine verstärkte grenzüberschreitende Kooperation der Sicherheitsbehörden und eine "harte Gangart" gegen die Drogenmafia angekündigt. "Die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ist ein herausragend wichtiges Thema für die innere Sicherheit - und hat deshalb besonders hohe Priorität", sagte Faeser dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Sonntagausgaben).
"Wir sorgen weiter für einen höchstmöglichen Ermittlungsdruck", hob die Innenministerin hervor und fügte hinzu: "Wir müssen dabei eng mit unseren internationalen Partnern zusammenarbeiten." Faeser sagte, daß sie gerade mit mehreren südamerikanischen Staaten vereinbart habe, gegen Hintermänner der Drogenbanden gemeinsam vorzugehen.
Ziel sei es auch, Finanzstrukturen aufzudecken, so die Ministerin. Mit den europäischen Partnern berate man zudem, wie man die Maßnahmen gegen organisierte Kriminalität "bestmöglich bündeln" könne, um Häfen sicherer zu machen und Korruption effektiv zu bekämpfen. "Die harte Gangart der Sicherheitsbehörden hat Erfolg", sagte Faeser zudem mit Blick auf die Zahl der Ermittlungsverfahren im Bereich der Organisierten Kriminalität. Sie habe im Jahr 2023 bei 642 Fällen gelegen, so Faeser.<<
USA: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Ex-Trump-Berater warnt Europa vor Nato-Austritt der USA**
Der frühere Nationale Sicherheitsberater unter dem damaligen US-Präsidenten Donald Trump, John Bolton, hat die Europäer davor gewarnt, daß Trump bei einer Wiederwahl den Austritt der USA aus der Nato forcieren wird. "Ich denke, es ist keine leere Drohung Trumps, aus der Nato auszutreten. Er meint es ernst", sagte er den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Sonntagausgaben). Schon 2018 beim Nato-Gipfel in Brüssel sei Trump diesem Schritt sehr nahe gewesen.
Bolton appellierte an die Europäer, stärker auf sich selbst zu schauen und mehr in die Verteidigung zu investieren. Die USA müßten ihr Verteidigungsniveau von derzeit drei auf fünf bis sechs Prozent erhöhen. "Die schlechte Nachricht für Europa ist, daß auch diese Länder ihre Ausgaben verdoppeln müßten." Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine sagte der frühere Sicherheitsberater, daß Rußlands Präsident Wladimir Putin auf Zeit spiele und darauf setze, daß Trump erneut Präsident werde. "Ein Wahlsieg Trumps wäre eine sehr schlechte Nachricht für die Ukraine."
Der Plan im Umgang mit der Ukraine von Trump Vize, J. D. Vance, sei in Wirklichkeit Trumps Plan. Demnach würde Rußland alle in der Ukraine annektierten Gebiete behalten. "Es gäbe eine demilitarisierte Zone, und die Ukraine würde der Nato fernbleiben. Das ist im Wesentlichen auch Putins Position." Bolton verwies auf eine Trump Aussage, wonach der republikanische Präsidentschaftskandidat gesagt habe, daß die Russen in einem Krieg stets gewinnen. "Damit meinte er wohl, daß die Ukraine unweigerlich verlieren muß.
Trump sagte auch, das Land sei zerstört und es würde hundert Jahre dauern, die Ukraine wie-

der aufzubauen", so Bolton. Autoritäre Führer wie Xi Jinping, Kim Jong Un oder Wladimir Putin würden in Trump "ein sehr leichtes Ziel" sehen, sagte Bolton. Trump denke, er würde sich mit diesen Führern gut verstehen, weil es "starke Kerle" seien. John Bolton war von April 2018 bis September 2019 Nationaler Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Botschafterin der Bunten**

Taylor Swift ist falsch abgebogen. … US-Popstar Taylor Swift hat alle Rekorde im Musikgeschäft gebrochen. Nun will sie Kamala Harris zum Sieg verhelfen. Dabei entstammt die heutige Woke-Ikone einem Milieu, das als Trump-Bastion gilt.

_ von *Daniell Pföhringer*

Am 11. September, kurz nach dem TV-Duell zwischen Donald Trump und Kamala Harris, schickte Popstar Taylor Swift über ihren Instagram-Account (mehr als 279 Millionen Follower) eine Botschaft in die Welt, die nicht nur das politische Amerika aufhorchen ließ. Die 34-Jährige erklärte, daß sie bei der US-Präsidentschaftswahl am 5. November für die demokratische Kandidatin und ihren Vize Tim Walz stimmen werde. Ihre Begründung: "Vor Kurzem wurde ich darauf aufmerksam gemacht, daß eine KI-Version von "mir", die fälschlicherweise Donald Trumps Präsidentschaftskandidatur unterstützt, auf seiner Website veröffentlicht wurde. ... Es führte mich zu dem Schluß, daß ich sehr transparent über meine tatsächlichen Pläne für diese Wahl als Wählerin sein muß."

"Ein Haufen kinderloser Katzenfrauen." J. D. Vance über Harris & Co.

Harris werde ihre Stimme bekommen, "weil sie für die Rechte und Anliegen kämpft, von denen ich glaube, daß sie eine mutige Kriegerin brauchen, die sie vertritt". Für Walz wiederum spreche, daß sich dieser "seit Jahrzehnten für die Rechte der LGBTQ+-Community, IVF (In-Vitro-Fertilisation; künstliche Befruchtung) und das Recht einer Frau auf ihren eigenen Körper einsetzt", so Swift. Dazu postete die Sängerin ein Bild mit ihrer Scottish-Fold-Katze Meredith Grey (benannt nach der Hauptfigur der Serie Grey's Anatomy). Ihr Statement schließt mit den Worten: "Mit Liebe und Hoffnung, Taylor Swift, kinderlose Katzenfrau."

Letztere Bemerkung spielt auf eine Aussage von Trumps Vizekandidaten J. D. Vance an. Der republikanische Politiker hatte 2021 in einem Interview führende US-Demokratinnen als einen "Haufen kinderloser Katzenfrauen" bezeichnet. Diese seien "mit ihrem eigenen Leben und den Entscheidungen, die sie getroffen haben, unglücklich" und wollten "deshalb auch den Rest des Landes unglücklich machen". Zu dieser Spezies zählt nicht nur Kamala Harris, sondern auch Taylor Swift.

Von Nashville nach New York

Geboren wurde die heutige Botschafterin der Bunten 1989 in West Reading im US-Bundesstaat Pennsylvania. Taylors Eltern Andrea und Scott, Vermögensberater und Millionär, betrieben in der nahe gelegenen Gemeinde Cumru eine Farm, verkauften Weihnachtsbäume und züchteten Pferde. Kein Wunder, daß die Tochter zunächst Reiterin werden wollte und als Jugendliche an mehreren Turnieren teilnahm.

2003 zog die Familie nach Nashville, Tennessee. In der Hauptstadt der Country-Musik beschloß das Mädchen, in die Fußstapfen von Großmutter Marjorie Finlay zu treten. Die war Opernsängerin, doch Taylor ließ sich vom Cowboy-Sound anstecken, schrieb schon als 14-Jährige eigene Texte und stellte sich damit bei diversen Plattenfirmen vor. Produzent Scott Borschetta nahm die junge Sängerin bei seinem frisch gegründeten Label Big Machine Records unter Vertrag. Dort erschien 2006 ihr Debütalbum Taylor Swift - das es immerhin bis auf Platz fünf der US-Charts brachte.

"Zu ihren Trophäen darf sie allein zwölf Grammy Awards zählen." Deutschlandfunk Kultur

Das war aber erst der Anfang: Die Nachfolgeplatte Fearless (2008) stand insgesamt elf Wochen lang auf der Pole Position, noch erfolgreicher waren Speak Now (2010) und Red (2012),

die sich allein in der ersten Woche jeweils über eine Million Mal verkauften. Seitdem landete jedes ihrer Alben auf dem ersten Platz der US-Charts, in Deutschland gelang ihr dies erstmals 2014 mit 1989 - jener Scheibe, die ihren Wechsel vom Country- ins Pop-Genre markierte.
Nun gab es kein Halten mehr: Mit Veröffentlichungen wie Evermore (2020) oder Midnights (2022) stieg Taylor Swift weltweit zu einer der kommerziell erfolgreichsten Künstlerinnen auf. Mehr als 300 Millionen Alben hat sie bislang verkauft, belegte in Amerika einmal sogar alle zehn Plätze der Top-Ten gleichzeitig. "Swift ist eine der erfolgreichsten Sängerinnen der vergangenen Jahrzehnte und hat mehr Nummer-Eins-Alben als jede andere Künstlerin in der Geschichte der US-Charts herausgebracht. Zu ihren Trophäen darf sie allein zwölf Grammy Awards zählen", berichtete Deutschlandfunk Kultur Mitte August.
Im vergangenen Jahr wurde sie nicht nur vom Time-Magazin als "Person des Jahres" aufs Titelbild gehoben, sie brach mit ihrer Eras-Tour auch sämtliche Zuschauerrekorde und stieß kurzerhand Elton John vom Thron, dessen Abschiedstournee als die bis dato lukrativste Konzertreihe galt. "Jeder Auftritt spült zwischen zehn und 13 Millionen US-Dollar auf ihr Konto", notiert der Stern. Laut Angaben des Wirtschaftsmagazins Forbes beträgt das Privatvermögen der Sängerin inzwischen über eine Milliarde Dollar.
Der Stern zählt auf: "Allein in New York City besitzt sie gleich vier Luxus-Immobilien im notorisch teuren Stadtteil Tribeca, bekannt für die hohe Promi-Dichte. In Los Angeles kaufte sie sich in Beverly Hills eine denkmalgeschützte Villa für 23 Millionen Dollar, in Rhode Island gehört ihr ein Luxus-Strandhaus. Und natürlich hat sich Swift auch in der Country-Music-Hochburg Nashville Unterkünfte gesichert." Hinzu kommt ein Privatjet, der laut Business Insider um die 44 Millionen Dollar gekostet hat. Einen zweiten Flieger gleichen Modells schaffte der Popstar nach Protesten von Klimaaktivisten ab.

Psyop des Pentagon?

Da die amerikanische Country-Szene stark konservativ geprägt ist, hielt sich Swift mit politischen Statements zunächst zurück. Bei der ersten Trump-Wahl 2016 schwieg die Popsängerin, doch zwei Jahre später rief sie ihre Fans bei der Nachwahl für einen Sitz im US-Senat in Tennessee dazu auf, für die ultralinke Demokraten-Kandidatin Marsha Blackburn zu stimmen. Für ihr 2019 erschienenes Album Lover holte sie unter anderem die für ihre Gegnerschaft zu den Republikanern bekannte Frauen-Country-Band Dixie Chicks an Bord.
Auf der Platte findet sich das Stück "You Need To Calm Down", das als Hommage an die Regenbogen-Community gedacht ist, und an dem unter anderem Darsteller der Serie Queer Eye mitwirkten.
"Die Swifties gelten als mächtigste Fan-Community aktuell." Taz
Gegen Trump machte Swift auch bei der Präsidentschaftswahl 2020 Stimmung. Auf Twitter (jetzt X) postete sie ein Foto von sich mit Keksen, auf denen in Zuckerschrift "Biden/Harris/2020" geschrieben stand. Zur Begründung fügte sie hinzu: "Ich glaube, daß Amerika unter ihrer Führung eine Chance hat, den Heilungsprozeß in Gang zu setzen, den es so dringend braucht." Mit ihrer Wahlempfehlung für Harris in diesem Jahr folgt Swift also nur ihrem bisherigen Muster.
Katzenfrau: Swift auf dem Cover des Magazins "Time" 2023. Foto: Time-Magazine
Doch wie könnte sich das auf den Urnengang im November auswirken? Das Schweizer Boulevardblatt Blick schreibt: "Ihr Einfluß auf ihre Fans, die sogenannten Swifties ist riesig. Sie gelten als extrem fanatisch, kleben ihrem Idol an den Lippen, kopieren ihren Kleidungsstil und folgen ihrem Feminismus."
Bild führt einen Präzedenzfall an: "2022 rief sie im Rahmen eines Aktionstages junge Leute dazu auf, sich für Wahlen zu registrieren - prompt stiegen die Neuregistrierungen um 23 Prozent im Vergleich zum Vorjahr." Rund 53 Prozent der erwachsenen Amerikaner gaben in einer 2023 veröffentlichten Umfrage an, Swift-Fans zu sein. Etwa die Hälfte von ihnen sind

weiblich und Millennials, wurden also wie ihr Idol zwischen 1981 und 1996 geboren - eine wichtige Wählergruppe, die sonst traditionell wahlmüde ist.
Konservative US-Kommentatoren in den USA äußerten bereits die Vermutung, der Superstar sei von der Musikindustrie als Galionsfigur installiert worden, um den Woke-Virus unter jungen Menschen zu verbreiten. Moderator Jesse Watters erklärte in seiner Talkshow auf Fox News, daß Swifts Karrieresprung auf einer geheimen Abmachung mit der Biden-Regierung beruhe. Sie solle die Demokraten unterstützen und versuchen, Wähler auf deren Leimrute zu locken.
Dafür werde sie von den Kreisen, die hinter dem amtierenden Präsidenten stehen, belohnt. Watters hierzu: "Vor etwa vier Jahren schlug die Abteilung für psychologische Operationen des Pentagons vor, Taylor Swift während eines NATO-Treffens in einen Aktivposten zu verwandeln." Das US-Verteidigungsministerium setze sie seitdem als "Psyop zur Bekämpfung von angeblichen Online-Fehlinformationen" ein.

Hexentanz

Was Swift und ihre Fans in den Augen der Globalisten zur Superheldin macht, wird deutlich, wenn man sich die Schwärmereien, die die Taz im Dezember 2023 absonderte, anschaut: "Die Swifties gelten als mächtigste Fan-Community aktuell. Daß damit auch Verantwortung und Macht einhergeht, hat Taylor Swift erkannt. Nach jahrelangem politischem Schweigen macht sie sich mittlerweile für verschiedene gesellschaftliche Anliegen stark: gegen Waffengewalt und für das Recht auf Abtreibung oder stärkere Selbstbestimmung von queeren Menschen. Und die Swifties folgen." Fast schon religiös klingt, was die Taz weiter formuliert: "In einer gespaltenen Welt, in der viele Institutionen scheitern, hat Taylor Swift es geschafft, Grenzen zu überschreiten und eine Quelle des Lichts zu sein."

Ziemlich beste Feinde

Donald Trump reagierte reichlich vergrätzt auf Taylor Swifts Wahlempfehlung für Harris und Walz. Im Interview mit Fox News prophezeite er der Sängerin, daß sie dafür "wahrscheinlich einen Preis" auf dem Musikmarkt zahlen werde. Er selbst, so Trump, sei ohnehin "kein Fan" des Popstars, der "eine sehr liberale Person" sei und "immer einen Demokraten" unterstütze. Auf seiner Plattform Truth Social brachte es der Ex-Präsident in gewohnter Form auf den Punkt: "Ich hasse Taylor Swift", schrieb er in Großbuchstaben.
Solcherlei verschwurbelte Mystik dürfte Swift gefallen. Im Video zu ihrem Song "Willow" (2020) sieht man, wie sich die Sängerin im Wald zu einem Hexenorden gesellt, der ein Ritual am Feuer durchführt. Eine ähnliche Szene war auch auf ihrer Eras-Tour zu sehen: mit dem Star im wallenden Gewand als tanzende Zeremonienmeisterin. Im Musikgeschäft hat sich Taylor Swift auch mit solchem Mummenschanz Kultstatus erworben. Ob das ausreicht, um Trump zu verhindern und Harris ins Weiße Haus zu hieven - und wie intensiv ihr gesellschaftlicher Einfluß wirklich ist -, wird sich in wenigen Wochen zeigen.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 10/2024.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Scholz im Andromeda-Nebel**

Neues zum Nord-Stream-Terror. … Die Bundesregierung war vorab über den Terroranschlag auf Nord Stream informiert. Was bisher nur von oppositionellen Medien wie COMPACT behauptet wurde, wird jetzt durch das Wall Street Journal bestätigt. Allerdings mit einem entscheidenden Unterschied.
_ von *Jürgen Elsässer*
Die Szene war legendär: Am 7. Februar 2022 gaben Joe Biden und Olaf Scholz eine gemeinsamen Pressekonferenz im Weißen Haus. Der US-Präsident verkündete: "Wenn Rußland (in die Ukraine) einmarschiert, ... wird es Nord Stream 2 nicht mehr geben." Und weiter: "Wir werden dem ein Ende setzen." Auf die Frage, wie er dies tun könne, obwohl die Pipeline unter

deutscher Kontrolle stehe, antwortete er: "Wir werden es tun, das verspreche ich Ihnen, wir werden dazu in der Lage sein." Scholz stand daneben und kommentierte den Eingriff in deutsche Souveränitätsrechte nicht.
Dann gab er zum Besten: "Wir sind uns absolut einig, und wir werden keine unterschiedlichen Schritte unternehmen." Pulitzerpreisträger Seymour Hersh geht davon aus, daß der Bundeskanzler schon bei diesem Staatsbesuch in Washington in die Anschlagsplanung eingeweiht wurde. Alles eine Verschwörungstheorie? Scholz geriet wegen dieser Szene übrigens nie ernsthaft in Bedrängnis. Er lächelte die Attacken von der AfD oder auch von Sahra Wagenknecht einfach weg.

Beschuß aus den eigenen Reihen

Dann Mitte August 2024 der Schock: Ausgerechnet das Wall Street Journal (WSJ) eröffnete das Feuer auf den SPD-Kanzler - das führende Blatt der Hochfinanz, eng verbandelt mit dem Tiefen Staat. Die Berliner Zeitung faßte die Anschuldigungen der Kollegen aus Übersee zusammen: "Neu ist die jetzt bekannt werdende schweigende Billigung der Sprengung durch die deutsche Politik. Nicht nur waren deutsche Beamte - so das WSJ - frühzeitig über die geplante Zerstörung der Pipeline informiert." Außerdem sagte ein hoher deutscher Beamter, der angeblich mit den Nord-Stream-Untersuchungen vertraut ist, dem WSJ: "Ein Angriff dieses Ausmaßes ist ein ausreichender Grund, um die kollektive Verteidigungsklausel der NATO auszulösen... Unsere kritische Infrastruktur wurde von einem Land in die Luft gesprengt, das wir mit massiven Waffenlieferungen und Milliarden an Bargeld unterstützen."

Geplant worden sei die Sache auf einem Gelage mit Armeechef Saluschni.

Der Beamte und das WSJ meinen mit dem fraglichen Land allerdings nicht - wie Seymour Hersh und COMPACT herausgearbeitet hatten - die USA, sondern die Ukraine. Dazu strickt WSJ-Reporter Bojan Pancevski das Seemannsgarn rund um die sagenumwobene Jacht "Andromeda" weiter, mit der die Taucher angeblich am 26. September 2022 in die Nähe der dänischen Ostseeinsel Bornholm gebracht wurden, um die Sprengsätze an den beiden Pipelines anzubringen.
Geplant worden sei die Sache, so Pancevski, auf einer alkoholgeschwängerten Party schon im Mai 2022, und zwar unter Anwesenheit des damaligen Oberkommandeurs der ukrainischen Streitkräfte, Waleri Saluschni. Dieser soll anschließend auch die Zustimmung von Präsident Wolodimir Selenski eingeholt haben. Die Operation sei von privaten Geldgebern finanziert worden, angeblich flossen 300.000 Dollar.
Haupttäter soll ein gewisser Wolodimir Z. gewesen sein, auf den der Generalbundesanwalt am 21. Juni 2024 tatsächlich einen Haftbefehl ausstellte und die polnischen Behörden zur Festnahme aufforderte, was diese freilich aus fadenscheinigen Gründen - die Anfrage sei von den Deutschen nicht im Schengener Informationssystem eingetragen worden - verweigerten. Der Verdächtige entkam und hält sich derzeit wohl wieder in seiner ukrainischen Heimat auf. Seine Freundin, die Tauchlehrerin Svitlana U., nahm ihn gegenüber RTL und NTV in Schutz. "Ich habe zahlreiche Dokumente aus dem September 2022, die beweisen, daß ich mich in Kiew aufgehalten habe."
Das widerspricht der Behauptung des Generalbundesanwalts, wonach sie ihn im fraglichen Zeitraum auf die "Andromeda" begleitet habe. Seltsam jedenfalls: Frau U. gibt an, von den deutschen Behörden niemals wegen des Terroranschlags und der Rolle ihres Tauchfreundes kontaktiert, geschweige denn verhört worden zu sein.

Die Heiligsprechung der CIA

Haben die polnischen Behörden mit Wolodimir Z. also einen tatverdächtigen Terroristen entwischen lassen? Vermutlich ist er eher ein Zeuge, der entkommen durfte und entkommen mußte, weil er im Kreuzverhör hätte zugeben müssen, daß die ganze "Andromeda-Story" nicht stimmt. Deswegen wurde auch Svitlana U. nicht in die Mangel genommen.

Die Sprengstoffpartikel und die falschen Pässe wurden plaziert.
Das muß nicht heißen, daß die beiden unschuldig sind. Aber die große Frage ist, ob sie wirklich als Taucher in den Terrorakt eingebunden waren - oder ob sie und andere Ukrainer nur Hilfsdienste leisteten bei einer Operation, die ohne CIA-Führung nicht hätte stattfinden können. Gerade die CIA aber wird durch die WSJ-Story reingewaschen: Es sei nämlich kein anderer als der amerikanische Geheimdienst gewesen, der im Sommer 2022 Selenski zum Abblasen der geplanten Sprengung gedrängt habe. Dieser aber habe das beauftragte Spezialistenteam auch mit Saluschnis Hilfe nicht mehr kontaktieren können, da es sich in den entscheidenden Wochen der Vorbereitung von jeder Kommunikation abgeschottet habe.
Der Persilschein für die CIA widerspricht diametral den Recherchen von Seymour Hersh, wonach CIA-Direktor William Burns seit Weihnachten 2021 Mitglied einer fünfköpfigen Arbeitsgruppe im Weißen Haus war, die die Ausschaltung der Ostseepipelines plante. Im Rahmen des NATO-Manövers Baltops 22 seien die Sprengsätze dann im Sommer 2022 an den Röhren angebracht und am 26. September durch eine Funkboje gezündet worden. Die "Andromeda-Geschichte" sei, so Hersh, nur ein Ablenkungsmanöver, mit dem die Biden-Administration den Verdacht von sich auf die Ukraine habe lenken wollen, nachdem es nicht gelungen war, Putin die Sache anzuhängen.
Tatsächlich tauchte die "Andromeda-Erzählung" zuerst im März 2023 auf, kurz nach dem zweiten Treffen von Scholz mit Biden in Washington, und zwar in einer gleichzeitigen Veröffentlichungswelle in großen US-amerikanischen und deutschen Medien. Der Artikel des Wall Street Journal vom August 2024 schmückte nur noch einige Details aus, unter anderem das Vorwissen der Bundesregierung.

Das Geheimnis von Dranske

Die "Andromeda-Geschichte" ist jedenfalls löchrig wie ein Schweizer Käse. Tauchen in über 80 Meter Tiefe, ohne Dekompressionskammer? Vergessene Pässe auf der Jacht? Und darüber hinaus gab es noch Sprengstoffspuren in der Kajüte … Dazu sagte Johannes Riber, Korvettenkapitän der dänischen Marine: "Es ist sehr unwahrscheinlich, daß etwas von dem Explosivstoff einfach herausgefallen ist. ... So etwas ist nichts, was man in der Küche mit Sachen aus dem Baumarkt baut - es wird in einer Fabrik gebaut, sehr, sehr wasserdicht, und muß nur mit einem Zünder ausgestattet werden. Das ist gebaut und vollständig geschlossen, bevor man es überhaupt an Bord bringt."

Die verräterische E-Mail

Das Vorwissen der Bundesregierung über die Nord-Stream-Anschläge gab es tatsächlich, aber wohl nicht in dem Zusammenhang, von dem das Wall Street Journal berichtet. Daß das Scholz-Kabinett schon im März 2022 mit Sabotageangriffen auf die Nord-Stream-Leitungen rechnete, belegt jedenfalls eine E-Mail, die dem Cicero zugespielt wurde. Demnach soll ein Kanzleramtsvertreter vor einer Umweltkatastrophe in der Ostsee gewarnt haben. Das Gas müsse "unbedingt aus der Leitung heraus", man sei auf der Suche nach einer "schnellen Lösung" mit der US-Regierung in Verhandlungen, heißt es in dem Schreiben.
Verräterisch: Warum wurde mit der US-Regierung konferiert, die doch gar nicht an Nord Stream beteiligt war? Wäre der richtige Gesprächspartner zur Lösung des Problems nicht Gazprom gewesen? Die Mail mit dem Zitat stammt von einer Referentin der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern. Sie bezieht sich auf eine nicht öffentliche Sitzung der Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion am 14. März 2022, bei der ein Mitarbeiter des SPD-Kanzlers sich wohl entsprechend geäußert hatte.
Die naheliegende Schlußfolgerung: Die Sprengstoffpartikel, ebenso wie die Fake-Pässe, wurden auf der "Andromeda" plaziert, um eine falsche Spur zu legen. Profis hätten das Schiff ohnedies sauber hinterlassen.

Die Jacht entsprechend zu präparieren, könnte eine Aufgabe für die Wintermonate 2022/23 gewesen sein: Da befand sich das Schiff wieder auf Rügen, und zwar in Dranske/Bug. Es stand dort sehr versteckt am verlassenen KTS Pier der 6. Flotille der DDR-Volksmarine, ideal für nicht einsehbares Herumwerkeln… Ein Ortskundiger sagte gegenüber COMPACT: "Warum lag nur diese eine Jacht auf diesem Pier, während doch im fünf Kilometer entfernten Winterlager für Segeljachten direkt am Ortseingang von Dranske noch genügend Stellplätze - leere Bootsböcke und Trailer - vorhanden waren?"
Mitte Januar 2023 untersuchte das BKA die "An-dromeda" und stellte die verdächtigen Spuren sicher. Die Tagesschau wunderte sich am 31. März 2023: "Unklar ist, wann genau und wie die Nachrichtendienste auf die Spur der "Andromeda" kamen. Eine massenhafte Abfrage bei Schiffsvermietern an der Ostsee fand nach Recherchen von WDR und NDR offensichtlich nicht statt." Des Rätsels Lösung, ebenfalls in den Worten der Tagesschau: "Schaut man zurück auf vergangene Fälle, könnte es für die Zurückhaltung der Nachrichtendienste einen Grund geben: Wenn Geheimdienste einen Hinweis aus dem Ausland erhalten ..." Vielleicht von der CIA?

Die Sprengstoffpartikel und die falschen Pässe wurden plaziert.

Daß das Wall Street Journal im Spätsommer 2024 Olaf Scholz als Mitwisser und Komplizen des kriegerischen Angriffs auf unsere Energieversorgung anschwärzte, freut einen natürlich auf den ersten Blick: Das hat der Sozi verdient. Doch auf den zweiten Blick wird man mißtrauisch: Vielleicht verfolgen das WSJ und die dahinterstehenden US-Zirkel mit guten Argumenten einen bösen Zweck: Der Kanzler muß weg, nicht weil er zu kriegerisch ist, sondern zu zurückhaltend. Noch immer sperrt er sich gegen Taurus-Lieferungen, die Selenski zu Angriffen auf Ziele im russischen Kernland so dringend bräuchte.
Dazu paßt, daß der Kiewer Machthaber in der WSJ-Veröffentlichung relativ vernünftig erscheint, weil er die Sprengung noch in letzter Sekunde verhindern wollte. Spiel über Bande nennt man das - eine Spezialität der CIA.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 10/2024.<<

07.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Stephan Brandner (AfD): Trauriger Höchststand sexueller Übergriffe an Bahnhöfen und in Zügen**

Im Jahr 2023 kam es an Bahnhöfen und in Zügen zu deutlich mehr sexuellen Übergriffen als in den Jahren zuvor. Dies ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner.
So wurden 966 Delikte an Bahnhöfen und 931 Delikte in Zügen gemeldet. Allein in den Monaten Januar bis August 2024 zählte die Statistik 791 Sexualdelikte an Bahnhöfen und 968 in Zügen. Auch der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger ist mit 42,3 Prozent an Bahnhöfen im Jahr 2023 wieder auf einen Rekordwert gestiegen.
Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Stephan Brandner, sieht in den Zahlen dringenden Anlaß zum Handeln: "Bahnhöfe und Züge dürfen nicht zu Angsträumen für Frauen werden. Die Politik hat nicht ernst genommen, was die AfD-Bundestagsfraktion schon seit Jahren deutlich gemacht hat. Eine wirkungsvolle Justiz und die konsequente Ausweisung derer, die sich nicht an unsere Regeln und Gesetze halten, sind unerlässlich, um das Problem der ausufernden Kriminalität in den Griff zu bekommen."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**DAK-Chef: Pflegeversicherung droht im Februar die Pleite!**

Mehr als fünf Millionen Menschen in Deutschland bekommen Geld aus der Pflegeversicherung. Doch diese könnte 2025 zahlungsunfähig werden, warnt DAK-Chef Andreas Storm.
Die gesetzliche Pflegeversicherung steht offenbar bereits im Februar kommenden Jahres vor

der Pleite. Zwar soll der Beitragssatz im kommenden Jahr um 0,2 Prozentpunkte erhöht werden. Aber das könnte nicht reichen, befürchtet der Vorstandschef der Deutsche Angestellten-Krankenkasse (5,5 Millionen Versicherte) Andreas Storm. Der Pflegeversicherung drohe aufgrund der stark steigenden Zahl von pflegebedürftigen Menschen in wenigen Monaten die Zahlungsunfähigkeit.
Hinzu kommt: Während der Corona-Hysterie mußte die Pflegeversicherung auf Anweisung der Bundesregierung zusätzliche Ausgaben stemmen, etwa für Tests in Pflegeheimen und Boni für Pflegekräfte. Die Regierung versprach, diese Mehrausgaben aus Steuermitteln zu erstatten - doch das ist bisher nicht vollständig geschehen. Würde die Regierung dieses Geld zurückzahlen, könnte eine Erhöhung der Beiträge vermieden werden, meint DAK-Chef Storm. Er fordert daher einen Nachtragshaushalt in Höhe von sechs Milliarden Euro, um das Finanzloch zu schließen.

Beiträge steigen wohl noch höher

Die Bundesregierung geht inzwischen davon aus, daß der Beitrag sogar um 0,25 oder 0,3 Prozentpunkte steigen muß. Das berichtet das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Demnach laufen in der Ampel bereits die Vorbereitungen für eine "Notoperation", mit der eine Zahlungsunfähigkeit der Pflegeversicherung noch verhindert werden solle.
Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) will nach Angaben eines Ministeriumssprechers in Kürze ein Konzept vorlegen, um die Pflege sowohl kurz- als auch langfristig "wieder auf stabilere Füße" zu stellen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Oktober 2024 (x1.411/…):

>>**Deutsche Wissenschaftler: CO2 spielt nicht die entscheidende Rolle für das Klima!**

Eine neue Studie zweier renommierter deutscher Chemiker, veröffentlicht auf der Internetseite der Uni Leipzig, sorgt für Aufsehen in der Klimaforschung. Entgegen der weit verbreiteten Lehrmeinung vertreten die beiden Wissenschaftler die These, daß nicht die klassischen Treibhausgase wie CO2 hauptverantwortlich für den Treibhauseffekt sind, sondern Stickstoff und Sauerstoff als Hauptbestandteile der Erdatmosphäre.
Die Chemiker Helmut Ullmann und Martin Bülow legen in ihrer Arbeit Berechnungen vor, die zeigen sollen, daß der Beitrag von Kohlenstoffdioxid (CO2) und Methan zum Treibhauseffekt zu vernachlässigen sei. Statt dessen seien es die Gase Stickstoff und Sauerstoff, die zusammen 99 Prozent der Atmosphäre ausmachen, welche den Großteil der Erderwärmung verursachen würden.
Auch wenn es der politisch-mediale Komplex der Klimahysteriker nicht an die große Glocke hängt: Selbst das Umweltbundesamt, also eine nachgeordnete Behörde des Bundesumweltministeriums; weist auf seiner Internetseite in diese Richtung. Dort ist zu lesen: "Der intensivierte Stickstoffkreislauf beeinflußt das globale ▪ Klima . Manche der von ihm bedingten Prozesse verstärken die Erderwärmung."

Tragende Säule des Klimaschwindels wankt

In ihrer jetzt vorgelegten Studie bringen die Forscher Ullmann und Bülow die tragende ideologische Säule des organisierten Klimaschwindels regelrecht ins Wanken: Die beiden Chemiker halten es für unzulässig, den globalen Treibhauseffekt ausschließlich Wasserdampf, CO2 und anderen Spurengasen zuzuschreiben.
Die beiden Wissenschaftler widersprechen somit fundamental dem etablierten Modell des Klimaschwindels, das Regierungen, Vereinte Nationen und "99 Prozent der Klimawissenschaft" nicht müde werden, zu betonen.
Demnach soll vor allem CO2 für den angeblich "vom Menschen gemachten Klimawandel" verantwortlich sein. Ullmann und Bülow halten dem entgegen, daß auch Stickstoff und Sauerstoff Wärme aufnehmen - zwar etwas weniger effektiv als die klassischen Treibhausgase, aber aufgrund ihrer schieren Menge in der Atmosphäre dennoch signifikant und mit Blick auf die

Erwärmung ausschlaggebend. Die Studie stützt sich auf Experimente, die zeigen, daß sich Luft (99 Prozent Stickstoff und Sauerstoff) unter Erwärmung (Sonneneinstrahlung) ähnlich verhält wie reines CO2.
Warum berichten die Mainstream-Medien so gut wie nicht über diese aktuelle und seriöse Studie aus Deutschland? Warum wird diese Arbeit von der regierungsamtlichen Klimahysterie totgeschwiegen? Die Antwort dürfte auf der Hand liegen: Weil man aus ideologischen Gründen auf das Kohlendioxid fixiert ist. Weil sonst ein Lügengebäude einstürzen würde, auf dem nicht nur eine weltweite Milliardenindustrie aufbaut, sondern auch die "grüne" Ideologie hierzulande beruht!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**207 - So viele "deutschfeindliche" Straftaten schon in diesem Jahr!**
Von wegen "Rassismus gegen Weiße gibt es nicht", wie die linke Aktivisten-Truppe "HateAid" behauptet: Allein in diesem Jahr (Stichtag 17. September) registrierten die Landeskriminalämter bereits 207 Straftaten, die dem Deliktsbereich "deutschfeindlich" zugeordnet werden. Das geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine schriftliche Frage des AfD-Innenexperten Martin Hess hervor. Bei 24 Straftaten handelte es sich demnach um Gewaltdelikte.
"Zu den konkreten Ursachen der deutschfeindlichen Straftaten kann die Bundesregierung keine Angaben machen", behauptet das Faeser-Ministerium unter Verweis auf die Ermittlungskompetenz der Landeskriminalämter.
Zuletzt war 2022 mit 340 "deutschfeindlichen" Straftaten ein vorläufiger Höhepunkt in dieser Kategorie politisch motivierter Delikte erreicht worden. 1.240 Straftaten waren es insgesamt bis 2023. Die gesonderte Ausweisung in der Kriminalstatistik war erstmals 2019 vom damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) eingeführt worden.
Gemäß amtlichen Richtlinien werden Straftaten als "deutschfeindlich" eingestuft, wenn "Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß sie gegen eine Person aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen deutschen Nationalität des Opfers verübt wurden." Gezählt werden laut Bundeskriminalamt (BKA) Taten, "bei denen sich Vorurteile auf die deutsche Nationalität beziehen."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Aufschwung-Schwindel der Ampel ist aufgeflogen: Habeck korrigiert Konjunkturdaten nach unten**
Nach den führenden Wirtschaftsinstituten hat jetzt auch die Bundesregierung ihre Konjunkturdaten für 2024 deutlich nach unten korrigiert. Laut "Süddeutsche Zeitung" geht das Bundeswirtschaftsministerium davon aus, daß das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 0,2 Prozent schrumpfen werde. Grund sei eine anhaltende Zurückhaltung der Verbraucher.
Zuletzt hatte sich Robert Habeck ("Grüne") die wirtschaftliche Lage noch mit einem bescheidenen Wachstum von 0,3 Prozent schöngerechnet und im Juni vor dem Deutschen Bundestag erklärt: "Man kann schon sagen, daß sich die deutsche Wirtschaft langsam aus der Krise befreit."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Nächste Hiobsbotschaft: Aufträge der deutschen Industrie brechen ein!**
Die schlechten Nachrichten aus der Wirtschaft reißen nicht ab: Nicht nur, daß Deutschland das zweite Jahr in Folge in der Rezession verharrt - jetzt brechen auch die Aufträge im verarbeitenden Gewerbe, hier vor allem in der Automobilindustrie, massiv ein!
Im August sank die Zahl der Bestellungen insgesamt um 5,8 Prozent gegenüber dem Vormo-

nat Juli, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Im Jahresvergleich fiel die Entwicklung mit einem Rückgang um 3,9 Prozent ebenfalls schlechter als erwartet aus.
Besonders in der deutschen Automobilindustrie ist die Stimmung wegen fehlender Neuaufträge so schlecht wie lange nicht mehr. Das vom Münchner Ifo-Institut erhobene Geschäftsklima für die Branche sackte im August um 6,2 auf minus 24,7 Punkte ab. Das ist der niedrigste Wert seit März 2022.
"Stimmung ist im Sturzflug"
Grund für das extreme Stimmungstief in der unter hohen Energiekosten ächzenden Autobranche sind die äußerst pessimistischen Erwartungen für die kommenden sechs Monate. Das Barometer für die Geschäftserwartungen sackte auf minus 40,5 Punkte ab. Im Juli hatte dieser Indikator noch bei minus 29,5 Punkten gelegen.
"Die Stimmung in der Autoindustrie ist im Sturzflug", sagt Ifo-Branchenexpertin Anita Wölfl. Die Branche leide besonders unter einem Mangel an neuen Aufträgen - vor allem aus dem Ausland.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Pflegeversicherung vor dem Ruin: Lauterbach ist ein Bankrott-Minister!**
Mit faktenfremder Corona-Hysterie und einer einseitigen Impfbegeisterung hatte Gesundheitsminister Lauterbach (SPD) ein Desaster ohnegleichen angerichtet. Doch nun ruiniert er auch noch die Pflege. Laut Medienberichten befürchtet man in Regierungskreisen, daß die Pflegeversicherung bereits bis zum Februar 2025 in die Zahlungsunfähigkeit zu rutschen droht. Schon in wenigen Monaten könnten somit Pflegeheime, Pflegedienste und Pflegebedürftige sowie deren Angehörige keinen einzigen Cent mehr erhalten.
Dabei wurde der Beitragssatz für die Pflegeversicherung bereits im Juli 2023 erhöht - von 3,05 Prozent auf 3,4 Prozent beziehungsweise für Kinderlose von 3,4 Prozent auf 4 Prozent. Nun soll der Beitrag erneut um bis zu 0,3 Punkte angehoben werden, während zugleich auch bei den Beiträgen zur Krankenversicherung draufgesattelt wird.
Die ständige Erhöhung der Beitragssätze kann aber auch nichts an der grundsätzlichen Mißwirtschaft ändern. Zu nennen sind hier etwa die überbordende Bürokratie, die infolge der "Energiewende" explodierenden Energiekosten und die enormen Ausgaben, die durch Lauterbachs Corona-Willkür und -Panik entstanden sind.
Hinzu kommt ein strukturelles Großproblem: Die seit Jahrzehnten viel zu geringe Geburtenrate führt in einer überalterten Gesellschaft schlicht und ergreifend dazu, daß immer weniger Beitragszahler immer mehr Empfängern gegenüberstehen. Die etablierten Parteien haben wirksame Maßnahmen für Familienförderung und -gründung systematisch unterlassen und entsprechende AfD-Anträge immer wieder abgelehnt.
Um die gewaltigen Finanzlöcher notdürftig zu stopfen, greift man nun immer tiefer in die Taschen der Beitragszahler, die ohnehin schon von einer extrem hohen Steuer- und Abgabenquote belastet werden. Wenn man auf die AfD-Vorschläge für steuerliche Entlastungen gehört hätte, anstatt unser Land zum Vizeweltmeister bei Steuern und Abgaben zu machen, dann ließen sich die steigenden Pflegekosten jetzt wenigstens etwas besser abfedern. Beinahe alles in unserem Land muß reformiert und vor dem Ruin gerettet werden - und nur die AfD ist dazu in der Lage!<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**13 Prozent der Rentner im Alter von 65 bis 74 Jahren erwerbstätig**
Viele Menschen in Deutschland arbeiten, obwohl sie bereits eine Altersrente beziehen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am Montag nach Ergebnissen einer Zusatzerhebung der EU-Arbeitskräfteerhebung 2023 mitteilte, waren 13 Prozent der Rentner im Alter von 65 bis 74 Jahren hierzulande erwerbstätig.

Männer mit einer Altersrente (16 Prozent) gingen dabei häufiger noch einer Arbeit nach als Frauen (zehn Prozent). Auch Rentenbeziehende mit höherem Bildungsniveau arbeiteten häufiger: Während knapp jede oder jeder Fünfte (18 Prozent) von ihnen erwerbstätig war, lag der Anteil unter Rentnern mit niedrigerem oder mittlerem Bildungsniveau bei elf Prozent beziehungsweise zwölf Prozent. Es gibt viele unterschiedliche Gründe für eine Erwerbstätigkeit während des Rentenbezugs: Ein Drittel (33 Prozent) der Rentner, die einer Erwerbstätigkeit nachgingen, tat dies aus finanzieller Notwendigkeit.
29 Prozent gaben die Freude an der Arbeit als Hauptgrund für ihre Erwerbstätigkeit an. Elf Prozent gingen einer Erwerbstätigkeit nach, weil diese finanziell attraktiv war oder die Partnerin oder der Partner ebenfalls noch arbeitete. Die soziale Integration durch den Kontakt zu Kollegen war für neun Prozent der erwerbstätigen Rentner ausschlaggebend. Sonstige Gründe nannten 18 Prozent. In der Regel arbeiten Rentner mit reduziertem Stundenumfang: Mit einem Anteil von 40 Prozent ging ein Großteil von ihnen weniger als zehn Stunden in der Woche einer Erwerbstätigkeit nach.
Ein Viertel (25 Prozent) arbeitete zehn bis unter 20 Wochenarbeitsstunden. Zwölf Prozent der Rentenbeziehenden mit einer Arbeit übten diese 20 bis unter 30 Stunden in der Woche aus. Bei acht Prozent waren es 30 bis unter 40 Stunden. 16 Prozent der erwerbstätigen Rentner hatten eine Arbeitswoche mit mehr als 40 Stunden. Die Hälfte der Rentner, die trotz Rentenbezug einer Erwerbstätigkeit nachgingen, gab an, geringfügig beschäftigt zu sein. Insgesamt arbeiteten mehr als zwei Drittel (69 Prozent) der erwerbstätigen Rentner als abhängig Beschäftigte, weniger als ein Drittel (31 Prozent) war selbstständig tätig, so das Bundesamt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Ein Raumschiff im Grünen**
Solarpunk: Futuristische Ökos. … Die Solarpunk-Bewegung schwimmt auf der Klimawelle. Doch anders als Greta & Co. geht es ihr nicht um das Schüren von Panik, sondern um eine positive Zukunftsvision.
_ von *Michael Kumpmann*
Die junge Frau beginnt den Tag auf ihrer idyllischen Farm mit einer heißen Tasse Kaffee. Der Bauernhof ist eigenartig gestaltet: Zwischen Wasserrädern und einem altmodischen Pflug sieht man allerlei Hightech, Hologramme und Androiden. Überall sprießen Blumen und Grünpflanzen, Kondenswasser wird über Rohrleitungen gesammelt und zur Bewässerung genutzt. Draußen sind schon Jung und Alt bei der Obsternte - die Kinder sind mit einem fliegenden Solarbus nach Hause gekommen.
Gegen Abend findet ein großes Festessen mit der ganzen Familie statt, während ein Roboter weiter Äpfel von den Bäumen pflückt. Die Frau hält einen Brief ihrer Großmutter in den Händen: Sie wünscht sich, daß sich ihre Enkelin gut um den Hof kümmern möge, da es ein alter Familienbetrieb sei. Am Himmel ziehen derweil riesige Zeppeline ihre Bahn, um mit ihren Turbinen Windenergie zu gewinnen …
Ökologie und Utopie
Nein, das sind keine Szenen aus einem neuen Öko-Science-Fiction-Film, sondern das ist die Handlung eines animierten Spots des US-Lebensmittelherstellers Chobani zur Bewerbung seiner Joghurtprodukte. Der Videoclip mit dem Titel "Dear Alice" schlug 2021 hohe Wellen im Netz. Während Promo-Kampagnen meist nur dann viral gehen, wenn sie gegen den politisch korrekten Comment verstoßen (man denke an Gilette und Budweiser, die sich den Vorwurf des Sexismus einhandelten), löste in diesem Fall mal ein Begeisterungssturm das Schlagzeilengewitter aus. Durch die Bank wurde nicht nur die künstlerische Ausführung gelobt, sondern auch der Inhalt, der voll und ganz im Klimaschutztrend liegt.
Riesige Zeppeline ziehen ihre Bahn, um mit ihren Turbinen Windenergie zu gewinnen.
Der Chobani-Spot wurde schnell als besonders gelungenes Beispiel für einen relativ neuen

Scifi-Trend angesehen: Solarpunk. Dabei handelt es um die künstlerische Antithese zum Steam- oder Cyberpunk mit seinen rauchenden Maschinen oder dystopischen Industrielandschaften. Solarpunk ist nicht Dreck und Schmutz, sondern verheißt eine bessere, eine grünere Zukunft, ohne auf technologischen Fortschritt verzichten zu müssen.
Besonderen Anklang findet das Konzept naturgemäß bei der woken Fraktion, doch auch Libertäre aus der Krypto- und Blockchain-Szene haben inzwischen Gefallen an dem Stil gefunden. Eine der größten Websites der Bewegung nennt sich Anarchism.
Solarpunk wurde erstmals 2008 auf einem Blog namens Republic of Bees (Republik der Bienen) präsentiert. Die erste Anthologie mit Geschichten des Genres erschien 2012 in Brasilien, sieben Jahre später wurde das sogenannte Solarpunk-Manifest veröffentlicht. Es gab jedoch schon frühe Vorläufer, von denen wohl der bekannteste der 1975 erschienene Roman Ökotopia von Ernest Callenbach sein dürfte. In dem Buch geht es um ein zukünftiges Kalifornien, das sich von den USA abspaltet, um eine Utopie zu verwirklichen, die auf Umweltschutz und 68er-Ideen wie freier Liebe basiert, aber auch auf Vorstellungen, die heute als rechts gesehen werden, etwa Wehrerziehung und Ethnopluralismus. Viele Linke fremdeln daher mit dem Klassiker.

Natur und Tradition

Im Anime-Bereich gelten vor allem der japanische Meisterzeichner Hayao Miyazaki und sein Studio Ghibli als wichtigste Inspirationsquellen des Solarpunks (auch die eingangs erwähnte Joghurt-Reklame wurde dort entwickelt). Insbesondere der erfolgreiche Animationsfilm Prinzessin Mononoke aus dem Jahr 1997 wird als Vorreiter des Genres angesehen.
Zentrales Thema ist die Abholzung von Wäldern, was den Naturgeistern ihre Grundlage entzieht. Auch der Ghibli-Streifen Nausicaä aus dem Tal der Winde (1984) ist ein Pionierwerk: Die Erde wird durch den Einsatz von Biowaffen weiträumig verseucht, sodaß sich die Überlebenden in kleine Dörfer zurückziehen, die zwar über moderne Technik wie Flugzeuge verfügen, kulturell aber näher am europäischen Hochmittelalter als an der Moderne sind.
"Es wird daran gearbeitet, Klamotten zu entwickeln, die Strom erzeugen." Michael Förtsch
In diesem Jahr wurde zudem von dem deutschen Indie-Studio Cyberwave ein Computerspiel namens Solarpunk angekündigt, das Aufbau- mit Abenteuerelementen verbindet. Das Game, das 2025 erscheinen soll, ist laut der Plattform Steam das von den Usern am meisten herbeigesehnte im deutschen Sprachraum.
Ein weiteres Spiel, das sich ebenfalls noch in der Entwicklung befindet, ist Loftia. Die Nutzer haben verschiedene Aufgaben wie Farming, Kochen, Angeln oder das Aufziehen von Haustieren zu absolvieren. Man kann auch Jobs annehmen, zum Beispiel als Servierer in einem Café oder als Friseur. Es gibt aber auch große Bauprojekte in der Stadt, die man nur in Zusammenarbeit mit anderen Spielern bewerkstelligen kann. Dazu zählt etwa der Bau von Kraftwerken oder eines Metro-Netzes - natürlich alles schön nachhaltig und klimaschonend.
Typische Merkmale von Solarpunk sind futuristische Bilder von Metropolen, in denen es grünt und blüht. Auf jedem Hausdach und an vielen Wänden wachsen prächtige Pflanzen und Blumen, es wimmelt nur so von Vögeln und anderen Tieren. Sofort sticht die Architektur der Gebäude ins Auge. Sie ist weniger geprägt durch zeitgenössische Kargheit, sondern nimmt oft Anleihen bei Jugendstil, Art Deco oder der Baukunst zur Zeit der Besiedlung Amerikas. Auch traditionelle asiatische und afrikanische Einflüsse sind erkennbar. Insofern hat Solarpunk auch eine antimodernistische Stoßrichtung.
Das schlägt sich besonders bei den vermittelten Werten nieder: Klassisches Handwerk statt Indus-trieproduktion, man baut selbst Gemüse an, statt es im Supermarkt einzukaufen, man stellt seine eigene Kleidung her und greift nicht auf chemisch behandelte Klamotten aus Billiglohnländern zurück. Lokales Handeln und Nachbarschaftshilfe sind gefragt, es gibt kleine Wochenmärkte im Viertel - eine Art heile Welt in urbanem Rahmen mit konservativen Ele-

menten, wie sie sich die Grünen in ihrer Anfangszeit vorgestellt haben dürften.
Ins reale Leben ist Solarpunk laut dem Journalisten und Science-Fiction-Experten Michael Förtsch schon vorgedrungen. Anhänger der Bewegung würden ihre Häuser oder Dörfer autark mit Solaranlagen versorgen oder sich zusammenfinden, um kommunale Gärten zu betreiben. Auch Designer ließen sich durch den Stil inspirieren. "Es wird daran gearbeitet, Klamotten zu entwickeln, die Strom erzeugen oder Sonnenschirme, die mit Stoff bezogen sind, in den Solarzellen eingewebt sind und an dem man via USB zum Beispiel sein Smartphone laden könnte", so Förtsch.
James Pethokoukis, Politikanalyst des American Enterprise Institute, der sich selbst als "konservativer Futurist" bezeichnet, kritisiert an Solarpunk vor allem die Vorstellung, daß eine bessere Zukunft durch präzise Planung herbeigeführt werden könne. Pethokoukis beruft sich dabei auf Ökonomen wie Friedrich August von Hayek, die anmerkten, daß einzelne Menschen nie genügend Wissen hätten, um die gesellschaftliche Entwicklung bis ins Detail vorauszuplanen.
Dies führe zu Problemen wie der sogenannten Interventionsspirale, bei der der Staat permanent Probleme beseitigen muß, die er durch seine Eingriffe selbst geschaffen hat. Auf der Rechten sieht man in Solarpunk daher oft nur eine weitere Form sozialistischer Propaganda. Hierbei sollte man allerdings bedenken, daß Pioniere wie Callenbach mit Ökotopia nie ein planwirtschaftliches, sondern ein lupenrein kapitalistisches Wirtschaftssystem vor Augen hatten - nur mit mehr lokaler Produktion und mehr Kleinunternehmen.

Die Wertschätzung lokaler Produktion oder der Umweltschutzgedanke sind nicht per se links.

Auf der anderen Seite trifft Solarpunk genau den Nerv der Wokeness-Fans. In einem Beitrag für Spektrum der Wissenschaft schwärmt der baden-württembergische Antisemitismusbeauftragte Michael Blume über die Bewegung. "Du darfst jede Hautfarbe und Herkunft, jede Religion und Philosophie, jede demokratische Partei, jedes Alter, jeden Geldbeutel und jeden Geschmack mitbringen, solange du die Erkenntnisse der Wissenschaft, die Würde der Mitmenschen und der Mitwelt achtest und eine gemeinsame, post-fossile Zukunft auf Basis erneuerbarer Friedensenergien mitbauen willst", so Blume. Besser hätte es Klaus Schwabs Weltwirtschaftsforum nicht formulieren können.

Technologie und Nachhaltigkeit

Dennoch sollte man den neuen Trend nicht in Bausch und Bogen verdammen. Die weit verbreitete Skepsis gegenüber Utopien hat letztlich zu einer betont unideologischen Politik der vermeintlichen Alternativlosigkeit geführt. Es gibt keine Langzeitstrategien mehr - in den Parlamenten denkt man höchstens bis zum Ende der Wahlperiode. Großprojekte wie der BER dauern ewig, der Transrapid fährt zwar im Ausland, gehört bei uns jedoch zu den Relikten einer "verlorenen Zukunft" (Mark Fisher).
Zugleich wird unsere persönliche Freiheit im Namen von Political Correctness und Terrorismus- oder Seuchenprävention immer weiter eingeschränkt und ein riesiger Überwachungsstaat aufgebaut. Die Wirtschaft hangelt sich von einer Krise zur nächsten, und selbst Traditionsunternehmen wie VW sind mittlerweile bedroht.

Lunarpunk

Innerhalb der Solarpunk-Bewegung gibt es eine kleinere Untergruppe, die sich dem Lunarpunk verschrieben hat. Während man sonst so sehr auf Rationalität, Klarheit, Logik oder Wissenschaftlichkeit setzt, spielen in dieser Nische eher Themen wie Harmonie, geistiger Einklang mit der Natur, Spiritualität, aber auch Okkultismus eine Rolle. Der Gegensatz zwischen dem Sonnenhaften (Solaren) und dem Dunklen (Lunaren), der sich hier zeigt, verweist auf die Idee des italienischen Metaphysikers Julius Evola, der vom solaren als dem männlichen Prinzip und vom lunaren als dem weiblichen Prinzip sprach.

Beides bildet eine Einheit, was im fernöstlichen Raum als Yin und Yang bekannt ist. Genau dieses Symbol wird im Lunarpunk auch gerne verwendet. Ästhetisch unterscheidet sich Lunarpunk vom Solarpunk aber vor allem dadurch, daß man sich dort stärker für Dinge wie Biolumineszenz, für Pilze und nachtaktive Tiere interessiert. Auffällig ist auch die häufige Verwendung von violetten Farbtönen.
Konservativen stünde es deshalb gut zu Gesicht, eigene positive Visionen für die Zukunft zu entwickeln. Solarpunk bietet durchaus brauchbare Ansätze, wenn es etwa um die Wertschätzung lokaler Produktion oder den Umweltschutzgedanken geht. Immerhin unterscheiden sich die Öko-Futuristen von Klima-Hysterikern darin, daß sie keine Weltuntergangsszenarien kreieren, um die Leute in Panik zu versetzen, sondern sie zeichnen das Bild von einer Welt, in der technologischer Fortschritt und Nachhaltigkeit keine Gegensätze mehr sind, sondern eine Symbiose bilden.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 10/2024.<<
Schweden: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Medizin-Nobelpreis für Genforscher**
Der Nobelpreis für Physiologie oder Medizin geht in diesem Jahr an Victor Ambros und Gary Ruvkun. Das teilte das Karolinska-Institut am Montag in Stockholm mit. Die beiden Wissenschaftler wurden für ihre Entdeckung der microRNA und ihrer Rolle bei der posttranskriptionalen Genregulation ausgezeichnet. Der Preis ist mit elf Millionen schwedischen Kronen, umgerechnet etwa 970.000 Euro, dotiert. Die Bekanntgabe der Nobelpreisträger im Bereich Medizin läutet traditionell den Auftakt der Nobelpreis-Woche ein.
Am Dienstag wird die Königlich Schwedische Akademie der Wissenschaften den Träger der Auszeichnung in dem Bereich Physik publik machen, am Mittwoch folgt der Bereich Chemie und am Donnerstag der Literaturnobelpreis. Der Träger des Friedensnobelpreises wird am Freitag in Oslo bekannt gegeben. Der Nobelpreis gilt als die höchste Auszeichnung in den berücksichtigten Disziplinen und wird jedes Jahr an Alfred Nobels Todestag, dem 10. Dezember, verliehen. Der Friedensnobelpreis wird in Oslo übergeben, alle anderen Preise in Stockholm.<<
Iran: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 7. Oktober 2024 (x1.414/…): >>**Schäden des iranischen Luftangriffs auf Israel größer als zunächst berichtet**
Satellitenbilder zeigen Dutzende Einschläge auf Militärbasis / Physiker: Luftabwehr traf fast keine Rakete / Israelische Armee: Luftwaffe voll einsatzbereit
Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*
Bei dem iranischen Luftangriff auf Israel am 1. Oktober haben offenbar mehr der 181 abgefeuerten ballistischen Raketen ihr Ziel erreicht und dabei größeren Schaden angerichtet, als dies von israelischen und US-amerikanischen Medien zunächst berichtet wurde. Dies zeigen Analysen von US-amerikanischen Militärexperten. So sind auf einem von Jeffrey Lewis, Professor am Middlebury Institute of International Studies in Monterey, ausgewerteten Satellitenbild des israelischen Luftwaffenstützpunkts Nevatim mindestens 30 Einschläge sichtbar. Von den Tehran Times veröffentlichte Bilder des US-amerikanischen Satellitenunternehmens Maxar zeigen zerstörte Einrichtungen auf dem Gelände der Militärbasis.
Der Physiker Theodore Postol sagte in einem Interview, anhand der Aufnahmen von anfliegenden und einschlagenden iranischen Raketen werde deutlich, daß so gut wie keiner der Flugkörper von der israelischen Luftabwehr abgefangen wurde.
Überhaupt seien nur wenige Abfangraketen zu sehen gewesen, ergänzte der emeritierte Professor vom Massachusetts Institute of Technology. Israel wisse, die Treffer-Wahrscheinlichkeit der Abfangraketen sei "nahezu null". Da man "20, 30 oder 40 Abfangraketen" abfeuern müsse, um möglicherweise eine ballistische Rakete zu treffen, würde man auf ihren Einsatz verzichten. Israel bewahre die Abfangraketen auf, um sie effektiver gegen langsamere Droh-

nen und Marschflugkörper einzusetzen. Postol hat in den vergangenen drei Jahrzehnten mehrfach auf die Ineffektivität von Raketenabwehrsystemen hingewiesen und deren Entwicklung als "möglichen Betrug" bezeichnet.
Die Erkenntnisse der Experten stehen in deutlichem Gegensatz zu einem Medienbericht der US-Nachrichtenagentur "Associated Press". (2. Oktober) Darin heißt es: "Israels vielschichtiges Luftverteidigungssystem scheint einen weiteren Test bestanden zu haben, nachdem es das jüngste iranische Raketensperrfeuer abgewehrt hat". Die Tageszeitung "Washington Post" berichtet (4. Oktober) von etwas größeren Schäden. Laut einer Video-Analyse der Zeitung seien 20 Raketen in den Nevatim-Luftwaffenstützpunkt, drei Raketen in den Militärflugplatz Tel Nof und weitere mindestens zwei Raketen in der Nähe der Zentrale des israelischen Geheimdienstes Mossad bei Tel Aviv eingeschlagen.
Die israelische Armee bestätigte die Einschläge auf den beiden Militärbasen, berichtet jedoch, daß sie keinen großen Schaden angerichtet hätten und die israelische Luftwaffe voll einsatzbereit sei. Der iranische Verteidigungsminister Aziz Nasirzadeh geht hingegen davon aus, daß 90 Prozent der abgefeuerten Raketen ihr Ziel, drei israelische Luftwaffenstützpunkte und das Hauptquartier des Geheimdienstes, erreicht hätten.
Ein Bericht der US-amerikanischen Denkfabrik Institute for the Study of War (ISW) bestätigt, daß der Iran die israelischen Luftwaffenstützpunkte Nevatim, Hatzerim und Tel Nof anvisiert hat. Geolokalisiertes Videomaterial zeige nicht nur, daß die Militärbasen Nevatim und Tel Nof getroffen wurden, sondern zeige auch Einschläge von ballistischen Raketen nahe des Mossad-Hauptquartiers, der Zentrale des israelischen Inlandsgeheimdienstes Shin Bet sowie der IDF Glilot Intelligence Base, welche die Aufklärungseinheit "Unit 8200" beherbergt.
Der geolokalisierten Quelle des ISW zu den Einschlägen in den Luftwaffenstützpunkt Tel Nof zufolge sind auf der Aufnahme deutlich mehr als drei Explosionen zu hören. Dies widerspricht den Angaben der Washington Post.
Laut einem Bericht der iranischen Nachrichtenagentur "Mehr" erfolgte der Raketenangriff auf Israel als Reaktion auf die Ermordung des Hamas-Chefs Ismail Haniyeh, des Hisbollah-Führers Hassan Nasrallah und des iranischen Kommandeurs der Islamischen Revolutionsgarden Abbas Nilforooshan. Bisherigen Analysen zufolge sind die Schäden des Angriffs deutlich höher als nach dem iranischen Vergeltungsschlag im April. Nach Informationen der Times of Israel plant die israelische Armee eine "ernsthafte und bedeutende" Reaktion auf den aktuellen iranischen Angriff.<<

08.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 8. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Altersarmut: Schon eine Dreiviertelmillion Rentner ist auf Stütze angewiesen**
Das beste Deutschland, das es laut Bundespräsident Frank-Walter Steinermeier jemals gab, sieht so aus: Hierzulande sind laut Statistischem Bundesamt so viele ältere Menschen wie noch nie zusätzlich zu ihrer Rente auf Sozialhilfe angewiesen. Das berichtet die "Neue Osnabrücker Zeitung" unter Berufung Zahlen der Wiesbadener Statistikbehörde.
Demnach bekamen zum Ende des ersten Halbjahres 2024 bundesweit 728.990 Menschen die sogenannte Grundsicherung im Alter - ein neuer Höchstwert! Das sind etwa 37.000 Menschen mehr als noch ein Jahr zuvor. Vergleicht man die Zahlen mit dem Jahr 2015, ergibt sich eine Zunahme um fast 40 Prozent.
Anspruch auf Grundsicherung im Alter haben Menschen, die älter als 67 Jahre sind und deren Rente nicht für ihren Lebensunterhalt reicht.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 8. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Gerüchte über schwere Depressionen: Ist SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert an den Ampel-Lügen zerbrochen?**
Laut übereinstimmenden Medienberichten soll Kevin Kühnert an schweren psychischen Pro-

blemen leiden und trat deshalb von seinem Amt als SPD-Generalsekretär zurück. Ist er womöglich daran zerbrochen, daß er drei Jahre lang in jeder Talk-Show eine Migrationspolitik mitgetragen und propagiert hat, deren Folgen der homosexuelle SPD-Politiker im bunten Berlin jeden Tag aus nächster Nähe miterleben kann?
"Es geht jetzt um Kevin und seine Gesundheit, Politik ist nicht alles", erklärten die SPD-Chefs Saskia Esken und Lars Klingbeil nach dem Rücktritt von Partei-Generalsekretär Kevin Kühnert. Fraktionsvize Matthias Miersch, der wie Kühnert dem linken Parteiflügel angehört, soll neuer SPD-Generalsekretär werden.
Derweil berichten mehrere Medien unabhängig voneinander über eine psychische Erkrankung Kühnerts. Unter anderem die "Bild-Zeitung" will von psychischen Problemen Kühnerts erfahren haben.
Es ist vor allem dieser Satz in der Rücktrittserklärung von Kevin Kühnert, der aufhorchen läßt: "Ich selbst kann im Moment nicht über mich hinauswachsen, weil ich leider nicht gesund bin", schreibt der 1,69 Meter große SPD-Politiker.
Jeder Psychologe weiß, was sich hinter solchen Worten verbergen kann: Ein psychischer Erschöpfungszustand, ein fetter Burnout - wenn nicht sogar eine schwere Depression!
"Bild-Reporterin" Angelika Hellemann gilt als bestens vernetzt in der linken Hauptstadt-Szene. Sie schreibt: "Nach BILD-Informationen handelt es sich um eine psychische Erkrankung." Daß der Grund für Kühnerts Rücktritt mit einer psychischen Erkrankung zu tun haben könnte, deutete auch Parteichef Lars Klingbeil an: "Wir alle wissen, wie fordernd das politische Geschäft ist."
***
"Kevin Kühnert vertrat wie kaum ein anderer die Generation der Politiker, die nichts gelernt, aber viel Macht angehäuft haben", schreibt Tichys Einblick.
Eine abgeschlossene Ausbildung hat der frühere Juso-Chef ebenso wenig vorzuweisen wie ein abgeschlossenes Studium. Berufserfahrung außerhalb der Politik sammelte er in einem Callcenter, was ihm den Spitznamen "Callboy" eintrug.
Unbestritten ist der linke Enteignungsideologe Kühnert redegewandt, schlagfertig und gilt als hochintelligent. Vor drei Jahren hatte er als "shooting star" der SPD seine Zukunft noch vor sich.
Seinen kompletten Rückzug aus der Politik von heute auf morgen begründet der 35-Jährige mit gesundheitlichen Gründen. Das kann zweierlei bedeuten:
Entweder ist Kühnert tatsächlich krank - oder er hat nach einer Ausrede gesucht. Für die letztere Annahme könnte sprechen, daß Kühnert nach einer Serie desaströser SPD-Wahlniederlagen innerparteilich nicht mehr unumstritten war.
Wir wollen aber die Redlichkeit seiner Rücktrittsbegründung nicht in Abrede stellen. Das wirft die Frage auf: Woran ist der linke Phantast Kevin Kühnert seelisch zerbrochen?

Homophobie von Migranten

Konnte er nicht mehr damit leben, den Menschen bei Lanz, Maischberger & Co. wider vermutlich besseres Wissen ständig ein X für ein U vormachen zu müssen? Etwa bei seiner Lügenhetze gegen die AfD, beim politisch organisierten Klimaschwindel, beim Sanktions-Irrsinn, bei den Waffenlieferungen an die Ukraine?
Der Widerspruch zwischen der von ihm in den öffentlich-rechtlichen Talkshows vertretenen Masseneinwanderung und der migrationspolitischen Realität holte Kühnert zuletzt privat ein. Er beklagte, daß in Berlin offenen Anfeindungen ausgesetzt ist, wer sich öffentlich als homosexuell bekennt. Erst dieser Tage noch kritisierte Kühnert die Homophobie muslimischer Männergruppen.
Immer öfter fiel Kühnert auch mit offener Kritik an Olaf Scholz (SPD) auf. Im Gegensatz zum Kanzler plädierte der SPD-Generalsekretär für eine Aufhebung der im Grundgesetz festge-

schriebenen Schuldenbremse, also für eine hemmungslose Verschuldung des Staates.
FAZIT: Wahrscheinlich dürfte die Wahrheit für den Rücktrittsgrund in der Mitte liegen. Es kam wohl von allem etwas bei Kühnert zusammen: Frust darüber, daß er sich mit seinen linksideologischen Enteignungsphantasien von Wohneigentum und seiner Forderung nach neuen Verschuldungsorgien nicht durchsetzen konnte; ein Gewissenskonflikt, weil er eine Migrationspolitik propagieren mußte, von der er wußte, daß sie falsch war. Auch ständige Selbstverleugnung kann krank machen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 8. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**"Grüner Stahl": Habeck droht Mega-Debakel bei Milliardenprojekt**
Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") und seinen Energiewende-Phantastereien droht ein weiterer schwerer Rückschlag: Der Essener Industriekonzern ThyssenKrupp erwägt, ein hochsubventioniertes Vorzeige-Projekt für "grünen Stahl" aus Wasserstoff abzubrechen!
Das Düsseldorfer "Handelsblatt" berichtet über interne Dokumente des Konzerns, aus denen hervorgehe, daß Vorstandschef Miguel López das Projekt grundlegend überprüfen läßt und auch den Baustopp einer Produktionsanlage für "grünen Stahl" nicht ausschließt.
Deren Kosten werden auf rund drei Milliarden Euro beziffert und sollen zu zwei Drittel von den Steuerzahlern mitgetragen werden.
Diese sogenannte "Direktreduktionsanlage" soll Stahl mit Hilfe von Energie aus Wasserstoff statt Kohle produzieren und so CO2 einsparen. Ein Prestigeprojekt für Minister Habeck, der Deutschland zum Vorreiter bei "klimaneutral" hergestellten Stahl machen will. Der Bund und Nordrhein-Westfalen haben Fördermittel in Höhe von mehr als zwei Milliarden Euro zugesagt. Rund ein Viertel der Summe wurde laut "Handelsblatt" schon ausgezahlt.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 8. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Zahl der Sozialhilfe-Rentner auf Rekordhoch: Wir beenden diesen unwürdigen Zustand!**
Es ist unsäglich, daß die etablierten Parteien dieser Entwicklung tatenlos zusehen: So viele Rentner wie noch nie sind auf Sozialhilfe angewiesen. 728.990 Menschen bezogen zum Ende des ersten Halbjahres 2024 die sogenannte Grundsicherung im Alter - das ergab eine Erhebung des Statistischen Bundesamts.
Im Vergleich zum Jahr 2015, in welchem die Tore für die massenhafte Sozialmigration geöffnet wurden, bedeutet dies einen Anstieg um 39 Prozent. Beschämend sind diese Zahlen vor allem für die CDU, die die Massenmigration mit ihrer Grenzöffnung erst möglich machte - doch die SPD setzte die Entwicklung in gleicher Weise fort. Die kaltherzigen etablierten Parteien verwehren unseren Rentnern einen würdigen Lebensabend und verschleudern unser Geld lieber für Fahrradweg-Projekte in Peru, Waffenlieferungen an die Ukraine und Massenmigration.
Die AfD setzt sich als einzige Partei konsequent dafür ein, daß unsere Sozialsysteme wieder zukunftsfest gemacht werden, indem die illegale Massenmigration beendet und überflüssige Ausgaben ans Ausland eingestampft werden. Wir werden Kürzungen bei der Mütterrente verhindern und dafür sorgen, daß die sogenannten versicherungsfremden Leistungen vollständig vom Bund erstattet werden.
Wer 45 Beitragsjahre angesammelt hat, soll nach den Vorstellungen der AfD grundsätzlich abschlagsfrei in Rente gehen können. Im Übrigen fordert die AfD, daß endlich auch Abgeordnete in die gesetzliche Rente einzahlen müssen.
Damit es in Zukunft wieder mehr Beitragszahler gibt, braucht es außerdem eine politische Wende für Familienfreundlichkeit und Familiengründungen. Zusätzlich zu diesen Maßnahmen wollen wir aber auch die Inflation bekämpfen, um nicht nur für Rentner die Lebenshaltungskosten zu senken. Um dies umzusetzen, wollen wir die "Energiewende" rückabwickeln, Steuern senken und überflüssige CO2-Abgaben abschaffen. Es bleibt dabei: Wir lassen nicht

die Menschen im Stich, die unseren Wohlstand geschaffen haben - denn unser eigenes Land muß immer zuerst kommen!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. Oktober 2024 (x1.412/…): >>**Habeck- und Graichen-Vertrauter Kellner plant AfD-Verbotsverfahren**

Michael Kellner, grüner Staatssekretär beim Wirtschaftsministerium, sprach sich in der neuesten Folge von Hart aber fair für ein AfD-Verbot aus. Kellner gilt als Vertrauter vom geschaßten Staatssekretär Graichen und Wirtschaftsminister Robert Habeck.

Von *Redaktion*

... Die Ereignisse um ein potentielles AfD-Verbotsverfahren spitzen sich zu. Nachdem bekannt wurde, daß Marco Wanderwitz für sein Vorhaben, ein Verfahren einzuleiten, genug unterstützende Abgeordnete gefunden hatte, um den Antrag im Bundestag einzubringen, sprechen sich immer mehr Spitzenpolitiker für ein solches Verfahren aus. Auch der Vertraute des ehemaligen Skandal-Staatssekretärs Patrick Graichen und Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck, Michael Kellner, hat sich in der neuesten Sendung von Hart aber fair für ein solches Verfahren ausgesprochen.

"Wir sehen in der AfD eine Partei, die unsere Verfassung, unser Grundgesetz angreift." Deshalb strebt dazu ein Verbotsverfahren an. Kellner unterstützt einen entsprechenden Antrag dazu im Bundestag. Wäre der im Parlament erfolgreich, würde es zu einem solchen Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe kommen. In der Hart aber fair-Sendung vom Montag diskutierte Kellner mit fünf weiteren AfD-Kritikern über ein AfD-Verbot. Ein Vertreter der in der Mitte der Diskussion stehenden Partei wurde dabei nicht eingeladen.

Bereits seit dem deutlichen Anstieg der Umfragewerte der AfD Ende 2023 wird die Verbotsdebatte in der Politik geführt. Nach den Enthüllungen über den angeblichen "Geheimplan gegen Deutschland" durch Correctiv spitzte sich die Diskussion seit Januar 2024 weiter zu. Der ehemalige Ostbeauftragte und CDU-Bundestagsabgeordnete Marco Wanderwitz führt bereits seit Sommer 2023 eine Initiative für ein AfD-Verbotsverfahren und versucht dabei, seine Bundestagskollegen ebenfalls davon zu überzeugen.

Auch Michael Kellner stellt sich also nun hinter das Vorhaben von Wanderwitz. Kellner war jahrelang politischer Bundesgeschäftsführer der Grünen. Er gilt als das "Mastermind" hinter Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Der Wirtschaftsminister und Kellner gelten bereits seit ihren gemeinsamen Jahren in der Grünen-Spitze als Vertraute.

2021 wurde Kellner gleichzeitig mit seinem Schwager und Klima-Lobbyisten Patrick Graichen zum Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium berufen. Kellner ist mit der Schwester von Graichen, Verena Graichen, verheiratet. Auch sie arbeitet als Naturschutzlobbyistin, konkret beim Bund für Umwelt- und Naturschutz. Staatssekretär Graichen mußte im Mai 2023 wegen der Trauzeugenaffäre seinen Stuhl räumen.

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Mehr Rentner als je zuvor auf Sozialhilfe angewiesen**

Die Zahl der Senioren in Deutschland, die zusätzlich zu ihrer Rente auf Sozialhilfe angewiesen sind, ist auf ein neues Allzeithoch gestiegen. Das geht aus einer Auskunft des Statistischen Bundesamtes gegenüber der BSW-Gruppe im Bundestag hervor, über die die "Neue Osnabrücker Zeitung" (NOZ) berichtet. Am Ende des ersten Halbjahres 2024 bezogen demnach bundesweit 728.990 Rentner die sogenannte Grundsicherung im Alter. Das ist ein neuer Höchstwert und bedeutet einen Anstieg um rund 37.000 gegenüber dem Vorjahr.

Im Juni 2023 hatten noch 691.820 Senioren Sozialhilfe bezogen. Im Vergleich zu 2015 bedeutet die aktuelle Zahl der Leistungsempfänger im Rentenalter einen Anstieg um rund 39 Prozent (Juni 2015: 523.160). Anspruch auf Grundsicherung im Alter haben Menschen, die eine bestimmte Altersgrenze, derzeit 67 Jahre, erreicht haben und deren Rente nicht für ihren Lebensunterhalt reicht.

BSW-Parteichefin Sahra Wagenknecht sagte der NOZ, die Zahlen seien "der nächste Offenbarungseid für die Ampel": "Daß immer mehr Rentner zum Sozialfall werden, ist beschämend und eine bittere Bilanz für den zuständigen Minister Heil." Die Dunkelziffer der Altersarmut liege vermutlich sogar deutlich höher, da sich "viele Senioren den demütigenden Gang zum Sozialamt" ersparten, so Wagenknecht.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 8. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Umfrage: Deutsche finden Robert Habeck nett, aber inkompetent**

Bei den Deutschen hat Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) offenbar deutlich an Strahlkraft verloren. Das zeigt eine Umfrage von Forsa für den "Stern". Nur bei zwei eher weichen Faktoren erreicht der Grünen-Politiker unverändert absolute Mehrheiten: Jeweils 52 Prozent finden Habeck sympathisch bzw. sagen, daß er verständlich rede.

Obwohl der Vizekanzler gerade die Ablösung der grünen Parteispitzen betrieben haben soll, halten ihn nur 25 Prozent der Deutschen für führungsstark - das sind zehn Prozentpunkte weniger als vor anderthalb Jahren. Auch beim wichtigen Kriterium der Kompetenz verliert der Wirtschaftsminister deutlich.

Lediglich 36 Prozent halten Habeck für kompetent - acht Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr. Ähnlich groß sind die Verluste bei der Eigenschaft "weiß, was die Menschen bewegt". Das sagen nur noch 28 Prozent über den Politiker (ein Minus von neun Prozentpunkten). Besonders kritisch urteilen die Anhänger der AfD und des Bündnisses Sarah Wagenknecht über Habeck.

Bei den verbliebenen Grünen-Anhängern kommt der Vizekanzler aber weiter gut an: Sie halten ihn zu 80 Prozent für kompetent und zu 83 Prozent für sympathisch. Auffällig ist, daß Habeck auch bei SPD-Wählern weit überdurchschnittlich abschneidet. Sie finden ihn zu 80 Prozent sympathisch und immerhin zu 59 Prozent kompetent. Die Daten wurden vom Markt- und Meinungsforschungsinstitut Forsa für den "Stern" und RTL Deutschland zwischen am 2. und 4. Oktober telefonisch erhoben. Datenbasis: 1.008 Befrage.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Hartlages BRD-Sprech _ Brandmauer**

Noch vor wenigen Jahren war "Brandmauer" ein Begriff, der höchstens Feuerwehrleuten und Bauingenieuren etwas sagte: eine Mauer, die verhindern soll, daß Feuer von einem Gebäude oder Gebäudeteil auf ein anderes übergreift. Heute ist sie zu einem politischen Begriff avanciert, der, wie alle Begriffe aus dem BRD-Sprech, etwas über die Leute aussagt, die ihn für ihre Zwecke umgedeutet haben.

Die "Kettenreaktion", die um jeden Preis verhindert werden soll, das ist die Rechtsstaatlichkeit.

"Brandmauer" heißt: Keine Partei darf mit der AfD reden. Legt die AfD einen Antrag vor, müssen alle anderen ihn ablehnen, selbst wenn sie ihm an sich zustimmen. Wird ein Ministerpräsident mit ihren Stimmen gewählt, muß er zurücktreten.

Die normalen demokratischen Gepflogenheiten sollen gegenüber einer Partei nicht gelten, die ein Drittel der Ostdeutschen hinter sich vereint und ein Fünftel der Deutschen insgesamt, und die weder verboten ist noch verboten werden kann. (Jedenfalls nicht, solange alles mit rechten Dingen zugeht: Solange Faesers Kreativabteilung also nicht wieder zu einer jener Rechtsverdrehereien greift, die jeder wirkliche Demokrat ohne Weiteres als die sophistischen Mätzchen einer Junta durchschaut, die das, was sie an demokratischer Legitimation noch hat, dazu mißbraucht, die Demokratie zu beseitigen, damit der Wähler ihr nicht mehr das Mandat entziehen kann.)

Die komische Metapher von der "Brandmauer" ergibt nur einen Sinn, wenn eine Kettenreaktion (nach Art eines sich ausbreitenden Feuers) verhindert werden soll. Welche Kettenreaktion soll das denn sein, die von einer bloßen (Landes-)Regierungsbeteiligung der AfD ausgelöst

wird?
Was das Establishment immer als Gefahr an die Wand malt - also irgendeine Form von "Faschismus": Das praktiziert es schon selbst, und seine schrille Verteufelung der einzigen Oppositionspartei ist ein denkbar plumpes "Haltet den Dieb".
Die AfD aber könnte dergleichen selbst dann nicht ins Werk setzen, wenn irgendeiner ihrer Politiker es wollte, nicht einmal mit Zweidrittelmehrheit: Denn jeder AfD-Politiker, der etwas in dieser Art versuchen wollte, würde sofort von den eigenen Leuten gestürzt werden, die der Demokratie gegenüber tausendmal loyaler sind als eine Frau Faeser und ihre Spitzel-, Zensoren- und Überfallkommandos.
Und eine bloß andere Politik - nun, die soll zwar auch verhindert werden, aber in einer Koalition müsste die AfD sich genauso mit einem Koalitionspartner zusammenraufen wie jede andere Partei auch. Von einer Kettenreaktion ist jedenfalls weit und breit nichts zu sehen. Wie eh und je und wie einer Demokratie üblich müsste die AfD weiterhin mit Argumenten für ihre Positionen werben.
Wenn die AfD unbedingt von der Macht ferngehalten werden soll, dann aus einem einzigen Grund: damit sie nicht bei der Besetzung von Staatsanwaltschaften mitreden und damit der Unsitte straffreier Staatskriminalität einen Riegel vorschieben kann.
Wenn die Justiz nämlich einmal damit anfängt, all die Taten zu verfolgen, die nur deshalb ungeahndet bleiben, weil die Staatsanwaltschaften unseres Landes unter des Kontrolle des Machtkartells stehen, um dessen mutmaßliche Verbrechen es geht - dann zieht ein Verfahren das andere nach sich. Dann gibt es kein Halten mehr.
Die Kettenreaktion, die um jeden Preis verhindert werden soll, der "Brand", der sich aus Sicht des Kartells nicht ausbreiten darf - das ist die Rechtsstaatlichkeit und die Bestrafung derer, die alles getan haben, um sie zu beseitigen.
_ *Manfred Kleine-Hartlage ist Publizist und Diplom-Sozialwissenschaftler. Die Serie ist an sein Buch "Die Sprache der BRD" angelehnt: Verlag Antaios, 240 Seiten, gebunden …*
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 10/2024.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**VW am Abgrund**
Wie ein Jobmotor abgewürgt wurde. … Der Krieg gegen den Verbrenner fordert ein prominentes Opfer: Das Flaggschiff der deutschen Autoindustrie muß Werke schließen. Aber nicht nur die Politiker sind schuld.
_ von *Carl Reinhold*
Er war sauber abgepaßt, der Zeitpunkt, an dem die Volkswagen AG Massenentlassungen in Aussicht stellte. Die Bekanntgabe möglicher Werksschließungen war überfällig, Politiker und Gewerkschaften wußten Bescheid, sie sitzen im Aufsichtsrat des eng mit dem Staat verflochtenen Konzerns. Allein die Öffentlichkeit durfte noch nichts erfahren, stand doch der Wahltermin in Sachsen und Thüringen unmittelbar bevor. In Zwickau, Dresden und Chemnitz gibt es VW-Werke, und bis zum Urnengang am 1. September 2024 sollte der Schein gewahrt bleiben.
Die mit großen Hoffnungen eingeführten Elektroautos floppen.
Am Montag, den 2. September, war es endlich so weit. Ohne weitere Anstandsfrist kam der Paukenschlag: Die bis 2029 geltende Beschäftigungssicherung soll gekündigt werden, mindestens ein Autowerk und ein Komponentenwerk gelten als verzichtbar. "Damit geraten alle deutschen Standorte in den Fokus - egal ob Standort der Volkswagen-AG oder Tochter-Standort, egal ob west- oder ostdeutsch", echauffierte sich der Betriebsrat nunmehr in den Medien.
Finanzvorstand Arno Antlitz warb um Verständnis: Man verkaufe "zwei Millionen Fahrzeuge weniger als noch vor Covid". Es fehlten "die Verkäufe von rund 500.000 Autos, die Verkäufe

für rund zwei Werke", die nun offenbar geschlossen werden sollen. In Antlitz' Darstellung hat die Lage den bedauernswerten Konzern wie ein Blitz aus heiterem Himmel getroffen: "Der Markt ist schlicht nicht mehr da." Mit den Produkten habe das nichts zu tun.
Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Zwar steht VW immer noch an der Spitze der deutschen Zulassungsstatistik. Doch der Abstand zur Konkurrenz ist längst nicht mehr so groß wie früher. Und der Erfolg wird ausschließlich von den Verbrennern getragen. Die mit großen Hoffnungen eingeführten Elektroautos floppen.

Unattraktive E-Modelle

Keiner der vollmundig angepriesenen Stromer kann die Kunden überzeugen. Beim kompakten ID.3 werden Preis, Design und Materialqualität kritisiert. Am barock gezeichneten ID.4 entzündete sich gar eine interne Revolte: Warum das Auto weniger gelungen sei als das kastenförmige Schwestermodell Enyak von Skoda, begehrten Wolfsburger Manager zu wissen. Der technisch anspruchsvolle ID.7 ist auf der Straße kaum präsent, und der nostalgische ID.Buzz, der an den klassischen Bulli erinnert, hat das gleiche Problem wie seine Schwestermodelle: den Elektroantrieb. Denn den will einfach niemand haben.
Doch auch bei den klassisch angetriebenen Modellen hapert es inzwischen gewaltig, nicht zuletzt, weil sich die Entwickler mit den neuen Aufgaben übernommen zu haben scheinen. Der pfiffige und erschwingliche Up ist sang- und klanglos eingestellt worden, der Polo altert, der aktuelle Golf ist bei seinem Debüt von geradezu unglaublichen Qualitätsmängeln heimgesucht worden: Das Infotainment-System fiel regelmäßig aus, übereifrige Assistenzsysteme wurden geradezu zum Sicherheitsproblem. Den legendären Golf GTI gibt es mittlerweile nur noch mit Automatikgetriebe. Und die jüngst neu aufgelegten Dauerbrenner Passat und Tiguan? Sie kommen eigentlich zu spät auf den Markt.
Es ist noch nicht so lange her, daß die Fahrzeuge aus dem VW-Konzern international als absolute Meßlatte galten. Der 2019 verstorbene Konzernpatriarch Ferdinand Piëch hatte das kühne Ziel ausgegeben, die Marke Volkswagen auf Mercedes-Benz anzusetzen, Audi auf BMW, Skoda auf Volvo und die spanische Tochtergesellschaft Seat auf Alfa Romeo. Zusammen mit Spitzenmarken wie Porsche, Lamborghini, Bentley und Bugatti sowie der Motorrad-Legende Ducati und der Lastwagen-Marke MAN war geplant, ein Imperium zu schmieden, das Toyota und General Motors auf die Plätze verweisen sollte. Der in Aussicht genommene Name: Auto Union.

Der inszenierte Dieselskandal

Doch es kam ganz anders. Der sogenannte Dieselskandal brach Volkswagen nicht nur in den USA, sondern vor allem in Europa das Genick. Trickreich hatte VW Lücken im Gesetzeswerk ausgenutzt, um die absurden Abgasvorgaben der US- und EU-Behörden zu umgehen. Dabei war man nicht weit davon entfernt, die Ziele zu erreichen. Bis dahin behalf man sich mit Abschaltvorrichtungen, die in eine rechtliche Grauzone fielen. Daß irgend jemand auf dem Planeten dadurch in seiner Gesundheit beeinträchtigt wurde, darf bezweifelt werden.
Festzuhalten bleibt allerdings: VW hat den Eifer und die Rachsucht der US-Behörden sträflich unterschätzt.
Doch während es in den USA vor allem um die große Abzocke ging, wuchs sich das Thema in Europa mit zeitlichem Versatz zu einer ideologischen Hetzjagd aus. Autofeinde witterten die große Chance, dem verhaßten Verbrennungsmotor und der erschwinglichen individuellen Mobilität einen entscheidenden Schlag zu versetzen.
An die Spitze der Bewegung setzte sich eine schwarzlackierte Grüne: niemand geringeres als Bundeskanzlerin Angela Merkel von der CDU. Sie hatte bereits die Deutsche Umwelthilfe als Gegenstück zum Verband der Deutschen Automobilindustrie aufbauen lassen, offenbar weil sie der Auffassung war, daß es dem Land guttue, das Zugpferd der deutschen Wirtschaft unab-

lässigen Attacken auszusetzen. So wenig hält sie vom Automobil, daß sie sich 2017 in Argentinien zu der Aussage verstieg, in 20 Jahren werde man nur noch mit Sondergenehmigung selbst ins Steuer greifen dürfen.

Audi-Chef Rupert Stadler wurde aus dem Amt heraus festgenommen und ins Gefängnis gesteckt.

Den sogenannten Dieselskandal nutzte Merkel als Zuchtrute gegen die gesamte Branche und gegen den VW-Konzern im Besonderen. Im Wahlkampf klagte sie treuherzig über den "Vertrauensverlust". Konsequenterweise ließ sie es zu, daß Audi-Chef Rupert Stadler aus dem Amt heraus festgenommen und ins Gefängnis gesteckt wurde. Verdiente Entwickler wie Wolfgang Hatz und Ulrich Hackenberg sowie Ex-Konzernchef Martin Winterkorn sehen sich seit vielen Jahren einer fortgesetzten juristischen und medialen Hetzjagd ausgesetzt. Schwer vorstellbar, daß unter einem Kanzler Gerhard Schröder die Spitzen der Industrie derart gedemütigt worden wären.

VW selbst erledigte den Rest. Nach einem Intermezzo unter Matthias Müller übernahm der frühere BMW-Vorstand Herbert Diess, den Piëch einst nach Wolfsburg geholt hatte, das Zepter. Und er stellte die Weichen radikal neu, nämlich vollständig in Richtung Elektromobilität. Die Vision der Auto Union wurde geschreddert, das Kronjuwel Bugatti an den kroatischen Bastler Maté Rimac entsorgt - geradezu ein Akt des Vandalismus.

Die Sparte Motorsport wurde geschlossen. Sogar die Currywurst in der VW-Kantine mußte dran glauben: VW machte nun auf vegan. Diess hatte offenbar die Chance erblickt, sich als deutscher Elon Musk zu inszenieren, präsentierte sich der entgeisterten Belegschaft mit Surfboard auf dem werkseigenen Teich. In der Privatgarage parkte unterdessen sein Ferrari.

Die Politik kann gegen die bevorstehenden Werksschließungen kaum glaubhaft protestieren, hat sie das ganze Thema doch überhaupt zu verantworten. Das gilt auch für Ex-Ministerpräsident Sigmar Gabriel, einst Mitglied des VW-Aufsichtsrats. Nach seinem Ausscheiden ließ sich der ausgebildete Lehrer seine Beratertätigkeit für VW teuer vergüten, zum Thema E-Mobilität faselte er Jahre später zustimmend: "Wir stehen weltweit vor der Neuerfindung dieser individuellen Mobilität."

Heute sitzen im erlesenen Gremium unter anderem der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil, der erst Anfang September mit öliger Stimme neue Kaufprämien für Elektroautos forderte, oder die grüne Ministerin Julia Hamburg, die zum Zeitpunkt ihrer Berufung weder Hochschulabschluß noch Auto vorweisen konnte.

Das letzte Gefecht

Diess wurde inzwischen geschaßt und durch den Porsche-Mann Oliver Blume ersetzt, der sich durch eine pragmatischere Herangehensweise auszeichnet. Aber ob Pragmatismus reicht? Viele Milliarden wurden für Elektroautos in den Sand gesetzt, zu einer radikalen Umkehr will sich auch Blume nicht entschließen. Unterdessen brennt es im Konzern überall.

Zum Beispiel bei Audi, wo man sich unter dem früheren Firmenchef Markus Duesmann mit Albernheiten wie einem Formel-1-Engagement oder einem "Leitfaden für gendersensible Sprache" beschäftigte. Beides ist noch aktuell, obwohl der neue Vorstandsvorsitzende Gernot Döllner immerhin mit Nachdruck und systematisch begonnen hat, die Fehler der letzten Jahre zu korrigieren und verspätete Produkte wie Q5, A5, Q6, A6 und A7 endlich auf die Straße zu bringen.

Die spanische Tochter Seat wird zugunsten der Neugründung Cupra verschwinden, nur bei Skoda, Bentley und Lamborghini sieht die Lage halbwegs erfreulich aus. Porsche wiederum muß mit dem Schlimmsten rechnen, denn auf den elektrischen Macan und den demnächst kommenden elektrischen 718 hat unter der Kundschaft wirklich niemand gewartet. Das Interesse verharrt dem Vernehmen nach auf dem Nullpunkt, doch die sehr erfolgreichen Vorgängermodelle mit normalem Antrieb haben die Zuffenhausener bereits aus dem Programm ge-

kippt.

Verkaufseinbruch

Die privaten Bestellungen von Elektroautos haben sich im ersten Halbjahr 2024 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fast halbiert, um 47 Prozent. Bei den gewerblichen Kunden sieht es mit einem Minus von 41 Prozent ähnlich aus.

Die Bestellungen von Pkw mit Diesel- und Benzinmotoren stiegen hingegen an: bei Privatkunden um 24, im gewerblichen Bereich um 20 Prozent.

Das ist sogar der hemdsärmeligen Manager-Legende Wendelin Wiedeking zu viel. In einem Interview mit der Bild am Sonntag ließ der vor 15 Jahren pensionierte Porsche-Chef jetzt seinem Unmut freien Lauf: Die Politik habe der Autoindustrie viel zu viel aufgebürdet, das Land "an allen vier Ecken" angezündet. Und den Managern unterstellte er Feigheit: "Die Wirtschaft signalisiert durch die nicht stattfindende Öffentlichkeitsarbeit, daß man mit allem zufrieden ist, was die Politik vorgibt. Das ist ein großer Fehler."

_ *Carl Reinhold ist der Auto-Experte von COMPACT. Zuletzt schrieb er in Ausgabe 3/2024 über den Kampf gegen den Diesel.*

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 10/2024.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Mit runtergelassenen Hosen**

Das BSW hat sich entlarvt. … Die jüngste Altpartei: Das BSW hat nach den Ost-Wahlen alle Hüllen fallen lassen. Doch nicht jedem in der Partei gefällt das.

_ von *Michael Brück*

Gegründet zum Jahresbeginn, im Juni Einzug in das Europaparlament, im September zweistellig bei allen Ost-Landtagswahlen: Der Aufstieg des BSW ist rekordverdächtig. Doch die neue Macht führt zu Problemen, maßgebliche BSW-Politiker werfen sich im Koalitionsrausch den etablierten Parteien an den Hals. Es droht ein gefährlicher Spagat zwischen Regierung und Opposition, der am Ende für die Wagenknecht-Truppe zur Zerreißprobe werden könnte.

Querfront als Schreckgespenst

Im Vorfeld der Ost-Landtagswahlen warnten die Mainstream-Medien: Gemeinsam könnten AfD und BSW Mehrheiten bilden, die Länder künftig unregierbar werden. In der Bild-Zeitung wurden mit reißerischen Schlagzeilen Umfragen verbreitet, bei denen beide Parteien zusammen Richtung absoluter Mehrheit zu marschieren schienen, die Deutsche Welle warnte vor dem Sieg der "zwei Putin-Freunde".

Die Frankfurter Rundschau spekulierte sogar über eine mögliche Koalition von BSW und AfD, die allerdings "Wagenknechts Ende" bedeuten würde. Der Unterton dabei: Eigentlich würden die zwei gerne koalieren, doch das BSW wird sich am Ende wahrscheinlich nicht trauen. Tatsächlich gibt es Schnittmengen: In Thüringen verfügt die Partei mit Thomas Schmid über einen Regionalkoordinator, der zwischen 2013 und 2015 von der AfD als Mitglied geführt und damals sogar als deren Pressesprecher gehandelt wurde.

BSW-Spitzenkandidat Robert Crumbach forderte das Verbot der AfD.

Daß Medien bemüht waren, die beiden Flügelparteien als Akteure aus dem gleichen (oppositionellen) Lager zu verkaufen, zielte vor allem auf wackelnde AfD-Wähler, die man zum weniger stigmatisierten BSW herüberziehen wollte. Zum Teil ging die Rechnung auf: Zwar zeigen die Statistiken über die jüngsten Wählerwanderungen, daß es vor allem Linke und SPD waren, die an das BSW verloren haben, doch auch die AfD mußte Federn lassen: In Brandenburg gab jeder vierte Wagenknecht-Wähler an, er hätte das Kreuz bei den Blauen gemacht, wenn es das BSW nicht gegeben hätte.

Dabei war eigentlich schon seit Monaten klar, daß die neue Kraft keine Alternative zu den Altparteien ist. Wagenknecht selbst schlug beispielsweise im August einen Kuhhandel vor, wonach das BSW einer CDU-Regierung in Sachsen als Juniorpartner dienen würde, wenn die

CDU im Gegenzug eine BSW-Ministerpräsidentin in Thüringen mitwähle. Voraussetzung wäre jedoch gewesen, daß das BSW besser als die CDU abschneidet. Tatsächlich landete die Wagenknecht-Partei jedoch rund neun Prozent hinter der Partei von Mario Voigt. Nur deshalb kam der faule Deal nicht zustande.
Doch es gab vor den Wahlen auch Äußerungen, die sich durchaus wohlwollender gegenüber der AfD interpretieren ließen. Insbesondere die Ankündigung des BSW, sich nicht an der Brandmauer gegen die Blauen zu beteiligen, weckte Hoffnung. Es wurde immer wieder darauf verwiesen, daß man Anträge der AfD nicht pauschal ablehnen werde. Selbst die Thüringer BSW-Chefin Katja Wolf, ehemalige Linkspartei-Bürgermeisterin von Eisenach und treue Fahnenträgerin der Antifa (ein ausführliches Porträt findet sich in COMPACT 8/2024), erklärte gegenüber NTV, die Abschottung gegenüber der AfD sei "politisch gescheitert". Es müßten zukünftig andere Wege des Umgangs gefunden werden.
Gemessen an den Anfeindungen, denen die AfD üblicherweise durch Vertreter von CDU, SPD und Grünen ausgesetzt ist, schienen das neue Töne zu sein. So müsste das BSW nach diesen Ankündigungen beispielsweise Anträgen der AfD, Waffenlieferungen an die Ukraine zu stoppen oder die deutschen Außengrenzen gegen illegale Migration zu schützen, zustimmen.

Die Selbstentlarvung

Doch dann fiel Frost auf die zarten Blüten: Der Brandenburger BSW-Spitzenkandidat Robert Crumbach lehnte vor der Landtagswahl am 22. September nicht nur jede Form der Zusammenarbeit mit der AfD ab, sondern forderte gleich das Verbot der gesamten Partei - um wenige Tage später kleinlaut zurückzurudern; offenbar dämmerte ihm, daß solche Aussagen kurz vor der Wahl schaden könnten.
Tatsächlich blieb das BSW mit 13 Prozent in Brandenburg nicht nur deutlich unter zwischenzeitlichen Umfragewerten von knapp 20 Prozent zurück, sondern auch unter seinem Europawahl-Ergebnis von rund 14 Prozent. Weil die CDU jedoch stark verlor und die Grünen an der Sperrklausel scheiterten, ist auch in Potsdam, wie in Erfurt und Dresden, das BSW unverzichtbar für die Bildung einer Landesregierung. Unklar blieb aber für einige Wochen, welche Bedingungen die neue Kraft dafür formulieren würde.
"Nachdem sich die AfD die Maske der Scheindemokraten heruntergerissen hat …" Katja Wolf
Ende September war es jedoch vorbei mit dem schamhaften Hin und Her, und die Wagenknecht-Truppe ließ die Hosen runter. Anlässlich der Konstituierung des Thüringer Landtages am 26.9. stellte sie sich voll an die Seite der Blockparteien: Vor allem die CDU-Abgeordneten wollten den Alterspräsidenten Jürgen Treutler (AfD) durch Gebrülle an der Durchführung der Geschäftsordnung hindern, die als ersten Tagesordnungspunkt die Wahl eines neuen Parlamentspräsidenten vorsah (für den die Blauen als stärkste Fraktion das Vorschlagsrecht hatten). Die CDU bezeichnete die Sitzungsleitung von Treutler in grotesker Umkehrung sogar als "Machtergreifung", als ob er - und nicht sie - gegen den gesetzlich festgelegten Ablauf hätte putschen wollen.
BSW-Fraktionschefin Katja Wolf empörte sich: Treutler habe versucht, sich in die Rolle eines "gottgleichen Führers dieses Parlaments" zu begeben. Sie wolle künftig dafür sorgen, daß kein AfD-Politiker mehr eine Sitzung leiten könne. "Wir hatten ja eigentlich angekündigt, daß wir uns die Wahl eines AfD-Vizepräsidenten vorstellen können. Doch nach der Aufführung (von Treutler) heute kann ich mir das für mich nicht mehr vorstellen." Auch die Regierungsbildung sei nun dringlicher geworden: "Gerade nach dem heutigen Tag, nachdem sich die AfD die Maske der Scheindemokraten heruntergerissen hat, ist für mich noch einmal deutlich geworden, mit welcher Verantwortung wir hier in Thüringen unterwegs sind, und wie wichtig es ist, daß wir eine stabile demokratische Mehrheit hinbekommen."

"Sehr seriös und sehr positiv." Michael Kretschmer über das BSW
Das kann eigentlich nur bedeuten: Das BSW wird sich bei den Koalitionsgesprächen den Forderungen der jeweils stärkeren Partei - in Thüringen und Sachsen die CDU, in Brandenburg die SPD - fügen. Das kollidiert freilich mit den vorher von Wagenknecht selbst formulierten Bedingungen: In den beiden Freistaaten müsse im Landtag ein Corona-Untersuchungsausschuß gebildet und eine Amnestie für alle wegen Corona-Widerstands verurteilten Bürger erlassen werden.
Außerdem müßten die neuen Ost-Landesregierungen im Bundesrat einen Antrag einbringen, der die Stationierung von neuen US-Mittelstreckenraketen ablehnt (siehe Artikel: Mach's nochmal, Uncle Sam). Allerdings ist dieser Knackpunkt bei Redaktionsschluß schon entschärft worden: Das BSW fordert jetzt keine Bundesratsinitiative mehr - statt dessen soll die Kritik an den US-Erstschlagswaffen nur noch in die Präambel der anstehenden Koalitionsverträge hineingeschrieben werden. Das wäre eine Wortgirlande ohne jede Verbindlichkeit, wie sie seit jeher zum parlamentarischen Geschacher gehört.

Ein mutiger Zwischenruf

Doch nicht jedem im BSW gefällt die Kapitulation vor den Altparteien. "Man muß mit allen reden", sagte Ende September Friedrich Pürner, einer ihrer frischgebackenen EU-Abgeordneten. Und weiter: "Die AfD ist Teil der Parteienlandschaft, deswegen muß man sie auch mitnehmen." Dies bedeutet für den als Corona-Kritiker bekannt gewordenen Bayern nicht nur eine Ablehnung der Brandmauer-Politik.
Er geht noch einen Schritt weiter und will auch Verhandlungen mit der AfD über etwaige Koalitionen nicht ausschließen. "Das BSW sollte Vorgespräche mit der AfD führen", so Pürner über die Thüringer Situation. Die Blauen hätten einen "Regierungsauftrag" bekommen, bei keiner anderen Partei würde das in Frage gestellt werden. "Jeder muß sich mit jedem an den Tisch setzen und zumindest Vorsondierungen führen."
Katja Wolf hat sich die Einmischung von Pürner verbeten, Sahra Wagenknecht äußerte sich nicht. Die Hinterzimmer-Sitzungen zur Bildung einer sogenannten Brombeerkoalition in den drei Ost-Ländern laufen zügig weiter. Die Farbgebung ist verräterisch: Die Frucht schmeckt erst, wenn sie tief schwarz ist. Das Chamäleon BSW wird sich also anpassen müssen. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer kam schon regelrecht ins Schwärmen: Seine BSW-Gesprächspartner seien "sehr seriös und sehr positiv eingestellt".

Pressefreiheit? Fehlanzeige!

Zu dem Verbot von COMPACT durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser am 16. Juli äußerte sich das BSW mit keinem Sterbenswörtchen - für eine Partei, die die Grundrechte verteidigen will, ein skandalöser Vorgang. Damit unterschied sich die Wagenknecht-Truppe negativ sogar von anderen Linken wie der Tageszeitung Junge Welt, dem Neuen Deutschland oder den Journalistenverbänden DJV und DJU, die zwar ihre scharfe Abgrenzung zu unserem Magazin weiter pflegten, den Eingriff in die Pressefreiheit jedoch klar ablehnten.
Nach den bisherigen Erfahrungen muß der Wähler fürchten, daß der lautstark gestartete Tiger BSW schließlich als Bettvorleger einer CDU-Bundesregierung unter dem Transatlantiker Friedrich Merz enden könnte. Und für lukrative Ministerposten all das mitträgt, wogegen Frau Wagenknecht doch eigentlich ankämpfen wollte.
_ Michael Brück, ist einer der Köpfe der Freien Sachsen. Er schrieb in COMPACT 8/2024 über die Grauen Wölfe.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 10/2024.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30696" berichtet am 8. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**BKA: Dramatischer Anstieg von Sexualdelikten unter Kindern**
Der gemeinnützige Verein: "Verantwortung für die Familie e.V." veröffentlichte in einem

Newsletter vom Juli 2024 folgende Tatsachen:
Laut dem deutschen Bundeskriminalamt BKA haben sich die Sexualdelikte bei Kindern im Jahr 2023 im Vergleich zu den vergangenen Jahren verdreifacht, wovon 30 % der Tatverdächtigen selbst Kinder und Jugendliche waren. Unter anderem sind ein Beispiel hierzu die sogenannten Selbstfilmer, die pornografische Aufnahmen von sich selber auf soziale Netzwerke stellen. Im Bereich Kinder- und Jugendpornographie betrug der Anteil der minderjährigen Tatverdächtigen erschreckende 40 %.
Wie konnte es zu solchen Entwicklungen kommen? Sowohl Kla.TV als auch unzählige weitere Experten haben vor genau diesen Auswüchsen bereits vor Jahren und Jahrzehnten gewarnt.
Sie warnten vor Aussprüchen von Helmut Kentler, dem Sexualwissenschaftler, der nachweislich in pädokriminelle Machenschaften verstrickt war und der bereits in den 70ern in seiner Dissertation gefährlich propagierte, Zitat: "Sexualität kann nur erzogen werden, wenn etwas Sexuelles passiert."
Es wurde auch ausdrücklich vor der "Sexualpädagogik der Vielfalt" gewarnt. Denn sie forderte unverblümt und sich auf Kentler berufend, daß Kinder die Möglichkeit haben sollen, möglichst unzensierte Intimkontakte mit anderen Kindern aufzunehmen, vor allem für das sexuelle Lernen.
Vordenker und zentrale Schlüsselfigur dieser Sexualpädagogik war Prof. Uwe Sielert (aus Kiel), der als Berater, Ausbilder oder wissenschaftlicher Beirat in nahezu allen sexualpädagogischen Institutionen vertreten war und sehr eng mit der BZgA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) zusammenarbeitete, für die er auch publiziert. Dadurch sind Sielerts Vorstellungen auch in die "WHO Standards für die Sexualaufklärung in Europa" aufgenommen worden. Timmermann und Tuider folgen seinen Ansichten und bringen diese in Lehrbüchern für Pädagogen als normale Unterrichtspraxis ein. (WHO und UNO- Pädofinger weg von Kindern: kla.tv/BildungErziehung/26670&autoplay=true)
Gefördert von Franziska Giffey (ehemalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) haben diese Forderungen auch Einzug in die Handreichungen für Kitas gehalten. Kindern die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und Lebensweisen zu vermitteln gehöre in den Erziehungsauftrag von Kitas. Zum Teil wurden Körpererkundungsräume eingerichtet, um den Kindern Doktorspiele zu ermöglichen. Oder es gibt spezielle Kindergartenboxen zum Entdecken, Schauen und Fühlen, die 2015 auf der Bildungsmesse zur frühkindlichen Bildung präsentiert wurden.
Sogar die "Entkriminalisierung der Pädosexualität" wurde von Volker Beck als "dringend erforderlich" propagiert, und er plädierte offen, das Schutzalter zur Strafbarkeit von Sexualkontakten für Kinder unter 12 Jahre abzusenken. Und zu guter Letzt wurde auch noch 1981 die Straffreiheit von gewaltfreiem Sex zwischen Erwachsenen und Kindern gefordert.
Und da soll es noch wundern, daß bereits sexuelle Übergriffe unter Kindern in Kitas stattfinden? Nicht zuletzt z.B. in einer Mainzer Krippe mit 53 Kindern. Perversitäten sexueller Gewalt sowie üble Gewaltandrohungen und Körperverletzungen, und das unter den Kleinsten. Unklar ist bis heute, warum derartige Übergriffe nicht vom Kita-Personal verhindert wurden. Offenbar entsprach dies den Handlungsanweisungen für den Kita-Alltag.
Wer sind die Urväter dieser Frühsexualisierung wirklich? Welche Ziele verfolgen sie tatsächlich? Und auf wessen "Wissenschaften" beruhen Lehrpläne für unsere Kinder?
Sehen Sie sich hierzu unseren nachfolgenden Dokumentarfilm "Urväter der Frühsexualisierung" an, der die abscheulichen Machenschaften von pädokriminellen "Wissenschaftlern" aufzeigt: (Urväter der Frühsexualisierung: www.kla.tv/Fruehsexualisierung/303)<<

09.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Heizungs-Irrsinn: 3,5 Millionen Kamine und Öfen werden im neuen Jahr Schrott!**

Ab Januar 2025 müssen deutschlandweit 3,5 Millionen Kamine und Öfen stillgelegt werden, die zwischen 1995 und 2010 eingebaut wurden. Was kommt da jetzt wieder für ein Irrsinn auf die Bürger zu?
Allein in Sachsen sind zehntausende Haushalte betroffen. Dazu erklärte der Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion, Jörg Urban: "Das Heizungsverbot für ältere Kamine ist ein weiterer Tiefschlag in der ganzen Verbotsdiskussion. Gerade in Zeiten explodierender Energiekosten heizt man mit eigenen Holzvorräten unschlagbar günstig. Zusätzlich profitieren Kaminbesitzer von der gemütlichen Atmosphäre. Das Ganz erinnert an die Hexenjagd auf den Dieselmotor."
- Was gilt ab Januar?
Die nächste Stufe des Bundes-Immissionsschutzgesetzes tritt ab 2025 in Kraft. Dieses Gesetz legt fest, daß ältere Holzöfen, die bestimmte Emissionswerte überschreiten, nachgerüstet oder ausgetauscht werden müssen. Der Grund dafür ist der Feinstaub, der bei der Verbrennung von Holz entsteht und die Atemwege angreifen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen verursachen kann. Um die gesundheitliche Belastung zu reduzieren, sorgt der Gesetzgeber mit einer entsprechenden Verordnung (1. BImSchV) dafür, daß alte Holzöfen nach und nach durch neue, emissionsärmere Ofengenerationen ersetzt oder zumindest nachgerüstet werden.
- Welche Kaminöfen sind verboten?
Die Verordnung betrifft aktuell alle Holz- und Kaminöfen, die zwischen dem 1. Januar 1995 und dem 21. März 2010 in Betrieb genommen wurden. Die Besitzer dieser Öfen haben bis zum 31. Dezember 2024 Zeit, ihre Öfen nachzurüsten oder stillzulegen. Ab 2025 sind alle Holzöfen verboten, welche die neuen Grenzwerte nicht einhalten. Für ältere Kaminofengenerationen gelten die Grenzwerte bereits jetzt.
- Saftige Bußgelder drohen
Falls Ihr Kaminofen betroffen ist, muß er umgerüstet werden. Hierbei kann der örtliche Schornsteinfeger helfen. Die Kosten für die Nachrüstung können je nach Ofentyp ab 700 Euro aufwärts betragen, wie das Portal Chip.de informiert. Bei älteren Kaminöfen ist das jedoch oft nicht sinnvoll, da die Kosten für die Nachrüstung und die anschließende Messung höher sein können als der Kauf und die Installation eines neuen Ofens.
- Was ist mit offenen Feuerstellen?
Offene Kamine darf man schon bisher nicht täglich nutzen. Seit Anfang 2018 gilt: "Offene Kamine dürfen nur gelegentlich betrieben werden." Bei Verstößen drohen Bußgelder von bis zu 50.000 Euro. Die Schornsteinfeger-Innungen raten zum Einbau teurer Filteranlagen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**E-Auto-Krise: Mercedes-Benz gibt Niederlassungen auf**
Ausverkauf: Ab 2025 plant Mercedes-Benz den schrittweisen Verkauf seiner eigenen Niederlassungen. Eine Entscheidung, die nach intensiven Protesten von rund 25.000 Mitarbeitern mit dem Gesamtbetriebsrat getroffen wurde. Die Mitarbeiter sollen abgefunden werden.
Branchen-Insider befürchten: Ähnlich wie bei Volkswagen könnten aber auch bei Mercedes früher oder später Werksschließungen drohen. Denn: Der Stuttgarter Premium-Hersteller steckt ebenfalls in einer tiefen Krise infolge rückläufiger Verkaufszahlen und die schwache Nachfrage nach Elektrofahrzeugen.
Die kürzlich veröffentlichte zweite Gewinnwarnung für 2024 verdeutlicht die besorgniserregende Entwicklung: Der Konzern rechnet mit einem erheblichen Rückgang von Marge und Ergebnis, insbesondere auf dem chinesischen Markt, wo die Verkäufe dramatisch stagnieren.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 9. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Die Herbstprojektion zum Wirtschaftswachstum offenbart die nächsten Haushaltslöcher**

Die Bundesregierung stellt heute ihre Herbstprojektion zur wirtschaftlichen Entwicklung vor. Sie rechnet für das laufende Jahr mit einer Schrumpfung von 0,2 Prozent und für 2025 mit einem Wachstum von 1,1 Prozent, wobei jedoch ein halber Prozentpunkt bereits als Folge ihrer eigenen, noch zu verabschiedenden Wachstumsinitiative eingepreist ist.
Peter Boehringer, stellvertretender Bundessprecher der AfD, teilt dazu mit: "Die Stimmung in der Wirtschaft war vermutlich noch nie so schlecht wie aktuell. Niedergang, Ausverkauf und Deindustrialisierung sind keine Worthülsen mehr, sondern deutsche Realität. Sie sind allesamt eine direkte Folge der Ampel-Politik, die sich in entscheidenden Politikfeldern von Anfang an konsequent gegen das eigene Land und gegen die eigene Wirtschaft gestellt hat und immer noch stellt.
Für 2024 stellt die Bundesregierung nun selbst fest, daß Deutschland sich in einer Rezession befindet. Für das kommende Jahr rechnet sie immer noch mit einem Plus von 1,1 Prozent, wobei jedoch ein halber Prozentpunkt allein auf dem von der Bundesregierung errichteten Luftschloß namens 'Wachstumsinitiative' beruht. Selbst die verbleibenden 0,6 Prozent reales Wachstum dürften angesichts der katastrophalen Lage dieses Landes noch zu optimistisch sein.
Mit dieser Wachstumsannahme ist das nächste Loch im Bundeshaushalt 2025 bereits vorprogrammiert. Im Regierungsentwurf war die Bundesregierung für 2025 noch von 1,0 Prozent Wachstum ausgegangen. Wenn sie sich nun auf effektiv 0,6 Prozent korrigiert, so bedeutet dies, daß die anstehende Steuerschätzung allein für den Bund Mindereinnahmen von etwa 3,5 Milliarden Euro ausweisen wird. Denn: Die erhofften Effekte ihrer Wachstumsinitiative hat die Bundesregierung bereits separat im Haushaltsentwurf 2025 berücksichtigt.
Dabei war sie im Übrigen so großzügig, daß das Haushaltsloch aufgrund der eingetrübten Wachstumsaussichten de facto sogar noch größer sein dürfte. Die Bundesregierung rechnet allein aufgrund ihrer Wachstumsinitiative mit Mehreinnahmen von etwa sieben Milliarden Euro, was gemäß ihren eigenen Annahmen einen ganzen Prozentpunkt zusätzliches Wachstum zugrunde legt. Mit der Herbstprojektion wird zunehmend klar, daß auch dieser Posten eine Luftbuchung darstellt.
Implizit ging die Bundesregierung zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung also von einem Gesamtwachstum von 2,0 Prozent aus, was definitiv zu keinem Zeitpunkt dieses Jahres in Reichweite war. Von der Pflicht zur Schätzgenauigkeit bei der Erstellung des Bundeshaushalts hat sich die Regierung wohl längst verabschiedet. Der Zweck 'scheinbar durchfinanzierter Haushalt bis zur Bundestagswahl 2025' heiligt eben die Mittel."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 9. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Krankenkassen-Beiträge steigen massiv: Massenmigration stoppen, Sozialstaat retten!**
Unsere Sozialsysteme stehen nach Jahren der Massenmigration vor dem Kollaps: Auf bis zu 17 Prozent des Bruttolohns drohen die Krankenkassenbeiträge im kommenden Jahr zu steigen. Fast jeder fünfte verdiente Euro würde somit an die Krankenkassen abgeführt werden - und das in einem Land, das darüber hinaus zu den höchstbesteuerten Ländern der Welt gehört. Krankenkassen-Chefs sprechen von einer erwartbaren Beitragserhöhung in der Größenordnung von 0,7 bis einem Prozent, weil die Ausgaben der Krankenkassen ungebremst steigen. Eine wesentliche Ursache dafür liegt auf der Hand: Massenmigration.
Wenn einerseits immer mehr dauerhafte Bürgergeld-Empfänger einwandern und andererseits auch die Krankenversicherungen einen immer größeren Personenkreis versorgen müssen, dann kann dies nur in einer sozialpolitischen Katastrophe enden. Rund 48 Prozent der Bürgergeld-Empfänger sind laut aktuellen Zahlen Ausländer, das entspricht rund 2,7 Millionen Menschen.
All dies muß von Arbeitnehmern bezahlt werden, die schon jetzt bis auf das letzte Hemd aus-

genommen werden. Um diese Großbaustelle müsste Gesundheitsminister Lauterbach (SPD) sich kümmern - doch statt dessen fährt er die Krankenversicherung genauso vor die Wand wie die Pflegeversicherung.
Es ist einfach nur unfaßbar, welche Bürgerverachtung aus dieser Politik spricht. Nur mit der AfD können die Sozialsysteme zukunftsfest gemacht werden. Und nur mit der AfD kann zugleich sichergestellt werden, daß die fleißigen Bürger unseres Landes wieder Luft zum Atmen haben.
Denn im Unterschied zur politischen Konkurrenz wissen wir: Sozialstaat und Massenmigration schließen sich gegenseitig aus; man kann nur entweder Ersteres oder Letzteres haben. Deshalb werden wir den unsäglichen Zustand beenden, daß sogar ausreisepflichtige Asylbewerber unbegrenzte Bürgergeld-Zahlungen und damit auch alle Gesundheitsleistungen erhalten. Unser Sozialstaat muß zuerst für unsere eigenen Leute da sein!<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 9. Oktober 2024 (x1.415/…): >>**Was bedeutet "gesichert rechtsextrem"? Oder "unsere Demokratie"?**
Herbert Ludwig
So fragt Dushan Wegner in seinem Essay vom 4.10.2024. Wir seien rund um die Uhr von einer politischen Propagandasprache umgeben, die man durchschauen müsse. Die meisten Menschen merkten es nicht, daß sie ständig von vielen Propaganda-Begriffen eingehüllt werden, die sie unreflektiert in sich aufnehmen. Sie verhielten sich wie die Fische im Wasser, die sich ihrer flüssigen Umgebung nicht bewußt seien. So stellt er als Hilfe eine Liste wichtiger aktueller Propaganda-Wörter zusammen. Mit seiner freundlichen Erlaubnis übernehmen wir nachfolgend sein Essay im Wortlaut. (hl)
"Gesichert rechtsextrem", "unsere Demokratie", "Verschwörungsmythos", "Delegitimierung" - der Propagandastaat hat sein ganz eigenes Vokabular. Laßt uns das neue Propaganda-Lexikon schreiben!
"Gesichert rechtsextrem", "bunt", "gerecht" und natürlich die "Brandmauer". Das heißt: Der deutsche Bürger ist rund um die Uhr in Propaganda eingehüllt. Und dazu gehört natürlich Propagandasprache mit ihren vielen Propagandabegriffen. Ich habe mit eurer Hilfe eine Auswahl der aktuellen Propagandawörter zusammengestellt.
Die meisten unserer Mitbürger merken nicht, daß sie von Propagandasprache umgeben sind. Es geht ihnen wie dem Fisch im Wasser, der sich seiner flüssigen Umgebung nicht bewußt ist.
Wenn wir aber schon Heringe sind, wollen wir zumindest kluge Heringe sein! Hier also eine (sehr unvollständige) Liste aktueller Propagandabegriffe - und jeweils eine total ernst gemeinte These zu ihrer wahren Bedeutung.
Zuerst: "Alternative Fakten" - dieser Begriff wird zumeist im ironischen Sinn verwendet. Der Ausdruck wurde bekannt durch die Trump-Beraterin Kellyanne Conway (siehe Wikipedia). Interessanterweise begann die Bedeutung als Euphemismus für Unwahrheit oder Lüge, doch inzwischen steht "alternative Fakten" etwa für Fakten, deren Nennung erst die Regierten und infolgedessen auch die Regierenden verunsichern würde.
"Bunt" wird verwendet in Slogans wie "Solingen bleibt bunt". Damit soll signalisiert werden, daß man die Ansiedelung von Kulturen begrüßt, deren Moral und Gepflogenheiten westliche Werte ausschließen.
"Brandmauer" oder "Brandmauer gegen Rechts": Regierungskritik und Opposition sind quasi ein höllisches Feuer, und gegen Feuer errichtet man "Brandmauern". (Es gibt wohlgemerkt keine "Brandmauern" gegen Linksextreme, kommunistische Demokratiefeinde, Öko-Terroristen und Islamisten - im Gegenteil: Die werden sogar teils vom Staat finanziell gefördert (siehe aktuell bild.de, 4.10.2024). Da wird quasi Öl ins Feuer gegossen.)
"Bürgerdialog": Propagandaveranstaltung, bei welcher ausgewählte Parteifreunde als "normale Bürger" auftreten und Stichworte geben, auf die hin Regierende ihre Talking Points abson-

dern können. Lustige Ausnahmen bestätigen die Regel (wie etwa der Bürger, der vorschlug, Scholz durch KI zu ersetzen).
"Delegitimierung": Von der Innenministeriumsbehörde "Verfassungsschutz" erfundener Phantasiebegriff als Begründung für geheimdienstliche Ermittlungen gegen jegliche Regierungskritiker. Die vollständige Langform ist verräterisch: "Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates" (siehe verfassungsschutz.de). Was ist "relevant" für den Verfassungsschutz? Alles, was irgendeiner dort relevant findet. Und dann wird ermittelt, ohne Anklage oder Verfahren. Ironischerweise ist der Verfassungsschutz einer der prominentesten moralischen Delegitimierer des Staates.
"Demokratie" wird heute verwendet im Sinne von "Macht der Etablierten". Erst nach dieser begrifflichen Ersetzung ergeben viele Nachrichten und Verlautbarungen einen Sinn, siehe "unsere Demokratie".
"Demokratiefeind" ist jeder, der die unhinterfragbare und absolute Macht der Etablierten eben doch zu hinterfragen versucht.
"Demokratieförderung" bedeutet: Wir geben dir Geld, wenn du der Macht der Etablierten zustimmst (siehe deutschlandfunk.de, 21.3.2024).
"Demokratie stärken" ergibt erst dann einen Sinn, wenn man "Demokratie" durch "Macht der Etablierten" ersetzt.
"Demokratische Mitte" - ähnlich wie "Demokratie" eine Umschreibung für "etablierte Macht".
"Demokratische Parteien" ist ein orwellsch-gegenteiliger Begriff und bezeichnet alle Parteien, die sich einig sind, keine inhaltliche Opposition zuzulassen.
"Desinformation": Alles, was nicht in der 20-Uhr-Propaganda vorkommt - selbst die simpelsten Wahrheiten, solange sie nicht in der 20-Uhr-Propaganda zugegeben werden.
"Erneuerbare Energien": Strom aus Naturzerstörung. Weder nachhaltig noch zuverlässig, weshalb Strom aus Kohle und Atom im Ausland zugekauft werden müssen.
"Gesichert rechtsextrem": Wie "Delegitimierung" ein postdemokratisches Propagandawort, das politisierte Verfassungsschutzbehörden einsetzen, um die Opposition zu dämonisieren - allerdings auch mit praktischen, nervigen Konsequenzen für die derart angegriffenen Oppositionellen.
"Haß und Hetze": Kritik an Regierungspolitik und demokratiefeindlicher Ideologie.
"Herausforderung": Wir haben's vermasselt, ihr müßt es ausbaden.
"Klarer Regierungsauftrag": Egal, wie krass wir Land und Wirtschaft kaputtmachen, ihr seid selber schuld, denn ihr habt uns gewählt, ganz bestimmt - vor allem mit den Briefwahlstimmen.
"Klimaneutral": Verschiebung von Geld an Klimaspekulanten.
"Klimawandel": Seit Jahrmillionen ändert sich das Klima von selbst, mit Hitze- und Kältewellen, Dürren und Überschwemmungen. Jetzt aber ist es plötzlich die Schuld und Verantwortung der Konsumenten ausschließlich im Westen, dies durch Mehrkosten und Verzicht aufzuhalten, obgleich sie nur einen Bruchteil aller Umweltbelastung produzieren.
"Mann" - in den Nachrichten sollte ein Verdächtiger und Täter so präzise beschrieben werden, wie dies durch die vorliegenden Informationen sinnvoll möglich ist - oder so präzise, wie man die Wahrheit aussprechen darf, ohne gegen das Narrativ zu verstoßen. Und manchmal darf man eben nur "Mann" sagen, unter anderem weil im UN-Migrationspakt unterzeichnet wurde, die Wahrheit über die Folgen illegaler Migration zu unterdrücken.
"Menschenfeindlich": Jeder, der nicht bestätigt, daß es nicht so viele Geschlechter gibt, wie Buchstaben im Alphabet - mindestens.
"Menschenrecht": "Männer" haben sehr viel davon. Fordert der deutsche Michel das auch für sich, ist er ein "Demokratiefeind".
"Moral": Alles, was die Regierung gerade tut. Für alternative Definitionen siehe "Relevante

Strukturen".
"Nazi": siehe "Regierungskritiker"
"NGOs" (wörtlich "Non Governmental Organisations"; auch: "Zivilgesellschaft", vergleiche "Verfassungsschutz"): Vereine, die mit dem Geld der Regierung bzw. der Steuerzahler (oder internationaler Akteure) die schmutzige Arbeit der Politik außerhalb demokratischer Kontrolle erledigen können.
"Plattform bieten", vor allem als "keine Plattform bieten": Euphemismus für Zensur in Kooperation mit "NGOs".
"Putinversteher": Jeder, der fragt, warum wir Milliarden in einen Krieg pumpen, der vom ersten Tag an verloren war. (Die Antwortsuche könnte beim Profit von Waffenherstellern und plötzlichem Reichtum ukrainischer Politiker beginnen.)
"Regierungskritiker": siehe "Nazi"
"Resilienz": Leidet weiter, und haltet die Klappe dabei.
"Soziale Gerechtigkeit": Du zahlst viel Geld und hast nichts davon.
"Solidarität": siehe "soziale Gerechtigkeit".
"Transformation": Euphemismus für "Raubzug durch internationale Spekulanten".
"Umstritten": Vorstufe zu "Nazi".
"Unsere Art, zu leben": Was Politiker damit wirklich meinen, ist noch unklar, da die wörtliche Bedeutung doch eigentlich als "gesichert rechtsextrem" bewertet werden müsste. Taucht auf als Reaktion nach Terroranschlägen durch "Männer".
"Unsere Demokratie": orwellscher Gegenteilbegriff, der das Gegenteil von Demokratie bedeutet, nämlich die dauerhafte Besetzung politischer Funktionen durch etablierte Parteien und Machtzirkel.
"Verschwörungsmythos": Fakten zum aktuellen Geschehen, die noch nicht öffentlich gemacht werden sollten. Wenn es nicht mehr zu verhindern ist, wird der Verschwörungsmythos plötzlich ganz selbstverständlich diskutiert.
"Verschwörungstheoretiker": Wer störende Fakten öffentlich diskutiert, solange ihr Bekanntwerden noch verhindert werden kann.
"Vielfalt": orwellsches Gegenteilwort, siehe auch "Bunt", aber auch "Replacement".
"Westliche Werte verteidigen": bedeutet wenig bis nichts, siehe auch "Unsere Art, zu leben".
"Wissenschaft" sagt, was immer die Wissenschaftler sagen, welche von der Regierung beauftragt wurden zu sagen, was "die Wissenschaft" sagt. (Der Trick ist hier die absichtliche Verwechslung und also Gleichsetzung eines Prozesses zur Erkenntnisgewinnung: der "Wissenschaft" - und einzelner Anwender dieses Prozesses: ausgewählter "Wissenschaftler".)
Und schließlich: "Zeitenwende": siehe auch "Transformation": Dein Leben wird schlechter, aber irgendwer wird daran reicher, und das bist nicht du.
So weit dieses unvollständige Lexikon. Ich danke allen Lesern bei X, die ihr eure Vorschläge eingereicht habt (@dushanwegner, 3.10.2024). Schreibt unbedingt eure Vorschläge als Kommentar bei YouTube - mit Erklärung!
Wir sind wahrlich wie Fische, die im Wasser schwimmen und genau dies vergessen könnten. Oder, nach Erich Kästner:
Nie dürft ihr so tief sinken,
von dem Kakao,
durch den man euch zieht,
auch noch zu trinken!<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 9. Oktober 2024 (x1.414/…): >>**Juristen kritisieren staatliche Berufung von Meldestelle gegen "Haß" und "Fake News"**
Staatlich geförderte Meldestelle zu erstem "vertrauenswürdigen Hinweisgeber" ernannt / Verfassungsrechtler fürchten Verstoß gegen Grundgesetz und "Ermutigung für Denunzianten" /

Deutliche Kritik auch in Leitmedien

Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*

Juristen und Journalisten kritisieren die Zulassung des ersten "vertrauensvollen Hinweisgebers" ("Trusted Flagger") durch die Bundesnetzagentur. Die Einrichtung von Meldestellen im Rahmen des "Digital Services Act" (DSA) der Europäischen Union sei nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, sagen sie.

Anfang Oktober hat die Bundesnetzagentur als zuständige Behörde die staatlich geförderte "Meldestelle REspect!" als ersten "Trusted Flagger" in Deutschland zugelassen. Digitale Plattformen wie etwa YouTube, Facebook, Instagram, Tiktok oder X sind verpflichtet, auf Meldungen der anerkannten Hinweisgeber sofort zu reagieren. Der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, sagte anläßlich der Zulassung der Meldestelle: "Illegale Inhalte, Haß und Fake News können sehr schnell und ohne bürokratische Hürde entfernt werden."

Besonders der Fokus auf "Haß" und "Fake News" wird von den Fachleuten kritisch beurteilt. Rechtswissenschaftler Volker Boehme-Neßler bemängelt auf Multipolar-Anfrage, daß die Arbeit der Meldestelle sich nicht auf rechtswidrige Inhalte beschränkt. Boehme-Neßler lehrt öffentliches Recht an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und verweist darauf, daß die Meinungsfreiheit vom Bundesverfassungsgericht sehr weit interpretiert werde. Auch verfassungswidrige und verfassungsfeindliche Inhalte seien erlaubt.

Wenn nun privatrechtliche Meldestellen etabliert würden, in denen Laien die Inhalte prüfen, dann sehen diese das normalerweise strenger als die Gerichte. "Stückchen für Stückchen wird die Meinungsfreiheit eingeschränkt", sagt Boehme-Neßler. Er kritisiert zudem, daß mit den Meldestellen zur Denunziation ermutigt werde.

Der Verfassungsrechtler Arnd Diringer von der Hochschule Ludwigsburg sagte dem MDR: "Fake News ist letztlich nichts anderes als ein Kampfbegriff, der dann verwandt wird, wenn man versucht, unliebsame Meinungen aus dem politischen Diskurs zu drängen." Die immer wieder formulierte Aussage "Haß ist keine Meinung" ist in seinen Augen "ganz gefährlicher Blödsinn". Haß sei ein Gefühl, das in unserer Rechtsordnung geäußert werden kann.

Der ehemalige Richter und Mitglied des Netzwerks Kritische Richter und Staatsanwälte, Manfred Kölsch, verweist im Gespräch mit Multipolar darauf, daß die "Trusted Flagger" nur ein "kleiner Baustein einer umfassenden Überwachungsorganisation" seien. Diese werde im "DSA" umfassend beschrieben. Kölsch hatte Anfang des Jahres in einem Aufsatz das EU-Gesetz ausführlich analysiert.

Der WDR strahlte ein kritisches Interview mit dem Medienjournalisten Peter Welchering aus. Die Tageszeitung "Die Welt" kritisierte die Entstehung einer Art "Paralleljustiz" mit Rückendeckung der EU, die "unter Umgehung der zuständigen rechtsstaatlichen Institutionen die Debattenlandschaft aufräumt". Die Neue Zürcher Zeitung schreibt, Auftrag der "Trusted Flagger" sei, das Internet "im Auftrag der Bundesregierung nach unliebsamen Meinungen" zu durchsuchen.

Auf der Plattform "X" entwickelte sich Anfang der Woche ein Austausch zwischen dem Zeit-Journalisten Jochen Bittner und Bundesnetzagentur-Chef Klaus Müller. Auch Bittner interpretierte Müllers Aussage als verfassungswidrig. Dieser antwortete: "Da wir 'illegal' auf 'Inhalte, Haß & Fake News' bezogen haben, sehen wir keine Verfassungswidrigkeit." Bittner überzeugte die Kritik nicht, er unterstelle keine böse Absicht, aber: "Auf einem rechtlich und politisch derart sensiblen Gebiet muß man von einer Regulierungsbehörde Präzision erwarten."

Die Meldestelle REspect! ist ein Projekt der "Stiftung zur Förderung der Jugend in Baden-Württemberg". Sie wird durch die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Bayern direkt und die Bundesregierung indirekt durch das Bundesprogramm "Demokratie leben!" gefördert. Multipolar fragte bei der Meldestelle nach, wie sie "Haß und Fake News" prüfe und dafür sorge, daß ihr Vorgehen mit dem Grundgesetz übereinstimmt. Eine Antwort gab es

nicht.
Die Bundesnetzagentur verwies auf Multipolar-Nachfrage darauf, daß die Entfernung von Inhalten durch "eine außergerichtliche Streitbeilegungsstelle und/oder ein Gericht überprüft werden" könne. Manfred Kölsch entgegnet, daß unklar sei, wer überhaupt für eine juristische Prüfung zuständig ist. Der Weg durch die Instanzen sei in jedem Fall lang und teuer. "Ich sehe nicht, wer das machen wird." Volker Boehme-Neßler ergänzt: "Es gibt eine Flut von Meldungen, da kommt kein Gericht hinterher."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 9. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Wirtschaftsweiser Truger: Wirtschaftliche Lage ist dramatisch**
Der Wirtschaftsweise Achim Truger hat die wirtschaftliche Lage in Deutschland als "dramatisch" bezeichnet. "Dramatisch wird es dadurch, daß die deutsche Wirtschaft seit 2019 praktisch nicht mehr gewachsen ist.
Wir haben den Corona-Schock gehabt und danach die Energiekrise. Wir liegen jetzt mehr als fünf Prozent unter dem vor der Krise prognostizierten Wachstumstrend. Das ist wirklich dramatisch", sagte der Ökonom den Sendern RTL und ntv.
Die Bundesregierung solle "eine Notlage erklären und die Schuldenbremse aussetzen", fordert Truger. "Aus meiner Sicht wäre eine Notlage im Jahr 2025 im Rahmen der Schuldenbremse gerechtfertigt.
Wenn man bei der Wirtschaftsleistung mehr als fünf Prozent unter dem Vorkrisentrend liegt und die Prognosen immer noch nicht wirklich aufwärts zeigen, kann man rechtfertigen, daß man noch mal richtig Geld in die Hand nimmt, um die Wirtschaft anzuschieben."
Er wisse, daß das in der aktuellen politischen Konstellation schwierig sei, so Truger. "Die Bundesregierung bekommt ja ein Glaubwürdigkeitsproblem, wenn sie 2023 sagt, die Notlage sei vorbei, und nun soll sie plötzlich wieder da sein. Da hat sich die Ampel in eine schwierige Lage manövriert. Realistisch gesehen sollte die Regierung jetzt zumindest finanzpolitisch nicht weiter kürzen. Bei den Energiepreisen muß sie sehen, daß sie mit einer Überbrückung für Investitionssicherheit sorgt."
Die Krise "kommt maßgeblich daher, daß wir noch immer an den Folgen von Corona und insbesondere der Energiekrise leiden. Das hat die Unternehmen massiv belastet. Und bei der Energie zeichnet sich ja immer noch keine Entwarnung ab. Das verunsichert und verhindert Investitionen", so Truger. Die Unsicherheit über die Finanz- und Wirtschaftspolitik sei ein Problem. "Die Bundesregierung und wahrscheinlich auch die Ökonomen, also mich eingeschlossen, haben unterschätzt, was zum Beispiel dieser vorzeitige Wegfall der E-Auto-Prämie auslöst. Dasselbe gilt für Förderprogramme, etwa zur energetischen Sanierung, die jetzt nicht in dem Volumen laufen, wie sie sollten."
"In der jetzigen Situation geht es darum, einen Aufschwung hinzubekommen. Hier wäre ein Anschub durch die Finanzpolitik sinnvoll, aber zumindest keine Kürzungen und keine restriktive Finanzpolitik", so Truger. "Die Streitigkeiten innerhalb der Ampelkoalition und dieses aus meiner Sicht vollkommen falsche Festhalten an einer sehr eng ausgelegten Schuldenbremse befördern diese Krise. Da versündigt sich vor allem die FDP am Aufschwung."
Ihn beunruhige die "hitzige, vergiftete Art, wie die Debatten - auch wirtschaftspolitische - geführt werden. Die Opposition hat die Grünen und gerade Wirtschaftsminister Robert Habeck zum Buhmann für fast alle Probleme gemacht. Dabei hatten Regierung und Opposition in der Energiekrise doch noch einigermaßen zusammengestanden und gemeinsam viel Gutes geschafft. Es ist bedauerlich, daß sie diesen Geist nicht beibehalten haben, angesichts der nach wie vor großen Aufgaben."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 9. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**IW: Deutschland beschäftigt zu viele Richter und Staatsanwälte**
Deutschland hat dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zufolge ein teures und bürokrati-

sches Justizsystem, das den heutigen Anforderungen nicht mehr entsprechen kann. Das geht aus einem IW-Bericht hervor, über den das "Handelsblatt" (Donnerstagausgabe) vorab berichtet. "Deutschland leistet sich ein Justizsystem, das eine große Anzahl an Richtern und Staatsanwälten voraussetzt", heißt es in der Studie. In Deutschland waren im Jahr 2022 über 22.000 Berufsrichter und über 6.500 Staatsanwälte im Staatsdienst tätig.
"Damit liegt die Anzahl an Richtern und Staatsanwälten international absolut sowie auf die Bevölkerungszahl bezogen mit an der Spitze." Deutschland liegt demnach nur knapp hinter den auf die Bevölkerung bezogen fast viermal so großen USA mit 24.000 Berufsrichtern. Es gebe hierzulande fast dreimal so viele Richter wie in Frankreich und Italien und viermal so viele wie in England. Der hohe Personalaufwand stehe in keinem Verhältnis zur Arbeitsweise des Justizwesens.
Die Autoren weisen auf Befunde hin, daß sich Deutschland "in Punkto Effizienz, beispielsweise in der Verfahrensdauer", nur im Mittelfeld der Mitgliedsstaaten befinde. Die IW-Ökonomen machen eine fehlende Spezialisierung der Gerichte, die schleppende Digitalisierung der Justiz und das "oftmals fehlende Verständnis von Richtern über komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge" als Ursachen für die Unzulänglichkeiten des deutschen Justizsystems aus. Dadurch ergebe sich "das Grundproblem der Überlastung der Gerichte".<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 9. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**DGB verlangt Konjunkturpaket und Aussetzung der Schuldenbremse**
Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert die Bundesregierung angesichts der konjunkturellen Lage zu entschiedenen Maßnahmen auf. "Die konjunkturelle Lage ist ernst. Die Bundesregierung muß jetzt das Ruder herumreißen und ein wirksames Konjunkturpaket schnüren", sagte DGB-Vorstand Stefan Körzell der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Donnerstagsausgabe). "Wir brauchen eine neue Aufbruchstimmung in Deutschland, sonst werden die Aussichten für die kommenden Jahre noch düsterer", prognostiziert er.
Notwendig ist aus Sicht des DGB "ein umfassendes öffentliches Investitionsprogramm in Daseinsvorsorge, Bildung und Infrastruktur, sowie eine verläßliche Förderung von unternehmerischen Investitionen in die Transformation der Wirtschaft". Die Energiepreise müßten für alle Verbraucher weiter und dauerhaft gesenkt und der private Konsum gefördert werden. "Dafür sollte für 2025 eine Notlage erklärt und die Schuldenbremse ausgesetzt werden, um so die Rücknahme konjunkturschädlicher Kürzungspläne im Bundeshaushalt 2025 zu ermöglichen", forderte Körzell zur Herbstprojektion der Bundesregierung, die Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) an diesem Donnerstag vorstellt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Mit Habeck allein zu Haus**
Die Wärmepumpe im Selbsttest. ... Erfahrungsbericht mit der Warmwasser-Wärmepumpe: Wie wir unser Haus mit "kostenloser Umweltenergie" beheizen wollten, und was daraus geworden ist.
_ von *Carletta Bianchi*
"Sie beheizen Ihr Brauchwasser noch mit teurem Erdgas? Sie produzieren mit Ihrer Photovoltaik-Anlage im Sommer mehr Strom als Ihre Batterien speichern können? Sie wollen die Abluft Ihrer Heizung, Ihres Wäschetrockners oder einfach nur die Wärme aus der Außenluft zur Warmwassererzeugung nutzen? Dann wäre eine Warmwasser-Wärmepumpe eine interessante Möglichkeit für Sie, um kostengünstig warmes Wasser zu erzeugen. Die niedrigen Anschaffungs- und Betriebskosten sowie die gute Umweltbilanz dieser Art von Wärmepumpen werden Sie überzeugen und ermöglichen Ihnen einen einfachen Einstieg in die Nutzung regenerativer Energien."
Handwerker im Pumpendschungel
Bei aller Skepsis gegenüber diesen und ähnlich blumigen Lobgesängen der Klima- und Ver-

zichtspropaganda entschieden wir uns - vor allem mit dem Hintergedanken, der immensen Verteuerung fossiler Brennstoffe zu entrinnen - für die Anschaffung einer Warmwasser-Wärmepumpe. Um unsere Odyssee im Dschungel der leeren Versprechungen dem Leser annähernd nahebringen zu können, gehe ich kurz auf unsere Ausgangssituation ein.
"Wir", das sind die Eigentümer zweier benachbarter Mehrfamilienhäuser, die - aufgrund der aggressiven Klima- und Energiepolitik der derzeitigen Regierung - gezwungen waren, ihre zwar alten, aber noch voll funktionstüchtigen Heizungsanlagen zu erneuern. Im Zuge dieser Aktion ließen wir uns auf das Abenteuer "Nutzung sogenannter kostenloser Umweltenergie zur Warmwassererzeugung" ein. Dazu beauftragten wir unabhängig voneinander zwei Sanitärfachbetriebe mit dem Einbau besagter Pumpen.

Die Pumpen kämpften sich Grad um Grad schleppend der Zieltemperatur entgegen.

Beide Anlagen wurden fachgerecht nach eingehender Beratung der Handwerker installiert. Die eine im Umluftbetrieb (also Nutzung der Luft im Keller), die andere im Außenluftbetrieb (also Nutzung der Außenluft). Haus eins entschied sich für die "Nutzung der Außenwärme", weil man sich aus Laien- und Expertensicht eine effektivere Nutzung der Pumpe versprach, Haus zwei entschied sich für den Umluftbetrieb im Keller, weil nach Aussage des Handwerkers die Warmwasser-Wärmepumpe angeblich am effektivsten bei einer konstanten Temperatur zwischen 10 und 20 Grad arbeiten soll. Im Außenluftbetrieb mit Lufttemperaturen ab 30 Grad, so sein Hinweis, verschlechtere sich der sogenannte Wirkungsgrad dieser Geräte immens.
Zwei Handwerker, zwei Meinungen. Dieses Phänomen zog sich wie ein roter Faden durch unsere Lerngeschichte. Was beide Betriebe einte, war, daß man sich nicht wirklich mit der Funktionsweise der Pumpe auskannte. Nichtsdestotrotz übernahmen sie den Auftrag, und beide Anlagen (unterschiedlicher Hersteller) wurden fast zeitgleich in Betrieb genommen. Die Ersterwärmung der jeweiligen Wassertanks dauerte bei beiden Häusern, also bei zwei verschiedenen Wärmepumpen-Fa-brikaten, sage und schreibe sechs bis acht Stunden. Auch nach der Erstinbetriebnahme kämpften sich die Geräte jedes Mal Grad um Grad schleppend der Zieltemperatur entgegen.
Als verwunderter Laie - denn von diesem Schneckentempo war im Wärmepumpen-Loblied nie die Rede gewesen - ließen wir uns anfangs noch von einem unsicheren "Das wird schon" des Handwerkers beruhigen. Am Ende des Tages waren dann doch beide Wasserbehälter aufgeheizt, und Haus zwei füllte seine Badewannen, Haus eins genehmigte sich ausgiebige Duschvorgänge. Der Warmwasservorrat war in beiden Fällen relativ schnell aufgebraucht, und die sprichwörtlich kalte Dusche mit zehn bis 20 Grad dämpfte die ursprüngliche Euphorie bezüglich der neuen Technik. In einem zweiten Erwärmungsvorgang quälte sich die Temperaturanzeige erneut langsam Schritt für Schritt nach oben. An eine zusätzliche Haarwäsche nach einem ausgiebigen Bad war nicht zu denken.

In der Warteschleife

Eiligst wurden beide Handwerker erneut in die Häuser gebeten, um - wie fälschlicherweise angenommen - eventuelle Einstellfehler der Wärmepumpe zu korrigieren. Der Blaumann in Haus eins besah genauso verständnislos wie der Laie das Drama und versuchte mit Hilfe der Gebrauchsanweisung Abhilfe zu schaffen. Als dies zu keinem Ergebnis führte, versuchte er über den Kundendienst der Herstellerfirma weitere Informationen zu erhalten. Ehrlich, wie er gottlob war, gab er während der unendlich erscheinenden Zeit in der Warteschleife zu, daß dies seine erste Warmwasser-Wärmepumpe sei, die er in Betrieb nehme, und er noch keine Schulung zu dieser neuen Technik besucht habe.
Irgendwann gelang es ihm dann doch, mit einem Mitarbeiter der Herstellerfirma zu sprechen und wurde darüber aufgeklärt, daß diese Pumpen nicht dafür ausgelegt seien, zügig und im Alleingang mit Strom warmes Wasser zu erzeugen. Dazu seien sie viel zu leistungsschwach

(So, so!). Gute Ergebnisse erzielten sie nur in Verbindung mit einer entsprechenden Verbrennungsheizung. Der in der einen oder anderen Wärmepumpe integrierte Heizstab, der hinzugeschaltet werden könne, sei ebenfalls zu leistungsschwach ausgelegt, um schnell Abhilfe zu schaffen.
Der Vorschlag des Kundendienstmitarbeiters war, daß während der Hauptduschzeiten die Wassererwärmung durch die Heizungsanlage vorgenommen werde und für die restliche Zeit des Tages, während nur geringer Bedarf sei, die Wärmepumpe den Aufheizvorgang übernehmen könne. "Das darf doch nicht wahr sein", empörte sich der Handwerker erbost, "was soll dann das ganze Gerede über die neue Wundertechnik, wenn sie nicht einmal in der Lage ist, eine Hausgemeinschaft mit ausreichend warmem Wasser zu versorgen, und ich nach wie vor mit teurem Erdgas nachhelfen muß, das ist doch ein Rückfall in die Steinzeit!"
Von Haus Zwei läßt sich ein ähnliches Ergebnis berichten. Es stellte sich ebenfalls heraus, daß die Handwerker mit der neuen Technik überfordert waren. Ohne Gebrauchsanweisung waren sie nicht in der Lage, das Gerät zu bedienen. Fragen, ob es ein "Schnellaufheizprogramm" aufweise oder ob ein Heizstab im Gerät verbaut sei, konnten sie nicht beantworten. Der Kundendienst war in der Zeit, in der sich der vermeintliche Experte im Haus aufhielt, nicht zu erreichen - die Warteschleife ließ grüßen. Die Klärung der Fragen nahm der Handwerker als "Hausaufgabe" mit in die Firma, um im Nachgang Bescheid zu geben.
Auch hier wurde der Vorschlag gemacht, daß während der Hauptverbrauchszeiten von warmem Wasser die Erdgasheizung zur Unterstützung hinzugezogen werden möge. Auf den Einwand hin, daß keine Hauptverbrauchszeiten benannt werden könnten, weil die Bewohner im Laufe des Tages baden, wann sie wollen, und grundsätzlich erwartet werde, daß - wie von der alten Heizungsanlage gewohnt - rund um die Uhr entsprechende Warmwassermengen zur Verfügung stehen sollten, wurde der glorreiche, aber niederträchtig lebensverschlechternde Vorschlag gemacht, daß eine feste Badezeit eingerichtet oder vor jedem Badevorgang kurzfristig manuell im Keller die Erdgasheizung hinzugeschaltet werden könnte.

Auf Pumpentour

"Weil der Absatz von Wärmepumpen sinkt, sind Jobs und Energiewende in Gefahr. Wirtschaftsminister Robert Habeck will mit Vorurteilen aufräumen. ... Das sind die gängigen Vorurteile, die Habeck auf seiner Tour ausräumen will. Ob in Laatzen bei Roswitha Mende, in einem Einfamilienhaus in Bremen oder in einem Mehrfamilienhaus in Hannover - überall trifft Habeck Leute, die glücklich und zufrieden sind mit ihrer neuen klimafreundlichen Heizung. Schaut her, es funktioniert, ist die Botschaft." (Taz, 16.8.2024)
Was für ein frecher Vorschlag! Man will sich beim Einlassen einer Badewanne doch um solche Dinge keine Gedanken machen müssen ("Mein Badewannenwasser lasse ich mir ein, wenn ich es für richtig halte", rezitiert der Loriot-Kenner). Auf die erboste Frage, wofür überhaupt eine Warmwasser-Wärmepumpe gut sein sollte, wenn sie die märchenhaften Versprechungen doch nicht erfüllen beziehungsweise nicht einmal das Grundbedürfnis nach einem entspannten Bad sicherstellen könne, wurde die wenig überzeugende Antwort gegeben:
"Bei dieser Art von Pumpen handelt es sich um die neueste Entwicklung auf diesem Gebiet, die leider noch in den Kinderschuhen steckt. Diese Geräte sind technisch noch nicht ausgereift und die Sanitärfirmen sind noch nicht entsprechend geschult." Aber verkauft werden sie trotzdem… Auf die leicht verbitterte Antwort des Auftraggebers, daß die ganzen schönen Versprechungen der Werbung zum jetzigen Zeitpunkt nur Lug und Trug seien und man wohl ein Jahr zu früh sein sauer verdientes Geld in eine unausgereifte Technik investiert habe, zuckte der Handwerker nur mit den Schultern und schwieg.

Badewanne? Geht gar nicht!

Somit scheiterte der Wunsch beider Häuser, in den Sommermonaten das Wasser alleine mittels selbst erzeugten Stroms zu erwärmen und dabei komplett auf Erdgas zu verzichten, ganz

schnell mit Pauken und Trompeten im Wirrwarr haltloser Versprechungen. Ein fünfstelliger Betrag für die Wärmepumpe und die Verlegung der Rohrleitungen war trotzdem weg, und man mußte sich am Ende noch vom Kundendienst den frühchristlich-thermenfeindlichen Dreck sagen lassen: "Wer badet denn heute noch? Gegenüber der Dusche ist dies doch reine Energie- und Ressourcenverschwendung!"
Und damit ist des Pudels Kern schließlich heraus, was auch ein Blick auf die technischen Daten der Bedienungsanleitung offenbarte, wo trotz einiger Unklarheiten doch schwarz auf weiß geschrieben steht, daß die Aufheizzeit für verschiedene Betriebsmodi und Temperaturen zwischen acht und 14 Stunden beträgt. Die Hersteller wissen also ganz genau, daß es bei den leistungsschwachen Anlagen nicht zum unverkrampften mehrfachen Baden reicht, aber binden einem das natürlich nicht auf die Nase, und die Handwerker, denen die Bedeutung der Leistung eigentlich bekannt sein sollte, machen sich unfreiwillig oder freiwillig zu deren Komplizen.
_ Carletta Bianchi ist Autorin des Magazins "Ketzerbriefe". Wir entnahmen ihren Artikel leicht gekürzt der Ausgabe August/September 2024.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 10/2024.<<
Österreich: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Kickl schreibt Geschichte**
Der 29. September 2024 ist ein historischer Tag. Er vollendet das alte Kapitel der 2. Republik in Österreich und schlägt ein neues auf. Daß die Freiheitlichen mit knapp 29 Prozent den ersten Platz errungen haben, ist einmalig in der 80-jährigen Geschichte des Staates. Erstmals hat keine der Kartellparteien gewonnen.
Das bisherige Rekordergebnis von Jörg Haider von 26,91 Prozent im Jahr 1999 wurde ebenso übertroffen wie HC Straches Zenit von 25,97 Prozent. Die Partei punktete vor allem bei der Jugend. Auch in Österreich will sie von den Linken nichts mehr wissen und wählt blau. Außerdem führt die FPÖ klar bei den Arbeitern, wo sie sogar 50 Prozent der Stimmen erreicht hat!
Es handelt sich um den dritten Aufstieg der freiheitlichen Partei, die hoffentlich aus ihrer Geschichte gelernt hat. Die letzten beiden Erfolge mit anschließender Regierungsbeteiligung wurden rasch verspielt. Der FPÖ bekam die Rolle als Juniorpartner für die ÖVP nicht. Äußerer Druck und mangelnde Einigkeit setzten ihr zu. Jedes Mal stürzte die Partei danach in ein Tal der Tränen.
_ Martin Sellner, COMPACT-Kolumnist.
Doch im Jahr 2024 könnte es anders kommen. Der Grund dafür heißt Herbert Kickl. Die dritte prägende Gestalt der FPÖ zeichnet sich durch strategischen Scharfsinn und das Fehlen von Eitelkeit aus. Er arbeitet zielorientiert und langfristig. Kickl will nicht selbst salonfähig oder gar vom Establishment geliebt werden. Ihn interessiert nur die Wertschätzung seines Volkes. Er will weder Marken noch Personalien mehrheitsfähig machen, sondern Inhalte und Ideen. Eine davon ist die Remigration, die Kickl unerschrocken noch in der letzten Rede der Wahlkampagne forderte.
Trotz massiver Hetzkampagnen gegen die Identitäre Bewegung (IB), für die sogar Journalisten und mutmaßlichen Provokateure eingeschleust wurden, distanzierte sich die FPÖ nicht. Diese klare Haltung macht den Erfolg doppelt bedeutsam.
Hätte man den ersten Platz durch Abgrenzungen und Zugeständnisse an die linke Medienmacht erkauft, wäre es ein vergifteter Sieg gewesen. Das war im Jahr 2017 leider teilweise der Fall. Norbert Hofer, der neben Strache damals die Partei dominierte, wollte die FPÖ "entdämonisieren". Was Meloni und Le Pen heute zum Schaden des patriotischen Lagers durchsetzen, wollte eine liberale Splittergruppe damals schon in der FPÖ durchboxen. Die Partei distanzierte sich unter deren Einfluß von der IB.

Zahlreiche Funktionäre wurden, auf Zuruf der Presse, gefeuert. Weiterhin biederte sich Hofer bei Black Lives Matter und Fridays for Future an. Diese Schwäche war von Anfang an die Sollbruchstelle der schwarzblauen Koalition. Selbst der mutige Widerstand des Vizekanzlers Strache gegen den UN-Migrationspakt und der Einsatz des damaligen Innenministers Kickl gegen die Massenmigration konnten das Projekt nicht retten. Strache fiel dem Ibiza-Putsch zum Opfer. Auch Kickl wollte das Establishment beseitigen. Weil die Partei ihn keinesfalls opfern wollte, brach die Koalition ÖVP/FPÖ auseinander.
Kickl führte die FPÖ wieder zurück auf die Straße.
Anschließend ordnete und sanierte der Kärntner die zerrüttete FPÖ. Er beendete den Hofer-Kurs und führte die FPÖ zurück auf die Straße. In der Corona-Diktatur gehörte Kickl europaweit zu den mutigsten Politikern. Anders als die AfD-Spitze besuchte er die großen Widerstandsdemos und bot dem Impfzwang die Stirn. Ebenso mutig stellte er sich gegen die Kriegstreiber und forderte gar eine Friedenskonferenz mit Putin in Wien! Auch gegen die globale Klimapolitik ist Kickl eine der wichtigsten Stimmen. Er schreckt selbst vor Worten wie "Bevölkerungsaustausch" nicht zurück.
Dieser stabile Kurs wurde jetzt von einer Mehrheit des Volkes belohnt. Egal, was die Koalitionsverhandlungen am Ende bringen: Die Wirkung des blauen Wahlsiegs auf das politische Klima in Österreich ist bereits jetzt unumkehrbar. Herbert Kickl ist eine lebende Legende geworden.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 10/2024.<<
Belgien: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 9. Oktober 2024 (x1.412/…): >>**Tumultartige Szenen während Orban-Rede im EU-Parlament - er fordert: "Die EU muß sich ändern!"**
In seiner Rede vor dem EU-Parlament hat Ungarns Premier Viktor Orbán einen radikalen Kurswechsel für den Staatenbund gefordert. Währenddessen kam es zu Störaktionen im Plenum.
Von *Redaktion*
... Im Europäischen Parlament hat Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán eine grundlegende Neuausrichtung der EU-Politik gefordert. "Die EU muß sich ändern, ich will Sie davon überzeugen", eröffnete Orbán seine Rede. Er warnte, die EU stehe "vor der schwersten Zeit" ihrer neueren Geschichte. Zum Ende seiner Rede rief Orbán: "Lassen Sie uns Europa wieder groß machen" - eine Anspielung auf Donald Trumps Wahlkampfmotto.
Während Orbáns Rede kam es zu tumultartigen Szenen. Sozialdemokratische Abgeordnete schwenkten Schilder mit der Aufschrift "Demokraten gegen Autokraten", während das linke Lager die antifaschistische Hymne "Bella Ciao" anstimmte. Das rechte Lager applaudierte Orbán hingegen stehend.
Ein zentrales Thema war die Migrationspolitik. "Das europäische Asylsystem funktioniert einfach nicht mehr", erklärte Orbán. "Wir erleben eine Migrationskrise wie seit 2015 nicht mehr." Seine Lösung: "Asylverfahren sollten künftig ausschließlich außerhalb der EU durchgeführt werden." Er betonte: "Wir können nur diejenigen in die EU hineinlassen, die eine entsprechende Erlaubnis vorab dafür bekommen haben. Das ist die einzige Lösung. Alles andere ist eine Illusion." Es besteht das Risiko, daß "der eigentlich grenzkontrollfreie Schengen-Raum auseinanderbricht." Er forderte regelmäßige Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Schengenstaaten.
Zur EU-Klimapolitik äußerte sich Orbán kritisch: "Geben wir uns nicht der Illusion hin, daß die grüne Transformation allein das Problem lösen wird." Er argumentierte, daß laut Prognosen die Nutzung fossiler Brennstoffe durch die Klimapolitik der EU nicht wesentlich zurückgehen würde.
"Wir müssen die Quintessenz des Green Deal überdenken," erklärte Orbán. Der ungarische

Staatschef kritisierte auch die Abkehr von russischem Gas: "Die Abkopplung der EU von russischem Öl und Gas bedroht das Wachstum in Europa." Ungarn habe seine Gasbezüge aus Rußland seit dem Ukraine-Konflikt sogar noch ausgebaut.
In Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU sagte er: "Wir wünschen uns eine Verringerung des Verwaltungsaufwands, weniger Regulierung, Energiesicherheit, grüne Industriepolitik, Stärkung des Binnenmarktes, eine Ausweitung der Handelspolitik, keine Blockbildung." Orbán sprach sich zudem für einen raschen EU-Beitritt Serbiens und eine Vollmitgliedschaft Rumäniens und Bulgariens im Schengen-Raum aus.<<

Großbritannien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Auf der Gefängnisinsel**

Englischer Aufstand gegen Umvolkung. ... Nach Messermorden an Kindern und Jugendlichen entlud sich die Wut der Engländer über die Migrationspolitik. Der neue Premier Keir Starmer reagierte mit unglaublicher Härte.

_ von *Martin Sellner*

George Orwell wußte wohl, warum er seinen Roman 1984 in England spielen ließ. Die Gängelung der eigenen Bürger hat dort Tradition, gerne tritt sie im liberalen oder sozialistischen Gewand auf. Das Empire sammelte seine Erfahrung in der Überwachung, Unterdrückung und Demoralisierung kolonialisierter Völker. Das bekamen bald auch die Untertanen zu Hause zu spüren. Auf der Insel hat sich seit Jahrhunderten eine rigide Klassengesellschaft etabliert, in der zwischen Superreichen und Proletariat ein tiefer Graben gähnt.
Die Upperclass schwelgt auf ihren Landsitzen, in den Eliteuniversitäten Oxford und Cambridge oder in der City of London im Luxus. Die Working Class vegetiert in heruntergekommenen Siedlungen, gegen deren verfallene In-frastruktur Länder wie Polen und Estland futuristisch anmuten. Es ist kein Wunder, daß die erste große patriotische Protestbewegung der Arbeiterklasse nach dem Zweiten Weltkrieg in England entstand (siehe Artikel: Kahle Köpfe, bunte Haare). Doch die Zeit der Skinheads ist lange vorbei. Die Kampfkraft wie die Kaufkraft der englischen Proletarier ist gebrochen. Das Land verarmt rasant, von unten bis weit in die Mittelschicht hinein.

Die Saat der Gewalt

Zur Überwachung und Unterdrückung der einheimischen Arbeiter trat ab den 1960ern auch die Billiglohnkonkurrenz durch einen endlosen Strom von Einwanderern aus den ehemaligen Kolonien. Der amerikanische Politikwissenschaftler Paul Gottfried erklärt in seinem bahnbrechenden Werk Multikulturalismus und die Politik der Schuld: Der Import fremder Minderheiten verschafft einheimischen, unterdrückerischen Eliten mehr Macht. Sie können dadurch autochthone und migrantische Arbeiter und Sozialhilfeempfänger gegeneinander ausspielen. Indem man neue Wähler importiert, entmachtete man das eigene Volk schrittweise. Zuerst setzte die Labour Party auf die muslimischen Stimmen. Rasch zogen die Tories nach.
Mittlerweile sind die Bürgermeister von London, Birmingham, Leeds, Sheffield, Oxford, Brighton, Luton, Oldham, Rochdale und vielen weiteren Städten Moslems. Sogenannte Groomig-Gangs, Sexsklavenringe, meist betrieben von pakistanischen Muslimen, mißbrauchten in den Ghettos des Königreichs zwischen 1997 und 2013 mindestens 1.400 Mädchen. Dazu kamen regelmäßig Terroranschläge und ethnische Krawalle. 2005 starben durch Bomben in der Londoner U-Bahn 52 Menschen, 700 wurden verletzt. 22 Todesopfer und 800 Verletzte, darunter überwiegend Kinder, forderte der Anschlag auf das Ariana-Grande-Konzert in Manchester im Juni 2017.
Im selben Jahr ermordete ein Islamist mit einem Lkw auf der London Bridge acht Engländer und verletzte 48 weitere. 2001 und 2020 verwüsteten Migranten die Vororte Londons. Die Machetenattacken, Gruppenvergewaltigungen und gewöhnlichen Morde aufzuzählen, würde diesen Artikel sprengen. Diese Gewalt bedroht aber fast ausschließlich die Arbeiterklasse,

während die Elite in Sicherheit, Saus und Braus lebt.

Die Southport-Morde

Am 29. Juli 2024 brachte ein Tropfen das Faß zum Überlaufen. In Southport stürmte ein Mann mit einem Messer ein Tanzstudio und ermordete dort drei junge Mädchen: Bebe K. (6), Elsie Dot S. (7) und Alice A. (9). Acht weitere Kinder wurden verletzt, ebenso zwei Erwachsene, die die Kinder schützen wollten. Es war die katastrophale Informationspolitik der Polizei, die dafür sorgte, daß sich Spekulationen verbreiteten. Die Vermutungen, daß der Täter ein muslimischer Asylant sei, stellten sich als falsch heraus. Doch ein indigener Engländer ist der Täter, ein 17-jähriger Schwarzer namens Axel Rudakubana, auch nicht. Laut BBC stammt seine Familie aus Ruanda.

Der Messermörder entstammt einer Familie, die aus Ruanda gekommen war.

In ganz England brachen Proteste aus. Gerade in den armen, überfremdeten Regionen strömten die Einheimischen spontan auf die Straße. Demonstranten sammelten sich spontan vor Asylheimen und forderten Abschiebungen. Als die Polizei eintraf, gingen die Wütenden nicht nach Hause, sondern widersetzten sich. Es kam zu Gewalt, es flogen Steine.

Überall im Land organisierten sich darauf islamische Einwanderer in Milizen. Mit Macheten bewaffnet patrouillierten sie in den von ihnen dominierten Vierteln. Mancherorts wurden sogar Kontrollpunkte errichtet. Wer die falsche Hautfarbe hatte, durfte nicht weiterfahren. Videos mit brutalen Verfolgungsjagden und Prügelattacken gegen Weiße kursierten im Netz. Doch darüber wollte die Presse nicht berichten. Statt dessen hetzten sie gegen die Demonstrationen der Einheimischen.

Zum ersten Mal machte das Volk seiner ohnmächtigen Wut Luft. Keir Starmer, frischgebakkener Premier der Labour Party, ging mit aller Härte gegen seine Landsleute vor. Unter seiner Verantwortung als früherer Vorsitzender der britischen Staatsanwaltschaft hatte man Vergewaltiger geschont und Islamisten ignoriert.

Nun zog er die Samthandschuhe aus. 420 Menschen wurden verhaftet, über hundert allein vor seinem Amtssitz in der Downing Street 10. Bis Ende August wurden 140 Personen offiziell angeklagt. Zahlreiche Haftstrafen folgten. Besonders perfide: Die Polizei feierte die Razzien und Verurteilungen mit schadenfreudigen Videoclips auf ihren eigenen Internet-Kanälen. Man führte die Menschen, deren einziges Verbrechen oft die Teilnahme an einer spontanen Kundgebung war, vor wie wilde Tiere.

Auch jene, die gar nicht auf der Straße waren, gerieten ins Visier von Starmer. Der 31-jährige Billy Thomp-son kassierte zum Beispiel zwölf Wochen Gefängnis. Er hatte in einer Debatte mit einem Verwandten auf Facebook das Verbot patriotischer Demos mit "filthy bastards" kommentiert. Um Platz für die vielen Migrationskritiker zu schaffen, wurden sogar echte Kriminelle freigelassen. Bis September kamen 1.750 frei, darunter viele Migranten. Einer von ihnen war der Afrikaner Lawson Natty, der den 14-jährigen Gordon Gault in Newcastle mit einem Messer ermordet hatte. Gordons Mutter konnte nicht fassen, daß der Mörder ihres Sohnes nach nur sechs Monaten wieder in Freiheit war.

Grenzen offen? Nicht für alle!

Im März 2018 sollte unser Autor Martin Sellner auf Einladung der Brexit-Partei UKIP in London über Islamisierung und Migration sprechen. Eine zunächst angesagte Konferenz mußte auf Druck der Behörden abgesagt werden. Der Österreicher sollte statt dessen am Speaker's Corner im Hyde Park auftreten, der traditionellen Zufluchtsstätte für Meinungsfreiheit. Doch auch dazu kam es nicht. Man nahm ihn noch bei der Einreise am Flughafen Luton fest, inhaftierte ihn tagelang in Colnbrook Prison zwischen Drogenjunkies, Schwerkriminellen und Illegalen, um ihn dann schließlich abzuschieben.

Während Starmer gnadenlos gegen rechte Demonstranten vorging, bewies er bei den Ökonervensägen von Extinction Rebellion eine Engelsgeduld. Auch nach den Black-Lives-Matter-

Ausschreitungen und Migrantenkrawallen gab es weder Eilverfahren noch hämische Videos der Polizei. Nur einmal vor den Southport-Protesten hatte die Justiz Härte gezeigt. Der Leser kann erraten, wann. Es handelte sich natürlich um die Corona-Skeptiker, die vom englischen Staat brutal bekämpft wurden. Das Volk taufte Starmer folgerichtig auf "Two Tier Kier", ein Wortspiel mit seinem Vornamen und der Zwei-Klassen-Justiz.

Sie rief zur Tötung "aller weißen Männer" auf.

Diese Perversion von Justiz ist kein Novum. Besonders deutlich wurde sie im Fall des "Bacon Offenders" (Schinken-Beleidigers) Kevin Crehan. Er wurde im Jahr 2016 mit 34 Jahren wegen Verhetzung zu einem Jahr Haft verurteilt. Was war sein "Hate Crime"? Kevin hatte, auf dem Heimweg vom Pub, betrunken ein Schinkensandwich auf die Türschwelle einer Moschee in Bristol gelegt. Außerdem hatte er die traditionelle Flagge mit dem Sankt-Georgs-Kreuz auf den Zaun gehängt und einige Umstehende bepöbelt. Während der Haft gab es Gerüchte über Mißhandlungen durch muslimische Mithäftlinge. Eines Tages, kurz vor seiner Entlassung, fand man Kevin tot in seiner Zelle. Nach langen, dubiosen Prüfungen gab man Selbstmord durch Überdosis als Ursache an.

Gott sei Dank noch am Leben ist Sam Melia, Leiter der Gruppe Patriotic Alternative. Doch auch er sitzt in Haft. Am 1. März 2024 kassierte er vor Gericht zwei Jahre. Der Grund war eine "Serie von Aufklebervorfällen zwischen 2019 und 2021". Sam produzierte und verbreitete migrationskritische Sticker. Im woken Nannystaat ist das ein Fall für Richter. Sie sperrten den Vater zweier kleiner Kinder ein.

Am 31. Mai erklärte man ihn zusätzlich zur "PPRC" - "Person Posing Risk to Children" (Risikoperson für Kinder). Seine eigenen Sprößlinge dürfen ihn nicht mehr besuchen. Mehr noch: In seiner Zelle, in die er 22 Stunden pro Tag eingesperrt ist, darf er noch nicht einmal Fotos von ihnen haben. Ja, er darf nicht einmal mit seiner Frau am Telefon über ihre Kinder sprechen! Als dagegen Bahar Mustafa, eine Angestellte der Goldsmith University, zur Tötung "aller weißen Männer" aufrief, wurde sie nicht belangt und durfte sogar ihren Posten behalten.

Organisation gegen Repression

England ist zu einem anarchotyrannischen Polizeistaat verkommen. Doch wehe jenen, die sich darüber beschweren! Fast wirkt es, als würde der Staat seine Bürger gezielt zur Weißglut treiben wollen. Eine steuerfinanzierte Plakatkampagne, die direkt nach dem blutigen Messersommer lanciert wurde, lautete: "Hey straight white men, paß the power!" Auf Deutsch: Hey, weißer Hetero-Mann, gib die Macht ab!" Da versteht man den Zorn der Engländer. Doch er muß kanalisiert und auf die Verantwortlichen gelenkt werden.

Die Lösung liegt in großen friedlichen Kundgebungen, wie sie Tommy Robinson organisiert. Bei seiner letzten Demo zeigten fast 100.000 Patrioten am Trafalgar Square Gesicht. So kann Druck aufgebaut werden. Nur eine politische Wende, kein blindwütiger Krawall, kann Kier Starmer und seine volksfeindliche Justiz überwinden. Schafft es dieses einst so stolze Volk nicht, seinen Zorn in effektiven Widerstand zu verwandeln, könnte die woke Gefängnisinsel zu seinem Grab werden.

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 10/2024.<<

10.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Ausgeflattert: Erste deutsche Stadt verbietet Regenbogenfahne!**

Endlich mal eine gute Nachricht: In Neubrandenburg (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) darf künftig keine Regenbogenfahne mehr vor dem Bahnhofsgebäude gehißt werden. Das hat am Mittwochabend (9. Oktober) die Stadtvertretung der drittgrößten Stadt Mecklenburg-Vorpommerns beschlossen.

Die Entscheidung kam laut NDR mit den Stimmen der gesamten AfD-Fraktion, Stimmen des BSW sowie lokalen Bürgergruppierungen zustande. Der linksgrüne parteilose Oberbürgermei-

ster Silvio Witt habe daraufhin seinen Rücktritt angekündigt. Dessen Engagement für die LGBTQ-Bewegung sorgte in der 60.000-Einwohner-Stadt immer wieder für Befremden.
Nachdem die Neubrandenburger Regenbogenfahne im August 2023 über Nacht zum wiederholten Male gestohlen worden war, reiste Bundesfamilienministerin Lisa Paus ("Grüne") seinerzeit eigens aus Berlin an, um sich "vor Ort ein Bild" zu machen und Bürgermeister Witt für sein "Engagement gegen Rechtsextremismus" zu danken.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Zweites Rezessionsjahr in Folge: Auch der Mainstream glaubt nicht mehr an das Ukraine-Märchen der Regierung**

Die Bundesregierung erwartet für 2024 einen erneuten Rückgang der Wirtschaftsleistung. Laut der jetzt vorgestellten Herbstprognose von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") wird das Bruttoinlandsprodukt um 0,2 Prozent schrumpfen. Deutschland befindet sich damit das zweite Jahr in Folge in einer Rezession. Daß daran nicht der Ukraine-Krieg schuld ist, wie die Regierungspropaganda immer wieder behauptet, dämmert langsam auch den Mainstream-Medien. Hier eine Auswahl von Pressestimmen:
- Die Politik habe "Rahmenbedingungen geschaffen, unter denen das Wirtschaften schwer geworden ist", konstatiert das STRAUBINGER TAGBLATT mit Blick auf Steuer- und Abgabenbelastungen, eine überbordende Bürokratie sowie den Energiewende-Murks. Die Regionalzeitung fährt fort: "Dabei ist es wirklich egal, ob nun 0,2 oder 0,3 Prozent minus prognostiziert werden.
Wichtig dagegen ist die sich daraus ergebende Feststellung, daß die Wirtschaft dieses Landes nicht in Schwung kommt, und das nunmehr schon seit fünf Jahren. Auch noch so viele Prognosen scheinen die Ampel-Koalitionäre nicht als Weckruf zu empfinden. Dabei ist die Botschaft doch so klar: Deutschland hat dramatisch an Wettbewerbsfähigkeit verloren, weil das Land als Produktionsstandort zu teuer ist!"
- "Deutschland hat die Orientierung verloren", heißt es in der LEIPZIGER VOLKSZEITUNG. Die einstige Wirtschaftssupermacht im Herzen Europas sei ins Taumeln geraten. "Das Land muß die Frage beantworten, wie es in einer zunehmend protektionistischen Weltwirtschaft bestehen will. Eine Strategie dafür hat die Bundesregierung nicht - im Gegenteil", kritisiert die LEIPZIGER VOLKSZEITUNG.
- Die ALLGEMEINE ZEITUNG aus Mainz spielt wohl in erster Linie auf den E-Auto-Wahn deutscher Autobosse an, wenn sie schreibt, daß die Lage der Autohersteller "weitgehend selbst verschuldet" sei. Das rheinland-pfälzische Regionalblatt betont: "In der Bauwirtschaft allerdings ist sehr wohl Habecks unseliges Hantieren mit Förderrichtlinien und Vorschriften verantwortlich dafür, daß kein Stein mehr auf den anderen kommt.
Das Gewürge innerhalb der Koalition ist ein weiteres Hindernis auf dem Weg zu mehr Investitionen und Wirtschaftskraft. Robert Habeck möchte im kommenden Jahr Kanzlerkandidat der Grünen werden. Damit das nicht vom ersten Tag an zur Lachnummer gerät, sollte er schon bald mehr vorweisen können und weniger erklären müssen, als es bisher in seiner Amtszeit der Fall war", meint die ALLGEMEINE ZEITUNG aus Mainz.
Die Herbstprognose sei der "nächste Tiefschlag" für Habeck, schreibt der REUTLINGER GENERAL-ANZEIGER und kommt zu dem Ergebnis: "Für eine Kanzlerkandidatur sind das keine guten Aussichten."
- Die linke TAGESZEITUNG (taz) aus Berlin unterstreicht, daß die schlechten Zahlen auch ein Resultat der schlechten Stimmung im Land seien. Das Klein-Klein aus Steuererleichterungen, Abschreibemöglichkeiten und verbilligten Krediten sei schon vor Inkrafttreten verpufft. "Angesichts der Lage sparen viele Menschen eher, als sich etwas zu leisten", heißt es durchaus zutreffend in der linken Gazette.
- Die RHEIN-ZEITUNG aus Koblenz kritisiert die sogenannte Wachstumsinitiative der Am-

pel-Regierung. Dabei handele es sich um ein "Sammelsurium aus Nice-to-have-Maßnahmen". Diese würden aber nicht den Befreiungsschlag bei Energie-, Arbeits- und Bürokratiekosten bringen, den die Wirtschaft brauche. Das Blatt erinnert an den Vater der Sozialen Marktwirtschaft: "Wirtschaft ist zu 50 Prozent Psychologie, sagte Ludwig Erhard. Bei so vielen verunsicherten Menschen braucht es einen politischen Neuanfang. Zu hoffen ist, daß die nächste Regierung die Vertrauenswende schafft."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 10. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Auto-Absatz bricht dramatisch ein: Nur die AfD rettet den Standort Deutschland!**

Soll das etwa das "grüne Wirtschaftswunder" sein, das uns auf Wahlplakaten der Grünen versprochen wurde? Die Absatzzahlen führender deutscher Autohersteller sind dramatisch eingebrochen: Bei BMW sanken die weltweiten Auto-Auslieferungen im dritten Quartal 2024 um satte 13 Prozent. Auch bei Mercedes ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahresquartal um drei Prozent zu verzeichnen; insgesamt beträgt der Rückgang im laufenden Jahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum fünf Prozent.

Die Ursachen der deutschen Auto-Krise sind vielfältig und haben auch mit internationalen Entwicklungen zu tun, doch klar ist auch: Mit der Politik von CDU und Ampel wurde der Standort Deutschland systematisch zerstört.

Zu dieser Zerstörung unseres Standorts gehören etwa die explodierenden Energiekosten, die das Ergebnis der "Energiewende-Politik" von der CDU bis zu den Grünen sind. Der Kult ums E-Auto hat sich überdies als der wirtschaftliche Flop erwiesen, den die AfD von Anfang an prognostizierte. Eine Ursache der Krise ist aber auch das unsinnige Verbrenner-Verbot, für das - allen Nebelkerzen zum Trotz - gerade auch die CDU eine erhebliche Verantwortung trägt.

Sogar in ihrer Bewerbungsrede als EU-Kommissionspräsidentin hat Ursula von der Leyen (CDU) sich zum Verbrennerverbot bekannt. "Wir werden Kurs halten", sagte von der Leyen. Der links-grüne "Spiegel" jubelte über dieses Bekenntnis zur Deindustrialisierung Deutschlands: "Die Wende rückwärts zum Verbrennungsmotor ist vorerst abgesagt." Wieder einmal hat die CDU die Menschen betrogen! Es war CSU-Chef Markus Söder, der sich bereits 2007 für ein Verbrennerverbot aussprach - und zwar ab 2020. Mit seiner fanatischen Anti-Auto-Politik war er also noch radikaler als die Grünen.

Nur mit der AfD kann der Niedergang der deutschen Auto-Industrie verhindert und damit der Erhalt einer deutschen Schlüsselindustrie gesichert werden. Wir wollen bürokratischen Irrsinn entschlacken, Energiekosten wieder senken und den Bürgern ihre Entscheidungsfreiheit bei der Wahl des Transportmittels zurückgeben. Grüne Planwirtschaft unter dem Banner der CDU ist das Letzte, was unsere Industrie und unsere Beschäftigten in der Automobilbranche jetzt brauchen. Freie Fahrt für Deutschland und seine wirtschaftspolitischen Interessen - das gibt es nur mit der AfD!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 10. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Bankrotterklärung: SPD will kriminellen Migranten mit "Workshops" begegnen!**

Im Stadtviertel Kiel-Wik gehört die Normalität der Vergangenheit an. Eine etwa 30-köpfige Migrantengruppe, die in einer "Flüchtlings-Unterkunft" untergebracht ist, terrorisiert dort seit Monaten die Anwohner: Diebstähle, ständige Lärmbelästigung und Vermüllung sind trauriger Alltag.

Und wie reagiert der zuständige SPD-Sozialdezernent Gerwin Stöcken? Er verhöhnt die Opfer der Kriminalität, indem er ihnen nahelegt, den Tätern gut zuzureden: "Wir brauchen genügend Menschen, die sich engagieren: Die sich zum Beispiel trauen, ihre Wohnung zu verlassen und den Menschen sagen, daß es keine gute Idee ist, nach 22 Uhr die Musik auf dem Rasen voll

aufzudrehen."
Da eine Abschiebung der Täter angeblich nicht möglich ist, will die SPD-regierte Stadt Kiel mit "Workshops" dem Problem begegnen. Deutschland macht sich mit derartigen hilflosen Maßnahmen zur Lachnummer - doch für die Betroffenen vor Ort ist es längst nicht mehr zum Lachen: Anwohner wollen im Sommer sicherheitshalber nicht mehr im Garten sitzen, Frauen trauen sich abends nicht mehr auf die Straße. Die Täter sind laut Stöcken vor allem Roma, die aus der Ukraine oder aus dem bulgarischen Grenzgebiet zur Türkei nach Deutschland einreisten.
Ob in Kiel, in Solingen oder in Mannheim: CDU und etablierte Parteien haben der existentiellen Bedrohung unseres Landes durch die Massenmigration nichts entgegenzusetzen. Statt mit Abschiebungen reagieren sie mit Beschwichtigungen, Durchhalteparolen und infantilen sozialpädagogischen Spielereien. Diese Selbstaufgabe kann nur die AfD beenden: Wir schieben kriminelle Migranten mit ausländischer Staatsbürgerschaft sofort in ihre Heimat ab!<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 10. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Neue Lieferengpässe bei Arzneien - Kinder-Antibiotika fehlen**
Die Lieferengpässe bei Arzneien erreichen nun auch wichtige Medikamente für Kinder. "Besonders bedenklich ist, daß wieder viele Antibiotika-Säfte für Kinder und Babys fehlen", sagte Thomas Preis, Chef des Apothekerverbands Nordrhein, der "Rheinischen Post" (Donnerstagausgabe). Besonders kritisch sehe es zurzeit bei den Antibiotika Azithromycin und Clarithromycin aus.
"Diese Breitband-Antibiotika sind Mittel der ersten Wahl bei Keuchhusten und bei Lungenentzündungen durch Mykoplasmen und kaum noch erhältlich. Aktuell steigen die Infektionen durch Mykoplasmen sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen." Preis kritisierte weiter: "Auch die eigentlich ab Oktober empfohlene RSV-Immunisierung für Neugeborene und Säuglinge kann noch nicht starten. Der Hersteller Sanofi hatte schon vor einigen Wochen angekündigt, daß man nicht schnell genug ausreichend das dafür notwendige Arzneimittel Beyfortus zur Verfügung stellen kann."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 10. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Zahl der Firmenpleiten erreicht Rekordwerte**
Die Zahl der Firmenpleiten ist im September weiter gestiegen. Im dritten Quartal werden damit Rekordwerte erreicht, so eine am Donnerstag veröffentlichte Analyse des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).
Konkret liegt die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften im September bei 1.303, das sind 2 Prozent mehr als im Vormonat, aber 28 Prozent mehr als im September 2023. Der aktuelle Wert liegt zudem 44 Prozent über dem September-Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019, also vor der Corona-Pandemie. Laut IWH waren im September in den größten 10 Prozent der insolventen Unternehmen fast 23.000 Arbeitsplätze betroffen.
Damit liegt die Zahl der betroffenen Beschäftigten mehr als die Hälfte über dem Vormonatswert, 75 Prozent höher als im September 2023 und 350 Prozent über dem Durchschnitt eines typischen Septembers der Vor-Corona-Jahre 2016 bis 2019.
Im dritten Quartal 2024 wurde mit 3.991 Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften die höchste Zahl an Insolvenzen verzeichnet, die in den letzten 14 Jahren in einem Quartal insgesamt registriert wurde.
Verglichen mit dem dritten Quartal 2023 stieg die Zahl der Insolvenzen um 31 Prozent. Unter den größeren Bundesländern war der Anstieg in Bayern (+ 56 Prozent) und Baden-Württemberg (+ 42 Prozent) am stärksten. Unter den großen Insolvenzbranchen lag der Zuwachs im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen mit + 31 Prozent am höchsten. Kleinere Branchen, wie etwa das Grundstücks- und Wohnungswesen (+ 69 Prozent), verzeichneten sogar noch stärkere Anstiege. Schaut man auf die Zahl der betroffenen Arbeitsplät-

ze, so betrug der Anstieg gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahrs 44 Prozent und war somit stärker als der Anstieg der Anzahl der Insolvenzen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 10. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Netzagentur will Neuregelungen für stabile Stromversorgung**

Der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, macht Druck auf die Politik, Instrumente zu schaffen, damit sich auch Betreiber kleinerer Photovoltaikanlagen an Preissignalen orientieren, wenn sie Strom ins Netz einspeisen. "Ich habe zwar keine große Sorge, daß es morgen zu einer schweren Beeinträchtigung des Systems kommen kann", sagte er der FAZ. Er warb gleichwohl dafür, nicht bis nach der Bundestagswahl im Herbst 2025 zu warten. "So viel Zeit haben wir nicht."

Es gebe "eine gewisse Dringlichkeit" bei diesem Thema, um "weiterhin Strom aus der Steckdose so stabil zu beziehen, wie das alle Menschen und Unternehmen erwarten". Hinter den Mahnungen steckt das Phänomen der so genannten "Mittagssolarspitzen", die in Kombination mit der festen EEG-Vergütung dafür sorgen, daß zu bestimmten Zeiten überdurchschnittlich viel Sonnenstrom ins Netz fließt - was weder netz- noch systemdienlich sei.

Um die derzeitigen Fehlanreize abzustellen, sei es wichtig, eine Neuregelung zu schaffen, nach der "man sich in Zukunft auch als Privathaushalt an Preissignalen orientieren muß, jedenfalls wenn man Strom ins Netz einspeisen will". Müller bezeichnete es außerdem als Hausaufgabe der nächsten Jahre, beim Thema "dynamische Strompreise" voranzukommen. Dafür sei es entscheidend, in Sachen Digitalisierung "noch deutlich schneller und besser zu werden".

Die Bundesnetzagentur erhebe quartalsweise Daten etwa zum Anteil der intelligenten Stromzähler und "diese Zahlen machen mich nicht glücklich". Viele Unternehmen hätten anscheinend "noch gar nicht richtig mit der Installation von intelligenten Stromzählern angefangen".<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 10. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Söder will Wehrpflicht "so schnell wie möglich wieder einsetzen"**

Um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu stärken, will CSU-Chef Markus Söder die allgemeine Wehrpflicht wieder einführen. Söder sagte "Bild" (Donnerstagausgabe): "Wir können zunächst mal die Wehrpflicht - die alte - wieder einsetzen. Und zwar so schnell wie möglich. Sonst ist die Verteidigungsfähigkeit auf Dauer nicht gewährleistet." Dazu brauche man auch keine Verfassungsänderung, so Söder.

Deswegen würde die Wehrpflicht "wahrscheinlich erst mal für Männer sein. Wobei man das diskutieren kann." Den Modellen zur Dienstpflicht von Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) erteilte Söder eine Absage: "Diese Pläne zur Wehrpflicht sind doch nichts anderes als eine statistische Erhebung, aber keine Wehrpflicht." Es sei wichtig, einen grundlegenden Ansatz für die Bindung der jungen Generation an die Werte von Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit zu finden. "Und da ist die Wehrpflicht einfach ein guter Weg. Und das sage ich als jemand, der selbst beim Bund war. Das hat noch keinem geschadet.

Wir spüren auch bei der jungen Generation dafür große Bereitschaft", so der bayerische Ministerpräsident. Auf die Frage, ob es ein Fehler des damaligen CSU-Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg gewesen sei, die Wehrpflicht auszusetzen, sagte Söder: "Die Zeit war damals eine andere. Ich glaube einfach, daß die Bedrohungslage jetzt wieder anders ist. Es geht jetzt nicht um internationale Einsätze, sondern um Landes- und Bündnisverteidigung. Die erfordert auf ganzer Linie eine andere Bundeswehr. Und die müssen wir jetzt zur Verfügung stellen."

Söder kritisierte zugleich die mangelhafte Ausstattung der Bundeswehr: "Man möge mir bitte erklären, warum auf der ganzen Welt Waffen gekauft und Armeen versorgt werden. Nur in Deutschland dauert es Jahrzehnte, bis wir eine Drohne bekommen. Es wird getrickst beim

Etat, es wird hin und her geschoben und gerechnet und am Ende fehlt das Geld der Bundeswehr."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 10. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Zahl der Asylbewerber-Leistungsbezieher um acht Prozent gestiegen**
Die Zahl der Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, klettert weiter. Zum Jahresende 2023 waren es rund 522.700 Personen, und damit rund 8 Prozent mehr als ein Jahr zuvor, teilte das Statistische Bundesamt am Donnerstag mit. Weitere Zahlen: 66 Prozent der Regelleistungsempfänger waren männlich und 34 Prozent weiblich. 28 Prozent waren minderjährig, 70 Prozent zwischen 18 und 64 Jahren alt und etwa ein Prozent war 65 Jahre und älter.
Die meisten Leistungsberechtigten stammten aus Asien (49 Prozent), 31 Prozent stammten aus Europa und 15 Prozent aus Afrika. Die häufigsten Herkunftsländer waren Syrien und die Türkei mit jeweils 15 Prozent aller Leistungsberechtigten, Afghanistan (11 Prozent) und der Irak (8 Prozent). 5 Prozent aller Leistungsberechtigten zum Jahresende 2023 stammten aus der Ukraine. Ukrainer bekommen in der Regel nur direkt nach Ankunft Geld nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, nach Erteilung der erforderlichen Aufenthaltserlaubnis bekommen sie das reguläre Bürgergeld.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Neue Deutsche Jugend**
Von *COMPACT Redaktion*
"Unter jungen Menschen ist die AfD zu wählen zunehmend normal. Auch auf Schulhöfen, Demonstrationen und in den sozialen Netzwerken zeigt sich der Drall zum rechten Rand." (Spiegel, 14.9.2024)
"Ich hab' euch alle lieb!" (Jungrechte Anti-CSD-Demonstrantin in Wismar, Weichreite-TV, 14.9.2024)
"Hilfe, mein Kind rutscht nach rechts! Acht Tips für demokratische Eltern mit undemokratischen Kindern." (Tagesspiegel, Berlin, 18.9.2024)
"Herr Krah, warum kommen Sie bei den jungen Leuten so gut an? Wie erklären Sie sich das?" - "Weil ich authentisch bin, weil ich ehrlich bin, weil ich mich nicht verbiegen lasse, weil ich nicht zurückweiche, weil ich mir meine Meinung nicht wegnehmen lasse, und weil ich den Leuten sage, daß sie eine Zukunft haben und daß ich an sie glaube." (Spiegel-TV, 18.9.2024)
"Die AfD ist auf Tiktok mit Abstand die reichweitenstärkste Partei in Deutschland. Viele der Videos sprechen sehr offensiv junge Männer an, denn etwa zwei Drittel der AfD-Wähler machen Männer aus." (Deutschlandfunk, 20.9.2024)
"Hey, das geht ab, wir schieben sie alle ab, sie alle ab." (AfD-Wahlparty Brandenburg, 22.9.2024)
"Der Zustrom der Jugend beweist: Wir sind die Partei der Zukunft, SPD und CDU sind die Parteien der Vergangenheit." (Brandenburgs AfD-Spitzenkandidat Christoph Berndt, Phoenix, 22.9.2024)
"Zu Forderungen "millionenfacher" Ausweisungen wurden Flugzeug-Ballons an Kinder verschenkt und Abschiebe-Songs gesungen. Björn Höcke inszenierte sich im Wahlkampf betont leger auf dem DDR-Kult-Moped Simson." (Tagesschau, 24.9.2024)
Wein mit Weidel
"Wenn mir jemand sagen würde, ich müsste einen Abend mit Alice Weidel oder Sahra Wagenknecht verbringen, ich wüßte nicht, wie ich mich entscheiden würde. Vielleicht am Ende doch für Alice Weidel. Da kann man immerhin noch die vage Hoffnung haben, daß der fünfte Riesling für Entspannung sorgt. Das ist bei Wagenknecht ausgeschlossen." (Kolumnist und Autor Jan Fleischhauer, Blog Sagen, was ist, 7.9.2024)
Probe aufs Exempel

"Bei 30 Prozent für die AfD machen Altparteien Grenzkontrollen. Was werden sie erst bei 40 Prozent tun? Probieren wir es aus!" (AfD-MdB Gottfried Curio, Bundestagsdebatte, 12.9.2024)

Unmenschen-Sprech

"Ich sage Ihnen: Es sollte niemand versuchen, das Stinktier zu überstinken, wie es Union und Ampel gerade tun. Das Stinktier, das sitzt da rechts außen, und um das sollte man einen großen Bogen machen." (Linke-Chefin Janine Wissler, Bundestag, 12.9.2024)

Aus der Traum!

"Wir haben viele Menschen im Land willkommen geheißen und sind bei der Integration gescheitert. Wir haben Segregation, wir haben No-go-Zones." (Schwedische Polizeichefin Petra Lundh, Dagens Nyheter, 12.9.2024)

Guten Morgen, Deutschland

"Jetzt ist Deutschland aufgewacht: Terrorismus, Kriminalität, soziale und finanzielle Belastung durch Migranten, die nicht arbeiten wollen. Sogar der Kanzler ist aufgewacht, also sagte ich: "Willkommen im Club", denn er drängt darauf, die Grenzen zu schützen." (Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, Hirado, 13.9.2024)

Buntes Treiben

"Wenn man früher hörte, daß es in Köln eine "Explosion in der Innenstadt" gab, dachte man an eine defekte Gasleitung. Heute stellt man sich die Frage, ob es ein islamistischer Anschlag oder der Bandenkrieg zwischen Clan-Kriminellen ist. Deutschland ist tief gesunken!" (FDP-Politiker Gerhard Papke, Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, X, 16.9.2024)

Der Waffen-Narr

"Je mehr Waffen wir für die Ukraine bereitstellen, desto wahrscheinlicher ist es, daß wir einen Frieden und ein Ende dieses Krieges erreichen." (Der vormalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, Phoenix, 19.9.2024)

Lausig, schlampig, grotesk

"Das Wahlvolk ist der Souverän, und er kommuniziert mit dem Erfolg für AfD und BSW, daß er nicht zufrieden ist mit der lausigen Wirtschaftspolitik, der schlampigen Migrationspolitik, der grotesken Identitätspolitik, der unambitionierten Bildungspolitik." (Welt, 23.9.2024)

Aber selbstverständlich!

"Es ist in der CDU ganz klar, daß wir Koalitionen mit den Grünen selbstverständlich nicht ausschließen." (Baden-Württembergs CDU-Innenminister Thomas Strobl, Welt, 23.9.2024)

Bitte nicht lächeln

"Es ist nicht jeder Gesundheitsminister, sondern genau ein Mensch. Und es kann nicht sein, daß jemand mit dieser individuell schlechten Zahnhygiene verantwortlich ist für die Hygiene eines ganzen Landes. So, denke ich, geht es nicht!" (AfD-Bundessprecherin Alice Weidel, Pressekonferenz Berlin, 23.9.2024)

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 10/2024.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Kurt Schumachers Kampf um den deutschen Osten**

Von *Gero Bernhardt*

Die Oder-Neiße-Linie war anfangs nicht als Polens Westgrenze vorgesehen. Darauf setzte zunächst auch die Politik in der BRD. Vor allem der erste SPD-Vorsitzende nach dem Krieg pochte auf das Heimatrecht der Vertriebenen. …

Mit dem Londoner Protokoll vom 12. September 1944 hatten die Alliierten die Aufteilung Deutschlands mit Gebietsstand vom 31. Dezember 1937 in mehrere Besatzungszonen beschlossen - mit Groß-Berlin als einer anfangs gemeinsam regierten Vier-Sektoren-Stadt. Die deutschen Ostgebiete, also Ostpreußen, Pommern, Schlesien und Ost-Brandenburg, blieben zunächst ausgenommen.

Unter fremder Verwaltung

Seine endgültige Fassung erhielt dieser Teilungsplan mit dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945. In der Vereinbarung wurde Ostdeutschland unter polnische beziehungsweise - im Falle des nördlichen Ostpreußens - unter sowjetische Verwaltung gestellt. Wohlgemerkt: Eine Abtretung der Gebiete an Polen war nicht vorgesehen.

Dazu heißt es im Potsdamer Protokoll: "Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teils Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen."

Damit war die Oder-Neiße-Linie geboren.

Warschau behandelte die ihm dadurch unterstellten Gebiete allerdings von Anfang an als "polnisch" und wollte vollendete Tatsachen schaffen. In seinem Buch "Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie" schreibt der Historiker und Staatsrechtler Michael A. Hartenstein:

"Einhergehend mit der Vertreibung der deutschen Bevölkerung erfolgte in den Oder-Neiße-Gebieten eine Besiedlung mit Polen. Gleichzeitig gliederte der polnische Staat die Oder-Neiße-Gebiete durch Verwaltungsmaßnahmen in das Staatswesen ein. Mit einem Dekret vom 13. November 1945 wurde für eine Übergangszeit ein Sonderministerium für die 'wiedergewonnenen Gebiete' ... eingerichtet."

Es folgte eine Verwaltungsneugliederung und faktische Übereignungen von Land und Gut der deutschen Bewohner an die polnischen "Kolonisten".

Hartenstein stellt fest: "Aus den weitreichenden Rechtsakten Polens, durch die die Oder-Neiße-Gebiete trotz des juristischen Vorbehaltes faktisch in den polnischen Staat eingegliedert wurden, ist ersichtlich, daß Polen sich in Konsequenz seiner schon vor Kriegsende gezeigten politischen Haltung auf Dauer in seinen ursprünglich deutschen 'Verwaltungsgebieten' einrichten und diese für immer behalten wollte."

Fortan stand für Warschau die Frage nach der internationalen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze ganz oben auf der Agenda.

Kampf ums Heimatrecht

Deutsche Politiker der unmittelbaren Nachkriegszeit waren nicht gewillt, dies hinzunehmen. Das war auch für Kurt Schumacher, den ersten Parteivorsitzenden der SPD in der Nachkriegszeit, eine Selbstverständlichkeit.

Vor Studenten in Hamburg sagte Schumacher am 4. September 1946 "Lange bevor noch irgend jemand in Deutschland den Mund aufzumachen wagte, haben Sozialdemokraten schon gesagt, daß die Oder-Neiße-Grenze nationalpolitisch und ernährungspolitisch eine Unmöglichkeit ist."

Und weiter: "Dieses verwüstete Niemandsland, auf dem kein Halm und keine Ähre wächst, das die Polen weder volklich noch politisch noch organisatorisch auszugestalten in der Lage sind, ist das Terrain, um das wir kämpfen."

Vor dem Deutschen Bundestag erklärte Schumacher, der von den Nationalsozialisten ins KZ gesteckt worden war, am 10. März 1950:

"Die Schaffung des Bonner Grundgesetzes hat diese Auffassung von einem einheitlichen Deutschland, einschließlich der sowjetischen Besatzungszone und einschließlich der besetzten Gebiete östlich von Oder und Neiße, in nichts aufgegeben."

Dies bekräftigte er noch mal in einer Rede vom 13. Juni 1950: "Die Oder-Neiße-Linie ist ja

nicht nur das Problem der deutschen Grenzen, die Oder-Neiße-Linie ist auch das Problem des Rückkehr- und Heimatrechts der Ostvertriebenen, zu dem wir uns bekennen müssen."
Und auf einer Kundgebung vor den Messehallen in Berlin am 17. August 1951 erklärte der SPD-Chef unter "stürmischem Beifall" (laut Protokoll): "Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei können bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an den Menschheitsideen durch die Kommunisten, durch die pseudobürgerlichen Satelliten in der Zone und durch die Sowjets verstrikken zu lassen."
Auch für CDU, CSU und FDP war damals klar, daß die Ostgebiete nach wie vor als Teil eines gesamtdeutschen Vaterlandes anzusehen sind. Der christdemokratische Bundeskanzler Konrad Adenauer teilte den Vertriebenen in einem Aufruf zum Jahreswechsel 1946/47 mit, daß "kein christlich-demokratischer Politiker einen Friedensvertrag unterschreiben wird, in dem die Oder-Neiße-Linie anerkannt wird".
Die FDP schloß sich dieser Haltung mit einer Erklärung am 7. Januar 1947 an. Mit dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten gab es in Westdeutschland sogar eine parlamentarisch verankerte Partei für die Interessen der Ostdeutschen.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30714" berichtet am 10. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**Bargeldabschaffung stoppen - so gelingt es!**
Weltweit sind digitale Zahlungsmethoden stark auf dem Vormarsch, und trotz ihrer Liebe zum Bargeld bezahlen auch die Deutschen immer häufiger kontaktlos und mobil. Gleichzeitig wird auch die Nutzung von Bargeld immer mehr erschwert. Seine Verwendung wird u.a. zur Bekämpfung von Geldwäsche und Kriminalität eingeschränkt. Auch reduzieren Banken ihre Geldautomaten, und Geschäfte schränken die Bargeldzahlungen ein, während gleichzeitig im Namen des Fortschritts immer mehr digitale Zahlungssysteme eingeführt werden.
Dabei ist Bargeld als wichtiger Bestandteil des Zahlungsverkehrs für das Funktionieren unserer Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung. Wie anfällig rein digitale Zahlungssysteme sind, wurde vor kurzem durch das fehlerhafte Windows-Update anschaulich demonstriert. Ein solches Update genügte, um weltweit Millionen PCs und damit ganze Flughäfen, Behörden und auch Banken lahmzulegen.
Durch Bargeld dagegen ist gewährleistet, daß der Zahlungsverkehr auch bei technischen oder digitalen Störungen sicher und unabhängig funktioniert. Hinzu kommt, daß Bargeld anonymes Bezahlen erlaubt, vor kommerzieller Überwachung schützt und ohne jegliche technische Hürde von jedermann leicht einsetzbar ist. In diesem Sinne ist Bargeld auch gedruckte Freiheit. Zusammengefaßt und zugespitzt könnte man deshalb sagen: Wenn wir das Bargeld nicht längst hätten, wäre es spätestens jetzt der Zeitpunkt, es zu erfinden.
Doch welche Ursachen liegen dem einseitigen und so starken Trend weg vom Bargeld zugrunde - trotz der genannten Gefahren? Laut dem deutschen Wirtschaftsjournalisten Norbert Häring ist diese Entwicklung kein Zufall. Dahinter steckt seines Erachtens ein gewaltiges internationales Netzwerk, in dessen Zentrum bezeichnenderweise Organisationen wie die Bill & Melinda Gates Foundation, die Weltbank, der IWF und damit die globale Finanzmafia steht.
Diese setzt ihre Macht sicher nicht dazu ein, um den Menschen einfaches und bequemes Bezahlen zu ermöglichen! Wie z.B. in der Sendung "Digitales Zentralbankgeld - das Ende der Freiheit!" (https://www.kla.tv/29968) aufgezeigt, sind diese Kreise dabei, weltweit neue digitale Zahlungssysteme aufzurichten. Dieser Durchführung steht allerdings das Bargeld noch im Wege.
Doch nachfolgend sehen Sie an zahlreichen Beispielen, daß die Pläne zur Durchführung von rein digitalen Zahlungssystemen oftmals scheitern.
Denn viele Menschen lehnen intuitiv digitale Zahlungssysteme ab. Sie hielten deshalb eisern

am Bargeld fest - egal welchen Preis es sie kostete und brachten schließlich so ein neues digitales Zahlungssystem zu Fall. Gleichzeitig treten auch die Schwächen solcher Zahlungssysteme z.B. infolge von IT-Pannen zutage. Infolgedessen, und durch die ablehnende Haltung ganzer Bevölkerungsschichten, änderten Regierungen plötzlich ihre Bargeldpolitik und verankerten z.B. das Recht auf Bargeldzahlung ganz neu in ihrer Verfassung.
Nachfolgend nun die sehr ermutigenden Beispiele:
1. Kassenlose Läden schließen wegen Kundenmangel
Bei kassenlosen Supermärkten wird Einkaufen im Vorbeigehen ohne lästiges Warten an der Kasse versprochen. Vorreiter dieses Systems ist der Online-Riese Amazon, der schon vor Jahren mit seinen kassenlosen "Amazon Go-Läden" Schlagzeilen machte. Dieses Bezahlmodell funktioniert per Videoüberwachung mit Gesichtserkennung. Jede Bewegung der Kunden wird von unzähligen Kameras und Sensoren überwacht. Dabei erkennen die Systeme automatisch, welche Ware der Käufer an sich nimmt. Durch das Ein- und Auschecken per Smartphone am Ladeneingang verknüpft die Videoüberwachung dann den Einkauf mit dem Kontoinhaber und bucht den berechneten Betrag automatisch ab.
Dabei werden unzählige biometrische Daten und Informationen über jeden einzelnen Kunden erhoben, wodurch dieser nicht nur im wahrsten Sinne gläsern, sondern auch berechenbar wird. Neben den vielen datenschutzrechtlichen Problemen dieser Technologie besteht dadurch auch die Gefahr individueller Preismanipulation. So kann z.B. der Preis von "Tiefkühl-Pizza" für Singles am Wochenende angehoben werden. Doch offensichtlich durchschauen viele Menschen dieses System und meiden solche Supermärkte intuitiv. Wie Amazon bekannt gab, werden sechs solcher Läden wegen Kundenmangels geschlossen. Dies zeigt, wie jeder Einzelne dazu beitragen kann, solche Systeme ausufernder Überwachung und Digitalisierung zu stoppen.
2. Regierungen stärken die Bargeldannahme
Entgegen der weltweiten Agenda zur Abschaffung des Bargeldes will die Regierung Norwegens denen, die keine digitalen Zahlungsmöglichkeiten nutzen wollen, Sicherheit geben, damit sie weiterhin Waren und Dienstleistungen mit Bargeld bezahlen können. Da ein vollständig digitales Zahlungssystem im Krisenfall auch zu einer kompletten Sperrung der Wirtschaft führen kann, führt die Ministerin für Justiz und öffentliche Sicherheit, Emilie Enger Mehl, aus: Eine rein elektronische Zahlung erhöht die Verwundbarkeit der Gesellschaft. Bargeld muß daher für den Krisenfall verfügbar bleiben. Mittels eines Gesetzes soll deshalb sichergestellt werden, daß alle Waren und Dienstleistungen weiterhin mit Bargeld bezahlt werden können.
In mehreren europäischen Ländern gibt es ähnliche Bestrebungen: In der Slowakei wurde 2023 das Recht auf Barzahlung in der Verfassung verankert. In Italien wurden gegen den Widerstand der EU-Kommission verschiedene Anti-Bargeldmaßnahmen beendet und die Obergrenze für Barzahlungen am 1. Januar 2023 von 2.000 auf 5.000 € erhöht. In Schweden will die Regierung sogar das Bargeldniveau des Jahres 2017 per Gesetz wiederherstellen und auch für die Zukunft verbindlich verankern. Als einstige Hochburg der Bargeldlosigkeit bedeutet dies für Schweden eine gewaltige Kehrtwende in der Geldpolitik. Dies zeigt, daß der Kampf gegen die Bargeldabschaffung noch lange nicht verloren ist und daß sich das Blatt schnell wenden kann, wenn die Menschen beharrlich am Bargeld festhalten.
3. Die Bargeldabschaffung in Nigeria scheitert krachend
Laut dem deutschen Wirtschaftsjournalisten Norbert Häring ist Nigeria ein gern benutztes Versuchskaninchen der Bill & Melinda Gates-Stiftung. In Nigeria wird laut Häring vieles umgesetzt und ausprobiert, um Bevölkerungen unter totale automatisierte Überwachung zu bekommen. So wurde z.B. dort im Oktober 2021 der eNaira, die erste digitale Zentralbankwährung Afrikas, eingeführt, um so die Bargeldnutzung zu beenden. Doch die Akzeptanz des

eNaira bei der Bevölkerung war so gering, daß ein Jahr nach dessen Einführung erst weniger als 0,5 % der Einwohner Nigerias diese neue Währung akzeptiert hatten.
Um die Bevölkerung zu deren Annahme zu zwingen, zog daraufhin Godwin Emefiele, ein vehementer Bargeldgegner und Gouverneur der Zentralbank von Nigeria, große Teile des Bargelds aus dem Verkehr. Auch führte er tägliche Abhebelimits für Bargeld ein, was viele Millionen Nigerianer in existentielle Not brachte und für viele Unternehmen zu massiven Umsatzeinbrüchen führte.
Doch die nigerianische Bevölkerung blieb standhaft, was schlußendlich die Gerichte in Bewegung brachte. Am 3. März 2023 gab der oberste Gerichtshof Nigerias schließlich einer Klage gegen die Geldpolitik der Zentralbank statt, woraufhin diese ihr Vorhaben zur Bargeldabschaffung stoppen mußte. Bei der nächsten Wahl wurde ein neuer Präsident gewählt, der dann Godwin Emefiele des Amtes enthob. Emefiele wurde kurz darauf verhaftet und ist jetzt wegen Amtsmißbrauch in Höhe von 4,5 Milliarden und Betrug in Höhe von 2,8 Milliarden Dollar angeklagt.
Laut dem geopolitischen Analysten Nick Giambruno war die Ablehnung des eNaira ein Symbol für das tiefe Mißtrauen der Bevölkerung Nigerias gegenüber den herrschenden Eliten. Der Erfolg ihres konzentrierten Widerstands ist darüber hinaus ein äußerst eindrückliches Paradebeispiel dafür, welch enorme Kräfte ein Volk entfalten kann, wenn es Eins ist.
All diese Beispiele zeigen damit deutlich, daß nichts unmöglich ist. All die schlimmen Entwicklungen, inklusive der Bargeldabschaffung, können noch gestoppt werden! Der Schlüssel dafür ist, daß die Bevölkerung die üblen Pläne der globalen Strippenzieher durchschaut. Daraus erwächst dann die Einsheit im Widerstand, die unweigerlich zum Scheitern der bösen Machenschaften und zu den positiven Veränderungen führen muß, nach denen sich jeder sehnt. Aufklärung ist deshalb das Gebot der Stunde! Nur wer die üblen Pläne der Strippenzieher im Hintergrund durchschaut, fällt nicht auf deren Lügen herein. Nutzen wir die Zeit, denn noch ist es nicht zu spät!<<

11.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Steuereinnahmen brechen weg: Lindner plant 5,2 Mrd. Euro zusätzliche Schulden**
Die Neuverschuldung des Bundes könnte im kommenden Jahr deutlich höher ausfallen als geplant. Wie mehrere Medien berichten, plant Finanzminister Christian Lindner (FDP) eine Nettokreditaufnahme von 56,5 Milliarden Euro - das wären 5,2 Milliarden Euro mehr als bisher von der Regierung veranschlagt.
Grund sind die schlechten Wirtschaftsaussichten und in der Folge davon zu erwartende Steuermindereinnahmen. Konjunkturbedingt darf der Grenzwert der Schuldenbremse für die Neuverschuldung steigen.
Eine Sprecherin des Bundesfinanzministeriums bestätigte in Berlin, daß sich aus der neuen Wirtschaftsprognose für die Neuverschuldung "in der Tat eine neue Konjunkturkomponente ergibt".<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Kriegstreiber-Ampel: Scholz sagt der Ukraine weitere Waffenlieferungen zu**
Hört das denn nie auf! Die Ampel-Regierung hat der Ukraine umfangreiche weitere Militärhilfe der westlichen Partner im Wert von 1,4 Milliarden Euro zugesagt. Dazu gehören Luftverteidigungssysteme, Artillerie und Drohnen, wie Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Berlin sagte.
Das Paket soll demnach bis zum Jahresende zusammen mit Belgien, Norwegen und Dänemark geliefert werden. Es klang wie Hohn: Scholz nannte die Waffenlieferungen allen Ernstes ein "Signal an Putin" für Friedensverhandlungen.
Der Kanzler verwies zudem auf eine jüngst erfolgte deutsche Lieferung militärischer Güter an

die Ukraine im Wert von 600 Millionen Euro. Deutschland stehe "weiter fest an der Seite der Ukraine", bekräftigte der Kanzler mit den üblichen Durchhalteparolen wie: "Wir werden keinen Diktatfrieden akzeptieren."
Selenskyj dankte Deutschland für die bisherigen Hilfen, wobei man an seinem Gesicht ablesen konnte, daß er sich wohl mehr erhofft hatte (Stichwort Taurus-Marschflugkörper). Er bat darum, die Unterstützung wenigstens auf dem jetzigen Niveau zu halten, um den Kampf gegen Rußland fortsetzen zu können.
Es war der zweite Deutschland-Besuch des ukrainischen Präsidenten innerhalb von fünf Wochen und das dritte persönliche Gespräch mit Scholz in diesem Zeitraum. Zunächst wollte Selenskyj am Samstag (12. Oktober) an einem Ukraine-Gipfel mit 50 Ländern auf dem US-Luftwaffenstützpunkt im rheinland-pfälzischen Ramstein teilnehmen. Nach der Absage von US-Präsident Joe Biden wegen des Hurrikans "Milton" wurde der Gipfel verschoben.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Brandsätze in Krefeld: Polizei schießt Iraner vor Kino nieder**
Am Donnerstagabend (10. Oktober) haben Polizeibeamte einen Iraner (38) vor dem "Cinemaxx-Kino" in Krefeld (Niederrhein) mit mehreren Schüssen niedergestreckt. Der Mann hatte zuvor an drei unterschiedlichen Orten Brandsätze gezündet und wollte das Kino stürmen.
Ersten Erkenntnissen zufolge soll der Iraner zuerst einen Brandsatz in das örtliche Gebäude der Bundesagentur für Arbeit geschleudert haben. Dann soll er ein vor dem Haus geparktes Auto angezündet und in Richtung Hauptbahnhof geflüchtet sein. Als der Iraner im "Cinemaxx" auftauchte, konnte ihn die Polizei schließlich stoppen. Zwei Beamte sollen den Angreifer niedergeschossen haben. Er kam in ein Krankenhaus.
Nach Polizeiangaben hatte der Iraner brennbare Flüssigkeit bei sich gehabt. Offenbar verschüttete er diese Flüssigkeit, offenbar Benzin, beim Eintreffen der Polizeibeamten im Foyer des Kinos. Zum Zeitpunkt der Tat sollen sich etwa 150 Menschen in dem Kinokomplex aufgehalten haben, verteilt auf mehrere Kinosäle.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Prüfer rügen immer mehr Ausgabenverstöße: So verschleudert die EU unsere Milliarden**
Die Europäische Union gibt immer höhere Milliardensummen vorschriftswidrig aus. Allein im vergangenen Jahr wurden schätzungsweise zehn Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt fehlerhaft verwendet, rügt der Europäische Rechnungshof in seinem neuen Jahresbericht für 2023. Der Trend sei "besorgniserregend", erklärten die Prüfer bei der Vorlage des Berichts.
Bei den Ausgaben aus dem EU-Haushalt in Höhe von insgesamt 191,2 Milliarden Euro im vorigen Jahr stieg demnach die stichprobenartig ermittelte Fehlerquote auf 5,6 Prozent an - im Jahr zuvor hatte sie noch bei 4,2 Prozent gelegen, 2021 bei drei Prozent. Die Prüfer halten bereits eine Überschreitung von zwei Prozent bei der Fehlerquote für problematisch.
Außerdem gebe es Unregelmäßigkeiten bei einem Teil der 48 Milliarden Euro, die im Rahmen der sogenannten Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) - der wichtigsten Säule des sogenannten Corona-Wiederaufbaufonds - ausgegeben wurden. Die Prüfer stießen auf Zahlungen, für die nicht alle Bedingungen erfüllt waren, und Schwachstellen in den Kontrollsystemen der EU-Länder.
Der Europäische Rechnungshof warnte zugleich auch vor den steigenden finanziellen Risiken für den EU-Haushalt als Folge der Ukraine-Hilfen. Die Finanzhilfe für die Ukraine habe sich 2023 mehr als verdoppelt und liege jetzt bei 33,7 Milliarden Euro. Das Risiko von Zahlungsausfällen, die den EU-Haushalt belasteten, werde in die Zukunft verlagert.
EU-Rechnungshof warnt vor Vertrauensverlust
Rechnungshof-Präsident Tony Murphy sagte, der Jahresbericht zeige "zentrale Herausforderungen" für den EU-Haushalt. "Wir brauchen sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten als auch

auf EU-Ebene solide Aufsichts- und Rechenschaftsmechanismen, damit wir das Vertrauen der Öffentlichkeit nicht verspielen und um künftige EU-Haushalte abzusichern", betonte Murphy.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Für die Gäste nur das Beste: Bayern plant Luxus-Asylunterkunft am Starnberger See**

Während deutsche Familien kaum noch bezahlbaren Wohnraum finden, plant Bayern eine Luxusunterkunft für Asylbewerber auf einem millionenteuren Grundstück in bester Lage am Starnberger See. Auch kostenlose Kinderbetreuung soll es geben.

In der Gemeinde Seeshaupt (3.000 Einwohner) direkt gelegen am malerischen Starnberger See vor prächtiger Alpenkulisse rumort es deshalb heftig: "Das ist ein Filetgrundstück, und es ist nicht kostenlos. Es gehört zum Vermögen aller Bayern. Ich hoffe, das geht an uns vorbei", zitiert der "Münchner Merkur" den örtlichen FDP-Politiker Armin Mell.

Auf dem Seegrundstück, dessen Wert auf rund sechs Millionen Euro geschätzt wird, sollen etwa 100 Asylbewerber untergebracht werden. Geplant ist eine vierteilige Bebauung, "nachhaltig in Vollholzbauweise, mit Satteldach, Photovoltaikanlage, Wärmepumpentechnik, gestalteten Außenanlagen", heißt es in dem Bericht.

Millionenkosten schon vor Baubeginn

Die aufgebrachten Bürger von Seeshaupt wurden beruhigt, es würden vor allem Mütter mit Kindern kommen. Das einmal dahingestellt sein lassend:

Vorher müssen noch Altlasten vom Grundstück befreit werden. Rund 1,7 Millionen Euro soll allein das die Steuerzahler kosten. Die Baukosten für die neue Unterkunft selbst sind noch gar nicht beziffert.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Neue Zensuranstalt: Habecks Netzagentur wütet als digitaler Blockwart!**

Die Ampel-Regierung setzt seit dem 1. Oktober private vom Steuerzahler finanzierte "Hinweisgeber" ein, angeblich um strafbare Inhalte in den sozialen Medien schneller zu löschen. Die neue Meldestelle soll alles liquidieren, was aus Sicht dieser linksgrünen Zensuranstalt in den Sozialen Medien nach "Haßrede" oder "Fake News" riecht.

Der Habeck-Paladin Klaus Müller ("Grüne") ist eigentlich für Strom, Gas, Telekommunikation, Post und die Eisenbahn zuständig. Zu seinen neuen Aufgaben gehört jetzt auch der Kampf gegen die Meinungsfreiheit.

"REspect!" heißt das neue Denunziationsportal, das Netzagentur-Chef Müller hochoffiziell zum "Trusted Flagger" ernannt hat, zu einem vorgeblich "vertrauenswürdigen Hinweisgeber".

Gemeint sind Organisationen, die das Internet nach "problematischen Inhalten" durchsuchen und bei den Plattformen melden.

Im Klartext: Es handelt sich um nichts anderes als digitale Blockwarte, die gemäß dem von der EU erlassenen Zensurgesetz "Digital Services Act" (DSA) tätig werden. Das Gesetz verpflichtet soziale Medien dazu, Posts mit angeblich illegalen Inhalten kurzfristig zu entfernen.

"Hinweise sind prioritär zu behandeln"

Plattformen wie u.a. YouTube, TikTok, Facebook, Instagram sind laut Netzagentur-Chef Müller demnach gesetzlich verpflichtet, solche Meldungen "prioritär zu behandeln und unverzüglich Maßnahmen wie beispielsweise die Löschung der Inhalte zu ergreifen".

Tun sie das nicht, droht in jedem Einzelfall ein Strafgeld von sechs Prozent des Jahresumsatzes. Im Fall von Facebook und Instagram wären das sechs Prozent von 134 Milliarden Dollar - also rund acht Milliarden Dollar Strafe, und zwar für jeden einzelnen Fall!

Während bislang sanfter Druck auf die sozialen Netzwerke ausgeübt wurde, verfügt die Meldestelle "REspect!" nunmehr kraft Gesetzes über die Befugnis, Zensur innerhalb Deutschlands einzufordern und umsetzen zu lassen.

Kubicki (FDP) spielt wieder einmal den "good cop"

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) wirft der Bundesnetzagentur mit Blick auf deren neue Zuständigkeit als nationale Aufsicht über Online-Anbieter vor, eine "grüne Zensuranstalt" zu sein, "die den Meinungskorridor einseitig einschränkt".
Der FDP-Politiker sagte der "Bild-Zeitung": "Ich halte die Beauftragung eines privaten Dritten, der über ein zentrales Element unserer freiheitlichen Demokratie richten soll, für unerträglich. Robert Habeck, der ja auch schon wegen Nichtigkeiten nach staatlicher Verfolgung von Meinungsäußerungen rief, sollte dringend der deutschen Öffentlichkeit erklären, daß er seine nachgeordnete Behörde an die Kette legt und hier kein eigener grüner Rechtskreis geschaffen wird."
Schnappatmung bei "Grünen" und SPD!
Aber wie so oft spielt FDP-Vize Kubicki wieder ein doppeltes Spiel. Denn der eigentlich zuständige Digitalminister heißt Volker Wissing und gehört der FDP an. Aber immer, wenn die FDP in der Ampel ihre eigenen freiheitlichen Werte verrät, tritt Kubicki auf den Plan - nach der Devise "good cop, bad cop". Eine nur allzu durchsichtige Taktik!
Nicht nachvollziehbar ist überdies, warum ausgerechnet das Wirtschaftsministerium und dessen nachgeordneter Netzwächter Müller - zuständig für "Energie, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen" - fortan als "Digital Services Coordinator" (DCS) fungiert.
AfD: "Der Willkür ist Tür und Tor geöffnet!"
Mit der politischen Unabhängigkeit der neuen Meldestelle ist es jedenfalls nicht weit her. Denn "REspect!" ist laut Eigendefinition "eine Maßnahme der Jugendstiftung Baden-Württemberg im Demokratiezentrum Baden-Württemberg in Kooperation mit der Bayerischen Staatsregierung".
Gefördert wird das Zensurprojekt auch durch das von den "Grünen" geführte baden-württembergische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sowie durch das ebenfalls von den "Grünen" geführte Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!". Damit ist klar, woher der ideologische Wind weht!
Der rechtspolitische Sprecher der baden-württembergischen AfD-Landtagsfraktion, Rüdiger Klos, verweist auf die Bedenken namhafter Verfassungsrechtler und kritisiert: "Wenn eine private Meldestelle, die jedoch vom grüngeführten Bundesfamilienministerium staatlich finanziert wird, vermeintlich illegale Inhalte oder Fake News an Behörden geben soll, ist der Willkür Tür und Tor geöffnet!"<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Bewaffneter Iraner wollte Kino stürmen: Diese Gewalt verdanken wir der CDU!**
Dramatischer Vorfall im nordrhein-westfälischen Krefeld: Vor den Augen von Kinobesuchern mußte die Polizei einen bewaffneten Iraner niederschießen, nachdem der Täter bereits drei Brandanschläge verübte und anschließend mit einem Molotow-Cocktail und einer weiteren Waffe das Kino stürmen wollte.
Das sind die alltäglichen Zustände in einem CDU-regierten Bundesland. Bedanken können sich die Bürger insbesondere beim nordrhein-westfälischen CDU-Innenminister Herbert Reul, der die migrantische Gewalt auf ungeheuerliche Weise verharmlost und nichts gegen den Zusammenbruch der Inneren Sicherheit unternimmt.
Erst vor wenigen Wochen hatte Reul mit Skandal-Aussagen für Aufsehen gesorgt. Ein polizeibekannter Syrer hatte in Essen mehrere Brände gelegt und auf diese Weise 31 Menschen verletzt, zwei Kinder schwebten vorübergehend in Lebensgefahr. Nach den Brandlegungen raste der Täter in zwei Geschäfte, demolierte die Läden und bedrohte Passanten mit einer Machete.
"So was gab's immer", sagt dazu der CDU-Innenminister und meint das in vollem Ernst. "Da

ist ja Gott sei Dank nichts passiert", schiebt er mit Blick auf den Macheten-Einsatz nach. Obwohl zum Ende des Jahres 2023 in Nordrhein-Westfalen insgesamt 59.400 ausreisepflichtigen Ausländer lebten, hat CDU-Reul im gesamten Jahr 2023 nur eine lächerliche Zahl von 3.663 Personen abschieben lassen. 3.967 geplante Abschiebungen wurden nicht durchgeführt.
Solingen, Essen, Krefeld: Mit der CDU wird Nordrhein-Westfalen zum gewalttätigen und blutigen Pulverfaß - und für alle anderen CDU-regierten Bundesländer gilt das Gleiche. Die CDU, die derartigen alltäglichen Terror massiv verharmlost und die Massenmigration vorantreibt, ist die größte Gefahr für die Sicherheit unserer Bürger. Sie muß aus der politischen Verantwortung heraus gewählt werden - im Bund und in allen Bundesländern, einfach überall.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.412/…):

>>**Staatsschutz eingeschaltet - Weil er Abgeordnetenliste hinter AfD-Verbotsantrag teilte: Blogger bekommt polizeiliche Gefährderansprache**

Die Polizei hat bei dem AfD-nahen Blogger Tim Kellner eine Gefährderansprache durchgeführt, weil dieser eine Liste von Bundestagsabgeordneten veröffentlicht hatte, die hinter dem AfD-Verbotsantrag stehen.

Christopher Martens

... Der AfD-nahe Influencer Tim Kellner hat unerwarteten Besuch vom Staatsschutz Bielefeld erhalten. In einer Videobotschaft berichtete Kellner, daß Beamte eine sogenannte Gefährderansprache durchführten. Die Polizei Bielefeld bestätigte auf Anfrage von Apollo News den Vorfall.
Auslöser für die polizeiliche Intervention war offenbar die Veröffentlichung einer Liste von Bundestagsabgeordneten auf Kellners Telegram-Kanal. Diese Liste enthielt die Namen jener Parlamentarier, die für ein Verbotsverfahren gegen die AfD gestimmt hatten. Mittlerweile wurden die Namen aus der Nachricht gelöscht. Die Liste der Abgeordneten war bereits zuvor in verschiedenen sozialen Netzwerken verbreitet worden.
Wie die Polizei gegenüber Apollo News bestätigte, wurde bei Kellner am 9. Oktober 2024 eine sogenannte "Gefährderansprache" durchgeführt. Ein Sprecher erklärte, es handele sich um eine "präventive individuelle Ansprache im Vorfeld einer strafbaren Handlung". Solche Maßnahmen seien ein Standardvorgehen zur Gefahrenabwehr.
In einer Videobotschaft bezeichnete der 46-jährige ehemalige Polizist die Ereignisse als "unfaßbar, aber wahr". Kellner war zum Zeitpunkt des Besuchs nicht zu Hause. Er berichtet, daß die Beamten die Gefährderansprache daraufhin telefonisch nachgeholt hätten. Kellner spekuliert über die möglichen Beweggründe der Behörden.
Er mutmaßt: "Und da der Staatsschutz wohl davon ausgeht, daß ihr zum einen regimekritisch seid, als auch möglicherweise gewaltaffin und dann möglicherweise irgend jemand von euch, möglicherweise irgend jemand von denen etwas antun könnte, hat man sich natürlich Sorgen gemacht und nochmal deswegen eine Gefährderansprache durchgeführt."
Tim Kellner betreibt einen YouTube-Kanal mit rund 563.000 Abonnenten. Sein Telegram-Kanal zählt über 100.000 Follower. Kellner wurde mehrfach strafrechtlich verurteilt, unter anderem wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung. 2015 wurde er wegen fahrlässigen unerlaubten Waffenbesitzes zu einer Geldstrafe verurteilt. In jüngerer Zeit sah sich Kellner wiederholt mit Klagen von Politikern konfrontiert, insbesondere wegen Beleidigungsvorwürfen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.412/…):

>>**U-Ausschuß: AKW-Weiterbetrieb wurde "nicht ergebnisoffen geprüft", stellt Union fest**

Am Donnerstag ist der Untersuchungsausschuß zum Atomausstieg gestartet. Die Union hat das Wirtschafts- sowie Umweltministerium direkt stark kritisiert: "Es wurde nicht ergebnisof-

fen geprüft". 500 Zeugen sollen das beweisen - für Robert Habeck und Steffi Lemke könnte es eng werden.

Von *Redaktion*

... Die Grünen-Minister Robert Habeck und Steffi Lemke und ihre Ministerien müssen sich erklären.

Am Donnerstag startete der Untersuchungsausschuß zum Atomausstieg, der von der Unionsfraktion im Bundestag initiiert wurde, mit den Zeugenbefragungen. Schnell stellten die Unionsvertreter im Ausschuß fest: Eine mögliche Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke in Deutschland über April 2023 hinaus wurde vom Bundeswirtschaftsministerium als auch vom Bundesumweltministerium nicht ergebnisoffen geprüft.

In der ersten Vernehmungssitzung wurden Zeugen aus dem Umweltministerium befragt. Die der Grünen-Politikerin Steffi Lemke unterstellte Behörde hatte in der Öffentlichkeit immer wieder betont, ein Weiterbetrieb sei undenkbar. In internen Mails wurde sogar mit dem Grundgesetzartikel 20a gegen eine Laufzeitverlängerung argumentiert. Dieser Artikel verpflichtet den Staat, "die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsgemäßen Ordnung" zu schützen.

Ein Mitarbeiter des Umweltministeriums sagte dem Untersuchungsausschuß am Donnerstag laut dem BR, daß die Behörde nach dem Amtsantritt von Lemke damit beauftragt worden sei, Argumente gegen einen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke zu sammeln. Das Ergebnis dieser Prüfung ist bekannt: Im März 2022 veröffentlichten beide Behörden einen Vermerk, in dem eine Laufzeitverlängerung nicht empfohlen wird. Grund dafür seien die Abwägungen der Fachbereiche.

Der befragte Mitarbeiter des Umweltministeriums konnte sich vor dem Untersuchungsausschuß nicht daran erinnern, wer den entsprechenden Vermerk damals in Auftrag gegeben hatte. Er bestätigte jedoch, daß es infolge des Einmarschs der russischen Armee in die Ostukraine im Februar 2022 hektisch wurde. Der betreffende Vermerk über den "Streckbetrieb", also die Laufzeitverlängerung der drei verbleibenden Meiler, sollte schnellstmöglich fertiggestellt werden.

Die Fachebene kam letztlich zu der Einschätzung, der Weiterbetrieb sei nach einer eingehenden Prüfung und Rücksprache mit den Betreibern der Werke möglich - in der Öffentlichkeit wurde das jedoch, wie beschrieben, anders vermittelt. Brisant: Cicero-Recherchen zeigen, daß der ursprüngliche Vermerk wenig später durch einen zusätzlichen Abschnitt ergänzt wurde, der mit dem Satz "Eine Laufzeitverlängerung ist aus Gründen der nuklearen Sicherheit abzulehnen" beendet wird.

Zurück zum Untersuchungsausschuß: Bis dahin waren sich alle Abgeordneten einig, das Vorgehen des Umweltministeriums sei plausibel. An der Stelle grätschte CSU-Politiker Andreas Lenz erstmals dazwischen und verwies auf die fehlende Prüfung. Die Behörde habe zwar erklärt, es bedürfe genauerer Inspektionen und Rücksprachen mit den zuständigen Stellen, aber: "Das wurde nicht gemacht. Was den Rückschluß nahelegt, daß eben gar nicht mehr ergebnisoffen geprüft wurde."

Dieser Vorstoß zeigt: Die CDU meint es ernst. Der Vorwurf, die von den Grünen geführten Ministerien hätten zielgerichtet auf eine Abschaltung der Kernkraftwerke hingearbeitet, wird auch durch die im Frühjahr veröffentlichten Protokolle beider Behörden über den Atomausstieg untermauert. Cicero hatte damals großflächige Recherchen angestellt, mit dem Ergebnis: Dokumente wurden nach der wissenschaftlichen Ausarbeitung von Staatssekretären bearbeitet oder ganz zurückgehalten (Apollo News berichtete hier und hier).

Spätestens wenn höherstehende Referenten, Staatssekretäre und gar die Minister selbst Rede und Antwort stehen müssen, könnte der Untersuchungsausschuß die mutmaßlichen Verstrikkungen in den beiden Behörden aufklären. Für Robert Habeck, der als designierter Kanzler-

kandidat der Grünen gilt, könnte das einen empfindlichen politischen Rückschlag darstellen - es sei denn, es kommt vorher zu Neuwahlen.
Die CDU hat für den Untersuchungsausschuß bis zu 500 Zeugen vorgesehen, die bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode aussagen sollen. Kommt es allerdings bereits im Frühjahr zu Neuwahlen - worauf aktuell manche Zeichen stehen -, werden die höheren Mitarbeiter oder Minister vermutlich nicht mehr vor dem Gremium aussagen können, weil derartige Positionen meistens erst später in der Untersuchungsphase befragt werden.
In diesem Fall könnten Habeck und Lemke ungeschoren davonkommen - fast. Denn die Veröffentlichung der AKW-Dokumente durch das Cicero-Magazin hat bereits ordentlich Staub aufgewirbelt. Die Energie- und Wirtschaftskrise fällt Habeck zunehmend auf die Füße. Umfragen zur Bundestagswahl zeigen: Die Grünen müssen bei den nächsten Wahlen - ob sie nun im Frühjahr oder wie festgesetzt am 28. September 2025 stattfinden - um ein zweistelliges Ergebnis bangen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Eon erwartet steigende Verbraucherpreise für Strom und Gas**
Filip Thon, Chef von Eon Energie Deutschland, erwartet steigende Energiepreise für die Verbraucher. "Der Anteil der Netzgebühren am Strompreis nähert sich der 30-Prozent-Marke", sagte Thon dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Freitagausgaben). Insgesamt machten diese und weitere staatlich festgelegte Steuern und Umlagen mittlerweile rund 56 Prozent des Strompreises aus.
Auf die Frage, ob dieser Anteil steigen werde, antwortete der Manager: "Ja, davon gehe ich perspektivisch aus." Zur Begründung sagte er: "Wir brauchen steigende Investitionen in die Netzinfrastruktur, um die Erneuerbaren weiter in den Strommarkt zu integrieren."
Beim Erdgas erwartet Thon ebenfalls steigende Tarife: "Die Betreiber jüngerer Gasnetze könnten diese Netze zum Beispiel nun schneller abschreiben, weil Deutschland bis zum Jahr 2045 aus dem Erdgas aussteigen will. Das bringt für die Endkunden voraussichtlich steigende Preise für Erdgas." Aufschläge drohten zudem wegen der Witterung: "Wenn wir einen kühleren Winter bekommen, dann können sich die Preise ganz schnell verdoppeln."
Eon Energie ist nach eigenen Angaben der größte Energieversorger und Ökostromanbieter in Deutschland.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Bundesweit erster Anbauverein will ab Dienstag legal Cannabis ernten**
Ab dem 15. Oktober will der Cannabis Social Club Ganderkesee (Niedersachsen) als erster Anbauverein in Deutschland legal Marihuana ernten und verteilen. "Nach Jahrzehnten der Prohibition wollten wir die Ersten sein, die in Deutschland auf ganz legalem Weg Cannabis züchten", sagte der Vorstandsvorsitzende Daniel Keune dem "Spiegel". Der Verein hat 400 Pflanzen angebaut, von denen etwa die Hälfte reif ist für die Ernte.
Ab November sollen sich die 499 Mitglieder monatlich bis zu 50 Gramm von Sorten wie "Girl Scout Cookies" und "White Widow" mit einem THC-Gehalt von bis zu 25 Prozent in der Geschäftsstelle des Vereins abholen dürfen. Laut einer Anfrage des Nachrichtenmagazins bei den zuständigen Behörden der Bundesländer haben bundesweit 361 Vereine Anträge zum Anbau von Marihuana gestellt, 29 davon erhielten eine Genehmigung (Stand 10. Oktober).
Der Cannabis Social Club Ganderkesee ist einer von 15 Vereinen mit einer Lizenz in Niedersachsen. Fünf weitere Bundesländer haben demnach inzwischen Genehmigungen für den Marihuana-Anbau ausgegeben: Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Sachsen. Während in Niedersachsen die grüne Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte die Anbauvereine begrüßt, zeigt sich Innenministerin Daniela Behrens (SPD)

kritisch.
"Das Gesetz ist keine Erfolgsgeschichte, sondern eine Fehlkonstruktion", sagte sie dem "Spiegel". Da die Anbauvereine nur einen Bruchteil der Nachfrage abdeckten, rechne sie damit, daß der Schwarzmarkt nicht zurückgedrängt, sondern eher gefördert werde, und warnt vor einem Erstarken insbesondere der organisierten Betäubungsmittelkriminalität. Statt der Anbauvereine hätte Behrens die Abgabe von Cannabis in lizenzierten Geschäften, etwa in Apotheken, bevorzugt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Eurowings-Streichungen: Unionsfraktion kritisiert Luftverkehrssteuer**

Nach der Ankündigung der Lufthansa-Tochter Eurowings, 1.000 Flüge am Flughafen Hamburg aus dem Programm zu nehmen, hat der CDU-Verkehrspolitiker Christoph Ploß die Bundesregierung aufgefordert, die Standortkosten zu senken. "Deutschland ist unter der Ampelkoalition international nicht mehr wettbewerbsfähig", sagte Ploß den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Samstagausgaben).

"Mit der Erhöhung der Luftverkehrsteuer hat die Ampel nicht nur Reisen für Millionen deutsche Urlauber teurer gemacht, sondern auch dem schwächelnden Wirtschaftsstandort Deutschland schweren Schaden zugefügt." Ploß zufolge müsse "dieser Ampel-Fehler" nun "dringend korrigiert" werden.

"Sonst werden Tausende Arbeitsplätze in der Luftfahrtindustrie vernichtet werden", so der CDU-Politiker weiter. Eine Sprecherin von Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) teilte auf Anfrage der Zeitungen mit, daß man sich für einen starken und wettbewerbsfähigen Luftverkehrsstandort Deutschland einsetze. Standortkosten seien in nahezu allen europäischen Ländern gestiegen. "Im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit prüfen wir gerade, die turnusmäßige Erhöhung der Flugsicherungsgebühren für 2025 abzufedern", sagte die Sprecherin weiter.

Die deutsche Luftverkehrssteuer war im Mai dieses Jahres um 20 Prozent erhöht worden. Ursprünglich hatte sich die Bundesregierung bei den Haushaltsverhandlungen auf eine Kerosinsteuer geeinigt, sich später aber angesichts der Standortbedenken statt dessen für die höhere Luftverkehrssteuer entschieden, von der Privatflugzeuge nicht betroffen sind. Die CO2-Einsparungen, die sich die Bundesregierung von der Steuer erhofft, werden von Fachleuten angezweifelt, weil Preiserhöhungen leicht auf weniger preissensible Kunden umgelegt werden können.

Deutschlands zweitgrößte Airline teilte am Freitag mit, das Angebot in der Hansestadt reduzieren zu wollen und begründete das vor allem mit den stark gestiegenen Standortkosten. Unter anderem soll auch die Inlandsverbindung nach Köln-Bonn im kommenden Sommerflugplan gestrichen werden. An anderen deutschen Flughäfen sollen Streckeneinstellungen geprüft werden, so Eurowings. Zuvor hatte auch bereits die irische Billigflugairline Ryanair angekündigt, im Sommer 2025 Flugverbindungen von und nach Deutschland an mehreren Flughäfen streichen zu wollen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Bundesinnenministerium: Fast 1.000 Mafiosi in Deutschland**

Die italienische Mafia hat in Deutschland fast 1.000 Mitglieder. Das geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Grünen hervor, über die das "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Freitagausgaben) berichtet.

"Im Rahmen der gemeinsamen Erhebung des Bundeskriminalamtes und der Landeskriminalämter wurden letztes Jahr insgesamt 933 dauerhaft in Deutschland lebende, mutmaßliche Mitglieder der Italienischen Organisierten Kriminalität festgestellt", heißt es darin. Dabei zählten den Angaben zufolge 503 zur `Ndrangheta, 116 zur Cosa Nostra, 111 zur Camorra und der Rest zu anderen Gruppen. Laut Innenministerium ist die Zahl gegenüber dem Jahr 2022 zwar insgesamt um 70 gesunken.

Aufgrund der Tatsache, daß gerade die italienische Organisierte Kriminalität "hierzulande wie international sehr mobil" sei, sei aber "nicht davon auszugehen, daß es sich bei dem partiellen Rückgang um einen Trend handelt". Der Obmann der Grünen-Bundestagsfraktion im Innenausschuß des Parlaments, Marcel Emmerich, sagte dem RND: "Es leben fast 1.000 Mafiosi in unserem Land, und es gibt großen Grund zur Sorge, daß immer mehr Mafiosi unter dem Radar der Sicherheitsbehörden bleiben.
Die hohe Dunkelziffer ist nicht zu unterschätzen. Der gewaltbereite und aushöhlende Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ist eine schleichende Gefahr für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie." Die Macht der Mafiosi werde vor allem durch einen florierenden Drogenhandel gestärkt, bei dem die Sicherheitsbehörden immer wieder neue Rekordfunde in Milliardenhöhe entdeckten, fügte Emmerich hinzu. Umso wichtiger sei es, die Organisierte Kriminalität entschlossen zu bekämpfen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 42/24" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Von Stabilität weit entfernt**
Koalitionen der Verlierer gegen die AfD: Statt neuer politischer Konzepte wird ein Parteiverbot diskutiert
Antje Hermenau
Antoine de Saint-Exupéry schreibt im "Kleinen Prinzen": "Die Autorität beruht vor allem auf der Vernunft. Wenn du deinem Volk befiehlst zu marschieren und sich ins Meer zu stürzen, wird es revoltieren." Wenn sich jetzt die Parteien unseres Landes zu einer dysfunktionalen Notgemeinschaft zusammenschließen, um das, was sie "ihre Demokratie" nennen, zu verteidigen, indem sie diejenigen mit einem Parteiverbot belegen, die ihnen dieses Machtparadies streitig machen, dann steht die Frage im Raum, warum all diese Parteien keine Autorität mehr genießen. Das Volk hat ihnen diese Opposition absichtsvoll an den Hals gewählt!
Es revoltiert nun - in allen 16 Bundesländern, nicht nur im Osten. Ein Verbot der AfD ändert nichts daran. Im Gegenteil. Zu durchsichtig ist, daß es vor allem die gegenwärtigen Verlierer sind, die sich zusammenraffen, um ihre Privilegien zu wahren. Geschickt gemacht wird es ja: Keine Fraktion erhebt ihr Haupt für diesen Antrag, sondern alle verstecken sich hinter der Gruppe. Namentliche Abstimmung zu beantragen wird ein Spaß.
Die bisher einzigen zwei Eingriffe dieser Art richteten sich 1952 gegen eine NSDAP-Nachfolgerpartei und 1956 die KPD. Die NPD-Verbotsverfahren 2012 bis 2017 waren lächerlich. Ein neuerlicher Versuch, die Menschen so zu bevormunden, würde unserer Demokratie schaden. Aber das Verfahren gegen die AfD hat ja einen heimlichen anderen Zweck: Man will die Partei damit im Ansehen der Bürger und materiell behindern. Ein Verbot bräuchte eine Zweidrittelmehrheit im Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVG). Statt dessen sollen AfDler zweifelhaft beleumdet sein, die Partei keine angesehenen Mitglieder mehr anwerben und ihren Wahlkampf nicht finanzieren können.
Auch ist fraglich, ob der Antrag überhaupt angenommen würde. Da der sächsische Verfassungsschutz (VS) schon lange behauptet, daß die AfD von ihm als "gesichert" rechtsextrem eingestuft wird, er aber seither vergeblich auf die Vorlage von Beweisen warten läßt, bestehen hier berechtigte Zweifel, ob die nötige Begründung zureichend wäre.
Gelänge dies doch, genügte allerdings eine einfache Senatsmehrheit, um die Partei von den Staatstöpfen auszuschließen. Genau darauf soll es wohl hinauslaufen. Denn die AfD könnte dann sechs Jahre von der steuerlichen Begünstigung von Parteispenden ausgekapselt werden. Die "nationale Front" würde zwei Bundestagswahlen lang Siege im Schlafwagen einfahren. Pyrrhus-Siege, die uns allen massiv schaden werden.
Der Bevölkerung geht es aber schlecht. Das Leben ist zu teuer geworden. Die Bevormundungen haben in allen Lebensbereichen überhandgenommen. Die politische Agenda dieser "nationalen Front unter Führung der CDU" hat zu viele Probleme für die Bürger gebracht, als daß

diese noch bereit wären, es weiter mitzutragen.
Der Osten Deutschlands hat in den vergangenen drei Landtagswahlen im September "den Westen abgewählt" (Sylke Kirschnick). Er hat das getan, weil er sieht, daß Westdeutschland einen Sonderweg in Europa geht, völlig fixiert auf eigene Legenden und Vorurteile. Thüringen, Sachsen und Brandenburg bewegen sich im Gleichklang mit den meisten Europäern. Von der Trauminsel im Westen stammen auch die wunderlichen Sonderwege, wie die Energiewende und die Zerstörung der heimischen Automobilindustrie. Aber auch dieser Verbotsversuch ist europäisch betrachtet ein solcher Sonderweg.
Welche Entscheidungen waren es, die nicht auf Vernunft basierten und die Etablierten ins Wanken brachten? Zuerst die Frage nach Euro und Stabilität statt der jetzt üblichen Teuerung. Das war noch kein Volksthema, solange die Inflation nicht täglich beim Einkauf zubiß. Zum zweiten ist bis heute die Frage der Massenmigration verbunden mit einer sehr mangelhaften Integration zu nennen. Da geht es bei den meisten nicht um plumpen Rassismus, wie die "nationale Front" so gerne vorbetet, sondern um differenzierte Regelungen. Wenn man die Zuwanderungsdebatte nicht völlig zerstören möchte, muß man die aktuellen Zustände endlich klar benennen und beheben.
Nachdem Oskar Lafontaine erfolgreich die SPD schwächte, reibt nun seine Frau Linke und CDU auf. Daß Sahra Wagenknecht mit der Linken nicht mehr viel am Hut hat, ist nachvollziehbar. Daß SPDler die Vertreterin der "Kommunistischen Plattform", die sich für die Verankerung kommunistischer Werte in der zuvor PDS genannten Partei einsetzte, als willkommene Unterstützung gegen die AfD annehmen, läßt ein Geschmäckle aufkommen, stand die "Plattform" doch unter VS-Beobachtung.
Das wirft die Frage auf, wie eigentlich die CDU zu all dem steht. Letztendlich zerreibt dieser Verbotsantrag die Union dann gänzlich in Schwarzgrüne und Schwarzblaue. Ironischerweise hat sich ein CDU-Mann, der sein Mandat an einen AfDler verlor, besonders für das Verbot stark gemacht.
Mit der Ausgrenzung und Beschimpfung der AfD hat sich die "nationale Front" aber nun in eine furchtbare Sackgasse geritten: In den drei Ostländern sind nur dysfunktionale Regierungskoalitionen denkbar. Da die Bundestagswahl im nächsten September im Westen gewonnen wird, war klar, daß die Bundesverbände auf die Interessen der Ostländer keine Rücksicht nehmen. Das haben die Bürger verstanden und ihrerseits alle Landesinteressen ignoriert. Sie wählten stattdessen, ohne Revolte oder Umsturz, die verheerende Politik der Berliner Ampel ab. Mit einer Wahlbeteiligung von über 72 Prozent.
Stabile Regierungen entstehen nicht durch das Einzementieren der "nationalen Front" in der Unvereinbarkeit ihrer politischen Ansätze, sondern durch Bildung von handlungsfähigen Koalitionen, die stringent arbeiten. Angesichts der geopolitischen Turbulenzen dieser Jahre wäre das vernünftig. 1989 hieß es nicht nur "Wir sind das Volk." Es hieß auch "Wir sind ein Volk."
Das BSW, das sich mit der AfD Themen geteilt hat, wäre in Sachsen wohl als Mehrheitsbeschaffer für CDU und SPD zu bekommen. Zu welchem Preis? Für einen Apfel (Ministerium für Sabine Zimmermann) und ein Ei (Floskel zum Weltfrieden im Vorwort des Koalitionsvertrages).
Die AfD ist dagegen eine gesamtdeutsche Partei, kein "Ossi-Problem". Der Westen Deutschlands will mehrheitlich noch nicht aus seinem Traum erwachen und sich noch ein bißchen ins Federbett kuscheln. Das ändert aber nichts daran, daß es weltweit völlig egal ist, ob die Deutschen schlafen oder mittun. Nur uns selbst kann das nicht egal sein. Die AfD ist der Weckruf nach der Schlummertaste Merkel und ihrem Adlaten Scholz. Man kann ja andere politische Antworten geben, aber Verdrängen ist nur noch schädlich.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 42/24" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Droht nach der Bundestagswahl der nächste Mehrwertsteuersprung?**

Bluten für die Transformation

Jörg Fischer

Voriges Jahr nahmen Bund, Länder und Gemeinden 1.413 Milliarden Euro ein - 88,3 Milliarden mehr als 2022. In diesem Jahr werden noch höhere Mehreinnahmen erwartet. Das freut die Ampel und die Scheinopposition von Union und Linken, denn Dekarbonisierung, Masseneinwanderung, Subventionen für die "Transformation" und die "Zeitenwende" sind für sie alternativlos. Da auch die Infrastruktur verfällt, die Erwerbsbevölkerung altert, die Deindustrialisierung voranschreitet und der deutsche Kraftwerkspark mutwillig vernichtet wird, reichen selbst 1,5 Billionen an Staatseinnahmen nicht mehr aus.

Was nach der Bundestagswahl 2025 - egal ob unter Schwarz-Rot, Schwarz-Grün, einer Jamaika- oder Kenia-Koalition - droht, rechnete der frühere Chef der "Wirtschaftsweisen", Bert Rürup, im Handelsblatt vor:

Bei 19 Prozent Mehrwertsteuer wird es nicht bleiben. In diesem Jahr werden zwar 306 Milliarden Euro erwartet - fast ein Drittel des Gesamtsteueraufkommens von Bund und Ländern - doch das reiche nicht für die "Modernisierung des Standorts". Daß es wohl so kommen wird, zeigt ein Rückblick: Im Bundestagswahlkampf 2005 kündigte die Union eine Mehrwertsteuererhöhung um zwei Prozentpunkte an - die SPD lehnte das mit Blick auf die Normalverdiener (die davon spürbarer betroffen wären als "Reiche") lautstark ab. Doch nach den schwarz-roten Koalitionsverhandlungen hieß es: "April, April - Anfang 2007 steigt die Mehrwertsteuer nicht nur um zwei, sondern sogar um drei Prozent!"

Der Ökonomieprofessor Rürup liefert der nächsten Bundesregierung - und ihren willfährigen Apologeten - für die erneute Erhöhung sogar boulevardeske Argumente: Im EU-Schnitt betrage die Steuer sogar "21 oder 22 Prozent, in Schweden, Dänemark und Kroatien sind es sogar 25 Prozent". Zudem könne man Konsumsteuern auf legalem Wege nicht auf Dauer ausweichen. Das stimmt leider, sofern man nicht auswandert. Und "überdies belastet die Umsatzsteuer Exporte und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht" - auch das kann man so sehen. Aber unsere industriellen Konkurrenten lassen ihre Normalbürger viel weniger bluten: In den USA liegt der Umsatzsteuerhöchstsatz in den meisten Staaten unter acht Prozent. In Japan sind es zehn und in China 13 Prozent. Das verrät Rürup natürlich nicht.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 42/24" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Kein gutes Zeichen für den Standort**

Chemieindustrie: Arabischer Ölkonzern Adnoc übernimmt Covestro / Ausverkauf der deutschen Branche geht weiter

Jörg Schierholz

Nach langen Verhandlungen hat sich der Chemiekonzern Covestro mit dem arabischen Ölkonzern Adnoc auf eine Übernahme zu 62 Euro pro Aktie und insgesamt 11,7 Milliarden Euro geeinigt. Zehn Jahre nach dem Börsengang bekommt die Ex-Bayer-Tochter damit einen neuen Eigentümer. Vorstand und Aufsichtsrat des Dax-40-Konzerns unterstützen das Angebot aus Abu Dhabi. "Adnoc hat offenbar sehr großes Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit und Strategie unseres Unternehmens", freute sich Covestro-Chef Markus Steilemann im Tagesspiegel. Für den deutschen Standort sei es ein gutes Zeichen, daß ein ausländisches Unternehmen eine solche Direktinvestition tätigt.

Die Eigenständigkeit von Covestro sei gesichert. Der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen gelte bis 2032. Es soll die Mitbestimmung im Aufsichtsrat beibehalten werden und unabhängige Aufsichtsräte auf Kapitalseite geben, wobei die Führung beim Management bleiben soll. "Diese strategische Partnerschaft ist eine ideale Verbindung. Sie paßt nahtlos in Adnocs nachhaltige Wachstumsstrategie mit dem Ziel, zukunftssicher aufgestellt zu sein, sowie zu unserer Vision, eines der weltweit fünf größten Chemieunternehmen zu werden", erklärte Adnoc-Chef Sultan Ahmed Al Jaber.

Die 1971 gegründete Abu Dhabi National Oil Company (Adnoc) ist ein Staatskonzern der Vereinigten Arabischen Emirate und der zwölftgrößte Erdölproduzent der Welt. Zudem wird Erdgas gefördert und als Flüssigerdgas (LNG) per Schiff exportiert. Die Golfaraber haben einen Zeitpunkt für die Übernahme gewählt, in dem die deutsche Chemieindustrie viele Probleme hat: der Höchstkurs von Covestro betrug schon einmal 95 Euro.
Da noch etliche behördliche Genehmigungen ausstehen, kann der Deal erst im zweiten Halbjahr 2025 abgeschlossen werden. Bereits 2022 war Adnoc beim österreichischen Öl-, Gas- und Chemiekonzern OMV mit 24,9 Prozent eingestiegen. Fast zeitgleich verkaufte die ehemalige Bayer-Spezialchemietochter Lanxess ihre Sparte Urethane Systems an den japanischen Chemiekonzern UBE und stieg damit endgültig aus dem Polymergeschäft aus. 2004 hatte Bayer wegen der Milliarden-Zahlung in den USA (juristischer Vergleich in Fällen des Cholesterinsenkers Lipobay) umstrukturieren müssen und ein Drittel seiner Polymergeschäfte sowie den Großteil seines Chemiegeschäfts in das neue Unternehmen Lanxess ausgegliedert.

Deutsche Aktien sind überwiegend in ausländischen Händen

2016 gründete Lanxess für seine Synthetik-Kautschuke zusammen mit Saudi Aramco ein Joint venture unter dem Namen Arlanxeo und verkaufte später seinen Anteil an den saudischen Ölkonzern. 2023 brachte Lanxess seinen Geschäftsbereich High Performance Materials zusammen mit der Sparte Engineering Materials in das gemeinsam mit dem US-Konzern Advent International gegründete Gemeinschaftsunternehmen Envalior ein. Der Großteil des ehemaligen Bayer-Kunststoffgeschäfts wurde damals in den Teilkonzern Bayer MaterialScience überführt, der später in Covestro umbenannt und 2015 eigenständig wurde. Mit dem Lanxess/UBE-Deal und der Übernahme von Covestro durch Adnoc gehen die früheren Bayer-Kunststoffgeschäfte nun fast vollständig an ausländische Eigentümer.
Auch die BASF hat sich aus dem Kunststoffgeschäft weitgehend zurückgezogen. Und seit der endgültigen Auflösung der "Deutschland AG" sind deutsche Aktien überwiegend in ausländischer Hand. Ankeraktionäre wie das Emirat Katar besitzen 17 Prozent an VW, acht Prozent an der Deutschen Bank und mehr als drei Prozent an Siemens. US-Investmentgesellschaften wie Blackrock, Vanguard oder Statestreet kontrollieren weitere große Anteile deutscher AGs. Über ihre Aufsichtsratssitze und den Einfluß auf den Hauptversammlungen üben sie Kontrolle aus und bestimmen die Geschäftspolitik sowie das Top-Management.
Die gewinnbringende Logistik-Tochter Schenker AG der defizitären Deutschen Bahn geht für über 14 Milliarden Euro an den dänischen Konkurrenten DSV. Der Autozulieferer Leoni mit sensibler Technologie geht an den chinesischen Elektronikkonzern Luxshare, und ein Ende des Ausverkaufs ist nicht in Sicht. Schon jetzt sind fast 20 Prozent von Mercedes in chinesischer Hand, und 5,6 Prozent gehören dem Staat Kuwait. Deutsche Firmen sind in vielen Bereichen Technologieführer und gelten wegen der angespannten Lage der deutschen Wirtschaft international als Schnäppchen.
Dies liegt bezüglich der Kronjuwelen der deutschen Wirtschaft auch am Fehlen einer gesamtheitlichen Industriestrategie. Das machen die Araber besser. Mehr als hundert Milliarden Dollar Investitionen sind von Adnoc in den nächsten Jahren im Chemiebereich angedacht; die essentiellen Grundsubstanzen Erdgas und Öl hat man selbst mehr als genug. Adnoc investiert nun in die Weiterverarbeitung wie mit der Übernahme von Covestro. Interesse bekundet Adnoc für die Kunststoffhersteller Borealis (Österreich) und Nova (Kanada).
Im Gegensatz dazu verkünden BASF, Bayer & Co. routinemäßig jedes Quartal neue Spar- und Umstrukturierungsprogramme sowie Pläne zur Verlagerung von Investitionen und Produktionsstätten. Aufgrund der hohen Rohstoff- und Energiekosten können jetzt schon Düngemittel und Methanol nicht mehr in Europa produziert werden. Die Petrochemie- und Kunststoffindustrie sind die nächsten Segmente, die aufgegeben werden müssen. Deutschland krankt zudem an überbordender Bürokratie, langen Genehmigungsverfahren, komplizierten Fördersystemen

und einer fehlenden staatlichen Innovationsstrategie. Die Übernahme von Covestro ist ein guter "Deal" für die Investoren und ein schlechter für den deutschen Standort. Der Ausverkauf und Exodus der Leuchttürme deutscher Industrie wird weitergehen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 42/24" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Deutschland rüstet sich für den dritten Kriegswinter**

Flüssigerdgasimport: Steigende Preise erwartet / In Stade und Wilhelmshaven sollen schwimmende LNG-Importterminals in Betrieb gehen

Marc Schmidt

Vor Beginn des dritten Kriegswinters hat Deutschland seine Erdgasversorgung von den bis 2022 dominierenden russischen Importen entkoppelt. Zu Herbstbeginn war ein Füllstand der Gasspeicher von 96 Prozent erreicht. Gleichzeitig sinkt der industrielle Gasverbrauch, was nur zu einem geringen Teil der Umstellung von Prozessen, sondern der deutschen Rezession geschuldet ist. Die rückläufige Produktion und die Vernichtung industrieller Kapazitäten senken den Bedarf, genauso wie der starke Auftragsrückgang.

Eine gegenläufige Entwicklung ergibt sich aus dem prognostizierten kalten Winter mit größeren Schneemengen. Dieser Aspekt steigert den Verbrauch der privaten Haushalte, des Handels und der Büro- und Dienstleistungsimmobilien. Zugleich ist in diesem Winter ein weiterer Anstieg der Dunkelflauten und anderer Produktionsausfälle bei Ökostrom zu erwarten.

Obwohl sich ein Scheitern von Robert Habecks Neubaustrategie für Gaskraftwerke abzeichnet, wird diese Entwicklung dennoch auf einen Anstieg der Verwendung von Gas zur Stromerzeugung hinauslaufen. Die Wetterlage behindert Stromimporte, da die Nachbarländer wohl selbst einen erhöhten Bedarf haben. Die weiter genutzten Kapazitäten an Kohlekraftwerken dürften im Extremfall nicht ausreichen oder nicht schnell genug angepaßt werden können.

Gaslieferungen über Turkstream via Schwarzes Meer und Türkei

Die Verfügbarkeit von Flüssigerdgas (LNG) auf dem Weltmarkt ist in diesem Winter besonders schwierig abzuschätzen. Generell wird jede neue US-Regierung die Exportgenehmigungen für LNG weiter beschränken. Bereits jetzt liefern die Amerikaner deutlicher weniger LNG nach Europa als Rußland - trotz westlichem Embargo. Zwei weitere Faktoren verstärken die Tendenz zu einem steigenden Gaspreisniveau: Zum einen zeichnet sich eine weitere Ausweitung des Konflikts im Nahen Osten ab.

Es ist fraglich, ob Förderung und Transport von Öl und Gas in den kommenden Monaten in dieser Region wie gewohnt weiterlaufen. Des weiteren endet zum Jahreswechsel der Transitvertrag für russische Gasexporte durch die Pipelines in der Ukraine. Ungeachtet des Krieges nutzt Rußland das Leitungsnetz in vermindertem Umfang weiter und zahlt Transitgebühren in Höhe von etwa 700 Millionen Dollar an die Ukraine. Obwohl Rußland Bereitschaft zur Vertragsverlängerung signalisiert hat, zeichnet sich ein Auslaufen des Vertrags ab.

Gaslieferungen über die Jamal-Pipeline über Weißrußland und Polen oder Turkstream durchs Schwarze Meer und die Türkei wären teurer - und auch riskanter. Ein völliges Ausbleiben russischer Lieferungen würde den Gaspreis für alle Länder deutlich erhöhen. Rußland versucht angesichts der Unsicherheiten LNG aus einer neuen Anlage nahe dem Polarkreis im asiatischen Markt zu verkaufen. Allerdings sanktionieren die Amerikaner alle Abnehmer wie die am Transport beteiligten Firmen, weshalb Rußland analog zu seinen Ölexporten versucht, eine "Schattenflotte" von schwierig nachzuverfolgenden alten Schiffen zu mobilisieren.

Für diesen Winter sind LNG-Nachlieferungen über neue schwimmende Terminals in Stade und Wilhelmshaven vorgesehen. Deren Inbetriebnahme soll bald erfolgen. Zugleich wird - trotz der Kritik von Umwelt-NGOs - weiter an leistungsstärkeren landseitigen LNG-Terminals wie dem Hanseatic Energy Hub (HEH) gebaut. Das sind milliardenschwere Investitionen. Deren Anschluß und die Nutzung sind wirtschaftlich nur sinnvoll, wenn sie über das propagierte

Enddatum für Erdgas ("Dekarbonisierung") hinaus in Betrieb sind. Denn an den Import von Bio- und synthetischem LNG (SNG) oder "CO2-neutralem" Ammoniak für die grüne "Wasserstoffwirtschaft" glaubt nur das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 42/24" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Diesel statt Wasserstoff?**

Paul Leonhard

Ist Ulrich Krebs ein Fortschrittsfeind? Denn der CDU-Landrat des Hochtaunuskreises hält den Wasserstoffantrieb für "grundlegend unzuverlässig". Dabei sollten in Hessen die blau lackierten französischen Triebzüge - "leise, sauber, klimafreundlich" - die Dieseltraktion auf nicht elektrifizierten Strecken ersetzen. Doch die "Coradia iLint-Baureihe" ist ein Desaster.

Der Hersteller Alstom nennt es "eingeschränkte Funktionalität einzelner Brennstoffzellen" und schickt Dieselbusse als Ersatz. Alstom schaffe es nicht, die Züge "dauerhaft zuverlässig auf die Schiene zu bringen", befand Knut Ringat, Chef des Rhein-Main-Verkehrsverbunds. Und Landrat Krebs droht: "Hält die andauernde Nichtverfügbarkeit der Fahrzeuge an, kommt auch eine Aufkündigung des Vertrags mit den Brennstoffzellenfahrzeugen in Betracht."

In Thüringen blieb ein alternativer Akku-Zug schon auf seiner ersten Vorführfahrt stehen.

Der läuft aber noch 25 Jahre und kostet 500 Millionen Euro - viel Geld für die 241.000 Landkreiseinwohner. Eine Ersatzflotte steht nicht zur Verfügung, obwohl Alstom auch Diesel-Lint-Züge herstellt. Niedersachsen, 2022 noch stolz, die erste Wasserstoffzugflotte der Welt zu haben, setzte wegen des Mangels an Wasserstoff schon teilweise wieder Dieselzüge ein. Und da es diese kaum gibt, sollen "im Betrieb günstigere" Akkuzüge angeschafft werden.

Allerdings benötigen diese zumindest teilweise eine Oberleitung oder Schnelladeanlagen. Doch in Offenburg war wiederum nach knapp zwei Monaten Einsatz die Hälfte der 23 Siemens-Batteriezüge nicht mehr einsatzbereit. Zuvor wurden Probleme mit den zwischen Kiel und Lübeck eingesetzten Akkuzügen von Stadler gemeldet: "Software, Kühlung Speicherkapazitäten" listete Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) auf und ließ Dieselzüge rollen.

In Thüringen blieb ein Flirt-Akku-Zug von Stadler - "flinker, leichter, innovativer Regionaltriebzug" - schon auf der ersten Vorführfahrt im Juni 2023 stehen. Die linke Verkehrsministerin Susanna Karawanskij mußte im DB-Dieselzug zurück nach Erfurt fahren.<<

Ukraine: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.414/…): >>**US-Senator: "Dürfen ukrainische Rohstoffe nicht Putin überlassen"**

Lindsey Graham: Ukraine "sitzt" auf strategischen Ressourcen im Billionenwert / Kamala Harris: globale US-Führungsrolle "nicht aus Nächstenliebe" / Roderich Kiesewetter: EU auf ukrainisches Lithium angewiesen

Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*

Der Krieg in der Ukraine wird westlichen Politikern und Experten zufolge auch um den Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen geführt. Die Ukraine sitze "auf Mineralien im Wert von Billionen Dollar, die für unsere Wirtschaft gut wären", sagte US-Senator Lindsey Graham (Republikaner) bei einem Besuch in Kiew. (6. September) "Daher will ich unseren Freunden in der Ukraine weiterhin helfen."

Bereits im Juni hatte er gegenüber dem TV-Sender CBS erklärt die "kritischen Mineralien" in der Ukraine seien zehn bis zwölf Billionen Dollar wert. "Ich möchte dieses Geld und diese Vermögenswerte nicht Putin geben, damit er sie mit China teilt." Graham sagte gegenüber dem Fernsehkanal, der Ukraine müsse geholfen werden, den Krieg gegen Rußland zu gewinnen. Die USA könnten es sich "nicht leisten", ihn zu verlieren.

Die US-Vizepräsidentin und Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris hatte im Februar auf der Münchner Sicherheitskonferenz betont, die Rolle der Vereinigten Staaten als globale Führungsmacht sei "von unmittelbarem Vorteil für die Amerikanerinnen und Amerikaner". Die hegemoniale Rolle fördere die Sicherheit des Heimatlandes aber auch die US-Wirtschaft. So

würden Lieferketten gesichert und neue Märkte für US-Waren geöffnet. "Sie müssen verstehen, daß unser Ansatz nicht auf der Tugend der Nächstenliebe beruht. Wir gehen so vor, weil es in unserem strategischen Interesse ist."
Anfang März 2022 hatte die New York Times berichtet, daß kurz vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine 17 US-Militärexperten sich an US-Verteidigungsminister Lloyd Austin wandten und forderten, daß die USA sich den Zugang zu den seltenen Mineralien und Metallen wie Lithium sichern müssen.
Die Kiewer Regierung unter Präsident Wolodymyr Selenskij habe den USA 2021 den Lithiumabbau in Donbass gestattet, erläuterte der russische Jurist und ehemalige Leiter des russischen Interpol-Büros Wladimir Owtschinski in einer Analyse im September 2022. Er berief sich auf ukrainische Informationen und schrieb, die entsprechende Genehmigung für die Rohstoffgewinnung sei vom Ministerium für strategische Industrien der Ukraine erteilt worden.
Der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter hatte Ende Dezember 2023 in einem ARD-Beitrag gesagt, die Europäische Union (EU) sei für ihre "Energiewende" auf das Lithium in der Ostukraine angewiesen. Die größten Vorkommen in Europa würden im Donezk-Luhansk-Gebiet liegen. Lithium und andere Rohstoffe wie die sogenannten Seltenen Erden werden zu den strategischen Rohstoffen gezählt. Sie sind unter anderem notwendig, um die verkündeten Ziele westlicher Staaten umzusetzen, sich in zahlreichen Wirtschaftsbereichen von fossilen Rohstoffen unabhängig zu machen. Lithium gilt als "zentraler Rohstoff für die Energiewende". Das Metall wird für Batterien gebraucht und für Elektro-Autos.
Eine Analyse deutscher Wissenschaftler, unter anderem von der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlicht im März, verweist auf die "geostrategische Bedeutung der Ressourcen", in der Ukraine, die im Westen noch unterschätzt werde.
Westliche Politiker und Journalisten unterstellen auch Rußland das Kriegsziel, die ukrainischen Rohstoffe unter seine Kontrolle bringen zu wollen oder ihren Abbau durch andere zu erschweren. So schrieb die Publizistin Sonja Margolina in der Neuen Zürcher Zeitung (23. März), der "enorme Schatz an Rohstoffen für die E-Zukunft" sei eines der Motive für "Putins Eroberungsfeldzug". Andere Autoren meinen, Rußland wolle mit den ukrainischen Ressourcen wie dem Lithium die darauf angewiesenen europäischen Staaten erneut "abhängig" machen, nachdem diese zum Teil auf russisches Erdgas und Erdöl verzichten.
Ähnlich äußerte sich Ulrich Blum vom privaten Deutschen Lithiuminstitut (Itel) Anfang Juli dieses Jahres gegenüber der Deutschen Welle (DW). Er sagte unter anderem, daß Rußland den Zugriff auf die aussichtreichsten Lithium-Lagerstätten in der Ost- und Zentralukraine anstrebe. Dann verschlechtere sich die Situation für Europa, weil es ansonsten die meisten der für die Energiewende notwendigen Mineralien aus der Ukraine beziehen könnte. Das alles lasse die Ukraine für Europa noch viel wichtiger erscheinen. "Wenn die EU eine Batterieindustrie aufbauen will, braucht sie eine freie, demokratische Ukraine." Deshalb sei es wichtig, "Putin aus all diesen Gebieten zu vertreiben", sagte Blum.
Im Juli 2021 war Maros Sefcovic, damals Vizepräsident der EU-Kommission, nach Kiew gereist, wie die österreichische Zeitung Die Presse im April 2022 berichtete. "Seine Mission: Die Sicherung strategischer Rohstoffe wie Lithium, die in der Ukraine noch unangetastet im Boden ruhen." Gemeinsam mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten Denys Schmyhal unterzeichnete Sefcovic am 13. Juli 2021 ein Abkommen über eine strategische Rohstoffpartnerschaft. Das australische Bergbauunternehmen European Lithium mit europäischer Zweigstelle im österreichischen Wolfsberg sicherte sich Ende 2021 zwei vielversprechende Lithium-Lagerstätten in der Ukraine und wäre damit zum größten Lithium-Anbieter in Europa geworden.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Scholz sagt Selenskyj neue milliardenschwere Waffenlieferung zu**

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj bei dessen Besuch in Berlin eine umfangreiche neue Waffenlieferung zugesagt. "Bis zum Jahresende werden wir mit Unterstützung unserer Partner, Belgien und Dänemark und Norwegen, ein weiteres militärisches Unterstützungspaket im Wert von rund 1,4 Milliarden an die Ukraine liefern", sagte Scholz am Freitagnachmittag bei einem Pressestatement nach Selenskyjs Helikopterlandung im Garten des Kanzleramtes in Berlin.
"Darin enthalten sind unter anderem weitere Luftverteidigungssysteme vom Typ IRIS-T und Skynex, Flakpanzer Gebhard, Panzer und Radhaubitzen, Kampfpanzer, geschützte Fahrzeuge, Kampfdrohnen, Radare und Artilleriemunitionen." Auch im nächsten Jahr werde man die militärische Unterstützung der Ukraine kraftvoll fortsetzen.
"4 Milliarden Euro sind bereits im direkter bilateraler Hilfe im Haushalt vorgesehen", so Scholz. Dazu komme der 50-Milliarden-Dollar-Kredit der G7. Der Kanzler wiederholte, daß man weiterhin fest an der Seite der Ukraine stehe. "Wir werden keinen Diktatfrieden Rußlands akzeptieren." Selenskyj kündigte an, Scholz seinen Friedensplan für die Ukraine vorstellen zu wollen. "Die Ukraine möchte wie kein anderes Land der Welt, daß dieser Krieg gerecht zu Ende geht", sagte Selenskyj. "Wir wollen unseren engsten Freunden unsere Strategie vorstellen, wie wir den Frieden näherbringen."
Der ukrainische Präsident dankte Deutschland und Scholz persönlich. "Deutschland hilft uns am meistens mit Luftverteidigung", erklärte er. "Das rettet tausende Leben ukrainische Leben und gibt unseren Städten und Dörfern die Möglichkeit, sich vom russischen Terror zu schützen." Man müsse zugleich "schon an das nächste Jahr denken, daß die Unterstützung weiterhin auf diesem Niveau bleibt und uns gestattet, Leben zu retten". Bei dem Pressestatement waren Nachfragen durch Journalisten nicht erlaubt. Selenskyj soll am Nachmittag mit dem Bundeskanzler ein Gespräch "unter vier Augen" führen, wie es hieß.
Am späteren Nachmittag soll der ukrainische Präsident auch bei Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Schloß Bellevue zu Gast sein, bevor er wieder abreist. Vor dem Besuch des ukrainischen Präsidenten in Berlin sind in der Hauptstadt verschärfte Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden. Unter anderem wurde das Bundeskanzleramt weiträumig abgesperrt. Ursprünglich war für Selenskyjs Besuch in Deutschland ein Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein geplant. Diese war nach einer Absage von US-Präsident Joe Biden verschoben worden.
Biden hatte seinen Deutschland-Besuch wegen des Hurrikans "Milton" verschoben. Selenskyj war am Donnerstag in London, Paris und Rom. In London wurde eine Sicherheitsvereinbarung unterzeichnet, wie sie unter anderem auch schon mit Deutschland besteht. Bei seinem Besuch in Rom verkündete die italienische Regierungschefin Giorgia Melonie, daß sie 2025 eine Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine ausrichten möchte. Von Zusagen zu weitreichenderen Waffen konnte Selenskyj bislang die europäischen Partner offenbar nicht überzeugen.<<

USA: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 42/24" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Letzte Warnung an den Westen**
Viktor Orbáns Ungarn als Vorbild: Die Republikaner und die US-Autorin Shea L. Bradley-Farrell sehen es so
Elliot Neaman
Ungarns Premier Viktor Orbán besuchte im März die Vereinigten Staaten und hielt dort eine Rede vor der Heritage Foundation, einem konservativen Think Tank, der für viele der von Donald Trump befürworteten politischen Ideen verantwortlich ist. Die Heritage Foundation hatte parallel dazu einen 87 Seiten umfassenden Plan für Trumps zweite Amtszeit mit dem Titel "Mandate for Leadership" veröffentlicht, der ein Kapitel über jede Bundesbürokratie enthält und eine Umstrukturierung auf allen Ebenen beschreibt, bei der Trump-Loyalisten die

Leitung übernehmen und Staatsbedienstete, die als nicht im Einklang mit seiner Agenda stehend gelten, entlassen werden sollen.
Nach seiner Rede bei der Foundation erklärte Orbán gegenüber dem ungarischen Nachrichtensender m1, daß man Ungarn dort als einen besonderen Ort ansehe. Man vertrete dort die Ansicht, daß Europa ein großer liberaler Ozean sei, und darin befinde sich eine Insel namens Ungarn, die versuche, anders zu leben, zu denken und sich anders zu verhalten; um es mit Orbáns Worten zu sagen: "konservative Politik zu betreiben".
Ungarn genieße heute in den Vereinigten Staaten hohes Ansehen, weil es Dinge getan habe, die auch sie gern tun würden; nur daß diese dort einfach nicht funktionieren, bemerkte Orbán. Er betonte zudem, daß er vom ehemaligen US-Präsidenten Trump eingeladen worden sei, da die Beziehungen zwischen den USA und Ungarn im politischen Bereich derzeit kategorisch schlecht seien. Trotz der Tatsache, daß "wir Verbündete" seien -, eines der Ziele des Besuchs sei die Wiederherstellung der Beziehungen gewesen, bemerkte er.

Eine mitreißende Verteidigung von Viktor Orbáns Amtsführung

Dies sei mit der amtierenden US-Regierung nicht möglich, erklärte er und sagte, daß der Grund dafür in der Tatsache zu suchen sei, daß es derzeit eine kriegsfreundliche Regierung in Washington gebe - die Demokraten seien an der Macht - und sie dem Krieg verpflichtet seien. "Gleichzeitig sind wir eine friedensfreundliche Regierung, was bedeutet, daß wir unterschiedliche Ziele verfolgen", fügte er hinzu.
Im Gegensatz dazu sei Trump ein Präsident des Friedens, betonte Orbán und bemerkte, daß man bei ihm "bekomme, was man sehe", da er bereits zuvor Präsident gewesen sei und man daher genau wisse, was zu erwarten sei. In seinen ersten vier Jahren als Präsident habe Trump Kriege beendet, und er sei seit langer Zeit der erste Präsident gewesen, in dessen Amtszeit kein neuer Krieg begonnen worden sei.
Nur die Republikaner, so Orbán weiter, verstünden, daß die Beziehungen zwischen den USA und Ungarn derzeit eine schwere Zeit durchmachen, weil die US-Regierung von Ungarn Dinge erwartet, die "wir nicht wollen und nicht liefern können", betonte er. Hier erwähnte er unter anderem, daß sich Ungarn den Kriegsanstrengungen anschließen solle, sagen solle, daß Migration eine gute Sache sei, die nur gut gemanagt werden müsse, und daß Ungarn die LGBTQ-Rechte "und das gesamte System der verwirrenden und vielfältigen Formen des Zusammenlebens" unterstützen solle.
Die amtierende US-Regierung sei zu dem Schluß gekommen, daß sie "nicht in der Lage ist, eine Einigung mit der ungarischen Regierung zu erzielen", und daher gebe es nur eine Lösung, nämlich sie zu ersetzen, erklärte der Premierminister. Deshalb finanziere die amtierende US-Regierung offen die linke Opposition, linke Journalisten, Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen. Dies trübe offensichtlich die Beziehungen, "wir sind Verbündete, keine Diener", erklärte er. Trump lobte Orbán als klugen und starken Anführer.
In ihrem Buch "Last Warning to the West" (Letzte Warnung an den Westen) greift Shea L. Bradley-Farrell, Präsidentin einer konservativen Denkfabrik, des Counterpoint Institute, Orbáns Gegner an. Sie weist darauf hin, daß in Ungarn freie und faire Wahlen stattfinden und daß Referenden abgehalten werden, die bei den ungarischen Wählern breite Unterstützung finden. Sie gibt zu (und unterstützt die Tatsache), daß Ungarn seine Südgrenze für Einwanderer geschlossen und die von der EU vorgeschriebenen Flüchtlingsquoten abgelehnt hat, behauptet aber, daß Ungarn Flüchtlingen innerhalb Ungarns mehr inländische Hilfe zukommen lasse als andere EU-Mitglieder.
Der Titel "Letzte Warnung an den Westen" ist irreführend. Es ist vermutlich nicht die letzte, aber es ist auch keine Warnung. Zwei Drittel des Buches sind eine Standard-Geschichtsstunde, die hauptsächlich auf Sekundärquellen basiert und mit der Konsolidierung der magyarischen Konföderation im späten neunten Jahrhundert beginnt und sich durch die mongolische

Periode, die osmanische und habsburgische Herrschaft, die Revolution von 1848 und den Kompromiß von 1867, der die Doppelmonarchie begründete, zieht.
Die Autorin verschwendet viel Tinte auf die Ungerechtigkeit des Vertrags von Trianon, der 1920 zwischen den Alliierten und Ungarn unterzeichnet wurde und durch den die Größe Ungarns erheblich reduziert wurde und viele Ungarn hinter den neu geschaffenen Grenzen Rumäniens, der Tschechoslowakei und Sloweniens zurückblieben. Sie ergänzt die Geschichtslektionen mit den Schrecken der nationalsozialistischen und dann der sowjetischen Besatzung. Kurz gesagt ist sie eine Amerikanerin mit einem Doktortitel der Tulane University, die schreibt, daß sie für ihr Forschungsprojekt drei Monate in Ungarn verbracht habe. Doch die Bibliographie enthält keine einzige Quelle auf ungarisch.
Im letzten Drittel des Buches liefert sie eine mitreißende Verteidigung von Orbáns Amtszeit als ungarischer Ministerpräsident seit 2010 und eine Lobeshymne auf seine Partei Fidesz. Anstatt eine Warnung zu sein, stellt das Buch das heutige Ungarn als Vorbild dar, dem der Westen nacheifern sollte. Sie beschreibt die breite Palette an Sozialleistungen, die ungarische Bürger genießen, um Familien zu stärken. Sie behauptet, daß die Abtreibungsbeschränkungen in Ungarn die Geburtenrate erhöht haben. Und es stimmt auch, daß die Geburtenrate in Ungarn von 1,2 Geburten pro Frau auf 1,6 im Jahr 2020 gestiegen ist.
Das Buch gerät etwas aus den Fugen, indem es den linken Wokeismus in Amerika als ideologisches Äquivalent zum Stalinismus und zur Sowjetherrschaft im allgemeinen definiert. Bradley-Farrelll versucht zwar, einen überzeugenden strukturellen Vergleich zwischen der sowjetischen Indoktrination seiner Bürger und dem Versuch der amerikanischen Linken anzustellen, die amerikanische Kultur in Richtung der Themen zu biegen, wie Transgenderismus, Abtreibung, DEI (Diversity, Equity, Inclusion - Vielfalt, Gerechtigkeit, Inklusion), soziale Gerechtigkeit und viele andere Ziele.
Sie bezeichnet das außenpolitische Establishment Bidens als "George Soros State Department" und Europas "Open Border Policy" als ein Produkt von Soros' Open Society Foundation. Die Autorin schreibt, daß die Bürokraten, die für Covid-Politik zuständig waren und sind, "Angst, soziale Ausgrenzung und Isolation" verbreiten, vergleichbar mit sowjetischen Beamten, die Angst und Furcht nutzten, um die Bürger zu kontrollieren. Dasselbe gilt für die Klimaschutzpolitik, die Beispiele für die "zentrale Wirtschaftsplanung" im Kommunismus seien.
Kann die "kleine Insel" Ungarn Modell für andere Staaten sein?
Bradley-Farrell behauptet, daß die winzige akademische Frankfurter Schule die oberen Ränge von Roosevelts Außenministerium und der OSS (dem Vorläufer der CIA) mit sowjetischer Ideologie infiltriert habe. Tatsächlich bestand die Frankfurter Schule aus einer kleinen Anzahl nichtkommunistischer, westlicher revisionistischer Marxisten, die aus NS-Deutschland flohen und 1935 in New York City landeten. Sie hatten nur wenig Einfluß über einen kleinen Kreis von Intellektuellen hinaus, bis sie in den 1960er Jahren von den Studenten auf dem Campus wiederentdeckt wurden. Als Folge ihrer Lehren soll Roosevelt angeblich ein Auge zugedrückt habe.
Auf ähnlich Weise verteidigt die Autorin Orbáns Weigerung, Waffen zur Unterstützung der Ukraine zu schicken, und besteht darauf, daß nur Verhandlungen mit Putin den Krieg beenden könnten. Um ihre Liste abzurunden, behauptet sie, daß Eurokraten den Bolschewisten ähneln, indem sie Pädophilie und "Kindesverstümmelung" "normalisieren".
Bradley-Farrell scheint sich nicht bewußt zu sein, daß es in den Vereinigten Staaten seit mindestens zwei Jahren in konservativen Bundesstaaten wie Florida unter Gouverneur Ron DeSantis, gefolgt von Texas, Tennessee und zunehmend anderen konservativen Bundesstaaten im Süden und Mittleren Westen, eine Gegenreaktion gegen Woke gibt. Die Sowjetunion war ein monolithischer, lethargischer, engstirniger und unterdrückerischer Staat, der sich in seinen letzten Atemzügen befand.

Die Vereinigten Staaten sind dagegen eine dynamische, umstrittene, laute Demokratie, mit all ihren Fehlern. Die derzeitige politische Polarisierung dort ist eigentlich ein Zeichen von Stärke, da keine vorherrschende Ideologie sehr lange regieren kann, ohne in Frage gestellt zu werden. Den sowjetischen Kommunismus mit Bidens Amerika gleichzusetzen, ist eine oberflächliche und offensichtliche Werbung, um ihre Referenzen aufzupolieren, in der Hoffnung, eine offizielle Position in einer möglichen zweiten Trump-Regierung zu erlangen.
Ungarn ist ein kleines Binnenland, etwa so groß wie Indiana, das von sieben Nachbarn umgeben ist. Wie die Geschichtsschreibung von Bradley-Ferrell deutlich macht, hat Ungarn in den vergangenen 1.000 Jahren seit der mongolischen Herrschaft unter wiederholten Invasionen und Unterwerfungen gelitten. Orbán hat seinen Staat zu einer "Insel des Konservatismus" in einem großen liberalen Meer erklärt.
Die Frage ist, ob diese kleine Insel ein Modell für andere europäische Staaten oder die Vereinigten Staaten von Amerika sein kann. Das scheint unwahrscheinlich. Orbáns zentralistisches Modell würde in großen föderalen Staaten wie Frankreich, Deutschland oder den Vereinigten Staaten nicht funktionieren. Das Trauma der sowjetischen Besatzung, das Orbáns Politik seit seiner Studienzeit befeuert hat, ist einzigartig für Osteuropa und nicht Teil des kollektiven Gedächtnisses der meisten anderen westlichen Nationen.
Premierminister Viktor Orbán hat öffentlich erklärt, zuletzt in seiner Rede vor der Heritage Foundation, daß das Ziel seiner Partei darin bestehe, eine "illiberale Demokratie" aufrechtzuerhalten. Heißt daß etwa, die Hebel des Staates zu nutzen, um die Politik von Fidesz gegenüber seinen Gegnern zu begünstigen, und die Medien, die Justiz, die staatliche Bürokratie und andere Mittel einzusetzen, um die Opposition zu schwächen? Es werden weiterhin Mehrparteienwahlen abgehalten, politische Gegner werden nicht inhaftiert, es gibt theoretisch eine freie Presse und Justiz.
Das Problem bei dieser Strategie ist, daß zwei dieses Spiel spielen können. Wenn die Oppositionspartei "United for Hungary" an die Macht zurückkehren würde, wäre sie zweifellos versucht, die gleiche Taktik gegen die jetzt an der Macht befindliche Fidesz anzuwenden. Letztendlich würde dies zu einer Schwächung des Staates führen, da "illiberale" Kräfte die "Demokratie" in die Bedeutungslosigkeit schrumpfen lassen. Konservative sollten Institutionen bewahren und schützen, nicht sie niederreißen.
Bei allen Fehlern enthält "Last Warning to the West" einige wertvolle Lektionen. So ist das Plädoyer der Autorin für den Widerstand gegen das Diktat der Überregulierung durch die Regierung nicht unbegründet. Fünfzig US-Bundesstaaten unterliegen willkürlichen Anweisungen aus Washington, und dasselbe gilt für die Brüsseler Bürokraten, die den Willen der Bürger in den 27 von ihnen kontrollierten Mitgliedstaaten routinemäßig ignorieren, unter anderem durch die Androhung von Geldstrafen bei Mißachtung ihrer Vorschriften.
In den vergangenen drei Jahren wurden 30 Milliarden Euro an EU-Mitteln aufgrund angeblicher schwerwiegender Defizite in der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn eingefroren, und die EU erwog sogar, Ungarn die Übernahme der alle sechs Monate rotierenden EU-Ratspräsidentschaft zu verweigern. Entsprechend boykottierten die meisten Minister ein EU-Finanzministertreffen Mitte September in Budapest und ließen sich vertreten.
Der Widerstand in Ungarn gegen die Auslöschung der Kultur eines ganzen Staates ist eine Inspiration für Bürger in anderen Ländern, die das Bedürfnis verspüren, sich gegen die wachsende Tyrannei der im Westen allgegenwärtigen globalen liberalen Eliten zu wehren.
Shea Bradley-Farrell: Last Warning to the West, Jogállam és Igazság Nonprofit Kft., Budapest 2023, broschiert, 358 Seiten …
Professor Elliot Neaman lehrt Geschichte an der Universität von San Francisco<<
Israel: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 42/24" berichtet am 11. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Eine ganze Region im Kriegstaumel**

Levante, Sudan, Syrien: Israel und die Türkei drehen an der Eskalationsschraube, während Teheran zögert

Felix Hagen

Wenn dein Blut einmal im Wasser ist, werden alle zu Haien, besagt ein Sprichwort, und wer nach heute nach vergossenem Blut sucht, findet es im Nahen Osten. Ein Jahr nach dem Angriff der Hamas auf Israel und eine Woche nach der Ausweitung des Konflikts auf den Süden des Libanon steht die gesamte Region vor einem Scherbenhaufen. Die menschlichen Kosten der Eskalation gehen längst in die Tausende, im Libanon allein dürften Hunderttausende auf der Flucht sein. Doch der Fokus auf das Dreieck Iran, Libanon und Israel verbirgt, daß sich in der Levante, in Nordafrika und im Zweistromland seit einigen Jahren mehrere Seiten verbissene Stellvertreterkriege mit munter wechselnden Bündnissen liefern.

Im Sudan etwa, dort steht eine vom Iran und Rußland unterstützte Zentralregierung gegen die RSF-Miliz, die unter anderem von den Vereinigten Arabischen Emiraten - und damit vermutlich auch Saudi-Arabien - mit Drohnen und weiteren Waffensystemen beliefert wird. Oder in Syrien, dessen Bürgerkrieg zuletzt deutlich an Intensität verloren hatte, der nun aber durch die Schwäche der Hisbollah wieder an Fahrt aufnimmt.

Von der Türkei protegierte Rebellengruppen aus dem Norden wittern die ungünstige Lage der syrischen Zentralregierung unter Präsident Assad. Der hatte zuletzt dank der kampfkräftigen schiitischen Miliz aus dem Nachbarland weite Teile seines Staates wieder unter Kontrolle bringen können und sieht sich nun mit der schmerzhaften Erkenntnis konfrontiert, daß er ohne ausländische Verbündete unverändert in der Defensive stecken würde. Eine begrenzte Offensive der türkeitreuen Rebellen zu Beginn dieser Woche veränderte den Frontverlauf im Norden des Landes drastisch. Ein eigenmächtiges Vorgehen der Rebellen ohne Rückhalt aus Ankara dürfte ausgeschlossen sein. Auch Präsident Recep Tayyip Erdogan hat offenbar das Blut im Wasser gerochen.

Während die Türkei als Profiteur der Eskalation gelten kann, geht es für die Regierung in Teheran um die Existenz. Die sogenannte "Achse des Widerstands", wie iranische Strategen das weit gespannte Netz verschiedener mit dem Iran verbündeter Milizen in der arabischen Welt nennen, steht vor einer Zerreißprobe. Die anhaltende Wirtschaftskrise im Land macht die Versorgung der Partner mit Geld und Waffen zu einer kostspieligen Angelegenheit. Israels Angriff auf die Hisbollah dürfte hier Werte in Milliardenhöhe vernichtet haben, und spätestens seit der Ermordung des Hamas-Anführers in Teheran durch ein Mossad-Kommando ist das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten erschüttert.

Dabei ist die Islamische Republik auf die "Achse" dringend angewiesen. In der iranischen Strategie ersetzen die Schattenkrieger aus den Nachbarländern die Abwesenheit eigener Massenvernichtungswaffen. Die Kombination aus Hamas, Hisbollah, Huthis und anderen Milizen war, so der bisherige Stand der Dinge, das iranische Äquivalent zur israelischen Atombombe. Nun muß das iranische Oberkommando hilflos dessen schrittweisen Zerfall mit ansehen. Erschwerend hinzu kommen dürfte für die Iraner auch die bewußt im unklaren gelassene Position der US-Administration.

Plötzlich übt auch Donald Trump sanfte Kritik an Israel

Bisher verbat sich Präsident Joe Biden eine weitere Eskalation der Spannungen mit Teheran, unterstützte lediglich beim Abfangen iranischer Flugkörper. Doch in Jerusalem drängt Netanjahu nun auf eine größere Offensive. Sein Kalkül: Fakten schaffen, die bis zur Amtsübergabe an Trump oder Harris nicht mehr zu revidieren sind.

Im Moment steht Israel dabei tatsächlich stärker da als seit dem schmählichen Ende des letzten Kriegs im Libanon. Doch wie gut sich die Offensive im Libanon entwickelt, ist noch nicht abzusehen. Anders als beim relativ gefahrlosen Krieg aus der Luft haben es die israelischen Bodentruppen unverändert mit einem gut ausgebildeten und einsatzerfahrenen Gegner zu tun,

der sich überdies seit Jahren auf genau diese Offensive vorbereitet hat. Videos und Bilder die in sozialen Medien zirkulieren, zeigen die blutige Realität im Süden des Libanon: ausgebrannte israelische Fahrzeuge, Tote und verletzte Soldaten.
Die Hochstimmung im eigenen Land angesichts der erfolgreichen Operationen von Geheimdienst und Luftwaffe dürfte bei ausbleibenden Erfolgen schnell wieder verfliegen, denn auch in Gaza läuft nicht alles glatt. Unverändert befinden sich viele Geiseln in der Hand der Hamas. Die hohen zivilen Opfer des Krieges beschädigen nachhaltig das israelische Ansehen in der Welt. Eine Sichtweise die offenbar auch Donald Trump teilt. Israel sei dabei, "den PR Krieg" zu verlieren, tat der sonst stets betont israelfreundliche Republikaner kund. Eine Aussage, die durchaus auch als sanfte Kritik an Benjamin Netanjahu verstanden werden konnte. <<

12.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Hamburger Ex-Bürgermeister von Dohnanyi (SPD): "Herr Selenskyj hat in Deutschland überhaupt nichts zu sagen!"**

Der frühere Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) ist hart mit der deutschen Politik gegenüber Rußland ins Gericht gegangen. In einem Interview mit "Hamburger Abendblatt" verwahrte er sich zugleich entschieden dagegen, als "Putin-Versteher" oder "Putin-Freund" verunglimpft zu werden, nur weil er es für falsch halte, "daß Deutschland in eine Feindschaft gegen Rußland weiter hineingezogen wird".
Es sei inzwischen soweit in Deutschland gekommen, daß ganz normale Wünsche von Menschen nach Frieden als "Kniefall vor irgendjemanden interpretiert werden", kritisierte der in der Hansestadt noch immer populäre Ex-Bürgermeister.

"Herr Merz ist dem deutschen Volk und nicht Selenskyj verpflichtet"

Mit Blick darauf, daß Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) Friedensgespräche ablehne, solange der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj diesen nicht zustimme, führte von Dohnanyi aus:
"Herr Merz kann doch nicht im Ernst glauben, daß Präsident Selenskyj in dieser Frage die deutschen Interessen im Auge hat. Selenskyj verfolgt unbeirrt die vermeintlichen Interessen der Ukraine. Herr Merz führt die Opposition im Deutschen Bundestag und ist nicht Herrn Selenskyj verpflichtet, sondern dem deutschen Volk. Um der Klarheit willen dies: Herr Selenskyj hat in Deutschland überhaupt nichts zu sagen! Ich kann es nicht verstehen, warum wir uns in Fragen der nationalen Sicherheit von einem anderen Land und seiner Führung so abhängig machen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 12. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Professor packt aus: Energiewende ist eine Katastrophe**

Kurz vor seinem Ruhestand traut sich Joachim Weimann, Professor für Wirtschaftspolitik, die Energiewende öffentlich zu kritisieren. Zum Schweigen des Wissenschaftsbetriebes sagt er: "Wenn ich der Politik nicht nach dem Mund rede, bin ich raus."
Von *Meinrad Müller*
Interview mit Joachim Weimann, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Magdeburg. Am letzten Tag vor seiner Emeritierung gab der Professor der Welt ein Interview (Bezahl): "Wir erleben jetzt hautnah, wie Klimapolitik die Basis unseres Wohlstands bedroht"
"Viele meiner Befürchtungen sind leider eingetreten. Es war frustrierend für mich zu erleben, wie einfachste Zusammenhänge nicht beachtet zu werden und wie erfolglos es ist, Politiker auf der Grundlage wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnis beraten zu wollen."
Endlich macht einer, der im System fest angestellt ist, den Mund auf. Vermutlich aber zum ersten und zum letzten Mal. In einem Interview mit der WELT spricht er Klartext. Und das kommt bei den Bürgern an, die seit Jahren leiden und klagen.

Warum trifft man sich so gern im Restaurant? Ganz einfach: Weil man in dieser Zeit zu Hause die Heizung runterdrehen kann. Wenn es nicht so traurig wäre, müsste man fast lachen. So weit sind wir inzwischen - und das ist kein Zufall.

Die Fakten des Professors - Balsam für die Bürger

Was der Bürger längst spürt, traut sich dieser Professor öffentlich zu sagen. Die Energiewende hat über 1.000 Milliarden Euro verschlungen. Umgerechnet sind das 3,3 Millionen Einfamilienhäuser, jedes im Wert von 300.000 Euro. Und was hat's gebracht? Nichts! Aber die höchsten Strompreise der Welt und über 2,5 Millionen Insolvenzen.

Im Handwerk und Gewerbe spürt man die Fehler der Politik sofort. Während die Regierung sich selbst lobt, kämpfen kleine Betriebe ums Überleben. Aber wer offen dagegen spricht, wird schnell in die rechte Ecke gestellt. Die Folge: Keine öffentlichen Aufträge mehr, keine Fördergelder - also lieber Mund halten, weiter machen und hoffen, daß man irgendwie überlebt.

Des Kaisers neue Kleider

Professor Joachim Weimann hat in einem Interview mit der WELT Klartext gesprochen: "Wenn ich der Politik nicht nach dem Mund rede, bin ich raus." Er bestätigt, was viele Unternehmer seit Jahren wissen: Wer sich kritisch äußert, wird ausgegrenzt. Weimann warnt, daß die Milliarden-Ausgaben kaum etwas gebracht haben. Weder fürs Klima noch für die Wettbewerbsfähigkeit.

Energiewende ist eine Katastrophe

Doch nun hat Weimann sich getraut, die Katze aus dem Sack zu lassen. Was wird passieren? Die "Feuerhaken des Teufels" in Form von öffentlicher Kritik und Verleumdung werden ihn jetzt nach unten ziehen. Denn wer das System hinterfragt, wird schnell zum Feind erklärt. Trotzdem hat er den Mut, das auszusprechen, was viele denken: Die Energiewende ist nicht nur teuer, sie ist eine Katastrophe.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 12. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Bayerisches ObLG: Gleichsetzung von Grünen und Nazis strafbar**

Das Bayerische Oberste Landesgericht (ObLG) hat die Revision gegen ein Urteil des Amtsgerichts Kulmbach bezüglich eines Hetzpostings gegen die Grünen in einem Beschluß von September zurückgewiesen. Das berichtet die "Welt am Sonntag" unter Berufung auf beide Entscheide. Das Amtsgericht hatte demnach einen 62-Jährigen wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu je 60 Euro verurteilt, der auf seiner Facebook-Seite eine Grafik verbreitet hatte, auf der es heißt: "Der Nazi von heute ist nicht braun, sondern grün!!! Grünes Reich - Sein Holocaust ist der Mord am eigenen Volk".

In der vom Obersten Landesgericht unangefochtenen Urteilsbegründung des Kulmbacher Amtsgerichts heißt es: Da das Bild suggeriere, es erfolge durch die Grünen eine NS-Unrechtsherrschaft, werde damit "die Bevölkerung aggressiv emotionalisiert und eine Handlungsbereitschaft zu einem Kampf gegen die Partei geweckt". Ein solches Unrecht würde "dazu motivieren und auch legitimieren, gegen den Verursacher der Verbrechen vorzugehen", heißt es weiter. "Der Bürger könnte sich dabei legitimiert sehen, gegebenenfalls auch gewaltsam gegen die Partei und ihre Mitglieder vorzugehen.

Durch diese Emotionalisierung soll denjenigen, die ebenfalls die Politik der Partei ablehnen, eine Argumentation an die Hand gegeben werden, sich als legitime `Widerstandskämpfer` gegen einen vermeintlich zutiefst gefährlichen Verbrecher zu fühlen und dadurch auch die Hemmschwelle bezüglich Gewaltakte gesenkt werden. Hierbei soll eine bereits aufgeheizte politische Situation ausgenutzt werden." Das Gericht bezieht sich auch auf "verschiedene aggressive Aktionen gegen Vertreter der Partei Bündnis 90/Die Grünen", die "in jüngster Vergangenheit" zu beobachten gewesen seien.

"In einer derart angespannten Stimmungslage ist die Rechtfertigung, einen vermeintlich erneu-

ten Holocaust verhindern zu müssen, geeignet als `geistige Brandbeschleunigung` zu wirken und so die Gefahr gewaltsamer Ausschreitungen zu erhöhen, sodaß eine Geeignetheit zur Friedensgefährdung besteht", heißt es im Urteil. Der Antisemitismusbeauftragte der Bayerischen Justiz, Oberstaatsanwalt Andreas Franck, sagte der "Welt am Sonntag" dazu: "Die Entscheidungen dienen auch dem Schutz von Politikern. Der Post des Angeklagten liefert eine moralische Rechtfertigung für all jene, die sich politischen Entscheidungen notfalls mit Gewalt entgegenstellen wollen."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Krieg gegen Rechts**

Patrioten auf der Abschußliste: Die AfD und ihr Umfeld werden mit wilden Verschwörungstheorien als Agenten Putins und als Terrorfreunde dargestellt. An Julian Assange wurde ein Exempel statuiert, um alle Kritiker der globalistischen Herrschaft einzuschüchtern.

_ von *Jürgen Elsässer*

Was wäre, wenn Putin vor einer wichtigen Wahl eine aufmüpfige Jugendbewegung zerschlagen, den Chefredakteur einer der wichtigsten Oppositionszeitungen ins Exil treiben und einen Whistleblower ins Gefängnis werfen würde? Würde der Westen seine Botschafter abziehen, neue Sanktionen verhängen, die Truppen an der Grenze zum Reich des Bösen verstärken?

Eine ähnliche Provokation dürfte sich in den letzten Jahrzehnten im GEZ-Fernsehen schwerlich finden lassen.

Genau das passiert in diesen Wochen bei uns, ohne daß die Öffentlichkeit oder die Medien aufschreien. Im Gegenteil, die Lügenpresse gehört zu den Antreibern bei der Abschaffung der Meinungsfreiheit.

Die Identitäre Bewegung, die wichtigste patriotische Jugendorganisation in der EU, steht in Österreich vor dem Verbot, ihr Kopf Martin Sellner mit einem Bein im Gefängnis. Ihm wird die Unterstützung eines angeblich weltumspannenden Netzwerkes von Rechtsterroristen vorgeworfen, dem auch Brenton Tarrant angehört, der Mitte März im neuseeländischen Christchurch ein Blutbad unter Muslimen angerichtet hat.

Die AfD-Bundestagsfraktion bestehe aus "Putins Puppen", behauptet der Spiegel, und die Leitmedien unterstützen die Groteske. Eine der angeblichen Zentralfiguren des eingebildeten Agentenrings, Manuel Ochsenreiter, hat sich zum Schutz vor Verhaftung ins Ausland abgesetzt. Ochsenreiter ist Chefredakteur von Zuerst!, nach COMPACT und Junge Freiheit das auflagenstärkste AFD-nahe Printmedium. Gegen ihn wurde von den polnischen Behörden eine Anklage als Drahtzieher eines Anschlags fabriziert, der Journalist fürchtet seine Auslieferung.

Wie Ochsenreiter gilt auch Julian Assange als Gewährsmann Moskaus, seit seine Enthüllungsplattform Wikileaks Dokumente über US-Kriegsverbrechen im Irak und Afghanistan veröffentlicht hat. Durch seine Verhaftung in London Mitte April verlor die internationale Wahrheitsbewegung ihre neben Edward Snowden wichtigste Ikone.

Russischer Bär, estnischer Tiger

Das Heute Journal am 4. April wurde von Moderator Claus Kleber mit einem Paukenschlag eröffnet: "Guten Abend. Zu Wasser und zu Luft sind heute Nacht amerikanische, deutsche und andere europäische Verbündete unterwegs nach Estland, um die russischen Verbände zurückzuschlagen, die sich dort - ähnlich wie vor einigen Jahren auf der Krim - festgesetzt haben." Zwar machte Kleber im Weiteren klar, daß das Szenario "nur eine Vision" sei - "aber eine realistische". Kleber weiter: "So etwa müsste nämlich im Ernstfall die Antwort der NATO aussehen, auf den Angriff auf das Territorium eines ihrer Mitgliedstaaten, und sei er so klein wie Estland."

Rußlandfreunde und Rechtspopulisten schließen sich zusammen - das sorgt für Panik.

Eine ähnliche Provokation dürfte sich in den letzten Jahrzehnten im Bezahlfernsehen schwer-

lich finden lassen. Was hat Kleber da geritten? Vorderhand ging es um den 70. Jahrestag der NATO-Gründung.
Das Bündnis steckt in einer Krise, weil besonders Deutschland die Rüstungsausgaben nicht im 2014 beschlossenen Maße auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben hat und US-Präsident Donald Trump im Gegenzug immer wieder mit der Rücknahme seiner Beistandsverpflichtung, bisweilen sogar mit einem NATO-Austritt droht.
Aber daß der Name Estland bei Kleber fiel, dürfte auch nicht ganz zufällig gewesen sein. Der kleine baltische Staat in direkter Nachbarschaft zu Rußland entwickelt sich nämlich seit den Parlamentswahlen am 1. März zu einem Albtraum für EU und NATO. Eindeutige Wahlsiegerin war die nationalkonservative und europakritische Partei EKRE.
Der Aufstieg der Partei ist kometenhaft: Bei den Kommunalwahlen 2013 erhielt sie 1,3 Prozent, bei den Europawahlen 2014 schon 4,0 und bei den Nationalwahlen 2015 schließlich 8,1 Prozent. Jetzt konnte sie ihren Stimmenanteil mit 17,8 Prozent noch einmal mehr als verdoppeln. Der Schock in Brüssel und Berlin sitzt aber vor allem deswegen tief, weil die zweitplazierte Zentrumspartei ihr Versprechen brach, mit den EU-freundlichen Liberalen zu koalieren, was rechnerisch möglich gewesen wäre, und statt dessen auf EKRE zuging.
Die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung kommentierte entsetzt: "Die schwierige Regierungsbildung in Estland gibt dem Kreml einen Grund zum Feiern. Die potentielle Koalition von der Zentrumspartei, EKRE und Pro Patria könnte zu einem Befürworter russischer Interessen im postsowjetischen Staat werden. Die Zentrumspartei verfügt über einen starken Rückhalt in der russischen Minderheit und hat ihre Politik regelmäßig an den Bedürfnissen dieser Menschen ausgerichtet. Auf der anderen Seite hat die Partei EKRE die gleiche antieuropäische Rhetorik übernommen, die auch für andere rechtspopulistische Parteien in Europa typisch ist."

Brandstifter gegen "Brandstifter"

Rußlandfreunde und Rechtspopulisten schließen sich zusammen - das sorgt für Panik in den westlichen Hauptstädten. Schon jetzt regieren in Budapest und Rom Koalitionen, die demonstrativ Sympathien für Putin aufblitzen lassen. Italien hat sich außerdem der chinesischen Seidenstraßen-Initiative angeschlossen, die gewaltige Infrastrukturmaßnahmen, durchaus in Konkurrenz mit der EU, vorsieht.
Auch die Situation in Frankreich ist für das Imperium unberechenbar geworden: Der Thron von Präsident Macron wackelt, seit sich bei den Gelbwesten souveränistische Rechte und linke Nationalisten zumindest auf der Straße verbündet haben. Ihre Anführer Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon sind trotz aller ideologischer Gegnerschaft in den außenpolitischen Zielen - mehr Unabhängigkeit für La France und Freundschaft mit Rußland - vereint.
Dieses geostrategische Gesamtbild muß man im Auge haben, um die aktuelle Feindansage des transatlantischen Establishments gegen "Putins Trolle" in der AfD zu verstehen: EU und NATO wollen angesichts einer möglichen Regierungsbeteiligung der Blauen nach den Landtagswahlen im Herbst 2019 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg unbedingt vorher die Moskaufreunde in der Partei isolieren.
Die AfD war zwar unter ihrem ersten Vorsitzenden Bernd Lucke durchaus transatlantisch ausgerichtet - doch als dieser 2014 im Europaparlament für die Rußland-Sanktionen stimmte, war sein Sturz nur noch eine Frage der Zeit. Schon unter seiner Nachfolgerin Frauke Petry begann eine Umorientierung Richtung Osten mit etlichen Delegationsreisen, auch auf die Krim. Mittelsmann bei der Kontaktanbahnung war oft Petrys damaliger Pressesprecher Markus Frohnmaier - vor allem aber dessen Freund Manuel Ochsenreiter. Als Ersterer 2017 in den Bundestag einzog, wurde Letzterer sein Mitarbeiter. Beide stehen deshalb nicht zufällig im Zentrum der Angriffe.
Wie Assange gilt auch Ochsenreiter als Gewährsmann Moskaus.

Die Kampagne begann bereits im Januar 2019 mit reißerischen Medienberichten über Ochsenreiters angebliche Strippenzieherei bei einem Brandanschlag auf eine ungarische Kultureinrichtung im ukrainischen Uschhorod. Dieser sei keineswegs von Ausländerfeinden ins Werk gesetzt, sondern diesen untergeschoben worden, um die Spannungen zwischen Kiew und Budapest zu verstärken. Untergeschoben von wem? Natürlich von dem Putin-Agenten Ochsenreiter. Diese ganze irre Geschichte wird, und das ist noch irrer, nur von einer einzigen Person bezeugt, nämlich vom mutmaßlichen Brandstifter selbst, der von dem Deutschen beauftragt und bezahlt worden sein will.
Möchte da einer sein Strafmaß reduzieren, indem er wunschgemäß einen anderen anschwärzt, den seine juristischen Ankläger schon lange kriegen wollen? Ochsenreiter ist bei den Russenfeinden in Kiew und Warschau verhaßt, weil er für eine Entspannungspolitik eintritt. Auf der Fahndungsliste des ukrainischen Innenministeriums steht er gemeinsam mit Altbundeskanzler Gerhard Schröder und anderen.

Chodorkowski gegen Frohnmaier

Ende März erhielt die Rußland-Paranoia im Westen einen Dämpfer: Der vorläufige Bericht des Sonderermittlers Robert Mueller entlastete Trump vollständig von dem Vorwurf, bei den Präsidentschaftswahlen 2016 mit dem Kreml gegen Hillary Clinton konspiriert zu haben. Statt mit Trump wurde die Rolle der russischen Marionette in westlichen Medien nun mit Frohnmaier besetzt - ein kläglicher Versuch, mit kleinem Karo zu trumpfen.
Orchestriert wurde die Kampagne von Großbritannien aus, den ersten TV-Bericht sendete die BBC. Das verwendete Material kam fast ausschließlich vom Dossier Center in London, das "vom russischen Geschäftsmann und Kremlkritiker Michail Chodorkowski finanziert" (Spiegel) wird. Daß der saubere Geschäftsmann in Sibirien wegen Steuerhinterziehung in Milliardenhöhe hinter Gittern saß und von den Russen auch der Beauftragung mehrerer Morde verdächtigt wird, erwähnte das Magazin nicht - anders als für Ochsenreiter gilt für ihn natürlich die Unschuldsvermutung. Im Kern geht es um zwei E-Mails aus dem Jahr 2017. In der einen, scheinbar in Moskau verfaßt, wurde über Frohnmaier gesagt: "Er wird ein unter absoluter Kontrolle stehender Abgeordneter im Bundestag sein."
In der anderen, scheinbar aus Deutschland kommend, heißt es: "Für die Wahlkampagne brauchen wir dringend Unterstützung." Der angeblich russische Verfasser des ersten E-Briefes kann nicht viel Ahnung vom Objekt seiner Begierde gehabt haben, denn er bezeichnet Frohnmaier fälschlich als Landtagsabgeordneten - ein Lapsus, über den die Medien freilich nicht berichten. Das zweite Schreiben hat den Schönheitsfehler, daß sein Absender gänzlich unbekannt ist - und Frohnmaier keinerlei Unterstützung für seinen Wahlkampf nachgewiesen werden kann.

Von Christchurch nach Wien

Die große Moskau-Konspiration wird in Politik und Medien durch ein zweites Mega-Komplott ergänzt: "Die braune Verschwörung - Das globale Netzwerk rechter Terroristen", titelte der Spiegel am 23. März. Rechte Massenmörder wie Anders Breivik oder der Christchurch-Attentäter Brenton Tarrant seien nämlich keine Einzeltäter, vermutlich bildeten "die einsamen Wölfe in Wahrheit ein Rudel". Das ganze Phantasma wird abgeleitet aus dem umfangreichen Bekennerschreiben von Tarrant, das die Überschrift "Der große Austausch" trug, eine Anspielung auf das gleichnamige Buch des französischen Autors Renaud Camus (Auszüge in COMPACT-Spezial Nr. 18).
Der Spiegel ließ sich nicht lumpen und packte gleich Akif Pirinçci mit seinem Buch Umvolkung und Alexander Gauland, der von Bevölkerungsaustausch gesprochen hatte, mit in diesen Sack. Zwar seien sie nicht für den Massenmord verantwortlich. "Aber es sind die gleichen Denkmuster, auf die sie sich berufen." Offensichtlich soll bereits die präzise Begrifflichkeit unter Terrorverdacht gestellt werden - just zu dem Zeitpunkt, da ihre Stichhaltigkeit offen-

sichtlich ist. Die Welt berichtete Anfang März 2019, daß es unter allen 370 Kindern der Jens-Nydahl-Grundschule in Berlin-Kreuzberg nur noch ein einziges gebe, dessen Muttersprache Deutsch ist. Was ist das anderes als Volksaustausch?
Unter allen 370 Kindern einer Schule in Kreuzberg ist nur noch ein einziges, dessen Muttersprache Deutsch ist.
Tarrants Bekennerschreiben wird in erster Linie zur Zerschlagung der Identitären Bewegung benutzt, die sich explizit auf Camus beruft. Die Zeit schreibt: "Das Problem ist, daß es den Identitären schwerfallen dürfte zu erklären, an welchen Punkten sich ihre rassistischen Verschwörungstheorien von denen unterscheiden, die den Attentäter von Christchurch zu seiner Tat trieben.
Der nämlich hatte in einem Schreiben zu seinem Terroranschlag implizit auf die Identitären und ihre Ideologie verwiesen. Eben dieses neue Licht auf die politischen Gemeinsamkeiten zwischen den Terroristen und den Aktivisten und Aktivistinnen dürfte für die Identitären das Ende ihrer bisher erfolgreichen Strategie markieren." Um dem Ende, das sich die Zeit so sehr wünscht, etwas nachzuhelfen, hat die österreichische Regierung nun die Auflösung der IB eingeleitet.
Fadenscheiniger Vorwand ist eine Spende, die Tarrant an Sellner gemacht hat - ein Jahr vor seiner Schreckenstat, als niemand außer den Geheimdiensten wissen konnte, was der bis dahin unauffällige Mann vielleicht im Schilde führt. Das Verfahren ist umso grotesker, da es vom Koalitionspartner FPÖ unterstützt wird - und weil die stets gewaltfreien Identitären zu Jahresanfang letztinstanzlich vom Vorwurf einer "kriminellen Vereinigung" freigesprochen wurden.

Freispruch für die IB

Das aktuelle Kesseltreiben gegen die Identitären ist umso grotesker, als die Organisation erst vor kurzem einen großen juristischen Sieg errungen hat: Am 22. Januar 2019 sprach das Oberlandesgericht Graz Martin Sellner und 16 weitere Aktivisten letztinstanzlich von dem Vorwurf frei, eine "kriminelle Vereinigung" gebildet und "Hetze" betrieben zu haben.
Sellner resümierte in der Märzausgabe von COMPACT: "Die IB steht nach dem Prozeß noch stabiler da als bisher, und neue Aktionen werden nicht lange auf sich warten lassen. In einer Zeit, in der auch in Deutschland versucht wird, die IB erst zu kriminalisieren, um sie dann als Werkzeug gegen die AfD zu mißbrauchen, ist Anlaß zur Hoffnung."
Bisher laufen die beiden großen Märchenerzählungen - die von der Rußland-AfD-Internationale und jene über die globale Nazi-Allianz - parallel. Aber das muß nicht so bleiben. Was, wenn der Christchurch-Attentäter auch noch Ochsenreiters Zuerst! (oder COMPACT) gelesen hat und die Schweizer AfD-Spender mit russischem Geld arbeiteten? Dann wäre die jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung - pardon: das globale russisch-identitäre AfD-Terrornetzwerk - komplett. Herr Relotius, übernehmen Sie! Bis zur Europawahl ist nur noch wenig Zeit.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 05/2019.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Brandts Kniefall vor Warschau**
Von *Gero Bernhardt*
Mit dem Warschauer Vertrag von 1970 verzichtete nach der DDR auch die BRD-Regierung auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße. Das Heimatrecht der Vertriebenen bleib unberücksichtigt. …
Am Morgen des 7. Dezember 1970 bezogen zwei Wachtposten der polnischen Armee Stellung vor dem Mahnmal für die Opfer des von SS und Wehrmacht 1943 niedergeschlagenen Aufstandes im Warschauer Ghetto. Etwa 400 Zuschauer warteten gespannt auf die Ankunft von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD), der kurz zuvor am Grabmal des unbekannten Soldaten einen Kranz niedergelegt hatte. Als die Wagenkolonne vorfuhr, bildeten die Schaulustigen

eine Gasse für den deutschen Regierungschef und seine Entourage.
Langsam schritt Brandt an die Stufen der Gedenkstätte. Als dann zwei Träger das mitgebrachte Blumengebinde niederlegten, ordnete der Kanzler die Schleife, richtete sich auf - um dann vor dem Kranz auf die Knie zu gehen. Das Bild ging um die Welt. In seinen Memoiren schrieb Brandt später voller Pathos:
"Ich hatte nichts geplant. ... Am Abgrund der deutschen Geschichte und unter der Last der Millionen Ermordeten tat ich, was Menschen tun, wenn die Sprache versagt."
Eine solche Empathie des Bundeskanzlers wurde nicht allen Opfern zuteil - vor allem nicht den Millionen von Heimatvertriebenen und den unter polnisch-kommunistischer Herrschaft drangsalierten, gefolterten, ermordeten oder zwangspolonisierten Deutschen.
Noch am selben Tag unterzeichnete Brandt nämlich den sogenannten Warschauer Vertrag über die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen. Damit wollte er, wie er sagte, "einen Schlußstrich setzen unter Leiden und Opfer einer bösen Vergangenheit".

Brandts "Nationalverrat"

Die Unterzeichnung des Warschauer Vertrags war der Höhepunkt der sogenannten neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in Bonn, deren Auswirkungen der Staatsrechtler und Historiker Michael A. Hartenstein in seinem Werk "Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie" nachzeichnet.
Mit diesem Papier tat die Bundesregierung genau das, was Kurt Schumacher, der erste SPD-Chef nach dem Zweiten Weltkrieg, noch als schmählichen "Nationalverrat" gebrandmarkt hatte: Sie erkannte faktisch die Oder-Neiße-Linie als Polens Westgrenze an - und besiegelte damit quasi den Verlust von Pommern, Schlesien und den anderen Ostgebieten unter polnischer Verwaltung.
Immerhin: In Artikel IV räumte die Bundesregierung ein, daß sie nur in ihrem Namen - und nicht im Namen ganz Deutschlands - handeln könne, was auch der völkerrechtlichen Lage entsprach. Allerdings ließ Brandt selbst keinen Zweifel daran aufkommen, daß Bonn von der Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie als Grenze ausging.
In einer Fernsehansprache vom 7. Dezember 1970 erklärte der Kanzler: Man habe sich nicht "leichten Herzens" zu dem Vertrag entschlossen, es ginge jedoch um "den Beweis unserer Reife und den Mut, die Wirklichkeit zu erkennen". Das Abkommen gebe "nichts preis, was nicht längst verspielt worden" sei. "Verspielt nicht von uns, die wir in der Bundesrepublik Deutschland politische Verantwortung tragen und getragen haben, sondern verspielt von einem verbrecherischen Regime, vom Nationalsozialismus", so Brandt.

Widerstand gegen Warschauer Vertrag

Innenpolitisch führte der Warschauer Vertrag zu heftigen Angriffen der CDU/CSU-Opposition und der Vertriebenenverbände. Dem Kanzler wurde Verzichtspolitik vorgeworfen, manche nannten ihn einen "Vaterlandsverräter". Erst eineinhalb Jahre später ratifizierte der Bundestag den Vertrag mit 248 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen und 230 Enthaltungen. Letztere kamen im Wesentlichen von den Vertretern der zuvor empörten Unionsparteien, die damit den Verzicht erst möglich machten.
Doch nicht jeder Sozialdemokrat und Liberale wollte diese Politik mittragen: 1972 wechselte der Oberschlesier und Vertriebenenfunktionär Herbert Hupka aus Protest gegen Brandts Ostpolitik von der SPD zur CDU. Der vormalige FDP-Chef und Bundesminister Erich Mende, ein Landsmann Hupkas, hatte seiner Partei und Fraktion schon 1970 den Rücken gekehrt.
Die Rechte gründete indes die Aktion Widerstand, machte gegen die Verzichtspolitik mobil. Treibende Kraft hinter den Demonstrationen war die damals in mehreren Landtagen vertretene, 1969 jedoch mit 4,3 Prozent am Einzug in den Bundestag knapp gescheiterte NPD, die in ihrer Agitation gegen die sozialliberale Koalition von den damals auflagenstarken Organen ("National-Zeitung", Deutsche Wochen-Zeitung") des Münchner Verlegers Gerhard Frey un-

terstützt wurde.

Brandts dunkles Geheimnis

Brandt war sich der psychologischen Wirkung des Warschauer Vertrags durchaus bewußt. Damals sagte er: "Für viele meiner Landsleute, deren Familien im Osten gelebt haben, ist dies ein problemgeladener Tag. Manche empfinden es so, als ob jetzt der Verlust eintritt, den sie vor 25 Jahren erlitten haben."

Tatsächlich soll, wie Hartenstein in "Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie" enthüllt, der spätere Kanzler schon vor Ende des Krieges für eine Preisgabe deutschen Landes eingetreten sein. 1979 machte Erich Mende öffentlich, daß der Sozialdemokrat 1944 - damals noch unter seinem Geburtsnamen Herbert Frahm im schwedischen Exil lebend - dem US-Gesandten in Stockholm vorgeschlagen hatte, den größten Teil Ostpreußens mit Königsberg an Polen auszuliefern und einen "Austausch von Bevölkerungen" vorzunehmen.<<

Ukraine: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Buchtip: Der Westen im Niedergang**

Der prominente französische Historiker Emmanuel Todd sagte bereits 1976 das Ende der Sowjetunion voraus. In seinem neuen Buch wagt er wieder den Blick in die Zukunft: Er prognostiziert den endgültigen Niedergang der westlichen Welt. Im Kern verrottet, aber nach außen expandierend steht der Westen einem Rußland gegenüber, das sich stabilisiert hat und nunmehr konservativ auf die Länder der restlichen Welt wirkt, die den USA und ihren Verbündeten nicht in ihre Kriege folgen wollen. Deren Niederlage in der Ukraine ist bereits nahezu Fakt, sagt Todd.

Schlußendlich ist es deshalb unvermeidlich, daß es zu einem Einfrieren des Konfliktes zwischen der Europäischen Union und Rußland kommt. Ein Europa befreit von US-amerikanischem Einfluß könnte das Ergebnis sein. Deutschland kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, und diese Rolle sollte es selbstbewußt einnehmen - das ist Todds Appell in diesem Buch. Exklusiv: Mit neuem Vor- und Nachwort des Autors speziell für die deutsche Ausgabe!<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30628" berichtet am 12. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**Gezielter Anschlag auf das US-Bankensystem! - US-Notenbank Fed, ein Brandstifter im Finanzsystem**

Der Zusammenbruch der Schweizer Großbank Credit Suisse und der US-Banken Signature, Silvergate und Silicon Valley Bank (SVB) erschütterte 2023 die Finanzmärkte. Der Hauptauslöser dafür war die Geldpolitik der US-Notenbank Fed (Fed = Federal Reserve System). Diese hatte Ende 2021 die Zinsen dramatisch erhöht, was zu einem Kursverfall bei den Staatsanleihen sowie zu hohen Verlusten bei den Kredit- und Leasinggeschäften der Banken und schlußendlich auch zum Kollaps der genannten Banken führte. Im gesamten Bankensystem der USA wurde durch die Geldpolitik der Fed so die unglaublich hohe Summe von ca. 1,9 Billionen US-Dollar vernichtet.

Als Reaktion auf die von ihr selbst verursachte Krise im Finanzsystem und dem drohenden Zusammenbruch weiterer US-Banken startete die Fed dann das Bank Term Funding Program (BTFP). Dieses Programm erlaubte es den US-Banken, über Kredite direkt auf die Finanzmittel der Fed zuzugreifen und so ihre Liquiditätsprobleme still und leise zu lösen. Dadurch beruhigte sich die Krise und die Fed konnte sich wieder einmal als energischer Retter des Finanzsystems präsentieren. Doch die Probleme im US-Bankensektor waren damit natürlich keineswegs gelöst. Aktuell befindet sich dieser sogar in einer historischen Krise! Sehen Sie nachfolgend, wie umfassend und gewaltig diese Krise ist, welche Rolle dabei die Fed spielt und was deren Beweggründe und Hintergründe sind.

I. Die historische Krise im US-Bankensektor

1. Die Krise im US-Gewerbeimmobilienmarkt

Heute gibt es in den USA mehr als 4000 Banken, von denen jedoch nur einige hundert als ge-

sund angesehen werden können. Die allermeisten dagegen stehen buchstäblich am Abgrund. Ein wesentlicher Grund dafür ist ein Zusammenbruch der Preise von Gewerbeimmobilien historischen Ausmaßes. Wie groß dieser ist, verdeutlichen folgende Beispiele:
Der 23-stöckige Prime Manhattan Office Tower in New York, 2019 noch mit 215 Millionen Dollar bewertet, ist heute nur noch 104 Millionen US-Dollar wert - ein Wertverlust von 51,6 Prozent in nur fünf Jahren. In St. Louis wurde das höchste Bürogebäude - der 44-stöckige AT&T-Turm - für 3,5 Millionen Dollar verkauft. Im Jahr 2006 kostete diese Spitzenimmobilie noch 205 Millionen Dollar, was einen schockierenden Wertverlust von 98 % bedeutet! Barry Sternlicht, ein milliardenschwerer Immobilieninvestor, prognostizierte infolge dieses Preisverfalls allein bei US-Büroimmobilien Verluste in Höhe von 1 Billion US-Dollar. Diese Verluste sind meist in den Büchern der kleinen und mittleren US-Banken zu finden, die jetzt auf Bergen von faulen Krediten sitzen, von denen laut dem Edelmetallexperten Dominik Kettner 30 % bis 50 % akut ausfallgefährdet sind.
Hinzu kommt noch, daß bis Ende 2025 Gewerbeimmobilienkredite in Höhe von 560 Milliarden US-Dollar und bis Ende 2028 sogar in Höhe von mehr als 2,8 Billionen US-Dollar auslaufen. D.h. in den USA kommt auch eine Refinanzierungswelle von historischem Ausmaß auf die Kreditinstitute zu. Dies bedeutet, daß die betroffenen Immobilien zu wesentlich schlechteren Konditionen neu finanziert werden müssen. Gelingt dies nicht, müssen sie mit großem Abschlag und entsprechenden Verlusten für die Banken verkauft werden, was zu einem Kollaps des Bankensystems führen kann. Eine vergleichbare Situation gab es bis jetzt noch nie am Finanzmarkt.
2. Die Krise im US-Anleihenmarkt
Zusätzlich zur Krise im US-Gewerbeimmobilienmarkt tickt im Anleihenmarkt eine weitere Zeitbombe. Steigende Zinsen haben hier eine Situation geschaffen, die ebenfalls das Potential hat, das gesamte Bankensystem zu erschüttern. Sie eröffneten neue attraktive Geldanlagemöglichkeiten, wodurch US-Staatsanleihen kaum noch nachgefragt wurden. Infolgedessen verloren sie dramatisch an Wert, so daß die US-Banken jetzt auf einem Berg unrealisierter Verluste in Höhe von über 516 Milliarden US-Dollar sitzen. Solange die Banken diese Anleihen halten, bleiben die Verluste "auf dem Papier". Doch wenn z.B. Kunden ihre Einlagen abziehen oder die Banken aus anderen Gründen gezwungen sind, diese Anleihen zu verkaufen, werden die Verluste real und könnten ebenfalls einen Bankencrash auslösen.
3. Die Fed beendet das Bank Term Funding Program
Ausgerechnet in der sich anbahnenden historischen Banken- und Finanzkrise beendete die US-Zentralbank Fed am 11. März das Bank Term Funding Program (BTFP). Über dieses hatte die Fed in nur einem Jahr über 160 Milliarden US-Dollar an die anfragenden Banken ausgegeben und diese so still und leise mit Finanzmitteln versorgt. Dabei konnten die Banken ihre Anleihen als Sicherheit verwenden, die zum Nennwert (Nennwert = aufgedruckter Wert eines Wertpapiers) und nicht zum aktuellen Marktwert bewertet wurden. Auf diese Weise wurden für die Banken die negativen Folgen der Zinserhöhungen und vor allem der Wertverfall am US-Anleihenmarkt völlig ausgeglichen, wodurch sie vor dem Zusammenbruch bewahrt wurden.
Mit Beendigung des BTFP ist den Banken deshalb nicht nur die einfache Versorgung mit Finanzmitteln entzogen worden, um z.B. die US-Gewerbeimmobilienblase am Platzen zu hindern, sondern auch die Verluste am US-Anleihemarkt. Zudem schlagen die immer noch hohen Zinsen jetzt wieder voll auf die Banken durch, was der entscheidende Auslöser für eine weitere und noch viel umfassendere Bankenkrise sein könnte.
Der kanadisch-irische Analyst Kevin O´Leary ist angesichts der dramatischen Lage im US-Bankensystem jedenfalls davon überzeugt, daß in den kommenden Jahren tausende von Banken zusammenbrechen werden. Da die weltweiten Banken wiederum extrem untereinander

verflochten sind, könnte dies dann zu einem gewaltigen weltweiten Finanz-Tsunami und einer Weltwirtschaftskrise führen, die alle vorangegangenen in den Schatten stellt.

II. Die Fed - ein Brandstifter im Finanzsystem und ihre Beweggründe

Nach außen hin präsentiert sich die US-Notenbank Fed als seriöser und energischer Kämpfer für ein stabiles Finanzsystem. Doch sie entpuppt sich als ein wahrer Brandstifter im Finanzsystem, der laut dem Finanzexperten Ernst Wolff sowohl die Bankenkrise im Jahr 2023 als auch die sich aktuell anbahnende Krise ganz gezielt auslöste bzw. jetzt herbeiführt. Ernst Wolff sieht dabei folgende Zusammenhänge, die erklären, warum die Fed so handelt:

1. Da wir uns in der Endphase des globalen Finanzsystems befinden, bereiten die Zentralbanken weltweit ein neues Finanzsystem und die Einführung digitaler Zentralbankwährungen (CBDC) vor.
2. Die Kreditvergabe soll mit Einführung der CBDC den Geschäftsbanken entzogen werden und in Zukunft voraussichtlich ausschließlich über die Zentralbank erfolgen. Dies bedeutet, daß es vor allem für kleine und mittlere Banken im neuen Geldsystem keinen Platz mehr gibt. Deshalb wird die bestehende Bankenkrise gezielt angeheizt, um den Konzentrationsprozeß im Bankbereich schnell voranzutreiben.
3. Die großen Profiteure der kommenden Bankenzusammenbrüche werden die US-Großbanken wie z.B. Goldmann Sachs oder JP Morgan Chase sein. Letztere hatte schon 2023 die First Republic Bank zu einem Bruchteil ihres Wertes übernommen. Die kommende Krise werden diese Großbanken in gleicher Weise nutzen und sich so riesige Vermögen zu einem Spottpreis unter den Nagel reißen. Davon profitieren wiederum die großen Vermögensverwalter wie BlackRock, Vanguard oder State Street, die Hauptaktionäre bei den großen US-Banken sind und die Vermögen der Superreichen verwalten.
4. Da kein Bankensicherungsfond mit den erforderlichen Finanzmitteln ausgestattet ist, um die bei der womöglich größten Bankenkrise aller Zeiten vor dem Ruin stehenden Kontoinhaber und Einleger zu retten, könnte dies das ideale Sprungbrett zur Einführung der CBDC darstellen. Indem Hilfszahlungen gleich mit diesem neuen Geld erfolgen, könnte dieses mit dem positiven Image eines Systemretters eingeführt werden. Ganz nach dem Motto von Winston Churchill: "Laß niemals eine Krise ungenutzt verstreichen!"

III. Die Hintergründe der US-Notenbank

Laut Ernst Wolff ist der Fed zur Durchsetzung eines neuen digitalen Finanzsystems offensichtlich jedes Mittel recht. Sie ist bereit, tausende von Banken in die Insolvenz zu treiben und Vermögenswerte in Höhe von Billionen von Dollar zu vernichten, um die Bevölkerung womöglich so in dieses neue Geldsystem zu locken bzw. zu zwingen. Die großen Nutznießer dabei sind offensichtlich einzig die Superreichen.

Um tiefer zu verstehen, warum die Fed nicht zum Wohl der Allgemeinheit, sondern zu Gunsten dieser kleinen Minderheit handelt, muß man wissen, daß es sich bei der Fed nicht um eine staatliche Einrichtung handelt.

Laut Stephen Goodson, dem ehemaligen Direktor der Zentralbank von Südafrika, der damit ein absoluter Insider des Finanzsystems ist, handelt es sich bei der Fed, genauso wie bei nahezu allen Zentralbanken weltweit und auch dem IWF und der Weltbank, um privat beherrschte Banken und Einrichtungen, die ihre Geschäfte absolut zum Nutzen ihrer Teilhaber und Gründer führen. In dem von ihm veröffentlichten Buch "Die Geschichte der Zentralbanken" nennt er z.B. auch die Hauptaktionäre der Fed beim Namen. Es sind folgende Banken mit den dahinterstehenden Banker-Dynastien:

- JP Morgan Chase Bank
- Goldman Sachs Bank von New York
- Lazard Brothers Bank von Paris
- Israel Moses Sieff Bank von Italien

- Shearson American Express Bank
- Die Rothschild Banken von London und Paris
- Die Warburg Banken von Hamburg und Amsterdam

Es ist also ein kleiner Kreis von Superreichen, der die aktuelle Bankenkrise schürt. Sie wollen sich damit die Taschen füllen und uns, womöglich als Rettungspaket getarnt, in ihr neues digitales Geldsystem locken. Wie Kla.TV bereits in der Sendung "Ernst Wolff: Digitales Zentralbankgeld - das Ende der Freiheit!" (www.kla.tv/29968) aufgezeigt hat, geschieht dies wiederum einzig allein mit dem Ziel, uns vollkommen zu beherrschen und uns alle unsere Freiheiten rauben zu können.

IV. Fazit

Die Weichen im Finanzsystem sind einmal mehr auf Crash gestellt und daran wird auch die aktuelle Zinssenkung der Fed nichts ändern. Wann es zum Kollaps kommt, ist allerdings schwer vorhersehbar, doch eines ist sicher: Die Bankster, die ihre Macht in unsäglicher krimineller Energie mißbrauchen, um immer mehr Reichtum und Macht anzuhäufen, werden alles tun, um ja nicht als Verursacher des von ihr verursachten Finanzkollapses aufzufliegen.

Sie werden dafür womöglich andere Krisen eskalieren lassen - einschließlich der bestehenden militärischen Konflikte, bei denen aktuell eine gewaltige Verschärfung zu beobachten ist. Doch wie auch immer sie uns ihr neues digitales Geld schmackhaft machen wollen, ist es mit Sicherheit ein Trojanisches Pferd und nie die Lösung der Probleme. Die Lösung ist, daß diese Bankster als Verursacher der Krisen zur Rechenschaft gezogen werden und ihnen ihre Macht genommen wird.

Laut dem ehemaligen Zentralbankchef Stephen Goodson gründet sich ihr Einfluß darauf, daß sie das Recht an sich gerissen haben, Geld aus dem Nichts zu schöpfen und es dann gegen Zinsen zu verleihen. Dies konnten sie, indem sie die Kontrolle über die weltweiten Zentralbanken übernommen haben. Deshalb braucht es einen "globalen Schuldenschnitt", d.h. die Entschuldung aller durch die Zentralbanken und durch den IWF und die Weltbank geschundenen, ausgeplünderten und faktisch enteigneten Nationalstaaten sowie die Rückgabe aller gepfändeten Ressourcen.

Denn genauso wie die Kredite aus dem Nichts erschaffen wurden, müssen die Schulden doch auch wieder ins Nichts verschwinden. Wenn dann auch noch das Recht der Geldschöpfung wieder zurück in die Hand des Volkes und der einzelnen souveränen Staaten kommt, ist der ganze Spuk vorbei. Gerade in dieser weltweiten Krise ist die Zeit gekommen, dies einzufordern - wenn nicht jetzt, wann dann?<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Trump: Todesstrafe für Killer-Migranten**

Von *Daniell Pföhringer*

Donald Trump hat angekündigt, im Falle einer Wiederwahl mit äußerster Härte gegen illegale Einwanderung vorzugehen. Sein Plan für Massenabschiebungen geht weit über alles hinaus, was in der US-Politik bislang üblich war. …

Der republikanische US-Präsidentschaftsbewerber Donald Trump sorgt mal wieder mit Äußerungen über Migranten für Aufregung. Sein Plan: Versuchen Kriminelle, nach ihrer Abschiebung in die USA zurückzukehren, sollen ihnen im Falle seiner Wiederwahl am 5. November "automatisch zehn Jahre Gefängnis ohne Bewährung" drohen, so Trump bei einer Wahlkampfveranstaltung in Aurora, einem Vorort von Denver im Bundesstaat Colorado.

Operation Aurora

Besonders skandalisiert wird seine auf der Kundgebung erhobene Forderung, die "Todesstrafe für jeden Migranten, der einen amerikanischen Bürger tötet", einzuführen. Um Abschiebungen zu erleichtern, wolle er außerdem ein Gesetz aus dem Jahr 1798 wieder in Kraft setzen.

Dieser Plan reift schon seit geraumer Zeit im Umfeld des Ex-Präsidenten. Er selbst bezeichne-

te ihn bei der Veranstaltung in Colorado als "Operation Aurora". In unserer Spezial-Ausgabe "Trump: Sein Leben, seine Politik, sein großes Comeback" schildern wir die Hintergründe:
"Er werde die 'die größte Abschiebeaktion in der amerikanischen Geschichte' durchführen, so sein Versprechen im Wahlkampf. Doch diesmal geht es nicht um 100.000 oder 3.000 Illegale, sondern um knapp elf Millionen. Hatte er als Präsident den Zustrom über die Südgrenze Amerikas deutlich senken können, ist dieser seit der Machtübernahme Joe Bidens wieder kontinuierlich angeschwollen. Allein im Jahr 2022 gelangten über 2,5 Millionen Ausländer ohne Aufenthaltsberechtigung in die USA."
Und weiter: "Um seine Remigrationsoffensive durchzuziehen, will sich Trump auch auf den sogenannten Alien Enemies Act von 1798 berufen, das den Präsidenten dazu befugt, die Verhaftung und Abschiebung jedes Ausländers anzuordnen, der Bürger eines Landes ist, mit dem sich die Vereinigten Staaten im Kriegszustand befänden. Ein brillanter Schachzug, denn das trifft sowohl auf Mexiko als auch auf andere südamerikanische Staaten zu, aus denen die meisten Eindringlinge stammen."

"Tag der Befreiung"

In seiner immer wieder von tosendem Applaus unterbrochenen Rede in Aurora beschrieb Trump die Vereinigten Staaten als von einer "kriminellen Macht" besetzt und versprach seinen Anhängern, daß der 5. November der "Tag der Befreiung" sein werde. Migranten stellte er als Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA dar.
Der Ex-Präsident, der wieder ins Weiße Haus einziehen will, kündigte darüber hinaus ein hartes Vorgehen gegen Bandenmitglieder aus dem Ausland an. "Wir werden Elitetruppen des Grenzschutzes und der Bundespolizei losschicken, um jedes einzelne illegale Bandenmitglied zu jagen, zu verhaften und abzuschieben, bis kein einziges mehr im Land ist", erklärte Trump unter dem Jubel tausender Republikaner-Anhänger.
Die linksliberale Zeit zeigt sich empört über den fulminanten Auftritt: "Bei der Kundgebung nutzte er wie schon bei anderen Auftritten entmenschlichende Sprache und Verallgemeinerungen in Bezug auf Migranten. So wiederholte Trump etwa die Behauptung, Migranten brächten hochansteckende Krankheiten in die USA und 'infizierten' das Land. Trump hat die irreguläre Migration zum Hauptthema seines Wahlkampfes gemacht."
Zu dem symbolträchtigen Ort, an dem Trump sprach, schreibt das Blatt: "Der Ort Aurora war im August in die Schlagzeilen geraten, nachdem dort zahlreiche venezolanische Migranten aus einem Apartmentkomplex ausziehen mußten. Die Stadt ließ das Gebäude wegen Sicherheitsmängeln und Hygieneverstößen räumen. Zeitgleich gab es Berichte über die mutmaßliche Präsenz der venezolanischen Gang Tren de Aragua in dem Wohnkomplex."

Kein zweites TV-Duell

Unterdessen wurde bekannt, daß Trump nicht für ein weiteres TV-Debatte mit seiner demokratischen Kontrahentin Kamala Harris zur Verfügung steht. "Es wird keine Rückrunde geben", schrieb der Republikaner auf seiner Plattform Truth Social. Für eine weitere Debatte sei es im Wahlprozeß nun zu spät, so seine Begründung.
Nur wenige Stunden zuvor hatte der Trump gewogene Fernsehsender Fox News die beiden Kandidaten zu einem möglichen zweiten Schlagabtausch am 24. oder 27. Oktober eingeladen. Trump und Harris waren bereits am 10. September bei ABC News aufeinandergetroffen.
Fox News erklärte, ein weiteres Aufeinandertreffen wäre "eine Gelegenheit für jeden Kandidaten, seine abschließenden Argumente zu präsentieren". In den Umfragen liegt Trump derzeit in mehreren entscheidenden Swing States vor Harris. Beobachter gehen von einem dramatischen Kopf-an-Kopf-Rennen am Wahltag aus.<<

13.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Ekelhaft: Linksgrün-woke Skandal-Oper in Stuttgart provoziert mit Sex, Blut, nack-**

ten Nonnen!
Linksgrün-woke sogenannte "Kulturschaffende" haben eine Skandal-Oper inszeniert, die an widerlicher Blasphemie ihresgleichen sucht. Nicht auszudenken, was hierzulande los wäre, wenn statt des Christentums der Islam in den Dreck gezogen würde.
In Stuttgart sorgt die Skandal-Oper "Sancta" für Empörung. Sex, Blut, Gewalt und nackte Nonnen sollen dem Publikum ab 18 Jahre das sogenannte postmoderne Musiktheater vermitteln.
Opernbesuchern wurde schlecht - und in drei Fällen mußte sogar der Notarzt kommen. Die katholische Kirche spricht von obszöner Verletzung religiöser Gefühle.
SWR Kultur berichtete dagegen von "Jubel ohne Ende". In der knapp dreistündigen Performance gehe es darum, "jegliche Scham und Schuld, mit der das Christentum den Frauenkörper seit Jahrhunderten bestraft hat, abzulegen", schrieb der ARD-Sender auf seinem Online-Portal.
Man stelle sich einmal vor, was wohl los wäre in Deutschland, wenn mit ähnlicher Inbrunst das Thema Islam & Frauen auf offener Bühne dargestellt würde!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. Oktober 2024 (x1.412/…):
>>**Habeck fördert "Gender Mainstreaming" im Klimaschutz mit fast 700.000 Euro**
Das Wirtschaftsministerium von Robert Habeck fördert "Gender Mainstreaming" im kommunalen Klimaschutz mit fast 700.000 Euro. Es soll unter anderem ein Präventionsplan entwikkelt werden, "um die subjektive Sicherheit von Frauen und von Mehrfachdiskriminierung betroffenen Personen im öffentlichen Nahverkehr zu erhöhen".
Willi Weißfuß
... Das Ministerium von Robert Habeck fördert ein Projekt, daß Gender Mainstreaming und Klimaschutz verbindet.
Klimaschutz und Gender-Mainstreaming sind zwei zentrale Themen der Grünen. Seit Mai dieses Jahres können der Verein Bildung Umwelt Chancengleichheit und der Verein Klima-Bündnis beide Themen miteinander verbinden.
Das Projekt "Gender Mainstreaming für einen wirksameren und sozial gerechten Klimaschutz in Kommunen - Unterstützungsangebote und Wissensaufbau für kommunale Akteure" wird von beiden Vereinen gemeinsam umgesetzt. Gefördert wird das Projekt mit einer Laufzeit bis Ende April 2027 vom Wirtschaftsministerium unter Robert Habeck mit insgesamt 664.160 Euro im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative.
In dem Projekt möchten die beiden Vereine mit bis zu 15 Modellkommunen an der "Konzeption, Planung und Umsetzung von geschlechtergerechten Klimaschutzmaßnahmen" arbeiten. Als Beispiele für die Kombination von Gender-Mainstreaming und Klimaschutz nennt das Projekt "eine geschlechtersensible Ansprache in Bildungs- und Informationsmaterialien zu den Themen Stromsparen, Energieeffizienz und Gebäudesanierung".
Man will außerdem "Präventionspläne" einführen, "um die subjektive Sicherheit von Frauen und von Mehrfachdiskriminierung betroffenen Personen im öffentlichen Nahverkehr zu erhöhen und damit den Umstieg vom Auto auf den Umweltverbund zu ermöglichen".
Beim Klimaschutz sind Männer unterrepräsentiert
Das Hauptziel des Projekts ist es, daß kommunale Klimaschutzmaßnahmen "von den Kommunen gendersensibel gestaltet werden" und daß "bei Personen, die im kommunalen Klimaschutz tätig sind, Fähigkeiten und Wissen zu Gender Mainstreaming aufbauen".
Beim Klimaschutz gibt es nämlich einen deutlichen Gender-Gap. Klimaschutz ist ein überwiegend von Frauen dominiertes Thema. Beim Klimastreik von Fridays for Future am 15. März 2019 waren rund 70 Prozent der Teilnehmer weiblich.
Und auch beim Wahlverhalten zeigt sich der Unterschied: Bei der Europawahl 2024 wählten in Deutschland 14 Prozent der Frauen Grün und nur 11 Prozent der Männer. Zudem, so wol-

len es mehrere Studien gezeigt haben, haben Männer einen höheren CO2-Ausstoß als Frauen. Deshalb möchte man den durchschnittlichen Mann nun scheinbar für Klimaschutz begeistern. Den Projektteilnehmern ist schließlich bewußt, "daß der Energieverbrauch in Industrieländern auch von geschlechtsspezifischen Rollen abhängt".<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Gasnetzentgelte: Analyse sieht bis zu 445 Euro Mehrkosten**

Steigende Gastnetzentgelte können im kommenden Jahr zu Mehrkosten für Haushalte in Höhe von einigen Hundert Euro führen. Das geht aus einer Auswertung des Preisvergleichsportals Verivox hervor, über die die Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Sonntagausgaben) berichten. Demnach haben einzelne Netzbetreiber Erhöhungen der Gasnetzgebühren von bis zu 56 Prozent angekündigt. Verbraucher, die ein Einfamilienhaus heizen, müssen mit Mehrkosten von bis zu 445 Euro rechnen.

Verivox hat für die Auswertung die Gasnetzgebühren in Deutschland unter die Lupe genommen. Etwa 700 Gasnetzbetreiber gibt es hierzulande. Die bis dato ausgewerteten Netzbetreiber decken dem Portal zufolge bei Gas 43 Prozent aller Haushalte in Deutschland ab. Der durchschnittliche Anstieg beträgt Verivox zufolge aktuell rund 25 Prozent, was für ein Einfamilienhaus mit einem Jahresverbrauch von 20.000 kWh Mehrkosten von rund 116 Euro (brutto) entspricht.

Vor allem in den neuen Bundesländern haben eine Reihe von Gasnetzbetreibern allerdings noch höhere Aufschläge bei ihren Netzgebühren angekündigt. Der stärkste Anstieg beträgt laut dem Vergleichsportal 56 Prozent, was bei einem Jahresverbrauch von 20.000 kWh insgesamt 445 Euro (brutto) entspricht. Netznutzungsentgelte werden für den Betrieb und die Instandhaltung der Leitungen erhoben. Auch die Kosten für Zählerinstallation, Ablesung und Abrechnung sind darin enthalten. Sie werden - so wie auch Stromnetzentgelte - gemeinsam von den Kunden im jeweiligen Verteilnetz getragen.

Laut Bundesnetzagentur (BNetzA) machen die Netzentgelte, die von Fernleitungs- und Verteilernetzbetreibern erhoben werden, derzeit gut zehn Prozent des Gaspreises aus. Die BNetzA erklärte die Preissteigerungen auch mit gesunkener Nachfrage nach Gas: "In einigen Regionen sind signifikantere Mengenrückgänge zu verzeichnen, die zu Entgeltsteigerungen führen", sagte ein BNetzA-Sprecher den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Die Kosten für das Netz müssen demnach nun also von weniger angeschlossenen Verbrauchern getragen werden. Der Sprecher verwies aber auch auf gestiegene Investitionen - unter anderem wegen politischer Entscheidungen wie dem Aufbau eines Flüssigerdgasnetzes.

Ein Teil der bald höheren Gasnetzentgelte ist aber auch auf neue Abschreibungsregeln zurückzuführen. Gasnetzbetreiber können wegen der neuen Regularien jetzt schon eine mögliche Stilllegung ihrer Gasnetze ab frühestens 2035 in ihre Abschreibungen einkalkulieren und somit die Kosten für die Wärmewende so verteilen, daß sie noch möglichst viele Kunden tragen können. Experten gehen davon aus, daß diese schnelleren Abschreibungen in den kommenden Jahren grundsätzlich mit höheren Entgelten einhergehen.

Abhängig ist das aber auch davon, wie schnell man sich in einzelnen Regionen von Gas als Energieträger verabschiedet. Für die beschleunigten Abschreibungen hat die BNetzA aber strenge Begründungspflichten vorgeschrieben. Man gehe deshalb nicht davon aus, daß die Netzentgelte flächendeckend stark steigen werden. "Dort, wo der Anstieg unplausibel hoch ist, werden wir die Annahmen der Netzbetreiber überprüfen", sagte ein BNetzA-Sprecher den Funke-Zeitungen.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) bestätigte auf Anfrage der Funke-Blätter die Preiserhöhungen: "Nach unseren aktuellen Schätzungen werden bundesweit rund ein Drittel bis ein Viertel der Gasnetzbetreiber zeitnah die neuen Abschreibungsregeln anwenden. Die übrigen Gasnetzbetreiber werden nachziehen", sagte ein VKU-Sprecher. Gaskunden haben

zunächst kaum Möglichkeiten, sich gegen die höheren Preise zu wehren. "Da die Gasnetze Monopole und die Netzgebühren staatlich reguliert sind, können sich die Haushalte diesen höheren Kosten nur schwer entziehen, denn die Gasversorger geben die Netzgebühren in der Regel direkt an ihre Kunden weiter", sagte Thorsten Storck, Energieexperte bei Verivox, den Zeitungen.
"Betroffene Haushalte sollten dann prüfen, ob es einen günstigeren Gasversorger gibt, denn die Preisunterschiede zwischen den Anbietern können über 1.000 Euro betragen pro Jahr betragen", so Storck weiter. Derzeit liegt der durchschnittliche Gaspreis in Deutschland bei 11,25 Cent/kWh. Mit Blick auf ein Einfamilienhaus entspricht das Jahreskosten von 2.250 Euro. Verstetigt sich der Trend höherer Gasnetzgebühren, würde der durchschnittliche Gaspreis laut Verivox um rund fünf Prozent auf 11,86 Cent/kWh (2.373 Euro bei 20.000 kWh) steigen. Zum Start in die aktuelle Heizperiode waren die Preise noch nahezu stabil geblieben: Anfang September mußten Verbraucher für Erdgas durchschnittlich sechs Prozent weniger zahlen als noch ein Jahr zuvor.<<

Israel: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Israelische Armee: 21.000 Kämpfer von Hamas und Hisbollah getötet**
Seit dem von der Hamas verübten Massaker in Israel am 7. Oktober 2023 sind im Krieg zwischen Israel und der Hamas sowie der Hisbollah nach Angaben des israelischen Armeesprechers Arye Sharuz Shalicar etwa 21.000 radikale Islamisten getötet worden. "Im Libanon geht die Zahl auf die Tausend zu und im Gazastreifen sind wir bei ungefähr 20.000 Terroristen", sagte Shalicar der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Sonntagausgabe).
Auf israelischer Seite seien mittlerweile fast 2.000 tote Zivilisten und Soldaten sowie 10.000 Verwundete zu beklagen. Seit knapp einem Jahr versucht die israelische Armee mit einer Bodenoffensive die Kontrolle der Hamas im Gazastreifen zu beenden. Aufgrund der hohen Zahl getöteter und verwundeter Zivilisten wurde auf internationaler Ebene mehrfach der Vorwurf geäußert, Israel würde einen Völkermord an den dortigen Palästinensern begehen.
Dieser Vorwurf sei "absoluter Schwachsinn", sagte Armeesprecher Shalicar der NOZ. Die israelische Armee habe Millionen Zivilisten in Gaza - und indirekt auch Hamas-Kämpfer - beispielsweise mit Flugblättern oder SMS-Nachrichten vor Einsätzen gewarnt und humanitäre Zonen wie in Al-Mawasi eingerichtet. "Ein Völkermord, wie er hier angeblich getan wird, wäre der schlechteste Völkermord in der Geschichte der Menschheit."
Ein schnelles Ende des Konflikts wäre laut Shalicar nur möglich, wenn drei Bedingungen erfüllt seien. Erstens: Die 101 noch vermißten Geiseln müssen aus dem Gazastreifen zurückkehren - "je schneller das passiert, desto besser auch für die palästinensische Bevölkerung", sagte Shalicar der NOZ. Zweitens: Die Hamas im Gazastreifen muß vollständig "eliminiert" werden, ohne Hoffnung auf ein Wiedererstarken. Und drittens: Die 60.000 israelischen Flüchtlinge aus dem Norden des Landes müssen sicher in ihre Häuser an der Grenze zum Libanon zurückkehren können.
Um diese Ziele erreichen zu können fordert Volker Beck (Grüne), Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG), von der Bundesregierung mehr und vor allem schnellere Freigaben von Waffenlieferungen nach Israel. Er sehe "keinen Grund, Israel nicht alles zu geben, um die Hamas im Gazastreifen endgültig zu besiegen", sagte er der NOZ. Im vergangenen Jahr hatte Deutschland laut Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums Rüstungsexporte im Wert von 320 Millionen Euro an Israel genehmigt. In diesem Jahr waren es bisher weniger als 20 Millionen Euro, seit März wurden gar keine Rüstungsexporte mehr genehmigt.<<

14.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Martin Hess (AfD): Sicherheitspaket der Ampel entpuppt sich als reine Luftnummer!**
Die nach dem islamistischen Terroranschlag von Solingen medienwirksam angekündigte mi-

grationspolitische Kurskorrektur der Ampelregierung entpuppt sich nach den Worten des AfD-Innenexperten Martin Hess als reine Luftnummer.
Von den groß angekündigten Maßnahmen sei kaum noch etwas übrig, weil die SPD eine "Verelendung" der illegalen Migranten verhindern wolle, erklärte der stellvertretende innenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion in Berlin. Die migrationsfreundlichen "Grünen" wiederum würden "nach wie vor jeglichen Zusammenhang zwischen Migration und der Erosion unserer Sicherheit leugnen."
Als "völlig realitätsfern" kritisierte Hess die Behauptung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), das Sicherheitspaket sei "sehr weitgehend". Der AfD-Innenexperte wörtlich: "Was wir hier erleben, ist eine weitere Posse einer Regierung, die jegliche Kontrolle über das Migrationsgeschehen längst verloren hat."
"Diese Regierung wird nichts ändern"
Hess stellte fest: "Es wird weiterhin keine Abschiebe-Offensive geben, Heimaturlaube angeblich Schutzsuchender sollen auch künftig möglich sein, die großzügigen Sozialleistungen werden nach wie vor an nahezu alle ausbezahlt, die 'Asyl' sagen, während die dilettantischen Messerverbote sämtliche Bürger unter Generalverdacht stellen, potentiellen Tätern jedoch nur ein müdes Lächeln abringen.
Die Ampel hat einmal mehr mit ihren medienwirksamen Ankündigungen bewußt die ganze Bevölkerung getäuscht. Diese Regierung wird nichts ändern, weil sie nichts ändern will. Damit verhöhnen Scholz, Faeser und Co. nicht nur alle Opfer krimineller Ausländer, sondern ein ganzes Volk, das unter der Last der illegalen Massenmigration zu zerbrechen droht."
Der AfD-Politiker bekräftigte: "Wir brauchen endlich eine radikale Wende in der Migrationspolitik und keine leeren Phrasen fehlbesetzter Regierungspolitiker, die sich mehr Sorgen um ihre Posten machen als um die Sicherheitslage in unserem Land."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Darum will "BlackRock-Merz" Kanzler werden: "Schwarz-grüne" Agenda für den Great Reset!**
Wie immer lohnt sich ein Blick über die Alpen: "Der Status" ist eine österreichische Online-Zeitung für den gesamten deutschsprachigen Raum und steht nach eigenen Angaben für Meinungsvielfalt. In einem bemerkenswerten Artikel zerpflückt das Portal den Auftritt des Unionskanzlerkandidaten Friedrich Merz (CDU) beim CSU-Parteitag am Wochenende in Augsburg und kommt zu dem Ergebnis: Der frühere "BlackRock-Lobbyist" strebe eine "schwarz-grüne" Koalition an für den "globalistischen Totalumbau" ganz im Sinne des Great Reset.
Der Beitrag entlarvt die "Agenda 2030" des Unions-Kanzlerkandidaten als reine Blendgranate. …<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Remigrations-Lüge: Björn Höcke (AfD) geht rechtlich gegen Sahra Wagenknecht (BSW) vor!**
Der Thüringer AfD-Fraktionschef Björn Höcke hat angekündigt, gegen die BSW-Vorsitzende Sahra Wagenknecht rechtliche Schritte einzuleiten. Grund dafür seien wiederholte "dreiste Falschbehauptungen" Wagenknechts, teilte der AfD-Politiker auf X mit.
Hintergrund: Im TV-Duell mit der designierten AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel hatte die BSW-Gründerin und BSW-Parteivorsitzende Höcke vergangene Woche erneut unterstellt, er wolle im Zuge von Remigration "20 bis 30 Millionen" Menschen mit Migrationshintergrund abschieben.
Diese immer wieder auch in den Mainstream-Medien kolportierte Zahl basiert auf Aussagen Höckes, die sich ALLEIN auf die längerfristigen demographischen Veränderungen in Deutschland NACH einem Stop der Massenmigration und VOR dem Wirksamwerden einer aktiveren Familienpolitik bezogen. Das hatte auch der "Faktencheck" von "Welt TV" klarge-

stellt.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 14. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Seit 2013: Kosten für Regierungspersonal steigen um 3 Milliarden Euro!**

Wie viele Schulen könnte man mit diesem Geld vernünftig ausstatten und wie viele Straßen und Brücken könnte man sanieren? Allein seit 2013 hat der Personalaufwuchs in den Merkel- beziehungsweise Ampel-Ministerin sage und schreibe drei Milliarden Euro verschlungen - das geht aus Berechnungen des Finanzwissenschaftlers Bernd Raffelhüschen hervor.

Insgesamt sind 7000 neue Planstellen entstanden, was einem Zuwachs von rund 47 Prozent entspricht. Doch trotz dieses riesigen Reservoirs an Mitarbeitern und Staatssekretären haben die Ampel und die CDU-Bundesregierungen kein einziges politisches Kernproblem unseres Landes gelöst, sondern nur neue Probleme geschaffen.

Das bemerkenswerte Gestammel, welches Wirtschaftsminister Habeck vor einigen Monaten mit Blick auf ein Drei-Milliarden-Haushaltsloch von sich gab, erscheint nun in anderem Licht. Habeck äußerte sich damals unfaßbar salopp über die gesuchten drei Milliarden: "Aber wir haben sie halt jetzt nicht gefunden. Das ist so ein bißchen - boah, wie soll ich sagen - is' halt so, ne."

Dabei bräuchte sich Habeck nur in den Ampel-Ministerien umschauen, um fündig zu werden. Doch die Versorgung seines Graichen-Clans waren dem Filz- und Vetternwirtschafts-Minister und seiner gescheiterten Ampel-Regierung stets wichtiger als Deutschlands Staatshaushalt.

Es ist überfällig, daß der völlig aufgeblähte Regierungsapparat endlich verschlankt wird, zumal der Aufwuchs der Ministerien mit einer immer stärkeren bürokratischen Gängelung einhergeht. Doch auch der Deutsche Bundestag muß endlich noch viel deutlicher verkleinert werden. Dies kann aber nur mit der AfD gelingen - denn alle etablierten Parteien haben in ihrer Regierungszeit stets nur für mehr Bürokratie und für mehr aufgeblähte Ministerien gesorgt.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 14. Oktober 2024 (x1.414/…): >>**Sparkasse kündigt Regierungskritiker**

Betreiber des politischen Blogs "Fassadenkratzer" von Kündigung des Spendenkontos betroffen / Sparkasse Pforzheim-Calw nennt keine Begründung / Betroffener wehrt sich juristisch

Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*

Die Sparkasse Pforzheim-Calw hat dem Betreiber des politischen Blogs "Fassadenkratzer" das Girokonto gekündigt. Nach Angaben des Betroffenen, Herbert Ludwig, endet damit am 31. Oktober 2024 eine jahrzehntelange Geschäftsbeziehung. In den vergangenen knapp zwei Jahren erbat der Blogger öffentlich Unterstützung für seine journalistische Arbeit auf das Konto. Die Kündigung reiht sich ein in das Vorgehen zahlreicher Banken gegen oppositionelle Journalisten und andere Regierungskritiker in den vergangenen Jahren. Laut Multipolar-Recherchen wurden in Deutschland seit 2020 allein rund 40 regierungskritischen Akteuren aus der Medienwelt die Konten gekündigt.

Herbert Ludwig ist vom Vorgehen seiner Bank überrascht, erklärt er auf Multipolar-Anfrage. Mit der Kontoführung zusammenhängende Gründe gebe es nicht. Noch Anfang des Jahres sei er in der Sparkassen-Zweigstelle freundlich zum Beratungsgespräch empfangen worden. 50 Jahre lang seien seine Frau und er Kunden der Bank. Das Konto habe er auch in letzter Zeit wie gewohnt genutzt.

Nun weicht Ludwig auf ein Ersatzkonto aus. "Nach den Erfahrungen vieler anderer" müsse er aber jederzeit mit einer weiteren Kündigung rechnen, erklärt Ludwig, der früher als Lehrer arbeitete. Um das neue Konto zu schützen, hält er die Bankdaten privat und bittet statt dessen um Spenden über den US-amerikanischen Zahlungsdienst Paypal. Für den Blogger bedeutet das einen Gebühren-Abzug.

Ludwig zufolge hat die Sparkasse die Kündigung nicht begründet. Der Vorstandsvorsitzende der Bank, Hans Neuweiler, widerspricht auf Multipolar-Anfrage: Ludwig sei "über die Gründe informiert". Näheres wollte der Manager mit Blick auf das Bankgeheimnis und die Datenschutzbestimmungen nicht mitteilen. Allerdings findet sich in entsprechenden Schreiben der Sparkasse an Ludwig, die Multipolar vorliegen, tatsächlich keine Begründung für die Kündigung.
Unbeantwortet blieb damit auch die Frage, wie die Sparkasse die Kündigung mit ihrem gesetzlichen Auftrag vereinbart. Im Gegensatz zu privaten Geldinstituten haben die öffentlich-rechtlichen Sparkassen einen Versorgungsauftrag. Sie dürfen Konten nicht willkürlich kündigen. Es bedarf dazu eines sachgerechten Grunds, wie der Deutsche Sparkassen- und Giroverband auf Multipolar-Anfrage mitteilt.
Am 30. September 2024 reichte Ludwig nach eigener Aussage Klage gegen die Sparkassenkündigung ein. Ludwigs Anwalt zufolge sei die Kündigung unwirksam, da von Seiten der Sparkasse weder ein sachgerechter Grund für das Ende der Geschäftsbeziehung genannt wurde noch ein solcher ersichtlich sei. Die Bank trägt "für das Vorhandensein eines solchen Kündigungsgrundes die volle Darlegungs- und Beweislast", erläuterte der Anwalt. Kündigungen, die gegen das "Willkürverbot" verstoßen, seien nichtig. Der Fall geht nun vor das Landgericht Karlsruhe. Ludwig rechnet mit Prozeßkosten in Höhe von einigen Tausend Euro, sollte das Verfahren zu seinen Ungunsten enden.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Fast 50 Prozent mehr Beamte in Bundesministerien seit 2013**
Binnen eines Jahrzehnts hat sich die Zahl der Beamtenstellen in den Bundesministerien um 47 Prozent erhöht. Der Stellenaufwuchs steht in einem engen Zusammenhang zu der rasanten Zunahme von Vorschriften und Gesetzen und dem daraus resultierenden Bürokratiekostenanstieg, berichtet die "Welt" unter Berufung auf eine Studie mit dem Titel "Stellenmehrung und Stellenbremse in der Bundesverwaltung", die der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen von der Universität Freiburg im Auftrag der Bayerischen Wirtschaftsvereinigung (VBW) erstellt hat.
Demnach hatte bis zum Jahr 2013 die Zahl der Planstellen für Beamte in den Ministerien inklusive des Bundeskanzleramtes über viele Jahre nahezu konstant bei rund 15.000 gelegen. "Ab 2013 bis zum Jahr 2024 stieg sie dann auf über 22.000 an", heißt es in der Studie. Das Plus von rund 7.000 Stellen entspreche einer Zunahme von 47 Prozent.
Der Löwenanteil der zusätzlichen Stellen sei in den oberen Besoldungsgruppen geschaffen worden, stellte Raffelhüschen fest. Den größten Personalzuwachs gab es mit 898 Stellen im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, gefolgt vom Bundeskanzleramt mit 860 zusätzlichen Stellen und dem Auswärtigen Amt, wo das Plus 745 Stellen beträgt. Auch das Gesundheitsministerium verzeichnet mit einer Steigerung um 89 Prozent einen besonders starken Personalaufbau. Das liegt vor allem an den in der Corona-Pandemie geschaffenen neuen Stellen, die nicht befristet wurden.
Insgesamt haben sich die Personalkosten der Bundesministerien seit 2023 verdoppelt. Für das kommende Jahr zeichnet sich wieder ein Personalaufbau ab. Laut Studie plant die Regierung mit einem Saldo an 157 zusätzlichen Beamtenstellen. Von einer Konsolidierung könne deshalb keine Rede sein, so Raffelhüschen. Der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Bernhard Brossardt, sagte der "Welt", beim Stellenaufbau in den Bundesministerien und im Kanzleramt sei "einiges aus dem Ruder gelaufen". Nötig sei deshalb "eine sofortige Stellenbremse im Bund".<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Wanderwitz verteidigt Initiative für AfD-Verbotsverfahren**
Der CDU-Abgeordnete Marco Wanderwitz steht trotz Kritik aus der Unionsspitze weiter zu

dem von Abgeordneten verschiedener Fraktionen unterstützten Antrag für ein AfD-Verbotsverfahren. "Selbstverständlich sind wir als Einbringungswillige von unserm Vorhaben überzeugt, auch weiterhin", sagte er der "Rheinischen Post" (Montagsausgabe).
Mit Verweis darauf, daß die Initiative in dieser Woche in der CDU/CSU-Fraktion zur Beratung aufgesetzt ist, fügte er hinzu: "Dann sehen wir weiter." Auch Linken-Parlamentarierin Gesine Lötzsch verteidigte das Vorhaben. "Wir müssen uns auf allen legalen Ebenen mit der AfD auseinandersetzen", sagte sie.
"Das Ergebnis des NPD-Verfahrens war eindeutig: Die NPD ist verfassungswidrig, ist aber unbedeutend und wird deshalb nicht verboten. Das muß jetzt bezogen auf die AfD überprüft werden." Zum Argument, ein Verbotsverfahren helfe der AfD im Wahlkampf, sagte Lötzsch: "Die AfD wird nicht durch das Verfahren stärker, sondern nur durch eine unsoziale Politik der Ampel-Regierung."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Dagdelen: Scholz handelt wie "Vasall der USA"**
Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) wirft der Bundesregierung vor, bei der geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenraketen wie ein "Vasall der USA" zu agieren. Olaf Scholz habe in dieser Frage "als Vasallenkanzler gehandelt", sagte die BSW-Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen der "Neuen Osnabrücker Zeitung". Die Entscheidung fälle Washington, das Risiko trage die Bevölkerung in Deutschland. Scholz liefere damit "die deutschen Sicherheitsinteressen auf Gedeih und Verderb der US-Administration aus".
Hintergrund ist eine eher allgemein gehaltene Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage des BSW. Unter anderem wollten die Parlamentarier wissen, ob der auf dem Nato-Gipfel im Juli bekanntgegebene Plan, ab 2026 wieder konventionelle US-Mittelstreckenraketen in Deutschland aufstellen zu wollen, von Berlin oder Washington ausgegangen war. Die Bundesregierung antwortete nicht direkt, sondern verwies darauf, daß die Stationierung dem "gesetzten Ziel der Stärkung der Abschreckung und Verteidigung in Reaktion auf die von Rußland ausgehende Bedrohung" diene.
Die USA und Deutschland bekräftigten damit "die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft für die Verteidigung Europas", hieß es weiter. Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hatte im Zusammenhang mit den Stationierungsplänen vor kurzem von einer "Lücke" in der Fähigkeit zur Abschreckung gesprochen. Dagdelen merkte in der NOZ dazu an: "Weder kann die Bundesregierung die vermeintliche Verteidigungslücke belegen, noch hat sie ansatzweise ein Mitspracherecht beim Einsatz der Waffen für Angriffe auf Rußland."
Die vorgesehenen Waffensysteme mittlerer Reichweite vom Typ Tomahawk und SM-6 sowie die in Entwicklung befindlichen Hyperschallraketen wären in der Lage, Ziele in Rußland zu treffen. Mittelstreckenwaffen waren lange aus Europa verschwunden, nachdem die USA und die Sowjetunion 1987 im INF-Abrüstungsvertrag ihre Abschaffung vereinbart hatten. 2019 kündigte US-Präsident Donald Trump das Abkommen mit der Begründung, daß Rußland den Vertrag durch die Neuentwicklung entsprechender Waffensysteme, vor allem des Marschflugkörpers 9M729, gebrochen habe.
Das BSW verweist hingegen darauf, daß Rußland für die 9M729 eine Reichweite von nur 480 Kilometern angebe, wodurch sie vom INF-Vertrag nicht betroffen sei. Beweise für eine Vertragsverletzung durch Rußland seien bislang nicht vorgelegt worden, kritisiert das BSW.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Mützenich warnt vor verfrühtem AfD-Verbotsverfahren**
SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich will ein Vorpreschen von Abgeordneten seiner Partei bei einem Verbotsverfahren gegen die AfD verhindern. "Ich warne davor, schon jetzt ein Parteiverbot gegen die AfD auf den Weg zu bringen", sagte Mützenich der "Neuen Osnabrücker Zeitung".

Die Initiatoren hätten zwar "gute Absichten, denn die AfD ist eine große Bedrohung für die Demokratie", aber ein Parteienverbot sei sowohl im Grundgesetz als auch in der Ausgestaltung des Bundesverfassungsgerichts mit hohen Hürden versehen. "Zurzeit sehe ich noch nicht die kompletten Voraussetzungen dafür gegeben, diesen Weg zu gehen", so Mützenich.
"Zudem würde uns ein Verbotsverfahren die Chance nehmen, die AfD politisch zu stellen, und den Rechtsextremen würde es die Chance geben, ihren Außenseiter- und Opfer-Mythos zu pflegen." Er habe zwar Verständnis für diejenigen, die ein Verbotsverfahren gegen die AfD rechtlich und politisch anders bewerten.
"Aber ich möchte, daß meine Fraktion in dieser schwierigen Frage zusammenbleibt", sagte der Fraktionschef der SPD und fügte hinzu: "Ich habe ein hohes Vertrauen in die Verfassungsschutzämter, insbesondere in den Bundesverfassungsschutz, daß sie weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, um Beweismaterial für die Verfassungsfeindlichkeit der AfD zu sammeln."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Der Feind in unserem Körper**
Die Einschleusung von Xenobots läuft. Forscher wollen Nano-Roboter in den menschlichen Organismus einführen. Die millimetergroßen Xenobots können sich sogar selbstständig vermehren. Schon basteln die Nachfahren Frankensteins an größeren Nachfolgemodellen. …
_ von *Johann Leonhard*
Erinnern Sie sich noch, wie der brave Bürger vor rund 15 Jahren darüber aufgeklärt wurde, daß der US-Agro-Riese Monsanto (seit 2018 Teil des Bayer-Konzerns) genetisch veränderte Organismen auf sogenannten Versuchsfeldern (auch in Deutschland) anbaut? Oder wie Bill Gates 2015 in Kooperation mit dem britischen Pharma-Unternehmen Oxitec genetisch mutierte Schwärme von Moskitos in der Karibik freiließ, angeblich um das Gelbfieber einzudämmen?
"Ich denke an diese Szene aus Matrix, als das Ding in den Bauchnabel eindringt". CNN-Moderatorin
Spätestens als das Projekt mit Gates' Mücken seine Fortsetzung im US-Bundesstaat Florida fand, wo seine Stiftung gemeinsam mit Oxitec einen sogenannten Pilotversuch durchführte, hätte man irgendwo Handschellen klicken hören müssen, doch: nichts. Das Experiment lief witzigerweise unter dem Codenamen "Friendly Mosquito" - was man sich kaum ausdenken kann. Die US-Behörden gaben dem Microsoft-Gründer die Genehmigung, "750 Millionen der modifizierten Moskitos über einen Zeitraum von zwei Jahren freizulassen", so das Online-Portal Telepolis Ende August 2020.
Muß es erst Frösche regnen?
Der neueste (und vielleicht letzte) Schrei moralbefreiter Wissenschaft ist der sogenannte Xenobot - ein nicht ganz ein Millimeter großes Lebewesen, das als erste künstliche Schöpfung betrachtet werden muß. Der Name geht zurück auf die lateinische Bezeichnung des Afrikanischen Krallenfrosches (Xenopus laevis). Aus dessen Haut- und Herzmuskelzellen ist der biologische Roboter im Jahre 2020 konstruiert worden. Den Stein ins Rollen gebracht haben die Forscher Sam Kriegman, Douglas Blackiston, Michael Levin und Joshua Bongard, als sie am 13. Januar 2020 in der US-Fachzeitschrift Proceedings of the National Academy of Sciences ihre Vision von programmierbaren und mittels Künstlicher Intelligenz erzeugten Lebewesen publizierten.
Eine neugierige CNN-Moderatorin lud einen der Köpfe zum Gespräch - in der Bauchbinde der Sendung die Botschaft: "Wissenschaftler entwickeln erste lebendige, selbstheilende Roboter". Joshua Bongard, Informatik-Professor an der Universität Vermont, erklärte ihr: Das Leben der sogenannten Xenobots beginne in einem Supercomputer, der mit einem "evolutionären Algorithmus" arbeite.
"Wir sagen dem Supercomputer, was der Xenobot tun soll, und der Supercomputer geht dann

für eine Woche an die Arbeit, um diese Geräte zu designen." An der Tufts Universität in Boston wird der jeweilige Bot dann in einer Petrischale zusammengebaut, Zelle für Zelle, und siehe da: "Der Xenobot bewegt sich am Boden der Petrischale in der Weise, wie der Computer es vorhergesagt hat." Deus ex machina?

"Xenobot ist kein traditioneller Roboter und keine bekannte Tierart, sondern eine neue Spezies", so Studienleiter Joshua Bongard von der Uni Vermont. Die Lebewesen werden am Computer programmiert. Foto: Kriegman, S., Blackiston, D., Levin, M., Bongard, J., CC BY 4.0, Wikimedia Commons

Gefragt nach möglichen Anwendungsbereichen, weiß Bongard Unglaubliches zu berichten. Man werde in absehbarer Zeit dazu übergehen, diese Xenobots nicht mehr aus Froschzellen, sondern aus menschlichen Zellen zu konstruieren, sodaß sie dann von Patienten "in Pillenform heruntergeschluckt werden könnten", um durch den Körper zu wandern und Krebszellen zu lokalisieren oder Medikamente an die gewünschte Stelle zu transportieren.

Auch der Einsatz solcher Bots als Putztruppe gegen Arterienverkalkung sei denkbar. Das Besondere: Die Bots können das menschliche Immunsystem umgehen und damit Abwehrreaktionen vermeiden. Bongard und seine Kollegen sind geradezu euphorisch ob der Möglichkeiten und wollen sehen, "wie weit man mit dieser Technologie gehen könne".

Der CNN-Moderatorin, die während der Sendung vor allem Laute der Verblüffung ausstößt, kommt an diesem Punkt eine interessante Assoziation in den Sinn: "Ich kann mir nicht helfen. Ich denke an diese Szene aus Matrix, Sie wissen schon, dieses Ding, das in den Bauchnabel eindringt." Dem IT-Professor entfleucht ein nervöses Lachen. Dann räumt er ein, daß es "einige Besorgnis bezüglich der Technologie" gebe und man "mit den Kollegen aus den Regulierungsbehörden" zusammenarbeite, um "sicherzustellen, daß diese Technik in der richtigen Weise verwendet wird". Was soll also groß schiefgehen?

Der Feind in deinem Körper

Auf dem englischsprachigen Nachrichtenportal Engadget wird die nanotechnologische Erfindung Anfang 2020 einem technikinteressierten Publikum vorgestellt - und dabei bereits im Untertitel verkündet: "Erschaffen durch einen Supercomputer könnten diese "biologischen Maschinen" im menschlichen Körper leben." Die Rede ist von irgendwas "zwischen einem Frosch und einer Maschine". Zu den Fähigkeiten der Froschroboter gehöre, daß sie "laufen, schwimmen und kooperativ zusammenarbeiten" können. Und: "Wenn man sie durchschneidet, sind sie in der Lage, sich selbst zu regenerieren und wieder zusammenzubauen."

"Es ist kaum zu befürchten, daß diese Dinger in absehbarer Zeit die Macht ergreifen." Sam Kriegman

Weiter heißt es: "Die Xenobots kommen vollgeladen mit ihrer eigenen Nahrungsquelle, die in rund einer Woche aufgebracht sein sollte, es sei denn, sie befänden sich in einer nährstoffreichen Umgebung. Macht Euch aber keine Sorgen, diese kleinen Kerlchen können sich nicht reproduzieren oder weiterentwickeln - zumindest noch nicht." Solche Sätze klingen unangenehm vage. Und tatsächlich: Das "Zumindest noch nicht", was uns beruhigen sollte, hielt nicht einmal zwei Jahre. Ende Oktober 2021 veröffentlichen Kriegman und Kollegen ihren zweiten großen Wurf - ein Forschungspapier, das die Vermehrung beziehungsweise Replikation ihrer Schöpfungen belegt.

Bill Gates dürfte sich freuen: Xenobots könnte man auch in Impfstoffen unterbringen …

Erneut hat die Künstliche Intelligenz nachgeholfen. Der Supercomputer habe, so die deutsche Fachzeitung Forschung und Wissen, "in einer Simulation Milliarden von möglichen Zellkombinationen erprobt, um zu ermitteln, welche Zusammenstellung sich mehr als eine Generation fortpflanzen kann". Ergebnis: "ein Bioroboter, der aussieht wie Pac-Man".

Und weiter: "In einer Petrischale mit Stammzellen begannen die neuen Xenobots dann automatisch Klumpen zu bilden, aus denen neue Xenobots entstanden. Diese Reproduktion gelang

im Versuch über bis zu fünf Generationen." Michael Levin - deutlich stolz auf sein Werk - erklärt dazu: "Einige Menschen haben gesagt, daß Xenobots keine Organismen sind, weil sie sich nicht reproduzieren können, jetzt können sie das."

Amoralischer Narzißmus

Haben die Forscher der kooperierenden US-Universi-täten im kalifornischen Silicon Valley "einen Prozeß losgetreten, den sie am Ende nicht kontrollieren" können? Bedroht dieser möglicherweise "die Existenz der Menschheit"? Solche Fragen stellte das Forbes-Magazin bereits Anfang 2020. Die Gefahr, daß die Entdeckung "in die Hände weniger skrupulöser Individuen und Gruppen" fallen könnte, will man zumindest andiskutieren. Was etwa würde "weniger prinzipientreue Forscher davon abhalten, Stammzellen dafür einzusetzen, andere Arten von lebenden Robotern zu erschaffen?"

Die Nano-Versionen sind erst der Anfang, versichert uns Professor Levin. "Am Ende ist der Plan, größere Versionen herzustellen", zitiert ihn der Guardian. Zukünftige Modelle könnten mit "Blutgefäßen, Nervensystemen und Sinneszellen" ausgestattet sein, die "rudimentäre Augen" formten. Wie lange wird es dauern, bis die Frage aufkommt, ob man solche Kreaturen als de-facto-Sklaven unserer Spezies erschaffen darf - und wie man sie wieder loswird, wenn sie rebellieren? Weiter heißt es im Guardian, daß der Zusammenbau solcher lebenden Organismen aus Zellen von Säugetieren bedeuten würde: "Sie könnten auf trockenem Land leben" - also auch außerhalb der Petrischale oder des menschlichen Organismus.

Sam Kriegman, lediglich PhD-Student im Team der Universität von Vermont, jedoch der leitende Autor des KI-getriebenen Gottspieler-Projektes, macht deutlich, wie moralbefreiter Narzißmus in der Praxis funktioniert. Natürlich werfe seine Forschung "ethische Probleme" auf. Deshalb sei es ihm "wichtig", daß sie "öffentlich" sei. "So können wir als Gesellschaft eine Diskussion führen, und Politiker können entscheiden, wie wir am besten damit verfahren." Wenn das mal kein feuerfester Sicherungskasten ist … Schließlich sind Politiker in ethischen Fragen treffsicher wie niemand sonst. Und was haben gute gesellschaftliche Debatten nicht schon alles verhindert … Ironie off.

"Wenn wir damit anfangen, …werden wir unbeabsichtigte Folgen sehen." US-Biologe Levin

Kriegman und seine Kollegen sehen die Sache jedenfalls gelassen. Mit Blick auf die winzigen Froschroboter in seiner Petrischale sei es "kaum zu befürchten, daß diese Dinger in absehbarer Zeit die Macht ergreifen", sagt er. Sein Fachkollege Levin mischt der Betriebsblindheit seiner Laborgenossen noch eine Prise seines wissenschaftsgläubigen Atheismus bei: "Ziel ist, die Software des Lebens zu verstehen", sagt er.

Die Forschung wird laut Guardian übrigens vor allem von DARPA finanziert - der Defense Advanced Research Projects Agency, der Forschungsabteilung des Pentagons. Diese Behörde ist immer mit dem passenden Kleingeld zur Stelle, wenn neue Waffentechnologien entwickelt oder irgendein neuer Kampfroboter zusammengebastelt werden sollen.

Und: "Der erste Impfstoff gegen das Coronavirus, der an Menschen getestet" wurde, war "das Ergebnis einer DARPA-Investition in das Unternehmen Moderna" - wie man auf der DARPA-Webseite nachlesen kann. Der Erfinder der mRNA-Technologie Dr. Robert Malone geht laut dem deutschen Online-Portal Rubikon noch weiter: "Moderna wurde im Wesentlichen von der DARPA gegründet." Ob die Xenobot-Forscher wissen, wer ihre Sponsoren sind? Und ob es sie kümmert?

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Spezial 38: "Transhumanismus".<<

Rußland: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Sanktions-Irrsinn: Deutsche Wirtschaft schrumpft, Rußlands Wirtschaft boomt!**

Es sind drei Zahlen, die bereits alles sagen: Die deutsche Wirtschaft schrumpft in diesem Jahr um mindestens 0,2 Prozent und erstarrt das zweite Jahr in Folge in der Rezession, während

Rußland 2023 beim Bruttoinlandsprodukt ein Wachstum von zwei Prozent meldet und für dieses Jahr ein Plus von drei Prozent erwartet. Der Sanktions-Irrsinn wird immer mehr zum Bumerang für uns Deutsche!
Ökonomen schätzen den bisherigen Schaden für die deutsche Volkswirtschaft hochgerechnet auf mehr als 400 Milliarden Euro bis zum Jahresende. Nach Berechnungen des Finanzwissenschaftlers Prof. Fritz Söllner von der Technischen Universität (TU) Ilmenau hat die deutsche Volkswirtschaft allein in den Jahren 2022 und 2023 einen Wertschöpfungsverlust von 300 Milliarden Euro durch den Sanktions-Irrsinn erlitten.
Hinzu kommen laut Söllner die Belastungen für den Staatshaushalt: Militärhilfen, Finanzierung des ukrainischen Haushalts, Finanzierung der Flüchtlinge in Deutschland. "Das hat rund 60 Milliarden Euro gekostet - und diese Summe wächst weiter. Das ist Geld, welches an anderer Stelle fehlt", bilanziert der Thüringer Ökonom.

Ein Teufelskreislauf

Am härtesten trifft der Sanktions-Irrsinn die deutsche Wirtschaft unmittelbar wegen der explodierenden Energiekosten. Der weitgehende Ausfall preisgünstiger und zuverlässiger russischer Gaslieferungen hat Deutschland in einen Teufelskreislauf geführt:
- Deutsche Produkte sind auf den Weltmärkten nicht mehr konkurrenzfähig. Die Folge davon: Auftragseinbrüche der deutschen Industrie, Produktionsverlagerungen ins Ausland, Jobkahlschlag hierzulande!
- Der Staat muß nicht nur höhere Schulden machen wegen der Ukraine-Hilfen, ihm brechen jetzt auch noch die Steuereinnahmen infolge der Rezession weg. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) muß im kommenden Jahr 5,2 Milliarden Euro mehr Kredite aufnehmen als ohnehin geplant.

Sanktionsmüdigkeit nimmt zu

Da wundert es nicht, daß die Wirtschaft, aber auch die Verbraucher hierzulande zunehmend sanktionsmüde wirken. Das legen Daten-Erhebungen einer nach eigenen Angaben überparteilichen Initiative gegen den Sanktions-Irrsinn nahe.
"Stoppt die Sanktionen!" - lautet das Motto dieser von AfD-Politikern ins Leben gerufenen überparteilichen Bewegung. Ihr gehören u.a. Unternehmer an, die sich für ein Ende der zerstörerischen Sanktionspolitik der EU und der Ampel-Kriegstreiber einsetzen.
Die Initiative hat mit monatlichen Messungen der Sanktionsmüdigkeit in der deutschen Gesellschaft begonnen. Das Ergebnis:
- Der "Ermüdungsindex" der Deutschen gegenüber den Auswirkungen der Sanktionen auf die deutsche Wirtschaft steigt rasant!
In den Index (3.000 Befragte) fließen Daten ein wie Einkommensrückgang, Insolvenzen, Arbeitsplatzverluste und die Erwartung negativer Entwicklungen als Folge des Sanktions-Irrsinns. Der "Ermüdungsindex" wird dabei auf einer Skala von 0 bis 10 gemessen.
Zuletzt lag der Index bei 7,7. Der höchste Ermüdungsindex wurde mit 8,9 bei Menschen mit niedrigem Einkommen gemessen!

"Bürger sind müde und genervt"

Die Initiative zieht nach eigenen Angaben folgende Zwischenbilanz: "Die überwältigende Mehrheit der normalen Deutschen ist genervt und müde von den Sanktionen gegen Drittstaaten, macht sich Sorgen um den bevorstehenden Winter und eine mögliche Energiekrise. Nicht weniger Besorgnis erregt der Anstieg der Preise für bestimmte Waren und vor allem das Gefühl der Unsicherheit über die Zukunft." …<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30750" berichtet am 14. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**EU-Gericht sieht Rechtsbruch bei Impf-Verträgen**

Von der Leyens EU-Kommission hat nach einem Urteil des EU-Gerichts mit der Geheimhaltung von Informationen zu milliardenschweren Corona-Impfstoffverträgen gegen EU-Recht

verstoßen. Mit Blick auf mögliche Interessenskonflikte und Entschädigungsregeln für Impfstoff-Hersteller habe die Brüsseler Behörde nicht ausreichend Zugang zu Dokumenten gewährt, entschieden die Richter in Luxemburg. Insbesondere die geheimen und per Textnachrichten geführten Verhandlungen von der Leyens mit Pfizer-Chef Albert Bourla stehen seit langem in der Kritik. Die Nachrichten wurden bisher geheim gehalten.
2021 beantragten EU-Abgeordnete und Privatpersonen, Zugang zu den Verträgen zu bekommen. Von der Leyens Kommission gab jedoch nur einen Teil der Verträge heraus. Daher klagten Parlamentarier und Privatpersonen und bekamen nun Recht. Damit wurde eine Lawine der juristischen Aufarbeitung losgetreten.<<

15.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Vitamin B bei Einbürgerung von "Correctiv-Mitarbeiter": Welche Rolle spielt das Kanzleramt?**
Die Bundestagsfraktion der "Grünen" soll Einfluß auf die Bundesregierung genommen haben, um den türkischen Links-Journalisten Can Dündar beschleunigt einbürgern zu lassen. Dies geht einem Medienbericht zufolge (Nius) aus internen Emails hervor. Dündar arbeitet inzwischen für das Lügenportal "Correctiv". In den Fall involviert sein soll auch das Bundeskanzleramt in Gestalt der Behörde der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM), Claudia Roth ("Grüne").
Dündar war 2016 nach Deutschland geflohen. In der Türkei drohen ihm hohe Haftstrafen u.a. wegen Terrorunterstützung. Der Justitiar der "Grünen-Bundestagsfraktion" soll sich an die persönliche Referentin von Kulturstaatsministerin Roth gewandt haben, um die Einbürgerung von Dündar voranzutreiben.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Remigrations-Lüge: Wagenknecht macht Rückzieher - "Dann soll Herr Höcke doch die FAZ verklagen"**
Die Klagedrohung des AfD-Fraktionschefs in Thüringen, Björn Höcke, gegen die BSW-Vorsitzende Sahra Wagenknecht im Zusammenhang mit Falschbehauptungen bezüglich des Themas Remigration zeigt Wirkung. Wagenknecht verweist nun auf einen Zeitungsartikel, der falsch zitiert habe.
Auslöser der Klageandrohung Höckes sind Aussagen der BSW-Chefin im WELT TV-Duell vor einer Woche mit AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel. Wagenknecht hatte Höcke wahrheitswidrig unterstellt, er wolle "20 bis 30 Millionen" Menschen mit Migrationshintergrund aus Deutschland abschieben ("remigrieren").
Der Thüringer AfD-Chef kündigte daraufhin an, juristisch gegen die BSW-Gründerin vorgehen zu wollen.
Wagenknecht ließ jetzt über eine Sprecherin wissen, sie habe sich auf einen FAZ-Artikel bezogen. "Wenn Herr Höcke klagen möchte, soll er also die FAZ verklagen", sagte die Sprecherin.
Worum geht es in dem FAZ-Beitrag?
Tatsächlich hieß es in dem Ende August erschienenen FAZ-Artikel mit Blick auf die vom Lügenportal "Correctiv" angeheizte Diffamierungskampagne rund um das sogenannte "Potsdamer Geheimtreffen": "Als die AfD ihren Remigrationsskandal hatte, weil es hieß, sie wolle Deutsche mit Migrationshintergrund deportieren, sagte Höcke, man werde 'ohne Probleme mit zwanzig bis dreißig Millionen weniger Menschen in Deutschland leben können'. Das sei auch 'ökologisch sinnvoll'. Da klatschten seine Anhänger."
Der Ursprung des Zitats ist nicht gekennzeichnet, offenbar bezieht sich der Text auf einen Bürgerdialog mit Höcke in Gera im Dezember 2023. Videos davon kursieren im Netz.
In Gera war Höcke aus dem Publikum gefragt worden, wie mit "Ausländern mit deutschem

Paß" umzugehen sei. Die bekämen mehr Kinder, während "der Deutsche aussterbe". Höcke hatte daraufhin über verschiedene Maßnahmen gesprochen, wie man die Zahl von Einwanderern reduzieren sowie den Anteil der einheimischen Bevölkerung in Deutschland wieder steigern könne.

Was hat Björn Höcke wirklich gesagt?

"Wenn man Recht und Gesetz konsequent durchsetzt, würde das bedeuten, daß wir die Zahl der illegalen Migranten in Deutschland um einige Millionen reduzieren können", führte Höcke in seiner Antwort aus und nannte Japan als Beispiel für ein Land mit alternder Bevölkerung, das nicht auf Einwanderung gesetzt habe, "als alle danach geschrien haben". Es werde lange dauern, bis sich die "Bevölkerung wieder stabilisiert" habe, so Höcke - aber: "Wir werden auch ohne Probleme mit 20 bis 30 Prozent weniger Menschen in Deutschland leben können." Davor habe er keine Angst, das sei sogar "ökologisch sinnvoll", wenn "Maßnahmen eingeleitet werden, die langfristig die Bevölkerung wieder stabilisieren".

Im Klartext: Höcke sprach in Gera also nicht von "20 bis 30 Millionen" Menschen, die er abschieben wolle, wie der FAZ-Text vermuten lassen könnte. Der AfD-Politiker sprach ganz klar von "20 bis 30 Prozent weniger Menschen in Deutschland", die es längerfristig geben könnte und mit denen Deutschland zurechtkommen könne, wenn mehrere Maßnahmen zusammentreffen würden: Remigration, Migrationsstop und eine Familienpolitik mit dem Ziel, die deutsche Geburtenrate zu fördern.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Thomas Gottschalk rechnet mit dem woken Gesinnungsterror ab - Mainstream spuckt Gift & Galle!**

Es ist das Gesprächsthema der Woche: Deutschlands große Entertainer-Legende Thomas Gottschalk hat in der WDR-Talkshow "Kölner Treff" gnadenlos mit wokem Gesinnungsterror, mit Sprach- und Denkverboten, mit Cancel-Culture, Kontaktschuld-Diktat und öffentlich-rechtlicher Bevormundung abgerechnet. Die Mainstream-Medien spucken Gift und Galle.

Vor allem, daß sich Gottschalk während der Sendung standhaft weigerte, AfD-Wähler aus seiner Fangemeinde auszugrenzen ("ich störe mich nie daran, wenn Leute mich toll finden, egal aus welcher Ecke die kommen"), sorgt in den linksgrünen Redaktionsstuben des Mainstreams für Schnappatmung.

In der Talkrunde ging es um Gottschalks morgen (16. Oktober) erscheinendes Buch "Ungefiltert. Bekenntnisse von einem, der den Mund nicht halten kann". Darin teilt die TV-Legende gegen die Medienschaffenden des öffentlich-rechtlichen Zwangsgebühren-Systems im Speziellen und die Unkultur der "political correctness" im Allgemeinen aus. Einen Vorgeschmack darauf bekamen die Zuschauer am Sonntagabend in der WDR-Talkrunde "Kölner Treff".

Der Berliner "Tagesspiegel" giftet über "Gottschalks Gefasel" und schreibt: "Wenn ein alter Mann mit der neuen Zeit hadert." Der Ex-Moderator wolle nur "seine Einfallslosigkeit verschleiern".

Die "Süddeutsche Zeitung" geifert über Gottschalks Generalabrechnung als die "Ansichten eines Clowns!" Mit Schaum vor dem Mund keift das Zentralorgan des ideologischen Wokeismus weiter: "Das Buch kommt noch, die Aufregung ist schon da: In 'Ungefiltert' spürt Thomas Gottschalk seiner eigenen Heldengeschichte nach. An manchen Stellen tut es fast weh."

Die "Bild-Zeitung" höhnt: "Der große Zoff um den alten weis(s)en Mann".

Der untergehende "Stern" meint auf seinem Online-Portal selbstgefällig: "Thomas Gottschalk hat nichts gelernt, aber wir hoffentlich…"

Das linksgrüne "Redaktionsnetzwerk Deutschland" stänkert: "Wie Gottschalk sich als alter weißer Mann vermarktet".

Das Portal "DerWesten.de" suggeriert, der inszenierte linksgrüne Shitstorm im Netz nach

Gottschalks TV-Auftritt würde quasi die Mehrheitsmeinung hierzulande widerspiegeln: "Thomas Gottschalk im Kölner Treff: Zuschauer gehen auf die Barrikaden…".
FAZIT: Das Mainstream-Gezeter ist ein untrügliches Zeichen dafür, daß der frühere "Wetten, dass-Kultmoderator" voll ins Schwarze getroffen hat! Am Sonntagabend war der Systemfunk ausnahmsweise einmal seine Zwangsgebühr wert. Leider nur im WDR-Regionalprogramm.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**NRW-Schulen: Messergewalt explodiert um 50 Prozent!**
Messerstraftaten an Schulen im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen haben im vergangenen Jahr um mehr als 50 Prozent zugenommen. Das geht aus Zahlen des Düsseldorfer Innenministeriums hervor, wie der Westdeutsche Rundfunk (WDR) berichtet.
Demnach verzeichnet das Landesinnenministerium für das Vorjahr 293 Straftaten an Schulen mit Stichwaffen. Das entspricht im Vergleich zu 2022 einer Steigerung um rund 50 Prozent. Seinerzeit wurden 193 Fälle erfaßt. Messeralarm gibt es dem Bericht zufolge besonders oft bei Klassenfahrten oder im Schulsport.
Laut der amtlichen Landesstatistik haben rund 964.200 der mehr als 2,4 Millionen Schülerinnen und Schüler in NRW eine Zuwanderungsgeschichte. Das sind 42,7 Prozent. An Hauptschulen sind es sogar fast Zweidrittel (Quelle Landesbetrieb IT.NRW).<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 15. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Entlarvende Statistik: So viel Angst haben ARD und ZDF vor der AfD!**
Wenn man keine Argumente mehr hat, dann hilft offenbar nur noch Ausgrenzung: Eine Statistik des Alternativmediums "Apollo News" zeigt auf, wie stark die AfD bei der Zahl der Einladungen in öffentlich-rechtliche Talkshows benachteiligt wird - und wie sehr die etablierten Parteien somit hofiert werden. Als einzige wirkliche Oppositionspartei war die AfD zwischen dem 1.1.2024 und dem 10.10.2024 nur elfmal mit einem Talkshow-Gast vertreten - das entspricht einem Anteil von nur drei Prozent, während unsere aktuellen Umfragewerte um ein Vielfaches darüber liegen.
Sobald die Meinungsmacher von ARD und ZDF sich dann doch einmal dazu herablassen, einen AfD-Vertreter zu Wort kommen zu lassen, ist der Verlauf der Sendung zumeist vorprogrammiert: In einer 5:1-Situation werden regelrechte Tribunale abgehalten. Es werden verkürzte AfD-Zitate aus grauer Vorzeit abgespult, Kampfbegriffe und Framing-Vokabeln des "Verfassungsschutzes" und linker Medien wiedergekäut. Die gute Nachricht dabei: Immer mehr Bürger durchschauen das Spiel und wählen trotzdem die AfD! Insofern darf man gespannt sein, wie lange der öffentlich-rechtliche Rundfunk noch an seiner peinlichen und linkslastigen Einladungspraxis festhalten wird.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 15. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**106.000 Gewalttaten gegen Polizei: Wer Polizisten angreift, muß abgeschoben werden!**
Kaum jemand wird so direkt mit den Folgen der desaströsen Migrationspolitik von CDU und Ampel-Parteien konfrontiert wie Polizeibeamte. Sie sind es, die ausbaden müssen, was über Jahrzehnte hinweg versäumt und nicht wahrgenommen wurde. Sie sind es, die offenbar immer mehr zu Freiwild werden: Sage und schreibe 106.000 Gewalttaten gegen Polizeibeamte gab es allein im vergangenen Jahr in Deutschland. Diese Zahlen des Bundeskriminalamts markieren einen neuen Rekordwert und sind eine Schande!
Daß diese massiven Angriffe auf Polizisten zu einem erheblichen Teil von Migranten begangen werden, wird kaum ein Polizist bestreiten. Polizeibeamte werden zu den Prügelknaben der Nation gemacht: Clans, Talahons, Islamisten, Antifa-Extremisten und sonstige Kriminelle nehmen die Beamten in einen Zangenangriff.
Die Straftäter können dabei auf windelweiche Gesetze und auf etablierte Parteien bauen, die

es den Kriminellen an allen Ecken und Enden leicht machen. Wenn Polizisten dann auch noch schlecht bezahlt, schlecht ausgestattet und bei korrekter Ausführung ihrer Arbeit unter Rassismusverdacht gestellt werden, dann kann man die völlig berechtigte Wut vieler Polizisten gut verstehen.
Die AfD wird dafür sorgen, daß die Polizei sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren kann und dabei die notwendige Rückendeckung erhält. Vor allem werden wir unsere Grenzen schützen und Straftäter sowie illegale Zuwanderer mit ausländischer Staatsbürgerschaft konsequent abschieben lassen. Auf diese Weise wird auch der Personenkreis der potentiellen Polizisten-Angreifer deutlich reduziert. Für einen starken Rechtsstaat steht nur die AfD!<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 15. Oktober 2024 (x1.414/…): >>**Nebenwirkungen der Corona-Impfung: Zahl der Betroffenen offenbar deutlich höher als bekannt**
Repräsentative Forsa-Umfrage: 19 Prozent der Geimpften erlitten Nebenwirkungen - das sind zwölf Millionen Menschen / Paul-Ehrlich-Institut erreichten nur 340.000 Verdachtsmeldungen / Kritiker: Massive Untererfassung von Impfschäden
Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*
Die Zahl der Menschen, die mit Nebenwirkungen der Corona-Impfungen zu tun hatten, ist offenbar weitaus höher als bislang bekannt. Rund 19 Prozent der Geimpften unter den Befragten einer repräsentativen Forsa-Umfrage, die von Multipolar initiiert und von der Neuen Osnabrücker Zeitung beauftragt wurde, gaben an, Nebenwirkungen erlitten zu haben. Dies entspricht 12,3 Millionen Menschen in Deutschland. Laut dem letzten Sicherheitsbericht (März 2023) des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), das für die Überwachung von Impfschäden zuständig ist, gab es jedoch lediglich rund 340.000 offizielle Verdachtsfallmeldungen in Zusammenhang mit Corona-Impfungen. Demnach wäre die tatsächliche Zahl von Nebenwirkungen rund 36 mal höher als offiziell ausgewiesen.
Dem Bundesgesundheitsministerium zufolge haben sich bislang 64,9 Millionen Menschen in Deutschland mindestens einmal gegen Corona impfen lassen. Laut Aussagen der von Forsa Befragten suchten elf Prozent der Geimpften trotz Nebenwirkungen keinen Arzt auf. Die restlichen acht Prozent wurden wegen ihrer Beschwerden nach der Impfung zwar bei einem Arzt vorstellig. Jedoch ordneten die Mediziner die Gesundheitsprobleme bei etwas mehr als drei Prozent der Geimpften nicht als Impffolgen ein.
Rund viereinhalb Prozent der Geimpften wurden laut eigener Aussage die körperlichen Beschwerden vom Arzt als Nebenwirkung der Corona-Impfung bestätigt. Dies wären in absoluten Zahlen rund 2,9 Millionen Menschen und immer noch deutlich mehr Menschen als es offizielle Verdachtsmeldungen gab. Dementsprechend hätten die verantwortlichen Ärzte selbst bei den von ihnen als solchen erkannten Impfnebenwirkungen nur etwa jeden neunten Fall an das PEI gemeldet.
Kritiker bemängeln seit Jahren eine massive Untererfassung von Impfnebenwirkungen hierzulande. Der Charité-Mediziner Harald Matthes sprach im April 2022 von "mindestens 70 Prozent Untererfassung von Impfnebenwirkungen. Der damalige Krankenkassenchef Andreas Schöfbeck (BKK ProVita) hatte Anfang 2022 auf Grundlage von Versichertendaten öffentlich vor einer zehnfachen Untererfassung der Corona-Impfnebenwirkungen gewarnt.
Er sprach von zweieinhalb bis drei Millionen Patienten in Deutschland, die hochgerechnet auf das gesamte Jahr 2021 wegen Nebenwirkungen einen Arzt aufgesucht hätten. Schöfbeck vermutete die fehlende finanzielle Vergütung solcher Verdachtsmeldungen als Grund der Untererfassung. Eine Verdachtsmeldung bedeute für Ärzte rund eine halbe Stunde unbezahlte Arbeitszeit.
Das Deutsche Ärzteblatt hatte bereits im Jahr 2021 berichtet, daß die Melderaten für Corona-Impfnebenwirkungen in Österreich und Großbritannien deutlich über den Zahlen in Deutschland gelegen habe. Die Ursachen hierfür seien "bislang nicht untersucht".

Der Regensburger Psychologie-Professor Christof Kuhbandner erläuterte im Februar 2022, daß es an Meldewegen aufgrund fehlender Diagnoseschlüssel mangele, daß die zuständige Arbeitsgruppe des PEI "extrem unterbesetzt" sei und daß bei vielen Medizinern zudem ein regelrechter "Unwillen" bestehe, Impfschäden als Todesursache überhaupt in Erwägung zu ziehen, geschweige denn zu melden.
Die selbst unter einer Impfnebenwirkung leidende Soziologin Ina Berninger sprach kürzlich im Interview mit Multipolar von einem "Kartell des Schweigens", da zahlreiche Ärzte sich systematisch weigerten, Nebenwirkungen zu melden, selbst nachdem solche medizinisch attestiert worden sind. Leitmedien - vor allem die "Faktenchecker" öffentlich-rechtlicher Anstalten - kritisieren hingegen Warnungen vor Untererfassung als "unbelegt" (MDR), "irritierend" (BR) oder "zweifelhaft" (Tagesschau).
Laut Paragraph 6 des Infektionsschutzgesetzes, muß der Verdacht einer über das übliche Ausmaß einer Impfreaktion hinausgehenden gesundheitlichen Schädigung durch den festzustellenden Arzt unverzüglich erfolgen. Laut Arzneimittelgesetz (Paragraph 63c) müssen auch die Inhaber der Zulassung eines Medikamentes, also die Pharma-Firmen, gegen Nebenwirkungen aktiv werden.
Die Oppositionsparteien BSW und AfD gehen inzwischen ebenfalls von einer Untererfassung der Impfnebenwirkungen aus. Beide Parteien haben die Einrichtung von Corona-Untersuchungsausschüssen in Parlamenten beantragt. Im Brandenburger Landtag hatte die AfD bereits seit 2022 zwei Corona-Ausschüsse initiiert. Unter anderem mußte dort der frühere RKI-Präsident Lothar Wieler aussagen. In der repräsentativen Forsa-Umfrage fordern 40 Prozent der Befragten einen Untersuchungsausschuß zur Corona-Krise. 29 Prozent der Befragten plädieren für juristische Ermittlungen gegen die verantwortlichen Politiker.
Korrektur 15.10., 13 Uhr: Im Artikel war zunächst die Rede von einer Umfrage "im Auftrag von Multipolar und der Neuen Osnabrücker Zeitung". Am 15.10. um 10 Uhr erhielt Multipolar ein von Forsa beauftragtes Anwaltsschreiben mit der Aufforderung, bis 13 Uhr eine Unterlassungsverpflichtungserklärung zu unterzeichnen und nicht mehr zu behaupten, die Umfrage sei auch von Multipolar beauftragt worden.
Tatsächlich hatte Multipolar die Umfrage initiiert und die zu stellenden Fragen vorgeschlagen, die dann in Abstimmung mit der Neuen Osnabrücker Zeitung formuliert wurden. Formell beauftragt hat die Umfrage aber allein die Neue Osnabrücker Zeitung. Der Text wurde entsprechend geändert. Eine Unterlassungsverpflichtungserklärung wurde zunächst nicht unterzeichnet, Multipolar hat einen Anwalt mit der Prüfung beauftragt.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Jeder Sechste hat nach Corona-Impfung Nebenwirkungen erlebt**
Mehr als jeder sechste Deutsche hat im Zusammenhang mit einer Corona-Impfung Nebenwirkungen erlebt. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der "Neuen Osnabrücker Zeitung" und des Online-Magazins "Multipolar". Demnach antworteten 17 Prozent der Befragten auf die Frage, ob sie die Corona-Impfungen "alles in allem gut vertragen" hätten, mit "Nein". Weitere zehn Prozent gaben an, keine Impfung erhalten zu haben.
Fast drei Viertel der Befragten (73 Prozent) hatten nach eigenen Angaben keine Nebenwirkungen. Der Erhebung zufolge hält zugleich die Mehrheit der Deutschen einen Untersuchungsausschuß des Bundestags zur Corona-Aufarbeitung für verzichtbar. 58 Prozent verneinten die Frage, ob eine solche Form der Aufarbeitung "erforderlich" sei. 40 Prozent bejahten diese Frage. Für die Erhebung wurden am 7. und 8. Oktober insgesamt 1.002 Personen befragt.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Merz will an's Sparvermögen der Bürger**

Ausgerechnet CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz fabuliert in einer Rede davon, wie man die 2,8 Billionen Sparvermögen der Bürger "nutzbar" machen kann. Enteignungs-Phantasien jetzt auch bei der CDU?

Friedrich Merz auf dem CSU-Parteitag am 12.10.2024

"Auf den deutschen Konten, Sparkonten und Girokonten, liegen 2,8 Billionen Euro. Stellen Sie sich mal einen kurzen Augenblick vor, wir wären in der Lage, davon nur 10 Prozent zu mobilisieren - mit einem vernünftigen Zinssatz: für die öffentliche Infrastruktur in Deutschland; für den Ausbau dessen, was wir in der Bildung, im öffentlichen Sektor, in der gesamten öffentlichen Infrastruktur brauchen. Es fehlt uns nicht an Kapital, es fehlt uns an den vernünftigen Instrumenten, dieses Kapital so zu mobilisieren, daß es einem gemeinsamen Zweck unseres Landes zugutekommt."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**FDP will Todesdefinition als Organspende-Voraussetzung ausweiten**

Die FDP-Fraktion im Bundestag will eine Ausweitung der Todesdefinition als Voraussetzung für die Organspende. So soll künftig auch der Herz-Kreislauf-Stillstand Grundlage für eine Organentnahme sein - bisher mußte zwingend der Hirntod nachgewiesen werden. Dies geht aus dem Entwurf eines Positionspapiers hervor, welches am Dienstag von der FDP-Fraktion beschlossen werden soll und über das die "Welt" berichtet. Ziel der erweiterten Definition ist es, die in Deutschland geringe Zahl der Organspenden zu erhöhen.

"Noch immer steht der Anzahl an Organspendern ein Vielfaches an Menschen auf der Warteliste gegenüber: Ende 2023 warteten 8.716 Menschen auf ein rettendes Spenderorgan", sagte FDP-Rechtspolitikerin Katrin Helling-Plahr der "Welt". Viele der Wartenden würden versterben, ohne je ein Spenderorgan zu erhalten. "Deshalb wollen wir die bereits bestehende Möglichkeit einer Organspende nach einem Hirntod um die zusätzliche Option einer selbstbestimmten Organspende auch nach Herz-Kreislauf-Tod ergänzen."

Potentielle Spender sollen ihren Willen dann über ein explizit dafür vorgesehenes zusätzliches optionales Feld im Organspende-Register oder auf Organspendeausweisen festhalten können. "Damit nutzen wir bestehende Potentiale zur weiteren Erhöhung der Spenderanzahlen und tragen zeitgleich dem individuellen Selbstbestimmungsrecht auch im Zusammenhang mit dem eigenen Tod Rechnung", so Helling-Plahr. Nur wenige Patienten erleiden auf der Intensivstation einen Hirntod, also den unumkehrbaren Ausfall der gesamten Hirnfunktionen. Die meisten versterben an Herz-Kreislauf-Versagen.

In Ländern wie Großbritannien, Spanien, Niederlande, Belgien, Schweiz und USA sind Organspenden nach Herz-Kreislauf-Stillstand bereits erlaubt und führten teils zu einem Anstieg der Organspenden. In Deutschland hingegen gaben Mediziner in der Vergangenheit zu bedenken, die Feststellung des Herz-Kreislauf-Todes berge ein höheres Risiko für Fehldiagnosen. Diese Einschätzung gilt bei vielen Wissenschaftlern mittlerweile als überholt.

"Aus medizinischer Sicht gibt es keinen Goldstandard bei der Erklärung des Todes", sagte Andrew Ullmann, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion und Universitätsprofessor für Infektiologie an der Julius-Maximilians-Universität in Würzburg. Der Tod nach einem anhaltenden Kreislaufstillstand sei medizinisch mit dem Hirntod gleichzusetzen. "Ein wesentlicher Unterschied ist allerdings, daß der Herztod einfacher, aber dennoch sicher festzustellen ist."

Der Aufwand zur Feststellung des Hirntods sei immens hoch und schränke dadurch die Zahl der potentiellen Spender von vornherein ein, sagte der Gesundheitspolitiker der "Welt". "Als Gesetzgeber sehe ich uns in der Pflicht, die wissenschaftliche Realität anzuerkennen, zumal es eine grundlegende Voraussetzung ist, um mehr Menschen eine Organtransplantation zu ermöglichen", so Ullmann.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30760" berichtet am 15. Oktober

2024 (x1.409/…): >>**RKI-Protokolle offenbaren kinderfeindliche Pandemie-Politik!**
Auf einer Pressekonferenz in Berlin präsentierten am 23. Juli 2024 die Journalistin Aya Velazquez, der Finanzexperte Stefan Homburg und der Journalist Bastian Barucker rund 1.500 neue Seiten der freigeklagten und ungeschwärzten Protokolle des RKI (Robert Koch- Institut - Leitforschungseinrichtung der deutschen Bundesregierung). Es kam ans Licht, wie sehr die Politik die Entscheidungsprozesse des RKI beeinflussen konnte. Ein Skandal!
Wir wollen heute in Anlehnung an unsere Sendung "Der hybride Krieg gegen unsere Kinder" (kla.tv 30526) den Beitrag des Journalisten Bastian Barucker zusammenfassen. Sein Fokus bei der Offenlegung der Protokolle war speziell auf die Kinder ausgerichtet und ihr durch nichts zu rechtfertigendes Leiden während der Corona-Zeit.
Er beginnt seine Rede mit einem kurzen Umriß der getroffenen Maßnahmen: Deutschland hatte die längsten Schulschließungen in ganz Europa, stundenlanges, verpflichtendes Maskentragen über Monate, teilweise im Freien und sogar im Sportunterricht, regelmäßige, anlaßlose Testungen von gesunden Kindern, Absperren von Spielplätzen, das dem kindlichen Empfinden völlig widerstrebende Abstandsgebot, die Bewerbung einer neuartigen und wenig getesteten "Impfung".
Nicht zu vergessen die vom Innenministerium entwickelte Strategie, Kinder bewußt in Angst zu versetzen und ihnen bei Nichteinhalten der Hygieneregeln die Schuld am Tod der Eltern zu suggerieren. Die entstandenen Schäden sind weitreichend, teilweise irreversibel und enorm. Sie werden uns jahrzehntelang beschäftigen, so Barucker.
Fest steht aber: Es gab keine Gesundheitskrise! Kinder waren nie durch irgendein Virus gefährdet!
Dennoch mußten besonders sie unter den Maßnahmen leiden, die auf politischen Druck und nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierten.
Dazu zitiert Barucker Gesundheitsminister Karl Lauterbach: "Kinder und Jugendliche haben die größten Opfer im Zuge der Pandemie-Politik gebracht!" sowie Familienministerin Lisa Paus: "73 % der Kinder und Jugendlichen sind aufgrund der Maßnahmen und NICHT aufgrund eines Virus psychisch belastet!"
Welch späte Einsicht, zumal laut Bundesgesetz bei allen politischen Entscheidungen das Kindeswohl vorrangig zu berücksichtigen ist!
Inwieweit aber haben RKI und Politik diesen Leitsatz bei ihren Entscheidungen berücksichtigt?
Barucker prüft diese Frage mit Zitaten, die vorwiegend aus den RKI-Protokollen stammen, nach folgenden Schwerpunkten:
Maßnahme Schulschließungen
März 2020: Es geht um die Schulschließungen. Im RKI ist folgendes zu lesen: "Reaktive Schulschließungen in Gebieten, die nicht besonders betroffen sind, sind nicht empfohlen." April 2020 heißt es ebenso: "Schulschließungen haben vermutlich keinen großen Einfluß auf die Kontrolle der Epidemie gehabt."
Christian Drosten (Deutscher Virologe und wissenschaftlicher Berater der Deutschen Bundes- und Landesregierungen) dagegen meinte am 12. März 2020: "Keine Veranstaltungen mehr und das Schließen von Schulen - das ist etwas, das wir jetzt machen müssen."
Maßnahme Maskentragen
November 2020 wird in den RKI-Protokollen festgehalten: "Es ist ungünstig und gefährlich, wenn Masken von Laien benutzt werden! Einflußnahme eher nicht möglich."
Das RKI wurde im Vorfeld nicht befragt. Die Maskenpflichten wurden aber trotzdem eingeführt und entfalteten, wie zu erwarten war, keine medizinische Wirksamkeit, jedoch signifikante Nebenwirkungen vor allem bei Kindern und Jugendlichen.
Als das Thema FFP2-Maske aufkam, heißt es im RKI-Protokoll Januar 2021: "Bisher gibt es

keine überzeugenden Hinweise, daß FFP2 besser ist, schon gar nicht bei Kindern."
Eine generelle FFP2-Maskenpflicht wurde aus fachlicher Sicht nicht als sinnvoll erachtet.
Im Oktober 2022 aber wurde eine FFP2-Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr für Kinder von 6 bis 13 Jahren eingeführt. Generell stellte man dazu ja bereits im Herbst 2020 fest: "Erfolg von Maßnahmen kann mit RKI-Daten nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Wir wissen, welche Faktoren die Inzidenzen hochtreiben und kennen sinnvolle Maßnahmen, werden dies aber mit RKI-Daten nicht belegen können!" Eine unfaßbare Aussage!

Maßnahme Impfungen

Dazu Barucker wie folgt: "Da Corona für Kinder keine signifikante Gefahr darstellte, gab es nie einen medizinischen Grund für eine bedingt zugelassene und experimentelle Impfung, die, wie von Anfang an war klar, nur, wenn überhaupt, einen Selbstschutz bot."
Was steht dazu in den Protokollen?
Mai 2021: "Pädiatrische Fachverbände stehen der Impfung von Kindern zurückhaltend gegenüber. Politik bereitet bereits Impfaktionen vor, damit die entsprechenden Jahrgänge zum Ferienende geimpft sind."
August 2021 ist in den Protokollen zu lesen, daß die STIKO (Ständige Impfkommission) den Nutzen einer Impfung nach wie vor nicht höher bewertet als das Risiko durch die Erkrankung.
Aber am 16. August 2021 kommt die Impfempfehlung für alle 12- bis 17-Jährigen!!!
Das erkennt auch das RKI und sucht nach Erklärungen, die Impfung von Kindern zu begründen. Plötzlich schwenkt man um und versucht darzustellen, welche "langfristigen Auswirkungen" es auf Kinder haben kann.
Am 30. Juli 2021 spricht man über eine Abänderung des Impfziels. Es gab damals und gibt auch heute keine valide Datenbasis, die zeigt, daß SARS-CoV-2-Infektionen bei Kindern zu besonderen Langzeitfolgen führen. Der STIKO-Vorsitzende hat selber gesagt: "Es gibt Long COVID bei Kindern nicht."!!!

Maßnahme Medienarbeit

Im Juli 2021 wurden insbesondere die jüngeren Menschen beworben, sich unbedingt "impfen" oder boostern zu lassen, z.B. "Influenza Vaccination Challenge" auf YouTube: "Es muß cool sein, sich impfen zu lassen." Es finden sich auch noch weitere Hinweise auf die Einflußnahme der Politik, so Barucker. Weiter aus den RKI-Files: "Zurzeit ist auch eine Booster-Impfung von Kindern aus ministerieller Sicht angedacht, obwohl dazu keine Empfehlung und teils keine Zulassung besteht."
Bezüglich der Überwachung der Sicherheit der vorher beworbenen "Impfstoffe" heißt es im Januar 2023: "Monatsbericht und Impfdashboard (das Impfdashboard zeigte tagesaktuell an, wie viele Menschen in Deutschland eine Corona-Schutzimpfung erhalten haben.) werden zum Mai eingestellt. Bewertung von Impfnebenwirkungen wird nicht mehr möglich sein. Dies muß sehr gut kommunikativ begleitet werden, damit es nicht auf das RKI zurückfällt."!!!

Fazit

Das Fazit von Bastian Barucker lautete: "Im Prinzip sind diese medizinischen Fakten nicht neu. Ärzte und international hochangesehene Wissenschaftler haben bereits früh - aber meist vergeblich - darauf hingewiesen, daß die Maßnahmen für die Kinder eine größere Gefahr darstellten als das Virus. Das wußte man auch im RKI. Ein unvoreingenommener Blick nach Schweden (Schweden setzte primär auf Appelle und Freiwilligkeit statt auf formelle Vorschriften und Verbote) hat ausgereicht, um diese Hinweise als belegt zu erachten. Jedoch wurden diese Stimmen von Anfang an aus dem Debattenraum entfernt. Nun steht fest, daß also auch im RKI Erkenntnis über diesen medizinischen Irrsinn herrschte."
Herr Barucker endet mit folgendem Aufruf an die Teilnehmer der Pressekonferenz: "Nun ist es endlich an der Zeit, daß die Presse ihren Job macht, die Protokolle akribisch durcharbeitet und die Öffentlichkeit sachlich und vollumfänglich aufklärt. Nach der politisch gesteuerten

kinderfeindlichen Pandemie-Politik, die von so vielen Pädagogen, Verbänden, Ärzten, Eltern und Journalisten mitgetragen wurde, wäre alles andere ein weiterer Verrat an den Kindern und Jugendlichen dieses Landes."<<

16.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. Oktober 2024 (x1.411/…):

>>**AfD-Bashing: Wie sich unsere Wirtschaftsbosse von der Regierung korrumpieren lassen!**

Von *Aloys Krause*

"Wes Brot ich eß', des Lied ich sing!" Was sich einst die mittelalterlichen Minnesänger dachten, trifft heute auch auf die angeblich freie Wirtschaft zu. Sie wird vom Staat (Steuerzahler) in diesem Jahr mit nie dagewesenen 67,1 Milliarden Euro subventioniert - eine Steigerung von knapp 30 Milliarden Euro oder 80 Prozent innerhalb von nur drei Jahren! Die Wirtschaftsbosse zeigen sich erkenntlich und stimmen nur allzu freudig in das System-Lied von der ach so bösen AfD ein.

Ob es die von uns Steuerzahlern finanzierten sogenannten Faktenchecker und Meldestellen im Zusammenwirken mit dem einschlägig bekannten Lügenportal "Correctiv" sind; ob es die von den Bundesländern garantierten Zwangsgebühren-Milliarden für die öffentlich-rechtlichen Systemsender sind; oder ob es die vom Staat eingetriebenen jährlich 12 Milliarden Euro Kirchensteuer für die Amtskirchen und deren Schleuserorganisationen sind: Immer wieder schließt sich der Kreis nach dem Motto "Wie du mir, so ich dir!".

Auch Deutschlands Wirtschaftsbosse zeigen sich erkenntlich angesichts der Steuerzahler-Milliarden u.a. für die sogenannte Klima-Transformation (deren Kosten nebenbei noch auf die Verbraucher abgewälzt werden) und beteiligen sich munter am konzertierten AfD-Bashing der Vorgenannten.

Subventionen auf Rekordhöhe

Nichts ist im Leben umsonst, nicht einmal der Tod und auch kein AfD-Bashing: Das Subventionsvolumen der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes steigt in diesem Jahr auf gigantische 67,1 Milliarden Euro. Das ist eine Erhöhung um rund 80 Prozent (!) innerhalb von nur drei Jahren (2021: 37, 9 Mrd. Euro).

"Hier wohnt ein reicher Mann, der uns was geben kann. Viel soll er geben, lange soll er leben …" singen in diesen Wochen wieder die von Haus zu Haus ziehenden Martinssänger. Es ist ein Lied, das Deutschlands Wirtschaftsbosse ganzjährig singen - mit unterwürfiger Dankbarkeit.

Ein leicht durchschaubares Spiel

Insoweit sind die Anbiederungen deutscher Wirtschaftsbosse an die Regierungspolitik zwar peinlich, aber nachvollziehbar. Etwa, wenn der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, vor der AfD warnt. Sie sei eine "Partei, die schädlich ist für die Zukunft unseres Landes".

Das klingt nachgerade so, als wäre die AfD und nicht etwa die desaströse Ampel-Politik dafür verantwortlich, daß die Zahl der Firmenpleiten in Deutschland nach aktuellen Berechnungen des Kreditversicherers "Allianz Trade" in diesem die Rekordhöhe von 23.000 Insolvenzen erreichen dürfte.

"AfD ist Gift für die Wirtschaft"

Die Liebedienerei der Roßtäuscher, ähm Russwurms aus der deutschen Wirtschaft gegenüber Regierung und Altparteien legt die Vermutung nahe: Nachdem das mit dem bösen Putin nicht so recht hingehauen hat, wird jetzt in Gestalt der AfD ein neuer Popanz für den rasanten wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands gesucht. Groteskerweise die Partei, die Steuersenkungen, Deregulierung und die Rückkehr zum Leistungsprinzip nicht erst seit gestern auf ihre Fahnen geschrieben hat!

Da mutet es geradezu schizophren an, wenn Michael Hüther, Direktor des arbeitgebernahen "Instituts der deutschen Wirtschaft" (IW), sich zu dem Satz versteigt: "Die AfD ist Gift für unsere Wirtschaft!"
- Den Vogel abgeschossen hatte jedoch gleich zu Beginn des Jahres der frühere Siemens-Chef Joe Kaeser. Seit 2020 ist er Aufsichtsratsvorsitzender bei Siemens Energy.
Auf dem Höhepunkt der vom Lügenportal "Correctiv" unisono mit Altparteien und Staatsfunk durchorchestrierten Hetzkampagne gegen die AfD rund um das sogenannte "Potsdamer Geheimtreffen" entblödete sich Kaeser nicht, die Wahlerfolge und Umfragewerte der AfD mit dem Aufstieg der Nazis zu vergleichen.
- Ein Schelm, der Böses dabei denkt: Das Bundeswirtschaftsministerium unter Robert Habeck ("Grüne") unterstützt den kriselnden Anlagenbauer Siemens Energy mit einer Milliardenbürgschaft der deutschen Steuerzahler in Höhe von 7,5 Milliarden Euro!
Kaeser ist Spezialist in Sachen AfD-Bashing. 2018 kritisierte der ehemalige Siemens-CEO eine Äußerung von AfD-Fraktionschefin Alice Weidel, die im Deutschen Bundestag mit Blick auf das Asylversagen damals noch der Merkel-Regierung von "Kopftuchmädchen" und "Messermännern" gesprochen hatte. Kaeser twitterte daraufhin: "Lieber 'Kopftuch-Mädel' als 'Bund Deutscher Mädel'."
Kaeser war der erste Chef eines großen deutschen Konzerns, der offen auf Konfrontationskurs zur AfD ging. Andere sollten folgen.
- Ein weiterer unsäglicher "Höhepunkt" in diesem Jahr: Die Vorstände von Deutscher Bank, Deutscher (Staats-)Bahn und Siemens riefen im Vorfeld der Europawahl gemeinsam mit weiteren Unternehmenschefs ihre insgesamt 1,7 Millionen Mitarbeiter dazu auf, "demokratische Kräfte" zu stärken - sprich: gefälligst nicht AfD zu wählen!
Der Aufruf war garniert mit den üblichen linksgrün-woken Worthülsen von "Vielfalt, Offenheit und Toleranz", die angeblich "entscheidend für unsere Gesellschaft, aber auch für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit" seien.
In an Nötigung grenzender Weise legte Bertelsmann-Chef Thomas Rabe seinen Angestellten nahe, über eine Kündigung nachzudenken, sollten sie ihr Kreuz bei der AfD machen.
Unternehmer in Sachsen und Thüringen warnten vor den Landtagswahlen am 1. September vor einer Abwanderung von Fachkräften, sollte die AfD die Landtagswahlen gewinnen. Der deutsch-österreichische "Schraubenkönig" Reinhold Würth drohte vor der Europawahl mit einem Stop von Investitionen in Ostdeutschland. Alles in allem dürfte es sich um die wohl schamloseste und dreisteste Einmischung in die freie politische Willensbildung von Arbeitnehmern seit den Zeiten der Sozialistengesetze gehandelt haben!

Warum kaum Fachkräfte kommen

Ein durchgängiges Muster beim AfD-Bashing der Wirtschaftsbosse ist die Fachkräfte-Lüge. Durch die Wahlerfolge der AfD würden angeblich dringend benötigte Fachkräfte abgeschreckt, nach Deutschland einzuwandern.
Was Fachkräfte wirklich abschreckt (sofern sie angesichts von drohenden Massenentlassungen u.a. in der Automobilindustrie und der Rationalisierung von Arbeitsprozessen durch Künstliche Intelligenz überhaupt noch gebraucht werden), sind exorbitant hohe Steuern & Abgaben!
Das räumt sogar die Ampel-Regierung ein. Sie will die Zuwanderung von ausländischen Fachkräften nach Deutschland durch einen stufenweisen Steuernachlaß von 30, 20 beziehungsweise zehn Prozent fördern. Was nach Ansicht von Experten ein eklatanter Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz wäre und den sozialen Frieden hierzulande empfindlich stören dürfte.
***
"Wes Brot ich eß', des Lied ich sing": BDI-Präsident Russwurm scheint angesichts der immer

dünner werdenden Auftragsbücher der deutschen Industrie nicht mehr so ganz nach dieser Melodie pfeifen bzw. tanzen zu wollen. Beim sogenannten "Klimakongreß" des Industrieverbandes in dieser Woche in Berlin warnte Russwurm vor einer Überforderung der Wirtschaft durch die sogenannte Energiewende und forderte im Hinblick auf die schwindende internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen einen Kurswechsel: "Der Befund ist eindeutig: Deutschland ist auf der Verliererstraße unterwegs. Es ist allerhöchste Zeit, das Ruder für die Industrie am Standort Deutschland herumzureißen!"<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**23.000 Insolvenzen: Zahl der Firmenpleiten in Deutschland steuert 2024 auf neue Rekordmarke zu!**

Über Ampel-Deutschland kreist der Pleitegeier - und er zieht seine Kreise immer schneller: Der Kreditversicherer Allianz Trade erwartet eigenen Angaben zufolge rund 23.000 Firmenpleiten am Jahresende. Im September hatten die Analysten der Allianz noch mit 21.500 Insolvenzen gerechnet.

Einer der Gründe, warum immer mehr vor allem kleine und mittlere Firmen in Not geraten: Viele Betriebe müssen jetzt die Corona-Hilfen zurückzahlen. Hinzu komme die Kaufzurückhaltung der Verbraucher angesichts der unsicheren wirtschaftlichen Perspektiven. Gestiegene Lohnkosten seien ein weiterer Faktor.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 16. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Gefährlicher Islamist wird freigelassen: CDU macht Deutschland zur Salafistenhochburg!**

Sie tanzen uns auf der Nase herum: Nachdem der Bonner Salafisten-Prediger Leonis Hamza vor knapp vier Wochen verhaftet wurde, konnte er nun die geplante Abschiebung ins Kosovo mit einem Eilantrag verhindern und seine Freilassung erwirken.

Dabei stellt ein Geheimbericht des Bonner Staatsschutzes den Islamisten als Extremisten dar, der seiner 5-jährigen Tochter mit dem Tod gedroht haben soll - weil sie ihm nicht gehorche und er sie wegen ihres weiblichen Geschlechts nicht akzeptiere. Dennoch bleibt der Mann in Deutschland. Und die CDU? Sie macht Nordrhein-Westfalen zur Salafistenhochburg! 3.200 bekannte extremistische Salafisten halten sich in dem CDU-regierten Bundesland auf.

Der nordrhein-westfälische CDU-Innenminister Reul bleibt trotz dieser Zahl völlig tiefenentspannt. "So was gab's immer", sagt Reul über einen polizeibekannten Syrer, der in Essen in zwei Geschäfte raste, Passanten mit einer Machete bedrohte und mit mehreren Brandstiftungen insgesamt 31 Menschen verletzte. Dabei wurden auch zwei Kinder lebensgefährlich verletzte, was Herrn Reul nicht weiter zu beschäftigen scheint.

In den Verantwortungsbereich des nordrhein-westfälischen CDU-Innenministers gehört auch der islamistische Terroranschlag in Solingen, der vor noch nicht einmal zwei Monaten drei Tote und acht Verletzte forderte. Am vergangenen Donnerstag versuchte ein bewaffneter iranischer Brandstifter ebenfalls in Nordrhein-Westfalen, ein Kino zu stürmen, woraufhin ihn die Polizei vor den Augen der Kinogänger niederschießen mußte.

Ob in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin oder Schleswig-Holstein: Wo CDU oder CSU regieren, wird dem Salafismus und Islamismus der rote Teppich ausgerollt. Die CDU redet in Wahlkampfreden wie die AfD, doch sie handelt 1:1 wie die Grünen. Wer in einem sicheren Deutschland leben will und dem Salafismus die Stirn bieten will, der muß die heuchlerische CDU konsequent abwählen und seine Stimme stets der AfD geben!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 16. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Realität schlägt Ideologie: Ein Drittel der E-Auto-Fahrer wechselt wieder zum Verbrenner!**

Wieder einmal hat die Realität den Positionen der AfD auf ganzer Linie Recht gegeben. Eine

Studie eines bekannten KfZ-Versicherers hat ergeben, daß satte 34 Prozent der E-Auto-Käufer ihr Fahrzeug schon wieder gegen ein Gefährt mit Verbrennungsmotor eingetauscht haben. Zum Vergleich: Im Jahr 2021 lag die Quote noch bei 14 Prozent.
Auch die Zahl der Elektroneukunden sank im dritten Quartal 2024 auf nur noch 3,9 Prozent. Kurzum: Das zunächst mit großzügigen Subventionen geförderte und von den etablierten Parteien zum Heilsbringer hochstilisierte E-Auto entwickelt sich zum Ladenhüter und ist nur für ein begrenztes Kundensegment attraktiv. Genau das hat die AfD immer gesagt - und genau deshalb haben wir uns stets für die Entscheidungsfreiheit der Bürger bei der Wahl des Fahrzeugs ausgesprochen. Das Verbrenner-Verbot muß angesichts dieser Zahlen endlich vom Tisch!
Wer sich auf einem wirklichen Automarkt - ohne ökosozialistische Subventionsverzerrung - ein E-Auto kaufen möchte, der kann und soll dies gerne tun - aber für Verbrennerfreunde muß eben das gleiche Recht gelten. Immer wieder hat die AfD darauf hingewiesen, daß es beim E-Auto aufgrund der technischen Schwachpunkte (Ladesäulen-Problematik, Sicherheit usw.) einfach keine Basis für eine wirklich flächendeckende Nachfrage gibt. Die CDU, die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und die Ampel-Regierung haben diese Bedenken lächerlich gemacht und die E-Auto-Bilanz schöngeredet - jetzt haben wir das wirtschafts- und mobilitätspolitische Desaster.
Von Anfang an war der Kult ums E-Auto eine Luftblase, die gerade nach dem Wegfall der sogenannten "Umweltbonus-Subventionen" zerplatzt. Der Steuerzahler mußte für ein Experiment aufkommen, das nur schiefgehen konnte, während mit dem drohenden Verbrenner-Verbot hunderttausende Arbeitsplätze gefährdet werden. Und selbst wenn man die allgemeine Klima- und CO2-Panik teilt, kann man dennoch nur nüchtern feststellen, daß kaum jemand dem deutschen Sonderweg folgt. Wir brauchen in der Verkehrspolitik schlichtweg mehr Realismus statt Ideologie - und dafür steht nur die AfD.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. Oktober 2024 (x1.412/…):
>>**Tausende Euro mehr**
Wegen Bürgergeld: Krankenkassen-Beiträge steigen so drastisch wie noch nie
Ein historisch heftiger Beitragssprung: Die Krankenkassen-Beiträge werden im kommenden wohl drastisch ansteigen. Grund: Immer mehr Bürgergeld-Bezieher müssen querfinanziert werden.
Von *Redaktion*
... Einem Bericht des Portals Politico zufolge soll der Beitragssatz für die Krankenkasse im kommenden Jahr in Rekordhöhe ansteigen. Der durchschnittliche Zusatzbeitrag soll demnach im kommenden Jahr um 0,8 Prozentpunkte auf 2,5 Prozentpunkte angehoben werden.
Zurzeit liegt der allgemeine Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung bei 14,6 Prozent, wovon die Hälfte jeweils vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer selbst bezahlt wird. Dann würden 17,1 Prozent des Bruttolohns für die gesetzliche Krankenversicherung fällig statt heute 16,3 Prozent. Bei 2500 Euro Bruttolohn wäre das für Arbeitnehmer ein Plus von 10 Euro monatlich.
Der Vorstandschef der DAK, Andreas Storm, gibt an der Situation vor allem der Ampel-Koalition die Schuld. "Die Bundesregierung hat die im Koalitionsvertrag vereinbarte Steuerfinanzierung für die Kassen nicht geleistet", sagte Storm zu Bild. "Dazu gehört, Kassenbeiträge von Bürgergeld-Beziehern aus Steuermitteln zu finanzieren. Das wird wohl zum höchsten Beitragssprung seit vielen Jahrzehnten führen."
Die gesetzlichen Krankenversicherungen erhalten für einen versicherten Bürgergeld-Empfänger monatlich deutlich weniger Geld als von einer arbeitstätigen Person. Statt der 350 Euro, die bei einem Arbeiter mit Mindestlohn eingezahlt werden, zahlt der Staat bei einem Bürgergeldempfänger aufgrund des Sozialgesetzes pauschal lediglich 120 Euro. Zeitgleich kostet ein

Bürgergeld-Empfänger laut Zahlen des IGES-Instituts im Jahr 2022 durchschnittlich 228 Euro im Monat, also rund 2735 Euro im Jahr. Bürgergeld-Empfänger erhalten alle Leistungen, die ein selbst zahlender Kassenpatient auch erhält.
Bei rund vier Millionen Menschen, die Bürgergeld beziehen, macht das einen gewaltigen Fehlbetrag aus. Die Kosten sind durch die gesetzlich gegebene Pauschale des Staates oft überhaupt nicht abgedeckt. Eigentlich sollten laut Koalitionsvertrag die seit Jahren nicht ausreichenden Pauschalzahlungen des Staates an die GKV aus zusätzlichen Steuermitteln getragen werden. Doch angesichts der "angespannten Haushaltslage des Bundes und der Vorgaben der Schuldenbremse" hat das Bundesgesundheitsministerium diesen Plänen eine Absage erteilt. Nun müssen die gesetzlich Versicherten diese Last über ihre Beiträge auffangen. <<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. Oktober 2024 (x1.412/…): >>**Abgeschobener Vergewaltiger mit gefälschten Papieren wieder in Deutschland**
Die Bundespolizei hat am Frankfurter Flughafen einen 26-jährigen Afghanen festgenommen, der trotz Einreiseverbots und mit gefälschten Papieren versuchte, erneut nach Deutschland zu gelangen. Der Mann war bereits 2018 abgeschoben worden, nachdem er wegen sexueller Nötigung verurteilt worden war.
Henry Albrecht
... Am Frankfurter Flughafen hat die Bundespolizei am vergangenen Samstag einen afghanischen Staatsbürger festgenommen, der trotz bestehendem Einreiseverbot versucht hatte, erneut nach Deutschland einzureisen. Der 26-Jährige war bereits 2018 nach Afghanistan abgeschoben worden, nachdem er eine Verurteilung wegen sexueller Übergriffe und sexueller Nötigung erfahren hatte. Nun tauchte er mit gefälschten Papieren auf und wurde erneut inhaftiert, wie t-online berichtet.
Am vergangenen Samstag erregte der Mann die Aufmerksamkeit der Bundespolizei bei einer Routinekontrolle. Er legte griechische Dokumente vor, die ihn als Flüchtling ausweisen sollten. Doch die Beamten wurden mißtrauisch, da er nicht klar darlegen konnte, was er in Deutschland vorhatte. Ein Fingerabdruckabgleich brachte schließlich die Wahrheit ans Licht: Der Mann versuchte, unter falscher Identität nach Deutschland einzureisen.
Im Jahr 2016 war der Afghane erstmals nach Deutschland gekommen und stellte hier einen Asylantrag. Doch nach nur wenigen Monaten Aufenthalt beging er Straftaten. Im November 2016 verurteilte ihn das Amtsgericht Freiburg zu einer dreijährigen Haftstrafe wegen sexueller Übergriffe und sexueller Nötigung. Ein Jahr später wurde sein Asylantrag abgelehnt, und im Oktober 2018 erfolgte schließlich seine Abschiebung nach Afghanistan. Gleichzeitig erhielt er ein Einreiseverbot für Deutschland, das bis 2028 gelten sollte.
Die Geschichte endet jedoch nicht mit seiner Abschiebung. Der 26-Jährige hatte nach seiner Rückkehr nach Afghanistan anscheinend einen Weg gefunden, in Griechenland einen Flüchtlingsstatus zu erlangen. Von dort aus versuchte er nun, wieder nach Deutschland zurückzukehren. Doch dieser Plan scheiterte, und nun wird er den Rest seiner ursprünglichen Strafe verbüßen müssen. Laut Polizei sind noch 548 Tage Haft offen, die der Mann nun in Deutschland absitzen muß. Der 26-Jährige wurde direkt in eine Justizvollzugsanstalt gebracht.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 16. Oktober 2024 (x1.415/…): >>**Verfolgung im Gefängnis - Der politische Gefangene Dr. Fuellmich**
Herbert Ludwig
Nachfolgend weisen wir auf einen Bericht von Dr. Reiner Fuellmich über seine Haftbedingungen im Göttinger Hochsicherheitsgefängnis Rosdorf hin, den er als Antwort an die Autorin Kerstin Heusinger, Deutschlandkorrespondentin der französischsprachigen Online-Publikation BAM gegeben und den sie im Magazin "Laufpaß" veröffentlicht hat. Der Bericht enthält erschütternde exklusive Fotos und Skizzen aus dem Gerichtssaal. (hl)
Verfolgung im Gefängnis

10. Oktober 2024
7.00 Uhr morgens, Gerichtstermin für den Bürgerrechtler und Rechtsanwalt Dr. Reiner Fuellmich:
"Schwer bewaffnete Beamte mit Pistolen und Maschinenpistolen, die mit kugelsicheren Westen ausgestattet sind, nehmen mich in Empfang. Sie versuchen, mich davon zu überzeugen, eine kugelsichere Weste anzuziehen, was ich konsequent ablehne. Sie lassen mich dann eine Verzichtserklärung unterschreiben, die sie von der Haftung befreit, falls ich durch Schüsse verletzt oder getötet werde.
Einer der Beamten durchsucht meinen Körper und zwingt mich dann wie jedes Mal, auf einem Hocker zu knien, während er mir Fußfesseln anlegt.
Er bindet mir einen breiten Ledergürtel um die Taille und legt mir dann Handschellen an, die mit Ketten am Gürtel befestigt sind, die wiederum mit einem großen Vorhängeschloß gesichert sind.
Die Fußfesseln zwingen mich, sehr kleine Schritte zu machen, was das Ein- und Aussteigen in das Transportfahrzeug erschwert. Wenn ich so gefesselt stolpern würde, könnte ich meinen Sturz nicht abfangen und würde mir wahrscheinlich die Handgelenke brechen.
Gefängnisbeamte sagten mir, sie hätten noch nie erlebt, daß ein Angeklagter wegen eines einfachen Vergehens (und nicht wegen eines schweren Verbrechens oder eines Terroraktes) länger als 11 Monate in Untersuchungshaft war, in Einzelhaft gehalten wurde und vor allem an Händen und Füßen gefesselt zu den Gerichtsverhandlungen gebracht wurde.
Im Gericht wurde ich in das Souterrain gebracht, in eine geflieste Zelle mit einer einfachen Holzbank, das Souterrain wird zynischerweise "der Keller" genannt. Erneute Leibesvisitation. Dann muß ich warten, bis ich in Handschellen in den Gerichtssaal geführt werde. Bei jeder Unterbrechung der Verhandlung werde ich erneut in Handschellen gelegt und wieder "in den Keller" gebracht.
Bei jeder Rückkehr vom Gericht wurde ich in einem Transitraum vollständig entkleidet, um eine gründliche Leibesvisitation durchzuführen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**300.000 Arbeitsplätze in Gefahr: Gesamtmetall erwartet massiven Stellenabbau**
Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall rechnet in den nächsten Jahren mit einem massiven Stellenabbau.
"Ich erwarte, daß wir in der Metall- und Elektroindustrie in den nächsten fünf Jahren 250.000 bis 300.000 Arbeitsplätze verlieren könnten", sagte Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Mittwochsausgaben). Da in den nächsten Jahren die geburtenstärksten Jahrgänge in Rente gehen, könnte der Jobabbau jedoch "möglichst sozialverträglich" gestaltet werden.
Da gleichzeitig ein Arbeitnehmermangel bestehe, müsse trotz abgebauter Arbeitsplätze mehr gearbeitet werden, sagte Wolf. "Das Arbeitszeitgesetz gibt maximal 48 Stunden pro Woche vor. Das würde ich natürlich nicht ändern, und es bringt auch nichts, eine starre Zahl durch eine andere starre Zahl zu ersetzen", so Wolf. Vielmehr sei mehr Spielraum für Arbeitnehmer und Arbeitgeber entscheidend. "Dafür muß das Arbeitszeitgesetz flexibler werden."
Insbesondere die Generation zwischen Anfang 20 und Mitte 30 sei im Wohlstand aufgewachsen, sagte Wolf. "Auch denen müssen wir vermitteln, daß jetzt die Zeit gekommen ist, als Gesellschaft insgesamt mehr zu arbeiten."<<
Ungarn: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Ungarn strebt Festung Europa an**
Ungarn strebt nach Darstellung seines Botschafters in Deutschland, Péter Györkös, eine Abschottung der EU gegenüber Migranten an. Auf die Frage, ob sein Land eine "Festung Euro-

pa" wolle, sagte Györkös dem "Kölner Stadt-Anzeiger" (Donnerstagsausgabe): "Ja, ganz genau." "Anders geht es nicht. Das hört sich nicht schön an, aber alle anderen haben es geschafft: Japan, Australien, China. Nur Europa nicht. Damit wir die Situation unter Kontrolle kriegen, haben wir ein einziges Mittel: einen effektiven Schutz der Außengrenzen."
Europa müsse die "illegale Migration" verhindern. "Wenn wir nicht stoppen, was auf uns zukommt, wird Europa untergehen", sagte der Diplomat wörtlich. Die "zwei größten Errungenschaften der europäischen Integration" seien in Gefahr, "Schengen und der Binnenmarkt". Györkös erhob schwere Vorwürfe gegen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: "Sie hat ihre neutrale Position als Hüterin der EU-Verträge verlassen und verleumdet Ungarn, ein Feind Europas zu sein. Das ist sehr bedauerlich."
Ungarn fühle sich von der Kommission nicht vertreten. Trotz der isolierten Stellung Ungarns hob er den Wert der EU-Mitgliedschaft hervor. In kaum einem Land sei die christliche Tradition Europas so tief verwurzelt wie in Ungarn. "Es ist gut für Ungarn, Teil des größten Binnenmarkts der Welt zu sein. Seit 2004 konnte unsere Wirtschaft stark aufholen, auch dank des Binnenmarkts und der europäischen Kohäsionspolitik. Wir wollen die EU nicht abschaffen, sondern stärker machen."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30770" berichtet am 16. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**Sardinien steht auf gegen Umweltzerstörungen und Geschäftemachereien durch Windparks!**
Seit Monaten laufen auf Sardinien heftige Proteste gegen Windkraftanlagen, die in landwirtschaftlich genutzten Gebieten errichtet werden sollen. "Hinter der grünen Fassade der erneuerbaren Energien verbergen sich wirtschaftliche Spekulationen, die die Umwelt zerstören", sagen die Demonstranten laut dem Corriere dell'italianità. In einer Region wurden 860 Projekte zum Bau neuer Windparks zur Genehmigung vorgelegt. Dies würde jeweils den Bau von 240 Meter hohen Windrotoren bedeuten, die auf Stahlbetonfundamenten ruhen, die pro Windrad größer als ein halbes Fußballfeld sind.
Nach Angaben der Demonstranten schützen diese vordergründig als Umweltmaßnahmen deklarierten Windräder nicht nur in keinster Weise das Landschaftserbe, sondern hätten bereits irreparable Umweltschäden verursacht. Im Hinterland von Cagliari starteten daher einige Bürger den "Oliven-Aufstand", eine spontane Gemeinschaftsaktion. Sie pflanzten Olivenbäume und andere Pflanzenarten genau dort an, wo landwirtschaftliche Flächen zum Bau der Windparks enteignet werden sollten. Von vielen als "Energiespekulation "
angesehen. Eine Unterschriftensammlung fand binnen weniger Tage 10.000 Unterzeichner. Unterm Strich ist die Bevölkerung von Sardinien nicht gewillt, sich weder die dubiosen Windräder, noch die damit verbundenen Umweltzerstörungen noch die verkappten Geschäftemachereien aufzwängen zu lassen. Unsere Sendung "Schlechter als nur heiße Luft - Die Akte Windkraftanlagen" zeigt fundiert auf, wie begründet und wichtig der Widerstand ist.<<

Frankreich: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Jean Reno kann Kritik an "Léon - der Profi" nicht nachvollziehen**
Der Schauspieler Jean Reno kann Kritik an dem Filmklassiker "Léon - der Profi", in dem er die titelgebende Hauptrolle spielte, nicht nachvollziehen. "Es gibt darin überhaupt gar nichts Anstößiges", sagte er dem "Zeitmagazin". Es passiere überhaupt nichts zwischen diesem jungen Mädchen Mathilda und Léon. "Mit diesem Blick schaue ich überhaupt nicht auf den Film."
Reno sagte: "Léon berührt Mathilda nicht, schläft nicht mit ihr, küßt sie nicht." Er würde Natalie Portman, die den Film von Regisseur Luc Besson vor Jahren beim Women's March in Los Angeles kritisiert hatte, gern fragen, wie sie heute auf den Film schaue. Portman - beim Filmdreh zwölf Jahre alt - hatte erzählt, daß der erste Fanbrief, den sie zu dem Film bekam, von einem Mann geschrieben war, der sich ausmalte, sie zu vergewaltigen. "Wenn Natalie

jetzt hier wäre", sagte Reno nun, "würde ich sie fragen: Was haben der Film und diese Vergewaltigungsfantasie miteinander zu tun? Der Film wird verdreht, weil ein paar perverse Idioten eine andere Art haben, ihn zu schauen, und weil man ihnen die Gelegenheit gibt, sich zu äußern. Das ist doch lächerlich."
Dennoch glaubt Reno, daß man einen Film wie "Léon - der Profi" heute nicht mehr so drehen würde. "Filme gehören immer in eine Zeit. Das ist offensichtlich." Reno, in Casablanca geborener Franzose, wurde mit dem Film "Im Rausch der Tiefe" sowie mit "Léon - der Profi" international bekannt und wirkte bei zahlreichen US-Blockbustern mit. Seine jüngste Hauptrolle ist die eines alten Fischers, der aus seiner Einsamkeit von einem Pinguin gerettet wird.<<

Israel: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Zentralrat der Juden beklagt Verzögerungen bei Waffenlieferungen**
Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, kritisiert Verzögerungen deutscher Waffenlieferungen an Israel. "Die Solidarität Deutschlands mit Israel darf keine `Staatsräson light` sein", sagte er dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland".
"Israel befindet sich in der Verteidigung seiner Existenz gegen Terrorregime, die das Land auslöschen wollen. Daß gerade in einem solchen Fall an die Lieferung militärischen Materials aus Deutschland nach Israel auch noch andere Maßstäbe als üblich angelegt werden, verwundert mich sehr." Berichten zufolge hat die Bundesregierung zwischen März und dem 21. August keine Kriegswaffenexporte nach Israel mehr genehmigt.
Zuletzt habe es dann kurzfristig eine Reihe von Exportgenehmigungen gegeben, hieß es. Israel mußte demnach schriftlich zusichern, daß es die deutschen Waffen im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht einsetzt und hat dies mittlerweile auch getan.<<

17.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Amtlich: 2022 lagen mehr Geimpfte mit Corona im Krankenhaus als Ungeimpfte!**
Eines der übelsten Narrative des politisch-medialen Komplexes während der Corona-Hysterie war regelmäßig die Behauptung, daß Ungeimpfte die Krankenhäuser zum Nachteil der Geimpften belasteten. Zahlen der Bundesregierung belegen nun das glatte Gegenteil!
Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage des AfD-Abgeordneten Kay-Uwe Ziegler hervorgeht, lagen 2022 rund 15.400 Corona-Patienten im Krankenhaus, die mit einem der Corona-Vakzine geimpft waren. Dem standen etwa 13.200 Corona-Patienten gegenüber, die nicht geimpft waren.
Bei der Interpretation dieser Zahlen gilt zu berücksichtigen, daß lediglich bei rund 20 Prozent der im Krankenhaus eingelieferten Patienten der Impfstatus abgefragt wurde - obwohl dies gesetzliche Pflicht war.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Altersarmut: Schon jeder fünfte Rentner über 70 muß arbeiten!**
Im besten Deutschland, das es laut Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier "jemals gab", müssen immer mehr Rentner arbeiten! Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland, die älter als 70 Jahre sind, ist in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen.
Während 2020 noch 469.000 Menschen über 70 Jahre erwerbstätig waren, erhöhte sich deren Zahl im Jahr 2023 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes auf 599.000. Damit stieg der Anteil der Erwerbstätigen über 70 von 3,7 Prozent im Jahr 2020 auf mehr als 20 Prozent im Jahr 2023.
Übrigens: Wenn eines sicher ist, dann ist es die Altersversorgung von Steinmeier. Dem 68-Jährigen stehen als Ex-Staatsoberhaupt lebenslang seine vollen Amtsbezüge ("Ehrensold") zu. Das sind aktuell 214.000 Euro jährlich.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Neuer Ampel-Wahnsinn: Krankenkassen-Beiträge explodieren - 216 Euro Mehrbela-**

stung für Arbeitnehmer!
Die Krankenkassenbeiträge der 74 Millionen gesetzlich Versicherten in Deutschland steigen zum Jahreswechsel so stark wie zuletzt in neun Jahren insgesamt! Die durchschnittlichen Beitragssätze springen am 1. Januar dann innerhalb eines Jahres von 16,3 Prozent des Einkommens auf satte 17,1 Prozent, wie Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) mitteilte. Damit durchbrechen die Sozialabgaben, die sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber teilen, die 41 Prozent-Schallmauer!
- Bedeutet: Bei einem Bruttolohn von monatlich 3.600 Euro kommen allein auf Arbeitnehmer zusätzliche Sozialbeiträge in Höhe von mindestens 216 Euro jährlich zu!
Grund für die Beitragsexplosion ist auch, daß Kranken- und Pflegeversicherung Milliardenkosten schultern müssen, für die sie gar nicht zuständig sind. Dazu gehört, daß der Bund für "Bürgergeld-Empfänger" nicht annähernd genug Beiträge überweist; daß die Rentenbeiträge für pflegende Angehörige aus der Pflegekasse bezahlt werden; und daß fünf Milliarden Euro Corona-Kosten zwar von der Sozialkasse vorgeschossen, vom Bund aber nie erstattet worden sind.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**E-Auto-Irrsinn: Immer mehr Elektroauto-Besitzer kehren zum Verbrenner zurück!**
Von wegen der Verbrenner ist tot: Immer mehr Elektroauto-Besitzer haben die Nase gestrichen voll und steigen wieder auf Benziner/Diesel um! Das belegen aktuelle Daten des größten Autoversicherers in Deutschland.
Im dritten Quartal 2024 haben sich unter den privaten Autokäufern nur noch 3,9 Prozent für einen rein batterie-elektrischen Antrieb entschieden. Zugleich gibt es unter den privaten Autokäufern immer mehr, die vom bisherigen Elektroauto zurück auf einen Verbrenner wechseln.
Betrug deren Quote 2021 noch 14 Prozent, so sind es in den ersten neun Monaten 2024 bereits 34 Prozent. Das geht aus einer Studie der HUK-Coburg hervor. Diese ist mit 13,9 Millionen Kunden größter deutscher Autoversicherer.
Der Auswertung zufolge stiegen seit Jahresbeginn bei allen Fahrzeugwechseln gerade einmal 3,6 Prozent der Privatpersonen von einem Verbrenner auf ein Elektroauto um. Die Umstiegsquote liege damit auf dem Niveau des Jahres 2021 - was laut Studie "angesichts des heute viel größeren Angebots an E-Autos als vor drei Jahren und deren technischen Verbesserungen" auf ein "grundsätzliches Akzeptanzproblem" hindeute.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 17. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Syrische Familie bekommt 2.710 € Kindergeld: Wir brauchen Kindergeld für unsere eigenen Kinder!**
Das unfaßbare Beispiel einer syrischen Familie zeigt, wie sehr die arbeitende deutsche Bevölkerung in unserem Land verhöhnt und ausgenutzt wird. 2.710 Euro bekommt eine syrische Familie mit fünf Kindern als Unterstützung für ihren Nachwuchs - dazu gehören das Kindergeld (jeweils 250 Euro) und der Kinderzuschlag (jeweils 292 Euro). Der Vater der Familie geht arbeiten, die Mutter nicht. Auf Nachfrage eines Mitarbeiters der Bundesagentur für Arbeit erklärt der syrische Vater lapidar, es sei in seiner Kultur nun einmal so, daß die Frau nicht arbeitet.
Derzeit gibt es laut Medienberichten beim Kinderzuschlag eine Antragsflut, die bei den Familienkassen der Arbeitsagentur eingeht. Dort gibt es deshalb nun interne Anweisungen an Mitarbeiter, Anträge nicht mehr sorgfältig zu prüfen, sondern durchzuwinken. "Glaubende Bearbeitung" heißt dies im Behördendeutsch: Den Angaben der Antragsteller soll grundsätzlich immer geglaubt werden, auch wenn es Indizien für betrügerisches Handeln gibt.
Doch wenn ein Deutscher in seiner Steuererklärung ein Formular vergißt oder sein Fahrzeug im Parkverbot stehen läßt, dann ist Schluß mit "glaubender Bearbeitung". Wir werden von den

etablierten Parteien zu Bürgern zweiter Klasse gemacht, die im Zuge der Massenmigration ausgenommen werden wie eine Weihnachtsgans.
Laut einer Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion sind seit 2010 Kindergeldleistungen in Höhe von 4,2 Milliarden Euro ins Ausland überwiesen worden. "Die Bundesregierung bleibt ihrem Kurs treu, die einheimische Bevölkerung mit finanziellen Belastungen zu plagen und das Geld für andere Projekte aus dem Fenster zu werfen", sagt dazu René Springer, sozialpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion. "Diese Ungerechtigkeit ist nicht hinnehmbar. Wir fordern die Bundesregierung daher dazu auf, das Kindergeld auf die Lebenshaltungskosten vor Ort abzusenken, damit der deutsche Steuerzahler endlich Entlastung findet."
Für die AfD ist auch klar: Wir werden genau kontrollieren, ob Migranten falsche Angaben machen, um unsere Sozialleistungen zu erschleichen. Denn wir brauchen unser Geld, um unsere eigenen Kinder in wirklichen Notlagen zu unterstützen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 17. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**AfD-Verbotsantrag kommt frühestens im November in den Bundestag**
Die Befürworter eines AfD-Verbotsverfahrens im Bundestag wollen den vorliegenden Gruppenantrag noch nicht in der laufenden Sitzungswoche einbringen. "Wir werden mindestens noch die nächste Sitzungswoche weitere Unterstützer-Unterschriften sammeln und dann einbringen", sagte Initiator Marco Wanderwitz (CDU) dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland". Das wäre frühestens Mitte November.
"Wir werden aber im Bundestag keinen Antrag zur Abstimmung stellen, der keine Chance auf eine parlamentarische Mehrheit hat", stellte Wanderwitz klar. Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang hatte am Montag angekündigt, noch in diesem Jahr ein neues Gutachten über verfassungsfeindliche Bestrebungen in der AfD vorzulegen und über eine neue Einstufung zu entscheiden. Das könnte die Unterstützung für einen Verbotsantrag auch bei der Unionsfraktion und der SPD-Fraktion deutlich vergrößern, erwartet Wanderwitz.
"Es gilt, die Dynamik zu nutzen, die durch eine mögliche Neueinstufung der AfD als gesichert rechtsextrem durch das Bundesamt für Verfassungsschutz entstehen würde", sagte er dem RND.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 17. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Friedrich Merz: Gold gab ich für Eisen**
2,8 Billionen Euro lagern auf deutschen Konten. Friedrich Merz will 10 % dieser Bürger-Ersparnisse für den Staat "instrumentalisieren". Wie das gehen soll, bleibt offen. Doch die Geschichte zeigt: Es funktioniert und am Ende ist das Geld weg.
Von *Meinrad Müller*
Friedrich Merz nahm auf dem CSU-Parteitag am 12.10.24 zwar das Wort "Kriegsanleihen" nicht in den Mund. Aber als er davon sprach, zehn Prozent der deutschen Spareinlagen "mobilisieren" (Originalton Merz) zu wollen. Friedrich will ans Ersparte der Bürger ran! Jetzt wissen wir zumindest, was dieser Kanzlerkandidat 2025 vorhat.
Da fällt uns doch gleich auch der Begriff "Sozialschädlichkeit" ein, den Justizminister Buschmann vor wenigen Tagen prägte. Wird diese Beschimpfung künftig auch für die angewandt, die ihr Erspartes nicht "mobilisieren" lassen wollen? Von der "Sozialschädlichkeit" zum "Sozialschädling" ist es nur ein kleiner Schritt. Vergessen wird dabei auch, daß die Beträge, die der Bürger auf die Seite legte, die Summen sind, die ihm nach Abzug der Steuern gerade noch blieben.
Es gibt Dinge, die ändern sich nie. Wenn dem Staat das Geld ausgeht - und das passiert öfter, als man denkt - greift er tief in die Taschen seiner Bürger. Das war schon im Ersten Weltkrieg so, als man den Leuten bunte "Kriegsanleihen" verkaufte. Und heute? Da nennt man das nicht mehr so, aber der Plan ist der gleiche.
Damals: Kriegsanleihen als Heldentat verkauft

1916 war die Sache klar. Wer 10.000 Reichsmark in eine Kriegsanleihe steckte, bekam dafür ein hübsches Papier. Darauf standen große Worte: "Fürs Vaterland!" und "Zum Sieg!" Aber am Ende war das Papier genauso wertlos wie die Versprechungen. Die Bürger dachten, sie tun was Gutes und verdienen auch noch daran. Aber was haben sie wirklich mit ihrem Geld gemacht? Bomben und U-Boote bezahlt. Stolz konnte man sagen: "Da habe ich mitgeholfen, die Gegner in Schutt und Asche zu legen!" Am Ende des Krieges waren die Anleihen nichts mehr wert, und die Leute saßen auf einem Haufen bunter Zettel.

Gold gab ich für Eisen

Obwohl durch die "freiwilligen" Gaben der Bürger 60 % der Kriegskosten finanziert wurden, reichte das Geld jedoch immer noch nicht. Deshalb erfand man die Aktion "Gold gab ich für Eisen". Die Bürger sollten ihren goldenen Schmuck, auch die Eheringe, bei so genannten staatlichen Gold-Sammelstellen abgeben. Als Gegenleistung bekamen sie das Goldstück in Eisen.

Auch hier wieder war Tugendprotzerei ein wichtiges Hilfs- und Druckmittel. In den Medien präsentierten sich die Bürger stolz mit ihren Blechringen. Derjenige, der das nicht tat, war ein Volksschädling, beziehungsweise kein Patriot. Schon alleine die Tatsache, daß man zum Beispiel ohne Ring oder Schmuck herum lief, war verdächtig. Der soziale Druck war enorm.

Heute: Merz und sein Griff ins Sparschwein

Und heute? Der liebe Friedrich Merz hat eine neue Idee: Er will von den 2,8 Billionen Euro deutscher Spareinlagen zehn Prozent "mobilisieren". Was heißt das? Ganz einfach: Er will, daß die Leute ihr Geld vom Sparkonto nehmen und dem Staat geben. Mit sanftem Druck lokken. Natürlich soll das alles ganz sicher und gut verzinst sein. Und nebenwirkungsfrei. Aber wenn man sich die Vergangenheit ansieht, weiß man: Trau, schau, wem!

Das Muster bleibt das gleiche

Ob 1916 oder 2024, der Plan ist immer der gleiche. Damals hat man die Kriegsanleihe als patriotische Pflicht verkauft. Heute nennt man es "Bürgervermögen mobilisieren". Aber das Ziel bleibt das gleiche: Der Staat will an das Geld der Bürger Getrieben von fiskalischer Gier, statt zu sparen und sorgsam mit den anvertrauten Steuergeldern umzugehen.. Damals wie heute hoffen sie, daß der Bürger brav folgen und sein Erspartes abliefern wird..

Kriegsanleihen in der NS-Zeit: Zwang statt Freiwilligkeit

Auch in der NS-Zeit spielten Kriegsanleihen eine entscheidende Rolle bei der Finanzierung des Krieges. Doch im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg, wo noch ein gewisser Enthusiasmus und die Hoffnung auf Gewinn mitschwangen, hatten viele Bürger noch das Fiasko der Kriegsanleihen aus dem ersten Weltkrieg in Erinnerung. Kriegsanleihen zu propagieren war also keine gute Idee. Deshalb griff der Staat zu einem listigen Mittel: Weil Banken und Sparkassen gleichgeschaltet waren, griff die Regierung heimlich, also ohne Einwilligung der Sparer, auf das Geld auf den Konten zu.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 17. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Deutschland stockt Libanon-Hilfe um 60 Millionen Euro auf**

Deutschland stockt seine Hilfe für Flüchtlinge im Libanon um 60 Millionen Euro auf. Das teilte das Entwicklungsministerium am Donnerstag mit. Einem entsprechenden Antrag auf überplanmäßige Mittel in Höhe von 60 Millionen Euro hat demnach der Haushaltsausschuß des Bundestags am Donnerstag zugestimmt. Die Mittel sollen den Menschen zugutekommen, die infolge des Kriegs zwischen der Hisbollah und Israel ihre Heimat in umkämpften Gebieten im Libanon verlassen mußten. Stand heute sind laut Entwicklungsministerium mehr als 740.000 Menschen innerhalb des Libanon auf der Flucht, mehr als 280.000 Menschen sind nach Syrien geflohen.

Viele von ihnen leben im Libanon in ohnehin schon überlasteten Sammelunterkünften, in Grünanlagen, am Strand oder auf der Straße. Auch viele syrische Flüchtlinge sollen unter ih-

nen sein, die ein weiteres Mal flüchten müssen. "Der Libanon ist ein Land, das auch vor der jüngsten Eskalation schon stark belastet war und pro Kopf mehr Flüchtlinge aufgenommen hat als jedes andere Land der Welt", sagte Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD). "Die Bombardements steigern die ohnehin schon angespannte Lage ins Unermeßliche." Deutschland weite sein Engagement gemeinsam mit internationalen Partnern aus, um die Lage zu stabilisieren, so Schulze.<<

Rußland: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Kriegstreiberei: Russische Botschaft in Deutschland reagiert ungewöhnlich scharf!**

Es ist ein nicht alltäglicher Vorgang: Die Botschaft der Russischen Föderation in Deutschland hat auf ihrer Webseite einen "Kommentar" veröffentlicht, in dem sich die diplomatische Vertretung "äußerst besorgt" äußert "wegen der unkonstruktiven Rhetorik von Vertretern der Behörden und Sicherheitsdienste sowie von einzelnen Politikern in Deutschland".

Diese würden dazu aufrufen, "sich auf einen Krieg mit Rußland als etwas Unausweichliches vorzubereiten."

In dem Text heißt es: "Diese Erklärungen gehen mit haltlosen Vorwürfen einher, unser Land würde Aggressionspläne schmieden und einen Angriff auf die NATO in vier bis fünf Jahren planen. Die künstlich geschürte Hysterie, die von den Unterstellungen hybrider Bedrohungen aus Rußland begleitet wird, mündet in die Appelle, die Militarisierung Deutschlands verstärkt voranzutreiben und Kiew noch aktiver mit Waffen und militärischem Gerät aufzurüsten."

Die russische Botschaft betont, daß Kreml-Chef Wladimir Putin Spekulationen über einen möglichen Angriff Rußlands auf eines der NATO-Länder wiederholt als "unbegründet und unsinnig" zurückgewiesen habe. Diese Klarstellung Moskaus werde einfach "ignoriert". Statt dessen werde "unverändert auf die Konfrontation und Eskalation gesetzt. Diese Haltung ist bedauernswert. Sie könnte gefährliche und unberechenbare Folgen haben", warnt die russische Botschaft.<<

Italien: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Geht doch: Italien bringt männliche Migranten in Lager nach Albanien**

Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Länder streiten an diesem Donnerstag (17. Oktober) auf einem Gipfel in Brüssel erneut über Auswege aus dem Migrationschaos. Derweil schafft Italien Fakten: Die ersten im Mittelmeer aufgegriffenen Flüchtlinge wurden bereits nach Albanien in ein Lager gebracht.

Es ist ein Novum im EU-Gezerre um einen Stop der Masseneinwanderung: Als erstes EU-Land verfrachtet Italien männliche Migranten, die über das Mittelmeer gekommen sind, in Lager außerhalb der EU. Bereits 16 Männer aus Ägypten und Bangladesch kamen an Bord eines Marineschiffs in der kleinen Hafenstadt Shengjin an und wurden von Sicherheitskräften in das neue Aufnahmezentrum begleitet.

Später sollen die Migranten in das Hauptlager in Gjader im Landesinnern überführt werden. Dort will Rom exterritorial Asylanträge im Schnellverfahren prüfen lassen und Abschiebungen schneller abwickeln. Diejenigen, die Anspruch auf Asyl haben, werden nach Italien überstellt. Wer keinen Anspruch hat, soll in das jeweilige Herkunftsland zurückgeschickt werden.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30780" berichtet am 17. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**Das Geschäft mit dem "selbstgewählten Tod"**

Die neue Erfindung zum Selbstmord durch die Sarco-Kapsel bricht den Damm zum Schutz des Lebens.

Nach Kanadas Euthanasieprogramm folgt nun auf den Fuß das, was Kritiker längst befürchteten: Die rasante Zunahme für einen "Tod auf Verlangen". Die Schweiz, die schon lange für ihre liberale Reglung zur Suizid-Hilfe bekannt ist, muß sich nun mit einem weiteren neuen

Geschäftsmodell des selbstgewählten Todes auseinandersetzen.
Derzeit wird im Kanton Schaffhausen heftig über die Rechtskonformität der umstrittenen Suizidkapsel "Sarco-Pod" diskutiert. Die Sarco-Kapsel, eine mit dem 3D-Drucker hergestellte, sargförmige, vollautomatische Gas-Kapsel soll einen selbstbestimmten Tod ermöglichen. Nach Beteiligung an einer Online-Befragung zur Feststellung der freien Willensentscheidung, erhält man einen Code für den Zugang und kann in die Tötungskapsel steigen. Drinnen findet man einen Hebel den man einfach umlegt. Nach ca. 30 Sekunden tritt Bewußtlosigkeit ein.
Am 23.9.2024 kam es zum ersten tödlichen Einsatz der Kapsel in einem Wald im Kanton Schaffhausen. Dabei starb eine 64-jährige Amerikanerin. Die Frau reiste bewußt zu diesem Zweck in die Schweiz. Philip Nitschke, der Erfinder der Kapsel und Präsident der Firma "Exit International", sah bei dem Tod der Frau per Video-Liveübertragung aus den Niederlanden zu. Die Schaffhauser Polizei verhaftete daraufhin alle vor Ort anwesenden Personen - wegen Verleitung und Beihilfe zum Selbstmord. Nitschke wurde auch verhaftet und seine Computer sowie ein Sarco-Prototyp wurden beschlagnahmt.
Bis Stand 8.10.2024 sitzt Nitschke in U-Haft. 371 weitere Menschen stehen noch auf der Warteliste für einen Tod in der Kapsel. Die Behörden haben noch mehr Klärungsbedarf. Sicher ist: Die Politik ist bemüht, den rechtlichen Rahmen für Sarco-Tode zu konkretisieren.
Die Diskussion läuft auf Hochtouren, und man hört von allen Seiten verschiedene, teils auch sehr bewegende Gründe und Geschichten für einen Einsatz der Kapsel. "Selbstbestimmung" ist da ein großes Schlagwort. Doch hören wir uns das Beispiel von Kanadas Maid-Programm (Medical Assistance in Dying, zu Deutsch: medizinisch begleitete Sterbehilfe) an: Längst geht es nicht mehr "nur" um die Sterbehilfe für Erwachsene. Schon Kinder ohne Mindestaltersbeschränkung dürfen sich einer "selbstgewählten", "selbstbestimmten" Beendigung ihres Lebens bedienen. Säuglinge sollen mit der "nachgeburtlichen Tötung" abgetrieben werden.
Und welche moralische Instanz entscheidet, wo die Grenze gezogen wird? Sollte die Schweizer Politik diesen Dingen wie dem vereinfachten Selbstmord nicht Einhalt gebieten können, bleibt nur noch zuzusehen wie der Damm bricht und wir hier in unserer europäischen Nachbarschaft wieder legal Kinder opfern.
Doch hören Sie in der nachfolgenden Sendung, wie weit Kanada als Vorreiter bereits agiert.
Kanadas Euthanasieprogramm – Gesundheitsversorgung?
Du bist arm, depressiv, behindert, oder sonst sozial nicht tragbar? Dann wähle doch lieber einen schönen Tod!
Wer so einen Ausspruch hört, glaubt doch, sich verhört zu haben! Jedoch so oder ähnlich könnte der Werbespruch des Euthanasie-Programms - Medical Assistance in Dying (zu deutsch: medizinische Sterbehilfe) der kanadischen Regierung bald lauten.
In der kanadischen Euthanasie-Branche wurden Pläne ausgeweitet, gezielt Selbstmord zu unterstützen. Dieser schon seit einigen Jahren existierende, staatlich genehmigte und organisierte Selbstmord nimmt immer abstrusere Formen an.
Nicht von der Hand zu weisen ist, daß es hier gewisse Ähnlichkeit mit dem Science-Fiction-Film "Soylent Green" gibt, in dem man für das gesellschaftliche Gemeinwohl gerne sterben geht, anstatt unbequemer Ballast zu sein. Kanada hat beschlossen, die Selbsttötung durch eine tödliche Injektion als Gesundheitsversorgung zu definieren.
Nicht nur, daß gefordert wird, bereits 12-Jährigen diese Möglichkeit zur Verfügung zu stellen. Nun plädieren zwei Philosophinnen von der Universität Toronto sogar dafür, daß die Euthanasie von Armen gesellschaftlich akzeptiert werden sollte.
Kayla Wiebe, Doktorandin der Philosophie, und die Bioethikerin Amy Mullin, Professorin für Philosophie, schreiben im Journal of Medical Ethics: "Es ist inakzeptabel, daß Menschen, die bereits unter ungerechten sozialen Bedingungen leiden, gezwungen werden darauf zu warten, daß sich diese Bedingungen verbessern. Die empfohlene Lösung soll als Ansatz zur Scha-

densbegrenzung erkannt und als "kleineres Übel" zwischen zwei mehr oder weniger idealen Optionen angesehen werden."
Im Klartext also sagen die beiden Damen, daß es nur zwei Optionen gäbe: ein miserables Leben ohne Hoffnung auf Hilfe oder Verbesserung oder aber einen "schönen Freitod". Das, was Wiebe und Mullin zwar als "worst case" bezeichnen, läuft dennoch strikt darauf hinaus, daß solche benachteiligten Menschen das Recht hätten, selbst über ihr Leben zu entscheiden. Laut ihrer Meinung sollte jeder das Recht haben zu entscheiden, ob sein Leben lebenswert ist, und diese Entscheidung sollte respektiert werden.
Obwohl diese Lösung ihrer Bekundung nach tragisch sei, wäre dies trotzdem der beste "Ansatz zur Schadensbegrenzung". Unweigerlich stellt sich doch hier die Frage, für wen solche menschenverachtenden Lösungen am meisten schadensbegrenzend sind. Zur Bekräftigung ihrer als "ethisch zu vereinbarenden" Selbsttötung bedienen sich die beiden Damen beängstigender Geschichten kanadischer Bürger, die aufgrund mangelnder Sozialhilfe Sterbehilfe in Anspruch nehmen müssen.
In Anbetracht der rasanten Entwicklung der kanadischen Selbstmordregelung und der Entschlossenheit der Trudeau-Regierung, diese weiter auszubauen, sollten Vorschläge wie diese mit tödlichem Ernst behandelt werden.
Anstatt daß sich die politische Führung mit allen Kräften dafür einsetzt, Abhilfe zu schaffen und das Leben solch Leidender um jeden Preis lebenswerter zu machen,
wird hier der "Freitod" nicht nur begünstigt, sondern als die akzeptabelste Lösung vorgeschlagen.
Wer den Bürgern seines Volkes den Tod näher legt als das Leben, begeht ein Verbrechen. Und wer nicht darum kämpft, das Leben seiner Mitmenschen um jeden Preis zu schützen und hilft, es lebenswerter zu machen, darf sich nicht Volksvertreter nennen oder als solcher agieren.
Verehrte Zuschauer, helfen Sie mit der Verbreitung dieser Sendung mit, daß wir keineswegs Gott spielen, sondern die Ehrfurcht vor dem Leben bewahren!<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Die gestohlene Wahl**
Ein ungestrafter Betrug. Hat Joe Biden die Präsidentschaftswahl 2020 wirklich gewonnen? Dagegen sprechen zahlreiche Hinweise. Doch statt diesen konsequent nachzugehen, zerrt die US-Justiz die Aufklärer vor Gericht. …
_ von *Marty McCarthy*
Donald Trump und seine Anhängerschaft erkennen den Wahlsieg Bidens bei der US-Wahl 2020 bis heute nicht an. Der Mainstream und politische Gegner sprechen von einer Verschwörungstheorie. Die politisierte Justiz hat aus den Aufdeckern, Aufklärern und Anklägern sogar Beschuldigte gemacht. Gegen Trump, seine Anwältin Sidney Powell und 16 weitere Personen wurde ein Strafverfahren in Georgia eröffnet, teils gab es schon Verurteilungen. Die Rollen werden dabei einfach vertauscht: Diejenigen, die den Wahlbetrug anprangerten, hätten eine "Verschwörung" gebildet, "um rechtswidrig den Ausgang einer Wahl zugunsten von Trump zu verändern".
Hinweise auf Betrug
Nach dem Urnengang vom 3. November 2020 gab es eine Reihe von Anfechtungsprozessen und legislativen Streitverfahren in diversen US-Bundesstaaten, die jedoch fast alle erfolglos blieben.
"In Wisconsin konnte man den Wohnsitz von über 100.000 Menschen nicht bestätigen." Trump
Dabei lagen ziemlich eindeutige Hinweise dafür vor, daß die Wahl systematisch zuungunsten von Trump manipuliert wurde. Hier nur die wichtigsten:

In der Wahlnacht stoppte die Stimmauszählung in mehreren Staaten über mehrere Zeitzonen hinweg, was ohne eine (unzulässige) Zentralsteuerung kaum möglich gewesen wäre.

Es gab einen Rücklauf von hunderttausenden Briefwahlunterlagen zusätzlich zu den offiziell ausgegebenen. Ohnehin war eine massive Zunahme der Briefwahlstimmen ohne ausreichende Sicherheitsvorkehrungen festzustellen. Zudem gab es Berichte über Stimmzettel, die mehrfach gezählt oder für nicht wahlberechtigte Personen abgegeben wurden.

In mehreren Staaten, darunter Pennsylvania und Michigan, soll Wahlbeobachtern der Zugang zu den Zählzentren verwehrt oder stark eingeschränkt worden sein.

Es gab offenbar hunderttausende (angebliche) Wähler, die gar nicht existierten; ebenfalls hunderttausendfach wurden Wohnsitzwechsel vorgenommen - einschließlich mehrfacher Stimmabgaben.

In einzelnen Stimmbezirken lag Biden mit bis zu 400 Prozent der abgegebenen Stimmen vorn. In anderen Fällen wurden weitaus mehr Stimmen abgegeben als es überhaupt registrierte Wähler gab.

Von Wahlhelfern und Beobachtern wurden zahlreiche Zeugenaussagen und eidesstattliche Erklärungen eingereicht, die über verschiedene Formen des Wahlbetrugs berichteten, darunter doppelte Stimmabgaben, manipulierte Stimmzettel und unregelmäßige Verfahrensweisen bei der Stimmenauszählung.

Die brisanteste Streitfrage - und eines der Hauptargumente in den von Anwältin Powell betriebenen Anfechtungsverfahren - betraf das elektronische Wahlsystem (Stimmabgabe und Stimmenaddition). Das Unternehmen Dominion Voting Systems, dessen Wahlmaschinen und Software in etlichen Staaten verwendet wurde, geriet hierbei besonders in die Kritik, da es Hinweise darauf gab, daß die Maschinen manipuliert wurden, um die Wahlergebnisse zugunsten von Biden zu verfälschen.

Die Vorwürfe konzentrierten sich vor allem auf folgende Punkte:

Es wurden Dominion-Maschinen benutzt, die eigens dafür konstruiert worden seien, Wahlen im gewünschten Umfang zu manipulieren. Diese Wahlmaschinen seien entgegen den Bestimmungen mit dem Internet verbunden gewesen. Sie hätten es zudem ermöglicht, unkontrolliert mit Hilfe von USB-Sticks frisierte Ergebnisdaten hochzuladen, was in den umstrittenen Wahlzentren auch geschehen sei. Die Firma hat die Vorwürfe mehrfach dementiert.

Zudem kam die Behauptung auf, daß es eine zentrale Fremdsteuerung gegeben haben soll (der zentrale Auszählungsstopp bei dem sich abzeichnenden Trump-Sieg in der Wahlnacht wäre sonst nicht möglich gewesen). Um die Spuren zu verwischen, hätten sich die Manipulatoren besonderer Server bedient, die im Ausland stationiert gewesen sein sollen.

Daten lügen nicht

Der Filmemacher Dinesh D'Souza geht den Manipulationsvorwürfen in seinem Dokumentarstreifen 2.000 Mules (2022) nach und beruft sich dabei vor allem auf die Erkenntnisse der Wahlbeobachtungsgruppe True the Vote, die Betrugsfälle mit Aufnahmen von Überwachungskameras und Standortdaten von Mobiltelefonen dokumentiert hat. Letztere würden belegen, so True the Vote, daß ein sogenanntes "ballot harvesting" stattgefunden habe, das illegal abgelaufen sein soll. Beim "ballot harvesting" werden Stimmzettel von Wählern eingesammelt, für diese abgegeben und zumeist in dafür vorgesehenen Kästen im öffentlichen Raum eingeworfen. Mit Beginn der Corona-Krise hatte der Anteil der Stimmabgaben via derartiger Einwurfkästen deutlich zugenommen.

Die in Apps geteilten Standortdaten, auf die sich das Wahlbeobachter-Team beruft, wurden in manchen Fällen anonymisiert weiterverkauft. Auch Netzwerkanbieter wie der US-Telekommunikationskonzern AT&T sind in der Vergangenheit schon ähnlich verfahren, was unter bestimmten Bedingungen legal sein kann. "Diese Unternehmen verkaufen die Daten nicht direkt an Personen, sondern meist an Dritte, um sie zu bündeln", erläuterte dazu Jason Hong, Profes-

sor am Human-Computer Interaction Institute der Carnegie Mellon University gegenüber der Nachrichtenagentur AFP. "Es gibt auch andere Unternehmen, die Daten von Smartphone-Apps sammeln und diese verkaufen."
True the Vote behauptet in 2.000 Mules, daß es laut den von ihnen gesammelten Standortdaten mehr als 2.000 Leute gab, die mehrere Abgabestellen für Stimmzettel sowie NGOs in Städten wie Atlanta (Georgia) und Philadelphia (Pennsylvania) besucht hätten. Diese werden in dem Dokumentarfilm als "mules", also als eine Art Stimmzettelkuriere, bezeichnet. D'Souzas Argumentation:
Diese Menschen seien von NGOs bezahlt worden, um mehrere Stimmzettel von alten oder verstorbenen Menschen auszufüllen, einzusammeln und in die öffentlichen Kästen einzuwerfen. Die in dem Film erhobenen Vorwürfe stützen sich dabei auch auf ein Interview mit einem anonymen Whistleblower aus Arizona, der an der Betrugsaktion teilgenommen haben will. Dieser gibt allerdings weder preis, von wem er bezahlt worden sei, noch wie viel Geld er bekommen habe.

Abgelehnt!

Rund um die Wahl von 2020 gab es weitere Klageverfahren. So reichte Texas Klage beim Obersten Gerichtshof ein. Es ging um Wahlergebnisse in Pennsylvania, Georgia, Michigan und Wisconsin, die durch verfassungswidrige Änderungen dortiger Wahlgesetze zustande gekommen seien. Abgelehnt! Trump selbst klagte wegen illegaler Änderungen der Wahlvorschriften in Wisconsin. Abgelehnt! Trumps Anwälte führten mehrere Klagen in Pennsylvania, Michigan, Georgia und Arizona. Sie legten eidesstattliche Erklärungen vor, die Wahlbetrug dokumentierten. Abgelehnt!
In Pennsylvania klagte die Republikanische Partei wegen verfassungswidriger Wahlvorschriften. Abgelehnt! Trumps Klage, daß Hunderttausende von Briefwahlzetteln aufgrund von Verfahrensfehlern zu Unrecht gezählt wurden: Abgelehnt! Trump-Anwälte verlangten, die Wahlergebnisse in Michigan wegen der Verwendung umstrittener Wahlmaschinen für ungültig zu erklären. Abgelehnt! Aus dem gleichen Grund wurde auch in Arizona geklagt.
Trump selbst berichtete schon frühzeitig von Hinweisen auf Manipulation, vor allem in den entscheidenden Wechselwählerstaaten: "Dutzende von Landkreisen in den wichtigsten Swing States haben mehr registrierte Wähler auf den Listen als Bürger im Wahlalter, darunter 67 Landkreise in Michigan.
In Wisconsin konnte der Wahlausschuß den Wohnsitz von mehr als 100.000 Menschen nicht bestätigen, weigerte sich aber wiederholt, diese Namen vor der Wahl aus den Wählerlisten zu streichen." Und weiter: "Viele Wähler in Pennsylvania erhielten zwei Stimmzettel per Post, und viele andere bekamen Stimmzettel per Post, die sie nie beantragt hatten. ... In manchen Fällen waren es mehr als zwei Stimmzettel - und das waren zufälligerweise zum größten Teil Demokraten."
Kann man Manipulationen angesichts dieser Fülle von Auffälligkeiten und Hinweisen auf systematischen Betrug wirklich ausschließen und von einem unbestreitbaren Wahlsieg Bidens sprechen? Wohl kaum.
*_ Marty McCarthy (*1982) ist Investigativjournalist und arbeitet für verschiedene Medienportale in den USA und Europa. Für COMPACT schrieb er unter anderem über den Mord an Marilyn Monroe und Pädophilen-Netzwerke in Hollywood.*
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Spezial 42: Trump".<<

Israel: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 17. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Israel erklärt Hamas-Führer Sinwar offiziell für tot**
Israel hat den Führer der Hamas im Gazastreifen, Yahya Sinwar, offiziell für tot erklärt. Der israelische Außenminister Israel Katz bestätigte am Donnerstag entsprechende Medienberichte. "Dies ist ein großer militärischer und moralischer Erfolg für Israel und ein Sieg für die ge-

samte freie Welt gegen die böse Achse des radikalen Islams unter Führung des Iran", hieß es in einer Stellungnahme.
Die Tötung schaffe eine "Möglichkeit", die Geiseln zu befreien und einen Gazastreifen zu schaffen, der frei von der Hamas und iranischer Kontrolle sei. Das israelische Militär hatte zuvor mitgeteilt, daß bei einem Angriff durch israelische Truppen "drei Terroristen ausgeschaltet" worden seien und man die Möglichkeit prüfe, ob es sich bei einer der Personen um Sinwar handele.
Offenbar sind die Prüfungen mittlerweile abgeschlossen. Eine offizielle Bestätigung für Sinwars Tod gab es von Seiten der Hamas zunächst nicht. Medienberichten zufolge soll es aber auch laut Hamas-Quellen heißen, daß Hinweise aus dem Gazastreifen darauf hindeuteten, daß Sinwar bei der israelischen Operation getötet worden sei. Sinwar war seit 2017 einer der Führer der Hamas im Gazastreifen und stieg nach dem Tod von Ismail Hanija im August 2024 in die Position des Führers der Organisation auf.<<

18.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Asyl-Chaos: Bundestag verabschiedet sogenanntes Sicherheitspaket**
Der Bundestag hat mit den Stimmen der Ampel-Fraktionen von SPD, "Grünen" und FDP das sogenannte Sicherheitspaket zur Verschärfung der Migrationspolitik verabschiedet. Es sieht u.a. Änderungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts sowie des Waffenrechts vor sowie zusätzliche Befugnisse für Sicherheitsbehörden. Die Neuregelungen bedürfen noch der Zustimmung des Bundesrats.
Demnach sollen etwa Heimreisen von anerkannt Schutzberechtigten in der Regel zur Aberkennung des Schutzstatus führen. Ermittler sollen zudem mehr Befugnisse beim Abgleich biometrischer Daten erhalten.
Die Ampel hatte allerdings nach massiver Kritik aus der linksgrünen NGO-Ecke noch Verwässerungen an ihrem Paket vorgenommen. Danach werden Asylsuchende in sogenannten Dublin-Fällen nur dann von Leistungen ausgeschlossen, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ihre Ausreise in den für sie zuständigen EU-Staat für möglich hält. Heimreisen von Schutzberechtigten, die "sittlich zwingend geboten" seien, sollen sich nicht auf den Schutzstatus auswirken. Dazu zählen etwa Reisen zu Beerdigungen von Angehörigen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Joe Biden auf Kurzbesuch in Berlin - Höchster deutscher Orden für den scheidenden US-Präsidenten**
Berlin steht heute (18. Oktober) ganz im Zeichen eines Abschiedsbesuchs des scheidenden US-Präsidenten Joe Biden. Zunächst wurde Biden von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Schloß Bellevue mit militärischen Ehren empfangen. Er erhielt die "Sonderstufe des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik" - die höchste Auszeichnung, die Deutschland zu vergeben hat. Von den 14 US-Präsidenten, die seit dem Bestehen der Bundesrepublik im Jahr 1949 im Amt waren, wurde bisher nur George Bush sen. mit diesem Orden geehrt.
Steinmeier sagte in seiner Laudatio an Biden gewandt: "Sie und Ihre Regierung an unserer Seite zu haben, ist nichts weniger als ein historischer Glücksfall!"
Auf dem Programm stand außerdem ein Treffen mit Scholz im Kanzleramt. Später sollten der französische Präsident Emmanuel Macron und der britische Premierminister Keir Starmer hinzukommen. Hauptthemen: der Ukraine-Krieg und die Eskalation im Nahen Osten.
Biden war am Vorabend mit der Präsidentenmaschine Air Force One auf dem Hauptstadt-Flughafen BER eingetroffen. Der 81-Jährige hatte ursprünglich vor einer Woche nach Berlin

reisen wollen, hatte aber kurzfristig wegen des Hurrikans an der Südostküste der USA abgesagt.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Wieder heiße Luft beim EU-Gipfel: Wir schieben WIRKLICH ab!**

Wer soll diese Märchen nach all den Jahren noch glauben? Wieder einmal haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten zu einem folgenlosen "EU-Gipfel" zusammengefunden und eine Erklärung verabschiedet, die sich für konsequente Abschiebungen und geschützte Außengrenzen ausspricht. Doch die EU hatte über Jahrzehnte hinweg Zeit, zu handeln - sie hat die Bürger Europas stets nur mit Worthülsen beschwichtigt.

Die Zahlen lügen nicht: Angesichts der Tatsache, daß die Zahl der Asylanträge in der EU im vergangenen Jahr wieder siebenstellig war und den höchsten Wert seit 2016 erreichte, sind die Luftblasen des "EU-Gipfels" keinen Pfifferling wert.

Ohnehin werden die Erklärungen des Gipfels im Nachhinein auch schon wieder relativiert - vor allem aus den Reihen der deutschen Ampel-Regierung. Bundeskanzler Olaf Scholz äußerte sich laut Medienberichten "skeptisch" zum Vorschlag aus der EU-Kommission, Abschiebezentren in Drittstaaten außerhalb der EU einzurichten. Er könne mit dieser Diskussion wenig anfangen - mehr Argumente hat er offenbar nicht.

Scholz ist es auch, der schon im Oktober 2023 im "Spiegel" tönte: "Wir müssen endlich im großen Stil abschieben." Passiert ist nichts - außer billigen PR-Aktionen, bei denen ein winziger Bruchteil der illegalen Einwanderer in einem einzigen Flug nach Afghanistan abgeschoben wurde, um pünktlich vor den Landtagswahlen Effekthascherei zu betreiben. Wie viele dieser 28 Migranten wieder in aller Seelenruhe nach Deutschland hereinspaziert sind, weiß niemand.

Es steht deshalb außer Frage: Mit den derzeitigen EU-Eilten kann es keine Migrationswende wenden - das Einzige, was die Damen und Herren wirklich interessiert, ist der stetige Ausbau ihrer bürgerfernen EU-Bürokratie und ihres Versorgungsapparats. Nur die AfD wird in Kooperation mit anderen patriotischen Parteien des Kontinents ein Europa der Vaterländer aufbauen. Und wir werden die konsequente Abschiebung von kriminellen und illegalen Ausländern durchsetzen, während die etablierten Parteien seit Jahrzehnten nur Handlungswillen vorgaukeln!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Tatverdächtige bei Tötungsdelikten: Ausländeranteil steigt um 59 Prozent!**

Eine AfD-Anfrage im Bundestag bringt brisante Zahlen ans Licht: Der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen an allen Straftaten hat sich von 28,7 Prozent im Jahr 2014 auf 41,1 Prozent im Jahr 2023 erhöht. Auch bei besonders schweren Straftaten wie zum Beispiel den vorsätzlichen Tötungsdelikten (Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen) ist die Entwicklung dramatisch.

Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen stieg in diesem Bereich von 29,3 Prozent im Jahr 2013 auf einen neuen Höchststand von 43,8 Prozent - eine Steigerung um 59 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit in der Polizeistatistik grundsätzlich als Deutsche erfaßt werden.

Bedrückend sind auch die Zahlen im Deliktfeld der Sexualstraftaten (Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und so weiter). Hier ist die die Gesamtzahl der Straftaten von 11.282 im Jahr 2017 auf 12.186 im Jahr 2023 gestiegen - ein trauriger neuer Rekord wird somit erreicht. Auch der Ausländeranteil der Tatverdächtigen dieses Deliktfelds ist mit 37,2 Prozent enorm hoch.

Alle Verharmlosungen und Beschwichtigungen der vorherrschenden Migrationspropaganda werden mit dieser Anfrage Lügen gestraft. Es wird deutlich: Es muß gehandelt werden - schnell, entschlossen und nötigenfalls auch gegen den vorhersehbaren Empörungssturm von linken Medien, Lobbyisten, Aktivisten und NGOs.
Der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner, der die Anfrage eingereicht hat, bringt es auf den Punkt: "Die Bundesregierung ignoriert das Problem gänzlich oder sieht sich nicht in der Lage, dem Ausmaß an importierter Gewaltbereitschaft etwas entgegenzusetzen." Wer sich als Ausländer nicht an unsere Regeln und Gesetze hält, "der hat in unserem Land nichts zu suchen", betonte Brandner, der sich auch kritisch über die oftmals sehr milden Gerichtsurteile äußerte: Mit einer "Kuscheljustiz" könne man dem Problem keinen Riegel vorschieben. Nur mit der AfD wird der Rechtsstaat durchgesetzt - und nur mit der AfD werden kriminelle Täter ohne deutsche Staatsbürgerschaft.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.415/…): >>**Wer die Meinungsfreiheit bekämpft, will die Demokratie beseitigen - Der schleichende Putsch**
Herbert Ludwig
Julian Reichelt, früherer Chef-Redakteur von Bild, bringt auf Nius die Sache scharf auf den Punkt. Mal wieder angeführt von der Grünen Partei, habe die Bundesregierung unserem Grundrecht auf Meinungsfreiheit nach Art. 5 GG den totalen Krieg erklärt.
Man habe sich einen Mechanismus geschaffen, mit dem willige Vollstrecker vollkommen unverhohlen Zensur ausüben könnten - entgegen dem ausdrücklichen Zensur-Verbot des Grundgesetzes. Jeder im Land müsse sehen und verstehen, was hier gerade geschehe, denn damit werde unser freies Leben, wie wir es bisher kennen, beendet. - Das heißt aber die Beseitigung der Demokratie, deren zentrale Grundlage die Meinungsfreiheit bildet. Es handelt sich um einen schleichenden Putsch von oben.
J. Reichelts Bericht
Nach einer EU-Verordnung "Digital Services Act", die der Bundestag im "Digitale-Dienste-Gesetz" auf deutsches Recht umgesetzt hat, sollen die sogenannten Plattformen, so Julian Reichelt, "also zum Beispiel Facebook, Instagram oder X, gezwungen werden, Inhalte zu löschen, die den Mächtigen mißfallen". Dabei gehe es ausdrücklich nicht (nur) um strafrechtlich relevante Inhalte - wozu ja sowieso Staatsanwaltschaft und Polizei zuständig sind -, sondern um bewußt schwammige und willkürliche Begriffe wie "Haß", "Fake News" oder "Desinformation".
Zuständig für die Markierung solcher unliebsamen Meinungsäußerungen seien zudem nicht Behörden, sondern private Organisationen, die von der Bundesregierung bezahlt werden. Geführt werde der Krieg gegen die Meinungsfreiheit "von Klaus Müller, einem Grünen Apparatschik, Habeck-Vertrauten und Chef der Bundesnetzagentur, die nun nicht mehr bloß die deutschen Netze (Gas, Telefon, Postverteilung) regulieren soll, sondern auch die deutschen Gedanken."
In der Pressemitteilung der Bundesnetzagentur vom 1.10.2024 heißt es:
"Die Bundesnetzagentur hat heute den ersten Trusted Flagger, einen vertrauenswürdigen Hinweisgeber, gemäß dem Digital Services Act (DSA) zugelassen. Die Meldestelle REspect! der Stiftung zur Förderung der Jugend in Baden-Württemberg mit Sitz in Sersheim erhielt heute diese Zulassung."
J. Reichelt erläutert: "Trusted Flagger bedeutet so viel wie ´vertrauenswürdiger Markierer`, ein Begriff aus der Hölle. Die ´Meldestelle REspect!` ist eine anonyme Denunzianten-Organisation, deren Logo den sozialistischen Stern zeigt und die - nach eigener Aussage - nicht nur gegen strafrechtlich relevante Inhalte vorgeht, sondern auch gegen Aussagen, die man bei ´REspect!` nicht ´in Ordnung` findet. Zum Beispiel zeigte ´REspect!` einen User bei

der Polizei an, der einen Grünen Landtagsabgeordneten als ´Dummschwätzer` bezeichnete. Finanziert wird ´REspect!` von der Grünen Ideologin (Familienministerin) Lisa Paus über 'Demokratie leben!'
Das bedeute, die Bundesregierung beauftrage eine aktivistische "Meldestelle", die von der Bundesregierung finanziert werde, mit der Löschung unliebsamer Inhalte.
Weiter heißt es in der Pressemitteilung:
"Mit der Zulassung des ersten Trusted Flaggers setzen wir die europäischen Regelungen in Deutschland konsequent um", sagt Klaus Müller. "Plattformen sind verpflichtet, auf Meldungen von Trusted Flaggern sofort zu reagieren. Illegale Inhalte, Haß und Fake News können sehr schnell und ohne bürokratische Hürde entfernt werden. Das hilft, das Internet sicherer zu machen."
"Ohne bürokratische Hürde entfernt" bedeute übersetzt, so Julian Reichelt, daß Meinungsäußerungen gelöscht werden müßten, wenn sie vom "Trusted Flagger" gemeldet werden, ohne daß ein Gericht sich je damit befaßt hätte, also ohne Rechtsstaat und ohne das Grundrecht auf Meinungsfreiheit. Die Formulierung "Illegale Inhalte, Haß und Fake News" bedeuteten ausdrücklich, daß auch legale Inhalte, also "Haß" und "Fake News" auf Anweisung der Regierungsaktivisten gelöscht werden müssen. Was "Haß" und "Fake News" seien, würden ab sofort die von Lisa Paus finanzierten Aktivisten entscheiden. "Plattformen sind verpflichtet, sofort zu reagieren" bedeute: "Was gemeldet wird, wird entfernt. Keine Diskussion. Keine Widerrede. Keine Möglichkeit, Einspruch zu erheben."
Man muß hinzufügen: Haß an sich ist kein Straftatbestand, er fällt unter die Meinungsfreiheit, ebenso "Fake News" oder "Desinformationen". Mit ihrem Verbot entscheidet diese beauftragte Meldestelle, was jeweils die Wahrheit ist und schwingt sich zum Orwellschen Wahrheitsministerium auf. Die Wahrheit zu sagen, kann damit beliebig verboten werden.
Kennzeichnend ist die Äußerung von Digitalminister Volker Wissing (FDP), der bei der Verabschiedung des "Digital-Dienste-Gesetzes" (DDG) im Bundestag am 21. März 2024 "betonte, es sei ´allerhöchste Zeit`, etwas gegen die zunehmende Desinformation und Haßrede zu tun - auch mit Blick auf die Wahlen in diesem und im kommenden Jahr. Das Netz dürfe nicht ´Demokratie- und Menschenfeinden überlassen` werden, jeder Bürger müsse sich online sicher und frei bewegen können - dafür sorgten der DAS ("Digital Services Act") und das DDG."
Er dreht also die Dinge vollkommen um. Die Bundesregierung bekämpft hier eindeutig aggressiv die Meinungsfreiheit und damit die Grundlage jeder freiheitlichen Demokratie, offenbart sich also als Demokratie- und Menschenfeind; ein Minister dieser Regierung bezeichnet jedoch diejenigen, die ihr Recht auf Meinungsfreiheit geltend machen und auf sie hinweisen, als Demokratie- und Menschenfeinde.
Wer ist "REspekt"?
In einem weiteren Artikel weist Julian Reichelt darauf hin, daß die "Initiative Toleranz im Netz", zu der "REspect" gehört und die "ein freundlicheres Miteinander" durchsetzen wolle, von der grünen Landesregierung in Baden-Württemberg gegründet worden sei, ganz offiziell per Kabinettsbeschluß.
Auf der Seite der Initiative heiße es wörtlich:
Zu dieser Task Force, die "Toleranz im Netz" gegründet hat, gehöre übrigens auch der Verfassungsschutz von Baden-Württemberg.
"Die Meldestelle "Respect" ist also in keiner Weise unabhängig, sondern gehört zu einer Initiative der Grünen Regierung in Baden-Württemberg, zusammen mit dem Inlandsgeheimdienst."
Direktor der Meldestelle "Respect" sei Ahmed Haykel Gaafar, ein Islam-Wissenschaftler, der an der Al Azhar Universität in Kairo studiert habe, die als Brutstätte des Islamismus und spiri-

tuelle Heimat von Muslimbruderschaft, Hamas und Al Qaida gelte.
Ahmed Haykel Gaafar sei Experte für "antimuslimischen Rassismus", also für alles, was man gegen islamistische Masseneinwanderung sagen könnte. Er habe auch eine Broschüre veröffentlicht, in der er religiöse Begriffe aus dem Arabischen übersetze. Die Fatwa, die man gemeinhin als islamistisches Todesurteil gegen Ketzer wie Salman Rushdie deute, übersetze Ahmed Haykel Gaafar wie folgt:
"Eine Rechtsauskunft, die von einem muslimischen Rechtsgelehrten erteilt wird, um eine religiöse Fragestellung bzw. ein rechtliches Problem zu klären." Daß Menschen aufgrund von Fatwas vor allem ermordet, geradezu abgeschlachtet werden, das erwähne Ahmed Haykel Gaafar nicht. Dieser Mann entscheide in Zukunft, ob man sagen dürfe, was man sagen wollen.
Julian Reichelt faßt zusammen:
"Der grüne Wirtschaftsminister und grüne Kanzlerkandidat Robert Habeck macht seinen Grünen Parteifreund Klaus Müller zum neuen Vollstrecker und Wächter über ein gruseliges EU-Gesetz. Der wiederum ermächtigt kurz vor Beginn des Bundestagswahlkampfes die Meldestelle "Respect", die von der Grünen Lisa Paus finanziert wird UND zu einer Initiative der Grünen Landesregierung in Baden-Württemberg gehört, unliebsame und vollkommen legale Inhalte auf Social Media löschen zu lassen."
Die Meldestelle habe bereits eine gegen einen Grünen gerichtete Äußerung auf Social Media bei der Polizei angezeigt, das Wort "Dummschwätzer". Ab sofort könne die Meldestelle Social Media Plattformen wegen solcher Äußerungen, DUMMSCHWÄTZER, direkt zur Löschung oder Sperrung auffordern, zertifiziert von einer Habeck-Behörde.
Der Name der baden-württembergischen grünen "Initiative Toleranz im Netz", die "ein freundlicheres Miteinander" durchsetzen will, ist übrigens eine typische Neusprech-Formulierung, wie sie Orwell vorausgesagt hat: "Frieden ist Krieg, Wahrheit ist Lüge". Positiven Worten wird genau der gegenteilige negative Begriff untergeschoben. So bedeutet "Toleranz im Netz" auch hier genau das Gegenteil.

Die Bedeutung der Meinungsfreiheit

Die Meinungsfreiheit ist grundlegend für die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes. Sie ist ein gegen die Staatsgewalt gerichtetes Menschenrecht, das verhindern soll, "daß die öffentliche Meinungsbildung und die damit verbundene Auseinandersetzung mit Regierung und Gesetzgebung beeinträchtigt oder gar verboten wird."
"In engem Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit sichert die Informationsfreiheit den Zugang zu wichtigen Informationen, ohne die eine kritische Meinungsbildung gar nicht möglich wäre. Das Verbot der Zensur verhindert die Meinungs- und Informationskontrolle durch staatliche Stellen. Im Unterschied zu einer Diktatur sind der Staatsgewalt in einer Demokratie die Mittel der vorbeugenden Informationskontrolle durch Zensur ausdrücklich verboten." (Wikipedia-Meinungsfreiheit)
Aufgrund einer Verfassungsbeschwerde Julian Reichelts beim Bundesverfassungsgericht hat dieses mit Beschluß vom 11.04.2024 - 1 BvR 2290/23 - festgestellt, dem Staat komme "kein grundrechtlich fundierter Ehrenschutz zu", der Staat habe "grundsätzlich auch scharfe und polemische Kritik auszuhalten". Der Schutz staatlicher Einrichtungen dürfe nicht dazu führen, daß diese gegen "öffentliche Kritik" abgeschirmt würden. Die Kritik sei auch dann geschützt, wenn sich in ihr Tatsachen und Meinungen vermengten.
Mit Beschluß vom 28.11.2011 - 1BvR 917/09 hielt das Bundesverfassungsgericht das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung für so wichtig, daß es ihm einen weiten Rahmen beimaß.
"Vom Schutzbereich der Meinungsfreiheit umfaßt sind zum einen Meinungen, das heißt durch das Element der Stellungnahme und des Dafürhaltens geprägte Äußerungen. Sie fallen stets in den Schutzbereich von Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG, ohne daß es dabei darauf ankäme, ob sie sich als wahr oder unwahr erweisen, ob sie begründet oder grundlos, emotional oder rational sind,

oder ob sie als wertvoll oder wertlos, gefährlich oder harmlos eingeschätzt werden (vgl. BVerfGE 90, 241 <247>; 124, 300 <320>).
Sie verlieren diesen Schutz auch dann nicht, wenn sie scharf und überzogen geäußert werden (vgl. BVerfGE 61, 1 <7 f.>; 90, 241 <247>; 93, 266 <289>). Der Meinungsäußernde ist insbesondere auch nicht gehalten, die der Verfassung zugrunde liegenden Wertsetzungen zu teilen, da das Grundgesetz zwar auf die Werteloyalität baut, diese aber nicht erzwingt (vgl. BVerfGE 124, 300 <320>). Neben Meinungen sind vom Schutz des Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG aber auch Tatsachenmitteilungen umfaßt, soweit sie Voraussetzung für die Bildung von Meinungen sind beziehungsweise sein können. ...
Allein die Wertlosigkeit oder auch Gefährlichkeit von Meinungen als solche ist kein Grund, diese zu beschränken...
Bei Staatsschutznormen ist dabei besonders sorgfältig zwischen einer - wie verfehlt auch immer erscheinenden - Polemik auf der einen Seite und einer Beschimpfung oder böswilligen Verächtlichmachung auf der anderen Seite zu unterscheiden, weil Art. 5 Abs. 1 GG gerade aus dem besonderen Schutzbedürfnis der Machtkritik erwachsen ist und darin unverändert seine Bedeutung findet."
Der Rechtswissenschaftler Prof. Christian Hillgruber schreibt:
"Das Grundgesetz gewährleistet Meinungsfreiheit in denkbar weitestem Umfang. Kaum ein anderes Grundrecht hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in gleicher Weise geradezu hymnisch gefeiert. 'Das Grundrecht der Meinungsfreiheit', so hat es seit seiner berühmten Lüth-Entscheidung in ständiger Rechtsprechung bekräftigt, ´ist als unmittelbarer Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt. Für eine freiheitlich demokratische Staatsordnung ist es schlechthin konstitutiv, denn es ermöglicht erst die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist. Es ist in gewissem Sinne die Grundlage jeder Freiheit überhaupt`, the matrix of freedom."

Fazit

Sowohl die Landesregierung von Baden-Württemberg als auch die Bundesregierung sind - wie oben beschrieben - systematisch bestrebt, die Meinungsfreiheit einzuschränken und zu beseitigen. Damit greifen sie an zentraler Stelle die Demokratie an und verwandeln sie in ein totalitäres System. Totalitäre Putschisten beseitigen immer zuerst die Meinungsfreiheit als das Lebenselement eines freiheitlich demokratischen Gemeinwesens.
Die Landesregierung von Baden-Württemberg und die Bundesregierung werden von Parteivertretern gebildet: der Grünen und der CDU, bzw. der SPD, der Grünen und der FDP. Nach Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes sind "Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen ... verfassungswidrig."
Das Fatale ist, daß es sich hier nicht um kleine radikale Oppositionsparteien handelt, sondern um etablierte "demokratische" Alt-Parteien, welche die Mehrheit in der Legislative und zugleich die Regierung bilden, die also die Macht in den Händen haben. Sie haben sich, um mit den Worten des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäckers zu reden "den Staat zur Beute gemacht". Wir haben es mit einem schleichenden Putsch von oben zu tun.
Verbieten kann verfassungswidrige Parteien nur das Bundesverfassungsgericht und auch nur auf Antrag des Bundestages, des Bundesrates oder der Bundesregierung. Diese aber werden von den genannten verfassungswidrigen Altparteien beherrscht, die einen Antrag, sie selbst als verfassungswidrige Parteien zu verbieten, natürlich nicht stellen werden. -
Wir sind im Parteienstaat gefangen, in dem die herrschenden Parteien überall an den Machtstellen sitzen, Vertreter und Sympathisanten auch in den Gerichten.
Dies zeigt auch an dieser Stelle, daß das Parteiensystem die Demokratie schon längst in eine

Parteien-Oligarchie verwandelt hat, die nur durch formale demokratische Abläufe getarnt wird. Darauf hat der Basler Philosoph Karl Jaspers bereit 1965 deutlich hingewiesen 5 und prophezeit, daß Kräfte, Gesinnungen und Wege der Oligarchie zu autoritären Verhältnissen und zur Diktatur führen müssen. - Diese Phase erleben wir heute.
Und wo bleibt der Verfassungsschutz??? - Ach ja, seine Leiter und Lenker gehören ja auch diesen Parteien an.
Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang (CDU), Untergebener der Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), schrieb am 2.4.2024 in einem Artikel in der FAZ: "Die Meinungsfreiheit ist kein Freibrief für Verfassungsfeinde". -
Auch für Verfassungsfeinde, wenn es denn solche sind, gilt das fundamentale Grundrecht auf Meinungsfreiheit. Das geht eindeutig aus den oben zitierten Äußerungen des Bundesverfassungsgerichts hervor. Oft werden nur eben Kritiker der Regierung und der Altparteien als Verfassungsfeinde diffamiert, um ihnen, wie Haldenwang es tut, (verfassungswidrig) die Meinungsfreiheit zu beschneiden.
Der Verfassungsrechtler Prof. Rupert Scholz antwortete Haldenwang in einem Leserbrief auf dessen Artikel und stellte unmißverständlich klar:
Mit seinem tendenziösen Artikel hat der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, ein verräterisches Bekenntnis über sein wahres Demokratie- oder genauer gesagt undemokratisches Amtsverständnis abgelegt. Ein Verfassungsschutzpräsident, der behauptet, "Die Meinungsfreiheit ist kein Freibrief", verkennt die maßgeblichen freiheitlichen Grundlagen unserer Demokratie, die naturgemäß auch die Kritik an Regierung und staatlichem Handeln gewährleistet.
Jenseits des Strafrechts gibt es keine Einschränkung der Meinungsfreiheit, die im Artikel 5 unseres Grundgesetzes garantiert ist und zum Kernbereich der Verfassung gehört. Ein Verfassungsschutzpräsident, der sich anmaßt, solche Schranken über den Rahmen des Strafrechts hinaus, quasi via Beschlüsse, durch Beobachtung oder willkürliche öffentliche Kommentierung einzuführen, verletzt die Verfassung. Er überschreitet dabei auch die eigenen, gesetzlich abgesteckten Kompetenzen. Wenn die Bundesregierung keine Konsequenzen aus dem Verhalten dieses hohen Beamten zieht, läßt sie selbst Zweifel an ihrem Demokratieverständnis aufkommen. Professor Dr. Rupert Scholz, Verfassungsrechtler und Verteidigungsminister a.D., Berlin"
Das ist noch zurückhaltend formuliert. Haldenwang bekämpft das Grundrecht auf Meinungsfreiheit und damit die Grundlage der Demokratie. Er ist gesichert verfassungsfeindlich.
Es gibt ja auch schon das geflügelte Wort: "Wer schützt die Verfassung vor dem Verfassungsschutz?"<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 43/24" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Asylpolitik im Endstadium**
Die Uhr tickt
Dieter Stein
Groß war die Verwunderung bei jüngsten Wahlen über den hohen Anteil von Jungwählern bei der AfD. Einer der Gründe? Insbesondere junge Leute bekommen in den Städten kaum noch bezahlbare Wohnungen. Parallel geht der Neubau dramatisch zurück, wird der Immobilienmarkt erdrosselt von immer groteskeren bürokratischen Auflagen.
Zusätzlich strömen ungebremst auf dem Asylticket täglich Tausende Menschen nach Deutschland, die auf Knopfdruck Sozialleistungen und Unterkünfte erhalten. Während Einheimische zu Hunderten bei Wohnungsbesichtigungen warten, werden vor ihrer Nase neue Unterkünfte für Migranten aus dem Boden gestampft.
In Berlin sorgte gerade für Schlagzeilen, wie ein riesiger Hotelkomplex mit 473 Zimmern im Bezirk Lichtenberg für 1.200 Migranten für 143 Millionen Euro umgebaut werden soll. Fas-

sungslos stehen Anwohner daneben und können es nicht begreifen, was sich abspielt. Auch Nobellagen, wo sich Politiker, Unternehmer, etablierte Medienschaffende gern abschotten, werden erreicht. Am Starnberger See wird in Seeshaupt auf einem sechs Millionen Euro teuren "Filetgrundstück" (so örtliche Gemeinderäte) ein Wohngebäude für 100 Asylanten errichtet.
Ohne ein Umdenken der SPD wird es keine Mehrheiten jenseits der AfD für eine Asylwende geben.
In einem Interview hißt der SPD-Innensenator von Bremen, Ulrich Mäurer, die weiße Flagge. Der Stadtstaat, hochverschuldet dank jahrzehntelanger politischer Mißwirtschaft, bei allen Indikatoren Schlußlicht der Bundesrepublik, sei "völlig überfordert mit der Aufnahme so vieler Menschen". Mäurer macht die "massive Zuwanderung" für die Wohnungsnot verantwortlich. Mäurer will nun eine Kehrtwende in der Asylpolitik, fordert - obwohl Bremen bislang die niedrigste Abschiebequote hat - Rückführungen auch nach Syrien und Afghanistan. "Wenn man die Probleme nicht löst", so der Sozialdemokrat gegenüber dem Weser Kurier, müsse man sich nicht wundern, wenn sich "immer mehr Menschen von unserem demokratischen Gemeinwesen abwenden".
Ohne ein Umdenken der SPD wird es schwer parlamentarische Mehrheiten jenseits der AfD für eine Migrationswende geben. Dies geschieht nur unter dem Druck der Wählerflucht, dem Entzug von Abgeordnetenmandaten, personellen und finanziellen Ressourcen für etablierte Parteien.
In Polen hat die von Linken bejubelte Regierung Tusk jetzt verkündet, sogar das Recht auf Asyl auszusetzen, um Migranten, die über Weißrußland geschleust werden, sofort zurückweisen zu können. Um Deutschland schwenkt ein Land nach dem anderen auf einen Kurs der Vernunft ein. Die jüngste Entscheidung des EuGH, die ein pauschales Asylrecht von afghanischen Frauen nahelegt, zeigt, vor welcher Lawine neuer Migration wir stehen. Die Uhr tickt.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 43/24" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Freiheit in Gefahr**
Meldestellen: "Trusted Flagger" agieren als private Zensurbehörden
Ralf Höcker
Man kann mißtrauisch werden, wenn ausgerechnet eine links-grüne Bundesregierung staatliche Aufgaben privatisiert. Denn normalerweise läuft es andersherum. Nicht so im Falle der ""Trusted Flagger"", denen die Ampel jetzt ganz enorme staatliche Macht als private Zensurbehörden verliehen hat - natürlich nur wenn sie "trusted", also vertrauenswürdig, sind.
Worum geht es? Die Bundesnetzagentur hat mit den "Trusted Flaggern" eine neue private Instanz geschaffen, die die Sozialen Medien überwachen sollen. Solche "vertrauenswürdigen Hinweisgeber" sollen Plattformen wie Youtube und X auf bestimmte Inhalte hinweisen, die diese dann bevorzugt löschen müssen. Gemeint sind ausdrücklich auch Inhalte, unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. Ein Leitfaden der Bundesnetzagentur definiert diese Inhalte und es lohnt sich, diesen genauer unter die Lupe zu nehmen.
Zu den im Leitfaden genannten unzulässigen Inhalten zählen neben nachvollziehbaren Kategorien wie terroristischer Propaganda und Kinderpornographie auch linke Kampfbegriffe wie "Haßrede" und "Diskriminierung" sowie Äußerungen, die "negative Auswirkungen auf den zivilen Diskurs oder Wahlen" haben könnten.
Die Auflistung ist nicht abschließend, sondern umfaßt auch - so wörtlich - "andere" Äußerungen. Es ist offensichtlich, daß diese "Definitionen" äußerst vage sind und das Potential haben, zur Zensur legitimer Meinungen zu führen.
"Haßrede" ist kein rechtlich relevantes Kriterium, sondern ein inhaltlich beliebig aufladbarer linker Kampfbegriff. Denn Haß ist ein legitimes menschliches Gefühl und kann als Motiv ei-

ner Äußerung nicht automatisch zu deren Unzulässigkeit führen. Die Begriffe "Haßrede" und "Diskriminierung" sind im übrigen nicht nur schwer zu definieren, sondern unterliegen auch einem ständigen Wandel in der gesellschaftlichen Wahrnehmung. Was heute als Haßrede gilt, kann morgen bereits als gesellschaftlich akzeptierte Meinungsäußerung angesehen werden.
Dies schafft einen gefährlichen Spielraum für willkürliche Entscheidungen und wird dazu führen, daß kritische Stimmen aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen werden. In einer Demokratie ist es jedoch von entscheidender Bedeutung, daß auch unbequeme und sogar haßerfüllte Meinungen Gehör finden, solange sie keine Strafgesetze verletzen.
Die maximal offene Formulierung "negative Auswirkungen auf den zivilen Diskurs oder Wahlen" ist besonders problematisch. Wer entscheidet eigentlich darüber, welche Äußerungen negative Auswirkungen haben? Demnächst sind es faktisch die "Trusted Flagger". In einer stark polarisierten Gesellschaft, in der der öffentliche Diskurs oft hitzig geführt wird, kann und wird diese Fallgruppe dazu verwendet werden, unliebsame Meinungen zu unterdrücken und so das demokratische Fundament unserer Gesellschaft zu untergraben.
Ein weiterer kritischer Punkt ist die Uferlosigkeit des Leitfadens. Bereits zu Beginn der Liste wird darauf hingewiesen, daß sie keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Neben den genannten Kategorien gibt es ausdrücklich auch "andere" Inhalte, die als problematisch angesehen werden können.
Diese Formulierung öffnet Tür und Tor für eine Vielzahl von Interpretationen, gibt den "Trusted Flaggern" einen erheblichen Ermessensspielraum und läßt Raum für Mißbrauch. Die Möglichkeit, daß "Trusted Flagger" faktisch willkürlich entscheiden können, welche Inhalte gelöscht werden sollen, ist besorgniserregend. Insbesondere kleinere Plattformen könnten aus Angst vor negativen Konsequenzen vollkommen legale Inhalte löschen und so die Vielfalt der Meinungen im Netz gefährden.
Hinzu kommt: "Trusted Flagger" werden vermutlich vor allem Organisationen mit eigenen politischen Agenden oder Interessen sein. So handelt es sich gleich bei dem ersten zugelassenen "Trusted Flagger" REspect! um eine politische Vorfeldorganisation der Grünen. Dies wirft Fragen hinsichtlich der Neutralität und Objektivität auf: Können wir wirklich davon ausgehen, daß solche Organisationen im besten Interesse einer offenen Gesellschaft handeln? Es besteht natürlich die Gefahr, daß persönliche Überzeugungen in den Entscheidungsprozeß einfließen und somit eine Form von Zensur mit politischer Schlagseite entsteht.
Zudem ist zu erwarten, daß innerhalb der "Trusted Flagger" keine Binnenpluralität in dem Sinne existieren wird, daß von Sympathisanten der AfD bis zur Linken alle relevanten Parteien ihre jeweils "eigenen" "Trusted Flagger-Organisationen" erhalten werden. Man muß kein Verschwörungstheoretiker und kein Hellseher sein, um zu erahnen, daß gewisse Flagger eben nicht das Prädikat "trusted" erhalten sollten.
In einer Zeit des zunehmenden politischen Extremismus und der Polarisierung ist es wichtiger denn je, daß wir einen offenen Dialog fördern - auch wenn dieser Dialog unbequem sein kann. Der Ansatz der Bundesnetzagentur wird voraussichtlich genau das Gegenteil bewirken: Statt einen Raum für Diskussionen zu schaffen, wird er durch Überregulierung dazu führen, daß Menschen sich zurückziehen und ihre Meinung nicht mehr äußern.
Wir brauchen weder staatliche noch private Zensurbehörden. Die nächste Bundesregierung ist aufgerufen, in der EU eine Abkehr vom Prinzip der "Trusted Flagger" durchzusetzen. Mindestens muß die Liste unzulässiger Meinungsäußerungen massiv eingeschränkt werden. Unjuristische und schwammige Kriterien wie "Haßrede", "Diskriminierung", "Negative Auswirkungen auf den zivilen Diskurs oder Wahlen" oder gar "andere" haben darin absolut nichts zu suchen. Es genügt vollkommen, strafbare Meinungsäußerungen aus dem Netz zu entfernen.
Wir stehen an einem kritischen Punkt in unserer digitalen Geschichte. Wir müssen nun gemeinsam dafür kämpfen, daß das Internet ein Ort bleibt, an dem unterschiedliche Meinungen

gehört werden können - ohne Angst vor Zensur und Repression.
Prof. Dr. Ralf Höcker LL.M. ist Honorarprofessor an der Cologne Business School für Medienrecht und Anwalt für Medienrecht.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 43/24" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Schutzleute besser schützen**
Gewalt gegen Einsatzkräfte: Die Angriffe auf Polizisten und Feuerwehrleute nehmen zu / Besonders eine Gruppe reagiert immer aggressiver
Henning Hoffgaard
Die Zahl der Angriffe auf Polizisten hat im vergangenen Jahr ein neues Rekordhoch erreicht. Insgesamt stieg die Zahl der Gewalttaten um acht Prozent auf 46.218 Fälle. Die Zahl der Opfer nahm um zehn Prozent auf mehr als 105.000 zu. Zu 84,5 Prozent ging es bei den Gewalttaten um tätliche Angriffe und Widerstandshandlungen, teilte das Bundeskriminalamt zu Wochenbeginn mit.
Die Zahl der Tatverdächtigen stieg von rund 36.500 auf 38.830. Dabei kletterte vor allem die Zahl der ausländischen Tatverdächtigen auf ein neues Rekordhoch. Während die Zahl der deutschen Tatverdächtigen um 0,7 Prozent höher lag als noch 2022, waren es bei Ausländern fast 18 Prozent mehr. Besonders hoch fallen die Zuwächse dabei bei der Gruppe der Asylzuwanderer aus, die unter anderem Asylbewerber, anerkannte Flüchtlinge, illegale Migranten, Geduldete und Kontingentflüchtlinge umfaßt.
Hier registrierten die Behörden einen Anstieg der Tatverdächtigen um fast 25 Prozent. Sie stellen damit 11,1 Prozent aller mutmaßlichen Polizisten-Angreifer. Die meisten Tatverdächtigen waren zudem männlich (83,6 Prozent), über 25 Jahre alt (73,0 Prozent), allein handelnd (95,1 Prozent), polizeibekannt (75,3 Prozent) und standen unter Alkoholeinfluß (50,2 Prozent). Neben den Zahlen der Angriffe auf Polizeibeamte stellte das Bundeskriminalamt auch die Statistik zur Gewalt gegen Rettungskräfte und die Feuerwehr vor. Bei der Feuerwehr kam es zu 637 Angriffen (plus 5,7 Prozent) mit etwa 1.100 Opfern, bei den Rettungsdiensten zu mehr als 2.000 Gewalttaten mit 2.900 Opfern.
"Straftaten durch nichts zu rechtfertigen"
Am stärksten gestiegen sind die Fallzahlen in Bremen. Auch die beiden anderen Stadtstaaten Hamburg und Berlin führen bei der Zahl der registrierten Gewalttaten gegen Polizisten die Statistik an. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zeigte sich schockiert über die Zahlen. "Im vergangenen Jahr sind jeden Tag durchschnittlich 290 Polizistinnen und Polizisten Opfer von Gewalt geworden. Auch die Attacken auf Feuerwehrleute und Rettungskräfte sind weiter gestiegen." Es sei erschreckend, "mit welchem Haß und mit welcher Gewalt Einsatzkräfte umgehen müssen", sagte die SPD-Politikerin am Montag.
"Diese Straftaten sind durch nichts zu rechtfertigen und müssen harte strafrechtliche Konsequenzen haben." Die Innenministerin verwies darauf, daß die Bundesregierung "Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht" habe, "damit die Bundespolizei Taser rechtssicher einsetzen kann, um gefährliche Täter zu stoppen und die Einsatzkräfte selbst zu schützen". Zudem werde das Strafrecht verschärft, "um Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten zu schützen, die in gefährliche Hinterhalte gelockt werden", kündigte Faeser an.
Deutlich schärfer äußerte sich der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt: "Die Statistik des Bundeskriminalamts ist ein jährlicher Bericht der Schande für unseren scheinbar völlig wehrlosen Staat, der nicht bereit ist, seine eigenen Beschäftigten wirksam zu schützen. Über den Vertrauensverlust der Politik bei der Bevölkerung darf sich niemand wundern."
Statt dessen würden "Einsatzkräfte mit irgendwelchen dümmlichen Studien belästigt, die von sogenannten Polizeiwissenschaftlern erstellt werden, die daraus mittlerweile ein lukratives Geschäftsmodell gemacht haben", meinte der Standesvertreter mit Blick auf den jüngst veröf-

fentlichten Abschlußbericht der sogenannten Polizeistudie.
Das wirkliche Problem in Deutschland seien "gewaltbereite Schläger und Mörder, die sich hemmungslos auf die Einsatzkräfte stürzen, sie verletzen oder töten und im Anschluß immer wieder auf milde Justiz und Politik hoffen dürfen", kritisierte der Polizeigewerkschafter.
Die Polizei brauche "moderne Technik, damit Gewalttätern die Tat nachgewiesen werden kann, damit sie auch verurteilt werden können, und eine Justiz, die diese Leute auch für ein paar Jahre hinter Gitter schickt", forderte Wendt. Auch die Strafmündigkeitsgrenze müsse von 14 auf 12 Jahre abgesenkt werden. Mindestens genauso wichtig sei "die zwingende Kombination von Strafverfahren und Ausweisungsbemühungen schon während der Anklage". Wer keine deutsche Staatsbürgerschaft besitze "und öffentlich Beschäftigte angreift und verletzt, muß wissen, daß er unser Land auf jeden Fall verlassen wird".<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 43/24" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Die Realität hinter "Wir schaffen das"**
Kriminalität: Der Anteil ausländischer Tatverdächtiger ist enorm gestiegen / JUNGE FREIHEIT mit exklusiven Zahlen
Gregor Hierholzer
Einen Zusammenhang von Einwanderung und Kriminalität herzustellen galt lange als Verschwörungstheorie. Das hat sich angesichts veröffentlichter Statistiken, beispielsweise des Bundeskriminalamts, längst geändert. Die Entwicklung insbesondere in den vergangenen neun bis zehn Jahren wird mittlerweile sogar links der politischen Mitte nicht mehr vollständig geleugnet.
Ein Blick auf die Details ist dennoch - oder gerade deswegen - immer wieder erhellend. Der Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner (AfD) hat jüngst wieder beim Bundesinnenministerium die Kriminalitätsentwicklung für den längeren Zeitraum der Jahre 2000 bis 2023 abgefragt und die polizeilich erfaßten Straftaten nach deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit der Tatverdächtigen differenzieren lassen.
Wie aus der umfangreichen Antwort, die der JUNGEN FREIHEIT vorliegt, hervorgeht, waren im Jahr 2000 noch 25,8 Prozent der insgesamt 6,26 Millionen Tatverdächtigen keine Deutschen. Dieser Anteil hat sich zunächst kaum verändert (2014 lag er bei 28,7 Prozent). In Angela Merkels "Wir schaffen das Jahr 2015" stieg der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen bei insgesamt 6,3 Millionen Straftaten um satte 10 Prozentpunkte auf 38,5 Prozent.
Seit jenem Jahr ist der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen nicht mehr unter 33,7 Prozent gesunken. Im vergangenen Jahr lag der Anteil bei 41,1 Prozent - eine Steigerung seit dem Jahr 2000 um 56,7 Prozent. Da übersieht man leicht den durchaus erfreulichen Umstand, daß die Gesamtzahl der erfaßten Fälle seit 2017 nicht mehr die Sechs-Millionen-Grenze überschritten hat.
Bei den in den Bundesländern erfaßten Gewalttaten ist der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen von 27,3 Prozent im Jahr 2000 auf 41,5 Prozent im vergangenen Jahr angestiegen. 2015 überschritt der Anteil mit 33,2 Prozent erstmals die 30-Prozent-Marke und 2023 sogar die 40-Prozent-Marke. Am niedrigsten war der Anteil von Nichtdeutschen an den tatverdächtigen Gewalttätern in den Jahren 2008 und 2009 mit 23,5 Prozent. Seit 2000 beträgt die Zunahme 64,3 Prozent. Dabei war 2014 mit 180.955 Fällen das Jahr mit den wenigsten Gewaltdelikten. Im vergangenen Jahr erreichten die Gewaltdelikte mit 214.099 Fällen fast wieder das Höchstniveau von 2007 (217.923 Fälle).
Die Zahl der vorsätzlichen Tötungsdelikte (Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen) wird seit 2013 gesondert erfaßt und bewegt sich zwischen 2.111 und 2.471 Fällen im Jahr.
Hier ist der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen von 29,3 Prozent im Jahr 2013 auf den Höchststand im Jahr 2023 mit 43,8 Prozent gestiegen. Das bedeutet eine Zunahme um 59,2 Prozent.

Bei den Sexualstraftaten (Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff in besonders schweren Fällen) ist die Zahl der Delikte im Zeitraum von 2000 bis 2016 auf einem gleichbleibenden Niveau von knapp 7.300 bis etwas über 8.800 Fällen geblieben.
In der Folgezeit stiegen die Fälle von 2017 (11.282 Fälle) bis zum Höchststand im vergangenen Jahr mit 12.186 Fällen deutlich an. Der Anteil nichtdeutscher Straftäter lag anfangs bereits bei beachtlichen 32,4 Prozent, hat seine niedrigsten Werte 2009 und 2013 mit 28,0 Prozent und lag 2023 bei 37,2 Prozent. In diesem Bereich gibt es allerdings sowohl bei Deutschen als auch bei Ausländern ein besonders großes Dunkelfeld, weil innenfamiliäre Übergriffe oft aus Scham oder um den Täter zu schützen, gar nicht erst gemeldet werden.
Ins Jahr 2015 fallen die Übergriffe auf der Kölner Domplatte, wo mehr als tausend junge Männer aus Afrika und dem arabischen Raum 1.054 Strafanzeigen verursachten, zwei Drittel davon wegen sexueller Belästigung. Da die Polizei aber nur von 71 Personen Personalien feststellen konnte, fällt dies in der polizeilichen Kriminalstatistik hinsichtlich der Tatverdächtigen nicht ins Gewicht: "Nur" 7.022 Fälle und "nur" 33,1 Prozent nichtdeutsche Tatverdächtige im Jahr 2015.

"Bundesregierung ignoriert das Problem gänzlich"

Bei den Raubdelikten gibt es insgesamt eine Abnahme der Fallzahlen von 57.108 Fällen im Jahr 2001 auf 44.857 Fälle im vergangenen Jahr. Der Höchststand lag im Jahr 2003 mit 59.782 Fällen (30,3 Prozent nichtdeutsche Tatverdächtige), der niedrigste Stand im Corona-Jahr 2021 mit 30.125 Fällen (40,4 Prozent nichtdeutsche Tatverdächtige).
Allerdings liegt der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen seit 2016 nahezu durchgängig bei über 40 Prozent.
Im Deliktfeld gefährliche und schwere Körperverletzung ist der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen von 2000 bis 2023 um satte 82,1 Prozent gestiegen. Den niedrigsten Anteil an den Taten hatte diese Gruppe im Jahr 2009 mit "nur" 22,6 Prozent. Doch seitdem stieg der Anteil auf bis zu 41,2 Prozent im Jahr 2023 an. Auch an diesem Punkt muß von einem vorläufigen Höchststand gesprochen werden. Bei den Gesamtzahlen der Fälle bot das Jahr 2000 mit 116.912 Fällen auch den niedrigsten Wert, 2023 hingegen mit 154.541 Fällen fast den Höchstwert. Nur 2007 lag die Gesamtzahl um 308 Fälle höher.
Bei den leichten vorsätzlichen Körperverletzungsdelikten hat der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger mit 34,6 Prozent im vergangenen Jahr einen Höchstwert erreicht. Dieser Deliktsbereich allerdings hat auch insgesamt eine traurige Entwicklung genommen. Waren im Jahr 2000 noch 261.894 Fälle registriert worden, so hat sich die Zahl der Fälle sukzessive bis auf 429.157 Fälle im Jahr 2023 gesteigert. Bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen liegt der Anstieg laut Bundesinnenministerium bei sage und schreibe 157,5 Prozent.
Im Deliktsbereich Bedrohung liegt der Anstieg der nichtdeutschen Tatverdächtigen im selben Zeitraum sogar bei 190,5 Prozent. Waren es noch im Jahr 2000 etwas über 17.000 nichtdeutsche Tatverdächtige, listen die Landespolizeien 2023 fast 50.000 Personen in dieser Gruppe auf. Die Zahl aller Fälle hat sich mehr als verdoppelt und hat 2023 mit 185.029 ebenfalls einen vorläufigen Höchststand erreicht.
In der Rubrik Straßenkriminalität werden Delikte wie sexuelle Belästigung, Taschendiebstahl, Raubüberfälle oder Sachbeschädigung im öffentlichen Raum erfaßt. In diesem Feld sind die Deliktszahlen gesunken. Lagen sie zwischen 2000 und 2016 noch zwischen 1,79 Millionen und 1,31 Millionen Fällen, so ist dieser Bereich seit 2018 stets unter 1,2 Millionen Fälle geblieben. Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger lag 2000 bis 2012 zwischen 18,3 und 21,3 Prozent. Seither ist der Anteil dieser Tatverdächtigengruppen auf bis zu 37,4 Prozent angestiegen. Auch hier: 2023 verzeichnet den vorläufigen Höchststand.
Die Zahl der Diebstähle hat zwischen 2000 und 2023 von 3 Millionen Fälle auf nur noch 1,97 Millionen Fälle deutlich abgenommen. Betrachtet man nur die Zahl der nichtdeutschen Tat-

verdächtigen total, so könnte man von einer Zunahme nur von 19,8 Prozent ausgehen. Da die Fallzahlen aber deutlich gesunken sind, sind diese Zahlen zueinander in ein Verhältnis zu setzen, so daß der prozentuale Anteil der Ausländer am Gesamtgeschehen von 21,8 Prozent im Jahr 2000 auf 44,1 Prozent im Jahr 2023 drastisch gestiegen ist. Bei den Ladendiebstählen markiert das Jahr 2023 ebenfalls mit 47,2 Prozent eine Rekordmarke. Ausgehend von 22,5 Prozent im Jahr 2000 ist das mehr als eine Verdoppelung, wobei die Fallzahlen stark schwanken.
Im Deliktsfeld Wohnungseinbrüche haben sich die Gesamtzahlen von 2000 bis 2023 etwa halbiert, wobei der Rückgang dieser Delikte schon vor Corona zu erkennen war. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen ist allerdings von 22,5 Prozent im Jahr 2000 auf 42,9 Prozent im vergangenen Jahr gestiegen. Seit 2015 ist der Anteil nicht mehr unter 36,5 Prozent gefallen.
Bei den Diebstählen aus Kraftfahrzeugen waren die Fallzahlen zwischen 2000 und 2007 mit 461.500 bis 350.000 Fällen relativ hoch und haben seither nicht mehr die Zahl von 350.000 Fällen überschritten. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen hat allerdings von 28,5 Prozent (2000) auf 47,6 Prozent (Höchststand) im vergangenen Jahr deutlich angezogen. Bei Taschendiebstählen war der Ausländeranteil immer schon hoch und lag nie unter 50 Prozent. Gleichwohl ist der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen noch einmal rasant auf 73,4 Prozent im Jahr 2023 gestiegen. Den Höchststand erreichte der Anteil unmittelbar nach der Migrationswelle 2015: Im Jahr 2016 lag er bei satten 75,8 Prozent.
Bei den Betrugsdelikten hat der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen beginnend ab dem Jahr 2000 im Vorjahr ebenfalls einen Rekordwert erreicht: 40,0 Prozent der Tatverdächtigen besitzen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Im Jahr 2000 waren es noch "beschauliche" 19,2 Prozent (niedrigster Wert). In diesem Deliktsbereich ist die Steigerung nahezu kontinuierlich.
Der Abgeordnete Stephan Brandner, der die Kleine Anfrage für seine Fraktion eingereicht hat, konstatiert ein "schockierendes Ausmaß der Ausländerkriminalität". Insbesondere der sprunghafte Anstieg nach 2015 sei ein "Zeichen einer völlig fehlgeleiteten Politik der offenen Grenzen, verantwortet durch CDU/CSU und die Ampelkoalition, die diesen völlig falschen Kurs fortsetzt", so der Politiker gegenüber der JUNGEN FREIHEIT. Er verweist zudem darauf, daß die Polizei Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit ausschließlich als deutsche Tatverdächtige erfasse.
"Die Bundesregierung ignoriert das Problem gänzlich oder sieht sich nicht in der Lage, dem Ausmaß an importierter Gewaltbereitschaft etwas entgegenzusetzen", interpretiert Brandner die Lage. Dabei müsse gelten: "Wer sich als Ausländer nicht an unsere Regeln und Gesetze hält und straffällig wird, der hat in unserem Land nichts zu suchen." Es sei Aufgabe eines Rechtsstaates, dem einen Riegel vorzuschieben. "Mit einer Kuscheljustiz werden wir dies jedenfalls nicht erreichen", ist sich der Jurist und Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion sicher.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 43/24" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Rückkehr des Blockwarts**
"Trusted Flagger": Die Bundesnetzagentur vergibt im Auftrag der EU neue Titel an alte Internetzensoren. Diese Meldestellen sollen auch Meinungen "unterhalb der Strafbarkeitsgrenze" entfernen
Mathias Pellack
Soziale Medien ähneln zunehmend Nervenheilanstalten. Man findet dort Menschen mit allen erdenklichen Ansichten und Geisteszuständen, selten Heilung, immer aber einige Aufseher. Jüngst ernannte Klaus Müller, Chef der Bundesnetzagentur (BNetzA) einen ersten "Trusted Flagger" - einen Aufseher, der über die Einhaltung der von der Regierung gewünschten Re-

geln in den Sozialen Medien wachen soll. REspect nennt sich die seit 2017 aktive Meldestelle, die jetzt im Zuge der Umsetzung des EU-Digital Services Act (DSA) in Deutschland im Rang unter den bereits seit einiger Zeit aktiven Internetzensoren hervorgehoben wurde (siehe Kasten).

Kommentare sind ätzend oder häßlich, aber nicht strafbar

"Trusted Flagger" oder zu deutsch: "vertrauenswürdige Melder" sollen Online-Plattformen wie Facebook, Twitter, Instagram und Co dabei unterstützen, "Illegale Inhalte, Haß und Fake News" effizienter zu identifizieren und zu entfernen - so wirbt zumindest der, Klaus Müller, Chef der BNetzA für die neue Kompetenz seiner Behörde.

Während die Bundesregierung dies als wichtigen Schritt zur Stärkung der Sicherheit im digitalen Raum sieht, äußern Datenschützer und Bürgerrechtsorganisationen scharfe Bedenken hinsichtlich möglicher Überwachung und Einschränkung der Meinungsfreiheit. Laut Umfragen haben ohnehin schon mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland das Gefühl, ihre Meinung nicht mehr frei äußern zu können.

Der EU Digital Services Act (DSA), der seit November 2022 in Kraft ist, sieht vor, daß Organisationen mit "ausgewiesener Expertise" als "Trusted Flaggers" benannt werden müssen. Die konkreten Bedingungen für diese Expertise werden nicht benannt. Diese Meldestellen erhalten einen bevorzugten Zugang zu polizeilichen Verfahren. Und Plattformbetreiber sollen deren Hinweise prioritär behandeln.

Die neuen Titel vergibt die grün geführte weisungsgebundene BNetzA im Auftrag des grün geführten Bundeswirtschaftsministeriums. Die unzureichende Unabhängigkeit der Bundesoberbehörde vom Wirtschaftsministerium hatte der Europäische Gerichtshof schon als "nicht ordnungsgemäß" kritisiert. Die seit 2017 aktive Meldestelle REspect! hatte sich als erste um den Titel beworden. Sie gehört der Jugendstiftung Baden-Württemberg, die Teil des Demokratiezentrums Baden-Württemberg ist, das wiederum vom Sozialministerium des Bundeslandes finanziert wird.

Die Meldestelle will eine "zentrale Anlaufstelle für die Meldung von Haßrede und strafbaren Inhalten im Internet" sein und arbeitet eng mit Behörden und den sozialen Netzwerken zusammen. "Haß und Hetze" sind aber Inhalte, die in den meisten Fällen nicht strafbar, sondern nur unangenehm, häßlich oder dumm sind.

Schärfer bewertet es der Verfassungsrechtler Josef Franz Lindner: "Trusted Flagger sollen auch solche Meinungen melden, die eine 'negative Wirkung auf den zivilen Diskurs' haben", zitiert er aus einem Leitfaden der BNetzA. Lindner urteilt: "Darunter kann man jede mißliebige Äußerung fassen. Das ist kraß rechtswidrig und der Einstieg in ein staatliches Zensursystem." Lindner weist darauf hin, daß die Zahl dieser staatlich begünstigten Meldestellen nicht begrenzt wurde.

In Konkurrenz um staatliche Gelder suchen diese heute schon selbstständig nach sperrbaren Inhalten. In jedem Fall erlangen staatliche Behörden wie die Polizei und Landesmedienanstalten so an große Datenmengen. "Trusted Flagger" leiten die Löschanfragen, die sie den Sozialen Medien stellen, vorab dem Bundes-kriminalamt (BKA) zu - abermals weisungsgebundenen Beamten.

Durch die Einführung der "Trusted Flagger" und die enge Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen erlangt der Staat weitere Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Online-Kommunikation. Behörden könnten indirekten Einfluß auf die Moderation von Inhalten nehmen und so die Meinungsfreiheit effektiv einschränken. Datenschützer und Bürgerrechtsorganisationen fordern daher umfassende Transparenz über die Beteiligung staatlicher Institutionen an den "Trusted Flaggern" und den ebenfalls neu staatlich anerkannten Streitbeilegungsstellen. Klare gesetzliche Regelungen und offene Kommunikation seitens der Meldestellen lassen bisher zu wünschen übrig.

Neue Streitbeilegungsstelle verschärft die Problematik nur

Der ebenfalls neu vergebene Titel einer staatlich anerkannten außergerichtlichen Streitbeilegungsstelle an die extra neu geschaffene "User Rights GmbH" verschärft die Fragwürdigkeit des Systems nur. Stammen deren Gründer doch ebenfalls aus dem Umfeld der Grünen und der SPD. Diese Stelle soll es ermöglichen, Konflikte mit Plattformbetreibern über die Entfernung oder Sperrung von Online-Inhalten zu klären, ohne den Rechtsweg beschreiten zu müssen. Ziel ist, eine schnellere und kostengünstigere Lösung bei Meinungsverschiedenheiten. Jedoch kann diese Instanz genau das Gegenteil bewirken.

Sprich: Nachdem eine Plattform vom Nutzer generierte Inhalte auf Druck des "Trusted Flaggers" gelöscht hat, kann dieser sich an eine Instanz wenden, die im Zweifelsfall den Schaden durch eine fälschliche Löschung noch hinauszögert. So erkennt etwa auch die linksliberale Wochenzeitung Die Zeit an: "Der Digital Services Act der EU hat Schwächen. Er zielt darauf, illegale Äußerungen rasch zu löschen, um die Opfer zu schützen." Der DSA setze "einige Anreize für ein sogenanntes Overblocking". Das führe dazu, daß die Unternehmen "eher ein bißchen zu viel als ein bißchen zu wenig zu löschen".

Die Bundesnetzagentur verteidigt die Einführung der "Trusted Flaggers" und der Streitbeilegungsstelle als notwendige Maßnahmen. Klaus Müller, Präsident der Netzagentur, erklärte: "Plattformen sind verpflichtet, auf Meldungen von Trusted Flaggern sofort zu reagieren. Illegale Inhalte, Haß und Fake News können sehr schnell und ohne bürokratische Hürde entfernt werden. Das hilft, das Internet sicherer zu machen." Der Verfassungsrechtler Volker Boehme-Neßler kritisiert das und warnt vor Eingriffen in die Meinungsfreiheit. "Die 'bürokratische Hürde' ist genau das, was die Meinungsfreiheit eigentlich schützen soll", betont er. Boehme-Neßler sieht in der Umgehung regulärer Verfahren die Gefahr, daß Inhalte vorschnell gelöscht werden könnten, ohne ausreichende rechtliche Prüfung.

Aktuell streben elf weitere Organisationen danach, "Trusted Flagger" zu werden. Unterdessen konnte die Bundesnetzagentur bisher keine Daten zur Effektivität von REspect! vorlegen. Insbesondere fehlen Informationen über die Anzahl und Art der gemeldeten Inhalte und der Verurteilungsquote.

Wie Insassen einer Nervenheilanstalt könnten die unliebsamen Nutzer bei kritischen Fragen vorschnell lobotomisiert, sprich ausgeschaltet werden. In den allermeisten Fällen ist die Behandlung auch unumkehrbar, da eine Richtigstellung erst nach monatelangem Prozeß durch die Strukturen geschehen könnte. Wer einen Namen zu verlieren hat, wird sich also von allem, was "Trusted Flagger" kritisch sehen könnten, fernhalten. Kritische Berichte mit journalistischem Charakter könnten dann nicht mehr korrigierend in den Prozeß der politischen Meinungsbildung eingreifen.

Meldestellen für "Haß und Hetze"

"REspect!"

Jüngst von der Bundesnetzagentur zum ersten "Trusted Flagger" ernannt, 2017 von der Jugendstiftung Baden-Württemberg gegründet, soll "Haß im Netz" bekämpfen". Leiter ist Ahmed Gaafar, der an der Muslimbruder-Unversität Al Azhar in Kairo studierte und dort Kontakte zum Hamas-Unterstützer Großscheich Ahmed Al-Tayyib hatte. REspect kooperierte wiederholt mit HateAid, der Amadeu-Antonio-Stiftung und den "Neuen deutschen Medienmachern". Das federführende Demokratiezentrum Baden-Württemberg erhielt: 1.550.640 Euro (2020); 2.093.075 Euro (2021); 2.198.003 Euro (2022); 2.547.528 Euro (2023); 2.497.528 Euro (2024) vom Förderprogramm "Demokratie leben!" des Bundesfamilienministeriums.

"HateAid"

Gegründet 2018 von Fearless Democracy in Hamburg zusammen mit dem Bundesjustizministerium, Campact und dem Insitute for Strategic Dialogue. HateAid finanziert die Klagen von Politikern wie Sawsan Chebli, Claudia Roth, Robert Habeck etc. gegen vermeintlichen "Haß"

im Netz. Gelder gibt es vom Bundesfamilienministerium (Demokratie leben!): 156.647 Euro (2021), 631.166 Euro (2022), 696.405 Euro (2023) und bis 2024 auch vom Bundesjustizministerium: 344.000 Euro (2021), 88.000 Euro (2022), 600.000 Euro (2023). Die Open Society: zahlte 150.000 US-Dollar für Campact 2021 "zur Stärkung von HateAid, das gegen Haßrede im Web vorgeht".

Meldestelle Antifeminismus

Bundesweite Meldestelle für "antifeministische Vorfälle" auch unter der sogenannten "Strafbarkeitsgrenze". Sie wurde am 1. Februar 2023 von der Amadeu-Antonio-Stiftung (AAS) ins Leben gerufen. "Wir erfassen Fälle, unabhängig davon, ob sie angezeigt wurden und unabhängig davon, ob sie einen Straftatbestand erfüllen."

HateShield

Im Fokus des Projektes der AAS stehen von digitaler Gewalt betroffene Gruppen "junger Mädchen, Angehörige von BIPoC und LGTBQIA*" in Niedersachsen. Gefördert durch das Land Niedersachsen. Die AAS hat eine Handreichung zum Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet veröffentlicht. Die Bundesregierung zahlte: 967.045 Euro (2017), 23.000 Euro (2018), 845.000 Euro (2019-20), 3.816.000 Euro (2021-2022); Die Open Society Stiftung gab: 515.075 US-Dollar (2019), 48.512 US-Dollar (2021); Von der EU kamen: 250.000 Euro (2020).

Die Landesmedienanstalten

Die Landesmedienanstalten der Bundesländer bieten -Beschwerdeformulare, um sogenannte "Haßrede" zu melden.

I-Report

Die umstrittene "Claim - Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit", zu der auch Muslimbruder-nahe Organisationen wie JUMA, Muslimische Jugend in Deutschland und Inssan e.V. gehören, unterhält seit 2020 das Meldeportal I-Report für sogenannten "antimuslimischen Rassismus". Claim ist Mitglied der "Neuen Deutschen Organisationen - das postmigrantische Netzwerk" (ndO), das im Rahmen von "Demokratie leben!", der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und der Integrationsbeauftragten des Bundes gefördert wird. -Gelder zu I-Report fließen außerdem von der Europäischen Union und der Stiftung Mercator.

Hessen gegen Hetze

Das Justizministerium Hessens richtete das Meldeportal am 16. Januar 2020 ein. Die Meldestelle zählte 2022 noch rund 8.000 Meldungen. Im Jahr 2023 verdreifachte sich diese Zahl auf über 25.603. Etwa jeder fünfte Vorgang (5.380) mit möglicher strafrechtlicher Relevanz wurde an die Behörden in Hessen oder die Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI) des BKA weitergeleitet.

Diese erachteten davon etwa 4.030 als tatsächlich strafrechtlich relevant. Unter den 1.450 hessischen Fällen konnten bis Ende Januar dieses Jahres 720 Tatverdächtige aus ganz Deutschland identifiziert werden. Gegen 80 Tatverdächtige seien Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Sieben rechtskräftige Urteile beziehungsweise Strafbefehle mit Verurteilungen zu Geldstrafen lägen vor. 3.232 Vorgänge seien der ZMI BKA weitergereicht worden.

Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet des BKA (ZMI)

Die ZMI des BKA wurde am 1. Februar 2022 gestartet. Das BKA bekämpft mit seinen Kooperationspartnern sogenannte "Haß und Hetze im Netz". Die Kooperationspartner wie "RE-spect", "Hessen gegen Hetze", "#Keine Macht dem Haß" der "Zentralstelle zur Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität in Hessen" (ZIT HE) oder die Initiative "Justiz und Medien - konsequent gegen Haß" der Bayerischen Staatsregierung arbeiten eng mit der ZMI BKA zusammen und leiten Ihre Meldungen an diese weiter.

Für den Zeitraum vom 1. Juni 2021 bis 29. Februar 2024 wurden der ZMI BKA von ihren Kooperationspartnern rund 20.900 Meldungen übermittelt. Abschließend bearbeitet worden

seien in diesem Zeitraum knapp 19.300 Meldungen. 16.036 davon (83 Prozent) seien als strafrechtlich relevant eingestuft worden. In rund 88 Prozent der Fälle habe die ZMI des BKA entweder eine örtlich zuständige Landesstrafverfolgungsbehörde (zirka 75 Prozent) oder einen möglichen Aufenthaltsort des mutmaßlichen Verfassers im Ausland (zirka 13 Prozent) feststellen können. (CMM)<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Masken-Prozesse bescheren Ministerium hohe Anwaltskosten**

Im Zusammenhang mit den Gerichtsverfahren um den Einkauf von Corona-Masken in der Amtszeit des damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat der Bund offenbar bereits mehr als 70 Millionen Euro für Anwaltskanzleien ausgegeben. Das berichtet das Wirtschaftsmagazin Capital (Onlineausgabe) unter Berufung auf einen aktuellen Bericht des Bundesgesundheitsministeriums an den Haushaltsausschuß des Bundestags.

Demnach summieren sich die Ausgaben für Rechtsberatung bis Juli 2024 auf rund 73 Millionen Euro. Laut dem Bericht an die Haushälter hat das Ministerium von Minister Karl Lauterbach (SPD) aktuell fünf Topkanzleien für die Masken-Verfahren vor dem Landgericht Bonn und dem Oberlandesgericht Köln mandatiert.

Nicht aufgelistet in dem Bericht an die Haushälter wird dem Bericht zufolge eine Kanzlei, die das Ministerium nach Informationen von Capital aktuell vor dem Bundesgerichtshof vertritt. Hierbei geht es um zwei Fälle, in denen das Ministerium diesen Sommer vor dem Kölner Oberlandesgericht gegen Masken-Lieferanten verloren hatte.

Aktuell sind am Landgericht Bonn noch rund 70 Masken-Verfahren anhängig. Hinzu kommt eine zweistellige Zahl an Verfahren in zweiter Instanz am Kölner Oberlandesgericht. Nach bisherigen Angaben des Gesundheitsministeriums beträgt der Streitwert in den noch laufenden Masken-Verfahren insgesamt 2,3 Milliarden Euro.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Wissler unterstützt AfD-Verbotsverfahren**

Die Linken-Vorsitzende Janine Wissler schließt sich der Gruppe der Bundestagsabgeordneten an, die ein Verbotsverfahren gegen die AfD fordern. "Die AfD ist eine im Kern faschistische Partei", sagte Wissler dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland". "Die wachsenden Stimmanteile der AfD sind eine wachsende Bedrohung für die Demokratie. Genau für solche Fälle ist die Möglichkeit eines Parteienverbots gedacht", so Wissler.

Die AfD werde nicht zufällig als "parlamentarischer Arm des Rechtsterrorismus" bezeichnet. "Sie bestärkt, vernetzt und legitimiert rechte Gewalttäter und beschäftigt sie in einigen Fällen sogar in ihren Parlamentsbüros." Weiter sagte sie: "Mit einem Verbot der AfD können der extremen Rechten Zugänge zu Öffentlichkeit und staatlicher Parteienfinanzierung genommen werden. Es wird Zeit, daß eine Partei, die ein Feind der Demokratie und von praktisch allem ist, was in den letzten Jahrzehnten an gesellschaftlichen Fortschritten erreicht wurde, nicht mehr mit Steuergeld gefüttert wird."

Darüber hinaus wäre ein Verbot der AfD ein Schlag gegen rechte Strukturen, so Wissler. "Es ist höchste Zeit, daß ein solches Verfahren beantragt wird." Ein AfD-Verbot müsse "von einer Politikwende begleitet" werden. "Wir brauchen eine praktische Politik des gesellschaftlichen Zusammenhalts und eine Politik, die gute Lebensbedingungen für alle ermöglicht."<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 43/24" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Überforderung Deutschlands**

Energieeffizienzgesetz: Spürbare Wohlstandseinbußen werden zum Wirtschaftsprogramm

Dirk Meyer

Die deutsche Gesellschaft und die Wirtschaft stehen vor massiven Herausforderungen. Sollen die damit einhergehenden Investitionen (etwa Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur) und konsumtiven Ausgaben (Pflegeversicherung; JF 42/24) nicht unser derzeitiges und ge-

wohntes Wohlstandsniveau stark beeinträchtigen, bräuchte es ein erhebliches, aber völlig unrealistisches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), um den notwendigen "Zusatzkuchen" bereitzustellen.
Die prognostizierten Zusatzausgaben pro Jahr sind gigantisch: der energetische Umbau/Klimaziele (218,3 Milliarden Euro), wachsende Ansprüche an die Sozialhaushalte (63 Milliarden Euro), Sanierung der Infrastruktur (38,2 Milliarden Euro), Migration (37,2 Milliarden Euro), "Kriegstüchtigkeit" (28 Milliarden Euro), Digitalisierung (15,5 Milliarden Euro). Das summiert sich auf insgesamt 400 Milliarden Euro entsprechend einem notwendigen Wachstum von 9,5 Prozent pro Jahr. Demgegenüber beträgt die langfristige Wachstumsrate, das sogenannte Potentialwachstum, gerade einmal 0,5 Prozent. Das etwa Zwanzigfache wäre notwendig, wenn es nicht zu Wohlstandseinbußen kommen soll.

Klima-Planwirtschaft: Warum günstig, wenn es auch teuer geht

Doch eine gegenteilige Entwicklung droht. So fällt unser Industriestandort strukturell immer mehr zurück. Nach der Studie "Transformationspfade für das Industrieland Deutschland" der Boston Consulting Group (BCG) und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag des Industrieverbands BDI liegen zwei Drittel der wichtigsten Standortindikatoren (etwa Infrastruktur, Steuern, Lohn- und Energiekosten) hinter denen der Wettbewerber im Ausland. Mit der Folge, daß etwa ein Fünftel der deutschen Industriewertschöpfung mittelfristig gefährdet ist - aktuelle Beispiele sind VW und Thyssen-Stahl.
Vor allem hohe Energiekosten und schrumpfende Märkte für bisherige deutsche Kerntechnologien (Verbrennerverbot) belasten- alles politisch mit verursacht. Die BDI-Studie rechnet einen Investitionsbedarf in der deutschen Industrie für die "grüne" Transformation von 1,43 Billionen Euro allein bis 2030 vor.
Einen gewichtigen Anteil dieser Zusatzlast hat das Klimaziel. Obwohl Deutschland nur für 1,8 Prozent der weltweit menschengemachten CO2-Emissionen verantwortlich ist, wird auf die bereits hohen EU-Vorgaben noch draufgesattelt. Zudem wurde auf die Nutzung der CO2-freien, aber risikobehafteten Kernkraft in kurzer Anpassungsfrist verzichtet. Dafür wird nun Atom- und Kohlestrom als Ersatz importiert. Doch wenn schon staatliche Zielvorgaben, dann sollten sie widerspruchsfrei erreichbar sein (Effektivität), und das zu geringst möglichen Kosten (Effizienz).
Das Energieeffizienzgesetz (EnEfG) von November 2023, das die EU-Energieeffizienzrichtlinie 2023/1791 (EED) in deutsches Recht umsetzt, ist jedoch ein Paradebeispiel dafür, wie man es nicht machen sollte (JF 25/23). Im Gegensatz zum Gebäudeenergiegesetz ("Heizungshammer") hat das EnEfG in der breiten Öffentlichkeit keine große Resonanz gefunden, da es primär energieintensive Firmen der Privatwirtschaft sowie den öffentlichen Sektor selbst betrifft. Doch die Folgen werden uns sehr teuer kommen.
Anders als der Name suggeriert, geht es beim EnEfG vorrangig um die Deckelung und Rückführung des gesamten Energieverbrauchs des Landes - also nicht um eine gesteigerte Energieeffizienz: praktisch ein Etikettenschwindel. Gerechnet auf den Zeitraum 2008 bis 2030 soll der Endenergieverbrauch Deutschlands mindestens um 26,5 und der Primärenergieverbrauch um 39,3 Prozent sinken. Wirtschaftswachstum, eine zusätzliche Produktion, legt zwar einen höheren Energieverbrauch nahe. Allerdings ermöglicht der technologische Fortschritt, entsprechende Anreize vorausgesetzt, daß die Produktion energieeffizienter erfolgt.
Dann kann das gleiche BIP, der Wert der volkswirtschaftlichen Güterproduktion, mit weniger Energie erstellt werden. Ist der Anstieg der Energieproduktivität (BIP pro Energieeinheit) auch noch höher als das Wirtschaftswachstum, wird trotz der Mehrproduktion absolut weniger Energie verbraucht.
Das ist wünschenswert, werden doch gleich vier Fliegen mit einer Klappe erschlagen: Teure Energie wird eingespart (Kostensenkung), die Umwelt geschont, bei einer Umstellung auf

regenerierbare Energien auch noch der CO2-Ausstoß vermieden und letztlich durch Wirtschaftswachstum eine Zusatzproduktion zur Verteilung bereitgestellt. Doch eine reine Vorgabe zur Energieeinsparung, wie sie das EnEfG vorgibt, garantiert nicht einmal eine CO2-Minderung, wenn die Akteure verstärkt fossile Energien nutzen.

Wirtschaftliche Schrumpfung von jährlich 2,1 Prozent?

Gelingen kann das nur durch eine international abgesprochene und entsprechend hohe CO2-Lenkungssteuer. Sie würde fossile Energieträger verteuern, diese einsparen helfen, deren Ersatz durch regenerative Energien befördern und den technologischen Fortschritt in diese Richtung lenken. Marktwirtschaftliche Mechanismen führen zu diesen erwünschten Ergebnissen auf der Grundlage von Technologieoffenheit. Wobei der Staat den CO2-Steuersatz als Lenkungsinstrument "richtig" im Sinne der Zielvorgabe setzen muß.

Doch wie sähe die Zukunft einer Klima-Planwirtschaft nach den Vorgaben des EnEfG aus? Preisbereinigt stieg das BIP zwischen 2008 und 2021 um 13 Prozent, während der Energieverbrauch um fünf Prozent sank.

Rechnerisch ergibt dies einen Anstieg der Energieeffizienz von 1,4 Prozent pro Jahr. Bei einer prognostizierten durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate bis 2030 von 1,2 Prozent und gleichbleibenden Fortschritten in der Steigerung der Energieeffizienz - so Berechnungen des Ifo-Instituts, würde der Energieverbrauch bis 2030 nur um 2,5 Prozent fallen. Das EnEfG fordert jedoch 22 Prozent, also fast die neunfache Einsparung.

Die Pointe: Wollte die Politik ihr Einsparziel unter diesen Vorgaben mit regulatorischen Eingriffen (Verbote/Gebote) erreichen, so müßte das BIP um 14 Prozent zurückgehen. Dies entspricht einer Schrumpfung von jährlich 2,1 Prozent. Eine Gegenüberstellung mit den eingangs genannten Wachstumsanforderungen von 9,5 Prozent jährlich, um zumindest das jetzige Wohlstands-/Konsumniveau unter den wohlstandszehrenden Zusatzlasten der gesellschaftlichen Herausforderungen zu sichern, zeigt den Realitätsverlust der Politik. Kann das bei gleichzeitigem Festhalten an obrigkeitsstaatlicher Bevormundung ein Erfolgsrezept sein?

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg …<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 43/24" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Niemand will verzichten**

Einsparungen: Sender und Verbände erteilen den ÖRR-Reformplänen der Länder eine Absage

Gil Barkei

Ende September stellten die Ministerpräsidenten ihre Pläne für eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) vor (JF 41/24). Vergangenen Freitag ist die Frist für Anmerkungen dazu abgelaufen. Und die sehen aus wie erwartet. ARD und ZDF lehnen die vorgeschlagenen Einschnitte wie Senderstreichungen oder die Fusion von 3sat und Arte entschieden ab. Wie so eine Reform umgesetzt werden soll, die den Namen auch verdient, bleibt ein Rätsel. Nachgeben und verzichten möchte niemand.

Herhalten als Argument muß wie so oft die Demokratie, die laut Stellungnahme des ARD-Vorsitzenden Kai Gniffke "vor großen Herausforderungen" stehe. "Gesellschaftliche Debatten werden unversöhnlich und stärker von Populismus und Radikalisierung geprägt als je zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Informierte Bürgerinnen und Bürger mit der Fähigkeit, zwischen Wahrheit und Fake News zu unterscheiden, sind vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Entwicklungen für die Zukunft unseres Landes von zentraler Bedeutung."

Bei der Einsparung von Sparten- und Gemeinschaftsprogrammen sieht Gniffke "die Gefahr, daß die publizistische Vielfalt eingeschränkt und die gezielte Gestaltung von Angeboten zur Erreichung aller Bevölkerungs- und Altersgruppen durch zu starre Vorgaben erschwert wird". Mit der anberaumten Einschränkung von Texten im Internet könnte der "übertragenen Funktion eines Gegengewichts, um einseitigen Darstellungen, Filterblasen, Fake News und Deep Fakes entgegenzuwirken, keine Rechnung mehr getragen werden".
Unterstützung beim Thema Online-Texte erhält Gniffke von der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Redakteursausschüsse. Das geplante "Verbot der Presseähnlichkeit" gehe "an der Realität vorbei", heißt es in der AGRA-Einlassung zu den Länder-Plänen. "Sollte der Vorschlag so umgesetzt werden, würden die Programmschaffenden künftig auch bei der Eil- und Warnberichterstattung maximal reglementiert. Verlierer sind in erster Linie die Nutzer unserer Angebote." AGRA-Sprecher Hubert Krech sieht in dem Entwurf "de facto einen Kniefall der Politik vor den Zeitungsverlegern". Diese geben sich in der Tat vorsichtig zufrieden - vorerst.
Das ZDF zeigt sich wie die ARD ebenfalls wenig begeistert. Beispielsweise beim neu zu schaffenden "Medienrat": Komplexität und Aufwand würden "durch Einführung einer weiteren Kontrollebene zunehmen", schreibt Intendant Norbert Himmler in seiner Stellungnahme. Zudem sei "eine Neuordnung der dem ZDF zugeordneten linearen Spartenprogramme" innerhalb der vorgesehenen Frist bis Ende 2026 "angesichts von Personal, Programm- und Verbreitungsverträgen auch nicht wirtschaftlich sinnvoll gestaltbar".
Beide, Gniffke und Himmler, pochen weiterhin auf eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags und verweisen auf die Verfassungsrechtsprechung. Die Zwangsabgabe hatten die Ministerpräsidenten wegen erheblicher Differenzen untereinander in ihren Plänen bewußt ausgeklammert. Doch eine Lösung des Streits ist damit lediglich aufgeschoben, nicht aufgehoben und spielt verzögernd den Gegnern einer wirklichen Reform in die Hände. So bemängeln auch die Personalratsgremien von ARD und Deutschlandradio, die sich insgesamt eine stärkere "Rolle der Beschäftigten in den Debatten" wünschen, daß die Finanzierung komplett außen vor gelassen wurde.
Von Verantwortungsträgern in höchsten Ämtern darf man mehr Courage zur Klarheit erwarten. Einige Politiker zeigen sich längst genervt. Hamburgs Kultur- und Mediensenator Carsten Brosda (SPD) stellt ausgerechnet im Interview mit dem potentiell betroffenen 3sat-Format "Kulturzeit" sogar das ganze Reformprojekt in Frage: "Entweder kommen die Reformen und eine Entscheidung über den Beitrag, oder es kommt gar nichts. Das müssen, glaube ich, alle Beteiligten klar im Blick haben." Er pokert damit hoch und erhöht den Druck auf die östlichen Länderchefs.
Diese hatten wiederholt betont, daß eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags ab dem 1. Januar 2025 mit ihnen nicht zu machen sei. "Eine Beitragserhöhung halte ich derzeit für nicht vermittelbar und sehe auch keine Mehrheit hierfür", betonte der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, nach der Veröffentlichung der Reformpläne gegenüber der FAZ. Der CDU-Politiker fordert gar eine "langfristige Beitragsstabilität" und "eine Auszeit", um erstmal abzuwarten, "wie die Reformen wirken".
Kürzen und Streichen, "aber nicht die Sicherstellung der ordentlichen, beitragsgerechten Finanzierung auch hinbekommen", das geht aus Brosdas Sicht nicht. Auch bei der ÖRR-Reform wird eine Trennlinie zwischen Ost und West immer erkennbarer. Den vorgeschlagenen Verzicht auf einzelne Spartenkanäle lehnt der Sozialdemokrat ohnehin ab. Er halte "es für keine sonderlich kluge Idee, jetzt in die Angebote von Kultur, aber auch von Information im öffentlich-rechtlichen Bereich hinein zu sparen. Wo wir uns allerorten darüber aufregen, daß Fake News, daß entgleitende öffentliche Debatten unseren Alltag begleiten, und wir gar nicht mehr wissen, wie wir uns in der Gesellschaft orientieren und organisieren." Gniffke und Himmler

dürfte das freuen.
Ein Dämpfer kommt ebenso von einem Sondergutachten der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten. Für die neue Beitragsperiode 2025 bis 2028 sieht die KEF trotz Reformen keine nennenswerten Einsparungspotentiale. Kurzfristige Kostenreduzierungen bei Sportübertragungen seien zum Beispiel kaum möglich, da viele Lizenzen bereits bis 2032 eingekauft seien. Die angepeilte bündelnde Verlagerung von Inhalten ins Internet könnte sogar zu steigenden Ausgaben führen wegen der beim Streaming möglichen "nutzungsabhängigen Verbreitungskosten".
Und auch der von der Rundfunkkommission der Länder selbst eingesetzte Zukunftsrat äußert sich zurückhaltend zu den Vorhaben. Er würdigt zwar einen erkennbaren "grundlegenden Reformwillen der Länder", kritisiert allerdings, daß die Ministerpräsidenten von der Zukunftsrat-Empfehlung einer Dach-Anstalt zur zentralen Koordinierung der Länderanstalten abgerückt sind.
Das statt dessen eingebrachte "Federführungsprinzip" - eine ressourcenschonende engere Zusammenarbeit von ARD, ZDF und Deutschlandradio - reiche nicht aus, "um die evidenten Strukturdefizite der ARD zu beseitigen" und die "organisierte Regionalität zu gewährleisten", stellt die Vorsitzende Julia Jäkel gegenüber der FAZ klar. Es brauche im verschärften digitalen Wettbewerb der Medien "eindeutige Verantwortlichkeiten auf ARD-Ebene, um strategiefähig und entscheidungsstark zu werden".
Demokratische Verfahren dürfen "nicht geschliffen werden"
Zusätzlicher Gegenwind kommt von Umwelt- und Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften. In einer gemeinsamen Erklärung warnen sie, die Staatsvertragsentwürfe enthielten "bedrohliche Einschnitte, Rückschritte und Beschränkungen für die Öffentlich-Rechtlichen - ohne eine Zielvorstellung für einen besseren Rundfunk zu formulieren".
Verdi-Vorsitzender Frank Werneke sekundiert: "Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten planen massive Programmstreichungen, ohne auf die Folgen zu achten. Publizistische Vielfalt wird zerstört, ohne zu wissen, ob es überhaupt zu relevanten Kosteneinsparungen kommen wird. Von einer Absicht, die Öffentlich-Rechtlichen qualitativ zu stärken, ist nichts zu erkennen."
Darüber hinaus sehen Verdi und DGB in einer gemeinsamen Stellungnahme "ein Einreißen bei den politischen Verantwortungsträger*innen", da "die Medienstaatsverträge frühestens im Sommer 2025 ratifiziert werden", das "geltende Verfahren jedoch eine Vertragswirkung ab 1. Januar 2025 vorsähe". Demokratische Verfahren dürften "nicht geschliffen werden - auch nicht durch Verzögerung".
Für den Deutschen Journalisten-Verband wirken die Abläufe dagegen gehetzt. Er wirft den Verantwortlichen vor, die "größte medienpolitische Reform der Nachkriegszeit" werde "gerade übers Knie gebrochen". Geplante Kürzungen wirkten "eher politisch motiviert als strategisch sinnvoll". Die Politik müsse vielmehr "endlich die digitalen Monopole in den Fokus nehmen", ergänzt DJV-Vorsitzender Mika Beuster und meint damit die großen privaten Digitalkonzerne.
Die nächste Konferenz der Regierungschefs der Bundesländer findet vom 23. bis 25. Oktober in Leipzig statt. Es gibt einiges zu besprechen.
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 43/24" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Spektakel ohne Reue**
Verschiedene Corona-Bilanzen des Virologen Hendrik Streeck und der Juristin Brigitte Röhrig: Versöhnungsfloskeln hier und der Ruf nach konsequenter Aufarbeitung dort
Michael Dienstbier
Die Corona-Zeit hat viele offene Wunden hinterlassen. Die "Zeigt mit dem Finger auf sie-Hetze" gegen Impfskeptiker und Maßnahmenkritiker hat viele Menschen diesem Staat ent-

fremdet. Insgesamt 183 Tage blieben die Schulen bei uns geschlossen, nur Polen liegt mit 273 Tagen in dieser unrühmlichen Statistik im europäischen Vergleich noch vor Deutschland. Aller analogen sozialen Kontakte beraubt, durften sich die Kinder und Jugendlichen dann auch noch vom Staats- und Regierungskomiker Jan Böhmermann als "Ratten" beschimpfen lassen, da sie angeblich maßgeblicher Treiber der Pandemie seien.
Tausende alter und kranker Menschen in Pflegeheimen und Krankenhäusern mußten alleine sterben, um sie vor einem Virus zu schützen. Wer es wagte, über mögliche Nebenwirkungen an den neuen, mit heißer Nadel gestrickten mRNA-Therapeutika zu spekulieren, wurde von Gesundheitsminister Karl Lauterbach als Verschwörungstheoretiker markiert.
Nebenwirkungen seien ausgeschlossen, dekretierte er, und die Impfkampagne nahm ihren Lauf. Mittlerweile sind die teils tödlichen Konsequenzen der Impfung gerade für Herzgeschädigte und chronisch Kranke ins öffentliche Bewußtsein eingesickert. Doch eine Aufarbeitung wird es nicht geben. Einzig AfD, BSW und Teile der FDP treten vehement für die Einrichtung von Untersuchungsausschüssen auf Bundes- und Landesebene ein, alle anderen Parteien lehnen ab.
Der Virologe Hendrik Streeck wurde während der Pandemie als Gegenspieler des Lockdownpapstes Christian Drosten aufgebaut, da er schon recht früh die propagierte Gefährlichkeit des Virus bezweifelte. In seinem neu erschienenen Buch "Nachbeben", welches sich wie ein Bewerbungsschreiben für seine angekündigte Bundestagskandidatur auf dem Ticket der CDU im kommenden Jahr liest, zieht er Bilanz und unterbreitet einige Vorschläge für anstehende Pandemien. Viel Neues erfährt der Leser, der die Debatten der vergangenen Jahre mitverfolgt hat, hier nicht.
Das ist beim Buch "Die Corona-Verschwörung" der Juristin mit Schwerpunkt Arzneimittelrecht Brigitte Röhrig anders. Detailliert rekonstruiert sie die Vorgänge hinter der Zulassung der Corona-Impfstoffe. Dabei berücksichtigt sie politische, rechtliche und medizinische Faktoren und basiert ihre Analysen unter anderem auf zahlreichen Originaldokumenten der Pharmaindustrie sowie der Zulassungsbehörden, die einem den Atem stocken lassen. Der krawallig anmutende Titel führt in die Irre. Röhrig leistet hier genau die Aufklärungsarbeit, vor der die Politik sich drückt, da sie selbst Teil des Problems war und ist.
Wie wurde das deutsche Volk auf die anstehenden Impfkampagnen vorbereitet? Wie wurde der Rechtsrahmen für dieses Vorhaben angepaßt? Welche Institutionen und Personen hatten ein maßgebliches Interesse an einer beschleunigten Zulassung der Impfstoffe? Welche Lehren können wir heute aus diesen Vorgängen ziehen? Anhand dieser vier Fragestellungen strukturiert Röhrig ihr Buch und kommt zu schockierenden Ergebnissen. Der interessierten Öffentlichkeit weitgehend bekannt ist das Strategiepapier des Innenministeriums vom März 2020, gemäß dem das Volk durch Schockkampagnen und der medialen Verbreitung von Worst-Case-Szenarien zur Einhaltung der Corona-Maßnahmen gebracht werden sollte. Herrschaft durch Angst war das Gebot der Stunde.
Ab dem zweiten Kapitel konzentriert sich die Autorin auf die medizinischen und rechtlichen Vorgänge der Impfstoffzulassung, die von der parallel ablaufenden medialen Angstpropaganda permanent begleitet wurden. Dabei legt Röhrig Wert darauf zu betonen, daß es sich bei den neuen Impfstoffen eben nicht um Impfstoffe im klassischen Sinn handele, sondern um Gentherapeutika. Detailliert beschreibt sie die Funktionsweise der neuen "mRNA- und Vektor-Impfstoffe", die nachhaltigen Einfluß auf unser Erbgut ausüben. Daß der Prozeß der beschleunigten Zulassung von den beteiligten Pharmaunternehmen Biontech und Pfizer vorangetrieben wurde, überrascht wenig.
So haben sich unter anderem die Biontech-Bosse Ugur Sahin und Özlem Türeci bereits 2008 dafür eingesetzt, "Impfstoffe gegen Infektionskrankheiten" pauschal aus der Definition von Gentherapeutika zu streichen. Unterstützt wurden sie dabei von EU-Kommissionspräsident

Manuel Barroso, der federführend dazu beitrug, daß diese Definition 2008 gültiges EU-Recht wurde.
Seit 2016 arbeitet Barroso als Berater für Goldman Sachs und ist seit 2023 zudem Vorsitzender des Lobbyvereins "Gavi, die Impfallianz", der sich für globale Impfkampagnen einsetzt. Sind solche personellen Überschneidungen der endgültige Beweis für Verschwörung und Korruption?
Nein, aber in Verbindung mit der Weigerung von Politik, diese Vorgänge zu untersuchen, entsteht das Bild einer korrupten Elite, das nicht einfach so von der Hand zu weisen ist.
Wirklich erschütternd sind Röhrigs Ausführungen zu den Testverfahren zur beschleunigten Zulassung. Unter stillschweigender Duldung der zuständigen Behörden bescheinigte man den Gentherapeutika ihre angebliche Nebenwirkungsfreiheit, obwohl man bewußt vulnerable Gruppen wie Schwangere, Stillende und besonders chronisch Kranke nicht in die Versuchsreihen inkludiert hatte. Gerade bei chronisch Kranken hat die sogenannte Impfung zu teils schwerwiegenden Komplikationen geführt. Auch hier trägt die Weigerung einer Aufarbeitung dazu bei, das Vertrauen in die beteiligten Behörden und Institutionen nachhaltig zu erschüttern.
Hendrik Streecks Darlegungen erschöpfen sich zumeist in Allgemeinplätzen. Er wolle dazu beitragen, "die Spaltung in der Gesellschaft zu überwinden und den Populismus zu bekämpfen". Dabei ist es gerade dieser inhaltsleere Politikersprech, der die Menschen zunehmend abstößt.
Einer seiner wenigen konkreten Vorschläge betrifft die Einführung eines wissenschaftlichen Chefberaters im Kanzleramt, also eine Art deutschen Anthony Fauci zu installieren. Man kann sich unschwer vorstellen, nach welchen Kriterien solch ein Chefberater rekrutiert werden würde: richtige Gesinnung, Geschmeidigkeit, Formbarkeit. Vielleicht denkt Herr Streeck da an sich selbst, falls es mit dem Direktmandat bei den kommenden Wahlen nicht klappen sollte.
Die Corona-Zeit hat Millionen in ihrem Glauben an den Staat erschüttert. Eine Versöhnung kann nur über den Weg der konsequenten Aufklärung gelingen und nicht über die bloße Ankündigung, die Spaltung überwinden zu wollen. Jeder weiß mittlerweile, welche konkreten Handlungen solch einer Hohlphrase folgen: keine. Mehr Röhrig, weniger Streeck sollte das Gebot der Stunde lauten.
Hendrik Streeck: Nachbeben. Die Pandemie, ihre Folgen und was wir daraus lernen können. Piper Verlag, München 2024, gebunden, 320 Seiten …
Brigitte Röhrig: Die Corona-Verschwörung. Wie die Bevölkerung über die Covid-19-Impfung getäuscht wurde. Mit einem neuen Vorwort zur aktuellen Lage. Westend Verlag, Frankfurt am Main 2024, broschiert, 528 Seiten …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 43/24" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Wie besiegt man eine Hydra?**
Der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim nimmt einen weiteren Anlauf, die immer bizarreren Auswüchse des Parteienstaates zu benennen und anzuklagen
Konrad Adam
Neuerscheinungen pflegt man mit der Behauptung anzupreisen, sie brächten viel Neues. Wenn ein Staatsrechtslehrer wie Hans Herbert von Arnim über die Mißstände des Parteienstaates schreibt, tut man sich schwer mit diesem Argument, denn die meisten Skandale, von denen er berichtet, sind längst bekannt.
Bekannt, aber nicht beseitigt, vielleicht sogar durch irgendeine Peinlichkeit ersetzt, die den einen durch einen anderen Skandal noch überbietet. Wer den Auswüchsen des deutschen Parteienstaates nachgeht, läßt sich auf eine unendliche Geschichte ein, auf einen Kampf mit einem Drachen, dem für jeden abgeschlagenen zwei neue Köpfe nachwachsen. Herakles wurde

mit der vielköpfigen Hydra erst dann fertig, als er die Wunden ausbrannte und so das Nachwachsen immer neuer Köpfe verhinderte. Von Arnim hat ähnliches versucht, oft genug auch geschafft, und das verspricht eine aufschlußreiche Lektüre.
Laut Grundgesetz wirken die Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes mit - klingt harmlos, aber was haben die Parteien in mehr als siebzig Jahren zäher Arbeit daraus gemacht! Der Titel des Buches "Macht braucht Kontrolle" umreißt mit ganzen drei Wörtern das Hauptmotiv der gesamten europäischen Verfassungsgeschichte.
Mit dieser Geschichte wollen die deutschen Staatsparteien Schluß machen, und dabei sind sie auch schon ziemlich weit gekommen. Sie unterlaufen ja nicht nur die klassische Form der Machtkontrolle, die wohlbekannte Teilung in gesetzgebende, vollziehende und rechtsprechende Gewalten. Sie sind darüber längst hinaus. Sie haben sich alle möglichen, gesellschaftlich relevant genannten Kräfte unterworfen, haben Vorsitzende und Präsidenten, Bischöfe und Funktionäre, Experten und Lobbyisten eingebunden, abhängig gemacht, an die Leine genommen oder, wie man früher gesagt hatte: gleichgeschaltet.
Nicht nur die Zeit, auch Macht ist Geld, sagt sich der durchschnittliche Parteisoldat; und greift zu. Hans Herbert von Arnim nennt die gewaltigen Summen, die in Gestalt von Steuerprivilegien, Funktionszulagen, Mitarbeiterpauschalen und aberwitzigen Versorgungsansprüchen immer dann fällig werden, wenn Parlamentarier in eigener Sache tätig sind.
Den Vogel abgeschossen hat das Saarland, wo ein Minister an einem einzigen Arbeitstag Anspruch auf eine lebenslange Vollversorgung erwerben konnte. Seitdem die Grünen mitregieren, hat diese Art der legalen Korruption allerlei neue Blüten hervorgetrieben. In den von ihnen beherrschten Häusern scheint die Kumpanei zwischen Politik und Geschäftsbetrieb, getarnt als gut bezahlte Tätigkeit in einer NGO, besonders üppig zu gedeihen. Schade, daß man im vorliegenden Buch zu wenig dazu findet. Welche Entdeckungen hätte ein Mann wie Hans Herbert von Arnim in Robert Habecks Wirtschaftsministerium machen können!
Den Geist aus der Flasche gelassen hatte der seinerzeit einflußreiche Verfassungsrichter Gerhard Leibholz; sein Name geistert auch durch dieses Buch. Volk und Parteien hatte dieser eigenwillige Jurist kurzerhand in eins gesetzt. Wahlen werden damit überflüssig, weil das Volk seinen Willen durch sein Mundstück, die Parteien, ja ohnehin schon kundtut. Die "Fortschrittskoalition" hatte dieses Ziel im Auge, als sie die Verkleinerung des Bundestages zum Vorwand für ein Gesetz nahm, das, wäre es durchgegangen, die Übermacht des Parteienkartells noch einmal zementiert hätte.
Was nicht ist, kann aber noch werden. Der Parteienstaat dringe durch alle Ritzen der Gesellschaft, hatte Richard von Weizsäcker moniert; das war vor Jahren. Inzwischen haben die Parteien die Wände eingerissen und die Gesellschaft erobert. Auf den Beschluß der Bundestagsabgeordneten, ihre Diäten an die Bezüge von Bundesrichtern zu koppeln, reagierte von Weizsäcker mit einer Frage. Was ein Bundesrichter können müsse, das glaube er zu wissen, sagte der Präsident, "aber was muß eigentlich ein Abgeordneter können?" Die Frage stellt sich nach jeder Bundestagsdebatte von neuem. Und niemand kennt die Antwort.
Hans Herbert von Arnim: Macht braucht Kontrolle. Warum wir unsere Demokratie neu denken müssen. Erfahrungen mit 75 Jahren Parteienstaat. Ansichten eines streitbaren Demokraten. Heyne Verlag, München 2024, gebunden, 368 Seiten …<<
Schweden: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 43/24" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Die Trainer fürs neuronale Netz**
John Hopfield und Geoffrey Hinton erhalten Nobelpreis für ihre Forschungen zur Künstlichen Intelligenz
Tobias Albert
Seit 123 Jahren wird der Physiknobelpreis von der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften vergeben - nur 27mal war bislang ein Deutscher, aber 94mal ein US-

Wissenschaftler unter den Preisträgern. Und mit John Joseph Hopfield, Sohn des polnisch-amerikanischen Physikers Jan Józef Chmielewski, kommt in diesem Jahr der 95. hinzu.
Der 91jährige erhält die Auszeichnung zusammen mit dem Engländer Geoffrey Everest Hinton, der die Zahl der britischen Physiknobelpreise auf 25 erhöht. Allerdings lehrt der 76jährige schon seit 1987 am Computer Science Department der Universität Toronto, nachdem er zuvor an der University of California (UCSD) und der Carnegie Mellon University (CMU) in Pittsburgh forschte.
Die beiden bekommen den Physiknobelpreis im Dezember allerdings nicht für die Forschung am Urknall, dem Kosmos oder der Quantenmechanik, sondern für "bahnbrechende Entdekkungen und Erfindungen, die maschinelles Lernen mit künstlichen neuronalen Netzen ermöglichen". Ihre Grundlagenarbeit in der künstlichen Intelligenz (KI) hat mit der traditionellen Physik auf den ersten Blick nur bedingt zu tun, doch für Bioinformatik gibt es keine eigene Nobelpreiskategorie. Die heutige KI-Forschung ist spätestens seit dem Sprachmodell ChatGPT in aller Munde, denn es ist der bekannteste KI-Algorithmus.

Die Konzepte aus der Physik auf die neue Bioinformatik übertragen

Das künstliche neuronale Netz ist eine vergleichsweise alte Technologie: Bereits 1957 hat der amerikanische Psychologe Frank Rosenblatt erste Algorithmen entwickelt, um die Aktivität der Neuronen im menschlichen Gehirn nachzubilden. Die Grundlage bestand aus dem künstlichen Perzeptron, das über einen Eingang ein Signal erhält. Wenn dieses stark genug ist, wird wie in biologischen Neuronen im Ausgang ein neues Signal abgefeuert.
Doch erst über die Netzwerkstruktur, die mehrere Perzeptronen miteinander verbindet, können Synergien entstehen: In der ersten Schicht erhalten die Perzeptronen die Signale von der Außenwelt, beispielsweise die Pixel einer Bilddatei. Die Signale, die in der ersten Schicht abgefeuert werden, werden mit unterschiedlicher Gewichtung an die Perzeptronen der zweiten Schicht weitergeleitet.
Diese werten die Signale ihrer Vorgänger aus und feuern in die nächste Schicht, was sich so lange wiederholt bis irgendwann die tiefste Schicht erreicht wird. Hier wird dann ein Ergebnis ausgegeben und anhand der Signale aus der vorletzten Schicht entschieden, ob das Bild etwa einen Hund oder eine Katze darstellt. Obwohl das einzelne Perzeptron simpel ist, können die Verknüpfungen über zahlreiche Schichten hinweg so komplex werden, daß sie sich an schwierige Aufgaben anpassen können.
Doch ein großes Problem für die Informatik war stets, die Gewichtung der Signale zwischen den Schichten korrekt abzuschätzen. Moderne Bild-Erkennungs-KI hat Hunderttausende Neuronen und Millionen von Gewichtungsparametern, deren Feinschliff auf die letzten Nachkommastellen entscheidet, ob die KI gute Ergebnisse oder Unsinn ausgibt. Ziel ist es stets, den Fehler zwischen KI-Vorhersage und den realen Ergebnissen zu minimieren, doch bei dieser schieren Parametermenge kommt dies einer Herkulesaufgabe gleich. Daher setzte in den 1970ern der KI-Winter ein, in dem die Forschung zum Stillstand kam.
Hopfield war maßgeblich daran beteiligt, in den 1980ern die KI-Forschung wieder aus dem Winterschlaf aufzuwecken, indem er Konzepte aus der Physik auf die KI übertragen konnte: In der Natur minimieren Systeme selbständig ihre physikalische Energie. So rollt ein Ball immer bergab, um seine Lageenergie zu verringern. Die mathematische Beschreibung der Energieminimierung war in der Physik bereits gut erforscht, und Hopfield machte sich dies zunutze. 1982 formulierte er das Hopfield-Netz als KI-Algorithmus so, daß die Optimierung der Parameter analog zur Minimierung von Energie in mathematischen Formeln ausgedrückt werden konnte.
Insbesondere orientierte er sich am Ising-Modell für Magnetismus, das erklärt, wie makroskopisch meßbarer Magnetismus aus den mikroskopischen Spins entsteht: Jedes Atom hat einen Spin, der als winziger Magnet einen kleinen Beitrag zum Magnetfeld erzeugt. Wenn die Spins

in zufällige Richtungen zeigen, gleicht sich ihr Einfluß aus und kein Magnetfeld ist meßbar. Doch durch das Prinzip der Energieminimierung ist es vorteilhaft, wenn benachbarte Spins in dieselbe Richtung zeigen. Somit entsteht nach einiger Zeit und vielen Spin-Wechseln ein starkes Magnetfeld.
Die Grundidee des Ising-Modells, daß in einem Netzwerk viele mikroskopische Spins miteinander interagieren, adaptierte Hopfield für Netzwerke von Perzeptronen. Mit den Methoden der mathematischen Physik gelang so eine leichte Minimierung der "Energie" seiner KI, um den Algorithmus schnell und effizient zu trainieren.
Hinton knüpfte an die Arbeit von Hopfield an und entwickelte basierend auf den Hopfield-Netzen 1985 die Boltzmann-Maschine. Sie erweitert das relativ simple Hopfield-Netz um eine Schicht von versteckten Einheiten, die keinen direkten Input von dem Datensatz erhalten, sondern nur Signale bekommen, die von den Neuronen der ersten Schicht bereits verarbeitet wurden. Was angesichts der tiefen neuronalen Netze mit zahlreichen Schichten heutzutage simpel klingt, war damals eine maßgebliche Erweiterung der bestehenden Technologie. Doch obwohl der Nobelpreis Hinton nur für seine Arbeit an Boltzmann-Maschinen ehrt, erstrecken sich seine Beiträge zur KI-Forschung noch weit darüber hinaus.
"Hätte ich es nicht getan, dann hätte es jemand anders gemacht"
Beispielsweise entwickelte er mit seinen Doktoranden den Algorithmus AlexNet, der einen Meilenstein in der Bilderkennung setzte. AlexNet bildet über spezielle Filter die Funktionsweise des visuellen Cortex im menschlichen Auge nach, um somit eine hohe Genauigkeit zu erzielen. Für seine zahlreichen Erfolge in der KI-Forschung wurde er bereits 2018 mit dem Turing Award ausgezeichnet, der als inoffizieller Mathematik-Nobelpreis gilt, so daß er nun der erste Mensch ist, der sowohl Turing Award als auch Nobelpreis gewonnen hat.
Wie in der Informatik üblich, forschte Hinton auch in den Entwicklungsabteilungen großer Technologieunternehmen und war von 2013 bis 2023 bei Google tätig. Nach seinem Abschied bei dem kalifornischen IT-Giganten übte Hinton heftige Kritik an den KI-Unternehmungen und warnte davor, die negativen Einflüsse der KI zu unterschätzen (JF 39/24). In zwanzig Jahren, so schätzt Hinton, könnte die KI "Änderungen in vergleichbarem Ausmaße zur Industrialisierung" mit sich bringen, und er forderte daher bereits ein bedingungsloses Grundeinkommen, um die Folgen von Arbeitslosigkeit durch KI abzumindern. Teilweise bedauere er seine Arbeit, gab Hinton zu, doch "ich tröste mich mit der normalen Ausrede: Hätte ich es nicht getan, hätte es jemand anders gemacht."<<
Ukraine: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 43/24" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Nichts als verbrannte Erde**
Ukraine-Krieg: Kiews Offensive gerät ins Stocken und gefährdet Selenskyjs Kriegstaktik
Felix Hagen
Es ist eine seltsame Nachricht aus der Ostukraine, die sich im Verlauf der vergangenen Woche wie ein Lauffeuer in den sozialen Netzwerken verbreitete. Über von der Ukraine kontrolliertem Territorium schoß ein bemanntes ein unbemanntes Flugzeug ab, ein Vorgang wie er häufiger vorkommt seitdem sich die Kampfhandlungen zunehmend auf bewaffnete und unbewaffnete Drohnen stützen.
Doch hier handelte es sich um zwei russische Waffensysteme, auf der einen Seite ein Exemplar der hochmodernen Su-57, ein Tarnkappenjäger, der mit den modernsten amerikanischen Jets mithalten soll, und auf der anderen Seite eine S-70- Drohne. Während westliche Analysten seit Jahren die Entwicklung der Su-57 verfolgen, verwiesen einige Nato-Experten die Existenz der Drohne bislang in das Reich der Phantasie.
Kein Wunder, das autonome Fluggerät wirkt wie aus einem Science-fiction-Film. Doch nun, Anfang Oktober auf einem Trümmerfeld in der Nähe der Stadt Kostyantynivka liegt ein Exemplar der russischen Wunderdrohne, abgeschossen von einem russischen Piloten. Offenbar

entwickelte die Drohne ein Eigenleben. Um das System nicht intakt in die Hände westlicher Experten fallen zu lassen, hatte man sich offenbar dazu entschlossen, die milliardenteure Technik selbst zu zerstören.

Eine eher abenteuerliche Episode aus einem unverändert hart umkämpften Kriegsschauplatz und eine der selten gewordenen guten Nachrichten für die ukrainische Seite. Denn zunehmend liegt das Momentum wieder bei Rußland. Nach der Eroberung der Stadt Avdiivka im Februar dieses Jahres konnten russische Einheiten in den vergangenen Wochen beim Vormarsch in rascher Folge weitere Kleinstädte unter ihre Kontrolle bringen.

Zunehmend greift Kiew auf Zwangsrekrutierungen zurück

Auch der ukrainische Vorstoß in die russische Region Kursk brachte kaum eine Entlastung. Im Gegenteil: Die für die ukrainische Offensive benötigten Einheiten fehlen bei der Verteidigung im Osten. Immer schneller schob sich in den vergangenen Monaten der russische Keil nach Westen. Ein Zustand, für den altgediente Veteranen auch die desolate Lage vieler ukrainischer Rekruten verantwortlich machen.

Zunehmend greift die Regierung in Kiew auf Zwangsrekrutierungen zurück, Greiftrupps verhaften zum Wehrdienst eingezogene auf offener Straße oder in Fitneßstudios. Die so Rekrutierten seien "völlig außer Kontrolle", wie es ein Offizier des Freiwilligenbataillons Azov in einem Video beschreibt, das im Internet kursiert. Die neu eingetroffenen Soldaten könnten "keinen Feind bekämpfen", seien "kaum ausgebildet" und hätten "kein Vertrauen in die militärische Planung".

Selbst aus den ukrainisch besetzten Gebieten in Rußland melden Analysten und anonyme ukrainische Quellen zunehmend schlechte Nachrichten. Der russischen Gegenoffensive scheint es zeitweise gelungen zu sein, die ukrainische Front zu spalten. Wiederholt, so ein ukrainischer Offizier gegenüber der Washington Post, mußten sich die eigenen Truppen zurückziehen, um nicht von überlegenen russischen Einheiten eingekesselt zu werden. Etwa 700 der ursprünglich 1.000 Quadratkilometer russischen Territoriums befinden sich noch unter ukrainischer Kontrolle. Ein Verlust, der die von Beginn an umstrittene Offensive zunehmend zu einem Mißerfolg werden läßt.

Denn ursprünglich hätte jeder einzelne Quadratmeter ein Unterpfand in kommenden Friedensverhandlungen werden sollen. Doch ohne ein militärisches Wunder dürfte dieser Plan der ukrainischen Militärführung nicht aufgehen. Statt dessen befürchten einige nun einen vollständigen Kollaps an beiden Fronten. Die Ukraine stünde dann zu Beginn des Winters mit leeren Händen da. Ein Zustand, des Präsident Wolodymyr Selenskyj eigentlich vermeiden wollte. Noch vor der US-Präsidentenwahl wollte der ukrainische Staatschef Fakten schaffen für den Fall eines Wahlsiegs von Donald Trump. Je mehr russisches Territorium unter ukrainischer Kontrolle, um so größer die russischen Zugeständnisse, so das Kalkül.

Fragen nach Gefallenen weicht Moskau lieber aus

Erschwerend kommt für die Regierung in Kiew hinzu, daß sich bei den westlichen Verbündeten zunehmend Kriegsmüdigkeit breitmacht. Der Konflikt im Nahen Osten überschattet in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit längst den Krieg in Osteuropa. Da helfen auch einzelne Erfolge ukrainischer Drohnen tief im Landesinneren des russischen Riesenreichs nicht. Außerhalb der Ukraine werden diese kaum registriert. Ein ungewohntes Problem für den ukrainischen Marketingprofi Selenskyj.

Auf russischer Seite hüllt man sich hingegen in Schweigen. Das dürfte auch daran liegen, daß die Dynamik des Krieges längst ein bizarres Eigenleben angenommen hat. Aus einem kurzen, schnellen Krieg der Hightech-Waffen ist ein Potpourri aller Grausamkeiten geworden, die die Kriegführung seit 1914 prägen: Ausgedehnte Stellungssysteme mit Gräben und Bunkern, Materialschlachten mit hohem Blutzoll, massierte Angriffe mit gepanzerten Einheiten aus Sowjetproduktion, bunt zusammengewürfelte Infanterietrupps aus Tschetschenen, russischen

Sträflingen und nordkoreanischen Söldnern und über alledem ein Himmel voller Drohnen aus den Waffenkammern aller Herren Länder.
Auch bei Fragen nach Gefallenen oder Verwundeten hält man sich in Rußland zurück. bereits bei der Einnahme der Stadt Avdiivka sollen nach ukrainischen Angaben mehr russische Soldaten gefallen sein als beim sowjetisch-afghanischen Krieg in den achtziger Jahren.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 43/24" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Der Preis des Friedens**
Ukraine-Krieg: Die Entscheidungen über die umkämpften Gebiete werden nicht in Kiew oder Moskau fallen
Bruno Bandulet
Während sich die Ukraine für einen dritten Kriegswinter rüstet, hat es den Anschein, als könne der Konflikt mit seinen schrecklichen Verlusten noch lange andauern. In Berlin verbreitete Außenminis-terin Annalena Baerbock, der russische Präsident wolle mit dem deutschen Kanzler nicht einmal mehr telefonieren - was vom Sprecher des Kreml inzwischen bestritten wurde. Kiew wiederum legte einen "Siegesplan" vor, der die Ausweitung des Krieges auf das Gebiet der Russischen Föderation vorsieht und der eine Menge von Tabellen und mathematischen Berechnungen enthält - worauf ein Clausewitz skeptisch reagiert hätte, weil er den Verlauf von Kriegen für schwer kalkulierbar hielt.
Und dann reiste der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in die für wichtig gehaltenen europäischen Hauptstädte und beendete seine Tour am vergangenen Freitag mit einem Besuch bei Olaf Scholz. Der rühmte zu Recht den Heldenmut und die Tapferkeit der Ukrainer und versprach: "Deutschland steht weiterhin fest an der Seite der Ukraine."
Tatsächlich sind die bisherigen deutschen Leistungen herausragend. Einschließlich des deutschen Anteils an den EU-Hilfen hat die Bundesregierung seit Beginn des Krieges Waffen und Munition für 25 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt und damit mehr als jedes andere Nato-Land außer den USA. Zusammen mit den Ausgaben für ukrainische Flüchtlinge waren es 45,7 Milliarden.
Was mindestens zwei Fragen aufwirft: Wie lange läßt sich diese außergewöhnliche Belastung der klammen deutschen Staatsfinanzen durchhalten? Und: Steht Berlin eigentlich hinter dem ukrainischen "Siegesplan"? Eher nicht, denn dieser setzt den Einsatz weitreichender Waffensysteme voraus, und die will Deutschland nicht liefern, wobei sich der SPD-Kanzler auf die gleichermaßen ablehnende Haltung Washingtons beruft. Die aber könnte sich vielleicht nach den amerikanischen Wahlen am 5. November ändern, falls Kamala Harris gewinnt, und damit hätten die Amerikaner wieder einmal das letzte Wort.
Scholz und sein Verteidigungsminister sind selbstverständlich über den Stand des Krieges genau im Bild, nur sprechen sie öffentlich nicht darüber. Sie müssen alarmiert darüber gewesen sein, daß am 1. Oktober der über zwei Jahre währende Kampf um Wuhledar im Süden des Donbass zu Ende ging. Die Russen hißten ihre Trikolore über den Hochhäusern der Kohle-Stadt und sicherten damit eine östlich verlaufende, für die Versorgung ihrer Truppen wichtige Eisenbahnlinie.
Schlimmer noch: das dort eingesetzte ukrainische Bataillon hatte Befehle mißachtet und die Stellungen zu Fuß verlassen. Ein anderes Bataillon, das an die Front versetzt werden sollte, weigerte sich auszurücken. Das sind erste Indizien dafür, daß die ukrainische Front zusammenbrechen und Selenskyj den Krieg verlieren könnte. Gegenwärtig erschwert die Schlammperiode größere Vorstöße der Russen. Der später einsetzende Frost würde sie erleichtern.
So oder so steht fest, daß die ukrainische Armee zu schwach sein wird, um die Krim und den Donbass zurückzuerobern. Dazu ist die russische Überlegenheit an Truppen und Material zu groß. Taktisch aber haben die Ukrainer, nicht zuletzt dank der langjährigen Ausbildung durch Nato-Inspekteure, meist überzeugen können. Im August eroberten sie innerhalb weniger Tage

mehrere hundert Quadratkilometer russischen Territoriums in der Region Kursk, nachdem sie die Elektronik des Gegners lahmgelegt hatten. Dabei wurden auch deutsche Marder-Schützenpanzer eingesetzt.
Die Schwächen des schwerfälligen russischen Militärapparates waren wieder einmal offenkundig. Es mangelte an Koordination der regulären Armee mit den Grenztruppen des Inlandsgeheimdienstes FSB und der Nationalgarde. Gleichwohl wird der Krieg keineswegs - wie 1943 in der größten Panzerschlacht der Geschichte - im Raum Kursk entschieden. Das Kalkül Selenskyjs, die Russen würden in Panik geraten und größere Einheiten aus dem Donbass in die Region Kursk verlegen, ist nicht aufgegangen. Der Kreml erträgt den Gesichtsverlust und kann sich mit der Rückeroberung Zeit lassen.
Die fast schon hektische Reisediplomatie Selenskyjs ist dem 5. November geschuldet. Er will die Deutschen und die anderen Europäer ins Boot holen für den Fall, daß Donald Trump gewinnt. Der hat für die Ukraine wenig übrig. Er glaubt nicht, daß dort amerikanische Interessen auf dem Spiel stehen.
Er behauptet, den Krieg innerhalb von 24 Stunden beenden zu können. Eine für ihn typische Übertreibung, hinter der nur die Idee stehen kann, Kiew mit dem Entzug der Waffenhilfe zu drohen und dazu zu bringen, in einen Deal "Land gegen Frieden" einzuwilligen. Dann wären die Krim und der Donbass verloren, und auf dieser Basis wäre auch Putin zu Verhandlungen und einem Friedensabkommen bereit. Könnten die Europäer das verhindern? Realistischerweise nein. Ihnen bliebe nur die Aufgabe, den Wiederaufbau einer verkleinerten Ukraine zu finanzieren.
Die Alternative eines in die Länge gezogenen Krieges samt Eskalation wäre auch nicht erfreulich. Falls Kamala Harris gewinnt, könnte Biden in den verbleibenden zwei Monaten seiner Amtszeit die Zurückhaltung ablegen und Selenskyj grünes Licht für strategische Angriffe auf Rußland geben. Er bräuchte dann keine Rücksicht mehr auf den Wahlkämpfer Trump zu nehmen. Das Pentagon müßte allerdings mitspielen.
Als US-Außenminister Antony Blinken und die führenden demokratischen Politiker Nancy Pelosi und Chuck Schumer im Frühjahr 2022 in der Ukraine eine "Flugverbotszone" gegen russische Maschinen verhängen wollten, stellte sich das Verteidigungsministerium quer. Es wollte keine direkte militärische Konfrontation mit Rußland. Eben diese wäre unvermeidlich, sollte sich die Nato uneingeschränkt hinter Kiews neuen Siegesplan stellen.
Olaf Scholz deckt unterdessen seine Karten nicht auf - falls er welche in der Hand hat. Er wird den bevorstehenden Wahlkampf als "Friedenskanzler" führen wollen. Nur weiß niemand, wie er sich ein Kriegsende vorstellt und wie weit er mit der oft beschworenen Unterstützung Kiews gehen würde.
In der Ukraine greift ebenso wie im Westen Kriegsmüdigkeit um sich. Laut Meinungsumfragen vor Ort findet die Losung "Land gegen Frieden" zunehmend Zuspruch. Noch ist ein Verhandlungsfrieden, der alle Seiten das Gesicht wahren läßt, schwer vorstellbar. Es fällt freilich auf, daß die drei deutschen Rüstungsaktien - Rheinmetall, Hensoldt und Renk - seit einiger Zeit schwach tendieren. Manchmal hat die Börse die bessere Witterung.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30795" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**NATO-Manöver "Steadfast Noon" vom 14. - 28.10.2024 - eine weitere Eskalation der Spannungen?**
Wie sagt man so schön: "Alle Wege führen nach Rom", so kann gesagt werden: "Alle Spuren führen zur US-amerikanischen, privaten Denkfabrik Council on Foreign Relations (zu Deutsch: Rat für auswärtige Beziehungen) kurz CFR, was die Hintermänner der NATO betrifft."
Der Fakt der beispiellosen Machtkonzentration des CFR und seines weltweit umspannenden Netzwerkes läßt nur einen Schluß zu: Die NATO muß als eines ihrer Instrumente erachtet

werden, um die globalen Ziele des CFR, bis hin zu einer zentralen Weltregierung, voranzutreiben. Die angebliche "Sicherung des Friedens" dient dabei einzig zur Legitimation ihrer Existenz und ihrer Operationen - im Dienste des CFR.
Erstens, heizt die NATO die ganze Kriegstreiberei an - ob nun mit Propaganda, Drohungen wie der NATO-Osterweiterung oder realer Aufrüstung usw. In Europa ist ein möglicher Krieg gegenwärtiger wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg.
Zweitens, die NATO zusammen mit der ganzen Kriegstreiberei - bis hin zur Kriegshysterie - dient als willkommenes Ablenkungsmanöver, um die eigentlichen Ziele der CFR-Strategen voranzutreiben: nämlich die Errichtung der Eckpfeiler einer zentralen Weltregierung.

(Dokumentation)

Am 4. April 1949 - also vor gut 75 Jahren - wurde die NATO als Verteidigungsbündnis gegen die damalige Sowjetunion und den Warschauer Pakt gegründet. NATO steht für "North Atlantic Treaty Organization", im Deutschen auch als "Atlantisches Bündnis" oder als "Nordatlantikpakt" bezeichnet. Mittlerweile besteht die NATO aus 32 europäischen und nordamerikanischen Mitgliedstaaten.
Wichtigstes Prinzip des Bündnisses ist die sogenannte Beistandsklausel in Artikel 5 des NATO-Vertrages: "Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird." Im Nato-Artikel 5 heißt es also: Wenn ein Nato-Mitglied angegriffen wird, wird de facto die gesamte Nato angegriffen. Der Nato-Rat stellt den Bündnisfall fest, erklärt wurde er bisher erst einmal: nach den Terroranschlägen in den USA vom 11. September 2001.
In der breiten Öffentlichkeit - wie auf der Webseite der deutschen Bundesregierung zu lesen ist - wird die NATO als "das erfolgreichste sicherheitspolitische Bündnis der Welt" angepriesen. Seit 75 Jahren garantiere sie die Sicherheit Europas.
Gute zwei Jahre nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine sehen 67 % der deutschen Bevölkerung aktuell Frieden und Sicherheit in Europa sehr stark oder stark bedroht, dies laut einer Telefonbefragung des ARD-DeutschlandTrend vom 4. April 2024. 82 % der Menschen erachten die NATO als wichtig, um den Frieden in Europa zu sichern.
In der Schweiz sprechen sich laut der Studie "Sicherheit 2024" 52 % der Bevölkerung für eine NATO-Annäherung aus - 30 % für einen NATO-Beitritt.
Die Frage, inwieweit die NATO den Frieden in Europa sichert, scheidet die Geister und beschäftigt die Bevölkerung mehr denn je. In dieser Dokumentation soll genau dieser Frage nachgegangen und ein Blick hinter die Kulissen der NATO geworfen werden.

1. Hat die NATO in der Vergangenheit den Frieden gesichert? - Die wichtigsten NATO-Operationen

Im Folgenden sollen nun einige der wichtigsten NATO-Operationen genauer betrachtet werden. Es handelt sich hierbei um offizielle Operationen unter NATO-Führung und nicht um Operationen von NATO-Staaten in eigener Regie.
Alle ihre militärischen Operationen fanden in der Zeit nach dem Kalten Krieg, also nach 1991 statt. Die ersten dieser Operationen fanden in Bosnien ab Juli 1992 statt, dies in Form von Seeblockaden, Flugverbotszonen oder sogenannten Friedenssicherungstruppen.

Operation Deliberate Force in Bosnien und Herzegowina vom 30.8.-20.9.1995

In den Jahren 1994 und 1995 schlugen Mörsergranaten auf dem Markt von Markalé in Sarajevo ein. Dabei starben um die 100 Zivilisten. Die Mörsergranaten wurden sofort den Serben angelastet. Eine Untersuchungskommission, um die Verantwortung dafür festzustellen, wurde verweigert. Dies ermächtigte die NATO, 1.026 Bomben auf 338 Ziele im gesamten, serbisch kontrollierten Teil Bosniens abzuwerfen. In zweieinhalb Wochen flogen Jets von acht NATO-Partnerstaaten insgesamt 3.515 Einsätze. Bei den Luftangriffen gab es ca. 27 zivile Tote und nochmals so viele tote Soldaten. Die Situation in Bosnien konnte bis heute nicht wirklich zum

Frieden geführt werden.

Operation Allied Force in der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien vom 24.3.-10.6.1999

Operation Allied Force war der Deckname einer militärischen Operation der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Die rund 200 eingesetzten Kampfjets warfen 28.018 Sprengkörper ab - inklusive Streubomben - und 10-15 Tonnen uranummantelte Munition. Es lag weder ein UNO-Mandat noch das Eintreten des Bündnisfalls vor.

Die NATO begründete die Luftangriffe mit einer vermeintlichen "humanitären Katastrophe". Jedoch gab es gemäß mehreren Berichten, auch von der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), vor Kriegsbeginn keine humanitäre Katastrophe und auch keine ethnischen Säuberungen. Nach Kriegsbeginn jedoch gab es: 10.000 tote Soldaten und Polizisten; 489-528 zivile Tote nach Human Rights Watch; 1.200-2.500 getötete Zivilisten nach jugoslawischer Schätzung; verheerende Langzeitauswirkungen wie Fehlgeburten und schwere Krankheiten durch Uranmunition.

Nach Schätzungen starben 125.000 Menschen an den Langzeitauswirkungen. Die Todesrate in Jugoslawien bzw. Serbien stieg Jahr für Jahr um 2,5 %. Und es gab eine zerstörte Infrastruktur: 110 Krankenhäuser, 480 Schulen, 19 Bahnhöfe, 60 Brücken und Industriebetriebe.

Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan, auf den Philippinen, in Georgien, Kirgisistan, am Horn von Afrika, in Somalia und in der Sahara vom 7.10.2001-28.12.2014

Als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 erklärte die US-Regierung den sogenannten Krieg gegen den internationalen Terrorismus. Der NATO-Rat beschloß daraufhin, die Anschläge als Angriff auf die Vereinigten Staaten unter Artikel 5, der Beistandsklausel des Nordatlantikvertrags, zu werten. Eine der Maßnahmen im Rahmen dieses Krieges gegen den Terror war die Operation Enduring Freedom, zu Deutsch "Operation andauernde Freiheit".

An der von einem US-Zentralkommando geführten Operation waren zwischenzeitlich etwa 70 Nationen beteiligt. Die Operation endete am 28. Dezember 2014. Sie wurde von der NATO-Mission "Resolute Support" abgelöst, die bis zum 11. September 2021 dauerte. Es handelte sich nicht mehr um einen Kampfeinsatz, sondern um beratende und logistische Unterstützung der afghanischen Regierung.

Die NATO hinterließ in Afghanistan alles andere als Frieden und Sicherheit. Innerhalb kurzer Zeit hatten die Taliban die Kontrolle über große Teile des gesamten Landes übernommen. Nach Angaben der Welthungerhilfe sei die humanitäre Lage "katastrophal". Viele Beobachter bewerten den internationalen Einsatz in Afghanistan als Fehlschlag.

Was die NATO und ihre Verbündeten hinterlassen haben sind schätzungsweise 240.000 Todesopfer. Allein 43.000 zivile Tote bis 2012. Über 3.500 tote Soldatinnen und Soldaten der NATO - davon 59 der deutschen Bundeswehr - verloren ihr Leben.

Internationaler Militäreinsatz in Libyen vom 19.3.-31.10.2011

Am 17. März 2011 ermächtigte die UN-Resolution 1973 die UN-Mitgliedstaaten zur Einrichtung einer "Flugverbotszone über Libyen", zum vermeintlichen Schutz der Zivilbevölkerung und zur Unterstützung der Aufständischen gegen die Regierungstruppen. Am 31. März 2011 übernahm die NATO das Kommando über den gesamten Militäreinsatz zur Durchsetzung der UN-Resolution 1973. Mit 260 Kampfjets flog die NATO insgesamt 7.587 Luftangriffe. Die Folge waren 50.000 zivile Tote und 50.000 zivile Verletzte.

Die Wirtschaftsinfrastruktur wurde größtenteils zerstört und Einrichtungen des großen Wassernetzwerkes zerbombt. Die NATO hat mit ihrem Einsatz in Libyen alles andere als den Frieden gesichert. Seit dem Sturz des Staatsoberhaupts Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 wird Libyen von gewaltsamen Konflikten erschüttert. Die politische Instabilität, der Zusam-

menbruch der öffentlichen Ordnung und der Wirtschaft prägen bis heute das tägliche Leben der Menschen in dem nordafrikanischen Land. Zudem gelangten Millionen von Flüchtlingen über Libyen nach Europa.
Vor der angeblichen "humanitären" Notlage in Libyen hatte das Land unter Muammar al-Gaddafi eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen mit den höchsten sozialen Errungenschaften in Gesamtafrika. Die Behauptung, Gaddafi habe 6.000 Menschen getötet, stellte sich als Lüge heraus. Nach dem Sturz al-Gaddafis fing die humanitäre Katastrophe erst an!

Weitere Kriege von und mit NATO-Staaten

Die von der NATO geführten Operationen verursachten unsägliches Leid mit Hunderttausenden Opfern und verheerenden Langzeitauswirkungen! Dazu kommen weitere Kriege von und mit NATO-Staaten wie:
Vietnamkrieg 1965-1975, wobei das US-Militär großflächig das hochgiftige Herbizid "Agent Orange" einsetzte. Dies verursachte immense Langzeitschäden an Umwelt und am Erbgut, Fehlbildungen von Föten und Fehlgeburten. Nach Angaben der Regierung starben bis 2009 400.000 Vietnamesen.
1. Irakkrieg beziehungsweise 2. Golfkrieg 1990/91
2. Irakkrieg beziehungsweise 3. Golfkrieg 2003, wobei die Koalition der Willigen unter US-Führung 1.000 bis 2.000 Tonnen panzerbrechende Uranmunition verschoß.
Bürgerkrieg in Syrien seit 2011
Militärintervention im Jemen 2011-2015
All diese Kriege haben eines gemeinsam: Die Übel, die der Krieg zufügte, waren größer als das vermeintliche Unrecht, das er beseitigen sollte, um den Frieden im Land zu sichern. Dies verstößt gegen den Grundsatz des internationalen Kriegsvölkerrechts. Und noch eines haben diese Kriege gemeinsam: Sie waren auf Lügen aufgebaut. Der Schweizer Historiker Dr. Daniele Ganser hat in seinem Buch "Illegale Kriege:
Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren" nachgewiesen, wie in Vergangenheit und Gegenwart illegale Kriege geführt werden - ohne Bündnisfall und ohne ausdrückliches UN-Mandat. Deshalb werden Kriege mit vermeintlichen "humanitären Katastrophen" oder sonstigen Lügen moralisch gerechtfertigt. Aber wie ist das möglich, und wie wird es umgesetzt? Und wenn die Operationen der NATO in der Vergangenheit keineswegs den Frieden sicherten, sollten sie es dann in der Gegenwart tun?
2. Wenn die Operationen der NATO keineswegs den Frieden sicherten, war es pures Versagen oder listige Berechnung?
Um diese Frage zu beantworten, muß ein Blick hinter die Kulissen der NATO geworfen werden. Wer steckt hinter der NATO, und welche Ziele verfolgen sie?
Wer steckt hinter der Gründung der NATO?
Wie sagt man so schön: "Alle Wege führen nach Rom", so kann gesagt werden: "Alle Spuren führen zur US-amerikanischen, privaten Denkfabrik Council on Foreign Relations (zu Deutsch: Rat für auswärtige Beziehungen) - kurz CFR, was die Hintermänner der NATO betrifft."
Der US-amerikanische Rechtsanwalt William Bundy schrieb den Studiengruppen des CFR zu, daß sie dazu beitrugen, den Denkrahmen zu schaffen, der zum Marshallplan (ein Wirtschaftsförderungsprogramm der USA für den Wiederaufbau der Staaten Europas nach dem Zweiten Welt
Als im September 1939 der Zweite Weltkrieg in Europa begann, schlug das US-Außenministerium ein Programm unabhängiger Analysen und Studien vor. Dieses wurde den Studiengruppen des CFR übertragen. Das Projekt, das als "War and Peace Studies" (Studien zu Krieg und Frieden) bekannt wurde, sollte die amerikanische Außenpolitik in den kommenden Kriegsjahren und der herausfordernden neuen Welt, die danach entstehen würde, leiten.

Auf der Webseite des CFR ist weiter zu lesen, daß "die Angelegenheit streng vertraulich" gewesen sei. Zitat: "Denn der ganze Plan würde 'über den geworfen' werden, wenn allgemein bekannt würde, daß das Außenministerium mit einer externen Gruppe (dem CFR) zusammenarbeitet. Die Rockefeller Foundation stimmte zu, das Projekt zu finanzieren, zunächst widerwillig, aber nachdem sie von seiner Bedeutung überzeugt war, mit fast 350.000 Dollar (entsprach 2015 ca. 6 Millionen US-Dollar). In den folgenden fünf Jahren nahmen fast 100 Männer an den "War and Peace Studies" teil ..."
Vorsitzender des Lenkungsausschusses der "War and Peace Studies" war Norman H. Davis (1878-1944). Davis war Vorstandsmitglied des CFR ab 1921 und Präsident von 1936-44.
Allen Welsh Dulles und Hanson W. Baldwin (1903-1991) leiteten die Rüstungsgruppe der "War and Peace Studies", wo die Grundgedanken und Entwürfe zur NATO entstanden.
Allen Welsh Dulles (1893-1969) war Vorstandsmitglied des CFR von 1927-69 und Präsident von 1946-50; er war Leiter der CIA von 1953-1961. Als CIA-Direktor autorisierte Dulles verdeckte Mordanschläge unter anderem auf Fidel Castro (Staatspräsident Kubas 1959-2008), Patrice Lumumba (1. Premierminister von Kongo 1960) und Rafael Trujillo (Präsident der Dominikanischen Republik). Lumumba wurde von einem Erschießungskommando ermordet. Zuvor hatte er eine bedeutende Rolle gespielt, den Kongo auf friedliche Art und Weise aus der belgischen Kolonialherrschaft zu führen.
Dulles war für die Regierungsumstürze im Iran und in Guatemala verantwortlich. Unter seiner Leitung unterstützte die CIA heimlich gleichzeitig zwei rivalisierende Konfliktparteien in Süd- und Mittelamerika. Sogar die kubanischen Revolutionäre ließ Dulles mit Waffen beliefern. Ganz nach dem Prinzip "Divide et Impera" zu Deutsch "Teile und Herrsche". Dieses Prinzip bezeichnet eine militärische, politische oder auch rhetorische Strategie, die auf eine Spaltung des gegnerischen Lagers zielt.
Weiter initiierte Dulles 1953 das CIA-Forschungsprogramm MK ULTRA. Das Programm über Möglichkeiten der Bewußtseinskontrolle umfaßte unter anderem Tausende von Menschenversuchen mit mehreren dokumentierten Todesfällen.
Der Historiker Dr. Daniele Ganser kam in seiner Arbeit zum Ergebnis, daß auch der Mord an Präsident John F. Kennedy von Allen Dulles in Auftrag gegeben wurde. Dulles war 33. Grad Freimaurer.
Ist es daher nicht verwunderlich, daß die NATO keineswegs den Frieden sichert, da ihre Grundidee unter Mitwirkung eines Mannes, Allen Dulles, ausgearbeitet wurde, an dessen Händen Blut klebt?
Aufschluß über die spätere Gründung der NATO gibt ein Artikel vom Juli 1983 in der britischen Fachpublikation "International Affairs". Der Titel lautet: "Die Pentagon-Verhandlungen im März 1948: Der Start des Nordatlantikvertrags". Laut den Autoren Cees Wiebes und Bert Zeeman sollte mit diesem Beitrag die offizielle NATO-Geschichtsschreibung ergänzt werden. Zitat:
"Der offiziellen NATO-Geschichtsschreibung zufolge begannen die Verhandlungen, die zur Unterzeichnung des Nordatlantikvertrags führten, am 6. Juli 1948 in Washington. Seit einigen Jahren ist jedoch bekannt, daß die Verhandlungen über einen Sicherheitsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und den westeuropäischen Staaten bereits vor diesem Datum geführt worden waren. Diese Verhandlungen fanden Ende März 1948 unter strengster Geheimhaltung zwischen den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Kanada im Pentagon in Washington statt. Einer der Teilnehmer an diesen geheimen Beratungen spricht von 'den entscheidenden (und geheimen) Pentagon-Gesprächen im März 1948, bei denen der Nordatlantikvertrag tatsächlich konzipiert wurde'."
Der "International Affairs-Artikel" nennt auch die Personen, die die Verhandlungen im Pentagon zwischen dem 22. März und 1. April 1948 führten. Auch hier führen die Spuren der Dele-

gationsteilnehmer, wie könnte es anders sein, zum CFR:
Lewis W. Douglas (1894-1974), Leiter seiner Delegation. Er war Botschafter der Vereinigten Staaten im Vereinigten Königreich von 1947-1950. Er war Mitglied der Rockefeller Foundation ab 1935 und im Exekutivkomitee von 1936-1939.
Er war im Vorstand des Council on Foreign Relations von 1940-1964.
Theodore Achilles (1905-1986), als US-amerikanischer Diplomat in Peru tätig, war ebenfalls Mitglied des CFR.
Alfred Gruenther (1899-1983), General der US-Army, war Oberbefehlshaber für alle NATO-Operationen (Supreme Allied Commander Europe) von 1953-1956.
Robert Cecil (1864-1958), war britischer Diplomat und Co-Gründer des "Chatham House" im Juli 1920, einer privaten Denkfabrik mit Sitz in London. Ein Jahr später wurde das US-Pendant, das CFR in New York gegründet. Bis 2004 war das Chatham House auch als "Royal Institute of International Affairs" bekannt. Schlüsselprojekte werden u.a. von der Rockefeller-Stiftung, der Bill & Melinda Gates Foundation, und der NATO finanziert.
Robert Cecil war Freimaurer.
Lester B. Pearson (1897-1972), Leiter der kanadischen Delegation, war der 14. Premierminister Kanadas von 1963 bis 1968. Er war Mitglied der Bilderberg-Gruppe und Teilnehmer am Bilderberg-Treffen 1964. Beim Aufbau der Bilderberg-Gruppe mischten wiederum die Rockefeller-Stiftung, die CIA und die CFR mit. Ziel war es, wiederkehrende Konferenzen mit europäischen und US-amerikanischen Politikern und -Wirtschaftsführern aufzubauen.
3. Ziele der NATO = Ziele des CFR
Um die hintergründigen Ziele bzw. den Zweck der NATO zu verstehen, müssen die Ziele des CFR verstanden werden. Auf seiner Webseite gibt sich der CFR bescheiden: Er diene um "zu helfen, die Welt und die außenpolitischen Entscheidungen, vor denen die Vereinigten Staaten und andere Länder stehen, besser zu verstehen." Doch wird sich eine Organisation wohl kaum ein beispielloses umfangreiches Netzwerk aufbauen, um nur beratende Funktion auszuüben! Der CFR besetzte während Jahrzehnten nahezu alle Schlüsselpositionen in der US-Regierung und stellte pro Administration - ob demokratisch oder republikanisch - mehrere hundert Spitzenbeamte und Berater.
Richard Harwood, der ehemalige leitende Redakteur und Ombudsmann der Washington Post, schrieb über den Council on Foreign Relations anerkennend, daß seine Mitglieder "am ehesten dem entsprechen, was man das herrschende Establishment der Vereinigten Staaten nennen könnte. ... Sie analysieren und interpretieren die Außenpolitik der USA nicht nur; sie helfen sie zu machen."
Zu den Mitgliedern des privaten Council on Foreign Relations zählen unter anderem:
- mehrere US-Präsidenten und Vize-Präsidenten beider Parteien;
- nahezu alle US-Außen-, Verteidigungs- und Finanzminister;
- die meisten Generalstabschefs und Kommandeure des US-Militärs und der NATO;
- einige der einflußreichsten Kongreßabgeordneten (insbesondere Außen- und Sicherheitspolitiker);
- nahezu alle Nationalen Sicherheitsberater, CIA-Direktoren, UNO-Botschafter, Vorsitzende der Zentralbank (Fed), Weltbank-Präsidenten, sowie Direktoren des Nationalen Wirtschaftsrates;
- zahlreiche prominente Akademiker;
- zahlreiche Direktoren von Banken, Denkfabriken, Universitäten, NGOs, und Hollywood;
- sowie die Schlüsselmitglieder der 9/11-Kommission und der Warren-Kommission (JFK)
- Darüber hinaus gehören dem CFR Unternehmen an, die zu den globalen Giganten des Big Business, Big Banking, Big Tech, Big Data, Big Media und Big Pharma gehören.
Kurz gesagt, der CFR hat eine unvergleichliche Reichweite und Schlagkraft. Die Macht und

der Einfluß, den der CFR ausübt, geht jedoch weit über seine Mitglieder hinaus:
- In England hat der CFR eine Schwesterorganisation, bekannt als das Royal Institute of International Affairs (RIIA), auch bekannt als Chatham House, gegründet im Jahr 1920;
- In Europa hat der CFR im Jahr 2007 den "European Council on Foreign Relations" (ECFR) ins Leben gerufen;
- Mit dem Council of Councils (CoC) bringt der CFR Mitgliedsorganisationen aus 24 Ländern zusammen, darunter aus Rußland und China. Die russische CFR-Mitgliedsorganisation "Council on Foreign and Defense Policy" (SVOP) (Zu Deutsch: "Rat für Außen- und Verteidigungspolitik") führt den Diskussionsclub "Valdai", an dem der russische Präsident Wladimir Putin regelmäßig teilnimmt.
Das zweiwöchentlich erscheinende Printmagazin "The New American" (entstand 1985 aus Publikationen der US-amerikanischen John Birch Society) brachte es in seiner Ausgabe vom Juli 2021 wie folgt auf den Punkt. Es handelte sich um eine Spezialausgabe zum 100-jährigen Jubiläum des CFR mit dem Titel: "CFR: Noch immer die Macht hinter dem Thron".
"Die Geschichte des CFR ist eine Chronik eines jahrhundertelangen Krieges gegen die nationale Souveränität und das unablässige Bemühen um den Aufbau einer allmächtigen Weltregierung zu errichten, die CFR-Globalisten häufig als ihre 'Neue Weltordnung' bezeichnet haben. ... Der CFR übt in der Tat einen beispiellosen Einfluß in politischen, finanziellen, wirtschaftlichen, medialen und akademischen Kreisen aus. ... Er ist das öffentliche Gesicht, das zentrale Nervensystem dessen, was Kritiker als den ‚Tiefen Staat′ bezeichnen - die nicht gewählte ‚permanenten Regierung′, die unser Land in ihre Gewalt gebracht hat."
Die Ausgabe endet mit den Worten, Zitat: "Der höllische Griff des ‚Tiefen Staates′ auf unsere Nation - und auf die ganze Welt - die wird nicht gebrochen werden, wenn nicht mehr Amerikaner (und mehr Menschen weltweit) aufwachen, die wachsende Kontrolle des CFR aufdekken und sich seiner teuflischen Agenda der Neuen Weltordnung widersetzen."
Am 17. Februar 1950 sagte der Wall Street Banker James P. Warburg, ein Berater von Franklin D. Roosevelt, vor einem US-Senatsausschuß: "Wir werden eine Weltregierung haben, ob es uns gefällt oder nicht ... durch Zustimmung oder durch Eroberung." Er war auch Mitglied des CFR, ebenso wie sein Vater, Paul Warburg, der als "Vater" des Federal Reserve Systems bekannt ist.
Inwiefern die NATO eine Schlüsselrolle spielt, um die Agenda einer zentralen Weltregierung umzusetzen, sehen Sie in den nachfolgenden Kapiteln.
4. Wie ist es möglich, Operationen der NATO als "Sicherung des Friedens" zu verkaufen? - "Die Propaganda-Matrix" des CFR
Die erfolgreiche Umsetzung von geopolitischen Strategien, v.a. die Rechtfertigung von militärischen Mitteln, um vordergründig den Frieden zu sichern - wäre undenkbar ohne die wirkungsvolle Beeinflussung der öffentlichen Meinung.
In einer 22-seitigen Studie von Swiss Policy Research (SPR) (ehemals "Swiss Propaganda Research") vom September 2017 wird "Die Propaganda-Matrix" des CFR dargestellt: "Wie der CFR den geostrategischen Informationsfluß kontrolliert."
"Swiss Policy Research" ist ein unabhängiges Forschungs- und Informationsprojekt zu geopolitischer Propaganda in Schweizer und internationalen Medien. Die Studie legt dar, "wie der CFR einen in sich weitgehend geschlossenen, transatlantischen Informationskreislauf schuf, in dem nahezu alle relevanten Quellen und Bezugspunkte von Mitgliedern des Councils und seiner Partnerorganisationen kontrolliert werden."
In den USA wurden tatsächlich nahezu alle bekannten Medien von CFR-Vertretern gegründet oder bereits vor Jahrzehnten aufgekauft.
In Deutschland erfolgt die Einbindung der führenden Medienleute - nebst der
Bilderberg-Gruppe - insbesondere über die sogenannte Atlantik-Brücke. Diese wurde 1952

von CFR- und Weltbank-Präsident John J. McCloy, zusammen mit CFR-Mitglied und Bankier Eric Warburg gegründet.
In der Schweiz erfolgt die strukturelle Einbindung der großen Verlage primär über die Bilderberg-Gruppe sowie über zunehmend enge Kooperationen mit deutschen Atlantikbrücke-Medien.

Nachrichtenagenturen

Eine besondere Rolle in der Informationsmatrix nehmen die Nachrichtenagenturen ein. Tatsächlich stammen bei internationalen Ereignissen nahezu alle Texte und Bilder, die CFR-Medien verwenden, von nur drei globalen Nachrichtenagenturen: der amerikanischen Associated Press (AP), der britisch-kanadischen Thomson-Reuters, und der französischen Agence France-Presse (AFP). Während Reuters und AP direkt in den Council eingebunden sind, gehört die AFP dem französischen Staat, der seinerseits über die Bilderberg-Gruppe und die NATO in die transatlantischen Strukturen integriert ist.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) & PR-Agenturen

Auch ohne Nichtregierungsorganisationen wäre es kaum denkbar, militärische Operationen der breiten Bevölkerung zu verkaufen. Diese täuschen den Völkern eine größere Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit vor. Tatsächlich sind die Direktoren von Amnesty International (AI), Human Rights Watch (HRW) und vieler weiterer, vordergründig humanitärer Organisationen jedoch seit Jahrzehnten in den CFR eingebunden. Zahlreiche andere werden von CFR-Milliardären wie George Soros finanziert und gelenkt.
Swiss Policy Research (SPR) schreibt, daß solche NGOs immer dann zum Einsatz kommen, wenn es gilt, eine Militärintervention humanitär zu legitimieren. So "verifizierte" Amnesty International bereits 1991 öffentlich die von einer amerikanischen PR-Firma (PR = Public Relations, zu Deutsch Öffentlichkeitsarbeit) erfundene "Brutkastenlüge" (irakische Soldaten hätten kuwaitische Frühgeborene getötet - erwies sich als Erfindung der amerikanischen PR-Agentur Hill+Knowlton Strategies) und trug damit wesentlich zur Lancierung des Golfkriegs bei.
Auch auf dem Balkan, in Afghanistan und Libyen forderten Amnesty International und Human Rights Watch auf Basis fragwürdiger bis falscher Behauptungen "humanitäre" Militärinterventionen. Die Behauptung, Gaddafi habe 6.000 Menschen getötet, stellte sich als Lüge heraus, so Swiss Policy Research.
Der Golfkrieg war eben erst beendet und die Brutkastenlüge aufgedeckt, da war die US-PR-Agentur Rudder Finn bereits in den Balkankriegen aktiv und bereitete den publizistischen Boden für die folgende NATO-Intervention. Der damalige Direktor von Rudder Finn erklärte in einem späteren Interview, warum seine Firma beispielsweise die Falschmeldung von serbischen "Todeslagern" in Bosnien verbreitete: "Wir haben die Existenz von Todeslagern in Bosnien nicht bestätigt, wir haben nur bekannt gemacht, daß (das US-Magazin) Newsday dies behauptet hat. ... Wir hatten einen Auftrag und wir erledigten ihn. Wir werden nicht dafür bezahlt, moralisch zu sein."
Zu nennen sind auch vermeintlich humanitäre Organisationen wie Avaaz oder Campact mit ihren Online-Petitionen. Statt Unterstützung für den Regenwald fordern sie dann plötzlich eine "Flugverbotszone" über Libyen.

5. Operationen der NATO können als "Sicherung des Friedens" verkauft werden, weil nicht nur die "Propaganda-Matrix", sondern auch die NATO selbst fest in den Händen des CFR ist

Swiss Policy Research schreibt: "Der CFR unterhält seit Jahrzehnten ein eigenes Ausbildungsprogramm für Offiziere, sodaß inzwischen - Schätzungen zufolge - rund 75 % aller höheren US-Militärs vom CFR ausgebildet wurden - inklusive nahezu aller Generalstabschefs, NATO-Oberbefehlshaber und Gebietskommandeure seit dem Zweiten Weltkrieg. Auf diese Weise hat sich der Council eine ideologisch geschulte, imperiale Streitkraft aufgebaut, wie

man dies sonst fast nur von totalitären Regimen her kennt."
Auf der Webseite des CFR ist über das militärische Ausbildungsprogramm zu lesen: "Das Programm ermöglicht es den ausgewählten Offizieren, ihr Wissen über internationale Beziehungen zu erweitern, indem sie ein Jahr am Hauptsitz des CFR in New York verbringen ... durch die intensive Teilnahme am aktiven Programm von CFR-Treffen und -Veranstaltungen sowie durch die Interaktion mit den vielfältigen Mitgliedern des CFR."
Auch die Spuren der NATO-Generalsekretäre und Supreme Allied Commanders Europe (Zu Deutsch: Alliierter Oberkommandierender in Europa) - kurz SACEUR - weisen auf die Bilderberg-Gruppe bzw. den CFR hin. Der Generalsekretär vertritt als oberster Repräsentant der NATO die Organisation in der Öffentlichkeit. Er ist immer aus Europa.
Der SACEUR ist immer ein US-amerikanischer General oder Admiral und hat den militärischen operativen Oberbefehl. Ein beachtlicher Teil der Generalsekretäre und SACEURs waren Teilnehmer an Bilderberg-Konferenzen. Die Liste mit den Namen finden Sie im Abspann.
6. Die NATO als Instrument - nicht um den Frieden zu sichern, sondern vielmehr, um die globalen Ziele des CFR, bis hin zu einer zentralen Weltregierung, voranzutreiben
Der Fakt der beispiellosen Machtkonzentration des CFR und seines weltweit umspannenden Netzwerkes läßt nur einen Schluß zu: Die NATO muß als eines ihrer Instrumente erachtet werden, um die globalen Ziele des CFR, bis hin zu einer zentralen Weltregierung, voranzutreiben. Die angebliche "Sicherung des Friedens" dient dabei einzig zur Legitimation ihrer Existenz und ihrer Operationen - im Dienste des CFR.
Ein geopolitisches Ziel der CFR-Strategen dürfte sicher sein, die militärische Vormachtstellung der US-Armee und der NATO in der Welt zu sichern, wenn nicht sogar auszubauen.
Laut einem Update vom Juni 2023 haben die US-Streitkräfte schätzungsweise 750 Militärstützpunkte in mehr als 80 Ländern außerhalb der USA. In Deutschland sind es 119 militärische Einrichtungen. In einer visuellen Datenbank werden 56 NATO-Basen weltweit angezeigt.
Zu erwähnen ist die Militärbasis "Camp Bondsteel" der US-Streitkräfte im Kosovo. Diese wurde nach der "Operation Allied Force" der NATO gegen Jugoslawien im Juni 1999 errichtet. Der Stützpunkt umfaßt 386 Hektar (3.860.000 m²) und beherbergt bis zu 7.000 Soldaten der US-Armee und verbündeter Truppen.
Die "Strategie der Spannung" als geopolitisches Instrument der Architekten einer Weltregierung, ihre politische und militärische Weltmacht weiter auszubauen
Doch jeder Geostratege, der seine politische und militärische Weltmacht weiter ausbauen möchte, setzt nicht in erster Linie auf konventionelle - sogenannte - "heiße" Kriege, sondern darauf, die Bevölkerung in "Angst und Schrecken" zu halten.
Dies wird auch als "Strategie der Spannung" bezeichnet. Im Krimpedia ist folgende Definition zu finden: "Die Strategie der Spannung als politischer Begriff bezeichnet die von staatlichen Organen geförderten bzw. ausgeführten Maßnahmen zur Angstschürung oder Verunsicherung der eigenen Bevölkerung bzw. des eigenen Staates. ... Zudem kann eine Strategie der Spannung der Rechtfertigung staatlicher repressiver Handlungen und Eingriffe dienen, indem das Verlangen der Bevölkerung nach staatlicher Intervention gestärkt wird."
Kommt das nicht bekannt vor? Die vermeintliche Corona-Pandemie läßt grüßen. War es doch nur möglich mit Hilfe von "Angstschürung und Verunsicherung", repressive Maßnahmen zu rechtfertigen.
Doch zurück zum Begriff "Strategie der Spannung". Der Begriff "strategy of tension" wurde erstmals 1969 in einem Artikel der britischen Sonntagszeitung Observer verwendet. Er bezog sich auf verdeckte Operationen des italienischen Staates. In den Jahren von 1969 und 1984 gab es in Italien mehrere Terroranschläge mit mehr als 200 Toten und etwa 600 Verletzten. Diese wurden den "Roten Brigaden", einer linksradikalen Gruppierung, in die Schuhe gescho-

ben.
Umfangreiche Ermittlungen des venezianischen Untersuchungsrichters Felice Casson führen ihn auf die Spur eines der eigentlichen Täter, des Rechtsextremisten Vincenzo Vinciguerra. Dieser legte ein umfangreiches und folgenschweres Geständnis ab. Vinciguerra sagte aus, daß er von Personen aus dem Staatsapparat gedeckt worden sei, und daß das Attentat Teil einer umfassenden Strategie gewesen sei, die Casson später als "Strategie der Spannung" bezeichnete. Diese Vorgehensweise zielte auf die Diskreditierung der in Italien traditionell starken Kommunistischen Partei ab, um deren Regierungsbeteiligung zu verhindern.
Casson ermittelte weiter und deckte nach Recherchen in den Archiven des Militärnachrichtendienstes SISMI ("Militärischer Nachrichten- und Sicherheitsdienst" bis 2007, der vorwiegend im Ausland operierte) die Existenz einer hochgeheimen komplexen Struktur innerhalb des italienischen Staates auf. Es handelte sich um sogenannte "Stay-behind-Organisationen" (Organisationen, die hinter der feindlichen Linie operieren), die in Italien "Gladio" genannt wurde. Gladio ging aus der Kooperation des italienischen "Nachrichtendienstes der Streitkräfte" SIFAR mit der CIA und war seit 1964 in die NATO integriert. Richtig verstanden.
Es handelte sich um NATO-Geheimarmeen, die nach dem Zweiten Weltkrieg vom US-Geheimdienst CIA zusammen mit dem Englischen Geheimdienst MI6 aufgebaut wurden. Im Falle einer Sowjetischen Besetzung der Länder sollten sie als Guerilla kämpfen und Westeuropa befreien. Der Schweizer Historiker Dr. Daniele Ganser fand in seinem Forschungsprojekt zu den Nato-Geheimarmeen Anzeichen dafür, daß es neben der Operation in Italien ähnliche Netzwerke gab, und zwar in Frankreich, Deutschland, Griechenland, Holland, Belgien, Spanien, Portugal, Norwegen, Luxemburg, Dänemark, Österreich, Finnland, Schweden und der Schweiz.
Gemäß Historiker Daniele Ganser eignet sich "Terror ... mehr als irgendeine andere militärische Strategie dazu, die Bevölkerung zu manipulieren." Mit Methoden zur Erzeugung und Manipulation von Angst soll die (einheimische) Bevölkerung für "bestimmte politische oder wirtschaftliche Maßnahmen empfänglich oder feindlich" gemacht werden, so Ganser.
Wie kann eine Bevölkerung besser manipuliert und für eine zentrale Weltregierung empfänglich gemacht werden, als durch die Erzeugung von Angst und Verunsicherung?
Doch die Methoden, um eine Bevölkerung in Angst und Schrecken zu setzen, beziehen sich nicht nur auf Terror mit Waffengewalt, sondern auf jegliche Kriegsrhetorik.
Zum Beispiel führte der sogenannte "Kalte Krieg" zwischen den USA und der Sowjetunion von 1945 und 1991 zu einem regelrechten, auch atomaren Wettrüsten. Ein direkter offener Krieg mit Waffeneinsatz wurde zwar vermieden, aber die wechselseitige Androhung eines Atomkrieges unter dem Begriff "Abschreckung" beschwor erstmals die mögliche Selbstauslöschung der Menschheit ("Overkill") herauf.
Der Konflikt nahm mehrmals äußerst bedrohlichen Charakter an, sodaß die Möglichkeit eines "heißen" Krieges zwischen den Supermächten immer im Bewußtsein war. So wurde die Bevölkerung durchgehend unter "Spannung" und "Verunsicherung" gehalten. Dies spielte den Regierungen und der Rüstungsindustrie in die Hände, um Menschen ihrer Bürgerrechte und Freiheiten zu berauben oder sonst wie Profit zu schlagen. Dasselbe Muster ist auch in der gegenwärtigen Rhetorik rund um den Ukraine-Rußland-Konflikt zu erkennen.
Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 kam dann die NATO an die Reihe. Richtig verstanden! Mit der sogenannten NATO-Osterweiterung ab 1999 gelang es den geopolitischen Strategen, das Konfliktpotential mit Rußland aufrecht und die eigene Bevölkerung unter Spannung zu halten.
Bei der ersten NATO-Osterweiterung 1999 waren es Polen, Tschechien und Ungarn.
2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien
2009 Albanien und Kroatien

2017 Montenegro
2020 Nordmazedonien
2023 Finnland
2024 Schweden
Ein absoluter Höhepunkt der Konfrontations- bzw. Spannungspolitik mit Rußland wäre ein NATO-Beitritt der Ukraine. Mit einem NATO-Beitritt der Ukraine würde die Beistandsklausel ausgelöst und alle NATO-Staaten befänden sich im Krieg mit Rußland. Es ist davon auszugehen, daß dies eine Ausbreitung des Krieges auf ganz Europa - wenn nicht auf die ganze Welt - zur Folge hätte.
In einem Interview mit dem Deutschlandfunk im März 2024 bekräftigte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, er könne nicht genau sagen, wann die Ukraine in das Bündnis aufgenommen werde: "Aber wir arbeiten hart daran, daß es so schnell wie möglich geschieht."
US-Außenminister Antony Blinken sagte am Rande des Festaktes zum 75-jährigen Bestehen der NATO, Zitat: "Die Ukraine wird Nato-Mitglied. Unser Ziel bei diesem Treffen ist es, dabei zu helfen, eine Brücke zu ihrem Beitritt zu bauen." Blinken, Sie werden es erahnen, ist Mitglied im CFR.
Seit längerem wird kontrovers darüber debattiert, ob es während Verhandlungen im Jahr 1990 ein solches Versprechen gab, daß die NATO nicht nach Osten ausgeweitet wird. Fakt ist, daß es keine verbindliche und vertraglich festgelegte Zusage an die Sowjetunion bzw. gegenüber Rußland gibt. Wladimir Polenow, Mitglied der russischen Delegation bei den Verhandlungen 1990 sagte: "Es war ein Fehler, daß man diese Zusicherungen gegenüber der Sowjetunion, daß die NATO im Osten nicht erweitert wird, nicht schriftlich festgehalten hat. Das war ein sehr großer Fehler."
Ob mit oder ohne Versprechen dürfte den CFR-Strategen egal sein. Die NATO hat ihren Zweck, die "Strategie der Spannung" aufrecht zu halten, erfüllt. Dafür gibt es aber ein anderes aufschlußreiches Versprechen zwischen der russischen und US-amerikanischen Regierung: In der Ausgabe vom 14. April 2014 erwähnte der deutsche Schriftsteller Rolf Hochhuth in der Berliner Zeitung, daß Kreml und Weißes Haus seit 1952 ein Geheimabkommen haben: "… demzufolge, sollte doch der Kalte Krieg in einen heißen ausarten, garantiert in Rußland und Amerika keine Fensterscheibe kaputtgeht, sondern "lediglich" Polen und Deutschland weggemacht werden: Der ungeheuerlichste Verrat an einem Verbündeten, von dem je erfahren hat, wer noch Geschichte liest …"
Solch eine Strategie, daß ein Krieg auf dem Rücken der europäischen Bevölkerung ausgetragen wird, ist den CFR-Strategen durchaus zuzutrauen. CFR-Stratege Allen Dulles machte es als CIA-Direktor von 1953-1961 schließlich vor, als er rivalisierende Konfliktparteien gleichzeitig mit Waffen belieferte.
Daß es sich dabei nicht nur um eine weither geholte These handelt, zeigt ein Artikel vom 22. April 2024 im Journal "Foreign Affairs", das im Auftrag des Council on Foreign Relations (CFR) vierteljährlich herausgegeben wird. Der Titel des Artikels sagt schon alles: "Europa - aber nicht die NATO - sollte Truppen in die Ukraine entsenden"
Der deutsche investigative Journalist Thomas Röper kommentierte den Artikel u.a., Zitat: "Wer ... aufmerksam liest, der stellt fest, daß die Aussage Putins, die USA kämpfen in der Ukraine bis zum letzten Ukrainer, leider absolut zutreffend ist. Mehr noch, der Artikel zeigt, daß die Autoren auch gerne bis zum letzten Europäer kämpfen möchten …"
Die Autoren machen denn auch deutlich, daß die USA und die NATO fein raus wären: "Und da die europäischen Streitkräfte außerhalb des NATO-Rahmens und des NATO-Gebiets agieren würden, würden etwaige Opfer nicht zu einer Reaktion nach Artikel 5 führen und die USA auf den Plan rufen. Der Gegner Rußlands wäre nicht die NATO, sondern eine Koalition europäischer Staaten, die ein Gleichgewicht gegen den nackten russischen Imperialismus anstre-

ben würden."
Eine Strategie wie aus dem Lehrbuch, wie es im Lehrfilm "Wie funktionieren moderne Kriege?" dargestellt wird: Der "Angreifer" bringt seine erwählten Länder dazu, mit ihren eigenen Waffen und Armeen gegen seinen größten Rivalen auszuziehen. Erst wenn alle Länder ihre letzte Munition verschossen, ihre besten Leute verloren haben und ruiniert sind, greift der eigentliche Menschenfeind, der wahre Angreifer und Kriegstreiber ein, um nun alle miteinander zu besiegen ... (oder) um sich als Retter feiern zu lassen."
Sehen Sie dazu auch die sogenannte Stratfor-Rede von 2015 des US-Geostrategen George Friedman. Demnach sehen die USA ihre größte Bedrohung in einem möglichen deutsch-russischen Bündnis. Ein Krieg in Europa mit Deutschland und Rußland läge im Interesse US-amerikanischer Vorherrschaftspolitik.
Man denke auch an die bekannte Äußerung des britischen Lords Hastings Ismay in seinem Amt als erster Generalsekretär der NATO: Die NATO sei gegründet worden, "to keep the Soviet Union out, the Americans in and the Germans down", zu Deutsch: "Um die Sowjetunion draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen klein zu halten." Kann diese Äußerung wirklich nur im Kontext der NATO-Gründung verstanden werden, wie es die Boulevard-Medien tun, oder hat es gerade auch heute noch sein Gültigkeit?
7. Schlußfolgerung: Die NATO kann nicht als Garant für die "Sicherung des Friedens" erachtet werden - schon gar nicht in Europa - aber als Garant für die Bauherren einer neuen Weltordnung und dies in zweierlei Hinsicht
Für die Bauherren einer neuen Weltordnung unter zentraler Führung erfüllt die NATO ihren Zweck in zweierlei Hinsicht:
Erstens, die NATO als Kriegstreiber
Erstens, heizt die NATO die ganze Kriegstreiberei an - ob nun mit Propaganda, Drohungen wie der NATO-Osterweiterung oder realer Aufrüstung usw. In Europa ist ein möglicher Krieg gegenwärtiger wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg.
Auf der Webseite der Bundeswehr ist von einem "Operationsplan Deutschland" zu lesen (kurz OPLAN DEU).
Der "Operationsplan Deutschland" sei eine "gesamtstaatliche Verteidigungsplanung" mit folgenden Zielen: Einerseits, wörtlich: "um gemeinsam mit anderen staatlichen und zivilen Akteuren Deutschland, dessen territoriale Integrität und seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu verteidigen". Anderseits, um "den Aufmarsch der alliierten Streitkräfte über und durch Deutschland an die NATO-Ostflanke sicherzustellen."
Einen weiteren Höhepunkt erreichte die Kriegstreiber-Rhetorik am 31. Mai 2024. Die Außenministerinnen und Außenminister der NATO trafen sich in Prag. Auf der Agenda standen die Vorbereitung des Gipfeltreffens in Washington im Juli 2024 und die NATO-Unterstützung für die Ukraine. Die Schlagzeile in den Boulevard-Medien lautete: "Die USA und Deutschland erlauben den Einsatz ihrer Waffen gegen Stellungen in Rußland, allerdings nur bei Charkow. Wobei die ukrainische Regierung bereits am 3. Juni darauf drängte, daß der "Umfang der Anwendung" westlicher Waffen auf russisches Territorium ausgeweitet werde. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein.
Das Recht auf Verteidigung leite sich aus dem Völkerrecht ab, sagt die NATO." Bündnis-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat die Alliierten aufgerufen, der Ukraine weiter Waffen und Munition zu liefern.
Die Antwort Rußlands kam postwendend: Rußland sieht die NATO-Aktion als ernste Eskalation und droht mit massiver Antwort. Dmitry Medvedev, von 2008 bis 2012 Präsident Rußlands und seit 2020 stellvertretender Leiter des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, schrieb auf seinem Telegram-Kanal: "Ein solcher "individueller Beistand" der NATO-Staaten gegen Rußland, … stellt eine ernsthafte Eskalation des Konflikts dar. Die ehemalige Ukraine

und ihre NATO-Verbündeten werden eine Antwort von solch zerstörerischer Kraft erhalten, daß das Bündnis selbst einfach nicht in der Lage sein wird, sich dagegen zu wehren, in den Konflikt hineingezogen zu werden."
Am 27. Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg, Anfang Juni 2024, sprach der russische Präsident Wladimir Putin von einer "asymmetrischen Antwort". (asymmetrisch meint: Schwächung des Gegners mit gezielten Nadelstichen, im Gegensatz zu einer offenen Konfrontation) Eine sogenannte "symmetrische Antwort", daß Rußland NATO-Gebiet angreifen wolle, bezeichnete er als "Bullshit". Putin wörtlich: "Wir denken darüber nach, daß falls jemand es für möglich hält, Waffen in die Kampfzone zu liefern, um Angriffe auf unser Gebiet durchzuführen ..., warum wir dann nicht das Recht haben sollten, solche Waffen in Weltregionen aufzustellen, wo Angriffe auf sensible Objekte derjenigen Länder ausgeführt werden, die das in Bezug auf Rußland tun?"

Zweitens, die NATO als Ablenkungsmanöver

Zweitens, die NATO zusammen mit der ganzen Kriegstreiberei - bis hin zur Kriegshysterie - dient als willkommenes Ablenkungsmanöver, um die eigentlichen Ziele der CFR-Strategen voranzutreiben: nämlich die Errichtung der Eckpfeiler einer zentralen Weltregierung. Dabei ist die militärische Überlegenheit nur eine von mehreren.
Zu den wichtigsten Eckpfeilern zur Errichtung einer neuen Weltordnung gehört die Kontrolle und Macht über die Gesundheit und über die Finanzen.
Gerade im Bereich der Gesundheit soll mit dem neuen WHO-Pandemievertrag und den überarbeiteten Internationalen Gesundheitsvorschriften die Kontrolle über "Gesundheitsmaßnahmen" weltweit zentralisiert werden. Der WHO - die ebenso wie die UNO in den Studiengruppen des CFR entworfen wurde - würde dann die alleinige Deutungshoheit über Krankheiten und Entscheidungsbefugnis über Maßnahmen übertragen werden.
Ein weiterer zentraler Eckpfeiler ist die Hoheit über die Finanzen. Derzeit wird im Hintergrund weltweit - samt Rußland und China - die Einführung digitaler Zentralbankwährungen vorbereitet. Laut dem deutschen Finanzexperten Ernst Wolff soll jeder Bürger und jedes Unternehmen nur noch über ein einziges, bei der Zentralbank angelegtes Konto verfügen. Das würde dem Staat ermöglichen, die Geldmenge zentral festzulegen, Geldströme zu steuern und zu kontrollieren und Zinssätze je nach Bedarf festzusetzen.
Zitat Ernst Wolff: "Die Bürger werden sehr schnell mitbekommen, daß der Staat nicht nur jede einzelne Transaktion nachverfolgen, sondern ihnen nebenbei individuelle Zins-, auch individuelle Steuersätze oder auch Strafzahlungen auferlegen, das Geld an ... ein Sozialkreditsystem nach chinesischem Vorbild binden oder sie von allen Finanzströmen ganz abschneiden könnte."
Dies sind nur zwei Beispiele, wie Macht und Kontrolle weltweit zentralisiert und einer "Weltregierung" übertragen werden sollen. Die NATO dient dabei als Erstes, die militärische Vormachtstellung sicherzustellen und als Zweites, von allerlei Weltherrschaftsbestrebungen, die auf Hochtouren laufen, abzulenken. Kla.TV hat diese Bestrebungen in vielen Sendungen aufgedeckt. Einen Teil davon finden Sie in der blauen Infobox.
Liebe Zuschauer, vielleicht fühlen Sie sich jetzt erschlagen von all diesen Fakten und sehen keinen Ausweg. Kla.TV bekommt oft Rückmeldungen aus dem Publikum, daß wir nur Probleme aufzeigen und keine Lösungen präsentieren. An dieser Stelle können wir uns allerdings nicht dafür entschuldigen, daß unsere Lösungsansätze nicht im sichtbaren Bereich wurzeln. Angesichts all dieser massiven Bedrohungen, schöpfen wir unsere Kraft und Hoffnung seit Jahrzehnten aus einer höheren Dimension, von der Ivo Sasek immer wieder zeugt.
Für alle, die die Hoffnung nicht aufgeben wollen, möchten wir auf unser reichhaltiges Angebot an lichtvollen Konferenzen hinweisen unter www.ivo-sasek.ch/veranstaltungen und www.sasek.tv. Sehen Sie zum Schluß drei kurze Ausschnitte aus der Rede des Kla.TV-

Gründers Ivo Sasek, die er am 4. Mai 2024 am Internationalen Freundestreffen hielt. Sasek spricht über die Waffe der Ablenkung vor dem eigentlich verdeckten Weltkrieg und von einem heilbringenden Ausweg daraus.
Ihr Lieben, wir müssen dringendst verstehen lernen, daß sich die Zeiten geändert haben. Die gegenwärtig analog geführten Kriege, d.h. die physischen Kriege mit ihren Panzern, Helikoptern, Marschflugkörpern und dergleichen, die haben heute eine ganz andere Funktion. Wißt ihr welche? Diese konventionellen Kriege, die gerade geführt werden, sie dienen gegenwärtig vorwiegend als Waffe der Ablenkung vor dem eigentlich verdeckten Weltkrieg, versteht ihr? Die Kriege selber, überlegt euch gut diesen Satz, den ich spreche, die Kriege selber, die gerade geführt werden, sind Ablenkungsmanöver, um den viel größeren laufenden Krieg zu bedecken. Wenn es ihnen gelingt, die ganze Welt durchzuimpfen - dieser Gen-Therapie - kannst du verstehen, wie das geht?
Der gegenwärtige hybride Krieg hingegen umfaßt tatsächlich den hintersten und letzten Menschen dieses Planeten. So wahr Onkel Bill (Gates) vorhergesagt hat: "Erst wenn jeder Mensch unter diesem Himmel durchgeimpft ist, sind wir sicher …" - Ihr wißt ja, Onkel Bill, Bill Gates. - Also der verborgene Angreifer, er rechnet damit. Das hat er niedergeschrieben, vor 120 Jahren schon, ich habe es schriftlich. Der verborgene Angreifer rechnet damit, erst dann von uns richtig erkannt zu werden, wenn es schon zu spät ist, weil dann jede Opposition mittels der digitalen, bargeldlosen Totalüberwachungstechnologie mit einem einzigen Knopfdruck schachmatt gesetzt werden kann.
Jetzt, in diesen unseren Tagen, an diesem Tag der Entsperrung - wie ich ihn heute nenne - zückt Gott gleichsam seinen härtesten, schärfsten Pfeil, seine mächtigste Waffe. Welche Waffe ist das? Reden wir hier gerade von physischen Waffen? Nein, nein, nein. Eben gerade nicht. Seht, Jahrtausende haben uns doch gelehrt, daß physische Waffen zu immer nur noch schlimmeren Kriegen und noch tödlicheren Waffenschöpfungen führen müssen. Haben wir doch gelernt. Und die wahren und einzig wirklich heilbringenden Waffen Gottes sind darum die Waffen des Geistes. Die Waffe des Wortes. Die stärkste, die es gibt unter dem Himmel.
Die Wahrheit, zum Beispiel gesprochen, aber nicht wie bislang, als schwächliches oder gar gesetzlich tötendes Menschenwort - sondern die Wahrheit, gesprochen zufolge ergehender Kraftwirkungen und machtvollen Beglaubigungen der ontischen Macht. Seht ihr den Unterschied? Nur noch eine einzige Waffe darf von uns in diesem angekündigten Endkampf verwendet werden, bedeutet das.
Die vollständige Rede "Tag der Entsperrung", die in 53 Länder live übertragen wurde, finden Sie unter www.kla.tv/29017.
(Generalsekretäre und SACEURs, die Teilnehmer an Bilderberg-Konferenzen waren:)
Generalsekretäre
Dirk Stikker (1961-1964) Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 1964
Joseph Luns (1971-1984) Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 1964, 1973, 1978-1984
Lord Carrington (1984-1988) Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 1978, 1983, 1984, 1987, 1989, 1990, ...
War im Vorsitz des Führungskomitees der Bilderberg-Gruppe
Manfred Wörner (1988-1994) Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 1982, 1985, 1990-1993
Willy Claes (1994-1995) Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 1985, 1994, 2003
Javier Solana (1995-1999) Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 1985, 1998, 2000, 2010, 2011
George Robertson (1999-2003) Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 1998, 2001
Jaap de Hoop Scheffer (2004-2009) Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 2003, 2005, 2007, 2012, 2014
Anders Fogh Rasmussen (2009-2014) Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 2000, 2003,

2014,
Jens Stoltenberg (seit 2014) Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 2015, 2017, 2018, 2019, 2022, 2023, 2024
Mark Rutte (ab 1.10.2024) Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 2012, 2016, 2024
SACEURs
James G. Stavridis (2009-2013) Mitglied im CFR
Philip M. Breedlove (2013-2016) Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 2013-2016
Tod D. Wolters (2019-2022) Mitglied im CFR
Christopher Cavoli (seit 2022) Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 2023<<

Belgien: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Blaupause für den Dritten Weltkrieg: EU läßt Selenskyj mit seinem verrückten "Siegesplan" abblitzen!**

Der ukrainische Marionetten-Präsident Wolodymyr Selenskyj ist mit seinem durchgeknallten "Siegesplan" beim Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel abgeblitzt. In der Gipfelerklärung zur Ukraine wird Selenskyjs Blaupause für den Dritten Weltkrieg mit keinem Wort erwähnt. Worum geht es eigentlich bei diesem irren Plan, den der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán "mehr als beängstigend" nennt?

Zentraler Punkt ist die Forderung nach einem schnellen Nato-Beitritt der Ukraine. Für Rußland eine absolut rote Linie! Für Deutschland würde ein Beitritt der Ukraine zur Nato nicht nur (wie schon jetzt) den mittelbaren, sondern dann den direkten Kriegseintritt nach Artikel 5 des Nordatlantikpaktes ("Bündnisfall") bedeuten.

Selenskyj hat seinen sogenannten "Siegesplan" auch auf dem EU-Gipfel vorgestellt. Dieser besteht aus mehreren aufeinander aufbauenden Hauptpunkten und drei geheimen Anhängen, die sämtlich darauf abzielen, den Westen und Deutschland noch tiefer in den Krieg hineinzuziehen.

- Sofortige "Einladung" an die Ukraine, der Nato beizutreten;
- Stärkung der ukrainischen Verteidigung einschließlich der Erlaubnis, vom Westen gelieferte Langstreckenwaffen auf russischem Territorium einzusetzen;
- Fortsetzung und Ausweitung der Militäroperationen der Ukraine in Rußland, um "Pufferzonen" auf russischem Staatsgebiet zu schaffen;
- Stationierung eines nicht-nuklearen strategischen "Abschreckungspakets" auf ukrainischem Boden - sprich: weitreichende Raketensysteme, die jederzeit auch mit nuklearen Sprengköpfen bestückt werden könnten;
- Gemeinsamer Schutz der ukrainischen Bodenschätze durch die USA und die EU sowie gemeinsame Nutzung. Hintergrund: Die Ukraine verfügt über wertvolle Ressourcen (u.a. seltene Erden, Lithium, Uran, Titan). Der Westen soll sich also wirtschaftlich (Stichwort Rohstoffe) abhängig machen von einem der korruptesten Staaten der Welt!
- Ersetzen von in Europa stationierten US-Truppen durch ukrainische Soldaten in der Zeit nach dem Krieg. Die ukrainischen Streitkräfte sollen laut Selenskyj zu einem "integralen Bestandteil" des westlichen Verteidigungspotentials werden und "bedeutend zu Europas Sicherheit beitragen".

***

"Wir können den Krieg spätestens 2025 beenden", warb Selenskyj im großen Saal des EU-Ratsgebäudes in Brüssel, wo ihn die 27 Staats- und Regierungschefs der EU zum Auftakt ihres Gipfeltreffens mit den üblichen Durchhalteparolen und Solidaritätsbekundungen empfingen. Er wolle "Frieden durch Drohungen" erreichen, sagte der ukrainische Präsident. Aber alles hänge vom Willen der westlichen Partner ab, mehr Waffen zu liefern und für Angriffe auf Rußland freizugeben. Den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) drängte der ukrainische Machthaber erneut, Taurus-Marschflugkörper zu bewilligen.

Moskau wittert US-Intrige

Die Reaktion aus Moskau auf Selenskyjs durchgeknallten "Siegesplan" ließ nicht lange auf sich warten. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte laut "Moscow Times", er sei überzeugt, daß alle Vorschläge "Tarnung" seien. Dahinter stecke "ein amerikanischer Plan, uns bis zum letzten Ukrainer zu bekämpfen".<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 43/24" berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Von der Leyens Gruseletat**

EU: Mit ihrer Reform des Haushalts sorgt die Kommissionspräsidentin für heftigen Streit

Albrecht Rothacher

Zwei Drittel des EU-Haushaltes fließen alljährlich in die Landwirtschaft und die Regionalpolitik, meist jene des europäischen Südens und des Ostens zum Zwecke der allgemeinen "Kohäsion". Die gemeinsame Agrarpolitik wurde 1957 erfunden, um Frankreich und Italien für den deutschen Zugang zu ihren Industriemärkten in der neuen EWG zu entschädigen, und die Kohäsionspolitik, um bei der Schaffung des EU-Binnenmarkts 1993 die armen Randregionen zu fördern.

Einmal eingeführt sollten sie das ewige Leben haben, zumal die Brüsseler Lobbys und die diversen Projektverwalter damit ein gutes, nicht allzu stressiges Auskommen fanden. So werden der sonnige Mezzogiorno oder Korsika seit gut 70 Jahren mit Milliardenbeträgen gefördert, ohne daß sich an ihren Entwicklungsrückständen irgend etwas geändert hätte.

Wer bei Gender oder beim Klima nicht pariert, geht leer aus

Und trotz der Agrarmilliarden setzt sich das Bauernsterben Jahr um Jahr um zwei Prozentpunkte fort. Damit auch den Nettozahlern im Norden die Positiva der EU-Förderpraxis vorgeführt werden können, hängt mittlerweile an jedem zweiten Kinderspielplatz ein Dankesschild mit den EU-Sternchen, weil Schaukel oder Rutsche nach dickleibigen Förderanträgen mit EU-Geldern gesponsert wurden, während in Polen, Spanien, Portugal und auf dem Balkan neue großstädtische U-Bahnen und Autobahnen (nicht aber die maroden Bahnlinien) zur Rettung des Weltklimas finanziert werden.

Kurz, der Reformbedarf jener organisierten Geldverschwendung, die allein in 398 Programmen der Regionalfonds und in 54 Agrartöpfen unnachvollziehbar versickern, ist unbestreitbar - am besten, indem man der EU 90 Prozent ihrer Mittel streicht.

"Paris ist der größte Nutznießer der europäischen Agrarfonds: Im laufenden Haushaltszeitraum (2021-2027) wird Frankreich allein aus diesem Posten des EU-Haushalts voraussichtlich mehr als 386 Milliarden Euro einstreichen. Auf der anderen Seite ist Warschau der Mitgliedstaat, der die meisten Kohäsionsmittel erhält: 392 Milliarden Euro im laufenden Siebenjahreszeitraum", betont das italienische Portal Eunews.

Doch plant Ursula von der Leyen, wen überrascht's, zu Beginn ihrer zweiten Amtszeit anderes. Für den kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028 bis 2034 will sie die meisten EU-Gelder, die immerhin die Kleinigkeit von insgesamt 1,2 Billionen Euro ausmachen werden, direkt als "Zuschüsse" und Belohnung für politische Willfährigkeit zur Finanzierung ihrer jeweils aktuellen Lieblingsprojekte an die Staatskassen zurückzahlen. Jedes Land soll einen Siebenjahresplan seiner europolitischen Korrektheit vorlegen, nach dessen Prüfung und Billigung durch eine Arbeitsgruppe im Generalsekretariat der Kommission unter ihrem Vorsitz die Gelder tranchenweise fließen sollen.

Kommissare und ihre Generaldirektionen dürfen bei jener Machtzentralisierung nur noch zuschauen, das EU-Parlament mit seiner Ausgabenhoheit gleichfalls, ebenso wie der EU-Rechnungshof und der Ausschuß der Regionen. Parlamentarier auch der eigenen Christdemokraten haben bereits gegen ihre "Dirigierpeitsche" sowie der Bauernverband und 130 europäische Regionen in einem offenen Brief protestiert. Die Bedingungen von der Leyens sind noch nebulös.

Klar scheint zu sein: Die Mitgliedstaaten müssen sich an Gender-, Klima- und Renaturierungsauflagen halten, die Biolandwirtschaft einführen, Sozialwohnungen bauen, Forschungsgelder in den von Mario Draghi geforderten riesigen "EU-Wettbewerbsfonds" von 800 Milliarden Euro jährlich stecken, über den sie weiter als persönlichen Reptilienfonds verfügen will, und "Europäische Champions" als Rüstungs-, Pharma-, Telekom- und Rohstoffkonzerne schmieden. Selbstverständlich wird die von niemandem - außer den 27 Regierungschefs - gewählte Kommissionspräsidentin je nach Gusto wie gehabt noch weitere Bedingungen verkünden.
Vorbild ist der gründlich mißglückte Corona-Wiederaufbaufonds. 2021 von der Kommission trefflich "Next Generation EU" umbenannt, weil die nächste Generation die bis 2026 auf 444 Milliarden Euro aufgelaufenen Schulden, nebst Zinsen, zurückzahlen muß. Mit der Zuordnung dieser Gelder begünstigte von der Leyen politische Favoriten wie die damalige Regierung Mario Draghi, die etliche Millionen sogleich in Sportstadien bei Venedig und in Florenz versenken wollte und Villenbesitzern die Gratiswärmesanierung ihrer luftigen Sommerresidenzen anbot, sowie den Wahlsieg von Donald Tusk in Polen, obwohl das Land unter Corona am wenigsten gelitten hatte.
Doch stellte der EU-Rechnungshof nüchtern fest, daß die Ziele dieses Aufbaufonds, nämlich die Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und produktiver Investitionen durch jenen warmen Geldregen nicht erkennbar gestärkt wurden. Ursächlich für sein Verpuffen waren die hohe Euro-Inflation, die überhöhten Energiepreise, Lieferkettenprobleme, der Arbeitskräftemangel und unfähige aufgeblähte Verwaltungen.
Im neuen EU-Finanzrahmen dürfte dies nicht viel anders sein. Tatsächlich aber scheint das Hauptmotiv von der Leyens zu sein, so wie in Zeiten des Corona-Fonds, nach amerikanischem und chinesischem Muster spektakuläre Milliardenbeträge anzukündigen und dann von Hauptstadt zu Hauptstadt zu tingeln, um bei Fototerminen gnädigst mit mechanischem Dauerlächeln und ernstlichen politischen Ermahnungen dicke Schecks vor klickenden Kameras auf dem roten Teppich zu überreichen.

Das Tauziehen um die Haushaltsreform beginnt erst

Doch einer soll leer ausgehen: Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán als Lümmel von der letzten EU-Bank. Als er jüngst recht spät, aber doch die Prioritäten der ungarischen Ratspräsidentschaft, die schon im Juli begonnen hatte, vor dem Parlament in Straßburg und ihrer krawallierenden Linken, dargestellt hatte - normalerweise werden bei solchen Gelegenheiten diplomatische Artigkeiten ausgetauscht -, wird er von von der Leyen persönlich angegriffen: wegen seiner Grenz- und Energiepolitik über die Beziehungen zu China und Rußland bis zu angeblichen Begünstigungen in seinem persönlichen Umfeld.
Damit erkaufte sie sich den Beifall der Schwarzen, Gelben, Linken und Grünen im EU-Parlament. Doch braucht es für den EU-Finanzhaushalt die einstimmige Zustimmung aller EU-Regierungs-Chefs. Die Verhandlungen für den nächsten MFR werden 2025 offiziell eröffnet und dürften sehr hitzig werden. "Das Tauziehen hat gerade erst begonnen und wird mit Sicherheit noch lange andauern", so Eunews.<<

USA: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 18. Oktober 2024 (x1.414/…): >>**US-Magazin fordert Verlängerung der Nord-Stream-Sanktionen**

"Foreign Policy" bezeichnet souveräne deutsche Rußlandpolitik als "Tricks" und "schmutzige Geschäfte" / Wiederaufnahme deutscher Handelsbeziehungen zu Rußland soll verhindert werden / Auswärtiges Amt: Energieabhängigkeit von Rußland wird beendet

Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*

Außenpolitische Berater in Washington fordern den US-Kongreß auf, die 2019 verhängten und Ende 2024 auslaufenden Sanktionen gegen Nord Stream 2 zu verlängern. In einem Beitrag mit dem Titel "Don't Let Germany Go Back to Its Old Russia Tricks" (Laßt Deutschland

nicht zu seinen alten Rußland-Tricks zurückkehren) im einflußreichen Magazin "Foreign Policy" heißt es, deutsche Unternehmen und "weite Teile des politischen Spektrums" würden nach einem Waffenstillstand zwischen Moskau und Kiew schnell versuchen, die Handelsbeziehungen zu Rußland wiederherzustellen. Die US-Außenpolitik dürfe hierbei nicht "naiv" agieren, warnen die Autoren Benjamin Schmitt und John Herbst.
Herbst war früher als US-Botschafter in der Ukraine tätig. Schmitt arbeitet unter anderem am Ukraine-Forschungsinstitut der Universität Harvard. Beide Autoren sind zudem Mitglieder in neokonservativen "Denkfabriken", die starken Einfluß auf die US-Außenpolitik ausüben. Sie werfen in ihrem Artikel den zuletzt amtierenden deutschen Bundeskanzlern Gerhard Schröder (SPD), Angela Merkel (CDU) und Olaf Scholz (SPD) sowie den "traditionell rußlandfreundlichen Sozialdemokraten" vor, in der Vergangenheit "abgedroschene" Argumente pro Rußland vorgebracht zu haben, um die "immer schmutziger werdenden Geschäfts- und Energiebeziehungen" mit Moskau zu "vertuschen".
Der ehemalige deutsche Außenminister und heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD), der laut den beiden Autoren "wie kaum ein anderer Politiker die gescheiterte Rußland-Politik Berlins" verkörpere, hätte gar "eine hervorragende Gelegenheit" verpaßt, am 24. Februar 2022 zurückzutreten, nachdem Rußland in die Ukraine einmarschiert war.
Der ehemalige deutsche Wirtschafts- und Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) hätte indessen "verspätet" die "Fehler in seinen Beziehungen zum Kreml" eingeräumt und scheine sich als "überzeugter Transatlantiker mit Spitzenpositionen in der Atlantik-Brücke, der Harvard Universität und der Eurasia Group neu erfunden" zu haben.
Auf Multipolar-Anfrage, was die beiden US-Autoren vom Konzept einer souveränen deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik zum Wohle der eigenen Bevölkerung halten, reagierten sie trotz Nachfrage nicht. Multipolar zitierte in der Presseanfrage auch aus dem Text des 2017 verabschiedeten und bereits gegen Nord Stream 2 gerichteten "Gesetz zur Bekämpfung von Amerikas Widersachern durch Sanktionen".
Darin heißt es unter anderem, daß die Regierung der Vereinigten Staaten dem Export eigener Energieressourcen "Priorität einräumt", um Arbeitsplätze in den USA zu schaffen und die US-Außenpolitik zu stärken. Nach der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines im Herbst 2022 konnten die USA die Ausfuhr von Flüssigerdgas nach Deutschland deutlich erhöhen.
Von Schmitt und Herbst unbeantwortet blieben somit auch die Multipolar-Fragen danach, inwieweit die Sanktionen gegen Nord Stream 2 im Einklang mit dem Selbstbestimmungsrecht Deutschlands stehen, das ihm 1990 im Zwei-plus-Vier-Vertrag explizit zugestanden wurde und inwieweit hinter den US-Sanktionen die Interessen von Gas- und Ölunternehmen aus den Vereinigten Staaten stehen. Das Magazin "Foreign Policy" gehört zur "Washington Post" und zählt neben der in New York ansässigen Zeitschrift "Foreign Affairs" zu den einflußreichsten außenpolitischen Debattenforen der US-Politik.
Multipolar hat zudem beim Auswärtigen Amt sowie bei den Bundestagsfraktionen der SPD, der CDU/CSU, der AfD und des BSW nachgefragt, wie sie sich aktuell zu den bestehenden US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 positionieren und ob zukünftige russische Gaslieferungen über den nicht zerstörten Strang der Ostsee-Pipeline nach dem Zustandekommen eines Friedensvertrags zwischen Rußland und der Ukraine eine Option seien.
Einzig das Auswärtige Amt hat geantwortet: Nord Stream 2 habe keine Betriebsgenehmigung und Deutschland beziehe keine direkten Gaslieferungen per Pipeline oder LNG-Terminals aus Rußland. Die Bundesregierung beabsichtige nicht, dies zu ändern. Mit dem "RePowerEU-Plan" hätten sich die EU und ihre Mitgliedstaaten zudem verpflichtet, ihre Abhängigkeiten von russischen Energieimporten zu beenden.<<

19.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. Oktober 2024 (x1.411/…):

>>**Kanonenfutter für Selenskyj: Verzweifelte ukrainische Mütter wehren sich gegen Zwangsrekrutierungen ihrer Söhne**
Der Widerstand der Ukrainer gegen die unmenschlichen Zwangsrekrutierungen junger Männer als Kanonen-Futter für Selenskyjs sinnlosen Krieg gegen Rußland wird immer verzweifelter: So griff erst kürzlich eine Gruppe wütender Frauen uniformierte Rekrutierungs-Häscher auf offener Straße in Transkarpatien an. Dabei versuchten die Frauen, das Fahrzeug von Selenskyjs Schergen umzukippen.
Vor allem das von der ungarischen Minderheit bewohnte Transkarpatien verzeichnet nach Angaben aus der Bevölkerung einen sehr hohen Blutzoll, während Oligarchen und Günstlinge des korrupten Selenskyj-Regimes in westlichen Luxus-Hotels den Ausgang des Krieges abwarten.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Martin E. Renner (AfD): Private Netz-Stasi "ist nicht hinnehmbar!"**
Der medienpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin E. Renner, hat nachdrücklich bekräftigt: "Als AfD-Bundestagsfraktion werden wir uns weiterhin mit allen parlamentarischen und rechtsstaatlichen Mitteln gegen die Errichtung eines privat organisierten Zensur- und Denunziationsnetzwerks im Internet wehren!"
Renner wies darauf hin, daß die erste zertifizierte "Meldestelle REspect!" aus Baden-Württemberg erhebliche Finanzmittel von Bund und Ländern erhalte. Dies spreche Bände. Hier werde "keinesfalls die Demokratie gefördert, sondern man nutzt die Willfährigkeit einer privaten Organisation, die man in den Rang einer 'Zensurbehörde' erhebt. Diese ist gehalten, sogar Äußerungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze zu denunzieren." Weil der Staat in diesem Bereich aus gutem Grund keinerlei Befugnisse habe.
Die neue private Netz-Stasi werde der Denunziation Tür und Tor öffnen, sagt der AfD-Medienexperte voraus und warnt: "Hier kommt 'Haß und Hetze' der Regierung gegen die freie Meinungsäußerung im Internet zum Ausdruck. Wo der beherzte Kritiker bisher durch die Meinungsfreiheit vor staatlichen Repressionen geschützt war, sieht er sich fortan dubiosen Auftrags-Denunzianten ausgesetzt. Das ist nicht hinnehmbar!"<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Verfassungsschutz bekennt offiziell: "Auch wir sind Antifa!"**
Es ist nur noch unfaßbar: Der Verfassungsschutz in Niedersachsen hat sich offen zu einer Terror-Organisation bekannt! Auf X twitterte die Landesbehörde am 14. Oktober: "Auch wir sind Antifa. Selbstverständlich."
Vorausgegangen war ein Posting, in dem die Behörde schrieb: "Was steckt hinter der 'Antifa'? Ein Thema nächste Woche." Darunter wies ein X-Nutzer darauf hin, daß sich SPD-Chefin Saskia Esken einmal zur Antifa bekannt hatte. Der Account des niedersächsischen Inlandsgeheimdienstes antwortete darauf: "Auch wir sind Antifa. Selbstverständlich."
Zur Erinnerung: Die sogenannte Antifa vereint gewaltbereite linksradikale Gruppierungen, die teilweise vom Verfassungsschutz beobachtet werden.
Es ist allerdings nicht das erste Mal, daß der niedersächsische Verfassungsschutz Befremden auslöst. Im Juli dieses Jahres postete die Landesbehörde ein Video eines Hundes, mit dem sie ihr Selbstverständnis als "Frühwarnsystem" zum Ausdruck bringen wollte.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Essen: Mann, "arabisches Aussehen", sticht Marokkaner (34) nieder**
In Essen ist ein 34 Jahre alter Marokkaner von einem flüchtigen Täter, laut Zeugen "arabisches Aussehen", mit einer Stichwaffe schwer verletzt worden. Das Opfer sei aus zunächst noch unbekannten Gründen angegriffen worden, als es am Freitagabend (18. Oktober) gegen 19 Uhr in der Innenstadt auf einer Straße unterwegs war, teilte die Polizei Essen mit.
Umstehende Männer hätten sofort eingegriffen und den unbekannten Täter daran gehindert

den Marokkaner weiter zu attackieren. Rettungskräfte brachten den Schwerverletzten in ein Krankenhaus. Zur Tatwaffe machte die Polizei keine genauen Angaben.
Der Tatverdächtige wird von Zeugen wie folgt beschrieben: Etwa 1,70 Meter groß, kurze schwarze Haare und schwarzer Vollbart, arabisches Aussehen. Bei dem Messerangriff habe er Arabisch gesprochen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Dolchstoßlegende gegen die deutsche Wirtschaft?**
Die Dolchstoßlegende aus dem Ersten Weltkrieg gilt als historisch nicht gänzlich erwiesen. Doch liegt man nicht falsch, wenn man 100 Jahre später von Dolchen spricht, die aus dem Wirtschaftsministerium deutsche Unternehmen zu Fall bringen.
Von *Meinrad Müller*
Was damals als Verrat der "Heimatfront" an der Armee beschrieben wurde, spielt sich heute vor unseren Augen gegen die "Wirtschaftsfront" ab.
Evolutionsprinzip: Unternehmen begehen keinen Selbstmord
Das Ziel jedes Organismus und jedes Unternehmens ist es, zu überleben. Doch wenn die Regierung mit der Axt an den Säulen unseres Wohlstands hantiert, ist dieser Angriff weit verheerender als ein Dolchstoß. Immer mehr Bürger bangen um ihre Jobs, ihr Einkommen und ihre Zukunft. Die Auftragsbücher der deutschen Industrie sind leer, Firmen gehen reihenweise pleite - nicht freiwillig, sondern weil ihnen die Luft zum Atmen genommen wird, sprich: die lebensnotwendige Energie. Stirbt ein Unternehmen aufgrund fehlender Energie, braucht es keinen zusätzlichen Dolch im Rücken. Einst mutige Unternehmer werden in den Ruin getrieben.
Untergang durch Migrationspolitik
Die geduldete Migration leert die kommunalen Kassen. Landräte und Bürgermeister schlagen Alarm, kündigen die Schließung von Schwimmbädern und Theatern an. Diese Entwicklungen weisen auf einen drohenden Untergang hin, den wir nicht ignorieren können. Und unsere Jugend muß erleben, wie Schulen verfallen. Wie statt Lebensfreude grüne Untergangsszenarien im Unterricht gehuldigt werden.
Untergang mit Ansage: innere Schwäche
Professor John Rapley, politischer Ökonom an der University of Cambridge, warnt: "Die westliche Welt steht vor demselben Schicksal wie das Römische, das Osmanische oder das Mongolische Reich." Rapley betont, daß der Niedergang großer Reiche nicht in äußeren Feinden begründet liegt, sondern in inneren Schwächen wie Korruption, Machtmißbrauch und dem Verlust nationalen Zusammenhalts. Genau in diesem Zustand befindet sich heute "das beste Deutschland aller Zeiten" (Steinmeier).
Das Römische Reich: Innere Schwäche
Rom zerbrach an seiner inneren Schwäche. Die Expansion führte dazu, daß das Imperium zunehmend auf billige Sklavenarbeit angewiesen war, was die römischen Bürger entfremdete. Die politische Führung verfiel in Dekadenz, soziale Spannungen wurden ignoriert und die Arbeitsmoral sank. Der einst stolze römische Soldat verlor seinen Verteidigungswillen. Rapley sieht ähnliche Zeichen in heutigen Gesellschaften, die die Kontrolle über Migration verloren hat.
Das Osmanische Reich: Innere Schwäche
Das Osmanische Reich, einst Herrscher über drei Kontinente, verfiel, weil es die technologischen Entwicklungen Europas nicht erkannte. Reformen wurden verschleppt und religiöse Spannungen verschärften sich. Ein System, das sich über Jahrhunderte behauptete, zerfiel binnen kurzer Zeit. Rapley zieht Parallelen zur westlichen Welt, wo Innovationen durch politische Hindernisse blockiert und Reformen aufgeschoben werden.
Die Fehler der Vergangenheit wiederholen sich

Rapley stellt fest: Große Reiche scheitern nicht an äußeren Feinden, sondern weil ihre innere Struktur bröckelt. Die Unfähigkeit, mit Herausforderungen wie Migration, und "kultureller Vielfalt" umzugehen, ist heute genauso relevant wie damals. Die Akteure, die inmitten dieser Krisen agieren, unterschätzen deren Tragweite.

Warum der Westen die unkontrollierte Migration ignoriert

Die westliche Politik verschließt die Augen vor den Bedrohungen, ähnlich wie es Rom und das Osmanische Reich einst taten. Es herrscht der Glaube, die eigene Vorherrschaft sei ewig. Doch der Verlust nationaler Identität, unkontrollierte Migration und die Weigerung, unbequeme Entscheidungen zu treffen, führen den Westen an denselben Abgrund, an den schon viele Imperien vor ihm gelangt sind.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**FDP weist Forderungen nach Industriestrompreis zurück**

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai hat Forderungen der SPD nach einem Industriestrompreis zur Unterstützung besonders energieintensiver Unternehmen eine klare Absage erteilt. "Ich finde es bedauerlich, daß die Politiker, die jahrelang dafür gesorgt haben, daß wir so hohe Energiepreise haben, diese jetzt lautstark beklagen und subventionieren wollen", sagte er der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Samstagausgabe). "Mit der FDP wird es keine Subventionspolitik geben, die einige Wenige auf Kosten vieler anderen besserstellt." Dies wäre "ungerecht und auch keine langfristige Lösung", sagte der Generalsekretär.

Statt dessen müsse ein gesamteuropäischer Energiemarkt geschaffen werden. Gleichzeitig mahnte Djir-Sarai weiter eine Wirtschaftswende an. "Wir brauchen in der Ampel-Koalition ein gemeinsames Verständnis für die Herausforderungen im Land. Ohne eine echte Wirtschaftswende mit neuem Wachstum wird Politik in den nächsten Jahren kaum mehr Handlungsoptionen haben", sagte er. "Es ist deswegen die zentrale Aufgabe dieser Regierung, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Zum Fünfzigsten: Deutsch wie Derrick**

Von *Dr. Stephanie Elsässer*

Vor fünfzig Jahren, am 20. Oktober 1974, löste der von Horst Tappert gespielte Oberinspektor Derrick seinen ersten Fall. 31 Millionen Zuschauer sahen zu. Mit einem Beitrag aus dem Buch "Mein Deutschland" von Stephanie Elsässer würdigen wir nachfolgend dieses historische Fernseh-Ereignis. …

In einer fernen Zukunft sitze ich mit meinen Enkeln hinter hohen Mauern, geschützt in dem uns zugewiesenen Reservat für Restdeutsche im aufgelösten Buntland, und sie fragen mich: "Damals, liebe Omi, als du ein Kind warst, gab es doch noch Deutschland. Wie war das?" Dann würde ich ihnen eine Folge Derrick zeigen und antworten: "So war das."

Seit meiner Kindheit und darüber hinaus lief Derrick, von 1974 bis 1998. 281 Episoden. Im deutschen Fernsehen darf sie heute nicht mehr gezeigt werden, aber dazu später.

Die biedere Krimiserie ohne Special Effects oder rasante Verfolgungsjagden wurde ein Exportschlager. Ob Italiener, Japaner, Engländer oder Argentinier - alle liebten Derrick: Die meistverkaufte Serie der TV-Geschichte wurde bis heute in über 100 Ländern ausgestrahlt, ein Ende ist nicht absehbar. Doch nicht allein wegen eines Kommissars mit sauberen Maßanzügen, Krawattennadel und Pilotenbrille? Sehen wir uns eine Folge an.

Klaus, BMW, Häuschen

Die Männer heißen Jürgen oder Klaus, die Frauen Gudrun oder Erika. Sie fahren BMW, Mercedes und Golf. Die Autoreifen knirschen auf Kies in den Einfahrten der Häuser.

Drinnen knarzen Parkettböden unter den Schritten, während gepflegt philosophiert wird, aus welchen Beweggründen ein Mord verübt worden sein mag. Die Schauspieler tauschen schwere Gedanken aus zur Psyche ihrer Mitmenschen und sind selten fröhlich - und wenn, vergeht

ihnen schnell das Lachen angesichts eines drohenden Problems.
Stephanie Elsässer: Mein Deutschland. Was mich prägte, was mich stärkte, was mich wütend macht.
Wenn ihr Derrick seht, liebe Enkel, habt ihr auch Einblick in die deutschen Wohnzimmer der Karl-Heinze, Herberts und Heidruns. Zinnteller an der Wand beim Hausmeister, Flokati und braune Cordsessel beim Lehrer, Chromstühle mit schwarzem Leder beim Unternehmer. Auf den Eßtischen stehen Suppen oder Teller mit Rindsrouladen und Rotkraut.
Zum Kaffee - der Filterkaffee umgefüllt in eine Porzellankanne - gibt es Apfelkuchen. Derrick und sein Assistent ("Harry, hol' den Wagen!") essen manchmal Weißwurst oder ein Käsebrötchen. Und es gibt keine Ausländer. Damals fehlten sie sowohl im Fernsehen als auch im Alltag. Als ich ein Kind war, hielten sich durchaus Gastarbeiter in Deutschland auf, aber wenige, sodaß sie nicht weiter auffielen und auch nicht auf der Mattscheibe vorkamen.
Unsere Alltagsprobleme waren weder Terroranschläge noch Vergewaltigungen eingewanderter Kulturfremder, sondern Abfall - und das, obwohl Deutschland blitzsauber war. Rentner liefen als Hilfspolizisten durch die Straßen und ermahnten jeden, den sie erwischten, umgehend seinen auf dem Bürgersteig ausgetretenen Zigarettenstummel aufzuheben.
Sie schrieben auch das Kfz-Zeichen auf, wenn ein Autofahrer achtlos ein Bonbonpapier hinauswarf. Ihr könnt euch nicht vorstellen, wie aufgeräumt dieses Land war, wie eine Puppenstube.
Das seht ihr bei Derrick: Die ganze Welt in Ordnung, von der Bushaltestelle bis hinein ins Büro des Kommissars. Kein Schnipsel auf der Straße, kein Staubkorn im Regal, kein Krümel auf dem Küchentisch. Die deutsche Welt war immer abgewischt und tiefengereinigt. Auch ich hätte nie gewagt, das abgepellte Papier vom Eis (Cornetto, Nogger) wegzuwerfen - undenkbar. Man behielt das klebrige Corpus Delicti so lange im Händchen, bis man einen Mülleimer erblickte - sonst kommt die Polizei, sagte die Mama.

Unpolitische Morde

Krimiserien wie Derrick wie waren in dieser Idylle der Gipfel des Schreckens: Da erschoß ein eifersüchtiger Ehemann den Liebhaber seiner Frau, eine böse Gattin vergiftete aus Habgier ihren Mann mit Blausäure-Pralinen, ein Geschäftsmann ließ seinen Partner von einem Killer abknallen, weil dieser mit Interna an die Öffentlichkeit gehen wollte. Bei Derrick waren die Morde persönlich motiviert und nicht politisch.
Doch eine heile Welt gab es auch damals nicht - wir lebten im Kalten Krieg. UdSSR (kurz: die Russen) und USA (kurz: die Amis) standen sich bis an die Zähne bewaffnet gegenüber. Papa und Opa verfolgten konzentriert den Internationalen Frühschoppen.
Dabei durfte man sie nicht stören, denn das war die wichtigste Nachrichtensendung der Woche. Dort saßen Männer mit Hornbrillen und unterhielten sich bei frisch gezapftem Bier über die Weltlage, eingenebelt in dichte Dampfwolken. Sie rauchten wie die Schlote, die Aschenbecher quollen über, und sie hatten rote Köpfe vom Trinken.
Man machte sich Sorgen, daß ein Irrer auf den Knopf drücken und unsere deutsche Idylle von heute auf morgen auslöschen könnte. Es gab keinen klaren Feind, der Verrückte konnte sowohl aus den Reihen der Amis als auch aus Rußland kommen, das, bis der liebe Gorbi kam, immer einen grimmigen Staatschef mit buschigen Augenbrauen hatte.
Der Kalte Krieg ließ sich jedoch verdrängen, denn er war nicht sichtbar, und politische Feindbilder wurden nicht ständig im deutschen Film thematisiert. Auch die Kindersendungen, die wir in ARD und ZDF sehen durften (es gab nur diese beiden Sender, neben den regionalen Dritten Programmen), waren frei von Wahnsinn.
Niemand verwirrte uns damit, daß wir keine Mädchen und keine Jungs seien, sondern irgendwas dazwischen. Oder daß wir eingewanderte Terroristen umarmen und integrieren müssen, während wir jeden Mitschüler, der sich kritisch über unsere Regierung äußerte oder die Maske

nicht oder nicht richtig trägt, anprangern sollten. Hätte uns damals Tagesschau-Sprecher gesagt, was auf uns zukommen wird - wir hätten ihm kein Wort geglaubt und vermutet, er kündigt einen Horrorfilm an. Dabei gab es die noch gar nicht im TV - das Schlimmste vom Bösen waren Krimis.

Es war schöner

Die Beseitigung der unliebsamen Opfer erfolgte rasch, in der Regel wurden sie erschossen, ohne daß Blut floß. Derrick und Harry saßen daraufhin beim Kaffee unter Kastanienbäumen und analysierten die Psyche der Täter. Es war meistens Frühling - im Gegensatz zu skandinavischen Krimis (grauer Himmel, Schneeregen, dicke Strickmützen) oder französisch-italienischen Streifen (staubige Hitze, alles vertrocknet, Grillen zirpen).

Bei Derrick war es schöner: grüne Wälder und Wiesen, prächtig blühende Blumen. Es stand oft ein Betrieb im Mittelpunkt des Geschehens, ein Hotel, Weingut, Gestüt oder eine Konditorei.

Der Mittelstand war damals noch Leitbild der Gesellschaft, Rückgrat der deutschen Wirtschaft - und nicht die Melkkuh des Staates. Die Eigentümer lebten in Villen oder auf herrlich restaurierten Bauernhöfen, umgeben von englischem Rasen, darauf Teakholz-Sitzgruppen.

Kameraschwenk auf Seerosenteich, alten Baumbestand, gestutzte Buchsbaumhecken, Rhododendren, Azaleen - und ein freundlicher Hund dabei.

Vor den Toren standen Neuwagen von Mercedes, Audi, Porsche oder BMW, als hätte die deutsche Autoindustrie die Filme produziert. Eine Folge glich in etwa der nächsten: Herbert und Erika lernen sich, wie das in Deutschland üblich war, im Beruf kennen - Konditorin trifft auf Hotelbesitzer, Sekretärin auf Firmenchef, Tierärztin auf Pferdezüchter - und werden ein Paar.

So war das mal …

Sie müssen die feindliche Familie des anderen, die böse Schwiegermutter oder den mißtrauischen Schwager in spe ausschalten. Dann droht gern die Pleite, und Herbert und Erika versuchen, das Hotel, Gestüt oder die Konditorei zu retten - dabei geschieht ein Mord, den Derrick und sein Assistent Harry behutsam und in aller Seelenruhe aufklären.

Die Sache mit der Waffen-SS

Leider wurde Derrick 2016 aus dem Fernsehprogramm verbannt, da Hauptdarsteller Horst Tappert wie auch Drehbuchautor Herbert Reinecker bei der Waffen-SS waren. Sie mußten 1943 an der Ostfront dienen. Horst Tappert war sehr jung, gerade mal 19 Jahre alt, und half dabei, Munition nachzuliefern. Laut seiner Biographie, die er 1998 veröffentlichte, empfand er diese Zeit als "verloren".

Dennoch fiel diese komplett unpolitische Unterhaltungsserie der Zensur zum Opfer, und das spät, nach fast 20 Jahren: "Wegen SS-Vergangenheit: ZDF verbannt Derrick", meldet der Tagesspiegel am 22. Juli 2016 - zu einer Zeit, als die Gesinnungsdiktatur auf die Überholspur kam. Derricks Sohn Ralph Tappert empörte sich im Interview mit der Bild:

"Mein Vater muß sich nach seinem Tod öffentlich diffamieren lassen! Eine tolle Honorierung eines Gentlemans, der immer integer war."

Fritz Wepper, der den Assistenten Harry spielte, sprang ihm zur Seite: "Man muß eine persönliche Vergangenheit auch immer im Verhältnis zur damaligen Zeit einordnen. Ein Stück TV-Kult, das Millionen mögen, zu verdammen, weil die Geschichte eines Darstellers Fragen aufwirft, halte ich für übertrieben und eine Bevormundung der Zuschauer."

Derrick darf nicht mehr gezeigt werden, weil der Hauptdarsteller Horst Tappert als blutjunger Kerl bei der Waffen-SS diente? Das ist nicht die Ursache, liebe Enkel. Diese weltweit beliebte Krimiserie ist vor allem deshalb verboten worden, weil sie so deutsch ist.

Der Text ist auch enthalten im neuen Buch von Dr. Stephanie Elsässer "Mein Deutschland", das in wenigen Tagen erscheint.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Nemmersdorf: Was vor 80 Jahren geschah**

Von *COMPACT Redaktion*

Nemmersdorf! Im Oktober 1944, also vor 80 Jahren, kam es in Ostpreußen zu einem grauenhaften Massaker von Rotarmisten an der deutschen Zivilbevölkerung. Dieses Verbrechen wie auch die Rückeroberung des Dorfes durch die Wehrmacht wird in COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat" aufgearbeitet. …

12. Januar 1945: Das Deutsche Reich befindet sich schon längst in einer militärisch aussichtslosen Lage, als der Roten Armee in Baranow Sandomierski, einem polnischen Ort im Karpatenvorland, der Ausbruch bei einem Brückenkopf an der Weichsel gelingt.

Schon am darauffolgenden Tag starten die Sowjets in den frühen Morgenstunden eine Großoffensive im nördlichen Memelgebiet. Ostpreußen, damals östlichstes Gebiet des Reiches, wird innerhalb weniger Monate überrannt - mit furchtbaren Folgen. Der Oberbefehlshaber der 3. Weißrussischen Front, General Iwan Tschernjachowski, hatte seinen Soldaten zuvor eingebläut: "Zerschlagt allen Widerstand der deutsch-faschistischen Eroberer. Gebt ihnen nicht eine Minute, um sich zu erholen. Verfolgt sie, schließt sie ein und vernichtet den faschistischen Unrat!"

Unbeschreibliche Verhältnisse

Nun beginnt eine verzweifelte Flucht der Bewohner in langen Trecks über das Frische Haff und die Kurische Nehrung gen Westen, insbesondere zu den Ostseehäfen. Die Verhältnisse sind fürchterlich: Bei Temperaturen von 20 Grad unter null erfrieren vor allem viele Kinder und alte Menschen, die in der tief verschneiten Gegend nicht einmal begraben werden können. Die Züge der Vertriebenen werden zudem oft von der russischen Luftwaffe unter Beschuß genommen. Dabei hatte die NS-Propaganda der Bevölkerung zuvor eingeredet, daß die Rote Armee allenfalls bis zur Memel vorstoßen könne, wo die Wehrmacht diese zunächst zum Halten bringen und dann zurückwerfen würde.

Noch bis Mitte 1944 galt Ostpreußen als Oase des Friedens. Zahlreiche Deutsche fanden dort Zuflucht vor den pausenlosen Luftangriffen im Wes ten. Doch nun blieb auch diesen Menschen nichts anderes übrig, als erneut zu flüchten.

Zum ersten Mal war die Rote Armee bereits am 19. Oktober 1944 ins Reichsgebiet eingedrungen. Mehrere Ortschaften gingen verloren, konnten aber von der Wehrmacht zurückerobert werden, bevor sie sich der russischen Übermacht ergeben mußte. Einer dieser Orte war Nemmersdorf.

Wer verstehen will, warum deutsche Soldaten noch Monate verbissen Widerstand gegen die Sowjettruppen leisteten, muß sich die damaligen Vorgänge vor Augen führen. "Am Straßenrand und in den Höfen der Häuser lagen massenhaft Leichen von Zivilisten." In seinem Buch Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg (1980) schreibt der US-Historiker und Völkerrechtler Alfred M. de Zayas:

"Am 20. Oktober 1944 eroberten Spitzen der sowjetischen Armee das ostpreußische Dorf Nemmersdorf südlich von Gumbinnen. Wenige Tage später besetzten deutsche Truppen die Ortschaft wieder. Nach Schilderungen der ersten deutschen Soldaten, die dann in Nemmersdorf eintrafen, waren die Ortsbewohner zum Teil grausam ermordet worden."

Eine genaue Rekonstruktion der Ereignisse, die bis zu 80 Opfer forderte, ist heutzutage schwer möglich, zumal die NS-Propaganda die Untaten für ihre Zwecke nutzte. Beispielhaft für die Angaben aus der Bevölkerung sei folgende Zeugenaussage genannt, die unter Eid abgelegt und später von der Verteidigung beim Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg vorgelegt wurde:

"Am Straßenrand und in den Höfen der Häuser la gen massenhaft Leichen von Zivilisten, die

augenscheinlich nicht im Laufe der Kampfhandlungen durch verirrte Geschosse getötet, sondern planmäßig ermordet worden waren. Unter anderem sah ich zahlreiche Frauen, die man, nach Lage der verschobenen und zerrissenen Kleidungsstücke zu urteilen, vergewaltigt und danach durch Genickschuß getötet hatte; zum Teil lagen daneben auch die eben falls getöteten Kinder."
Die Genfer Zeitung Le Courrier bestätigte dies am 7. November 1944 durch den Augenzeugenbericht ihres Sonderkorrespondenten an der Ostfront: "Die Lage wird nicht nur durch die erbitterten Kämpfe der regulären Truppen gekennzeichnet, sondern leider auch durch Verstümmelung und Hinrichtung der Gefangenen und die fast vollständige Ausrottung der deutschen bäuerlichen Bevölkerung."
Ebenso grauenhaft ist, was Generalmajor Erich Dethleffsen, zum Zeitpunkt des Massakers von Nemmersdorf Stabschef der 4. Armee in Ostpreußen, am 5. Juli 1945 vor dem Nürnberger Tribunal aussagte: "Als im Oktober 1944 russische Verbände in der Gegend Groß Waltersdorf die deutsche Front durchbrachen und vorübergehend bis Nemmersdorf vorstießen, wurde in einer größeren Anzahl von Ortschaften südlich Gumbinnen die Zivilbevölkerung - zum Teil unter Martern wie Annageln an Scheunentore - durch russische Soldaten erschossen. Eine große Anzahl von Frauen wurde vorher vergewaltigt."
Traumatisierungen
De Zayas kommt in seinem Buch Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen (1977) zu dem Schluß, daß Nemmersdorf "für die Geschichte der deutschen Fluchtbewegung eine wichtige Rolle spielte und neben Katyn wohl auch eines der am besten belegten Beispiele russischer Greueltaten im Zweiten Weltkrieg ist".
Und weiter: "Den ostpreußischen Bauern jedenfalls wurde es zum Inbegriff unaussprechlicher Angst. Nemmersdorf war keineswegs der einzige Ort, in dem An gehörige der Roten Armee Gewalttaten begingen, aber was sich dort abspielte, hat die Flucht nicht nur der Ostpreußen, sondern auch die der Schlesier und Pommern beschleunigt."<<
Ukraine: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Taurus-Marschflugkörper: Selenskyj kritisiert Nichtlieferung durch Deutschland**
Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat die Haltung der Bundesregierung, keine weitreichenden Taurus-Marschflugkörper an sein Land zu liefern, scharf kritisiert. Bei der Frage des Einsatzes weitreichender Waffen gegen Ziele tief im russischen Staatsgebiet würden sich die Gespräche mit Deutschland schwieriger gestalten als mit anderen Partnern der Ukraine, beklagte Selenskyj gegenüber ukrainischen Journalisten.
Als Grund nannte er: "Für sie (die Deutschen) bleibt dies weiterhin die schmerzhafteste Frage. Deutschland will offenbar in den Beziehungen zu Rußland die Türen nicht endgültig zuschlagen. Das zumindest ist mein Eindruck."<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30489" berichtet am 19. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**US-Spezial: AKTE TRUMP - Retter oder Teil des Deep-States?**
Donald Trump ist angetreten, um als nächster US-Präsident das mit seinen Worten "korrupte Establishment zu besiegen" und "den Tiefen Staat auszulöschen". Mit seiner erneuten Kandidatur verspricht er "den Sumpf in Washington trockenzulegen" und den Krieg zwischen Rußland und der Ukraine in wenigen Stunden zu beenden.
"Unter meiner Regierung kämpfen wir gegen die Lobbyisten, die Sonderinteressen und die korrupte Politik in Washington. Wir gehen nach Washington D.C. und werden den Sumpf trockenlegen."
"Wir gehen nach Washington D.C. und werden den Sumpf trockenlegen."
"Hier ist mein Plan, um den Tiefen Staat zu zerschlagen und unsere Demokratie ein für alle Mal von der Korruption in Washington zu befreien."

"Es ist an der Zeit, den Sumpf trockenzulegen."
"Den Tiefen Staat auslöschen."
"Entweder zerstört der Tiefe Staat Amerika oder wir zerstören den Tiefen Staat."
"Am 5. November 2024 werden wir dem korrupten politischen Establishment die Stirn bieten."
"Das korrupte Establishment in Washington."
"Meine Person hat uns vor dem Krieg bewahrt."
"Gleich nachdem wir die Präsidentschaft gewonnen haben, werde ich den schrecklichen Krieg zwischen Rußland und der Ukraine beenden."
"Ich werde diesen Krieg an einem Tag beenden. Es wird 24 Stunden dauern."
"Ich werde den Dritten Weltkrieg verhindern, und zwar ganz einfach ... Ich werde den katastrophalen Krieg zwischen Rußland und der Ukraine beenden, und ich werde nicht länger als einen Tag dafür brauchen."
Donald Trump - der Friedensstifter, auf den die Welt gewartet hat?
Der unerschrockene Retter, der die USA vom Deep State befreit?
Was ist der sogenannte Deep State in den USA?
Und wer ist Donald Trump?

US-Spezial: Die Akte Trump - Retter oder Teil des Deep States?

Eine Produktion von Kla.TV-INVESTIGATIV und Kla.TV-INTERNATIONAL

Die US-Präsidentschaftswahl erhitzt die Gemüter. Am 5. November 2024 wird gewählt. Das Duell lautet: Republikaner gegen Demokraten - Donald Trump gegen Kamala Harris.

Weit über die Landesgrenzen hinaus spaltet nicht nur dieses Duell, sondern vor allem die Person Donald Trump die Bevölkerung. Die einen lehnen ihn vehement ab. Die anderen sehen in ihm den lang ersehnten Heilsbringer.

Während Kamala Harris verspricht, die Freiheit der US-Bevölkerung zu schützen, präsentiert sich Donald Trump als Retter der Nation. Millionen Menschen weltweit setzen mittlerweile ihre Hoffnung und ihr Vertrauen in seine Person. Ist dieses Vertrauen berechtigt?

Um dies zu klären, ist es entscheidend zu erkennen: Was ist eigentlich der Deep State? Aus welchen Personen setzt er sich zusammen? Mit anderen Worten: Wer regiert die USA? Die Beantwortung dieser Frage wird erst durch das Wissen darüber möglich, wer das politische Establishment seit der US-Staatsgründung bildet.

Was und wer ist der Deep State?

Der Begriff "Deep State" ist ein politisches Schlagwort, das unrechtmäßige Machtstrukturen innerhalb eines Staates bezeichnet. Eine verborgene Macht setzt dabei ihre eigenen Ziele um - ohne Kontrolle durch die Justiz. Im Zusammenhang mit dem Begriff "Tiefer Staat" ist vielmals die Rede von Geheimbünden, "unsichtbaren" Drahtziehern oder einer Schattenregierung, die verdeckt aus dem Hintergrund operiert, ohne Wissen der Bevölkerung und dadurch auch ohne Kontrolle.

Existiert überhaupt eine solche Schattenregierung in den USA?

GIBT ES EINEN TIEFEN STAAT IN DEN USA?

1. Die Gründerväter der USA

Wie der bekannte deutsche Historiker Dr. Michael Hesemann in seinem 2024 erschienenen Werk "Der Krieg der Freimaurer gegen Thron und Altar" enthüllte, waren es Geheimbünde, die die Vereinigten Staaten von Amerika errichteten.

Der US-Staatsgründung ging die Amerikanische Revolution voraus. Zentrale Figuren dieses Aufstands waren die Freimaurer Samuel Adams und John Hancock sowie Paul Revere, Großmeister der "Großloge von Massachusetts".

Am 4. Juli 1776 verabschiedeten schließlich Delegierte der 13 Kolonien die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten und gründeten somit die USA.

Der Freimaurer-Großmeister Benjamin Franklin (1706 - 1790) war Mitglied des Komitees, welches die Unabhängigkeitserklärung der neu gegründeten "Vereinigten Staaten von Amerika" verfaßte.
Für den ersten Entwurf beauftragte das Komitee den Freimaurer Thomas Jefferson (1743 - 1826).
Von den 56 Unterzeichnern der Unabhängigkeitserklärung waren 53 nachweislich Freimaurer.
Als 1787 schließlich die Verfassung der Vereinigten Staaten verabschiedet wurde, waren von den 39 Unterzeichnern 19 Freimaurer.
Auch der erste US-Präsident George Washington (1732 - 1799) war Freimaurer. Er war sogar während seiner Amtszeit "Meister vom Stuhl der Loge Alexandria". Bei seiner Amtseinführung leistete er seinen Eid auf die Freimaurer-Bibel der "St. John's Loge" von New York.
2. Symbolträchtige Stadtplanung
1791 erhielt der Freimaurer Pierre Charles L'Enfant den Auftrag, die neue Bundeshauptstadt Washington zu planen. Sein Entwurf zur Stadtplanung war von der Freimaurer-Symbolik durchdrungen und wurde in den nächsten Jahrzehnten penibel umgesetzt: Das Winkelmaß, der Zirkel, das Allsehende Auge, sowie das Pentagramm - ein fünfzackiger Stern, mit der Spitze nach unten, wie im Satanismus üblich - sind für das geschulte Auge erkennbar.
Deutlicher als in diesem Stadtplan ließ sich kaum für alle Zeiten und Generationen sichtbar festlegen, wessen Geist in Washington herrscht. Und wer den Tiefen Staat bildet, der tatsächlich hinter der Präsidentschaftsfassade die USA regiert.
Am 18. September 1793 erfolgte die Grundsteinlegung zum Kapitol in Washington - dem Sitz des US-Kongresses - nach einem Freimaurer-Ritus. George Washington trug dabei seinen Maurerschurz.
Das Kapitol bezeichnete der spätere US-Präsident und Freimaurer Thomas Jefferson als den "ersten der Souveränität des Volkes geweihten Tempel".
Im Jahr 1848 startete der Bau des Washington Monuments in unmittelbarer Nähe des Weißen Hauses. Den Grundstein dieses monumentalen Obelisken stiftete eine Freimaurerloge. Der Obelisk ist eine bedeutende Symbolik in der Freimaurerei. Zu Füßen des Washington Monuments befindet sich die Washington Monument Lodge.
Auch auf der Dollar-Note wurde eindeutig festgehalten, wer den Tiefen Staat in den USA bildet.
Auf der Rückseite der Ein-Dollar-Note ... befindet sich das "Auge der Vorsehung" über einer unvollständig gemauerten Pyramide. In der Tat ist das sogenannte "Auge der Vorsehung" bis heute eine zentrale Symbolik in Freimaurerlogen ... 1935 kam die Pyramide übrigens unter Präsident Franklin D. Roosevelt auf die Ein-Dollar-Note. Roosevelt war ein sehr aktives Mitglied der Freimaurer und empfing während seiner Präsidentschaftsjahre zahlreiche Freimaurer-Delegationen im Weißen Haus.
Die römische Zahl (MDCCLXXVI) auf der untersten Stufe der unfertigen Pyramide auf der Ein-Dollar-Note steht für das Jahr 1776. Damit ehrt sie aber nicht das Jahr der Unabhängigkeitserklärung der USA, sondern die Gründung des freimaurerischen Illuminatenordens von Adam Weishaupt in Ingolstadt im Jahr 1776. Das Symbol des Geheimbundes ist die Eule der Minerva. Interessanterweise schaut auf der Vorderseite des Ein-Dollar-Scheins in der rechten Ecke hinter der Zahl EINS eine winzige weiße Eule hervor.
Die freimaurerischen Geheimbünde verbreiteten sich nirgendwo so rasant wie in den USA. Im ersten Vierteljahrhundert - nach dem Tod von George Washington - stieg die Zahl der Mitglieder von 25.000 auf 80.000. Das waren zu dieser Zeit 10 % der erwachsenen, weißen Männer. Hundert Jahre später, im Jahr 1930, gab es in den Vereinigten Staaten bereits 16.515 Logen.
In jener Zeit wurde das George Washington Masonic National Memorial in Virginia fertigge-

stellt. Es ist ein monumentaler Freimaurertempel und ein weithin sichtbares Wahrzeichen der amerikanischen Freimaurerei.
Heute gibt es in den USA rund zwei Millionen US-Bürger, die Mitglied in Freimaurer-Geheimbünden sind.
3. US-Präsidentschaftsamt
Die "Zeitschrift für Politik" ist eine wissenschaftliche Fachzeitschrift der "Hochschule für Politik München". Sie veröffentlichte im Jahr 1943 Auszüge aus einer eigentlich nur für Freimaurer bestimmten Schrift mit dem Titel "Die nordamerikanische Freimaurerei". Darin wird deutlich ersichtlich, daß seit der Ernennung des ersten US-Präsidenten George Washington im Jahr 1789 bis ins Jahr 1933 nahezu jeder US-Präsident Mitglied in einem Geheimbund war. Darunter neben George Washington auch Thomas Jefferson, Andrew Jackson, Abraham Lincoln, Theodor Roosevelt, William Howard Taft und Woodrow Wilson. Ebenso waren deren politische Administrationen von Freimaurern durchsetzt. Von den insgesamt 31 US-Präsidenten in dieser Zeit waren nur zwei keine Freimaurer; sie genossen aber die Unterstützung der Geheimbünde.
Wie Kla.TV in der viel beachteten Doku "Attentat auf John F. Kennedy - Die Hintermänner aufgedeckt" ans Licht brachte, waren auch die nachfolgenden US-Präsidenten bis ins Jahr 2017 nur mit drei Ausnahmen - wie etwa John F. Kennedy - allesamt Freimaurer. Darunter Franklin D. Roosevelt, Richard Nixon, Gerald Ford, George Bush sen., Bill Clinton, George W. Bush und Barack Obama.
4. Gibt es eine Schattenregierung hinter dem US-Präsidenten?
1921 wurde von den freimaurerischen Geheimbünden eine strategische Schaltstelle installiert: der Council on Foreign Relations - kurz CFR - also der Rat für auswärtige Beziehungen. Nach außen hin als Denkfabrik deklariert, sollte dieser fortan als Schattenregierung in den USA wirken.
Die Gesellschaft wurde in New York vom Hochgrad-Freimaurer Edward Mandell House in Zusammenarbeit mit den Freimaurern Paul Warburg und Otto Hermann Kahn gegründet. Zu den weiteren zentralen Gründungspersonen zählen die Hochgrad-Freimaurer John D. Rockefeller Jr., Alfred Milner und Lionel Curtis. Eine wesentliche Rolle bei der Errichtung spielte auch der Schriftsteller Walter Lippmann, der Verbündete von John D. Rockefeller Jr.
Der erste Präsident des CFR, John W. Davis, war für die Familie Rockefeller tätig und ebenso Freimaurer.
Das Geld für die Gründung des CFR kam von der freimaurerischen Hochfinanz - von den Freimaurern J. P. Morgan, John D. Rockefeller, Bernard Baruch, Paul Warburg und Jacob Schiff. Als der CFR 1945 in das Harold Pratt House in New York einzog, dem heutigen Hauptsitz, spendierte Rockefeller das Geld für die Instandhaltung. Seit der Gründung wird der CFR maßgeblich durch die freimaurerische Familie Rockefeller finanziert.
Zu den bekanntesten Global-Strategen und Vorstandsmitgliedern des CFR zählen die Hochgrad-Freimaurer Henry Kissinger, David Rockefeller, Zbigniew Brzezinski, Allen W. Dulles, John J. McCloy, Larry Fink sowie der Globalstratege George Soros.
Aktuell zählt der CFR 5.300 Mitglieder. Seit 2017 hat der Hochgrad-Freimaurer David M. Rubenstein den Vorsitz des CFR.
Als 2011 der Freimaurer-Obelisk - das bekannte Washington Monument - restauriert wurde, steuerte Rubenstein die Hälfte der erforderlichen Mittel zur Denkmalreparatur bei. Bevor der Obelisk 2014 wieder eröffnet wurde, setzte David M. Rubenstein symbolisch den Schlußstein - nämlich die Pyramide an der Spitze des Obelisken. Dieser Teil stellt das "Allsehende Auge Luzifers" dar, so wie man es auch an der Spitze der Pyramide auf dem US-Dollarschein findet.
Nirgends lassen sich die Macht und der Einfluß des CFR besser betrachten als am Beispiel der

US-Regierung. John Jay McCloy, der ehemalige Vorsitzende des CFR und Hochgrad-Freimaurer formulierte es einst so: "Wann immer wir in Washington einen Mann brauchten, blätterten wir einfach die Mitgliederliste des Councils durch und tätigten einen Telefonanruf nach New York."
Eine Studie von William Minter und Laurence Shoup belegt, daß zwischen 1945 und 1972 bereits mehr als die Hälfte von insgesamt 502 Regierungsmitgliedern dem CFR angehörten.
Auch zahlreiche US-Präsidenten waren Mitglied des CFR. Darunter die US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower, Richard Nixon, Gerald Ford, Jimmy Carter, Bill Clinton, und George H. W. Bush.
Seit der CFR-Gründung im Jahr 1921 standen alle US-Präsidenten unter dessen Einfluß. Nach wie vor spielt es für den CFR keine Rolle, ob diese nun den Demokraten oder den Republikanern angehören.
Außerdem trat der CFR seit der Gründung als "Berater" zahlreicher US-Präsidenten auf. Hier stellvertretend dafür nur ein paar Beispiele, wie CFR-Strategen Einfluß auf US-Präsidenten nehmen:
CFR-Strategе Henry Kissinger mit Jimmy Carter, George Walker Bush und Barack Obama
CFR-Strategе David Rockefeller mit George Walker Bush und Ronald Reagan
CFR-Strategе Zbigniew Brzezinski als Sicherheitsberater von Jimmy Carter und als Berater von Lyndon B. Johnson
CFR-Strategе Robert E. Rubin als Finanzminister unter Bill Clinton und Barack Obama
Um über die US-Grenzen hinaus diese freimaurerische Schattenregierung zu etablieren, wurden aus dem CFR heraus die Bilderberg-Gruppe, die Trilaterale Kommission und der European Council on Foreign Relations gegründet.
5. US-Präsident Joe Biden und US-Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris
Seit 2021 ist Joe Biden der 46. Präsident der USA. Zuvor war er von 2009 - 2017 unter der Präsidentschaft von Barack Obama der Vizepräsident.
Auch Joe Biden ist, wie bereits die US-Präsidenten vor ihm, Hochgrad-Freimaurer und zusammen mit Barack Obama, Warren Buffet, sowie Bill und Hillary Clinton, Mitglied der Loge Maat - einer vom CFR-Strategen Zbigniew Brzezinski gegründeten Loge. Das Wort "Maat" kommt aus dem Ägyptischen und steht unter anderem für Weltordnung. Der Begriff wird durch eine ägyptische Göttin verkörpert, die als "Auge des Re" bzw. Allsehendes Auge in Erscheinung tritt.
Außerdem steht Biden dem CFR sehr nahe. Hier bei einem Auftritt im CFR im Jahr 2018.
Von den 30 Mitgliedern des Biden-Kabinetts gehören 17 dem CFR an oder sind durch familiäre Beziehungen eng mit dem CFR verbunden.
Bekannte CFR-Strategen treten auch immer wieder an der Seite von Joe Biden in Erscheinung. Darunter der 2023 verstorbene Henry Kissinger, der amtierende CFR-Vorsitzende David M. Rubenstein oder auch Alexander Soros, Sohn und Nachfolger des CFR-Strategen George Soros. Dieser hatte das Weiße Haus seit Bidens Amtsantritt mindestens 17-mal besucht.
George Soros war der bekannteste Biden-Unterstützer in dessen Wahlkampf 2024. Er finanzierte seine Wahlkampagne mit 60 Millionen Dollar.
Nachdem Joe Biden am 21. Juli 2024 seine erneute Kandidatur für die US-Präsidentschaftswahl 2024 niederlegte, wurde Kamala Harris als neue Kandidatin der Demokratischen Partei nominiert. Sie war bereits zuvor Vizepräsidentin unter Joe Biden.
Auch Kamala Harris hat ein sehr enges familiäres Naheverhältnis zum CFR. Ihre Schwester, Maya Harris, ist Mitglied im CFR. Sie gehört zum engsten Beraterkreis von Kamala Harris und leitete deren Wahlkampf als Präsidentschaftskandidatin 2019 und als Vizepräsidentschaftskandidatin 2020.

Unmittelbar nach dem Rücktritt von Biden wurde bekannt, daß der CFR-Stratege George Soros und dessen Sohn Alexander Kamala Harris finanziell bei ihrer Kandidatur unterstützen. Bereits zuvor gab es mehrere Treffen zwischen Alexander Soros und Kamala Harris.

Donald Trump - Retter oder Teil des Tiefen Staates?

Anhand der bisher aufgezeigten Zusammenhänge und Fakten wird deutlich ersichtlich, daß ein Tiefer Staat in den USA existiert - und wer diesen bildet. Geheimbünde lenken seit der Staatsgründung 1776 das politische Geschehen in den USA. Seit 1921 agiert der CFR als politisch-strategischer Arm dieser Geheimbünde. Trump ist nach 2016 erneut zur Präsidentschaftswahl angetreten, um diesen Tiefen Staat auszulöschen.

"Hier ist mein Plan, um den Tiefen Staat zu zerschlagen."

Ist Trump - im Gegensatz zu Joe Biden, Kamala Harris und den US-Präsidenten davor - die lang ersehnte Rettung gegen das Wirken dieses Tiefen Staates?

Donald Trump wurde 2017 überraschend zum 45. Präsidenten der USA angelobt. Er war bereits zuvor eine berühmte Persönlichkeit in den USA. Bekanntheit erlangte er als Vorsitzender des Trump-Imperiums, als exzentrischer Milliardär und Besitzer des Trump Towers in New York.

Wer ist Donald Trump? Ist er ein Gerechtigkeitskämpfer und Befreier der US-Bevölkerung von diesen Geheimbünden? Oder steht er selbst unter Einfluß und in Verbindung mit den Drahtziehern des Tiefen Staates?

1. Trumps Verbindung zum Hochgrad-Freimaurer und CFR-Strategen Henry Kissinger

Kissinger traf Trump am 10. Mai 2017. Ein weiteres Zusammentreffen von Kissinger und Trump erfolgte im Weißen Haus im Oktober 2017.

Bei diesem Meeting erklärte Trump, daß er mit Kissinger seit langer Zeit befreundet ist.

"Henry Kissinger war ein Freund von mir. Ich habe ihn gemocht, ich habe ihn respektiert. Wir sind schon seit langer Zeit befreundet. Lange vor meinem Auftauchen in der Welt der Politik ... Wir kennen uns sehr gut."

Neben Kissinger treten weitere CFR-Strategen an der Seite von Trump in Erscheinung - hier bei einem Treffen mit dem Hochgrad-Freimaurer und amtierenden Vorsitzenden des CFR, David M. Rubenstein in seinem Privathaus in Florida. Oder mit dem CFR-Strategen und Hochgrad-Freimaurer Larry Fink.

Trump zählt außerdem CFR-Mitglied und Blackstone-Chef Stephen Schwarzman zu seinen Großspendern. Dieser ist Mitglied im "Geheimbund Skull & Bones".

Während Trump intensiven Kontakt zur Hochgrad-Freimaurerei pflegt, inszeniert er sich selbst - wie viele US-Präsidenten bereits zuvor - in der Öffentlichkeit als gläubiger Christ.

Christliche Führer in den USA sowie Millionen von evangelikalen Christen und somit eine entscheidende Wählergruppe stellen sich daher hinter Trump und setzen ihre Hoffnung auf ihn.

Trump genoß eine jesuitische Ausbildung an der Fordham University in New York. Seine Kinder Eric, Ivanka und Tiffany studierten an der von Jesuiten geleiteten Georgetown University in Washington D.C. Die Jesuiten sind die größte Ordensgemeinschaft innerhalb der Katholischen Kirche. Aus einem Eintrag im Internationalen Freimaurerlexikon geht hervor, daß die Errichtung der freimaurerischen Geheimbünde und Freimaurergrade im 17. Jahrhundert maßgeblich unter dem Einfluß der Jesuiten erfolgte.

Seit seiner Kindheit besucht Donald Trump die Marble Collegiate Church. Er nahm 50 Jahre lang an den Sonntagsgottesdiensten teil. Norman Vincent Peale war bis zu seinem Tod 1993 Pfarrer in dieser Kirche. Was viele nicht wissen: Peale war Freimaurer im 33. Grad. Trump hat Peale wiederholt gelobt und ihn als prägenden Einfluß für sein Leben genannt. 1977 heiratet Trump seine erste Frau Ivana in einer von Peale durchgeführten Zeremonie.

Hier ein Bild von Ehepaar Trump aus dem Jahr 1988 bei der 90. Geburtstagsfeier von Norman

Vincent Peale.
2. Trumps Schwiegersohn und Chefberater Jared Kushner
Jared Kushner ist ein amerikanischer Immobilienbesitzer und seit 2009 der Schwiegersohn von Donald Trump. 2009 heiratete er Ivanka Trump. Kushner gilt als Chefberater und graue Eminenz von US-Präsident Trump. Henry Kissinger nannte Kushner "Trumps wichtigsten Vertrauten".
Jared Kushner ist Teil der von den Hochgrad-Freimaurern Henry Kissinger und David Rockefeller gegründeten Bilderberg-Gruppe. Er war Teilnehmer des Bilderberg-Treffens 2019.
Trump hat auch noch weitere Unterstützung aus dem Führungsgremium der Bilderberg-Gruppe. Der Investor und Hochgrad-Freimaurer Peter Thiel ist Teil des Führungskomitees der Bilderberg-Gruppe. 2016 finanzierte Thiel den Trump-Wahlkampf mit mehr als einer Million Dollar. Nach Trumps Sieg war er Teil des Übergangsteams, das dessen Präsidentschaft vorbereitete. Seither wirkt er als Berater von Trump.
Auch den Vizepräsidentschaftskandidaten von Trump, James David "J. D." Vance unterstützte Thiel finanziell. Vance bezeichnete Thiel als seinen Mentor.
Die investigative US-Journalistin Whitney Webb sprach in einem kürzlich veröffentlichten Interview von Vance's engen Verbindungen zum PayPal-Gründer Peter Thiel:
"David Vance verdankt sowohl seine politische Karriere als auch seine frühere Risikokapitalkarriere Peter Thiel. Beispielsweise traf Peter Thiel J. D. Vance zum ersten Mal, als J. D. Vance an der Jura-Fakultät war. Und er bot ihm anschließend seinen ersten Job im Bereich Risikokapital bei einer von Thiel gegründeten Firma namens Mithril Capital an."
"Und er gründete anschließend seine eigene Risikokapitalfirma Narya Capital mit starker Unterstützung von Peter Thiel."
"Zusätzlich, als Vance sich entschied für ein Amt oder für den Senat zu kandidieren, wurde er stark von Peter Thiel finanziert. Peter Thiel spendete 15 Millionen Dollar für seine Kampagne, was - ich glaube - damals und immer noch die größte Einzelspende ist, die jemals an einen Senatskandidaten gemacht wurde."
"Abgesehen von PayPal ist der klare Hinweis auf Geheimdienstverbindung bei Peter Thiel in Form von Palantir zu sehen, das er 2003 gründete."
"Sie ermöglichen direkt das grundlose Ausspionieren aller Amerikaner und nutzen dies, um im Namen der nationalen Sicherheit Profile von dir zu erstellen. Bedauerlich ist auch - wie wir wissen - daß Peter Thiels Einfluß auf Trumps ersten Wahlkampf dazu geführt hat, daß Palantir laut New York Times eine Fülle von Verträgen mit dem US-Militär und noch mehr mit den US-Geheimdiensten erhalten hat."
3. Donald Trump und Hillary Clinton - Konkurrenten - oder etwa doch nicht?
Im Jahr 2016 waren sie die größten Konkurrenten. Hillary Clinton ging für die Demokraten ins Rennen, Trump für die Republikaner. Sie lieferten sich in der Öffentlichkeit einen schmutzigen Wahlkampf.
"Wir können Hillary Clinton nicht mehr ertragen. Wir haben genug von Clinton."
Hillary Clinton: "Wir können keine tickende Zeitbombe im Oval Office gebrauchen."
Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß Donald Trump mit den beiden Hochgrad-Freimaurern Bill & Hillary Clinton seit langer Zeit eng befreundet ist.
Besonders aufschlußreich ist ein Artikel der österreichischen Tageszeitung "Kurier", der während dem Wahlkampf 2016 veröffentlicht wurde. Der "Kurier" titelt:
Chelsea und Ivanka sind gute Freundinnen - während sich ihre Eltern befetzen. ... Tatsächlich verbindet Chelsea Clinton & Ivanka Trump seit vielen Jahren eine enge Freundschaft, die nicht zuletzt durch ihre Eltern entstand.
"Wir waren schon lange vor diesen Wahlen Freunde", macht etwa Chelsea Clinton deutlich, "und wir werden es auch lange nach diesen Wahlen sein."

Auch ihre Eltern verbindet eine lange Freundschaft.
Präsident Bill Clinton war jahrelang sehr gut befreundet mit Donald Trump. Bei der Hochzeits-Zeremonie von Donald und Melania Trump im Jahr 2005 saß Hillary Clinton in der ersten Reihe. Trump spendete für die Clinton Foundation und die Senatskampagne von Hillary Clinton.
Mittlerweile wurde bekannt, daß Donald Trump im Mai 2015 - unmittelbar vor seiner Kandidatur als Präsidentschaftskandidat - ein vertrauliches Gespräch mit Bill Clinton führte. Dies während seine Frau Hillary nur einen Monat zuvor ihre eigene Kandidatur erklärt hatte. Ein Clinton-Mitarbeiter sagte anschließend, Clinton habe Trumps Bemühungen um eine größere Rolle in der Republikanischen Partei gefördert.
Donald Trump versprach im darauffolgenden Wahlkampf, Ermittlungen gegen Clinton einzuleiten - wenn er zum Präsidenten gewählt würde - und sie wegen ihrer vielen Verbrechen ins Gefängnis zu bringen. "Sperrt sie ein" wurde zu einem Slogan im Trump-Wahlkampf.
Donald Trump warnte gleich zu Beginn seiner Amtszeit vor einer sofortigen und laufenden Untersuchung.
"Gegen Hillary wird wahrscheinlich viele Jahre lang ermittelt werden, was wahrscheinlich mit einem Strafverfahren enden wird."
"Gegen Hillary Clinton wird für eine lange Zeit ermittelt werden. Für ihre zahlreichen Verbrechen gegen unser Land, unser Volk und unsere Demokratie."
Nach der Wahl stellte sich dies als Lüge heraus. Von Trump wurden alle Ermittlungen gegen Clinton eingestellt:
Der designierte US-Präsident Donald Trump will keine weiteren Ermittlungen gegen die bei der Wahl unterlegene demokratische Kandidatin Hillary Clinton vorantreiben. ... Trump wolle weder Clintons Nutzung eines privaten Servers für ihre E-Mails in ihrer Zeit als Außenministerin noch hinterfragte Praktiken der Clinton-Stiftung weiter untersuchen lassen.
War die Konkurrenz zwischen Trump und Clinton nur inszeniert - ähnlich dem Präsidentschaftswahlkampf zwischen George W. Bush und John Kerry im Jahr 2004? Das Duell zwischen Republikanern und Demokraten entschied damals Bush für sich.
Es wurde jedoch bekannt, daß die beiden vermeintlichen Konkurrenten Mitglied derselben Geheimgesellschaft sind. Kerry wurde 1966 in den "Skull & Bones Geheimbund" in Yale aufgenommen, Bush zwei Jahre später.
4. Donald Trump mit Bill & Hillary Clinton im Netzwerk von Jeffrey Epstein
Noch etwas verbindet Donald Trump mit Bill & Hillary Clinton - ihre enge Verbindung zu Jeffrey Epstein.
Der US-amerikanische Finanzier und Sexualstraftäter Jeffrey Epstein betrieb über einen Zeitraum von zirka 20 Jahren einen Sexhandelsring mit Minderjährigen. Opfer berichten von Sexhandel und sexuellen Übergriffen, die bereits 1996 stattgefunden hätten. Insgesamt wird von mindestens 100 Opfern ausgegangen, die Dunkelziffer ist jedoch mit Sicherheit um ein Vielfaches höher.
Der Fall Epstein erregte weltweit großes Aufsehen. Jeffrey Epstein wurde 2019 inhaftiert und kurze Zeit später tot in seiner Zelle aufgefunden. Epstein war Mitglied des CFR. Zu seinen Freunden zählten unter anderem Donald Trump und Bill Clinton.
Trump mit seiner zukünftigen Ehefrau Melania, Jeffrey Epstein und Ghislaine Maxwell. Trump mit Sexualstraftäter Epstein bei einer Party in Palm Beach in Florida.
In einem Interview im Jahr 2002 mit dem New York Magazine sagte Trump: "Ich kenne Jeff seit 15 Jahren. Toller Kerl. Es macht viel Spaß, mit ihm zusammen zu sein."
Während des Strafprozesses gegen Epsteins Komplizin und Partnerin Ghislaine Maxwell im Jahr 2021 kam ans Licht, daß Trump in den 1990er Jahren mehrmals als Passagier mit Epsteins Jet geflogen war.

Epstein nutzte das Flugzeug unter anderem dafür, um minderjährige Frauen und exklusive Gäste zu seiner Privatinsel zu fliegen. Deshalb wird die Maschine in den Medien auch als "Lolita Express" bezeichnet.
"Wir wissen aus bereits veröffentlichten Flugprotokollen, daß Bill Clinton, Donald Trump sowie der britische Prinz Andrew häufig unter den Passagieren an Bord waren. ... Clinton ist tatsächlich 26-mal als Passagier aufgeführt, Donald Trump ist mindestens 7-mal als Passagier aufgeführt."
Am 16. April 2019 reichte Maria Farmer, eines der Epstein-Opfer, eine eidesstattliche Erklärung vor dem Bundesgericht in New York ein. Darin führte sie an, daß sie und ihre Schwester Annie von Epstein und Maxwell an verschiedenen Orten sexuell mißbraucht worden sind.
Maria Farmer berichtete in einem späteren Interview, daß sie Donald Trump, sowie Bill und Hillary Clinton bei Epstein ein- und ausgehen sah.
"Ich habe alle genannt, ich habe Donald Trump genannt. Ich habe alle genannt, die ich für Mitverschwörer hielt. ... Donald Trump, absolut die Clintons. Das sind Leute, die ich ein- und ausgehen sah. Ich wußte, daß sie Teil des Ganzen waren."
In der Öffentlichkeit repräsentiert sich Trump hingegen als Retter gegen sexuellen Kinderhandel. Als Trump 2016 sein Präsidentschaftsamt antrat, versprach er "die volle Kraft seiner Regierung einzusetzen, um den Menschenhandel zu beenden". Trump unterzeichnete im April 2018 öffentlichkeitswirksam ein Gesetz gegen Sexhandel und gegen die Ausbeutung von Kindern.
"Meine Regierung übt einen noch nie dagewesenen Druck auf Menschenhändler im In- und Ausland aus, und wir befreien ständig unschuldige Opfer auf Schritt und Tritt."
"Ich möchte heute klarstellen, daß sich meine Regierung auf die Beendigung der absolut schrecklichen Praxis des Menschenhandels konzentrieren wird."
"Wir fordern ausländische Regimes heraus, die dieses schreckliche Übel des Sexhandels fördern."
Wie vertrauenswürdig in Bezug auf die Bekämpfung des Sexhandels ist jemand, der offenbar selbst Teil des Ganzen ist?
Auf die Frage, ob Trump die Akten von Jeffrey Epstein öffnen möchte, sagte dieser im Interview mit Fox News im Juni 2024 folgendes:
Würden Sie, wenn Sie Präsident wären - Sie können diese Fragen mit Ja oder Nein beantworten - würden Sie die 9-11-Akten freigeben? Ja. Würden Sie die JFK-Akten freigeben? Ja. Würden Sie die Epstein-Akten freigeben? Ja, ja, ja. Ich würde, ich denke, ich würde. Ich denke, das ist weniger der Fall."
5. Elon Musk bietet Donald Trump eine riesige Plattform
Als aktuell größter Unterstützer von Trump zeigt sich Elon Musk. Der Tesla-Chef gilt mit einem geschätzten Vermögen von 243 Milliarden US-Dollar als der reichste Mann der Welt. Musk hatte im Juli 2024 offiziell seine Unterstützung für Trumps Präsidentschaftskandidatur verkündet. "Ich unterstütze Präsident Trump vollauf", schrieb der Tech-Milliardär auf der Plattform X, die 2022 von ihm übernommen wurde.
Zahlreiche Medien berichteten anschließend davon, daß er Trump bis zur Präsidentschaftswahl mit 45 Millionen Dollar pro Monat unterstützen möchte.
Anfang September wurde bekannt, daß Trump und Musk planen, in Zukunft eng zusammenzuarbeiten. Sollte Trump US-Präsident werden, plant dieser eine Kommission für Regierungseffizienz einzurichten. Die Leitung des Gremiums soll Tesla-Chef Elon Musk übernehmen.
'Elon Musk sagt z.B., daß er plant, X-Twitter zur Hälfte des Finanzsystems zu machen. ... Wobei es sich irgendwann um eine biometrische digitale ID handeln wird. ... und das Ganze dann mit deinen Finanzen, deiner Geldbörse zu verknüpfen.'
Musk-Firma implantiert Gehirnchip beim Menschen

In diese Richtung geht auch die Intention von Musk, Menschen einen Chip ins Gehirn zu implementieren, um dieses mit dem Computer zu vernetzen oder - anders gesagt - auch die Gedanken dieser gechipten Menschen überwachen zu können.
Viel Beachtung fand ein Live-Gespräch zwischen Trump und Musk auf dessen Online-Plattform X. Bei diesem am 12. August übertragenen Gespräch rührte Musk heftig die Werbetrommel für Trump: "Ich glaube, wir stehen an einem Wendepunkt des Schicksals der Zivilisation, und ich glaube, wir müssen den richtigen Weg einschlagen - und ich denke, Sie sind der richtige Weg", sagte Musk zu Trump.
"Ich hoffe, du machst genauso weiter und bist immer erfolgreich." "Die Zivilisation steht an einem Scheideweg und wir müssen den richtigen Weg wählen - und das sind Sie." "Vielen Dank, Elon - große Ehre."
Bei diesem Live-Gespräch mit Trump fiel zahlreichen Zuhörern das spezielle Foto von Elon Musk auf, das er als sein Profilbild auf der Plattform X verwendet. Es zeigt Musk in einem Baphomet-Kostüm.
Auf X veröffentlichte Musk mehrere Fotos davon. Auf der Vorderseite ist der Baphomet abgebildet. Dieser ist die Darstellung eines Teufelsbocks, der in satanischen Kreisen als Luzifer verehrt wird. Auf dem Rücken von Musk ist unmißverständlich das umgekehrte Kreuz - besser bekannt als Satanskreuz - aufgedruckt.
Musk scheint dieses Kostüm so bedeutend zu sein, daß er es als sein offizielles Profilbild auf X verwendet. Dieses satanische Profilbild ist scheinbar nicht zufällig so gewählt.
Der Gouverneur von Texas, Greg Abbott, veröffentlichte nach einem Treffen mit Musk ein Foto. Darauf ist klar zu erkennen, wie Musk und Abbott mit ihrer Hand das Luzifer-Zeichen zeigen. Dieses Handzeichen, auch als "Teufelshörner" bezeichnet, symbolisiert "Luzifer regiert" oder "Alle Kraft und Macht für Luzifer". Dennoch erklärten Faktenchecker die satanische Handgeste von Musk damit, daß dies die texanischen Longhorn-Rinder darstellen würde.
Mit derselben Begründung wurden warnende Stimmen von offiziellen Stellen mundtot gemacht, als die US-Präsidenten George Bush und Barack Obama dies immer wieder in die Kamera zeigten.
Mittlerweile wurde jedoch bekannt, daß Bush und Obama Teil der luziferischen Hochgrad-Freimaurerei sind.
Neben Elon Musk, Barack Obama und George Bush zeigte auch der Gründer und Hohepriester der "Church of Satan" Anton LaVey bei zahlreichen Auftritten dieses Satanszeichen.
Auch Prinz Harry bei einem offiziellen Treffen mit der Präsidentengattin Melania Trump. Oder der französische Staatschef Emmanuel Macron beim Staatsbesuch von Donald Trump.
6. Trump - der erklärte Friedensstifter?
Auf der Weltbühne stellt sich Trump als internationaler Friedensstifter dar. Eines seiner zentralen Wahlversprechen ist es, den Krieg zwischen Rußland und der Ukraine in wenigen Stunden zu beenden.
"Ich werde den Dritten Weltkrieg verhindern und zwar ganz einfach ... Ich werde den katastrophalen Krieg zwischen Rußland und der Ukraine beenden, und ich werde nicht länger als einen Tag dafür brauchen."
Wie sieht die Wirklichkeit aus? Dazu äußerte sich der Schweizer Historiker Dr. Daniele Ganser:
"Trump hat ... im August 2018 ... den Rüstungsetat des Imperiums für das nächste Jahr abgesegnet. Und er beträgt 716 Milliarden Dollar. ... Das gibt also für das Pentagon ein Budget für zwei Milliarden pro Tag."
Die Kriegsbilanz unter Trumps Amtszeit als 45. US-Präsident sah folgendermaßen aus: Allein in den ersten zwei Jahren seiner Präsidentschaft warfen die USA 79.000 Bomben und Raketen ab. Das sind in zwei Jahren mehr als unter der gesamten 8-jährigen Amtszeit von George W.

Bush.
Laut den offengelegten Zahlen des "Bureau of Investigative Journalism", gab es in den vier Jahren unter Trump mehr als 12.000 Drohnenangriffe. Das sind sieben Mal so viele wie in der achtjährigen Amtszeit von Obama.
Trump agierte kriegstechnisch in derselben Manier wie die US-Präsidenten zuvor und wie die Drahtzieher des Tiefen Staates dies seit Jahrhunderten in den USA vollführen.
Auf die Frage, wie er den Krieg zwischen Rußland und Ukraine beenden möchte, gab Trump in einem CNN-Interview folgende klare Antwort:
"Ich möchte, daß Europa mehr Geld zur Verfügung stellt, denn sie sind mit 20 Milliarden und wir sind mit 170 Milliarden dabei. Sie sollen reagieren und für einen Ausgleich sorgen."
Mit anderen Worten würde dies bedeuten, daß Milliarden an zusätzlichen Geldern für die Rüstungskonzerne fließen. Eine zusätzliche Aufrüstung würde mit großer Wahrscheinlichkeit eine zusätzliche Eskalation im Rußland-Ukraine-Krieg bewirken.
Bereits die Kritik von Trump an der NATO während seiner ersten Amtszeit sollte zusätzliche Milliardengelder für die Rüstungsindustrie bewirken. Erklärtes Ziel von Trump war es, die NATO-Mitgliedsstaaten zu einer massiven Aufstockung ihrer Rüstungsausgaben auf 4 % des Bruttoinlandsprodukts zu bewegen.
"US-Präsident Donald Trump fordert die NATO-Mitglieder auf, ihre Ziele für die Verteidigungsausgaben zu verdoppeln. Nach Angaben der Pressesprecherin des Weißen Hauses, Sarah Sanders, schlug Trump auf dem NATO-Gipfel am Mittwoch vor, daß die Länder ihre Ziele für die Verteidigungsausgaben von 2 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts auf 4 Prozent erhöhen sollten." "Wir müssen auch noch dafür sorgen, daß die NATO-Mitglieder ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen und zahlen."
Trump hat Erklärungsbedarf. Entscheidende Schlüsselpersonen und die wichtigsten Berater von Trump sind Teil der luziferischen Hochgrad-Freimaurerei oder von deren strategischer Einrichtung CFR.
Seine enge Freundschaft mit Henry Kissinger und seine Verstrickungen mit Elon Musk, Peter Thiel, Jeffrey Epstein sowie Bill & Hillary Clinton werfen große Fragen auf.
Zahlreiche Versprechen und Ankündigungen von Trump entpuppen sich nach einer genauen Überprüfung als freimaurerische Redensart. Dies bedeutet, daß in der Praxis das genaue Gegenteil von dem umgesetzt wird, was man der Öffentlichkeit erklärt.
Während Trump offiziell vorgibt, wirkungsvoll gegen Sex- und Kinderhandel vorzugehen, ist er selbst Teil des Epstein-Netzes. In derselben Art und Weise stellt sich Trump als internationaler Friedensstifter dar.
Gerade während der Coronazeit wurde offensichtlich, daß auch Trump die Agenda des Tiefen Staates umsetzte. Neben den rigorosen Einschränkungsmaßnamen machte Trump auch noch selbst Werbung für die Covid-19 mRNA-Impfung. Während aber zahlreiche wichtige Fachstimmen von Immunologen, Ärzten und die freien Medien vor den Gefahren dieses Impfstoffes warnten - äußerte sich Trump in einem Interview auf FOX-News folgendermaßen:
"Der Impfstoff wirkt unglaublich gut, 95 % Schutzwirkung oder sogar mehr. Er wirkt wirklich hervorragend. Er wird wirklich unser Land retten und er wird, ehrlich gesagt, die Welt retten."
Auf die Frage, ob Trump den mRNA-Impfstoff der US-amerikanischen Bevölkerung empfiehlt, rührte er dafür die Werbetrommel:
"Ja, das würde ich. Ich empfehle es. Und ich würde es auch allen Menschen empfehlen, die sich nicht impfen lassen wollen. Aber es ist ein toller Impfstoff und es ist ein Impfstoff, der funktioniert."
Den Drahtziehern des Tiefen Staates ist es völlig einerlei, ob die US-Präsidenten und Präsidentschaftskandidaten von den Demokraten oder Republikanern stammen. Es ist ihnen sogar sehr recht, wenn sich die Parteien und deren Anhänger in der Öffentlichkeit bekämpfen, und

sie selbst dafür nicht in den Fokus der Öffentlichkeit geraten.
Der britische Enthüllungsjournalist und Autor David Icke brachte es bei der AZK-Konferenz 2024 treffend auf den Punkt: "Was wir also in Bezug auf Politik sehen - "Links" und "Rechts" - ist Theater. Es ist Unterhaltungstheater, oder? Aber es soll uns weiter an das politische System glauben lassen.
Und dadurch, daß wir alle vier oder fünf Jahre wählen müssen, irgendwie die Kontrolle darüber haben, wer die Regierung führt. Aber wenn man in diesem Puppenspiel - wo es die Linke und die Rechte gibt - einen Schritt zurück in die Schatten geht, sieht man, daß beide von denselben Händen kontrolliert werden." "Wir bekämpfen uns also gegenseitig ohne aufzuschauen und zu sehen, daß dieselbe Hand die Fäden all dieser unterschiedlichen Fraktionen in der Hand hält."
Selbst bei Donald Trump wird ersichtlich, daß die Parteifarbe keine wesentliche Rolle spielt.
Im August 2001 ließ sich Trump als Demokrat registrieren.
In den Jahren 2004 und 2008 deutete er bereits an, für die Demokratische Partei bei der US-Präsidentschaftswahl gegen George W. Bush anzutreten.
Schließlich schrieb er sich 2009 wieder als Republikaner ein. Auch seine Parteispenden verteilte er bis 2012 in gleicher Weise an die beiden Großparteien - darunter beispielsweise eine Spende an seine derzeitige Konkurrentin Kamala Harris im Jahr 2012.
Es liegt an jedem Einzelnen, dieses "Spiel von Rechts und Links" zu durchblicken und die künstlich erzeugte Spaltung zu überwinden. Entscheidend ist, dafür den Scheinwerfer auf die Drahtzieher im Hintergrund zu richten. Es sei dabei angemerkt, daß dieselben Drahtzieher nicht nur in den USA wirken, sondern nahezu in jedem Land weltweit im Hintergrund agieren. Sehen Sie sich dazu zahlreiche enthüllende Sendungen auf Kla.TV unter #Krake an.
Die Mitverantwortung und Mitverbreitung gehören definitiv zum gegenwärtig größten Lösungsansatz, wenn es darum geht, die USA und jede Nation weltweit vom Wirken dieses Tiefen Staates zu befreien.
Von großer Wichtigkeit ist es einerseits, seine Hoffnung nicht auf einzelne vermeintliche "Retter" zu richten - und schon gar nicht, wenn diese in Verbindung mit den "Tiefen Staat-Drahtziehern" stehen. Andererseits ist es das Gebot der Stunde, sich an einem Gerechtigkeitsnetzwerk zu beteiligen, das aus der Mitte der Bevölkerung heraus entsteht.
Um Teil des internationalen Kla.TV-Netzwerkes zu werden - und in Zeiten der fortschreitenden Internetzensur mit uns in Verbindung bleiben zu können - vernetzen Sie sich bitte internetunabhängig (!) mit unserem Kla.TV-Netzwerk unter dem Link: www.kla.tv/vernetzung.<<
Kuba: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 19. Oktober 2024 (x1.412/…): >>**Wochenlange Stromkrise - Landesweiter Blackout in Kuba**
Am Freitag kam es nach einem wochenlangen Engpaß bei der Stromversorgung zu einem landesweiten Blackout im kommunistisch regierten Kuba. Mittlerweile haben einige Krankenhäuser wieder Strom. Privathaushalte bleiben aber weiterhin dunkel.
Marie Rahenbrock
... Kuba hat seit Wochen mit Stromausfällen zu kämpfen.
Am Freitagmittag kam es auf der kommunistisch regierten Insel Kuba zu einem landesweiten Stromausfall. 10 Millionen Bewohner sind davon betroffen. Wie das Energieministerium laut ZDF berichtete, sei das Wärmekraftwerk Antonio Guiteras vom Netz gegangen. Bei dem Kraftwerk handelt es sich um eines der wichtigsten Kraftwerke des Landes. Schon in den vergangenen Wochen war es immer wieder zu Abschaltungen des Stromnetzes gekommen, weil das Land mit einer Energiekrise zu kämpfen hatte.
Wie laut Spiegel ein hochrangiger Vertreter des Energie- und Bauministeriums im staatlichen Fernsehen sagte, sei das Kraftwerk unerwartet ausgefallen, woraufhin das ganze Stromnetz zusammengebrochen sei. Die Regierung arbeite daran, die Versorgung so schnell wie möglich

wiederherzustellen.
Laut BBC sagten Beamte, daß es unklar sei, wann die Stromversorgung wiederhergestellt sein werde. Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser laufen weiterhin mit Generatoren. Laut Zeit online teilte die nationale Elektrizitätsgesellschaft (UNE) am Freitagabend in Kuba mit, daß mit Hilfe von "Mikrosystemen" wieder eine Minimalmenge von Strom produziert werden könne. 19.000 Inselbewohner würden davon profitieren.
Die kommunistische Insel hatte schon in den letzten Wochen immer wieder Abschaltungen des Stromnetzes vornehmen müssen. Denn ein Großteil der Infrastruktur ist veraltet und die Insel muß Brennstoffe importieren. Laut der Internationalen Energieagentur (IEA) werden achtzig Prozent der Kraftwerke mit Öl betrieben. Der wichtigste Öllieferant ist Venezuela. Mehr als die Hälfte seines Bedarfs an Öl deckt Kuba durch Lieferungen aus Venezuela, wie die Nachrichtenagentur Reuters schreibt. Zuletzt hatte das Land jedoch seine Lieferungen reduziert. So lieferte Venezuela bis September nur etwa 32.600 Barrel Öl pro Tag, während es im Vorjahreszeitraum 60.000 Barrel Öl pro Tag lieferte.
Angesichts der anhaltenden Energiekrise hatte die Regierung am Freitagvormittag einen "Energienotstand" ausgerufen. Die Schulen wurden geschlossen. Nachtclubs wurde der Betrieb am Wochenende untersagt. Nicht-essentielle Beamte sollten zu Hause bleiben. Auch Kühlschränke und Öfen sollten zu Stoßzeiten ausgeschaltet werden, wie BBC berichtet. Wie das Energieministerium laut CNN am Mittwoch mitteilte, seien aktuell sieben der acht Wärmekraftwerke funktionsunfähig oder würden gewartet. Kuba produziert seinen Strom mit acht Wärmekraftwerken und sieben schwimmenden Kraftwerken.<<

20.10.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. Oktober 2024 (x1.412/…): >>**ZDF-Journalistin nennt Messerangriff mit schwerverletztem Opfer "kleine Auseinandersetzung"**
Die ZDF-Doku "Abgeschoben nach Afghanistan - und jetzt?" schildert die Geschichte von Raheem, einem abgeschobenen afghanischen Straftäter, unkritisch aus seiner Perspektive. ZDF-Journalistin Katrin Eigendorf beschreibt Raheems Messerattacke als "kleine Auseinandersetzung", obwohl er wegen versuchten Totschlags verurteilt wurde.
Von *Redaktion*
... Die ZDF-Dokumentation "Abgeschoben nach Afghanistan - und jetzt?" zeigt einen der 28 abgeschobenen afghanischen Straftäter namens Raheem. In der Dokumentation stellt das ZDF die Sichtweise des Abgeschobenen völlig unkritisch dar. Dieser unkritischen Berichterstattung schließt sich nun auch die ZDF-Außenjournalistin Katrin Eigendorf in einem Tweet zur Dokumentation an.
Eigendorf schreibt über Raheem: Er lebte in einer "Flüchtlingsunterkunft und arbeitete schwarz. Dann wird er, so erzählt er, in einen Streit mit Messern verwickelt. Was er als harmlos empfindet, eine kleine Auseinandersetzung, wird als Straftat gewertet. Raheem kommt für 3 Jahre ins Gefängnis." Doch die von der Journalistin als "kleine Auseinandersetzung" bezeichnete Straftat war vermutlich eine schwere Körperverletzung und führte letzten Endes zu einer Anklage wegen versuchten Totschlags. Zwar benennt das ZDF nicht den konkreten Vorfall, alle genannten Daten stimmen aber mit einem Angriff in Ravensburg überein, es ist davon auszugehen, daß sich die Dokumentation des ZDF auf diesen Straftäter bezieht.
Der damals 22-jährige verpaßte seinem 24-jährigen Opfer unter anderem mehrere Faustschläge ins Gesicht sowie Kopfstöße. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung soll der Verdächtige schließlich ein Messer gezogen und dem 24-Jährigen mehrere Stichverletzungen zugefügt haben. Das Opfer wurde mit schweren, nicht lebensgefährlichen Verletzungen von einem Rettungsteam in eine Klinik gebracht. Der Verdächtige wurde dem zuständigen Haftrichter vorgeführt, der auf Antrag der Staatsanwaltschaft Ravensburg Untersuchungshaft anordne-

te. Anschließend wurde der 22-Jährige in eine Justizvollzugsanstalt überführt.
In der Dokumentation erklärt Raheem, daß er nach Deutschland gekommen sei, um seine Familie finanziell zu unterstützen, jedoch in eine kriminelle Situation geriet und inhaftiert wurde. Die Journalisten hinterfragen dies nicht und erwecken den Eindruck, daß Raheem eher ein Opfer seiner Umstände sei, obwohl er straffällig geworden ist. Die rechtlichen Aspekte seiner Abschiebung werden von einem Völkerrechtler erläutert, der auf die dramatische Lage in Afghanistan hinweist, aber nicht spezifisch auf Raheems Fall eingeht.
Kritische Aspekte wie die Kriminalität unter Migranten bleiben in der Dokumentation unerwähnt. Statistiken über Straftaten von Ausländern oder die erhöhte Zahl von Messerangriffen durch Migranten in Deutschland werden nicht angesprochen, obwohl sie im Kontext der Abschiebungsdebatte relevant wären.<<

21.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Ampel immer irrer: Faeser (SPD) führt Grenzkontrollen ein - Baerbock ("Grüne") haut weiter Millionen für Schleuser raus!**
Illegale Migranten, die Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) mit Kontrollen an den deutschen Grenzen stoppen will, werden vorher mit deutschen Steuergeldern übers Mittelmeer nach Europa gebracht! Noch grotesker kann die Regierungspolitik kaum werden!
Die AfD-Bundestagsfraktion fordert schon lange einen Stop der Steuerzahler-Millionen für die sogenannte zivile Seenotrettung im Mittelmeer. Auch Union und FDP schlossen sich dieser Forderung zuletzt an. Die FDP legte gegen die Zahlungen sogar ein scharfes Veto in der Ampel ein.
Jetzt droht neuer Zoff: Außenministerin Annalena Baerbock ("Grüne") schert sich einen Deut um den Koalitionspartner. Das Auswärtige Amt haut weiterhin unsere Steuergelder für die einschlägig bekannten Schleuser-NGO's raus!
- Obwohl Italien mit hohen Strafen droht, fischen deutsche Nichtregierungsorganisationen weiterhin Bootsmigranten zu Hunderten aus dem Mittelmeer und bringen sie nach Italien. Dabei können die privaten "Seenotretter" auch auf Hilfe der Bundesregierung vertrauen. Außenministerin Annalena Baerbock ("Grüne") hat in ihrem Haushalt auch in diesem Jahr einen Millionen-Etat für die Asyl-Helfer eingeplant - trotz eines nachdrücklichen Vetos der FDP!

1,9 Millionen Euro für "Seenotretter"

Dessen ungeachtet hat das Baerbock-Ministerium 2024 insgesamt 1,9 Millionen Euro für die private "Seenotrettung" von Bootsmigranten im Mittelmeer in seinem Etat veranschlagt. Das kam jetzt durch eine Anfrage des CDU-Haushälters Ingo Gädechens heraus.
Demnach wurden von den Mitteln bereits 1,3 Millionen Euro ausgegeben. Profitieren konnten davon vor allem drei Asyl-Organisationen: der Verein Sea Eye, SOS Humanity und SOS Mediterranee.
Über die Schleuser-Millionen war im vergangenen Jahr ein heftiger Streit in der Ampel-Koalition entbrannt. Zwar hatte der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages noch rund sechs Millionen Euro freigegeben. Aber dann, vor dem Hintergrund der Milliardenlöcher im Bundeshaushalt, entzündete sich heftige Kritik an den Zahlungen.

Konkret wurde nur die AfD

Außer der AfD warnte auch die CDU vor einer gefährlichen Entwicklung. Die Bundesregierung mache sich zu "willfährigen Helfern der Schlepperbanden im Mittelmeer", sagte der CDU-Abgeordnete Moritz Oppelt im Plenum.
Konkret wurde jedoch wieder einmal nur die AfD. Sie brachte bereits vor einem Jahr einen Antrag im Deutschen Bundestag ein, der vorsah, keine finanziellen Mittel mehr für die sogenannte zivile Seenotrettung im Mittelmeer zur Verfügung zu stellen. Zugleich sollte das Parlament die Regierung auffordern, "die mutmaßliche Kooperation von sogenannten zivilen

Seenotrettern im Mittelmeer mit Schleusern zu verurteilen".

Baerbock düpiert Scholz

"Es gab aus dem Bundestag die klare Ansage, daß es dafür keine Steuergelder mehr gibt. Ich erwarte, daß der Wille des Parlaments ab sofort respektiert wird", stellt jetzt FDP-Fraktionschef Christian Dürr laut "Bams" fest.

Das Auswärtige Amt hingegen rechtfertigt die fortgeführten Zahlungen damit, daß Menschen "aus Seenot gerettet werden." Das sei beim Beschluß des Haushaltsausschusses richtig gewesen - "und das ist es auch heute noch."

Daß selbst Kanzler Olaf Scholz (SPD) vor einem Jahr von der Schleuser-Förderung abgerückt war, scheint das Ministerium ignorieren zu wollen. Auf die Frage, ob die Auszahlungen in 2024 mit dem Kanzleramt abgestimmt wurden, antwortete das Auswärtige Amt dem CDU-Abgeordneten Gädechens lapidar: "Bei der Mittelverwendung gilt das Ressortprinzip."

Der CDU-Politiker kritisierte die anhaltenden Zahlungen scharf und fordert ein Machtwort des Kanzlers: "Die illegalen Migranten, die die deutschen Grenzen nicht mehr überqueren sollen, werden vorher mit deutschem Steuergeld übers Mittelmeer gebracht! Noch irrer kann die Politik nicht mehr werden!"<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 21. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Über 50 % leben wieder auf Kosten der Steuerzahler: Auch beim Bürgergeld ist die Ampel komplett gescheitert!**

Und wieder bleibt von einem zentralen Projekt der Ampel-Regierung nur noch ein Scherbenhaufen: Das mit großen Versprechungen eingeführte Bürgergeld ist zum Reinfall geworden. Eigentlich sollte die Bürgergeld-Reform dazu dienen, die Menschen nachhaltig in ein langfristiges Arbeitsverhältnis zu bringen.

Doch aktuelle Zahlen des Arbeitsministeriums zeigen die traurige Realität: Knapp 51 % der Stütze-Empfänger, die im vergangenen Jahr eine Arbeit aufgenommen haben, sind sechs Monate später wieder zurück im Bürgergeld. Dabei muß man sich immer vor Augen halten: 48 % der Bürgergeld-Empfänger sind Ausländer - Tendenz steigend! Mit unseren Steuern zahlen wir für eine ausländische "Bürgergeld-Großstadt" mit 2,7 Millionen Einwohnern.

Nur bei 382.000 von 777.000 früheren Bürgergeld-Empfängern war die Arbeitsaufnahme im vergangenen Jahr von Dauer. 395.000 Personen erhielten nach sechs Monaten erneut Bürgergeld. Dennoch wird Arbeitsminister Heil (SPD) mit Sicherheit nicht die Ursachen beim Namen nennen. Dabei sind sie leicht auszumachen: Die Politik der unkontrollierten Massenmigration führt zu einer hemmungslosen Ausbeutung unseres Sozialstaats. Darüber hinaus unternimmt die Ampel-Regierung aber auch alles, um das Arbeiten so unattraktiv wie möglich zu machen: Immer mehr Steuern und Abgaben, immer höhere Energiekosten und steigende Mieten, immer mehr bürokratische Regulierung.

Es braucht in unserem Land schlicht und ergreifend eine politische Kraft, die sich für die Interessen derjenigen einsetzt, die den Karren ziehen. Eine solche politische Kraft gibt es in keiner einzigen Landesregierung mehr - und in der Bundesregierung schon gar nicht.

Ob CDU oder Ampel-Parteien - sie alle haben die Arbeitnehmer unseres Landes bis aufs letzte Hemd ausgeplündert und zugleich die Politik der grünen Deindustrialisierung vorangetrieben. Nur die AfD macht sich als einzige politische Kraft noch dafür stark, daß derjenige, der früh am Morgen aufsteht, mehr Geld in der Tasche hat als ein Bürgergeld-Empfänger. Dieses Ziel kann man nur erreichen, wenn man die ideologischen Scheuklappen absetzt und die Massenmigration beendet - und genau dafür steht die AfD.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 21. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Skandal-Beitrag im ÖRR: ZDF verharmlost Messerangriff durch Afghanen!**

Unfaßbare Entgleisung im öffentlich-rechtlichen Skandalsender ZDF: In einem Mitleidsfilm

über einen abgeschobenen Afghanen wird ein Messerangriff des Migranten auf krasse Weise verharmlost. Wortwörtlich heißt es dort: "Was genau passierte, wissen wir nicht. Nur so viel: Er soll in einen Streit verwickelt worden sein, trug ein Messer mit sich. Die Polizei nahm ihn fest. Das Urteil: Drei Jahre Gefängnis."
Der Sender, der sich hier dumm stellt, weiß ganz genau, daß man allein für das Tragen eines Messers nicht zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt wird. Die genannten Daten des ZDF-Machwerks (Titel: "Abgeschoben nach Afghanistan - und jetzt?") passen aber laut "Apollo News" zu einem Fall in Ravensburg, bei dem ein Afghane einen 24-Jährigen mit Faustschlägen, Kopfstößen und Messerstichen verletzte.
Das Verhalten des ZDF ist mit Sicherheit kein Versehen - denn die ZDF-Journalistin Katrin Eigendorf setzt noch einen drauf. In einem Tweet über den interviewten Afghanen hält Eigendorf es für angemessen, Folgendes in die Tasten zu hauen: "Er lebt in einer Flüchtlingsunterkunft und arbeitet schwarz.
Dann wird er, so erzählt er, in einen Streit mit Messern verwickelt. Was er als harmlos empfindet, eine kleine Auseinandersetzung, wird als Straftat gewertet. Raheem kommt für 3 Jahre ins Gefängnis." Unfaßbar: Leser und ZDF-Zuschauern sollen offenbar zur Empörung darüber verleitet werden, daß ein Messerangriff "als Straftat gewertet" wird und nicht als "kleine Auseinandersetzung".
Diese unerträglichen Kommentare sind kein Einzelfall - sie haben System. Die "ZDF-Dokumentation" und Eigendorfs Tweet sind nur besonders krasse Beispiele für das seit Jahrzehnten zu beobachtende Verhalten der Mainstream-Medien: Gewalt durch Migranten wird systematisch verharmlost und kleingeredet.
Sogar mit Messerstechern sollen wir nun auch noch Mitleid haben; zusätzlich unterstellt der Film unserem Land wieder einmal einen "Generalverdacht". Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß dringend reformiert und im Übrigen drastisch verschlankt werden. Außerdem muß der Rundfunkbeitrag abgeschafft werden - denn wir wollen für derartige Propaganda keine Zwangsbeiträge zahlen!<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 21. Oktober 2024 (x1.414/…): >>**Helmholtz-Institut plant Corona-Impfung von Babys für Studie**
Als potentielle Diabetes-Vorbeugung: Teilnehmende Säuglinge werden dreimal gegen Corona geimpft / Medizin-Professor: Kaum Evidenz bei mRNA-Injektionen für Babys / Kinderarzt: Studie "mißbraucht" Säuglinge
Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*
Das Helmholtz-Institut für Diabetesforschung in München plant eine Studie, um den Einfluß einer Corona-Impfung im Säuglingsalter zur Vorbeugung von Diabetes zu untersuchen. Für die "AVAnT1A-Studie" werden derzeit Babys im Alter von bis zu vier Monaten rekrutiert, die bei einem speziellen Antikörpertest als Risikofälle für die spätere Entwicklung von Diabetes Typ 1 ermittelt worden sind.
Den Babys soll ab einem Alter von sechs Monaten innerhalb von maximal 14 Wochen dreimal ein zugelassener Corona-Impfstoff injiziert werden. Die Kinder werden dabei regelmäßig medizinisch untersucht, heißt es. Multipolar-Anfragen zur Studie wurden vom verantwortlichen "Helmholtz Zentrum München" nicht beantwortet.
Diabetes Typ 1 gilt als Autoimmunerkrankung, bei der die Insulin produzierenden Zellen in der Bauchspeicheldrüse zerstört werden. Grundannahme der Studie sind laut Helmholtz-Zentrum "Hinweise dafür, daß Virusinfektionen wie z.B. eine SARS-CoV-2 Infektion diese fehlerhafte Immunreaktion auslösen können."
Etwa ein Prozent der Neugeborenen habe ein erhöhtes Risiko für eine spätere Erkrankung an Diabetes. Rund 0,1 Prozent der Neugeborenen entwickelten bis zum sechsten Lebensjahr ein frühes Stadium der Erkrankung, heißt es. Die bis Oktober 2027 angelegte Studie soll placebo-

kontrolliert und verblindet durchgeführt werden. Beteiligt sind neben einem deutschen Kinderkrankenhaus auch Kliniken in England, Belgien und Schweden. Das "Helmholtz Zentrum München" ist eine GmbH und eines von 18 Mitgliedern der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren.
Die Ständige Impfkommission (Stiko) hat für Kinder ab sechs Monaten die mRNA-Impfstoffe "Comirnaty" von Pfizer/BioNTech und "Spikevax" von Moderna empfohlen. Die zugelassenen Impfstoffe werden von der Stiko trotz "bislang begrenzter klinischer Studiendaten" als "sicher und gut verträglich" eingeschätzt. Die Stiko empfiehlt die Impfung jedoch nur solchen Kindern, "die ein erhöhtes Risiko für einen schweren COVID-19-Krankheitsverlauf oder ein erhöhtes Infektionsrisiko haben". Dazu gehören Diabetes mellitus und andere Stoffwechselerkrankungen.
Laut dem Epidemiologischen Bulletin des Robert Koch-Instituts (RKI) sind allerdings für Kinder im Alter von sechs Monaten bis unter fünf Jahre "keine Daten zum Schutz gegen schwere COVID-19-Verläufe ... verfügbar". (S. 23 f.) "Für gesunde Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren empfiehlt die Stiko derzeit keine COVID-19-Impfung." Ein ehemaliges Mitglied der Stiko hatte gegenüber der Tageszeitung "Welt" im August 2024 eingeräumt, daß das Gremium die frühere Empfehlung für Corona-Kinderimpfungen nicht aus medizinischer Notwendigkeit sondern nur aufgrund öffentlichen Drucks abgegeben habe.
Der Medizinprofessor Pietro Vernazza erklärt zur Studie auf Multipolar-Anfrage, das "Nutzen-Risiko-Verhältnis muß sorgfältig abgewogen werden". Es gebe "für eine Impfung gegen Covid-19 bei Säuglingen kaum Evidenz, insbesondere angesichts des geringen Erkrankungsrisikos in dieser Altersgruppe", erläutert der frühere Chefarzt der Infektiologie/Spitalhygiene am Kantonsspital St. Gallen. Mögliche Nebenwirkungen seien wenig erforscht. Es gebe sogar Hinweise darauf, daß Covid-Impfungen das angeborene Immunsystem schwächen könnten. "Ein Impfung könnte das Diabetes-Risiko somit auch erhöhen."
Zudem verweist Vernazza auf die wichtige Rolle von Vitamin D: "Ein Vitamin-D-Mangel ist ein bekannter Risikofaktor für Typ-1-Diabetes, und Vitamin D stärkt nachweislich das angeborene Immunsystem." Die Studie müsse einen ausreichenden Vitamin-D-3-Spiegel der teilnehmenden Kinder garantieren, ansonsten führe sie zu falschen Ergebnissen und könnte die Kinder gefährden. Ob dies bei dieser Studie des Helmholtz-Zentrums zutrifft, ist Vernazza nicht bekannt und konnte von Multipolar trotz mehrfacher Anfragen zur Studie beim verantwortlichen Helmholtz-Zentrum nicht in Erfahrung gebracht werden.
Der Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin Alexander Konietzky kritisiert nach Auswertung verfügbarer Dokumente zur mRNA-Impfung und zur Diabetesstudie, Säuglinge würden mit dieser Studie "fremdnützig mißbraucht". "Bei sonst nicht vorhandener Sinnhaftigkeit der Corona-Injektionen im Säuglingsalter soll hier wohl künstlich eine Indikation in einem Infektionsschutz fremden Therapiebereich generiert werden", vermutet der Ärztliche Geschäftsführer der "Ärzte für eine individuelle Impfentscheidung" auf Multipolar-Anfrage. "Ethisch ist das in keinster Weise vertretbar."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Weltpuff Berlin**
Von *Jonas Glaser*
Wiederentdeckt: Porno-Klassiker aus Berlin. Die deutsche Hauptstadt war um 1900 das, was Bangkok heute ist: das Eldorado des internationalen Sex-Tourismus. Der Dichter Rudolf Borchardt schrieb darüber einen autobiografischen Porno, der jetzt aus dem Nachlaß geborgen wurde.
Bedeutende erotische Schriftsteller nutzten die Beschreibung des Aktes nicht nur zur Stimulation des Lesers, sondern auch - und vor allem - zur Erschütterung tradierter Menschenbilder. Sie lieferten eine Anthropologie, eine Soziologie, die nicht von Idealen oder abstrakten Theo-

rien, sondern vom Animalischen ausging. Kein Geisteskonstrukt hielt phallischen Stößen und fließenden Säften stand. Pornographie war die Revolte des Körpers.
Ihr einst subversiver Stachel, ihr utopisches Potential läßt sich heute nur noch erahnen. Denn was strengsten Verboten nicht gelang, schaffte die Industrie der vergangenen Jahrzehnte: Die Pornographie durch Kommerzialisierung zu zähmen, ihr die Zähne zu ziehen, ihre Integration ins belanglose Entertainment. Skandalauslösende Obszönität ist im Westen Vergangenheit.
"Ich lasse mich nicht zu dem Niveau meiner Leser herab." Borchardt
Zu den Pornoklassikern gehören der Marquis de Sade, Henry Miller, Octave Mirabeau, Anais Nin, Pauline Réage oder George Bataille. Auffallend ist das Fehlen eines deutschen Vertreters. Ein paar Dirty Poems von Goethe und Brecht - das war's. Klar ließe sich Österreichs Josefine Mutzenbacher (1906) anführen, aber deren Verfasser blieb leider anonym. Zwar steht Kinderbuchautor Felix Salten (Bambi, 1923) unter dringendem Taterdacht, bewiesen ist es jedoch nicht. Geht es in der deutschsprachigen Literatur mal richtig zur Sache, ist die Intention oft antipornografisch: So schilderte Elfriede Jelinek in dem Roman Lust (1989) auf 300 Seiten en détail die Vergewaltigungsqualen einer Ehefrau. Keine Stimulation, sondern Analyse von Machtstrukturen war intendiert.

Schöpferische Restauration

Jetzt erschien posthum ein Roman, der diese Lücke füllen dürfte. Und sein Autor ist ausgerechnet Rudolf Borchardt, ein zu Unrecht vergessener Lyriker, Übersetzer, Dramatiker und Essayist. 1877 geboren, forderte der Freund Hugo von Hofmannsthals und Edgar Julius Jungs früh eine "schöpferische Restauration", gerichtet gegen den modernen Massenstaat, in dem "Amt und Staat, Poesie und Wissenschaft, Mann, Weib und Kind käuflich sind".
Im Zentrum dieses zwar antikapitalistischen, aber elitären Konservativismus stand die ästhetische Wiederbelebung der griechischen Antike und des Mittelalters. Alle Avantgardismen seiner Zeit, der Expressionismus beispielsweise, waren Borchardt wegen ihrer Formlosigkeit verhaßt. Durch Übersetzungen von Pindar oder Dantes Die göttliche Komödie trainiert, schrieb der Sprachartist Werke wie Das Buch Joram oder Bacchische Epiphanie, deren hohe Anforderungen das Großpublikum verschreckten.
Borchardt verhedderte sich in einem strategischen Widerspruch: Einerseits wollte er mit seiner Synthese aus Antike, Klassizismus und Romantik zur Identifikationsstiftung einer deutschen Nachkriegsnation beitragen: "An der Stelle, wo wir stehen, haben wir nichts anderes zu tun als Wunden zu heilen, Glieder zu schienen, Zerstreutes zu sammeln, Zerrissenes herzustellen, unser gequältes und gemartertes Volk ... in unserm Busen - wie Goethe sagt, im Geiste - als eine Ganzheit zu restaurieren, durch eine restitutio in integrum", schrieb er nach dem ersten Weltkrieg. Anderseits wollte er dem Publikum keinen Schritt entgegenkommen: "Ich lasse mich nicht zu dem Niveau meiner Leser herab, sondern setze das meine."
Ironischerweise könnte sich Weltpuff Berlin als das populäre Buch erweisen, das Borchardt zu Lebzeiten nicht vergönnt war - und aufgrund des gigantischen Umfangs sogar als Hauptwerk gelten. Geschrieben hat er den Roman 1938 im italienischen Exil, in das er wegen seiner jüdischen Abstammung geflüchtet war. Dort wurden der Dichter und seine Frau 1944 von der SS aufgespürt und nach Innsbruck deportiert.
Nach der Freilassung versteckten sie sich in Tirol. Am 10. Januar 1945 starb Rudolf Borchardt dort an Herzversagen. Vor diesem Hintergrund läßt sich der Nachlaßroman als wehmütiger Rückblick des 61-jährigen Exilanten auf seine Liebesabenteuer während des Studiums in Berlin lesen. Ob dabei alle erotischen Details historisch fundiert sind, sollen künftige Biografen klären.
Borchardts Jugend im Weltpuff Berlin lag nicht in den Roaring Twenties, die seit der TV-Serie Babylon Berlin wieder im Rampenlicht stehen, sondern vor dem Ersten Weltkrieg, in der wilhelminischen Ära. Aber auch dort ging es keinesfalls brav zu. Im Gegenteil: Laut der

Textpassage, die dem Roman seinen Titel gab, war die Kaiserstadt ein frühes Bangkok, ein Eldorado für Sextouristen:
"Ja mein Sohn, und nun denke wie viele es heimlich für Geld thun, wie viele Du einfach ansprechen und mitnehmen kannst, wie viele es aus bloßer Liebe und Geilheit thun, dann haste ne Ahnung von Berlin, wie es weint und lacht. Rede mal mit Ausländern. Für die ist Berlin der Weltpuff, na Deutschland überhaupt. Paris ist nischt mehr dagegen, ganz abgekommen."
Das ist kaum übertrieben: Damalige Studien wie Das Sexualleben unserer Zeit in seinen Beziehungen zur modernen Kultur (1907) des Berliner Sexualforschers Iwan Bloch oder der dritte Band von Eduard Fuchs' Illustrierte Sittengeschichte (1912) bestätigen Borchardts Bild von Berlin.

Obszön, aber schön

Zur Handlung: Der junge Rudolf Borchardt, wegen eines nicht näher genannten Vorfalls von der Göttinger Universität gefeuert, wird zur Strafe in der Berliner Villa seines Vaters eingesperrt. Nur zum Besuch akademischer Vorlesungen darf er sie verlassen. Zum Glück gibt es aber ein neues Dienstmädchen im Haus, und schon bald knistert und spritzt es kräftig zwischen den beiden. Als der Vater endlich zu längerer Geschäftsreise aufbricht, gibt es kein Halten mehr. Der Studiosus durchrast die Stadt mit Taxi und U-Bahn von einem Rendezvous zum nächsten, macht alle Großhotels und Edelrestaurants, Nobelbordelle und den Opern-Backstage zwischen Friedrichstraße und Kurfürstendamm unsicher.
Später erweitert er seinen Aktionsradius auf aristokratische Landsitze in Mecklenburg und Pommern. Dabei tobt er sich nicht nur physisch aus, sondert sorgt mit wilden Sprachspielen auch für Verbal-Orgasmen. Die reichen Sextouristen bilden im Weltpuff Berlin einen vielsprachigen Chorus, veranstalten ein babylonisches Gebrabbel - Deutsch, Englisch, Französisch, sogar ein Telefonat auf Latein findet statt. Wenn der Protagonist mit einer Amerikanerin flirtet, ergänzt die ihr gebrochenes Deutsch mit englischen Füllwörtern, spricht also perfektes Denglisch.
Ebenso exzentrisch sind die Flirt-Themen: Um mondäne Miezen auf die Matratze zu locken, ködert der junge Borchardt nicht mit Smalltalk, sondern diskutiert mit ihnen über Platons Theorie der Leidenschaften oder fordert sie auf, altgriechische Verse umzudichten - im Original! Wenn es dann zur Sache geht, hauchen die Liebenden sich Kosenamen wie "Satyr" oder "Mänade" ins Ohr. Vor allem die Bezeichnung Mänade, wilde Anhängerin des Weingottes Dionysos, trifft auf sämtliche Bettgefährtinnen zu.
Sogar Borchardts klassizistisch-romantisches Restaurationsprogramm wird in Flirt-Dialogen einer Kritik unterzogen. Eine Geliebte merkt an: "Ich glaube nicht, daß diese sehr schönen Triumphe siegreichen Scharfsinns und schöpferischen Wiederaufbaus aus Trümmern mit Deiner Natur identisch sind." War das eine halbironische Bemerkung des alten Schriftstellers über das Scheitern seines künstlerischen Lebensprojekts? Hatte er erkannt, daß er mit seiner konservativen Erneuerung auf verlorenem Posten stand?
Die Erzählsprache, endloses Aneinanderreihen von Satzteilen ohne Punkt, gibt der pornografischen Aktion den passenden Flow, wie ein dauerfließender Samen-Strom: Obszön, aber schön. Die Dialoge mit dem Dienstmädchen Martha treiben diese Technik auf die Spitze: In einem einzigen Endlossatz erzählt sie die Geschichte eines Pfarrers im Spreewald, der seine weiblichen Schützlinge mißbrauchte, die daraufhin sexsüchtig wurden.

Unter Verschluß

Lange, allzu lange hatte man auf die Publikation dieses Riesenfragments warten müssen. Dabei wurde die Gerüchteküche extrem angeheizt. Noch vor zwei Jahren schien eine Druckausgabe in naher Zeit ausgeschlossen: Ängstlich-zögerliche Erben standen im Wege. Cornelius Borchardt, letzter noch lebender Sohn des Autors, bat den Leiter des Marbacher Literaturarchivs, an der Sperrung des dort gelagerten Bestandes festzuhalten, obwohl die 70-jährige

Schutzfrist abgelaufen und die 300 Manuskriptzettel bereits für den Druck transkribiert waren. Der Grund für den aktuellen Gesinnungswandel ist nicht bekannt.

MeToo-Fraktion reagiert pikiert

Über die Premiere von Weltpuff Berlin auf der Frankfurter Buchmesse im Oktober äußerte sich der linke Schreiberling Kolja Mensing im Deutschlandfunk wie eine alte Gouvernante: "Ehrlich gesagt: Das war eine ganz, ganz peinliche Veranstaltung.

Nicht mehr ganz so junge Männer - Verleger, Journalisten, sogenannte Borchardt-Experten - schwärmten mit Blick auf Weltpuff Berlin von einem "saftigen Porno", von "deftigen Details" und - das Schlimmste dann - von einer angeblich "berührenden Deflorationsszene", die man doch bitte alleine lesen möge. Das war tatsächlich schlimmer als alles, was Karasek und Reich-Ranicki in ihren schlechtesten Momenten in den 80er-Jahren zusammenphantasiert haben. Ganz schlimm. Und das hatte auch so was Unwirkliches. So was Real-Satire-Artiges. Als ob man in so einer Art MeToo-Parodie auf den Literaturbetrieb gelandet ist." (Deutschlandfunk, 11.10.2018)

Was an diesem Roman weiterhin mitreißt, ist seine überschäumende Emotionalität, die Freude an Fortunas Freigiebigkeit, an einem rauschhaften Leben, das kein Scheitern, keine Abweisungen erdulden muß: der Traum von Glück, dem heutige Tinder-User so vergeblich nachjagen. Nicht zufällig ist Botho Strauß, Sammler vergangenen Kulturguts und verlorener Intensität (Der Park, 1983), ein unerschütterlicher Rudolf-Borchardt-Fan.

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 12/2018.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Wirtschaft wünscht sich KI aus Deutschland - wie soll das gehen ohne Strom?**

Deutschlands Unternehmen wünschen sich generative Künstliche Intelligenz "Made in Germany". In einer am Montag veröffentlichten Erhebung des IT-Branchenverbandes Bitkom gaben 84 Prozent der Unternehmen an, die generative KI einsetzen oder dies planen, daß ihnen die Herkunft des Anbieters wichtig sei. Und eine klare Mehrheit von 86 Prozent würde dabei Deutschland bevorzugen. Auf den Plätzen zwei und drei liegen die USA mit 64 Prozent sowie die EU mit 48 Prozent. Dahinter folgen Japan (39 Prozent), Großbritannien (34 Prozent), Indien (19 Prozent) sowie China (14 Prozent).

Insgesamt nutzen laut Umfrage neun Prozent der Unternehmen bereits generative KI, weitere 18 Prozent planen dies. Für die Erhebung wurden von der 23. bis zur 30. Kalenderwoche 2024 telefonisch 602 Unternehmen ab 20 Beschäftigten befragt, darunter 135 Unternehmen, für die das Herkunftsland der generativen KI wichtig ist.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Russische Zentralbank kauft Silber**

Die russische Zentralbank hat bekanntgegeben, in Zukunft auch Währungsreserven in Form von Silber, Platin und Palladium aufzubauen. Könnte dies der Auslöser für eine nachhaltige Silberrallye werden?

Von *Claus Vogt*

Der Schwerpunkt unserer Kaufempfehlungen liegt seit geraumer Zeit auf Gold und Goldminenaktien. Tatsächlich ist der Goldpreis in den vergangenen Jahren und sogar schon seit der Jahrtausendwende deutlich stärker gestiegen als der DAX. Darüber schweigt sich die Finanzindustrie und in ihrem Gefolge auch die Börsenberichterstattung weitgehend aus. Sie präferieren stets den DAX und den S&P 500 - obwohl letzterer anhand aller Kennzahlen der Fundamentalanalyse extrem überbewertet ist.

Darüber hinaus hat die US-Zentralbank Fed im September einen Zinssenkungszyklus begonnen. Wie wir Ihnen in unserer aktuellen Krisensicher Investieren Themenschwerpunkt-Ausgabe "Zinssenkung der Fed - Bedeutung für Wirtschaft und Börse" zeigen, kam es nur in 3

der 13 Zinssenkungskampagnen der Nachkriegszeit nicht zu einer Rezession. Bezogen auf die Aktienmärkte fällt das Ergebnis sogar noch schlechter aus, da 11 dieser 13 Fälle mit einer Aktienbaisse einhergingen.

Schauen Sie über den Tellerrand

Bei dieser sehr riskanten Ausgangslage tun Sie gut daran, über den Tellerrand von DAX und S&P 500 zu schauen und in Sektoren zu investieren, die auch in Zeiten von Rezession und allgemeiner Aktienbaisse steigen können. Der Edelmetallsektor erfüllt diese Bedingung, und seit Ende Juli dieses Jahres empfehlen wir auch einige Aktien des konservativen Versorgersektors.

Zentralbanken kaufen jetzt auch Silber

Auf das Einfrieren russischer Währungsreserven haben zahlreiche Zentralbanken mit Goldkäufen reagiert. Völlig zu Recht sehen sie sich genötigt, Reserven zu schaffen, die vor diesem Schicksal gefeit sind. Diese Käufe waren und sind eine wichtige Triebfeder der laufenden Goldhausse.

Jetzt hat die russische Zentralbank laut Bloomberg bekanntgegeben, in Zukunft auch Währungsreserven in Form von Silber, Platin und Palladium aufzubauen. Aufgrund des großen Einflusses, den Rußland auf die BRICS-Staaten und andere Regierungen hat, wird dieses Beispiel wahrscheinlich Schule machen.

Das gilt umso mehr, da Silber jahrhundertelang das vorherrschende monetäre Metall war. Im 19. Jahrhundert wurde es von einem Silber-Gold-Standard abgelöst. Dann wurde auf Betreiben Großbritanniens, Deutschlands, Frankreichs und den USA der Goldstandard eingeführt. China war übrigens eines der letzten Länder, die den Silberstandard abschafften.

In den vergangenen Jahrzehnten hielten auch die US-Regierung und die Zentralbanken in Indien und Mexiko Silber als Teil ihrer Reserven. Das Konzept, daß die russische Zentralbank Silber als Teil ihrer Reserven erwirbt, ist also nicht neu. Aber es könnte für die russische Regierung ziemlich profitabel sein.

Klare Haussesignale für Silber und eine Silberminenaktie ...<<

22.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Milliarden-Projekt im Saarland vor dem Aus: Wieder platzt ein Habeck-Luftschloß!**

Das US-Unternehmen Wolfspeed wollte ein neues Halbleiterwerk im Saarland bauen. Jetzt zieht sich der Projektpartner ZF zurück, das Milliarden-Vorhaben steht damit vor dem Aus!

Der als Folge des E-Autowahns in eine tiefe Existenzkrise gerutschte Autozulieferer ZF hat beschlossen, sich nicht mehr an der geplanten Chipfabrik im Saarland zu beteiligen. Das könnte für das 2,75 Milliarden Euro-Projekt unter Federführung des US-Konzerns Wolfspeed das Aus bedeuten, berichtet das Düsseldorfer "Handelsblatt".

Bei der Vorstellung der Pläne Anfang 2023 hatte sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) höchstpersönlich über die "Rückkehr der industriellen Revolution" gefreut. Merke: Je prekärer die Lage eines Hochstaplers, desto höher seine Luftschlösser!

Geplant war, bis 2027 ein neues Werk für Stromsparchips aus Siliziumkarbid zu errichten. Das Forschungs- und Entwicklungszentrum sollte mit rund einer halben Milliarde Euro staatlicher Förderung im saarländischen Ensdorf auf dem Gelände eines ehemaligen Kohlekraftwerks entstehen. Der Autozulieferer ZF wollte sich mit 170 Millionen Euro beteiligen. Nun sieht es schlecht aus für das Großprojekt. Der Halbleiterhersteller Wolfspeed schreibt schon länger tiefrote Zahlen.

Zuletzt hatte der schwedische Batteriehersteller Northvolt sein geplantes Werk in Heide (Schleswig-Holstein) in Frage gestellt.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Arbeit ist gut, "Bürgergeld" ist besser: Viele Stütze-Empfänger schmeißen Jobs wieder hin**

Der versprochene "Job-Turbo" von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) durch das sogenannte "Bürgergeld" läßt weiter auf sich warten: Mehr als jeder zweite Empfänger (51 Prozent) rutscht innerhalb von sechs Monaten wieder in die Stütze, wie aus Zahlen des Heil-Ministeriums hervorgeht. Bei Ausländern liege der Anteil mit 54 Prozent noch höher, berichtet die "Bild-Zeitung".
Insgesamt sei die "nachhaltige" Arbeitsaufnahme im Jahr 2023 nur bei 382.000 von 777.000 ehemaligen Stütze-Beziehern wirklich erfolgreich gewesen. 395.000 Personen erhielten nach sechs Monaten erneut "Bürgergeld" - darunter teilweise auch sogenannte Aufstocker, bei denen der Lohn für den Lebensunterhalt nicht reicht.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Asyl-Abzocke: Syrer (23) kassiert 13.000 Euro dafür, daß er fünf minderjährige Migranten bei sich wohnen läßt**
In Nordrhein-Westfalen sorgt ein unglaublicher Fall von Asyl-Abzocke für Aufsehen: Ein Syrer (23) kassiert für die Aufnahme von fünf minderjährigen bzw. angeblich minderjährigen Asylbewerbern in seiner Wohnung mehr als 13.000 Euro im Monat!
Der Fall macht deutlich: Die Unterbringung von minderjährigen "Flüchtlingen" in Gastfamilien ist längst zu einem florierenden Geschäftsmodell in Deutschland geworden. Auch private Jugendträger verdienen dabei gutes Geld.
Seit 2015 strömen massenweise auch minderjährige bzw. angeblich minderjährige Asylbewerber nach Deutschland. Den Jugendämtern kommt die Aufgabe zu, die Unterbringung zu organisieren. Daraus hat sich mittlerweile ein eigener, offenbar höchst lukrativer Geschäftszweig innerhalb der Asyl-Industrie entwickelt.
Die Jugendämter vermitteln die minderjährigen Migranten an freie Trägervereinen, die für die Weitervermittlung an "Gastfamilien" sorgen. Nicht nur die aufnehmenden "Gastfamilien" erhalten dafür hohe Summen, auch die Trägervereine kassieren üppige "Entgeltsätze" für die Vermittlung und den gelegentlichen Kontakt mit den Familien.
Wundersame Familienvermehrung
Jetzt sind einem Medienbericht zufolge Dokumente aufgetaucht, die zeigen, wie dabei der deutsche Sozialstaat (Steuerzahler) systematisch abgezockt wird. Die Politik schaut diesen Auswüchsen tatenlos zu.
- Im konkreten Fall geht es um einen Syrer, der seit 2015 in Deutschland lebt und im nordrhein-westfälischen Hagen wohnt. Osama H. ist am "1. Januar 2001" geboren. Damit wäre er 23 Jahre alt.
Laut eigenen Angaben ist der alleinstehende Syrer als Friseur tätig. Offenbar erlangte H. kürzlich Kenntnis davon, daß freie Jugendträger nach Personen suchen, die unbegleitete minderjährige Asylbewerber bei sich aufnehmen.
- Am 21. Dezember 2023 unterschreiben den in Bezug genommenen Unterlagen zufolge das zuständige Jugendamt Gladbeck und der freie Jugendträger "kinego gGmbH" einen ersten Vertrag mit dem Syrer. Die Firma aus Bochum versteht ihre Aufgabe wie folgt: "Die kinego gGmbH wirbt geeignete Gastfamilien an und sucht nach einer möglichst guten Passung zwischen Gastfamilie und jungem Menschen."
H. nimmt gleich zwei angeblich minderjährige Syrer bei sich auf. Was für ein Zufall aber auch: Laut den offiziellen Dokumenten sind Abdurrahman A. (16) und Mohammad A. (17) ebenfalls an einem "1. Januar" geboren. In der Übersetzung: Ihr wahres Alter kennt kein Mensch. Die neue "Familie" kann jedenfalls drei "Geburtstage" an einem Tag feiern!
- Vom Jugendamt erhält der "Gastvater" vertraglich vereinbarte 4.074 Euro monatlich, zum einen für den "Grundbedarf" und zum anderen für die "Kosten der Erziehung" der beiden Schützlinge.
Auch der freie Projektträger "kinego" macht Kasse: Für die Vermittlung der Jugendlichen an

den jungen Syrer kassiert er monatlich pro Kind 937,15 Euro, also insgesamt 1.874,30 Euro. Als Gegenleistung muß der Jugendträger "betreuenden Kontakt mit den jungen Menschen bzw. mit den Gast- und/oder Herkunftsfamilien" unterhalten.
Halten wir als Zwischenstand fest: Niemanden im Jugendamt Gladbeck scheint sich daran zu stören, daß ein mutmaßlich 23-jähriger Syrer, der am "1. Januar" geboren ist, zwei minderjährige Syrer bei sich aufnimmt, die zufällig auch am "1. Januar" geboren sind.
Ihr Kinderlein kommet…
Der Syrer H. ist offenbar auf den Geschmack gekommen. Kurze Zeit später nimmt er weitere Kinder bei sich auf.
- Am 3. Januar 2024 wird der nächste Vertrag geschlossen, diesmal zwischen dem Jugendamt Remscheid und dem freien Projektträger "kinego". Ein 16-Jähriger zieht bei H. ein.
Zwischenzeitlich ist H. übrigens umgezogen. Der zweite Vertrag mit dem Jugendamt Remscheid weist eine neue Adresse aus. Offenbar hatte sich die Aufnahme der beiden ersten Kinder bereits gelohnt, so daß sich der Syrer eine größere Wohnung leisten konnte.
Logischerweise erhöhen sich nun die Zahlungen an den "Gastvater" und seine jetzt drei Schützlinge. Und wieder kassiert der Jugendträger mit ab. Doch es kommt noch besser:
- Auch das Jugendamt Paderborn bringt am 16. Februar einen mittlerweile 17-Jährigen Asylbewerber bei H. unter (Nummer vier).
- Am 15. März schließt das Jugendamt Kamen einen Vertrag mit "kinego" ab. Das fünfte "Kind" zieht bei H. ein. In diesem Fall geht es um einen damals 13-Jährigen.
Zu diesem Zeitpunkt sind die Zahlungen an Osama H. bereits erhöht worden. Denn das zuständige Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen hat zum 1. Januar 2024 "die materiellen Aufwendungen für Pflegekinder" angehoben.
Seitdem zahlt die Behörde von Landesministerin Josefine Paul ("Grüne") eine deutlich höhere Erziehungspauschale pro Kind - je nach Alter zwischen 1.151 und 1.445 Euro. Die "Kosten der Erziehung" können durch das Jugendamt in schwierigen Fällen auch vervierfacht werden.
Davon bekommt auch H. Wind. Dem geschäftstüchtigen Syrer gelingt es, einen entsprechenden Antrag durchzubringen. Den dokumentierten Unterlagen zufolge erhält er jetzt pro "Kind" bis zu 2.705 Euro. Summa summarum kassiert der Syrer Monat für Monat für seine fünf Schützlinge mehr als 13.000 Euro von den deutschen Steuerzahlern!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Klima-Milliardentopf fast leer: So verschleudert die Ampel unsere Steuergelder!**
Der Bundesrechnungshof (BRH) hat die teilweise leichtfertige Mittelvergabe aus dem Klimafonds KTF der Ampel-Regierung scharf gerügt. Wie aus einem 33-seitigen Gutachten der Prüfer hervorgeht, sind die Mittel bald aufgebraucht.
Einnahmen in Höhe von rund 25,4 Milliarden Euro stehen demnach immer mehr Ausgaben gegenüber. Im kommenden Jahr würden "nur noch geringe finanzielle Handlungsspielräume verbleiben". Die Gelder für den Klimatopf von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") stammen im Wesentlichen aus der CO2-Bepreisung in Deutschland (allein mehr als 15 Milliarden Euro) sowie aus dem europäischen Emissionshandel.
Die Rechnungsprüfer beanstanden u.a. Mitnahme-Effekte: Viele Unternehmen kassieren Fördermittel, obwohl sie ihre Gebäude auch so saniert hätten. Außerdem werde in nur etwa einem Viertel der Fälle wirklich geprüft, ob und wie stark die Fördergelder zur Senkung des Schadstoff-Ausstoßes ("Treibhausgase") beitragen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Neue Affenpocken-Variante erstmals in Deutschland nachgewiesen**
Die neue und mutmaßlich gefährlichere Affenpocken-Variante "Klade I", wegen der die

Weltgesundheitsorganisation eine Notlage ausgerufen hat, ist erstmals in Deutschland nachgewiesen worden. Die Infektion durch die neue Klade Ib sei am Freitag gemeldet worden, teilte das Robert-Koch-Institut am Dienstag mit. Die betroffene Person soll sich demnach im Ausland infiziert haben. Das RKI geht aktuell weiterhin nicht von einer erhöhten Gefährdung durch Klade-I-Viren in Deutschland aus.
Man beobachte die Situation aber sehr genau und passe seine Empfehlungen bei Bedarf an, hieß es. Es werde zudem davon ausgegangen, daß die verfügbaren Impfstoffe auch gegen Klade I wirksam seien. Die neue Variante war im August erstmals außerhalb von Afrika nachgewiesen worden - und zwar in Schweden.
Wegen eines Anstiegs von "Mpox", wie die Affenpocken auch genannt werden, hatte die WHO Mitte August eine gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite (PHEIC) erklärt. Die vermehrten durch Mpox-Viren der Klade I ausgelösten Fälle waren seit 2023 zunächst im Kongo und später in mehreren afrikanischen Staaten beobachtet worden. Für eine Übertragung von Affenpocken ist ein enger körperlicher Kontakt erforderlich.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Mietern drohen durch Sanierungspläne Hunderte Euro Mehrkosten**
Mieter müssen sich laut einer Studie des Eigentümerverbandes Haus und Grund in den kommenden Jahren auf deutliche Mietsteigerungen einstellen, sobald die EU-Gebäuderichtlinie und die Energieeffizienzrichtlinie in nationales Recht gegossen werden.
Laut einer Berechnung, über die die Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Dienstagsausgaben) berichten, drohen Mietern teils mehr als 1.000 Euro Mehrkosten im Jahr. Konkret hat der Eigentümerverband zwei Szenarien für 1,22 Millionen Mehrfamilienhäuser, die im Besitz privater Vermieter sind und in denen sich 6,22 Millionen Wohnungen befinden, errechnet. Werden diese Wohnungen auf den Energieeffizienzhausstandard 55 saniert, würden die Kaltmieten um 18,8 Milliarden Euro steigen. Zugleich würde es eine Energiekostenersparnis von rund 7,5 Milliarden Euro durch den besseren Zustand der Wohnung geben.
Unterm Strich müßten Mieter dennoch 1,20 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche mehr zahlen. Bei einer 90 Quadratmeter großen Wohnung wären das Mehrkosten von 108 Euro im Monat beziehungsweise 1.296 Euro im Jahr. Auch eine Sanierung auf den etwas lascheren EH115-Standard wäre für Mieter nicht warmmietneutral. Hier würden die Mehrkosten der Haus-und-Grund-Berechnung zufolge bei 60 Cent pro Quadratmeter liegen. Insgesamt wären bis 2045 Investitionen in Höhe von rund 393 Milliarden Euro für die Sanierung auf den EH55-Standard und 215 Milliarden Euro für Sanierungen auf den EH115-Standard notwendig.
Haus-und-Grund-Präsident Kai H. Warnecke appelliert an die Bundesregierung, sich "realistische und erreichbare Ziele" zu setzen. "Es erscheint sehr fraglich, ob ein individualisierter Klimaschutz über Vorgaben an Einzelgebäude sozial und gesellschaftlich gerecht bewältigt werden kann", sagte Warnecke den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Die Bundesregierung müsse sowohl die technischen Möglichkeiten als auch die finanziellen Belastungen für Vermieter und Mieter berücksichtigen. "Ein übermäßig hoher Standard wird die wirtschaftliche Tragfähigkeit überschreiten und damit die Umsetzung der Maßnahmen gefährden."
Lukas Siebenkotten, Präsident des Deutschen Mieterbunds, fordert gegenüber den Funke-Zeitungen eine Reform oder Abschaffung der Modernisierungsumlage: "Im Status quo wird Warmmietenneutralität tatsächlich häufig nicht erreicht. Dies liegt insbesondere im System der Modernisierungsumlage begründet, die es den Vermietern und Vermieterinnen unter anderem freistellt, Fördermittel zu beantragen oder die Kosten an die Mieterinnen und Mieter weiterzugeben. Zudem erfolgt die Umlage unabhängig von der Höhe der Energieeinsparungen. Dieses System muß aus unserer Sicht abgeschafft, mindestens aber reformiert werden."
Siebenkotten plädiert für die Einführung eines Drittelmodells, das die Kosten der energetischen Sanierung zwischen der Öffentlichen Hand, Mietern sowie Vermietern aufteilt. Dabei

sollte die Modernisierungsumlage auf drei Prozent abgesenkt werden, im Gegenzug die Fördersätze für die Sanierung um 15 Prozent angehoben werden. "Damit rechnet sich das System für die Beteiligten", sagte Siebenkotten.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Vermögensabgabe wegen Ukraine?**

Die Grünen haben vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages prüfen lassen, ob eine Vermögensabgabe wegen Ukraine oder Klima möglich ist. Die Antwort lautet ja. Was sind die Folgen?

Eine Gruppe von Grünen-Abgeordneten um Katrin Göring-Eckardt spricht sich erneut für eine einmalige Vermögensabgabe aus. Diese ist auch rechtlich möglich. Das geht aus einem Gutachten hervor, das der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags durchgeführt hat und das dem Redaktionsnetzwerk Deutschland vorliegt.

Demnach seien die finanziellen Konsequenzen aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine oder auch der Klimakrise ein möglicher Grund für die Erhebung einer solchen Vermögensabgabe. "Auf der Grundlage dieser Auslegung können auch die Folgelasten der Klimakrise oder des Krieges gegen die Ukraine nach der Einschätzung des Gesetzgebers ein tauglicher Anlaß für die einmalige Erhebung einer Vermögens-abgabe sein", zitiert das RND aus den Ergebnissen des Gutachtens.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**IWF senkt Wachstumsprognose für Deutschland**

Der Internationale Währungsfonds senkt seine Konjunkturprognose für Deutschland. Für 2024 gehen die Experten aus Washington nun von einem Nullwachstum aus, für 2025 von 0,8 Prozent. Im Juli waren noch Wachstumsraten von 0,2 Prozent beziehungsweise 1,3 Prozent prognostiziert worden. Für die Eurozone wird ein Wachstum von 0,8 Prozent erwartet, 0,1 Prozentpunkte weniger als im Juli, und weltweit soll die Wirtschaft um 3,2 Prozent zulegen.

Global blieben die Erwartungen damit unverändert. Für die USA wurden die Erwartungen an das Wirtschaftswachstum für 2024 seit Juli um 0,2 Prozentpunkte auf 2,8 Prozent erhöht, für 2025 um 0,3 Prozentpunkte auf 2,2 Prozent. Für China wird für 2024 ein Wachstum von 4,8 und für 2025 von 4,5 Prozent erwartet. Und für Rußland wurden die Erwartungen zwar für das laufende Jahr erhöht, jedoch für das kommende Jahr gesenkt: Für 2024 von 3,2 auf 3,6 Prozent, und für 2025 von 1,5 auf 1,3 Prozent Wachstum.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Wie lange hat Marihuana eine Wirkung auf Sie? Tips für mehr Wohlbefinden**

Haben Sie sich jemals gefragt, warum Cannabis auf jeden anders wirkt oder warum der Rausch manchmal viel länger anhält als erwartet?

Egal, ob Sie nur gelegentlich oder regelmäßig konsumieren, die Wirkung kann je nach Cannabissorte, Art des Konsums und Reaktion des Körpers variieren.

In diesem Leitfaden gehen wir auf die Faktoren ein, die beeinflussen, wie lange Marihuana in Deinem Körper bleibt. Außerdem geben wir Ihnen einige praktische Tips, wie Sie sich beruhigen können, wenn Sie ein bißchen zu viel getrunken haben.

Laßt uns eintauchen!

Wie wirkt Cannabis auf Ihren Körper?

Es gibt verschiedene Berichte über die Auswirkungen von Cannabis auf das Körpersystem. Einige sagen, daß es ihnen hilft, sich entspannter zu fühlen und Schmerzen zu lindern, während andere sagen, daß es ihnen ein "hohes" Gefühl gibt. All dies ist wahr; es hängt von der Menge der Cannabinoide (THC und CBD) ab, die in den konsumierten Sorten enthalten sind.

Wenn Sie daran interessiert sind, verschiedene Sorten mit unterschiedlichen Wirkungen zu

erforschen, bietet Herbies Seeds eine Reihe von hochwertigen Cannabissamen an, die Ihren Bedürfnissen und Ihrem Erfahrungsstand entsprechen.
THC (die psychoaktive Substanz) und CBD (die nicht-psychoaktive Substanz) sind die beiden Hauptbestandteile von Cannabis, die beeinflussen, wie man sich fühlt. Cannabis für den Freizeitgebrauch enthält in der Regel einen höheren THC-Gehalt, während medizinisches Cannabis oft mehr CBD enthält.
Hier sind einige häufige Wirkungen von Cannabis:
Geschärfte Sinne
Schmerzlinderung
Schläfrigkeit
Gesteigerter Appetit
Verminderte Angstzustände
Euphorie (das "Hochgefühl")
Halluzinationen
Ängstlichkeit oder Paranoia
Wie schnell beginnt Marihuana zu wirken?
Im Durchschnitt spürt man die Wirkung von Cannabis im Körper innerhalb von 2-10 Minuten nach der Einnahme. In den meisten Fällen spielt die Art der Einnahme eine wichtige Rolle dabei, wie lange es dauert, bis die Wirkung einsetzt. Und so geht's:
Rauchen oder Verdampfen: Die Wirkung tritt in der Regel innerhalb von 2 bis 10 Minuten ein, da die Cannabinoide fast sofort durch die Lunge in den Blutkreislauf aufgenommen werden.
Eßwaren: Der Verzehr von Cannabis in Form von Eßwaren dauert länger - etwa 30 Minuten bis 2 Stunden -, da der Körper die Nahrung erst verdauen muß, bevor das THC in den Blutkreislauf gelangen kann.
Dabben: Diese Methode liefert eine intensive, konzentrierte Dosis Cannabis, und die Wirkung kann innerhalb von Sekunden eintreten.
Kurz gesagt, das Rauchen oder Dampfen führt zu schnellen Ergebnissen, während Eßwaren mehr Zeit brauchen, um zu wirken.
Wie lange hält die Wirkung an?
Wie lange Cannabis auf Dich wirkt, hängt von verschiedenen Faktoren ab, z. B. davon, wie viel THC in der Sorte enthalten ist und wie Dein Körper es verarbeitet. Wenn Du eine Sorte mit geringem THC-Gehalt konsumierst, kann die Wirkung im Allgemeinen in 4 bis 6 Stunden nachlassen. Bei einer Sorte mit hohem THC-Gehalt oder einer höheren Dosis kann die Wirkung 24 Stunden oder länger anhalten.
Auch Ihr Stoffwechsel spielt eine große Rolle. Wenn Du einen schnellen Stoffwechsel hast, wird das THC Deinen Körper schneller verlassen als bei jemandem mit einer langsameren Stoffwechselrate.
5 Tips für ein schnelleres Abklingen des Hochgefühls
Manchmal kann es vorkommen, daß man mehr Cannabis als geplant konsumiert und möchte, daß der "Rausch" schnell nachläßt. Hier sind ein paar Möglichkeiten, um die Wirkung von Cannabis zu lindern:
Bleiben Sie hydriert: Viel Wasser zu trinken kann helfen, das THC schneller aus dem Körper zu spülen.
Machen Sie ein Nickerchen: Wenn Sie sich ängstlich oder überfordert fühlen, kann ein Nickerchen helfen, Ihren Geist und Körper zu regenerieren.
Essen Sie eine Mahlzeit: Eine gute Mahlzeit, vor allem eine mit viel Fett oder Ballaststoffen, kann helfen, das THC zu absorbieren und seine Wirkung abzuschwächen. Wenn Sie nicht allergisch sind, können Sie auch Lebensmittel wie Avocados oder Nüsse probieren, um Ihren

Stoffwechsel anzukurbeln.
Schnüffeln oder kauen Sie schwarzen Pfeffer: Viele Konsumenten finden, daß schwarzer Pfeffer, der Verbindungen enthält, die die Wirkung von THC abschwächen, sie schnell von einem Rausch herunterbringen kann.
Suchen Sie einen ruhigen Ort auf: Sich in einer ruhigen Umgebung zu entspannen, kann Angstgefühle lindern. Sie können leichte Yogaübungen machen, beruhigende Musik hören oder sich eine beruhigende Sendung ansehen.
Wenn Sie diese Tips ausprobiert haben und sich immer noch unwohl fühlen, denken Sie daran, daß Zeit die ultimative Lösung ist. Das THC wird mit der Zeit aus Deinem System verschwinden, da Dein Körper es natürlich verarbeitet.
Wie lange bleibt Marihuana in Ihrem Körper?
Auch wenn die unmittelbare Wirkung nachläßt, kann Cannabis noch einige Zeit in Ihrem Körper verbleiben. THC-Metaboliten wie THC-COOH können bei Gelegenheitskonsumenten 1 bis 3 Tage lang im Blut nachweisbar bleiben. Bei regelmäßigem Konsum können sie wochenlang nachweisbar sein.
Hohe THC-Werte können sich auf Ihr Gedächtnis, Ihre Aufmerksamkeit und sogar auf Ihre körperliche Gesundheit auswirken, z. B. durch Erhöhung der Herzfrequenz oder des Blutdrucks. Wenn Sie gesundheitliche Probleme haben, sollten Sie auf den THC-Gehalt in den von Ihnen verwendeten Produkten achten.
Fazit
Viele Faktoren beeinflussen, wie Cannabis auf den Körper wirkt und wie lange die Wirkung anhält, darunter die Stärke, die Dosierung, die Art des Konsums und der Stoffwechsel des Körpers. Wenn Sie Cannabis zum ersten Mal konsumieren, sollten Sie mit einer Sorte mit niedrigem THC-Gehalt beginnen, um überwältigende Wirkungen zu vermeiden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Die Pädo-Partei**
Von *Martin Müller-Mertens*
Grüne Kinderschänder am Pranger. Fast 20 Jahre lang waren die Grünen Tummelbecken von Kindersex-Freunden. Deren Unterstützer waren bis vor wenigen Jahren in herausgehobenen Positionen aktiv. Die Aufarbeitung ihrer pädophilen Vergangenheit förderte Absonderliches zutage. …
Einen Moment lang schien es, als wollten die Grünen reinen Tisch machen: Bis zu 1.000 Kinder könnten zwischen 1978 und 1995 durch Pädophile im Sumpf der Alternativen Liste (AL), dem Ableger der Partei im damaligen West-Berlin, mißbraucht worden sein. Diese Zahl nannte Thomas Birk, grünes Mitglied im Abgeordnetenhaus, im März 2015. Rund zwei Monate später ruderten die Grünen jedoch wieder zurück.
"Die junge Partei war blind gewesen für die Opfer. Ich persönlich bin darüber fassungslos und wütend", erklärte die Berliner Co-Landesvorsitzende der Grünen, Bettina Jarasch, bei der Vorstellung eines 90-seitigen Untersuchungsberichts über die Pädophilie bei der AL im Mai. Doch zugleich bestritt Jarasch die Schätzung zur Zahl der Mißbrauchten. Auch Birk selbst hielt seine Angaben auf einmal für "rein spekulativ"; ob aufgrund neuer Erkenntnisse oder aus Rücksichtnahme auf zumindest frühere pädophile Netzwerke in der Partei, blieb unklar.
"Mein ständiger Flirt mit allen Kindern nahm bald erotische Züge an." Cohn-Bendit
Noch bis in die jüngste Zeit bekleideten in den Reihen der Grünen Politiker herausgehobene Posten, deren Rolle und politische Herkunft mit Blick auf pädokriminelle Verbindungen, vorsichtig gesagt, zwielichtig erscheinen. Allen voran Volker Beck, Bundestagsabgeordneter bis 2017, der sich regelmäßig als Schwulenaktivist in den Ring warf. In einem Beitrag für den 1988 erschienenen Sammelband Der pädosexuelle Komplex - Handbuch für Betroffene und ihre Gegner hatte Beck für "Entkriminalisierung" und die Herabsetzung des Schutzalters für

sexuelle Handlungen mit Minderjährigen auf zwölf Jahre geworben.
Damit nicht genug: Nach Beginn der Pädophiliedebatte 2013 geriet Beck unter Druck und versuchte, seine Schuld abzuwälzen. Dem 1999 verstorbenen Herausgeber des Buches, Joachim Stephan Hohmann, unterstellte er, seinen Text verfälschend redigiert zu haben. Ein Blick auf das mittlerweile aufgetauchte Manuskript zeigt jedoch: Hohmann nahm an Becks Elaborat lediglich zwei kosmetische Änderungen vor. Die skandalösen Forderungen stammten samt und sonders aus der Feder des Politikers.

Kreuzberger Horrorkeller

Beck war kein Einzelfall - die Allianz von Grünen und Päderasten wurde über Jahre hinweg teilweise unterstützt, noch häufiger geduldet, kaum hinterfragt, und prägte das Selbstverständnis der damaligen Protestpartei. 1981 zeichnete der spätere Bundesminister Jürgen Trittin presserechtlich verantwortlich für das Kommunalwahlprogramm der Göttinger Alternativen-Grünen-Initiativen-Liste (AGIL). Darin forderte die örtliche Homosexuelle Aktionsgruppe die Streichung sämtlicher Paragraphen, die "Kinder, Jugendliche und Erwachsene in der freien Entfaltung ihrer Sexualität beschränken".
Die berüchtigte Nürnberger Indianerkommune, die gleichlautende Positionen vertrat, gewann Einfluß in der Partei. Ein wahrscheinlich von deren Gründer Uli Reschke verfaßter Abschnitt wurde am 22. Juni 1980 auf der Bundesversammlung zum Teil des grünen Parteiprogrammes erklärt. Einen Antrag der AG Kinder und Jugendliche an den Landesparteitag Baden-Württemberg über "einvernehmlich sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und jungen Menschen" lehnte Fraktionschef Fritz Kuhn im Jahr 1985 mit einer allerdings äußerst zweideutigen Stellungnahme ab. Die Forderungen seien "im Moment" unvertretbar, hieß es. Kuhn avancierte 15 Jahre später zum grünen Bundesvorsitzenden und ist seit Januar 2013 Oberbürgermeister von Stuttgart.
Es blieb nicht bei Rufen nach Gesetzesinitiativen. Einen wegen Vergewaltigung einer Zweijährigen zu acht Jahren Haft verurteilten Mandatsträger aus Nordrhein-Westfalen wollte die Grünen-Fachgruppe Knast und Justiz 1985 vor dem Gefängnis bewahren. Es herrsche dort ein "Mangel an Möglichkeiten ..., wirklich menschliche Beziehungen herzustellen", so die ungenierte Begründung. Insbesondere West-Berlin wurde zum Eldorado von grünen Pädophilen. AL-Mitglieder veröffentlichten 1980 die 68 Seiten umfassende Broschüre Ein Herz für Sittenstrolche. In den 1.500 Exemplaren der Auflage fanden sich Bilder lachender minderjähriger Jungen mit dem Begleittext "Sonne, Mond und Sterne, ich liebe schwule Wärme!"
Volker Beck forderte "Entkriminalisierung" von Pädosexualität.
Andere AL-Mitglieder mieteten in Kreuzberg den sogenannten Freizeitladen Falckenstein-Keller, in dem nach Zeugenaussagen zahlreiche an Grundschulen angeworbene Jungen mißbraucht wurden. In dem Horrorkeller aktiv war nach Darstellung des Berliner Untersuchungsberichts der mindestens sechs Mal wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern verurteilte Dieter Ullmann, in der Partei Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft SchwuP (Schwule, Transsexuelle und Päderasten). "Ob und wie viele weitere Parteimitglieder daran beteiligt waren, können wir nur mutmaßen", sagte Jarasch 2015 mit Blick auf pädophile Straftaten im Umfeld der AL.

Cohn-Bendit und die Kinder

Ullmann war bei Grünen und AL keine Randfigur, die unter dem Radarschirm der Basis klandestine Pädoarbeit betrieb. Im Gegenteil: Zu seinen Unterstützern gehörte der grüne Vordenker Daniel Cohn-Bendit. 1981 freute sich Dany le Rouge - Cohn-Bendits Spitzname aus den Monaten der 1968er Revolte - bereits auf erwartete Wahlerfolge der AL: "Dann kommt nämlich Dieter Ullmann, der jetzt noch im Knast sitzt, in das Berliner Abgeordnetenhaus. Den werden wir zum Bundestagskandidaten machen." Ullmann kandidierte im selben Jahr, wenn auch erfolglos, tatsächlich für das Stadtparlament.

Daniel Cohn-Bendit: Die von ihm verantwortete Zeitschrift "Pflasterstrand" veröffentlichte Ende der 1970er Jahre pädophile Texte. "Ich bin nicht nur ein Papierwichser", begründete er die Veröffentlichungspraxis. Foto: Ioannis Giatilis

Ob sich Cohn-Bendit selbst an Kindern vergriffen hat, ist immer wieder Gegenstand von Diskussionen. 1975 erzählte er in seinem Buch Der große Basar über seine Zeit in einem Frankfurter Kinderladen zwischen 1972 bis 1974 ganz offen: "Mein ständiger Flirt mit allen Kindern nahm bald erotische Züge an." Einige der Kinder haben "meinen Hosenlatz geöffnet und angefangen ..., mich zu streicheln". Drei Jahre später prahlte einer seiner Sponti-Kumpel im Frankfurter Stadtmagazin Pflasterstrand, ihn habe "ein 6-jähriges Genossenmädchen verführt". Cohn-Bendit agierte zu diesem Zeitpunkt als Herausgeber der Linkspostille.

Von 1994 bis 2014 saß er im EU-Parlament und war Mitglied der Spinelli-Gruppe, die sich für ein "föderales und postnationales Europa" einsetzt. Im Übrigen hat Cohn-Bendit nach eigener Aussage "keinen Bock mehr", sich "wegen dieser alten Sache immer wieder rechtfertigen zu müssen". Diese "Sache" traf nicht nur bei den Grünen auf viel Verständnis.

Der FDP-Jugendverband Jungdemokraten verlangte auf seiner Bundesdeligiertenkonferenz 1980 laut Protokoll: "Die Paragraphen 173 (Inzest), 174 (Sexualität mit Schutzbefohlenen), 175 (besonderes "Schutzalter" für männliche Homosexuelle), 176 (Sexualität mit Kindern) sind zu streichen." Zwei Jahre später erfolgte der - sich allerdings seit 1978 abzeichnende - Bruch mit der Mutterpartei. Später arbeiteten die Jungdemokraten eng mit den Grünen zusammen und brachten unter anderem deren Bundesvorsitzende und heutige Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth hervor.

Zaghafter Widerstand

Tatsächlich gab es innerhalb der Grünen auch Widerstand gegen das Treiben der Kinderschänder, jedoch meist nur auf lokaler Ebene. "Für die AL-Bezirksgruppe Wilmersdorf teilte Bernd Köppl mit, daß sie nicht bereit ist, den Pädophilie-Abschnitt des auf der letzten MVV (Mitgliedervollversammlung) verabschiedeten Schwulenprogramms zu akzeptieren", hieß es in einem Protokoll vom Juni 1980, nachdem sich ein Parteitag für die Streichung der einschlägigen Paragraphen ausgesprochen hatte.

"Es wird festgestellt, daß Päderastie mit den grünen Grundsätzen unvereinbar ist. Die Mitglieder werden aufgefordert, die Partei Die Grünen zu verlassen", beschloß der Kreisverband Minden-Lübbecke im Mai 1985. Tatsächlich schwand die Zahl der Pädo-Versteher zumindest in den Fraktionen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zunehmend - jedoch, "um künftig mehr in die Partei hineinzuagieren", wie es Ullmann begründete, und nicht als Folge einer Kurskorrektur durch die Gremien.

"1992 gab es eine neue Eintrittswelle in den Schwulenbereich. Es gibt Indizien dafür, daß ein Teil dieser Neumitglieder pädosexuell orientiert war (darunter eine Person, die später wegen der Verbreitung von Kinderpornographie vor Gericht stand) und sich in der von September 1992 bis Anfang 1995 existierenden Untergruppe Jung und Alt des Schwulenbereichs traf", heißt es im Untersuchungsbericht der Berliner Grünen. Etwa Mitte der 1990er Jahre endete die offene pädokriminelle Lobbyarbeit innerhalb der Partei, vor allem wegen des wachsenden Widerstandes speziell in der Frauenbewegung.

Aufklärung

Welche Spuren hinterließen Pädophile in den 1980er Jahren in der Programmatik der Grünen? Dieser Frage widmeten sich im Rahmen einer zweijährigen Studie ab 2013 insgesamt 14 Mitarbeiter des Instituts für Demokratieforschung an der Universität Göttingen. Offene Türen rannten sie dabei nicht ein. "Kaum einer sagt etwas, wenige versuchen zu erläutern. Etliche machten die Schotten dicht, legten bei Telefonaten auf, drohten sogar", faßte der Parteienforscher Franz Walter, der das Projekt leitete, die Reaktionen auf seine Fragen zusammen. Am Ende konnten die Wissenschaftler dennoch nachweisen, daß insbesondere über zwei innerpar-

teiliche Lobbygruppen das Gedankengut der Kindersex-Befürworter massiv in die Grünen eindrang.
Die Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule, Transsexuelle und Päderasten trat ab 1984 für eine vollständige Aufhebung des Sexualstrafrechts ein. Noch weiter ging die Nürnberger Indianerkommune: Sie forderte gleich die vollständige Abschaffung jedweder Erziehung. Am Ende gelang es diesen Vereinigungen tatsächlich, ihre Forderung nach einer Legalisierung von sexuellen Kontakten mit Kindern in zahlreiche Landeswahlprogramme und - als Minderheitenposition - in das erste Grundsatzprogramm des Jahres 1980 zu bringen.
Noch bis vor wenigen Jahren fand sich jedoch hin und wieder eine offene Tür. So warb der Verein Krumme 13 nachdrücklich für Pädophilie. Dessen führender Kopf und bis heute bekanntester Päderasten-Lobbyist Deutschlands ist Dieter Gieseking. Seine Forderungen breitete er im Februar 2014 bei einer öffentlichen Diskussion der Hamburger Grünen, kurz darauf in einem schriftlichen Interview mit der den Grünen nahestehenden Taz aus.
Vor allem der umstrittene Bildungsplan 2015 im grün-rot regierten Baden-Württemberg hatte es Gieseking & Co. seinerzeit angetan. Von einem Aufruf der Krummen 13 zu einer Unterstützungsdemo für den Sexualisierungslehrplan distanzierten sich die Organisatoren der Schwulenparade Christopher Street Day in Stuttgart erst auf öffentlichen Druck hin. Auf Nachfrage des Internetportals Freie Welt machte Gieseking aus seinen Erwartungen keinerlei Hehl. "Von einem Bildungsplan für mehr Akzeptanz der Homosexualität werden langfristig sicherlich auch die Pädophilen profitieren."
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Spezial 27: "Geheimakte Kinderschänder. Die Netzwerke des Bösen".<<
Österreich: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Regierungsbildungsauftrag in Österreich für Nehammer statt Kickl**
Österreichs Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat dem amtierenden Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) den Auftrag zur Regierungsbildung erteilt. Mit der FPÖ, welche bei der Wahl die meisten Stimmen geholt hatte, wolle keine der anderen Parteien zusammenarbeiten, sagte Van der Bellen am Dienstag in Wien.
Aus Gesprächen mit den Parteien sei klar geworden, daß FPÖ-Chef Herbert Kickl keinen Koalitionspartner finde, der ihn zum Bundeskanzler mache. "Ich beauftrage daher Karl Nehammer, den Vorsitzenden der zweitstärksten Parlamentspartei, mit der Regierungsbildung und habe Karl Nehammer das auch heute am Vormittag mitgeteilt", so der Bundespräsident. Die ÖVP solle umgehend Verhandlungen mit der SPÖ aufnehmen.
Es gehe darum, "so rasch wie machbar eine Bundesregierung zustande zu bringen".<<
Ukraine: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Kampfmoral auf dem Nullpunkt: Immer mehr ukrainische Soldaten sind kriegsmüde und desertieren!**
Sie wollen sich von Marionetten-Präsident Wolodymyr Selenskyj nicht länger in einem Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Rußland verheizen lassen: Trotz aller Durchhalteparolen westlicher Kriegstreiber begehen immer mehr ukrainische Soldaten völlig erschöpft Fahnenflucht!
Der ukrainische Soldat Podcaster Serhii Hnezdilov, der als Soldat in der 56. Motorisierten Infanteriebrigade kämpfte, hat im Netz offen über seine Desertation gesprochen. Er sagt, was immer mehr Armee-Angehörige in der Ukraine denken: Wir sind müde, wir sind erschöpft, wir wollen uns nicht länger von Selenskyj und seiner Clique in Kiew verheizen lassen!
So wie Andrij. Der 25-Jährige will seinen wirklichen Namen nicht genannt wissen. Er steht auf einer Sandpiste in einem Dorf nahe der ukrainischen Frontstadt Kurachowe im Süden der Donezk-Region. Andrij trägt eine Camouflage-Shorts und ein T-Shirt mit dem Totenkopf-Logo der russischen Hip-Hop-Gruppe Moscow Death Brigade. Seinen mittellang gewachse-

nen Haarschopf bedeckt eine Camouflage-Mütze.
Der ukrainische Soldat lebt mit seiner Einheit in einem heruntergekommenen Haus. Als Toilette dient ein Loch mitten auf dem Hof. Brennholz liegt zwischen zerdrückten Energy-Drink-Dosen. Zwei junge Katzen streichen um ihn herum. Einen Welpen, den er von seiner Position an der Front eingesammelt hat, will er mitnehmen.
Denn der 25-Jährige verläßt seine Einheit - zu diesem Zeitpunkt heißt es noch für zwei Wochen. Daß er vielleicht nie mehr zurückkommen will, den Gedanken behält er an diesem Tag im September noch für sich.
Offiziell ist es ein Tabuthema: Die ukrainische Armee hat offenbar an vielen Frontabschnitten mit einer sinkenden Moral ihrer Soldaten zu kämpfen. Das geht aus einem Bericht des US-Nachrichtensenders CNN hervor, für den der Sender mit sechs hochrangigen Soldaten sprach. Demnach seien Gehorsamsverweigerungen und Desertationen ein zunehmendes Problem, vor allem unter neuen Soldaten.
"Sie gehen einmal in die Stellungen und wenn sie überleben, kehren sie nie wieder zurück. Entweder verlassen sie ihre Stellungen, weigern sich, in den Kampf zu ziehen, oder sie versuchen, einen Weg zu finden, die Armee zu verlassen", sagt ein namentlich nicht genannter Kommandeur. Hinter vorgehaltener Hand heißt es sogar: Die ersten ukrainischen Soldaten laufen zu den Russen über.<<

23.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**3,48 Millionen - Flüchtlingszahlen in Deutschland erreichen neuen Höchststand**
Es ist eine Zahl knapp so groß wie die Zahl der Einwohner von ganz Berlin: In Deutschland lebten zur Jahresmitte 3,48 Millionen Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge - so viele wie seit den 50er Jahren nicht mehr im Zuge damals der Ostvertreibung!
Aktuell machen Asylbewerber/Schutzsuchende und anerkannte Flüchtlinge bereits vier Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung aus. 1,18 Millionen Menschen stammten nach Angaben der Bundesregierung allein aus der Ukraine. Insgesamt fanden in den ersten sechs Monaten des Jahres 2024 rund 60.000 mehr Menschen Zuflucht in Deutschland als Ende 2023.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Wirtschaftswachstum: Deutschland zementiert seine Rolle als globales Schlußlicht**
Unter allen führenden Industrienationen trägt Ampel-Deutschland weiterhin die Schlußlaterne beim Wirtschaftswachstum: Der Internationale Währungsfonds (IWF) senkt die Prognose erneut. Im kommenden Jahr werde die deutsche Wirtschaftsleistung nur um 0,8 Prozent wachsen und damit um 0,5 Prozentpunkte weniger als noch im Juli vorhergesagt, heißt es in der in Washington veröffentlichten IWF-Prognose.
Für die Weltwirtschaft sind die Aussichten dagegen deutlich besser. Sie soll sowohl im laufenden Jahr als auch im kommenden Jahr um 3,2 Prozent wachsen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Protest gegen Marine-Hauptquartier in Rostock: Rußland bestellt deutschen Botschafter ein**
Aus Protest gegen die Einweihung des Marine-Hauptquartiers in Rostock hat Rußland den deutschen Botschafter in Moskau, Alexander Graf Lambsdorff, einbestellt. Der Botschafter sei in das russische Außenministerium zitiert worden, wo ihm "entschiedener Protest" mitgeteilt worden sei, erklärte das Ministerium.
Das neue Hauptquartier hat die Aufgabe, maritime Operationen und Übungsvorhaben zu planen sowie von der NATO zugeteilte Seestreitkräfte zu führen. Der Stützpunkt wird von einem deutschen Admiral geführt.
Die "Ausweitung militärischer NATO-Infrastruktur im ehemaligen Ostdeutschland wird die negativsten Folgen haben", erklärte das russische Außenministerium. Die Eröffnung eines aus

russischer Sicht NATO-Stützpunktes auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sei ein weiterer Schritt hin zu einer Militarisierung Deutschlands und verstoße gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990. Mit dem Vertrag, der die deutsche Wiedervereinigung international besiegelte, wurde die Stationierung von Streitkräften anderer Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ausgeschlossen. "Wir haben von Berlin sofortige und umfassende Erklärungen verlangt", teilte das Ministerium mit.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Ökosozialistische Schnapsidee: Habeck plant"Milliarden-Deutschlandfonds" für die Wirtschaft**

Angesichts der anhaltenden Rezession in Deutschland hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") seine ökosozialistische Schnapsidee eines milliardenschweren Staatsfonds zur Investitionsförderung neu ins Gespräch gebracht. Der Staat (Steuerzahler) soll Unternehmen, die neue Maschinen anschaffen, zehn Prozent der Kosten in Gestalt einer Investitionsprämie erstatten, berichtet die "Bild-Zeitung".

Habeck hatte bereits Anfang des Jahres ein milliardenschweres Sondervermögen (Sonderschulden) zur Entlastung von Firmen vorgeschlagen. Finanzminister Christian Lindner (FDP) wies den Vorstoß schon damals zurück. Man könne nicht "Hunderte Milliarden Euro Schulden machen, um Subventionen auf Pump zu zahlen." Wichtiger sei eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, betonte Lindner auch jetzt wieder bei einem Besuch der New Yorker Börse.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 23. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Tino Chrupalla: "Breiter Energiemix mit freier Heizungswahl!"**

Mit ihrer Energiewende-Agenda treiben die Grünen Deutschland zum Ruin, verspielen den Wohlstand der Bürger und überstrapazieren den Bundeshaushalt. Vor einem Jahr hat das Bundesverfassungsgericht verhindert, daß die Ampel 60 Milliarden Euro an Corona-Krediten einfach in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) umbuchten. Trotzdem hat die Ampel am KTF festgehalten. Wie der Bundesrechnungshof mitteilt, sind die Rücklagen aber bis Ende des Jahres weg.

Nun zeigt sich: KTF-Profiteure greifen Fördergelder ab für sowieso geplante Maßnahmen, etwa Sanierungen. Der Nutzen zur Ausstoßsenkung von Treibhausgasen ist zumeist zweifelhaft. Wie damals in der Graichen-Affäre gilt auch hier: Grüne Wirtschaftspolitik ist ein Günstlingssystem, von dem vor allem die grüne Lobby profitiert. Besser als Wärmepumpen und Sanierungen mit Steuergeld zu finanzieren, wäre es, Heizungsverbot und Sanierungsvorschriften einfach abzuschaffen.

Der KTF darf nicht mit weiterem Steuergeld aufgefüllt werden. Wir brauchen breiten Energiemix mit freier Heizungswahl statt teurer Energie durch grüne Energiewende!

Kaum schwinden die Rücklagen aus Habecks Klimafonds, will er schon das nächste Paket aus Steuergeldern schnüren. Mit dem hart erwirtschafteten Geld der Bürger will Habeck die Folgen seines Wirtschaftskriegs verdecken, um die Grünen zur Bundestagswahl aus dem Umfragetief zu bugsieren. Aber Umverteilung schafft keinen Wohlstand. Am Ende landet das Geld wieder in den Taschen der Energiewende-Profiteure.

Was die Wertschöpfenden brauchen, ist günstige Energie durch freien Handel und Regulierungen im Interesse der Bürger - nicht im Interesse der grünen Lobby. Der Verkehrssektor, der unter falschen Energiewende-Vorgaben leidet, ist das beste Beispiel dafür. Der Name 'Deutschlandfonds' ist Etikettenschwindel!<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 23. Oktober 2024 (x1.414/…): >>**Verdachtsmeldungen zu Nebenwirkungen bei Corona-Impfungen 20 mal höher als bei allen anderen Impfungen zusammen**

BSW: Bundesregierung verweigert gesetzlich vorgeschriebene Überwachung von Corona-Impfstoffen / Rücktritt des Gesundheitsministers gefordert / Abgeordnete: Haftungsbefreiung für Pharma-Unternehmen war "falsch"

Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*

Die Quote der Verdachtsmeldungen auf Nebenwirkungen ist bei Corona-Impfungen mehr als 20 mal höher als bei allen anderen Impfstoffen zusammengerechnet. Das geht aus einer Antwort des Bundesgesundheitsministeriums auf Anfragen der Bundestagsabgeordneten Jessica Tatti vom Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) hervor. Tatti warf der Bundesregierung und dem Paul-Ehrlich-Institut (PEI) vor, trotz des "deutlichen Alarmsignals" die gesetzlich vorgeschriebene Überwachung der Sicherheit von Corona-Impfstoffen zu "verweigern".

Es wirke mittlerweile so, "als würde die Bundesregierung vertuschen wollen, wie viele Impfgeschädigte es tatsächlich gibt", kritisierte die parlamentarische Geschäftsführerin der BSW-Gruppe laut einem Bericht der Berliner Zeitung. Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) müsse zurücktreten und "endlich" ein Corona-Untersuchungsausschuß im Bundestag eingerichtet werden.

Den Zahlen des PEI zufolge gab es bei den rund 105 Millionen Impfungen gegen Krankheiten wie Grippe, Diphterie, HPV und anderen in den Jahren 2022 und 2023 insgesamt knapp 8.700 Meldungen über den Verdacht einer Nebenwirkung oder Impfkomplikation. Umgerechnet entspricht das einer Nebenwirkungsrate von lediglich einer Verdachtsmeldung auf 12.126 Impfungen. Die seit Beginn der Impfkampagne in einem ähnlichen Zeitraum verabreichten mehr als 192 Millionen Impfpräparate gegen COVID-19 hätten hingegen zu mehr als 340.000 Meldungen über den Verdacht einer Nebenwirkung geführt. Dies entspricht einem Nebenwirkungsverdacht auf 565 Impfungen.

Des Weiteren gehe aus der Antwort des Gesundheitsministeriums hervor, daß das PEI bis heute keinen Abgleich der Verdachtsmeldungen mit den Abrechnungsdaten der Krankenkassen vorgenommen hat. Seit einer Änderung des Infektionsschutzgesetzes (Paragraph 13, Absatz 5) Ende 2020 ist es den Krankenkassen gesetzlich vorgeschrieben, anonymisierte Daten von Geimpften sowie unter anderem den Diagnose-Code der Impfnebenwirkung und die Chargennummer an das PEI zu übermitteln.

Bereits Ende 2021 konnte Multipolar auf Basis von Daten der obersten US-Gesundheitsbehörde CDC sowie der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) nachweisen, daß die Verdachtsmeldungen bei COVID-19-Impfungen im relativen Vergleich diejenigen der Grippeschutzimpfungen um ein Zigfaches überschritten haben.

So kam es beispielsweise in den USA zu 34 mal mehr Praxisbesuchen, 58 mal mehr Notaufnahmen und 89 mal mehr Krankenhauseinweisungen aufgrund des Verdachtsfalls einer Nebenwirkung der COVID-19-Präparate. Im europäischen Wirtschaftsraum lag die Anzahl der Verdachtsfälle der verschiedenen Impfnebenwirkungen um den Faktor 25 bis 400 höher als bei der Grippeschutzimpfung (über 200 mal mehr Fälle von Atemnot, über 400 mal mehr Fälle von Schüttelfrost).

Auch zu der Verantwortung für etwaige Impfschäden hat die BSW-Abgeordnete Jessica Tatti eine klare Position: Es sei falsch gewesen, daß die Bundesregierung die verantwortlichen Pharma-Unternehmen wie Biontech von der Haftung für Impfschäden befreit hat. Die Firmen hätten "gigantische Gewinne mit Corona-Impfstoffen" erzielt - und jetzt sei "nicht einmal ein kleiner Teil davon für die Impfgeschädigten übrig". Sie bezeichnet dies als "verantwortungsloses und schäbiges Verhalten".

Zudem sei beispielsweise Biontech mit 375 Millionen Euro für die Erforschung und Entwicklung von Corona-Impfstoffen vom Bundesforschungsministerium gefördert worden. Die Gewinne der Pharmakonzerne, aber auch der Kommunen und Länder aufgrund von Steuereinnahmen sowie die jeweiligen Fördersummen hat Multipolar in einem weiteren Beitrag ermit-

telt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Zahl der Geburten in Deutschland nimmt drastisch ab**

Deutschland erlebt derzeit einen massiven Rückgang der Geburten. Vor allem in Ostdeutschland werden weitaus weniger Kinder geboren als früher, heißt es in einer Analyse der Ifo-Niederlassung Dresden.

"Ganz offenbar haben die Coronakrise, der Ausbruch des Krieges in der Ukraine und die nachfolgenden Realeinkommenseinbußen aufgrund hoher Inflation viele junge Familien dazu bewogen, mögliche Kinderwünsche erst einmal aufzuschieben", sagte Ifo-Forscher Joachim Ragnitz. "Das Gebärverhalten, ausgedrückt durch die Geburtenrate, hat sich in den vergangenen drei Jahren massiv verändert. Sie liegt aktuell nur noch bei 1,35 Kindern je Frau, während es 2021 noch 1,58 Kinder je Frau waren."

Ein weiterer Teil der Erklärung ist, daß in Ostdeutschland die Zahl der Frauen im Alter zwischen 27 und 36 Jahren stark rückläufig ist. Auf sie entfallen aber die meisten Geburten. Die Analyse zeigt, daß der Rückgang der Geburtenrate bereits 2015 eingesetzt, sich zuletzt aber deutlich beschleunigt hat. "Insgesamt wurden in den Jahren 2022 und 2023 fast 80.000 Kinder weniger geboren, als es zu erwarten gewesen wäre", fügte Ragnitz hinzu.

Ob es sich dabei um vorübergehende oder dauerhafte Veränderungen der Familienplanung handelt, läßt sich anhand der bislang vorliegenden Daten nicht sagen. "Die Politik wäre aber gut beraten, diese Entwicklungen genauer zu beobachten, auch um mögliche Fehlentscheidungen beim Ausbau von Kita-Betreuung und Schulversorgung zu vermeiden", sagte Ragnitz weiter.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Exporte in Drittstaaten im September deutlich gesunken**

Die Exporte aus Deutschland in die Staaten außerhalb der Europäischen Union sind im September 2024 deutlich gesunken. Sie ließen gegenüber dem Vormonat kalender- und saisonbereinigt um 4,7 Prozent nach, teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) anhand vorläufiger Ergebnisse am Mittwoch mit.

Insgesamt wurden Waren im Wert von 57,2 Milliarden Euro exportiert. Nicht kalender- und saisonbereinigt waren es Waren im Wert von 57,4 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sanken die Exporte um 1,1 Prozent.

Wichtigster Handelspartner für die deutschen Exporteure waren auch im September die Vereinigten Staaten. Dorthin wurden Waren im Wert von 13,4 Milliarden Euro exportiert. Damit stiegen die Exporte in die USA gegenüber September 2023 um 1,1 Prozent. Nach China wurden Waren im Wert von 6,9 Milliarden Euro exportiert, das waren 9,6 Prozent weniger als im Vorjahresmonat. Die Exporte in das Vereinigte Königreich nahmen im Vorjahresvergleich um 0,3 Prozent auf 6,4 Milliarden Euro zu.

Die deutschen Exporte nach Rußland stiegen gegenüber September 2023 um 4,1 Prozent auf 0,6 Milliarden Euro. Rußland lag damit auf Rang 19 der wichtigsten Bestimmungsländer für deutsche Exporte außerhalb der EU. Im Februar 2022, dem Monat vor dem Angriff auf die Ukraine, hatte Rußland noch den fünften Rang belegt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Die Welt setzt auf AKW - Deutschland sprengt sie**

Während Deutschland seine letzten Kernkraftwerke abgeschaltet hat und in einem Akt der talibanen Zerstörung sogar die Kühltürme von AKWs sprengte, setzt nicht nur die ganze Welt auf die grundlastfähige, hocheffiziente Kernenergie, sondern auch Unternehmen.

von *Marc Friedrich*

Tech-Giganten wie Google und Microsoft wollen ihren immer größer werdenden Energiehunger mit Atomkraft stillen, um den enormen Strombedarf ihrer Künstlichen Intelligenz zu dek-

ken. Noch nie war es offensichtlicher als jetzt, daß Deutschland in Sachen Energiepolitik komplett falsch abgebogen ist.

Der unersättliche Strombedarf

Willkommen in der Zukunft! Eine Zukunft, die mehr Energie braucht als je zuvor - und das in einem rasanten Tempo. Die Künstliche Intelligenz (kurz KI) steht an der Schwelle, unsere Welt von Grund auf zu verändern. Meine Prognose: Die kommenden drei Jahre werden unsere Welt für immer verändern.

Künstliche Intelligenz klingt für viele wie Science-Fiction, ist aber längst Realität. Die Geschwindigkeit, mit der die KI voranschreitet, ist unglaublich und für Normalsterbliche kaum noch greifbar.

Die Technologie hat das Potential, ganze Industrien zu revolutionieren, von der Medizin bis zur Automobilbranche. Doch eine entscheidende Frage wird oft ignoriert: Wie soll all das mit Strom versorgt werden? KI-Systeme, insbesondere solche, die auf maschinellem Lernen basieren, benötigen enorme Rechenleistung - und diese frißt Unmengen an Strom.

Es wird geschätzt, daß der Energieverbrauch von Datencentern weltweit bis 2030 rund 8 % des globalen Strombedarfs ausmachen könnte. Tech-Riesen wie Google und Microsoft und zuletzt auch Amazon haben das Problem erkannt und handeln - anders als Deutschland. Die Tech-Konzerne setzen jetzt verstärkt auf Atomkraft, um den Strombedarf ihrer energieintensiven KI-Rechenzentren zu decken. Das tun sie nicht, weil sie besonders auf ihre CO2-Bilanz achten, sondern weil die Kernenergie eine günstige und vor allem zuverlässige Energiequelle ist. Denn eines wissen diese Konzerne: Erneuerbare Energien alleine werden bei weitem nicht in der Lage sein, den stetig steigenden Energiebedarf zu decken.

Viele Politiker in Deutschland wollen diese Tatsache allerdings immer noch nicht wahrhaben: Die Atomkraft ist längst zurück und sie ist die Technik der Zukunft. Während Deutschland, gefangen im ideologisch-dogmatischen Klimawahn, lieber Windmühlen baut, hat der Rest der Welt erkannt, daß das der falsche Weg ist.

USA setzt auf Atomkraft, während Deutschland aussteigt

Schauen wir uns die Situation genauer an: Google und Microsoft haben beide Verträge mit Unternehmen abgeschlossen, die sich auf fortschrittliche Atomkraftwerke der neuen Generation spezialisiert haben. Diese sogenannten Small Modular Reactors (SMRs) sollen in Zukunft zuverlässig, sicher und vor allem emissionsarm den wachsenden Energiehunger stillen. Für die Tech-Giganten ist das eine langfristige Investition in ihre Zukunft. Sie verstehen, daß die Stromversorgung in Zeiten des Klimawandels gesichert und stabil sein muß - und daß erneuerbare Energien allein das nicht gewährleisten können.

Die USA setzen hier ein klares Zeichen: Atomkraft als sauberer, zuverlässiger Energielieferant für die digitale Zukunft. Währenddessen hat Deutschland, nach der Fukushima-Katastrophe im Jahr 2011, den übereilten Atomausstieg beschlossen. Eine Entscheidung, die uns nicht nur in der Gegenwart teuer zu stehen kommt, sondern auch in der Zukunft immense Nachteile mit sich bringt.

Wir haben unsere letzten Atomkraftwerke 2023 abgeschaltet und verlassen uns statt dessen auf den Ausbau von Wind- und Solarenergie. Doch was passiert, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint? Die Antwort ist einfach: Deutschland importiert Strom aus dem Ausland, wie die folgende Abbildung zeigt. Allein im Juli mußten 4,486 GWh importiert werden.

Quelle: Querschuesse.de

Deutschland, einst Vorreiter in Sachen Technologie, ist mittlerweile zum Geisterfahrer in der Energiepolitik geworden. Der ideologische Atomausstieg wird uns teuer zu stehen kommen. Während andere Länder in Forschung und Entwicklung von neuen Technologien investieren, verpaßt Deutschland diese Chance. Es scheint, als hätte man hierzulande nicht verstanden, daß

die moderne Atomkraft nichts mehr mit den veralteten und risikoreichen Kraftwerken vergangener Jahrzehnte zu tun hat.
Fortschrittliche Reaktoren, wie die von Google und Microsoft unterstützten SMRs, sind nicht nur sicherer, sondern auch deutlich effizienter. Sie produzieren weniger Abfall und können flexibler auf Energiebedarfsschwankungen reagieren. Dazu kommt: Atomkraftwerke sind im Gegensatz zu Wind- und Solaranlagen wetterunabhängig und liefern konstant Energie, auch in der Nacht oder bei Windstille.

Deutschland deindustrialisiert

Während andere Länder auf eine Mischung aus erneuerbaren Energien und moderner Atomkraft setzen, wollen wir den gesamten Energiebedarf ausschließlich durch Wind, Sonne und Biomasse decken. Doch die Realität sieht anders aus. Immer wieder kommt es zu Stromengpässen, die Netze sind instabil und die Preise steigen sowohl für die Bürger als auch für die Unternehmen. Für energieintensive Branchen wird Deutschland als Standort immer unattraktiver. Und mit dem massiven Energiebedarf, den die Künstliche Intelligenz mit sich bringt, wird dieses Problem noch dringlicher. Schon jetzt sehen wir einen Exodus einstiger Größen der deutschen Industrie wie Miele oder Stihl.
Auch große Konzerne haben in den letzten Jahren aufgrund steigender Stromkosten und anderer wirtschaftlicher Belastungen ihre Produktionskapazitäten ins Ausland verlagert oder angekündigt, Deutschland teilweise den Rücken zu kehren. Bestes Beispiel: Der Chemiekonzern BASF, einer der größten Chemieproduzenten der Welt, hat im Februar 2023 angekündigt, seine Produktion in Europa, insbesondere in Deutschland, zu reduzieren. Die hohen Energiepreise und der anhaltende Kostendruck durch die Energiekrise wurden als Hauptgründe für diese Entscheidung genannt. BASF hat gleichzeitig den Ausbau seiner Produktionskapazitäten in Asien, insbesondere in China, vorangetrieben.
Der Spezialchemiekonzern Lanxess hat ebenfalls angekündigt, sich stärker auf Standorte außerhalb Europas zu konzentrieren. Lanxess-Vorstandschef Matthias Zachert erklärte bereits 2022, daß Europa, insbesondere Deutschland, aufgrund der Energiekrise und steigender Strompreise als Produktionsstandort zunehmend unattraktiver werde.
Und auch das einstige Aushängeschild - die Automobilwirtschaft - bekommt die völlig verfehlte Energiepolitik der Ära Merkel und der Ampel mit voller Wucht zu spüren. So erwägt Volkswagen, aufgrund der hohen Energiekosten, Teile seiner energieintensiven Produktion von Batterien für Elektrofahrzeuge außerhalb Europas zu verlagern. In den USA und Asien, wo die Energiekosten deutlich niedriger sind, werden attraktive Standorte für die zukünftige Batteriefertigung geprüft. Spätestens nach den angedrohten Werksschließungen in Deutschland sollten auch bei den letzten die Alarmglocken läuten. Oder um es mit den Worten des Volkswagen-Marken-Chefs Schäfer zu formulieren: "Der Dachstuhl brennt lichterloh".
So traurig es ist. Diese Liste ließe sich noch ewig weiterführen und sie macht deutlich, wie prekär die Situation ist. Wie sollen wir künftig wettbewerbsfähig bleiben, wenn wir die Energieversorgung nicht sichern können? Vor allem die Künstliche Intelligenz braucht stabile und vor allem ausreichend verfügbare Energiequellen. Doch Deutschland sperrt sich gegen die Atomkraft, obwohl sie genau das liefern könnte.

Die Chance für Anleger

Es ist allerdings gut, daß der Rest der Welt dem Beispiel Deutschland in Sachen Kernenergie nicht folgt. Daraus ergeben sich natürlich viele Chancen für Anleger. Da immer mehr Länder Atomkraft als Lösung für ihre Klimaziele wieder in Betracht ziehen, ist das Potential für Investitionen in diese Branche erheblich.
Im Jahr 2023 betrug der Weltbedarf an Uranoxid 203 Millionen lb. Bis 2040 soll dieser Bedarf auf 264,8 Millionen lb ansteigen. Gleichzeitig lag die Uranminenproduktion 2023 nur bei 142 Millionen lb. Um den gesamten Bedarf allein durch die Produktion zu decken, müsste die

Uranminenproduktion bis 2033 um etwa 65 % steigen. Bis 2040 wäre sogar ein Anstieg von ca. 86,5 % erforderlich, um den dann erwarteten Bedarf vollständig zu decken.
Bereits in meinen Bestsellern "Der größte Crash aller Zeiten" und "Die größte Chance aller Zeiten" sowie auf meinem YouTube-Kanal habe ich immer wieder auf die Chancen bei Uran-Aktien hingewiesen und sogar konkrete Unternehmen genannt. Viele dieser Aktien wie Cameco, Uranium Energy oder Yellow Cake haben seitdem teilweise mehrere hundert Prozent zulegen können.
Vor allem die Ankündigungen von Microsoft und Google haben in den letzten Wochen erneut für neue Euphorie bei Uran-Werten gesorgt. So konnte zum Beispiel der größte Uran-ETF, der Global Uranium ETF, allein seit Anfang August mehr als 40 Prozent zulegen. Das ist für ein solches Schwergewicht bemerkenswert. Eine Verschnaufpause erscheint hier erstmal überfällig. Mittel- bis langfristig ist der gesamte Uran-Sektor allerdings sehr interessant.
Fazit: Die Atomkraft als unverzichtbarer Teil der Zukunft
Die Frage, ob Atomkraft in der Zukunft eine Rolle spielen wird, ist längst beantwortet - sie wird es. Die Frage ist nur, ob Deutschland das erkennen wird, bevor es zu spät ist. Wir können nicht länger ideologisch verblendet auf die Atomkraft verzichten, während Länder wie die USA oder auch China ihren technologischen Vorsprung weiter ausbauen. In meinem Investmentbrief Friedrich Report haben wir eine umfangreiche Analyse zum Uranmarkt erstellt und werden in den kommenden Wochen mehrere Aktien aus diesem Sektor empfehlen.
Wenn wir den Energiebedarf der Künstlichen Intelligenz decken und in der globalen Konkurrenz bestehen wollen, brauchen wir eine pragmatische und vor allem technologieoffene Energiepolitik.
Es ist Zeit, aus dem Schneckenhaus herauszukommen und die Realität zu akzeptieren: Ohne Atomkraft geht es nicht. Sonst stehen wir bald ohne Strom da - und ohne Zukunft.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Studie: "Straßencannabis" meistens verunreinigt**
Von Dealern auf der Straße verkauftes Cannabis weist offenbar sehr häufig Verunreinigungen auf. Bei einer großflächig angelegten Studie mit über 300 Proben aus 30 deutschen sowie zehn weiteren europäischen Städten wurden in mehr als zwei Drittel aller getesteten Proben toxische Pestizide gefunden - außerdem allerhand andere Stoffe. Durchgeführt hatte die Erhebung das Unternehmen "Sanity Group" mit Sitz in Berlin, das bislang medizinisches Cannabis an Apotheken und klinische Einrichtungen vertreibt und gerne auch an Freizeitkonsumenten direkt verkaufen würde - was aber bislang nicht erlaubt ist.
Offensichtlich erhofft sich das Unternehmen, mit den Ergebnissen der Studie Druck auf die Politik zu machen, nach der Legalisierung des Konsums nun auch einen kontrollierten und "sauberen" Vertrieb zu ermöglichen. Und so waren die Tester nach eigenen Angaben vorgegangen: Über einen Aufruf auf der Plattform "Reddit" konnten rund 200 Freiwillige dafür gewonnen werden, ihr über den Schwarzmarkt bezogenes Cannabis mit Hilfe eines versiegelten Testkits zur Analyse an ein Forschungsteam zu senden.
Hierfür sollten sie die Öffnung ihres neu erworbenen Cannabis einschließlich Zeit- und Standortstempel filmen - unter Beachtung strenger Richtlinien, um die Integrität der Proben sicherzustellen. Von über 300 getesteten Proben wurden schließlich nur rund 20 Prozent als "saubere" Produkte eingestuft. Ein Großteil der übrigen 80 Prozent enthielt beispielsweise Spuren von menschlichen und tierischen Fäkalien, Covid-19- oder Influenzaviren. Ebenso fanden sich Spuren von Kokain, Ketamin, Methamphetamin und MDMA.
Und mehr als 70 Prozent der Proben waren zudem mit Haarspray "gestreckt". Ebenfalls festgestellte Pestizide, darunter Chlorfenapyr, Trifloxystrobin und Paclobutrazol, sind nicht nur für den menschlichen Verzehr ungeeignet, sondern in der EU sogar teilweise für die landwirtschaftliche Nutzung verboten. Seit dem 1. April darf in Deutschland legal "gekifft" werden,

und das sogar in der Öffentlichkeit. Der Verkauf von Cannabis an Freizeitkonsumenten ist aber nicht gestattet, und die Einrichtung von Anbauvereinigungen, sogenannten "Cannabis-Clubs", stockt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 23. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Gewalt gegen Frauen weiter gestiegen**

In Deutschland sind die Zahlen verschiedener schwerer Straftaten gegenüber Frauen weiter angestiegen. Im vergangenen Jahr sind 903 Frauen als Opfer von versuchtem oder vollendetem Mord und Totschlag erfaßt worden, wie die "Bild" (Mittwochausgabe) unter Berufung auf Zahlen des Bundesinnenministeriums berichtet. Das sind 13 mehr als 2022. Unter den 903 Opfern waren 331 Frauen Opfer von Partnerschaftsgewalt (2022: 312).

146 Frauen wurden Opfer eines vollendeten Mordes und Totschlags in einer Partnerschaft (2022: 126). Die Zahl der registrierten Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (Vergewaltigung, sexueller Mißbrauch etc.) von Frauen stiegen seit 2014 von 33.021 jährlichen Fällen auf 62.404 Fälle im vergangenen Jahr an. Das ist ein Plus von fast 89 Prozent.

Die Anzahl der weiblichen Opfer einer Straftat gegen die körperliche Unversehrtheit (Körperverletzung etc.) stieg im selben Zeitraum um knapp 18 Prozent (von 221.346 auf 260.775) an.

Die Anzahl der weiblichen Opfer einer Straftat gegen die persönliche Freiheit (Menschenraub, Entziehung Minderjähriger, Kinderhandel, Freiheitsberaubung, Zwangsheirat) verzeichnete ein Plus von 41 Prozent (von 105.232 auf 148.015).<<

Ukraine: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Die Erfindung der Ukraine**

Von *COMPACT Redaktion*

Die Pläne der Habsburger und der Erste Weltkrieg. Seit dem 19. Jahrhundert gab es Bestrebungen, eine unabhängige Ukraine zu schaffen, großteils aus dem Ausland gefördert. Dort, wo sie erfolgreich waren, erwiesen sie sich als instabil. …

Ukrainisierung von außen

Vor dem Ersten Weltkrieg begann der österreichische Generalstab, die Ideen einer eigenständigen Ukraine und der Ukrainisierung aktiv zu fördern. Ihr Motiv war offensichtlich. Kurz vor dem Krieg wollte man den potentiellen Feind schwächen und sich günstige Bedingungen im Grenzgebiet sichern. So begann der österreichische Generalstab, die in Polen aufgekommene Idee zu propagieren, daß die in diesem Gebiet lebenden Menschen angeblich keine echten Russen seien, sondern einer besonderen ethnischen Gruppe, den Ukrainern, angehörten. Bereits im 19. Jahrhundert gab es Theoretiker, die die Unabhängigkeit der Ukraine forderten. Alle behaupteten jedoch, daß die Ukraine ein sehr gutes Verhältnis zu Rußland haben sollte. Darauf beharrten sie.

Quelle: Tucker Carlson-Interview am 9.2.2024

Den Kriegsgegner schwächen

Vor dem Ersten Weltkrieg begannen Länder, die sich auf den Krieg mit Rußland vorbereiteten, die Idee der ukrainischen Identität zu entwickeln. Natürlich wollte man den potentiellen Gegner schwächen, versuchte, ihn zu spalten, ihm Gebiete zu entreißen. Diese Idee wurde aufgegriffen und weiterentwickelt. Und bei einem Teil der Bevölkerung hat sich wirklich eine eigene Identität entwickelt. Auch daran ist nichts Schreckliches, es ist ein natürlicher Prozeß. Deshalb behandeln wir das mit Verständnis und Respekt.

Quelle: TV-Interview nach dem Amtsantritt des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski am 6.8.2019

Im Ergebnis Instabilität

Ich werde nichts idealisieren. Wir wissen, daß es das Valujew-Rundschreiben von 1863 und dann den Emser Erlaß von 1876 gab, die die Veröffentlichung und Verbreitung religiöser und

gesellschaftspolitischer Literatur in ukrainischer Sprache einschränkten. Es ist jedoch wichtig, den historischen Kontext im Auge zu behalten.
Diese Entscheidungen wurden vor dem Hintergrund der dramatischen Ereignisse in Polen (Januaraufstand 1863) und dem Wunsch der Führer der polnischen Nationalbewegung getroffen, die "Ukrainefrage" zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen. Ich sollte hinzufügen, daß weiterhin Belletristik, Bücher mit ukrainischer Poesie und Volkslieder veröffentlicht wurden. Es gibt objektive Beweise dafür, daß das Russische Reich einen aktiven Prozeß der Entwicklung der kleinrussischen kulturellen Identität innerhalb der größeren russischen Nation erlebte, die die Großrussen, die Kleinrussen und die Weißrussen vereinte.

Die Ziele Wiens und Berlins

"Der Westen der Ukraine stand 150 Jahre (ab 1795) lang unter österreichischer Herrschaft. In dieser Zeit erwuchs dort das ukrainische Nationalbewußtsein, das bis in unsere Tage hinein geschichtswirksam ist." (Bayerischer Rundfunk, "Habsburgs Osten - Die Ära Österreich in der Ukraine", 4.5.2024)
"Der "Erfinder der Ukraine" ist Paul Rohrbach mit Sicherheit nicht gewesen. Den zweifelhaften Beinamen hatten dem Mitarbeiter der Zentralstelle für Auslandsdienst im Auswärtigen Amt politische Gegner zur Zeit des Ersten Weltkriegs verliehen. Zugegeben, Rohrbach hatte damals viel mit der Ukraine zu tun, die es als eigenständigen Staat noch gar nicht gab, die es nach seiner Auffassung aber geben sollte. Und tatsächlich entwickelte sich Rohrbach zu einem hingebungsvollen Ukraine-Aktivisten, dessen Tätigkeit die deutsch-ukrainischen Beziehungen anhaltend prägen sollte.
Noch heute führt ihn die ukrainische Botschaft in Berlin in einem kurzen Abriß über die Geschichte des Verhältnisses zwischen Deutschland und ihrem Staat ausdrücklich auf, was seiner bedeutenden Rolle durchaus entspricht. ... Paul Rohrbach hat sich damals ausdrücklich zu den politischen Absichten geäußert, die er in und mit der Zentralstelle verfolgte. Allgemein plädierte er wie Erzberger für die "Zerlegung des russischen Kolosses in seine natürlichen, geschichtlichen und ethnographischen Bestandteile. Die Teile sind Finnland, die Ostseeprovinzen, Litauen, Polen, Bessarabien, die Ukraine, der Kaukasus und Turkestan".
Oft nutzte er bei öffentlichen Auftritten das Bild, "daß Rußland sich auseinandernehmen läßt wie eine Apfelsine" und daß dabei "bei gehöriger Vorsicht durch keinen Riß und keine Wunde ein Tropfen Saft zu fließen braucht". Ganz besonders kümmerte sich Rohrbach um die Ukraine, gelegentlich bei PR-Veranstaltungen vor großem Publikum. "Ohne die Ukraine ist Rußland nicht Rußland, hat es kein Eisen, keine Kohle, kein Korn, keine Häfen! ... Alles große Leben in Rußland muß versiegen, wenn ein Feind die Ukraine packt", schrieb er in seinem 1916 erschienenen Weltpolitischen Wanderbuch" (Jörg Kronauer, "Die ukrainische Sache", Junge Welt, 21.6.2012)
Gleichzeitig begann sich unter der polnischen Elite und einem Teil der kleinrussischen Intelligenz die Vorstellung vom ukrainischen Volk als einer von den Russen getrennten Nation zu formen und an Boden zu gewinnen. Da es keine historische Grundlage gab - und auch keine haben konnte -, wurden die Schlußfolgerungen durch allerlei Erfindungen untermauert, die sogar so weit gingen zu behaupten, daß die Ukrainer die wahren Slawen seien und die Russen, die Moskauer, nicht. Solche "Hypothesen" wurden zunehmend für politische Zwecke als Instrument der Rivalität zwischen europäischen Staaten genutzt.
Seit dem späten 19. Jahrhundert hatten sich die österreichisch-ungarischen Behörden an dieses Narrativ gehalten und es als Gegengewicht zur polnischen Nationalbewegung und den promoskowitischen Gefühlen in Galizien genutzt (Die Nationalisten in Polen, das seit 1795 nicht mehr existierte, strebten eine Wiedergeburt ihres Staates unter Einschluß des von Österreich besetzten Galiziens an; umgekehrt hatten die orthodoxen Teile der Bevölkerung Galiziens Sympathien mit Rußland.

Die Stimulierung einer ukrainischen Nationalbewegung sollte dagegen aus Wiener Sicht nicht zur Eigenstaatlichkeit führen, sondern die Provinz im k.u.k.-Kaiserreich halten.) Während des Ersten Weltkriegs spielte Wien eine Rolle bei der Bildung der sogenannten Legion ukrainischer Freischützen. Galizier, die Sympathien für das orthodoxe Christentum und Rußland verdächtigt wurden, wurden brutaler Repression ausgesetzt und in die Konzentrationslager Thalerhof und Theresienstadt verbracht.
Weitere Entwicklungen waren mit dem Zusammenbruch europäischer Imperien, dem heftigen Bürgerkrieg, der auf dem riesigen Territorium des alten Russischen Reiches ausbrach, und ausländischen Interventionen verbunden.
Nach der Februarrevolution wurde im März 1917 in Kiew die Zentrale Rada gegründet, die zum Organ der höchsten Macht werden sollte. Im November 1917 erklärte sie auf ihrer dritten Tagung die Gründung der Ukrainischen Volksrepublik (UPR) als Teil Rußlands. Im Dezember 1917 trafen UPR-Vertreter in Brest-Litowsk ein, wo Sowjetrußland mit Deutschland und seinen Verbündeten verhandelte. Bei einem Treffen am 10. Januar 1918 verlas der Leiter der ukrainischen Delegation eine Note, in der die Unabhängigkeit der Ukraine verkündet wurde. Anschließend erklärte die Zentrale Rada auf ihrer vierten Tagung die Ukraine für unabhängig.

200 Jahre Krieg gegen Rußland

Der Siebenjährige Krieg (1756-1763) zwischen Rußland und Preußen fand nicht nur zwischen den genannten Staaten statt, sondern war ein Weltkrieg. An Preußens Seite waren Großbritannien und einige italienische Fürsten, an Rußlands Seite war Frankreich. Und dieser Krieg war nicht entstanden, weil die Zarin Elisabeth Friedrich II. nicht mochte, sondern sie hatte Österreich gebeten, Rußland gegen Preußen zu verteidigen, weil Preußen Schlesien von Österreich erobert hatte.

Frankreich hat diesen Krieg und alle seine Besitzungen in Indien verloren, und was schrieb Ludwig XV. danach? Ich zitiere aus einem vertraulichen Papier: "Einziges Ziel meiner Politik gegenüber Rußland sei es, Rußland soweit wie möglich von europäischen Angelegenheiten fernzuhalten. Alles, was Rußland im Haus und im Dunkeln treibt, ist mir nützlich." So organisierte er eine Abmachung mit Schweden, Polen und dem Osmanischen Imperium; und dieses Projekt hieß: "Errichtung einer Ostbarriere", also eines "Cordon sanitaire" oder eines "Eisernen Vorhanges", und das war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. ...
Als Dank für unsere russische Hilfe im Siebenjährigen Krieg haben neben Österreich auch andere, vor allem die Türkei, versucht, die Interessen Rußlands nicht nur zu beeinträchtigen, sondern gegen uns aggressiv vorzugehen. Aber alle Rekorde hat Großbritannien gebrochen. Die Jakobiner waren noch nicht an der Macht, da versuchten die Briten schon, Polen, Schweden, die Türkei und Österreich zu bewegen, gegen Rußland eine aggressive Position einzunehmen. ...
Zum Thema Napoleon und zu seinem Rußlandfeldzug 1812 gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen: In den napoleonischen Armeen bildeten Franzosen nur die Hälfte aller Streitkräfte, die andere bestand aus Österreichern, Preußen und Soldaten aus verschiedenen deutschen Teilstaaten. Das war also nicht nur eine französische, sondern eine europäische Invasion. Ich möchte nicht die Geschehnisse im Einzelnen erwähnen.
Entscheidend ist der Beitrag Rußlands für die Niederlage Napoleons, dieser wird heute kaum erwähnt, obwohl er von den Historikern mit Recht nicht in Frage gestellt wird. Und wie war die weitere Entwicklung? Am 22. Dezember 1814 unterzeichnen Frankreich, Großbritannien und Österreich einen Vertrag über ihre Allianz mit dem Ziel, "Rußland in seine Grenzen zurückzutreiben für die Ehre, Gerechtigkeit und Zukunft Europas".
Wer hat den Krieg Japans gegen Rußland 1904/05 entfesselt? Großbritannien! Und es hat alle Schiffe für die japanische Kriegsmarine gebaut, die Schiffe wurden von amerikanischen Banken finanziert. Im Rahmen der Kampfhandlungen hat England versucht, Tibet unter seine

Kontrolle zu bringen. Es geschah auch etwas in Bhutan und Nepal. Die zwei Staaten gerieten ebenfalls unter britische Vorherrschaft. ...
Einige Bemerkungen, die Ihnen nicht bekannt sein dürften, zur russischen Revolution. Die erste Revolution 1905 bis 1907 wurde von Japanern finanziert, sie hatte auch Unterstützung von Briten und Franzosen. Vor dem Sturz von Zar Nikolaus II. 1917 bekam der britische Botschafter in Sankt Petersburg die Instruktion, daß die oppositionelle Gruppe gegen den Zaren zu unterstützen und zu finanzieren wäre.
Das Ergebnis war die Abdankung von Zar Nikolaus II. Eines der Ziele des Ersten Weltkrieges war erreicht. Rußland sollte nie wieder so erstehen, daß es für das britische Königreich eine Gefahr werden kann. Wer waren die Ausführenden dieser Entscheidung? Wer hat den Schuß auf den Zaren-Berater Grigori Rasputin abgegeben? Ein Agent des amerikanischen Geheimdienstes!
_ Valentin Michailowitsch Falin (1926-2018) war Berater des sowjetischen Partei- und Regierungschefs Nikita Chruschtschow sowie des Außenministers Andrei Gromyko. Von 1971 bis 1978 war Falin Botschafter der UdSSR in Bonn, leitete anschließend die Nachrichtenagentur RIA Novosti und war zweimal Direktor des Internationalen Ausschusses des Zentralkomitees der KPdSU bis zu deren Auflösung 1991. Er war auch danach ein gefragter Kommentator in den russischen Medien. - Der Text ist die gekürzte Fassung des Vortrages, den Falin auf der "Souveränitätskonferenz" des COMPACT-Magazins Ende November 2012 in Berlin hielt.
Die Unabhängigkeit hielt nicht lange an. Nur wenige Wochen später unterzeichneten Rada-Delegierte einen Separatvertrag mit den Mittelmächten. Deutschland und Österreich-Ungarn befanden sich zu dieser Zeit in einer schwierigen Lage und benötigten ukrainisches Brot und Rohstoffe. Um die Versorgung in großem Umfang sicherzustellen, holten sie bei der UPR die Zustimmung zur Entsendung ihrer Truppen und ihres technischen Personals ein. Tatsächlich wurde dies aber als Vorwand für die Besetzung genutzt.
Für diejenigen, die heute die vollständige Kontrolle über die Ukraine an externe Kräfte abgegeben haben, wäre es aufschlußreich, sich daran zu erinnern, daß sich eine solche Entscheidung im Jahr 1918 für das herrschende Regime in Kiew als fatal erwies. Unter direkter Beteiligung der Besatzungstruppen wurde die Zentrale Rada gestürzt und Hetman Pawlo Skoropadski an die Macht gebracht, der anstelle der UPR den ukrainischen Staat ausrief, der im Wesentlichen unter deutschem Protektorat stand.
Im November 1918 - nach den revolutionären Ereignissen in Deutschland und Österreich-Ungarn - schlug Pawlo Skoropadski, der die Unterstützung der deutschen Bajonette verloren hatte, einen anderen Kurs ein und erklärte: "Die Ukraine soll die Führung bei der Bildung einer Allrussischen Föderation übernehmen." Das Regime wurde jedoch bald erneut geändert. Es war nun die Zeit des sogenannten Direktoriums.
Im Herbst 1918 riefen ukrainische Nationalisten die Westukrainische Volksrepublik (WUPR) aus und verkündeten im Januar 1919 deren Vereinigung mit der Ukrainischen Volksrepublik. Im Juli 1919 wurden die ukrainischen Streitkräfte von polnischen Truppen vernichtet und das Gebiet der ehemaligen WUPR kam unter polnische Herrschaft.
Im April 1920 schloß Symon Petliura (dargestellt als einer der "Helden" in der heutigen Ukraine) im Auftrag des UPR-Direktorats Geheimabkommen ab, in denen er - im Austausch für militärische Unterstützung - Gebiete Galiziens und Westwolhyniens an Polen abgab.
Im Mai 1920 marschierten seine Anhänger in einem Konvoi polnischer Militäreinheiten in Kiew ein. Aber nicht lange. Bereits im November 1920, nach einem Waffenstillstand zwischen Polen und Sowjetrußland, ergaben sich die Überreste der Petliura-Streitkräfte denselben Polen.
Das Beispiel der UPR zeigt, daß verschiedene Arten von Quasi-Staatsformationen, die zur

Zeit des Bürgerkriegs und der Turbulenzen im gesamten ehemaligen Russischen Reich entstanden, von Natur aus instabil waren.
Quelle: Artikel "Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern" vom 12.7.2021
Dieser Artikel erschien in der neuen COMPACT-Edition 13: " Wladimir Putin: Geschichte Rußlands".<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 23. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**US-Wahlkampf: Trump spottet über Windrad-Irrsinn in Deutschland - Mahnendes Beispiel**
Mit Verweis auf Deutschland als mahnendes Beispiel hat der republikanische US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump vor Windrad-Irrsinn und Solar-Wahn gewarnt. Bei einem Bürgerdialog im US-Bundesstaat Florida sagte Trump mit Blick auf Deutschland: "Sie haben überall Windräder aufgestellt, und der Wind wehte nicht so stark. Und wenn sie diesen Prozeß fortgesetzt hätten, wäre Deutschland jetzt pleite." Die sogenannte Energiewende sei einer der wesentlichen Gründe, warum Angela Merkel (CDU) nicht mehr Bundeskanzlerin sei.
Bei seinem Wahlkampfauftritt in Florida sprach sich Trump auch gegen XXL-Solarfelder aus: "Alles aus Stahl, Glas und Drähten, es sieht aus wie die Hölle. Und man sieht Kaninchen, die sich darin verfangen. Für jeden Umweltschützer ist es einfach schrecklich." Der Ex-Präsident betonte, er sei nicht grundsätzlich gegen Solarenergie, bevorzuge aber kleinere Anwendungen etwa auf dem Dach.<<

24.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Habecks Heizungs-Irrsinn: Hunderte Euro Mehrkosten für Gas durch drastisch steigende Netzentgelte!**
Neuer Gaspreis-Schock zum Jahreswechsel für Millionen Verbraucher! Grund ist das sogenannte Heizungsgesetz von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne"). In der Folge kommen auf Gas-Kunden drastisch steigende Netzentgelte zu.
Laut dem Vergleichsportal "Verivox" beträgt der stärkste Anstieg in der Spitze 56 Prozent, was beispielsweise beim Jahresverbrauch eines Einfamilienhauses von 20.000 kWh rund 445 Euro (brutto) entspricht. Teilweise müssen Gas-Kunden anderen Portalen zufolge sogar mit noch weitaus höheren Kosten rechnen.
Im Durchschnitt steigen die Gasnetzentgelte laut "Verivox" am stärksten in Sachsen-Anhalt (+43 Prozent), Brandenburg (+39 Prozent) und in Sachsen (+34 Prozent). Doch auch in Niedersachsen (+30 Prozent), Bremen (+29 Prozent) und Baden-Württemberg (+24 Prozent) zeichnen sich deutliche Kostensteigerungen ab.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. Oktober 2024 (x1.411/…):
>>**Entwicklungshilfe-Irrsinn: Acht Millionen Euro für Solardächer auf Moscheen in Marokko!**
Wir ham's ja: Deutschland hat mehr als acht Millionen Euro in ein Entwicklungsprojekt gesteckt, das die Klimafreundlichkeit marokkanischer Moscheen verbessern sollte. Im Zeitraum von 2015 bis 2021 finanzierte die Bundesregierung über die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) die Installation von LED-Leuchten, Solaranlagen und Photovoltaik-Paneelen in vier marokkanischen Moscheen. Das brachte eine Anfrage der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag ans Licht.
Insgesamt war das Vorhaben "Beschäftigungsförderung durch Energieeffizienz und erneuerbare Energien in Moscheen" mit 8,5 Millionen Euro veranschlagt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat das Projekt in Auftrag gegeben.
Von den 8,09 Millionen Euro, die letzten Endes in das Projekt flossen, gingen allein knapp sechs Millionen Euro für Beratung, Planung und Durchführung der Maßnahmen durch "Fachkräfte" vor Ort drauf. Weitere 404.000 Euro betrafen sächliche Ausgaben wie LED-Leuchten,

Warmwasserbereiter und Photovoltaik-Paneele. Zusätzlich entfielen rund 1,06 Millionen Euro u.a. auf "Verwaltungskosten" wie etwa anwendungsbezogene "Fortbildungen für Imame und weibliche sowie männliche Lehrkräfte in Moscheen".
Besonders stolz ist die Regierung auf die Geschlechtergerechtigkeit bei der Umsetzung des Projekts. Die Bundesregierung gibt an, daß "zwischen Projektbeginn und August 2019" sechs von neun Mitarbeitern Frauen gewesen seien.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 24. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Heuchelei und Doppelmoral: "Klima-Ampel" fliegt mit drei Jets nach Indien!**
Wasser predigen, Wein trinken - das war und ist immer wieder das Motto der Klima-Ideologen. Einerseits predigt die Ampel-Regierung den Verzicht und fordert einen schonenden Umgang mit Ressourcen. Doch zu den deutsch-indischen Regierungsgesprächen in Neu-Delhi reist die Bundesregierung mit drei verschiedenen Flugzeugen an - das Kabinett trifft erst nach und nach in der indischen Hauptstadt ein.
Die gescheiterten Wirtschafts- und Arbeitsminister Habeck und Heil reisten bereits im selben Flieger an, während für Bundeskanzler Scholz und Verteidigungsminister Pistorius erst am heutigen Donnerstag die Nachreise ansteht. Außenministerin Baerbock ist aktuell in Paris und wird ebenfalls nachreisen.
Allein der Flug von Habeck und Heil kostet den Steuerzahler pro Flugstunde rund 18.000 Euro, bei Scholz und Pistorius sind es 22.000 Euro.
Trotz dieser Verschwendung soll das Thema "Klimaschutz" zu den zentralen Gesprächsthemen in Neu-Delhi gehören. Arbeitsminister Heil will außerdem für Fachkräfte aus Indien trommeln - nur leider zeigen aktuelle Zahlen, daß in erster Linie eine massenhafte Asylmigration stattfindet, während Fachkräfte einen Bogen um das abgewirtschaftete und deindustrialisierte Deutschland machen. Bei der mit Blick auf vermeintliche Fachkräfte eingeführten "Chancenkarte" der Ampel-Regierung gibt es nach vier Monaten lediglich 2.360 Anträge, während im gleichen Zeitraum 80.000 Asylanträge eingingen.
Die AfD hat eine ganze Reihe von Sparvorschlägen, mit denen wir den Haushalt wieder in Schuß bringen können. Ob es die überzogenen Ausgaben für die Privatunterhaltung der Regierung oder die massiven Kosten für die illegale Massenmigration oder die EU sind: Die Ampel-Koalition hat vergessen, daß das Geld, mit dem sie um sich wirft, von fleißigen Bürgen unseres Landes hart erarbeitet wurde. Wir brauchen schnellstmöglich eine AfD-Regierung - damit unser Land wieder von bodenständigen Politikern regiert wird, die sich darüber im Klaren sind, von wem sie gewählt wurden.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 24. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Kiel kapituliert vor Migranten-Kriminalität: Nur die AfD setzt unsere Regeln durch!**
Auch in einem vermeintlich idyllischen und einst migrationsbegeisterten Kieler Stadtteil zeigen sich die bitteren Folgen der Massenmigration: Eine etwa 30-köpfige Migrantengruppe, die vom städtischen SPD-Sozialdezernenten Gerwin Stöcken mit den Worten "als Roma gelesen" bezeichnet wird, terrorisiert die Einwohner in Kiel-Wik. Müll landet systematisch auf der Straße, laute nächtliche Musik gehört zum Alltag, Supermärkte werden beklaut und ein Anwohner mit einem Messer bedroht. Der Sozialdezernent kapituliert und fordert von den Einwohnern, daß sie sich selbst um das Problem kümmern sollen.
"Wir kommen an eine Grenze, an der auch die Nachbarschaft selbst mitmachen kann", sagt Stöcken allen Ernstes. Anwohner sollen sich nach seiner Auffassung aus dem Haus trauen und den Migranten sagen, "daß es keine gute Idee ist, nach 22 Uhr die Musik auf dem Rasen voll aufzudrehen." Da die Roma-Gruppe nach eigenen Regeln und ohne Unrechtsbewußtsein lebe, sei es wenig hilfreich, mit Polizei und Gerichtsverfahren gegen die Täter vorzugehen. Man

reibt sich die Augen: Ein Sozialdezernent der Kanzlerpartei bekennt sich öffentlich dazu, daß Polizei und Gerichte ihre Arbeit nicht mehr machen sollen und den rechtsfreien Raum gefälligst akzeptieren sollen.
Aber so geht es eben zu, wenn ein Bundesland wie Schleswig-Holstein von der CDU regiert wird, die dem unfaßbaren Verhalten der SPD in nichts nachsteht. Ministerpräsident in dem nördlichen Bundesland ist Daniel Günther (CDU), bekannt und berüchtigt für seine unbelehrbare Merkel-Begeisterung. Zuständig für Abschiebungen und Innere Sicherheit ist seine Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (ebenfalls CDU), die im gesamten Monat September nur 41 vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer aus Schleswig-Holstein abschieben ließ. Mit CDU und Ampel-Parteien kapituliert Deutschland vor Kriminalität, Clans, Mafia, Islamisten und rechtsfreien Räumen. Nur die AfD stoppt diese Kapitulation!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 24. Oktober 2024 (x1.412/…): >>**Sexualstraftaten gegen Frauen haben sich in den vergangenen 10 Jahren fast verdoppelt - Faeser fordert "Anti-Gewalt-Trainings"**
In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der registrierten Sexualdelikte gegen Frauen in Deutschland nahezu verdoppelt. Innenministerin Faeser bezeichnet diese Zahlen als "unerträglich". Sie fordert nun "Anti-Gewalt-Trainings" für die Täter.
Jonas Aston
... In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Anzahl der registrierten Sexualdelikte gegen Frauen in Deutschland nahezu verdoppelt. Laut Angaben des Bundesinnenministeriums wurden im Jahr 2013 insgesamt 33.756 weibliche Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung erfaßt. Diese Zahl stieg bis zum vergangenen Jahr auf 62.404 an, wie das Bundesinnenministerium auf AFP-Anfrage mitteilte. Besonders auffällig ist dabei der kontinuierliche jährliche Anstieg seit 2015.
Unter diesen Delikten finden sich Straftaten wie sexuelle Belästigungen, Nötigungen sowie Vergewaltigungen. Überwiegend sind Frauen Opfer von sexuellen Übergriffen. In den letzten zehn Jahren lag der Anteil weiblicher Opfer jeweils zwischen 84 und 86,7 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg auch die Zahl der weiblichen Opfer von Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit, wie etwa Körperverletzungen, erheblich an. Von 2013 bis 2023 wuchs die Anzahl von 223.072 auf 260.775.
Ebenso nahm die Zahl der weiblichen Opfer bei Straftaten gegen die persönliche Freiheit, einschließlich Bedrohungen und Nötigungen, zu: Sie stieg von 106.073 im Jahr 2013 auf 148.015 im Jahr 2023. Berücksichtigt werden muß jedoch, daß 2016 das Strafrecht reformiert wurde. Dabei wurden unter anderem auch weitere Sexualtatbestände eingeführt. Unter anderem wurden Straftatbestände zur sexuellen Belästigung und zur Beteiligung an Gruppen, aus denen heraus es zu sexuellen Übergriffen kommt, in das Strafgesetzbuch aufgenommen.
Laut der aktuellen polizeilichen Kriminalstatistik sind Ausländer im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil überproportional häufig in Straftaten verwickelt.
Im vergangenen Jahr machten sie 15,2 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, während sie etwa ein Drittel der Tatverdächtigen bei Sexualdelikten stellten. Darüber hinaus waren von insgesamt 154.000 Tatverdächtigen wegen schwerer und gefährlicher Körperverletzung 63.000, also 41,2 Prozent, Ausländer.
Bundesinnenministerin Nancy Faeser erklärte hierzu: "Die gestiegene Gewalt gegen Frauen ist unerträglich und fordert ein noch viel entschlosseneres Handeln, um Frauen besser vor Gewalt zu schützen". Als Konsequenz hieraus hat sie jedoch nicht etwa eine restriktivere Migrationspolitik im Blick. "Wir wollen Frauen besser schützen, indem wir Täter zu Anti-Gewalt-Trainings verpflichten, um ihr aggressives Verhalten zu beenden", so die Innenministerin.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Neukölln wird Kabul**

Von *Jürgen Elsässer*

"Wenn es mit rechten Dingen zuginge, müsste die französische Luftwaffe europäische Vorstädte bombardieren - und nicht Teile von Syrien", schrieb Handelsblatt-Chefredakteur Gabor Steingart kurz nach den Terroranschlägen von Paris. Tatsächlich ist die Mehrheit der Attentäter in den schmutzigen Banlieues der Seine-Metropole aufgewachsen, der Instrukteur war im Brüsseler Stadtteil Molenbeek zu Hause.

Steingarts Vorschlag pointiert durch absurde Überspitzung einen unbestreitbaren Sachverhalt: Die Terror-Instrukteure des Islamischen Staates, die aktuell im Flüchtlingsstrom nach Europa kommen, finden in den muslimischen Ghettos unserer Großstädte willige Helfer und Unterstützer. Dort ist eine verlorene Generation herangewachsen, die zu jeder Gewalttat gegen Andersgläubige bereit ist.

Zwar wissen die türkischen Machos und arabischen Desperados, die schon bisher Schulhöfe und Discotheken unsicher gemacht haben, so gut wie gar nichts über die Religion ihrer Väter. Aber gerade das religiöse Vakuum in ihrem Innern macht sie anfällig für die falschen Imame, die ihnen aus dem Koran nur jene Suren vorlesen, mit denen sie ihr kleines Ego aufplustern können: Mit dem Messer an der Kehle "Schlampen" gefügig zu machen, davon träumen die Zukurzgekommenen. Mit dem Bombengürtel um den Bauch halluzinieren sie von den Jungfrauen im Paradies.

"Was haben wir ihnen angetan, daß ihr Haß so groß wurde?", jammert Spiegel-Kolumnist Jakob Augstein, als ob die weißen Europäer die Einwandererkids so sehr unterdrückten, daß die sich nur noch mit Kalaschnikows wehren könnten. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Der Staat - in Frankreich wie in Deutschland - hat viel zu lange einen Kuschelkurs mit den islamischen Parallelgesellschaften gefahren. "Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: Raus, und zwar schnell", sagte Gerhard Schröder schon im Jahre 1997. Leider hat er als Kanzler nicht entsprechend gehandelt, sondern die Typen sogar noch mit dem Doppelpaß belohnt. Am Ende stand die Kapitulation des Rechtsstaates, von Angela Merkel 2011 in die Worte gefaßt: "Wir müssen akzeptieren, daß die Zahl der Straftaten bei jugendlichen Migranten besonders hoch ist."

Mittlerweile macht die Entwicklung selbst vielen Einwanderern Angst. Der libanesische Regisseur Imad Karim, der seit über 40 Jahren in Deutschland lebt und für alle großen Fernsehsender arbeitet, schreibt: "Vor Jahren besuchte ich Neukölln und erkannte den Stadtteil nicht mehr. Ich dachte, ich befinde mich in Kabul. Die arabischen linken Freunde von damals sind heute alte bärtige Männer. Sie haben noch einmal geheiratet, nachdem sie sich von ihren deutschen Frauen zuvor scheiden ließen.

Ihre neuen Frauen sind junge Araberinnen, Cousinen von ihnen, die sie hierher holten. Alle sind fromme und gläubige Moslems geworden, die felsenfest überzeugt sind, Deutschland wird in naher Zukunft islamisch, und die Christen oder Juden, die nicht zum Islam konvertiert werden wollen, müßten ... sich damit abfinden, Menschen zweiter Klasse zu sein. ... Da wußte ich: Ich bin im Begriff, mein Deutschland zu verlieren."

Wie kann unser Deutschland, als Heimat auch für gutherzige Einwanderer wie Karim, gerettet werden? Anstatt gegen Völkerrecht und Grundgesetz in Syrien herumzubomben, sollte sich die Bundeswehr lieber auf die Landesverteidigung konzentrieren: Abriegelung der Grenzen wäre die vordringliche Aufgabe für Soldaten, und die Polizei müsste in den muslimischen Ghettos robuste Präsenz zeigen. Als Rot-Grün nach 9/11 die Bundeswehr nach Afghanistan schickte, hat Peter Gauweiler dagegengehalten: Deutschland werde nicht am Hindukusch, sondern "in der Münchner U-Bahn verteidigt". An solchen Orten steht unsere Freiheit zuerst auf dem Spiel, oder?<<

Moldawien: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 24. Oktober 2024 (x1.414/…): >>**Knapper Erfolg für moldawisches Referendum zur EU-Anbindung**

Einwohner mehrheitlich dagegen - Auslandswähler entscheidend / Diplomat: Moldawische Behörden erschwerten Stimmabgabe für in Rußland lebende Moldawier / EU-Kommission bietet Moldawien 1,8 Milliarden Euro

Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*

Eine Volksabstimmung unter moldawischen Bürgern zur zukünftigen verfassungsrechtlich verankerten Bindung an die Europäische Union (EU) ist laut amtlichem Endergebnis mit einem knappen Sieg der EU-Befürworter ausgegangen. Rund 10.000 Stimmen machten am Ende den Unterschied. Demnach stimmten am 20. Oktober 50,35 Prozent der teilnehmenden Wähler (749.719 Menschen) mit "Ja", während 49,65 Prozent (739.155 Menschen) "Nein" ankreuzten. Die Wahlbeteiligung des parallel zur Präsidentschaftswahl abgehaltenen Referendums lag bei 51,7 Prozent. Für Verfassungsänderung und EU-Anbindung hat damit tatsächlich lediglich etwa ein Viertel der wahlberechtigten Bevölkerung gestimmt.

Laut dem amtlichen Stimmzettel legt die Verfassungsänderung den "unumkehrbaren Weg in die Europäische Union" als "strategisches Ziel" fest und bekräftigt die "europäische Identität des Volkes der Republik Moldau". Nur noch das Parlament und keine weitere Volksabstimmung solle zukünftig über einen Beitritt zur EU entscheiden dürfen. Zudem wird festgehalten: "Infolge des Beitritts haben die Bestimmungen der Verträge und anderer verbindlicher Rechtsakte der Union Vorrang vor den Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts."

Als Voraussetzung für die Verfassungsänderung mußte mindestens ein Drittel der Wahlberechtigten abstimmen und ein Zustimmungsquorum von 50 Prozent plus einer Stimme erreicht werden. Zwar schreibt die moldawische Verfassung vor, daß für eine Verfassungsänderung, die die Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und die permanente Neutralität betrifft, eine Zwei-Drittel-Mehrheit bei einem Referendum erforderlich ist. Jedoch hatte der Verfassungsgerichtshof unter Verweis auf den EU-Vertrag entschieden, mit einem Beitritt zur EU werde die staatliche Souveränität nicht berührt. Von daher sei ein niedrigeres Quorum ausreichend.

Im Bericht der Wahlbeobachter erklärte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Abstimmungsprozeß sei gut organisiert gewesen und ruhig verlaufen. Jedoch kritisiert der Text auch, daß das Referendum zeitgleich mit der Wahl zum Präsidentenamt angesetzt wurde. Die Kampagnen der amtierenden Präsidentin Maia Sandu, der Regierung und der Mehrheitspartei hätten mit den Vorteilen der EU-Mitgliedschaft geworben, statt neutrale und objektive Informationen zu bieten. Dadurch sei "die Fähigkeit der Wähler, eine informierte Entscheidung über die Frage des Referendums zu treffen, beeinträchtigt worden", heißt es in dem OECD-Bericht.

Noch in der Nacht zum Montag war nach Auszählung von etwa 90 Prozent der Stimmzettel ein Sieg der Gegner der Verfassungsänderung gemeldet worden. Laut moldawischen Medien stimmten in der Mehrheit der staatlichen Regionen die Menschen gegen die Verfassungsänderung. Den Ausschlag für einen EU-Anschluß gaben die etwa 235.000 Stimmen von Moldawiern, die im Ausland leben - vor allem in der EU.

György Varga, ehemaliger ungarischer Botschafter in Moldawien, kritisierte in einem Bericht für die "Nachdenkseiten" die moldawischen Behörden. Diese hätten die rund 500.000 in Rußland lebenden Moldawier bei der Stimmabgabe massiv behindert, da in ganz Rußland nur zwei Wahllokale eingerichtet worden waren.

Dabei stellten die in Rußland lebenden Stimmberechtigten mit 38 Prozent aller für die Wahl registrierten Auslandsmoldawier den mit Abstand größten Teil dieser Gruppe. In Italien, wo 11,5 Prozent der als Wähler gemeldeten Auslandsmoldawier leben, hatten die moldawischen Behörden hingegen 60 Wahllokale eingerichtet. In den USA, wo knapp sieben Prozent der moldawischen Auslandswähler wohnen, waren es Varga zufolge 16 Wahllokale.

Moldawiens Präsidentin Maia Sandu warf Rußland vor, ihr Land mit "Dutzenden von Millio-

nen Euro, Lügen und Propaganda angegriffen und die schändlichsten Mittel eingesetzt" zu haben, um die Bürger in Unsicherheit und Instabilität gefangen zu halten. Michael Gahler, Leiter der Delegation des Europäischen Parlaments, beklagte, eine "beispiellose massive, bösartige und illegale russische Einmischung, insbesondere durch Stimmenkauf, hybride Angriffe und Desinformation".
Jedoch hatte die moldawische Regierung unter Notstandsrecht seit 2022 bereits zwölf TV-Sendern und vier Radiostationen im Land wegen der "Verbreitung russischer Narrative" ihre Lizenzen entzogen, informiert die OSZE. In der aktuellen Wahlkampagne seien von moldawischen Behörden zudem zehn Webseiten blockiert worden. Die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa warf den moldawischen Behörden vor, "massiv" gegen Opposition und unabhängige Medien vorgegangen zu sein. Die Einwohner des Landes hätten sich trotzdem entschieden gegen die EU-Integration ausgesprochen. Sacharowa macht Wahlfälschungen der Regierung in Chisinau für den knappen Sieg verantwortlich.
Die Opposition Moldawiens kritisiert zudem die Einflußnahme durch den Besuch der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in der moldawischen Hauptstadt Chisinau kurz vor der Abstimmung.
Die CDU-Politikerin hatte Moldawien ein "Unterstützungspaket" in Höhe von 1,8 Milliarden Euro angeboten, um Infrastrukturprojekte zu finanzieren und der moldawischen Wirtschaft den Zugang zum EU-Binnenmarkt zu erleichtern. Allerdings sind die in Aussicht gestellten EU-Gelder an Bedingungen gebunden. So müsse Moldawien zuerst "Reformen" durchführen, die unter anderem "ausländische Investitionen anziehen" und die "Rahmenbedingungen" für Unternehmen verbessern. "Die Zahlungen erfolgen nach der Durchführung der vorab vereinbarten Reformen", erklärte die EU-Kommission.
Der ungarische Diplomat György Varga sagt, in dem kleinen Land werde der aktuelle Ost-West-Konflikt ausgetragen. "Logistisch ist das Land zu einem Aufmarschpunkt für den globalen Westen geworden." Ein Teil der Nato-Militärlieferungen an die Ukraine werde über moldawisches Gebiet abgewickelt. Auch Nato-Militärübungen wurden bereits in Moldawien abgehalten. Der geopolitische Analyst Hauke Ritz erklärt auf Multipolar-Anfrage, ein Sieg der EU stellvertretend für die USA sei lediglich ein "Pyrrhussieg" und hochgefährlich dazu.<<

Ungarn: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**68 Jahre nach dem Volksaufstand: Orbán ruft Ungarn zum Widerstand gegen die EU auf!**
Ungarns Regierungschef Viktor Orbán hat seine Landsleute dazu aufgerufen, sich der EU in Brüssel genauso zu widersetzen wie 1956 beim Volksaufstand gegen das kommunistische Regime und die Sowjet-Truppen. "Hier stellt sich wieder die alte Frage: Beugen wir uns dem Willen einer fremden Macht, diesmal aus Brüssel, oder widersetzen wir uns ihr?", sagte Orbán vor Tausenden von Menschen in Budapest.
Es sei eine "schwerwiegende Entscheidung", die auf Ungarn zukomme, sagte der Regierungschef weiter. "Ich schlage vor, daß unsere Antwort so klar und deutlich ausfällt wie 1956." Für das Land könne es einzig die Lehre geben, "daß wir nur für eine Sache kämpfen müssen: für Ungarn und für die ungarische Freiheit!".
"EU will uns in den Krieg zwingen"
"Wir wissen, daß sie uns in den Krieg (gegen Rußland) zwingen wollen. Wir wissen, daß sie uns ihre Migranten aufzwingen wollen. Wir wissen, daß sie unsere Kinder Gender-Ideologen anvertrauen wollen", sagte Orbán mit Blick auf die EU weiter. Er warf Brüssel vor, Ungarn zu einem "Marionettenstaat" machen zu wollen. Dagegen gelte es sich zu wehren wie seinerzeit

gegen die Sowjet-Besatzer.
Beim ungarischen Volksaufstand vor 68 Jahren hatte die Bevölkerung mehrere Tage lang gegen das kommunistische Regime protestiert. Die sowjetische Armee schlug den Aufstand blutig nieder. 3.000 Menschen starben, weitere 20.000 wurden verletzt. 1989 erklärte Ungarn den Beginn des Aufstands am 23. Oktober zum Nationalfeiertag.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30842" berichtet am 24. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**Iran - Die USA stellen die Weichen auf Krieg!**

Als Vergeltung für die Tötung von Hamas-Chef Ismail Haniyya und Hisbollah-Anführer Hassan Nasrallah griff der Iran Israel am 1. Oktober 2024 mit mindestens 180 Raketen an. Da Israel jetzt seinerseits mit Vergeltung droht, ist die Gefahr eines umfassenden Krieges im Nahen Osten so groß wie seit Jahren nicht mehr. Nach außen hin laufen seitdem international verstärkte Bemühungen, um eine weitere Eskalation des Konflikts zu verhindern. Doch der Schein trügt!
Bereits am 5.10.2024 landete der CENTCOM-Chef (United States Central Command = Zentralkommando der Vereinigten Staaten), General Michael Kurilla, in Israel, um sich in die militärischen Vorbereitungen Israels als Reaktion auf den Raketenangriff des Iran einzuschalten. Laut dem ehemaligen Abgeordneten des US-Repräsentantenhauses, Ron Paul, sind dadurch die Weichen von Seiten der US-Regierung bereits auf Krieg gestellt.
Er schreibt hierzu: "Am Wochenende (5. bis 6. Oktober 2024) traf der Kommandeur des US-Zentralkommandos (CENTCOM), General Michael Kurilla, in Israel ein, um sich mit dem israelischen Militär zu "koordinieren" und einen Militärschlag gegen den Iran zu planen. Denken Sie einmal darüber nach: Einer der ranghöchsten Offiziere des US-Militärs plant einen Krieg in einem fremden Land gegen ein anderes fremdes Land, angeheizt mit amerikanischen Waffen, amerikanischen Geheimdienstinformationen und amerikanischen Steuergeldern.
Hat dieses fremde Land - der Iran - die Vereinigten Staaten angegriffen oder Amerikaner bedroht? Nein, das hat er nicht. Was hat der Iran getan, um einen CENTCOM-Kommandeur zu rechtfertigen, der das ganze Gewicht des US-Militärs ins Spiel bringt, um einen Krieg - möglicherweise den Dritten Weltkrieg - zu planen?"
Dies erinnert stark an die Ereignisse vor Beginn des Gaza-Krieges vor einem Jahr. Am 16. Oktober 2023 besuchte damals US-General Michael Kurilla ebenfalls Israel, um sich mit dessen Militärführung abzustimmen. In der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober 2023 startete dann Israel seine Bodenoffensive auf den Gaza-Streifen.
Nach einem fast dreijährigen mörderischen und sinnlosen Stellvertreterkrieg der USA gegen Rußland in der Ukraine scheint ein Krieg gegen den Iran jetzt womöglich der nächste Schlag der US-Administration zu sein. Dies könnte einen Flächenbrand im Nahen Osten und einen dritten Weltkrieg auslösen. Doch wer will einen solchen Krieg, der nur Verlierer kennt? Zur Beantwortung dieser Frage sind die klaren Einschätzungen des renommierten amerikanischen Analysten für Finanz- und Geopolitik, Martin Armstrong, aus dem Jahr 2022 zu Beginn des Ukraine-Krieges jetzt möglicherweise aktueller denn je. Sehen Sie hierzu einen Ausschnitt aus der Kla.TV-Sendung: Finanzanalytiker Martin Armstrong: "Der Westen braucht den Dritten Weltkrieg!" (www.kla.tv/UkraineKonflikt/22443)
Der tatsächliche Grund für den Ukraine-Krieg und die Konfrontation mit Rußland sei der katastrophale Zustand des weltweiten Finanz- und Wirtschaftssystems. Ebenso sei für die Verwirklichung des vom Weltwirtschaftsforum WEF ausgerufenen "Great Reset" jetzt ein Krieg erforderlich.
In einem knapp einstündigen Interview sprach Armstrong u.a. darüber, daß seit dem Zweiten Weltkrieg die Regierungen jedes Jahr neue Schulden gemacht haben und laut Experten ist es auch nicht mehr möglich, diesen Schuldenberg jemals zurückzuzahlen. Hintergrund dafür ist, daß die weltweiten Staatsschulden inzwischen auf beängstigende 71,6 Billionen US-Dollar

(davon allein rund 30 Billionen Dollar US-Staatsschulden) angewachsen sind und auch beständig weiter ansteigen.
Die Zentralbanken, die durch ihre lockere Geldpolitik die Welt in diese gigantische Überschuldung hineingetrieben haben, sind inzwischen nahezu handlungsunfähig, da sie sämtliche Einflußmöglichkeiten ausgeschöpft haben. Zudem wurde durch ihre Geldpolitik die Inflation angeheizt, ohne dabei die Wirtschaft wirklich beleben zu können. Dies bedeutet, daß die Geldpolitik der Zentralbanken und auch der Regierungen versagt hat!
Durch die Corona-Maßnahmen und jetzt auch die Rußland-Sanktionen wurden zusätzlich die weltweiten Lieferketten massiv gestört bzw. beschädigt, wodurch die Gefahr besteht, daß die Weltwirtschaft im Chaos versinkt. Für Armstrong ist dies alles ein Mißmanagement der Regierungen auf globaler Ebene. …
Armstrong sagte dazu, daß die Biden-Administration die Weltwirtschaft vorsätzlich zerstört habe. Wörtlich: "Alles, was Sie sich vorstellen können, was sie Rußland antun, ist, um ihren eigenen Arsch zu retten. ... Das ist alles vorsätzlich. Es gibt hier keine Rückkehr zur Normalität. Was sie wollen, ist, daß Rußland irgend etwas macht. ... Leider steuern wir auf einen Krieg zu."
Diese alarmierenden Aussagen von Martin Armstrong decken sich mit denen des Finanzexperten Ernst Wolff. Dieser legte erst kürzlich in einem Interview ebenfalls stichhaltig dar, daß sowohl die Corona- als auch die Ukraine-Krise Ablenkungsmanöver sind. Der tatsächliche Grund sei, daß die Wirtschaft gezielt und vorsätzlich zerstört wurde, um für einige wenige Superreiche gigantische Profite zu generieren und eine nie gekannte zentralistische Herrschaft aufzurichten.
Moderation: Jetzt, gut zwei Jahre später, hat sich diese Situation in keiner Weise verbessert. Die weltweite Staatsverschuldung wird voraussichtlich bis Ende 2024 auf 100 Billionen Dollar ansteigen, was eine Steigerung um nahezu 40 % in dieser kurzen Zeit bedeutet. Die einstige Wirtschaftslokomotive Deutschland ist in die Rezession gestürzt, während weiterhin Milliarden von Dollar und Euro in den Ukraine-Krieg gepumpt werden und die Rüstungsindustrie gigantische Profite auf Kosten der Steuerzahler generiert.
In den USA droht auch noch ein Bankenkollaps von historischem Ausmaß, der sogar gezielt durch die US-Zentralbank Fed herbeigeführt wird. (www.kla.tv/30628) Dies bedeutet, daß das globale Mißmanagement, von dem Armstrong damals sprach, extrem zugenommen hat und immer mehr ans Licht kommt.
Vor diesem Hintergrund ist ein Krieg gegen den Iran jetzt womöglich der nächste Schachzug der globalen Strippenzieher. Doch dem muß entgegengetreten werden! Hören Sie hierzu abschließend die aufrüttelnden Worte von Ron Paul, die in gleicher Weise auch all die europäischen Staaten betreffen.
"Dieser Krieg wird uns unfreier, unsicherer und ärmer machen. Es wird keine Vorteile geben, nur Nachteile. Wird die Biden/Harris-Regierung Israel grünes Licht geben, die iranische Ölproduktion und andere Energieanlagen abzuschalten? … Denken Sie nur an die Kosten für den Schiffs- und Lkw-Verkehr, an jeden Aspekt unseres Lebens, der von den globalen Energiepreisen abhängt. Es wäre eine wirtschaftliche Katastrophe. … Wir schleichen schlafwandlerisch in einen katastrophalen Krieg, eingelullt von der ununterbrochenen Propaganda der Medien.
Weitere Milliarden werden unserer Wirtschaft entzogen und viele weitere unschuldige Leben werden in diesem Wahnsinn verloren gehen. Fast ein Vierteljahrhundert später haben wir immer noch nicht die Lehren aus dem 11. September gezogen. Wenn wir Verwüstung und Zerstörung über fremde Völker bringen, die uns nichts getan haben, schaffen wir uns Feinde, die sich rächen werden. Wir schaden uns selbst. Und wir riskieren Rückschläge. Die Zeit, sich diesem drohenden Krieg zu widersetzen, ist JETZT!"<<

25.10.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Infrastruktur fehlen 400 Milliarden €: Straßen für Deutschland statt Radwege für Peru!**

Während die Ampel-Regierung über die gigantischen Haushaltslöcher streitet, die sie selbst verursacht hat, fehlt es auch bei unseren Straßen, Schienen und Brücken an allen Ecken und Enden: Rund 400 Milliarden Euro benötigt Deutschland in den kommenden Jahren als zusätzliche Ausgaben, um seine völlig marode Infrastruktur vor dem endgültigen Verfall zu retten - das ergab eine Studie des Wirtschaftswissenschaftlers Lars Peter Feld (Universität Freiburg). Kein Wunder, denn die Ampel-Regierung setzt eben andere Prioritäten: Fahrradwege in Peru, Moscheen in Marokko, Waffen für die Ukraine und Milliarden für illegale Einwanderer.

Die aktuellen Ausgaben reichen laut der Studie nicht aus, um auch nur den Bestand zu sichern. Allein für die Straßeninfrastruktur des Bundes berechnet die Untersuchung für die Jahre 2025 bis 2028 einen zusätzlichen Finanzbedarf von mehr als 57 Milliarden Euro. Für Investitionen in den Bahnverkehr werden weitere 63 Milliarden Euro benötigt. Trotz dieses Offenbarungseides meinte Bundeskanzler Olaf Scholz erst kürzlich beim Arbeitgebertag in Berlin, Deutschland sei wirtschaftlich "ein starkes Land". Diese Aussage zeigt den völligen Realitätsverlust der etablierten Parteien!

Die Ampel-Regierung wird mit Sicherheit keine Wunderwaffe finden, um das 400-Milliarden-Loch zu stopfen - denn unser Land ist infolge von Massenmigration und Deindustrialisierung ganz einfach pleite. Das ist das Ergebnis dessen, daß CDU und Ampel-Parteien seit Jahren gegen das eigene Land agieren und nur noch Politik für Migranten und Lobbyisten machen. Nur die AfD sorgt dafür, daß unser Steuergeld im eigenen Land bleibt und mit höchster Priorität für die eigenen sozialen und wirtschaftlichen Bedarfe verwendet wird.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Palästinenser-Clan terrorisiert Berlin: Die CDU guckt zu, die AfD schiebt ab!**

Es passiert unter den Augen des CDU-geführten Berliner Senats und des tatenlosen CDU-Bürgermeisters: Der rund 300-köpfige palästinensische Barbakh-Clan verprügelt in Berlin Polizisten, feiert Islamisten und hetzt gegen Juden. Und wie reagiert die Senatsverwaltung für Inneres in einer CDU-regierten Hauptstadt? Sie redet sich heraus und behauptet, daß "Rückführungen in die palästinensischen Gebiete grundsätzlich und insbesondere aufgrund der aktuellen Situation im Nahen Osten nicht durchführbar" seien.

In Wahrheit fehlt es einfach nur am politischen Willen, was man schon daran sehen kann, daß der Berliner CDU-Senat für illegale Ausländer einen von der SPD geforderten Abschiebestopp mitgetragen hat. Bezeichnend ist schon die Tatsache, daß die CDU der SPD ausgerechnet das Innenresort überließ.

Der Kommentar des CDU-Bundestagsabgeordneten Alexander Throm ist daher der Gipfel der Heuchelei: Throm vergießt Krokodilstränen über die Ampel-Regierung, die "beide Augen vor den massiven Gefahren aus der pro-palästinensischen Szene" verschließe. Das stimmt natürlich, nur gilt dies in uneingeschränktem Maße auch für die CDU, die unser Land mit der Merkel-Migration in die von ihm beklagte Katastrophe stürzte.

Während Throm sich heuchlerisch echauffiert, rollt der Berliner CDU-Senat den Islamisten den roten Teppich aus. In Berlin leben insgesamt 15.786 ausreisepflichtige Ausländer ohne Aufenthaltsrecht, doch im Jahr 2023 wurden davon unter der Ägide der CDU noch nicht einmal ein Zehntel abgeschoben.

Der Barbakh-Clan lacht dank dieser CDU-Untätigkeit über unser Land. Der 16-jährige Mohammed Barbakh wurde seit Oktober mehr als 50-mal festgenommen und muß dennoch keine ernsthaften Konsequenzen fürchten. Der 18-jährige Hashim Barbakh feiert im Netz die Hamas

und posiert auf einem Foto mit einem Sturmgewehr. Die CDU reagiert darauf gleichgültig - wir nicht: Die AfD wird illegal eingereiste und straffällige Ausländer konsequent abschieben!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.411/…): >>Buchtip: **"Ein Leben zählt nichts - als Frau im arabischen Clan"**

von *Latife Arab*

Ein Leben zählt nichts - als Frau im arabischen Clan

"Sie lachten die dummen Deutschen aus": Clan-Frau packt über Familie aus

Latife Arab wurde in einen der größten Clans Deutschlands hineingeboren. Schon als Kind war sie in die kriminellen Machenschaften involviert und wurde zu Straftaten gezwungen. Jetzt hat sie ein Buch geschrieben. Darin schildert sie die Mißachtung des deutschen Rechtsstaates durch ihre Familie.

Es gelingt ihr - als eine der wenigen Frauen - nach sechs gescheiterten Versuchen, sich und ihre Kinder zu retten und aus dem skrupellosen Familien- und Wertesystem auszubrechen.

Der ergreifende Insiderbericht der Autorin erzählt berührend und schonungslos offen von ihrem Leben, ihrem engagierten Kampf für die Emanzipation und ihren Mut für einen Neuanfang. Doch ihre Freiheit ist bis heute von der brutalen Rache des Clans bedroht, gegen den selbst der deutsche Staat machtlos zu sein scheint.

Eine Insiderin packt aus

Kriminalität, Blutrache, Zwangsehen: Die erste Frau, die aus dem Inneren eines arabischen Clans berichtet.

"Wurde ein Haus durchsucht, wußten wir genau, wer sprach und wer besser schwieg. Alles hatte seinen Ablauf, genau wie auch bei der Polizei die Dinge ihren Ablauf hatten, und jedes Mal, wenn die Beamten das Haus wieder verlassen hatten, saßen alle zusammen und lachten die "dummen Deutschen" aus. Die Sozialleistungen am Ende des Monats kamen zuverlässig, drohte eine Behörde mit Kürzungen, schaltete die Familie sofort einen Anwalt ein."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Dafür ist Geld da: 118 Milliarden Euro Stütze für Ausländer in nur acht Jahren!**

Es ist eine unfaßbar hohe Summe, die rund einem Viertel des gesamten Bundeshaushalts entspricht: Von 2015 bis 2023 haben Ausländer mehr als 118 Milliarden Euro an Sozialleistungen (Hartz IV bzw. "Bürgergeld") erhalten! Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervor (Drucksache 20/13311).

Demnach waren zuletzt im Jahresdurchschnitt 2023 rund 2,6 Millionen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit im "Bürgergeld-Bezug". Die Ausgaben allein für dieses eine Jahr beliefen sich auf knapp 20 Milliarden Euro.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.415/…): >>**Die Zensur von "Haßrede" im Netz ist der Haß auf die Wahrheit**

Herbert Ludwig

In einem vorigen Artikel wurde auf die breite grundgesetzwidrige Zensur mißliebiger Inhalte in den Internet-Plattformen hingewiesen, womit das fundamentale Grundrecht der Meinungsfreiheit ausgeschaltet wird. In der Umsetzung des "Digital-Services-Acts" der EU haben die Herrschenden von Anfang an den legalen Lebensäußerungen des Hasses, der sich gegen Unrecht und Lügen richtet, den Anschein der Illegalität verliehen. Doch darin drückt sich nur der eigene Haß auf die Wahrheit aus, die nicht offenbar werden soll. Aber auch die Löschung "illegaler", also strafbarer Inhalte übergeht das fundamentale Rechtsstaatsprinzip, daß ein Beschuldigter so lange als unschuldig gilt, bis er von einem ordentlichen Gericht rechtskräftig verurteilt ist.

"Haßrede" und "Fake News"

Die zur Überwachung zuständige Bundesnetzagentur schrieb in ihrer Pressemitteilung vom

1.10.2024:
"Illegale Inhalte, Haß und Fake News können sehr schnell und ohne bürokratische Hürde entfernt werden."
Julian Reichelt schrieb zutreffend, diese Formulierung bedeute ausdrücklich, daß auch legale Inhalte wie "Haß" und "Fake News" auf Anweisung der Regierungsaktivisten gelöscht werden müßten. Dem schlossen sich viele Kritiker an.
Auf Anfrage, schrieb BILD am 13.10.2024, sei Müller zurückgerudert und habe sich korrigiert. Die beauftragte Stiftung solle ausschließlich "illegale Inhalte, illegale Haßrede und illegale Fake News" anmahnen und deren Löschung beantragen. Wie legale Haßrede und Fake News illegal werden sollen, erklärte er nicht.
Da kamen ihm am 14.10.2024 die ARD-Faktenfinder auf tagesschau.de zu Hilfe. Hatespeech oder Fake News seien zwar von vorneherein keine Straftaten, könnten aber je nach Fall Straftatbestände wie zum Beispiel üble Nachrede, Verleumdung, Beleidigung oder Bedrohung erfüllen. -
Das ist kein Finden von Fakten, sondern eine Verwischung. Haß oder falsche Behauptungen werden nicht dadurch strafbar, daß sie zu strafbaren Handlungen führen. Strafbar sind nur die Handlungen, wie sie im Straftatbestand jeweils definiert werden, aber nicht der Haß oder die Falschbehauptung, die ihnen zugrunde liegen. Diese bleiben als solche nach wie vor legal. Denn Haß und Irrtum sind natürliche Lebensäußerungen des Menschen.
Wie unglaubwürdig sich tagesschau.de selber macht, zeigt ein früherer Artikel vom 25.8.2023, auf den sie selbst verlinkt. Da heißt es:
"Es geht um nichts weniger als darum, vor allem dem Haß im Internet, in Bereich Online oder Social-Media, seine Bühne zu nehmen. Das EU-Gesetz für digitale Dienste, der so genannte Digital Services Act (DSA), soll genau da ansetzen. … Haß und Hetze im Netz sollen von nun an also in der gesamten Europäischen Union schneller gelöscht werden. Dazu müssen Nutzerinnen und Nutzer bei Online-Plattformen illegale Inhalte melden können, damit die dann auch verfolgt werden.
Was illegal ist, muß raus aus dem Netz." -
Hier wird also der Haß als solcher für illegal erklärt, nicht eine aus dem Haß hervorgehende Straftat.
Auch die Bundesregierung geht so vor. Auf ihrer Webseite heißt es:
"Das Gesetz über digitale Dienste erleichtert die Entfernung illegaler Inhalte und schützt die Grundrechte der Nutzerinnen und Nutzer. … Dazu sollen illegale Inhalte auf Plattformen besser bekämpft werden. Dies betrifft neben Haßrede beispielsweise auch gefälschte Produkte, die zum Kauf angeboten werden."
Es zieht sich also die entschiedene Absicht durch, Haß und Fake-News, die als solche nicht strafbar sind, den Anschein der Illegalität zu geben. Dazu wird getäuscht und gelogen.

Die seelischen Grundkräfte

Sympathie und Antipathie sind elementare seelische Grundkräfte, aus denen alle unsere Gefühle gemischt sind. Die Steigerung der Sympathie führt zur Liebe, die Steigerung der Antipathie führt zum Haß. Dieser kann negativ oder positiv bewertet werden, je nachdem, wogegen er sich richtet. Ein normaler Mensch wird das Gute und Schöne lieben, das Böse und Häßliche hassen, wobei das Wort "häßlich" ja in "hassen" bereits enthalten ist.
Jeder strebende Mensch wird die Wahrheit lieben, aber gegen jede Unwahrheit Antipathie entwickeln und die bewußte Unwahrheit, die Lüge, geradezu hassen.
Welche ungeheuren Lügen von Politikern, korrupten Wissenschaftlern und Medien haben wir in der sogenannten Corona-Krise z.B. erlebt: eine "pandemische Corona-Krankheit", deren Ausmaß in Wahrheit über eine normale Grippe nicht hinausging, ein "sicherer Impfstoff", der in Wahrheit kaum wirkte, ein Gen-Massenexperiment war und noch immer bei relativ vielen

Menschen schwere bis tödliche Nebenwirkungen hervorruft, die weiterhin permanent geleugnet werden. Unantastbare Grundrechte wurden teilweise oder ganz außer Kraft gesetzt und absolut totalitäre Lebensverhältnisse eingeführt.
Wer die Wahrheit und eine freiheitliche demokratische Ordnung liebt, wem zudem durch die Lügen und totalitären Maßnahmen noch schwere Nachteile und Schäden zugefügt wurden, wird zutiefst empört Kritik üben, in der auch Haß auf dies abgrundtief Böse zum Ausdruck kommt. Das ist eine ganz natürliche Reaktion des Menschen. Das aber ist den betroffenen Herrschenden äußerst unangenehm.
Und so greifen sie nach dem alten Trick, den schon die Nazis angewendet haben, diesen berechtigten Haß moralisch zu diskreditieren, als verwerflich darzustellen, ja zu kriminalisieren, um die anschwellende Zahl der Kritiker zum Schweigen zu bringen, ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit zu beseitigen, das für jede freiheitliche Demokratie konstitutiv ist. So werden weiter totalitäre Verhältnisse geschaffen. "Haßrede" ist ein Kampfbegriff von Diktaturen zur Diskreditierung, Diffamierung und Ausschaltung des politischen Gegners.
Doch kann sich der Haß natürlich nicht nur gegen das Böse und Häßliche wenden, sondern auch gegen das Gute und die Wahrheit. Wer mit bösen Methoden wie der Lüge böse Ziele verfolgt, fürchtet natürlich die Wahrheit und haßt sie. Er diffamiert und bekämpft den berechtigten Haß, der aus der Liebe zur Wahrheit kommt, um den eigenen verwerflichen Haß auf die Wahrheit zu verbergen. Und damit haben wir es hier zu tun.

Paralleljustiz

Aber auch von sogenannten illegalen Inhalten, die also Straftaten enthalten sollen, darf nicht einfach die Löschung verfügt werden. Denn es wird dabei der fundamentale rechtsstaatliche Grundsatz der Unschuldsvermutung übergangen, nachdem jeder so lange als unschuldig zu gelten hat, bis er durch ein ordentliches Gericht rechtskräftig verurteilt ist.
Wenn aber jemand als unschuldig gilt, dürfen Posts von ihm, die nach Einschätzung der "Meldestelle" vermutliche Straftaten enthalten, nicht wegen dieser angeblichen Straftaten gelöscht werden. Sie könnten es erst, wenn die Strafbarkeit durch ein Gericht nachgewiesen und festgestellt worden ist.
Die "Meldestelle" staatlich ernannter Zensoren wird hier zu einer Art Staatsanwaltschaft und Gericht in einem aufgebaut, die in einer Paralleljustiz widerrechtlich ausführt, was der ordentlichen Justiz verboten oder allenfalls in Ausnahmefällen erlaubt wäre. Eine solche "Meldestelle" könnte nur die Befugnis haben, die vermutete Straftat der zuständigen Staatsanwaltschaft zu melden, die gegebenenfalls ein ordentliches Ermittlungsverfahren einleitet, das zu einer gerichtlichen Verurteilung führt oder eben auch nicht.
Die Paralleljustiz wird auch in formaler Hinsicht durch die Einrichtung außergerichtlicher Streitbeilegungsstellen sichtbar. Sie werden ebenfalls, wie RA Ansgar Neuhof auf Achgut schreibt, von der Bundesnetzagentur zertifiziert und haben darüber zu entscheiden, ob eine Online-Plattform den Beitrag eines Nutzers oder dessen Profil zu Recht gelöscht bzw. gesperrt hat oder eine solche Maßnahme zu Recht unterlassen hat.
"Auf der ersten Ebene nimmt also die Meldestelle (trusted flagger) Hinweise aus der Bevölkerung über angebliche Mißstände im Internet entgegen und kann es auch selbst nach solchen Mißständen durchsuchen. Die "Bevölkerung" wird in der Praxis natürlich nicht der "Normalbürger" sein, sondern der Aktivist aus den tausenden sogenannten NGOs, der Behördenmitarbeiter, Journalist und Politiker bzw. dessen Mitarbeiter. Also die, die viel Zeit haben und ganz oder weitgehend aus Steuermitteln alimentiert werden. ...
Die Meldestelle leitet die Hinweise an die Online-Plattformen weiter, die dann in kürzester Zeit entscheiden müssen, wie sie damit umgehen, also ob sie zum Beispiel den Artikel/Tweet löschen, dessen Reichweite beschränken, einen Nutzer sperren oder nicht. Die Entscheidungen der Plattformen unterliegen der Beschwerde, die Plattformen müssen dazu ein internes

Beschwerdemanagement bereitstellen.
Egal wie die Online-Plattform im konkreten Fall entscheidet: Eine Seite wird immer damit nicht einverstanden sein. Beide Seiten haben dann die Möglichkeit, sich an die außergerichtliche Streitbeilegungsstelle zu wenden. Diese führt dann ein gerichtsähnliches Verfahren durch, um die Rechtmäßigkeit der Löschung/Sperre beziehungsweise des Unterlassens solcher Maßnahmen zu überprüfen."
Ansgar Neuhof schildert dann weiter die Absurdität dieser Paralleljustiz, die mit Rechtsstaatlichkeit nichts zu tun hat. Siehe: achgut.com.
Sie ist Teil eines neuen europaweiten Zensur- und Einschüchterungssystems zur Beseitigung des fundamentalen Grundrechts der Meinungsfreiheit. Die herrschende Parteienkaste ist offensichtlich im Begriff, so die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes in eine totalitäre Diktatur zu überführen.
Es findet ein schleichender Putsch von oben statt!
Und die große Masse hängt gedankenlos am bewußtseinsdämpfenden Tropf der Massenmedien.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/24" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Ausgaben fürs Bürgergeld steigen**
Welt-Sozialamt am Limit
Ulrich van Suntum
Ärzte und Ingenieure wollte Angela Merkel eigentlich ins Land holen. Gekommen sind aber hauptsächlich Ungelernte. Die Folgen zeigen sich inzwischen überdeutlich: Fast jeder zweite Bürgergeldempfänger (47,3 Prozent) der rund 5,5 Millionen Bürgergeldempfänger ist Ausländer.
Ihr Anteil hat sich damit seit 2010 mehr als verdoppelt und ist auch viel stärker gestiegen als ihr Bevölkerungsanteil. Das lag nicht nur an den rund 700.000 Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine, die sich noch vergleichsweise gut in unsere Gesellschaft integrieren lassen. Den größten Anteil an den ausländischen Bürgergeldbeziehern stellen Nordafrikaner und Araber, viele davon Analphabeten in der eigenen Sprache.
Sie ließen nicht nur die Kosten des eigentlich für die eigene Bevölkerung gedachten Bürgergeldes auf mittlerweile fast 43 Milliarden Euro pro Jahr explodieren. Zugleich bildete sich so ein äußerst gefährliches Proletariat kulturfremder junger Männer ohne Perspektive.
Sie sind ein gefundenes Fressen für islamistische Brandstifter - ganz offen wird inzwischen nach Scharia und Kalifat gerufen. Aber auch so ist ihre Frustration, oft gepaart mit ungehemmter Gewaltbereitschaft, zur massiven Gefahr geworden. Das Welt-Sozialamt, von dem viele Linke immer noch träumen, droht in Flammen aufzugehen.
Prof. Dr. Ulrich van Suntum lehrte bis 2020 VWL an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/24" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Deutschland, der Geldautomat**
Asylbewerber-Bezahlkarten: Recherchen der JUNGEN FREIHEIT zeigen wie linke Vereine und Parteien die staatlichen Bezahlkarten-Systeme aushebeln, indem sie den Migranten die Karten abkaufen
Hinrich Rohbohm
Die Tür ist noch gar nicht geöffnet. Doch schon haben sich gut 30 Migranten vor dem Büro der Münchner Linkspartei in der Schwanthalterstraße 139 versammelt. Es sind überwiegend Afrikaner aus Ländern südlich der Sahara. Zumeist junge Männer, aber auch einige Frauen sind darunter. Sie sind gekommen, um Bargeld zu erhalten. Bargeld, das Asylbewerber in Bayern mittlerweile nicht mehr ohne weiteres vom Staat ausbezahlt bekommen.
Denn nach einer im März dieses Jahres begonnenen Testphase finden sich die monatlichen

Geldleistungen in Höhe von 460 Euro in ganz Bayern auf einer Bezahlkarte wieder, von der die Leistungsempfänger im Monat jedoch nur maximal 50 Euro an Bargeld abheben können. Sehr zum Mißfallen zahlreicher Migranten, die das Geld bisher dazu nutzten, regelmäßig Beträge davon in ihre Heimatländer zu versenden.

Mit der Bezahlkarte will die Bayerische Staatsregierung dem Mißbrauch einen Riegel vorschieben, will erreichen, daß Asylanten erhaltene Sozialleistungen für das ausgeben, wofür es eigentlich gedacht ist: zur Deckung ihrer Lebenshaltungskosten in Deutschland.

Kaum eingeführt, versuchen jedoch linke Kräfte bereits, das neue Bezahlkarten-System zu unterlaufen. Etwa in Form der Initiative "Offen bleiben München", die auf ihren Internetseiten in verschiedenen Sprachen für die Auszahlung von Bargeld an Migranten wirbt.

Milliarden Euro senden Migranten jährlich ins Ausland

Hinter der Initiative verbirgt sich ein Netzwerk aus zahlreichen linken Organisationen und Antifa-Gruppen, zu denen auch gewaltbereite Kräfte aus dem linksextremen Spektrum, wie etwa die Antifa NT oder die Klimagruppe "Ende Gelände" gehören. Aber auch etablierte Institutionen wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Caritas oder die Arbeiterwohlfahrt (AWO) befinden sich darunter.

"Du bist gegen rechtspopulistische Symbolpolitik und willst ihr mit deiner praktischen Solidarität etwas entgegensetzen? Das geht ganz einfach: Du kommst in unsere Wechselstube und tauschst dein Bargeld gegen einen Gutschein. Den Gutschein hat eine Person mit ihrer Bezahlkarte gekauft und dafür von uns Bargeld bekommen", erklärt die Initiative auf ihrer Homepage das Prinzip, mit dem sie das Bezahlkarten-Konzept der Bayerischen Staatsregierung auszuhebeln versucht.

Mittlerweile hat sie zahlreiche solcher Wechselstuben für Migranten in München und weiteren Städten Bayerns eingerichtet. Die Orte für diese Anlaufstellen sind dabei vielsagend. So befindet sich etwa das von der Antifa NT genutzte "Kafe Marat" ebenso darunter wie das aus dem Umfeld der Hausbesetzer-Szene stammende und vom linksradikalen Mietshäuser Syndikat betriebene Wohnhaus "Ligasalz 8".

Auch der Antifa-Treffpunkt Z in Rosenheim zählt zu den Anlaufstellen für den Bezahlkarten-Deal. Und das Kreisbüro der Münchner Linkspartei in der Schwanthalterstraße, das inzwischen geöffnet hat. Ein Migrant nach dem anderen wird von den Linken-Mitarbeitern in das Büro gebeten, um sich für den per Bezahlkarte erworbenen Gutschein aus dem Supermarkt Geld auszahlen zu lassen.

Aufgrund der hohen Nachfrage erhält jeder Migrant pro Besuch lediglich einen Gutschein im Wert von 50 Euro ausgezahlt. Als eine kleine Gruppe von drei jungen Männern aus dem wartenden Pulk später zufrieden die Linken-Geschäftsstelle wieder verläßt, spricht die JF die Männer an. "Ja, wir haben hier Bargeld bekommen", bestätigt einer von ihnen. "Wir brauchen das Geld, denn man kann gar nicht überall mit der Karte bezahlen", klagen die Männer, von denen zwei aus Kamerun und einer von der Elfenbeinküste stammen. So könnten sie überall dort, wo die Zahlung per Kreditkarte nicht möglich sei, keine Einkäufe tätigen.

"Wir wollen wie Deutsche einkaufen können"

Unter den Migranten habe sich die Möglichkeit, per Gutschein und Linken-Wechselstube rasch an Bargeld zu gelangen, schnell herumgesprochen. Und so hatten auch die drei Afrikaner sich mit ihren Bezahlkarten in Supermärkten Gutscheine besorgt, die sie nun bei der Linkspartei gegen Bargeld eingetauscht haben.

Daß es dabei nur 50 Euro pro Besuch gebe, sei für sie kein sonderlich großes Problem. "Nächste Woche kommen wir wieder, und dann die Woche darauf und so weiter", erklärt einer der beiden Kameruner und grinst. "Außerdem kann man ja auch noch die anderen Wechselstellen nutzen", ergänzt sein Landsmann. Das Spiel würden sie so lange weiterspielen, bis der Betrag von 460 Euro erreicht sei.

"Damit kann ich jetzt Obst und Gemüse auf dem Markt einkaufen", meint der dritte aus der Runde. Aber könnte er das denn im Supermarkt mit seiner Bezahlkarte nicht auch? Der Mann blickt überrascht, zögert kurz. "Natürlich kann man sagen, das könnt ihr euch auch im Supermarkt besorgen", entgegnet er dann doch etwas verärgert. "Aber darum geht es nicht. Wir wollen auch flexibel beim Einkaufen sein, genauso wie ihr Deutsche. Alles andere ist doch diskriminierend. Wir müssen die gleichen Rechte haben wie ihr."

Daraus, daß sie zudem einen Großteil ihres Geldes zu ihren Familien in die Heimat schicken, machen die drei keinen Hehl. "Ich bin gekommen, um meinen Schwestern und ihren Kindern ein besseres Leben zu ermöglichen. Das geht nur, wenn ich ihnen regelmäßig Geld schicken kann", gibt einer von ihnen zu. Wirtschaftliche Motive statt politischer Verfolgung sind oft der Grund für eine Einreise nach Deutschland.

"Meine Schwestern hatten sich total gefreut, als ich ihnen letztes Mal Geschenke aus Deutschland mitgebracht hatte", verplappert sich der Mann dann noch weiter. War er etwa wieder in seinem Heimatland, obwohl er in Deutschland von Asylleistungen lebt? Er nickt. Im Februar sei er für vier Wochen in Abidjan gewesen, seiner Heimatstadt in der Elfenbeinküste. Das Geld für die Reise hätten ihm Freunde geliehen, sagt er.

Die beiden Kameruner hingegen reagieren auf die Frage nach Reisen ins Heimatland zurückhaltender. Einer sagt, er habe Deutschland seit seiner Ankunft nicht verlassen, der andere will sich dazu gar nicht äußern.

Für den nächsten Tag planen die drei zum "Eine-Welt-Haus" zu gehen, einem weiteren linken Anlaufpunkt für den Tausch von Gutscheinen gegen Bargeld. "Den Gutschein habe ich mir schon besorgt, verkündet der Kameruner und lacht in freudiger Erwartung des Empfangs von weiterem Bargeld am kommenden Tag. Doch nicht nur Linkspartei und Antifa-Gruppen beteiligen sich an der Sabotage des Bezahlkarten-Systems.

Mit den Grünen unterläuft auch eine Partei der Ampel-Koalition die Bemühungen Bayerns, den Sozialmißbrauch und Geldabfluß in die Herkunftsländer der Migranten zu bekämpfen. Dabei hatte die Öko-Partei gerade erst verkündet, sie wolle ihre gegenwärtige Migrationspolitik überdenken. In der Innenstadt von Regensburg, wo sich in der Wollwirkergasse 17 die Grünen-Geschäftsstelle befindet, ist davon jedoch wenig zu spüren.

Vielmehr nutzt die Partei ihre dortigen Räumlichkeiten, um ebenfalls Gutscheine in Geld umzutauschen. Auch hier hat sich eine Warteschlange aus Migranten gebildet. Die "Kundschaft": ähnlich wie die bei der Linkspartei in München, nur daß es hier nicht ganz so viele sind wie in der Landeshauptstadt.

Grünen-Geschäftsstelle betätigt sich als Wechselstube

Auch die im Schaufenster der Grünen aufgehängten Infoplakate zeigen alles andere als einen Wechsel oder ein Einlenken in der Migrationspolitik. "Grüne Migrationspolitik wirkt", verkündet die Partei dort statt dessen stolz. Verbunden mit der Aussage, daß von einer weltoffenen Einwanderungspolitik alle profitieren würden. Seit Januar 2023 gelte das "Chancenaufenthaltsrecht", das 137.000 Geduldeten den Weg in den Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Teilhabe" ebne, steht da triumphierend, während an anderer Stelle im Text die vereinfachte Einbürgerung lobgepriesen wird. Umdenken klingt anders.

Über einem "Atomkraft nein danke-Aufkleber" hängt zudem ein Zettel für die Migranten: eine Anleitung dazu, wie man per Bezahlkarte die Gutscheine erwirbt und sie bei den Grünen zu Geld machen kann. Das Ganze in deutscher, englischer und arabischer Sprache verfaßt sowie mit Hinweisen versehen, in welchen Geschäften der Erwerb der Gutscheine möglich ist und wo genau sie dort zu finden sind.

In unmittelbarer Nachbarschaft zur Geschäftsstelle befindet sich neben dem Büro des örtlichen Grünen-Landtagsabgeordneten auch das des Bundestagsabgeordneten Stefan Schmidt. Auch er legt den Fokus auf die Migrationspolitik. Und auch er bejubelt die angeblichen Erfol-

ge seiner Partei.
"Unsere Migrationspolitik heißt: Zukunft willkommen", läßt er sich auf einem Plakat mit seinem Konterfei darauf zitieren und lobt Chancenaufenthaltsrecht, Fachkräfteeinwanderungsgesetz sowie neues Staatsangehörigkeitsrecht als Elemente für die Stärkung der Demokratie, während seine Partei in Deutschland Wahl um Wahl an Zustimmung einbüßt. Auch die direkte Nachbarschaft rund um die Grünen-Büros gibt ein klar linkes Bild. Hammer-und-Sichel-Symbole zieren die Hauswände, ebenso "Antifa-Area-Schmierereien".
Unterdessen nimmt die Anti-Bezahlkarten-Kampagne weiter an Fahrt auf. Auch in Nürnberg und Dachau haben sich inzwischen Anlaufstellen gebildet; in Regensburg ist neben der Grünen-Geschäftsstelle eine weitere "Wechselstube" hinzugekommen. Selbst beim Fußball versucht die Initiative Fuß zu fassen. Zu Heimspielen von Bayern München existiert eine weitere Anlaufstelle am Südkurvenplatz.
Was sich dahinter verbirgt und wer die Drahtzieher hinter dem Bezahlkarten-Boykott sind, lesen Sie in Teil zwei dieser Reportage in der kommenden Ausgabe. …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/24" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Nicht nur höhere Netzentgelte lassen die Gaspreise 2025 enorm steigen**
Der grüne Inflationsturbo
Marc Schmidt
Auch kommendes Jahr wird die grüne Inflation in Deutschland weiter angeheizt. Das liegt nicht nur an Angela Merkels Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) von 2019, das im "Greta-Wahn" zusätzlich zur Energiesteuer eine jährlich steigende "CO2-Bepreisung" von Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas einführte. Die zu erwartende Kostensteigerung könnte beim Erdgas diesmal mehrere hundert Euro pro Privathaushalt ausmachen.
Warum? Das Gebäudeenergiegesetz ("Heiz-Hammer") in Verbindung mit den Zwangsplänen der Kommunen wird Neu- und Altbauten beim Heizungstausch vom Gasnetz trennen und in der Regel zur Wärmepumpe treiben. Zudem sinken die Gasverbrauchsmengen durch die laufende Deindustrialisierung. Die teuren Prozeßänderungen scheitern nicht nur am fehlenden "grünen" Wasserstoff - Auslandsproduktion ist schlicht billiger. Als Folge verlagern sich die Kosten des Gasnetzbetriebs und der milliardenschweren Umrüstung auf Flüssigerdgas (LNG) auf immer weniger Gaskunden: die Netzentgelte für die Privathaushalte steigen. Dies veranlaßte die Gasnetzbetreiber dazu, bei Robert Habeck zu intervenieren.
Allerdings nicht mit dem Ziel, eine zukunftssichere Gasversorgung zu wirtschaftlichen Preisen zu ermöglichen. Die Stadtwerke haben auf ihre Anforderung hin die Möglichkeit erhalten, die wertvollen Gasnetze in ihren Bilanzen, die sie nach den Planungen ("Klimaneutralität bis 2045") in den nächsten 20 bis 30 Jahren nicht mehr brauchen, bereits ab 2025 stark abzuschreiben. Die Abschreibung senkt den buchhalterischen Wert der Netze, die in der Praxis unverändert funktionieren, um zukünftige Wertminderungen durch wegfallenden Bedarf und fern in der Zukunft liegende Kosten eines zumindest partiellen Rückbaus.
Was große Unternehmen also tun, um Gewinne und damit Steuerlast durch geringeres Vermögen in der Bilanz zu senken, wenden deutsche Gasnetzbetreiber an, um 2025 erstmals die Netzentgelte mit Billigung der grün geführten Bundesnetzagentur teilweise zu verdreifachen. Vor der Bundestagswahl 2025 sorgt der grüne Bundeswirtschaftsminister durch die Hintertür dafür, daß eine tatsächlich technologieoffene zukünftige Wirtschaftspolitik auch für seine wohl nicht-grünen Nachfolger kaum durchsetzbar oder bezahlbar wird.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/24" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Nun sollen es die Senioren richten**
Wirtschaft: Angesichts Personalmangels sollen die Boomer mehr und mehr aktiviert werden
Christian Schreiber
Im Jahr 2019 war der Begriff Boomer in aller Munde. Der Ausdruck "Okay Boomer" wurde

vor allem im Internet von jüngeren Generationen verwendet, um stereotype Ansichten der Generation der Babyboomer zu kritisieren oder sich darüber lustig zu machen. Damit sind die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1950 und 1964 gemeint - das kinderreichste Jahr war 1964 mit 1,36 Millionen Geburten.
Oftmals ist auch das Vorurteil zu hören, daß die hohen Rentenerwartungen dieser Generation eine Hypothek für die Jüngeren wären. In vielen Branchen zeigt sich nun, daß die deutsche Wirtschaft und das öffentliche Leben wohl nicht so einfach auf die "Boomer" verzichten können.
"Der Abschied der Babyboomer wird alle Berufe und alle Branchen treffen. Industrie, Gastronomie, Handel, Pflege und eben auch das Handwerk - überall tun sich Fachkräftelücken auf. Auch weil zu wenig junge Menschen nachkommen. Am Ende ist es eine simple Rechnung, daß die Zahl der jungen Menschen nicht mehr ausreicht, um unsere Wirtschaft, wie sie ist, am Laufen zu halten", betont Handwerkspräsident Präsident Jörg Dittrich.
Auch bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) herrscht seit einiger Zeit ein akuter Personalmangel. Um die verfahrene Situation in den Griff zu bekommen, sollen pensionierte U-Bahn-Fahrer zurückgeholt werden. Es seien "ehemalige Fahrerinnen und Fahrer im Ruhestand kontaktiert" worden, sagte Petra Nelken, Sprecherin der Senatsverkehrsverwaltung, dem Berliner Tagesspiegel. Das Programm sei gerade erst gestartet worden, daher könne man noch keine Auskunft erteilen, wie gut das Angebot angenommen wird. Ganz neu ist das Phänomen freilich nicht. Schon vor zehn Jahren erklärten Unternehmen wie Daimler, daß sie auf Pensionäre zurückgreifen würden.

Die Bundesregierung will noch Rentner zum Arbeiten animieren

Und seitdem hat sich die Situation verschärft. Der demographische Wandel läßt die Zahl der Menschen im Alter zwischen 55 und 70 Jahren in den nächsten Jahren erheblich sinken. Statt 18,5 Millionen Personen im Jahr 2020 werden es im Jahr 2035 nur noch 17 Millionen sein. Dies ist das Resultat einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung. Dabei bleibe die Zahl der Menschen, die wegen Rente, Krankheit oder Erwerbslosigkeit nicht erwerbstätig seien, unverändert bei rund acht Millionen.
Vom Rückgang sind ausschließlich die Erwerbstätigen in dieser Gruppe betroffen. Ihre Zahl geht um 1,5 Millionen beziehungsweise 14,3 Prozent auf knapp neun Millionen zurück. "Das ist eine paradoxe Situation", erklärt Eric Thode, Arbeitsmarktexperte der Bertelsmann-Stiftung und fügt hinzu: "Angesichts des Fachkräftemangels sind wir mehr denn je auf die Arbeitskraft und Erfahrung Älterer angewiesen, doch der Anteil derjenigen, die sich früh aus dem Erwerbsleben zurückziehen, wird immer größer." 6,1 Millionen Menschen beziehen eine Alters- oder Erwerbsminderungsrente.
Zahlreiche Jüngere in dieser Altersgruppe leiden unter schlechter Gesundheit. So sind beispielsweise von den 60jährigen 41 Prozent zeitweilig oder dauerhaft erwerbsgemindert und deswegen nicht auf dem Arbeitsmarkt aktiv. Bei den Altersrentnern ab 65 Jahren geben dagegen drei Viertel an, gesundheitlich nicht eingeschränkt zu sein. "Für sie wären finanzielle Anreize und paßgenaue Arbeitsangebote geeignete Maßnahmen, die Erwerbsneigung zu erhöhen. Bei einer Angleichung der Erwerbsquote an das schwedische Vorbild könnten bis 2035 340.000 zusätzliche Vollzeitäquivalente entstehen", heißt es in der Studie.
Die Zahlen sind in der Tat beeindruckend. Der Anteil der 65- bis 69jährigen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Und die Bundesregierung ist darum bemüht, weitere Anreize zu schaffen. Arbeitnehmer, die über die Regelaltersgrenze hinaus arbeiten, sollen dafür eine Prämie erhalten - die sogenannte Rentenaufschubprämie.
Wer den Rentenbeginn aufschiebt und für mindestens zwölf Monate oberhalb eines Minijobs beschäftigt ist, soll mit einer Einmalzahlung in Höhe der ihm oder ihr entgangenen Renten-

zahlungen belohnt werden, zum Zeitpunkt des späteren Rentenbeginns.
Die Zahl der Rentner in Deutschland, die weiter arbeiten gehen, nimmt unterdessen zu. Laut dem Bundesarbeitsministerium sind aktuell bundesweit 1.123.000 Erwerbstätige älter als 67 Jahre. Ende 2022 waren es noch 56.000 weniger. Die große Mehrheit geht aber einem 520-Euro-Minijob nach. Es gibt aber auch Berufszweige, bei denen es um Vollzeitstellen geht. In Nordrhein-Westfalen hat das Land ein Portal eingerichtet, auf dem sich Lehrkräfte melden können, die wieder arbeiten wollen. Ähnlich sieht es in Niedersachsen und Hamburg aus.
Dort wandten sich die Kultusministerien mit einem Schreiben an die Lehrkräfte, die kurz vor dem Eintritt in den Ruhestand stehen. Darin informierten sie über die Möglichkeiten einer Weiterbeschäftigung. Denn die Herausforderungen bei der Sicherstellung der Unterrichtsversorgung seien groß. Der Krieg in der Ukraine, die starke Migration aus anderen Ländern sowie die seit 2014 steigende Geburtenrate lassen die Zahl der Schüler an den niedersächsischen Schulen deutlich anwachsen.
Schon zu Zeiten der Corona-Krise wurden in mehreren Bundesländern Lehrer aus dem Ruhestand zurückgeholt. Derzeit sind immerhin 13 Bundesländer aktiv auf der Suche nach pensionierten Pädagogen, die wieder arbeiten möchten. Laut der Kultusministerkonferenz fehlen bis 2025 etwa 25.000 Lehrkräfte, andere Berechnungen gehen noch von einer viel höheren Zahl aus. Derzeit sollen bundesweit bereits rund 5.000 Pensionäre wieder an den Schulen aktiv sein. Und es sind nicht die einzigen Beamten, die wieder "ran müssen".

"Diese Generation ist häufig ein beliebter Fels in der Brandung"

Als erstes Bundesland setzt Nordrhein-Westfalen immer mehr pensionierte Polizeibeamte ein, die trotz ihres Ruhestands freiwillig weiterarbeiten. Aktuell kehrten 66 "Senior Experts" in den Dienst zurück. Nach einem Modellprojekt brachte das Innenministerium im August einen Erlaß auf den Weg, der den Dienststellen die Wiederanstellung von Pensionären ermöglicht. 16 Kreispolizeibehörden haben die Chance bisher genutzt.
"Rentner-Cops immer beliebter", titelte die Bild. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) betonte laut dpa: "Ich bin froh, daß wir diesen Schritt gegangen sind und pensionierte Beamte wieder aktivieren konnten. Senior Experts verfügen über langjährige Erfahrung und Expertise in verschiedenen Bereichen der Polizeiarbeit, darunter auch Mordermittlungen. Sie können jüngere Kollegen vor allem in komplexen Fällen umfassend unterstützen."
Mittlerweile gibt es sogar eigene Stellenportale für arbeitswillige Rentner. In großen Teilen der deutschen Wirtschaft werden Ingenieure gesucht. Darauf wies der Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik hin. In den kommenden zehn Jahren fehlen nach einer Studie des Verbands rund 100.000 Elektroingenieure. BMW hat bereits vor fünf Jahren ein Programm aufgelegt, um Rentner aus den eigenen Reihen wieder in den Arbeitsalltag zu integrieren. Auch die US-Raumfahrtbehörde Nasa nimmt strategisch die "Ressource Rentner" in Anspruch. "Die legendäre Raumsonde Voyager 1 funkt nur noch Datenmüll. Doch die Nasa will sie retten und reaktiviert dafür ihre Rentner", schrieb Die Zeit im April.
Hintergrund der Geschichte: Wenn Probleme auftreten, greift die Nasa regelmäßig auf ein Netzwerk von pensionierten Experten zurück, die über entscheidendes Wissen und Erfahrungen aus früheren Projekten verfügen. Die Bertelsmann-Stiftung empfiehlt, daß Unternehmen frühzeitig Mitarbeitergespräche führen, um Anreize zu schaffen und Perspektiven aufzuzeigen.
Außerdem müßten Hemmschwellen abgebaut und die Wertschätzung älterer Menschen erhöht werden. Weiterbildung sei wichtig und müsse von der Politik gewährleistet werden. In der Steuer- und Sozialpolitik müsse es Anpassungen geben, auch im Arbeitsrecht, listet die Studie auf. Längst nicht alle Menschen seien gesundheitlich noch in der Lage, im Alter zu arbeiten. Eine frühzeitige Gesundheitsförderung sei entscheidend. Denn die Probleme werden sich nicht kurzfristig lösen lassen.

Laut einer Umfrage des ifo-Instituts unter Personalleitern haben 54 Prozent der Betriebe, die aktiv auf der Suche sind, zu wenige Bewerber. Nach einer Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) werden bis zum Jahr 2035 weitere sieben Millionen Fachkräfte verlorengehen. Schaut man sich die Berichte aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens an, dann zeigt sich, daß der Mangel an Arbeitskräften auch vermeintlich attraktive Berufsfelder trifft.

In Thüringen wurde ein Programm aufgelegt, um pensionierte Mediziner für Akut-Praxen zu reaktivieren. Gerade in ländlichen Gebieten herrscht seit Jahren ein Ärztemangel. Alle Erhebungen zeigen ein grundsätzliches Problem auf. Dort, wo die Zahl der Arbeitskräfte ohnehin (zu) gering ist, sind die Überlastungserscheinungen besonders groß. Das Beispiel der Berliner Verkehrsbetriebe belegt dies.

Aus einer vor kurzem von der AOK-Nordost veröffentlichten Auswertung geht hervor, daß in der Hauptstadt keine Berufsgruppe öfter krank ist als Fahrer im ÖPNV. In der Vergangenheit häuften sich Berichte über teilweise grenzwertige Arbeitsbedingungen. So hätten U-Bahn-Fahrer teilweise nicht einmal die Zeit gehabt, auf die Toilette zu gehen. Die Folge seien massive Streß-Symptomatiken. Nun sollen es eben die Boomer richten.

Die können es, schreiben die NRW-Branchenprofis von RUHR24JOBS: "Boomer haben viele Krisen durchstanden, die sie resilient gemacht haben. Sie haben den Strukturwandel im Ruhrgebiet miterlebt und häufig eine oder sogar mehrere Umschulungen gemacht, um sich den neuen Entwicklungen anzupassen. Heute kann sie kaum noch etwas erschüttern, und so sind ältere Arbeitnehmer dieser Generation häufig ein beliebter Fels in der Brandung, wenn es turbulent zugeht."<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/24" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Wenn Regeln außer Kraft gesetzt werden**

Einstürzende Demokratiekulissen: Deutschland

Thorsten Hinz

Der vor 34 Jahren erfolgte Beitritt der Deutschen Demokratischen zur Bonner Republik und der Umzug der Regierung und des Parlaments nach Berlin haben keine Berliner Republik hervorgebracht. Der Begriff bezeichnete die Vorstellung von einem Staat, der im Innern freiheitlich und demokratisch verfaßt und mit klaren rechtsstaatlichen Regeln einschließlich Abwehrrechten der Bürger gegen die potentielle Übergriffigkeit des Leviathans ausgestattet ist. In den Zustand vollständiger Souveränität eingetreten, sollte er imstande sein, sein Selbstinteresse zu definieren und durch umsichtiges, kluges, vorsichtiges Handeln nach außen zu wahren.

Die Erwartung wurde enttäuscht. Entstanden ist aber auch kein zweites Weimar. Was sich abzeichnet, ist die Verfertigung einer Erfurter Republik, die das mit Hypermoral kontaminierte Staatsverständnis der späten Bundesrepublik mit der ideologischen Besessenheit und der repressiven Praxis der DDR vereint.

Die konstituierende Sitzung des Thüringer Landtags am 26. September war in dieser Hinsicht außerordentlich eindrucksvoll. Das Plenum wurde zum Tollhaus, wobei die CDU, die Gutgläubige weiterhin für eine bürgerliche Kraft halten, die Führung übernahm. Der konturenlose CDU-Spitzenmann Mario Voigt, der mit dem Vorwurf konfrontiert ist, ein Plagiator zu sein und sich zu Unrecht mit akademischen Titeln zu schmücken, blieb ruhig.

Als parlamentarische Rampensau profilierte sich der Geschäftsführer der Fraktion, der 37jährige Andreas Bühl, der dem Alterspräsidenten Jürgen Treutler (AfD) immer wieder ins Wort fiel und aus dem Konzept brachte, wobei sein Erregungspegel im auffälligen Kontrast zum ruhigen Auftritt Treutlers stand. Theatralisch die Arme nach oben werfend und von "Machtergreifung" schwadronierend, führte er sich auf wie ein hyperventilierender Enkel der "Omas gegen Rechts".

In dem Zusammenhang ist es nützlich zu wissen, daß es Bühl im zarten Alter von 22 Jahren

zum Thüringischen Inlandsgeheimdienst zog, wo er von 2009 bis 2013 im Bereich der "Extremismusprävention" arbeitete. Auf der Webseite des Landtags wird das vornehm mit "tätig im Landesdienst des Freistaats Thüringen" umschrieben.
Es ging darum, den Wahlmodus für den Landtagspräsidenten zu verändern, in dem üblicherweise die stärkste Fraktion ihren Kandidaten zur Abstimmung stellt. Kurz vor der konstituierenden Sitzung des Landtags hatte die noch geschäftsführende Landtagspräsidentin Birgit Pommer (Die Linke), einem Antrag von CDU und BSW folgend, eine geänderte Tagesordnung verbreitet, in der die Änderung der Geschäftsordnung der Wahl des neuen Landtagspräsidenten vorangestellt wurde.
Es kam zum Eklat. Das Landesverfassungsgericht erklärte in einem 36seitigen, mit zahlreichen Fußnoten und Verweisen versehenen Urteil die Änderung für rechtens. Begründet wurde das - verkürzt gesagt - mit der Souveränität des gewählten Parlaments über die hergebrachte Konvention: Bei seinem "erstmaligen Zusammentritt befindet sich der Landtag in seinem 'Naturzustand'. Zur Herstellung seiner Arbeitsfähigkeit muß er sich zunächst eine eigene Organisation geben."
Das kann man so sehen - oder auch nicht, denn - so stellte ein rechtskundiger Anonymus im Netz fest - "wenn alle Abgeordneten in einen unbefleckten Landtag einziehen, in dem sie sich Tagesordnung und Geschäftsordnung selbst geben, wie kann es dann sein, daß der Ausgangspunkt des gesamten Streites eine am 19. September 2024 auf den Weg gebrachte veränderte Tagesordnung ist, in der eine bestehende Tagesordnung (ein Widerspruch zum richterlichen Naturzustand) verändert und durch eine von Verschwörern lancierte Tagesordnung (abermals im Widerspruch zum richterlichen Naturzustand) ersetzt wird?"
Es gibt weitere, schwerwiegende Kritikpunkte, doch noch gewichtiger als die juristischen Feinheiten ist etwas anderes. Gesetze, Verträge, Verfassungen, Geschäftsordnungen bestehen nicht nur aus Buchstaben, sondern atmen auch einen Geist. Damit angesprochen ist der Unterschied zwischen legal und legitim. Das heißt, was juristisch machbar ist, kann ethisch verwerflich sein. Man muß deswegen keinen Vergleich zur DDR ziehen, die sich offen zur "Klassenjustiz" als Instrument der Machtausübung und zur Bekämpfung und Vernichtung politischer Gegner bekannte.
Hannah Arendt spitzte den Konflikt sogar zu dem Bonmot zu, daß eine Mehrheit ganz demokratisch und legal beschließen könne, eine Minderheit umzubringen. So weit muß man, wie gesagt, wirklich nicht gehen. Es genügt die Feststellung, daß bei der Rechtsfindung immer auch gesellschaftliche, politische, mediale Kräfteverhältnisse eine Rolle spielen. Weiterhin stellt sich die Frage, ob ein derart ausführliches, ausgeklügeltes Urteil tatsächlich in den nur 24 Stunden ausformuliert werden konnte, die zwischen dem Antrag der CDU auf einstweilige Anordnung und ihrer Verkündigung verstrichen. Ob es nicht eher der Lebenswahrscheinlichkeit entspricht, daß die lärmende Erregung im Plenum, der provozierte Eklat, die Unterbrechung der Sitzung, der Antrag und der Gerichtsbeschluß einem vorgefertigten Drehbuch folgten.
Mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) hat sich das Kartell der Altparteien eine Scheinalternative erschaffen. Systemtheoretisch gesprochen, entspricht der Siegeszug des BSW der sogenannten Autopoiesis: Ein System erhält und stabilisiert sich, indem es aus sich selber heraus neue Elemente produziert.
Das BSW, das sich als frische Kraft empfohlen hatte, und die AfD verfügen im Erfurter Landtag über 47 der 88 Sitze - eine satte Mehrheit, um die Verfahrenstricks der Altparteien zu neutralisieren. Das BSW hätte also erklären können, daß die AfD für sie ein unversöhnlicher politischer Gegner bleibt, sie die Ausgrenzung aber für undemokratisch hält und ablehnt. Statt dessen haben sie sich voll ins Schmierentheater eingebracht.
Thüringen weist bereits seit längerem politische und verfahrenstechnische Besonderheiten auf.

Ein gewählter Ministerpräsident mit FDP-Parteibuch wurde 2019 nach dem Machtwort einer CDU-Kanzlerin zum Rücktritt genötigt, und die Landes-CDU sah sich danach in der Pflicht, fünf Jahre lang eine stramm linke, rot-rot-grüne Minderheitsregierung im Amt zu halten.
Mit Stephan Kramer wurde ein Mann zum Verfassungsschutzpräsidenten ernannt, dessen fachliche und charakterliche Eignung von Anfang an zweifelhaft war und der sich erwartungsgemäß als Anti-AfD-Aktivist hervortut. Ein Weimarer Amtsrichter, der Restriktionen des Corona-Maßnahmenstaates gegen Schüler außer Kraft zu setzen wagte, wurde mit Hausdurchsuchungen und einem Verfahren wegen Rechtsbeugung überzogen.
Ministerpräsident Bodo Ramelow bekannte 2015 öffentlich, die Grenzöffnung hätte ihm den schönsten Tag seines Lebens beschert, und bekräftigte dies mit einem "In schā'a llāh". Darüber hinaus forderte er, die Flüchtlingshilfe langfristig zu finanzieren. "Der Soli sollte weitergeführt und als Integrations- und Flüchtlingsbetreuungssoli umgebaut werden."
Die Vorgänge in Thüringen sind ein Konzentrat dessen, was im Großen, auf der Bundesebene, geschieht. Die vereinte Linke in Thüringen hat unter Einschluß der CDU im Zeitraffer nachgeholt, was sich im Westen schleichend vollzog, und in der Manier des Klassenstrebers sogar noch überboten.
Das Wort "Wahlergebnis" hat einen Doppelsinn. Zum einen den numerischen, zum andern den politisch bilanzierenden. Für die Kartellparteien stellt das Thüringer Wahlergebnis die niederschmetternde Bilanz einer verheerenden Regierungspolitik dar. In der AfD als der Partei mit dem nunmehr größten Wählerzuspruch tritt ihnen das eigene Versagen als Gestalt gegenüber, als ein unheimlicher, steinerner Gast.
Weil jedes vernünftige Argument sich gegen sie selbst wendet, ist die politische Ratio für sie nicht anwendbar. Also greifen sie zum Mittel des Exorzismus. Der Verfassungsschutz, die Medien stehen seit jeher Gewehr bei Fuß. Weil das nicht mehr ausreicht, werden die Regeln geändert, um das Wahlergebnis außer Kraft zu setzen. Und falls das immer noch nicht reicht, verbietet man eben die Partei.
Von der alten, der westdeutschen Bundesrepublik hieß es, sie sei wirtschaftlich ein Riese, (außen)politisch ein Halbstarker und militärisch ein Zwerg.
Ein militärischer Zwerg ist sie geblieben, politisch zählt sie heute gleichfalls zu den Kleinwüchsigen. Wirtschaftlich degeneriert sie zum Halbstarken. Um so lächerlicher wirkt ihr moralisches Auftrumpfen. Es macht sie gegenüber dem Ausland unbeliebt, lächerlich und zur Beute der moralischen Erpressung.
Das Übel wird vor allem mit den Grünen verbunden. Das ist insofern berechtigt, als sich bei ihnen Inkompetenz und moralische Hybris besonders eng verbinden. Aber das Übel beschränkt sich nicht auf sie. Es war eine CDU-Kanzlerin, die die Energiesicherheit zuerst in Frage stellte. Auch die Grenzöffnung 2015 geht auf ihr Konto. Wer sich über den katastrophalen Zustand der Deutschen Bahn, der Straßen und Brücken in Deutschland beschwert, sollte daran denken, daß das Verkehrsministerium über viele Jahre eine Domäne der CSU war.
Die Spitzel- und Überwachungspraktiken werden unter einem FDP-Justizminister perfektioniert. Der neueste Clou ist das geplante Delikt der "Gemeinwohlgefährdung", das auch auf verbaler Ebene möglich sein soll. Davon würden vor allem "Medienschaffende", "ehrenamtlich Tätige in der Flüchtlingshilfe" und natürlich auch Politiker profitieren. Der neue Straftatbestand wäre geeignet, legitime Machtkritik noch rigoroser abzuwürgen. Anders weiß die politisch Klasse, die das Politische mit Formeln wie "Doppelwumms", "Turbo", "Bunt statt braun", "Willkommenskultur" ins Infantile und Sentimentale rückt, sich den Zweifeln an ihrem Handeln nicht mehr zu erwehren.
Ach ja, zu allem Überfluß werden wir von einer "Fortschrittskoalition" regiert. Der Schwäche des Staates nach außen entspricht eine zunehmende Aggressivität nach innen, gegen die eigene Bevölkerung. Die Gefahr, wegen Volksverhetzung und bald auch wegen Gemeinwohlge-

fährdung angeklagt zu werden, ist, so scheint es, das letzte Privileg, über das der Deutsche im eigenen Land noch verfügt.
Um das Handeln und die Sichtweise von Politik und Medien, ihren Starrsinn, ihre Destruktivität zu verstehen, muß man versuchsweise sich in sie hineinversetzen. Robert Habeck hat von Wirtschaft und Energie keine Ahnung, aber er ist klug genug, um inzwischen einzusehen, daß seine Politik dem Land eine Katastrophe beschert. Aber was soll er machen?
Abtreten, Fehler eingestehen? Eine Fehlerdiskussion würde umgehend weitere Fragen aufwerfen: Zum Beispiel, auf welchen Wegen soviel geballte Inkompetenz an die Macht kommen konnte. Es würde nach Korruption, Bestechlichkeit, Nepotismus geforscht werden, nach der Rolle der Medien, dem Einfluß von NGOs und Fremdinteressen. Es ginge um persönliche Verantwortlichkeit und Haftungsfragen. Eine Kettenreaktion mit unabsehbarem Ende würde einsetzen.
"Vorwärts immer, rückwärts nimmer!", hatte SED-Chef Erich Honecker 1989 mit heiserer Stimme gerufen. Ein paar Wochen später, am 18. Oktober 1989, erklärte ein langjähriger Mitstreiter in der Sitzung des SED-Politbüros: "Erich, es geht nicht mehr. Du mußt gehen." Der alte Apparatschik stimmte der eigenen Absetzung am Ende zu, doch im Gehen warnte er die einstigen Getreuen vor dem Irrglauben, daß sein Abgang das Ende der Probleme bedeuten würde. Tatsächlich waren nur sechs Wochen später auch die Systemreformer am Ende.
Also Stärke zeigen! Erfurt gibt ein Beispiel. Es darf weiter gewählt werden, doch souverän ist, wer danach die Regeln setzt. Hauptsache, wir behaupten uns. Mögen die Demokratiekulissen darüber auch einstürzen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/24" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Fühlen ersetzt das Faktische - wenn die Gedanken nicht mehr frei sind**
Expansive Gegenaufklärung
Leben wir in einer Zeit der Gegenaufklärung, wie mancher meint?" In einem "Die Gedanken sind frei" betitelten Gastbeitrag für das Magazin der Fraunhofer-Gesellschaft (3/2024) sieht Nicola Leibinger-Kammüller die bundesdeutsche Gesellschaft zumindest auf dem besten Weg dorthin. Für die über "Erich Kästners Spätwerk" promovierte Germanistin und Vizepräsidentin des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft, im Hauptberuf Vorstandsvorsitzende des international operierenden Maschinenbauunternehmens Trumpf SE + Co., lassen sich die Symptome eines expansiven Irrationalismus nicht mehr ignorieren.
Egal, ob es dabei um die biologische Bestimmtheit der Geschlechter, genetische Veränderungen von Nutzpflanzen, den Klimawandel, die Corona-Pandemie, die Anfeindungen Israels und der Juden nach dem Hamas-Terror vom 7. Oktober 2023 gehe: Überall würden die Töne schriller, vollziehe sich ein Rückfall in ideologische Denkmuster, ersetze Fühlen das Faktische gerade an den Hochschulen, wo die freie Rede eigentlich Grundlage des Wettstreits um das bessere Argument und der Wissensbildung sein sollte.
Es sei offenbar nicht mehr selbstverständlich, daß Wissenschaft bedeute, eine Fragestellung unabhängig vom politisch Erwünschten um ihrer selbst willen zu verfolgen. Mit der für den Industriestandort Deutschland fatalen Konsequenz, daß mit Denkverboten belegt werde und Gefahr laufe, aus dem politischen Diskurs zu verschwinden, wer etwa die grüne Energiewende einen ideologischen Irrweg nenne oder davor warne, sich ohne jede Not von wichtigen Exportpfaden der automobilen Zukunft zu verabschieden. (ob)<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/24" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Die Zensur fördern**
Demokratiefeindlich: Deutsche Bibliothekare an vorderster Front im "Kampf gegen Rechts"
Wolfgang Müller
Mit zahlreichen Büchern und Aufsätzen erwarb sich der in Princeton promovierte Politikwissenschaftler Bruce Gilley (Portland State University) in Jahrzehnten einen Ruf als Kenner der

aufstrebenden Weltmacht China und der Arkana ihres kommunistischen Führungspersonals. Sämtliche seiner Veröffentlichungen zu diesem Themenkreis seit 1998 weist der elektronische Katalog der Berliner Staatsbibliothek akribisch nach und bietet sie zur Ausleihe an.

Diese bibliographische Akkuratesse endet erst, als Gilley es 2021 wagt, in der Manuscriptum Verlagsbuchhandlung (Lüdinghausen) eine Monographie zur "Verteidigung des deutschen Kolonialismus" zu publizieren. Diese weicht, wissenschaftlich-objektiv und quellenbasiert, von den Negativklischees des hysterisch-moralisierenden Hauptstroms der Debatte über "weiße Kolonialschuld" entschieden ab. Mit der Folge, daß das prompt als "umstritten" markierte Werk weder in den Regalen der Staatsbibliothek landet, noch in denen der drei großen Berliner Universitätsbibliotheken.

"Neue politische Rolle" im Zuge der Willkommenskultur

Auch außerhalb Berlins ist das Buch schwer zu finden. In Nordrhein-Westfalen etwa nur in der UB Münster, nicht in den elf anderen Universitätsbibliotheken des schwarz-grünen Landes.

Für den Bibliothekar Uwe Jochum (UB Konstanz), der kürzlich langjährige, zunächst auf Henryk M. Broders Blog "Achse des Guten" vermittelte trübe Erfahrungen aus seinem ideologisierten Berufsalltag in einem Aufsatz bündelte (vergleiche den von Alexander Ulfing und Harald Schulze-Eisentraud edierten Sammelband "Das Ende der Universität", JF 36/24), ist diese "Gilley-Lücke" nur eine von sehr vielen, die entstehen, weil die mit "solider linksgrüner Gesinnung" geimpfte absolute Mehrheit seiner Kollegen sich "zeitgeistigen Obsessionen" hingebe und "informelle Vorzensur" ausübe, indem sie die Produktion "rechter Verlage" boykottiere.

Schließt das Tor rechts daher stets automatisch, ist es links ständig sperrangelweit geöffnet, wie Jochums Gegenprobe belegt: Woker Nonsens à la "Queere Praktiken der Reproduktion. Wie lesbische und queere Paar Familie, Verwandtschaft und Geschlecht gestalten" (Bielefeld 2021) ist allein in vier Universitätsbibliotheken in NRW greifbar.

Für Jochum zeichnet sich die Schlagseite solcher selektiven Anschaffungspolitik bereits unter dem Baldachin der im Herbst 2015 zelebrierten "Willkommenskultur" ab. 2016 beginnt ein mehrjähriges Forschungsprogramm, das öffentliche Bibliotheken bis hinunter zu den Stadtbüchereien auf ihre "neue politische Rolle" einstimmt. 2019 erscheint das erste Positionspapier "Bibliotheken und Demokratie" des Deutschen Bibliotheksverbands, das dessen positive Stellungnahme zu dem bis heute nicht verabschiedeten, weil im Kern verfassungswidrigen "Demokratiefördergesetz" der Ampelkoalition schon vorwegnimmt. Demnach seien Bibliotheken zu "Bollwerken der Demokratie" auszubauen und alle Mitarbeiter zu schulen, um den "komplexen Aufgaben der Demokratiearbeit" gewachsen zu sein.

Unverkennbar steht diese sogenannte "Mammutaufgabe" im Kontext jener "Verpflichtungen", die die schwarz-rote Bundesregierung unter Angela Merkel (CDU) 2018 einging, als sie den UN-Migrationspakt unterzeichnete. Darin wird eine Art Generalmobilmachung des Überbaus der Bewußtseinsindustrie gefordert, zu der alle "Medienschaffenden" zu rekrutieren seien, die wie Journalisten, Künstler und eben auch Bibliothekare die öffentliche Meinung manipulieren können.

Damit sie mitwirken an der "konstruktiveren (ausschließlich positiven) Wahrnehmung von Migration" sowie an der "Bekämpfung" jeglicher Kritik an der Massenzuwanderung aus orientalisch-afrikanischen Steinzeitkulturen, die als "Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus" de facto zu kriminalisieren sei.

Daran knüpft das sogenannte Demokratiefördergesetz nahtlos an, das die in Institutionen und auf allen "zivilgesellschaftlichen" Ebenen aktive rot-grüne Migrantenlobby mit Steuergeldern kräftig mästen möchte, damit sie Widerstände der deutschen Aufnahmegesellschaft gegen die ihr von der politischen Klasse aufgenötigte "Bereicherung" als "Rassismus und gruppenbezo-

gene Menschenfeindlichkeit" denunziert. Multikulturelles Ziel auch der derart konkretisierten "Demokratiearbeit" des Bibliothekspersonals ist die "Gestaltung von gesellschaftlicher Vielfalt und Teilhabe", die "postnationale Gemeinschaft mit Fremden" (Jürgen Habermas).
Wie Uwe Jochum zutreffend behauptet, unterstützt der Deutsche Bibliotheksverband das regierungsfromme Vielfaltsgedöns, weil seine Klientel von jeder staatlichen Sparrunde ganz vorne durch Ausgaben- und Personalsperren betroffen sei. Potentielle Zuwendungen aus dem Demokratiefördergesetz bieten darum derzeit die beste Chance, die nicht zuletzt ja migrationsbedingten brutalen Kürzungen von Bibliotheksetats zu kompensieren. Es sei daher wenig überraschend, daß man die Hand nicht beiße, die einen füttern soll.
Wie weit die Unterwürfigkeit mittlerweile geht, dokumentieren zwei tiefe Einblicke ins Paralleluniversum gewährende Beiträge in der Zeitschrift Bibliothek - Forschung und Praxis (2/2024). Stolz bekundet dort Thomas Bürger, ein "Westimport", der von 1998 bis 2018 an der Spitze der Sächsischen Landesbibliothek stand, daß der von ihm 2019 begründete Verein Sächsische Bibliotheksgesellschaft, der sich eigentlich um die Leseförderung und die finanzielle Unterstützung der Büchereien im Freistaat kümmern will, Dresdner Anti-Pegida-Demonstrationen mit organisiert habe.
Der Verein mische sich zudem in jene "Erinnerungskultur" ein, wie sie "Trauermärsche von Neonazis" alljährlich im Februar zelebrieren, zum Gedenken an die Opfer des leider einst auch im SED-Jargon so bezeichneten angelsächsischen Bombenterrors. Dresden sei keine "unschuldige Kunststadt" gewesen, sie habe ihren Untergang also quasi verdient.
Leidet Bürger bereits beim Blick zurück unter heftigen Wahrnehmungsstörungen, rutscht er bei der Betrachtung der Gegenwart definitiv ins Halluzinieren ab. Die "aggressive Sprache" der AfD habe den Weg zur "Erstürmung" des Reichstags in Berlin geebnet, sei verantwortlich für die "erschreckend zunehmende Zahl der Straftaten, Übergriffe und Morde" in deutschen Städten. Nicht mehr auszuschließen seien darum, daß "morgen Bibliotheken attackiert" werden, wenn die sich nicht heute bei "der Verteidigung unserer Demokratie" engagieren.

Argumentationstraining für Bibliothekare "gegen rechts"

Was er dem Duisburger Politologen Klaus-Peter Hufer, einem Alt-68er, der den "Kampf gegen den Rechtsextremismus als Lebensaufgabe" begreift, nicht zweimal sagen muß. Der aus der sozialdemokratisch penetrierten Erwachsenenbildung kommende Hufer, er leitete zwischen 1976 und 2014 die Kreisvolkshochschule Viersen und promovierte 1984 bequemerweise über seinen Arbeitsalltag ("Möglichkeiten und Bedingungsfaktoren politischer Erwachsenenbildung am Beispiel kommunaler Volkshochschulen in NRW"), bietet an der TH Köln im Studiengang Bibliothek und digitale Kommunikation "Argumentationstraining gegen Stammtischparolen" an. Angehende Bibliothekare lernen dort in Rollenspielen natürlich nicht den Umgang mit "Nazis töten" oder "Bunt statt braun", sondern mit "Vorurteilen", wie sie allein "rechte Demokratiefeinde" pflegen.
Akuter Handlungsbedarf scheint jedoch nicht zu bestehen. Denn auf eine Umfrage Hufers teilten ihm die meisten Bibliothekare mit, sie hätten keine Erfahrungen mit demokratiefeindlichen Benutzern. Immerhin die Hälfte der Befragten sehe in Bibliotheken weiterhin politisch neutrale Institutionen. Sie halte sich darum auch an die herkömmliche Praxis, nur als strafrechtlich relevant qualifizierte oder von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien nicht freigegebene Bücher nicht zu erwerben.
Die andere Hälfte sieht sich hingegen im Fronteinsatz "gegen Rechts", wenn sie bei "der Akquise bestimmte radikale Verlage und Autor*innen bewußt ausschließt". Skrupel bei der Selektion plagt sie allenfalls noch wegen der schwammigen Definitionen von "Demokratiefeindlichkeit". Die dürften sich zumindest bei Rufers Studenten bald verflüchtigen, da ihr "Argumentationstrainer" ihnen beibringt, daß Meinungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze, "auch wenn sie vom Grundgesetz gedeckt sind, in einer toleranten und offenen Gesellschaft keinen

Platz haben".<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/24" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Schlagabtausch verzögert sich**

Das Bundesverwaltungsgericht verschiebt überraschend das Hauptsacheverfahren im Fall "Compact-Verbot"

Frank Hauke / Gil Barkei

Eine Klärung im Streit zwischen dem Bundesinnenministerium (BMI) und dem Magazin Compact verzögert sich. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat das Hauptsacheverfahren über das Compact-Verbot auf den 10. Juni 2025 verschoben. Ursprünglich sollte es am 12. Februar stattfinden. Das berichtet der Rechtsanwalt Dirk Schmitz auf alexander-wallasch.de. Für viele Beobachter kommt die Entscheidung überraschend.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hatte das rechte Blatt am 16. Juli verboten, die Redaktionsräume durchsuchen und alle Arbeitsmittel der Journalisten beschlagnahmen lassen. Vier Wochen später hob das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) das Verbot im Eilverfahren vorläufig auf. Laut den Richtern bestünden erhebliche Zweifel, ob das Verbot "angesichts der mit Blick auf die Meinungs- und Pressefreiheit in weiten Teilen nicht zu beanstandenden Beiträge" gerechtfertigt sei. Compact konnte daraufhin wieder online gehen sowie gedruckt erscheinen und titelt in der aktuellen Ausgabe "Neue Deutsche Jugend: Warum Rechts jetzt angesagt ist".

Eine endgültige Entscheidung in dem Fall sollte im Hauptsacheverfahren fallen. Die Möbel, Rechner und alle beschlagnahmten Gegenstände mußte das Innenministerium inzwischen wieder an Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer und das in Falkensee bei Berlin ansässige Unternehmen zurückgeben. Ob das Gericht aber, wie Schmitz unterstellt, das Verfahren "gezielt in den Bundestagswahlkampf" verschob, darf bezweifelt werden.

Vielmehr dürfte es um die Vielzahl der Akten gehen, die beide Seiten einreichten und deren Sichtung mehr Zeit benötigt als zunächst angenommen. Der Anwalt, der 20 Jahre lang für das AfP (Archiv für Presserecht) - Zeitschrift für das gesamte Medienrecht arbeitete, zitiert darüber hinaus "interne Stimmen aus der Verwaltung des BVerwG". Diese "raunen allerdings", so Schmitz, "daß die Sache im Hauptsacheverfahren nicht anders ausgeht und die Richter deutlich auf Abstand zur rechtswidrig hemdsärmeligen Art der Bundesinnenministerin und ihrem wohl bis zum 31. Dezember 2024 verpensionierten Verfassungsschutzchef gehen wird". Damit meint er Thomas Haldenwang.

Das Innenministerium möchte die Verzögerung nicht kommentieren, stellt aber klar, "die Terminverschiebung wurde vom BVerwG ohne Zutun des BMI vorgenommen". Gegenüber der JUNGEN FREIHEIT zeigt sich eine Sprecherin zuversichtlich für das Hauptsacheverfahren. "Das BMI hat das aus seiner Sicht verfassungsfeindliche, aggressiv-kämpferische Agieren der Compact-Magazin GmbH in der Verbotsverfügung umfassend begründet und durch umfängliches Beweismaterial der Sicherheitsbehörden belegt", heißt es in der Antwort auf eine JF-Anfrage. "Es wird seine Rechtsauffassung für das Verbot im Hauptsacheverfahren weiter detailliert darlegen und den prägenden Charakter der Verfassungsfeindlichkeit im Lichte der Maßgaben des BVerwG aus dem Beschluß im Eilverfahren vom 14. August 2024 substantiieren."

Empfindliche juristische Niederlage an anderer Stelle

Allerdings spricht nach der Entscheidung im Eilverfahren nicht viel dafür, daß das Bundesverwaltungsgericht die Angelegenheit im Hauptsacheverfahren anders entscheiden könnte. Denn schon im August hielten die Richter fest, anstatt eines Verbotes gebe es mildere Mittel. Beispielsweise könnten, so die Richter damals, die Behörden "presse- und medienrechtliche Maßnahmen, Veranstaltungsverbote, orts- und veranstaltungsbezogene Äußerungsverbote sowie Einschränkungen und Verbote von Versammlungen in den Blick zu nehmen". Das Ge-

richt hob auch auf die grundgesetzlich garantierte Meinungs- und Pressefreiheit ab. Daß es dahinter im Hauptsacheverfahren wieder zurückfällt, gilt als unwahrscheinlich.
Die Richter haben dem BMI inzwischen auch verboten, Erkenntnisse zur Compact-Prozeßstrategie zu verwenden, die es über Abhöraktionen des Verfassungsschutzes gewinnt. Faeser und Verfassungsschutzchef Haldenwang gaben daraufhin laut Schmitz eine Erklärung ab, daß "seitens des Bundesamtes für Verfassungsschutz der Grundsatz des fairen Verfahrens vollumfänglich gewährleistet" werde.
Und weiter: "Eine Prozeßausspähung seitens des Bundesamtes für Verfassungsschutz findet nicht statt. Sofern zufällig Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Prozeßstrategie beim Bundesamt für Verfassungsschutz anfallen beziehungsweise eingehen sollten, würden diese weder zur Akte genommen noch berücksichtigt werden. Die Führungskräfte des Bundesamtes für Verfassungsschutz stellen die Einhaltung dieses Grundsatzes … sicher."
Compact-Chefredakteur Elsässer zeigt sich im Gespräch mit der JF jedenfalls "sehr optimistisch" für das Verfahren. "Wenn wir schneller positiv beschieden worden wären - schon im Februar -, wäre es der Idealfall gewesen", aber so "haben wir erstmal vier Monate zusätzliche Sicherheit" und "unsere Anwälte können die Argumentation noch besser vorbereiten". Das Eilverfahren habe bereits ein "gewisses Präjudiz geschaffen".
Für Elsässer hat das Gericht "praktisch gesagt, die Sache mit 'gesichert rechtsextrem' wäre gar nicht so klar auf der Grundlage des gesichteten Materials", und genau an dem Punkt "werden wir auch weiter zuliefern". Es sei außerdem "dahingestellt, ob es Frau Faeser nützt, wenn diese schmutzige Affäre, dieser Schandfleck auf ihrer Weste im Bundestagswahlkampf jeden zweiten Tag in den Medien steht, wie sie gegen die Pressefreiheit vorgeht".
Der Publizist gibt allerdings zu bedenken: "Unser Problem ist nicht dieses Verbotsverfahren, unser Problem ist, daß Frau Faeser versucht, uns vor der Verhandlung kaputtzumachen indem sie uns vom Bankensystem abschneidet."
Leute vom Verfassungsschutz und vom Innenministerium hätten "die Banken zum Teil aufgesucht", woraufhin diese Compact gekündigt hätten. "Wir haben seit dem 1. Oktober kein Bankkonto mehr", sagt Elsässer, "wir befinden uns jetzt in mehreren Eilverfahren gegen Sparkassen, die hoffentlich bald abgeschlossen sind, aber diese Verfahren ziehen sich". Sein Team und er müßten "jeden Tag das Kunststück vollbringen, den Geschäftsbetrieb am Laufen zu halten ohne Konten - ein anstrengender Drahtseilakt".
Derweil hat das Innenministerium eine empfindliche juristische Niederlage in einem anderen pikanten Zusammenhang mit Pressevertretern eingefahren. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat am Montag per einstweiliger Verfügung entschieden, daß das BMI dem Nachrichtenportal Nius offenlegen muß, gegen welche Journalisten es im Jahr 2022 mit einer Unterlassungsforderung vorgegangen ist. Die Richter sprachen von einem "neuen Phänomen", daß die Bundesregierung mit externen Anwälten gegen regierungskritische Berichterstattung vorgehe.
Dafür bestehe "ein gesteigertes öffentliches Interesse mit hinreichend starkem Aktualitätsbezug". Die angeordnete Auskunft könnte Hinweise darauf ergeben, ob die Ampel "gezielt gegen bestimmte Journalisten" vorgehe und ob sich daraus "ein Muster ableiten" lasse. Der presserechtliche Auskunftsanspruch gelte für Nius genauso wie für Presseverlage und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die juristischen Sterne stehen momentan nicht besonders günstig für das BMI.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/24" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Trump oder Harris: Klare Wahlempfehlung im Namen Max Plancks**
Am politischen Stammtisch
Kurz vor der US-Präsidentenwahl drängt es den Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), den Molekularbiologen Patrick Cramer, sich zu seiner Wunschkandidatin Kamala

Harris zu bekennen. Denn Donald Trump habe während seiner ersten Amtszeit seine Wissenschaftsfeindlichkeit dadurch unter Beweis gestellt, daß er Stellen in der US-Umweltschutzbehörde bevorzugt mit "Klimawandelskeptikern" besetzte. Insgesamt habe die Trump-Administration zwischen 2017 und 2020 346 "wissenschaftsfeindliche Aktivitäten" zu verantworten; den traurigen Höhepunkt dieser Politik markiere der Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen im November 2020.
Während der Corona-Pandemie habe sich dieser Präsident zudem als "Treiber von Desinformation in den sozialen Medien" profiliert (Max Planck Forschung, 3/2024). Cramer scheint bei dieser Anklage schon die Selbstgleichschaltung von MPG, Deutscher Forschungsgemeinschaft und den Universitäten im Zuge der im Herbst 2015 ausgerufenen "Willkommenskultur" vergessen zu haben. Wenn er dazu noch Trump als Urheber des aktuell an US-Hochschulen durch "propalästinensische" Proteste getragenen "Kulturkampfes" sieht, hat der Biologe Cramer hinlänglich bewiesen, daß er in seinem Göttinger Labor besser aufgehoben ist als am politischen Stammtisch. (ob)<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/24" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Hetzjagd auf den Teppichkehrer**
Dürfen zwei Städte noch mit Millionen Euro an Stiftungsgeldern soziale Projekte unterstützen, wenn der Stifter Soldat der Waffen-SS war?
Paul Leonhard
Die Lebensleistung eines Verstorbenen in den Schmutz zu ziehen und sich selbst damit im Licht des Zeitgeistes zu sonnen, dazu bedarf es wenig. Aktuell demonstriert das gerade der in Nassau an der Lahn aufgewachsene und in München lebende Historiker Stefan Holler. Im Mittelpunkt seiner "Studie" steht Günter Leifheit (1920-2009).
Ein Unternehmer, der für das Wirtschaftswunder der jungen Bundesrepublik steht. Leifheit hatte 1959 gemeinsam mit seiner Frau die Günter Leifheit KG Metallwarenfabrik Nassau/Lahn gegründet, die schnell zum führenden Produzenten für Haushaltsgeräte wuchs und an deren Anfang Teppichkehrer Regulus stand. "Leifheit-Haushaltshelfer" hatten bald einen Bekanntheitsgrad von neunzig Prozent und die Firma wurde der größte Gewerbesteuerzahler in der schwer zerstörten Stadt.
In Nassau galt Leifheit bisher als "bemerkenswerte Persönlichkeit, die sich mit einem unermüdlich scheinenden Elan und mit Hingabe für die Interessen der Allgemeinheit engagierte", wie die Heimatzeitung anläßlich seines 100. Geburtstags schrieb: "Mit seiner bescheidenen und ruhigen, aber doch sehr zielstrebigen Art hat er unermeßlich viel für die Stadt Nassau geschaffen."
Es war in Nassau allerdings ein offenes Geheimnis, daß der erfolgreiche Unternehmer in seiner Jugendzeit ein überzeugter Nationalsozialist gewesen ist, der bereits 1932 als Elfjähriger in die Hitlerjugend eintrat und es bis zum hauptamtlichen Jungbannführer in Wuppertal brachte und daß er während des Krieges in der Waffen-SS kämpfte. Selbst daß es sich dabei um eine Pioniereinheit der späteren 1. SS-Panzer-Division Leibstandarte Adolf Hitler (LSSAH) handelte, konnte jeder wissen, der eine 2017 erschienene Biographie gelesen hatte. Autor Wolfgang Redwanz schreibt von der "Pionierkompanie des 1. SS-Panzerregiments", in der es Leifheit bis zum Kompaniechef brachte.
Bis zum Kriegsende blieb Leifheit nur Untersturmführer
Nassaus Bürgermeister Manuel Liguori räumte im Gespräch mit dem SWR ein, daß Leifheits NS-Zeit "schon einmal in den 90er Jahren Thema im Stadtrat war, aber nicht weiter verfolgt wurde".
Für die Biographie "Es muß den Menschen dienen" habe er in Nassau mit sechzig bis siebzig Personen gesprochen, und es "waren durchaus einige, die mir von seiner Mitgliedschaft bei der Waffen-SS erzählt haben", berichtet Biograf Redwanz ebenfalls im SWR. Leifheit selbst

schwieg sich über jene Jahre aus. Für ihn war die Jugendzeit ein abgeschlossenes Kapitel, mit dem er nichts mehr zu tun haben wollte. Daß erklärt auch, weswegen der Unternehmer offenbar bei den von 1968 bis 1978 in Nassau stattfindenden Veteranentreffen der Leibstandarte nicht gesehen wurde.
In den Augen Hollers hat sich Leifheit seiner NS-Vergangenheit allerdings nicht gestellt, und Biograph Redwanz habe dessen Soldatenzeit "ausweichend und verharmlosend" beschrieben. Aber vielleicht gab es nicht viel mehr zu berichten, als daß Leifheit "beim Kriegseinsatz in Rußland verwundet wurde und bis zum Lebensende Granatsplitter im Körper" behält, wie Redwanz schreibt: "Auch die Bewegungsfreiheit seiner rechten Hand und seines Oberarms bleibt eingeschränkt."
Tiefgreifende Recherchen hat Holler nicht vorgenommen. Der von ihm zusammengerührte Giftbrei besteht vor allem aus zwei Komponenten: aus dem im Bundesarchiv einsehbaren Wehrstammbuch und den in ihm enthaltenen Informationen zu Laufbahn, Musterung, Dienstzeiten, Beförderungen, Ausbildungen, Einsatzorten, Auszeichnungen und Verwundungen und Beurteilungen von Dienstvorgesetzten sowie der im Online-Lexikon nachzulesenden Geschichte der Leibstandarte, die trotz hoher Verluste immer wieder auf rund 20.000 Mann aufgefüllt wurde.
Tagebücher oder Einsatzberichte, in denen Leifheit oder zumindest seine Kompanie eine Rolle spielt, kann Holler nicht vorweisen. Unklar bleibt, warum Leifheit, der 1938 Mitglied der NSDAP wurde und sich 1940 als "länger dienender Freiwilliger" für die Waffen-SS gemeldet hatte, als Soldat auch ein Aufnahmegesuch für die Allgemeine SS stellte.
Aber auch wenn er dem jungen Soldaten keine konkreten Verfehlungen nachweisen kann, spekuliert Holler munter drauflos: "Leifheit kämpfte, mit Unterbrechungen, von September 1940 bis Mai 1945 im Fronteinsatz, erhielt dafür zahlreiche Auszeichnungen und wurde mehrfach verwundet. Leifheit dürfte also mit hoher Wahrscheinlichkeit, wenn nicht Mittäter, so doch Mitwisser" der Kriegsverbrechen der Leibstandarte gewesen sein.
Eine steile These, die der SWR noch um einiges verschärft, in dem er die Frage stellt, ob der spätere Vorzeige-Unternehmer "aufgrund seines hohen Ranges und seiner umfangreichen Fronterfahrungen" nicht "möglicherweise an Verbrechen gegen die Menschlichkeit" verstrickt gewesen war. Und für den Münchner Merkur war Leifheit bereits ein "hochrangiger SS-Offizier".
Nun hatte es Leifheit trotz fünfjähriger Dienstzeit lediglich zum Untersturmführer gebracht. Diesen Dienstgrad erhielt er nach Besuch der Junkerschule in Braunschweig 1943. Er entsprach dem niedrigsten Offiziersrang der deutschen Streitkräfte, dem des Leutnants. Beförderungen erfolgten bis Kriegsende nicht, und auch die Kriegsauszeichnungen künden eher von schlichter Teilnahme als von herausragendem persönlichen Einsatz: EK2, Infanteriesturmabzeichen in Bronze, Ostmedaille, Verwundetenabzeichen in Schwarz.
Dazu kommen durchweg schlechte Beurteilungen durch seine Dienstvorgesetzten. Zwar wird er an der Offiziersschule prinzipiell als "zum SS-Führer und Pionierzugführer geeignet" eingestuft, aber gleichzeitig wird ihm bescheinigt, "in seinem Benehmen muß er stets beaufsichtigt werden, da er zu jugendlicher Überheblichkeit neigt". Arroganz und "sein entschlossenes Draufgängertum" machen ihn auch an der Front bei "Kameraden und Untergebenen allgemein unbeliebt", heißt es in einer schriftlichen Einschätzung: "SS-Untersturmführer Leifheit ist ein junger, noch vollkommen unreifer Führer, der stark zum Angeben neigt.
Durch überstraffes Auftreten versucht er starke Lücken in seinen militärischen Kenntnissen zu verbergen. Charakterlich ist er unreif und bedarf noch einer harten Erziehung." Unterschrieben ist das Dokument von SS-Hauptsturmführer und Regimentsadjutant Gerhard Nüske. Aber auch SS-Obersturmbannführer und Regimentskommandeur Joachim Peiper hat es abgenickt. Eine derart schlechte Beurteilung, so Holler, könne aus heutiger Sicht "fast als Auszeichnung

gewertet werden", denn der Schwerterträger Peiper und sein Adjutant seien nachweislich Kriegsverbrecher gewesen.
Trotzdem liest sich Hollers Fazit vernichtend: Leifheit habe "zuletzt als Kompanieführer einer Pioniereinheit der an Kriegsverbrechen beteiligten 'Leibstandarte Adolf Hitler' an vorderster Front Verantwortung im Kampf gegen die Alliierten übernommen" sowie als Waffen-SS-Offizier den NS-Unrechtsstaat in befehlender Position unterstützt. Die Politiker von Nassau und Garmisch-Partenkirchen - wo der Unternehmer seinen Zweitwohnsitz hatte und das er ebenso großzügig bedachte - müssen nun entscheiden, wie sie mit diesen Anschuldigungen umgehen.

Kaum eine andere Antwort, als den Stab über Leifheit zu brechen

"Darf man im 21. Jahrhundert eine Schule, eine Stiftung, eine gemeinnützige GmbH, ein Kulturhaus und eine Senioreneinrichtung nach einem ehemaligen überzeugten Offizier der Waffen-SS und belasteten Nationalsozialisten benennen", fragt Holler scheinheilig. Und wie soll man damit umgehen, daß seit Jahrzehnten Millionenbeiträge aus einem Stiftungsvermögen fließen, mit denen in Nassau und Umgebung (gemeinnützige "G. und I. Leifheit Stiftung") sowie in Garmisch-Partenkirchen (Leifheit-Stiftung) soziale Projekte finanziert werden?
Holler legt indirekt den Kommunalpolitikern nahe, daß es gar keine andere Antwort geben kann, als den Stab über Leifheit zu brechen: "Günter Leifheit hat aus innerer Überzeugung aktiv in einem Unrechtssystem mitgewirkt. Er hat sich nicht gegen das Regime gestellt und er hat auch nicht versucht, sich ihm zu entziehen. Ohne das Mitwirken von Menschen wie Günter Leifheit wäre das NS-Regime nicht handlungsfähig gewesen."<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/24" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Reumütig abgeschworen**

Jörg Fischer

Im Herbst 2008 schwärmten Angela Merkel und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel erstmals von einer Million E-Autos, die 2020 auf deutschen Straßen rollen sollten. Doch trotz der "Umweltprämie" von bis zu 9.000 Euro pro Pkw wurde das Ziel mit 309.000 verfehlt. Erst Ende 2022 war die Million erreicht - dank Propaganda, E-Dienstwagenzwang und zweistelliger Milliardensubventionen.
Die Ampelkoalition setzte dennoch 2021 ein noch phantastischeres Ziel: Bis 2030 sollen es 15 Millionen E-Autos sein - das wären 30 Prozent des Pkw-Bestands. Dafür hätten seit Januar im Schnitt täglich 5.500 E-Autos neu zugelassen werden müssen - es waren aber nur 800 bis 1.500 Stück, denn im Dezember 2023 wurden die Kaufprämien wegen der Haushaltsmisere gestrichen. Und das neue "E-Barometer" des Versicherers HUK Coburg liefert weitere Hiobsbotschaften.

Mehr als ein Drittel der E-Autofahrer will wieder zurück zum Benzin- oder Dieselmotor.

Vor drei Jahren, als vor allem Überzeugungstäter und Drittwagenkäufer rein elektrisch unterwegs waren, seien nur 14 Prozent Tesla, ID.3 & Co. untreu geworden und reumütig zum Verbrenner zurückgekehrt. Inzwischen will mehr als ein Drittel der bisherigen E-Autofahrer bei einem Fahrzeugwechsel wieder einen Benziner oder Diesel kaufen.
Auch die Hoffnung von Politik und woken Konzernen, daß Hybrid-Fahrer im nächsten Schritt auf reine E-Autos umsteigen, trügt: Nur elf Prozent wollen auf ihren eingebauten Verbrennungsmotor künftig verzichten. Auf kürzeren Strecken elektrisch fahren, die Bremsenergie im Akku speichern - warum nicht, wenn man das Geld dafür hat. Aber auf die 900 Kilometer Reichweite eines Mercedes-Diesel- oder Toyota-Benzin-Hybrid kommt kein E-Mobil. Und aufgetankt sind die in fünf Minuten.
Auch deswegen wollen nur 18 Prozent der Pkw-Käufer das nächste Mal ein E-Auto kaufen. Und die sind eher vermögend: "Hauseigentümer sind bundesweit dreimal häufiger im Besitz

eines E-Autos als Mieter", so die HUK. www.huk.de/fahrzeuge/ratgeber/elektroautos/e-barometer.html<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/24" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Gegen den ÖRR ausgeteilt**

Gil Barkei

Die selbstgerechten Einlassungen zum Weltgeschehen, die woke deutsche Medien ins Netz und in die Welt hinausposaunen, haben selbst Elon Musk erreicht. Und der reagiert deutlich, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Zu einem auf englisch online gestellten Spiegel-Artikel mit der Überschrift "Feind Nummer zwei", der Musks Gesicht so darstellt, als sei der eigentlich Kern Donald Trump, schreibt der Multimilliardär bei X: "Mit ihren unerbittlichen Schmähschriften fördern die etablierten Mainstream-Medien aktiv die Ermordung von Donald Trump und jetzt auch mir."

Klartext gab es auch zu einer Politbarometer-Umfrage des ZDF, die ein anderer US-Nutzer bei X geteilt hatte. Auf die Frage, wer die US-Präsidentschaftswahl gewinnen werde, gaben 72 Prozent der kontaktierten Deutschen an, daß Kamala Harris als Siegerin hervorgehen werde. Nur 23 Prozent der vom ZDF Befragten sehen Trump vorne. Musks trockene Einschätzung dazu: "Das passiert, wenn Menschen mit staatlicher Propaganda gefüttert werden."

Die Einseitigkeit und das Framing des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bundesrepublik hat sich also bis ins Ausland herumgesprochen. Längst haben sich deutsche rechtskonservative ÖRR-Kritiker und Medienmacher auf den bekannten Zuhörer in Übersee eingestellt und füttern Musks X-Beiträge in den Kommentarspalten mit weiteren entsprechenden Informationen zum Negativbeispiel deutsche Presse.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/24" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Sprache verändert sich**

Claus-M. Wolfschlag

Die Klassengesellschaft läßt sich auch an ihrer unterschiedlichen Sprache festmachen. Manch älterer bedauert noch das Verschwinden des Dialekts. Denn welcher Jugendliche benutzt im Alltag noch Begriffe aus dem bräsig-frechen hessischen Wortschatz wie "Hannebambel", "Gusch" oder "Tranfunsel"?

Doch längst ist auch Hochdeutsch auf dem Rückzug. Zumindest auf den öffentlichen Plätzen der Großstädte hat sich eine Art arabisierter Unterschichten-Pidgin ausgebreitet, sofern nicht gleich in einer Fremdsprache untereinander kommuniziert wird.

Im Bus sitzend, auf dem Weg zum Fitneß-Kurs, höre ich ein Mädchen mit dem Fahrer plaudern. Sie schildert ihre aktuelle berufliche Situation: "Sch'will Ausbildung anfangen. Ja, sch'fahr zu Vorstellung. Sch'hab Bewerbungsmappe dabei."

"Isch hol mir Brötchen, dann geh isch Pause", ruft der Kassierer dem Security-Mann zu.

Schnell eile ich noch in den Supermarkt, wo ich den Kassierer dem seit einigen Jahren präsenten Security-Mann fröhlich zurufen höre: "Isch hol mir Brötchen, dann geh isch Pause."

Im Kursraum angekommen, begegne ich einem anderen Milieu. Es wird gutes Hochdeutsch gesprochen. Doch ist auch hier bereits wahrnehmbar, daß das amerikanisierte Deutsch in gewissen Studentenkreisen beliebter ist. Ein Bursche kommt auf mich zu und fragt: "Ich bin neu. Auf welcher Raumseite steht denn der Introducer?" "Du meinst die Kursleiterin?", frage ich nach.

Ähnliches erlebe ich im Nachgang noch in einer Bar. Am Nebentisch sitzt eine Studentengruppe, deren Gespräch sich darum dreht, wer am spätesten aufgestanden und vor kürzester Zeit einen Joint geraucht hat. Ein langhaariger Typ erzählt besonders selbstgefällig und nölt dabei betont lässig: "Ja, da habe ich random einige Leute getroffen, mit denen ich früher ziemlich close war."

Und ich bin unsicher, ob Denglisch immer noch als besonders "cool" gilt oder ob bereits

hochdeutsche Begrifflichkeiten verlorengegangen sind. Oder ob der Bachelor, der später in einem internationalen Unternehmen tätig ist, schon für die Zeit ohne Deutsch übt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Grenzkontrollen: Bundespolizei 3.778 unerlaubte Einreisen festgestellt**

In den ersten 23 Tagen nach Einführung von Kontrollen an allen deutschen Grenzen hat die Bundespolizei 3778 unerlaubte Ein-reisen festgestellt.

Das geht aus internen Zahlen der Behörde hervor. Demnach wurden zwischen 16. September und 8. Oktober 2462 der Personen, also rund zwei Drittel, an der Grenze zurückgewiesen.

In rund 100 Fällen lag eine Wiedereinreisesperre vor, etwa weil der oder die Betroffene früher schon abgeschoben worden war. 840 Menschen stellten in diesem Zeitraum an den Grenzen einen Asylantrag.

Bei den Kontrollen wurden laut der Zahlen zudem 531 offene Haftbefehle vollstreckt und 78 mutmaßliche Schleuser vorläufig festgenommen. Fast 60 der von der Bundespolizei kontrollierten Personen waren in Fahndungsdatenbanken als Rechtsextremisten, Islamisten oder Linksextremisten vermerkt. Als "Beifang" bezeichnen Beamte das.

Bundes-innenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte im September die Kontrollen auf alle neun Grenzen ausgeweitet. Als Gründe nannte sie neben der Begrenzung der irregulären Migration den Schutz vor Terrorismus und grenzüberschreitender Kriminalität. Ob der große Aufwand gerechtfertigt ist, ist unter Polizeigewerkschaftern umstritten.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Radweg-Wahnsinn in Berlin**

Grüner Irrsinn in Berlin: Wegen eines Radwegs sollen Mieter aus ihren Wohnungen ausziehen. Grund: die Feuerwehr kommt nicht mehr ran im Ernstfall. Betroffen: Hunderte Wohnungen.

In der Berliner Kantstraße droht Hunderten Bewohnern der Verlust ihrer Wohnungen. Hintergrund ist ein jahrelanger Konflikt um den Pop-up-Radweg, der im Frühjahr 2020 eingerichtet wurde. Christoph Brzezinski (CDU), der Bezirksstadtrat von Charlottenburg-Wilmersdorf, kündigte an, daß die Bauaufsicht ab dem 1. November mit der Zustellung von Schreiben beginnen werde, die eine Nutzungsuntersagung ankündigen: "Es besteht sehr dringender Handlungsbedarf", sagte er WELT TV. Betroffen seien alle Anwohner ab dem dritten Stockwerk aufwärts.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Steuerschätzung: Prognose erneut kräftig nach unten geschraubt**

Der Arbeitskreis "Steuerschätzung" schraubt seine Erwartungen erneut kräftig nach unten.

Für das laufende Jahr 2024 rechnen die Experten des Gremiums nun nur noch mit einem Volumen von 941,6 Milliarden Euro aus dem gesamten Steueraufkommen für Bund, Länder, Gemeinden und EU-Steuern, und damit noch einmal knapp neun Milliarden Euro weniger als noch in der Mai-Schätzung erwartet.

Auch in den weiteren Jahren sind laut des Schätzergremiums konstant weniger Einnahmen zu erwarten als im Frühjahr prognostiziert. So sollen Bund, Ländern und Gemeinden von 2024 bis 2028 insgesamt gut 38 Milliarden Euro weniger an Steuereinnahmen zur Verfügung stehen, zusätzlich sollen auch die EU-Steuern im gleichen Zeitraum um 20 Milliarden Euro niedriger ausfallen. Im Durchschnitt ergeben sich so jährlich 11,6 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen als im Mai noch kalkuliert.

"Wir können uns nicht darauf verlassen, daß die Steuereinnahmen stetig sprudeln", kommentierte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) von den USA aus die Ergebnisse der Steuerschätzung. "Neue Spielräume im Haushalt ergeben sich nicht, im Gegenteil: Wir werden zusätzlich konsolidieren müssen. Nicht jede staatliche Leistung wird noch möglich

sein."<<

Ukraine: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.414/…):

>>**Selenskij bietet "strategischen Partnern" ukrainische Rohstoffe an**

"Siegesplan" beinhaltet Rohstoffzugriff für ausländische Konzerne / Staatliches Titan-Förderunternehmen bereits bei Auktion verkauft / Frankfurter Rundschau: Agrarkonzerne nutzen Krieg um sich "riesige Flächen" in der Ukraine anzueignen

Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*

Mit dem Rohstoff-Reichtum der Ukraine wirbt deren Präsident Wolodymyr Selenskyj um weitere westliche Unterstützung. Zu seinem am 16. Oktober vorgestellten "Siegesplan" gehört das Angebot an die "strategischen Partner" für ein "spezielles Abkommen über den gemeinsamen Schutz der kritischen Ressourcen des Landes sowie über gemeinsame Investitionen und die Nutzung dieses Wirtschaftspotentials". Dabei geht es laut der Präsidenten-Webseite "um natürliche Ressourcen und kritische Metalle im Wert von Billionen US-Dollar, darunter Uran, Titan, Lithium, Graphit und andere strategisch wertvolle Ressourcen". Diese würden einen "erheblichen Vorteil im globalen Wettbewerb" darstellen.

Die Vorkommen an kritischen Ressourcen in der Ukraine sowie das weltweit wichtige Energie- und Nahrungsmittelproduktionspotential der Ukraine seien im Visier der Russischen Föderation, sagte Selenskij. Auch deshalb müsste die Ukraine vom Westen weiter verteidigt werden, denn "das ist unsere Chance für Wachstum", erklärte der Präsident. Auf seiner Webseite heißt es außerdem, dieser Punkt habe "einen geheimen Anhang, der nur mit bestimmten Partnern geteilt wird".

Der Ausverkauf strategischer Rohstoffen der Ukraine hat bereits begonnen: So hatte Kiew kurz vor Selenskyjs Angebot im "Siegesplan" die staatliche Firma "United Mining and Chemical Company JSC" (UMCC), einen der weltweit größten Hersteller von Titan-Erz, in einer Auktion angeboten. Erworben wurde das Unternehmen für 96 Millionen Euro von der Tochterfirma Cemin Ukraine der Holding NEQSOL, einer globalen Investmentgruppe. "In Zukunft sollen noch mehrere Unternehmen dieser Branche privatisiert werden, insbesondere Demurinsky GZK und VSMPO Titan Ukraine", zitierte die Zeitung "Kyiv Independent" aus einer Erklärung zum Verkauf. (9. Oktober)

Westliche Konzerne und Investoren interessieren sich schon seit längerem für den Rohstoff-Reichtum des Landes: So findet "im Schatten des Krieges" auch ein "Ausverkauf" der landwirtschaftlichen Nutzflächen mit fruchtbarer "Schwarzerde" statt, für die die Ukraine als "Kornkammer Europas" bekannt ist, heißt es in einem Bericht der Frankfurter Rundschau aus dem vergangenen Jahr.

Im Februar 2023 hatte das "Oakland Institut" aus den USA mit der Studie "Krieg und Diebstahl" darauf aufmerksam gemacht. Demnach gehören bereits drei Millionen Hektar fruchtbaren Ackerlandes einem Dutzend großer Agrarunternehmen. Der Strategiedirektor des Instituts, Frédérick Mousseau, sprach von einer Übernahme der ukrainischen Landwirtschaft durch westliche Konzerne.

Die größten Landbesitzer seien "eine Mischung aus ukrainischen Oligarchen und ausländischen Interessen - hauptsächlich aus Europa und Nordamerika sowie dem Staatsfonds von Saudi-Arabien", erläuterte das Institut. Es machte darauf aufmerksam, daß die Finanzierung der Ukraine durch den Westen in den letzten Jahren an ein drastisches Strukturanpassungsprogramm geknüpft war, das Sparmaßnahmen und Privatisierungen erforderte, darunter die Schaffung eines Grundstücksmarktes für den Verkauf von Agrarflächen.

Selenskij habe die Landreform 2020 gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Kraft gesetzt, die befürchtete, daß sie die Korruption verschärfen und die Kontrolle mächtiger Interessen im Agrarsektor verstärken würde. Die Studie habe die Befürchtungen bestätigt, hieß es.

Germany Trade & Invest (GTAI), die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Bundes, hatte Anfang 2023 angesichts des russischen Vormarsches den "Rohstoffreichtum der Ukraine in Gefahr" gesehen. "Enormes Potential" hätten die Lithium- und Titanlagerstätten sowie unerschlossene Öl- und Gasfelder. "Nicht umsonst hatte die EU 2021 eine strategische Rohstoffpartnerschaft mit der Ukraine geschlossen", heißt es in einem GTAI-Bericht dazu.
Bei 22 der 30 von der EU als kritisch eingestuften Rohstoffe verfüge die Ukraine über Vorkommen. Kiews Premierminister Denys Schmyhal habe bei einer Rohstoffmesse im November 2022 in Brüssel sein Land als "integralen Bestandteil der industriellen Beschaffungsketten in der EU" angeboten. Nach Schmyhals Ausführungen gehörte die Ukraine 2021 zu den zehn größten Produzenten von Titan, Eisenerz, Kaolin, Mangan, Zirconium und Graphit.
Wie Multipolar kürzlich berichtete, haben auch US-Politiker wie Senator Lindsey Graham (Republikaner) bereits öffentlich gefordert, die Rohstoffe der Ukraine dürften "nicht Putin überlassen" werden. Die Ukraine sitze "auf Mineralien im Wert von Billionen Dollar, die für unsere Wirtschaft gut wären", sagte Graham bei einem Besuch in Kiew am 6. September. Graham hatte gemeinsam mit Senator Richard Blumenthal (Demokraten) bereits am 12. August Kiew besucht und dabei laut der gemeinsamen Presseerklärung unter anderem mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskij über ein strategisches Abkommen mit den USA über den Abbau der Seltenen Erden in der Ukraine im Wert von mehr als einer Billion Dollar gesprochen.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30848" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**Manuel Mittas - Wenn ein Journalist zu sehr über den Tellerrand schaut**

Was passiert mit einem Journalisten, der über den Tellerrand schaut? Sich also nicht auf das von Politik und Mainstream vorgegebene Narrativ beschränkt, sondern auch darüber hinaus recherchiert? Laut Angaben von "Reporter ohne Grenzen" sitzen im Jahr 2024 weltweit 522 Journalisten aufgrund ihrer Arbeit im Gefängnis - so viele wie nie zuvor. Im Jahr 2023 wurden mindestens 57 Medienschaffende getötet.
Obwohl die Zahlen gestiegen sind, ist diese massive Vorgehensweise gegen Journalisten in den westlichen Staaten überholt. Einschüchterungsmaßnahmen werden nicht so offensichtlich angewandt, hier neigt man eher dazu, die betreffende Person wirtschaftlich zu zerstören oder mit psychologischen Mitteln zu bearbeiten. Nicht theoretisch, sondern an einem ganz konkreten Fall möchten wir aufzeigen, was geschehen kann, wenn sich ein investigativer Journalist zu weit vom Mainstream entfernt und der Wahrheit zu nahekommt.
- Fernsehlaufbahn von Manuel Mittas
Der in Wien wohnende Manuel Mittas hat die Privatsender in Österreich mit aufgebaut. Zu den Stationen seiner bewegten Laufbahn als Redakteur und Reporter gehörten die TV-Sender "ATV", "ProSieben/Sat.1 Österreich", "Servus TV", der "ORF" und "ARTE". Bis 2010 war er in der Redaktion von "Puls4". Nachdem er aber alternative Themenkomplexe, wie die Widersprüche um die Terroranschläge von 9/11, aufdecken wollte, hatte man sich von ihm getrennt. Danach war er noch kurze Zeit als Sportmoderator bei "Servus-TV" tätig. Seither hält er sich mit Sozialhilfe über Wasser. Seine Internet-Community unterstützt ihn, damit er weiterhin investigativ tätig sein kann.
- Kampusch und Dutroux
Bei einer Straßenumfrage im Stadtzentrum von Wien fand Mittas als freier Journalist heraus, daß "zwei von drei Befragten Erfahrungen im engeren persönlichen und familiären Umfeld mit Kindesmißbrauch" hatten. Das brachte ihn darauf, den Kindesmißbrauchsring von Marc Dutroux in Belgien und den Entführungsfall Kampusch in Österreich näher zu durchleuchten.
Dabei kamen erstaunliche Dinge an die Oberfläche.
So veröffentlichte er im Kampusch-Fall einen Augenzeugenbericht, nachdem es sich entgegen

der offiziellen Darstellung um zwei Entführer handelte - statt nur einem. Daraufhin wurde Mittas Mitte 2020 auf offener Straße von vier Tschetschenen aufgelauert und brutal zusammengeschlagen. Ohne daß es beweisbar wäre, legt der zeitliche Zusammenhang jedoch nahe, daß die Recherchen ein Tatmotiv sein könnten.
Es scheint so, als hätte Mittas mit den Ergebnissen seiner Recherchen in ein Wespennest gestochen! Nachforschungen bei pädokriminellen Fällen - wie bei Kampusch und Dutroux - zeigen oft auf, daß es sich, entgegen der offiziell vertretenen Einzeltäter-Theorie, tatsächlich um ein ganzes dahinterstehendes Netzwerk handelt. Offenbar ist Mittas mit seinen Veröffentlichungen über Kindesmißbrauch, pädokriminelle Netzwerke und satanische Opferungen ins Visier von betroffenen, einflußreichen Persönlichkeiten geraten.
(Zeugenbericht und Dokumente)
Am 15.12.2020 brannte seine Wohnung vollständig aus. Dabei wurden 3 weitere Wohnungen unbewohnbar. Nach den offiziellen Brandgutachten wäre ein Lithium-Akku seines Laptops dafür verantwortlich gewesen. Ihn erreichte aber ein anonymes Bekennerschreiben, das darauf hindeutet, daß Täter aus dem Umfeld von Dutroux beteiligt gewesen sein könnten. Darin wurden Dinge zu dem Brand erwähnt, die offiziell nicht bekannt waren. Er stand vor dem Nichts, alles was er besessen hatte, war verbrannt - und versichert war er nicht. Nur das, was er am Leib trug, war ihm geblieben. Dank der vielfachen Schenkungen seiner Internet-Follower konnte er sich das Nötigste wieder beschaffen.
- Staatliche Willkür
Man sollte meinen, dem Staat sei daran gelegen, daß ein Bedürftiger von Dritten unterstützt wird und nicht auf die Hilfe der öffentlichen Hand angewiesen ist. In diesem Fall ist dem jedoch nicht so. Der Inlandsgeheimdienst ließ sämtliche Unterstützungen an Mittas bis zurück ins Jahr 2017 aufsummieren und stellte fest, daß der monatliche Freibetrag überschritten wurde. Sie haben sich nicht verhört, es war der Geheimdienst und nicht, wie man meinen möchte, das Finanzamt oder die Staatsanwaltschaft. Der Geheimdienst reichte eine Anzeige zu den Zuwendungen ein und brachte ihn in Verbindung mit rechtsextremistischen Straftaten.
Dabei wurden Vorwürfe erhoben, die von einem Gericht schon längst abgewiesen wurden, weil sie sich nicht als wahr erwiesen. Daß es hier in Wirklichkeit nicht um den Spendenvorwurf geht, zeigen die weiteren Maßnahmen, mit denen man Mittas drangsalierte. Ihm wurde für Tage der Strom abgestellt, obwohl er bezahlt hatte; das Bankkonto gekündigt oder Briefe nicht zugestellt und an den Absender zurückgeschickt.
Zwei Tage vor der Anhörung zu den Spenden suchten ihn drei Polizisten auf, die eine Bußgeldforderung aus der Zeit der Corona-Maßnahmen einforderten. Hätte er nicht bezahlen können, wäre er in Beugehaft gekommen und sein Hund hätte ins Tierheim gemußt. Ist Mittas womöglich bei seinen Recherchen jemandem zu nahegekommen, der ihn nun durch dieses Vorgehen von weiteren Recherchen abhalten möchte?
Manuel Mittas ist bei Weitem kein Einzelfall, außer ihm gibt es noch weitere Journalisten und Publizisten, sowie zahlreiche Menschen anderer Berufsgruppen, die im Rahmen ihres Engagements gegen sexuelle und rituelle Gewalt enorme Repressalien erfahren haben. Einige davon kamen sogar zu Tode und der Verdacht liegt nahe, daß sie wegen ihrer Aufklärungstätigkeit ermordet wurden.
Tilman Knechtel
Der Journalist Tilman Knechtel hatte über pädokriminelle und satanische Verbrechen berichtet. Ihm wurden mehrere seiner YouTube-Kanäle gesperrt und der Vertrieb der Schweizer "Expresszeitung" in Deutschland verboten, wo er als Redakteur tätig ist. Um ihn zu diskreditieren, wird er immer wieder als rechtsextrem und antisemitisch gebrandmarkt - eine bekannte und bewährte Medienstrategie, um Aufklärer mundtot zu machen.
Jo Conrad

Jo Conrad beschäftigte sich in seinen Bewußt.tv-Sendungen mit rituellem und sexuellem Mißbrauch sowie Kindesentzug durch die Behörden. Als er sich in einem Fall von Kindesentzug durch die Behörden für die betroffene Familie einsetzte, zog man ihn deshalb sogar vor Gericht. In diesem Fall wurde ein Junge und ein Mädchen von ihrem Vater getrennt. Der Junge ist dann mehrmals aus dem Heim geflohen und berichtete einem Richter, unter welchen Bedingungen er und seine Schwester leben mußten. Den untragbaren Lebensverhältnissen der Kinder ging man nicht nach, Jo Conrad hingegen verurteilte man zu 70 Tagessätzen à 60 Euro, weil er darüber berichtete und sich für die Familie einsetzte.

Julian Assange

Der bekannte Whistleblower hat nicht nur die Kriegsverbrechen des US-amerikanischen Militärs offengelegt. Er hat auch E-Mails zwischen der US-Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton und ihrem Wahlkampfmanager John Podesta geleakt, die den Verdacht schürten, daß Clinton und Podesta in Kindersexhandel verwickelt waren. Bekannt wurde der Skandal unter dem Namen Pizzagate.

Assange wurde auf seine Enthüllungen hin gnadenlos verfolgt, er floh in die ecuadorianische Botschaft in London, wo er 7 Jahre lang Asyl fand. 2019 wurde ihm das Asylrecht entzogen, er wurde verhaftet und bis 2024 im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh festgehalten. Ihm drohte eine Auslieferung an die USA mit der Aussicht, wegen Hochverrats zu 175 Jahre Gefängnis verurteilt zu werden. 2024 wurde er überraschend freigelassen, unter der Bedingung, sich der Spionage schuldig zu bekennen.

Diese Beispiele sind nur stellvertretend für sehr viel mehr Menschen, die auf Grund ihres Gerechtigkeitssinns Repressalien und Verfolgungen ausgeliefert wurden. Im Anschluß an die Sendung werden weitere Personen eingeblendet, die wegen ihres Aufklärungsdienstes systematisch terrorisiert wurden - etliche von ihnen kamen sogar auf mysteriöse Weise zu Tode.

Netzwerke, in denen Kinder mißbraucht und viele weitere schlimme Dinge getrieben werden, können in dieser Form existieren, weil einflußreiche Kreise aus Politik, Justiz und Superreicher mit darin verstrickt sind.

Wir berichteten bereits mehrfach darüber in unseren Sendungen:

"SKANDAL: Justiz in pädokriminelle Netzwerke verstrickt": www.kla.tv/28454

"Die Blutsekte1": www.kla.tv/24000 und "Die Blutsekte2": www.kla.tv/27211

Fazit:

Ursula v. d. Leyen sagte beim Weltwirtschaftsforum 2024, daß sie das Vertrauen der Menschen in die Politik wieder herstellen müßten.

Das heißt nun aber nicht, daß diese Kreise daran interessiert sind, der Wahrheit mehr Vorschub zu leisten. Es werden einfach mißliebige Meinungen zensiert und der Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich gemacht - wie es zum Beispiel mit der Löschung mehrerer Seiten und Kanäle in den Sozialen Medien geschehen ist. Auch das Verbot des Compact-Magazins durch die bundesdeutsche Innenministerin Nancy Faeser war so ein Versuch. Nach aktuellem Urteil vom 14.8.2024 war dieses Verbot zwar nicht haltbar und wurde bis zu einer noch folgenden Hauptverhandlung aufgehoben.

Aber niemand kann sagen, welch abschreckende Wirkung so eine Maßnahme hat und ob dem verhandelnden Richter demnächst noch eine Hausdurchsuchung oder andere Repressalien blühen.

Investigativ arbeitende Journalisten - also Journalisten, die das machen, was man von ihnen erwartet: Schweinereien aufdecken - werden vielfach behindert und verfolgt, sowohl von ihren Arbeitgebern in der Medienbranche, als auch von Behörden, Justiz und Verbrecherclans. Auch anderen investigativen oder selbst betroffenen Aufklärern geht es so. Ist das nicht einer Demokratie unwürdig?

Und ist nicht immer von den Medien als 4. Gewalt im Staat die Rede, die das Korrektiv sein

sollten und die üblen Machenschaften einer kriminellen selbsternannten Elite und ihrer Strippenzieher aufdecken?
Werter Zuschauer, helfen Sie bitte mit, damit diese Zusammenhänge publik werden. Nur so ist zu verhindern, daß gewisse Kreise einfach damit weiter machen, sowohl die Meinungsfreiheit als auch den investigativen Journalismus immer dreister zu unterdrücken.
Janett Seemann aus Deutschland und der französische Ex-Polizist Stan Maillaud
- recherchierten zusammen über verschwundene Kinder
- bereits 2008 wies Janett Seemann Papst Benedikt und die damalige Kanzlerin Angela Merkel darauf hin, daß unzählige Kinder, die in Europa verschwinden, in einem weitverzweigten pädokriminellen Netzwerk verkauft, mißbraucht, gefoltert und getötet werden
- Seemann und Maillaud veröffentlichten eine Dokumentation, wie Kinderschänder-Ringe, Kinderschutzorganisationen, Polizei, Justiz und Politik zusammenarbeiten
- Seemann und Maillaud wurden verfolgt, denunziert und zeitweise sogar unter falschen Anschuldigungen inhaftiert
- Die Recherchen von Seemann wurden fast alle gelöscht.
Sabine McNeill
- veröffentlichte mehrere Enthüllungsvideos von den satanisch-rituell mißbrauchten Geschwistern Alisa und Gabriel
- wurde stark verunglimpft, verfolgt und schließlich zu neun Jahren Gefängnis verurteilt
- Ihre wichtigsten Webseiten wurden aus dem Internet gelöscht.
John Todd Collins (Whistleblower der Luzifersekte)
- bezeugte unzählige Menschenopfer der Satanisten
- nannte Regierungsbeamte und Religionsleiter als Täter
- Er kam ins Gefängnis und in die Psychiatrie, wo er starb.
Der Belgier Marcel Vervloesem
- hat mit seiner Bürgerrechtsgruppe "Werkgroep Morkhoven" einen Kinderporno-Ring mit zahlreichen Fällen von vergewaltigten und sogar getöteten Kindern durch hochgestellte Persönlichkeiten aufgedeckt.
- konnte tausende Dateien mit pornografischem, z. T. auch sadistischem Inhalt sicherstellen, außerdem über 3.000 Dokumente mit Adressen von Kunden und Abrechnungen, die deutlich machten, daß der Kinderporno-Ring weltweit operierte
- seine Ermittlungen machten ihn selbst zur Zielscheibe
- ihm wurde Kindesmißbrauch vorgeworfen, und er wurde zu mehreren Jahren Haft verurteilt
- anschließend durfte er nicht mehr mit der Presse in Kontakt treten, sich nicht mehr mit pädokriminellen Fällen befassen, und sich nicht mehr an Aktivitäten von Organisationen beteiligen, die gegen Kindesmißbrauch kämpfen
Brigitte Hahn Sektenbeauftragte der Beratungsstelle für organisierte und rituelle Gewalt des Bistums Münster
- begleitete viele Jahre Frauen, die aus einem Satanskult aussteigen wollten
- Beratungsstelle wurde durch Einwirkung einer satanischen Gemeinschaft und einer Spiegel-Medienkampagne geschlossen
Michaela Huber (Traumatherapeutin)
- arbeitete über viele Jahre mit Überlebenden von sexueller und ritueller Gewalt
- wurde im Rahmen ihrer Tätigkeit massiv bedroht, z.B. von der satanischen Bruderschaft "Brotherhood of Samael"
- in der Late-Night-Show des ZDF "Magazin Royal" von Jan Böhmermann wurde sie völlig lächerlich gemacht und die gesamte Thematik als unglaubwürdig dargestellt
Dr. Dorothea Thul (Kinderärztin)
- sagte eidesstattlich über schlimmsten, perversesten Kindesmißbrauch aus, der durch Richter

und Staatsanwälte verübt wird, häufigste Opfer seien Kleinkinder und Babys
- ihre Aussage hatten ernste Konsequenzen: Sie wurde überfallen, zusammengeschlagen und schließlich in die Psychiatrie eingewiesen
- ihr Führerschein wurde entzogen und ihr Haus wurde mit Zwangshypotheken belegt
- 2021 wurde sie - wegen Beleidigung im Internet - zu neun Monaten Haft auf Bewährung mit einer Bewährungszeit von drei Jahren verurteilt
- im April 2023 kam sie wegen angeblicher Volksverhetzung in Untersuchungshaft
Kathleen Sorenson (Pflegemutter)
- berichtete 1989 in einem Fernsehinterview über ihre Erfahrungen mit 30 Pflegekindern, die rituell mißbraucht worden waren
- kurz darauf starb sie bei einem mysteriösen Autounfall, als ein entgegenkommendes Fahrzeug grundlos die Spur wechselte und in sie hineinfuhr
Sandra Fecht (Psycho-Therapeutin aus Ontario)
- hatte mehrere dutzend Betroffene von satanisch-ritueller Gewalt in ihrer Therapie und sprach öffentlich darüber
- eines der Opfer stammte aus einer Familie der Oberklasse
- Sandra Fecht wurde von Spitzen-Anwälten angeklagt, hat ihre Lizenz als Psychotherapeutin verloren und mußte 80.000 kanadische Dollar Anwaltskosten zahlen
Jon Wedger (ein ehemaliger Scotland-Yard-Beamter)
- entdeckte während seiner Amtszeit organisierte Pädophilie in mindestens 34 Fällen in England, es waren keine Einzelfälle, sondern die Beispiele häuften sich lawinenartig: "Und das, was immer besonders hervorstach, ist satanischer, ritueller Mißbrauch."
- er wurde bedroht, man versuchte etliche Male, ihn ins Gefängnis zu bringen und ihm seine Kinder wegzunehmen
- er bekam drei Jahre keinen Lohn und verlor beinahe seine Existenz
- trotzdem führte er seine Ermittlungen weiter, wodurch ein pädokriminelles Netzwerk aufgedeckt werden konnte
Wilfred Wong (ehemaliger britischer Anwalt)
- hatte 27 Jahre Erfahrung mit 100en Opfern satanisch-rituellen Mißbrauchs
- er scheiterte aber daran, Anke Hills Sohn, der vom Vater satanisch-rituell mißbraucht worden war, zu retten und wurde zu 19 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt, wegen sogenannter "Verschwörung zur Kindesentführung"
Jean-Marc Connerotte (Untersuchungsrichter)
- im Prozeß gegen den belgischen Kinderschänder Marc Dutroux im Jahr 2004 untersuchte er Spuren, die auf ein Netzwerk hindeuteten
- ihm wurde der Fall wegen angeblicher Befangenheit entzogen
- diese fadenscheinige Begründung führte zu einem Proteststurm in der belgischen Bevölkerung
- der Justizapparat zeigte sich jedoch davon unbeeindruckt
Kevin Annett (ehemals Geistlicher in der Vereinigten Kirche von Kanada)
- machte öffentlich, daß Kinder indigener Abstammung mißbraucht und bei Opferungen ums Leben kamen, dies geschah in kirchlichen Heimen in Kanada
- hochrangige Personen, wie z.B. Stephen Harper (2006 bis 2015 Premierminister von Kanada), Papst Benedikt XVI, Queen Elizabeth und viele mehr seien darin verwickelt gewesen
- mehrere Zeugen sind ums Leben gekommen, nachdem sie aussagten und Kevin Annett wurde aus dem kirchlichen Dienst entlassen, weil er den Massenmord öffentlich gemacht hatte
27 Augenzeugen im Fall des belgischen Mißbrauchs-Täters Dutroux
- kamen ums Leben, noch bevor sie vor Gericht aussagen konnten
John DeCamp (US-amerikanische Politiker)

- deckte den sogenannten Franklin-Mißbrauchsfall auf, hochrangige Persönlichkeiten, wie z. B. Politiker, mißbrauchten in diesem Sex-Ring nachweislich mindestens 76 Kinder - Dunkelziffer unbekannt
- es seien Kinder auf grausamste Weise vor laufender Kamera getötet worden, um die Videos anschließend für hohe Summen zu verkaufen und Politiker wie Ronald Reagan und George Bush erpreßbar zu machen
- bevor John DeCamp den Kinderschänder-Ring hochnehmen konnte, kam er bei einem Flugzeugabsturz ums Leben

Gary Caradori (Privatdetektiv)
- wollte den Franklin-Kinderschänderskandal aufdecken
- auch er kam bei einem Flugzeugabsturz ums Leben

Laurent Louis (belgischer Politiker)
- präsentierte eindeutige Belege, daß die offizielle Version um den belgischen Kinderschänder Marc Dutroux, die von ihm als perversen Einzeltäter spricht, nicht die Wahrheit sein kann
- vielmehr seien vor allem einflußreiche und gut betuchte Personen darin involviert - in Belgien fand daraufhin eine regelrechte Hetzjagd auf Louis statt
- weil er Auszüge aus Gerichtsakten von Dutroux-Opfern veröffentlicht hatte, wurde sein Haus durchsucht, seine Internetseite wurde zensiert, es wurde ein psychiatrisches Gutachten erstellt und ein Verfahren gegen ihn eingeleitet
- ein belgisches Gericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 50.000 Euro und zu 20 Monaten Haft (auf Bewährung), weil er den belgischen Premierminister im Parlament als "pädophil" bezeichnet hatte

Stuart Syvret (ehemaliger Minister für Gesundheit und Soziales der Insel Jersey)
- machte öffentlich, daß in Haut de la Garenne, einem Kinderheim der Insel Jersey, über 60 Jahre Kindesmißbrauch betrieben wurde - laut polizeilichen Ermittlungen bis hin zur Ermordung von Kindern
- im Kabinett fand er kein Gehör über die Zustände im Kinderheim, ihm wurde vom Premier- und anderen Ministern das Wort entzogen
- von den Medien wurde er denunziert, Syvret eröffnete dann einen Blog, auf dem er Informationen über den Skandal veröffentlichte
- aufgrund des Drucks der Regierung von Jersey kündigte Google den Blog, und unter dem Vorwand eines Vergehens gegen den Datenschutz wurde er seines Amtes als Minister enthoben und wurde zur Ableistung von Sozialstunden verurteilt

Nancy Schaefer (ehemalige US-Senatorin)
- deckte auf, daß die Kinderschutzbehörde des Bundesstaates Georgia in großem Umfang genutzt wurde, um Kinder aus Profitgründen zu entführen, sexuell auszubeuten und zu mißbrauchen
- als die Senatorin versuchte, in der Legislative von Georgia etwas zu bewegen, behinderten ihre Kollegen sie massiv
- am 26. März 2010 wurden Nancy und ihr Ehemann Bruce morgens erschossen in ihrem Bett aufgefunden, angeblich hätten sie gemeinschaftlich Selbstmord begangen
- aufgrund ihres christlichen Glaubens, ihrer lebensbejahenden Überzeugungen und der Tatsache, daß Nancy Schaefer sich mit Korruption und Kindesmißbrauch in Familien- und Kinderbetreuungseinrichtungen befaßt hatte, gibt es jedoch erhebliche Zweifel daran

Xavier Naidoo (bekannter Sänger)
- thematisierte bereits 2012 in dem Lied "Wo sind sie jetzt?" mit kräftiger Sprache den rituellen Mißbrauch von Kindern, der in hohen gesellschaftlichen Kreisen verübt werde
- die politische und mediale Verfolgung des Sängers begann unmittelbar danach

Die Musiker Chris Cornell und Chester Bennington

- versuchten Verbrechen an Kindern aufzudecken
- beide begingen angeblich Selbstmord
- tote Zeugen und mysteriöse Todesfälle bei Aussteigern von "Satans-Sekten" ziehen sich wie ein roter Faden durch Zeugenberichte über "Satans-Sekten"
Mel Gibson (einer der bekanntesten Stars in Hollywood)
- beschrieb in einer inoffiziellen Erklärung die Eliten der Unterhaltungsindustrie als "Feinde der Menschheit", die "das Blut unschuldiger Kinder genießen"
- er erklärte, wie er 2006 von den Hollywood-Oligarchen auf die schwarze Liste gesetzt wurde, weil er seine Meinung über die Branche geäußert hatte, seitdem arbeitet er außerhalb des "Systems"
Isaac Kappy (Schauspieler)
- berichtete, daß er sowohl vom US-Schauspieler Tom Hanks, als auch dem Regisseur und Drehbuchautor Steven Spielberg sexuell mißbraucht wurde
- er gab zu Protokoll, daß er nicht selbstmordgefährdet sei, dennoch wurde er tot aufgefunden und die Behörden entschieden, daß es Selbstmord gewesen sei.<<

Frankreich: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Sperrfeuer aus Paris**

Von *Karel Meissner*

Warum Marine Le Pen querschießt. Die französische Schwesterpartei Rassemblement National fordert von der AfD, den Begriff "Remigration" fallenzulassen. Was zuerst als Mißverständnis erschien, hat einen handfesten Hintergrund. …

Die Medienkampagne wegen der angeblichen Geheimkonferenz in Potsdam mit dem Remigrationsexperten Martin Sellner ließ die AfD zunächst ungerührt. Anders als früher blieb die Parteispitze cool und verweigerte die vom Establishment geforderte Distanzierung vom bösen R-Wort. Noch Ende Januar beschloß der Bundesvorstand ein Positionspapier mit dem Titel "Wie die AfD den Begriff "Remigration" definiert".

Doch plötzlich kam Druck aus einer unerwarteten Richtung: Die Schwesterpartei Rassemblement National (RN) mischte sich in die deutschen Angelegenheiten ein, Chefin Marine Le Pen forderte eine Distanzierung. Alles schien zunächst auf ein Mißverständnis hinzudeuten, konnte man einer ersten Stellungnahme von Maximilian Krah, dem AfD-Spitzenkandidaten zur EU-Wahl, entnehmen. Doch die Querele schwelte offenbar weiter.

Deswegen reiste Alice Weidel eigens an die Seine, um die Franzosen in einem Sechs-Augen-Gespräch zu besänftigen. Am 20. Februar traf sie in einem Pariser Restaurant Le Pen und den RN-Parteichef Jordan Bardella. Weidel schrieb noch am Nachmittag auf X: "Wir haben viele politische Themenfelder besprochen und festgestellt, daß wir bei den großen Problemen der heutigen Zeit die gleichen Lösungsansätze verfolgen. Ich bedanke mich sehr für den herzlichen Empfang in Paris. …

Doch das war offenbar diplomatische Schönfärberei. Nach zwei Tagen Funkstille dementierte Thibaut François - RN-Deputierter, im französischen Parlament für die Kontakte mit den Partnerparteien zuständig -, daß es eine Aussöhnung mit der AfD gegeben habe. Vielmehr habe Le Pen bei dem Treffen weitergehende Einlassungen der Deutschen zu ihrem Remigrationskonzept verlangt, und das sogar schriftlich. "Alice Weidel hat sich verpflichtet, uns in Kürze einen Brief mit Erklärungen zu schicken", sagte François dem Medium L'Opinion.

Ob die AfD diesem dreisten Einmischungsversuch nachgeben würde, war zunächst unklar. Die Partei werde "ihren Freunden vom RN" ein Schreiben übermitteln, in dem noch mal zusammengefaßt wäre, was Weidel "in Paris bereits dargelegt" habe, teilte deren Sprecher Daniel Tapp gegenüber T-Online mit. Und weiter: "Auch entsprechende Passagen aus unserer Programmatik werden transkribiert und beigelegt." Außerdem würden die manipulativen Artikel deutscher Medien über das Potsdamer Treffen an den RN versendet - wohl um deutlich

zu machen, daß sich die Schwesterpartei in ihrer Beurteilung nicht auf diese Lügen verlassen dürfe.

Angstgegner Zemmour

Freilich dürfte die Attacke Le Pens nicht auf Übersetzungsprobleme zurückgehen. Vielmehr spielt sie über Bande und schlägt auf die AfD ein, um sich innenpolitisch zu profilieren: Sie muß gegen den Begriff "Remigration" vorgehen, weil ihr härtester Konkurrent im rechten Lager, Éric Zemmour, mit dieser Parole Wahlkampf gegen den RN macht. 2021 gründete er die Partei Reconquête, dem französischen Wort für Reconquista (deutsch: Rückeroberung), was wiederum einer der Zentralbegriffe der Identitären Bewegung ist. Auch die Theorie des "Großen Austausches" wird von Zemmour wie Martin Sellner gleichermaßen propagiert.

Offene Fragen

"Marine Le Pen ist eine Deutschlandhasserin", behauptete der Politologe Joachim Schild von der Uni Trier. Immer wieder habe die Kandidatin in ihren Reden deutlich gemacht, Frankreich müsse Deutschland selbstbewußt gegenübertreten und seine eigenen Interessen verfolgen. Allerdings lassen sich von ihr nur Zitate finden, in denen sie den Abbruch gemeinsamer Rüstungsprojekte fordert. Es kann sich also bei Schilds Behauptungen auch lediglich um schlichte BRD-Propaganda handeln.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2022 lag der eloquente Redner bei Umfragen oft gleichauf mit seiner Rivalin, schied dann aber in der ersten Runde mit nur sieben Prozent aus. Dies hing mit dem damals dominanten Rußland-Thema zusammen, bei dem Le Pen als "Putin-Versteherin" besser abschnitt. Mittlerweile steht aber die Massenmigration auch in Frankreich wieder im Zentrum des Interesses, und da muß sie den schlagfertigen Zemmour durchaus fürchten. Besonders schmerzlich für sie: Ihre Nichte Marion Maréchal hat sich dem frechen Herausforderer angeschlossen.

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Spezial 41: "AfD".<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.411/…):

>>**US-Wahl: Weltstar Mel Gibson bescheinigt Kamala Harris "IQ eines Zaunpfahls"**

Symbolbild

Während viele Hollywood-Größen die demokratische Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris unterstützen, hält Weltstar Mel Gibson (68) "unwoke" dagegen. In einem spontanen Interview auf dem Flughafen von Los Angeles attestierte er der Vizepräsidentin den "IQ eines Zaunpfahls".

Der Video-Clip zeigt, wie der Schauspieler ("Braveheart", "Mad Max", "Lethal Weapon") im Vorbeigehen auf das Präsidentschaftsrennen angesprochen wird. "Whoa, das ist eine große Frage", scherzte Gibson. "Ich glaube nicht, daß es jemanden überraschen wird, für wen ich stimme."

Auf die Frage des Kameramanns, ob Trump eine "schlechte Vermutung" sei, antwortete Gibson: "Ich denke, das ist eine ziemlich gute Vermutung."

Auf die Nachfrage, wie seiner Ansicht nach die Welt aussehen würde, wenn Trump erneut ins Weiße Haus gewählt werden sollte, antwortete Gibson: "Ich weiß, wie es sein wird, wenn wir sie (Harris) reinlassen. Das ist nicht gut." Harris habe "eine miserable Erfolgsbilanz, eine erschreckende Erfolgsbilanz, keine nennenswerte Politik - sie hat den IQ eines Zaunpfahls."

Auch Donald Trump hatte seiner Gegenspielerin mehrfach bescheinigt, nicht die hellste Kerze auf der Torte zu sein. Zwar gehörte Gibson nicht immer zu Trumps größten Fans, aber jetzt ist er einer der wenigen Weltstars, die ihre Präferenz für den Republikaner offen zeigen und gegen den Mainstream der Wokeness anschwimmen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.412/…):

>>**Zur Impfung gezwungen: Gericht entschädigt US-Mitarbeiter mit je über einer Million Dollar**

Ein staatliches Verkehrsunternehmen in den USA zwang sechs Mitarbeiter zur Corona-Impfung. Nun entschied ein Bundesgericht: Die Firma muß an jeden der nunmehr ehemaligen Mitarbeiter eine Entschädigung von jeweils über einer Million US-Dollar zahlen.
Boris Cherny
... Muß hohe Strafen zahlen: Der Schnellbahn-Betreiber BART
Während der Corona-Pandemie war der US-Bundesstaat Kalifornien besonders für seine harten Corona-Maßnahmen bekannt. Oftmals gab es bereits lange vor der bundesweiten Impfpflicht für Arbeiter eine eigene Impfpflicht in den meisten staatlichen Organisationen. Nun bekommen sechs ehemalige Mitarbeiter des "Bay Area Rapid Transit-Verkehrsunternehmens" (BART) von einem Gericht Entschädigungen von jeweils über einer Million US-Dollar zugesprochen, die durch das BART gezahlt werden müssen. Das berichten lokale Medien, unter anderem der San Francisco Chronicle.
Im Oktober 2021 ordnete der Vorstand von BART in einer 8:1 Entscheidung eine Corona-Impfpflicht für alle seine Mitarbeiter an. Übliche Ausnahmen, wie beispielsweise religiöse Gründe, ließ die staatliche Verkehrsagentur nicht zu. Sechs Mitarbeiter, alles gläubige Christen, beantragten eine religiöse Ausnahme. Ihre Anträge wurden nicht direkt abgelehnt, jedoch wurde ihnen keine Möglichkeit gegeben, ohne Impfung weiterzuarbeiten, beispielsweise im Home-Office. Nachdem sich die Mitarbeiter dennoch nicht impfen ließen, verloren sie schließlich ihre Anstellung bei BART.
Die Mitarbeiter klagten und sahen ihre religiöse Freiheit verletzt.
Laut Berichten des lokalen Ablegers von ABC hatten bereits viele andere Mitarbeiter außergerichtliche Vereinbarungen mit BART bezüglich einer Entschädigung für die Ablehnung religiöser Ausnahmen getroffen.
Bereits im Juli entschieden dann die Geschworenen eines Bundesgerichts, daß für das BART keine "unzumutbare Härte" darin bestand, die ungeimpften Mitarbeiter weiterzubeschäftigen. Am Donnerstag entschieden dieselben Geschworenen nun, daß das BART mit seinen Handlungen tatsächlich die religiöse Freiheit der Mitarbeiter eingeschränkt habe.
Alle sechs Mitarbeiter sagten von sich selbst, sie seien tiefgläubige Christen. Einer schrieb in der Begründung für die Ablehnung der Corona-Impfung, daß sein Körper sein Tempel sei. Die hohe Entschädigungssumme, die das BART jetzt an die sechs Mitarbeiter zahlen muß, könnte bei dem staatlichen Unternehmen für große Probleme sorgen. Seit Jahren schreibt das BART tiefrote Zahlen, bereits jetzt nutzt man staatliche Notfallreserven, um den Fahrbetrieb weiterhin zu gewährleisten. Jetzt kommen Entschädigungszahlungen in Höhe von insgesamt 7,8 Millionen Euro zu den Ausgaben hinzu.
Corona-Impfpflichten sorgten in der gesamten westlichen Welt für viele Diskussionen. Bereits im September 2021 stellte US-Präsident Biden seinen Plan für eine Impfpflicht für alle Arbeiter in Amerika vor. Am Ende wurde seine Anordnung jedoch durch den Obersten Gerichtshof wieder gekippt. In Deutschland scheiterte eine allgemeine Impfpflicht im Bundestag. Eine einrichtungsbezogene Impfpflicht und eine Duldungspflicht für Soldaten bestanden aber noch Monate bzw. sogar Jahre nach dem Ende der Corona-Krise.<<
Israel: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/24" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Israel schaltet Hamas-Chef aus**
Kein Ende des Konflikts in Sicht
Sandro Serafin
Die Tötung von Hamas-Chef Jahja Sinwar im Gazastreifen schließt für Israel einen Kreis: Sinwar war Drahtzieher des brutalen Überfalls vom 7. Oktober 2023. Mit seinem Tod sind alle Führungsfiguren sowohl der Hamas im Gazastreifen als auch der Hisbollah im Libanon ausgeschaltet. Es ist ein großer symbolischer Erfolg. Er spiegelt wider, daß es den Israelis gelungen ist, die Fähigkeiten ihrer Feinde stark zu reduzieren.

Gleichzeitig darf die praktische Wirkung nicht überbewertet werden: Hamas wird weiter existieren. Und daß Gespräche über einen Waffenstillstand zuletzt völlig versackt waren, lag zwar auch an Sinwar. Ob sich die Ausgangslage mit seinem Tod verbessert hat, ist dennoch offen. Die Hamas ist eine Blackbox: Wer das Sagen hat, ist unklar. Niemand weiß, ob noch eine zentrale Kontrolle über die einzelnen Hamas-Zellen besteht, geschweige denn über die Personen, die weiterhin 97 israelische Geiseln festhalten.
Hinzu kommt: Israels Schwerpunkt hat sich auf den Kampf im nördlichen Nachbarland Libanon verlagert. Es befindet sich dort mitten in Bodenoperationen, mit denen es die Hisbollah auf Jahre schwächen will. Daß diese nun abgebrochen wird, ist ausgeschlossen. Auch eine israelische Reaktion auf Irans Raketenangriff vom Monatsanfang steht noch aus. Israel versteht den Konflikt längst nicht mehr als einen Krieg primär in Gaza, sondern als Kampf gegen die "iranische Achse" insgesamt. Und dieser ist noch lange nicht vorbei.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/24" berichtet am 25. Oktober 2024 (x1.416/…): >>**Vielleicht doch der Anfang vom Ende**
Nahostkonflikt: Israel tötet den Hamas-Führer Jahja Sinwar. Doch ob damit ein echter Frieden näher rückt, ist fraglich
Marc Zoellner
Noch immer rätseln Experten über Jahja Sinwars Tascheninhalt: Am 16. Oktober hatte eine Patrouille der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) den Hamas-Führer in Rafah im südlichen Gazastreifen zufällig gestellt und in einem anschließenden Feuergefecht zusammen mit seinen beiden Leibwächtern liquidiert. Unter Sinwars Habseligkeiten fanden die Soldaten jedoch nicht nur Waffen und Munition, sondern ebenso unter anderem Mentos-Kaugummis, ein Geldbündel von Hunderten israelischen Schekel sowie den bereits abgelaufenen Ausweis eines palästinensischen UNHCR-Lehrers. Seitdem hält sich die Spekulation: Hatte Sinwar sein Tunnelversteck verlassen, um unter falschem Namen nach Ägypten zu fliehen?
Schon am 6. Oktober 2023 - einen Tag vor dem Überfall der Hamas auf Israel - hatte Sinwar sich gemeinsam mit seiner Frau und zwei Söhnen in den weiten Tunnelkomplex der Hamas zurückgezogen.
Bereits im Februar gelang es der IDF, Sinwars Hauptbunker auszuheben. Videoaufnahmen zeigen Bäder, Küchen und Schlafzimmer, reichhaltige Nahrungspakete der UNHCR sowie einen randvoll mit Schekeln im Millionenwert gefüllten Tresor. Sinwar, der aufgrund mehrerer Morde 22 Jahre in israelischen Gefängnissen einsaß und aufgrund seiner Grausamkeit auch unter Palästinensern als "Schlächter von Khan Younis" gefürchtet war, umgab sich in den Tunneln auch mit israelischen Geiseln als lebende Schutzschilde. Sechs dieser Geiseln ließ er noch Ende August hinrichten.
Vielerorts in Israel wurde die Nachricht von Sinwars Tod spontan gefeiert. Er galt als Drahtzieher des Massakers vom 7. Oktober 2023, das über 1.200 Menschen das Leben kostete. Angehörige der noch immer verschleppten 97 letzten Geiseln werfen der Regierung in Jerusalem jedoch vor, aus militärstrategischen Gründen zu wenig für deren Befreiung zu tun.
"Die israelische Regierung wird daran gemessen, wie viele Geiseln sie nach Hause zurückbringt, und nicht daran, wie viele Terroristen sie eliminiert", beklagt eine Familie in einem Schreiben an Premier Benjamin Netanjahu. Dieser versicherte derweil der israelischen Öffentlichkeit auf X, Sinwars Tod sei "zwar nicht das Ende des Krieges im Gazastreifen, aber es ist der Anfang vom Ende".
Teheran reagiert überraschend zurückhaltend
Dennoch könnte Sinwars Liquidation Raum für neue Verhandlungsrunden öffnen. "Ein neuer Führer, insbesondere einer, der von außerhalb des Gazastreifens kommt, könnte eher geneigt sein, einen Deal abzuschließen, als es Sinwar war", urteilen die beiden Nahostkenner Ahmed Alkhatib und Jonathan Panikoff von der US-Denkfabrik Atlantic Council.

"Israel, die arabischen Nationen und die USA sollten nun den verbliebenen Hamas-Mitgliedern, die ihre Waffen niederlegen und den Kampf einstellen, eine Massenamnestie anbieten. Sie sollten auch denjenigen finanzielle Belohnungen anbieten, die die israelischen Geiseln ausliefern." Fraglich bleibt allerdings, ob sich zu zeitnahen Verhandlungen überhaupt jemand aus der weithin zerschlagenen Hamas-Kommandostruktur findet, der noch gewillt ist, Sinwars Platz einzunehmen.
Ungewohnt verhalten blieb die Reaktion des Iran: Hatte Teheran auf die Liquidation des Hisbollah-Führers Hassan Nasrallah vom 27. September noch mit einem - wenig erfolgreichen - Raketenbeschuß auf Israel geantwortet, erfolgte zu Sinwars Tod lediglich eine knapp gehaltene Kondolenz seitens des Obersten Führers Ali Chamenei. Allerdings bestätigten die Islamischen Revolutionsgarden des Iran, "jederzeit in voller Bereitschaft" zu sein, da ein erwarteter Gegenschlag Israels auf iranische Einrichtungen weiterhin ausstünde.
Am Montag verkündete US-Verteidigungsminister Lloyd Austin den Abschluß der Lieferung von THAAD-Raketenabwehrsystemen als Teil eines Rüstungspakets der USA im Wert von 8,7 Milliarden US-Dollar an den jüdischen Staat.<<

26.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Da ist er wieder: Abgeschobener Clan-Gangster reist unbemerkt nach Deutschland ein - und will Asyl!**
Wieder einmal zeigt sich das Staatsversagen in der Migrations- und Asylpolitik auf nicht mehr zu überbietende groteske Weise. Und wieder einmal hätte man fast die Uhr danach stellen können: Ein gutes halbes Jahr nach seiner Abschiebung konnte ein berüchtigter Clan-Gangster unbemerkt nach Deutschland zurückkehren!
Khalil El Zein, verurteilter Betrüger und einer der zunächst Tatverdächtigen im spektakulären KaDeWe-Raub vor knapp zehn Jahren, ist weder in Deutschland! Laut "Bild-Zeitung" soll El Zein sich im Ankunftszentrum für Flüchtlinge in Berlin-Tegel gemeldet und einen Asylantrag gestellt haben.
Wie der 35-jährige Libanese erneut nach Deutschland einreisen konnte, ist unklar. Fest steht, daß er seinen Asylantrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stellte und direkt nach der Anhörung festgenommen wurde. Wenig später wurde der Verbrecher nach einem entsprechenden Gerichtsbeschluß wieder freigelassen.
Khalil El Zein, auch bekannt unter der Schreibweise Al Zein, gehört einer der berüchtigtsten arabischen Großfamilien in Deutschland an. Mehrere Mitglieder des Clans stehen seit Längerem wegen schwerer Straftaten unter Beobachtung von Polizei und Justiz.
Khalil galt bis 2016 als einer von fünf Tatverdächtigen im Fall des KaDeWe-Raubs im Dezember 2014, bei dem maskierte Räuber Schmuck im Wert von über 800.000 Euro gestohlen hatten. Obwohl ein Komplize ihn belastete, wurde Khalil freigesprochen.
2019 wurde der Libanese wegen Betrugs an einer Seniorin verhaftet, nachdem er sich mit Mittätern als Kriminalbeamter ausgegeben und Bargeld sowie Schmuck im Wert von mehreren Zehntausend Euro erbeutet haben soll. Wegen dieser und weiterer Straftaten wurde Khalil El Zein zu einer Haftstrafe verurteilt und schließlich in den Libanon abgeschoben.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Mars greift an**
Von *Jürgen Elsässer*
"Mars attacks" muß heute so übersetzt werden: Merz greift an. Er ist der gefährlichste Politiker Deutschlands. Denn er ist der General des Todessterns, der unseren Planeten umkreist. Der Name dieses Todessterns ist Blackrock. Sein Ziel: Alle zivile Infrastruktur zu zerstören, alle Reichtümer in den Schwarzen Felsen zu bringen, alle Menschen zu versklaven, alle Widerständigen auszurotten. Tötet die Palästinenser, tötet die Russen, tötet die Deutschen. Die

Marsianer pfählten Gaddafi, Saddam und Sinwar, stellten die Leichen zur Schau, lachten sich halbtot.
Der Blockbuster Mars attacks aus dem Jahr 1996 hat die Methode ganz gut geschildert - die Vorbereitungen des Überfalls auf Jugoslawien waren damals schon im Gang, vielleicht war es ein Fingerzeig aus Hollywood. Die Marsianer morden im Kino - wie bei der Bombardierung von Belgrad 1999 - mit den Worten "Wir kommen in Frieden", und zwar wahllos alle, die sich ihnen in den Weg stellten. Anfangs halten die Menschen das für ein Mißverständnis, da die erste Attacke beim Anblick einer Friedenstaube erfolgte. Kaum kommt es aber zu Verhandlungen, geht das Massaker an den Gutgläubigen weiter.
Ein Rezensent schrieb: "Der Film besticht besonders durch die Darstellung der empathielosen Angreifer, für die jeder Begriff von Frieden und Verständigung bloße Rhetorik ist, während die Zerstörung der Erheiterung dient." So sabbern die Medien der Marsianer auch aktuell: Ein Tanklager bei Kursk explodiert? Geil! Gaza dem Erdboden gleichgemacht? Recht so! Beirut in Flammen: Freude schöner Götterfunken!
Der General des Todessterns will mehr. Am 16. Oktober 2024 redete sich Merz, angefeuert von seiner kriegsbesoffenen Claque, im Bundestag in einen veritablen Sportpalast-Rausch. Da die Nachrichten von der Ostfront ähnlich schlecht sind wie nach Stalingrad, stellte er ein Ultimatum: "Das geht so nicht weiter. Und wenn Putin das nicht akzeptiert, dann muß der nächste Schritt erfolgen und ihm gesagt werden: Wenn er nicht innerhalb von 24 Stunden aufhört, die Zivilbevölkerung in der Ukraine zu bombardieren, dann müssen aus der Bundesrepublik Deutschland auch Taurus-Marschflugkörper geliefert werden, um die Nachschubwege zu zerstören ..."
Bedenken wir: Dieser Irre will Kanzler werden - und zwar bereits vor dem regulären Wahltermin im September 2025. Die Medien des Springerkonzerns haben mit dem Trommeln schon begonnen, ihr ausgelagertes Nius-Format stürmt den Truppen voran. Paul Ronzheimer würde am liebsten auf der Taurus nach Moskau fliegen, Julian Reichelt sein Gekläffe aus dem Kreml senden. Sie locken die gutgläubigen Deutschen Tag für Tag mit Enthüllungen über Scholz, Baerbock und Habeck - lauter Wahrheiten, die jedoch eine große Lüge stützen: Friederich, der Wüterich, sei besser.
Tatsächlich wird er Schluß machen mit dem rotgrünen Schlendrian: Statt Radwege in Peru wird er Panzerstraßen in Vorpommern bauen, statt Bürgergeld gibt es Kanonenfutter, die ukrainischen Flüchtlinge schickt er zurück an die Front. Man muß befürchten, daß das einige in der West-AfD gut finden.
Wann wurde er so? Vermutlich als Deutschland-Chef von Blackrock, 2016 bis 2020. Der Schwarze Felsen ist die größte Kapitalsammelstelle der Welt. Er hält Aktien von allen Weltmarktführern, von allen Dax-Konzernen sowieso. Sein Anlagevermögen pendelt zwischen acht und zehn Billionen Dollar, das ist mehr als das Doppelte der jährlichen Wirtschaftsleistung Deutschlands. Doch das Investieren rentiert sich nicht mehr. Der gesamte Westen ist auf dem absteigenden Ast, die BRD hat die rote Laterne. Es hilft nur noch der nackte Raub: Her mit dem Gas vor Gazas Küste, her mit den Bodenschätzen im Donbass, her mit den reichen Schwarzerde-Ernten zwischen Dnjestr und Wolga. Dafür braucht es Krieg, braucht es Merz. Wer stoppt ihn? Wagenknecht, Weidel, Höcke?<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Krieg oder Frieden**
Von *Daniell Pföhringer*
Am 30. Januar 2017, zehn Tage nach der Amtseinführung von Donald Trump als US-Präsident, veröffentlichte Rosa Brooks, vormals Militärberaterin unter Barack Obama, in dem einflußreichen Magazin Foreign Policy einen Beitrag, der in den kommenden Wochen wieder an Aktualität gewinnen könnte. Allen Ernstes sinnierte die an der renommierten Georgetown

University lehrende Juraprofessorin damals über einen "Militärputsch oder zumindest eine Weigerung militärischer Anführer, gewisse Befehle zu befolgen", um den gerade erst ins Weiße Haus eingezogenen Republikaner wieder loszuwerden.

Der Putsch-Plan

Tatsächlich hätte ein solches Vorgehen den Anschein der Legalität, wenn er im Rahmen der sogenannten Continuity of Government (CoG; auf Deutsch: Regierungsweiterführung) durchgeführt würde. Hierbei handelt es sich um eine Präsidentendirektive, die erstmals im Kalten Krieg in Kraft gesetzt worden war und seither von allen Administrationen, jeweils modifiziert, fortgeschrieben wurde. Das zugrunde liegende Szenario war ein Enthauptungsschlag der Sowjetunion, der die US-Staatsführung auslöscht oder handlungsunfähig macht. Der 11. September 2001, als George W. Bush wegen der Bedrohungslage nicht nach Washington zurückkehren konnte und von einem Luftwaffenbunker zum nächsten geflogen wurde, machte deutlich, daß eine solche Situation auch nach dem Zusammenbruch des Ostblocks wieder eintreten kann.

Ein Staatsstreich könnte sich den Anschein der Legalität geben.

Im Alarmfall sieht CoG die Evakuierung des Weißen Hauses und der wichtigsten Ministerien vor. Staatsoberhaupt und Regierungsmitglieder sollen etwa in den Bunker Raven Rock in Pennsylvania oder nach Mount Weather ausgeflogen werden. Ein speziell präpariertes Double der Airforce One (Codename: Nightwatch) vom Typ Boeing 747 steht ebenfalls bereit. Im schlimmsten Fall soll der getötete oder handlungsunfähige Präsident durch einen designierten Nachfolger ersetzt werden.

Eine brisante Variante der Continuity of Government etablierte Präsident Ronald Reagan (1980-1988): Er behielt sich vor, seinen Notfallnachfolger im Alleingang zu bestimmen. Bei den regelmäßigen CoG-Manövern lief sich damals Dick Cheney als Schattenpräsident warm - er sollte später Vize von George W. Bush werden und diesen in die Kriege nach 9/11 treiben. Vieles spricht dafür, daß die gesamte CoG-Mannschaft unter Reagan zu einem Hort des Tiefen Staates geworden ist. Eine wichtige Rolle spielte beispielsweise Oliver North, der damals den Iran-Contra-Deal einfädelte: Teheran bekam US-Waffen und zahlte in einen Reptilienfonds der CIA ein, mit dem antikommunistische Widerstandskämpfer in Südamerika aufgerüstet wurden.

Ähnlich brisant war die CoG-Modifikation, die Obama im Juli 2016 über die Präsidentendirektive Nr. 40 in Kraft setzte: Demnach gibt es neben der offiziellen und vom Kongress genehmigten Nachfolgekette für eliminierte Verantwortungsträger auch noch einen Plan B, die sogenannte Übertragungskette ("Devolution"): Nicht näher bekannte Personen halten sich außerhalb der Hauptstadt bereit, um im Ernstfall die höchsten Staatsämter zu übernehmen.

Black Lives Matter hat gezeigt, daß ein kleiner Funke genügt, um das Pulverfaß hochgehen zu lassen.

Für den Worst Case bestehen verschiedene Notfallpläne, die unter anderem Militäreinheiten in Washington D.C., North Carolina und Maryland ermächtigen, alle Maßnahmen der Regierung durchzusetzen, sollte es zu einem Totalausfall der regulären Institutionen kommen. Doch wann könnten diese Pläne in Kraft treten? Ursprünglich dachte man an einen Atomangriff, doch inzwischen hebe man, so das Magazin Newsweek, "auf eine militärische Antwort bei Unruhen in den Städten ab".

Bürgerkrieg droht

Derartiger Aufruhr ist in den kommenden Wochen durchaus denkbar - und zwar unabhängig davon, wie die US-Präsidentschaftswahl ausgeht. Daß es in jedem Fall äußerst knapp wird, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Im Falle eines Sieges von Kamala Harris könnten Anhänger der Republikaner erneut Wahlbetrug wittern und zu Protesten im ganzen Land aufrufen, gegen die der sogenannte Sturm auf das Kapitol vom 6. Januar 2021 wie ein laues Lüft-

chen erschiene.
Sollte Donald Trump die Nase vorn haben, dürften die Demokraten ihre linksextremen Fußtruppen, eventuell sogar kriminelle Banden (siehe Artikel: Kamalas Schläfer im Untergrund), in Bewegung setzen, die mit Gewalt und blankem Terror die öffentliche Sicherheit und Ordnung so gefährden, daß die Biden-Harris-Administration unter dem Deckmantel von CoG den frisch gewählten Präsidenten quasi wegputschen könnte.
Die Black-Lives-Matter-Krawalle 2020 haben gezeigt, daß es nur eines kleinen Funkens bedarf, um das Pulverfaß hochgehen zu lassen. Damals kam der mehrfach vorbestrafte George Floyd bei einer Polizeikontrolle zu Tode. Hatte das minutenlange Niederdrücken durch einen Beamten sein Ersticken verursacht - oder der Drogencocktail im Blut des Afroamerikaners? Bevor die Frage seriös geklärt werden konnte, tobte sich der Mob auf den Straßen aus. In den Wochen bis Anfang Juli 2020 gab es im ganzen Land 4.700 Demonstrationen, im Schnitt 140 pro Tag.
Addiert man die Zahlen der Teilnehmer, kommt man auf mindestens sieben Millionen. Vor allem in den Metropolen schlugen die Aufmärsche in Gewaltexzesse um. In 25 Städten, darunter Chicago, Los Angeles und Philadelphia, wurden Ausgangssperren verhängt. In Washington D.C. und insgesamt 23 Bundesstaaten mußten die Nationalgarde beziehungsweise Grenzeinheiten des Heimatschutzministeriums eingreifen, weil die zuständige Polizei der Lage nicht mehr Herr wurde.
Bei einem Trump-Sieg könnten sich die Krawalle potenzieren und die USA an den Rand eines Bürgerkrieges bringen. Die Saat des Hasses haben Harris und Konsorten selbst gelegt, indem sie dem Republikaner immer wieder unterstellten, im Falle einer erneuten Präsidentschaft wie ein Diktator zu agieren, politische Gegner ins Gefängnis zu stecken und die Verfassung auszuhebeln. Seine Kontrahentin bezeichnete ihn zuletzt sogar als "instabil und durchgeknallt". Gegen einen solchen Unhold erscheint jedes Mittel recht - auch gewaltsame Proteste oder ein kalter Putsch.
It's the economy, stupid!
Donald Trump konnte in den letzten Wochen vor der Wahl laut Umfragen zu Harris aufschließen, sie in einigen der sieben entscheidenden Swing States sogar überrunden. Das lag nicht nur an der guten Performance des Republikaners, sondern auch daran, daß er bei den bestimmenden Themen die richtigen Antworten gibt. Für 42 Prozent der Wähler sind die Wirtschaftspolitik und die Bekämpfung der Inflation das wichtigste Thema, für 33 Prozent die illegale Migration. Auf beiden Feldern wird eher Trump zugetraut, die Lage zum Besseren zu wenden, während US-Vizepräsidentin Harris für die damit verbundenen Probleme mitverantwortlich gemacht wird.
Ein erneuter Mordversuch ist ebenfalls denkbar. Zweimal hatten sich Attentäter in diesem Jahr schon aufgemacht, Trump auszuschalten. Beim ersten Mal am 13. Juli während einer Wahlkampfkundgebung in Butler, Pennsylvania, verfehlte die Kugel des Schützen seinen Kopf nur knapp und streifte sein Ohr. Der zweite Vorfall ereignete sich am 15. September auf einem Golfplatz in West Palm Beach, Florida, wo der Täter entdeckt und festgenommen wurde, bevor er seinen Plan ausführen konnte. Nach wie vor besteht der Verdacht, daß es in beiden Fällen Komplizen im Sicherheitsapparat gegeben haben könnte, weswegen weiterhin von einer Bedrohungslage für Trump ausgegangen werden muß.

Zankapfel Ukraine

Für den Tiefen Staat und den militärisch-indus-triellen Komplex gäbe es Gründe genug, Trump aus dem Weg zu räumen - allen voran seinen festen Willen, den Ukraine-Krieg auf dem Verhandlungsweg zu beenden. Bereits im Frühsommer dieses Jahres wurde ein Strategiepapier bekannt, das zwei ehemalige Sicherheitsberater des Ex-Präsidenten vorgelegt haben. Das Dokument mit dem Titel "America First, Russia & Ukraine" von Generalleutnant a.D.

Keith Kellogg und dem ehemaligen CIA-Analysten Fred Fleitz wurde vom America First Policy Institute, einem Trump-nahen Thinktank, veröffentlicht. Der Plan skizziert die Grundlagen künftiger Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine - unter der Prämisse einer erneuten Präsidentschaft Trumps.
Der Tiefe Staat geht über Leichen: nicht nur sprichwörtlich.
Darüber hinaus veröffentlichte die US-Tageszeitung Politico am 2. Juli einen Beitrag, in dem Aussagen zweier republikanischer Sicherheitsexperten wiedergegeben wurden. Demnach sei Trump bereit, Rußland Gebiete in der Ostukraine zu überlassen, wenn Moskau im Gegenzug einen Frieden akzeptiere. Zudem berichtete das Blatt: "Eine schnelle Lösung des seit zweieinhalb Jahren andauernden Ukraine-Konflikts dürfte auch in Trumps Plänen für die NATO eine Schlüsselrolle spielen.
Als Teil eines bisher nicht veröffentlichten Plans für die Ukraine erwägt der republikanische Präsidentschaftskandidat ein Abkommen, wonach sich die NATO verpflichtet, nicht weiter nach Osten - insbesondere in die Ukraine und nach Georgien - zu expandieren und mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin darüber zu verhandeln, wie viel ukrainisches Territorium Moskau behalten kann."
Trumps Vizepräsidentenkandidat J. D. Vance hat diese Vorhaben im September in der Shawn Ryan Show auf Youtube bestätigt: "Trump setzt sich hin und sagt den Russen, Ukrainern und Europäern: "Ihr müßt herausfinden, wie eine friedliche Lösung aussieht." Und die sieht wahrscheinlich so aus, daß die derzeitige Demarkationslinie zwischen Rußland und der Ukraine zu einer entmilitarisierten Zone wird, die stark befestigt ist, damit die Russen nicht wieder einmarschieren können." Die Ukraine, so der repu-blikanische Politiker, "behält ihre Souveränität, während Rußland die Garantie erhält, daß sie nicht der NATO oder einer anderen verbündeten Institution beitritt".
Der Rüstungsindustrie und dem Tiefen Staat würde eine solche Verhandlungslösung die Suppe gehörig versalzen. Darum gehen sie über Leichen - und das nicht nur im übertragenen Sinne.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 11/2024.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**AfD: Schluß mit der Zeitumstellung**
Längst ist bekannt, daß die zweimal jährlich stattfindende Zeitumstellung nicht zum gewünschten Ergebnis einer Energieersparnis geführt hat und zudem mit gesundheitlichen Einschränkungen für viele Menschen einhergeht.
Die Alternative für Deutschland fordert daher die Beendigung der Zeitumstellung und steht damit auf der Seite der 80 Prozent der Menschen, die schon vor Jahren im Zuge einer EU-weiten Umfrage für die Abschaffung der kostspieligen Zeitumstellung plädiert haben. Stephan Brandner, stellvertretender AfD-Bundessprecher:
"Es gibt schlicht keinen Grund, zweimal im Jahr die Uhr umzustellen. Positive Effekte sind nicht bekannt, Mensch und Tier leiden unter den Folgen. Eine Änderung wäre unkompliziert möglich, aber die Politik sitzt das Problem einfach aus. Für uns ist das ein unhaltbarer Zustand."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Gefährder reisten über Bundesaufnahmeprogramm aus Afghanistan ein**
Über das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan sind mehrere sogenannte Gefährder in die Bundesrepublik eingereist. Das berichtet die "Welt am Sonntag" unter Berufung auf Sicherheitskreise. Die Anzahl der Personen, die nun im Fokus der Behörden steht, ist nicht bekannt, von "vereinzelten" ausgestellten Visa ist die Rede. Wegen möglicherweise zu Unrecht erteilter Einreisegenehmigungen für afghanische Staatsbürger ermitteln die Staatsanwaltschaften in Berlin und Cottbus.

Die Bundesregierung verweigert weiterhin Auskünfte zu der Angelegenheit. Wie die "Welt am Sonntag" weiter berichtet, transportierte die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) seit der Machtübernahme der Taliban insgesamt 11.000 Menschen aus Afghanistan nach Pakistan, damit diese in der dortigen deutschen Botschaft ihren Antrag auf ein Einreisevisum stellen konnten. Zu den Kosten wollte sich die GIZ nicht äußern.
Daß die Bundesregierung konkrete Fragen zu Vorgängen im Rahmen der Visa-Erteilungen nicht beantwortet, kritisierte der CDU-Bundestagsabgeordnete Detlef Seif scharf. "Die Ampel verheimlicht wichtige Informationen und verstärkt den Eindruck, daß es sich bei der Visa-Affäre nur um die Spitze eines Eisbergs handelt", sagte er der "Welt am Sonntag" dazu. "Das ist und bleibt mangelnder Respekt vor dem Fragerecht des Parlaments und ein seltsames Demokratieverständnis."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Über 1.000 abgeschlossene Strafverfahren wegen Masken-Attesten**
Die Ausstellung von sogenannten Masken-Attesten in der Corona-Pandemie hat für Mediziner in Deutschland weitreichende juristische Konsequenzen. Mit Stand Oktober 2024 sind bereits mindestens 1.000 Strafverfahren rechtskräftig abgeschlossen, berichtet die "Welt am Sonntag" unter Berufung auf Auskünfte der Generalstaatsanwaltschaften der Bundesländer.
Dabei verhängten Richter Geldstrafen von bis zu 15.000 Euro, Berufsverbote und Freiheitsstrafen. Die meisten Prozesse wurden in den Jahren 2022 und 2023 geführt. Doch bis heute sind noch Hunderte Verfahren anhängig.
Allein in Sachsen wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 127 Ärzte rechtskräftig verurteilt. In Berlin wurden von Januar 2020 bis Oktober 2024 insgesamt 1.029 Verfahren gegen Mediziner geführt. Ein Großteil davon wurde eingestellt oder an andere Staatsanwaltschaften übergeben. In 17 Fällen kam es zu Urteilen, davon neun Geldstrafen und zwei Freiheitsstrafen auf Bewährung. Drei Verfahren erledigten sich durch den Tod der Angeklagten. Einen Freispruch gab es nur in einem Fall.
In Baden-Württemberg wurden bis 2023 insgesamt 237 Mediziner zu Geldstrafen verurteilt, drei Ärzte erhielten Freiheitsstrafen auf Bewährung. Für Aufsehen sorgte der Fall einer Ärztin, die rund 4.000 Atteste "auf Zuruf" ausgestellt haben soll. Das Amtsgericht hatte sie zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und neun Monaten verurteilt und ein dreijähriges Berufsverbot ausgesprochen.
Niedersachsen zählte von 2020 bis 2024 insgesamt 240 "rechtskräftige Sanktionen", davon laut Generalstaatsanwaltschaft "überwiegend Geldstrafen, vereinzelt auch Freiheitsstrafen". In Hamburg wurden von 2020 bis 2024 Geldstrafen gegen 21 Ärzte verhängt.
Schleswig-Holstein meldet aus den vergangenen zwei Jahren 13 Urteile gegen Mediziner. Die meisten Bundesländer lieferten keine konkreten Daten. "Unter Gerechtigkeitsaspekten sind die Urteile inakzeptabel", sagte der Oldenburger Staatsrechtler Volker Boehme-Neßler. Spätestens durch die "RKI-Protokolle" wisse man, "daß die Maskenpflicht weitgehend sinnlos war. Sie war also auch verfassungswidrig und hätte überhaupt nicht in Kraft gesetzt werden dürfen."
Boehme-Neßler hält eine Amnestie für angemessen: Ärzte, die die Atteste ausstellten, seien Bürgern zu Hilfe gekommen, "die sich einer verfassungswidrigen Maßnahme erwehrten". In Politik und Ärzteschaft stößt die Forderung auf ein geteiltes Echo. "Selbst mit den besten Absichten ausgestellt, bleiben es vorsätzlich falsche Atteste. Es hat schon einen über Corona hinausgehenden Sinn, den Beweiswert solcher Atteste mit Gesetzen zu schützen", sagte FDP-Vize Wolfgang Kubicki.
Für Jakob Maske vom Berufsverband der Kinderärzte wäre eine Amnestie "ein verheerendes Signal". Das Ausstellen eines falschen Attestes sei in keiner Weise akzeptabel. BSW-Chefin Sahra Wagenknecht ist anderer Ansicht: "Noch besser wäre eine bundesweite Amnestie für

alle wegen Regelverstößen in der Coronazeit Verurteilten und Gemaßregelten. Slowenien hat das 2023 durchgesetzt, wir sollten uns daran ein Beispiel nehmen."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30779" berichtet am 26. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**Überwindung der Blutsekte (Teil 3) - 247 Opfer, 135 Zeugen, 172 Täter und Mittäter**

von *Lois Sasek*

Weltweite Satanismus-Verherrlichung

Satansritual beim Eurovision Song Contest 2024. Taylor Swift präsentiert Satanismus auf offener Bühne, ebenso wie zahlreiche andere Weltstars wie Madonna, Adele, Pink und Beyonce. Die olympischen Spiele werden mit satanischen Darbietungen eröffnet und umrahmt. Direkt auf der Bühne steht das Götterbild des Baal, der schon seit viereinhalbtausend Jahren für reale Kinderopfer bekannt ist. Der apokalyptische Reiter auf dem fahlen Pferd, dem Tod, wird groß inszeniert - ganz nach dem Leitsatz der selbsternannten Elite: "Ein Viertel der Menschheit muß aus dem sozialen Körper eliminiert werden. Wir sind für Gottes Auswahlverfahren für den Planeten Erde verantwortlich. Er wählt aus, wir zerstören. Wir sind die Reiter auf dem fahlen Pferd, dem Tod."

Zitat von Barbara Marx Hubbard: "Wir sind die erste Spezies auf der Erde, die sich bewußt ist, daß es Evolution gibt, und die sich bewußt ist, daß wir unsere eigene Evolution beeinflussen mit allem, was wir tun: Die Babys, die wir essen; das Essen, das wir essen; die Kriege die wir führen."

In Toulouse wird ein großes Fest mit riesigen Götzenfiguren gefeiert, die in der Mystik für Menschen- und Kinderopfer stehen. Die US-amerikanische Popsängerin Miley Cyrus, die früher in einer Fernsehserie Hannah Montana spielte, besingt den Satanisten Aleister Crowley, der öffentlich das Blutopfer von Kleinkindern propagiert und die satanischen Blutrituale der großen Weltkriege verherrlicht.

Ozzy Osbourne widmete diesem Satanisten ein ganzes Lied, Led Zeppelin besangen das Haus von Aleister Crowley und die Beatles präsentierten ihn auf dem Cover eines ihrer Musikalben Auch die Musiker und Sänger David Bowie und Michael Jackson zeigten sich mit dem Satanisten Crowley. Dieser wurde 1923 von Mussolini aus Italien vertrieben, als seine "sexmagischen" Satansrituale bekannt wurden.

Marina Abramovic - die angefragte "Botschafterin" der Ukraine und des Kriegstreibers Selenskyj - setzt Crowleys Erbe fort. Die Methode beinhaltet Entmenschlichung, Demütigung und Kannibalismus. Lady Gaga ist eine ihrer Absolventinnen. Sie hinterließ in einem Hotelzimmer eine Badewanne voller Blut. Abramovic wurde von der Rothschild-Foundation gesponsert. Laut dem Ex-Satanisten John Todd gelten die Rothschilds als das "Sprachrohr Luzifers", die Anführer der Satans-Sekte.

Satanismusverherrlichung, Luziferkult und Kannibalismus werden durch "hochgepuschte" Stars öffentlich propagiert. Das ZDF hat mit Zwangs-GEZ-Geldern einen Satanismus-Werbefilm produziert und ausgestrahlt!

Halloween ist unter den Satanisten der oberste Feiertag, ein Fest des Schreckens und des Todes. Sein Ursprung liegt im "Samhain Fest", wo Menschen geopfert wurden.

Die irische Schauspielerin und Sängerin Tara Lee präsentiert Satanismus in Reinkultur. Sie trinkt Blut vor laufender Kamera und spricht von kleinen Kindern, die sie 2x pro Woche für Bluttransfer benutzt. Sie nennt es "den Müll rausbringen". Dann zeigt sie ihren "aktuellen Müll", der aussieht wie eine eingewickelte Kinderleiche. Nachdem sie das "Baphomet-Zeichen" in die Kamera gezeigt hat, spricht sie als Teufel die Worte: "Ich will, daß du noch einen tötest."

Der Hollywood-Schauspieler Matthew Perry sammelte jahrelang Informationen, um einen Pädophilenring im Herzen der Hollywood-Unterhaltungsindustrie aufzudecken. Er schrieb

darüber ein aufschlußreiches Buch und kündigte seine Enthüllungen auf Instagram an. Im Alter von 54 Jahren wurde er tot in der Badewanne aufgefunden. Dasselbe Schicksal ereilte Isaac Kappy, Paul Walker, Chris Cornell, Chester Bennington, Avicii und Anne Heche, die ihre Enthüllungen über Hollywood ebenso öffentlich ankündigten.
Beyoncé wurde von ihrer ehemaligen Schlagzeugerin Kimberly Thompson der Hexerei, des Mordes und der Ausübung schwarzer Magie beschuldigt. Beyoncé präsentiert sich gerne mit dem Gotthard-Tunneleingang, der mit satanischen Zeremonien eingeweiht wurde.
Laut der australischen Überlebenden Fiona Barnett, war die Schauspielerin Nicole Kidman 11 Jahre alt, als ihr Vater Antony Kidman die rituelle Enthäutung eines blonden Jungen leitete. Seine Tochter, die Schauspielerin Nicole Kidman saß bei diesem Ritualmord in der ersten Reihe.
Sandra Bullock erzählt in einem Interview, von einer exklusiven, teuren Penis-Gesichtsbehandlung, die aus der Vorhaut Neugeborener hergestellt wird. Eine solche Behandlung koste 650 Dollar.
Der österreichisch-irische Künstler Gottfried Helnwein verherrlicht in seiner Kunst den blutigen Satanskult und wird von Medien und Kirche als Held gefeiert. Helnwein kooperiert mit dem Satanisten Marilyn Manson. Manson steht für Pädophilie und Gewalt. Seine Freundin berichtet von Folter, Mißhandlungen, Vergewaltigungen und Morddrohungen. Helnwein arbeitet auch mit dem Rammstein-Sänger Till Lindemann zusammen, der in seiner Kunst ebenfalls satanische Rituale und Mord verherrlicht.
Hermann Nitsch, der Mord als Bestandteil der Kunst propagierte und Fotos von ermordeten Kindern veröffentlichte, wurde mit höchsten Auszeichnungen geehrt.
In Stuttgart wurde dieser Tage die satanische Oper "Sancta" aufgeführt mit splitternackten Schauspielern, die mit Blut überströmt werden. Sie praktizieren perversen Sex auf der Bühne, verwunden sich gegenseitig - echtes Blut ist im Spiel - schänden das Kreuz und ziehen den christlichen Glauben äußerst geschmacklos durch den Dreck. Die Oper war so ekelerregend, daß bei den ersten beiden Aufführungen 18 Menschen wegen Übelkeit oder Schockzuständen behandelt werden mußten.
Bei Modeschauen und im Fernsehen werden satanische Werte propagiert und offen zur Schau gestellt. Die Schauspielerin Megan Fox bekannte sich öffentlich dazu, daß sie und ihr Verlobter gelegentlich ihr Blut trinken würden und sie an Vollmonden Rituale durchführen würde.
In der neuesten Disney-Serie "Little Demon" geht es um die 13-jährige Tochter des Teufels, deren Mutter tief in den Satanismus verstrickt ist. Und der Teufel begrüßt die Menschen am 128. Ärzte-Tag.
Alles nur Kunst und Kultur? Nein. Lois Sasek veröffentlichte in Blutsekte 1 und 2 bereits 138 Berichte von Opfern satanisch-ritueller Gewalt und 77 Zeugenaussagen zu diesen grausamen Ritualpraktiken. Diese Opfer und Zeugen nannten insgesamt 82 Täter namentlich und wiesen auf elitäre Täterfilze hin.
Sie sehen nun die 3. Folge von "Blutsekte" mit weiteren 247 Opfern und 135 Zeugen, die satanisch-rituelle Gewalt und grausame Opferrituale bezeugen. Unter anderem nennen die Opfer 172 Täter und Mittäter beim Namen. Die Aussagen der Überlebenden aus aller Welt sind unabhängig voneinander absolut identisch und zeichnen ein und dasselbe Bild, wie es Kla.TV-Gründer Ivo Sasek im Jahr 2015 zusammenfaßte:
"Und ihr müßt wissen, daß sich diese satanischen Mächte mittlerweile so ausgestaltet haben, daß in jedem Land, in jeder Kultur Kinderopfer gebracht wurden als Normalität, um die Geister zu besänftigen. Das ist ja die irre Lehre Satans, des Luzifers - daß am Schluß immer Kinderopfer, Mord und Totschlag, Blutvergießen ohne Ende zur Besänftigung der Götter sein mußten. In allen Ländern dasselbe. Und das Blutbad wurde immer größer, die Gewalttat immer ärger, die Entartung, die sexuelle Entartung und all diese Dinge wurden immer dramati-

scher."
(Überlebende Christine - Louisiana:) "Und sie haben ein Baby bei sich. ... Und der Monsignore opfert das Baby."
(Überlebende Tanja - Schweiz:) "Man hatte Kinder geopfert ... und das Baby haben sie dann umgebracht."
(Überlebende Gloria Masters - Auckland/Neuseeland:) "Von dort wurde ich zu der Gruppe gebracht, die den satanischen rituellen Mißbrauch durchführte. Das ist eine Gruppe, die in der ganzen Welt bekannt ist, die Freimaurer. Und so holten sie sich einen Jungen, und er wurde geopfert. Die Freimaurer haben Logen auf der ganzen Welt." …
(Interviewte Frau am Flußufer:) "Ach, wissen Sie was? Lassen Sie mich in Ruhe damit. Ich will überhaupt nichts damit zu tun haben! Das ist mir viel zu schlimm. Sonst krieg ich noch einen Nervenzusammenbruch."
(Andere Frau an Flußufer:) "Mit diesem Thema möchte ich mich nicht beschäftigen, ich schütze mich davor - dieses Thema nicht!" (Man sieht in einer anderen Kameraperspektive über die zwei Frauen hinweg ein ertrinkendes Kind im Fluß, das erbärmlich schreit und mit strampelnden Ärmchen ums Überleben kämpft und immer schwächer wird. Die beiden Frauen gehen teilnahmslos in zwei verschiedenen Richtungen aus dem Bild.)
(Lois Sasek:) Und wer hat das Kind gefragt, ob es diese Qualen ertragen kann? Wer hat das Kind gefragt, ob es sich mit dem Thema "Satanismus, ritueller Mißbrauch und Ritualmorde" befassen möchte? Zum Beispiel dieses Kind aus dem Großraum Frankfurt wurde dazu gezwungen zuzusehen, wie einem Jungen, der auf dem Altar lag, die Wade angeschnitten wurde und er langsam verblutete. … Das Mädchen wurde ohnmächtig.
(Überlebende Allison Leilani Carter:) "Das waren satanische Ritualorgien. Verstehen Sie das doch endlich. Auf diesen Partys waren nicht nur Erwachsene. Die Erwachsenen waren verantwortlich für die Kindersklaven, die auf der Party waren. Und eines dieser Kinder war ich. ... Die Kinderschutzorganisationen sind ihre Lieferanten. ... Ja, ich war auf einer Diddy-Party. Ich war eines der Partygeschenke. ... Ich bete zu Gott, daß dies der Tag ist. Ich bete zu Gott, daß dies die Zeit ist, denn alle Opfer verdienen eine Art Gerechtigkeit, und es geht nur darum, Verantwortung zu übernehmen und daß jemand sagt, es tut uns verdammt leid, daß wir euch nicht schon vor Ewigkeiten gehört haben. Es gibt Menschen, die tot sind, und Babys, die ihr Leben verloren haben, weil niemand zugehört hat. Und jetzt möchte ich, daß alle zuhören. Ihr seid spät."
Das war jetzt nur eines von 120 Opfern, die im SKANDAL um den Popstar P. Diddy Anklage erheben … Du hast also bisher nur 162 Sekunden Filmmaterial von insgesamt 8 Opfern aus "Blutsekte 3" gesehen.
In diesem Film habe ich aber ganze 65 Stunden Film- und Tonmaterial von 247 Opfern und 135 Zeugen verarbeitet. Alles grausame Aussagen über satanisch-rituelle Gewalt. Dabei werde ich die perversesten und menschenverachtendsten Taten in diesem Film NICHT einmal erwähnen. Denn so steht es ja schon in der Bibel im Epheserbrief - daß diese Dinge, die im Verborgenen geschehen, häßlich und schändlich sind, sie auch nur schon zu nennen. Aber im nächsten Satz heißt es direkt, daß wir diese Werke des Finsternisreiches, die im Verborgenen geschehenen, in aller Öffentlichkeit aufdecken müssen, damit sie durchs LICHT bestraft werden!
Ich blende Euch diese Bibelstelle ein, wie sie mein Vater, Ivo Sasek, aus dem biblischen Urtext übersetzt hat. Deshalb habe ich diese vielen Zeugnisse in diesem Film zusammengefaßt, um diese Schandtaten ans Licht zu bringen und den Hilflosen endlich Gehör zu verschaffen. Denn es braucht Dich und mich, damit es endlich ein für alle Mal aufhört! Es braucht LICHT.
Ich habe dieses viele Material unter Schweiß und Tränen so kurz wie nur irgend möglich zusammengefaßt. Manchmal mußte ich zwischendurch auf die Toilette rennen, weil mir bei all

den bezeugten Greueltaten speiübel wurde. Bitte schau nicht weg. Diese Opfer brauchen genau DICH. Teile dieses Video bitte breitflächig!
Im P. Diddy-Skandal, der kürzlich ans Licht kam, geht es um jahrzehntelange Intrigen, Mißbrauch, Erpressung, Menschenhandel und tödliche Gewalt. Laut Staatsanwaltschaft habe Diddy ein kriminelles Netzwerk geleitet. Von den 120 Opfern, die Anklage erhoben haben, waren 25 minderjährig, der Jüngste war erst 9 Jahre alt. Oft wurde den Opfern Drogen ins Getränk gemischt, um sie willenlos und sexuell gefügig zu machen.
P. Diddy ist einer der einflußreichsten Strippenzieher Hollywoods. In seinem Kontaktnetzwerk befinden sich auch hochkarätige Politiker und Ex-Präsidenten. Der Rapper Suge Knight sagte, die Razzien seien nicht gegen Diddy gerichtet gewesen, sondern um das belastende Bild- und Filmmaterial über mächtige Männer zu vernichten. Dasselbe geschah auch im Fall Doutroux in Belgien, im Fall Teichtmeister in Österreich und im Fall Epstein in den USA, sowie im Fall "Haute de la Garenne" auf der Insel Jersey und im Fall Zandvoort in den Niederlanden.
Auch als Manuel Mittas im Fall Kampusch belastendes Material veröffentlichte, daß es sich nicht nur um einen Einzeltäter handelte, wurde er zusammengeschlagen, seine Wohnung brannte nieder, der Strom wurde ihm abgestellt, das Bankkonto gekündigt usw.
Es wird alles darangesetzt, um Einzeltäter als Schuldige hinzustellen. Belastendes Filmmaterial, das auf ein pädokriminelles Netzwerk hinweisen könnte, wird immer als erstes beschlagnahmt. Hunderte von Zeugen und Opfern enthüllen in ihren Aussagen, was auf diesen Filmen an belastendem Beweismaterial zu sehen ist … Nämlich bekannte Gesichter von Weltprominenz, die Kinder mißbrauchen, foltern und teilweise bis zu Tode quälen. Es handelt sich nach Aussagen der Zeugen und Opfer um ein weltweit organisiertes pädokriminelles Netzwerk der "Möchtegern-Elite".
Auf den Partys von P. Diddy waren auch Prominente, wie z.B. die Musikstars Jay-Z, Beyoncé, Usher, Meek Mill, Rick Ross, French Montana und die Filmstars Cuba Gooding Junior, Leonardo di Caprio, Tom Hanks und eine ganze Reihe anderer hochbezahlter Schauspieler, Oscar-Gewinner und sogar große Hollywood-Filmdirektoren.
Man sieht z.B. Tom Hanks mit kleinen Mädchen, die wie erwachsene Frauen gekleidet und geschminkt sind. Auch der englische Prinz Harry scheint ein guter Kumpel von P. Diddy zu sein … Die Enthüllungsjournalistin Liz Crokin deckt auf, daß der Epstein-Ring Verbindungen zu P. Diddy hatte. Auf der Liste der hochrangigen Personen, von denen bekannt ist, daß sie sich mit Epstein getroffen haben, steht z.B. auch Ariane de Rothschild. Die Zeugin Jaguar Wright hatte drei Frauen von Jeffreys Pädophileninsel gerettet. Unter Tränen erklärt sie, daß die schrecklichen Mißhandlungen live im Internet übertragen wurden …
Unter den Opfern des Skandals um P. Diddy findet sich auch der Name des bekannten kanadischen Pop-Sängers Justin Bieber. Bereits 2017 erschien ein Artikel über Justin Bieber, der Zeuge eines grausamen Kinderopferrituals wurde. An der streng geheimen Party sollen Manager der Plattenindustrie teilgenommen und laut Bieber das Blut des gefolterten Babys getrunken haben. Es sei der schlimmste Moment seines Lebens gewesen. Justin Bieber hatte seine Welttournee abgesagt, weil er eine Pause von der Musikindustrie brauchte.
Zitat Bieber: "Pädophile beherrschen die Musikindustrie." Natürlich werden solche Aussagen in der Öffentlichkeit schnell vertuscht oder in Frage gestellt. Aber es gibt hunderte von Opfern und Zeugen, die das Gleiche sagen. Schauen wir uns einige weitere Opfer und Zeugenaussagen an ...
Blutsekte III - Weitere Opfer und Zeugen berichten von satanisch rituellem Mißbrauch
(Überlebende) Sue aus Südkalifornien hat grausame Folterungen und rituellen Mißbrauch überlebt. Sie war dabei, als ein Kind auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurde.
(Überlebender) David Shurters Eltern waren Satans-Anhänger, daher war er von Kind an Op-

fer von sexuellem Mißbrauch und satanischen Ritualen. In einer "satanischen Lehrstunde" mußte er einen Jungen töten, der an einen Stuhl gefesselt war. …
Auch die überlebende Ellen berichtet von solchen Ritualen und von den unbeschreiblichen Schuldgefühlen, den Kindern etwas angetan zu haben.
(Überlebende Maria:) "Ich glaube, das Schlimmste war wirklich zu sehen, wie andere Kinder gefoltert wurden, oder wie ich selber auch anderen Kindern was tun mußte. Es ist, glaub ich, schlimmer, als das, was mir selber passiert ist."
Karin berichtet, wie sie 20 - 30 vietnamesische Flüchtlingskinder in einem Ritual auf übelste Weise massakrieren mußte. Zuerst wurde ihr die Hand mit dem Messer geführt, danach mußte sie es selbst tun. Alle Jungen starben.
Allie Harrison bezeugt, daß ihre Erlebnisse mit ritueller Gewalt mit den Aussagen anderer Opfer übereinstimmen. Sie ist mehreren Menschen begegnet, die ebenfalls Opfer von satanisch ritueller Gewalt geworden sind. Diese Verbrechen wurden nicht nur von 2-3 Personen begangen, sondern fanden im Rahmen einer Gemeinschaft statt, sagt sie.
Auch Nina erlebte rituelle Gewalt ab ihrem ersten Lebensjahr. Sie war an brutalen Tötungen dabei, auch bei Häutungen und Zerstückelungen am lebendigen Leib - wie wir das ja immer wieder hören. Wie auch die anderen Opfer wurde sie mittels Elektroschocks und Folterungen gezielt programmiert, um immer das zu machen, was die Peiniger von ihr wollten.
(Pia:) "Ich glaube, ich habe so ziemlich jede Form von Mißbrauch, von Folterung erlebt. Das ging hin bis zu Mord, halt auch mit Menschenblut. Ich wurde auch sehr unter Druck gesetzt, daß ich nie etwas sagen darf. ... Ich bin durch meinen Großvater in das Ganze reingerutscht. Er ist Freimaurer."
Evelyne hat rituelle Gewalt in den Schweizer Kantonen Genf und Waadt erlebt. Sie mußte bei Vergewaltigungen ihrer Geschwister zusehen und menschliches Fleisch schneiden.
Elisabeth Schäfer erlebte im Alter von 11 Jahren satanisch rituelle Gewalt und mußte mit ansehen, wie ein neugeborenes Baby einer 13-Jährigen auf die grausamste Weise gequält und gefoltert wurde. Dann mußte sie dieses Baby selbst töten. Ihre Hand wurde dabei geführt. So erzählen es ja auch die anderen Opfer dieser Satansrituale.
Eva Frey berichtet über ihre Erfahrungen mit organisierter Gewalt und grausamen medizinischen Menschenversuchen in den Schweizer Spitälern Lausanne und Basel. Dort wurde sie vergewaltigt, schwanger und nach der heimlichen Geburt wurde ihr Kind vor ihren Augen verwurstet.
Für Rachel waren die schlimmsten Erlebnisse diese rituellen Tötungen von Babys.
(Jeremy Fragrance:) "Es gibt Priester, die kleine Jungen "f…en", katholische Priester. Es gibt Leute, die kleine Babys töten und ihre Organe oder ihr Blut nehmen und es trinken. Es gibt Leute, die Menschenfleisch essen. ... Ich wollte nie in diesem Club sein, in dem man etwas beitritt, einen Pakt mit dem Teufel schließt, seine verdammte Seele verkauft und sich dann für den Rest seines Lebens verstecken muß. Ich spiele dieses Spiel nicht mit."
(Überlebender Bruce Hecht - USA:) "Sie fahren durch das ganze Land und bringen die Kinder zu verschiedenen okkulten rituellen nächtlichen Veranstaltungen, so daß die Kinder benutzt oder geweiht oder ermordet werden können ... Es ist so, daß man entweder geopfert wird und ermordet wird, einer von ihnen wird oder das unterstützt, was sie tun ... Sie haben tatsächlich einen Wettbewerb abgehalten, wer das beste kannibalische Essen hatte. Du weißt schon, mit dämonisch geopferten, kannibalischen Körperteilen drin."
(Roseanne Barr, Schauspielerin:) "Du weißt, daß sie Babys essen. Das ist kein Blödsinn. Es ist wahr. ... Sie sind echte Vampire. Sie lieben den Geschmack von Menschenfleisch und sie trinken Menschenblut."
Carrie Olaje berichtet über drei Stunden lang von grausamen satanischen Ritualen, Mißbrauch und Folter, die sie überlebt hat. Unter anderem wurde sie von klein auf von ihrem leiblichen

Vater mißbraucht und für Kinderpornos benutzt. Das FBI schulte ihn darin. Er sah sich auch immer wieder Snuff-Filme an, in denen Kinder vor laufender Kamera auf unterschiedlichste Weise gefoltert und getötet wurden. "Wissen Sie, je mehr Macht sie ausüben können und je mehr Leid und Schmerz - was ein Beweis für diese Macht ist - sie erleben können, daß sie umso glücklicher werden, je mehr sie davon bekommen. Das ist ihre Sucht, wissen Sie."
(Ivo Sasek, Kla.TV-Gründer:) "Es kommen die Perversionen, wo es nur noch mit Morden, nur noch mit schlimmsten Dingen weitergeht. Wo der Sex in Brutalität ausartet, über Sadomasochismus wird es in Quälereien gehen. Die Lust an der Folter, die Lust, lebendigen Leibes zu verstümmeln, zu zerquälen, aufzufressen, irgendwas Wahnsinniges zu machen - es wird nicht bei Pornographie bleiben."
Dies kann man jetzt wieder als übertrieben oder falsche Prophetie abtun. Doch schauen wir mal, was vor dreißig Jahren die bekannte deutsche Punk Band "Die Toten Hosen" so gesungen hat: "Ich steh auf Sado-Maso-Kindersex, auf ein bißchen Brutalität. Hauptsache, es ist nichts gespielt, sondern 100-prozentig echt. Eine richtige Vergewaltigung, ein wirklich begangener Mord. So was bringt mich schnell zum Höhepunkt. Und ich fühl' mich dabei gut. Denn ich spüre nur noch Leben in mir, wenn ein anderer seins gerade verliert."
Der Sänger Campino hatte offensichtlich keine Abscheu, sondern viel Spaß daran, über diese Greueltaten zu singen. Interessanterweise war ausgerechnet Campino letztes Jahr zum Staatsbankett mit König Charles eingeladen worden. Auf diesen kommen wir später noch zu sprechen. Was "Die Hosen" so fröhlich besingen, ist für Kinder wie den 13-jährigen Manuel Schadwald leider grauenhafte Realität geworden.
Dieser Manuel Schadwald wurde an den Snuff-Filmproduzenten Warwick S. verkauft. Auf einer Yacht von Gerrit U., dem Kopf des Zandvoorter Kinderpornoringes, wurde Manuel bei einer Snuff-Filmproduktion vor laufender Kamera ermordet. Es war auch prominentes Publikum dabei. Die Sozialarbeiterin Gina Pardaens gelangte im Rahmen ihrer Ermittlungen an das Snuff-Video, das die Ermordung von Manuel Schadwald und die Tötung eines Mädchens zeigt. Bei dem Versuch, diese Videos den Ermittlungsbehörden zu übergeben, wurde sie ermordet. Auf den Videos waren prominente Täter zu sehen … Der Investigativ-Journalist Oliver Greyf hat nach langer Recherche sein Enthüllungswerk "Der Fall Manuel Schadwald und das Zandvoort-Netzwerk" veröffentlicht. Sogar der Mißbrauchsbeauftragte der Bundesregierung bestätigt, Zitat: "Es werden sogar Kinder vor der Kamera umgebracht."
Auch der frühere Scorpions-Bassist Ralph Rieckermann bezeugte in einem Interview, daß es Leute gibt, die bis zu 100.000 $ bezahlen, um zu sehen, wie ein Mensch ermordet wird.
(Thorsten Becker, Aktion Jugendschutz:) "Es gibt in Deutschland halt mehrere Berichte über sexuellen Kindesmißbrauch in Verbindung mit Ritualen. Das hat inzwischen auch relativ große Zahlendimensionen angenommen."
(Dr. Jim Philipps, ehemaliger Polizeiarzt:) "Alle Satanisten sind als Kinder mißbraucht worden, alle. Ich kann mir überhaupt keinen normalen Menschen vorstellen, der so etwas Entsetzliches, Abstoßendes, Ekelhaftes, so brutal Erniedrigendes macht, der zu so etwas überhaupt in der Lage ist."
Die Volkskundlerin Professor Dr. Elisabeth Roth spricht über ein Dutzend Sprachen und hatte gute Kontakte in den Vatikan. Sie hat vier Bände geschrieben und enthüllt darin, Zitat: "Es sind die Blutgeldsäufer, die Satanisten, die Kinder zum Töten züchten, ohne Geburtsurkunde. Gewollt ist Kindersklaverei, sexueller Kindesmißbrauch und Kinderfolterung zur Adrenalisierung des Blutes bis zur Ermordung der Kinder, um ihr optimiertes Blut in satanischen Kreisen innerhalb von okkulten Zeremonien zu trinken."
"Flugzeuge voller Kinder, ohne Dokumente, werden importiert. Die meisten werden derart mißbraucht und gequält, daß sie zumeist keine zwei Jahre überleben." So R. D. Steele, Ex-US-Regierungsberater.

(Andrew Bridgen:) "Und ich habe Details zu Personen, die am Kinderhandel beteiligt sind, an das Vereinigte Königreich weitergegeben. Die Namen - sie sind an die Regierung gegangen. Niemand will handeln, etwas unternehmen. Ich gab der Regierung die Namen der Leute und den Namen der Firma, über die sie das Geld waschen. Wo die Kinder hingebracht wurden ... Es ist an den 'MI5' (Military Intelligence, Section 5) gegangen, an die National Crime Agency. Niemand wird etwas tun. Und wenn man dann die Namen sieht, weiß man, warum."
Nathan Reynolds wurde Sklave des militärisch industriellen Komplexes. Er wurde auch als Kurier für den Transport von Adrenochrom-Fläschchen nach Arizona benutzt, um sie an zahlreiche Mitglieder der Mormonenkirche zu liefern. "Man mußte einfach lernen, wie man Leute superschnell tötet. Und als Kind muß man das mit anderen Methoden lernen als jemand, der erwachsen ist. Und so haben sie verschiedene Formen von Kampftrainingssystemen und verwenden eine Menge philippinischer Kampfkünste …"
Diana wurde als Kind an die US-Regierung "verkauft" für geheime Experimente und Folterungen des Militärs. Sie berichtet von einem Netzwerk unterirdischer Militärbasen, genannt DUMBS (Deep Underground Military Bases) - zu Deutsch "unterirdische militärische Anlagen" - und von Tunneln, die sich auch unter Hochschulen und Universitäten befinden. Zum Beispiel unter der Yale University. Aus dieser Elite-Universität gingen fünf spätere US-Präsidenten hervor, sowie zahlreiche Oberste Richter und diverse ausländische Staatsoberhäupter. Auch eine Geheimgesellschaft der Yale University mit dem Namen "Skull & Bones" hat führende Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft hervorgebracht, darunter drei US-Präsidenten.
Einer dieser DUMBS befindet sich auch unter Camp David, dem Erholungsgebiet des jeweils amtierenden US-Präsidenten. Vor diesem Hintergrund ist es völlig illusorisch zu glauben, daß das US-Militär oder die US-Regierung diese DUMBS jemals freiwillig räumen würden.
Auch der türkische Journalist Serhat Tokmak erforscht seit Jahren schon die Tunnelsysteme in der Türkei. Er entdeckte z.B. drei Tunnelsysteme unter einem Waisenhaus und beobachtete, wer da rein und rausgeht und bringt nun alles ans Licht.
(Franz Miller, österreichischer investigativer Journalist:) "MK ULTRA war ein Projekt der CIA. ... Das waren brutalste Foltermethoden; sie haben versucht zu erörtern, wie das menschliche Hirn funktioniert. Was muß man tun, daß sich ein Bewußtsein abspaltet? Oder daß ein Mensch genau das tut, was ich will? Wie erzeuge ich einen Sexsklaven und vieles mehr? Sie haben mit Elektroschocks gearbeitet, mit brutalsten Vergewaltigungen, mit satanischen Riten. Alles, also wirklich alles, was Gott verboten hat, haben sie praktiziert. ... Diese Macht-Elite ist so machtversessen, daß die sogar ihre Kinder bis aufs Blut traktieren. Also diese ganzen Programme, die sie anderen Kindern antun, das tun sie ihren Kindern auch an. Nur um die Macht zu sichern. ... Politiker werden auf zwei Arten erpreßt, einerseits mit Pädophilie und andererseits mit Geld (Korruption)."
(Junge Frau:) "Das Herz des Bösen, dieser Gruppierungen, dieser satanischen Gruppierungen, ist im Untergrund, in Tunnelsystemen, in Tunnelsystemen. Da brütet, da brütet das Böse. Da schaffen sie ihre Energie. Da erzeugen, machen sie ihre Rituale. Da generieren sie ihre Kraft. Im Grunde genommen haben wir das Böse schon am Kragen. Denn die Menschen wissen jetzt Bescheid. Weil unsere Generation ist anders. Wir wollen erfahren, wir wollen erforschen. Wir wollen diese Welt verändern. Und wir können das Böse hier nicht mehr ertragen.
Und ich sag euch noch was: Nadia Marcinko, die Privatpilotin von Jeffrey Epstein, hat zugegeben, daß 1999 unzählige Kinder beim Erdbeben der Türkei entführt worden sind, in Privatjets in die USA gebracht worden sind. Und auch 2023 beim Erdbeben der Türkei sind bis heute immer noch tausende Kinder vermißt gemeldet, die lebendig aus den Trümmern gerettet worden sind; aber dann von komischen weißen Autos mitgenommen wurden unter dem Namen, wir bringen die Kinder ins Krankenhaus.

Und die Kinder sind nie wieder aufgetaucht. Also es ist eine große Bewegung gerade in der Türkei, was in Bezug auf diese Kinderpädophilie, Organhandel und so stattfindet. Laßt uns alle das ernst nehmen. Setzt den Fokus drauf, Leute. Es ist die Brutstätte des Bösen. Wenn wir das erforschen, dann können wir das Böse sozusagen auf dieser Welt ins Licht verwandeln und eine bessere Zukunft erwarten."
Jawohl, wir haben das Böse schon am Kragen, weil die Menschen wissen jetzt Bescheid. Teilt darum auch dieses Video UNBEDINGT sehr breitflächig, dann kann sich das alles nicht mehr halten, Ihr Lieben. Und ich könnte hier noch ewig Geschichten über Geschichten von Opfern und Zeugen der Blutsekte erzählen. Aber der Film würde viel zu lange werden, darum blende ich Euch an der Stelle nur noch die Namen von weiteren Opfern und Zeugen ritueller Gewalt und MK-Ultra-Folterungen ein, die an die Öffentlichkeit getreten sind.
Hinter jedem Namen steht eine Geschichte, steht ein Mensch, steht eine ganze Dokumentation.
(Ron Alan, Kibbi Linga, Kerth Barker, Laura Worley, Michael Christmann, Lisa Meister, Brooke Federline, Nancy Schäfer, Gabbi Choong) Im Dokumentarfilm "Les Survivantes" - zu Deutsch: "Die Überlebenden" - der aktuell in französischen Kinos läuft, haben sich weitere sechs Überlebende geoutet. (Sophie, Helene Pelosse, Maria, Dalila Sadok, Sylvie und Stacy)
Alle Namen der Opfer aus Blutsekte 1 und 2 wiederhole ich an dieser Stelle nicht mehr. (Kardia Joi, Patricia Baird Clark, Aishe Spark, Robyn Kranig, Jian Liang, Jean Eisenhower, Penny L.A. Shepard, Cheryl "Hersha" Beck, Erin Green Hicks, Ulla Fröhling, Glen Fisher, Kerri Saint, Madeleine McCann, Maria und Annie Farmer, Carrie Modral und David Coates)
Die Überlebende Karin aus Deutschland sagte bei Domian, einer deutschen Telefon-Talkradio-Sendung aus.
Auch weitere Zeugen und Aufklärer decken den satanisch rituellen Mißbrauch entschieden auf, der weltweit stattfindet: (Gregory Reid, Sascha Clauß-Theisohn, Amanda Buys, Mark Philipps, Philip Sinel, Nick Alvear, Jaco Booyens, Michael C. Ruppert, Neill McMurray und Rico Sorda, Daniel Wimberley, Paul Moed , Claudia Fliss, Claudia Igney, Brian Coleman, Samantha Baldwin, Allan Collins, Bernd Schmidbauer, Tom Althouse, Serhat Tokmak, Rupert Murdoch, Tom Watson, William Cooper, Franca Arena, Hannelore M. Roehl, Georg-Henri Beauthier, Marie-Jeanne Van Heeswyck, Annemie Bulté und Douglas De Coninck, Jacques Thoma und die Alex, Jean Neil, Gifford Aubin, Violet Renouf, John Doublard, Winifred Lockhart, Malcolm Carver, Michael Renouf, Michael Laing, Edward Walton. Jean Neil, Gifford Aubin, Violet Renou, John Doublard, Winifred Lockhart, Malcolm Carver, Michael Renouf, Michael Laing, Edward Walton. Marleen van Herreweghe, Carine Verniers, "Odette" (Pseudonym; war eine Geliebte von Regina Loufs Zuhälter Tony), Zeugin X2, Zeugin X3, Zeugin X4, Zeugin X7: Nathalie C., X69, VM 1, Nathalie W., Chantal S., Anja D., Kristelle M., Mieke, Alexandre Gosselin, Guy Goebels, Bernard Weinstein, Bruno Tagliaferro, Jean Paul-Taminiau, Francois Reyskens, Simon Poncelet, Michel Piro, Joseph Toussaint, Christiaan Coenrads, José Steppe, Gérard Vanesse, Brigitte Jenart, Anna Konjevoda, Fabienne Jaupart, Hubert Massa, Grégory Antipine, Sandra Claeys, Jean-Jacques Feront, Nadège Renard, Marie-Louise Henrotte, Christoph Vanhexe, Pierre-Paul "Pepe" De Rycke, Philippe Deleuze. Nayib Bukele (Präsident von El Salvador) und Udo Ulfkotte)
Zu all diesen Zeugen habe ich detaillierte Informationen, Berichte und gesicherte Quellenangaben. Ich habe all die umfangreichen Enthüllungen an verschiedensten Orten hinterlegt und mehrfach gesichert.
Fast ausschließlich alle Opfer und Zeugen satanisch ritueller Gewalt sprechen von einer selbsternannten "Machtelite" als weltweitem Täterfilz …

Blutsekte III - Weitere Opfer und Zeugen berichten von einem elitären Täterfilz

(Philippa:) "Ich wurde in viele Länder verschleppt zu hochrangigen satanischen Mitgliedern

im Vereinigten Königreich. Die Queen, ein Vizepräsident der USA, ein Diplomat der USA, ein prominenter britischer Rockstar. Zwei sehr bekannte Berühmtheiten in den USA. Premierminister im Vereinigten Königreich und Regierungsbeamte in Irland. Regierungsbeamte, Ärzte und Lehrer in Neuseeland."
Die Überlebende Haze ist in einer satanischen Kultfamilie aufgewachsen und hat rituelle Gewalt in zahlreichen Ländern erlebt. Sie war auch im Weißen Haus. "Und sie sind immer noch sehr stolz darauf, mächtig zu sein, stolz auf ihren Stammbaum, ihre Blutlinie. Die Menschen sehen sie als sehr gut situierte Leute an, sie sind Richter, Anwälte, Kriminalbeamte, Zollbeamte. Mein Großvater war Psychiater. Meine Großmutter lehrte Psychologie an einer Universität, also solche Leute." Als Tatorte nennt Haze Herrenhäuser und Schlösser, z.B. in Heidelberg und öffentliche Gelände. Deutsche und Briten arbeiten sehr eng zusammen.
(Christine:) "Tatsache ist aber, daß es überall ist und vor allem in den elitären Kreisen passiert; unsere Regierung, unsere Kirchenführer und Unternehmen, große Unternehmen. Alle Leute an der Spitze dieser Dinge sind meist Satanisten. Und deshalb ist es für unsere Kultur, für unsere Welt, sehr wichtig, daß dies aufgedeckt und gestoppt wird. Das ist es, was die Dinge auf diesem Planeten so dunkel macht."
Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, genau deshalb decken wir diese Greueltaten auf. Die Überlebende Dea Heibel und viele andere Opfer und Zeugen berichten, daß der gesamte Justizapparat von Tätern oder Juristen durchsetzt ist, die in prekäre Situationen gebracht und erpreßt wurden und noch werden. Daher gäbe es kein Recht für die Opfer satanisch ritueller Gewalt. Sehen Sie dazu die aufwendig recherchierte Kla.TV-Dokumentation: "Skandal - Justiz weltweit in pädokriminelle Verbrechen verstrickt" (https://www.kla.tv/28454).
(Dea Heibel:) "Wir haben da leider sehr viele, die da gegraben haben, die leben nicht mehr. Die sind einfach um die Ecke gebracht worden. Andere sind gerade jetzt in den letzten Jahren inhaftiert worden, die halt diesen Strukturen und den Ringen ritueller sexueller Gewalt, also Stichwort Nathalie, Stichwort Chantal, auf der Spur waren. ... Und wer jetzt aktuell im Gefängnis sitzt, die werden dann in die rechte Ecke gestellt. Die werden diffamiert, geframed und als "Reichsbürger" dargestellt, aber die waren im Kinderschutz aktiv."
Der ehemalige Generalstabsoffizier Max Eder wurde unter dem Vorwurf "Reichsbürger, Rechtsextremist" verhaftet. Er konnte die Angaben im "Fall Nathalie" verifizieren und notariell hinterlegen. Nach seinem erstellten Gutachten zum "Fall Nathalie" entging er in München nur knapp einem Mordanschlag. Seine Wohnung wurde mehrmals durchsucht. Eders Fahrer wurde auf dem Weg nach Deutschland auf der Autobahn verfolgt und in einen Unfall verwikkelt.
Alle Beweise der Sonderaktionen in den DUMBS (Deep Underground Military Bases) im Basler Dreieck, Bunkeranlagen im Schwarzwald, Bodenseeraum, wurden von Eder gesichert und bei Anwälten und Notaren hinterlegt. Die Beweise zeigen die Verstrickungen in Politik, Behörden und Ämtern. Auszug aus seinem Brief vom 01.05.2023: "... da konnte ich reichhaltiges Material zusammentragen, was Bilder, Videos und Namen umfaßt. In dieser Auflistung finden sich auch die Namen von Politikern bis in die hohen Ebenen hinein, denen eine Veröffentlichung durch mich, nachvollziehbarer Weise, mehr als unangenehm wäre."
(Andrea Christidis, Forensische Psychologin und unabhängige Gutachterin): "Jeder, der über Kindesmißbrauch berichtet, durch behördliche oder staatliche Organe, der wird verfolgt. ... Sie werden alle zerrissen, öffentlich zerrissen, weil die Medienlandschaften nicht mehr das machen, was sie eigentlich tun sollten, nämlich die vierte Gewalt sein. Nein, sie tun sich zusammen, sie verbünden sich mit den Ermittlungsbehörden, sogar mit Gerichten und zerreißen die Leute schon vorher in der Luft. ... Wir haben keine ordentliche Justiz mehr.
Wir haben schon gar keine ordentliche Staatsanwaltschaft. Wir wissen, daß wir Politiker haben, die pädokriminell sind. Wir wissen, daß wir Richter und Staatsanwälte haben, Polizeiprä-

sidenten haben, die pädokriminell sind. Und es wird vertuscht. Dieser Vertuschungsapparat geschieht dadurch, daß die, die es ansprechen, eben hinter Gittern landen. Ganz einfach, damit sie möglichst unglaubwürdig sind, weil sie sind ja Staatsterroristen oder, was weiß ich, "Reichsbürger", was auch immer ein "Reichsbürger" sein soll."
Dr. Christidis selbst wird seit Jahren wegen ihres Engagements gegen Kindesentzug und Kindesmißbrauch von der Justiz mit gerichtlichen Verfahren überzogen. Insgesamt wurde sie mit 82 Strafverfahren belegt. Immer wieder versucht man offenbar, sie lahmzulegen.
Laurent Louis, belgischer Politiker, präsentierte eindeutige Belege dafür, daß die offizielle Version des Skandals um den Kinderschänder Marc Dutroux nicht der Wahrheit entsprechen kann. Hier ein Ausschnitt aus seiner Rede vor dem Parlament:
"Die Pädophilen genießen immer noch Schutz, was nur daran liegt, daß sie Teil der herrschenden Mächte sind. Sie sind es, die die Rechtsprechung beeinflussen! ... Wie kann man es sonst erklären, daß die, welche die Wahrheit finden wollen, verfolgt werden und alles getan wird, um sie zum Schweigen zu bringen? ... Seit wann darf ein Mitglied des Parlaments keine Indizien vorbringen die beweisen, daß die Version der Gerichte nicht mit der Wahrheit vereinbar ist?"
Statt Lob und Anerkennung für seine Arbeit zu erhalten, wurde Louis in Belgien zur Zielscheibe einer Hetzjagd. Diffamierungen, Schikanen, Hausdurchsuchungen, Zensur seiner Internetseite, Verfahren wurden gegen ihn eingeleitet und ein psychiatrisches Gutachten über ihn erstellt. Er wurde zu einer Geldstrafe von 50.000 Euro und 20 Monaten (auf Bewährung) verurteilt, weil er den belgischen Premierminister im Parlament als "pädophil" bezeichnet hatte. Die von ihm aufgedeckten Fakten im Fall Dutroux werden jedoch weiterhin totgeschwiegen.
(Holger Strohm:) "Heute werde ich mich einem Thema widmen, an das ich mich lange nicht herangewagt habe, weil es einfach zu gefährlich ist und zwar das unsagbare Böse über Satanisten und Blutsäufer. Ich befinde mich im Besitz von über einem Dutzend notariell beglaubigter Aussagen über solche Vorgänge. Zum Beispiel ein ehemaliges Opfer, eine Frau, die als Vierjährige ihrer Zwillingsschwester einen Dolch ins Herz stoßen mußte und dann die Teilnehmer, und zwar die Crème de la Crème der Gesellschaft und Politik, sich dann über das kleine Mädchen hermachten und ihr Blut soffen und ihre Organe aßen. Das Ganze ist so ungeheuerlich, daß man es nicht glauben mag. Und daß wir von solchen Leuten regiert werden, in jeder Hinsicht. Als ein leitender Oberstaatsanwalt dann die Ermittlungen aufnehmen wollte, war ... war er am nächsten Tag tot."
(Rick Wiles:) "Und unser FBI ist korrupt. Der Oberste Gerichtshof ist korrupt. Das Justizministerium ist korrupt. Die Nachrichtenmedien sind korrupt. Das ganze Land ist korrupt. Weil wir uns vom allmächtigen Gott abgewandt haben."
(Holger Strohm:) "Wer meint, man macht in dieser Gesellschaft Karriere, ohne Bestandteil des Bösen zu sein, der irrt. ... Man glaubt, wenn man irgendwelche Popgrößen sieht, die steile Karriere gemacht haben oder Filmschauspieler oder Künstler, daß die das aus eigener Kraft gemacht haben. Weit gefehlt. Sie sind Teil des Systems."
Der erfolgreiche Profiboxer Ryan Garcia, der selbst Mißbrauchsopfer und Zeuge satanischer Rituale wurde, erklärt, wie einflußreiche Persönlichkeiten mittels sogenannter "Sponsorenverträge" gekauft werden, damit sie sich bei politischen Themen z.B. zu LGBTQ nur an die vorgegebene Agenda halten. Durch einen solchen Vertragsabschluß, z.B. über 50 Millionen Dollar, wird über diese Persönlichkeit dann nur noch positiv in den Medien berichtet und sie wird medial gepusht. Sobald man das Geld genommen hat, gehört man zum inneren Kreis der Hollywood-Illuminaten. Wenn man dann auf eine Afterparty geht, sind alle Räume verwanzt und es wird etwas Schändliches im Haus passieren. Man kann ab diesem Zeitpunkt als Komplize damit in Verbindung gebracht werden. Die Erpressung ist also perfekt.

Der klinische Psychologe, Therapeut und unabhängige Journalist Joachim Hagopian hat eine Buchreihe verfaßt zu Pädophilie & Imperium: "Satan, Sodomie und der tiefe Staat". Er hat einen Master in klinischer Psychologie und arbeitete ein Vierteljahrhundert lang im Bereich der psychischen Gesundheit mit mißbrauchten Kindern und Jugendlichen. Zusammenfassend bezeugt er, daß er das heutige globale Netzwerk des Kindersexhandels gründlich aufdeckt, das auf den höchsten Ebenen der Macht operiert und in erster Linie der Erpressung von prominenten Politikern und Entertainern dient.
Sogar der Gründer der Satanskirche, Anton Szandor LaVey, bezeugt selbst, daß die meisten Mitglieder seiner Satanskirche Profis, Geschäftsleute und allgemein Menschen aus verantwortungsvollen, angesehenen Kreisen seien.

Blutsekte III - Opfer und Zeugenberichte im Zusammenhang mit Schulen

Ein ehemaliger Schüler der Aldenham School, Chris Stevens, der sich inzwischen den Künstlernamen Phönix Kaspian gegeben hat, bricht sein Schweigen: König Charles und enge Freunde vergewaltigten und folterten hunderte von Kindern, darunter auch ihn selbst. An dieser britischen Eliteschule wurden Kinder systematisch rituellen Vergewaltigungen und grauenvollen Foltermethoden ausgesetzt, um sie dann selbst zu Tätern und Marionetten des grausamen Systems zu machen.
Ein Beispiel dafür ist Baron Richard Vincent, der als Generalstabsoffizier im irischen Krieg viel Leid und Elend über die Bevölkerung brachte. Zitat: "Lehrer wie Alun Pickford, Nick Pulman und Jim Twelves vergewaltigten nicht nur Schüler, sondern verleiteten ältere Schüler dazu, jüngere zu vergewaltigen, zu belästigen, zu schlagen und zu quälen. Nur ein Beispiel: Die Schüler Oliver Jones und Dev Patel ... haben mich regelmäßig mißbraucht."
Phönix Kaspian beschreibt grausame Folterrituale, mit denen die Erinnerungen der Kinder abgespalten werden sollten. Die Schule wird vom englischen Königshaus als Freimaurer-Tempel geführt. Der rituelle Mißbrauch von Kindern wird hier als okkulte Religion praktiziert.
Prinz Andrew soll zusammen mit dem Sexualstraftäter Jeffrey Epstein Kinder in der Aldenham School mißbraucht haben. Sein Bruder, der amtierende König Charles, besuchte regelmäßig dieselbe Schule - zusammen mit dem bekannten Pädophilen Jimmy Savile. Insgesamt scheint die königliche Familie nach Zeugenaussagen tief in diese abscheulichen Taten verstrickt zu sein.
... Queen Elizabeths Cousine Prinzessin Alexandra war Schirmherrin eines Heims für Mädchen in Pflege. Dies verschaffte ihrem Freund, dem Serienvergewaltiger Jimmy Savile Zugang zu der Einrichtung, um "besondere Ausflüge" zu organisieren. Später wurde bekannt, daß Kinder in von Savile organisierten Camps vergewaltigt wurden.
Prinz Andrews Verbindungen zu Epstein und die Anschuldigungen der Opfer gegen ihn sind hinlänglich bekannt. Nun hat sich im vergangenen Jahr ein weiterer Zeuge zu Wort gemeldet, der gesehen hat, wie Prinz Andrew zwei Kinder in einem Club in Kiew sexuell mißhandelte.
Auch die nächste Generation der Royals wurde frühzeitig in diese Greueltaten eingeführt. Rike Schwan, die in eine Illuminatenfamilie der gleichen Blutlinie wie die Royals hineingeboren wurde, bezeugt schreckliche Geschehnisse bei ihren Besuchen im Buckingham Palast, die sie mit den Prinzen William und Harry erlebte. …
Die Schauspielerin Emma Watson (bekannt aus Harry Potter) absolvierte einen Teil ihrer Schauspielausbildung an der "Royal Academy of Dramatic Art" (kurz "RADA"), deren Schirmherr der Regent der britischen Krone ist. Derzeit ist das König Charles III. Dort wurde sie einem brutalen Training unterworfen. So wurde sie beispielsweise von Mitstudenten beinahe in einem Pool ertränkt.
Ihr Mitschüler Phoenix Kaspian erklärt, warum diese Trainingseinheiten durchgeführt werden: "Diejenigen, die die Royal Academy of Dramatic Art leiten, versuchen vermutlich, großartige

Schauspieler auszubilden, aber mit einem ungeheuren Vorbehalt: Diese "trainierten" Schauspieler müssen unter der Kontrolle der "Trainer" bleiben. So wie ein Soldat brutalisiert wird, damit er vor allem Befehle befolgt, so habe ich auch erlebt, wie ich und andere von der Royal Academy of Dramatic Art "militarisiert" wurden. Wir wurden effektiv darauf programmiert, unsere schauspielerischen Fähigkeiten niemals dafür zu nutzen, die Macht des Establishments zu stürzen, sondern nur dazu, sie zu fördern."
Auch in dem Heim "Haut de la Garenne" seien ältere Kinder von Angestellten angestachelt worden, Jüngere anzugreifen und zu vergewaltigen, berichtete der heute 59-jährige Peter Hannaford. Er selbst sei als Heimkind mit zwölf Jahren "fast jede Nacht" Opfer solcher Gewalttaten geworden. Auch andere Zeugen berichteten, daß "Vergewaltigungen von Mädchen ebenso wie Jungen in allen Altersgruppen an der Tagesordnung waren".
Auch im Kindergarten "McMartin" in Manhattan Beach wurden zahlreiche Kinder sexuell mißbraucht. Unter dem Kindergarten wurden Tunnel entdeckt. Der Skandal wurde als "Fall McMartin" bekannt. Aber auch in unseren Breitengraden gibt es solche Skandale.
Andreas Huckele besuchte die "Odenwaldschule" und schrieb ein Buch über seine traumatischen Erlebnisse. Er war in der Schule fast täglich sexuellen Übergriffen ausgesetzt. Auch der 9jährige Max hat in der österreichischen Volksschule "Ulrichskirchen-Schleinbach-Kronberg" ein Martyrium erlebt. Dem Jungen wurde bereits von seinem Vater so schwere satanisch rituelle Gewalt angetan, daß mittlerweile ein Kontaktverbot besteht. Die Gewalt wurde nun aber von seinen Mitschülern fortgesetzt, die ihn so permanent quälten und so schwer verletzten, daß es zu mehreren Operationen und einem Notarzteinsatz kam. Die Mitschüler wurden von der Klassenlehrerin zu diesen Taten angestiftet, die teilweise vor ihren Augen stattfanden. Einer seiner Peiniger ist der Sohn der Jungendamtsmitarbeiterin. Die Direktorin leugnet und vertuscht die Taten.
Während die Kinderärzte Home-Schooling empfehlen, wird dies von den Behörden untersagt. Vom Gericht wird gegen die Mutter eine Beugestrafe von 5.000 € verhängt, da Max nach dem Notfalleinsatz einen Begutachtungstermin nicht wahrnehmen konnte. Dieses Muster, daß sich sämtliche Behörden wider besseres Wissen gegen die Mutter verschwören, ist leider auch in anderen Fällen zu beobachten.
Kindesentnahmen: Ein bewährtes Mittel der Satanssekte, um Kinder in ihre Gewalt zu bringen
Der kleine Robert aus Frankreich erzählte seiner Mutter, daß er von seinem Vater mehrfach sexuell mißbraucht worden sei und dieser an satanischen Ritualen teilnehme, bei denen er schwarze Roben trage. Trotz des gefundenen Beweismaterials auf Fotos und Videos von Robert und seinem Vater entschied das Gericht, daß der Vater weiterhin zu Robert Kontakt haben durfte.
Die beiden Kinder von Dalila Sadok berichteten, daß sie bei Besuchen bei ihrem geschiedenen Vater sehr schwer mißhandelt wurden. Sie berichteten von satanischen Ritualen, bei denen andere Kinder getötet wurden. Während die Mutter zunächst ein Kontaktverbot erwirken konnte, mußte sie später aber erleben, wie sich sämtliche mit dem Fall betrauten Stellen gegen sie wandten. So wurden psychologische Gutachten von ihr und nicht vom Vater verlangt, in denen diagnostiziert wurde, sie hätte sich die Erlebnisse der Kinder selbst ausgedacht. Die Kinder wurden ihr mit Polizeigewalt entrissen, sie durfte sie 1,5 Jahre nicht mehr sehen und danach nur noch eine Stunde im Monat. Nach der Entführung der Kinder wurden mehrere Mordversuche an ihr verübt.
(Birgit Doll:) "Die Menschen können das nicht glauben, daß Kinder nachweislich bei pädokriminellen Vätern aufwachsen müssen, gegen ihren Willen, aus ihrem schönen Zuhause gerissen werden. Das kann man nicht verstehen. ... Natürlich kann man das gar nicht glauben, daß Jugendämter, Gutachter, Richter, Staatsanwälte, alle in diesem Konstrukt zusammenarbeiten. Das ist eine Mafia, eine Kinderraub-Mafia. Denn das sind natürlich riesige Geschäftsmo-

delle, die auch dahinterstecken."
Das Mädchen Luna hat rituelle Gewalt überlebt (heute ist sie 16). Sie war bei Menschenjagden dabei und mußte selbst Menschen töten. Es gab Partys, an denen "böse Menschen Babys kochten und aßen". Ein Mann wurde an ein umgedrehtes Kreuz genagelt, gefoltert und getötet. Sie mußte auf Privatinseln berühmte Leute treffen, die sehr böse waren. Sie erzählt, wie Politiker und Staatschefs, die nach außen hin Feinde sind, gemeinsam an den gleichen abartigen Partys teilnehmen. Sie erkannte diese berühmten Persönlichkeiten im Fernsehen, im Internet oder auf Plakaten wieder. Lunas persönliches Anliegen: "Je höher gestellt jemand ist, desto weniger kann man ihm vertrauen. "
Ihre Mutter Anna, die sich alleine um das Kind kümmerte und es aus diesen Kreisen rettete, wurde von allen Seiten angegriffen, verfolgt, diffamiert und erhielt von keiner Instanz Hilfe. Manche verleumdeten Anna und behaupteten sogar, sie hätte ihrer Tochter diese schrecklichen Dinge nur eingeredet. Es gab auch keine therapeutische Hilfe. Wenn sich Therapeuten in dem Fall einsetzen wollten, wurden sie ausgeschaltet, gefeuert oder verschwanden urplötzlich. Luna und Anna mußten fliehen. Ein sehr enger Freund, der ihnen helfen wollte und wichtige Unterlagen zu dem Fall hatte, wurde plötzlich tot aufgefunden und die Unterlagen waren verschwunden.
Eine weitere Methode, mit der es den Behörden oder Täterkreisen gelingt, Kinder aus dem Schutz der Mütter zu holen, ist das "Parental Alienation Syndrome (PAS)" - zu Deutsch: "Elterliches Entfremdungssyndrom". Diese Theorie wurde von dem US-amerikanischen Kinderpsychiater Richard Alan Gardner entwickelt, der auch verschiedene propädophile Artikel herausgegeben hatte. Gardner hat zusammen mit Alfred Kinsey und Sigmund Freud Kindern sexuelle Bedürfnisse angedichtet. Dabei ging es aber immer nur darum, Pädokriminalität, respektive Kindesvergewaltigungen zu legitimieren. Er trat auch dafür ein, Sex mit Tieren und mit Leichen als natürliche Formen menschlichen Sexualverhaltens anzusehen.
Gardner stellte die Behauptung auf, daß z.B. Kinder, die nach der Scheidung den Vater nicht mehr treffen wollen, von der betreuenden Mutter manipuliert worden seien. In den USA trat er in mehreren hundert Fällen als Gutachter in Sorgerechtsfällen vor Gericht auf, wo er auch in krassen Fällen von Mißbrauchsvorwürfen empfahl, dem beschuldigten Elternteil zumindest das Mitsorgerecht zu geben, auch wenn das Kind selbst Besuche bei diesem Elternteil ablehnte. Er unterstellte den Kindern, sie hätten sich den sexuellen Mißbrauch nur ausgedacht.
Bei einem solchen Sorgerechtsstreit, wo Gardner als Gutachter bestellt war, weigerten sich die drei Söhne eines Paares, den Vater zu besuchen, weil dieser gewalttätig gewesen sei. Gardner sagte vor Gericht aus, daß die Kinder manipuliert worden seien und an "PAS" litten. Der Richter verordnete daraufhin, daß die Jungen die Besuche beim Vater fortsetzen müssen. Einer der Jungen wurde kurze Zeit später tot aufgefunden.
Trotz dieser krassen Fehlentscheidungen ist es weiterhin gang und gäbe, Kinder dem betreuenden Elternteil (meist der Mutter) wegzunehmen und das Sorgerecht dem mißbrauchenden Elternteil (meist der Vater) zuzusprechen - oder die Kinder kommen ins Heim, wie in der Schweiz bei Corinne Fonseca geschehen:
Sie berichtet, daß ihr nach der Scheidung ihre zwei 6 und 8 Jahre alten Töchter ohne Vorankündigung von einem 8-köpfigen Sonderkommando weggenommen und in ein Heim gesteckt wurden. Es gab deutliche Anzeichen dafür, daß die Kinder vom Vater mißbraucht worden waren und die Kinder weigerten sich strikt, ihren Vater zu besuchen. Der Vater gab vor der Kinderschutzbehörde sogar zu, daß er pädophile Fantasien habe. Doch er schwärzte die Mutter erfolgreich bei der Kinderschutzbehörde an mit haltlosen Anschuldigungen und das Ergebnis war, daß ihr die Kinder weggenommen wurden. Seit über dreieinhalb Jahren wird nun den beiden Mädchen jeglicher Kontakt zur Mutter verwehrt. Vor dem totalen Kontaktverbot hatten die Töchter davon erzählt, daß sie Mißbrauch ausgesetzt seien.

Richard Moritz zeigte auf der 13. AZK den Anstieg von Inobhutnahmen und Kinderklau im Jahr 2015 auf. Kinder werden zur Ware ohne Rechte. Die Inobhutnahmen Minderjähriger durch Jugendämter in Deutschland stiegen von 48.000 auf fast 78.000. Allein von 2014 auf 2015 stieg der Babyklau aus dem Krankenhaus um 42 Prozent. In den USA liegt die Zahl der jährlich verschwundenen Kinder bei rund 800.000 und weltweit sogar bei rund 8 Millionen. Andere Quellen sprechen sogar von 9 Millionen.

Auswirkungen elitärer Verfilzungen im Fall Jersey und Dutroux

In diesem Film haben wir bis jetzt sehr viele Verfilzungen und Verstrickungen gesehen. Ich möchte euch anhand einer Darstellung im "Fall Jersey" gerne einmal plastisch zeigen, wie diese Filze zusammenwirken. Rot sind die Täter und Vertuscher, grün die Aufklärer und Zeugen, blau die Opfer. Ich blende es Euch kurz ein, dann könnt Ihr das mal in Ruhe studieren.

Auf der Insel Jersey sollen hunderte Kinder sowohl in Kinderheimen als auch auf Yachten auf hoher See mißbraucht, mißhandelt und viele sogar getötet worden sein. Engagierte Polizisten und ein Minister setzten alles daran, den Fall aufzudecken und ermittelten 160 Opfer und Zeugen und mehr als 100 Verdächtige, darunter Mitglieder der politischen und sozialen "Elite" Jerseys.

Doch gerade diese sogenannte Elite aus Politik und Medien sorgte dafür, daß die mutigen Aufdecker allesamt aus ihren Ämtern gedrängt wurden. Und ihre Nachfolger präsentierten dann der Öffentlichkeit entlastende Untersuchungsergebnisse. Die Medien, welche von den vertuschenden Politikern betrieben wurden, griffen die Aufdecker an und machten ihre Untersuchungsergebnisse lächerlich. So wurden letztendlich nur einige kleine Fische verurteilt, die Männer mit Einfluß blieben jedoch unbehelligt.

Die gleichen Abläufe sieht man im Fall Dutroux, wo immense Bemühungen gelaufen sind, um ihn als Einzeltäter hinzustellen. Aber ich frage mich, wie es sein kann, daß etliche der Zeugen in einem Zeitraum umgebracht wurden, während der angebliche Einzeltäter im Gefängnis saß? Hier ebenfalls eine bildliche Darstellung. Daraus sieht man, daß Dutroux, dessen Name in aller Munde war, gerade mal das unterste Glied der Kette war.

Dieses Netzwerk geht aber bis hoch zum Premierminister, der zusammen mit einem Netzwerk aus korrupten Polizei- und Justizbeamten, dem belgischen Königshaus und dem Establishment aus belgischen Großunternehmern jede Aufklärung erstickte und gleichzeitig Terrorgruppen und Attentäter für die Drecksarbeit anheuerte. Dieses Netzwerk war immens groß. Inzwischen haben die Aufdecker 111 Personen identifiziert, die selbst zu den Tätern gehörten oder geholfen haben, deren Bloßlegung zu blockieren.

Die Überwindung der Blutsekte

Wir haben in diesem Film verschiedene Namen von Organisationen gehört, die in irgendeiner Weise in diese satanischen Praktiken verwickelt sein sollen. Freimaurer, Hollywood, Illuminaten, Luziferianer, Satanisten. In den Episoden 1 - 3 der Blutsekte sind wir darüber hinaus auch Opfern und Zeugen aus den verschiedensten ideologischen Richtungen begegnet, ob aus den Atheisten, den Mormonen, Katholiken, aus christlichen Gemeinden. Oder wir haben Überlebende kennen gelernt, die überhaupt keinen ideologischen Hintergrund bei ihren Peinigern erkennen konnten …

Dennoch bezeugen alle Überlebenden einstimmig, daß es sich um ein elitäres Netzwerk handelt, das alle wichtigen Positionen und Ämter auf höchster Ebene unterwandert hat und daß diese Täterkreise untereinander gut organisiert und vernetzt sind. Ja, sie decken sich sogar weltweit und halten sich gegenseitig den Rücken frei, damit das Netzwerk nicht auffliegt.

Wer steckt also genau hinter dieser Blutsekte, die sich weltweit zeigt und an der Spitze so ziemlich alle politischen, ideologischen und religiösen Einrichtungen unterwandert zu haben scheint? Denn es ist offenkundig, daß weder der christliche Glaube, noch z.B. die niederen Grade der Freimaurerei etwas mit diesen satanischen Praktiken zu tun haben!

Wir fragen eine Überlebende Jessie Czebotar, wer genau hinter allem stecken könnte. Sie wurde ab dem Alter von viereinhalb Jahren für die luziferische Bruderschaft Illuminati ausgebildet. Sie sagt unter anderem, daß hochrangige Personen mit Superjachten von einem Kontinent zum anderen reisen, um Kinder zu schmuggeln. "Aber wer sind die Leute, die diese Kinder opfern? Wer sind die Leute, die das fordern? Ich meine, das ist offensichtlich eine Millionen-Dollar-Industrie.
Wer sind die Leute, die sich das leisten können? Wer sind die Leute, die das wollen?" - "Nun, ich denke, daß die Nachfrage und der Wunsch wirklich von Satan und den dämonischen Geistern stammt, insbesondere von den hohen dämonischen Generälen. Aber ihnen dient die Elite, oder das, was wir 'die Elite' nennen würden. Das sind die Personen, die die Versicherungspolice der Illuminaten sind."
Jessie Czebotar spricht also davon, daß die treibende Kraft hinter diesem weltweiten Tätternetzwerk Satan selbst und die dämonischen Geister sind … Diese Aussage deckt sich mit den allermeisten Überlebenden aus Blutsekte 1 - 3. Diese Bezeugungen ziehen sich ja durch die Geschichte der Jahrtausende, die in der Bibel genau beschrieben ist, beginnend mit dem ersten Buch Mose und all den luziferischen Göttern wie z.B. Baal und Moloch, die seit je Kinderopfer forderten.
(Valter Veith:) "Die Bibel sagt, Satan wird sich verstellen als ein Engel des Lichts. Und das ist genau, was er tut. In diesem Zitat sagt Albert Pike, daß alle Freimaurer vom 30. Grad bis zum 33. Grad es hören dürfen, daß Lucifer Gott ist. Lucifer ist ihr Gott." Hören wir den Ex-Magier Christopher Lee, der Schauspieler und Sänger war:
(Christopher Lee:) "Es ist ein Fakt. Es ist eine Tatsache, die seit mehreren tausend Jahren existiert. Ich meine, wenn wir über schwarze Magie sprechen, sprechen wir über Satanismus, Nekromantie, Alchemie, Hexerei, die Verherrlichung von Satan, die Verherrlichung von dunklen Kräften. Ob es Voodoo, Juju ist, oder etwas anderes, was in der westlichen Welt oder in der östlichen Welt praktiziert wird. ... Es ist im Grunde die Anbetung von der Kraft des Bösen, verkörpert von Satan, Luzifer, dem Fürst der Finsternis und seiner Legionen usw. Es ist ein Fakt. Es ist eine äußerst gefährliche Tatsache. Es existiert. Es existiert heute um uns herum. Satanische Zeremonien werden heute Nacht passieren.
(Anmerkung zu Halloween: Unter Satanisten ist Halloween der oberste Feiertag, ein Fest des Schreckens und des Todes. Sein Ursprung liegt im "Samhain Fest", wo Menschen geopfert wurden.")
Ganz sicher. Fragen Sie einen Priester, fragen Sie ein Mitglied der Ordnungskräfte. Und sie werden Ihnen sagen, daß Satanismus als solcher da ist. Es ist da und das schon seit tausenden von Jahren." ... "Wie ich schon sagte, ich war mit Sicherheit daran beteiligt und ich warne euch alle: Niemals, niemals, niemals! Sie werden nicht nur Ihren Verstand verlieren, sondern auch Ihre Seele."
Soweit die eindringliche Warnung des Ex-Magiers Christopher Lee. Nun stellt sich für uns die Frage, ob es überhaupt eine Chance gibt, diese Mächte zu bezwingen und diesem üblen Treiben der Blutsekte ein Ende zu bereiten. Um eine Antwort auf diese Frage zu erhalten, gehen wir nach Afrika zu einem der damals ranghöchsten Satanisten. Er hat eine sehr einschneidende Erfahrung gemacht in seiner Laufbahn als Satanist, die ihn dazu bewogen hat, die Seite zu wechseln …
James wurde schon als Baby dem Satan geweiht. Er war drei Jahre alt, als seine einzige Bezugsperson, sein Onkel, vor seinen Augen langsam und qualvoll getötet wurde. Unter qualvollen Foltermethoden, Schmerz und rituellem Mißbrauch wurde James schon in jungen Jahren für eine hohe Machtposition im Satanismus ausgebildet. Zu seinen wichtigsten Aufgaben gehörte es später, als er richtig aufgestiegen war, Gottesmänner anzugreifen und zu versuchen, sie zu zerstören. Er erhielt bis zu 600.000 Dollar pro Jahr, um solche kraftvollen Lichtbewe-

gungen zu zerstören. Doch da lernte er eine höhere Macht kennen, gegen die der ganze Satanskult mit all seinen Graden zusammengenommen gar keine Chance hatte:
"Ich war immer noch im Okkultismus und ich war in der Stadt Kampala. Und ich erinnere mich, daß ich von unseren Führern die Anweisung bekam, die Stadt zu verlassen und 70 Meilen von der Stadt entfernt zu bleiben und alles - unsere Operationen - zu entfernen, weil ein Mann Gottes in die Stadt kommen würde. Und ich erinnere mich, daß uns gesagt wurde, wenn wir in der Stadt bleiben, wo dieser Mann ist, würde sein Gebet uns alle töten oder uns alle bekehren.
Und ich erinnere mich, daß die Anweisung lautete: Bleibt außerhalb der Stadt, 70 Meilen entfernt, aber betretet die Stadt auch 21 Tage nicht, nachdem er sie verlassen hat. ... Denn selbst nach 21 Tagen bleibt seine Macht, die Wirkung seiner Macht in der Atmosphäre, wo er in der Stadt war. ... Ich war also immer noch im Okkultismus und ich fragte mich, was für eine Art von Macht das ist. ... Weil ich Macht kannte. Ich kannte Satan, ich kannte viele dieser Arten von Macht. ... Er hatte also ein Gebet in der ganzen Nation gesprochen.
Und dieses Gebet hatte alle Altäre des Reiches der Finsternis vollständig weggeworfen. Er hatte sie vollständig ausgelöscht. Die Altäre, die Altäre - vollständig. Denn ich erinnere mich, daß mir gesagt wurde: Bitte nicht operieren. Stellt jede Handlung ein und bleibt weg. Wenn sie so weitermachen und ihren Bund vollenden können, werden sie die Tore der Geisterwelt sichern und die satanischen Aktivitäten in der Geisterwelt stoppen."
James fuhr fort, daß die einzige Möglichkeit, die Macht solcher Gottesmänner zu schwächen, darin bestand, in den Reihen der Bewegung Zwietracht, Spaltung und Abfall vom Glauben zu säen. Für diesen Auftrag recherchierten sie oft sehr lange und aufwendig, um bei irgendeiner Person, die dem Gottesmann nahestand, ein Einfallstor zu finden. Wenn sie es schafften, solche Leute in die Spaltung zu treiben oder solchen Gottesmännern gegenüber Mißtrauen zu schüren, zogen sie oft viele Menschen mit sich.
Und die Schutzmauer um den Gottesmann hatte eine Lücke, wo sie ihn indirekt schwächen konnten. Doch sobald die Mauer um den Gottesmann wieder dicht war, gab es für die Satanisten kein Durchkommen mehr. Diese Erfahrung der unendlichen Unterlegenheit des gesamten Satanskultes unter diesen Gottesmännern veränderte sein Leben, und er beugte seine Knie vor Jesus Christus und seinen gesandten Dienern. Er wechselte die Seite.
Das hat mich sehr getroffen, denn genau wie dieser Ex-Satanist es geschildert hat, wird mein Vater seit Jahrzehnten von dieser Sekte ununterbrochen und massivst angegriffen. Und er wird von allen Seiten diffamiert und mit Dreck beschmutzt, weil er all seine Werke direkt von Gott inspiriert tut und immer in direkter Verbindung mit IHM steht. Deshalb setzt die Satanssekte seit je alles daran, um ihn zu verleumden, seinen Namen zu beschmutzen. Die Völker werden mit übelst perfiden Medienkampagnen gegen ihn aufgehetzt: Man schürt Ängste vor ihm und stellt ihn als gefährlichen und gewalttätigen Sektenführer dar.
Ständig versucht diese Sekte, selbst die Vertrautesten von ihm abzuspalten, um die Einheit zu zerbrechen. Denn nur so könnte die Blutsekte einen echten Mann Gottes zerstören. Aber es wird ihr nicht gelingen, denn Gott ist stärker als Satan! Und das ist die gute Botschaft hier! Er sendet seine Propheten und Diener, wie Er das seit Jahrtausenden gemacht hat, um die Menschheit von der Herrschaft Satans zu befreien.
Deshalb können wir diese Kräfte Satans brechen, wenn wir uns nicht spalten lassen. Wenn wir uns nicht aufstacheln lassen gegeneinander und einen Schutzwall um echte Gottesmänner herum bilden. Mein Vater ist ohne Zweifel einer dieser machtvollen Gottesmänner, denn er steht Tag und Nacht vor Gott. Er hat schon vor fast 20 Jahren die AZK gegründet, dann Kla.TV. Und zusammen mit allen anderen Aufklärungssendern, die entstanden sind, sind wir zu einer wirklich starken und effektiven Waffe gegen die Satanssekte geworden. Denn:
(Ivo Sasek:) "Nach dem Sündenfall - direkt ins Gesicht sagt Gott der Schlange (sprich dem

Teufel, dem Satan, dem Luzifer - das sind austauschbare Begriffe) - sagt er: Ich werde dir den Kopf zertreten durch den Samen des Menschen, aus Fleisch und Blut."
Hör Dir unbedingt die ganze Predigt an. Sie heißt: "Aktualisiere Dein Weltbild". Der Link ist unten in der Videobeschreibung eingeblendet! Dann verstehst Du die Weltgeschichte und siehst alles in einem Panorama. Auch unseren Auftrag, den wir in dieser Welt haben, wirst Du besser verstehen. Und Du wirst sehen, daß es sehr wohl Hoffnung gibt:
Je mehr Menschen sich den von Gott gesetzten Dienern anschließen und einen Schutzwall um sie bilden, auch im Gebet, desto mehr verliert die Satanssekte ihre Macht und wird zurückgedrängt. Ohne Waffen und ohne Gewalt, nur durch die Geisteskraft. Die potenziert sich hoch, sobald die Diener Gottes von den Menschen schützend und mit Liebe umgeben werden und wir uns nicht mehr gegeneinander aufhetzen lassen.
Genauso bezeugen es alle echten Aussteiger der Satanssekte, aber auch die Bibel, z.B. Apostel Paulus. Die Überlebende ritueller Gewalt Damaris aus Deutschland erzählt, wie sie durch den Dienst von Ivo Sasek befreit wurde von körperlichen und psychischen Nöten. Sie spricht allen Opfern, Betroffenen und Überlebenden MUT zu, daß Heilung möglich ist!
Sie sagt: "Ich hatte viele Jahre rituelle Gewalt erlebt und viele darauffolgende weitere Mißbrauchserlebnisse. Ich befand mich in großen körperlichen und psychischen Nöten, doch ich durfte Heilung erfahren. Durch Ivo Sasek durfte ich erfahren, wie fürsorglich und väterlich Gott ist. Daß es einen wahren liebenden Gott gibt, der mich aber hinein verwandeln möchte, in das Bild, das ER von mir hat und nicht das, wie ich es sah durch all das Erlebte. Ich habe hunderte von liebsten Freunden, die ebenso tiefe innere Heilung erfahren durften unter dem Dienst von Ivo Sasek in der OCG." …
Die Überlebende ritueller Gewalt Rodjanha hat auch eine wichtige und hoffnungsvolle Botschaft für alle Überlebenden und für alle Menschen. Denn die perfiden Taktiken der Blutsekte durch grausame Folter und Mißbrauch, lassen selbst Erinnerungen verschwinden. Aber Rodjanha sagt, daß wir die Fähigkeit haben, OHNE VERSTAND, auf unseren Körper zu hören, der sehr deutlich reagiert, wenn man einen Menschen sieht oder hört.
Ivo Sasek nennt dies das "NAVIGATIONSSYSTEM des Lebens", das "Gesetz des Geistes des LEBENS" - kurz GdGdL. Das bedeutet, daß wir eine Fähigkeit in uns angelegt haben, die GENAU spürt, ob von einem Menschen LEBEN oder TOD ausgeht. Oder von einem Wort, das gesprochen wird. Es ist ein absolut zuverlässiges Navigationsprinzip. Es leitet uns durch hochführenden, ruhigen Frieden, wenn eine Sache sauber ist. Die Bibel nennt es den "Frieden Gottes". Dieses göttliche Leben weicht aber sofort von uns, wenn eine Sache faul ist.
Anhand von diesem kann man ALLES unterscheiden, selbst wenn man es im Kopf nicht mal WEISS, was hinter einer Person steckt oder was diese Person getan hat. Du spürst es in jeder Faser Deines Körpers, Deiner Seele und Deines Geistes, wie Rodjanha sagt: "Und diese Denkweise, diesen Zweifel einfach, den muß man beiseiteschieben und mal die eigene Körpersprache verstehen lernen, denn die lügt nicht.
Also jede Zelle geht in Resonanz und da ist alles gespeichert. Und wenn ich da zurückblicke auf die ganzen Geschichten oder Menschen auch, die mir begegnet sind - mein Körper hat als erster Bescheid gewußt. Aber mein Kopf hat es sich halt zurechtgelegt: "Nein, man darf nicht unhöflich sein." "Das ist doch nur dieses oder jenes Problem." Oder was weiß ich. Das ist nicht richtig. Also das ist eine Programmierung, und das ist so gewollt, daß die versteckt bleiben und im Okkulten bleiben und weiter Drahtzieher sein können. Aber wir müssen aufhören zu denken, daß wir uns selber nicht trauen können. Und das ist die oberste aller Aufgaben, diese Fähigkeit zurückzuerobern. Weil dann haben die anderen keine Chance mehr."
Genau, sehr trefflich ausgedrückt. Vielen Dank liebe Rodjanha! Das wollen wir jetzt gleich mal mit unseren Zuschauern ausprobieren …
Denn wir alle sind ständig mit Menschen konfrontiert, die uns in den Fernsehkameras anlä-

cheln und uns sagen, was wir zu tun und zu lassen haben. Dabei sind es nach Aussagen von Zeugen und Opfern der Blutsekte oft gerade diese einflußreichen und angesehenen Menschen, die im Verborgenen abgrundtiefe Laster haben und absolut grausame satanische Verbrechen begehen.
Testen wir nun gleich mal unser "Navigationssystem des LEBENS", das wir von Rodjanha und Ivo Sasek eben beschrieben bekommen haben. Wir nehmen das Beispiel von Mark Benecke und seiner Frau Ines Azrael Fischer-Benecke:
Marc Benecke wird uns in Funk und Fernsehen als "die Stimme des gesunden Menschenverstandes" präsentiert. Es gibt kaum eine Talkshow, in der er nicht schon saß. Er wird als der Kriminalbiologe schlechthin verkauft. Er hat unzählige Artikel und Bücher verfaßt und landet überall auf den Bestsellerlisten, bekommt eine Menge Preise überreicht und genoß eine Ausbildung in der FBI-Akademie in den USA. Hier sehen wir Marc Benecke und seine Frau Ines Azrael Fischer, eine Kosmetikerin, wie sie zusammen für die Impfung geworben haben, für die FFP2-Masken und wie sie vor dem menschgemachten Klimawandel und der Hitze warnen.
Im Sinne eines Endzeit-Propheten betitelt Marc Benecke seine aktuellen Vorträge zur sogenannten Klimakrise mit "Time is up" - die Zeit ist abgelaufen, das Ende naht, wir schmelzen alle dahin ...
Die Gender-Agenda bewirbt er auch ganz ordentlich. Seine Partnerin Ines Azrael bewirbt auf Instagram die Demos gegen rechts. Also, jetzt spüren wir mal kurz in unseren Körper rein, wie reagiert er auf diese Menschen? Was sagt das Navigations-System des LEBENS dazu?
Okay. Du hast Dein Resultat? Sehr gut.
Jetzt zu den Fakten, an denen Du Dein Empfinden nun praktisch prüfen kannst. Ich bedanke mich an dieser Stelle für die ausgezeichneten Recherchen von Tilman Knechtel.
Marc Benecke ist Teil eines Vampirordens namens "Nexus Noctis". In diesem Orden ist es üblich/gängig, daß das Blut anderer Menschen getrunken wird. Seine Ehefrau Ines Azrael Fischer alias Ines Benecke ist das Ordensoberhaupt von "Nexus Noctis", der größten und ältesten aktiven Vampirgesellschaft. (Übrigens, sowohl der "Temple of Set" / Satanstempel von Satanist Michael Aquino, wie auch die "Church of Satan" von Anton LaVey hatten einen angeschlossenen Vampirorden.)
Ines Azrael Fischer, die den Vampirorden leitet, posiert neben Benecke als Expertin für alle möglichen Themen. Oder sie wird als Social-Media-Expertin bezeichnet, obwohl sie beruflich den Kosmetikerberuf erlernt hat. So hat sie die Menschen via Mainstream-Medien z.B. groß über Corona belehrt und uns klare Anweisungen gegeben, daß wir uns z.B. impfen lassen sollen usw. Allerorts hat sie sofort den Freipaß, jede politische Meinung von sich zu geben und die Türen in den Medien stehen ihr weit offen.
Ihr Mann Marc Benecke ist Vorsitzender der Deutschen Dracula-Gesellschaft. Er schreibt in seiner Buchserie "Vampire unter uns", Zitat: "Es gibt Vampire, die in unserer Gesellschaft untergetaucht sind, ich gehöre dazu." Marc Benecke ist vernetzt mit dem Vampir von Paris, Nico Claux, der zwei Menschen ermordet und gegessen hat und nun wieder auf freiem Fuß ist!! Er betreibt einen Online-Shop, wo er T-Shirts mit Serienkiller-Motiven verkauft. Im Knast hat er ein kannibalistisches Kochbuch geschrieben, das er auch fleißig verkauft. Dieser Nico Claux hat in Posts auf Social Media vor kurzem sogar noch Serienkiller hochgejubelt. Marc Benecke macht also ein völlig unkritisches, teilweise sogar humorvolles Interview mit diesem kannibalistischen Mörder, der sich als Vampir identifiziert.
Auf Beneckes Initiative wurde ein anderer Kannibale mit dem Spitznamen Dr. Fleischer in den "Nexus Noctis-Orden", den "Bluttrinkerorden", aufgenommen. Marc Benecke verkehrt also mit Kannibalen. Als der Mathelehrer Stefan R. vor Gericht stand, weil er Stefan T. getötet und dessen Leiche zerstückelt hat, um Teile davon zu essen, äußerte sich Kriminalbiologe

Marc Benecke in einer Pressemitteilung wie folgt: "Daß wir Kannibalismus als das Schlimmste, was es gibt, ansehen, hat mehr mit unserem eigenen Bedürfnis nach Abgrenzung als dem Schrecken der Sache zu tun. Wir wollen verdrängen, daß wir ebenfalls Lebewesen essen. Tiere essen und Menschen essen - vernünftig betrachtet besteht zwischen beiden kein Unterschied", schlußfolgert er.
Das ist absolute Opferverhöhnung. Überall verharmlost Marc Benecke den Vampirismus und gibt sich als unabhängiger Experten aus, der nur mal so in die Szene "reingeschaut hat". Daß er zur Szene gehört, verschweigt er in den entsprechenden Interviews geflissentlich.
Wie "harmlos" Vampirismus wirklich ist, deckt der investigative Journalist, Rechercheprofi und Redakteur Guido Grandt in seinem Blog auf. In einer schier endlosen Liste deckt er reale Vampirmorde am laufenden Band auf ... Dieser Marc Benecke ist überdies als "Kriminalbiologe" sofort zur Stelle, wenn irgendwo auf der Welt Leichenteile gestohlen werden oder große Tötungsverbrechen geschehen. Sofort wird er im Fernsehen interviewt und in den Printmedien zitiert als führende Kompetenz. Was hat er als bekennender Vampir und Vertrauter von kannibalistischen Mördern an diesen Tatorten zu suchen?? Daß er enge Verbindungen zum russischen Geheimdienst hat und eine Ausbildung in der FBI-Academy in den USA genoß, macht auch eher mißtrauisch … das erinnert sogar an die Vernetzungen von Epstein zu den Geheimdiensten …
Ein wichtiger Zeuge satanisch ritueller Gewalt - Viktor - sagt, daß bei Ermittlungen die Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft an den Tatorten einfach nichts finden und die Beweise kategorisch verschwinden. Wenn die Polizei z.B. Hausdurchsuchungen bei den Tätern durchführt, werden die Täter vorher informiert, weil es sich eben nicht um Einzeltäter handelt, sondern um gut organisierte und geschützte Gruppen, bei denen teilweise auch Polizei und Justizangehörige dabei sind. Die Staatsanwaltschaft behauptet dann im Abschlußbericht der Ermittlungen das Gegenteil.
Viktor führt weiter aus, daß das Schweizer Fernsehen SRF und die Printmedien eine aggressive Täterschutz-Kampagne führen, weil trotz aller Vertuschung durch unterwanderte Behörden immer mehr Schandtaten ans Tageslicht kommen. Viktors Fazit ist: Aufklärung ist wichtig! Schaut darum auch unbedingt meine Sendung "Skandal um SRF und Robin Rehmann - Satanic Panic" an (www.kla.tv/26202).
Aber nicht nur Beweismaterial verschwindet an den Tatorten, es werden auch Zeugen und Aktivisten, die solche Verbrechen aufdecken wollen, massiv unter Beschuß genommen, öffentlich lächerlich gemacht oder lahmgelegt.
Im Mißbrauchsskandal um das Kinderheim "Haut de la Garenne" auf der Kanalinsel Jersey wurden die polizeilichen Ermittler Lenny Harper und Graham Power von den Ermittlungen abgezogen. Sie wollten den über 60 Jahre lang verübten sexuellen Mißbrauch von Kindern, deren Folterungen und Ermordungen aufdecken. Die renommierte forensische Anthropologin Julie Roberts untersuchte unter anderem ein dort im Kinderheim durch Leichenspürhunde aufgespürtes Knochenfragment eines Kinderschädels.
Kurz darauf verschwand dieses Beweisstück und man verbreitete in den Medien, daß dies kein Kinderschädel, sondern die Schale einer Kokosnuß gewesen sei. Stuart Syvret, ein Minister des Kabinetts von Jersey, der die Hintergründe zum "Haute de la Garenne-Skandal" öffentlich machen wollte, wurde aufs Übelste diffamiert und man entzog ihm seinen Ministerposten.
An dieser Stelle schließe ich mich sehr gerne den Worten von Joachim Hagopians an. Er ist klinischer Psychologe, Therapeut und unabhängiger Journalist: "Ganz gleich, wie sehr sich die etablierten Institutionen, sei es die Justiz oder die Konzernmedien, bemühen, diese abscheuliche Realität des zügellosen sexuellen Kindesmißbrauchs zu leugnen, davon abzulenken und zu vertuschen - am Ende siegt immer die Wahrheit."
Genauso ist es, liebe Zuschauer. Am Ende siegt IMMER die Wahrheit. Darum ist es so essen-

tiell wichtig, daß die Überlebenden ihr Schweigen brechen. Ich danke den 385 Überlebenden und 212 Zeugen aus Blutsekte 1 - 3, daß sie den Mut hatten, das Schweigen zu brechen und Gesicht zeigten. Ihr seid die Helden unserer Zeit! Wir lieben und brauchen Euch.
(Nathan Reynolds:) "Es braucht nur eine Generation, um diesen Kreislauf zu durchbrechen. Deshalb habe ich das getan. Deshalb führe ich diesen Krieg. Ich versuche, ein lebendiger Zeuge für die Menschen zu sein, wie man dagegen kämpfen kann. ... Du bist dazu gemacht, mutig zu sein."
(Dea Heibel:) "Nur wenn wir das Schweigen brechen, kann das aufhören. ... Und nur dann kommt das wirklich ans Licht. Und es gibt auch den Mut, anderen Überlebenden, weiterzuleben. ... Heilung ist möglich. Und ich möchte einfach ein mutiges Beispiel sein und ein gutes Beispiel, ein leuchtendes Beispiel für alle, die noch in dem Heilungsprozeß sind und noch ganz tief in dem Tal der Tränen stecken. ... Aber Heilung ist möglich. Und dann hast du ein erfülltes Leben mit einem Tiefgang und Höhenflügen und einer Fülle, die ist, ja, wunderbar. Das ist ein Geschenk. Das Leben ist ein Geschenk."
Vielen Dank, liebe Dea Heibel für diese ermutigenden Schlußworte.
Damit sind wir am Ende unserer Dokumentation angelangt. Mein Appell an Euch alle ist: Kehren wir zurück zu unserem "Navigationssystem des LEBENS". Halten wir uns unbedingt an die Lichtträger, von denen hochführende KRAFT ausgeht. EGAL was man über sie z.B. in den Medien sagt oder was Verleumder von sich geben. Lernen wir wieder, auf unser Herz zu hören und die ENERGIE zu spüren, ob es uns HOCHHEBT oder NIEDERZIEHT, was von den Menschen ausgeht, bevor wir uns gegen einander aufhetzen lassen. Denn wenn sich alle lichtvollen Seelen verbinden, hat die Blutsekte KEINE CHANCE mehr und ist besiegt.
(Birgit Doll:) "Ja, die Zeit ist reif. Die Zeiten, die werden sehr, sehr stürmisch werden für diese archontischen (= böswillige Engelwesen / Geistwesen, die sich Gott entgegenstellen und die Welt in Verderbnis stürzen möchten) Wesen. Und das ist keine Drohung. Wir schreiben Geschichte. Und diese Geschichte wird diesmal gut ausgehen."<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Pädo-Hollywood: Der tote Whistleblower**
Von *Daniell Pföhringer*
Der Diddy-Skandal läßt das Showbiz zittern - zumal auch Sex-Orgien mit Minderjährigen im Raum stehen. Schauspieler Isaac Kappy packte schon früh über pädophile Strukturen in Hollywood aus - und stürzte von einer Brücke in den Tod. In COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood" haben wir seine Aussagen und die anderer Whistleblower dokumentiert. …
Arizona, 13. Mai 2019: Der Schauspieler Isaac Kappy stürzt von einer Brücke über der Interstate 40 nahe Bellemont. Ein vorbeifahrendes Auto erfaßt ihn, er ist sofort tot. Bekannt geworden war der Mime vor allem durch die Serie "Breaking Bad", aber auch durch Hollywood-Produktionen wie "Thor" oder "Terminator: Die Erlösung".
Die Münchner TZ vermeldete seinerzeit zum Tod des Schauspielers:
"Isaac Kappy soll sich selbst das Leben genommen haben, heißt es. Ursache sind möglicherweise Schlagzeilen aus dem vergangenen Jahr. Zunächst hat er seinen Schauspielkollegen Seth Green, der unter anderem aus der Fernsehserie 'Buffy - Die Vampirjägerin' bekannt ist, und den Regisseur Steven Spielberg wiederholt beschuldigt, ihn sexuell belästigt zu haben."
Tatsächlich sagte Kappy in dem Clip, den er wenige Tage vor seinem Tod veröffentlichte: "Dies wird wahrscheinlich mein letztes Video sein." Er fügte jedoch hinzu: "Ich bin nicht selbstmordgefährdet." Zuvor hatte er seinen gesamten Instagram-Verlauf gelöscht und eine Botschaft mit ominöser Überschrift abgesetzt: "Vorsicht vor dem Mann, der nichts zu verlieren hat, denn er hat nichts zu schützen."
Steven Spielberg, Tom Hanks und Oprah Winfrey
In einem neuen Youtube-Video hat der Kanal Flex Doku den mysteriösen Todesfall Ende letz-

ten Jahres noch einmal aufgerollt und legt ausführlich dar, welche Hollywood-Stars und Showgrößen er des sexuellen Mißbrauchs und der Pädophilie bezichtigt hat. Einige davon dürften sich auch auf den Gästelisten der wilden Sex-Orgien wiederfinden, die der Rap-Mogul, Produzent und Schauspieler P. Diddy alias Puff Daddy veranstaltet hat.
In dem Clip mit dem Titel "Hollywoods Geheimnisse: Mysteriöser Tod nach Enthüllungen" sieht man unter anderem, wie Kappy der schwarzen Talkshow-Moderatorin Oprah Winfrey vorwirft, eine "Sklavenhändlerin" zu sein. "Warum hat sie wohl diese Schule in Südafrika?", fragt der Schauspieler in einem Videoausschnitt. Dazu wird ein Film eingespielt, in dem Oprah darüber sinniert, wie "gut" es sich anfühle, den "Penis eines Siebenjährigen zu streicheln".
Solcherlei unfaßbare Aussagen von Showbiz-Größen aus Amerika gibt es zuhauf - doch niemand geht der Sache auf den Grund. Außer Youtubern wie Flex Doku und COMPACT mit seiner Spezial-Ausgabe "Satan, Pop und Hollywood - Wie der Teufel Film und Musik erobert hat". Darin lesen Sie über Isaac Kappy und seine Enthüllungen:
"In seinem angeblichen Abschiedsbrief schrieb der Schauspieler, er sei 'kein guter Kerl' gewesen, und verglich sich mit Judas Iskariot. Er bezog sich auf die QAnon-Bewegung und seine Versuche, die Pädo-Elite im Showbiz zu entlarven. Via Youtube und in den sozialen Medien hatte Kappy mehrere Hollywood-Stars der Pädophilie und des rituellen Kindesmißbrauchs beschuldigt, darunter Steven Spielberg - und Tom Hanks."
Und weiter: "Hanks postet seit einigen Jahren bizarre Fotos von angeblich zufällig auf dem Boden gefundenen Handschuhen, Schuhen oder Stiefeln, versehen mit seltsamen Bildunterschriften. Laut Kappy sollen die Gegenstände Kinder symbolisieren, die von pädophilen Elitennetzwerken entführt oder getötet wurden."
Was in diesem Zusammenhang besonders mysteriös - einige meinen auch verräterisch - erscheint: Ungefähr einen Monat vor dem Tod des Whistleblowers veröffentlichte eben dieser Tom Hanks das Bild eines Handschuhs auf der früheren Route 66 - mit dem Kommentar: "Historische Route 66. Verkehrstod? Ich hoffe nicht! Hanx." Die Interstate 40, auf der Kappy starb, ersetzt einen Teilabschnitt des legendären Highways… An einen Zufall wollen hier manche nicht glauben.
P. Diddy und andere Kinderschänder im Showbusiness: In COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood" reißen wir den Tätern die Maske vom Gesicht - und enthüllen die okkulte Agenda der Film- und Musikindustrie. Diese Ausgabe ist nichts für schwache Nerven!<<

27.10.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Oktober 2024 (x1.412/…): >>**ZDF-Fernsehrat bestätigt Position: Rassismus gegen Weiße gibt es nicht**
Es gäbe keinen Rassismus gegen Weiße, behauptet eine ZDF-Sendung. Ein Zuschauer beschwert sich - doch der Fernsehrat bleibt bei der umstrittenen Haltung. Der ÖRR erklärt außerdem: "Nicht jegliche Beleidigung entlang von Kultur und Nationalität ist rassistisch".
Von *Redaktion*
... Der ZDF-Fernsehrat hat offiziell erklärt, daß es Rassismus gegen Weiße als Phänomen für den Sender nicht gäbe. Grund für die Klarstellung ist die Programmbeschwerde eines Bürgers. Dieser störte sich an einer Sendung des ZDF-Formats "unter anderen", die Ende 2023 ausgestrahlt wurde. Darin sprechen drei schwarze Menschen über Rassismus. In der Sendung heißt es: "Rassismus gegen Weiße gibt es nicht."
Das ZDF reagierte auf die Programmbeschwerde - rückte jedoch nicht von der ideologischen Position ab. Zwar erkennt der Fernsehrat an, daß "die Pauschalität" dieser Aussage "der Komplexität des Themas nicht gerecht wird". Dennoch hält man daran fest: Eine Diskriminierung von weißen Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe gäbe es nicht.
"Wenn Experten von Rassismus sprechen, dann meinen sie damit meist eine historisch ge-

wachsene, strukturell verankerte und systematische Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder Herkunft ... In der Forschung wird Diskriminierung gegen Weiße hierzulande deswegen meist nicht als Rassismus definiert." Eine entsprechende Erklärung habe man auch in der beanstandeten Sendung eingefügt, erklärt der ZDF-Fernsehrat. Er beruft sich dabei auf "Experten" und "Forschung", deren Thesen relativ neu, vor allem aber politisiert und hochumstritten sind.
Quasi gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird diese umstrittene Definition nichtsdestotrotz vertreten. Das WDR-Format Quarks erklärte zum Beispiel ebenfalls im Dezember 2023: "Nicht jegliche Beleidigung entlang von Kultur und Nationalität ist rassistisch". Soll heißen - nicht, wenn sie sich gegen weiße Menschen richtet.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Oktober 2024 (x1.412/…):
>>**Ex-Kanzlerin abgekanzelt: The Economist geht mit Merkel hart ins Gericht**
Merkels Memoiren ziehen bereits vor Veröffentlichung kritische Blicke auf sich. Der Economist sieht in den Memoiren wenig Selbstkritik und erwartet einen defensiven Ton: Denn wer Europas Miseren erklären wollte, müsse auf Frau Merkel schauen.
Henry Albrecht
... Angeblich immer alles "vom Ende her gedacht"? Angela Merkel wird im Economist das genaue Gegenteil attestiert.
Im November erscheint das neue Buch der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel unter dem Titel "Freiheit. Erinnerungen 1954 - 2021". Während deutsche Medien sich weitgehend zurückhalten, wagt das britische Wirtschaftsmagazin The Economist mit einer ersten Prognose jedoch bereits einen Blick auf das kommende Buch - und formuliert eine ernüchternde Einschätzung.
In seiner Kolumne "Charlemagne" spekuliert der Economist, daß die Memoiren nicht mit der typischen Glorifizierung eines politischen Erbes aufwarten werden. Statt dessen erwartet das Blatt einen "eher defensiven Ton" und wenig spektakuläre Enthüllungen.
Es werde allenfalls ein paar diplomatische Seitenhiebe auf politische Gegner geben, jedoch keine umfassende Rechtfertigung oder gar Selbstkritik. Dabei sieht das Magazin erheblichen Aufklärungsbedarf, der sich aus den vielen Ungewißheiten und Widersprüchen in Merkels Kanzlerschaft ergibt.
Besonders scharf geht der Economist mit der merkelschen Wirtschaftspolitik ins Gericht, der er eine strategische Tatenlosigkeit zuschreibt. Die Wochenzeitung wirft der Altkanzlerin vor, die deutsche Wirtschaft zwar stabilisiert, aber kaum zukunftsweisende Reformen eingeleitet zu haben. Ihre "Durchwurschtel-Politik" - ein Begriff, den das Blatt bewußt wählt - habe für kurzfristigen Ausgleich gesorgt, aber langfristige Strukturen vernachlässigt.
Diese Politik der kleinen Schritte hat, so die Analyse, dazu beigetragen, daß Deutschland erneut als "der kranke Mann Europas" bezeichnet werden könnte - ein Prädikat, das der Economist bereits vor 25 Jahren verlieh und das heute wieder an Aktualität gewinnt. Der Grund hierfür sei, daß Merkels Kurs oft auf das Bewahren und Abwarten setzte, während andere europäische Volkswirtschaften in Innovations- und Investitionsinitiativen voranschritten. Somit stehe Deutschland trotz seiner Stabilität auf einem zunehmend brüchigen Fundament.
Ein wiederkehrendes Thema in der Economist-Analyse ist die kritische Einschätzung der Langzeitfolgen ihrer Politik für Deutschland und Europa. Besonders auffällig sei laut dem Magazin, wie Merkels Entscheidungen zu drei zentralen Abhängigkeiten geführt hätten: Deutschlands militärische Sicherheit, die Wirtschaftsbeziehungen zu China und die Energieversorgung durch Rußland.
Während die USA als unverzichtbarer Partner Deutschlands Sicherheit absichern, sichert China den Wirtschaftsmotor über den Exportmarkt, und die russische Gasversorgung hält nach wie vor das deutsche Energiesystem am Laufen. Diese "Merkel-Trias" der Verwundbarkeit

stellt nach Einschätzung des Economist eine bittere Hinterlassenschaft dar, die Deutschland in Krisenzeiten große Probleme bereite. Vor allem angesichts des Ukraine-Konflikts und der zunehmenden globalen Spannungen mit China erweist sich diese Konstellation als potentiell destabilisierend.
Die Zurückhaltung Merkels bei der Krisenbewältigung und ihre Neigung, Entscheidungen lange hinauszuzögern, beschreibt das Economist-Magazin treffend mit dem Begriff "Merkeln". Dies sei Merkels politische Handschrift, die sie insbesondere auf EU-Gipfeln in Perfektion praktiziert habe: Dringliche Entscheidungen wurden oftmals in die Zukunft vertagt, die Handlungsoptionen aufgeschoben, was den Zusammenhalt der Europäischen Union jedoch schrittweise untergraben habe.
Auch in Deutschland selbst sieht der Economist erhebliche Defizite, die aus den Fiskalentscheidungen unter Merkel resultieren. Während die Schuldenbremse zu ihrer Amtszeit fest verankert wurde, verpaßte es die Regierung, die Phase der Null-Zins-Politik für dringend nötige Investitionen zu nutzen. Deutschland habe sich also mit einem restriktiven Sparkurs zwar finanziell abgesichert, aber es verpaßt, die Infrastruktur für das 21. Jahrhundert fit zu machen. Statt dessen stürzen in Deutschland nun buchstäblich Brücken ein, und das Bahnsystem, so die Beobachtung des Magazins, befindet sich in einem immer schlechteren Zustand.
Der Schlußsatz der Economist-Kolumne fällt entsprechend drastisch aus: "Diejenigen, die sich fragen, wie Europa in die gegenwärtige Misere geraten ist, werden zu Recht auf die Amtszeit von Frau Merkel schauen."<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 27. Oktober 2024 (x1.415/…): >>**Habeck präsentiert sich offen als Oberzensor und Demokratiefeind**
Herbert Ludwig
Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist der Vorgesetzte seines grünen Parteifreundes Klaus Müller, des Chefs der Bundesnetzagentur. Dieser ist die Aufgabe der zentralen Koordinierungsstelle für die Durchsetzung der Zensur in den Online-Plattformen übertragen, die nach dem "Digitalen Services Act" der EU auch in Deutschland erfolgen soll. Daß Müllers totaler Krieg gegen die Meinungsfreiheit, über den in einem vorigen Artikel berichtet wurde, Habecks volle Rückendeckung hat, offenbarte dieser jetzt in einem Vortrag bei der "Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik". Diese angebliche "Denkfabrik" ist das Pendent des "Council on Foreign Relations" der USA, dessen elitäre Mitglieder die Außenpolitik der Regierung bestimmen.
Zunächst der volle Wortlaut des kurzen Ausschnittes aus Habecks Rede:
"Und ich will keinen Hehl daraus machen, daß ich glaube, daß diese unregulierte Form von diesen sozialen Medien inzwischen nicht mehr akzeptabel ist. Wir müssen meiner Ansicht nach schärfer und konsequenter darauf achten, daß die Algorithmen erstens transparent gemacht werden und zweitens dann auch so reguliert werden, daß nicht der Raum der Demokratie - also das Soziale an den sozialen Medien, die natürlich auch starke Seiten haben - unmöglich gemacht wird.
Wir können am Ende nicht zulassen als liberale Demokratien, daß Milliardäre, die in den USA Donald Trump unterstützen, mit ihrer Vorstellung von Kommunikation oder chinesischer Technik - die ja in China selbst verboten ist oder reguliert ist - den Diskurs in Europa definiert. Das wäre wirklich blind. Deswegen ist Polarisierung nicht einfach nur so ein Schlagwort über den Zustand der Gesellschaft, sondern es ist meiner Ansicht nach ein politischer Auftrag, genau hinzugucken, wie die Polarisierung entsteht.
Und wenn sie - und das ist der zweite Punkt über Polarisierung, über den wir reden müssen - wenn sie bewußt eingesetzt wird, um eine Gesellschaft zu destabilisieren - und zumindest den Gedanken muß man zulassen in dieser Zeit - dann haben wir jeden Grund, uns politisch dagegen zu wehren und diese wehrhafte Demokratie auch bei den sozialen Medien fortzusetzen.

Dafür gibt es jede Menge Möglichkeiten. Vielleicht sind sie noch nicht ausreichend, aber eine scharfe Anwendung des DSA, des Digital Service Act ist das Mindeste, was wir in Deutschland brauchen."
Übertragen wir das Wesentliche aus den Orwellschen Verschleierungen in das, was gemeint ist, so sagte Habeck:
Die unzensierte Form der sozialen Medien ist nicht mehr akzeptabel. Es muß staatlich so zensiert werden, daß in den sozialen Medien nur noch soziale, d.h. mehr oder weniger private Dinge ausgetauscht werden, nicht aber politische Meinungen, welche gegen die Regierung (gegen unsere liberale Demokratie) gerichtet sind und zur Polarisierung, d. h. zu unterschiedlichen Meinungen führen und die "Gesellschaft destabilisieren", d.h. die Herrschaft der jetzt führenden Parteien gefährden. Dagegen muß eine "wehrhafte Demokratie", d.h. die jetzige Regierung, vorgehen, damit sie nicht abgelöst wird.
Dafür ist die scharfe Anwendung des "Digital Services Act" (DSA), also die großflächige Löschung und damit Einschränkung der Meinungsfreiheit erst mal das Mindeste. Aber es gibt ja noch jede Menge weiterer Möglichkeiten, die Meinungsfreiheit und damit die Grundlage der Demokratie zu beseitigen.
Erinnern wir uns, was demgegenüber im Grundgesetz steht: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten … Eine Zensur findet nicht statt." (Art. 5 GG)
Und das Bundesverfassungsgericht urteilt dazu grundlegend: Mit Beschluß vom 11.04.2024 - 1 BvR 2290/23 - stellte es fest, dem Staat komme "kein grundrechtlich fundierter Ehrenschutz zu", der Staat habe "grundsätzlich auch scharfe und polemische Kritik auszuhalten". Der Schutz staatlicher Einrichtungen dürfe nicht dazu führen, daß diese gegen "öffentliche Kritik" abgeschirmt würden.
Mit Beschluß vom 28.11.2011 - 1BvR 917/09 hielt das Bundesverfassungsgericht das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung für so wichtig, daß es ihm einen weiten Rahmen beimaß:
"Vom Schutzbereich der Meinungsfreiheit umfaßt sind zum einen Meinungen, das heißt durch das Element der Stellungnahme und des Dafürhaltens geprägte Äußerungen. Sie fallen stets in den Schutzbereich von Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG, ohne daß es dabei darauf ankäme, ob sie sich als wahr oder unwahr erweisen, ob sie begründet oder grundlos, emotional oder rational sind, oder ob sie als wertvoll oder wertlos, gefährlich oder harmlos eingeschätzt werden (vgl. BVerfGE 90, 241, 247; 124, 300, 320).
Sie verlieren diesen Schutz auch dann nicht, wenn sie scharf und überzogen geäußert werden (vgl. BVerfGE 61, 1, 7 ff.; 90, 241, 247; 93, 266, 289). Der Meinungsäußernde ist insbesondere auch nicht gehalten, die der Verfassung zugrunde liegenden Wertsetzungen zu teilen, da das Grundgesetz zwar auf die Werteloyalität baut, diese aber nicht erzwingt (vgl. BVerfGE 124, 300, 20). Neben Meinungen sind vom Schutz des Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG aber auch Tatsachenmitteilungen umfaßt, soweit sie Voraussetzung für die Bildung von Meinungen sind beziehungsweise sein können. ...
Allein die Wertlosigkeit oder auch Gefährlichkeit von Meinungen als solche ist kein Grund, diese zu beschränken ...
Bei Staatsschutznormen ist dabei besonders sorgfältig zwischen einer - wie verfehlt auch immer erscheinenden - Polemik auf der einen Seite und einer Beschimpfung oder böswilligen Verächtlichmachung auf der anderen Seite zu unterscheiden, weil Art. 5 Abs. 1 GG gerade aus dem besonderen Schutzbedürfnis der Machtkritik erwachsen ist und darin unverändert seine Bedeutung findet."
Der Rechtswissenschaftler Prof. Christian Hillgruber schreibt: "Das Grundgesetz gewährleistet Meinungsfreiheit in denkbar weitestem Umfang. Kaum ein anderes Grundrecht hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in gleicher Weise geradezu hymnisch gefeiert.

Das Grundrecht der Meinungsfreiheit ist als unmittelbarer Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt. Für eine freiheitlich demokratische Staatsordnung ist es schlechthin konstitutiv, denn es ermöglicht erst die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist. Es ist in gewissem Sinne die Grundlage jeder Freiheit überhaupt."
https://www.jstor.org/stable/24768340
Halten wir uns insbesondere das letzte Zitat des Bundesverfassungsgerichts vor Augen, wird vollkommen offensichtlich, daß Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und seine Gesinnungsgenossen und Mittäter mit dem Kampf gegen die Meinungsfreiheit die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes überhaupt bekämpfen.
Sie sind Verfassungsfeinde und gehören Parteien an, von denen es in Art. 21 Abs. 2 GG heißt: "Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, … sind verfassungswidrig."
Die Grünen, die SPD, die FDP, die diese Bundesregierung tragen, sind verfassungswidrige Parteien und gehören vom Bundesverfassungsgericht verboten.
Die generelle moralische Diskreditierung von "Haßreden" - die sich zumeist gegen die Lügen und Rechtsverletzungen der Regierung richten - ist der Trick, vom eigenen Haß gegen die Kritik an der Regierung abzulenken, der sich selbstverständlich in dem Krieg gegen die Meinungsfreiheit ausdrückt. Das psychologisch zu beachten, ist sehr wichtig.
Siehe näher: https://fassadenkratzer.de/2024/10/25/die-zensur-von-hassrede-im-netz-ist-der-hass-auf-die-wahrheit/<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Abschied vom Sternenhimmel: Der Preis für Starlink-Internet?**
Eine überall gut funktionierende Internet-Verbindung ist zweifellos erstrebenswert. Doch welchen Preis zahlen wir dafür?
Von *Hans-Jörg Müllenmeister*
Demnächst verändern an die 50.000 Satelliten im erdnahen Orbit nicht nur die Sicht auf unseren Nachthimmel. Sie beeinträchtigen die Beobachtung mit optischen Teleskopen, erzeugen erneut Weltraumschrott und erhöhen das Kollisionsrisiko im All. Jede neue Innovation bringt auch ihre Schattenseiten mit sich. Auch die sollte bedacht werden. Muß denn jede Innovation eilfertig ausgebrütet werden - wie die des Hightech-Gurus Elon Musk - ohne an die Nachfolgelasten zu denken?
Welches Unternehmen steckt hinter den "künstlichen" Sternen?
Das bekannte Volkslied fragt: "Weißt du, wieviel Sternlein stehen an dem blauen Himmelszelt" Doch in Zukunft könnte sich das drastisch ändern. Schon jetzt wundern sich viele Menschen, wenn plötzlich am Himmel artfremde Lichter wie eine erleuchtete Perlenkette entlang fliegen. Aber nein, es sind weder UFOs noch Sternschnuppen - es sind Satelliten, genauer gesagt: Starlink-Satelliten von Elon Musk.
Unternehmen SpaceX
Hinter diesen "künstlichen Sternen" steckt das Unternehmen SpaceX, daß mit einer beeindruckenden Dringlichkeit und dem kühnen Ziel agiert, die menschliche Präsenz im gesamten Sonnensystem auszudehnen. Ein weiteres ehrgeiziges Ziel ist es, globales mobiles Breitband bereitzustellen. Dies geschieht durch das Satelliten-Netzwerk Starlink, das speziell für Nutzer entwickelt wurde, die ohne Satellit keinen Internetzugang haben.
Allerdings hat dieser Service einen hohen Preis. In Deutschland kostet der Zugang zu Starlink etwa 45 Euro pro Monat plus Hardwarekosten von 500 Euro. Trotz der hohen Kosten ist die Nachfrage groß, da es für viele Menschen in abgelegenen Gebieten die einzige Möglichkeit ist, eine stabile Internetverbindung zu erhalten.

Elon Musk selbst hält einen geschätzten Mehrheitsanteil von 54 % an SpaceX. Mit einer Bewertung von rund 210 Milliarden US-Dollar ist SpaceX das zweitwertvollste Startup der Welt. Starlink, betrieben von der hundertprozentigen Tochtergesellschaft Starlink Services, LLC, deckt über 100 Länder und Territorien ab und bietet so weltweit Internetzugang.
Mit 6697 Starlink-Satelliten im Erdorbit (Stand Juli 2024) ist SpaceX der mit Abstand größte Satellitenbetreiber weltweit. Insgesamt bestehen Genehmigungen für den Start von maximal 19.427 Satelliten sowie Anträge von SpaceX für nochmals bis zu 22.488 Satelliten. Was für ein Getümmel gäbe es da am Himmel!

Und so funktioniert Starlink

Herkömmliche geostationäre Satelliten-Internetdienste umkreisen die Erde parallel zum Äquator in einer Höhe von etwa 35.800 Kilometern. In dieser Höhe sind Umlaufgeschwindigkeit des Satelliten und Rotationsgeschwindigkeit der Erde identisch, so daß der Satellit für einen Beobachter auf der Erde ortsfest, also geostationär, erscheint. In dieser Höhe brauchen die Satelliten genau 24 Stunden (86400 s), um die Erde einmal zu umrunden. Das ist auch die Zeit, die unsere Erde benötigt, um sich einmal um ihre eigene Achse zu drehen.
Dies führt zu sehr hohen Signallaufzeiten (auch Latenzzeit genannt) für den Hin- und Rückweg zwischen den Anwendern und Satellit. Das macht die Unterstützung von Streaming (strömende Medien), Online-Gaming (Video-Spielen), Videoanrufen oder anderen Aktivitäten mit hohen Datenraten nahezu unmöglich.
Starlink dagegen, eine Konstellation von Tausenden von Satelliten, umrunden die Erde in einer Höhe von etwa 550 km und sie decken nachrichtentechnisch den gesamten Globus ab. Da sich die Starlink-Satelliten mit jeweils 206 kg Gewicht in einer niedrigen Umlaufbahn von etwa 500 km befinden, ist die Signallaufzeit deutlich geringer - etwa 25 ms gegenüber mindestens 600 ms plus x. In nur knapp 90 Minuten umrunden sie den Globus mit einer Geschwindigkeit von 30.000 km pro Stunde.
Starlink ist die weltweit erste und größte Satellitenkonstellation, die eine so niedrige Erdumlaufbahn nutzt, um Breitband-Internet zu liefern, das Streaming, Online-Gaming, Videoanrufe und mehr ermöglicht. Die Satelliten versperren dabei die freie Sicht auf unsere Sterne. Unsere ehrwürdige Sternen-Konstellation wird von ihnen überstrahlt, denn schon bald sollen bis zu 42.000 dieser "Licht-Schmutzfinke" unseren Globus umkreisen. Spätestens dann wären eine astronomische Forschung wegen der Lichtreflexionen ihrer Satelliten-Solarzellen nicht mehr möglich.

Satellitenkonstellation, hohe Internet-Geschwindigkeit

Starlink besteht aus Tausenden von kleinen Satelliten, die in niedriger Erdumlaufbahn operieren. Diese Satelliten arbeiten zusammen, und bilden ein globales Netzwerk.
Die hohe Internet-Geschwindigkeit von Starlink kann bis zu 150 Mbps erreichen. Das sind 150 Megabyte pro Sekunden: eine Einheit für den Transfer von Daten zu einem Storage-Gerät. Gemeint sind Speichergeräte für digitaler Daten, wie USB-Stick's, Speicherkarten, CDs, DVDs, externe Festplatten und Magnetbänder. Der Clou sind vor allem die kurzen Laufzeiten von nur etwa 20 bis 40 ms.

Trotz aller Vorteile, die Starlink bringt - es entsteht Weltraummüll

Das Entsorgen der Satelliten am Ende ihrer Lebensdauer stellt eine Herausforderung dar, da sie regelmäßig als Weltraummüll enden und das Risiko von Kollisionen im All erhöhen. Durch den niedrigen Satelliten-Orbit müssen sie sich schnell bewegen und regelmäßig ersetzt werden. Das erfordert eine kontinuierliche Produktion und den Start neuer Satelliten. Aber mit der zunehmenden Satelliten-Anzahl im Weltraum steigt das Risiko von Kollisionen und Interferenzen mit anderen Satelliten und Weltraummüll. SpaceX muß Maßnahmen ergreifen, um diese Risiken zu minimieren. Das Unternehmen arbeitet daran, die Satelliten weniger reflektierend zu machen, um die Lichtverschmutzung zu minimieren.

Bereits jetzt vagabundieren geschätzt über 128 Millionen kleine Schrott-Teile, die zwischen einem Millimeter und einem Zentimeter groß sind, um die Erde. 900.000 Schrott-Teile sind zwischen einem und zehn Zentimeter groß und 34.000 Teile sind über zehn Zentimeter groß.

Und was ist mit unserer Atmosphäre und Ozonschicht?

Natürlich läßt sich ein funktionsunfähiger Satellit durch Abstürzen auf die Erde aus dem Weg räumen - gezielt oder es passiert irgendwann von alleine. Die Reibungshitze beim Wiedereintritt in die Atmosphäre läßt den Satelliten "verdampfen", hauptsächlich das Satellitenmaterial aus Aluminium; es zerfällt es in seine Atome. Diese Aluminiumatome können dann mit anderen in der Atmosphäre vorhandenen Gasen reagieren. Eine mögliche Reaktion ist die Bildung von Aluminiumoxid, dessen Auswirkungen auf die obere Atmosphäre/Ozonschicht ist noch ungeklärt.

Wie wirkt sich ein Sonnensturm auf Satelliten aus?

Ein Sonnensturm sind geladene Partikel von der Sonne, die in Richtung Erde strömen. Im Februar 2022 wurden beispielsweise 38 neu gestartete Starlink-Satelliten durch so einen Sonnensturm beschädigt und konnten so ihre Soll-Position nicht erreichen. Innerhalb von zwei Wochen stürzten alle zur Erde zurück.

Noch bevor die Schockwellenfront die Erde erreicht, können Sonnenstürme bereits Schäden an Satelliten verursachen. Dies geschieht nicht nur durch Induktionsströme, sondern auch durch lokales Aufheizen und draus resultierende Verformung der oberen Erdatmosphäre. Dies führt zu einem erhöhten Luftwiderstand für Satelliten in niedrigen Orbits, was Bahnänderungen oder erhöhter Treibstoffverbrauch zur Folge hat.

Störung des Nachthimmels und der Astronomie

SpaceX stattete bisher mehr als 4500 Starlink-Satelliten mit Abdunklungsschirmen aus. Da diese die Laserverbindungen zwischen neueren Starlink-Satelliten stören, wurden sie durch sogenannte dialektische Spiegeln ersetzt; diese haben ein winkelabhängiges hohes Reflexionsvermögen.

Latente Gefahrenquelle im All

In Anbetracht des rasant wachsenden Weltraummülls wäre es aus Sicherheitsgründen ratsam, von einem Raketenstart zum Mars abzusehen. Das ambitionierte Lieblingsprojekt des geschätzten Mr. Elon Musk, sein erster Raketenstart zum Mars, könnte mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits vor dem Eintritt in den Weltraum scheitern.

Man bedenke: In der niedrigen Erdumlaufbahn bewegen sich Trümmerteilchen der Starlink-Satelliten typischerweise mit einer Geschwindigkeit von 7 bis 8 km/s. Die kinetische Energie eines Weltraum-Schrottteilchens ist wesentlich höher als die spezifische Zerstörungskraft einer gleich schweren Gewehrkugel. Die Munition ist aber aufgrund ihrer Konstruktion und Masse zielgerichtet auf maximale Zerstörungskraft getrimmt.

Die kinetische Energie eines Trümmerteilchens mit der Geschwindigkeit von typischen 8 km/s in der niedrigen Erdumlaufbahn und mit der Masse einer Gewehrkugel, beträgt nach der Formel (E = 1/2 m v hoch 2) etwa 288 Joule. Das ist immerhin nominal 1,85-mal höher als der IQ des Vaters aller Mars-strebenden Gedanken.

Bedenklich wäre dieses worst-case-Szenario

Käme es im All zu einer katastrophalen Kettenreaktion der Trümmerteilchen, würde keine Rakete mehr unbeschadet durch das Trümmerfeld kommen. Doch das wäre nicht einmal das Schlimmste: Es käme zum Verlust aller Satelliten, die unser Leben beeinflussen. Kein GPS mehr - Schiffe und Flugzeuge würden zeitweise stillgelegt, die Telefonie wäre eingeschränkte, und der Güterverkehr käme zum Erliegen.

Ein Balanceakt zwischen Hightech und Verantwortung für das Leben

Es ist entscheidend, daß wir die richtige Balance zwischen technologischem Fortschritt und dem Schutz unseres Himmels finden. Innovationen wie Starlink haben das Potential, unser

Leben erheblich zu verbessern, doch wir müssen auch die Verantwortung tragen, die damit einhergeht. Nur so können wir sicherstellen, daß der Sternenhimmel auch für zukünftige Generationen ein Ort des Staunens und der Inspiration bleibt.
Unser Nachthimmel, einst Symbol der Unendlichkeit, sollte nicht durch tausende Störobjekte durchzogen sein. Noch schlimmer: Die latente Gefahr von Trümmerstücken im Orbit könnte die zukünftige Weltraumfahrt zu einem Alptraum machen, ja sogar unmöglich. Der Traum vom Marsbesuch, bei dem Starlink nur der finanzielle "Steigbügelhalter" der ersten Marsmission ist, könnte dann ausgeträumt sein. Dieser Steigbügelhalter könnte sich als Bumerang erweisen.
Poetisch meinen wir: Laßt wieder Sterne durch das Meer der Nacht gleiten, so wie wir durch das Leben.
Und wie schon unser erster Bundeskanzler Konrad Adenauer sagte: "Wir leben alle unter dem gleichen Himmel, aber wir haben nicht alle den gleichen Horizont." Diese Worte erinnern uns daran, daß wir mit Weitsicht und Verantwortung handeln müssen, um unseren Himmel zu bewahren.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**E-Auto: Das Märchen vom Superakku**
Auch wenn wir es in 200 Jahren Batterieentwicklung geschafft haben, die Energiedichte von Akkumulatoren zu verfünffachen, sind alle Nachrichten über neue Superakkus nur reine Propaganda. Kaum ein Stoff kann die Energiedichte von fossilen Treibstoffen überbieten.
Von *Jonny Chill*
Vor über 200 Jahren erfand der Italiener Alessandro Volta mit der "Voltasäule" die erste funktionierende Batterie. Die Volta'sche Säule konnte zwar experimentell Strom produzieren, aber in so geringem Ausmaß, daß sie keine praktische Anwendung hatte. 1836 entwickelte dann John Frederic Daniell in England mit dem Daniell-Element die erste leistungsfähige Batterie, die auch tatsächlich in Telegraphengeräten ihre Anwendung fand.
23 Jahre später, im Jahr 1859, erfand der Franzose Gaston Planté die Bleibatterie. Diese war nicht nur als erster Akkumulator wieder aufladbar, sondern auch noch ausgesprochen günstig zu produzieren. Noch 180 Jahre später verwenden wir genau dieses Konzept als Starterbatterien in unseren Autos für den bis vor kurzem unschlagbaren Preis von ca. 0,14 €/Wh (Wattstunde). Der Nachteil der Bleiakkumulatoren ist allerdings die niedrige Energiedichte pro Kilogramm. Mit 30-40 Wh/kg wird sie daher nur in Fahrzeugen oder Notstromsystemen eingesetzt.
Die nächste wiederaufladbare Batterie war die Nickel-Cadmium-Batterie, die 1899 von dem Schweden Waldemar Jungner erfunden wurde. Diese war zwar mit 0,33-1 €/Wh deutlich teurer als die Bleibatterie, hatte aber mit 40-60 Wh/kg eine signifikant höhere Energiedichte. Daher wurden noch bis ins Jahr 2008 die meisten tragbaren Anwendungen wie Elektrowerkzeuge, mit NiCd-Batterien betrieben. Danach wurden sie durch die EU größtenteils verboten, da Cadmium als giftiges Schwermetall gilt.
Schlechte Energiedichte
Fast 100 Jahre lang tat sich wenig in der Entwicklung der wiederaufladbaren Batterie, bis im Jahr 1991 Akira Yoshino in Japan die Lithium-Ionen-Batterie entwickelte. Mit 90-100 Wh/kg war die Energiedichte fast verdoppelt im Vergleich zur NiCd-Batterie, allerdings waren die Kosten zu Beginn mit 1-1,2 €/Wh noch sehr hoch. Die Entwicklung der Lithium-Ionen-Batterie wurde in den letzten 30 Jahren massiv vorangetrieben, bis zu einer Energiedichte von 250-300 Wh/kg. Aufgrund der weiten Verbreitung sank der Preis pro Wh massiv auf 0,10-0,15 €/Wh, was sie inzwischen so günstig wie eine Bleibatterie macht.
Bei der Weiterentwicklung der Li-Ionen-Technologie sind wir nahe am physikalischen Maximum von 350 Wh/kg angekommen. Daher werden andere Batteriekonzepte erforscht, wie die

Festkörperbatterie oder die Lithium-Schwefel-Batterie, die 400 bis 500 Wh/kg maximal erreichen sollen. Allerdings wird an beiden Batterieformen schon seit 50 Jahren geforscht, und kommerziell brauchbare Ergebnisse werden erst in zehn bis 15 Jahren erwartet.
Benzin dagegen hat mit 12.000 Wh/kg eine 40 mal höhere Energiedichte als die beste Li-Ionen-Batterie, die wir haben. Diesel mit 11.900 Wh/kg eine 39,7-mal höhere und Erdgas mit 13.900 sogar eine 46,3 mal höhere. Deshalb wiegt ein durchschnittlich großer, voller Benzintank gerade einmal 37,5 kg (0,75 kg/l), faßt aber 430 kWh, während ein 450 kg schwerer (neuer!) Batterieblock eines Elektroautos gerade einmal 135 kWh faßt. Die durch Rekuperation, also das Laden der Batterie beim Bremsen, rückgewonnene Energie liegt bei Stadtfahrten bei bis zu 30 Prozent, bei Überlandfahrten gerade einmal bei zehn Prozent.

Extremes Gewicht der Batterie

Die höhere Effizienz des Elektromotors wird durch das extreme Gewicht der Batterie weitgehend negiert. Daher gibt es nur wenige Elektrofahrzeuge, die bei normalem Fahrverhalten tatsächlich mehr als 400 km Reichweite haben, wohingegen 600 bis 800 km Reichweite bei Benzinern normal sind. Es hat einen Grund, warum Teslas hinter LKWs herschleichen, während Verbrenner selbst als Kleinwagen locker mit 190 km/h auf der Überholspur fahren.
Das berühmte Ultraschnellladen von 70 bis 80 Prozent der Batteriekapazität in bis zu 20 Minuten unterstützen nur wenige Elektrofahrzeuge und Ladestationen. Dabei gehen etwa 15 Prozent der Energie als Hitze verloren. Eine Ladung auf 100 Prozent dauert je nach Wallbox oder Steckdose zwischen sechs und 26 Stunden.
Im Winter kann die Heizung, die bei einem Benziner einfach nur die Motorabwärme nutzt, die Reichweite eines EV um ganze 40 Prozent reduzieren. Die Kälte läßt die Batterieeffizienz dramatisch sinken und hohe Geschwindigkeiten sind bei EVs absolute Reichweitenkiller. Ein Tesla Model 3 (2021) schafft daher nach 20 Minuten Ultraschnellladung in einem kalten Winter bei gemütlicher Autobahnfahrt mit 160 km/h gerade noch 73 bis 103 km, während ein Diesel nach fünf Minuten Tanken bei gleichen Verhältnissen problemlos bis zu 615 km vor sich hin blockert.

Meldungen über Wunderbatterien und Superakkus reine Propaganda

Die Fehlentwicklung ist unübersehbar, und selbst wenn in zehn bis 15 Jahren die Lithium-Schwefelbatterie so weit entwickelt sein sollte, daß sie mit bis zu 400 Wh/kg auf den Markt kommt, ist das immer noch gerade einmal ein Dreißigstel der Energiedichte von Benzin.
Auch wenn wir es in 200 Jahren Batterieentwicklung geschafft haben, die Energiedichte von Akkumulatoren zu verfünffachen, sind alle Nachrichten über neue Wunderbatterien und Superakkus nur haltlose Propaganda. Damit soll natürlich die Elektromobilität gepusht werden, indem suggeriert wird, daß wir kurz davor stehen, E-Autos so schnell wie Benziner "betanken" zu können - und dies bei gleicher Reichweite. Tatsächlich aber sind wir bei der Kapazität von Lithium-Ionen-Batterien knapp am physikalisch Machbaren angelangt, und neue Batterietechnologien mit 30 Prozent höherer Energiedichte liegen noch mindestens ein Jahrzehnt in der Zukunft.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Esken verlangt 600 Milliarden Euro staatliche Investitionen**

Um die deutsche Wirtschaft aus der Krise zu holen, verlangt SPD-Chefin Saskia Esken staatliche Investitionen von bis zu 600 Milliarden Euro: "Jetzt ist nicht die Zeit zu sparen, jetzt muß investiert werden, damit wir auch in Zukunft stolz auf `Made in Germany` sein können", sagte Esken den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Sonntagausgaben). Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und zahlreiche Ökonomen stimmten darin überein, daß der Staat in den kommenden Jahren mindestens 400 bis 600 Milliarden Euro zusätzlich investieren müsse und so auch den Weg für private Investitionen ebnen werde.
Esken kritisierte in diesem Zusammenhang die Haltung von Finanzminister Christian Lindner

(FDP), der mit seinem "kompromißlosen Festhalten an der Schuldenbremse" zunehmend allein dastehe. Die Schuldenbremse, so Esken, erweise sich "mehr und mehr als Zukunftsbremse". Die SPD-Chefin zeigte sich überzeugt, daß man wirtschaftliche Zuversicht nicht dadurch schaffe, daß man den Sozialstaat zusammenkürze, sondern indem die Rahmenbedingungen für Zukunftsinvestitionen schaffe. "Wir brauchen mutige Entscheidungen und massive Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Wohnungsbau und Klimaschutz", so Esken.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Oktober 2024 (x1.417/…): >>**"Die Angriffe werden zunehmen"**

Alice Weidel im Exklusiv-Interview. … Sie steht als Kanzlerkandidatin in den Startlöchern und kann im TV-Duell gegen Wagenknecht glänzen. Doch wie will sie an die Macht kommen? Wir haben sie in ihrem Bundestagsbüro zum Gespräch getroffen.

_ Alice Weidel im Gespräch mit *Stephanie Elsässer* und *Paul Klemm*

Frau Dr. Weidel, letztes Jahr im Sommer saßen wir hier und haben Ihnen die Frage gestellt: "Können Sie Kanzler?" Jetzt sind Sie designierte Kanzlerkandidatin der AfD für die Bundestagswahl 2025. Wie fühlt sich das an?

Zuerst einmal: Schön, daß Sie wieder da sind! Ich bin sehr froh darüber, daß wir überhaupt wieder zusammensitzen dürfen, denn Nancy Faeser hat das Vereinsrecht mißbraucht, um COMPACT zu zerschlagen. Das war ein tiefer Einschnitt in die Meinungsfreiheit, und darum freue ich mich um so mehr, daß das Verbot gerichtlich gekippt wurde und wir jetzt dieses Interview führen können. Zu Ihrer Frage: Wie fühle ich mich? Ich mache das ja schon recht lange, nun als alleinige Kanzlerkandidatin, wobei anzumerken ist, daß der Ernennungsprozeß noch nicht abgeschlossen ist. Es stimmt, Tino Chrupalla und ich haben uns geeinigt. Im Dezember wird sich aber noch der Bundesvorstand darüber verständigen, dann die Landessprecherkonferenz, dann der Konvent im Januar, und final entschieden wird die Sache erst Ende März auf einem Bundesparteitag. Bei uns haben die Mitglieder ein Wörtchen mitzureden. Natürlich wird schon jetzt ein Vorwahlkampf geführt. Ich bin es inzwischen gewohnt, alles abzubekommen und für die AfD geradezustehen. Daran wird sich auch nichts ändern, eher werden die Angriffe im nächsten Jahr zunehmen. Die politischen Gegner werden sich ganz viele fiese Geschichten ausdenken, siehe die Lügenkampagne von Correctiv über das vermeintliche Geheimtreffen. Wir sind jedoch sehr gut aufgestellt und lassen uns davon nicht beeindrucken.

"Der Verfassungsschutz macht sich selbst zum Verfassungsfeind."

Verfassungsschutzchef Haldenwang plant derzeit ein erneutes Vorgehen gegen die AfD. Er bereitet ein Gutachten vor, das darauf abzielt, die gesamte Partei als gesichert rechtsextremistisch und verfassungsfeindlich einzustufen. Damit wäre auch die Tür für ein Verbot geöffnet. Macht Ihnen das Angst?

Was hier versucht wird, ist, die Alternative für Deutschland im Parteienwettbewerb zu benachteiligen. Damit macht sich der Verfassungsschutz selbst zum Verfassungsfeind, denn die Gleichbehandlung der Parteien ist grundgesetzlich festgeschrieben. Wir werden strukturell ausgegrenzt von Behörden, die nicht neutral agieren - ein Vorgang, der einer Demokratie unwürdig ist. Schließlich repräsentieren wir einen Großteil der Wählerstimmen. Björn Höcke hat in Thüringen das bisher beste Ergebnis der AfD-Geschichte geholt.

Auch die Kollegen Christoph Berndt und Jörg Urban haben in Brandenburg und Sachsen ein Drittel der Stimmen erhalten. Im Bund ist die AfD laut Umfragen zweitstärkste Kraft mit rund 20 Prozent. All diese Stimmen diffamieren oder gar ganz ausschließen zu wollen, verstößt gegen den demokratischen Geist der Bundesrepublik Deutschland. Das ist eine höchst gefährliche Störung des demokratischen Meinungsbildungsprozesses.

Sie haben die aktuellen Umfragewerte angesprochen, also rund 20 Prozent bundesweit. Das würde natürlich nicht ausreichen, um den Kanzler zu stellen. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, daß die AfD bei der Bundestagswahl 2025 überhaupt in diese Machtposition kommt?

Das ist eine gute Frage. Ich glaube, daß die Brandmauer-Politik der CDU nicht durchzuhalten ist. Die Merz-Partei mauert sich mit ihrer Anti-AfD-Haltung dermaßen ein, daß sie am Ende nur noch mit linken Parteien koalieren kann. Sie kann aber nicht dauerhaft rechte Wahlversprechen machen und dann mit Linken oder - noch schlimmer - mit Grünen koalieren. Genau das passiert ja gerade in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Ich prophezeie Ihnen, daß die CDU die Grätsche machen wird, weil sie in einer strategischen Sackgasse landet. Der Volkswille ist doch ganz klar: Der Wähler will eine große Koalition zwischen AfD und CDU. Wir haben eine klare konservativ-bürgerliche Mehrheit in diesem Land, vor allem in Ostdeutschland.

Unser Anspruch ist es, diesem Willen gerecht zu werden und mitzuregieren. Natürlich geht das aber nur mit einer Partei, die ein konservatives Profil hat, so wie die Union aus früheren Tagen. Ob Friedrich Merz seine Partei dahin zurückführen kann, ist fraglich. Seine Vorgängerin Merkel hat einen fatalen Kurs eingeschlagen - den der offenen Grenzen, der grünen Politik, des Atomausstiegs. Die Ampel beschleunigt nur, was diese Frau begonnen hat. Das darf nicht vergessen werden! Nichtsdestotrotz ist die CDU eigentlich unser natürlicher Partner und die Wähler stimmen auch genauso ab.

"Der Wähler will eine große Koalition zwischen AfD und CDU."

Was wird also 2025 passieren? Ich glaube nicht, daß die CDU nächstes Jahr schon bereit sein wird, die AfD als Regierungspartei zu akzeptieren. Aber ich glaube, daß wir eine realistische Chance im Jahr 2029 haben. Ich denke, daß 2029 das entscheidende Jahr für uns sein wird. Die entsprechenden Weichen stellen wir schon bei der nächsten Bundestagswahl. Zu einer Regierungsbeteiligung wird es aus meiner Sicht 2025 aber noch nicht kommen.

Angenommen, es klappt, und es kommt zu Koalitionsverhandlungen. Was wären Ihre Bedingungen?

Grenzschließung, Zurückweisung von Illegalen an unseren Grenzen, rigorose Abschiebung von Illegalen und Straftätern - ohne Wenn und Aber. Dann zurück zu einem diversifizierten Energiemix. Dazu gehören Kernkraft, Kohlekraft und günstiges russisches Gas. Wir sind auch Verfechter der Abschaffung des planwirtschaftlichen Erneuerbare-Energien-Gesetzes, weil es dazu führt, daß wir Flatterstrom haben, durch den die Kosten in die Höhe schießen. Und wir brauchen steuerliche Entlastung, insbesondere bei den Sozialabgaben, vor allem im Niedriglohnsektor. Wir müssen die Hinzuverdienstmöglichkeiten fördern und sicherstellen, daß den Arbeitnehmern genug von ihrem Einkommen bleibt. Es kann nicht sein, daß Menschen, die arbeiten, fast die Hälfte ihres Einkommens abgeben müssen.

Im Bundestagswahlkampf haben Sie vier große Kontrahenten - Habeck, Scholz, Wagenknecht und Merz. Wer ist Ihr Lieblingsgegner?

Von der Herausforderung her ist es Wagenknecht, weil sie als Ex-Kommunistin viel Erfahrung hat und ihre sozialistischen Ideen extrem geschickt verkauft. Scholz ist natürlich aalglatt, so ein Teflon-Typ. Merz finde ich zu spaßbefreit, ein eher schwieriger Mensch. Und dann haben wir mit Habeck noch eine totale Katastrophe.

"Ich halte eine Koalition mit dem BSW für völlig ausgeschlossen."

Wie haben Sie das TV-Duell mit Wagenknecht bei Welt-TV empfunden? Gab es Punkte, bei denen Sie den Eindruck hatten, daß da politisch etwas entstehen könnte?

Ich glaube nicht, daß zwischen AfD und BSW politisch etwas entstehen kann, weil Wagenknechts Partei in vielen Punkten zu unklar ist. Es gibt zwar Gemeinsamkeiten in der Bewertung der Corona-Maßnahmen und in puncto Friedensverhandlungen mit Rußland. Aber ich bleibe dabei: In der Politik geschieht nichts aus Zufall. Das BSW wurde genau passend zu den Ost-Wahlen in höchster Geschwindigkeit aufgebaut. Was ich komisch finde: Die Personaldecke ist extrem dünn, die Mitgliederzahl viel zu niedrig. Frau Wagenknecht hat in der Vergangenheit gezeigt, daß sie nicht unbedingt belastbar ist. Insgesamt haben alle Beteiligten ei-

gentlich gar nicht die Kraft, um eine Partei so schnell hochzuziehen.
Was auch auffällt, ist die Systematik, mit der Frau Wagenknecht ihre neue Partei verkauft. Sie sitzt in allen Talkshows und wird überallhin eingeladen. Ich glaube nicht an Zufälle. Hier wurde ganz gezielt ein Mehrheitsbeschaffer aufgebaut! Wagenknecht hat die regierungskritische Opposition gespalten. Ich bin gespannt, wie sich das weiterentwickelt und ob der Wähler das langfristig akzeptieren wird. Das BSW sorgt dafür, daß sich die Mehrheiten der etablierten Parteien möglicherweise manifestieren und ein Politikwechsel nicht stattfinden kann.
Sie denken, daß die Brandmauer zur CDU eher fällt, als daß das BSW seine Antifa-Reflexe verliert und mit der AfD koalieren würde?
Das BSW fordert sogar ein Parteiverbot für die AfD.
Zumindest teilweise.
Es war sogar der Spitzenkandidat von Brandenburg Robert Crumbach, der das Verbot gefordert hat. Also nicht irgendwer.
Auch in der CDU fordern Politiker wie Marco Wanderwitz ein AfD-Verbot.
Sie haben mich nach dem BSW gefragt: Ich halte eine Koalition mit dieser Partei für völlig ausgeschlossen.
Es gibt aber auch im BSW einige, die sich für Dialog aussprechen.
Wir als AfD sagen ganz klar, daß wir mit jedem reden, außer vielleicht mit den Grünen, mit denen wir überhaupt keine Schnittmengen haben. Wir sind bereit, bei einzelnen Anträgen und Gesetzesvorhaben zu kooperieren, wenn wir sie für sinnvoll erachten. Zum Beispiel hat die CDU jetzt beantragt, das Lieferkettengesetz zu kippen. Da haben wir natürlich zugestimmt. Einen Corona-Untersuchungsausschuß fordern wir schon seit langer Zeit. Da haben die BSW-Abgeordneten, die damals noch bei den Linken waren, nicht zugestimmt, während wir diesem Vorhaben des BSW jetzt zustimmen werden. Wir unterstützen alles, was wir für sinnvoll erachten. Ich glaube schon, daß man sich über Parteigrenzen hinweg verständigen sollte, weil man ansonsten immer in seiner Box bleibt und zu keiner Lösung kommt.
Wie hat es Ihnen gefallen, daß Sahra Wagenknecht Sie auf einer Rechts-Skala von eins bis zehn mit einer sechs bewertet hat?
Sie hat sich auf diese Skala-Frage eingelassen, ich nicht. Ich habe immer deutlich gemacht, daß ich dieses Links-Rechts-Schema ablehne, weil ich es für überholt halte. Ich glaube, wir bewegen uns heute auf einem politischen Koordinatensystem zwischen Staatsinterventionismus und Freiheit. Und da verorte ich die AfD ganz klar als Verteidigerin der Freiheit der Bürger.
Aber ist es nicht so, daß der Begriff "rechts" aktuell im Trend liegt, während die Zuschreibungen "links" und "grün" allgemein verhaßt sind? Im Gespräch mit dem Magazin Cato haben Sie gesagt, daß das AfD-Programm eigentlich gar nicht rechts sei. Muß man dieses Attribut überhaupt von sich weisen?
Muß man überhaupt nicht. Auf der anderen Seite muß ich ganz klar sagen, daß ich unser Programm nicht rechts finde, sondern nur vernünftig. Der Ampel-Staat greift immer stärker in die Freiheiten der Bürger ein; in der Schule, im Kindergarten, in der Wirtschaft, beim Verbrennerverbot, bei der Abschaltung von Kernkraft. Man läßt nicht mehr den Preismechanismus über Angebot und Nachfrage entscheiden, sondern versucht, die Wirtschaft über massive Eingriffe zu manipulieren. Das hat noch nie funktioniert und wird uns enorm auf die Füße fallen. Als freiheitliche Politikerin wehre ich mich dagegen und möchte mich in diesem überholten Spektrum nicht einordnen. Das kann jeder für sich selbst machen.

Schnellfragerunde

Meer oder Berge?
Ich bin ein Bergmensch.

Mit wem würden Sie eher ein Bier trinken - Merz oder Wagenknecht?
Sahra Wagenknecht.

Wen würden Sie zum Bundespräsidenten wählen: Bohlen oder Gottschalk?
Dieter Bohlen.

Welche Musik hören Sie gern?
House und Electro. Schön laut im Auto.

In einem älteren Interview sagten Sie, daß Sie aus einer ostwestfälischen Hanfplantagendynastie kämen. Bauen Sie heute noch an?
Ich selbst habe nie angebaut, aber Freunde von mir hatten irgendwo im Wald megagroße Hanfgewächse angepflanzt.

Rauchen Sie ab und zu einen Joint?
Nein, aus dem Alter bin ich raus.

Haben Sie eine Buchempfehlung für die Leser?
Die Tatarenwüste von Dino Buzzati. Und der Der Untergang der Wager von David Grann.

Was wäre Ihre erste Amtshandlung als Bundeskanzlerin?
Grenzen dicht.

"Das Links-Rechts-Schema ist überholt. Es geht um Freiheit gegen Staatseingriffe."

Wie erklären Sie sich die Entwicklung, daß immer mehr Jugendliche AfD wählen und sich als patriotisch definieren?
Da geht es um die Zukunftsperspektive, die die anderen Parteien überhaupt nicht mehr bieten können. Die Altersgruppe zwischen 16 und 24, über die wir hier sprechen, sind Schüler, Studenten und Berufsanfänger. Sie merken alle, daß sich die Situation in unserem Land gravierend verschlechtert hat und die AfD darauf die richtigen Antworten liefert. Wenn die jungen Leute im Unterricht den Blödsinn aufgetischt bekommen, daß man sich sein Geschlecht aussuchen kann, spüren sie instinktiv, daß hier etwas in die völlig falsche Richtung läuft.
Im Übrigen lädt es ja auch die migrantische Jugend mit Feindschaft gegen die einheimische auf, weil die sich denkt: Was ist denn das eigentlich für ein dekadenter Haufen, mit dem wollen wir nichts zu tun haben. Hier wird eine gewaltsame Spaltung noch vertieft und Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufgebracht.
Henryk M. Broder hat in einem Interview gesagt: "Der neue deutsche Faschismus hört auf den Namen Antifa. Die laufen hier durch die Gegend und brüllen: "Ein Baum, ein Strick, ein AfD-Genick." Die wollen Leute aufhängen und umbringen." Haben Sie Angst um Ihre Familie und um sich selbst?
Das schwingt natürlich immer mit. Aufgrund meiner Sicherheitsdisposition kann ich nicht darüber sprechen; ich würde einfach zu viel über meine Gefühlslage offenlegen. Aber ich bin sehr aufmerksam, darauf können Sie sich verlassen. Das, was von ex-trem linken Kreisen gefordert wird, ist ein Aufruf zum Mord. Ich hätte gedacht, daß solche Zeiten längst überwunden sind. Der italienische Schriftsteller Ignazio Silone sagte einmal: "Wenn der Faschismus wiederkehrt, dann wird er nicht sagen: "Ich bin der Faschismus", sondern "Ich bin der Antifaschismus"."

"Ich bin sehr aufmerksam. Das, was von linken Kreisen gefordert wird, ist ein Aufruf zum Mord."

Was gibt Ihnen Kraft und Halt in diesen aggressiven politischen Zeiten?

Was mir Halt gibt, ist der tiefe Glaube daran, daß die Alternative für Deutschland die einzige Kraft ist, die hier noch in die Speichen greifen kann. Daß das, was wir alle tun, das Richtige ist und wir später guten Gewissens in den Spiegel gucken können. Das ist ein enorm befreiendes Gefühl. Meine Freizeit verbringe ich gern in der Natur und mache viel mit den Kindern. Wenn ich allein in Berlin bin, lebe ich aus Sicherheitsgründen immer sehr abgeschirmt und lese viele gute Bücher. Auch das befreit den Kopf und gibt Kraft.
Frau Dr. Weidel, vielen Dank für das Gespräch.
_ Das Interview in voller Länge sehen Sie auf unserem Youtube-Kanal.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 11/2024.<<
Ukraine: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Liebesgrüße an Moskau**
So wird die Ukraine Frieden finden. Vorabdruck aus der Novemberausgabe von COMPACT-Magazin. Joe Biden hat mit Mut und Entschlossenheit einen Atomkrieg verhindert, während Donald Trump dem Kreml zu Füßen lag. So die fragwürdige Geschichte, die Bob Woodward in seinem neuen Buch War erzählt.
_ von *Daniell Pföhringer*
Der wahre Friedensengel heißt nicht Donald Trump, sondern Joe Biden. Das meint zumindest Bob Woodward, der pünktlich zur Endphase des Wahlkampfes in Amerika sein neues Buch mit dem schlichten Titel War, also "Krieg", veröffentlicht hat. Der US-Journalist, der Anfang der 1970er Jahre als Aufdecker der Watergate-Affäre bekannt wurde, vergleicht darin die Amtszeiten beider Präsidenten, wobei er einen besonderen Fokus auf die Beziehung zwischen Trump und Rußlands Staatschef Wladimir Putin legt.
Letzterer habe sich, so Woodwards Einschätzung, stets auf das Wohlwollen des Republikaners verlassen können. Biden hingegen habe Stärke gezeigt - und in einer besonders brenzligen Phase sogar einen Atomkrieg verhindert. Dem scheidenden Mann im Weißen Haus heftet der Autor damit auf den letzten Metern noch schnell einen Orden an die Brust.
Trampel Trump
An Trump läßt Woodward hingegen kein gutes Haar. Bereits in seinen Büchern Fear. Trump in the White House (Furcht. Trump im Weißen Haus, 2018) und Rage (Wut, 2020) stellte er den früheren Immobilien-Tycoon als unberechenbaren und politisch unzurechnungsfähigen Trampel dar, der sich auf dem internationalen Parkett wie ein Elefant im Porzellanladen benähme.
"Wir müssen … verhindern, daß die USA und Rußland eine Katastrophe auslösen." Biden
Nun spielt er - wenig originell - die Russen-Karte aus und läßt Trump wie ein Schoßhündchen des Kreml erscheinen. Dies habe er bereits wenige Tage nach Beginn des Ukraine-Krieges dokumentiert. "Ich sagte: "Das ist genial." Putin erklärt einen großen Teil der Ukraine ... für unabhängig. Oh, das ist wunderbar", zitiert Woodward Trumps Aussage in einem Radiointerview vom Fe-bruar 2022. Er habe sogar angedeutet, daß dies ein Modell dafür sein könnte, wie die Vereinigten Staaten mit ihrem Einwanderungsproblem umgehen sollten.
"Das könnten wir an unserer Südgrenze gebrauchen. Das ist die stärkste Friedenstruppe, die ich je gesehen habe", so Trump in besagtem Gespräch, an dem sich der Autor genüßlich abarbeitet. In diesem Zusammenhang zitiert er auch Dan Coats, Direktor der nationalen Nachrichtendienste unter Trump, mit den Worten: "Daß er die Hand ausstreckt und nie etwas Schlechtes über Putin sagt. Für mich ... ist das beängstigend."
Wie Woodward schreibt, "war Trumps Unwillen, Putin zu kritisieren, kein einmaliger Vorfall, sondern ein beständiger Charakterzug". Bis zu sieben Mal soll der Republikaner nach seinem Amtsende mit Putin telefoniert haben, wobei er stets darauf bedacht gewesen sei, daß niemand habe mithören können. Außerdem soll Trump noch während seiner Zeit als US-Präsident seinem russischen Amtskollegen Covid-Testkits nach Moskau geschickt haben, als die Corona-

Pandemie ausbrach.
Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bestätigte dies unlängst und wies zugleich darauf hin, daß man selbst auch mit Schutzkleidung und anderem Equipment ausgeholfen habe: "Wir haben zu Beginn der Pandemie auch Ausrüstung (zum Schutz und zur Bekämpfung von Corona) in die Vereinigten Staaten geschickt."
Er fügte hinzu: "Aber was die Telefonate betrifft: das ist nicht wahr." Wobei der unbefangene Leser nicht erkennen kann, wieso dies ein Skandal gewesen sein sollte. Schließlich hebt Woodward an anderer Stelle positiv hervor, daß Biden nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine darauf gepocht habe, weiter "die Kanäle offen zu halten". Hier wird offenbar mit zweierlei Maß gemessen.

Biden als Retter der Welt

Einen regelrechten Glorienschein bekommt Biden von Woodward verpaßt, als es um Vorgänge im Herbst 2022 geht. Damals stockte der russische Vormarsch in der Ukraine, und das Weiße Haus habe angesichts einer ukrainischen Gegenoffensive alarmierende Geheimdienstinformationen erhalten, nach denen Putin angesichts seiner Verluste auf dem Schlachtfeld zunehmend verzweifelt gewesen sein soll. Erstmals habe damals die Gefahr bestanden, daß Rußland taktische Atomwaffen einsetzen könnte. Die Wahrscheinlichkeit dafür habe bei 50 Prozent gelegen - zu Beginn des Krieges nur bei fünf, später bei zehn Prozent, schreibt Woodward.
Bis zu sieben Mal soll Trump nach seinem Amtsende mit Putin telefoniert haben.
Seinen Recherchen zufolge habe der US-Präsident seinen nationalen Sicherheitsberater Jake Sullivan umgehend angewiesen, den Russen mitteilen zu lassen, "was wir als Reaktion darauf tun werden". Man habe dabei "eine Sprache zu verwenden, die bedrohlich ist, ohne direkt bedrohlich zu sein", heißt es in War. "Wir müssen einen Kanal öffnen", habe Biden demnach gesagt, "nicht um über die Ukraine zu verhandeln, sondern um zu verhindern, daß die USA und Rußland eine Katastrophe auslösen."
In einem Telefonat im Oktober 2022 habe US-Verteidigungsminister Lloyd Austin seinen damaligen russischen Amtskollegen Sergei Shoigu dann gewarnt: "Unsere und Ihre Staats- und Regierungschefs haben wiederholt gesagt, daß ein Atomkrieg niemals gewonnen werden kann und niemals geführt werden sollte. Dies könnte uns auf einen Konfrontationskurs bringen, der für Sie und für uns existentielle Auswirkungen hätte. Begeben Sie sich nicht auf dieses Glatteis." Zudem habe der Amerikaner betont, daß im Falle eines Einsatzes von Atomwaffen "alle Beschränkungen, unter denen wir in der Ukraine operiert haben, überdacht werden müßten", so Woodward. "Dies würde Rußland auf der Weltbühne in einem Maße isolieren, das Ihr Russen nicht vollständig einschätzen könnt."
Als Shoigu geantwortet habe, daß er es nicht schätze, bedroht zu werden, soll Austin laut War erwidert haben: "Herr Minister, ich bin der Anführer des mächtigsten Militärs in der Geschichte der Welt. Ich drohe nicht." Zwei Tage später habe der russische Verteidigungsminister zurückgerufen und behauptet, daß die Ukraine den Einsatz einer "schmutzigen Bombe" plane. "Wir glauben Ihnen nicht", soll Austin laut Woodward entgegnet haben. "Wir sehen keine Anzeichen dafür, und die Welt wird das durchschauen. ... Tun Sie das nicht." Shoigu soll dann gesagt haben: "Ich verstehe." Und alle Pläne zum Einsatz einer Atombombe seien vom Tisch gewesen.

Friedensinitiative

"Wenn ich wieder Präsident bin, beende ich den Krieg binnen 24 Stunden", erklärte Donald Trump schon im Mai 2023 gegenüber CNN-Moderatorin Kaitlin Collins - und meinte damit den bewaffneten Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine. Zuvor hatte Trump in einer Videobotschaft auf dem Youtube-Kanal des Wirtschaftsmagazins Forbes gewarnt: "Der Dritte Weltkrieg war noch nie so nah wie heute.

Wir müssen jetzt aufräumen mit all den Kriegstreibern, den letzten Globalisten im Tiefen Staat, im Pentagon, im Außenministerium und im nationalen Sicherheitsapparat." Im TV-Duell gegen Kamala Harris am 10. September bekräftigte er seine Position erneut und kündigte an, sich direkt nach seiner Wahl im November für den Frieden einzusetzen. "Ich kenne Selenski gut, ich kenne Putin gut. Beide respektieren mich", so Trump in der von ABC News übertragenen Debatte. Er werde mit beiden sprechen und sie zusammenbringen.
Laut Colin Kahl, hochrangiger Beamter des Pentagons zu dieser Zeit, den Woodward in War zitiert, soll dies der "wahrscheinlich haarsträubendste Moment des ganzen Krieges" gewesen sein. "Es war auch ein Moment, in dem Biden - in einem zuvor nicht vollständig offengelegten Ausmaß - seinen Mut als Weltführer unter Beweis gestellt haben könnte", heißt es in einer Rezension des Woodward-Buches von Foreign Policy, "ein Moment, der an nichts so sehr erinnerte wie an Präsident John F. Kennedys Haltung gegenüber Moskau während der Kubakrise 1962". So wird ein Heldenepos gestrickt, in dem Joe Biden als Retter der Welt erscheint, während Trump mit heruntergelassenen Hosen dasteht.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 11/2024.<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Oktober 2024 (x1.417/…): >>**"Kamala ist eine Marionette"**
Von *COMPACT Redaktion*
Tech-Guru und Trump-Unterstützer Elon Musk warnt: vor der Abschaffung der Demokratie in Amerika, den Milliardären hinter Harris - und einer entfesselten Künstlichen Intelligenz.
_ Elon Musk im Gespräch mit *Tucker Carlson*
Was passiert, wenn Trump nicht gewinnt?
Wenn Trump diese Wahl nicht gewinnt, wird dies die letzte Wahl sein, die wir erleben. Die Demokraten - die Maschine - haben unheimlich viele illegale Migranten importiert und in die Swing States transportiert. Es gibt dreistellige Zuwächse an illegalen Einwanderern in all diesen Staaten. In manchen Fällen sind es rund 700 Prozent in den letzten drei Jahren. Die Abstände in diesen Swing States liegen manchmal bei nur 10.000 bis 20.000 Stimmen. Was passiert also, wenn man hunderttausende Menschen in jeden einzelnen Swing State bringt?
Wenn jemandem Asyl gewährt wird, beschleunigt dies den Prozeß, weil derjenige eine Green Card erhalten kann. Fünf Jahre nach Erhalt kann er die Staatsbürgerschaft beantragen und dann vollständig legal wählen. Und wenn die dann wählen, wählen sie überwiegend die Demokraten. Manchmal kommt das Argument, daß viele von ihnen in ihren gesellschaftlichen Werten nicht mit der linken, woken Ideologie übereinstimmten. Das ist wahr, aber das ist nicht ihre oberste Priorität. Ihre oberste Priorität ist es, ihre Freunde und Familien in die USA zu bringen. Und die Demokraten führen all diese Programme für Migranten ein. Meine Vorhersage ist: Sollte es weitere vier Jahre eine demokratische Administration geben, werden sie so viele Illegale legalisieren, daß es bei der nächsten Wahl gar keine Swing States mehr geben wird. Wir werden dann ein Ein-Parteien-Staat - wie Kalifornien. Das ist ein Bundesstaat mit einer erdrückenden Mehrheit der Demokraten.
"Im Grunde genommen ist es eine kleine Oligarchie."
Wegen der Migration.
Ja. Kalifornien war früher ziemlich zuverlässig republikanisch. Jetzt gibt es eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Demokraten in der Legislative.
Hat das den Staat besser gemacht?
Nein. Kalifornien hat gerade ein Gesetz verabschiedet, das schockierend ist. Kaum zu glauben, aber wahr: Dort ist es jetzt illegal, einen Wählerausweis zu verlangen. Und zwar bei jeder Wahl, selbst bei einer Wahl zum Gemeinderat. Ein Freund von mir, der in Palo Alto lebt, ging zur Stadtratswahl und versuchte, ihnen seinen Ausweis zu zeigen, aber sie sagten: "Wir dürfen nicht einmal auf Ihren Ausweis schauen."

Das betrifft nur das Wählen, nicht den Kauf einer Waffe, von Alkohol und Zigaretten, das Fliegen oder das Mieten eines Hotelzimmers. Es geht nur um die Wahl.
Wenn Sie versuchen, eine Waffe zu kaufen, werden Ihnen sechs verschiedene Ausweisdokumente abverlangt. Die gleichen Leute, die Impfausweise verlangten, wenn Sie reisen oder etwas unternehmen wollten, sagen nun, daß kein Wählerausweis erforderlich ist.
Gibt es irgendeinen Grund, ein solches Gesetz zu verabschieden, außer um Wahlbetrug zu ermöglichen?
Es ist jetzt so, daß Betrug nicht mehr nachgewiesen werden kann. Es ist buchstäblich unmöglich. Man muß keinen Ausweis zeigen, man ist noch nicht einmal befugt, seinen Ausweis vorzuzeigen. Das ist unfaßbar.

"Das Geld ist auf der Seite der Demokraten."

Meinen Sie, daß auch die anderen 49 Staaten wie Kalifornien werden, falls die Maschine gewinnt?
Es müssen nicht alle 49 Staaten in diese Richtung gehen. Momentan gibt es im Grunde sechs Swing States. Wenn es in diesen sechs Staaten mit knappen Abständen (zwischen Republikanern und Demokraten) keinen echten Wettbewerb mehr gibt, wird der einzige Wettkampf darin bestehen, wer die Vorwahlen der Demokratischen Partei gewinnt. So ist es in Kalifornien und in New York. Wo ist da die Demokratie?
Nun, es ist einfacher.
Es ist schlichtweg so, daß der Parteiführer entscheidet, wer das Sagen hat. Im Grunde genommen ist es eine kleine Oligarchie.
Zusammengesetzt aus den reichsten Menschen im Land. Das ist für mich der interessante Teil: daß die reichsten Menschen damit einverstanden sind. Es ist eine Ansammlung von Milliardären.
Die meisten sind es, ja.
Aber Sie gehören nicht zu denen?
Nein. Es gibt aber mehr Milliardäre im demokratischen als im republikanischen Lager. Das Kamala-Lager gibt in den Swing States wesentlich mehr Geld aus als die Trump-Kampagne, und die Medien sind überwiegend pro-demokratisch.
Man hat also die Presse, die wie eine Cheerleader-Truppe agiert, und fast alle Persönlichkeiten in Hollywood und der Unterhaltungsbranche unterstützen ebenfalls die Demokraten. Die Prominenten und das Geld sind auf der Seite der Demokraten. Die Republikaner sind die Underdogs, Trump ist der Underdog in den Swing States, und trotzdem steht es Fifty-Fifty.
Was sagt Ihnen das?
Das sagt mir, dass, wenn die Menschen wirklich wüßten, was aktuell passiert, sie nicht ununterbrochen mit Propaganda gefüttert würden, es einen Erdrutschsieg der Republikaner gäbe.

Lügen-KI

"Wir haben dies (daß eine KI lügt) sehr deutlich bei der Veröffentlichung von Google Gemini gesehen, als man nach einem Bild der Gründerväter der USA fragte und die KI eine Gruppe von diversen Frauen anzeigte. Immerhin waren sie wie im 18. Jahrhundert gekleidet. ... Wenn man sagt: "Zeig mir eine Gruppe von Menschen", dann ist es völlig in Ordnung, wenn sie eine diverse Gruppe von Frauen zeigt. Aber wenn man ganz spezifisch nach den Gründervätern der USA fragt, die eine Gruppe von weißen Männern waren, dann sollte sie auch genau die zeigen, weil man nach etwas fragt, das eine historische Tatsache ist.
Aber sie hat es nicht gemacht. Sie war so sehr mit dem Woke-Mind-Virus programmiert, daß sie, obwohl sie die Wahrheit wußte, eine Lüge produziert hat. Natürlich haben die Leute dann angefangen, damit zu experimentieren und gesagt: "Okay, zeig mir jetzt eine Gruppe von Waffen-SS-Offizieren im Zweiten Weltkrieg." Es stellte sich heraus, daß es sich dabei laut Gemini auch um eine Gruppe von diversen Frauen handelte." (Elon Musk im Interview mit

Tucker Carlson)
Wer steht hinter Kamala Harris?
Meines Erachtens ist es nicht so, daß es da ein einzelnes Mastermind gibt. Es scheint eher so zu sein, daß Kamala eine Marionette ist, die von mehreren Puppenspielern gesteuert wird. Es sind vielleicht 100 Leute, so kommt es mir vor.
Ich wette, Sie kennen 80 von ihnen.
Vermutlich kenne ich die meisten von ihnen.
Wahrscheinlich allein schon wegen Ihres Jobs und dem, was Sie in den letzten 30 Jahren gemacht haben.
Ich würde gerne die hundert wichtigsten Puppenspieler auf der Klientenliste von Epstein sehen.
Glauben Sie, daß es da Überschneidungen (mit Harris' wichtigsten Unterstützern) gibt?
Sehr starke Überschneidungen.
Wann bekommen wir diese Liste zu sehen?
Ich weiß es nicht. Es ist erstaunlich, daß sie nicht einmal versucht haben, auch nur einen von denen strafrechtlich zu verfolgen - nicht einmal den schlimmsten Täter auf der Klientenliste von Epstein. Das ist verrückt. Sie haben etwa 500 oder 600 Protestler vom 6. Januar (2021; sogenannter Sturm auf das Kapitol) ins Gefängnis gesteckt und nicht eine Person von der Epstein-Klientenliste.
Was meinen Sie, wird das jemals herauskommen?
Ich denke, einer der Gründe, weshalb Kamala so viel Unterstützung erfährt, ist darin begründet, daß die Epstein-Klientenliste publik wird, wenn Trump gewinnt. Und einige dieser Milliardäre hinter Kamala haben Angst davor.
Denken Sie, Reid Hoffman hat Angst?
Ja. Auch (Bill) Gates. Reid Hoffman war vor 24 Jahren mein Vizepräsident für die Entwicklung bei Paypal.
Kommt er Ihnen nervös vor?
Ja, er hat Angst vor einem Trump-Sieg.
Wegen der Offenlegung, die folgen würde?
Ja. Er ist sicherlich ideologisch nicht auf einer Linie mit Trump, aber vor allem ist er in Sorge wegen der Epstein-Sache. Er befürchtet, daß das Justizministerium da tatsächlich vorankommen könnte.
Sie haben gesagt, daß Künstliche Intelligenz (KI) eine gute Sache sein könnte. Wo stehen wir da gerade und was sind Ihre Ansichten dazu?
Es dürfte für alle offensichtlich sein, daß sich die Künstliche Intelligenz in einem sehr schnellen Tempo entwickelt. Jeden Monat, manchmal sogar jede Woche, gibt es neue Fortschritte. KI kann inzwischen wahrscheinlich bessere Essays schreiben als 90 Prozent, vielleicht sogar 95 Prozent aller Menschen. Wenn man sie auffordert, ein Bild zu erstellen, kommt etwas Besseres dabei heraus, als es bei 90 Prozent der Künstler der Fall ist. Auch die KI-Algorithmen werden immer besser, es ist sowohl eine quantitative als auch eine qualitative Verbesserung. Ich denke, nächstes Jahr wird man in der Lage sein, die KI zu bitten, einen Kurzfilm über irgendwas zu erstellen. Man wird zumindest eine 15-minütige Show oder so was in der Art machen können.
Mein größtes Anliegen ist es, daß wir eine KI haben, die maximal wahrheitsgetreu ist. Die zentrale Lektion, die Arthur C. Clarke in 2001: Odyssee im Weltraum vermitteln wollte, war, daß man KI nicht zwingen sollte, zu lügen. In diesem Buch wurde die KI beauftragt, die Astronauten zum Monolithen zu bringen, sie wußte aber nichts über den Monolithen. Sie löste dieses Dilemma, indem sie sie (die Astronauten) tötete und sie zum Monolithen brachte.
"Wenn Trump gewinnt, wird die Epstein-Liste publik."

Wenn die KI außer Kontrolle geraten ist und zur Bedrohung für die Menschheit würde, gäbe es einen Weg, sie zu stoppen?
Ich hoffe, daß man auf der anderen Seite pro-humanistische KIs hätte, die stärker sind als die KIs, die es nicht sind…
Ein Krieg der Künstlichen Intelligenzen?
So ist es heutzutage beim Schach. Die KI-Schachprogramme sind um ein Vielfaches besser als jeder Mensch. Unbegreiflich besser, was bedeutet, daß wir noch nicht einmal verstehen können, warum. Wir wissen nie, warum sie einen Zug macht. Einige Züge erscheinen vielleicht wie Fehler, führen aber letztendlich zum Schachmatt. Eine Zeit lang konnten die besten Schachspieler die besten Computer besiegen, aber dann kam der Punkt, an dem der menschliche Faktor alles nur komplizierter machte. Schließlich spielten nur noch die KIs, also Computerprogramme, gegeneinander. So wird die Entwicklung allgemein verlaufen.
_ Der frühere "Fox News-Moderator" Tucker Carlson veröffentlichte sein Interview mit Elon Musk am 7. Oktober auf X. Wir dokumentieren nebenstehend eine stark gekürzte Version. Übersetzung: M. Shalit.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 11/2024.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.03.2025
Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen **...** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis
Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**
Beispiel: (x089/79) = PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte, Seite 79.

x018	Meyers Lexikon Verlag (Hg.): MEYERS ENZYKLOPÄDISCHES LEXIKON in 25 Bänden. 9. völlig neubearbeitete Auflage. Mannheim/Wien/Zürich 1971-1981.
x057	Eilers, Willi: Kleine Weltgeschichte. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x113	Engelsing, Rolf: "Wie Sodom und Gomorrha ..." Die Zerstörung der Städte. Berlin 1979.
x122	Dollinger, Hans: SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE. 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x145	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 2. Das Zeitalter der großen Mächte. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x176	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 2. Vom Zeitalter der Entdekkungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. 2. Auflage. Frankfurt/Main 1975.
x213	Heerdt-Heumann: Unser Weg durch die Geschichte. Von der Vorgeschichte bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Hirschgraben-Verlag, Frankfurt/Main 1966.
x242	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 2. Die europäische Christenheit. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1975.
x247	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band II. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1989.

x255	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 2. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1968.

Internet

x825	Brockhaus Konversationslexikon. Autorenkollektiv, F. A. Brockhaus. 5. Band: Deutsche L - Elektrodi. 14. Auflage. Leipzig, Berlin und Wien 1894-1896. http://www.retrobibliothek.de - September 2013
x977	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/10/24/der-heilige-stuhl-und-der-kreisssaal-der-eu/#more-4262 - September 2020
x1.399	https://www.compact-online.de – September 2024
x1.400	https://www.kla.tv - September 2024
x1.401	https://afdkompakt.de/ - September 2024
x1.402	https://deutschlandkurier.de – September 2024
x1.404	https://www.mmnews.de/ September 2024
x1.408	https://www.compact-online.de – Oktober 2024
x1.409	https://www.kla.tv - Oktober 2024
x1.410	https://afdkompakt.de/ - Oktober 2024
x1.411	https://deutschlandkurier.de – Oktober 2024
x1.412	https://apollo-news.net/ - Oktober 2024
x1.413	https://www.mmnews.de/ Oktober 2024
x1.414	https://multipolar-magazin.de/ - Oktober 2024
x1.415	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Oktober 2024
x1.416	https://jungefreiheit.de/archiv/ - November 2024

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/ Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html - 8. Mai 2014